ERNST NOLTE

Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945

Ernst Nolte

Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945

Nationalsozialismus und Bolschewismus

Mit einem Brief von
François Furet an Ernst Nolte
im Anhang

Herbig

Sonderproduktion

1. Auflage Oktober 1987
2. Auflage Dezember 1987
3. Auflage Januar 1988
4. Auflage April 1989
5. überarbeitete und erweiterte
Auflage September 1997
6. Auflage April 2000

© 1997 by F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Wolfgang Heinzel
Satz: Schaber Satz- und Datentechnik, Wels
Gesetzt aus 10/12,5 Punkt Minion in PostScript
Druck und Binden: Printer Portuguesa
Printed in Portugal
ISBN 3-7766-9003-8

Für Annedore –
wie immer

Inhalt

Statt eines Vorworts zur 5. Auflage
Dieses Buch und der »Historikerstreit« – Eine Bilanz nach zehn Jahren ... 9

Einleitung:
Perspektiven für die Weltkriegsepoche 33

I

Schlußpunkt und Vorspiel 1933:
Die antimarxistische Machtübernahme in Deutschland 55

II

Rückblick auf die Jahre 1917–1932:
Kommunisten, Nationalsozialisten, Sowjetrußland 71

1. Rußlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution: Die Februarrevolution und die Machtergreifung der Bolschewiki 1917 72
2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution 90
3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919–1921 . 103
4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers 122
5. »Weltrevolution« oder »nationale Regierung« in Deutschland? Das Krisenjahr 1923 136
6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins 145
7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924–1929 ... 153
8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 171
9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland 179
10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme 195

III

Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933–1941 213

1. Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34 214
2. Der »Röhm-Putsch« und die Ermordung Kirows 1934 224
3. Weltpolitik 1935/1936 234
4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg 246
5. Die »große Säuberung« und das Aufbaupathos in der Sowjetunion . 256
6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft 266
7. Das Scheitern des antifaschistischen und des antikommunistischen Konzepts in der großen europäischen Politik 280
8. Der Hitler-Stalin-Pakt als Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg 291
9. Das fragile Bündnis: Triumphe – Gewinne – Spannungen 301

IV

Strukturen zweier Einparteistaaten 317

1. Die Staatsparteien und ihre Führer 318
2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors 337
3. Die Jugendverbände 348
4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda 357
5. Die politisierte Kultur 376
6. Recht und Rechtlosigkeit 388
7. Emigration und Widerstand 397
8. Die totale Mobilisierung 412

V

Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945 423

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion: Entscheidungskampf? – Befreiungsfeldzug? – Vernichtungskrieg? 424
2. Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege 435
3. Weltkrieg der Ideologien? 447
4. Genozide und »Endlösung der Judenfrage« 458
5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion . 473

Schlußbetrachtung

Vom europäischen Bürgerkrieg 1917–1945 zum Weltbürgerkrieg 1947–1990

Die Epochen des 20. Jahrhunderts 487

Abkürzungen 504

Anmerkungen 505

Brief François Furet an Ernst Nolte 548

Sach- und Personenregister 554

Statt eines Vorworts zur 5. Auflage

Dieses Buch und der »Historikerstreit«

Eine Bilanz nach zehn Jahren

Streit«, Auseinandersetzung, ist in Wissenschaft und Publizistik etwas ganz Gewöhnliches und Unentbehrliches; wo es keinen Streit gibt, existiert kein »geistiges Leben« und im besten Fall die innere Harmonie einer Sekte. Von Zeit zu Zeit wird der Terminus mit besonderer Betonung verwendet, und zwar dann, wenn größere Tendenzen aufeinandertreffen und über längere Zeit miteinander ringen. So gab es in der deutschen Geschichtswissenschaft den »Methodenstreit« um den sozialwissenschaftlichen oder »kollektivistischen« Ansatz Karl Lamprechts und in der Soziologie später den »Positivismusstreit«. Ein bedeutender und folgenreicher Streit unter Historikern war auch die sogenannte Fischer-Kontroverse der sechziger Jahre, in der es um die Frage des Charakters und des Ausmaßes der Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg ging und die ihren Namen allerdings von dem Initiator oder Urheber erhielt. Der Begriff »Historikerstreit« wird heute aber in der ganzen Welt so gut wie ausschließlich mit jener Auseinandersetzung verbunden, die 1986 begann und mit großer und immer einseitigerer Erbitterung mindestens bis zum Herbst 1988 geführt wurde, wo eine Stellungnahme des damaligen Bundespräsidenten auf dem Bamberger Historikertag ihr Ende zu markieren schien. Eine 1991 erschienene Publikation[1] listete fast 1200 Artikel und nahezu drei Dutzend Bücher auf, die bis Ende 1988 publiziert worden waren; erst der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa sowie die Wiedervereinigung Deutschlands ließen das Interesse erlahmen. Allerdings konnten gerade diese umwälzenden historischen Ereignisse die Frage hervorrufen, ob eine innere Verbindung mit dem »Historikerstreit« bestehe und ob man wohl gar behaupten könne, »die Geschichte« habe eine Entscheidung getroffen, die durch Thesen und Argumente nicht herbeigeführt werden konnte.

Einer der Ausgangspunkte des Streits war ja die Absicht der Bundesregierung gewesen, ein Deutsches Historisches Museum in Berlin zu errichten, und dieser Plan war von den »Linksintellektuellen« nahezu einmütig auf das schärfste kritisiert worden, da er dem Wunsch nach einer »Entsorgung« der deutschen Vergangenheit und nach Rückgewinnung eines »normalen« Ge-

schichtsbildes zu entspringen schien; dadurch aber werde der Blick von den singulären Verbrechen des Nationalsozialismus abgelenkt und das Verlangen nach einem radikalen Neuanfang in den Hintergrund gedrängt, das freilich in der Geschichte der Bundesrepublik von den Anfängen an gegenüber dem Drang nach einem Wiederaufstieg zu kurz gekommen sei. Im Jahre 1991 war nun dieses Museum tatsächlich in Berlin etabliert, und zwar im Zeughaus Unter den Linden, wo das Historische Museum der DDR seinen Sitz gehabt hatte. Auch die andere Seite, die man gern als »rechts« bezeichnete, hatte die entsprechende Forderung nicht erhoben; wenn sie es getan hätte, wären die Wogen der Empörung noch weit höher geschlagen.

1986 hatte Jürgen Habermas mit höchst negativem Akzent von der »deutsch-national eingefärbten Natophilosophie« gesprochen, die der Gegenpartei zuzuschreiben sei, und er hatte eine Auffassung bekämpft, welche die »Vertreibung der Kulaken« in der Stalinschen Sowjetunion instrumentalisiere, um die Singularität der Nazi-Verbrechen zu relativieren und die Sowjetunion als eine feindliche Macht zu kennzeichnen, die »immer noch vor unseren Türen« stehe.[2] 1991 herrschte allgemeine Zufriedenheit darüber, daß das wiedervereinigte Deutschland in der NATO »verankert« blieb, und niemand zweifelte ernstlich daran, daß die Macht, die ihre Truppen nun aus Deutschland zurückzog, wirklich ein Feind gewesen wer, und zwar ein Feind des ganzen »Westens«.

1986 äußerte sich Hans Mommsen überaus negativ über den Antibolschewismus, jene »antikommunistischen Ressentiments«, die für die Gegner maßgebend seien und die in der »Totalitarismustheorie« ihren Ausdruck fänden, einer Theorie, welche »bloß äußerliche Gemeinsamkeiten für konstitutiv« halte und nicht wahrhaben wolle, daß die kommunistischen Herrschaftssysteme in schroffem Gegensatz zu den faschistischen keinem Prozeß der Selbstzerstörung unterlägen.[3] 1991 hatten überall in Osteuropa »Dissidenten« die Regierung übernommen, die aus ihrem Antikommunismus oder mindestens Antisowjetismus keinen Hehl machten; von nahezu allen Intellektuellen wurde mit großer Selbstverständlichkeit der Begriff des Totalitarismus verwendet, und zwar keineswegs bloß im Hinblick auf eine »stalinistische« Phase; daß den Ereignissen eine »Selbstzerstörung des Kommunismus« vorhergegangen sei, war zu einer evidenten Einsicht geworden. Mehr und mehr schien sich auch die Auffassung durchzusetzen, daß das 20. Jahrhundert eigentlich erst 1917 mit der Oktoberrevolution der Bolschewiki begonnen und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sein Ende gefunden habe.

Aber mit alldem waren in der Tat die Fragen noch nicht beantwortet, die sich schon bis 1988 als der Kern des Historikerstreits erwiesen hatten: Ob zwischen dem sowjetischen Kommunismus und dem militanten Antikommunismus der faschistischen Bewegungen und Regime, insbesondere des in

Deutschland zur Macht gelangten radikalfaschistischen Nationalsozialismus, ein Verhältnis von Aktion und Re-Aktion, von Herausforderung und Antwort, von Original und Kopie bestanden habe und ob ein »kausaler Nexus«, wenn es ihn denn gegeben habe, auch zwischen den Vernichtungsmaßnahmen der beiden Regime konstatiert werden dürfe. Eben diese Probleme waren in meinem Artikel »Vergangenheit, die nicht vergehen will« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. Juni 1986 artikuliert worden, und zwar mit der Frage »War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz?« sowie mit der Feststellung, ein kausaler Nexus zwischen beiden sei wahrscheinlich.[4]

Fragen wie diese waren durch geschichtliche Ereignisse allein nicht entscheidbar. Sie ließen sich aber umfassender darlegen und anschaulicher begründen. Eben das geschah von meiner Seite in dem vorliegenden Buch, das 1987 erschien und das zwar in der Sache eher die Voraussetzung als die Folge jenes Artikels war, das aber gleichwohl als dessen Erweiterung und quellenmäßige Ausarbeitung betrachtet werden darf. Gewiß kann auch das Buch für sich allein die Gegenargumente nicht aus der Welt schaffen, die in der Hauptsache darauf hinauslaufen, der Nationalsozialismus müsse aus den Voraussetzungen der deutschen Geschichte erklärt werden und das gelte auch für »Auschwitz«, d. h. für die »Endlösung der Judenfrage« als ein schlechthin singuläres, ja unvergleichbares Ereignis, dem die rationale Verknüpfung fehle, welche im Gulag immerhin zwischen wirklichen Feinden des Regimes und deren Unschädlichmachung bestanden habe. Überdies sei dort der physische Untergang nicht intendiert gewesen, sondern habe nur eine beiläufige, sei es auch schreckliche und ausgedehnte Folge gebildet. Ein anderer Einwand geht dahin, daß der Kampf zweier Ideologien und Massenbewegungen, des Kommunismus und des Nationalsozialismus, bloß eine Maske für den Machtkampf zweier großer Staaten gewesen sei, so daß der Begriff »europäischer Bürgerkrieg« ungerechtfertigt sei. Die beiden Erklärungen heben sich nicht schon deshalb wechselseitig auf, weil sie im Widerspruch zueinander stehen, denn mindestens dem nationalsozialistischen Regime muß ein Staatscharakter ganz besonderer Art zugeschrieben werden, wenn man nicht zu der absurden Auffassung gelangen will, nur zufälligerweise sei es im Ersten Weltkrieg nicht zu einem »Auschwitz« gekommen. Auch einem dritten Einwand läßt sich das Gewicht nicht absprechen: daß die Vernichtungsmaßnahmen gegen wirkliche oder angebliche Feinde, also »Gulag« und »Auschwitz«, zwar konsequente Aktionen zweier »Reinigungsideologien« gewesen seien, aber lediglich Parallelerscheinungen darstellten, zwischen denen es keinen »kausalen Nexus« gebe.

Auf einem ganz anderen Blatt als Argumente dieser Art standen die Vermutungen und Unterstellungen, welche die Motive der Hauptbeteiligten oder deren Auswirkungen betrafen: Das Ziel bestehe in der Verdrängung »der deutschen Verbrechen«, dessen, was »wir angerichtet haben«, in einer Apologie für

die Führer der Wehrmacht, in der »Weißwaschung der deutschen Industrie«, in der makabren Aufrechnung von Massenverbrechen gegeneinander; leitend sei der Wunsch, den Bolschewismus oder wohl gar den Marxismus zum eigentlichen Schuldigen an allen Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu machen, und mithin die Absicht, durch »Relativierung« und »Historisierung« das große Vergessen zu fördern, das in Deutschland längst um sich gegriffen habe. Die Überlegung, ob es nicht gerade um ein umfassenderes und gerechteres Erinnern gehen könnte, ist meines Wissens in all diesen Polemiken nicht einmal ansatzweise angestellt worden.

Man hätte indessen wohl erwarten dürfen, daß immerhin einige Vertreter der »anderen Seite« im Historikerstreit sich nach dem Verlauf von zehn Jahren und nach den überraschenden Entwicklungen dieses Dezenniums die Frage vorgelegt hätten, welche Bilanz nun zu ziehen sei: Ob man nicht auf einige der alten Argumente verzichten und den Gegnern in der einen oder anderen Hinsicht recht geben müsse. Wenn ich mich nicht täusche, ist das nur von seiten eines einzigen der Beteiligten geschehen, nämlich durch Heinrich August Winkler, der in der *Frankfurter Rundschau* vom 29. Oktober 1996 einen Artikel mit dem Titel »Kehrseitenbesichtigung. Zehn Jahre danach: Ein Rückblick auf den deutschen Historikerstreit« publizierte[5]. Winkler macht sich hier selbst den Vorwurf, vor zehn Jahren in einem anderen Artikel derselben Zeitung eine unberechtigte Selbstgewißheit an den Tag gelegt und die Forderung erhoben zu haben, daß die Deutschen hinfort keinen souveränen Nationalstaat mehr anstreben und mithin die Zweistaatlichkeit anerkennen sollten, welche ja doch eine Folge der verhängnisvollen Rolle sei, die Deutschland in beiden Weltkriegen gespielt habe. Dieser seiner Auffassung aber habe eine »säkularisierte Geschichtstheologie« zugrunde gelegen, die auch für nicht wenige der anderen »linken« Beiträge zu der Diskussion bestimmend gewesen sei. Die Überzeugung, daß die nationalsozialistischen Verbrechen durch die Teilung Deutschlands gesühnt werden könnten, sei zur »Lebenslüge der bundesdeutschen Linken« geworden, und heute sei es an der Zeit, »die Moral so manchen moralisch klingenden und moralisch gemeinten Arguments aus der Zeit des Historikerstreits zu hinterfragen...« Winkler bringt also ein beträchtliches Ausmaß an Selbstkritik auf, aber im Hinblick auf den Widersacher, der jene anstößigen Thesen über den »kausalen Nexus« aufgestellt hatte, hielt er an seiner früheren Meinung fest: Ernst Nolte habe sich von einer »apologetischen Absicht« leiten lassen, denn er habe nationalistisch und revisionistisch argumentiert. So habe er zwar in der »Langfassung« seines Artikels, dem Buch über den Europäischen Bürgerkrieg 1917–1945 das »Jahrhundertthema« der Wechselbeziehungen zwischen Kommunismus, Faschismus und Demokratie »aufgegriffen«, aber wegen seiner apologetischen Absicht habe das Unternehmen »in einem analytischen Debakel« geendet.

Auf weniger direkte Weise haben sich indessen auch andere Teilnehmer nach dem Verlauf von bald zehn Jahren zu der Thematik des Historikerstreits geäußert und damit potentiell zu einer Bilanzierung beigetragen, die Winkler postuliert, aber schwerlich schon durchgeführt hat. Die Ursache war das Erscheinen des Buches von Daniel Goldhagen über »Hitlers willige Vollstrecker«[6]. Goldhagen, der junge jüdisch-amerikanische Politologe, trieb nämlich die »orthodoxe« Auffassung zum Extrem, ja bis zur Karikatur: In seiner Darstellung kommen im wesentlichen nur die Deutschen und die Juden vor, und das Verhältnis zwischen ihnen ist ganz auf den Antisemitismus einerseits und den Opferstatus andererseits reduziert. Schon im 19. Jahrhundert und im Grunde seit Luther sind die Deutschen bis auf wenige Ausnahmen von einem »eliminatorischen« Antisemitismus erfüllt, der sich unter Hitler mit nur allzu großer Konsequenz zu einem »exterminatorischen« Willen entfaltet. Dieser habe sich nicht so sehr in den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka realisiert (deren »Leistungsfähigkeit stark übertrieben« worden sei[7]), sondern in den vielhunderttausendfachen, mit »Eifer« und »Lust« ausgeführten Mordtaten der SS, der Polizeibataillone und auch der Wehrmacht. Die Bolschewiki und der Gulag kommen ebensowenig vor wie die internationale Situation der Jahre 1939–1941 und die im Baltikum sowie in der Ukraine weitverbreitete Judenfeindschaft. Von Bedeutung ist ausschließlich die Konfrontation zwischen deutschen Mördern und jüdischen Ermordeten. Die These vom kausalen Nexus zwischen Gulag und Auschwitz erscheint aus dieser Perspektive in der Tat als schlechterdings absurd. Zwar nennt Goldhagen die Mörder gelegentlich »Weltanschauungskrieger«[8], aber ein Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Antibolschewismus taucht allenfalls für flüchtige Augenblicke auf und wird ohne weiteres den »Wahnideen« zugerechnet. Zwar unterstreicht Goldhagen nachdrücklich das Prinzip des »Verstehens«, und er hebt sogar hervor, daß die Täter »die Massenvernichtung der Juden für gerechtfertigt« gehalten haben[9], aber sein Verstehen und das Selbstverständnis der Täter kommen nur im Begriff der »Wahnideen« überein. Mithin kann ein ganz eindeutiger Schuldspruch gefällt werden, und es fehlt Goldhagen anscheinend ganz das Bewußtsein dafür, daß er mit dieser kollektivistischen Schuldzuschreibung nichts anderes tut, als was die Nationalsozialisten getan hatten, indem sie »den Juden« die Schuld am Roten Terror, an den Greueltaten der Tscheka und an der »großen Menschenvernichtung« im Gulag zuschrieben.

Keiner der »linken« deutschen Teilnehmer am Historikerstreit hat sich mit einer so extremistischen und über weite Strecken schlicht kenntnislosen Position identifiziert, auch Jürgen Habermas nicht, der freilich bei der Verleihung des »Demokratiepreises« von 1997 die Lobrede auf Goldhagen hielt, welcher die Geschichte wieder von den Taten der vielen einzelnen her und nicht von den Zwängen bürokratischer Apparate oder von den Beschlüssen eines charis-

matischen Führers her geschrieben habe[10]. Insbesondere Hans Mommsen setzte sich in zahlreichen Stellungnahmen und Interviews mit den Auffassungen Goldhagens auseinander, und plötzlich gewann seine seit langem bekannte und oft als »revisionistisch« bezeichnete Interpretation, welche die Schuld von dem »schwachen Diktator« Hitler wegnahm und den »führenden Schichten« Deutschlands zuwies, geradezu den Charakter einer Apologie, nämlich einer Apologie der deutschen Volksmassen, die bei Goldhagen ja als die eigentlich Schuldigen erscheinen, so sehr er sich an manchen Stellen eher »intentionalistisch« ausdrückt.

Hans-Ulrich Wehler sprach sich zwar dafür aus, die erstaunliche Wirkung Goldhagens in der Öffentlichkeit als willkommenen Effekt zu begrüßen und seine »spürbare moralische Empörung« zu respektieren, aber er stellte gravierende Schwächen fest, die Goldhagens Erklärung der richtig dargestellten Tatbestände radikal diskreditierten, z. B. die Diabolisierung der Deutschen und damit die »Ethnisierung« der Debatten, seine »furchterregende Selbstgerechtigkeit« und auch die Aussparung des »schrecklichen, jahrzehntelang anhaltenden millionenfachen Mordes unter Lenins und Stalins Diktatur« – allerdings hat Wehler nicht so sehr die Aussparung als solche im Auge, sondern die mögliche und durchaus verfehlte Herleitung dieser Verbrechen aus einer Tradition »russischen Barbarentums«[11].

Eberhard Jäckel wiederum, der im Historikerstreit auf der Gegenseite eine »elende Praxis der Untersteller« am Werk gesehen und eine höchst fragwürdige These über angebliche öffentliche Ankündigungen der Ermordung auch von jüdischen Frauen und Kindern durch Hitler aufgestellt hatte, kennzeichnete Goldhagens Buch als eine »durch und durch mangelhafte, mißlungene Dissertation«, welche auf den Forschungsstand der fünfziger Jahre zurückfalle und die Hauptaufgabe der Forschung völlig vernachlässige, nämlich »die Zusammenhänge zu erklären«[12].

Aber war nicht der überragende buchhändlerische Erfolg des Goldhagenschen Buches, war nicht die triumphale Rundreise des Autors durch die Sendesäle und Auditorien Deutschlands der eindrucksvollste Beweis dafür, daß die Behauptung der Habermas-Wehlerschen Seite mindestens in gewisser Weise richtig war, man habe den Angriff des nationalapologetischen Revisionismus zurückgeschlagen und einen großen Sieg für die gründliche »Vergangenheitsbewältigung« der Deutschen errungen?

Es könnte jedoch sein, daß dieser »Kampf gegen das Vergessen« nur einem größeren Vergessen diente, daß die deutsche Selbstglorifizierung der nationalsozialistischen Zeit lediglich in eine deutsche Selbstverwerfung umgedreht wurde und daß jenes angebliche Debakel gerade den Weg zu einer tiefergreifenden Selbstbesinnung und zu einem adäquateren Verständnis der Zusammenhänge der Geschichte des 20. Jahrhunderts eröffnet hatte. Jedenfalls lie-

ßen einige Publikationen der neunziger Jahre, die von weltbekannten Historikern stammten, eine solche Vermutung als gut begründet erscheinen.

Als Alan Bullocks »Hitler und Stalin« 1991 in deutscher Übersetzung herauskam, war die Erinnerung an den Historikerstreit noch frisch genug, daß nicht selten ein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht wurde, wie wenig an Erregung eine Themenstellung hervorrufe, die so viel Ähnlichkeit mit der Frage nach »Gulag« und »Auschwitz« habe. Tatsächlich setzte sich Bullock schon in seiner Vorbemerkung aufs klarste von jener germanozentrischen Sichtweise ab, welche die Diskussion in Deutschland so weitgehend bestimmt hatte. Auf der Suche nach einem Bezugsrahmen, in dem die größeren Zusammenhänge der jüngsten Geschichte Europas besser verständlich werden würden, habe er sich der in der westlichen Geschichtsschreibung vernachlässigten »Achse Deutschland–Rußland« zugewandt. Dadurch werde der Vergleich »zwischen den beiden dort beheimateten revolutionären Machtsystemen« möglich, dem stalinistischen und dem nationalsozialistischen. »Beide schienen zugleich in unversöhnlichem Gegensatz zu stehen und viele Dinge gemeinsam zu haben. Beide hatten, jedes auf seine Art, die bestehende Ordnung in Europa ideologisch und politisch herausgefordert. Ihr gleichzeitiges Erscheinen auf der Bühne der Geschichte, ihre gemeinsamen Beziehungen und Wechselwirkungen verkörpern, so scheint mir, das bemerkenswerteste und neuartigste Phänomen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ein Phänomen, dessen Nachwirkungen noch weit in dessen zweite Hälfte hineinstrahlen.«[13] Damit ist die vergleichende Darstellung zweier revolutionärer Regime postuliert, die zueinander in wesentlichen Beziehungen und in Wechselwirkung standen. Die erste Frage müßte nun die sein, ob »revolutionär« in beiden Fällen dasselbe bedeutete und ob vielleicht die eine Revolution sich auch oder zunächst in einer einseitigen Beziehung zu der anderen befand, derart, daß die eine die Existenzvoraussetzung der anderen gewesen wäre und daß damit das Verhältnis von Aktion und Re-Aktion vorgelegen hätte. Ein solches Verhältnis wurde ja von den beiden Regimen mit großer Selbstverständlichkeit angenommen: Das eine, das bolschewistische, sah sich stets als Verkörperung der »Revolution«, welcher in Gestalt der faschistischen Regime die »Gegenrevolution« entgegentrete, und Hitler erklärte immer wieder, seine Partei schütze Deutschland und Europa vor der Weltgefahr der bolschewistischen Kulturzerstörung. Bullock schlägt diesen Weg der Untersuchung jedoch nicht ein, sondern er schildert, wie schon der Untertitel sagt, »parallele Leben«, nämlich die Lebensläufe zweier Männer, die zwar für zwölf bzw. für beinahe dreißig Jahre die nahezu unbeschränkten Herrscher über ihre Staaten waren, die aber zu der jeweils eigenen »Revolution« oder »Gegenrevolution« eine andere Beziehung hatten: Stalin war ja der Nachfolger des Parteigründers, hinter den er sich – mindestens in seinen offiziellen Äußerungen – immer zurück-

stellte; Hitler dagegen war der Gründer, und er müßte insofern als die Gegenfigur oder die Parallele zu Lenin gesehen werden. Wenn Bullock in den ersten drei Kapiteln von der »Herkunft«, den »frühen Erfahrungen« sowie von der Oktoberrevolution und dem Novemberputsch handelt und jeweils Stalin und Hitler einander gegenüberstellt, so ist dabei natürlich auch von Lenin die Rede, aber die frühe Geschichte der bolschewistischen Partei bis zum Machtgewinn im November 1917 tritt nur wenig in den Blick, während Hitler mit der frühen Geschichte seiner Partei so gut wie identisch ist und der Münchener Putschversuch vom November 1923 keinesfalls mit der »Oktoberrevolution« in Parallele gesetzt werden darf. Erst die nationalsozialistische Machtergreifung von 1933 bildet die Parallele, und sie findet bei Bullock statt, als die Seite 409 erreicht ist.

So besteht das Buch umschichtig aus Kapiteln, die das Leben Stalins und Hitlers mit starken Bezugnahmen auf die Geschichte der russischen bzw. der deutschen Partei und des russischen bzw. des deutschen Staates darstellen. Die russische Revolution, deren Zentralfiguren nun einmal Lenin und Trotzki waren, wird daher nicht ausführlich geschildert, und der Leser gewinnt nicht den Eindruck, daß Hitlers Frühzeit von der Beziehung zu dieser Revolution wesentlich mitgeprägt worden sei. Erst mit dem 14. Kapitel, das dem Hitler-Stalin-Pakt gewidmet ist, beginnt eine relevante Wechselwirkung, und sie wird nicht viel anders erzählt, als sie in jeder Geschichte Europas im 20. Jahrhundert erzählt werden würde. Im ganzen gesehen liegt also die Parallelisierung durchaus vor, die Wechselwirkung kommt erst spät in den Blick, und die im Ursprung einseitige Beziehung, diejenige von »Revolution« und »Gegenrevolution«, wie Stalin und Hitler selbst mit gegensätzlicher Wertsetzung das Verhältnis sahen, spielt keine nennenswerte Rolle. Insofern setzt Bullock die Linie der strukturanalytischen Totalitarismustheorie fort, die ja ihren Doppel-Gegenstand, das bolschewistische und das nationalsozialistische Regime, ebenfalls primär als Parallele auffaßte. Das für zahllose Menschen Begeisternde und Attraktive der beiden Bewegungen bzw. Regime wird hier wie dort höchstens ansatzweise herausgestellt; das Schreckliche wird dagegen sehr hervorgehoben. Nach Bullock bescherte Stalin seinem Volk »Leiden und Tod in einem Ausmaß, für das es in der Geschichte keine Parallele gibt«, und das »Sklavenreich unter der Herrschaft der SS«, das Hitler im Osten Europas zur Existenz brachte, stand »weder im Umfang noch in den Schrecken, die es verbreitete«, dem Terrorregime nach, »das Stalin und das NKWD in der Sowjetunion errichteten«[14]. Insofern stellt Bullock, wie es Hannah Arendt und Carl J. Friedrich getan hatten, »Kulaken« und »Juden« nebeneinander. Hin und wieder ist allerdings von einer inneren Aufeinanderbezogenheit der Ideologien die Rede, die schwerlich eine bloße Parallele ist, so wenn gesagt wird: »Ersetzt man ›Rasse‹ durch ›Klasse‹, die ›rassische Elite‹ durch die Kommuni-

stische Partei, die Unterordnung des einzelnen unter das ›Volk‹ durch die unter den ›Staat‹ ..., so erhielte man die Grundzüge einer Weltanschauung, an der Stalin kaum etwas auszusetzen gehabt hätte.«[15] Aber Bullock nimmt doch eine wesentliche Unterscheidung vor: Da Hitlers Hauptfeind, »der Jude«, nur die teuflische »Erfindung einer krankhaften Philosophie« ist[16], hat der Holocaust letztlich einen ganz anderen Charakter als die Vernichtung von Kulaken, Parteifeinden und polnischen Offizieren. »Hier war der Massenmord nicht Mittel zum Zweck, sondern Zweck an sich.«[17]

So enden die »parallelen Leben« von Stalin und Hitler doch nicht nur in dem radikalen Gegensatz des Triumphes auf der einen Seite und der totalen Niederlage auf der anderen, sondern auch in demjenigen von Zielsetzung und Rationalität bzw. Irrationalität der beiden Regime. Aber ganz am Schluß kommt Bullock auf die Ereignisse von 1989 und 1990 zu sprechen, die in seinen Augen eine weitgehende Umkehrung der Situation von 1945 bedeuten, denn das sowjetische Volk steht vor einer wirtschaftlichen Katastrophe und muß die westlichen Staaten und besonders Deutschland um Hilfe bitten, das in seinem westlichen Teil »ein bemerkenswertes Niveau des Wohlstands und der Stabilität« erreicht hat.[18] So ist das Zeitalter Hitlers und Stalins vorbei, aber es dauerte infolge des Fortlebens des Stalinismus 70 Jahre – bis zum Ende der achtziger Jahre. So viele Fragen Bullock in der Konsequenz seines Ansatzes bei den »parallelen Leben« zweier Männer bloß andeutet und unbeantwortet läßt, so gewiß ist es gleichwohl, daß aus seiner Perspektive alle Versuche, »Hitler« von »Stalin« zu trennen und zu einem selbstgenügsamen Thema zu machen, als Interpretationen des 20. Jahrhunderts von vornherein verfehlt sind.

Ein anderer englischer Historiker, Eric Hobsbawm, der lange Zeit vornehmlich als Marxist und maßgebender Sozialhistoriker bekannt war, hat 1994 nach seinen Büchern über das 19. Jahrhundert auch eine »Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« vorgelegt, der er den Titel »Das Zeitalter der Extreme« gegeben hat.[19] Weitaus mehr als Bullock läßt er sich auf die ganze Fülle der Geschehnisse ein, und es gibt kaum einen Staat, kaum eine wichtige politische Bewegung, die nicht wenigstens in einem Satz Erwähnung fände. Aber der rote Faden geht dennoch nie verloren. Der Titel scheint zu implizieren, daß das Hauptthema die verschiedenen Totalitarismen sein würden und daß Hobsbawm also wie Bullock auf der Linie der strukturanalytischen Totalitarismustheorie weiterschreitet. Aber schon gleich am Anfang wird klar, daß er der russischen Revolution einen Platz von überragender Wichtigkeit zuweist, denn in den Jahren 1989/1991 ist nach ihm eine Welt zerbrochen, »die von den Auswirkungen der russischen Revolution von 1917 geprägt war«[20]. Zwar läßt er »das kurze 20. Jahrhundert« 1914 mit dem Ausbruch des Weltkriegs beginnen, und es muß von einem »einunddreißigjährigen Weltkrieg« die Rede

sein, da der Versailler Vertrag so viele Ungerechtigkeiten und Schwächen aufwies, daß »ein neuer Krieg praktisch gewiß« war.[21] Dennoch faßt Hobsbawm auch die Geschichte der ersten Hälfte des Jahrhunderts nicht primär als eine Geschichte der erklärten und unerklärten Kriege zwischen den großen Staaten auf, sondern eine neue Qualität kommt dadurch zum Vorschein, daß die Gegnerschaft gegen den Krieg und der Wille zu einem völlig neuartigen Aufbau des Lebens sich in einem der Staaten durchsetzen: Die Oktoberrevolution »war für dieses Jahrhundert ein ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen ist«[22]. Daß ihre Hauptintention »die völlige Zerstörung des russischen und europäischen Bürgertums« war[23], wird von Hobsbawm anscheinend nicht als etwas Negatives betrachtet, aber es wird nicht recht klar, ob Hobsbawm trotz mancher Selbstkritik nicht doch davon überzeugt ist, daß Marx auf längere Sicht recht behalten wird. Jedenfalls waren nach seiner Darstellung schon die »Vierzehn Punkte« Wilsons eine Reaktion auf die russische Revolution, denn sie spielten gegen deren universalen Appell die nationalistische Karte aus.[24] Ganz ebenso war die sehr gemäßigte Haltung der sozialistischen Parteien »im wesentlichen nur eine Reaktion auf den Bolschewismus«[25]. Ein »kausaler Nexus« versteht sich für Hobsbawm mithin von selbst, und das gleiche gilt offensichtlich für Hitlers Nationalsozialismus, der konterrevolutionär und »eine Art rechtsextremes Äquivalent zum internationalen Kommunismus, mit Berlin als seinem Moskau« war.[26] Allerdings tritt eine außerordentliche Komplizierung dadurch ein, daß für Stalin die Revolution mehr und mehr »nur noch Rhetorik« war und daß die Faschisten sich imstande zeigten, die Massen von unten zu mobilisieren; daher sind diese »die Revolutionäre der Konterrevolution« zu nennen.[27] Trotz solcher Verkehrungen blieben die faschistischen Bewegungen und Regime von den kommunistischen wesentlich verschieden, denn sie waren eine Antwort auf die reale Gefahr einer mächtigen sozialen Revolution und einer starken Arbeiterklasse, und der Nationalsozialismus plagiierte das sowjetische Regime in beträchtlichem Maße.[28] Mithin ist die Epoche am besten als »internationaler ideologischer Bürgerkrieg« zu verstehen[29], ja am Ende bestimmt Hobsbawm sogar das ganze »kurze 20. Jahrhundert« als ein »Zeitalter der Religionskriege«, und zu den säkularen Religionen zählt er neben dem Nationalismus auch den Sozialismus.[30] Aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts spielten sich diese Religionskriege offensichtlich außerhalb von Europa und Amerika ab, etwa im Umkreis der »zutiefst mörderischen Diktaturen« von Stalin, Mao, Kim Il Sung und allerdings auch Ceauşescu.[31] Das Hauptkennzeichen der europäisch-amerikanischen Entwicklung waren ja gerade »die goldenen Jahre« des Kapitalismus zwischen 1950 und 1973, deren Realität für Hobsbawm offenbar ein schwer erklärbares Phänomen darstellt, da er durchaus nicht geneigt ist, den »Theologen der freien Marktwirtschaft« wie

Hayek und Friedman recht zu geben. Aber seit 1973 zieht ein neues Krisenzeitalter herauf, und allem Anschein nach büßt für Hobsbawm »das Extreme« auch nach 1989 und dem Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts« seine Bedeutung nicht ein. Die extremen Schrecklichkeiten des »Zeitalters der modernen Religionskriege« haben also in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur noch in Asien und Afrika einen Platz, während sie in der ersten Hälfte, der Epoche des eigentlichen ideologischen Bürgerkrieges, sowohl im bolschewistischen Rußland Stalins wie im nationalsozialistischen Deutschland Hitlers eine Stätte fanden. Hobsbawm kommt zwar schon gleich zu Anfang auf den »Holocaust« zu sprechen, aber er stellt ihn mit dem Hungertod von mehreren Hunderttausenden der Einwohner Leningrads und den 3,5 Millionen Opfern unter den russischen Kriegsgefangenen zusammen. »Auschwitz«, das als Name gar nicht vorkommt[32], nimmt anscheinend in der Fülle der Ereignisse keinen völlig singulären Platz ein, und so sehr Hobsbawm sich als »Antifaschisten« versteht, so distanziert und unemotional ist sein Urteil doch an nicht wenigen Stellen, etwa wenn er »Nazideutschland« das Verdienst zuschreibt, als einziger westlicher Staat zwischen 1933 und 1938 die Arbeitslosigkeit überwunden zu haben[33], und wenn er über den Zionismus ein sehr kritisches Urteil fällt.[34]

François Furet, in den fünfziger Jahren für einige Zeit Mitglied der KPF, hebt in seinem Buch von 1995 über das Ende einer Illusion, das ein »Essay über die kommunistische Idee im 20. Jahrhundert« sein will und doch darin keineswegs aufgeht[35], die zentrale Bedeutung der russischen Revolution, den »charme universel d'Octobre«[36] noch stärker hervor, als Hobsbawm es tut, und er macht diese Faszination viel anschaulicher, weil er sie am Beispiel einiger bedeutender Männer wie des Linkskatholiken Pierre Pascal, des russisch-jüdischen Kleinbürgers Boris Souvarine und des Sohnes des jüdischen Großbürgertums in Ungarn Georg Lukács exemplifiziert. Für diese drei Männer wie für zahlreiche andere bedeutete die russische Revolution den »Leuchtturm« in der Finsternis der vom Ersten Weltkrieg geprägten Zeit; sie appellierte an die Leidenschaften noch stärker als an die Ideen; ihre Sinngebung des anscheinend Sinnlosen ergriff eben den ganzen Menschen und nicht nur den Verstand. Für Pierre Pascal ist der Bolschewismus keineswegs antichristlich, sondern »die Revanche der Gedemütigten«; Boris Souvarine ist von tiefer Sympathie für die kleinen Leute in Rußland erfüllt, die vom westlichen Individualismus noch nicht berührt sind; bei Georg Lukács spielt ein doppelter Selbsthaß eine wichtige Rolle: »der Selbsthaß des Juden und derjenige des Bourgeois«[37]. Pascal und Souvarine entfernen sich nach einigen Jahren vom Sowjetsystem, wenn auch kaum von der Idee des Kommunismus, die hier und anderswo der Kritik an empirischen Irrwegen gerade zugrunde liegt, und sogar Lukács wurde 1956 zum Dissidenten, obwohl er davon überzeugt blieb, daß Stalin die Vernunft der Weltgeschichte inkarniere.[38] Für die französischen

Intellektuellen lag eine der Hauptattraktionen des Kommunismus darin, daß die russische Revolution in einflußreichen Werken bedeutender Historiker wie Aulard und Mathiez von früh an in die Spur der Französischen Revolution gestellt wurde und mithin als eine weitere Etappe im Siegeszug von Gleichheit, Emanzipation, Freiheit und Brüderlichkeit erschien. Erst durch Solschenizyns »Archipel Gulag« wurde diese Faszination endgültig gebrochen, die indessen zwischen den Kriegen in England und sogar in Amerika nicht viel weniger auffällig gewesen war als in Frankreich.

Aber Furet begnügt sich nicht damit, dieses allmähliche Hinschwinden des kommunistischen Glaubens zu beschreiben. In seiner Blütezeit rief dieser nämlich eine andere Ideologie hervor, die faschistische, welche von Furet wie von so vielen Autoren vor ihm als »Reaktion« gekennzeichnet wird und die ihm doch als »der andere große Mythus des Jahrhunderts« gilt[39]: »Der Faschismus entsteht als eine Reaktion des Partikularen gegen das Universale, des Volkes gegen die Klasse, des Nationalen gegen das Internationale. Er ist in seinen Anfängen unabtrennbar von dem Kommunismus, dessen Ziele er bekämpft, indem er gerade seine Methoden imitiert.«[40] Er ist in allen seinen Gestalten aber keine bloße Reaktion, keine reine Konterrevolution, sondern er hat seine eigene »Magie der Zukunft«[41], er ist für nicht wenige Intellektuelle ebenso faszinierend, wie es der Kommunismus für viele andere ist, er kann dem Leben der Individuen einen Sinn geben. So erscheint der Faschismus als ein beinahe gleichgewichtiges Gegenstück zum Kommunismus in der »europäischen Tragödie«, und so wenig Furet seine eigene und antifaschistische Vergangenheit verleugnet, so sehr tritt doch das Prinzip des »Verstehens« in den Vordergrund, das sich von vorschnellen moralischen Urteilen fernhält. Das Ziel besteht darin, »das 20. Jahrhundert zu verstehen«, und daraus resultiert viel mehr »travail du deuil«[42] als parteiliche Anklage. Manchmal sieht es sogar so aus, als halte es Furet für eine verfehlte und beklagenswerte Entwicklung, daß die Idee des Faschismus nach dem Kriege das Objekt eines »interdit radical« und einer Dämonisierung geworden ist, die ihm zwar ein Nachleben sichert, aber nur ein Nachleben, das dazu dient, den Siegern die ständige Fortdauer ihres Triumphes zu garantieren, und das Deutschland dazu zwingt, für alle Verbrechen des Jahrhunderts zu zahlen.[43] Aber dieses Urteil ist kein absolutes, es bezieht sich nur auf den scheinbaren Triumph der kommunistischen Auffassung, welcher die entscheidende Einsicht verhinderte, daß der Kommunismus ebenso wie der Faschismus »eine der großen antiliberalen und antidemokratischen Reaktionen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts« bildete.[44] Kommunismus und Faschismus sind einander daher sowohl ähnlich wie unähnlich, und die Bewegungen wie die Regime führten einen Kampf gegeneinander, der mit gutem Grund als europäischer Bürgerkrieg bezeichnet werden kann.[45] Aber durch ein solches distanzierendes Verstehen geraten jene

Untaten nicht aus dem Blick, die in gewisser Weise den Höhepunkt und zugleich die Selbstwiderlegung der beiden Ideologien bedeuten: das große Verbrechen an den russischen und ukrainischen Bauern, das schlechthin singulär war, weil sich noch nie in der Geschichte ein Staat zum Ziel gesetzt hatte, »seine Bauern zu töten, zu deportieren oder zu versklaven«[46], und ein Jahrzehnt später die nationalsozialistische Untat gegenüber den Juden, die nicht minder singulär war, obwohl oder weil sie für Furet durch keinen »kausalen Nexus« mit dem Gulag und der Kollektivierung verknüpft ist. Als Endergebnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts konstatiert Furet den Sieg der »dritten«, der »kapitalistischen« Seite, die im Kampf der beiden großen »ideokratischen Regime« manchmal kaum sichtbar war, den Sieg von Privateigentum, Markt und Menschenrechten.[47] Aber so viel mehr an Verständnis für den Faschismus er aufbringt als Hobsbawm, so viel weniger scheint er davon überzeugt zu sein, daß dieser Sieg bloß ein vorläufiger sein könnte.

Weder Bullock noch Hobsbawm noch Furet akzeptieren die Begründung, die Stalin und auch viele westeuropäische Intellektuelle für den Vernichtungskampf gegen die Kulaken gaben: Er sei für die Modernisierung und Industrialisierung des Landes unerläßlich gewesen. Noch viel weniger nimmt einer der drei die Rechtfertigung ernst, die von Hitler und nicht wenigen Nationalsozialisten für den (zunächst bloß auf Trennung abzielenden) Vernichtungskampf gegen die Juden vorgebracht wurde: Die Juden seien »alle Kommunisten« und daher für den Tscheka-Terror und den Gulag und obendrein noch für den westlichen Kapitalismus verantwortlich. Bei Furet allerdings ergibt sich aus der Erzählung selbst, daß in der Tat ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz von Juden in Frankreich und anderswo führende Positionen in der marxistischen bzw. kommunistischen Bewegung einnahmen. Aber auch Furet würde zweifellos der folgenden These zustimmen: Selbst wenn alle Vorwürfe, die den Kulaken von der KPdSU gemacht wurden, zutreffend gewesen wären, und sogar, wenn alle Behauptungen, die von der NSDAP über die Juden verbreitet wurden, gestimmt hätten, würde es moralisch verdammenswert sein, wehrlose Männer und Frauen ohne Gerichtsverfahren, ja sogar Kinder zu töten oder auch bloß ins Ungewisse zu deportieren. Nur unter historischen Gesichtspunkten müßten möglicherweise Unterscheidungen getroffen werden, denn zwischen Kulaken, die eine zumutbare Getreideablieferung verweigern, und deutschen oder französischen Juden, die in keinem Punkte von ihren deutschen oder französischen Landsleuten abweichen, besteht ein unverkennbarer Unterschied.

Um solche Unterschiede und zugleich das Verhängnis der »kollektivistischen Schuldzuschreibung« anschaulicher zu machen, werfe ich einen Blick auf die Tagebücher, die der Romanist Victor Klemperer während der Jahre 1933–1941 geschrieben hat und die 1995 unter dem Titel »Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten« publiziert worden sind.[48]

Wenn irgend jemand, so durfte sich Victor Klemperer – persönlich Protestant, Inhaber eines romanistischen Lehrstuhls an der Technischen Hochschule Dresden, exemplarischer Geistes- und Kulturmensch, Frontkämpfer des Weltkriegs, mit einer »Arierin« verheiratet – ganz und gar als Deutscher fühlen, wenn er auch der Sohn eines Rabbiners war. Aber gleich nach dem 30. Januar 1933 trifft ihn mit furchtbarer Härte die antijüdische Kampagne der NSDAP, die gesetzliche Ausgrenzung der jüdischen Beamten, der Boykott gegen die jüdischen Geschäfte, obwohl er wie die übrigen Frontkämpfer zunächst verschont bleibt. Der Haß, den er von Anfang an gegen die Nationalsozialisten empfindet, ist der Haß des Bildungsbürgers und Geistesmenschen gegen die Demagogie und den Irrationalismus einer Massenbewegung, zu deren Komponenten er »Amerikanismus, Technizismus, Automatismus und Deifizierung (des Führers)« rechnet[49]. Eine ähnliche Abneigung empfindet er gegen den Kommunismus und sogar gegen den Zionismus, der mit seiner Rassenlehre eine »Quelle der Nazis« sei und der in Jerusalem die Arier nicht anders diskriminierte, als es in Deutschland den Juden geschieht.[50] Im Jahre 1935 wird er zwangspensioniert, und seine bisherigen Kollegen meiden ihn »wie eine Pestleiche«[51]. Dabei gibt es für ihn überhaupt keine »Judenfrage« in Deutschland, denn die Reibung zwischen Juden und »Ariern« war nach seiner Meinung nicht halb so groß wie etwa zwischen Protestanten und Katholiken oder zwischen Arbeitgebern und -nehmern oder zwischen Ostpreußen und Südbayern. Es gebe nur eine Lösung der deutschen oder westeuropäischen Judenfrage, schreibt er, nämlich »die Mattsetzung ihrer Erfinder«[52]. Eine »Ostjudenfrage« hält er allerdings offenkundig für real, und noch als 1941, wo er schon in einem »Judenhaus« wohnen muß, die »gelbe Judenbinde« eingeführt wird, sieht er als Grund nicht bloße Willkür und Quälsucht, sondern die Furcht vor der »jüdischen Kritik«[53]. Nichts würde bei all dem näherliegen, als daß er das ganze deutsche Volk verurteilte, das so unverbrüchlich Hitler Folge leiste. Einige Wendungen klingen in der Tat so, als seien sie eine Bestätigung für Goldhagen, etwa: Die Lage sei trostlos, denn Hitler entspreche wirklich dem deutschen Volkswillen[54], aber als Grund für diesen Volkswillen nennt er nicht etwa den Antisemitismus, sondern die Furcht vor dem Kommunismus und dem kommunistischen Rußland. Ganz Deutschland ziehe Hitler den Kommunisten vor, bemerkt er, obwohl doch beide Bewegungen materialistisch seien und in die Sklaverei führten[55]; selbst einige Juden nehmen die Nazis einigermaßen in Schutz, da sie den Kommunismus fürchten[56]; daß Hitler der Retter vor Rußland sei, sei bestimmt die Meinung von 79,5 Millionen Deutschen.[57] Sogar im Judenhaus gibt es einen Mann, der als ehemaliger Offizier »ein Monomane des deutschen Soldatentums ist und sich nationalistischer gebärdet als jeder Nazi«[58]. Von Antisemitismus dagegen merkt Klemperer noch so gut wie nichts, als er schon den Namen »Victor Israel« führen und

den Judenstern tragen muß: »Ich frage mich oft, wo der wilde Antisemitismus steckt. Für meinen Teil begegne ich viel Sympathie, man hilft mir aus, aber natürlich angstvoll... Die Beamten im Finanzamt sind mustergültig höflich... Die Passanten sympathisierten mit den Sternträgern... Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.«[59] Eine Wohnungsnachbarin meint, jeder Jude habe seinen arischen Engel[60], und bekanntlich sagte Heinrich Himmler in einer seiner Reden genau das gleiche, wenn auch im Tone der Kritik und des Vorwurfs. Die Folge dieser Ausgrenzung und kollektivistischen Schuldzuschreibung, die zum guten Teil Menschen trifft, welche nach Klemperer »Nazis sein würden, wenn sie nicht als Juden betroffen wären«[61] ist in den Augen dieses deutschen Juden im höchsten Maße paradox und zugleich verhängnisvoll: Hitler sei der bedeutendste Förderer des Zionismus, er habe buchstäblich das »Volk der Juden«, das »Weltjudentum«, DEN Juden geschaffen.[62] Aber dieser sonderbare Tatbestand ist erst ein Resultat des Nationalsozialismus; seine elementare Voraussetzung ist jedoch auch nach Klemperer nichts anderes als das Verhältnis zum Kommunismus, der ja, anders als die Juden, für die große Mehrheit des deutschen Volkes bedrohlich und angsterregend war.

Damit sollte nun klargeworden sein, worum es in dem »Europäischen Bürgerkrieg 1917–1945« und auch in dem Artikel über die »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, ja ansatzweise schon im »Faschismus in seiner Epoche« ging: nicht um Exkulpation oder Inkriminierung, um Belastung oder Entlastung, um Anklage oder Apologie, sondern um eine der möglichen Konzeptionen oder Paradigmen oder interpretatorischen Leitlinien der europäischen Geschichte und der Weltgeschichte im 20. Jahrhundert, an die vor allem die Frage zu richten ist, ob sie die Zusammenhänge erfaßt oder verfehlt, ob sie erhellend oder verdunkelnd, erweiternd oder verengend wirkt. Eine etwaige Einschränkung politischer oder propagandistischer Schuldsprüche, eine andere Verteilung von Licht und Schatten wird daraus erst resultieren; sie darf aber nicht die Voraussetzung sein, so gewiß der individuelle Historiker seine Präferenzen und Abneigungen haben wird. Die einzige wissenschaftlich legitime Abneigung ist jedoch die, welche dem über unpassende Tatbestände rücksichtslos hinweggehenden Willen zur Durchsetzung politischer Ziele gilt. Allerdings trägt jedes Paradigma von sich aus seine eigenen Begrenzungen an sich. Eben deshalb darf keine strenge Abschließung gegeneinander vorliegen. Die Zahl der möglichen Paradigmen ist aber gering, und für sie lassen sich zahlreiche Beispiele aus der Geschichtsschreibung anführen.

Einen praktischen Vorrang darf das nationale Paradigma beanspruchen. Staaten, ob monarchische Adelsstaaten oder Nationalstaaten, waren seit Jahrhunderten die obersten und handlungsfähigsten politischen Einheiten; nichts war natürlicher, als daß die Geschichtsschreibung sie zu ihren Hauptthemen

machte, sobald übergreifende Begriffe und Wirklichkeiten wie etwa »Christenheit« nicht mehr im Vordergrund standen. Die Geschichte der »Großen Rebellion« des Lord Clarendon hat eine wichtige Periode der englischen Geschichte zum Gegenstand, Voltaires Geschichte des Zeitalters Ludwigs XIV. ist bei aller Tendenz zur Kultur- und Sittengeschichte dennoch weitgehend der Entwicklung des französischen Staatswesens gewidmet. Der englische und der französische Staat waren indessen älter als die Historiographie, zu deren Thema sie wurden; in Deutschland und Italien aber ging die Geschichtsschreibung der Staatenbildung voraus, und die Historiker der kleindeutschen Schule wie Sybel, Treitschke und Droysen verbargen ihren Wunsch nicht, durch ihre Arbeit die Entstehung eines preußisch-deutschen Nationalstaats zu fördern. Ähnliches gilt für Italiener wie Carlo Botta und Cesare Balbo.

Daß das Bismarcksche Deutschland anders strukturiert war als das England Gladstones und gar das Frankreich der Dritten Republik, nämlich konstitutionell statt parlamentarisch, galt als positiver Tatbestand und wurde nicht selten als ein Sonderweg betrachtet, der Deutschland vor den Schwächen und Verfallserscheinungen des »westlichen« Liberalismus und Parlamentarismus bewahre. In der starken Monarchie sah man den Wurzelboden des deutschen Aufstiegs, und ihre Kulmination erreichte die Auffassung vom positiven deutschen Sonderweg in den sogenannten Ideen von 1914. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg führte keine wesentliche Änderung herbei, und für die wenigen Nationalsozialisten unter den deutschen Historikern stand »Deutschland« kaum in stärkerem Maße im Zentrum als für die Deutschnationalen. Nichts lag näher, als daß nach der zweiten Niederlage im Jahr 1945 der positive Akzent durch einen negativen ersetzt und der deutsche Sonderweg als Ursprung des Nationalsozialismus verstanden wurde: Die von den Verhältnissen im »Westen« abweichende Differenz zwischen industrieller Modernität und vormodernem politischem System habe zuerst die politische Herrschaft des Bürgertums und dann die Fortentwicklung zu einer demokratischen Revolution verhindert; so habe sich der feudale Obrigkeitsstaat 1914 in den Weltkrieg gestürzt, und nach 1918 sei lediglich das adlige Kriegerethos demokratisiert und vulgarisiert worden, so daß der nationalsozialistische Staat, dem Zeitgeist zuwider, seinen Eroberungs- und Ausbeutungskrieg gegen die anderen Staaten Europas habe ins Werk setzen können. Die Gegenwartsaufgabe bestehe darin, den Sonderweg zu beenden und sich vorbehaltlos dem westlichen oder demokratischen System anzuschließen.

Es ist kein Zweifel, daß dieses nationaldeutsche Paradigma sowohl in seiner negativen wie in seiner positiven Gestalt beträchtlichen Erklärungswert besitzt bzw. besaß. Seit 1870 waren alle wesentlichen Entschlüsse in der Hauptstadt Berlin gefaßt worden, und sie hatten allesamt dem Wohl des Volkes oder der Nation dienen wollen. Zwei Weltkriege, für die Deutschland verantwortlich

war, schienen unwidersprechlich zu beweisen, daß diese Beschlüsse und Entwicklungen in Wahrheit nicht zum Wohl, sondern zum Unheil der Nation ausgeschlagen waren. Der positive Nationalismus konnte daher nach 1945 allenfalls noch historisierend zur Korrektur von Exzessen der negativen Sonderwegsthese verwendet werden, und die nationalsozialistische Interpretation war vollständig diskreditiert: Hitler weiterhin die friedlichen Absichten zuzubilligen, die er oft proklamiert hatte, ging schlechterdings nicht mehr an, und es war offensichtlich verfehlt, ihn zum Opfer des Verrats von Diplomaten und Generälen zu machen, wenn man den Mangel an zureichenden Kriegsvorbereitungen herausstellte. Die einzige Möglichkeit einer »neonationalsozialistischen« Geschichtsschreibung war vermutlich die, welche ein englischer Historiker, nämlich David Irving, mehr in Andeutungen als ausdrücklich umrissen hatte: Die von den Vertretern der negativ gefaßten Sonderwegsthese so heftig angegriffene Zusammenarbeit zwischen den »führenden Schichten« und Hitler sei nicht verdammenswert, sondern sogar die einzige zukunftsvolle Möglichkeit gewesen, sofern sie sich 1940 zu einem Kompromiß zwischen Deutschland und England fortentwickelt hätte, was aber von Churchill und dessen Gesinnungsgenossen verhindert worden sei. Wenn es zustande gekommen wäre, würde der Holocaust nicht stattgefunden haben und England hätte sein Empire nicht verloren. Aber selbst wenn man dieser Interpretation einen Wahrheitswert zugestände, könnte sie heute nur noch einen nostalgischen Charakter haben, und Hitler selbst hatte das nationaldeutsche Paradigma weit überschritten, indem er sich als den Führer »aller Germanen« oder sogar »aller Arier« betrachtete. Von praktischer Bedeutung war im Rahmen der nationaldeutschen Konzeption nach 1945 nur die negativ akzentuierte Sonderwegsthese, und diese gewann dadurch an innerer Kraft, da sie sich mit der Tendenz zur »Sozialgeschichtsschreibung« verband, die auf Karl Lamprecht zurückging und in Gestalt der Schule der »Annales« in Frankreich große Leistungen hervorgebracht hatte.

Aber es gab eine ursprünglichere Sozialgeschichtsschreibung bzw. Auffassung von der Sozialgeschichte, die mit viel mehr Entschiedenheit über die nationalen Grenzen hinausstrebte und den Klassenbegriff weit ausschließlicher zum Zentrum machte. Es handelte sich um das marxistische Paradigma, das eine universalistische Geschichtsphilosophie als Grundlage besaß und das schon bei Marx selbst auch historiographische Werke wie den »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« hervorgebracht hatte. Hier ist nicht ein bestimmter Staat der Ausgangspunkt, sondern der übergreifende Vorgang der industriellen Revolution, aus dem eine machtvolle internationale Bewegung hervorgeht, nämlich die Arbeiterbewegung. Deren Bestimmung besteht darin, die unverwirklichten Postulate der bürgerlich-liberalen Revolution zu erfüllen, nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und die bislang kapitalistische

Modernität auf den unübersteigbaren Gipfel der weltweiten Gesellschaft ohne Klassen und Staaten zu führen. In dieser Perspektive wurde der deutsche Sonderweg irrelevant, weil er sich vom Weg der »westlichen Nationen« im Kern nicht unterschied, und die Aufgabe war viel höhergesteckt, als es die Modernisierung oder auch Demokratisierung vorhandener Klassenstrukturen jemals sein konnte. Zwar kam schon bald die Vermutung auf, daß das marxistische Zukunftsbild gar nicht »modern«, sondern in seiner Orientierung an der Vorstellung der Menschheitsfamilie und der in vollständiger Reziprozität ohne Entfremdungen und Versachlichungen existierenden Individuen eher archaisch war, aber der Einklang mit den universalisierenden Tendenzen der Moderne war doch so handgreiflich, daß der Marxismus der Zeit vor 1914 sich mit gutem Grund als die »Partei des Fortschritts« und die »Welle der Zukunft« betrachten konnte. Von dieser enthusiastischen Zuversicht war auch das historiographische Werk von Franz Mehring getragen, und eben er begrüßte an seinem Lebensabend noch die Revolution der Bolschewiki als den entscheidenden Schritt in die Wirklichkeit einer sozialistischen Welt.

Aber die Historiker der Sowjetunion sahen sich bald vor ein gravierendes Dilemma gestellt. Mit M. N. Pokrowski an der Spitze folgten sie der Tendenz, den russischen »Sonderweg«, welchen die Slawophilen so sehr gepriesen hatten, als Zurückgebliebenheit und Barbarei noch viel stärker zu verurteilen, als irgend jemand jemals den deutschen Sonderweg verurteilt hatte, aber staatspolitische Notwendigkeiten, von Stalin stark hervorgehoben, hatten bald eine Glorifizierung großer Teile der zaristischen und »feudalen« Vergangenheit zur Folge, die in den Augen von nicht wenigen westlichen Marxisten dem positivnationalistischen Geschichtsbild anderer Staaten nur allzu ähnlich war. Insofern waren nach 1945 die Geschichtsschreiber der DDR in einer besseren Lage, da sie weit eindeutigere Linien von dem arbeiterfeindlichen Unterdrückungsstaat Bismarcks über das reaktionäre Regime der Weimarer Republik und das barbarische, weil antikommunistische Dritte Reich zu der DDR ziehen konnten, in welcher das ganze positive Erbe des fortschrittlichen Teils der deutschen Vergangenheit unlöslich mit der Zukunftswelt des von der UdSSR geführten sozialistischen Blocks verbunden sei. Welche Anziehungskraft dieses Geschichtsbild der einfachen Linien eines Schwarzweiß-Gemäldes auszuüben vermochte, erfuhren alle Historiker der Bundesrepublik unter Einschluß der Vertreter der Sonderwegsthese zu ihrer großen Überraschung in den Jahren der sogenannten Studentenrevolution ab 1968 am eigenen Leibe.

Was in diesen Jahren endgültig an den Rand gedrängt oder sogar zum Verschwinden gebracht zu sein schien, war die »Totalitarismustheorie«, die nun mehr und mehr als Ideologie der westlichen Welt im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und deren Satelliten angegriffen wurde – nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil sie mit dem Marxismus den übergreifenden Charakter teilte.

Hannah Arendt, Carl J. Friedrich, Zbigniew Brzezinski und die Geschichtsschreiber, die ihren Spuren folgten, brachten dasjenige zusammen, was für alle Kommunisten, soweit sie nicht heterodoxen Strömungen angehörten, die absoluten Gegensätze waren, nämlich die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland. Und die gemeinsamen Charakterzüge, die sie herausarbeiteten, ließen sich ja schwerlich in Abrede stellen: die alleinregierende Partei mit ihrer nahezu allmächtigen Spitze, die terroristische Geheimpolizei, die alle Gebiete des Lebens durchdringende Ideologie, die nahezu vollständig dem Plan unterworfene und den Marktgesetzen entzogene Wirtschaft. Beide Regime waren offenbar durch einen Abgrund vom System des »westlichen Verfassungsstaates« getrennt, und beide brachten diese Feindseligkeit zu unverhülltem Ausdruck. Überdies war es tatsächlich ungemein auffällig, daß es auf sowjetischer Seite zwar sehr viel an Polemik gegen den Nationalsozialismus gab, aber keine eingehende Darstellung und Analyse – vermutlich deshalb, weil die Ähnlichkeiten, welche die Totalitarismustheorie so sehr hervorhob, dann schwerlich hätten verborgen bleiben können. Das stärkste Gegenargument des Sowjetmarxismus konnte nur der Hinweis auf die – sogar während der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts – unverbrüchliche Feindschaft zweier Regime und Ideologien sein, die trotz gewisser Ähnlichkeiten entgegengesetzte Ziele hatten und deshalb einander doch wie Licht und Finsternis, wie Humanität und Barbarei entgegenstanden. Dieser Auffassung schlossen sich im Westen nur sehr wenige Autoren an, aber mehr und mehr gewann das Argument an Gewicht, daß der Totalitarismus der stalinistischen Epoche sich in einen Autoritarismus umwandle und also eine Entwicklung nehme, zu der ein etwa siegreiches nationalsozialistisches Regime nicht imstande gewesen wäre.

Bevor die Frage gestellt werden kann, ob nicht einer anderen Version der Totalitarismustheorie und der ihr entspringenden Geschichtsschreibung ein eigener Rang zuzuerkennen sei, für welche die Feindschaft zwischen den beiden Bewegungen und Regimen nicht oberflächlich wäre, die aber keiner von beiden die Qualität des »Siegers der Geschichte« oder der »Welle der Zukunft« zuschriebe, muß von dem »jüdischen Paradigma« gesprochen werden. Diesem Paradigma, das man auf den ersten Blick »national« oder »national-religiös« oder »zionistisch« nennen könnte, ist deshalb eine hervorstechende Position zuzugestehen, weil es auf einer ganz außerordentlichen Erfahrung beruht, nämlich der von der Spitze des nationalsozialistischen Staates offenbar intendierten Vernichtung einer Millionenzahl von Juden, in die grundsätzlich jeder einzelne Jude innerhalb des riesigen Machtbereichs des nationalsozialistischen Deutschlands einbezogen werden sollte, so daß ein Entrinnen nur durch glückliche und zufällige Umstände möglich war. Dieses ungeheuerliche Geschehen ließ sich keinesfalls aus einem noch so unglückseligen »deutschen Sonderweg« ableiten, denn das Deutsche Reich hatte im Ersten Weltkrieg bei

dem türkischen Verbündeten und in den besetzten Ostgebieten eine ausgesprochen judenfreundliche Politik betrieben, und die antisemitischen Parteien, die keinen größeren Einfluß hatten als die entsprechenden Gruppierungen und Tendenzen in Frankreich, Rußland und Rumänien, waren in den Jahren vor 1914 nahezu verschwunden. Es mußte etwas ganz Besonderes geschehen sein, daß eine so radikale Judenfeindschaft wie diejenige Hitlers und Rosenbergs entstehen konnte. Zwar lag es für jüdische und auch für deutsche Interpreten nahe, schlicht ein seit Jahrtausenden bekanntes Phänomen verantwortlich zu machen, eben den Antisemitismus, und die Sonderwegsthese dahin zuzuspitzen, daß das ganze deutsche Volk in diesem Antisemitismus mit Hitler einig gewesen sei. Aber diese Interpretation kann allenfalls das »Zionistische« am Nationalsozialismus verständlich machen, nämlich das Verlangen nach »Entfernung« der Juden, nachdem sich das Zusammenleben angeblich als unmöglich erwiesen habe. Sie kann jedoch Tatbeständen wie denen keine Rechnung tragen, daß selbst Heinrich Himmler noch im Jahre 1940 die Ausrottung eines Volkes als »bolschewistisch« und »ungermanisch« ablehnte und daß sogar Joseph Goebbels sehr überrascht war, als er im März 1942 erstmals erfuhr, welche Methoden im Osten gegenüber der jüdischen Bevölkerung angewandt wurden.[63] Es kann nur eine einzige hinreichende Erklärung geben, nämlich die folgende: Daß im Kopf des einzigen Menschen, der in der Lage war, einen so außerordentlichen, von keinem der untergeordneten Beteiligten noch 1940 auch nur für möglich gehaltenen Prozeß in Gang zu setzen, die schon ganz früh geäußerte Überzeugung von einer Urheberschaft der Juden am Bolschewismus und darüber hinaus an allen Übeln der modernen Zeit nicht mehr nur »erkenntnisleitend« war, sondern mit dem Beginn der Planung für den Angriffskrieg gegen das bolschewistische Rußland auch »handlungsleitend« wurde. Eine offene Frage kann nur die sein, ob Hitler in den Juden tatsächlich bloß »Sündenböcke« sah, auf die er seine (allerdings vorerst nur geringfügigen) Mißerfolge projizierte, oder ob er in ihnen »etwas« wahrnahm und haßte, zu dessen Protagonisten zwar längst nicht alle Juden, aber doch viele von ihnen gehörten: die Idee des internationalen Sozialismus oder des Humanitarismus oder, wie Victor Klemperer es an einer Stelle ausdrückt, »die ewige Mission, das Vorkämpfertum des jüdischen Geistes«[64]. Die erste Auffassung führt leicht zu der Behauptung, die Juden seien »wie Schafe zur Schlachtbank« gebracht worden; aus der zweiten dagegen läßt sich die These ableiten, daß sie »nicht als unglückliche Opfer eines widerwärtigen Verbrechens starben, sondern als Stellvertreter bei dem verzweifeltsten Angriff, der je gegen das menschliche Wesen und die Transzendenz in ihm geführt wurde«[65]. Welche der beiden Interpretationen den toten Juden die größere Ehre zukommen läßt, dürfte außer Frage stehen.

Die zitierte Wendung findet sich 1963 in meinem Buch »Der Faschismus in

seiner Epoche«. Mit der Herausstellung der Singularität von »Auschwitz« nahm es von vornherein eine gegenüber dem Kommunismus sehr distanzierte Position ein, denn alle sowjetkommunistischen Darstellungen ließen sich von der Auffassung leiten, daß der eigentliche Kampf der Nationalsozialisten gegen die Kommunisten gerichtet gewesen sei und daß die Hervorhebung der jüdischen Opfer eine nationalistische Verengung bedeute, auch wenn sie von Nichtjuden komme.[66] Ebenso wichtig war, daß der Marxismus nicht als »absolute Wahrheit«, sondern als fehlbare, wenngleich herausragende Ideologie unter anderen Ideologien aufgefaßt wurde. Dem Nationalsozialismus wurde jedoch in noch höherem Maße unrecht gegeben, indem er als »Antimarxismus« definiert wurde, »der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet ...«[67].

Diesen Urteilen lag ein Begriff des »Liberalen Systems« zugrunde, der dessen Wesen, das Wesen dieser Konfliktgesellschaft, gerade in der friedlichen Austragung solcher Konflikte und damit in der Verhinderung blutiger Vernichtungsprozesse sieht. Der marxistische Begriff des »Klassenkampfes« ist zweideutig und mithin potentiell in dieses System integrierbar; sobald aber der Aspekt des Bürgerkriegs hervortritt und sogar durch eine Machtergreifung verselbständigt wird, ist ein Vernichtungsprozeß in Gang gesetzt, der in einem Liberalen System (das auch als »pluralistischer Parteienstaat« existieren mag) nicht stattfinden kann. Nur historische Prozesse von überragender Wichtigkeit können einem solchen Umbruch zugrunde liegen: Der überzeugende Wahlsieg der »proletarischen Partei«, der nach gewissen Andeutungen von Marx und Engels die Indienstnahme der früheren Unternehmer für die Zwecke der Planwirtschaft nach sich zieht und insofern eine bloß soziale und sogar unblutige Vernichtung bedeutet, oder aber die gewaltsame Machtergreifung einer Minderheitspartei von Berufsrevolutionären, die für Augenblicke auf der Welle verbreiteter Massenemotionen zu reiten vermag. Die Folge ist in diesem zweiten Fall mit höchster Wahrscheinlichkeit ein offener Bürgerkrieg mit der gutenteils physischen Vernichtung der »Klassenfeinde« und eines Tages ein gewalttätiger und auf Vernichtung abzielender Kampf gegen die Spitzengruppe der selbstwirtschaftenden Bauernmehrheit des Landes. Insofern bildet der Bolschewismus den Beginn der ideologisch begründeten Vernichtungsmaßnahmen durch totalitäre Regime, die das Gesicht des Jahrhunderts so sehr prägten. Aber es ist unangebracht, hier den Begriff der »Schuld« zu verwenden, obwohl einer Partei und sogar einer Klasse immerhin mit höherem Recht »Schuld« zugesprochen werden kann als einem Volk oder einem Kulturkreis.[68]

Indem dem Bolschewismus ursprünglichere Vernichtungsintention und -aktion zugeschrieben werden als dem Nationalsozialismus und indem dessen

Vernichtungsintention und -aktion als Antwort oder Re-Aktion gefaßt werden, wird der Kampf der beiden Regime viel ernster genommen als von seiten der strukturanalytischen Totalitarismustheorie, und der »westliche Verfassungsstaat« wird nicht glorifiziert, sondern zwar als Gegensatz zu den totalitären Regimen gesehen, aber auch als deren Mutterboden. Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie ist also ein eigenständiges Paradigma, und es läßt sich nicht leugnen, daß sie eine größere Nähe sowohl zum Kommunismus wie zum Nationalsozialismus aufweist als die strukturanalytische Version, da sie dasjenige übernimmt, was beiden Bewegungen bzw. Regimen gemeinsam ist, nämlich ihr Selbstverständnis als »Aktion« bzw. als »Re-Aktion«. Nichts folgt aus ihr zwingender als die These, daß der »Gulag« ursprünglicher sei als »Auschwitz«. Wer simple Geschichtsbilder benötigt, mag behaupten, die Bolschewiki oder sogar die Marxisten würden hier zu den »ersten Schuldigen« am Unheil des 20. Jahrhunderts gemacht, während die Nationalsozialisten als die »zweiten Schuldigen« geradezu exkulpiert oder verharmlost würden. Aber die »Schuld«, die darin besteht, daß die Schuldzuschreibung einem ganzen Volke gegenüber vorgenommen wird, ist historisch gravierender als die Schuld, die aus dem Kampf gegen eine Klasse resultiert. Daher habe ich den Begriff »Verbrechen« oder »Massenverbrechen« im Hinblick auf »Auschwitz« vermieden und von einer »Untat« gesprochen. Die Einschränkung von absolut klingenden Aussagen gilt jedoch auch für den oben angeführten Satz über die Juden als »Stellvertreter«. Wenn er ausschließlich die Bedeutung hätte, daß die Juden als Vorkämpfer der Welteinheit, der Humanität und des Sozialismus von Hitler bekämpft und zu großen Teilen getötet worden seien, würde es sich um eine bloße Umkehrung der »kollektivistischen Schuldzuschreibung« in eine »kollektivistische Verdienstzuschreibung« handeln. Aber Grigorij Sinowjew machte sich tatsächlich auch in einem engeren und individuell zurechenbaren Sinne schuldig, als er die Ausrottung von zehn Millionen Menschen verlangte – er sprach jedoch nicht als Jude zu Juden, sondern als Kommunist zu Kommunisten.[69]

Und »Modernität« wird seit geraumer Zeit auch von vielen Vertretern der progressivistischen Tradition nicht mehr als rundum positiver Begriff verstanden. Die Dinge sind in sich komplizierter, und sie unterliegen weit stärkeren Verkehrungen, als der politische und ideologische Kampf wahrhaben will. Insofern steht der Historiker, der Zusammenhänge durchdenken und nicht bloß Vorgänge beschreiben will, in der Öffentlichkeit von vornherein auf einem verlorenen Posten, da bestimmte Aspekte seines Themas, die in isolierbaren Sätzen artikuliert werden, immer auch zu politischen Konsequenzen führen können, gegen welche sich Politiker und politische Schriftsteller mit Gegenbehauptungen und nicht selten mit Unterstellungen sowie Diffamierungen zur Wehr setzen. Aber er darf sich auch seine eigenen Schwächen und die Wech-

selfälle des Lebens nicht verbergen. So war ich wohl der erste, der in der wissenschaftlichen Literatur den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion als den »ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg« bezeichnet hat, »den die moderne Geschichte kennt«[70]; ich leugne jedoch nicht, daß ich von innerer Zustimmung weit entfernt bin, wenn 35 Jahre später auf propagandistisch aufwendige und einseitige Weise eine Umsetzung in eine Ausstellung vorgenommen wird.

Wie immer es aber um individuelle Präferenzen und Neigungen bestellt sein mag: Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie ist in ihren Grundzügen davon unabhängig, und sie wird in Zukunft immer wieder, ausdrücklich oder nicht ausdrücklich, bei historischen Darstellungen des 20. Jahrhunderts und bei den entsprechenden Denkversuchen in dieser oder jener Gestalt eine Rolle spielen; verwunderlich kann eigentlich nur sein, daß es so lange dauerte, bis sie über bloß andeutende oder essayistische Vorstellungen vom »Weltbürgerkrieg« hinaus als Geschichtsschreibung zur Existenz kam.[71] Die Ursache dürfte jene unbestreitbare Nähe zu einer Grundvorstellung des Nationalsozialismus sein, die aber zugleich und in noch höherem Maße eine Nähe zu Grundvorstellungen des Sowjetkommunismus bedeutet. Beides war im Zeitalter des Kalten Krieges bedenklich und anstößig; in einer Zeit, wo kapitalistische Globalisierung und philosozialistischer Antifaschismus tendenziell zu einer neuartigen Einheit verschmelzen, ist anscheinend nur das eine noch anstößig, ja verdammenswert. Aber die Erfindung oder Spekulation eines abseitigen »Eigenbrötlers«[72] ist diese Konzeption auf keinen Fall; wie gezeigt worden ist, weisen die Bücher von Bullock, Hobsbawm und Furet in die gleiche Richtung, so gewiß erhebliche Differenzen zwischen den Autoren nicht zu verkennen sind.[73]

Das Buch, das in der Vorform eines Artikels so viel an Aufregung und Empörung verursachte und das dann gleichsam in dessen Schatten geriet, wird nun nach zehn Jahren in fünfter Auflage bis auf eine neue »Schlußbetrachtung« unverändert und nur durch diese »Bilanz nach zehn Jahren« erweitert, von neuem vorgelegt.[74] Vielleicht gelingt es ihm diesmal, in erster Linie Nachdenken statt bloßen Widerspruch hervorzurufen. Auch der Briefwechsel zwischen François Furet und mir, der 1998 auch auf deutsch veröffentlicht wird und von dem ein Brief vorgreifend im »Anhang« abgedruckt ist, könnte dazu beitragen. Ich für meinen Teil bin mir darüber im klaren, daß der vorliegende Rahmen in einen noch größeren Rahmen eingefügt werden sollte, den mit der Frage nach der »Historischen Existenz« zu schaffen die letzte – inzwischen weitgehend fertiggestellte – Arbeit meines Lebens sein wird.

Im Juni 1997 *E. N.*

Einleitung
Perspektiven für die Weltkriegsepoche

Nichts scheint trivialer zu sein und ist doch weniger selbstverständlich als die These, die angemessenste Perspektive, in welcher der Bolschewismus und die Sowjetunion, der Nationalsozialismus und das Dritte Reich gesehen werden müßten, sei diejenige eines *europäischen Bürgerkrieges.*

Es ist allgemein bekannt, daß die Partei der Bolschewiki gleich nach ihrer Machtergreifung im November 1917 die Proletarier und Unterdrückten in aller Welt zum Aufstand gegen das kapitalistische System aufrief, das für den Krieg verantwortlich sei, und nicht nur Spezialisten wissen, daß die eben gegründete Kommunistische Partei Deutschlands sich zu Anfang 1919 »in dem gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte« begriffen sah.[1] Abermals wenige Monate später glaubte die Dritte Internationale sogar proklamieren zu dürfen, der 1. Mai 1919 müsse der Tag der proletarischen Revolution in ganz Europa sein. Es gab also seit 1917 einen Staat und seit 1919 eine internationale Partei, die überall zu einem »bewaffneten Aufstand« und mithin zum *Weltbürgerkrieg* aufriefen, und da es sich offensichtlich nicht um die Phantasien machtloser Sektierer handelte, war damit eine fundamentale neue Realität in das geschichtliche Dasein getreten. Wenn eine starke Gruppe den Bürgerkrieg fordert, so ist damit jedenfalls eine Bürgerkriegssituation gegeben, auch wenn nicht sofort oder ständig blutige Kämpfe stattfinden. So hat Stefan Possony die Epoche als das »Jahrhundert des Aufruhrs« beschrieben; Hanno Kesting hat weit in die Geistesgeschichte zurückgegriffen und das Thema »Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg« behandelt; Roman Schnur wiederum verfolgte die »Ouvertüre« des Weltbürgerkrieges in dem Zeitalter der Französischen Revolution.[2]

Ein so umfassender Begriff muß freilich Bedenken hervorrufen. Zum Begriff des Bürgerkrieges scheint zu gehören, daß sich innerhalb eines Staates zwei Gruppen von Bürgern bewaffnet gegenüberstehen, sei es, daß Aufständische die Regierung bekämpfen, sei es, daß beide Parteien über ein eigenes Territorium verfügen und eine klare Analogie zum Staatenkrieg vorhanden ist. Das passendste Beispiel ist der amerikanische Bürgerkrieg von 1861 bis 1865, der von Anfang an aus Kriegshandlungen organisierter Armeen bestand. Aber andererseits spricht man vom Zeitalter des englischen Bürgerkrieges 1640–1660, obwohl keineswegs in jedem dieser Jahre bewaffnete Auseinander-

setzungen stattfanden und obwohl die am Ende siegreiche Partei noch zu Anfang des Jahres 1660 nicht über eigene bewaffnete Kräfte verfügte. Und sogar dieser insulare Bürgerkrieg war nicht rein innerstaatlich, denn sowohl die Puritaner wie die Royalisten fanden jenseits des Kanals Sympathie und Unterstützung. Im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons waren Bürgerkrieg und Staatenkrieg oftmals kaum unterscheidbar: Ein Staat, der das Motto *Krieg den Palästen, Friede den Hütten* auf seine Fahnen schreibt, ist selbst eine Bürgerkriegspartei, sofern in den feindlichen Staaten auch zahlreiche *Häuser* vorhanden sind und nicht bloß einige Paläste neben Millionen von Hütten. Der engste Begriff des Bürgerkrieges ist also aller Vermutung nach nicht der sachgerechteste.

Aber ist es deshalb gerechtfertigt, von einem *europäischen Bürgerkrieg* der Jahre zwischen 1917 und 1945 zu sprechen? Es gab den russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920, und es gab den spanischen Bürgerkrieg in den Jahren 1936 bis 1939, es gab Revolutionsversuche und Aufstände in Deutschland, Estland, Bulgarien und anderswo. Aber der Januaraufstand von 1919, die *Märzaktion* von 1921, der Putsch von Reval, Ende 1924, wurden von den angegriffenen Regierungen mit Hilfe der Polizei und der Armeen niedergeschlagen, und so wenig man die Härte der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Frankreich und England unterschätzen sollte, so läßt es doch sogar der umfassendste Begriff des Bürgerkriegs nicht zu, in diesen Ländern etwas anderes wahrzunehmen als heftige Parteienkämpfe, gelegentliche Unruhen und einzelne politische Streiks. Zwar existierte hier wie dort eine kommunistische, d. h. auf den bewaffneten Aufstand ausgerichtete Partei, aber sie hatte die Regierung und eine so große Bevölkerungsmehrheit gegen sich, daß es nur die *eine* Bürgerkriegspartei gab, die sich gleichsam in einem übermächtigen Netz verfing. So muß man zwar ohne Zweifel von »Europa in der Krise« sprechen[3], aber von einem *europäischen Bürgerkrieg* kann nicht die Rede sein, wenn man die einzelnen Länder Europas gleichmäßig und vor allem im Hinblick auf ihre wechselseitigen Beziehungen ins Auge faßt.

Doch selbst in einer ganz konventionellen und bloß erzählenden Geschichte Europas im Zeitalter der Weltkriege muß indessen als abermals neuartiges und ganz unerwartetes Phänomen konstatiert werden, daß sich zunächst in Italien eine Partei bildete, die sich nicht einfach wie die längst vorhandenen Parteien in naher oder entfernter Verbindung mit der Regierung gegen die Partei des revolutionären Sozialismus bzw. Kommunismus stellte, um diese nach der Abwehr des tatsächlichen oder doch projektierten Griffs nach der Macht ihrer eigenen Fortentwicklung zu überlassen, sondern die sich als eine zweite und radikal entgegengesetzte *Partei des Bürgerkrieges* verstand. Daher bedeutete die Machtergreifung der faschistischen Partei im Oktober 1922 zwar nicht sofort, aber doch in logischer Konsequenz ihres Grundansatzes die poli-

tische Vernichtung der kommunistischen Partei und schließlich sogar die Vernichtung aller anderen Parteien.

Dennoch ist es keineswegs ausgemacht, daß auch nur von einem *italienischen Bürgerkrieg* gesprochen werden darf. Der Begriff wäre nur dann unstrittig und legitim, wenn es letzten Endes die faschistische Partei gewesen wäre, die einen gesamtnationalen Aufstand der Kommunisten niedergeworfen hätte. Ein solcher Aufstand hatte indessen *nicht* stattgefunden, und die Ansätze dazu waren von der Regierung bzw. dem Parteiensystem im Keim erstickt worden; daher hat man häufig behauptet, die faschistische Partei sei erst nachträglich auf den Plan getreten und sei als eine Art Parasit zu betrachten, welcher der bereits besiegten Revolution einen überflüssigen Fußtritt versetzt und dann den eigenen Ernährer, das *System*, vom politischen Tisch gestoßen habe.

Aber diese Auffassung wurde durchaus nicht allgemein für richtig gehalten, und jedenfalls existierten seit 1922 zwei Parteien, die auf den Bürgerkrieg ausgerichtet waren und die dieser Ausrichtung eine ideologische Begründung gaben. Beide Parteien hatten einen Staat in Besitz genommen, und beide verfügten in vielen Ländern über Sympathisanten und Anhänger. Dadurch war die Situation Europas eine ganz andere, als sie vor dem Ersten Weltkrieg gewesen war. Gleichwohl war gegen Ende der zwanziger Jahre die Meinung weit verbreitet, diese beiden ideologischen Länder seien randständige Staaten, die an Leistungskraft und genuiner Dynamik weit hinter den großen Zentralmächten Europas, hinter England, Frankreich und Deutschland zurückblieben und deren internationale Anhängerschaft bloß aus bedeutungslosen Sekten bestehe. Tatsächlich verlor ja in Frankreich die Kommunistische Partei, die sich im Jahre 1920 aus der großen Mehrheit der Sozialistischen Partei gebildet hatte, in geradezu erschreckendem Maße an Anhängern, und mit den italienischen Faschisten sympathisierten nur kleine Gruppen wie die Action Française. Die Sowjetunion wiederum hatte nach verbreiteter Auffassung ihren revolutionären Charakter aufgegeben und war dabei, den *Sozialismus in einem Lande* aufzubauen. Wer 1929 in Europa reiste, sah sich nirgendwo mit bürgerkriegsartigen Zuständen konfrontiert, und bloß in Rußland und Italien begegneten ihm Einparteiregime, die alle ihre Gegner bürgerkriegsmäßig vernichtet hatten, wenngleich auf sehr unterschiedliche Weise.

Als die Weltwirtschaftskrise ihre Spuren durch die Länder gezogen hatte, gewann der ausländische Besucher jedoch ein anderes Bild. Mindestens in Deutschland mußte er sich fragen, ob die revolutionäre Situation von 1919–1920 nicht wiedererstanden sei. Nahezu ein Fünftel der deutschen Wähler schien sich mit der Sowjetunion zu identifizieren, wie die »Rote Fahne« es in besonders ausgeprägter Form bereits 1920 getan hatte, als sie eine bekannte Gedichtzeile von Heinrich Lersch zu der staunenswerten Formulierung umprägte: »Sowjetrußland muß leben, und wenn wir sterben müs-

sen.«[4] Mehr als ein Drittel sprach sich für eine Partei aus, die durch den Mund ihres Führers häufig ihre Bewunderung für den italienischen Faschismus und dessen Duce zum Ausdruck brachte. Die Unruhe auf den Straßen der Städte war so groß, daß immer wieder vom drohenden oder im Ausbruch begriffenen Bürgerkrieg gesprochen wurde. Die Machtergreifung der NSDAP war ein Vorgang, bei dem die Staatsmacht und eine riesige Partei ihren Hauptfeind auf ganz bürgerkriegsmäßige Weise niederwarfen und alle anderen Gegner zur Kapitulation zwangen. Ob auch hier wie in Italien ein schon errungener Sieg bloß auf exorbitante Weise nachvollzogen wurde, muß zweifelhaft sein. Jedenfalls wurde es von diesem Augenblick an wahrscheinlich, daß Europa endgültig in eine neue Epoche eingetreten war, die nach ihrer neuartigsten und hinfort bestimmendsten Erscheinung *Epoche des Faschismus* genannt werden muß und die eben deshalb die Epoche des europäischen Bürgerkrieges war; ein *Weltbürgerkrieg* hatte sich ja noch nicht entwickeln können, da die Vereinigten Staaten von Amerika zwar die kurze und heftige Panik des *red scare*[5] erlebt hatten und bis 1933 der Sowjetunion die diplomatische Anerkennung verweigerten, aber gleichwohl noch nicht wirklich in den Konflikt eingetreten waren. Wenn dieser Charakter sichtbar werden soll, dann genügt es nicht, nur den *Faschismus in seiner Epoche* zum Gegenstand zu machen, sondern es ist notwendig, ebensosehr dessen elementarste Voraussetzung ins Auge zu fassen, nämlich den Bolschewismus oder Sowjetkommunismus. Wenn die wechselseitige Feindschaft dieser beiden Staatsparteien, die sich jedenfalls als Bürgerkriegsparteien verstanden, ernsthaft und nicht bloß ein Relikt aus halbvergessenen, längst von *friedlicher Aufbauarbeit* abgelösten Anfangszeiten war, dann mußte sie sich eines Tages zum Staatenkrieg entwickeln, der zugleich die wesentlichen Merkmale eines internationalen Bürgerkrieges tragen würde.

Aber nur eine sehr entschiedene und eben deshalb strittige Selektion bekommt diesen Charakter in den Blick. Wer eine europäische Geschichte der Weltkriegsepoche schreibt, hat mit so vielen Staatenbeziehungen und inneren Verhältnissen einzelner Staaten zu tun, daß die Sowjetunion und Deutschland erst 1941 und allenfalls 1939 zum eminenten Thema werden. Wer die Entwicklung der faschistischen Bewegungen verfolgt, nimmt zwar das spezifisch Neue und insofern den eigentümlichen Epochencharakter wahr, aber er kann dessen wichtigste Voraussetzung, das Objekt des Antibolschewismus dieser Bewegungen, nicht auf anschauliche Weise schildern.[6] Eine Geschichte der Sowjetunion wiederum ist entweder ganz überwiegend mit der inneren Entwicklung beschäftigt, oder sie wird zu einer Aneinanderreihung revolutionärer Mißerfolge, denen freilich ein tieferer und positiver Sinn zugeschrieben werden mag. Als europäischer Bürgerkrieg kann die Epoche nur dann erscheinen, wenn die beiden Hauptantagonisten in den Mittelpunkt gestellt

werden: der Bolschewismus, der seit 1917 ein Staat war, und der Nationalsozialismus, der 1933 ein Staat wurde.

Gewiß ist nicht auszuschließen, daß diese Perspektive gerade in die Irre führt, und es ist sicherlich kein Zufall, daß sie bisher nie gewählt wurde. Kommunistische Autoren der Gegenwart werden sich dagegen verwahren, daß hier ein kurzlebiges und reaktionäres Phänomen auf die gleiche Ebene gestellt zu werden scheint wie die säkulare Weltbewegung, die zwar temporär *deformiert* war, aber nie ihren *progressiven* Charakter verlor. Liberale werden sich fragen, ob im Rahmen dieser Fragestellung nicht die demokratischen und liberalen Staaten bzw. Tendenzen allzusehr in den Hintergrund treten. Für den Antikommunisten wird es in hohem Grade unbehaglich sein, den Widerstand der westlichen Welt in der Ära des Kalten Krieges und in der Gegenwart anscheinend in eine Linie mit dem nach seiner Überzeugung so völlig andersartigen Antikommunismus des Dritten Reiches gerückt zu sehen. Keineswegs bloß den Überlebenden der *Endlösung* und den Bürgern Israels wird sich die Frage aufdrängen, ob unter dieser Perspektive der Antisemitismus der Nationalsozialisten nicht zu einem zufälligen Begleitumstand herabsinkt.

Alle diese Fragen lassen sich nur durch die Darstellung klären und deshalb erst nach der Darstellung beantworten, die zwar methodische Erörterungen in sich schließt, aber doch rasch zur anschaulichen Schilderung und zu den wesentlichen Details gelangen muß. Dabei darf der Nationalsozialismus einen Vorrang des Erkenntisinteresses beanspruchen.

Gewiß wurde auch der Bolschewismus für die Zeitgenossen schon 1917/18 zu einem verwirrenden und umstrittenen Phänomen. Daß *die Arbeiterbewegung* nach dem Ersten Weltkrieg mindestens in dem einen oder anderen Lande West- oder Mitteleuropas die Macht ergreifen würde, war nicht bloß den Anhängern des Sozialismus wahrscheinlich. Aber was bedeutete es, daß der Vorgang sich ausgerechnet in dem *zurückgebliebenen* Rußland vollzog, dessen Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit aus Bauern bestand? Degradierte sich die sozialistische Partei, die hier gegen andere sozialistische Parteien die Macht ergriff, am Ende zum Instrument der Selbstbehauptung des russischen Vielvölkerstaates? Oder wurde Rußland zum bloßen Material des weltrevolutionären Willens marxistischer Intellektueller, die zwar im ersten Überschwang die Möglichkeiten überschätzten, welche sich ihnen in Europa und in der Welt boten, die aber unverrückbar an ihrem Ziel festhielten, der revolutionären Umgestaltung der ganzen Erde zu einem menschlichen Gemeinwesen ohne Klassen und ohne Staaten? An Feinden, die vorher Freunde gewesen waren, fehlte es von Anfang an nicht, und selbst entschiedene Anhänger sahen sich früh in schwere Zweifel verwickelt.

Gleichwohl gibt es kein Phänomen in der modernen Weltgeschichte, das von so vielen Seiten, so lange und so intensiv verurteilt worden wäre wie der

deutsche Nationalsozialismus und das Dritte Reich; aber es existiert auch kein Regime, das auf so gegensätzliche Weise charakterisiert worden wäre und das den Kritikern so viel Gelegenheit gegeben hätte, sich indirekt gegenseitig anzugreifen, indem eine enge Verwandtschaft zwischen dem Nationalsozialismus und einer der Mächte oder Denkweisen konstatiert wird, die eben noch zur einmütigen Front der Gegner zu gehören schienen. Es ist umstritten, ob der Nationalsozialismus dem Kapitalismus oder dem Kommunismus ähnlich war, ob er als deutsch oder als undeutsch gelten muß, ob er sich als antimodern oder als modernisierend erwies, ob er revolutionär oder gegenrevolutionär war, ob er die Triebe unterdrückte oder entfesselte, ob er *Auftraggeber* hatte oder nicht, ob er ein monolithisches System erzeugte oder eine Polykratie, ob seine Massenbasis von Kleinbürgern oder zu einem beträchtlichen Teil auch von Arbeitern gebildet wurde, ob er von weltgeschichtlichen Tendenzen getragen war oder ob er ein letztes Aufbegehren gegen den Gang der Geschichte darstellte.

Dieser Tatbestand ist für die Wissenschaft eine Grundgegebenheit und zugleich eine Herausforderung. Wissenschaftliche Betrachtungsweise macht zunächst Distanz zu jeder der bisher genügend herausgearbeiteten Interpretationen erforderlich, und sie muß daher vor allem bemüht sein, der inneren Komplexität des so vielfältig beurteilten Phänomens gerecht zu werden; sie darf in ihrem Blick auf Komplexität und Widersprüchlichkeit aber gleichwohl jene Einhelligkeit nicht aus dem Auge verlieren, die ebenfalls ein fundamentales Faktum ist. Wenn sie gewillt sein muß, jene Revisionen zu vollziehen, die aus der Abwägung gegensätzlicher Auffassungen und der Ausbildung neuer Fragestellungen resultieren mögen, kann sie doch nicht jenen Konsens bloß verwerfen, der so viele Gegensätze zu überspannen vermochte. Wenn sie *Apologie* betriebe, würde sie selbst zur Partei. Aber für Parteimeinungen gilt oft schon dasjenige als Apologie, was die entgegengesetzte Meinung mit in die Erwägung zieht. Als amerikanische Gelehrte wie Harry Elmer Barnes und Charles C. Tansill in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die bis dahin unbestrittene These von der alleinigen Kriegsschuld des Deutschen Reichs in Zweifel zogen, wurde ihnen vorgeworfen, sie träten für den Kriegsgegner ein, aber in Wahrheit bahnten sie den Weg zu einer umfassenderen Betrachtungsweise, welche die entgegengesetzten Thesen der Kriegspropaganda beider Seiten zu einem Gesamtbild integrierte, ohne daß deshalb ein gleichmäßiger Abstand von beiden Ausgangspunkten das Ergebnis gewesen wäre.

Perspektive heißt Durchblick, und ohne Durchblicke, die mehr ins Auge fassen als den unmittelbaren Gegenstand, ist keine Art von Geschichtsschreibung möglich. Sogar der Historiker, der die Ereignisse auf einer entlegenen Insel schildern will, kommt ohne einen Begriff von Nicht-Insularität nicht aus, von dem her das Eigentümliche, eben Inselhafte, dieser Vorgänge besser

verstehbar wird. Viel häufiger sind aber Erscheinungen, die in der Beziehung zu anderen Phänomenen geradezu ihren Existenzgrund haben. Die Gegenreformation setzt die Reformation voraus, und eine Geschichte der Gegenreformation, die nicht wenigstens in Durchblicken auch eine Geschichte der Reformation wäre, ist unvorstellbar. Die Perspektiven, mittels deren der Nationalsozialismus zu einer ursprünglicheren oder übergeordneten Realität in Beziehung gesetzt wird, sind zahlreich, aber überschaubar. Die wichtigsten unter ihnen beruhen keineswegs auf gelehrten Theorien, sondern sind in konkreten Erfahrungen vieler Hunderttausender von Menschen begründet.[7]

1. Die älteste und nächstliegende Perspektive ist, die nationalsozialistische Herrschaft als ein Stadium der deutschen Geschichte zu betrachten. Gegen das Deutsche Reich hatten nahezu alle Staaten der Erde den Ersten Weltkrieg geführt, und es war die beinahe allgemeine Überzeugung, daß dieser Staat in der Mitte Europas durch seinen Militarismus und durch sein Expansionsstreben den Weltbrand entzündet habe.[8] Die nationalsozialistische Partei galt dabei insbesondere den Franzosen schon früh als die Speerspitze des deutschen Revisionismus und Revanchismus, in welchem so gut wie alle Deutschen übereinstimmten. Nach der Machtergreifung Hitlers war die Partei erst recht mit *Deutschland* identisch, und die wichtigsten Linien der deutschen Geschichte schienen seit Luther und wohl gar seit Hermann dem Cherusker direkt auf sie zuzuführen. Den Gegensatz zu diesem nationalsozialistischen Deutschland bildete das übrige Europa mit seiner durch die antike und insbesondere römische Tradition geprägten Kultur. Die definitive Bestätigung schien diese Auffassung mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu finden, der wieder, wie bereits 1914, die europäischen Vormächte Frankreich und England dem Angriff der konzentrierten deutschen Militärmacht aussetzte. Diesmal erlitt Frankreich sogar eine schwere Niederlage, und es bedurfte erneut der Hilfe der ganzen Welt, bis der stärkste aller Militärstaaten niedergeworfen war. Hitler und seine Partei waren also nur eine neue Erscheinungsform jenes alldeutschen Weltherrschaftsstrebens, das sich bereits vor 1914 mit sozialdarwinistischen Vorstellungen vom unerbittlichen Ringen biologischer Kräfte verbunden hatte und das zum eigentlichen Gegenpol der friedliebenden und demokratischen Tendenzen in Europa geworden war. Eine Lösung bot nur die Zerschlagung dieser Machtkonzentration und die Integration der umerzogenen Deutschen in einen Staatenverband Europas oder der Welt. Auch die Deutschen konnten diese Perspektive akzeptieren, sie erleichterte ihnen den Abschied vom Macht-, ja vom Nationalstaat, obwohl oder weil sie noch in der Umkehrung eine teutonozentrische Perspektive war.[9]

2. Diese Sichtweise setzte jedoch immer eine innere Geschlossenheit voraus, die der *modernen Gesellschaft* nicht zukommt, welche sich für den Blick des Soziologen überall als eine vielfältig gegliederte oder fragmentierte erweist.

Wenn die deutsche Gesellschaft sich aber ebenso aus Unternehmern und Arbeitern, aus Bildungsbürgern und Kleinhändlern, aus Beamtenschaft und freien Berufen zusammensetzt wie die französische und die englische, dann können nicht die Modifikationen das entscheidende sein, sondern es kommt auf den Grundcharakter an. Und dann zeigt sich, daß das Wirtschaftssystem in allen europäischen Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion dasselbe war, nämlich das *kapitalistische*, daß England und Frankreich nicht minder imperialistisch waren als Deutschland, daß sie den gleichen Erschütterungen unterlagen, daß sie auf ähnliche Art nach Auswegen suchten und daß überall Bewegungen und Parteien auftauchten, welche der großen Krise auf ähnliche Weise begegnen wollten wie die nationalsozialistische Partei in Deutschland. Die soziologische Perspektive ist also eine internationale, und wo sie in marxistischer Gestalt auftrat, zeigten ihre Vertreter sich überzeugt, daß nur eine internationale Maßnahme Abhilfe schaffen könne, nämlich die Ersetzung des anarchischen und krisenerzeugenden Wirtschaftssystems des Kapitalismus durch eine sozialistische Planwirtschaft, welche mindestens Europa und möglichst die Welt umfassen sollte. Allerdings sah nur ein Teil der Marxisten in der sowjetischen Planwirtschaft das nachahmenswerte Vorbild, und die Sozialdemokraten sprachen ihr die Qualität des *Sozialismus* sogar rundweg ab. Aber auch sie nahmen gefährliche Tendenzen unter den Unternehmern und insbesondere den Kleinbürgern wahr, die auf eine gewalttätige Verteidigung des geschichtlich überholten Systems hinausliefen und die in der Gestalt des italienischen Faschismus bereits die Macht in einem großen Staate ergriffen hatten. Der Nationalsozialismus war also als eine Erscheinungsform der internationalen Bewegung des *Faschismus* zu betrachten.

3. Von einer Theorie, die den Nationalsozialismus als Faschismus versteht, sollte allerdings erst dann die Rede sein, wenn diese Bewegung nicht bloß als Instrument in den Händen bekannter Kräfte, etwa der Schwerindustrie oder des Finanzkapitals, gesehen wird. Sie muß also als etwas Neues begriffen werden, das aus historisch neuartigen Tatbeständen hervorgeht oder aus der Reaktion dagegen erwächst: dem Zusammenbruch der Mittelmächte, der russischen Revolution, der *sozialistischen Welle* in den meisten Staaten Europas während der Jahre 1919 und 1920. Aber ob nun von Marxisten die *Existenzängste* des Mittelstandes bzw. der Kleinbürger mit negativer Akzentuierung hervorgehoben werden, oder ob Nichtmarxisten sich des absprechenden Urteils über ganze soziale Schichten enthalten, so wird doch von beiden der Gegensatz der faschistischen Bewegung gegen den Kommunismus und den Sozialismus als grundlegend betrachtet.

4. Schon früh in den zwanziger Jahren taucht indessen die Auffassung auf, daß es sich bei diesem Gegensatz um einen Scheingegensatz handle, der sich als Übereinstimmung erweise, wenn die richtige Perspektive gewählt werde.

Aus dem Blickwinkel der Demokratie, welche eben erst in Europa und der Welt so große Fortschritte gemacht habe, seien die faschistischen wie die kommunistischen Parteien als Reaktionen anzusehen, die eine Diktatur anstrebten und durch ihren jeweiligen Ausschließlichkeitsanspruch jenes zivilisierte Zusammenleben der verschiedenen Schichten, Parteien und Klassen gefährdeten, welches die Voraussetzung und die Folge der Freiheit der Individuen und die eigentliche Auszeichnung des modernen Gesellschaftstypus sei. Vom *Totalismus* der russischen Bolschewiki wurde mit negativer Wertung bereits 1918 gesprochen[10], und man brauchte ein von Mussolini häufig verwendetes Wort nur mit der umgekehrten Akzentsetzung zu versehen, um den Totalitarismus der diktatorischen Regime in Gegensatz zu den freiheitlichen und demokratischen Staaten zu stellen. Der Hitler-Stalin-Pakt förderte die wissenschaftliche Ausarbeitung dieses Gegensatzes sehr, und es ist kein Zweifel, daß sie sich auf eine machtvolle Denktradition stützen konnte, welche seit dem Beginn der Neuzeit Tyrannis, Diktatur und Despotismus verworfen und die Lehre von der Gewaltenteilung als Sicherung der Freiheit dagegengestellt hatte. Nach der Unterbrechung durch die Kriegskoalition wurde die *Totalitarismustheorie* seit dem Ende der vierziger Jahre so etwas wie das offizielle Selbstverständnis des Westens, und mindestens in ihren populären Versionen tendierte sie zu einer Gleichsetzung der auf Terror und Unterdrückung gegründeten Regime Hitlers und Stalins. Ihr Einfluß ging jedoch seit dem Beginn der sechziger Jahre zurück, weil die Konsolidierung der Machtverhältnisse und weiterhin die *Entstalinisierung* in der Sowjetunion eine Phase der Entspannung herbeiführten.

Eben dadurch wurde im Westen die Selbstkritik wieder möglich, die in dem Jahrzehnt der akuten Auseinandersetzungen beinahe vergessen schien, und eine jüngere Generation verknüpfte neue Fragen mit alten Thesen. Hatten die führenden Schichten in Deutschland nicht auf mannigfaltige Weise mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet und dadurch schwere Schuld auf sich geladen?[11] Spielten die USA nicht durch ihren Imperialismus eine verhängnisvolle Rolle in der Dritten Welt, indem sie an vielen Stellen Diktaturen unterstützten und sich den Emanzipationsbestrebungen der einfachen Menschen entgegenstellten? Waren sie nicht durch ihre Intervention in Vietnam sogar dabei, einen genuinen Genozid zu begehen? Und auch die junge Generation in Israel stellte sehr kritische Fragen: Hatten die etablierten Kreise des europäischen Judentums nicht durch ihr Verhalten dazu beigetragen, daß Millionen von Opfern »wie Schafe zur Schlachtbank« geführt werden konnten?[12]

So schien das überlieferte Selbstverständnis der westlichen Welt auf das nachhaltigste erschüttert zu sein, und aus der neugewonnenen Perspektive einer Welt ohne politische und sexuelle Repressionen, die sich besonders auf den Freudomarxismus Wilhelm Reichs und Herbert Marcuses stützte, rückten Nationalsozialisten und bürgerliche Widerstandskämpfer, amerikanische Ka-

pitalisten und italienische Faschisten, Stalinisten und manchmal auch Leninisten als Vertreter einer repressiven Gesellschaft eng zusammen. In der Bundesrepublik verband sich diese anarchistische Tendenz mit einem auf die Anklage gegen die führenden Schichten von jetzt und damals reduzierten Teutonozentrismus zu einer Art von herrschender Legende, deren Vorkämpfer eine Identifizierung mit dem Staatsmythos der DDR zurückwiesen, aber höchst empfindlich gegen jede Art von *Antikommunismus* waren, weil dieser die endlich erreichte Koexistenz zu stören schien.[13] Immerhin ging im Bereich der Wissenschaft das Forschen und Fragen weiter, und es war möglich, unter Hinweis auf die immer größer werdende zeitliche Distanz eine *Historisierung* auch des Nationalsozialismus zu fordern, seine revolutionären Züge stärker hervorzuheben, als das bis dahin üblich war, und ihm sogar eine positive Rolle innerhalb des Modernisierungsprozesses der deutschen Gesellschaft zuzuschreiben.[14] Es wurde auch immer schwieriger, die Warnungen vor einem Wiederaufleben des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten oder gar eine unablässige volkspädagogische *Aufklärung* für unerläßlich zu erklären, um eine etwaige Wiederholung der schrecklichen Ereignisse unmöglich zu machen. Zugleich regten tiefgreifende Veränderungen in der Weltpolitik dazu an, abermals neue Fragen aufzuwerfen.

Die Entwicklung zur *permissive society*, zum höchst komplexen und differenzierten Wohlfahrtsstaat, ist nahezu überall im Westen weitergegangen, ohne ernsthafte Reaktionen zu erzeugen. Die Preisgabe der Verbündeten in Südvietnam im Jahre 1975 und die ängstliche Zurückhaltung der USA, als große afrikanische Staaten von *marxistischen* Befreiungsbewegungen im Kampf gegen *westliche* Befreiungsbewegungen erobert wurden, machte wie nie zuvor die Schwäche des *Imperialismus* deutlich, und die konservative Welle, die Ronald Reagan ins Amt des Präsidenten brachte, setzte sich lediglich zum Ziel, ein drohendes weltpolitisches Ungleichgewicht zu verhindern. Wohl aber verteidigte nun die Sowjetunion ein schwaches und abhängiges Regime durch langwierige Kriegsaktionen in Afghanistan, ein von innen heraus in Gefahr geratenes kommunistisches Regime behauptete sich durch eine Machtergreifung der Parteimilitärs von großer Entschiedenheit und anfänglicher Brutalität; zum Erstaunen der Welt vollzog sich im Iran eine ganz eigenartige, aber im Erscheinungsbild geradezu klassische Revolution, die nach verbreiteten Begriffen als Beseitigung des amerikanischen Einflusses *fortschrittlich* und als Etablierung der Herrschaft eines Oberpriesters durchaus *reaktionär* genannt werden mußte; und dieses revolutionäre Land wurde von einem Nachbarstaat mit einem Krieg überzogen, der bereits 1985 dem Zweiten Weltkrieg an Dauer gleichkam, ohne daß der angeblich allmächtige Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die öffentliche Meinung der Welt etwas anderes als Hilflosigkeit an den Tag gelegt hätten. Eher kam diese öffentliche Meinung ins Spiel, als

Israel einen Blitzkrieg gegen den Libanon führte, genauer gesagt, gegen den starken Stützpunkt seines Feindes im Libanon, und als in der Weltpresse nicht ganz selten von »Völkermord«, ja gelegentlich sogar von einer Ähnlichkeit zwischen Zionisten und Nationalsozialisten die Rede war. Inzwischen hatte das wiedervereinigte Vietnam Kambodscha erobert und war seinerseits zum Gegenstand einer *Strafexpedition* der VR China geworden. In der Bundesrepublik Deutschland löste sich wenig später die sozial-liberale Koalition auf, aber die postulierte »Wende« machte sich hauptsächlich dadurch bemerkbar, daß eine neue Partei mehr und mehr hervortrat und einflußreich wurde, die dem technischen Fortschritt überaus kritisch gegenüberstand und nicht bloß formale Ähnlichkeiten mit dem Nationalsozialismus aufwies, dem sie sich gleichwohl in den Hauptpunkten aufs schroffste entgegensetzte. In der Sowjetunion wiederum kam eine neue Reformwelle in Gang, die schon 1987 mehr bedeutete als das periodisch eintretende *Tauwetter* und die jedenfalls der Kritik an Stalin und an gewissen Zügen der eigenen Vergangenheit auf bemerkenswerte Weise Raum gab.

Die Weltsituation hat sich mithin nicht erst 1989/1991 so sehr verändert, daß die Annahme einer essentiellen Gleichartigkeit der Verhältnisse, welche allein die Furcht vor der Wiederholung bestimmter Ereignisse rechtfertigen kann, keine Grundlage mehr hat. Die Vermutung, daß in Deutschland eines Tages ein neuer Hitler große Massen auf gefährliche Wege locken und am Ende gar eine neue Version von Auschwitz ins Werk setzen werde, war von jeher unbegründet und ist heute nur noch töricht.

Wenn also die Furcht vor Wiederholungen gegenstandslos ist und volkspädagogische Besorgnisse überflüssig sind, dann sollte endlich der Schritt getan werden dürfen, mit dem die nationalsozialistische Vergangenheit in ihrem zentralen Punkte zum Thema gemacht wird, und dieser zentrale Punkt ist weder in *verbrecherischen Neigungen* noch in *antisemitischen Obsessionen* zu suchen. Das Wesentlichste am Nationalsozialismus ist sein Verhältnis zum Marxismus und insbesondere zum Kommunismus in der Gestalt, die dieser durch den Sieg der Bolschewiki in der russischen Revolution gewonnen hatte. Das ist keine neue Einsicht, aber ihre Bedeutung wird durch zwei Annahmen verdeckt, die nur allzu verbreitet sind. Die Kommunisten selbst stellen die These auf, daß der Nationalsozialismus nur ein aussichtsloses und deshalb verbrecherisches Widerstreben gegen den Willen der Geschichte bedeutete, nämlich gegen die sozialistische Revolution; die liberalen Gegner der Kommunisten sind dagegen zum großen Teil der Meinung, Hitler und seine Leute hätten die unbegründete Angst vor dem Kommunismus zum Zwecke des Machterwerbs als Popanz und Schreckgespenst benutzt und eben dadurch ein Regime errichtet, das demjenigen Stalins nur allzu ähnlich gewesen sei.

Das vorliegende Buch geht von der Annahme aus, daß die von Furcht und

Haß erfüllte Beziehung zum Kommunismus tatsächlich die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie war, daß er damit nur auf besonders intensive Weise dasjenige artikulierte, was zahlreiche deutsche und nichtdeutsche Zeitgenossen empfanden, und daß alle diese Empfindungen und Befürchtungen nicht nur verstehbar, sondern auch großenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt waren. In einer Gegenwart, in der den kommunistischen Parteien mehrerer Länder an einer Regierungsbeteiligung gelegen ist oder war und wo sie allesamt, jedenfalls in Europa, auf sehr zivile Weise um Zusammenarbeit mit nicht-terroristischen Linkskräften bemüht sind, bedarf es der gedanklichen Anstrengung, wenn man sich daran erinnern will, daß »dieselben« kommunistischen Parteien zwischen 1919 und 1935 überall die Parteien des »bewaffneten Aufstandes« waren, daß Lenin meinte, »die Bourgeoisie« sei in aller Welt »bis zum Irrsinn erbittert«[15], daß man noch 1930 in ganz Europa *bebende Angst* wahrnahm und daß der stellvertretende Kriegskommissar Frunse 1924 schrieb: »Allein schon durch die Tatsache unserer Existenz untergraben wir ihre (der alten, bürgerlichen Welt) Grundlagen, zerstören wir ihre Stabilität und flößen dadurch ihren Vertretern das Gefühl erbittertsten Hasses, sinnloser Angst und eingefleischter Feindschaft gegen alles Sowjetische ein.«[16] Das Erstaunliche ist in Wahrheit, daß bei weitem nicht alle Bürger und Kleinbürger Europas und Amerikas von diesem Empfinden der Angst und des Hasses erfüllt waren und daß im Gegenteil von vielen Seiten dem *großen sozialen Experiment* in Rußland ein sympathisierendes Interesse entgegengebracht wurde. Aber wenn Lenins und Frunses Aussagen in dieser Allgemeinheit nicht zutrafen, so wäre doch nichts törichter als die Annahme, daß nur Hitler und ein kleiner Kreis von Menschen um ihn herum von eingebildeten Schreckgespenstern geplagt gewesen seien. Wer glaubt, daß Hitler in erster Linie ein Alldeutscher gewesen sei, der das *Gespenst des Kommunismus* nur benutzt habe, um seine Eroberungsabsichten zu tarnen, der sollte einmal das 1911 publizierte Buch von Otto Richard Tannenberg »Groß-Deutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts« mit seinem naiven und großspurigen Optimismus und danach »Mein Kampf« lesen, und er sollte sich fragen, worin der tiefgreifende Unterschied begründet liegt, da doch die alldeutschen Ziele so weitgehend übereinstimmen.

Da es schon Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts unübersehbar zu Tage lag, daß die Erwartungen, die Lenin und Frunse hegten, sich nicht erfüllt haben, kann und darf nicht von vornherein ausgeschlossen werden, daß die antikommunistische Leidenschaft der Nationalsozialisten genuin war und daß sie der Entwicklung nicht entgegengesetzt war, welche die Geschichte tatsächlich genommen hat. Die entscheidende Frage ist dann die, weshalb eine vorhersehbare und durch den späteren Geschichtsverlauf im Kern gerechtfertigte

Reaktion einen so überschießenden Charakter angenommen hat, daß sie nicht nur zu dem größten Kriege der Weltgeschichte, sondern auch zu singulären Massenverbrechen führte. Diese Frage kann vorgreifend und abkürzend so beantwortet werden, daß ein *Überschießen* der Grundcharakter jeder Ideologie ist und daß es auch dann und gerade dann unvermeidbar ist, wenn eine Ideologie eine Gegen-Ideologie hervorruft. Daß diese Gegenideologie aber in einem großen Staat zum Siege kam, obwohl das folgenreichste Überschießen, nämlich die antisemitische Interpretation der antikommunistischen Erfahrung, nur für einen kleinen Teil der Nation einleuchtend und bewegend war, läßt sich nur dadurch verstehbar machen, daß Hitler auf überzeugende Weise andere, einfachere und weitaus populärere Motive mit jenem ideologischen Grundmotiv verbinden konnte, etwa das Motiv der Revision von Versailles oder das Motiv des Zusammenschlusses aller Deutschen. Aber solche Thesen können nur andeutend und vorwegnehmend sein; sie vermögen die entwickelnde Darstellung nicht zu ersetzen.

Das vorliegende Buch nimmt sich vor, die Beziehung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und weiterhin diejenige zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich als die für Deutschland, für die Sowjetunion und für die ganze Welt bedeutendste aller Beziehungen in den Mittelpunkt zu stellen. Es bleibt dabei insofern auf dem Boden der phänomenologischen Faschismustheorie, als es von der essentiellen Feindschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausgeht und eine Gleichsetzung zu keinem Zeitpunkt für gerechtfertigt hält. Aber es verläßt gleichwohl den Rahmen der Totalitarismuskonzeption nicht, weil es sich am Begriff und an der Wirklichkeit des *Liberalen Systems* orientiert, das mit seiner Sicherung der ökonomischen und geistigen Bewegungsfreiheit der Individuen *nicht* durch die Herrschaft einer Ideologie bestimmt und dennoch der Ursprung sowohl der kommunistischen wie der nationalsozialistischen Ideologie ist. Aber weil der Ansatz der Faschismustheorie bewahrt wird, wird einer der beiden Ideologien die Priorität zugeschrieben, und die Totalitarismustheorie erhält damit eine historisch-genetische Dimension, die ihr bisher fehlte. Zur geschichtlichen Bewegung gehört jedoch auch, daß die ursprüngliche und die reagierende Ideologie nicht bloße Komplexe von Ideen bleiben, daß sie schon als solche in *realen* Verhältnissen verwurzelt sind, daß sie die Gestalt von Bewegungen und schließlich von Regimen annehmen, daß sie in ein Verhältnis der Wechselwirkung treten und sich dadurch verändern. Wenn hier also *Ideologiegeschichte* geschrieben wird, so ist sie von bloßer Ideengeschichte weit entfernt. Sie ist auch eine Geschichte der Wechselbeziehungen zweier großer Staaten, aber sie gehört nicht minder der Gattung der vergleichenden Geschichtsschreibung an.

Auf Vorgänger vermag sie sich nur in geringem Maße zu stützen. Die totalitarismustheoretischen Untersuchungen, insbesondere die klassischen Werke

von Hannah Arendt und Friedrich/Brzezinski, sind politologisch vergleichend, aber nicht eigentlich historisch, und die Geschichtsschreibung hat bisher immer nur eins der beiden Phänomene zum Gegenstand gemacht, nicht aber deren innere und äußere Beziehung. Detailuntersuchungen über die Kämpfe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten während der Weimarer Periode sind gering an Zahl.[17] Erst im Bereich der internationalen Beziehungen und insofern des deutsch-sowjetischen Krieges, der natürlich als ganzer und in Einzelaspekten zahlreiche Darstellungen gefunden hat, wurden Themen wie »Deutschland und die Sowjetunion« oder »Stalin und Hitler« häufig behandelt.[18] Diese Fragestellungen sind indessen zu beschränkt, als daß sie jenes *Ganze* auch nur tendenziell in den Blick bringen könnten, das nach meiner Überzeugung durch die Heraushebung der Frage nach Nationalsozialismus und Kommunismus in Gestalt der Sowjetunion und der Dritten Internationale besser faßbar wird als durch eine Schilderung der vielfältigen Ereignisse einer Weltgeschichte der Neuzeit oder auch nur des 20. Jahrhunderts.

Damit soll nicht etwa behauptet werden, daß in der Literatur nicht zahlreiche wichtige und bedenkenswerte Aussagen zum wechselseitigen Verhältnis zu finden wären. In wissenschaftlichen Untersuchungen über den Nationalsozialismus wird die Machtübernahme Hitlers häufig als eine scheinbare oder unechte Revolution bezeichnet, und damit ist meist explizit oder implizit die Meinung verknüpft, daß im Gegensatz dazu die Machtergreifung der Bolschewiki eine echte Revolution nach dem Beispiel der Französischen Revolution gewesen sei. Nicht selten werden Vergleiche aber auch ausdrücklich mit der Begründung zurückgewiesen, die Verhältnisse seien allzu verschiedenartig gewesen. Sehr verbreitet ist offenbar die Auffassung, daß Bezugnahmen auf die Sowjetunion oder den Stalinismus zur *Apologie* führen oder die *Unvergleichbarkeit* der nationalsozialistischen Verbrechen beeinträchtigen könnten. Weitaus häufiger und mit größerer Unbefangenheit werden solche Bezüge in der Literatur hergestellt, die dem Bolschewismus bzw. der Sowjetunion gewidmet sind. So schreibt Louis Fischer, selbst ehemaliger Kommunist und genauer Kenner der sowjetischen Verhältnisse, Stalins Säuberungen hätten nur einen Rivalen in der Geschichte, nämlich Hitlers Gaskammern[19]; die kürzlich emigrierten Sowjethistoriker Michail Heller und Alexander Nekrich bezeichnen das System Stalins als »das antihumanste System«, das jemals auf der Erde existiert habe[20], für Milovan Djilas gab es niemals einen »brutaleren und zynischeren Despoten als Stalin«[21], und Nikolaj Tolstoj bringt die wichtigste Implikation zu Wort, wenn er sagt, Hitler sei im Vergleich zu Stalin beinahe gesetzesfromm gewesen.[22] Leonard Schapiro wiederum legt einen Vergleich zwischen Lenin und Hitler nahe, wenn er die These aufstellt, die Besessenheit von der Macht sei das einzige dauerhafte Element in Lenins Denken gewesen, und darauf sei sein Wille zurückzuführen, niemals Kompromisse zu schließen.[23]

Adam Ulam dagegen schränkt seine Aussage auf einen relativ kleinen Zeitraum ein, wenn er behauptet, Stalins Regime sei 1936/1939 zweifellos das tyrannischste auf der ganzen Welt gewesen.[24] Aber die bolschewistischen Führer selbst legten durch frühe Äußerungen den Nachgeborenen solche Vergleiche sozusagen in den Mund, etwa Trotzki, der 1924 schrieb, die Revolution gehe mit den »Methoden der grausamsten Chirurgie« vor[25], oder Stalin, der ohne jede innere Bewegung feststellte, die Grundbesitzer, Kulaken, Kapitalisten und Händler seien in der Sowjetunion »eliminiert« worden.[26] Gerade einige der schroffsten Äußerungen stammen von ehemaligen Kommunisten und sind daher aus revidierendem Nachdenken und nicht aus einem von vornherein gegebenen *bürgerlichen Antikommunismus* hervorgegangen. Für Leopold Trepper, den ehemaligen »Großen Chef« der »Roten Kapelle«, sind in der Rückschau Stalinismus und Faschismus gleichermaßen »Ungeheuer«[27], und in dem Nachlaß von Hans Jaeger, der noch 1932 Artikel für *Inprekorr* verfaßt hatte, findet sich der Satz: »An den sechs Millionen toten Juden ist indirekt der Marxismus schuld. Er hat zuerst den Haß gepredigt, er hat zuerst die Ausrottung einer Klasse vorgemacht.«[28]

Aber andere ehemalige Kommunisten nahmen offensichtlich auch nach 1945 an den Ausrottungsmaßnahmen Stalins keinen moralisch begründeten Anstoß, weil sie sie für historisch unvermeidbar und gerechtfertigt hielten: Stalin sei trotz seiner Unmenschlichkeit ein großer revolutionärer Führer gewesen, schrieb Isaac Deutscher, Hitler dagegen nur ein unfruchtbarer Konterrevolutionär.[29] Von den nichtkommunistischen Autoren stellt Walter Laqueur auch einen moralischen Unterschied her, wenn er sich gegen einen Vergleich der nationalsozialistischen Vernichtungslager mit Stalins *Zwangsarbeitslagern* ausspricht.[30] Adam Ulam wiederum erblickt den Unterschied vor allem in der größeren Klugheit Stalins, der stets eine überaus vorsichtige Außenpolitik betrieben habe.[31] Nicht ganz wenige unter den Mithandelnden und den Autoren lassen aber gerade Stalin den ursprünglichen Unterschied von Kommunismus und Faschismus aufheben: Walter Krivitsky, Wladimir Antonow-Owsejenko und Franz Borkenau meinten, daß durch Stalin der Bolschewismus die Gestalt des Gegners, nämlich des Faschismus, angenommen habe.[32]

Ich glaube, daß diese sehr verschiedenartigen Aussagen nicht schlechterdings unvereinbar sind und daß auch die schon für Lenin negativen nicht einfach aus Kenntnislosigkeit, Unverständnis oder bloßer Feindseligkeit entspringen. Im folgenden gehe ich von der einfachen Grundvoraussetzung aus, daß durch die Revolution der Bolschewiki 1917 ein welthistorisch völlig neuartiger Tatbestand geschaffen wurde, weil erstmals in der modernen Geschichte eine ideologische Partei in einem Großstaat allein die Macht ergriff und auf glaubwürdige Weise ihre Absicht an den Tag legte, in der ganzen Welt durch die Entfesselung von Bürgerkriegen eine grundlegende Wandlung herbeizu-

führen, welche die Erfüllung der Hoffnungen der frühen Arbeiterbewegung und die Verwirklichung der Vorhersagen des Marxismus bedeuten würden. Nichts war für die Bolschewiki selbst evidenter, als daß ein so ungeheures Unternehmen äußerst heftige Widerstände hervorrufen müßte, zumal die Praxis gezeigt hatte, daß die Partei nach der gewaltsamen Machtergreifung ihre zahlreichen Gegner sowohl an der Front des Bürgerkrieges wie auch im Hinterlande durch einen präzedenzlosen *Klassenkrieg* mit der größten Entschlossenheit bekämpfte, ja ausrottete.

Die eigenartigste und am frühesten erfolgreiche dieser *Widerstandsbewegungen* war die Faschistische Partei Italiens, an deren Spitze der ehemals führende Mann des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei des Landes stand, Benito Mussolini. Schon dadurch war klar, daß der Gegensatz schroffer war und daß doch weit mehr an innerer Verwandtschaft vorhanden sein mußte als im Falle der bürgerlichen Parteien, die darauf vertrauten, nach den gewohnten Regeln des parlamentarischen Systems der ersten und auch der zweiten Herausforderung begegnen zu können. Für Hitler war Mussolini von Anfang an ein Vorbild, und auch seine Partei empfand sich von vornherein als eine Antwort auf die kommunistische Herausforderung, so gewiß sie in der bloßen Reaktion nicht aufging und eigenständige historische Wurzeln hatte wie etwa die alldeutsche Doktrin. Aber von früh an hatte diese Antwort auch Merkmale einer Kopie, wie sich schon in der bloß abwandelnden Übernahme des roten Fahnentuches zeigte. Mit der Machtübernahme trat dieses Abbildmäßige stärker hervor, und schon 1933 benutzten Feinde und Freunde das Wort *Tscheka* zur Kennzeichnung des Verfahrens der Gegnerbekämpfung. Dennoch war Hitler zweifellos davon überzeugt, eine Antwort auf die kommunistische Herausforderung gefunden zu haben, die besser und dauerhafter war als diejenige der *westlichen Demokratien*. Aber schon in der sogenannten Röhm-Affäre lag nicht mehr eine Antwort und nicht einmal eine Entsprechung, sondern eine Über-Entsprechung vor. Während des Krieges wurde der Bolschewismus in wichtigen Teilbereichen für Hitler immer unverkennbarer zum Vorbild, und im Gebiet der Ausrottungsmaßnahmen gelangte er zu einer Über-Entsprechung.

Im folgenden wird die Geschichte der Wechselbeziehungen der beiden Bewegungen bzw. Regime mit Hilfe dieser Begriffe geschildert: Herausforderung und Antwort, Ursprung und Kopie, Entsprechung und Überentsprechung. In erster und andeutender Zusammenfassung kann gesagt werden: Der Bolschewismus war für den Nationalsozialismus Schreckbild und Vorbild zugleich. Der Bürgerkrieg, den beide gegeneinander führten, unterschied sich aber auf das auffallendste von *gewöhnlichen* Bürgerkriegen.

Ein Schreckbild ist etwas anderes als ein *Schreckgespenst*. Ein Schreckgespenst kann irreal und eine bloße Vorstellung sein; ein Schreckbild aber hat

einen festen Grund in der Realität, obwohl es von vornherein jene Tendenz zur Übersteigerung in sich schließt, die auch ein Hauptmerkmal aller Ideologien ist. Nur wenn der Nachweis erbracht würde, daß die frühe antibolschewistische Literatur, die in Broschüren und Zeitungsartikeln ihren Weg bis in das letzte Dorf fand, in sich selbst nichts als interessengeleitete Propaganda und ohne nennenswerten Realitätsgehalt gewesen wäre, dürfte von Schreckgespenstern und Phantasien die Rede sein.[33] Es wird nachgewiesen werden, daß das Gegenteil der Fall war. Wer damals das Empfinden hatte, daß mit der bolschewistischen Revolution ein Überschritt in eine neuartige weltgeschichtliche Dimension getan worden war, in die Dimension der sozialen Vernichtung großer Menschenmassen und freilich auch in diejenige einer andersartigen industriellen Revolution, der hatte nicht unrecht. Wer der Meinung war, das alles spiele sich in einem *halbasiatischen* Lande ab und könne im Rahmen der europäischen Zivilisation keine nennenswerten Auswirkungen haben, der hatte nicht notwendigerweise recht. Daß auf die soziale Vernichtung schließlich eine biologische und *transzendentale* Vernichtung folgte, daß das Abbild das Vorbild an Intensität in einigen Bereichen übertraf, ist mit Begriffen des gewöhnlichen Lebens wie *Verbrechen* schwerlich angemessen beschrieben. Ob man den Begriff der »Tragik« verwenden kann, wie George Kennan vorgeschlagen hat, ist aus anderen Gründen fraglich.[34] Aber es ist ganz sicher falsch, wenn man auch in diesem Zeitalter zwischen 1917 und 1945 überall nur Interessen am Werk sieht. Die Interessenpsychologie, die zuerst von französischen Aristokraten des 18. Jahrhunderts und dann vom englischen Utilitarismus entwickelt wurde, ist überall da von großem Nutzen, wo kalkuliert, gemessen und gewogen wird. Doch der Mensch ist im Kern kein kalkulierendes Wesen: Er ängstigt sich um seine Existenz, er fürchtet die Zukunft, er empfindet Haß gegen seine Feinde, er ist bereit, sein Leben zu opfern, wo es ihm um eine große Sache geht. Wo machtvolle Emotionen dieser Art für größere Gruppen von Menschen maßgebend sind, sollte von *Grundemotionen* gesprochen werden. Eine solche Grundemotion war die Empörung zahlreicher Arbeiter und Arbeitsloser über die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten des *kapitalistischen Systems;* eine Grundemotion war aber auch der leidenschaftliche Zorn zahlreicher Franzosen gegen die *Boches,* die dem Vaterland 1871 zwei seiner schönsten Provinzen geraubt hatten. Im Alltag mag Politik eine Sache des Interessenkalküls und des Interessenausgleichs sein; sobald aber Ungewöhnliches und Bedrohliches eintritt, sind für zahlreiche Menschen Emotionen weit wichtiger als Interessen, auch wenn diese Emotionen nur in seltenen Fällen den vorgestellten oder vorstellbaren Interessen direkt entgegengesetzt sind: Empörung, Zorn, Trauer, Haß, Verachtung, Angst, aber auch Enthusiasmus, Hoffnung, Glaube an eine große Aufgabe.

Von solchen Grundemotionen waren die Massen der russischen Soldaten im Jahre 1917 bewegt, die fürchteten, in einem schon verlorenen Krieg sinnlos ihr Leben opfern zu müssen; solche Grundemotionen bestimmten aber auch Offiziere, Freikorpskämpfer und Angehörige des Bürgertums in Italien und Deutschland, die sehr genau wußten, wie man in Rußland mit ihresgleichen umgegangen war. Von Grundemotionen waren noch in späteren Zeiten die aktiven Kerne der kommunistischen und der faschistischen Parteien erfüllt, obwohl sich eine Unmasse von Opportunisten, von Interessenten und auch von gewöhnlichen Verbrechern an sie angehängt hatte. Als eine Geschichte von Grundemotionen und deren ideologischen Ausformungen soll im folgenden die Geschichte der beiden wichtigsten Parteien zweier Weltbewegungen geschrieben werden, von denen die eine ursprünglicher und also für die andere primär ein Schreckbild war, die aber dennoch füreinander mehr und mehr zum Schreckbild *und* zum Vorbild wurden. Daher ist die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 nur ein vorläufiger Ausgangspunkt, und der Geschichte der Sowjetunion wird ebensoviel Raum gewidmet wie der Erzählung vom Kampf zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik und der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland.

Wenn Kommunismus und Nationalsozialismus in erster Linie als Ideologien und wenn vor allem ihre Führer als Ideologen verstanden werden, dann wird Hitler als deutscher Politiker ebensowenig richtig gesehen wie Lenin als russischer Staatsmann. Das heißt nicht, daß der eine nicht *auch* ein deutscher Politiker gewesen wäre und der andere ebenfalls ein russischer Staatsmann. Aber die Frage geht immer in erster Linie nach dem *Überschießen,* nach dem *Neuen,* nach dem *Hiatus,* die das eigentlich Ideologische ausmachen, aus dem die bedeutendsten Handlungen hervorgehen. Ideologien können sehr unterschiedlich sein, aber jede ist durch dieses Überschießen gekennzeichnet und durch einen Kern von Berechtigtem und Zeitgerechtem, das vielleicht nur durch das ideologische Übermaß zum Dasein gebracht werden kann, das aber eben dadurch auch ruiniert werden mag. Im »Zionistischen Tagebuch« von Theodor Herzl kann man die Entstehung eines Konzepts verfolgen, das später zu weltgeschichtlicher Wirksamkeit gelangte, aber in was für exorbitante Hoffnungen und irreale Vorstellungen ist es eingekleidet![35] Und doch hätte Herzl die Flinte vermutlich sehr rasch ins Korn geworfen, wenn er nur pragmatisch und rational gedacht hätte. Erst eine neue Situation kann die Nachgeborenen instand setzen, den *realen* Kern und die *irreale* Übersteigerung zu unterscheiden; die Zeitgenossen dagegen ergreifen oder verwerfen das Ganze mit aller Leidenschaft, und erst in diesen Kämpfen kann sich allmählich klären, was Kern und was Überschießen ist. Hitler verstand sich selbst nicht als Nachfolger Stresemanns oder Papens, sondern als Anti-Lenin, und in dieser Auffassung stimmte

er mit Trotzki überein, der ihn den »Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie« nannte.[36]

Für Trotzki freilich hatte Lenin ganz und gar recht, und damit hatte Hitler ganz und gar unrecht; aber wer die Überzeugung von der absoluten Wahrheit einer Ideologie nicht teilt, wird allerdings der Meinung sein müssen, daß auch Hitler nicht in jeder Hinsicht unrecht haben konnte, sondern daß in seinen Auffassungen und in seinem Handeln ebenfalls Kerne erkennbar sind, in denen etwas zum Vorschein gelangte, was zeitgerecht und mindestens für zahlreiche Menschen einleuchtend und bewegend war. Wenn er den Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Staat postulierte, so verlangte er grundsätzlich nichts anderes, als was Mazzini mit Erfolg für alle Italiener gefordert hatte, und er bewegte sich ebenso in den Bahnen nationalstaatlichen Denkens wie die meisten seiner Zeitgenossen. Daß dieser Zusammenschluß aber schon als solcher viel stärkere Widerstände hervorrufen mußte als der Zusammenschluß aller Italiener, lag in den besonderen Umständen der Situation der Deutschen in Europa begründet und war von Hitler nicht zu verantworten. Daß die großdeutsche Einigung für ihn jedoch kein Selbstzweck, sondern Etappe zu einem größeren Ziel war und daß er den Widerständen, die er dabei fand, eine ganz bestimmte und universale Auslegung gab, war das eigentlich Ideologische und bildete eine neue Dimension.

Diese Zusammenhänge zu verfolgen, ist die Aufgabe des Historikers und insbesondere des Ideologiehistorikers. Er muß es hinnehmen, daß er von denjenigen kritisiert wird, die im Rückblick dem *absoluten Bösen* konfrontiert sein wollen und die im Dienst des *absoluten Guten* zu stehen glauben. In dem Gemälde, das er zu malen hat, haben nur Grautöne verschiedener Art einen Platz, die Benutzung der weißen Farbe ist ihm so gut verwehrt wie die der schwarzen.[37] Nur durch die Darstellung selbst, und nicht durch vorausgeschickte Glaubensbekenntnisse und Versicherungen, kann er seine Leser davon überzeugen, daß seine Grautöne Abstufungen aufweisen. Er ist sich ja bewußt, daß zwischen dem historischen Denken und den Ideologien insofern kein fundamentaler Unterschied besteht, weil beide abstrahieren und verallgemeinern müssen und den Reichtum der vielgestaltigen Wirklichkeit nicht in den Blick bekommen. Weil der Mensch ein denkendes Wesen ist, muß er Ideologien ausbilden und damit ungerecht sein. Nach der Lehre der Theologen ist nur Gott gerecht, weil er die einzelnen Dinge schafft, indem er sie denkt, und sie daher nicht durch Begriffe zu entstellen braucht. Aber historisches Denken kann aus einer neuen Zeitsituation heraus verschiedene Ideologien in ihrem Gehalt gegeneinander abwägen und in ihrer Wirksamkeit verfolgen, und es sollte von der Entschlossenheit geleitet sein, dem Willen zur Verwirklichung von Zwecken nicht nachzugeben, welcher der Grundwille jeder Ideologie ist. So muß es zwar schon durch seine Fragestellung eine Se-

lektion vornehmen, aber im Rahmen dieser Auswahl darf es kein höheres Ziel kennen, als ein möglichst umfassendes und wahrheitsgemäßes Bild des Gegenstandes hervorzubringen. Nicht erst Hitler wurde als Feind der Menschheit, als Verkörperung des Bösen, als Zerstörer der Zivilisation bezeichnet, sondern der Historiker weiß und muß also auch sagen, daß alle diese Ausdrücke von ernstzunehmenden Beobachtern auf den Bolschewismus angewendet wurden, als noch kaum jemand etwas von Hitler wußte; nicht Hitler war der erste, der aus einer Machtposition heraus öffentlich erklärte, er und seine Partei könnten mit einer nach Millionen zählenden Gruppe von Menschen nicht auf einem Planeten leben, und daher müsse man sie ausrotten.[38] Diese Feststellungen sind wahr; wer sie kennt und verschweigt, handelt unwissenschaftlich und unmoralisch, weil er von zahllosen Opfern nur einzelne Gruppen gelten lassen will. Er handelt überdies inkonsequent, wenn er die Menschen für so ungleich erklärt, daß er die Möglichkeit ausschließt, er und seinesgleichen könnten in derselben Situation ebenso schuldig geworden sein wie diejenigen, die er anklagt. Daß Unterschiede nicht geleugnet werden, versteht sich gleichwohl von selbst, denn Unterschiedlichkeit ist das Wesen der Realität. Aber das historische Denken muß sich gegen die Tendenz des ideologischen und emotionalen Denkens wenden, die Unterschiede zu verfestigen, die Zusammenhänge auszublenden und die »andere Seite«, die gegnerische, aus der Erwägung auszuschließen.

Die intendierte *Parteilosigkeit* des historischen Denkens kann nicht gottähnlich und damit irrtumsfrei sein. Sie ist der Gefahr nicht enthoben, bloß auf besonders versteckte oder subtile Weise Partei zu ergreifen. Aber in einem juristischen Bilde ist sie nichts anderes als das Verlangen, daß reguläre Gerichtsverfahren an die Stelle der Standgerichte und Schauprozesse treten, d. h. Gerichtsverfahren, in denen auch Entlastungszeugen ernsthaft angehört werden und die Richter nicht bloß formell von den Staatsanwälten verschieden sind. Die einzelnen Urteilssprüche werden dennoch ganz verschieden sein, aber anders als diejenigen der Standgerichte kennen sie Zwischenstufen zwischen der Todesstrafe und dem Freispruch. Trotzdem sind sie nicht irrtumsfrei, und deshalb schließen sie die Revision nicht aus.

Auch das historische Denken muß bereit sein, sich selbst zu revidieren, sofern gute Gründe vorgebracht werden und nicht bloß empörte Aufschreie, welche nicht wahrhaben wollen, daß nach Möglichkeit alles verstehbar gemacht werden muß, daß aber nicht alles Verstehbare verständlich und nicht alles Verständliche gerechtfertigt ist. Doch es kann nicht gewillt sein, jemals auf seine eigene Existenz zu verzichten, und erst daraus resultiert eine unmittelbare und konkrete Parteinahme. Wenn Hitler gesiegt hätte[39], würde im deutschbeherrschten Europa und wohl auch in großen Teilen der übrigen Welt für Jahrhunderte die Geschichtsschreibung in der Preisung der Taten des

Führers bestehen. Eine *Enthitlerisierung* würde nach allem menschlichen Ermessen nicht möglich sein. Vielleicht wären die Menschen – von den Opfern abgesehen, über die man nicht reden würde – glücklicher, weil sie der Not des Vergleichens und Abwägens enthoben wären; gewiß würden viele der spätgeborenen *Antifaschisten* von heute überzeugte und geschätzte Anhänger des Regimes sein. Nur für historisches Denken und Revidieren würde es keine Stätte geben, und deshalb würden Geschichtsdenker in diesem System als *Gegentypen* gelten und keine Existenzberechtigung haben. Aber nicht einmal dieses Wissen darf sie veranlassen, sich noch nachträglich unter die kämpfenden Zeitgenossen einzureihen.

I

Schlußpunkt und Vorspiel 1933: Die antimarxistische Machtübernahme in Deutschland

Man kann die Geschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme als eine Geschichte von Intrigen und Verbrechen schreiben: Da wird Adolf Hitler, der Führer einer geschwächten und in unaufhaltsamem Rückgang begriffenen Partei, durch die Hinterlist des ehemaligen Reichskanzlers von Papen, im Interesse der vom *Osthilfeskandal* bedrohten Agrarier, durch Drohungen gegenüber dem Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg oder durch die Intervention schwerindustrieller Kreise »zur Macht gebracht«, und diese Macht befestigt er dadurch, daß er seine politischen Gegner verhaften und schließlich den Reichstag anstecken läßt, um für sich und seine Koalitionspartner eine Mehrheit bei den Reichstagswahlen des 5. März zu erringen. In diesem Zusammenhang spielen dann Gespräche im Hause des Kölner Bankiers von Schröder, in der Dahlemer Villa der Eheleute von Ribbentrop und Personen wie Werner von Alvensleben eine große Rolle, während der Name von Ernst Thälmann im allgemeinen nicht vorkommt, ganz wie bereits in den meisten Memoiren der mithandelnden Zeitgenossen.

Wenn der Historiker sich aus dieser allzugroßen Nähe in möglichst weite Entfernung zurückzieht, ergibt sich ein anderes Bild. Seit den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 war die NSDAP nach einem in der deutschen Parteigeschichte beispiellosen Aufstieg mit 230 Mandaten und nahezu 38 % der Stimmen zu der weitaus stärksten Partei geworden. Wenn im parlamentarischen System eine Partei erheblich stärker ist als die anderen, kann eine Koalition aller oder fast aller übrigen Parteien gegen sie gebildet werden. Das entspricht zwar nicht dem Wesen des Systems und ist auf die Dauer schwerlich durchzuhalten, aber es kann geboten sein, wenn es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handelt. Dann muß die wichtigste Aufgabe darin bestehen, die Mehrheit des Volkes vor einer *Massenminderheit* zu schützen, welche vermutlich durch besonders starke Überzeugungen geprägt ist und über ein besonders hohes Maß an Energie verfügt. Falls die Mehrheit indessen nicht imstande ist, eine derartige Koalition zu bilden, bleiben der Staatsführung als der Treuhänderin der Volksmehrheit nur zwei Möglichkeiten: der offene Kampf mit dieser großen Partei oder aber der Versuch, sie entscheidend zu schwächen und vielleicht zu spalten. Der offene Kampf entsteht zwangsläufig, wenn die Partei auf die Straße geht und zum Sturz der Regierung aufruft. Das war die Situation der Jahreswende von 1918/19 gewesen, als der Rat der Volksbeauftragten sich mit militärischer Gewalt gegen die in der Hauptstadt fast übermächtige Massenminderheit durchsetzen mußte, welche die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung verhindern wollte. Doch die Nationalsozialisten

drohten zwar nicht selten mit einer gewaltsamen Machtergreifung, aber sie setzten die Drohung nicht in die Tat um und verharrten bei ihrer Legalitätstaktik. So verweigerte der Reichspräsident von Hindenburg am 13. August 1932 dem Führer der stärksten Partei die Regierungsführung, die er zweifellos hätte beanspruchen dürfen, wenn er nicht, nach der offiziellen Darstellung, die *ganze Macht* gefordert hätte. Er selbst bestritt zwar, einen solchen Anspruch erhoben zu haben; aber hatte nicht noch am 1. Juni Alfred Rosenberg im *Völkischen Beobachter* nachdrücklich »Alle Macht Adolf Hitler« verlangt, und waren nicht sämtliche Kundgebungen der Partei von heftigsten Angriffen gegen *das System* erfüllt? Der Kampf konnte also nur als ein Appell an das Volk geführt werden, und tatsächlich verloren die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom November 1932 nicht weniger als zwei Millionen Stimmen. Aber mit 196 Mandaten waren sie immer noch bei weitem die stärkste Partei. Der Reichskanzler von Papen plädierte nun für eine abermalige Auflösung des Reichstags und für eine überparteiliche Regierung der *nationalen Diktatur*, die freilich bei den Wählern nur geringe Unterstützung gefunden hatte. Hindenburg weigerte sich jedoch, diesen Weg einzuschlagen, weil er die Entstehung eines Bürgerkriegs befürchtete. So vertraute er die Regierung dem bisherigen Reichswehrminister von Schleicher an, der einen friedlichen Ausweg zu kennen schien, den Ausweg einer Spaltung der NSDAP mit Hilfe des zweiten Mannes der Partei, Gregor Straßers, und einer neuartigen Koalitionsbildung durch die Unterstützung der Gewerkschaften. Aber schon nach wenigen Wochen war dieser Plan infolge der Gegenwirkungen Hitlers und der Sozialdemokratischen Partei gescheitert, und nun gab es keine dritte Lösungsmöglichkeit mehr; Hitler mußte den Auftrag erhalten, sofern er den Beweis erbrachte, daß er nicht die *ganze Macht* erstrebte und sich also damit begnügte, der Kanzler eines Kabinetts zu sein, in dem seine Anhänger nur eine Minderheit bildeten und in dem er selbst durch eine ganz ungewöhnliche Bestimmung geradezu unter Vormundschaft gestellt war, nämlich durch die Bestimmung, er dürfe dem Reichspräsidenten nur in Gegenwart des Vizekanzlers von Papen Vortrag halten. Wenn irgend etwas bei dieser Regierungsbildung illegal war, dann handelte es sich um eine Illegalität, oder doch Irregularität, die gegen Hitler gerichtet war: Der gezähmte oder *eingerahmte* Hitler bedeutete die zwingende Lösung in einer präzedenzlosen Krise.

Es ist zu vermuten, daß die erste Sichtweise allzusehr dem Oberflächenanschein und dem moralistischen Impuls der Verurteilung von Personen oder Gruppen verhaftet ist. Es steht außer Zweifel, daß die andere Interpretation einen allzu deterministischen und distanzierten Charakter trägt. Aber es ist augenfällig, daß die Situation in Deutschland ganz besonders schwierig war. Es gab sogar nach der offiziellen Statistik mehr als sechs Millionen Arbeitslose, die zu einem nicht geringen Teil von den winzigen Unterstützungen

durch die öffentliche Fürsorge leben mußten, und wenn die Vereinigten Staaten von der Weltwirtschaftskrise noch härter getroffen waren, so existierten dort keine verfassungsfeindlichen Parteien, obwohl die Kritik am *kapitalistischen System* besonders unter den Intellektuellen der Ostküste mehr und mehr an Kraft gewann. In Deutschland aber agitierte nicht nur die verfassungsfeindliche Partei der Nationalsozialisten, welche ihre Propaganda in erster Linie gegen den Weimarer Parlamentarismus und das Versailler System richtete, sondern neben ihr, und schon vor ihr wirkte die Kommunistische Partei, welche den Kapitalismus im ganzen stürzen und als Sektion der Kommunistischen Internationale die *Diktatur des Proletariats* errichten wollte, und zwar nach dem Vorbild der russischen Revolution durch einen bewaffneten Aufstand. Diese Partei war die einzige, welche in den vier Reichstagswahlen seit 1928 ständig Gewinne verbuchen konnte, so daß sie von 54 Mandaten im Mai 1928 auf 100 Mandate im November 1932 gestiegen war. Zwar gab es Stimmen, welche behaupteten, die KPD sei ganz überwiegend eine Protestpartei der Arbeitslosen und ihre alltäglichen Drohungen seien weiter nichts als revolutionäre Rhetorik, die gerade aus dem Empfinden der Ohnmacht hervorgehe. Aber warum sollte man dann bis zum 30. Januar nicht auch Hitlers Ankündigungen, er werde den Marxismus und sogar die übrigen Parteien vernichten, für propagandistische oder anfeuernde Redewendungen halten?

Hugenberg und Papen durften jedenfalls mit guten Gründen meinen, daß Hitler in einem Kabinett rasch zur Vernunft und zu nüchterner Arbeit kommen werde, wo außer ihm bloß zwei weitere Nationalsozialisten einen Platz innehatten und dessen wichtigste Positionen – das Außen- und das Reichswehrministerium – direkt vom Reichspräsidenten besetzt worden waren. Aber sie hatten schwerlich mit dem Jubel und der freudigen Erregung gerechnet, die auf die Nachricht von der Ernennung Hitlers in ganz Deutschland losbrachen. Niemals war irgendein Kabinett der Weimarer Zeit von großen Volksmassen begrüßt und umjubelt worden. Jetzt aber bildeten sich sogar in kleinen Städten der entferntesten Provinz Fackelzüge, standen zahlreiche Zuschauer begeistert am Wege, strömten in Berlin riesige Kolonnen durch die Straßen, ohne Polizeischutz zu benötigen, umringt von der Sympathie der Zuschauer, und sie zogen durch das Brandenburger Tor mit ihren Fackeln, in Uniformen und militärischer Ordnung an den Dienstsitzen des Reichspräsidenten und des neuen Reichskanzlers vorbei. Dieser Fackelzug wurde bald zur Legende und zu einem bevorzugten Gegenstand für Literatur und Film, aber so gewiß er organisiert war und dann stilisiert wurde, so kommt doch in den Beschreibungen von nationalsozialistischen Zeitgenossen viel von der Spontaneität, den Stimmungen und Auslegungen zum Vorschein, von denen der Abend des 30. Januar ebenfalls bestimmt war:

»Sie sagten nicht, Hitler ist Reichskanzler geworden; sie sagten bloß: Hitler. Sagten es einander auf der Straße, vor den Geschäften, an der Theke, riefen es einander auf der U-Bahn zu, auf dem Autobus. Wie ein elektrischer Funke sprang es von Mensch zu Mensch, entzündete eine ganze riesige Stadt, entzündete Millionen Herzen … Es war wie im Jahre 14, als der Pulsschlag eines ganzen Volkes hämmerte … Alarm! Es springt von Straße zu Straße. Die SA, die SS stürzt in ihre Räume. Der Stahlhelm vergattert sich: Fackelzug … Es dauerte vier Stunden. Neue Kohorten, immer neu … Jetzt auch schon der erste Stahlhelm im Feldgrau: das Gesicht der deutschen Front … Sie sprachen es nicht aus und wußten es alle: Was sie heute in dieser brennenden Nacht erlebten, war der Aufbruch der Nation, war die Gegenrevolution, war die Quittung für den 9. November.«[1]

Als das wurde der 30. Januar in der Tat und zunächst empfunden: als der Tag der nationalen Erhebung, der Antwort auf die Schmach des Zusammenbruchs von 1918 – keineswegs von allen Deutschen, aber von dem *nationalen Deutschland,* welches die Augusttage des Jahres 1914 für den erlösenden Durchbruch zur Wahrheit der Nation gehalten und nur an die Siege geglaubt hatte, die darauf gefolgt waren, nicht aber an die Niederlagen, nicht an die sich allmählich ausbreitende Kriegsmüdigkeit im Volk und schon gar nicht an die »Vierzehn Punkte« des Amerikaners Wilson. Dieses nationale Deutschland reichte aber potentiell in die Herzen der meisten Deutschen herab, denn die Begeisterung der Augusttage war ja tatsächlich so gut wie allgemein gewesen, und wenn die Sozialdemokraten früh einen Verständigungsfrieden erstrebt hatten, so wollte doch 1919 gerade der sozialdemokratische Reichsministerpräsident Scheidemann lieber seine Hand verdorrt als den Unrechtsvertrag von Versailles unterschrieben sehen. Was am 30. Januar siegte, war zunächst gar nicht so sehr Hitler, sondern es war die Geschichtsauffassung, die Geschichtslegende des nationalen Deutschland mit all der Überzeugungskraft, die dem ganz Simplen und ganz Emotionalen zukommt. Auf diesen Ton war der erste Aufruf der neuen Reichsregierung vom 1. Februar gestimmt, und es besteht kein Anlaß zu glauben, daß Hitler diese ganz konservativen und allgemein nationalen Akzente bloß geheuchelt und nicht mitempfunden hätte.

Doch dieses nationale Deutschland hatte einen großen Teil derjenigen, die im August 1914 mit ihm einig gewesen waren, längst von sich ausgeschlossen: nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Katholiken und die Liberalen, die 1917 an der Friedensresolution des Reichstags mitgewirkt hatten, also alle jene *Systemparteien,* welche die Weimarer Republik getragen hatten. Noch unter den schon irregulären Bedingungen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhielten diese Parteien nicht sehr viel weniger Stimmen als die NSDAP, und wenn man ihnen die Kommunisten hätte zuzählen dürfen, würde es sich etwa um die Hälfte des Volkes gehandelt haben. Weshalb blieb diese Hälfte so

passiv und machte sich kaum noch bemerkbar? Bloß der Enthusiasmus des nationalen Deutschland hätte schwerlich so viel Lähmung und Regungslosigkeit hervorgerufen; aber das Deutschland der Jahreswende 1932/33 war heftiger von den Folgen der großen Krise der Weltwirtschaft erschüttert als jede andere Nation. In einer solchen Lage wird jedes Ereignis, das aus der Alltagsroutine herausfällt, mit Hoffnungen begrüßt oder doch mindestens mit der Bereitschaft, ihm eine Chance einzuräumen. Zahlreiche Arbeitslose, die im November aus Protest und Verzweiflung der KPD ihre Stimme gegeben hatten, mochten nun annehmen, daß Hitler vielleicht doch einen Ausweg wisse. Die Bauern, deren Höfe von der Zwangsversteigerung bedroht waren, die Handwerker, deren Auftragsbestand immer weiter zurückgegangen war, die Kleinhändler, die nicht wußten, wie sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen sollten: Sie alle setzten kein Vertrauen mehr in die Ankurbelungsmaßnahmen oder die Steuergutscheine Papens und Schleichers, aber sie ließen sich deshalb noch nicht von den radikalen Vorschlägen Thälmanns überzeugen, die Deutschland auf Gedeih und Verderb mit der Sowjetunion zusammenbinden mußten. So vertrauten sie demjenigen, der voller Entschlossenheit war und doch die umwälzenden Maßnahmen ablehnte, deren Folgen unabsehbar sein würden, und auch wenn sie bloß passiv blieben, lähmten sie doch diejenigen, die zu einem Widerstand aufriefen, der zu einem vollständigen Umsturz führen mußte.

Die Furcht, daß ein solcher Umsturz möglich sei und von starken Kräften erstrebt werde, war vermutlich die mächtigste Antriebskraft der *nationalen Erhebung*, die so rasch in die »nationalsozialistische Revolution« überging. Noch fundamentaler als die Begeisterung des *nationalen Deutschland* und als die Hoffnungen der von der Krise geschüttelten Bevölkerung war die Angst des *bürgerlichen Deutschland* vor einer bevorstehenden kommunistischen Revolution. Tatsächlich war die KPD ja die stärkste Partei in der Hauptstadt des Reiches, und während des ganzen Februar war die Luft voll von Gerüchten über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten, über geheime Waffentransporte, ja über Pläne, die deutschen Kirchen und Museen in Brand zu stecken. Es ist schwerlich zu bezweifeln, daß Hitler die weit verbreiteten Sorgen und Ängste teilte. Zwar lehnte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei schon am 30. Januar den Vorschlag der Kommunisten ab, gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen, und das war nach allen Prämissen der wechselseitigen Feindseligkeit nicht erstaunlich, aber im ganzen Reich fanden doch eine Anzahl schwerer Zusammenstöße statt, und nicht immer waren die Nationalsozialisten die Angreifer. Beim Rückmarsch vom Fackelzug des 30. Januar war der Führer des bei den Kommunisten berüchtigten *Mordsturms 33*, Eberhard Maikowski, erschossen worden, und wenig später beherrschten nach einer Meldung der *Roten Fahne* bewaffnete Arbeiter während eines 24stündi-

gen Generalstreiks in Lübeck die Straße. An der Entschlossenheit Hitlers und Görings, der nun die Befehlsgewalt über die preußische Polizei innehatte, sich mit allen Mitteln durchzusetzen, konnte von Anfang an kein Zweifel bestehen. Der Brand des Reichstags am 27. Februar beschleunigte die Entwicklung, aber er brachte sie keineswegs hervor. Die Listen, anhand deren fast alle kommunistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten sowie zahlreiche andere Funktionäre verhaftet wurden, waren schon während der letzten Weimarer Jahre von der Polizei vorbereitet worden, und Görings *Schießerlaß* datierte vom 17. Februar. Eine Gelegenheit, den Ausnahmezustand zu verkünden, würde sich bestimmt gefunden haben, wenn die Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat nicht schon am 28. Februar hätte erlassen werden können. Vermutlich hätte die Regierung Hitler ohne den Reichstagsbrand bei den Wahlen vom 5. März nicht die absolute Mehrheit erhalten, aber auch ohne die Majorität der Mandate hätte sie den neugewählten Reichstag so unter Druck setzen können, daß dieser mit Zweidrittelmehrheit das Ermächtigungsgesetz und damit seine Selbstentmachtung beschlossen hätte, wie es die Abgeordneten unter dem Eindruck der aufmarschierten SA, aber mehr noch angesichts der Erwartungen der Öffentlichkeit am 23. März dann tatsächlich taten. Die immer noch ungeklärte Frage nach dem Urheber bzw. den Urhebern des Reichstagsbrandes ist nur im Zusammenhang der übergreifenden Frage wichtig, ob auf der Seite der regierenden Nationalsozialisten genuine Emotionen vorlagen oder ob zynische Machtmenschen sogar ein überaus riskantes Verbrechen nicht scheuten, um eine Alleinherrschaft zu begründen, die sie sonst nicht hätten gewinnen können. Alles spricht dafür, daß auch die führenden Nationalsozialisten von Überzeugungen und von Emotionen beherrscht waren, die ein solches Verbrechen nicht erforderlich machten, wie immer der konkrete Vorgang gewesen sein mag. Die stärksten dieser Überzeugungen und Emotionen bezogen sich nun allesamt auf den November 1918 in Deutschland und auf die Revolution in Rußland; es handelte sich um antibolschewistische Emotionen, und sie verstanden sich mit so viel Selbstverständlichkeit als antimarxistisch, daß sie zwar offensichtlich in *bürgerlichen* Empfindungen verwurzelt waren, aber dennoch darüber hinausgingen.

Am 10. Februar sprach Hitler im Berliner Sportpalast. Über dem Rednerpult war in großen Lettern der Satz zu lesen: »Der Marxismus muß sterben.« Und um dieses Motto drehte sich die ganze Rede, deren zentrale Sätze die folgenden waren: »Der Marxismus bedeutet die Verewigung der Zerreißung der Nation … nach außen pazifistisch, nach innen terroristisch – nur so allein konnte sich diese Weltanschauung der Zerstörung und der ewigen Verneinung behaupten … Entweder der Marxismus siegt oder das deutsche Volk, und siegen wird Deutschland.«[2]

Am 2. März hielt er abermals eine Rede im Sportpalast, und diesmal hielt ihn keine staatsmännische Vorsicht zurück, sondern er richtete den Blick über die deutschen Grenzen hinaus: »Hat dieser Marxismus dort, wo er hundertprozentig gesiegt hat, dort, wo er wirklich und ausnahmslos herrscht, in Rußland, die Not beseitigt? Die Wirklichkeit spricht hier geradezu eine erschütternde Sprache. Millionen von Menschen sind verhungert in einem Lande, das eine Kornkammer sein könnte für die ganze Welt … Sie sagen Brüderlichkeit. Wir kennen diese Brüderlichkeit. Hunderttausende an Menschen, ja Millionen mußten erschossen werden im Namen dieser Brüderlichkeit und infolge des großen *Glücks*… Sie sagen weiter, daß der Kapitalismus dadurch überwunden würde … Die kapitalistische Welt muß mit ihren Krediten herhalten, die Maschinen liefern und die Fabriken einrichten, die Ingenieure, die Vorarbeiter zur Verfügung stellen, alles muß diese andere Welt tun. Sie können das nicht bestreiten. Und das Arbeitssystem in den sibirischen Holzgebieten möchte ich nur eine Woche lang denjenigen empfehlen, die in Deutschland für dieses Prinzip schwärmen … Wenn vor diesem Wahnsinn ein schwaches Bürgertum kapitulierte – den Kampf gegen diesen Wahnsinn, den nehmen wir auf.«[3]

In derselben Ausgabe des *Völkischen Beobachters* war eine große Anzeige zu lesen, in der 22 aus Rußland zurückgekehrte Arbeiter zur Wahl Adolf Hitlers aufforderten, und zwar mit der Begründung, Sowjetrußland sei für die Arbeiter und Bauern die Hölle, weil sie bei schwerster Arbeit ein elendes Hungerdasein führen müßten.

Immer wieder taucht in den Reden Hitlers während dieser Monate die eine Grundforderung auf, den Marxismus zu vernichten, ihn konsequent und unbarmherzig auszurotten. Aber diese Forderung ist nicht selten verknüpft mit der Erinnerung an die *Rucksackspartakisten* von 1918, und wenn Hermann Göring am 3. März verkündete, hier habe er nur zu vernichten und auszurotten, so wandte er sich wenige Tage später seinen Gegnern mit der leidenschaftlichen Anklage zu: »Als wir vor 14 Jahren von der Front zurückkamen, hat man unsere Achselstücke und Ehrenzeichen, hat man uns in den Dreck getreten, hat man die Fahnen verbrannt, die siegreich einer Welt trotzten. Ihr habt damals unser Innerstes mißhandelt, ihr habt uns das Herz zertreten, wie ihr Deutschland zertreten habt.«[4] Den Kommunisten gegenüber war nun in der Tat seine Frage berechtigt: »Was hätte man getan, wenn man an unserer Stelle die Macht erobert hätte? Man hätte uns ohne viel Überlegen einen Kopf kürzer gemacht.«[5] Das gleiche hatte dem Sinn nach im Jahre 1929 der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe zum Ausdruck gebracht, aber er hatte seiner Partei gerade das Verdienst zugeschrieben, die wechselseitige Vernichtung der beiden extremen Parteien verhindert zu haben.[6] Und auch Hitler hatte in der Rede vom 2. März die angebliche Erbärmlichkeit entlassener und

nun um ihre Pension bangender sozialdemokratischer Polizeipräsidenten so stark von der Entschlossenheit und Blutrünstigkeit der Kommunisten abgehoben, daß es nahezu unbegreiflich schien, wie zwei so verschiedenartige Phänomene unter den gleichen Begriff des Marxismus gebracht werden konnten. Aber eben dieser *Antimarxismus* war das Hauptkennzeichen der nationalsozialistischen Ideologie, und eben deshalb wandte sie sich auch gegen das Bürgertum, dessen Emotionen sie so weitgehend teilte, und eben deshalb nahm sie eine abermalige Ausweitung auf die ganze moderne Geschichte vor, wenn etwa Rudolf Heß im Juli sich mit der folgenden Begründung gegen Ausschreitungen der SA wandte: »Die jüdisch-liberalistische Französische Revolution schwamm im Blut der Guillotine. Die jüdisch-bolschewistische russische Revolution hallt wider von millionenfachen Schreien aus tschekistischen Blutkellern. Keine Revolution der Welt verlief so diszipliniert wie die nationalsozialistische ... Jeder soll wissen, daß wir weit davon entfernt sind, dem Gegner mit Milde zu begegnen. Er muß wissen, daß jeder von Kommunisten oder Marxisten an einem Nationalsozialisten verübte Mord von uns zehnfach gegenüber kommunistischen oder marxistischen Führern gesühnt wird ... Jeder Nationalsozialist muß sich aber auch bewußt sein, daß Mißhandeln von Gegnern jüdisch-bolschewistischer Gesinnung entspricht und des Nationalsozialismus unwürdig ist.«[7]

So wird in den Äußerungen führender Nationalsozialisten immer wieder deutlich, daß ihren Empfindungen und Handlungen eine Urerfahrung, eine Urbeängstigung, ein Urhaß zugrunde lag: die Erfahrung von Offizieren und auch von Unteroffizieren angesichts der Revolution von 1918, als sie plötzlich ihre Autorität verloren, als kampfkräftige Truppenkörper von heute auf morgen zu deliberierenden Haufen wurden, als ihnen die Achselstücke heruntergerissen wurden, als man ihnen ins Gesicht spuckte, als sie »Kriegsverbrecher« und »Schweine« genannt wurden. Und diese Erfahrung erhielt das eigentliche Gewicht anscheinend erst durch den Hinblick auf die russische Revolution, wo sich ähnliches mit viel gravierenderen Folgen abgespielt hatte, wie aus den Erinnerungen der Baltikumkämpfer, aus den Erzählungen der vielen russischen Emigranten und deutschrussischen Flüchtlinge hervorging, aber auch aus der umfangreichen Literatur über die russische Revolution, ob sie nun von Monarchisten oder von Sozialdemokraten geschrieben war. Und diese Offiziere waren nicht isoliert, sondern sie durften sich selbst als eine Auslese des Bürgertums betrachten, aus dem sie mit wenigen Ausnahmen hervorgegangen waren. Viele Bürger empfanden mindestens zeitweise nicht viel anders als sie, aber einem radikalen Antimarxismus stimmten längst nicht alle zu, da sie doch die Sozialdemokraten als manchmal unbequeme, aber immerhin umgängliche Partner kennengelernt hatten. Diejenigen jedoch, ob ehemalige Offiziere oder einfache Bürger, denen ideologische Konsequenz geboten schien,

mußten nach Ursachen und Urhebern der gesellschaftlichen Krankheit suchen, und dann konnten sie weder beim Kommunismus stehenbleiben noch beim Marxismus, sondern sie mußten auch die Schwäche des Liberalismus anklagen und vielleicht am Ende in den Juden eine letzte und entscheidende Ursache finden.

Was aber war das Positive, an das man sich halten konnte, wenn man so viel Negatives wahrnahm? Am ehesten war es die gegen alle Gefahren gesicherte Einheit und Gesundheit des Volkes, die freilich nur auf einem langen Wege zu erreichen war. Längst nicht alle ehemaligen Offiziere und schwerlich auch nur die Mehrheit der deutschnationalen Bürger, ja nicht einmal alle nationalsozialistischen *alten Kämpfer* wollten diesen Weg mitgehen, aber sie konnten sich nicht leicht gegen die Konsequenz sträuben, mit der nun Zug um Zug bis zum Juli alle Parteien aufgelöst oder zur Selbstauflösung gezwungen wurden, mit der das Arierprinzip durchgesetzt und das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erlassen wurde. Wenn die nationale Erhebung mit aller Konsequenz antimarxistisch sein wollte, dann mußte sie zur nationalsozialistischen Revolution werden, und die nationalsozialistische Revolution mußte wiederum von Adolf Hitler schon im Sommer 1933 für abgeschlossen erklärt werden, weil sie nur eine politische Umwälzung sein wollte, welche alle Macht in die Hand der einen Partei und ihres Führers legte, aber gerade nicht ein ökonomischer Umsturz nach dem russischen Muster, der keineswegs bloß in Hitlers Augen sogar im Ursprungsland verhängnisvoll gewirkt hatte und in den Industrieländern der Welt noch schlimmere Folgen nach sich ziehen würde. Für Hitler und alle Vorkämpfer der nationalen Erhebung war die Sowjetunion 1933 ganz und gar ein Schreckbild. Aber war sie in der nationalsozialistischen Revolution nicht gleichwohl ansatzweise ein Vorbild?

In einer Unterredung mit einem deutschen Diplomaten soll der Außenminister Litwinow gesagt haben, die Sowjetunion habe Verständnis dafür, daß Deutschland seine Kommunisten so behandle, wie die Sowjetunion ihre Staatsfeinde behandelt habe.[8] Jedenfalls waren scharfe Maßnahmen gegen Kommunisten und die kommunistische Presse vom ersten Tage an ein Hauptkennzeichen des nationalsozialistischen Regimes, und gegen die Kommunisten richteten sich in allererster Linie der Schießerlaß Görings vom 17. Februar und die Einrichtung einer Hilfspolizei aus SA und SS am 22. Februar. Schon jetzt wurde »rücksichtslos von der Waffe Gebrauch« gemacht, und schon jetzt wurden Gefangene »auf der Flucht erschossen«. Aber von *Terror* kann doch erst für die Zeit nach dem Reichstagsbrand die Rede sein, und er griff sogleich weit über die Reihen der Kommunisten hinaus, obwohl die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat lediglich der »Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« dienen sollte. Auch Sozialdemokraten und einige bürgerliche Politiker wurden in *Schutzhaft* genommen und in die

überall aus dem Boden schießenden Konzentrationslager eingeliefert, die nur zum geringen Teil staatlichen Charakter trugen, sondern meist von SA- oder SS-Abteilungen in eigener Regie errichtet und betrieben wurden. Besonders bekannt wurden neben dem immerhin nominell staatlichen Lager Dachau bei München *wilde* Lager wie das Columbiahaus in Berlin, Oranienburg, Kemna in Wuppertal und andere. Ihre Hauptmerkmale waren die Improvisation und der oftmals persönliche, jedenfalls aber konkrete Haß, der im Verhalten der Wachmannschaften gegenüber den Gefangenen zum Vorschein kam. So wurde das Lager Oranienburg in einer Fabrik errichtet, die ursprünglich eine Brauerei gewesen war, und die Schlafräume der Gefangenen befanden sich in dem ehemaligen Flaschenbierkühlkeller, wo zunächst bloß Strohsäcke zur Verfügung standen. Auch Kemna war eine leerstehende Fabrik, und es dauerte geraume Zeit, bis die notwendigsten Vorbedingungen für die Unterbringung einer beträchtlichen Zahl von Gefangenen geschaffen waren. Überall aber kam es zu einer ebenso schroffen wie einseitigen Konfrontation politischer Gegner, die einander gerade in kleinen Lagern nur allzugut kannten und die noch vor wenigen Wochen oder Monaten sich in erbitterten Kämpfen auf den Straßen gegenübergestanden hatten. Es wurden also politische und auch private Rechnungen in großer Zahl beglichen, und unter den Schlägen und manchmal sadistischen Quälereien büßten während der ersten Jahre mehrere hundert Gefangene ihr Leben ein. *Übergriffe* wurden bald öffentlich beklagt, und es wurde Abhilfe versprochen, aber zunächst gelang es der Justiz nur in seltenen Fällen, Opfer zu befreien oder Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Auf etwa 30000 belief sich die Zahl der *Schutzhäftlinge* im Jahre 1933, und jeder, der aus einem Lager entlassen wurde, mußte sich schriftlich verpflichten, nichts über seine Erfahrungen verlauten zu lassen. Dennoch liefen sehr bald Gerüchte um, und 1934 erschienen die ersten authentischen Berichte von geflohenen Gefangenen, so etwa derjenige des langjährigen Reichstagsabgeordneten der SPD Gerhart Seger über Oranienburg. Hier wurde auf glaubwürdige Weise, welche Übertreibungen und Schimpfreden sorgsam vermied, von der *Folterkammer* des Vernehmungszimmers berichtet, wo Häftlinge so fürchterlich geschlagen wurden, daß mehrere von ihnen an den Folgen starben, von den Demütigungen, denen gerade prominente Gefangene wie die ehemaligen SPD-Abgeordneten Ebert und Heilmann unterworfen wurden, und von den Dunkelarrestzellen, in denen Gefangene wie in stehenden Steinsärgen tage- und nächtelang eingesperrt wurden, wenn sie gegen die Lagerordnung verstoßen hatten. Aber Seger wußte auch von dem fortdauernden Haß zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Häftlingen zu berichten, der die Kommunisten zu Beifallsbezeigungen hinriß, wenn der Kommandant die bevorstehende Einlieferung neuer »sozialdemokratischer Bonzen« ankündigte, und er korrigierte eine alte Abneigung, als er fest-

stellte, daß das Strafexerzieren beim preußischen Kommiß »eine humane Einrichtung« war, wenn man es »mit der Gemeinheit der entsprechenden SA-Veranstaltungen vergleicht«[9]. So waren diese Konzentrationslager sozusagen die Endstation eines Bürgerkrieges, in dem die siegreiche Partei gerade deshalb außerordentliche Brutalität und gemeine Grausamkeit an den Tag legte, weil sie den Eindruck hatte, daß sie um ein Haar der besiegte Teil gewesen wäre. Es war nicht unverständlich, daß den Häftlingen, die in der ersten Zeit noch unter der Aufsicht der Polizei sich teilweise mit dem Gesang der Internationale und Hochrufen auf die KPD nach Dachau hatten transportieren lassen, im Lager angekündigt wurde, sie würden nun nach ihrem eigenen Rezept behandelt werden, aber es bedeutete dennoch einen Überschritt symptomatischer Art, als der erste Kommandant von Dachau, Hilmar Wäckerle, von seinen SS-Leuten ausdrücklich verlangte, sie müßten für Deutschland dasjenige werden, was für Rußland die Tscheka sei.[10] Und die Grausamkeiten nahmen nicht ganz selten einen Charakter an, der sogar bei weitherzigster Auslegung jene Basis erschütterte, auf der auch der schärfste und einseitigste Bürgerkriegsterror noch stehen muß: die Basis der Bewahrung der eigenen Identität. Es war nicht ein geflohener Gegner, sondern der Reichsjustizminister Dr. Gürtner, der im Jahre 1935 über die Vorgänge in den wilden Konzentrationslagern vor ihrer Auflösung zu Anfang 1934 folgendes schrieb: »In dem Konzentrationslager Hohnstein in Sachsen mußten Häftlinge solange unter einem eigens zu diesem Zweck konstruierten Tropfapparat stehen, bis ihre Kopfhaut von den in gleichmäßigen Abständen herunterfallenden Wassertropfen schwere eitrige Verletzungen aufwies. In einem Konzentrationslager in Hamburg wurden vier Häftlinge tagelang – einmal drei Tage und Nächte, einmal 5 Tage und Nächte ununterbrochen in Kreuzesform an ein Gitter gefesselt und dabei so dürftig mit trockenem Brot verpflegt, daß sie beinahe verhungerten. Diese wenigen Beispiele zeigen ein derartiges Maß von jedem deutschen Empfinden Hohn sprechender Grausamkeit, daß es unmöglich ist, hier irgendwelche Milderungsgründe in Erwägung zu ziehen.«[11]

Und noch eine andere Tatsache verbietet es, den SA-Terror des ersten Jahres bloß als die exzessive Schlußphase eines nur in Ansätzen ausgetragenen Bürgerkrieges zu betrachten, die nach einer Reihe von Monaten von den staatlichen Behörden abgestellt oder doch unter Kontrolle gebracht wurde. Zwar konnte der erste Chef des Ende April 1933 gegründeten Geheimen Staatspolizeiamtes, Rudolf Diels, später mit Stolz berichten, daß es ihm im Zusammenwirken mit anderen Behörden gelungen sei, die Zahl der Schutzhäftlinge auf 2800 zu verringern und die etwa 50 wilden Konzentrationslager durch einige wenige staatliche Einrichtungen zu ersetzen[12], aber gerade das größte der Lager, Dachau, verblieb unter der Herrschaft der SS, die mittels der geschickten Taktik ihres Reichsführers im Ausgang von Himmlers Position als Politi-

scher Polizeikommandeur von Bayern in immer größerem Maße polizeiliche Befugnisse an sich zog, so daß der Terror zwar quantitativ verringert, aber auch systematisiert und einer wirksamen Kontrolle durch die Justiz weiterhin entzogen wurde. Zum anderen waren in einigen Lagern sogenannte *Judenkompanien*[13] gebildet worden, die einem besonders harten Regiment unterworfen waren. Zwar handelte es sich auch hier um politische Gegner, um Kommunisten und Sozialdemokraten, und allem Anschein nach wurde kein Jude als Jude eingeliefert, aber *nach* der Verhaftung wurden Juden kenntlich gemacht und erfuhren eine andersartige Behandlung. Damit war der Übergang zur Bestrafung wegen eines Seins und nicht wegen eines Tuns gemacht, und dieser Übergang wurde zur gleichen Zeit auch in anderen Formen vollzogen, die nicht im engeren Sinne Strafmaßnahmen oder terroristisch waren, aber doch als Verfolgungs- oder Unterdrückungsaktionen betrachtet werden mußten. In erster Linie ist hier das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 zu nennen, das in seinem § 3 bestimmte: »Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.« Damit wurde in ein Gesetz, das nach seiner Überschrift gegen das *Parteibuchbeamtentum* gerichtet war, ein völlig andersartiges Prinzip hereingebracht, das Prinzip der Gruppenzugehörigkeit oder der Rasse, das höchstens als ein Proportionalitätsgebot zu rechtfertigen war, aber doch notwendigerweise als eine Maßnahme religiöser Verfolgung erscheinen mußte, da ein anderes Kriterium als dasjenige der Zugehörigkeit zur »mosaischen Religion« nicht existierte.

Es war daher nicht verwunderlich, daß in der Berichterstattung der ausländischen Presse die *Judenverfolgung* gleich sehr stark in den Vordergrund trat, und dazu hätte es vermutlich keiner besonderen Tatbestände bedurft, denn es geschah zum ersten Mal in der Weltgeschichte, daß eine Partei in einem Großstaat zur Macht gelangte, die sich schon in ihrem Programm nachdrücklich als antisemitisch erklärte. Die Meldungen, die in der ausländischen Presse veröffentlicht wurden, waren zu einem großen Teil zweifellos weit übertrieben, so wenn etwa die *Herald Tribune* schon am 3. März zu melden wußte, der »Massenmord deutscher Juden« sei nahe oder wenn der *Daily Herald* Ende April einen Artikel aus dem »Land der Judenschlächter« veröffentlichte.[14] Ebenso fragwürdig war das Zusammenfließen der antifaschistischen und der projüdischen Propaganda, die es möglich machte, in öffentlichen Demonstrationen Hitlerpuppen mitzuführen, die am Galgen hingen. Nicht viel anders stand es mit der Bewegung zum Boykott deutscher Waren, die schon wenige Wochen nach der Machtergreifung in Gang gesetzt wurde.[15] Aber in all dem spiegelte sich, wenngleich in übertreibender oder vorwegnehmender Weise, doch nur die Tatsache, daß in Deutschland etwas begonnen hatte, was in der

Welt präzedenzlos war: die Bekämpfung und Entrechtung der Juden *als* Juden in einem modernen Staat, in dem deren Emanzipation, d.h. die rechtliche und faktische Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern, seit geraumer Zeit abgeschlossen war.

Wie sehr es sich dabei auch um den Gegensatz zwischen der anhebenden *nationalsozialistischen Revolution* und der *nationalen Erhebung* handelte, wurde durch ein Buch erkennbar gemacht, das am 15. Mai 1933 im Verlag von Jakow Trachtenberg erschien, der durch die Veröffentlichung von antibolschewistischer Literatur bekannt geworden war.[16] Es enthält eine Anzahl von Stellungnahmen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten, welche gegen die ausländische »Greuelpropaganda« gerichtet sind. Die meisten sind vorsichtig formuliert, wie angesichts des von nationalsozialistischer Seite ausgeübten Drucks nicht anders zu erwarten war; sie erwähnen »Mißhandlungen«, »Ausschreitungen« oder »Exzesse«, weisen jedoch die Nachrichten über genuine Greueltaten zurück. Aber an verschiedenen Stellen wird doch unübersehbar, wie sehr gerade die größten Organisationen und einige der wichtigsten Männer *nationaldeutsch* und *bürgerlich* gesinnt waren. So rückt der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit großer Schärfe von der »unverantwortlichen Hetze« ab, die »von sogenannten jüdischen Intellektuellen im Auslande gegen Deutschland unternommen wird«, der Ehrenvorsitzende des Verbandes nationaldeutscher Juden, Dr. Max Naumann, erblickt in der Greuelpropaganda »nichts anderes als eine Neuauflage der Kriegshetze gegen Deutschland und seine Verbündeten von einst«, und der Vorsitzende des Deutschen Rabbinerverbandes, Leo Baeck, erklärt, die Hauptprogrammpunkte der nationalen deutschen Revolution, nämlich die Überwindung des Bolschewismus und die Erneuerung Deutschlands, seien auch Ziele der deutschen Juden, die mit keinem Lande Europas so tief und so lebendig verwachsen seien wie mit Deutschland.[17] Trachtenberg selbst spricht in seiner Vorrede davon, die Hetze wegen der angeblichen Greueltaten in Deutschland könne letzten Endes zu tatsächlichen Greueltaten führen, denn die gewissenlosen Urheber des Lügenfeldzuges wollten »offenbar einen neuen Krieg heraufbeschwören«. Wenn die Nationalsozialisten nichts anderes gewesen wären als deutsche Nationalisten oder bloße Antikommunisten, hätten sie sich offensichtlich mit einem Großteil der deutschen Juden leicht verständigen können.

Als Triumph eines neuen deutschen Nationalismus wurde die Machtübernahme Hitlers aber von den meisten ausländischen Presseorganen auch dann interpretiert, wenn den Nachrichten über die *Judenverfolgungen* viel Platz eingeräumt wurde. Der *Manchester Guardian* fürchtete und haßte vor allem »Junker und Reaktionäre«, während er in Hitler lediglich ein Instrument dieser Leute sah, und die *Times* glaubte nicht, daß Hitler seine Verbündeten nach der Art Mussolinis überspielen werde, denn ihm fehlten die »außerordentli-

chen Fähigkeiten« des italienischen Diktators.[18] Auch die Franzosen fürchteten die Reichswehr oder den Kronprinzen weit mehr als Hitler, der nicht selten abschätzig mit dem General Boulanger verglichen wurde.[19] In beiden Ländern stimmten also die Linke und die Rechte darin überein, daß sie in Hitler nichts wirklich Neuartiges wahrnahmen, sondern sich immer noch den *Reaktionären* oder den *Militaristen* konfrontiert glaubten, gegen die man im Weltkrieg so hart hatte kämpfen müssen. Nur die *Daily Mail* von Lord Rothermere faßte Hitler primär als Antikommunisten auf, und im Oktober konnte sie einem höchst prominenten Autor Platz für die These einräumen, der Kommunismus müsse folgen, wenn Hitler scheitere, nämlich dem Kriegspremier Lloyd George.[20] Vergleiche mit der russischen Revolution waren ziemlich selten, aber die *Berlingske Tidende* machte bei der Besprechung des »Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror« am 8. September die Bemerkung, es geschähen viel entsetzlichere Dinge, wo Kommunisten die Macht hätten.[21] Noch seltener waren Bemerkungen wie die, Hitler sei nicht wirklich ein Antikommunist und ebensowenig ein Konservativer. Wenngleich die Beunruhigung beträchtlich war und sehr verschiedenartige Meinungen vorgebracht wurden, so interpretierte doch keine der ausländischen Zeitungen die Machtergreifung Hitlers als ein Ereignis, das weltgeschichtliche Folgen haben würde.

Nicht nur die Zeitgenossen gingen sehr oberflächlich mit Hitler und dem Nationalsozialismus um. Die innerste Tendenz der Wissenschaft kann nach mehr als einem halben Jahrhundert zu einem ähnlichen Ergebnis führen. Je sorgfältiger die einzelnen Vorgänge erforscht werden, die der Machtergreifung unmittelbar vorhergingen oder ihr folgten, um so undeutlicher oder konventioneller kann der Hintergrund werden, und um so größeren Spielraum können ganz subjektive Einschätzungen der Autoren erhalten. Wer die politischen Ereignisse in ihrem alltäglichen Verlauf und in ihrer ganzen Komplexität zu verfolgen sucht, wird leicht geneigt sein, ideologische Aussagen, auf die er nur gelegentlich stößt, als irrelevant anzusehen, und wer Hermann Göring vor allem unter dem Gesichtspunkt der Rauschgiftsucht betrachtet hat, wird vermutlich den Satz, die Revolutionäre von 1918 hätten ihm und seinesgleichen »das Herz zertreten«, als sentimentale Phrase abtun. Der Kenner der Parlamentspolitik mag die Kommunisten für Radaubrüder erklären, die sich bloß gelegentlich einmal durch Lärmszenen und unrealistische Anträge bemerkbar machten. Wer den Hitler-Stalin-Pakt in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit gestellt hat, wird in Hitlers Rede vom 2. März vermutlich eine unaufrichtige und demagogische Hetze erblicken. Aber von Zeit zu Zeit muß aus wissenschaftlichem Geiste gegen diese innerste Tendenz der Wissenschaft, die Tendenz zur immer fortschreitenden Spezialisierung, angegangen werden, so groß das Risiko auch sein mag. Wenn die verschiedenartigen Aussagen Hitlers

zur Zeit seiner Machtübernahme und die unterschiedlichen Tendenzen der nationalsozialistischen Bewegung in eine Hierarchie des Zentralen und des bloß Marginalen, der genuinen Impulse und der taktischen Hilfsmittel, der tieferen und der weniger tiefen Motive gebracht werden sollen, wenn vielgebrauchte Begriffe wie etwa *bürgerlich* einen ausgewiesenen Sinn erhalten sollen, dann ist ein langer Rückblick erforderlich, und dieser Rückblick sollte nicht nur bis zum Weltkrieg und zur deutschen Novemberrevolution reichen, sondern ausdrücklich und mit kennzeichnenden Details bis zu der russischen Revolution, auf die sich Hitler und der *Völkische Beobachter* und zahlreiche Parteiführer so oft bezogen. Erst dann wird anschaulich werden, inwiefern die nationalsozialistische Machtübernahme ein Schlußpunkt war, der Schlußpunkt der Weimarer Periode, zu der 1933 so gut wie niemand wieder zurück wollte, und inwiefern sie zugleich ein Vorspiel zu den umwälzendsten Ereignissen der Weltgeschichte sein konnte, obwohl auch die Klügsten unter den Zeitgenossen sie für eine bloße Episode hielten.

II

Rückblick auf die Jahre 1917–1932: Kommunisten, Nationalsozialisten, Sowjetrußland

1. *Rußlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution: Die Februarrevolution und die Machtergreifung der Bolschewiki 1917*

Die Revolution des militärischen Zusammenbruchs, auf welche sich die Nationalsozialisten mit Worten und Handlungen immer wieder bezogen, hatte in Rußland bereits anderthalb Jahre früher stattgefunden als in Deutschland, im März 1917, aber sie war ein längerer und schmerzhafterer Prozeß, weil sie die endgültige Niederlage nicht voraussetzen konnte, sondern zunächst gerade verhindern wollte. Die Machtergreifung der Bolschewiki vom November bedeutete zum einen die Fortsetzung und die Vollendung dieses Prozesses, aber sie war auch der Anfang einer Gegenbewegung zu der Auflösung der Macht und des Zusammenhalts des riesigen Reiches, wie sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zeigen sollte. Die Bolschewiki verstanden ihre »*Oktoberrevolution*«[1] jedoch als Erfüllung und Verwirklichung der Intentionen, die zwar nicht die Politiker, wohl aber die großen Massen der Soldaten und des Volkes schon während der *Februarrevolution* geleitet hatten, nämlich die Sehnsucht nach Frieden, nach sozialer Gerechtigkeit und nach Freiheit. Das Verhältnis der Machtergreifung zur Volksrevolution war also ambivalent, während die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland eine bloß negative Beziehung zu der so viel weiter entfernten Zusammenbruchsrevolution haben wollte.

Am 8. März 1917 entwickelten sich in Petrograd, wo schon seit einigen Tagen in wichtigen Werken gestreikt wurde, Protestdemonstrationen wegen der Brotknappheit, die rasch Zulauf erhielten und sich an den folgenden Tagen in immer gewaltigeren Ausmaßen erneuerten. Schon während der ersten Anfänge hatte der Parlamentspräsident den Zaren, der seit einiger Zeit den persönlichen Oberbefehl über die Armeen ausübte und sich in seinem Hauptquartier bei Mogilew befand, mit eindringlichen Worten beschworen, schnellstens ein Kabinett des allgemeinen Vertrauens zu bilden, denn die Reservebataillone der Garderegimenter töteten bereits ihre Offiziere und andererseits seien zahlreiche Fähnriche an den Demonstrationen beteiligt. Nikolaus II. fand sich jedoch nicht dazu bereit, und wenige Tage später waren die meisten Truppen in der Hauptstadt auf die Seite der Demonstranten übergegangen, fast alle Polizeistationen Petersburgs waren niedergebrannt, rote Fahnen flatterten überall und auch auf dem Dach des Winterpalastes, die Dynastie der Romanows war gestürzt, riesige und vor Freude trunkene Menschenmassen durchzogen die Hauptstraßen, und neben einer schwachen »Proviso-

rischen Regierung«, die aus Mitgliedern des »Progressiven Blocks« im Parlament gebildet war, tagte ein »Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten«. Dessen »Befehl Nr. 1« traf die Bestimmung, daß in allen Truppenteilen Soldatenräte zu bilden seien und daß diesen in allen politischen Angelegenheiten die Befehlsgewalt zukomme. Auch wenn den Soldaten bei der Ausübung des Dienstes »strengste militärische Disziplin« auferlegt wurde, war mit diesem Befehl doch die Autorität der Offiziere überall nachhaltig geschwächt; Meldungen über Befehlsverweigerungen, Desertionen und Ermordungen von Vorgesetzten häuften sich; das Gefüge der russischen Riesenarmee geriet ins Wanken. Über die Lage in Kronstadt erhielt die Armeeführung bereits im März die Nachricht, 90% der Offiziere seien verhaftet worden und ständen unter Bewachung, freie Offiziere aber könnten nicht mit Schulterstücken herumgehen, da diese ihnen sofort »von den schlechtesten Elementen der Mannschaft« abgerissen würden.[2] Im April verfaßte eine Versammlung der Matrosen und Soldaten von Helsingfors eine Resolution, die »gegen alle Kriegslosungen, die von der Bourgeoisie verbreitet werden«, protestierte und den gegenwärtigen Mangel an Munition für die »Schuld der Unternehmer« erklärte.[3] In Soldatenbriefen von der Front, die von der Zensur zurückgehalten wurden, war immer häufiger von dem baldigen Friedensschluß und von der bevorstehenden Verteilung des Landes der Gutsherren die Rede, und neben rührenden Zeugnissen eines größeren Selbstbewußtseins konnten die Zensoren auch Wendungen von erschreckender Wildheit lesen: »Die alte Macht ließ uns nicht als Menschen gelten ... Jetzt sind wir alle zum Leben erwacht« – »Bei uns arbeiten alle Komitees und haben bereits Projekte ausgearbeitet, daß das Land kostenlos, ohne eine Kopeke, ans Volk übergeben wird. Und wenn sich jemand widersetzt und gegen das neue Gesetz vorgeht, werden wir ihn abschlachten und vernichten, und wenn es sein müßte, würde ich auch die eigenen Eltern nicht verschonen.«[4] Es zeigte sich also sehr früh, daß es sich um eine politische Revolution der Kriegsmüdigkeit der Soldaten handelte und in klaren Ansätzen um eine soziale Revolution der Überzahl der Bauern, die ihren alten Wunsch nach Inbesitznahme der Güter des Adels nun erfüllt sehen wollte. In Petrograd und den wenigen anderen Industriezentren tauchten zugleich die ersten Forderungen von Arbeitern nach Sozialisierung der Industrie auf. Es war nicht anzunehmen, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten sich diesen Forderungen grundsätzlich widersetzen würde, denn er bestand in sehr großen Mehrheit aus Mitgliedern der Bauernpartei der Sozialrevolutionäre und der marxistischen Arbeiterpartei der Menschewiki, während die Bolschewiki noch relativ schwach waren. Aber der Sowjet wußte natürlich genau, daß die Friedensfrage alle anderen Fragen an aktueller Bedeutung weit übertraf, und so wandte er sich mit leidenschaftlichen Aufrufen an die »Proletarier aller Länder« und insbesondere an die deutschen Arbeiter

und Soldaten: Sie sollten alle Kräfte anspannen, um ihre Regierungen zum Abschluß eines allgemeinen Friedens zu zwingen, nachdem nun in Rußland die Selbstherrschaft gestürzt sei und das Argument der Verteidigung Europas gegen den asiatischen Despotismus keine Gültigkeit mehr habe.[5] Dieser Sowjet wollte keine sofortige Umwälzung, und er beanspruchte für sich keine Alleinherrschaft. Er war vielmehr überzeugt, daß Rußland nur durch die Zusammenarbeit aller linksgerichteten Parteien einschließlich der bürgerlichen Partei der »Konstitutionellen Demokraten« *(Kadetten)*, gerettet werden könne, und daher betrachtete er sich am ehesten als das Provisorische Parlament der Provisorischen Regierung, in die er von Anfang an Vertreter entsandte. Damit schlug er freilich einen Weg ein, der auch bei den westeuropäischen Sozialisten bis zum Kriegsausbruch heftig umstritten gewesen war, den Weg der Zusammenarbeit mit dem *Klassenfeind*, dem Bürgertum; aber er meinte mit guten Gründen, daß jeder andere Weg zum Unheil eines Separatfriedens führen müsse, denn die dauernden Niederlagen der russischen Truppen gegen die deutschen Armeen waren die eigentliche Ursache des Friedenswunsches, und die Heere der Mittelmächte standen tief in Rußland: Sie hatten ganz Polen und große Teile der Ostseeprovinzen besetzt, und sie klopften an die Tore der Ukraine. Wenn die russische Armee sich auflöste, war das Land dem Zugriff der deutschen Militärmacht ausgeliefert, und nur der baldige Abschluß eines *allgemeinen* Friedens konnte die sozialistischen Kräfte vor dem Vorwurf schützen, das Land in die Niederlage geführt zu haben. Daher stellten sich sogar die Bolschewiki an die Seite der Regierung, die das Land »vor Niedergang und Zusammenbruch« retten müsse, nachdem nun der Weg zu einer »demokratischen Republik« sowie zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung frei sei.[6]

Die erste große Paradoxie dieser Revolution der Friedenssehnsucht bestand nun darin, daß sie nur möglich geworden war, weil die öffentliche Meinung Siege verlangt hatte und immer mißtrauischer gegen den Zarenhof geworden war, wo die Zarin Maria Feodorowna, von Geburt eine deutsche Prinzessin, angeblich auf einen Separatfrieden mit dem deutschen Kaiser hinwirkte und durch ihren Günstling Rasputin den Geist des Defätismus verbreiten ließ. Rasputin war in der Tat ein Gegner dieses Krieges, und seine Ermordung im Dezember 1916 war ein Sieg der Kriegspartei am Hofe, die aber auch im Parlament, in der Duma, zahlreiche Vorkämpfer hatte. Schließlich führte man den Krieg im Bündnis mit den westlichen Demokratien Frankreich und England, und die russische *Intelligenzija* sowie das in Petersburg starke Industriebürgertum hatten sich schon seit langem von diesem Bündnis ein Ende der Autokratie und die Umwandlung Rußlands in eine konstitutionelle Monarchie versprochen. Daher begrüßte ein machtvoller Teil der öffentlichen Meinung die Revolution als eine Wandlung, die nun ein freies und durch die Frei-

heit gestärktes Rußland an der Seite der freien Völker des Westens zum endgültigen Siege über den preußisch-deutschen Militarismus führen werde. So wurde die Revolution auch im Ausland häufig gesehen, und einige Amerikaner verglichen den neuen Ministerpräsidenten Fürst Lwow mit George Washington.[7] Längst nicht alle Vertreter der Alliierten waren allerdings so optimistisch. Der Sekretär der Französischen Gesandtschaft etwa, der Graf Louis de Robien, ahnte schon im März und April, was der Ausgang sein würde, als er in sein Tagebuch eintragen mußte, sein guter Freund, der General Stackelberg, habe sich geweigert, den Forderungen der Soldateska nachzukommen und sei vor den Augen seiner Frau abgeschlachtet und in die Newa geworfen worden. Ebensostark war Robien beunruhigt, als ihm wenig später auffiel, daß unter den Soldaten »schlecht rasierte Studenten mit langen Mähnen und grünen Mützen herumliefen.... alles typisch russische Nihilisten«.[8] Schließlich wußte er ja so gut wie alle seine Kollegen, daß die Deutschen sich von der Revolution einen Separatfrieden versprachen und seit geraumer Zeit durch Geld sowie Agenten einen entsprechenden Einfluß auszuüben versuchten. Es diente wohl nicht zuletzt der Beruhigung der Alliierten, daß der neue Außenminister und Führer der *Kadetten*, Paul Miljukow, in einer Note den russischen Siegeswillen unterstrich und an die russischen Kriegsziele erinnerte, u. a. an Konstantinopel. Eben damit förderte er wider seinen Willen die zweite und noch größere Paradoxie: daß der Führer der Bolschewiki, Wladimir Iljitsch Lenin, der Mitte April aus dem Exil in Zürich nach Petersburg zurückgekehrt und dort feierlich empfangen worden war, mit seinen »Aprilthesen« mehr und mehr Zustimmung gewann. Mit fassungslosem Staunen hatten die Menschewiki und auch viele der eigenen Parteigenossen zunächst Lenins Meinung zur Kenntnis genommen, die Provisorische Regierung sei eine bürgerliche Regierung, eine Regierung der Kapitalisten, und die echten Sozialisten müßten den schärfsten Kampf gegen sie, aber auch gegen die »Vaterlandsverteidiger« oder »Sozialchauvinisten« unter den »kleinbürgerlichen« Menschewiki und Sozialrevolutionären führen, um einen »Kommune«- oder Sowjetstaat einzurichten, der die »Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft« durchsetzen und den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus darstellen werde. Daß aber die Polemik gegen die Kapitalisten und die »Burschui« populär war, wurde schon dadurch offenbar, daß Miljukow nach großen Demonstrationen zurücktreten mußte, und es war bald nicht mehr zu übersehen, daß Lenin eine starke Volksstimmung zu Wort gebracht hatte, als er einen gewaltigen Graben innerhalb der *revolutionären Demokratie* aufriß. Auf der einen Seite standen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie einige kleinere sozialistische Parteien, die – zunächst noch die große Mehrheit – unter Führung Alexander Kerenskis die Entfernung zwischen Sowjet und Regierung zu verringern suchen, so daß die Provisorische Regierung bald etwa

zur Hälfte aus Sozialisten bestand. Auf die Gegenseite stellten sich die Bolschewiki und die sogenannten internationalistischen Menschewiki um Julius Martow sowie die kleine Gruppe Leo Trotzkis, der aus Amerika nach Rußland zurückgekehrt war. Sie alle forderten, »alle Macht den Sowjets« zu geben, da nur eine Regierung, die von Kapitalisten und *Vaterlandsverteidigern* frei sei, einen glaubwürdigen Appell an die Völker der kriegführenden Staaten richten und damit einen allgemeinen Frieden herbeiführen könne.

Dies war freilich längst nicht der erste Graben, den Wladimir Uljanow, der Sohn eines geadelten Schulinspekteurs aus Simbirsk, zwischen sich und anderen Sozialisten aufgerissen hatte. Im Jahre 1903 hatte er die Spaltung der kaum gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Bolschewiki und Menschewiki herbeigeführt, weil er sein Konzept der Partei als einer »stabilen und die Kontinuität wahrenden Führerorganisation« und eines »eng geschlossenen Häufleins« von Berufsrevolutionären gegen die demokratischeren Vorstellungen Martows durchsetzen wollte, dem die Spontaneität des Massenhandelns wichtiger war als das Bewußtsein und der Führungsanspruch der sozialistischen Intellektuellen. Danach hatte Lenin unablässig gegen *Liquidatoren, Fideisten* und andere Abweichler gekämpft, und nach dem Ausbruch des Krieges war er der einzige unter allen Sozialisten Europas gewesen, der die Niederlage des eigenen Landes geradezu zur Forderung erhoben und die »Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg« verlangt hatte. Und zugleich hatte dieser Freund des Friedens sich mit so abgründiger Verachtung gegen die weinerlichen Kleinbürger und deren Abscheu vor Blut und Waffengebrauch geäußert[9], daß ein Betrachter guten Grund zu der Vermutung gehabt hätte, im Kopfe dieses Mannes werde eine völlig neue Art von Sozialismus geboren. Weder Kautsky noch Rosa Luxemburg hatten ihn indessen ganz als ihresgleichen angesehen, da seine Taktik viel zu sehr auf die spezifischen Verhältnisse der russischen Autokratie abgestellt zu sein schien, und die Zahl seiner Anhänger war noch 1914 im Vergleich zu den Mitgliedern und Wählern der deutschen Sozialdemokratie sehr gering. Anfang 1917 betrug die Anzahl der Parteimitglieder nur etwa 50 000. Aber in keiner anderen sozialistischen Partei Europas war die Autorität eines einzelnen Mannes so groß und unbestritten.

Was das in einer extremen Situation bedeuten mochte, wurde auch der großen Öffentlichkeit klar, als Lenin auf dem ersten gesamtrussischen Sowjetkongreß im Juni 1917 eine Rede hielt, in der er sich nicht nur ausdrücklich bereit erklärte, mit seiner Partei »die gesamte Macht zu übernehmen«, sondern auch ankündigte, er werde gleich nach seinem Siege die größten Kapitalisten verhaften lassen, da sie doch wie ihre französischen und englischen Kollegen nichts weiter als Räuber und gefährliche Intriganten seien.[10] Noch fand Kerenski großen Beifall, als er den Vorschlag, man solle Menschen bloß wegen ihrer Klassenzugehörigkeit verhaften und bestrafen, mit dem ganzen Pathos

des humanitären Sozialismus als *orientalisch* brandmarkte.[11] Nicht weniger schroff polemisierte Lenins alter Lehrmeister, der Begründer des russischen Marxismus, Georgij Plechanow, gegen ihn, als er »das beinahe pathologische Streben der Bolschewiki nach der Machtergreifung« anprangerte und erklärte, Lenin sei von Natur unfähig zu begreifen, daß die Niederlage Rußlands auch die Niederlage der russischen Freiheit bedeuten müsse.[12]

Indessen wurde der Drang der Massen, identifizierbare Schuldige zu finden und anzugreifen, immer stärker, und in den Reden, die Lenin vom Balkon des Palastes der Tänzerin Kschesinskaja, seines Hauptquartiers, hielt, propagierte er unverblümt den populären Grundsatz »Raubt das Geraubte«, und er beschwor den Roten Hahn, der auf die Häuser der Gutsbesitzer gesetzt werden müsse. Derartiges geschah zwar bereits in ganz Rußland, und an manchen Stellen waren Handel und Wandel so gut wie zum Erliegen gekommen, weil die Bauern Sendungen von Holz oder Getreide, die für entferntere Gegenden bestimmt und bereits bezahlt waren, schlicht für die lokalen Bedürfnisse zurückhielten. Aber der Unterschied zwischen unvermeidlichen oder doch naheliegenden sozialen Spannungen und deren bewußter Förderung und Verschärfung wurde in einem Briefe auf symptomatische Weise erkennbar, den im Juni der Oberst eines sibirischen Regiments an sein Armeeoberkommando richtete: »Mir und den Offizieren bleibt nur, uns zu retten, weil aus Petrograd ein Lenin-Anhänger, Soldat der 5. Kompanie, angekommen ist. Um 16 Uhr wird eine Versammlung stattfinden. Es ist bereits beschlossene Sache, mich, Morozko und Egorov zu hängen, die Offiziere vorzunehmen und mit ihnen abzurechnen. Ich fahre nach Loschany. ... Viele der besten Soldaten und Offiziere sind bereits geflohen.«[13]

Es ist beinahe unglaublich, daß eine Armee, die sich in einem solchen Stadium der Auflösung befand, noch die Kraft aufbrachte, Anfang Juli eine große und zunächst erfolgreiche Offensive gegen den Feind zu unternehmen, die sogenannte Brussilow-Offensive. Der Kriegsminister Kerenski hatte sie nicht zuletzt deshalb angeordnet, um den wachsenden Zweifeln zu begegnen, die von den Alliierten in die Bündnistreue und Verläßlichkeit Rußlands gesetzt wurden. Trotz des Kriegseintritts Amerikas war die Stimmung unter den Gegnern der Mittelmächte nicht gut, und ein russischer Sieg in Galizien würde die gesunkene Siegeszuversicht gestärkt und das Ansehen Rußlands sehr erhöht haben. Aber dem Vormarsch folgten sehr bald der Rückzug und die katastrophale Niederlage, und die Zahl der Soldaten, die eigenmächtig die Front verließen, wuchs unaufhaltsam an. Wie stark der Anteil der Propaganda der Bolschewiki an diesen Vorgängen war, läßt sich nicht mit Genauigkeit bestimmen; aber daß er beträchtlich war, unterliegt keinem Zweifel.

Dennoch schien ein von der Partei nur zögernd unterstützter Aufstand in Petrograd, der einige hundert Tote forderte, im Juli alle Erfolge wieder zu-

nichte zu machen, und als die Regierung Haftbefehle gegen die führenden Bolschewiki ausstellte und mehrere in die Gefängnisse bringen ließ, da sagte Lenin, bevor er untertauchte: »Nun werden sie uns einen nach dem anderen erschießen.«[14] Aber noch waren die humanitären Sozialisten an der Macht, und Leo Trotzki schrieb im Gefängnis einen Artikel nach dem anderen für die zahlreichen Organe der Partei, die lediglich ihre Namen änderten, während Lenin in Helsingfors bei dem Polizeichef der Stadt Wohnung nahm, der mit den Bolschewiki sympathisierte. In der Tat wäre die Lage der Partei hoffnungslos gewesen, wenn Regierung und Sowjet sich entschlossen hätten, mit allen Kräften den Kampf aufzunehmen, denn die bolschewistische Partei wies eine Schwäche auf, die entscheidend sein konnte. Lenin war nämlich zusammen mit einer Anzahl seiner wichtigsten Gefährten durch Deutschland heimgekehrt, und es sprang ins Auge, daß die deutsche Regierung sich von bestimmten Absichten hatte leiten lassen, als sie ihre Zustimmung zu einem so ungewöhnlichen Vorgang gab. Außerdem verfügte die Partei über auffallend große Mittel. Welcher Gedanke lag näher als der, daß Lenin im Auftrag der Deutschen für ein baldiges Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg arbeitete? Es ist in der Tat seit langem kein Geheimnis mehr, daß genau dieser Gedanke für die deutsche Führung und nicht zuletzt für den General Ludendorff maßgebend gewesen war und daß schon seit 1915 erhebliche Geldsummen für die revolutionäre Agitation nach Rußland geflossen waren, und zwar durch Vermittlung des früheren Linkssozialisten Alexander Parvus-Helphand, der durch den Krieg zum *Sozialpatrioten* geworden, aber ein Hasser des Zarismus geblieben war. Mit gutem Grund konnte der Staatssekretär von Kühlmann daher im September schreiben, ohne die stetige weitgehende Unterstützung durch die deutsche Regierung hätte die Bolschewiki-Bewegung nie den Umfang annehmen und den Einfluß erringen können, den sie heute besitze.[15] Im Juli indessen waren die Volksmassen und insbesondere die Soldaten gerade in Petersburg trotz der Kriegsmüdigkeit noch sehr patriotisch, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung der Garnison garantiert hatte, sie würde nicht an die Front verlegt werden, da sie in der Hauptstadt die Revolution sichern müsse. Die Soldaten wären daher gegen *deutsche Agenten* viel leichter aufzubringen gewesen als gegen *reiche Kapitalisten.* Aber die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki nutzten diese Chance allenfalls halbherzig, und dafür war nicht allein Humanität maßgebend, sondern aus Furcht vor *der Reaktion* das Empfinden, auf die Bolschewiki als Bundesgenossen nicht verzichten zu können.

Diese Reaktion bestand indessen vor allem in dem verzweifelten Bemühen des Armee-Hauptquartiers, der Auflösungstendenzen im Heer und in der Flotte Herr zu werden und die Befehlsgewalt der Offiziere als die unerläßliche Vorbedingung des Widerstandes gegen den *deutschen Erbfeind* wiederherzustellen. Grundsätzlich hatten die Generäle dabei die Unterstützung der Regie-

rung, und Ende Juli wurde die Todesstrafe wieder eingeführt. Offensichtlich dachte Kerenski, seit Juli Ministerpräsident und von den Botschaftern der Alliierten ständig unter Druck gesetzt, nun ernsthaft daran, in dieser Notsituation eine Art Diktatur zu errichten, und darin trafen sich seine Wünsche anscheinend mit denjenigen des Oberbefehlshabers, des Kosakengenerals Lawr Kornilow. Aber Kerenski wollte selbst Diktator sein, und unter den Offizieren hatte sich gerade gegen ihn eine Fülle von Mißtrauen angesammelt. So resultierte aus einigen zufälligen und doch wieder naheliegenden Mißverständnissen im September der sogenannte *Kornilow-Putsch,* den Kerenski, um sich an der Macht zu halten, als ein gegen die Regierung gerichtetes Unternehmen und damit als Hochverrat qualifizierte. Sofort schlossen sich alle Linksparteien gegen den Anschlag auf *die Revolution* zusammen, und die Bolschewiki übernahmen die führende Rolle, indem sie so wirkungsvolle Parolen wie die folgenden in Umlauf setzten: »Ein Triumph Kornilows wäre der Untergang der Freiheit, der Verlust des Landes, der Sieg und die Allmacht des Gutsbesitzers über den Bauern, des Kapitalisten über den Arbeiter, des Generals über den Soldaten.«[16] Sie warfen eine ganze Armee von Agitatoren den heranrückenden Truppen des Oberbefehlshabers entgegen, um diese zu überzeugen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handeln, den Krieg verlängern und einer Restauration des Zarismus den Weg bereiten würden, wenn sie den Befehlen ihrer Offiziere Folge leisteten. In der Tat erlagen die Truppen nicht nur auf den Anmarschwegen nach Petrograd, sondern an vielen Stellen des Landes der Überzeugungskraft von Argumenten, die bloß ihre eigensten und noch halbverborgenen Wünsche und Ängste artikulierten. Keiner der betroffenen Offiziere würde je vergessen können, wie ihm seine Soldaten entglitten, nicht unter dem Feuer der Granaten, sondern im Sturm der Worte, und jeder würde unter *Bolschewismus* zunächst und vor allem die Aktivierung des Autoritätsschwundes verstehen, dem er sich seit dem Beginn der Revolution ausgesetzt gesehen hatte. Nun war kein Halten mehr. Die Front löste sich mehr und mehr auf; nicht bloß zahllose einzelne, wie schon bisher, sondern ganze Verbände desertierten. Die Rede von der bevorstehenden Verteilung des Landes der Gutsbesitzer packte die Gemüter der Bauern-Soldaten mit unwiderstehlicher Gewalt, und sie strebten nach Hause, um ihres Anteils nicht verlustig zu gehen. Daß die Deutschen im August Riga und die Inseln Dagö und Ösel besetzt hatten, kam in erster Linie der Agitation der Bolschewiki zugute, die der Regierung nun vorwarfen, sie wolle die Hauptstadt dem Feinde ausliefern, um die Revolution zu ersticken. Anfang Oktober errang die Partei bei den Wahlen zum Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die absolute Mehrheit, und Trotzki wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Einfluß der Menschewiki ging rapide zurück, und bei den Sozialrevolutionären wurde der linke Flügel immer stärker. Mehr und mehr verbreitete sich unter den Massen die Über-

zeugung, die Kapitalisten und die *Kadetten* seien schuld, daß der Krieg immer noch nicht zu Ende gekommen sei, und die Wiedereinführung der Todesstrafe wurde nun in einem Paroxysmus von Angst und Haß als einer der Beweise für die Absicht der Regierung angesehen, »die Soldaten, Arbeiter und Bauern auszurotten«.[17]

Jetzt realisierte sich die dritte große Paradoxie der Volksrevolution vom März und ihrer Folgen. Der zweite Allrussische Sowjetkongreß mußte Anfang November stattfinden, und die Wahlen ergaben überwältigende Mehrheiten für die sozialistischen Parteien. Es wurde allgemein erwartet, daß der Kongreß die Regierung Kerenski ablösen und sofort die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung in die Wege leiten werde, dann aber werde mit voller Autorität ein Friedensappell an die Völker der Welt gerichtet werden und die Verteilung des Landes der Gutsbesitzer könne auf geregelte Weise in Angriff genommen werden. Ausgerechnet in diesem Augenblick, als der Sieg seines Programms unabwendbar schien, verlangte Lenin mit immer größerem Nachdruck, der schließlich sogar ein Zögern für tödlich erklärte, von den zentralen Gremien seiner Partei den Beschluß zum bewaffneten Aufstand und also zur Machtergreifung der Partei *vor* dem Zusammentritt des Sowjetkongresses. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees, an der er in Verkleidung teilnahm – einer Versammlung von zwölf Männern –, setzte er am 23. Oktober diese Entscheidung durch, obwohl seine engsten Mitarbeiter Sinowjew und Kamenjew darin ein Verhängnis sahen und ihre Bedenken auch an die Öffentlichkeit brachten. Wieder kam ihm ein Zufall zu Hilfe. Die Regierung kündigte an, daß sie den Hauptteil der Petrograder Garnison an die Front schicken werde. Damit brach sie jenes feierliche Versprechen, und abermals konnte eine großangelegte Agitation die Revolution für gefährdet erklären. Das Zentralexekutivkomitee des Sowjets konstituierte ein »Militärrevolutionäres Komitee«, das nun, unter Ausnutzung und scheinbar zur Verteidigung der »Sowjetlegalität«[18], unter Führung von Trotzki, aber ohne Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, mit großer Energie den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung vorbereitete. Es zeigte sich rasch, daß zwar der größte Teil der Garnison sich lediglich für neutral erklärte, daß aber die Regierung über so gut wie keine zuverlässigen Einheiten verfügte. Symptomatisch war, daß der Winterpalast, der Regierungssitz, hauptsächlich von einem Frauenbataillon verteidigt wurde. Kaum eine Revolution glich jemals weniger einer Volksrevolution, wo sich große Massen von Menschen in einen erbitterten Kampf gegen die Übergriffe einer herrschsüchtigen Regierung stürzen: Auf dem Newski-Prospekt herrschte lebhafter Publikumsverkehr, die Straßenbahnen fuhren, und die Theater waren vollbesetzt. Aber einzelne Truppenteile und Abteilungen der *Roten Garde*, der Parteiarmee der Bolschewiki, besetzten die Peter-Pauls-Festung und die Brücken, der Kreuzer »Aurora« gab einige Schüsse ab, die kei-

nen nennenswerten Schaden anrichteten, die Regierungstruppen im Winterpalast zogen sich größtenteils unauffällig zurück und überließen ihren Platz den langsam einsickernden Aufständischen, welche die Provisorische Regierung einschließlich der sozialistischen Minister verhafteten, wenn auch ohne Kerenski, der rechtzeitig entflohen war. Als der Zweite Sowjetkongreß eröffnet wurde, waren schon die Plakate zu lesen, die den Sturz der Provisorischen Regierung verkündeten, und die Delegierten wurden mit der Mitteilung empfangen, daß eine neue Provisorische Regierung aus Mitgliedern der Partei der Bolschewiki unter dem Vorsitz Lenins gebildet sei. Die Delegierten der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki protestierten aufs heftigste gegen die *verbrecherische Machtergreifung* einer Partei, die den Kongreß vor vollendete Tatsachen stelle, und sie verließen den Saal, während Trotzki ihnen höhnisch nachrief, sie gehörten auf den Abfallhaufen der Weltgeschichte. So war die *Oktoberrevolution* in der Tat vor allem der Putsch einer sozialistischen Partei gegen die anderen sozialistischen Parteien und nicht zuletzt gegen die Intentionen des Sowjetkongresses, der zweifellos dem überwältigenden Massenwunsch entsprochen und eine *Sowjetregierung* aus den sozialistischen Parteien unter Ausschluß der *Bürgerlichen* gebildet haben würde. Lenins Motiv kann nur die Überzeugung gewesen sein, daß das Fortschreiten der Anarchie und der Auflösung, die im März begonnen hatten, unaufhaltsam werden würde, wenn er in einem Kabinett an Julius Martow und Viktor Tschernow gebunden wäre, und daß nur eine Diktatur seiner Partei jetzt das Notwendige tun könne, nämlich Rußland zu retten und die Weltrevolution in Gang zu setzen. Nichts war im Vergleich zum März und zum Sommer eigentlich neu: nicht die roten Fahnen, nicht die Reden vom Frieden und von der Landverteilung, nicht der leidenschaftliche Appell an die Völker der ganzen Welt; aber neu war der feste Wille des Rates der Volkskommissare und seines Vorsitzenden, und insofern waren auch die Proklamationen und die Dekrete über das Land und den Frieden neu, die am frühen Morgen des 8. November unter großem Enthusiasmus von dem Kongreß angenommen wurden. Eben hier liegt die klarste Vergleichbarkeit mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland am 30. Januar 1933. Auch in Deutschland machte die Entschlossenheit den Unterschied aus gegenüber den mächtigen und bereits regierenden Koalitionspartnern, mit denen man im Programm weitgehend übereinstimmte. Und von der *bolschewistischen Gegenrevolution* war sehr viel früher die Rede als von der nationalsozialistischen.[19] Aber gleichwohl war nicht daran zu zweifeln, daß der November in der Spur des März blieb und daß Adolf Hitler sich auf die Seite des Generals Kornilow gestellt hätte, wenn er, wie Alfred Rosenberg, in Rußland gewesen wäre.[20]

Und doch bedeuteten die Vorgänge des 6. und 7. November keinen bloßen Handstreich der Bolschewiki gegen ihre sozialistischen Verbündeten und

schon gar nicht eine klar erkennbare Gegenrevolution. Offenbar wurden die Volkskommissare in ganz Rußland von zahllosen Menschen und vor allem von den Frontsoldaten als glaubwürdige Vertreter der schon im März erhobenen Forderungen anerkannt, und innerhalb weniger Tage und Wochen hatten sie sich in den wichtigsten Teilen des russischen Reiches durchgesetzt. John Reed berichtet, wie am Ende des Zweiten Sowjetkongresses von allen Teilnehmern in hingerissener Gläubigkeit die Internationale gesungen wurde und wie ein junger Soldat neben ihm unter Tränen immer wieder die Worte hervorstieß: »Der Krieg ist zu Ende, der Krieg ist zu Ende.« Ein alter Arbeiter wiederum, den er am Stadtrand Petrograds traf, nachdem die von Kerenski gesammelten Truppen sich ebenso vor der Wucht der Agitation aufgelöst hatten wie zuvor diejenigen Kornilows, wandte sich mit beseligtem Gesicht der Stadt zu, breitete die Arme aus und sagte: »Mein Petrograd, ganz gehört es jetzt mir.«[21] Dieser Drang großer Massen, sich dasjenige zu eigen zu machen, was ihnen bisher vorenthalten worden war – Selbstachtung, Mitwirkung, Bildung – nahm die mannigfaltigsten Formen an, und selbst wenn Lenin es gewollt hätte, hätte er schwerlich verhindern können, daß bald auch die Arbeiter die Fabriken ihrer Kontrolle unterstellten und daß mehr und mehr vom *Sozialismus* die Rede war, der durch die Nationalisierung der Industrie herbeigeführt werden müsse und der sich bald siegreich über die ganze Welt ausdehnen werde. Rasch verbreitete sich die Vorstellung, in dieser Revolution vollziehe sich der große Aufstand aller Sklaven gegen alle Herren und er werde auf sämtliche Länder der Welt überspringen; wer sich aber der Befreiung der Arbeiter und Bauern zum Frieden und zum Glück in den Weg stelle, sei ein Feind der Menschheit und des Todes schuldig.

Wenn die große Revolution, die zum Weltfrieden und zur Befreiung der Massen führen sollte, jedoch nicht in der freien Wahl einer Konstituierenden Versammlung, in der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen oder doch sozialistischen Parteien, in einer geregelten Neuordnung der ländlichen Verhältnisse und in der Eröffnung einer Periode freier wirtschaftlicher Entwicklung bestehen sollte, sondern wenn sie mit der Machtergreifung des 6. und 7. November identisch war, dann mußte die siegreiche Partei sich vornehmen, die Klassen der Gutsbesitzer und der Kapitalisten zu beseitigen, dann mußte sie die *bürgerliche* und überhaupt die *feindliche* Presse unterdrücken, und dann mußte sie alle anderen Parteien schonungslos bekämpfen. Umgekehrt mußten die anderen Parteien in den Bolschewiki die Partei des Bürgerkrieges sehen, die durch ihr Aktionsprogramm den übrigen politischen und gesellschaftlichen Kräften den Krieg erklärte. In diesem Sinne äußerten sich in den ersten Tagen nach dem Umsturz die Vertreter sämtlicher Parteien von den Kadetten bis zu den Sozialrevolutionären: Die Stadtduma von Petrograd beklagte den »von den Bolschewisten begonnenen Bürgerkrieg«, die rechten Sozialrevolu-

tionäre erklärten, die Bolschewiki täten alles in ihrer Macht Stehende, um einen blutigen Bürgerkrieg herbeizuführen, und die linken Sozialrevolutionäre wandten sich bereits 10 Tage nach dem Umsturz gegen »das verhängnisvolle System des Terrors«, das mit dem Verbot zahlreicher Zeitungen zum Vorschein gelange und zum Bürgerkrieg führen müsse.[22] Aber auch in der bolschewistischen Partei regten sich starke Widerstände, und eine ganze Anzahl von Volkskommissaren und Mitgliedern des Zentralkomitees, unter ihnen Sinowjew, Kamenjew, Rykow, Rjazanow und Nogin, traten von ihren Ämtern mit der Begründung zurück, eine rein bolschewistische Regierung könne sich nur mittels des politischen Terrors an der Macht halten.[23] Für Lenin war der Sachverhalt gerade umgekehrt zu bewerten: da jene Klassen und Parteien sich den Bolschewiki widersetzten, waren sie von der Geschichte bereits gerichtet, und das Urteil mußte vollstreckt werden. So wurde ein *Aufstand* von Offiziersschülern, der bloß eine Fortsetzung des Widerstandes vom 7. November war, gleich in den ersten Tagen mit außerordentlicher Brutalität niedergeworfen, wobei Trotzki das Prinzip aufstellte, fünf der gefangenen Junker seien für jeden gefallenen Bolschewisten zu erschießen. Selbst Lenins Frau Krupskaja, der Blutdurst sicherlich fern lag, gab noch 1934 in ihren Erinnerungen ohne jede Mißbilligung des Vorgangs den Ausruf einer Nachbarin wieder: »Sie haben einen Junker aufs Bajonett gespießt wie ein Käferchen.«[24] Es bedurfte nicht der Gründung der *Tscheka, der* »Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Sabotage«, um den Terror in Gang zu setzen; er war ja zunächst nicht viel anderes als die wohlwollende Zulassung und Förderung des Massenzorns gegen die *Burschui* und deren Parteien durch den Rat der Volkskommissare. Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, die bald nach der Machtergreifung stattfanden, gaben freilich zu erkennen, daß nicht bloß die rechten Sozialrevolutionäre eine beträchtliche Mehrheit errungen hatten, sondern daß überdies die Partei der *Kadetten* einen überraschend hohen Stimmenanteil verbuchen konnte, der unmöglich bloß von reichen Bourgeois stammen konnte. Am 11. Dezember zogen die bis dahin in Petrograd eingetroffenen Mitglieder der Nationalversammlung zu ihrem Tagungsort, dem Taurischen Palast, von einer riesigen Menschenmenge begleitet, die nach einigen Berichten nicht weniger als 200 000 Menschen umfaßte, und die Wachmannschaften wagten es nicht, ihnen den Zutritt zu verwehren. Die Eröffnung konnte freilich wegen der zu geringen Anzahl von Abgeordneten nicht stattfinden, aber Lenin erblickte in dem Ereignis offenbar eine ernste Bedrohung und ließ die Partei der Kadetten als volksfeindlich ächten, da sie an Verschwörungen beteiligt sei und die aufständischen Kosaken unterstütze. Eine Anzahl von Parteiführern wurde verhaftet, unter ihnen die sehr angesehenen ehemaligen Minister Schingarew und Kokoschkin. Wenige Wochen später wurden die beiden im Gefängniskranken-

haus von eingedrungenen Matrosen ermordet, und die Regierung erklärte, die Täter seien Anarchisten, die bestraft werden würden, sobald sie gefaßt seien. Aber das Ende der Verfassunggebenden Versammlung ließ sich nicht auf Anarchie und Volkszorn zurückführen, sondern es wurde am 21. Januar durch einen Beschluß der Regierung herbeigeführt, nachdem die Abgeordneten einen einzigen Tag unter den drohend auf sie gerichteten Gewehren der Wachmannschaften getagt und den Führer der rechten Sozialrevolutionäre, Viktor Tschernow, zum Präsidenten gewählt hatten.

Wenig später ließ der Rat der Volkskommissare alle äußeren und inneren Schulden annullieren, und wenn er damit den alliierten Mächten einen sehr spürbaren Schlag versetzte, so wurde gleichzeitig das russische Bürgertum völlig ruiniert, indem man ihm auferlegte, Löhne zu zahlen, und zugleich seine Konten sperrte. Nichts war weniger verwunderlich, als daß sich nun an vielen Stellen Widerstand bemerkbar machte und daß insbesondere die Loslösungs- oder mindestens Autonomietendenzen in vielen Randgebieten sich verstärkten, so im Don-Gebiet, in der Ukraine, im Kaukasus und in den Ostseeprovinzen. Diese Tendenzen wurden aber von den Bolschewiki selbst gefördert, und Lenin sprach davon, daß Rußland bereit sei, auf den Großmachtstatus zu verzichten, da die Zaren nur durch Eroberung, und Unterdrückung das Riesenreich geschaffen und erhalten hätten. Überall jedoch, wo es Loslösungsbestrebungen gab, existierten auch Parteigänger der Bolschewiki, und bei den Donkosaken setzten sich diese schon früh aus eigener Kraft gegen die Regierung des Hetmans Kaledin durch. Eine neue *Zeit der Wirren* war angebrochen, und der Zerfall des Reiches in seine Bestandteile wäre Rußland wohl auch dann nicht erspart geblieben, wenn die Verfassunggebende Versammlung sich durchgesetzt hätte und wenn die Partei der *gesamten Macht* ihre Stellung nicht hätte behaupten können.

Es zeigte sich sehr rasch, daß die Partei des Bürgerkrieges auch die Partei des Separatfriedens war. Schon am 22. November forderte Lenin die Soldaten und Matrosen auf, selbständig mit dem Feind Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, und in dieser Proklamation waren die folgenden Sätze zu lesen: »Soldaten, die Sache des Friedens liegt in Euren Händen. Laßt nicht zu, daß konterrevolutionäre Generäle die große Sache des Friedens torpedieren. Umgebt sie mit Wachen, um so eine Lynchjustiz zu verhindern, die einer revolutionären Armee nicht würdig ist, und entzieht sie nicht dem Urteil, das über sie verhängt werden wird.«[25] Wenige Tage später interpretierte eine Gruppe von Soldaten den Wink schwerlich ganz unrichtig und tötete den Oberkommandierenden, den General Duchonin, trotz der Anwesenheit seines Nachfolgers, des Fähnrichs Krylenko, auf barbarische Art und Weise. Die nächsten Erlasse der Regierung über die »Demokratisierung der Armee« ließen sogar einen der ganz wenigen Generäle, die sich auf die Seite der Sowjetmacht ge-

stellt hatten, Michail Bontsch-Brujewitsch, zu dessen Entsetzen erkennen, daß die Regierung mit voller Absicht die letzten Reste der alten Armee zerstörte, die dem Feind noch gegenüberlagen.[26] Wie hätten die Deutschen jetzt noch daran zweifeln können, daß sie einen vollständigen Sieg auf dem östlichen Kriegsschauplatz errungen hatten? Zwar nahmen sie den Vorschlag der Sowjetregierung formal an, an einer allgemeinen Friedenskonferenz teilzunehmen, aber nach der Ablehnung durch die Alliierten spielten sich in Brest-Litowsk bloße Verhandlungen über einen Separatfrieden ab. Wenn die sowjetischen Delegierten, an ihrer Spitze Abram Joffe und dann der neue Außenminister Trotzki, eindringlich an »das deutsche Proletariat« appellierten, so waren sie zwar offensichtlich von Hoffnungen auf eine baldige Revolution in Deutschland erfüllt, aber sie brauchten diese Hoffnungen auch als Rechtfertigung für ein Tun, das einen »verräterischen Knechtschaftsfrieden«[27] herbeiführte. Lenin setzte die Zustimmung der obersten Gremien nur unter größter Mühe mit dem Argument durch, kein Opfer sei zu groß, um den einzigen sozialistischen Staat der Erde bis zum bevorstehenden Ausbruch der Revolution in Deutschland und im ganzen Westen zu erhalten, aber er ließ sich auf dem 7. Parteitag die Vollmacht geben, alle Friedensverträge zu zerreißen und der ganzen Welt den Krieg zu erklären, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sei.[28]

Erst jetzt geriet Lenins Regierung in eine wirklich gefährliche Situation. Von der linken Fraktion der eigenen Partei wurde sie heftig kritisiert, die linken Sozialrevolutionäre, welche schließlich doch in die Regierung eingetreten waren, bereiteten nun einen Aufstand vor, ehemalige Offiziere konspirierten, Gegenregierungen bildeten sich in verschiedenen Teilen des Landes. Entscheidend war jetzt jedoch die unverhüllte Feindseligkeit der Alliierten, die in dem Friedensschluß von Brest-Litowsk einen Bruch völkerrechtlicher Verträge erblickten und mit großen Geldmitteln jede Opposition unterstützten, von der sie annahmen, daß sie Rußland wieder in den Krieg gegen Deutschland zurückführen werde. Auf Einwirkungen der Alliierten, aber auch auf voreilige Entwaffnungsbefehle Trotzkis, der zum Kriegskommissar ernannt worden war und eine »Rote Armee« aufbaute, war der Aufstand der Tschechoslowaken zurückzuführen, ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener, die über Wladiwostok an die Front in Frankreich zu gelangen versuchten und die sich nun innerhalb kurzer Zeit fast ganz Sibiriens bemächtigten.

Lenin sah in all dem *die Weltbourgeoisie* am Werk, und er war entschlossen, die russische Bourgeoisie, den greifbaren *Hauptfeind,* nicht nur *als Klasse* zu vernichten, sondern auch die physische Ausrottung zahlreicher einzelner folgen zu lassen. Die grundsätzliche Entrechtung, ja die praktische Ausstoßung aus der Gemeinschaft der Staatsbürger erhielt bereits im Juli 1918 Verfassungsrang. Dabei war der Widerstand dieses bereits schwer getroffenen und

im Elend dahinvegetierenden Bürgertums und sogar derjenige seiner kampfkräftigen Elite, der ehemaligen zaristischen Offiziere, auffallend schwach. Claude Anet erzählt von einem General, der die Waffenstillstandsdelegation nach Brest-Litowsk begleiten mußte und der aus Verzweiflung über die Vorbereitung des Separatfriedens Selbstmord beging, aber nicht daran dachte, die Waffe gegen die Spitzen der Delegation zu richten.[29] Als im Juli 1918 während des Aufstands der linken Sozialrevolutionäre das Schicksal der Regierung an einem seidenen Faden hing und nur einige Regimenter lettischer Soldaten noch Schutz boten, da befanden sich mindestens 20 000 ehemalige Offiziere in Moskau, aber sie waren offenbar durch die Lebensverhältnisse so zermürbt, daß sie sich nicht rührten. Der Zustrom zu den *Freiwilligenarmeen* des Generals Denikin im Süden und des Admirals Koltschak im Osten blieb hinter den Erwartungen zurück, und die wenigen Interventionstruppen, die von den Alliierten nach Archangelsk und an andere Stellen entsandt wurden, beschränkten sich im wesentlichen auf die Sicherung von früher geliefertem Kriegsmaterial. Aber wenn die eigentlichen Kriegs- und Bürgerkriegshandlungen zunächst ihrem Umfang nach relativ geringfügig blieben, so war die Gefahr doch groß, und die Regierung der Bolschewiki legte die äußerste Entschlossenheit an den Tag, so daß ihre Gegner sich fragten, ob es sich um den Siegeswillen gläubiger Ideologen oder um die Verzweiflung brutaler Machtmenschen in aussichtsloser Lage handelte.

Als die tschechischen Legionen im Juli von Sibirien her auf Jekaterinburg vorrückten, wo der Zar mit seiner Familie gefangengehalten wurde, da ließ der Uralsowjet Nikolaus II. hinrichten, und mit ihm wurden seine Frau, sein Sohn, seine Töchter, der Leibarzt, der Koch, die Diener und die Kammerfrauen erschossen; die Regierung in Moskau aber billigte die Tat ausdrücklich, obwohl sie die Ermordung der Zarin und der Kinder eine Zeitlang geheimzuhalten versuchte. Nie hatte es in der europäischen Geschichte eine derartige Tat gegeben; die Hinrichtungen von Karl I. und Ludwig XVI. konnten nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil der englische König mit der Waffe in der Hand gegen Cromwells Puritaner gekämpft und der Franzose tatsächlich mit dem Ausland konspiriert hatte; überdies waren Gerichtsverfahren durchgeführt worden, und zur Familienvernichtung bot nur die französische *Terreur* eine entfernte Analogie. Die Aufrufe zum »Massenterror gegen die Bourgeoisie« häuften sich, aber es waren die Sozialrevolutionäre Leonid Kanegisser und Fannija Kaplan, welche am 30. August Attentate gegen den Tscheka-Chef Uritzki in Petrograd und gegen Lenin in Moskau verübten. Uritzki wurde getötet und Lenin nur relativ leicht verletzt, aber sofort wurden in beiden Hauptstädten viele Hunderte von gefangenen Offizieren und Bourgeois und ungezählte andere im übrigen Lande erschossen, weil jeder, der Widerstand leistete, ein bloßer Agent der Bourgeoisie, des eigentlichen Feindes,

sein mußte. Das Dekret über den »roten Terror« vom 5. September bildete die letzte Etappe auf dem Weg einer Klassenvernichtung, für die es in der europäischen Geschichte ebensowenig einen Präzedenzfall gab wie für die Ermordung der Zarenfamilie, und es ist nicht verwunderlich, daß den Beobachtern immer wieder das Wort *asiatisch* über die Lippen kam. Das Dekret bestimmte, »daß es unumgänglich ist, die Sowjetrepublik gegen ihre Klassenfeinde durch das Mittel von deren Isolierung in Konzentrationslagern zu stärken und daß alle Personen erschossen werden müssen, die mit den Organisationen, Verschwörungen und Meutereien der Weißen Garden Berührung haben ...«.[30] Schon einige Tage vorher war verkündet worden, daß alle Konterrevolutionäre und alle Inspiratoren von Konterrevolutionären verantwortlich gemacht werden würden. Die Definitionen waren mithin so unbestimmt, daß jeder beliebige von der Tscheka ohne Verfahren erschossen werden konnte, und es handelte sich nicht einmal um eine genuine Neuerung, da doch schon seit Anfang des Jahres den Wachen, welche die zur Zwangsarbeit herangezogenen Bourgeois beaufsichtigten, auferlegt war, bei Widerstand oder sogar bei Widerrede von der Waffe Gebrauch zu machen.[31]

Es wäre also nicht richtig zu sagen, daß das Regime der Bolschewiki von seinen Gegnern bedrängt und in einen Bürgerkrieg verwickelt worden sei und bei der Verteidigung große Härte und manchmal schlimme Grausamkeit an den Tag gelegt habe. Das Regime war vielmehr von Anfang an eine aktive Kraft, die, auf eine momentane Massenstimmung gestützt, allen ihren politischen Gegnern und allen gesellschaftlichen Kräften, die nicht zu den *Armen* oder *Sklaven* zählten, den Krieg erklärt und die Vernichtung angesagt hatte. Und dabei erwies sich sehr rasch, daß auch Arbeiter von der Bekämpfung und Vernichtung nicht ausgenommen waren, wenn sie sich der Parteidiktatur nicht unterwarfen. Als sich am Tage nach der Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung eine Protestversammlung bildete, schoß die Rote Garde in die Menge, und etwa zwanzig Tote blieben auf der Straße. Die offizielle Mitteilung behauptete, es habe sich um *Kleinbürger* gehandelt. Aber als sich in den nächsten Monaten eine unabhängige Arbeiterbewegung entwickelte, da konnte man in deren illegalen Publikationen Sätze wie die folgenden lesen: »Der Arbeiter, der an der Tür stand, erwiderte (dem Kommissar), nur Arbeiter könnten an der Versammlung teilnehmen. Der Kommissar zog daraufhin den Revolver und erschoß den Arbeiter.«[32] Der frühe Bericht eines anderen Arbeiters über seinen Aufenthalt im Tscheka-Gefängnis Taganka schließt mit dem Satz, über ganz Rußland seien solche »Friedhöfe der Lebendigen« verbreitet, wo man Tag für Tag unter dem Dröhnen von Lastwagenmotoren Erschießungen vornehme.[33]

Das bewegendste Zeugnis für das Fortleben und dann für das allmähliche Ersterben der Impulse des »humanitären Sozialismus« sind die »Unzeit-

gemäßen Gedanken über Kultur und Revolution«, die Maxim Gorki 1917 und 1918 in seiner Zeitung *Nowaja Schisnj* publizierte. Schon am 20. November 1917 stellt er fest, Lenin, Trotzki und ihre Gefährten seien »vom faulen Gift der Macht« infiziert; wenige Tage später beklagt er, daß »wahnsinnige Dogmatiker« das Volk als Material zu sozialen Experimenten betrachteten und daß Lenin nicht zufällig ein russischer Adliger sei, der ein »ausgesprochen mitleidsloses Verhältnis zum Leben der Volksmassen« habe; die »Ausschaltung der Kadettenpartei« sei »ein Anschlag gegen die kultiviertesten Menschen unseres Landes«. Am 1. Januar 1918 weist er auf die verhängnisvollen Folgen der unablässigen Angriffe gegen »die Bourgeoisie« hin: schon hätten in den Betrieben die ungelernten Arbeiter behauptet, die Schlosser und Gießer seien »Bourgeois«, und in der *Prawda* hetzten Wahnsinnige: »Schlagt die Bourgeoisie tot. Schlagt die Kaledin-Kosaken tot.« In all dem erblickt Gorki die beklagenswerten Folgen alter Traditionen des immer noch von »asiatischen« Vorstellungen der Nichtigkeit der Individuen geprägten Rußland, wo die »Massenvernichtung Andersdenkender« eine erprobte Methode gewesen sei und wo heute ein Matrose sagen dürfe, wenn es um das Wohl des russischen Volkes gehe, könne man ruhig eine Million Menschen umbringen. Nur aus »dem sündigsten Volk der Erde« habe jene Arithmetik des Wahnsinns entstehen können, die erkläre: »Für jeden von uns fallen hundert Köpfe der Bourgeoisie.«[34]

Gorki stellte sich nach dem Verbot seiner Zeitung schließlich doch auf die Seite der Bolschewiki, und dafür scheint auch die Beobachtung maßgebend gewesen zu sein, daß die schärfsten Feinde der Bolschewiki mehr und mehr *die Juden* anstelle *der Bürger* für die Alleinschuldigen erklärten. Bei den wenigen Vertretern der Auslandspresse, die sich in Petrograd und Moskau befanden, ging der Weg eher umgekehrt, von anfänglicher Sympathie zu blankem Entsetzen. So schrieb Alfons Paquet, der Berichterstatter der *Frankfurter Zeitung*, der später von den Nationalsozialisten wegen kulturbolschewistischer Neigungen aus der Preußischen Akademie für Dichtung entfernt wurde, im August 1918, der Terror schüttele Moskau wie ein Fieber und der Augenblick sei gekommen, »die Menschheit aufzurufen gegen das Gräßliche, das jetzt in allen Städten Rußlands vor sich geht: die planmäßige Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse, die Zerstörung unzähliger Menschenleben, die durch tausend Fäden der Bildung und des Berufs mit den übrigen Völkern der Erde verbunden sind«.[35] Der Korrespondent des *Berliner Tageblatts* wiederum, Hans Vorst, sah in dem Massenterror eine Inszenierung durch die Partei, welche »die politischen Leidenschaften der ermüdeten Arbeiterschaft aufs neue aufstacheln« wolle.[36] Berichte wie diese fanden in Deutschland, aber auch in den alliierten Ländern trotz der Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung weite Verbreitung; jedem Zeitungsleser in Europa war im Herbst 1918 in vie-

len Einzelheiten bekannt, daß in Rußland Dinge geschahen, die etwas qualitativ Neues, in Europa nie Dagewesenes bedeuteten. So schrieb der *Vorwärts* am 3. September 1918: »Eine Klasse für Taten von Einzelpersonen mit dieser Schärfe haftbar zu machen, ist ein strafrechtliches Novum und könnte wohl einmal als Rechtfertigung dafür dienen, die Arbeiterklasse bei einer anderen gesellschaftlichen Schichtung für die Taten eines Fanatikers verantwortlich zu machen, wie es in milderer Form schon oft geschehen ist.«

Und trotzdem gestand sich sogar Louis de Robien, der doch schon den Gedanken einer gemeinsamen Abwehrfront aller Staaten Europas gegen die Zivilisationszerstörung im Osten erwog, daß er eine sonderbare Sympathie für Lenin und Trotzki nicht unterdrücken könne[37], und zahllose Soldaten und Arbeiter in Deutschland und Frankreich fanden es einleuchtend, wenn die Bolschewiki den Krieg für einen »millionenfachen Klassenmord« erklärten[38], den die Bourgeoisie an der Masse der Bevölkerung begehe, und sie schöpften Hoffnung aus Sätzen wie »Rußland gewinnen und dann die Welt«.[39] Wenn die Bolschewiki *Machtmenschen* waren, so hauptsächlich deshalb, weil sie Ideologen waren, die für die im Morast der staatlichen Metzelei versunkene Welt ein Heilmittel zu besitzen glaubten: den Zusammenschluß aller *Sklaven* gegen alle *Herren,* welchen die alleinige Schuld an den Leiden zuzuschreiben sei, die viele Millionen von Menschen in allen Ländern erdulden müßten. Auf geradezu klassische Weise brachte eine Tscheka-Zeitschrift das neue Ethos zu Wort, als sie schrieb: »Unsere Humanität ist absolut; sie beruht auf den Idealen der Zerstörung jeden Zwanges und jeder Bedrückung. Uns ist alles erlaubt, wir erheben zum ersten Mal in der Welt das Schwert. ... im Namen der allgemeinen Freiheit und der Befreiung von der Sklaverei.«[40]

In diesem Zusammenhang findet auch eine Äußerung ihren Platz, die in ihrer Ungeheuerlichkeit zunächst unglaubwürdig klingt, nämlich jene Sätze, die Grigorij Sinowjew am 17. September 1918 in einer Parteiversammlung zu Petrograd formulierte: »Von den hundert Millionen der Bevölkerung in Sowjetrußland müssen wir neunzig für uns gewinnen. Mit den übrigen haben wir nicht zu reden, wir müssen sie ausrotten.«[41]

So handelte es sich 1917 in Rußland wie später 1933 in Deutschland um die Machtergreifung und Machtbehauptung einer Partei, um eine Parteirevolution, wie man sagen könnte. Aber in Rußland waren alle Vorgänge elementarer und monumentaler. Das immer wieder verkündete Ziel der Bolschewiki war der ewige Friede in einer Welt, die weder Staaten noch Klassen aufweisen werde, weil nur unter dieser Voraussetzung dauerhafter Friede überhaupt möglich sei; das öffentlich bekanntgegebene Ziel der Nationalsozialisten war die Befreiung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrags und im Inneren die Harmonie einer *Volksgemeinschaft.* Die Bolschewiki ergriffen die Macht in einem Augenblick der Niederlage und der drohenden Auflösung des

Staates; die Nationalsozialisten folgten der früheren Regierung auf nahezu völlig legale Weise, und trotz der Weltwirtschaftskrise spielte sich in Deutschland unter vielen Aspekten ein modernes und vielfältiges Gesellschaftsleben ab. In Rußland entstand ein genuiner Bürgerkrieg; in Deutschland wurden die Gegner der regierenden Partei mit einigen harten Schlägen völlig niedergeworfen, und die Zahl der Todesopfer unter Nichtkämpfern war weit geringer. Dennoch kam Hitler im Ausland weit weniger Sympathie und Verständnis entgegen als Lenin, und es ist zu vermuten, daß dabei nicht nur die alte Furcht der meisten Europäer vor Deutschland eine Rolle spielte, sondern nicht zuletzt der Antisemitismus, der auf keinem unmittelbar sozialen Prinzip beruhte und sich gerade vor dem Hintergrund der weitgehenden Normalität des Lebens besonders widerwärtig und *mittelalterlich* ausnahm. Der bloß parallelisierende Vergleich genügt indessen nicht, sondern der Hauptunterschied besteht darin, daß im Deutschland von 1933 das Rußland von 1917 bekannt war und nur als Schreckbild wahrgenommen wurde, während die Bolschewiki 1917 das Deutsche Reich Wilhelms II. und Ludendorffs als Helfer und Feind im eigenen Lande hatten.

Die Situation änderte sich fundamental, als dieses Deutschland im November 1918 die Westalliierten um Waffenstillstand bat und seine Truppen aus den Tiefen des russischen Raumes zurückziehen mußte, den es bis über Rostow und Charkow hinaus besetzt hatte. Es konnte nun so aussehen, als trete jetzt eine größere, ältere und angesehenere Kraft an die Spitze des Kampfes für den Frieden und für den Sozialismus, nämlich die Masse der Industriearbeiter Deutschlands, die sich vor dem Kriege in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesammelt hatte. Lenin war offenbar überzeugt, daß die Bolschewiki nur für Augenblicke vorgeprellt seien und daß die Hegemonie bald wieder der deutschen Arbeiterbewegung zukommen werde, die für ihn bis zum Ausbruch des Krieges das große Vorbild gewesen war. Tatsächlich hatten sich die Bolschewiki in Rußland bis zur Februarrevolution überhaupt nicht artikulieren können, und nachher war ihnen ihr eigenes Tun zwar notwendig, aber auch irregulär erschienen. Was für ein Phänomen sie eigentlich waren, läßt sich besser an der Partei erkennen, die sich in der Mitte Europas als erste zu dem Marxismus bekannte, welchem Hitler seinen Antimarxismus entgegenstellte.

2. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution*

Der Marxismus hat die *Arbeiterbewegung* nicht geschaffen, sondern er war in gewisser Weise selbst ein Produkt des englischen Chartismus. Aber er bedeutete die wichtigste Fortbildung, auch dort, wo er bestimmte Denkansätze bloß

übernahm: Er gab den Worten *Arbeiter* und *Arbeiterklasse* ein Gewicht, das die enge genetische Verbindung mit den Vorstellungen und Denkweisen von Handwerksgesellen vergessen ließ; er stellte *die Arbeiter* aufs schroffste *dem Kapital* entgegen und erklärte die Auseinandersetzungen zwischen *Arbeit* und *Kapital* für den Hauptgegensatz der Epoche; er sah die Arbeiter zur »ungeheuren Mehrheit« heranwachsen, die eines baldigen Tages – in allen fortgeschrittenen Ländern des westlichen und mittleren Europa gleichzeitig – die wenigen noch verbliebenen »Kapitalmagnaten« als solche beseitigen und zu ihren »bezahlten Dienern« machen würden. Damit stellte er sich ganz in jene objektive Bewegung hinein, welche seit den Anfängen der Industriellen Revolution aus Bauern, Handwerksgesellen und Armen aller Art eine neue Klasse von Menschen schuf, die Arbeiter der großen Industrie; welche zuerst das Antlitz Englands verwandelt hatte und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf das übrige Europa übergriff.[1] Als gegen Ende der achtziger Jahre feststand, daß der Marxismus sich in den wichtigsten Ländern Kontinentaleuropas gegen seine Konkurrenten durchgesetzt hatte – gegen den Anarchismus Bakunins und den Syndikalismus Proudhons, gegen den Reformismus der französischen Possibilisten, gegen den Staatssozialismus Lassalles, gegen die Insurrektionstheorie Blanquis –, da durfte er mit Recht als ein weltgeschichtliches Phänomen betrachtet werden, obwohl er nirgendwo an einer Regierung beteiligt war: Wenn es eine einheitliche Arbeiterpartei gab, mußte sie die Zukunft stärker bestimmen als jede andere Partei, denn in ganz Europa schien die Tendenz zum allgemeinen Wahlrecht unwiderstehlich zu sein, nachdem die Franzosen auf freilich eigenartige Weise in die Spur der Amerikaner getreten waren und das Deutsche Reich Bismarcks dem Beispiel gefolgt war. Sobald das allgemeine Wahlrecht sich überall durchgesetzt hatte und erhalten blieb, mußten die Arbeiterparteien nach verbreiteter Meinung in allen Staaten Europas die Mehrheit gewinnen oder mindestens eine mitentscheidende Rolle spielen.

Alle Arbeiterparteien, auch die nichtmarxistischen, verstanden sich als Parteien des Friedens, die sich den friedensgefährdenden Unternehmungen des Imperialismus, etwa der Eroberung von Kolonialgebieten oder der Vergewaltigung kleiner Staaten und überhaupt der Machtpolitik der Großmächte entgegenstellten. Auch hierin waren sie so wenig isoliert wie in ihrer Überzeugung von der künftigen politischen Rolle der Arbeiter: daß die zunehmende Bedeutung von Handel und Industrie die traditionellen *Feudalschichten* mit ihren kriegerischen Neigungen mehr und mehr verdrängen werde, war ein alter Glaubenssatz des Liberalismus, und zur allgemeinen Überraschung gab der russische Zar den ersten Anstoß zur Einberufung jener Friedenskonferenzen im niederländischen Haag, welche den Weg zu einer Einschränkung der Souveränität der Staaten und damit zur Sicherung des Weltfriedens bahnen

sollten. Aber gerade der Marxismus begnügte sich nicht damit, bloß eine wichtige Teilerscheinung innerhalb des Weltwandels zu sein, der vom agrarischen zum industriellen Zustand führte, der den bisher stummen oder ohnmächtigen Massen Mitsprache in allen Angelegenheiten gab, der die Souveränität der Staaten einschränkte und eines Tages den großen Krieg technisch unmöglich machen würde, sondern er glaubte, daß die Arbeiter eines baldigen Tages überall die *gesamte Macht* in Händen haben und sie gerade dazu verwenden würden, die Macht von Menschen über Menschen ebenso für immer abzuschaffen wie Ausbeutung, Elend, nationale Feindschaften, Staaten, Klassen, Professionalisierung der Tätigkeiten, Bürokratie und überhaupt alle Trennungen des Menschen vom Menschen. Hoffnungen dieser Art waren indessen keineswegs – wie die Orientierung an der Großindustrie oder die Antizipation einer fundamentalen Veränderung des Verhältnisses der Staaten zueinander – auf charakteristische Weise modern, sondern sie waren uralt, in gewisser Weise so alt wie die Menschheit selbst, und sie liefen letzten Endes auf die Vorstellung eines Urzustandes hinaus, den die Sozialphilosophen des 17. und 18. Jahrhunderts als »natürliche Gesellschaft« *(societas naturalis)* der »bürgerlichen Gesellschaft« *(societas civilis)* entgegengestellt und fast immer – wenngleich mit großen Ausnahmen wie etwa dem jungen Rousseau – als unwiederbringlichen Ausgangspunkt betrachtet hatten. Aber erst die Hinwendung zu einem der Entfremdung und Entäußerung des modernen Lebens entgegengesetzten und *auf höherer Stufe* wiederzugewinnenden Urzustand (dem Urkommunismus) machte den Marxismus zu einem Glauben, zu einer Ideologie, welche die ganze Gegenwart des *Kapitalismus* radikal verwerfen und das *ganz Andere* einer Zukunft in den Blick nehmen konnte, die für die gesamte Menschheit *sozialistisch* sein würde. So konstituierte der Marxismus die große Protest- und Hoffnungspartei, die sich unweigerlich überall bilden mußte, wo die Umbrüche der Industriellen Revolution überlieferte Lebensformen zerstörten und große Massen von Menschen in ungewohnte Verhältnisse zwangen – sofern diese Erfahrungen sich zu artikulieren und freie Wirkungsmöglichkeiten zu gewinnen vermochten.

Aber es fehlte Marx und Engels durchaus nicht an Empfinden dafür, wie eng dieser Protest und diese Hoffnung häufig mit reaktionären oder primitivistischen Vorstellungen verbunden waren – etwa bei Bakunin –, und deshalb wollten sie es zum unverwechselbaren Hauptkennzeichen ihrer Lehre machen, daß der Sozialismus als die Auflösung aller Dissonanzen in der definitiven Harmonie gerade die schärfste Ausbildung der Trennungen und Konflikte voraussetzte, wie sie bisher für die moderne Welt kennzeichnend waren, und daß also der Sozialismus nur auf den voll ausgebildeten, zu einer weiteren Entwicklung unfähigen Kapitalismus folgen könne. So war der Marxismus einerseits die Grundlage der Protest- und Hoffnungspartei des industriellen

Zeitalters, welche sich an einem uralten Menschheitstraum orientierte, und andererseits rechtfertigte er die Überzeugungen einer aufsteigenden Klasse von qualifizierten Arbeitern, die das Recht der Mitbestimmung in einer neuen Zivilisation forderten, aber kaum noch ernsthaft ihre Alleinherrschaft als Vorstufe globaler Herrschaftslosigkeit im Auge hatten. Viele zeitgenössische Beobachter, unter ihnen Max Weber, nahmen diese Schicht und diesen Charakter wahr, und nicht selten sprachen sie geringschätzig von *Spießbürgern*, die sich in der Arbeiterbewegung bemerkbar machten. Aber diese Spießbürger hatten ihre eigenen Vordenker, die von den orthodoxen Gegnern als *Revisionisten* bezeichnet und häufig sogar einer bürgerlichen Denkweise bezichtigt wurden. Die Revisionisten beriefen sich ihrerseits auf die Zeit als die mächtigste Erzwingerin von Revisionen: Anders als Marx angenommen habe, nehme die Zahl der *Bürger*, d.h. der nicht in der unmittelbaren Produktion Tätigen und sich vielfältigen Arten von Vermittlung widmenden Menschen nicht ab, sondern sie wachse in erstaunlichem Maße; der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern sei nicht starr und bloß negativ, denn es gebe eine Arbeit des Kapitals (d.h. der Unternehmer) wie ein Kapital der (qualifizierten und unentbehrlichen) Arbeit, und nur dieser Gegensatz mache genuine Gewerkschaften und Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung der Investitionsrate der Volkswirtschaft möglich; die postulierte Homogenität des Proletariats existiere nicht einmal in den Industriestaaten selbst und erst recht nicht in der Welt; das Schicksal jedes Arbeiters hänge eng mit dem Schicksal seines Staates zusammen; der Kapitalismus stehe keineswegs vor dem Zusammenbruch, sondern er habe noch eine große Zukunft vor sich, in der er sich allerdings mehr und mehr in Richtung des Sozialstaates umbilden und erst nach einer langen Übergangszeit zum Sozialismus gelangen werde.

Gewiß waren auch die Revisionisten, die Bernstein, Schippel, Vollmar u.a. *Ideologen*, d.h. Menschen, die das unfaßbare Ganze der geschichtlichen Entwicklung durch Selektion und Kombination erfaßbar zu machen suchten, aber sie lösten doch die Arbeiterbewegung von dem utopischen und eigentlich ideologischen Impuls, der einen sozial-religiösen Glauben an eine plötzliche Erlösung und an ein endgültiges Heil in sich schließt, und sie erklärten jene Entwicklungslehre für den Kern des Marxismus, die in Wahrheit bloß einer seiner Bestandteile war.

Den endgültigen Triumph des Revisionismus schien das Verhalten der Arbeiterschaft aller Länder beim Ausbruch des Krieges unter Beweis zu stellen. Gerade in Deutschland folgten die Arbeiter wie alle übrigen Staatsbürger dem Ruf zu den Fahnen mit einer Einmütigkeit, ja mit einem Enthusiasmus, die erkennen ließen, wie wenig sie ein *Weltproletariat* als ihr eigentliches Vaterland betrachteten und wie sehr sie sich dessen bewußt waren, daß die Verhältnisse in Deutschland, trotz des *Feudalismus* und vielleicht sogar seinetwe-

gen[2], für sie besser waren als die Verhältnisse im weit ungebundeneren Kapitalismus Englands oder in der absolutistischen Zarenmonarchie. Wenn die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei am 4. August 1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert hätte, wäre sie aller Vermutung nach von der Empörung der Parteimitglieder hinweggefegt worden, und bald machten sich einige der ehemals radikalsten Vertreter des linken Flügels der Partei zu Vorkämpfern eines Kriegswillens, der sehr nachdrücklich an bestimmte, aber wenig bekannte Vorstellungen von Marx anknüpfte und den Klassenkampf als einen *Völkerklassenkampf* interpretierte, in dem der obsolet gewordene Vorrang des englischen Kapitalismus von Deutschland als der moderneren und stärkeren industriellen Macht niedergekämpft werde.[3] Damit werde sich in der Weltrevolution des Krieges ein neues Weltstaatensystem bilden, in welchem Deutschland zum natürlichen Zentrum des außerrussischen und außerenglischen Europa aufsteigen werde, und zwar schon durch die bloße Selbstbehauptung, die der politischen Eroberung nicht bedürfe und eben deshalb von den anderen Völkern Mitteleuropas als Schutz und als Ausgangspunkt föderativer Zusammenschlüsse akzeptiert werden könne. Diese Entwicklung setzte nach der Meinung von Männern wie Paul Lensch allerdings voraus, daß die Sozialdemokratische Partei ihre bisherige Oppositionshaltung nicht bloß halbherzig aufgab und sich als eine führende Kraft des gegenwärtigen und künftigen Deutschland verstand, ohne freilich den irrealen Anspruch auf Alleinherrschaft zu erheben; sie war ferner davon abhängig, daß auch die bisherigen Gegner, vor allem die ostelbischen Junker, sich mit der Minderung ihrer Position abfanden und nicht aus nationalegoistischen Gründen territoriale Forderungen vorbrachten, die Deutschland bei seinen Nachbarn verhaßt machen mußten. Eine weitere Vorbedingung für das Gelingen dieses Konzeptes bestand darin, daß sich nicht eine übermächtige Koalition gegen Deutschland bilden würde, deren festesten Kitt der Widerstand gegen deutsche *Weltmachtansprüche* darstellen müßte, welche in ihrer auftrumpfenden Großsprecherei ebenso gefährlich wie überflüssig wären, da ein unbesiegtes Deutschland als Staat des »großen Zentralvolks Europas«[4] sowieso eine der Weltmächte sein würde. Ob dieses Konzept der defensiven Gewinnung einer europäischen Vormachtstellung Deutschlands und einer nicht-mehr-marxistischen Fortentwicklung der Sozialdemokratie Aussicht auf Verwirklichung hatte, mußte also auch von seinen Gegnern abhängen, den Gegnern auf der alldeutschen Rechten und den Gegnern auf dem *ideologischen* Parteiflügel der Sozialdemokraten.

Am Abend des 4. August schienen alle Hoffnungen dieses Parteiflügels zerschmettert am Boden zu liegen, und es war nur ein kleines Häuflein von Abgeordneten, das in der Wohnung von Rosa Luxemburg zur Besprechung der Lage zusammentraf. Im Grunde konnten sich Karl Liebknecht, Rosa Luxem-

burg, Franz Mehring und damals noch Paul Lensch nicht verbergen, daß die Massen selbst an der Weltmission, die sie ihnen zuschrieben, Verrat geübt hatten und daß der eigentliche Kampf gegen die *nationalistische Ideologie* geführt werden mußte, die (wie es in einem frühen Flugblatt der Spartakusgruppe hieß) die Menschen »bis tief in unsere Reihen hinein« auf beängstigende Weise verändert habe, derart, daß sie das Brüderschaftsgefühl gegenüber den Klassengenossen der anderen Nationen völlig vergessen hätten und nur noch den russischen oder französischen oder englischen Feind sähen.[5] Dennoch verzichtete die kleine Gruppe in keinem Augenblick darauf, die Mitglieder des Vorstands und der Reichstagsfraktion der SPD in schroffster und ungemein persönlicher Form als Verräter anzugreifen, welche sich von dem alten Glauben aller Sozialisten getrennt und die Reinheit der Lehre in den Schmutz gezogen hätten. Insofern war die Opposition derjenigen, die bald die erste und einzige Nummer der Zeitschrift *Die Internationale* und danach die *Spartakusbriefe* herausbrachten, nichts anderes als die Gegnerschaft der Traditionalisten in der Sozialdemokratischen Partei, die von den neuen und konsternierenden Ereignissen nicht in ihrem alten Glauben wankend gemacht werden wollten. So ist etwas stark Defensives in dem großartigen Pathos zu erkennen, mit dem Karl Liebknecht seine Verweigerung der Zustimmung zu neuen Kriegskredi-ten rechtfertigte oder sich nach seiner Verhaftung im Mai 1916 zu den Vorwürfen, Landesverrat begangen zu haben, folgendermaßen äußerte: »*Landesverrat* ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. ... In internationaler Wechselwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch zu tun, ist die Quintessenz seines Strebens.«[6] Aber je länger der Krieg dauerte, um so mehr Gehör mußte dieses alte und zunächst weitgehend defensive Pathos bei den Menschen finden, deren Väter, Brüder und Söhne in immer größerer Zahl die Massengräber auf den Schlachtfeldern füllten und die selbst bitteren Hunger litten, während sie harte und lange Arbeit in den Kriegsindustrien oder auf dem Lande zu leisten hatten. Und so wurden die Flugblätter, welche die »Gruppe Internationale« illegal druckte, mehr und mehr gelesen, und die Behörden waren ernstlich beunruhigt. Wie hätte es nicht großen Eindruck machen sollen, wenn es in Nr. 11 der *Politischen Briefe* Ende 1915 hieß: »Die Welt speit Blut. Die Masse der Toten, die der Würger Krieg in Ost und West gefällt hat, ist heute bereits auf mehr als eine Million gestiegen, die der Verwundeten auf das Dreifache ... Daß der Krieg den friedlichen Bürger schone, ist zu Wasser wie zu Lande zur lachhaften Phrase geworden, so ist unter seiner rohen Faust das Völkerrecht in tausend Scherben zersprungen, und aus dem Brodem von Blut und Asche steigt immer dichter die Wolke des Hasses, welche das Gewissen der zur sozialistischen Solidarität aufsteigenden Menschheit umnebelt.«[7]

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht betrachteten den Krieg also als das »größte aller Verbrechen« und nicht als ein *Glied in Gottes Weltordnung*, wie es ihre Gegner auf der Rechten taten, aber auch nicht als eine unvermeidbare Phase in dem gewaltigen Völkerklassenkampf, der einen neuen und dauerhaften Weltzustand großer Staaten und Staatenverbände hervorbringen werde. Aus der Sicht der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten sie zweifellos insofern recht, als die technischen Mittel, mit denen dieser Krieg geführt wurde, tendenziell schon jene Qualität erreicht hatten, welche innerhalb weniger Jahrzehnte die Selbstvernichtung der Menschheit möglich machen würde und jedenfalls bereits an die Schwelle untragbarer Verluste und der Vernichtung dessen führten, was man europäische Kultur nannte, insbesondere dann, wenn man bedenkt, daß dieser Krieg ohne ein baldiges Ende, das keiner Nation und keiner größeren Gruppe schwerwiegendes Unrecht tat, so viel fortwirkenden Haß erzeugen mußte, daß er nach der Meinung von Beobachtern aus allen Lagern[8] weitere Kriege nach sich ziehen würde. Der Spartakusbund und jene internationalistischen Sozialisten, die sich 1915 und 1916 in den schweizerischen Dörfern Zimmerwald und Kienthal versammelten, befanden sich also auf einem festen Grunde zukünftigen und partiell bereits gegenwärtigen Rechts. Bloß erst partiell war ihr Recht deshalb, weil die völlige Verwerfung des Krieges auch die Negierung der persönlichen Tapferkeit und der Bereitschaft zum Schutz von Frauen und Kindern in sich schloß, welche in diesem zwiegesichtigen Kriege noch möglich waren, und weil die Kriegsgegnerschaft auch aus bloßer Feigheit erwachsen konnte. Sie teilten ihr Recht freilich mit den Pazifisten aller Schattierungen, und deren vorherrschende Auffassung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Das eigentliche Verbrechen ist das Festhalten aller Beteiligten an der Vorstellung einer unbegrenzten Souveränität der Staaten, denn daraus ergibt sich zwangsläufig die Folge, daß größere Konflikte nur durch Krieg entschieden werden können. Es kommt also darauf an, daß nach dem Ende des Weltkrieges auf diese unbedingte Souveränität der einzelnen Staaten Verzicht getan und ein Völkerbund errichtet wird, dessen oberste Aufgabe die Sicherung des Friedens sein muß. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen bedeutenden Ländern wird die Garantie geschaffen, daß eine etwaige Kriegslust auf seiten der Militärs oder einzelner Fraktionen der führenden Schichten sich nicht durchsetzen kann, weil die überwältigende Mehrheit des Volkes überall spätestens durch diesen Krieg friedliebend geworden ist und es nicht zulassen wird, daß die unvermeidlichen Konflikte auf kriegerischem Wege ausgetragen werden.

Aber das Recht der Kriegsgegnerschaft war beim Spartakusbund und bei den anderen internationalen Sozialisten aufs engste mit einer bestimmten Interpretation der gegenwärtigen Ereignisse verbunden, die sich aus Marx' »Kapital« allenfalls sehr mühsam ableiten ließ. In einem zum 1. Mai 1916 ver-

breiteten Flugblatt hieß es: »Zum zweiten Male steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenmetzelei auf... Und zu wessen Nutz und Frommen, zu welchem Zweck all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen. Damit Börsenjobber mit Kriegsanleihen Wuchergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernden Volkes mästen ...«, kurz »Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiß der Bourgeoisie«.[9]

Diese Aussagen gelten offenbar für alle Länder. In ihnen erscheint der Krieg nicht deshalb als Verbrechen, weil er dem objektiv schon möglichen, ja erforderlichen Weltfrieden entgegengesetzt ist, sondern er stellt sich als das Verbrechen konkreter Verbrecher dar, die von egoistischen Zwecksetzungen geleitet werden. Diese *Verbrecherbande* ist im Kern *die Bourgeoisie*, auch wenn der Terminus in anderen Flugblättern nur auf die angeblichen *Anstifter* in Deutschland und Österreich-Ungarn bezogen wird.

Hier gilt es, einen Augenblick innezuhalten. Zweifellos gab es überall Kriegsgewinnler, Lebensmittelschieber, Börsenspekulanten, *Haifische* (wie man in Italien sagte), und sie waren überall den einfachen Menschen außerordentlich verhaßt. Zum Teil waren diese Erscheinungen unvermeidbar, da die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit von einzelnen und Firmen sowie die Belohnung besonderer Leistungen auch in der deutschen Kriegswirtschaft so wenig vollständig ausgeschaltet war wie das System der Preise als Knappheitsindikatoren. Aber es war eine sehr kühne, ja unhaltbare These, daß diese ganz schmale Schicht den Krieg zwecks Befriedigung ihrer Habgier angestiftet habe. Wenn man von Bourgeoisie sprach, fand man sich freilich auf dem vertrauten Gelände des Marxschen *Hauptgegensatzes* zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapital und Arbeit. Aber man konnte die Bourgeoisie unmöglich auf jene kleine Schicht beschränken. Zum mindesten gehörten alle Unternehmer dazu und vermutlich auch alle diejenigen, die im Dienst der Unternehmer und des kapitalistischen Staates standen: das Offizierskorps, die Beamtenschaft, die Lehrer aller Sparten, die freien Berufe. Und zu diesem Bürgertum mochten sogar jene *Arbeiteraristokraten* gezählt werden, die immer auftauchten, wenn nach einer soziologischen Erklärung des *Verrats* vom 4. August gesucht wurde. *Dieses* Bürgertum, gewiß eine Minderheit, aber doch in allen west- und mitteleuropäischen Staaten eine vergleichsweise sehr starke Minderheit gegenüber den einfachen Arbeitern und Landarbeitern, profitierte *nicht* vom Kriege. Es schickte nämlich seine Söhne ebenso hinaus, wie es alle anderen Angehörigen der Nation taten; aus seinen Reihen stamm-

ten so gut wie alle Reserveoffiziere, und das Offizierskorps im ganzen hatte doppelt so hohe Verluste wie die Mannschaften.[10] Keine Aussage konnte ungerechter sein als die, dieses Offizierskorps *ermorde* die Mannschaften, und gar noch um materieller Vorteile willen.

Auch hier verwechselten die Artikelschreiber und Flugblattverfasser des Spartakusbundes die eigentliche Ursache und bloße Begleitumstände, nicht anders als beim *Verrat* der sozialdemokratischen Führer. Menschliche *Urheber* und damit *Verbrecher* traten an die Stelle der großen überpersönlichen Systemeigenschaften, die man allenfalls mit dem Begriff des »Kapitalismus« zu fassen suchte und die doch weit richtiger mit dem Terminus *unbedingte Souveränität der Einzelstaaten* zu kennzeichnen waren. Aber nach der überlieferten marxistischen Lehre würde die Weltrevolution des Proletariats nicht etwa nur diese Unbedingtheit beseitigen, sondern die Staaten überhaupt und mit ihnen die Klassen und mit diesen die verfestigte Arbeitsteilung, so daß die Massen selbst ohne Vermittlung durch professionalisierte Apparate die Herrschaft ausüben und eine harmonische Welt ohne staatliche und nationale Grenzen, ja sogar ohne verschiedene Sprachen schaffen würden.

Der Pazifismus der internationalistischen Sozialisten unterschied sich also sehr wesentlich von demjenigen der übrigen, der *bürgerlichen* Pazifisten: Er war ein uneingeschränkter und militanter Universalismus, und damit wurde es möglich, daß er in einen schroffen Gegensatz zum Bürgertum in einem abermals anderen und weiteren Sinne geriet, nämlich zu allen, die den Glauben an die unmittelbar bevorstehende Heraufkunft der einen, friedlichen, ungeteilten und harmonischen Menschheit nicht teilten, welcher in der Tat ein uralter Glaube war und schon in einigen Büchern der Bibel einen allbekannten Ausdruck gefunden hatte. Mithin war der Spartakusbund und waren die internationalistischen Sozialisten die Partei eines Glaubens, die Partei der Gottesstreiter, wie man unter Verwendung naheliegender Analogien sagen könnte, oder doch der Kämpfer für Gerechtigkeit. Aber von jeher haben Gottesstreiter den Willen gehabt, die Gottlosen auszurotten und das Reich der Ungerechtigkeit vom Antlitz der Erde zu vertilgen. So war das große Recht der Kriegsgegnerschaft mit einem Glauben verknüpft, der notwendigerweise mit Liebknecht die Ersetzung des Burgfriedens durch den *Burgkrieg* oder mit Lenin die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg erstrebte. Wenn diese Partei daran festhielt, für das Urverbrechen des Krieges nicht Systemeigenschaften oder eine historische Entwicklungsphase verantwortlich zu machen, sondern menschliche Urheber als *Verbrecher* mit dem Schuldvorwurf und einer entsprechenden Vernichtungsintention zu treffen, dann mußte sie paradoxerweise zu einer Kriegspartei besonderer Art werden, falls es ihr nicht gelang, sich bald und vollständig und überall durchzusetzen.

Eine abermals neue Ebene wurde betreten, wenn die Partei von dem uni-

versalen Schuldvorwurf in der Praxis abging und ihren Kampf zunächst gegen einige besonders Schuldige richtete. Von vornherein bestand ja die große Gefahr, daß nicht alle Sozialisten in allen kriegführenden Ländern mit gleicher Energie und mit gleichem Erfolg ihren Kampf führten und daß dann gerade derjenige Staat eine Niederlage erleiden würde, der die stärkste und aktivste sozialistische Partei besaß. Dies war ein Argument, das von allen *Vaterlandsverteidigern* oder *Sozialpatrioten* innerhalb der sozialistischen Parteien vorgebracht wurde und das für geraume Zeit vornehmlich den Massen der deutschen Arbeiter weit einleuchtender erschien als die Stigmatisierung der Kriegsgewinnler oder der Militaristen oder der Bourgeoisie als der Verbrecher. Aber je länger der Krieg dauerte, um so eindeutiger wandte sich die Propaganda des Spartakusbundes primär gegen das Deutsche Reich, dem man anscheinend im ersten Halbjahr 1918 beträchtliche Siegeschancen zuschrieb. Im *Spartakusbrief* Nr. 9 vom Juni 1918 nahm Rosa Luxemburg, die sich zwar in Haft befand, aber unter der Herrschaft des *preußischen Militarismus* eine ebenso intensive Agitationstätigkeit entfaltete, wie es Trotzki im Gefängnis Kerenskis tat, eine Unterscheidung von Paul Lensch mit entgegengesetzter Wertung auf: »Der englische und französische Imperialismus wurzeln in einer Kolonialpolitik alten Datums, sind an traditionelle Bahnen gebunden; der deutsche war bis zum Ausbruch des Weltkriegs im embryonalen Stadium, hat sich erst im Laufe des Krieges zu ungeheuerlichen Dimensionen ausgewachsen, wächst jetzt noch mit jedem Tag und füllt sich im Blutrausch der Millionenschlächterei mit einem Welteroberungsdrang, der keine Traditionen, keine Fesseln und keine Rücksichten kennt.«[11] Aber kann eine kleine Schicht von Junkern, Kriegsgewinnlern und Börsenspekulanten so ungeheure Taten vollbringen? Was würden sie ohne die *Feldgrauen* vermögen, die nach der Meinung des Spartakusbundes nur verkleidete Proletarier waren und die doch sogar nach der Auffassung ihrer Kriegsgegner, etwa Louis de Robiens und wenig später Churchills, von großen Teilen der Bevölkerung in der Ukraine und in Rußland sehnsüchtig erwartet wurden, weil sie *Ordnung* brachten? Nie hat irgendein Junker oder Bourgeois die deutschen Arbeiter mit härteren Worten und schlimmeren Metaphern beschimpft, als sie im 10. *Spartakusbrief* zu lesen waren: »Das deutsche Proletariat übertrifft wahrlich das berühmteste Beispiel bedientenhafter Treue: jene Schweizer Garde, die sich vor dem Palast des letzten Bourbonen von stürmenden Revolutionshaufen niedermachen ließ... Wenn sich ein zweiter Thorwaldsen finden sollte, der das Bild dieser ergreifenden Sklaventreue nach vier Jahren Weltkrieg zu Nutz und Frommen ferner Geschlechter in Marmor hauen wird, so wird er entschieden keinen Löwen als Symbol wählen, sondern einen Hund!«[12]

Aber diese harten Worte waren nicht nur der Ausdruck eines getäuschten Vertrauens, das nach Rosa Luxemburgs Meinung eines Tages doch wieder be-

rechtigt sein würde, sondern sie setzten auch bereits »die große russische Revolution« voraus, wie die Märzrevolution vom Spartakusbund genannt worden war[13], und sie wurden in Kenntnis der Machtergreifung der Bolschewiki ausgesprochen. Ihnen gingen die Meuterei auf der deutschen Flotte voraus, die Lenin im Herbst 1917 so sehr in seinen Beschlüssen bestärkt hatte, die Januarstreiks von 1918 in Berlin, die Flugblätter und Schriften, die über Norwegen nach Deutschland gebracht worden waren und Aufforderungen wie die folgenden enthielten: »Die siegreiche Revolution wird nicht soviel Opfer erfordern, als ein einziger Kampftag draußen im Felde des Wahnsinns... Schlagt tot die Kriegsbestie, hängt Eure Henker und Ihr seid erlöst, frei und glücklich mit den Brüdern in der ganzen Welt.«[14] Sie setzten freilich auch die Nachrichten über die Massenerschießungen durch die Tscheka und über die Greueltaten voraus, deren die Bolschewiki sich schuldig gemacht hätten, und Rosa Luxemburg hatte in der Tat sehr kritische Bemerkungen über die autoritäre Diktatur Lenins und Trotzkis niedergeschrieben. Aber es war für sie und ihre Mitkämpfer selbstverständlich, daß alle *Barbarei* und alles *Chaos* überwiegend aus dem Widerstand der Feinde herrührte und daß die russische Revolution in dem Augenblick *europäisch* und *marxistisch* werden würde, wo endlich die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen und die bedrängten russischen Genossen aus ihrer verhängnisvollen Isolierung befreien werde. Deshalb arbeiteten sie und Karl Liebknecht nach der Entlassung aus dem Gefängnis im Zusammenwirken mit den sogenannten revolutionären Obleuten und mit Teilen der seit März 1917 existierenden »Unabhängigen Sozialdemokraten«, aber auch mit der sowjetrussischen Botschaft in Berlin voller Entschlossenheit an der Herbeiführung dieser friedenbringenden und welterlösenden Revolution.

Was eintrat, war der deutsche militärische Zusammenbruch im November, und niemand kann mit Sicherheit bestimmen, wie groß neben dem Mißerfolg der Offensiven vom Frühjahr und Sommer 1918 in Frankreich der Anteil der Revolutionäre einerseits und der Anteil Ludendorffs andererseits war, der die Verantwortlichkeit dem neuen Regime der parlamentarischen Monarchie zuschieben wollte. Jedenfalls waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der Überzeugung, daß die deutsche Revolution – zweifellos eine Zusammenbruchsrevolution wie die russische vom März 1917 – jetzt unter der Regierung der Volksbeauftragten aus Mehrheitsozialdemokraten und Unabhängigen in ihr Kerenski-Stadium eingetreten sei und daß es gelte, sie bis zum Sozialismus als der herrschaftslosen Herrschaft der arbeitenden Massen selbst voranzutreiben. Aber wenn Friedrich Ebert der deutsche Kerenski war, so hatte er doch, anders als sein russisches Gegenbild, den Frieden herbeigeführt, und er wurde nicht müde, auf das *russische Chaos* und den *bolschewistischen Schrecken* hinzuweisen, die Deutschland ruinieren und der Besetzung durch die Alliierten

ausliefern müßten, wenn *Spartakus* die Oberhand gewinne. In den Unruhen des November und Dezember waren die Spartakisten mindestens ebensosehr Opfer wie Täter, aber die Furcht vor *russischen Verhältnissen* wirkte sich auf entscheidende Weise aus, wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß einige lumpenproletarische und bloß militante Elemente sich angeschlossen hatten und dazu beitrugen, die Abneigung und den Haß gegen Spartakus zu verstärken. Es war eine überaus symptomatische Tatsache, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kein Mandat zur Teilnahme am ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erlangen konnten, der Mitte Dezember in Berlin stattfand. Dennoch war es ein vielbeachtetes Ereignis, als sich die Delegierten des Spartakusbundes vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im Preußischen Abgeordnetenhaus zusammenfanden, um die »Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)« zu gründen.

Daß sich hier nicht bloß eine deutsche Partei versammelte, wurde auf symbolische Weise deutlich, als ein bedeutender Vertreter der bolschewistischen Partei, Karl Radek, eine große Rede hielt. Und es war ebenfalls charakteristisch, daß er die deutsche Arbeiterschaft ausdrücklich als den *älteren Bruder* der viel jüngeren und organisatorisch weit weniger erfahrenen Arbeiterschaft Rußlands bezeichnete, dessen Auftreten auf der weltgeschichtlichen Bühne die russischen Arbeiter mit tiefer Freude erfülle. Tatsächlich war ja Karl Liebknecht seit seinem öffentlichen Protest gegen den Krieg am 1. Mai 1916 mindestens bis zur Machtergreifung der Bolschewiki unter den Kriegsgegnern aller Länder ein viel bekannterer Name gewesen als Wladimir Iljitsch Lenin. So war es nur konsequent, wenn Radek die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß bald in Berlin der internationale Arbeiterrat tagen werde, das Gremium des endgültigen Sieges der kriegsgegnerischen Partei, denn der Bolschewismus sei im Kern nichts anderes als »die Tränen der Witwen und Kinder, der Schmerz um die Getöteten und die Verzweiflung der Zurückgekehrten«.[15] Aber die Partei wollte keineswegs bloß oder in erster Linie eine pazifistische Partei sein, wie diese bewegende Wendung Radeks hätte vermuten lassen können. Das Programm, das sie verabschiedete und das Rosa Luxemburg verfaßt hatte, schloß eine Fülle sehr weittragender Forderungen in sich.

Es geht von einer prononcierten Schuldthese aus: Die bürgerliche Klassenherrschaft sei der wahre Schuldige des Weltkriegs in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Sie, und keineswegs bloß die feudale Junkerherrschaft in Deutschland, habe mit dem Ausgang des Weltkriegs ihr Daseinsrecht verwirkt. Aus dem gähnenden Abgrund, den sie geschaffen habe, gebe es keine Rettung außer dem Sozialismus und daher müsse die Losung der Stunde heißen: »Nieder mit dem Lohnsystem!« Aber der Sozialismus könne nur in dem gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte gegen den erbitterten Widerstand der »imperialistischen Kapi-

talistenklasse« zum Siege gelangen, die sich der Bauern und der Offiziere für die Bewahrung der Lohnsklaverei bedienen und sogar »rückständige Arbeiterschichten« gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen werde.[16] Der Spartakusbund dürfe somit auf keinen Fall bereit sein, mit »Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert« die Regierungsgewalt zu teilen. Daher lauteten die unmittelbaren Forderungen u. a.: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten, Bildung einer Roten Garde, Einsetzung eines Revolutionstribunals, sechsstündiger Höchstarbeitstag, Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden, Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an. All dies müsse »mit eiserner Entschlossenheit« durchgesetzt werden. Zwar wurde ebenfalls gesagt, die proletarische Revolution bedürfe für ihre Ziele keines Terrors, sie hasse und verabscheue den Menschenmord. Aber das klang doch ganz anders als die ähnlichen Formulierungen eines humanitären Sozialismus, wie sie etwa Kurt Eisner in Bayern vorgebracht hatte, wenn es mit den Schlußsätzen zusammen gesehen wurde: »Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!«[17]

Mit der Annahme dieses Programms war in der Tat eine Partei ganz besonderer Art entstanden.

Keine Partei kann sich Außerordentlicheres und Folgenreicheres vornehmen als »einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft«[18], d. h. letzten Endes die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, des Staates und der Klassenstruktur der Gesellschaft. Ein solches Programm stellt mindestens für eine Übergangszeit das gesamte Nationalvermögen und alle staatlichen Stellungen zur Disposition einer einzigen Gruppe und setzt damit ein Kampfziel, das unvergleichlich größer ist als dasjenige jeder anderen Partei und das sich trotzdem mit »höchstem Idealismus«[19] vereinbaren läßt, weil es sich gerade die Beseitigung aller Einzel- und Gruppeninteressen zum Ziel setzt. Formell war es zwar nichts anderes als das alte, das vorrevisionistische Programm der Sozialdemokratie, aber in der Situation der Nachkriegszeit war es doch etwas Neues geworden. Es hatte die Verbindung mit jenem Aufstiegsbewußtsein der qualifizierten Arbeiter und dem praktischen Reformismus der Gewerkschaften gelöst, so daß das ideologisch-utopische Element viel stärker hervortrat. Es unterschied sich aber auch von dem Programm der Bolschewiki, weil es aus jener *klassisch-marxistischen* Situation hervorging, die in Rußland nun einmal nicht gegeben war. Diese Partei konnte sich selbst das Verdienst an der Beendigung des Krieges oder doch die Auszeichnung einer bewährten Kriegsgegnerschaft zuschreiben und dadurch

eine Zustimmung gewinnen, die weit über die Reihen der Proletarier hinausging. Sie konnte alle diejenigen an sich heranziehen, welche gegen die Bedrängnisse und Krisen des modernen Lebens unter der Fahne des *Antikapitalismus* aufbegehrten. Sie konnte Forderungen aufstellen wie diejenige nach dem Sechsstundentag, die jede andere Partei als irreal und demagogisch bezeichnen mußte. Sie war nicht nur die große Protest- und Hoffnungspartei, sondern die Partei eines uralten und schon deshalb fragwürdigen Glaubens, die Partei eines großen Rechts, das aber durch die Personalisierung der Kriegsursachen in Unrecht umzuschlagen drohte, und die Partei des nationalen und internationalen Bürgerkriegs. Eben deshalb mußte sie die erbitterte Feindschaft aller derjenigen hervorrufen, die irgendein Eigentum besaßen oder zu erwerben hofften, und das waren die *Bürger* in einem ganz weiten Sinne; sie mußte insbesondere den unbändigen Haß fast aller Offiziere auf sich ziehen, die sich rühmen konnten, größere Blutopfer als jede andere Gruppe für den Schutz der Heimat gebracht zu haben, und die allesamt die Nachrichten aus Rußland aufmerksam genug verfolgt hatten, um zu wissen, was die Forderung »Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust« für sie bedeutete; sie mußte diejenigen mindestens zu vorsichtiger Distanzierung veranlassen, welche nicht glaubten, daß aus der Zerstörung der Ordnung in einem überaus komplexen Industriestaat irgendwie und zwangsläufig eine bessere Ordnung hervorgehen werde. Tendenziell und in gewisser Weise hatte diese Partei fast alle Deutschen auf ihrer Seite; tendenziell und auf andere Weise hatte sie fast alle Deutschen gegen sich.

Vor allem aber war sie, anders als die SPD der Vorkriegszeit, in der völlig neuartigen Situation, auf eine Bruderpartei hinzublicken, die in einem großen Staate – dem größten Staate der Welt – bereits die Regierung führte, obwohl sie nach marxistischen Begriffen jünger und unreifer war und eigentlich die Macht noch nicht hätte ergreifen *dürfen*. Wenn die KPD tatsächlich »der ältere Bruder« war, dann mußte sie bald siegen und der Partei Lenins zu Hilfe kommen, die zwar nun nicht mehr den »Riesen« des deutschen Militarismus gegen sich hatte[20], die aber in einem schweren Kampfe gegen die *weißen Armeen* und gegen Interventionstruppen der Alliierten und Assoziierten Mächte verwickelt war.

3. *Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919–1921*

Auch gegen Ende Dezember 1918 war das äußere Bild in Deutschland noch ganz ähnlich wie in Rußland während der Monate nach der Februarrevolution: Die Disziplin des Heeres löste sich großenteils auf, überall hatten sich Soldatenräte gebildet, die Offiziere hatten die unbestrittene Kommandogewalt

verloren, und häufig wurden ihnen die Achselstücke heruntergerissen, Demonstrationszüge bewegten sich durch die Straßen, an vielen Stellen wehten rote Fahnen, die Garnison der Hauptstadt war unzuverlässig; neben der Regierung amtierte ein Arbeiter- und Soldatenrat mit einem Vollzugsrat an der Spitze.

Aber anders als in Rußland richtete sich nicht ein Friedenswunsch der überwältigenden Mehrheit gegen die Regierung, und das Frontheer wurde unter Führung der Offiziere und Mitwirkung der Soldatenräte geordnet in die Heimat zurückgeführt. Hier und da kam es zu Zusammenstößen mit Soldatenräten der Heimatetappen, und erste Klagen über eine drohende *Gegenrevolution* wurden laut. Aber nirgendwo wurden Offiziere getötet, nirgendwo wurden Gutsbesitzer vertrieben, die Verwaltung funktionierte trotz aller Schwierigkeiten reibungslos weiter. Das Hauptquartier unter der unveränderten Heeresleitung Hindenburg-Groener hatte sich *auf den Boden der Tatsachen* gestellt, und mithin blieben die Offiziere, die ja nach einem großen Kriege immer eine Spitze der *Demokratisierung* bilden, eine potentiell bedeutende Kraft, sofern unter Revolution etwas anderes verstanden werden sollte als Demokratie im Sinne von Volkssouveränität und Wahl einer Nationalversammlung.

Nun war die *Nationalversammlung* in Rußland noch nach dem Oktoberumsturz eine unstrittige Parole gewesen. In Deutschland dagegen wurde sie vom Spartakusbund, aber auch von Teilen der Revolutionären Obleute und der USPD heftig bekämpft. Rosa Luxemburg hatte sie am 20. November in der *Roten Fahne* ein »überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen« und ein »Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen von der Einheit des Volkes« genannt; im gegenwärtigen Deutschland aber könne und müsse es um die »sozialistische Demokratie« gehen, die der »bürgerlichen Demokratie« entgegengesetzt sei. Formell war damit der gut marxistische Anspruch erhoben, daß die Mehrheit des Proletariats als die Mehrheit des Volkes die unmittelbare Alleinherrschaft in der Form von Räten ausüben solle; aber faktisch handelte es sich um den Willen einer aktivistischen Minderheit zur alleinigen Machtausübung, denn Rosa Luxemburg wußte genau, daß ihre Partei sogar zusammen mit der USPD bei weitem nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft und erst recht nicht die Mehrheit des Volkes umfaßte. Daher konnte und mußte der *Vorwärts* ihr als Parole der Mehrheitssozialdemokratie die Forderung entgegenstellen: »Nicht Terror, sondern Freiheit; nicht Diktatur, sondern Demokratie.«[1] In der Tat vertrat die Regierung Ebert mit ihrer Berufung auf *die Nationalversammlung* den Anspruch des *empirischen Volkes* und damit das Konzept der *westlichen Demokratie.* Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte schloß sich ihr an, aber die aktivste Minderheit stellte sich weiterhin dagegen, weil sie der deutschen Situation eine Reife zuschrieb, welche über die bürgerliche oder formale Demokratie hinausführen müsse.

Der Hauptunterschied zwischen Deutschland und Rußland war aber ein politischer. Für die russischen Revolutionäre gab es kein Ereignis in einem anderen Lande, das Vorbild oder Schreckbild hätte sein können. In Deutschland dagegen kamen von der Regierung und von der Presse unablässig Mahnungen wie die folgenden: »Die deutschen Arbeiter mögen nach Rußland sehen und sich warnen lassen!«, »Dann entsteht das russische Chaos«, Spartakus sei für »die Aufrichtung einer asiatischen Hunger- und Schreckensherrschaft wie in Rußland«, eine »Blutdiktatur des Spartakusbundes« sei geplant.[2] Aus der deutschen Situation allein hätten solche Wendungen nicht hervorgehen können; aber da während der letzten Monate Übertreibungen in den Presseberichten gar nicht notwendig gewesen waren, um der deutschen Öffentlichkeit das Bewußtsein zu vermitteln, daß in Rußland von den Bolschewiki tatsächlich ein präzedenzloses Terrorregime ausgeübt wurde, waren solche Aussagen und Vermutungen glaubwürdig.

Sie wurden um so glaubwürdiger, als eine Intervention der Sowjetregierung außer Zweifel stand. So wandte sich schon am 11. November der Rat der Volkskommissare durch ein Telegramm an die deutschen Arbeiter und forderte sie auf, sich keine Nationalversammlung »aufschwätzen« zu lassen, wobei zugleich Getreidesendungen in Aussicht gestellt wurden, obwohl jedermann wußte, daß in Rußland der Hunger herrschte.[3] Auf den gleichen Ton waren mehrere Passagen in Radeks Rede am 30. 12. gestimmt: Nichts rufe einen solchen Enthusiasmus bei den russischen Arbeitern hervor, als wenn ihnen gesagt werde, es könne die Zeit kommen, »wo euch die deutschen Arbeiter zu Hilfe rufen und wo ihr zusammen mit ihnen am Rhein kämpfen müßt, wie sie an unserer Stelle am Ural kämpfen werden«. Aber war nicht die Friedenssehnsucht der mächtigste Impuls der russischen Revolution gewesen? Wenn Radek es ernst meinte, mußte sich der gleiche Impuls in Deutschland zugunsten Eberts auswirken.

Trotzdem entstand während der ersten Januartage von 1919 in Berlin eine Situation, in der sich die Mehrheit des Proletariats und damit möglicherweise die Mehrheit der hauptstädtischen Bevölkerung gegen die Regierung stellte, welche mit ihrer Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheit des deutschen Volkes vertrat, aber kaum über Machtmittel verfügte. Es handelte sich um den sogenannten *Januaraufstand.*

In seinen Anfängen war er nichts anderes als eine riesige Protestdemonstration gegen die Absetzung des der USPD angehörenden Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, welche von der nunmehr rein mehrheitssozialistischen Regierung verfügt worden war. Aber gegen den Wunsch von Rosa Luxemburg wurde in den maßgebenden Gremien der Beschluß gefaßt, den Sturz der Regierung herbeizuführen, und das Dokument wurde auch von Karl Liebknecht unterschrieben, so daß die Regierung ihrerseits am 8. 1. mit kluger Ein-

schränkung auf den bereits verhaßtesten ihrer Gegner bekanntgeben konnte: »Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht … Das Volk soll nicht sprechen dürfen …«[4] Da es zuverlässige *republikanische* Truppen kaum gab, mußte der Volksbeauftragte Gustav Noske in Zusammenarbeit mit dem General von Lüttwitz auf Verbände des alten Heeres und auf neuaufgestellte Freikorps zurückgreifen. Die Situation mochte mit derjenigen zu vergleichen sein, die in Rußland entstanden wäre, wenn Kerenski und Kornilow zusammengewirkt hätten. Jedenfalls traten die *Rote Fahne* und Rosa Luxemburg ohne Einschränkung auf die Seite der Kämpfenden: Friedrich Ebert wurde als ein »Todfeind der Revolution« bezeichnet, und mit größter Heftigkeit wandte sich die Zeitung gegen die »pflaumenweichen Elemente«, die zu Verhandlungen bereit waren.[5] Die Berichte über die Kämpfe lasen sich ganz wie Heeresberichte, doch waren sie von einem unvergleichlich stärkeren moralischen Pathos beherrscht, das auf der Überzeugung beruhte, daß die Arbeiter gegenüber der Bourgeoisie historisch im Recht seien. Diese müsse daher zu verzweifelten Greueltaten greifen wie etwa der Erschießung von Parlamentären durch die Regierungstruppen. Am 14. Januar erschien unter der Überschrift »Die Ordnung herrscht in Berlin« der letzte Leitartikel Rosa Luxemburgs, der randvoll von Zorn und Verachtung gegenüber dem »Berliner kleinbürgerlichen Mob« und den »jämmerlich Geschlagenen von Flandern und den Argonnen« erfüllt war und mit dem Ausdruck eines unverbrüchlichen Glaubens an den schließlichen Triumph der Revolution endete: »Die Führung hat versagt. Aber die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird … ›Ordnung herrscht in Berlin!‹ Ihr stumpfen Schergen. Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh' richten‹ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: ›Ich war, ich bin, ich werde sein!‹«

Einen Tag später waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tot. Daß man die Umstände dieses Todes zu verheimlichen suchte und daß dann bis 1933 auch die Gegner von einer *Mordtat* einiger Soldaten und Offiziere der Gardekavallerieschützendivision sprachen, ist ein überzeugender Beweis dafür, wie stark in Deutschland das rechtsstaatliche Bewußtsein noch war und wie wenig man sich in einem genuinen Bürgerkrieg begriffen sah, der eine Fortsetzung des russischen darstellte. Als wenige Monate später Eugen Leviné, der führende Mann der Münchener Räterepublik, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, beklagte sich ein Blatt der USPD, daß es ausgerechnet eine sozialistische Regierung gewesen sei, die das erste politische Todesurteil in Deutschland seit 1848 habe vollstrecken lassen.[6] Die Tat des Jägers Runge und seiner Anstifter war moralisch und rechtlich nicht zu rechtfertigen, denn sie bedeutete die Tötung von wehrlosen Gefangenen. Aber wer diese Wahrheit ausspricht, lügt gleichwohl, wenn er nicht hinzufügt, daß Karl Liebknecht und

Rosa Luxemburg, obwohl ganz oder halb gegen ihren ursprünglichen Willen, an die Spitze eines Aufstands gegen die Regierung getreten waren, daß in Rußland seit einem Jahr Hunderte und Tausende von verhafteten und also wehrlosen Gegnern, darunter die 350 Gefangenen des Aufstands von Jaroslawl, ohne Gerichtsverfahren von der Tscheka erschossen worden waren und daß die Offiziere das wußten, die den Jäger Runge zu seiner Tat anstifteten. Weit angemessener als die richtigen und trotzdem zugleich meist unwahren Aussagen über die »Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg« sind Sätze, die sich in einer Verlautbarung der KPD vom April 1921 über den angeblichen Verrat von Paul Levi finden und die dem Sinne nach lauten: Paul Levi fiel seinen kämpfenden Genossen in den Rücken. Ganz anders Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie waren gegen den Aufstand vom Januar 1919. Aber sie kämpften mit und fielen.[7]

Auch die März-Kämpfe von 1919 spielten sich in einer für die Regierung sehr gefährlichen Situation ab: Schwere Unruhen und große Streiks erschütterten Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet, und sie waren nicht zuletzt von dem Zorn über eine Regierung motiviert, welche die versprochene Sozialisierung nicht voranbrachte. Aber inzwischen war nach den Wahlen am 19. Januar, die den sozialistischen Parteien – anders als in Rußland – nur etwa 45 % der Stimmen gebracht hatten, die Nationalversammlung in Weimar konstituiert. So ist der Verdacht möglicherweise nicht unbegründet, daß die Regierung nun die Lage in Berlin endgültig unter Kontrolle bringen wollte und die Stadt regelrecht militärisch erobern ließ, wobei insgesamt 1200 Menschen getötet wurden und die Regierungstruppen in besonderem Maße jene Brutalität an den Tag legten, welche relativ kleine Truppenverbände bei der Konfrontation mit großen Mengen schlechtbewaffneter Zivilisten häufig erkennen lassen. So ließ der Oberleutnant Marloh 29 Matrosen ohne ausreichenden Grund erschießen. Übertriebene Gerüchte über Greueltaten der Spartakisten in Lichtenberg hatten die Truppen in große Erregung versetzt, und weitere standrechtliche Erschießungen erzeugten ihrerseits in der großen Masse der Bevölkerung des Berliner Ostens eine unverlöschliche Erbitterung gegen die »Noskiden« oder »Noskehunde«. Allerdings war die *Rote Fahne* in ihren Aufrufen keineswegs bloß defensiv und verkündete: »Die Revolution kann nur voranschreiten über das Grab jener Mehrheitssozialdemokratie … Nieder mit der Nationalversammlung … Eure Brüder streiken. Die Kapitalisten wanken. Die Regierung ist am Stürzen.«[8]

Kaum hatte sich die Regierung in Berlin durchgesetzt, da kam es in der Folge der Ermordung Kurt Eisners zur Ausrufung der Münchener Räterepublik, die zunächst für eine Woche bis zum 14. April von libertären Sozialisten wie Gustav Landauer und Erich Mühsam beherrscht wurde, bis Kommunisten wie Eugen Leviné, Max Levien und Tobias Axelrod an deren Stelle traten. Zu

ernsten Bluttaten kam es nicht, mit Ausnahme der Erschießung von mehreren Geiseln im Luitpoldgymnasium, aber schon die anarchistische *Schein-Räterepublik* hatte die *Bourgeois* in großen Schrecken versetzt, als sie am 10. April die Einsetzung von Revolutionstribunalen verkündete, deren Urteile ohne Berufungsmöglichkeiten »sofort vollstreckt« werden würden. Und hier war das *russische Beispiel* geradezu übermächtig. So erließ die nach Bamberg geflüchtete Regierung des Sozialdemokraten Hoffmann eine Bekanntmachung, in der es hieß: »In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen …«[9] Gewiß handelte es sich mehr um eine Drohung als um eine Wirklichkeit. Aber Lenin richtete am 27. April ein Begrüßungsschreiben an die Bayerische Räterepublik, in dem er in der Form von Fragen sehr weitreichende Anweisungen gab: »… welche Maßnahmen (haben) Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. durchgeführt? Haben Sie … die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet …, den Wohnraum der Bourgeoisie in München für die sofortige Einweisung von Arbeitern in die Wohnungen der Reichen beschränkt … (und) Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt?«[10] Daß die Abneigung gegen *die Fremden* und gegen *Einmischung durch das Ausland* jedoch nicht auf die Rechte beschränkt war, wird sogar am Beispiel Ernst Tollers deutlich, der am 26. April in einer entscheidenden Versammlung der leitenden Gremien sagte, die gegenwärtige Regierung sei ein Unglück, weil sie immer mit dem Argument operiere: »In Rußland haben wir es anders gemacht.« Aber »wir Bayern« seien keine Russen![11] Noch charakteristischer ist ein Satz, den Thomas Mann am 2. Mai 1919 in sein Tagebuch eintrug, als überall noch die Schüsse zu hören waren, welche die einrückenden Freikorps und die weichenden Spartakisten wechselten: »Wir sprachen darüber, (ob noch eine Rettung der europäischen Kultur möglich sei) … oder ob die Kirgisen-Idee des Rasierens und Vernichtens sich durchsetzen wird … Wir sprachen auch von dem Typus des russischen Juden, des Führers der Weltbewegung, dieser sprengstoffhaften Mischung aus jüdischem Intellektual-Radikalismus und slawischer Christus-Schwärmerei. Eine Welt, die noch Selbsterhaltungsinstinkt besitzt, muß mit aller aufbietbaren Energie und standrechtlichen Kürze gegen diesen Menschenschlag vorgehen …«[12]

In Rußland bildeten der März und der April des Jahres 1919 den ersten Höhepunkt der Hoffnung auf die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution. Für Lenin bedeutete die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands »mit so weltbekannten und weltberühmten Führern wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring«[13] bereits faktisch den Anfang der neuen, der kommunistischen Internationale, und die Gründungsversammlung in Moskau Anfang März war für ihn also bloß eine Art von formellem Nachvollzug. Allerdings fand sie in einem überaus bescheidenen Rahmen und fast ohne Delegierte maßgebender Parteien statt, vor allem aber

gegen den Willen Rosa Luxemburgs, welche die Zeit noch nicht für reif gehalten hatte. In der Tat befand sich Sowjetrußland in einer sehr schwierigen Lage: Es war verschiedenen Interventionen der Alliierten und dem Aufmarsch starker weißer Armeen konfrontiert, von der übrigen Welt so gut wie abgeschnitten und mit einer völlig desorganisierten Wirtschaft geschlagen. Aber selten in der Geschichte war die Diskrepanz zwischen einer überaus dürftigen materiellen Basis und einem enthusiastischen, überschießenden, weltumgreifenden Glauben so groß. Was diese kleine Versammlung von 51 *Delegierten*, die überwiegend Russen waren, an Manifesten und Aufrufen an die ganze Welt richtete, war von einem solchen Feuer und einer derartigen Kraft des Enthusiasmus durchdrungen, daß sich keine Siegesproklamation der Alliierten und auch kein wohlmeinender Zukunftsentwurf Wilsons ihnen an die Seite stellen ließ. In den von Bucharin verfaßten »Richtlinien der Kommunistischen Internationale« hieß es: »Die neue Epoche ist geboren. Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung, die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats ... Sie muß die Herrschaft des Kapitals brechen, die Kriege unmöglich machen, die Grenzen der Staaten vernichten, die ganze Welt in eine für sich selbst arbeitende Gemeinschaft verwandeln, die Verbrüderung und Befreiung der Völker verwirklichen.« Und zugleich wurden diese Forderungen des militanten Universalismus in eine große geschichtliche Linie gestellt: »Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der III. Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Marx und Rosa Luxemburg.«[14] Aber ihren höchsten Punkt erreichten diese zuversichtlichen Hoffnungen und Vorhersagen in dem Aufruf zum 1. Mai, den das Exekutivkomitee der Internationale im Bewußtsein, daß es jetzt neben der russischen schon die ungarische und die bayerische Sowjetrepublik gebe, an die Kommunisten Bayerns richtete: »Der Sturm beginnt. Die Feuersbrunst der proletarischen Revolution loht mit unaufhaltsamer Kraft in ganz Europa. Es naht der Moment, den unsere Vorgänger und Lehrer erwartet haben ... Der Traum der besten Vertreter der Menschheit wird zur Wirklichkeit ... Die Stunde unserer Unterdrücker schlägt. Der 1. Mai 1919 muß der Tag des Vorstoßes werden, der Tag der proletarischen Revolution in ganz Europa ... Im Jahre 1919 wurde die große Kommunistische Internationale geboren. Im Jahre 1920 wird die große Internationale Sowjetrepublik geboren werden.«[15]

Einem skeptischen Beobachter wäre es allerdings wahrscheinlicher gewesen, daß das Jahr 1919 das Ende der Sowjetrepublik bedeuten würde. In Südrußland drang die Freiwilligenarmee des Generals Denikin, von den Alliierten und besonders dem neuen englischen Kriegsminister Winston Churchill mit

viel Material und Militärmissionen unterstützt, weit nach Norden vor. In Sibirien hatte der Admiral Koltschak die Parteienregierung gestürzt, und seine Truppen, denen sich die Tschechoslowaken angeschlossen hatten, standen Ende April vor Samara und nicht weit von Simbirsk. In den ehemaligen Ostseeprovinzen kämpften immer noch deutsche Truppen und *Baltische Landeswehr* sowohl gegen die Bolschewiki wie gegen die bürgerlich-nationalistischen Letten und Esten; Petrograd blieb gefährdet. Im Norden befanden sich alliierte Truppen weiterhin in Archangelsk und waren bemüht, ein russisches Regime unter einem Sozialrevolutionär in den Sattel zu setzen. Das *rote* Gebiet war nun kaum noch größer, als das Großfürstentum Moskau in der Zeit vor Peter dem Großen gewesen war, und es litt schrecklich unter dem Hunger, da es von den wichtigsten Getreidegebieten abgeschnitten war und seinen Bauern keine Industriewaren liefern konnte, so daß Lenin gezwungen war, Requisitionskommandos von Arbeitern aus den Städten in die Dörfer zu schicken, die sich dort mit den *Dorfarmen* zu einem gnadenlosen Beutezug gegen die *Kulaken* zu vereinigen suchten.

Zum äußeren Bürgerkrieg lief also ein innerer Klassenkrieg parallel, und dieser war das Charakteristische und Vorganglose, denn noch niemals in der modernen Geschichte hatte ein Regierungschef große Gruppen der eigenen Bevölkerung als »die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie« oder als »Spinnen« und »Parasiten« bezeichnet, gegen die ein gnadenloser Kampf geführt werden müsse.[16] An den Fronten dagegen war der Kampf auf beiden Seiten gleichermaßen erbittert, und auch neutrale Beobachter berichteten nicht selten, er werde von den Weißen mit größerer Grausamkeit geführt als von den Roten, weil die letzteren häufig bloß die gefangenen Offiziere töteten und die Mannschaften als *Klassenbrüder* in Freiheit setzten. In der Tat trug der Übergang ganzer Einheiten zum Feind wesentlich zu der Niederlage bei, welche die Koltschak-Armee im Mai und Juni erlitt, bevor sie eine Verbindung mit Denikin hatte herstellen können, und nach einer schweren Niederlage der Tschechoslowaken verwandelte sich der Rückzug zu jener dramatischen Flucht über die Tausende von Kilometern der transsibirischen Bahnlinie, bei der Hunderttausende fielen und weitere Hunderttausende von fliehenden Zivilisten an Entkräftung starben.

Als Denikin in Richtung Moskau vorrückte, war Koltschak bereits geschlagen, und als die Nordwestarmee des Generals Judenitsch im Oktober bis an den Stadtrand von Petrograd gelangte, hatte Denikin schon den Rückzug antreten müssen. Die weißen Armeen, die Alliierten, die nationalistischen Letten und Esten, die Bauernanarchisten Machnos in der Ukraine und die ukrainischen Nationalisten unter Petljura, die Polen und die Kaukasier kämpften miteinander gegen die Bolschewiki und doch zugleich heimlich und teilweise offen gegeneinander, da die einen das russische Reich wiederherstellen und

die anderen es schwächen wollten, da die einen für die eigene Unabhängigkeit kämpften und die anderen für Erwerb von Land oder die Sicherung von Rohstoffzufuhren. Überdies stellten sich Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowohl im sowjetischen Gebiet wie hinter den weißen Fronten faktisch auf die Seite der Bolschewiki, als die Gefahr riesengroß zu sein schien, daß ein reaktionärer General siegreich in Moskau einziehen werde. Lenin wußte genau, daß er seinen Sieg im Bürgerkrieg ebenso der Uneinigkeit seiner Gegner verdankte, wie der Triumph seiner Revolution auf die Übernahme des Landprogramms der Sozialrevolutionäre zurückzuführen war. So hatten sich gegen Ende des Jahres 1919 zwar große Teile des früheren Zarenreiches selbständig gemacht – neben den neuen Ostseestaaten und Finnland nicht zuletzt Georgien –, aber als leistungsfähige und noch nicht völlig entmutigte Bürgerkriegsarmee waren nur noch die Truppen Denikins im Gebiet nördlich der Krim anzusehen, deren Oberbefehl bald auf den General von Wrangel überging. Eine bedrohliche äußere Macht waren bloß die Polen, die von einer Wiederherstellung der Grenzen von 1772 träumten. Das russische Bürgertum und der russische Adel aber existierten nicht mehr, wenn auch zahlreiche einzelne der physischen Vernichtung entgangen und irgendwo in der gewaltigen Sowjetbürokratie untergeschlüpft waren: Die *Ausbeuterklassen* waren *liquidiert*, wie es dem Programm der Partei entsprach, und weit mehr als eine Million ihrer Angehörigen fand in einer der größten Fluchtbewegungen, welche die Welt bis dahin gesehen hatte, ein dürftiges Unterkommen in den Ländern Europas.[17] Die *Weltrevolution* allerdings hatte im Jahre 1919 zwei Länder verloren, nämlich Ungarn und Bayern. Aber daß Churchill nicht in der Lage gewesen war, sich mit seinen Forderungen nach stärkerer Unterstützung der Weißen gegen Lloyd George durchzusetzen, hatte seine Hauptursache darin, daß der Premierminister durch revolutionäre Tendenzen in England sehr beunruhigt war und lieber ein bolschewistisches Rußland als ein bolschewistisches England haben wollte. Und das Jahr 1920 sollte sehr bald einen weiteren Vorstoß *der Revolution* bringen.

In Deutschland war in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 von der Kommunistischen Partei nicht mehr viel die Rede gewesen, um so mehr aber von den untragbaren Bedingungen des Friedens von Versailles, von der »Kriegsschuldlüge« des Artikels 231, von dem schändlichen Verlangen der Alliierten nach Auslieferung der deutschen *Kriegsverbrecher* und insbesondere des früheren Kaisers. Die Partei war verboten, und auf einem illegalen Parteitag in Heidelberg hatte sie sich von jenen linken Radikalen getrennt, die auf dem ersten Parteitag in der Frage der Wahlbeteiligung Rosa Luxemburg überstimmt hatten und die nun zum Teil in ein *nationalbolschewistisches* Fahrwasser gerieten wie die beiden Hamburger Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Dennoch ist es nicht unglaubhaft, daß der General von Lüttwitz, dessen Truppen

ein Jahr zuvor die SPD-Regierung gerettet hatten, nicht bloß wegen der von den Alliierten verlangten Reduzierung der Heeresstärke, sondern auch wegen des Anwachsens des *Bolschewismus* beunruhigt war, denn er hatte in erster Linie die USPD im Auge, die immer stärker zu werden schien. Aus diesen Sorgen und auch aus dem begreiflichen Wunsch, die ersten Reichstagswahlen bald angesetzt zu sehen, resultierte der sogenannte Kapp-Putsch, der Berlin für einige Tage in die Gewalt der meuternden »Brigade Ehrhardt« brachte und die Reichsregierung zwang, zuerst nach Dresden und dann nach Stuttgart auszuweichen.

Entscheidend für den baldigen Rücktritt des Putschreichskanzlers Wolfgang Kapp, der vor allem in Ostdeutschland viel Unterstützung gefunden hatte, war neben dem Widerstand der Berliner Beamtenschaft und der Neutralität des Großteils der Reichswehr der politische Generalstreik, zu dem die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung die Arbeiter aufriefen. Dieser Aufruf nun sprach im Grunde die Sprache der proletarischen Revolution: »Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtsregiment heute wieder anzuerkennen. Wir paktieren nicht mit den Baltikumverbrechern ... Arbeiter, Genossen ... Wendet jedes Mittel an, um diese Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten ... Streikt, legt die Arbeit nieder und schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab ... Proletarier, vereinigt Euch!«[18]

Es war nicht verwunderlich, daß dieser Generalstreik sich nun auch gegen die Regierung wandte, zu deren Mitgliedern Gustav Noske zählte, und daß der linke Flügel der USPD jetzt das Versäumnis von 1918 wiedergutzumachen suchte. Dennoch kam es offensichtlich für die Regierung überraschend, wie schnell sich an vielen Stellen Deutschlands Abteilungen einer Roten Armee bildeten und wie erfolgreich der Zusammenschluß immerhin in einer Region gelang, nämlich im Ruhrgebiet. Hier wurden nicht nur Reichswehrverbände, sondern auch Polizeiabteilungen niedergekämpft, und man hat nicht zu Unrecht von einer deutschen »Märzrevolution« gesprochen.[19] Die KPD allerdings war daran nur wenig beteiligt, und zuerst hatte sie sogar eine schadenfrohe Neutralität im Kampf der »Ebertiner« und der »Lüttwitze« einhalten wollen, aber Gerüchte schrieben ihr und sogar *Russen* dann doch bald eine Hauptrolle zu, und auch dadurch verschärften sich die Kämpfe, bei denen die Regierung sogar auf die Truppen zurückgreifen mußte, gegen die ihre sozialdemokratischen Mitglieder zum Generalstreik aufgerufen hatten. Für gut zwei Wochen war Deutschland nun eine Art Rußland, wo ein genuiner Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Großformationen tobte, und ganz auf das russische Beispiel bezogen war eine Rede, die Gustav Stresemann am 28. März 1920 vor dem Geschäftsführenden Ausschuß seiner Partei hielt: Es sei festgestellt worden, daß Offiziere der russischen Roten Armee hier in Berlin geweilt hätten und daß von Lenin Volksredner nach Deutschland entsandt worden seien. Die

Verhältnisse in Deutschland entwickelten sich mit fotografischer Treue wie diejenigen in Rußland. »Genau wie man bei uns Truppen entwaffnet und Arbeiterbataillone schaffen will, genau so hat es Kerenski gemacht, und Lenin war sein Nachfolger. Wenn es so weitergeht, dann ist der Bolschewismus das Meer, in dem wir schließlich ertrinken.« Das schlimmste aber sei, daß die Demokratische Partei sich jetzt an Angriffen gegen die Reichswehr beteilige und dadurch die Interessen des Bürgertums verleugne. »Kann man sich da wundern, wenn Offiziere im Kampf gegen den Bolschewismus wankend werden?«[20]

Letzten Endes wurde die Reichswehr doch nicht wankend, und sie schlug den Aufstand nieder, streckenweise mit großer Brutalität, so daß ein junger Soldat seinem Tagebuch anvertraute: »Im Felde waren wir gegenüber den Franzosen viel humaner.«[21] So verstärkte dieser kurze deutsche Bürgerkrieg den Haß auf beiden Seiten, und er raubte der Mitte noch mehr an Selbstgefühl und an moralischer Autorität: Er verstärkte den Haß von zahlreichen Unabhängigen und Kommunisten gegen die *Soldateska* und die SPD-Regierung, welche die Revolution abermals verraten habe; und er verstärkte den Haß der Soldaten gegen die *Bolschewisten* und vor allem gegen die sozialdemokratischen Marxisten, die sich immer wieder von den Soldaten retten ließen und die doch immer wieder diese ihre Retter kränkten und beschimpften. Aber eine tiefe Abneigung richtete sich – wie bei den russischen *Weißen* – nun auch gegen das Bürgertum, das sich als philisterhaft und energielos erwiesen habe, obwohl doch bei den Kämpfen im Vogtland Max Hölz Plakate hatte anschlagen lassen, auf denen er damit drohte, beim Anrücken von Reichswehr sofort die ganze Stadt anzuzünden und die Bourgeoisie abzuschlachten, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters.[22]

Die Folgen des Kapp-Putsches waren sonderbar. Die Reichtstagswahlen fanden am 6. Juni 1920 statt, und sie kosteten die Weimarer Koalition ihre Mehrheit. Die USPD wuchs gewaltig an und war nun beinahe so stark wie die Sozialdemokraten, aber auch die Deutschnationalen verzeichneten erhebliche Gewinne. Der Sozialdemokrat Hermann Müller verhandelte zunächst mit dem Führer der Unabhängigen, Arthur Crispien, aber dieser wies das Angebot einer Regierungsbeteiligung zurück, weil seine Partei die »Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus« erstrebe.[23] Schließlich wurde eine bürgerliche Regierung unter dem Zentrumspolitiker Fehrenbach gebildet, und da in Bayern der Sozialdemokrat Hoffmann gleich nach dem Putsch durch Gustav von Kahr ersetzt worden war, waren es schließlich die bürgerlichen Parteien, die aus dem Bürgerkrieg den größten Gewinn zogen, obwohl sie ihm im Grunde doch nur zugesehen hatten.

Die Kommunisten fanden also ihre Minimalforderung erfüllt, nämlich die

Beendigung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, aber auf ganz andere Weise, als sie es sich vorgestellt hatten. Ein Bündnis aller sozialistischen Parteien und die Regierungsführung durch einen Vertreter der Gewerkschaften wäre immerhin ein Schritt in die *sowjetische* Richtung gewesen, hin zu jener Situation, welche die Bolschewiki durch ihre Machtergreifung nicht zu weiterer Auswirkung hatten kommen lassen. Aber es sah nun ganz so aus, als bedürfe es der parlamentarischen Manöver nicht mehr, um die Weltrevolution in Deutschland zum Durchbruch zu bringen. Im Frühjahr hatte Josef Pilsudski, einst Führer der Sozialistischen Partei Polens und nun Gründer eines in seinen Grenzen und seiner Rolle noch nicht festgelegten Staates, im Bündnis mit den ukrainischen Nationalisten Petljuras Sowjetrußland angegriffen, um eine große osteuropäische Föderation von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu schaffen, die Sowjetrußland für *das zivilisierte Europa* ungefährlich machen würde. Aber am 11. Juni mußte das eben eroberte Kiew wieder geräumt werden, und dann erlitten die verbündeten Polen und Ukrainer eine Niederlage nach der anderen. Die Frage war, ob an der sogenannten Curzon-Linie angehalten werden sollte, aber Lenin setzte seinen Willen durch, und erstmals überschritt die Rote Armee die Grenzen ihres Landes – um den von den *Pany* – den Feudalherren – unterdrückten Arbeitern und Bauern Polens die Freiheit zu bringen, wie eine vorsorglich gebildete neue Regierung verkündete. Aber das eigentliche Ziel Lenins war Deutschland, das heißt die Revolution in Deutschland, und auch Trotzki sah nun den Augenblick heranrücken, wo Russen und Deutsche gemeinsam der Entente die große Schlacht am Rhein liefern würden.[24] Unter vielen deutschen Nationalisten war der Haß gegen Polen so stark, daß diese Perspektive mit Begeisterung begrüßt wurde, und die Presseberichte über die nun an den Grenzen Ostpreußens stehenden Sowjettruppen waren im allgemeinen sehr positiv. Das westliche Europa hielt den Atem an und schien eine Zeitlang vollständig gelähmt zu sein, zumal die Appelle der Sowjetregierung an die Arbeiter, alle Munitions- und Materialtransporte nach Polen zu verhindern, vor allem bei den englischen Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden fielen. In den Artikeln der Presse wurde Polen vielfach wie ein allzu schwaches Bollwerk dargestellt, das mit verzweifelter Tapferkeit ganz Europa vor dem Ansturm östlicher Horden zu retten suche. Die Amerikaner begnügten sich mit einer Note des Staatssekretärs Colby, die den militanten Kommunismus mit *militärischer Autokratie* gleichsetzte und den *Amerikanismus* schroff dagegenstellte. Die Franzosen unterstützten den General Wrangel bei der letzten Offensive, die im russischen Bürgerkrieg unternommen wurde und die den Polen einige Entlastung brachte. Aber auch die Militärmission des Generals Weygand hätte das Schicksal nicht wenden können, wenn nicht bei den polnischen Arbeitern und Bauern der traditionelle Haß gegen die Russen doch stärker gewesen wäre als die Abneigung

gegen die Herrenschicht, die ja längst das Heft nicht mehr allein in der Hand hatte. So konnte Pilsudski sein Heer reorganisieren und die Schlacht um Warschau gewinnen. Im Vorfrieden von Riga wurden ihm die Westukraine und große Teile Weißrußlands zugesichert, und dafür ließ er Petljura und Wrangel ebenso fallen, wie die Alliierten am Anfang des Jahres Koltschak hatten fallenlassen. Wrangel schiffte sich mit seinen Truppen im November von der Krim nach Konstantinopel ein, und damit war der russische Bürgerkrieg an ein Ende gekommen, das viele Emigranten allerdings bloß für ein vorläufiges Ende hielten.[25]

Um die gleiche Zeit wurde die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer Massenpartei, indem sie sich mit dem linken Flügel der USPD zur »Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands« (VKPD) zusammenschloß. Die Voraussetzung dafür waren die Beschlüsse des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gewesen, der gerade während der entscheidenden Zeit des sowjetisch-polnischen Krieges in Moskau getagt hatte und dessen Delegierte mit dem größten Enthusiasmus das ständige Vorrücken der Frontlinien auf der großen Wandkarte verfolgt hatten, die im Kongreßgebäude angebracht worden war. Hier hatte Lenin jene 21 Bedingungen verabschieden lassen, welche die Spaltung nun auch in die großen linkssozialistischen Parteien Europas hineintrugen, nämlich in die deutsche USPD, in den italienischen PSI und die französische SFIO. Diese Bedingungen konstituierten die Kommunistische Internationale als eine zentralisierte, in *Sektionen* gegliederte Weltpartei, die alle *Reformisten, Zentristen, Sozialpazifisten* und sogar die Anhänger der *gelben Gewerkschaftsverbände* von sich ausschloß, auch wenn sie, wie der Italiener Filippo Turati, entschiedene Gegner des Krieges gewesen waren. Sie verlangten von jeder der Sektionen, daß sie illegale Parallelapparate zur Vorbereitung der Phase des Bürgerkrieges schufen, systematische Zersetzungspropaganda in den Heeren übten, die Verpflichtung übernahmen, »jeder Sowjetrepublik« (also praktisch Sowjetrußland) bedingungslosen Beistand zu leisten, und durch ihr ganzes Verhalten keinen Zweifel daran ließen, daß die Kommunistische Internationale »der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt« hat.[26] Für alle ungläubigen Beobachter konnten diese Bedingungen nichts anderes bedeuten, als daß das im Weltkrieg besiegte Rußland auf ebenso subtile wie hinterhältige Weise seine Selbstbehauptung zu sichern und seine Revanche vorzubereiten suchte, indem es die Massen der Arbeiter und Bauern in den feindlichen Staaten unter Ausnützung der Propaganda- und Organisationsfreiheit, die man bei sich selbst den überlebenden Gegnern vorenthielt, gegen die führenden Schichten ihres Landes aufzuwiegeln versuchte. Die Rechtssozialisten wiederum mußten sich sagen, daß Lenin offensichtlich den *Imperialismus des Westens* mit jener Einbeziehung

eines Großteils der Sozialisten in das parlamentarische System gleichsetzte, die um 1900 in Frankreich begonnen hatte und die sich 1917 sogar in Rußland durchzusetzen schien, jene Einbeziehung, die in der europäischen Geschichte tiefe Wurzeln hatte und die nach allem menschlichen Ermessen einen weiteren großen Krieg verhindern mußte, wenn sie mit großer Mehrheit und ohne Vorbehalte vollzogen wurde. Aber starke linke Flügel in allen Parteien waren offenbar mit Lenin der Überzeugung, daß Sozialisten nicht mitwirken, sondern allein die Herrschaft ausüben sollten, weil nur dann alle Herrschaft beseitigt werden könne. Begeisterung konnte nur diese dritte Interpretation auslösen, und einen höheren Anspruch vermochte in der Tat keine Partei zu erheben als denjenigen, der in dem letzten Satz des Manifestes zum Ausdruck kam, welches der Kongreß verabschiedete: »Arbeiter und Arbeiterinnen! Es gibt auf der Erde nur ein Zeichen, welches wert ist, daß unter ihm gekämpft und gestorben wird: Dieses Zeichen ist die Kommunistische Internationale.«[27] Und es handelte sich nicht um eine grundlose Begeisterung. Wo in aller Welt hätte man sonst den Delegierten einen Herrscherpalast zeigen können, der wie das Zarenschloß in Zarskoje Selo in ein Kinderheim umgewandelt war, wo gab es anderswo so viel Bemühen um die Beseitigung des Analphabetismus, wo hatten einfache Arbeiter so unbeschränkte Möglichkeiten, ihre schriftstellerischen Anlagen zu entfalten oder die höchsten Staatsstellungen zu bekleiden? Hatte nicht tatsächlich in Sowjetrußland die *Partei des Fortschritts* die Macht ergriffen?

Welch ungeheures Prestige sich der sowjetische Kommunismus durch seinen Sieg errungen hatte, wurde nirgendwo deutlicher als in Deutschland. Als sich die Delegierten der USPD im Oktober 1920 in Halle versammelten, um über die Annahme oder Nicht-Annahme der 21 Bedingungen zu entscheiden, da wurde der Abgesandte der Komintern, Grigorij Sinowjew, mit rauschendem Beifall empfangen, obwohl eine starke Minderheit keine Hand zur Begrüßung rührte. Und dann sprach Sinowjew mehrere Stunden lang mit so hinreißender Überzeugungskraft, daß ihn einige Zeitungen in ihren Berichten den größten Redner des Jahrhunderts nannten. Mit stärkster Emphase warf er den *Rechten* um Crispien und Hilferding vor, daß die Furcht vor der Revolution sich durch ihre ganze Politik ziehe, und er setzte den eigenen Glauben dagegen, der ihm die Tränen in die Augen getrieben habe, als vor einigen Wochen beim Kongreß der erwachenden Völker Asiens in Baku Hunderte von Türken und Persern mit in den Gesang der Internationale eingestimmt hätten. So werde für die ganze Menschheit das Licht vom Osten kommen und die Gegner der Vereinigung seien ganz im Unrecht, wenn sie sich über die Naivitäten der Massen beklagten, denn »der sogenannte naive, religiöse Glaube der Proletariermassen« sei »in der Tat der wichtigste revolutionäre Faktor der Weltgeschichte«.[28] In dieser These war nun unzweifelhaft

eine sehr starke Veränderung, ja geradezu eine Umkehrung des Marxismus zu erblicken. Aber die orthodoxen Marxisten, unter ihnen Rudolf Hilferding und Julius Martow, fanden mit ihren Reden »gegen das Moskauer Diktat« nicht entfernt so viel Beifall, obwohl empörte Rufe hörbar wurden, als Martow die Verfahrensweise der Tscheka schilderte und hinzufügte, er schäme sich für sein Land, in dem derartige Dinge möglich seien.[29] Der größere Teil der Delegierten stimmte dem Entschluß zu, den Sinowjew gleich in eine ganz weite historische Perspektive gestellt hatte, als er am Schluß seiner Rede sagte: »In Deutschland wird sich jetzt eine große einheitliche kommunistische Partei bilden, und das ist das größte historische Ereignis dieser Tage.«[30] So wurde aus der kleinen »Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale« die große »Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands« (VKPD), die natürlich ebenfalls eine Sektion der KI war. 300 000 Mitglieder der USPD vollzogen den Schritt mit, während 300 000 bei der alten Partei blieben, die sich zwei Jahre später wieder mit der Mehrheitssozialdemokratie vereinigte. Die VKPD zählte nun etwa 350 000 Mitglieder, und an die Spitze traten als gleichberechtigte Vorsitzende Paul Levi, ein sehr kultivierter Rechtsanwalt und Schüler Rosa Luxemburgs, und Ernst Däumig von der USPD.

Wenig später veröffentlichte Sinowjew einen Bericht über seine »Zwölf Tage in Deutschland«. Nicht ohne gute Gründe konnte er behaupten, daß die ungeheure Mehrzahl der deutschen Arbeiter auf der Seite der russischen Revolution stehe und daß die Propaganda der rechten Intellektuellen und der kleinbürgerlichen Arbeiteraristokraten gegen die »Moskauer Knute« oder die »Despoten aus Moskau« auf unfruchtbaren Boden gefallen sei. Noch interessanter aber waren die Eindrücke, die der Parteiführer des nach allen Berichten verödeten und hungernden Petrograd in Deutschland gewonnen hatte, Eindrücke von den »üppigen Läden, strotzend vor Delikatessen« und von den »satten, stupiden Bourgeois«, die Herren der Lage seien. »Wann endlich wird es ein Ende haben? Wann, wann wird der Riese, der deutsche Proletarier, seine Schultern recken und dieses ganze bürgerliche Geschmeiß, das die Spitze der Pyramide einnimmt, abschütteln? Verflucht sei sie, dreimal verflucht, die »zivilisierte« kapitalistische Welt, die die lebendige Seele zertritt und Millionen Menschen zu Knechten macht … Erst wenn vom deutschen Menschewismus kein Stein mehr auf dem anderen steht, wird der Weg frei sein; erst dann werden die mächtigen Arbeiterorganisationen Deutschlands … zum machtvollen Hebel werden, mit dem die deutsche Arbeiterklasse das alte Deutschland umstößt und der Bourgeoisie den Garaus macht.«[31] Selten ist der innere Zusammenhang zwischen Zivilisationskritik und Vernichtungsintention, der eines der Kennzeichen des frühen Bolschewismus ist, so klar formuliert worden wie hier von dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale. Als das in

Rußland bereits fast verwirklichte Heilmittel nannte Sinowjew die vollständige Abschaffung des Geldes und die Naturalisierung des Arbeitslohns. Aber schon wenige Monate später wurde dieses Heilmittel in Sowjetrußland zum alten Eisen geworfen.

Die Zeit des russischen Bürgerkrieges war ja eine Zeit des *Kriegskommunismus* gewesen, der einerseits mit großen Hoffnungen auf die unmittelbar bevorstehende Realisierung einer nicht-mehr-kapitalistischen Lebensweise des »Alles gehört allen« verbunden und durch großen agitatorischen und kulturellen Schwung gekennzeichnet war, der aber doch bereits eine klare Zurückdrängung des Spontanen, Stärkung der Partei- und Staatszentrale sowie Disziplinierung in Armee und Industrie bedeutete. Damit war die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Gewerkschaften im *Arbeiterstaat* spielen sollten: Würden sie weiterhin eine Interessenvertretung der Arbeiter sein oder Organe der Arbeiter zwecks Selbstverwaltung der Industrie oder aber *Transmissionsriemen* für die Partei, die eines Tages vielleicht die Arbeitskraft auf ähnliche Weise requirieren lassen würde, wie sie das Getreide der Bauern requirierte? Schon 1919 und 1920 machten sich Anfänge einer *Arbeiteropposition* bemerkbar, und verschiedene Gruppen versuchten, sich als Opposition bzw. als Frakbar, und verschiedene Gruppen versuchten, sich als Opposition bzw. als Frak-
tion zu konstituieren. Der stärkste Impuls war dabei die Klage über die Sowjetbürokratie, aber auch über die Einmannleitung, über die Rolle der Spezialisten, über Anpassertum und Opportunismus. All das führe zu dem paradoxen Resultat, daß (wie Alexandra Kollontai es formulierte) »einzig und allein die wichtigste Klasse der Sowjetrepublik … in ihrer Masse ein schmachvoll jämmerliches Zwangsarbeitsdasein« friste.[32]

Lenin hatte seinerseits ein scharfes Empfinden für die Untragbarkeit und Ausweglosigkeit der Zustände. Er suchte dadurch Abhilfe zu schaffen, daß er der Spontaneität ökonomischen Spielraum gewährte, indem er die Requisitionen durch die Naturalsteuer ersetzte und den Bauern damit die Möglichkeit gab, ihre Überschüsse auf dem freien Markt zu verkaufen. Nun mußte notwendigerweise ein gewisses Maß an freiem Handel und eine Schicht von Geschäftsleuten und Händlern entstehen, die sich auf mannigfaltige Weise *kapitalistisch* zu betätigen vermochten. Eben das nannte Lenin die »Neue Ökonomische Politik« (NEP), und er ließ ihre Grundzüge von dem X. Parteitag beschließen, der Anfang März zu tagen begann. Aber um so entschiedener hielt er an dem Prinzip der politischen Parteidiktatur fest, und er scheute sich nicht, den Terminus »Staatskapitalismus« zu verwenden. In der Tat hatte er bereits 1918 ganz eigentümliche Äußerungen getan, die er jetzt in seiner Schrift »Über die Naturalsteuer« nachdrücklich wiederholte: »Wenn in Deutschland die Revolution noch zögert, ›auszubrechen‹, so ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertra-

gung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.«[33] Nun war auch zu Anfang 1921 die Revolution in Deutschland noch nicht *ausgebrochen*. Wenn Rußland aber zu einer Entwicklungsdiktatur wurde, über deren nationalisierte Großindustrie das Spitzengremium der Partei bedingungslos verfügte, während unterhalb dieser Ebene weitgehend der freie Handel und ein kleinkapitalistisches Händler- und Unternehmertum die Situation bestimmten, dann mußte sich das anarchistisch-utopistische Pathos, das der Kern des Kommunismus qua Sowjetherrschaft zu sein schien, mit verdoppelter Kraft gegen einen Zustand richten, der allem Anschein nach schlechter war als der im Westen herrschende Hochkapitalismus.

Der erste und mächtigste, weil organisierte und bewaffnete, dabei noch vorwiegend gegen bestimmte Erscheinungen des Kriegskommunismus gerichtete Ausdruck dieser Kritik war der Aufstand der Matrosen und der Bevölkerung von Kronstadt. Er fiel zeitlich mit dem X. Parteitag zusammen, und wohl nicht bloß ganz zufällig, denn Unruhen und Streiks waren vorher, besonders in Petrograd, zahlreich gewesen, und umgekehrt hatten sich die bevorstehenden Lockerungen in mancherlei Andeutungen bereits bemerkbar gemacht.

Folgende Forderungen wurden von der Vollversammlung der Mannschaften der ersten und zweiten Brigade der Schlachtschiffe am 1. März 1921 erhoben: Neuwahlen zu den Sowjets unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe; Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien; Versammlungsfreiheit; Freiheit der Gewerkschaften und der Bauernvereinigungen; Befreiung aller politischen Gefangenen, die sozialistischen Parteien angehören; Wahl einer Kommission zur Überprüfung der Prozeßakten aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern Eingeschlossenen; Verfügungsfreiheit der Bauern über ihr Land, sofern sie sich keiner Lohnarbeit bedienen; freie handwerkliche Produktion auf der Basis eigener Arbeit.[34]

Zu einem großen Teil handelte es sich also um die Forderungen von 1917, die von der Russischen Kommunistischen Partei angeblich verwirklicht worden waren. Aber gerade dies wurde offenbar von Lenin und von der Partei als unerträgliche Drohung aufgefaßt. Sofort wurden Vorbereitungen zur militärischen Niederwerfung der *Meuterei* getroffen, und damit wurde auch der Ton der Kronstädter immer schärfer: »An alle, alle, alle! … Bis zu den Hüften im Bruderblut der Werktätigen watend, hat der blutrünstige Feldmarschall Trotzki als erster das Feuer auf das revolutionäre Kronstadt eröffnet, weil es sich gegen die Herrschaft der Kommunisten erhoben hat, um die echte Macht der Sowjets wiederherzustellen … In diesem Meer von Blut ertränken die

Kommunisten alle großen und leuchtenden Verheißungen und Losungen der Arbeiterrevolution ... Das Leben unter dem Joch ist schrecklicher als der Tod geworden ... Hier in Kronstadt wurde der Grundstein zur Dritten Revolution gelegt, ... die einen neuen breiten Weg zu schöpferischer Tätigkeit im Geiste des Sozialismus freilegen wird.«[35]

Wenn man bedenkt, wie zentral die Begriffe Masse, Selbsttätigkeit, Befreiung, Herrschaftslosigkeit in der russischen Revolution gewesen waren und wie sie hier als Zeugnis *gegen* diese Revolution angerufen wurden, dann war es nur allzu begreiflich, daß die Kommunistische Internationale den Befehl gab, in Deutschland nun endlich mit der neuen Massenpartei den Durchbruch zu erzielen und entweder den Sieg zu erzwingen oder mindestens die Aufmerksamkeit der Welt von Kronstadt abzulenken. Tatsächlich brach während der Osterwoche inmitten der ungemein schwierigen Situation, in der sich die bürgerliche Regierung Fehrenbach infolge der exzessiven Reparationsforderungen der Entente und ohnmächtiger Widerstandsversuche befand, die sogenannte »März-Aktion« los, die in Wahrheit ein großangelegter Aufstand im mitteldeutschen Industriegebiet war und ebenfalls als eine »Märzrevolution« bezeichnet werden könnte, zumal es auch zu gewalttätigen Aktionen in Hamburg und anderen großen Städten kam, während die KPD zum politischen Generalstreik aufrief. Allerdings war in die Vorbereitungen, die im Ausgang von der sogenannten Theorie der revolutionären Offensive getroffen wurden, eine Polizeiaktion des Oberpräsidenten Hörsing hineingestoßen, so daß auch wieder von Provokation und von Widerstand die Rede sein konnte. Die *Rote Fahne* führte eine außerordentlich scharfe Sprache: »Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratisches Führergesindel haben die Waffen aus den Händen des Proletariats entwunden ... Wie Kahr von der einen Seite, so muß das Proletariat von der anderen Seite: Pfeifen auf das Gesetz. Ein jeder Gegenrevolutionär hat seine Waffe. Die Arbeiter dürfen nicht schlechtere Revolutionäre sein, wie es jene Gegenrevolutionäre sind.«[36]

Der Unterschied bestand aber darin, daß diesmal die *Gegenrevolutionäre*, die man besonders als die bayerische Selbstschutzorganisation Escherich (Orgesch) identifizierte, *keinen* Putsch gemacht hatten wie ein Jahr zuvor. Und es gab längst nicht so viel spontane Erregung unter den Arbeitern wie im März 1920, so daß die Partei eine Menge künstlicher Mittel in Anwendung bringen mußte: Attentate, Sprengungen, Aufreizungen der Sicherheitspolizei durch Parolen wie: »Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten!«[37] So traten zwar, nach den Angaben der Partei, Hunderttausende in den Kampf, also mehr als im Jahr zuvor an der Ruhr, aber eben nicht Millionen, und nur mit Millionen hätte dieser Bürgerkrieg siegreich sein können. Deshalb hatte es in der Parteiführung starke Widerstände gegeben, und die Abgesandten der

Komintern, unter ihnen Matias Rakosi und Bela Kun, hatten ihre ganze Autorität aufwenden müssen, um sich durchzusetzen.

Das schlimmste an dieser Niederlage war aber, daß der bisherige Parteiführer Paul Levi schon im April eine Schrift veröffentlichte, in der er die Aktion als »den größten Bakunistenputsch der bisherigen Geschichte« bezeichnete, als einen Krieg der Kommunisten gegen vier Fünftel der deutschen Arbeiter, die von der *Roten Fahne* auf unerhörte Weise beschimpft worden seien. Als die eigentlich Verantwortlichen machte Levi die Abgesandten der Komintern namhaft, und er charakterisierte sie mit dem bösen Ausdruck »Turkestaner«.

Dafür wurde er natürlich aus der Partei ausgeschlossen, aber mit der Gründung der »Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft« (KAG) vollzog er die erste Abspaltung von der VKPD. Damit schien sich ein *westeuropäischer* Kommunismus dem Sowjetkommunismus entgegenzusetzen, und nicht ganz selten war nun von dem *Antibolschewismus* heterodoxer Kommunisten die Rede.

So hatte die Kommunistische Partei Sowjetrußlands im Frühjahr 1921 den großen Bürgerkrieg definitiv gewonnen, aber sie schien sich durch die Einführung der NEP zugleich auf merkwürdige Weise verändert zu haben. Während des Krieges war sie ein Teil der großen gesamteuropäischen Protest- und Hoffnungspartei gewesen, und danach hatte sie als die russische Partei des Bürgerkrieges und der sozialen Vernichtung feindlicher Klassen einen welthistorischen Triumph errungen, der freilich auch die Niederschlagung gewaltiger Bauernaufstände in sich schloß, welche schwerlich bloß auf die Tätigkeit von Kulaken zurückgeführt werden konnten. Mußte sie nun nicht entweder als *Partei der Weltrevolution* sich zunächst auf ganz Europa ausdehnen oder aber sich in eine *Partei der Industrialisierung* verwandeln, die einen Weg beschritt, den noch niemand vor ihr gegangen war?[38] Oder würde sie sogar zu einer »Kriegspartei« werden, wie ihr der Menschewist Noe Jordania vorwarf[39], nachdem sowjetische Truppen im Februar 1921 zum zweiten Mal eine völkerrechtlich anerkannte Grenze überschritten und Georgien unterworfen hatten?

Daß sie in dieses Dilemma geraten war, war auf die Niederlagen zurückzuführen, welche die deutsche Partei bzw. die deutsche Revolution erlitten hatte. Der Übergang zur NEP bedeutete nur die Gewinnung einer Atempause, und die neue Entscheidungssituation stellte sich im Jahre 1923 ein, dem Jahr der großen deutschen Krise. Aber wenn es schon 1920 und 1921 sogar in den Reihen der Kommunisten *Antibolschewismus* gab, dann wäre es mehr als sonderbar gewesen, wenn auf dem Boden jener *bürgerlichen Welt*, deren Henker der Kommunismus sein wollte, nicht inzwischen ein viel ausgeprägterer Antibolschewismus entstanden wäre, der bei allen künftigen Entscheidungen ein Wort und auch ein Schwert in die Waagschale werfen würde.

4. *Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers*

Erstaunlicher als der Antibolschewismus ist nun freilich der Philobolschewismus, der auf der bürgerlichen, d. h. hier der nichtsozialistischen Seite früh bemerkbar wurde. In seinen Anfängen hat er mit sozialen Motiven so wenig zu tun wie der erste Antibolschewismus: Er bezieht sich auf die Bolschewiki als die Friedenspartei, welche bei all denjenigen eine natürliche Sympathie hervorrufen mußte, die den Krieg und die Kriegsparteien kritisierten. In Amerika und England handelte es sich dabei um den anti-imperialistischen Flügel der Liberalen und um die Labour Party. Allerdings verwischten sich die klaren Fronten, als durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk augenfällig wurde, daß der Friede der Bolschewiki einen gewaltigen Vorteil für die Kriegspartei in Deutschland implizierte; aber nach dem Ende des Krieges stellte sich jene Sympathie zum Teil wieder her, nicht zuletzt deshalb, weil die liberale und arbeiterparteiliche Fortschrittsgesinnung häufig auch dann noch an der inneren Verwandtschaft nicht zweifelte, wenn man gegen die Methoden der Bolschewiki große Bedenken äußerte. Männer wie die Amerikaner William Bullitt und Raymond Robins oder die Engländer M. Phillips Price vom *Manchester Guardian* und Arthur Ransome von den Londoner *Daily News* bewahrten den Bolschewiki ihre anfänglichen Sympathien für immer oder doch für lange Zeit, weil sie klar das weltgeschichtlich Neue erkannten und es als das weltgeschichtlich Positive sehen wollten. Auch das *Berliner Tageblatt* nahm gleich nach dem Oktoberumsturz keineswegs nur den nationalen Aspekt wahr, sondern es hob mit Nachdruck hervor, daß dieses Ereignis »die soziale Frage riesengroß in den Vordergrund treten lassen« werde[1], und manche der Überschriften, die den Berichten vom russischen Bürgerkrieg gegeben wurden, schienen eine noch weitergehende Sympathie mit den Bolschewiki zum Ausdruck zu bringen. Längst nicht alle pazifistischen und sozial gesinnten Liberalen und Labour-Politiker ließen sich dabei in erster Linie von ihrer Abneigung gegen die *Reaktionäre* und *Imperialisten* des eigenen Landes so sehr bestimmen, daß sie auch dasjenige billigten, was sehr früh die *Ausrottungspolitik* der Bolschewiki genannt wurde, aber Bernard Shaw brachte dennoch einen symptomatischen Standpunkt zu Wort, als er mit nur leichter Distanzierung sagte, die Bolschewiki hätten die richtigen Fragen aufgeworfen und die richtigen Leute erschossen.[2]

Die eigenartigste Gestalt des Philobolschewismus war der bürgerliche Nationalbolschewismus in Deutschland, der aus dem Entsetzen über die Versailler Friedensbedingungen entstand und nur noch *ein* Mittel wahrnahm, das helfen konnte, nämlich den Bolschewismus, der in Deutschland einen weniger despotischen Charakter haben werde als in Rußland, sofern er mit der Unterstützung der *wohlhabenden und gebildeten Kreise* an die Macht komme. Min-

destens Paul Elzbacher, mit dessen Namen diese Tendenz am frühesten verbunden war, ließ indessen schon eine gewisse innenpolitische Sympathie erkennen, weil er es begrüßenswert fand, daß Lenin sich »für die erbarmungslose Bestrafung liederlicher und fauler Arbeiter« ausgesprochen habe, und er versprach sich von dem Zusammenwirken nicht zuletzt einen Schutz gegen die Zerstörung alter Kulturen »durch die seichte ›Zivilisation‹ Englands und Amerikas«.[3]

Aber wenn bei weitem nicht alle Bürgerlichen Antibolschewisten waren, dann waren noch viel weniger alle Sozialisten Philobolschewisten, sondern gerade bei ihnen entwickelte sich rasch eine scharfe Feindschaft, die allerdings in den führenden Gruppen wohl stärker ausgeprägt war als in den *proletarischen Massen.* Nichts ist im übrigen weniger verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Machtergreifung der Bolschewiki ja vor allem der Ausschaltung der übrigen sozialistischen Parteien diente.

Die ältesten Mitkämpfer Lenins, die ehemaligen Redaktionsmitglieder der *Iskra,* erblickten in dieser Machtergreifung nichts anderes als die konsequente Fortsetzung der wohlbekannten Taktik Lenins, durch Herausdrängung der echten Marxisten und selbständigen Köpfe sich eine Partei ergebener Anhänger zu schaffen. Plechanows Satz über das »unersättliche Streben nach Machtergreifung« ist bereits zitiert worden.[4] Martow nannte die Bolschewiki schon 1918 eine »Henkerpartei«[5], und die schärfste Kritik übte Pawel B. Axelrod. Für ihn war der Bolschewismus »asiatisch«, ein Verrat an den elementarsten Grundsätzen des Marxismus, eine »Diktatur über das Proletariat (und das Bauerntum)«, eine Gruppe, »die die Barbarei, die Grausamkeit und Unmenschlichkeit längst vergangener Zeiten« wiederauferstehen lasse und die sich als »neuer herrschender Stand« im Rahmen eines neuartigen »Sklavenregimes« konstituiere. Daher sah Axelrod die These bestätigt, die er schon vor dem Ausbruch des Weltkrieges aufgestellt hatte, nämlich daß »die Lenin-Clique als eine Bande der ›Schwarzen Hundertschaften‹ und als gemeine Verbrecher innerhalb der Sozialdemokratie« gekennzeichnet werden müßte.[6]

Eine noch grundsätzlichere Kritik als die Menschewiki übten die Anarchisten. Zwar konnten sie nicht in Abrede stellen, daß die letzten Ziele der Bolschewiki mit ihren eigenen Zielen identisch waren – der Herbeiführung einer Weltgesellschaft freier Individuen –, aber sie verwarfen das Mittel, dessen die Bolschewiki sich bedienten, nämlich die Ausbildung einer unerhört starken Staatsmacht, und sie glaubten nicht, daß dieses Mittel eines frühen oder späten Tages sein eigenes Gegenteil erzeugen werde. Daher schrieb der amerikanische Anarchist Alexander Berkman, ein Freund der bekannteren Emma Goldman, unmittelbar nach der Niederwerfung Kronstadts: »Die Erfahrung von Kronstadt beweist von neuem, daß die Regierung, der Staat – welches immer sein Name oder seine Form seien – stets der Todfeind der Freiheit und

Selbstbestimmung ist. Der Staat hat keine Seele, kein Prinzip. Er hat nur ein Ziel – sich der Macht zu versichern und sie um jeden Preis zu behalten. Dies ist die politische Lehre von Kronstadt.«[7]

Auch Rosa Luxemburg wäre im Jahre 1921 wie ihr Freund Paul Levi von den orthodoxen Anhängern Lenins wohl des Antibolschewismus bezichtigt worden. Ihre Broschüre über die russische Revolution, 1918 im Gefängnis geschrieben und 1922 von Levi veröffentlicht, erhob bei allem Respekt vor Lenin und Trotzki eine Reihe von Einwänden, die grundsätzlichen Charakter hatten. Zwar meinte Rosa Luxemburg, wenn sie Freiheit als die »Freiheit des Andersdenkenden« bezeichnete, schwerlich die liberale Freiheit jedes Staatsbürgers und also auch der »Reaktionäre«, aber die Verknüpfung des »Lebens in den Sowjets« mit »allgemeinen Wahlen, ungehemmter Presse- und Versammlungsfreiheit sowie freiem Meinungskampf« schloß doch die prinzipielle Verwerfung einer Parteidiktatur in sich und war ein Plädoyer für jene Sowjetdemokratie aller sozialistischen Werktätigen, wie die Petersburger Massen sie im Oktober 1917 hatten durchsetzen wollen und wie sie von den Aufständischen von Kronstadt im Jahre 1921 erneut gefordert wurde. Es dauerte in der Tat nicht lange, bis von der KPD ein Kampf gegen den »Luxemburgismus« begonnen wurde, dem man die Überschätzung der Spontaneität der Massen und die Vernachlässigung der Rolle der Partei zum Vorwurf machte.[8]

Bei all dem handelte es sich um *innerkommunistische* Auseinandersetzungen. Ein anderer Ton ist in der sozialdemokratischen Kritik spürbar, die sich zwar teilweise noch als *innersozialistisch* versteht, aber doch auch eine unverkennbare Tendenz aufweist, den Bolschewismus aus dem sozialistischen Lager auszustoßen und unter den Begriff *bürgerlich* zu subsumieren.

So vollzog nach Otto Bauer die bolschewistische Revolution dasjenige, was in Westeuropa die bürgerlichen Revolutionen durchgesetzt hatten: die Zertrümmerung des feudalen Landwirtschaftssystems und die Herstellung der bürgerlichen Eigentumsordnung auf dem Lande. In Rußland herrschen nun zwar die Proletarier, und eine Arbeiterstimme kommt daher bei den Wahlen fünf Bauernstimmen gleich. Aber sehr schnell hat sich ein immer stärkeres Übergewicht der Parteiführer herausgebildet, so daß man allenfalls von einem *despotischen Sozialismus* sprechen darf. Dieser Weg ist nicht ohne historische Konsequenz und Notwendigkeit, aber er kann niemals der Weg der westeuropäischen Industrieländer sein, der eine allmähliche Fortentwicklung der bürgerlichen Demokratie darstellen muß. Dagegen ist der russische Kommunismus mit jenem *preußischen Sozialismus* Spenglers eng verwandt, weil beide in dem staatsgläubigen Wahn befangen sind, »die Allmacht einer herrschenden Minderheit könne und solle die gehorchende Masse zu höheren Lebensformen zwingen«.[9]

Weitaus schärfer äußerte sich nicht nur in Zeitungsartikeln, sondern auch in mehreren Abhandlungen der Mann, der in der Vorkriegssozialdemokratie die oberste Autorität in allen Fragen der Doktrin gewesen war: Karl Kautsky. Für ihn ist der Marxismus ein Teil jenes Humanisierungsprozesses, der die Arbeiterbewegung aus ihrer ursprünglichen Wildheit und auch aus der inneren Nähe zu der terroristischen Phase der Französischen Revolution herausgeführt hat. Der Bolschewismus bedeutet also einen Rückfall in die Bestialität, weil er den marxistischen Klassenkampf wieder durch den Bürgerkrieg ersetzen will. Die letzte Ursache dafür ist die Unreife der russischen Verhältnisse. Die Bolschewiki ließen sich von einer Massenpsychose tragen, und deshalb faßten sie die soziale Qualität *Bürger* geradezu wie eine biologische auf, gegen die sie mit der Wildheit und Roheit der anhebenden Arbeiterbewegung vorgingen. Daher ist der Sieg des Bolschewismus eine Niederlage des Sozialismus, und das zeigt sich auch darin, daß eine neue Bürokratie, eine neue Herrenklasse aufkommt, die den Militarismus zurückbringt und den Terrorismus installiert: »Erschießen – das ist das A und O der kommunistischen Regierungsweisheit geworden.« So ist der Bolschewismus ein antihumaner und antisozialistischer Rückfall in barbarische Zustände, und deshalb nennt Kautsky ihn schließlich einen »tatarischen Sozialismus«.[10]

Aber ob der Bolschewismus nun von führenden Sozialdemokraten primär als *russischer Sonderweg* oder als *barbarische Regression* gesehen wird, so stellen sie ihn doch immer in einen schroffen Gegensatz zu *Europa*, und in dem Reisebericht eines Sozialdemokraten wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, »baldigst wieder die Grenzen des Sowjetrußland hinter mir zu lassen«, da die Eintönigkeit und Dürftigkeit des Lebens, der Hunger, die Abwesenheit der Pressefreiheit und das ständige Entsetzen über die Taten der neuen »Heiligen Inquisition«, der Tscheka, einfach nicht zu ertragen seien.[11] Aber kaum je wird die Frage angedeutet, ob das *Europäische* vielleicht mit der freien Existenz auch der *reaktionären* Tendenzen zusammenhängt und ob nicht die nicht-bolschewistischen Sozialisten in Rußland vielleicht besser daran getan hätten, sich mit Koltschak und Denikin zu verbünden, weil nur dann die Chance bestanden hätte, eine *Gesellschaft der produktiven sozialen Differenzen* wie in Europa zu schaffen. Eine Äquidistanz gegenüber den Bolschewiki und den Reaktionären bleibt vielmehr ausdrücklich oder unausdrücklich für alle Sozialdemokraten charakteristisch, und diese Äquidistanz hatte ja auch die praktische Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bis zu ihrer endgültigen Ausschaltung im Jahre 1921 bestimmt.

Der vielfältige europäische Liberalismus war eher geneigt, sich mit der europäischen Kultur oder doch der westlichen Zivilisation zu identifizieren, soweit er nicht als prononcierter Linksliberalismus die Kritik an den Ungerechtigkeiten einer allzu undurchsichtigen Gesellschaft in den Vordergrund stellte.

Für die *Times* gab es »nicht Platz genug auf der Welt für den Bolschewismus und die Zivilisation«.[12] Dem Sinne nach war der Begriff *Totalitarismus* oder *Totalismus*[13] als Gegenbegriff schon geläufig. Die unsichere Grenzlinie zwischen Rechtsliberalen und Konservativen war wohl am leichtesten daran kenntlich, ob man bloß den überaus starken Anteil der *Fremdvölker* an der russischen Revolution konstatierte oder in den Juden eine Ursache besonderer Art erblickte. Schon gleich in den ersten Monaten nach der Februarrevolution hatte es ja besonders in Frankreich und Italien zahlreiche Beobachter sehr irritiert, daß die Vorkämpfer eines Friedensschlusses so häufig deutsche Namen wie Zederbaum, Apfelbaum oder Sobelsohn trugen bzw. getragen hatten. Später verknüpften manche Autoren diese Beobachtung mit altüberlieferten Vorstellungen, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Konservativen geläufig gewesen waren. Kein Geringerer als Winston Churchill schrieb in einem seiner Aufsätze: »Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Seit den Tagen von Spartakus Weishaupt bis zu jenen von Karl Marx und bis hinunter zu Trotzki (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (Vereinigte Staaten) ist diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation und zur Neugestaltung der Gesellschaft auf Grund aufgehaltener Entwicklung, neidischer Mißgunst und unmöglicher Gleichheit im Wachsen begriffen … (Diese Bewegung) war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts, und jetzt hat diese Bande von außerordentlichen Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk am Kragen gepackt und ist praktisch der unangefochtene Herr eines gewaltigen Reiches geworden.«[14] Aber wenn man in solchen Sätzen einen Nachhall der Verschwörungsfurcht des Abbé Barruel oder des Fürsten Metternich spüren darf, so war doch Churchill weit davon entfernt, die *subversiven* Tendenzen vieler Juden auf unveränderliche Rasseneigenschaften aller Juden zurückzuführen, und er hob mit viel Nachdruck die zionistischen Bestrebungen Dr. Weizmanns hervor, die sich »in besonderem Einklang mit den wahrsten Interessen des Britischen Empire« befänden.[15]

Noch eindeutiger standen die politischen Interessen des Britischen Reiches für Churchill im Vordergrund, als er den Gedanken verfocht, man müsse Deutschland nun nach seiner Niederlage zum festen Bollwerk gegen die Gefahren des Bolschewismus machen, zu einem »Damm friedlicher, gesetzmäßiger und geduldiger Stärke gegen die Flut der roten Barbarei, die vom Osten heranbrandet«[16], und dieser Interessengesichtspunkt konnte ebensogut die Hoffnung hervorrufen, die Aufnahme von Handelsbeziehungen werde zu einer Milderung jenes in europäischen Augen beängstigenden Despotismus führen. Diese Auffassung verfocht Lloyd George, und bereits 1921 setzte er die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland durch.

So entwickelte jede der etablierten Ideologien und Parteien ihren eigenen Antibolschewismus, bis hin zur USPD und bis in die Reihen der KP hinein, und nichts war begreiflicher, da der Bolschewismus nach seinem eigenen Selbstverständnis *der ganzen Welt* den Krieg erklärt hatte und jede der vorhandenen Parteien des Lakaientums gegenüber der *internationalen Bourgeoisie* anklagte. Aber ein wichtiger Übergang wurde vollzogen, als ganze Organisationen den Antibolschewismus zum Hauptinhalt ihrer Bestrebungen machten.

Die früheste dieser Organisationen war das »Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus«. Der Gründer war Eduard Stadtler, der vor dem Kriege in der Jugendorganisation des Zentrums führend tätig gewesen und dann in russische Kriegsgefangenschaft geraten war, aus der er aber schon vor dem Ende des Krieges zurückkehrte. Nach seinem späteren Bericht stürzte er sich bereits im November 1918 in eine hektische Aktivität, um Deutschland vor dem Schicksal Rußlands zu bewahren, und er fand dabei die Unterstützung maßgebender Politiker wie etwa Friedrich Naumanns und Karl Helfferichs. Am 10. Januar 1919 hielt er im Flugverbandshaus auf einer Sitzung des Führertums der Wirtschaft eine Rede, an der Industrie- bzw. Bankmagnaten wie Hugo Stinnes, Albert Vögler, Felix Deutsch, Arthur Salomonsohn und andere teilnahmen. Stadtlers Beschwörungen hatten den außerordentlichen Erfolg, daß ein *Antibolschewistenfonds* gegründet wurde, in den nach seiner Behauptung nicht weniger als 500 Millionen Mark eingezahlt wurden; und diese Mittel flossen dann durch alle möglichen Kanäle in die Anfang Januar einsetzende »gewaltige antibolschewistische Bewegung«, so etwa in die Freikorps, die mit großen Plakaten und kostspieligen Zeitungsanzeigen Freiwillige für den Schutz der Heimat vor dem Bolschewismus und vor den Polen warben, in die Bürgerrätebewegung, die »Antibolschewistische Liga«, die »Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus« und ähnliche Organisationen.[17] Stadtler selbst verfaßte eine Broschüre mit dem Titel »Der Bolschewismus und seine Überwindung«.[18] In ihr legt er ein überraschend hohes Maß von Anerkennung und Objektivität an den Tag, und erst ganz am Schluß taucht das Wort *Seuche* auf. Keinerlei Antisemitismus wird spürbar, wie ja schon die Liste der Geldgeber wahrscheinlich macht. Und dieser betonte Antibolschewismus war nur eine bald vorübergehende Phase in Stadtlers Tätigkeit, in seinen Augen offenbar das Resultat einer temporären Notsituation.

Eine andere militante antibolschewistische Organisation, die von den Kommunisten selbst viel häufiger erwähnt wurde als etwa die »Antibolschewistische Liga« und deren Name oft als Sammelname für Freikorps, Selbstschutzorganisationen u. a. verwendet wurde, war die »Organisation Escherich«. In ihren Anfängen und ihrem Grundcharakter war sie eine bürgerliche Selbstschutzorganisation, die nicht auf Bayern beschränkt sein sollte und folgende

Hauptforderungen vorbrachte: Sicherung der Verfassung; Schutz von Personen, Arbeit und Eigentum; Erhaltung des deutschen Reiches und Ablehnung jeglicher Abtrennungsbestrebungen; Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- und Linksputsches. Die praktische Hauptaufgabe war sicher erst in der letzten Forderung formuliert. Auch unter den zehn Thesen, die im Oktober 1920 aufgestellt wurden, findet sich erst als Punkt 3 »Bekämpfung des Bolschewismus und des Nationalbolschewismus; Ablehnung aller auf Zersetzung des Volkes gerichteter Bestrebungen«. Aber hier ist dieser Punkt besonders hervorgehoben, wie schon die Erläuterung zeigt, in der zahlreiche umstürzlerische Äußerungen von Führern der KPD angeführt werden. Als besonderes Verdienst Escherichs wird indessen hervorgehoben, es sei ihm gelungen, »was in Bayern eine Kraftleistung, den Antisemitismus fernzuhalten«.[19]

Wenn man sich die Voraussetzungen anschaulich machen will, aus denen diejenige antibolschewistische Organisation erwuchs, die bald zu der bekanntesten und historisch wichtigsten werden sollte, dann darf man sich nicht auf den erregten Nationalismus von Offizieren wie Ernst Röhm und auf den antimarxistischen Sozialismus von Gottfried Feder beschränken, sondern man muß den Blick auf den Kreis baltischer und russischer Emigranten und ihnen nahestehender Personen richten, die in München einen Sammelpunkt gefunden hatten. Der wichtigste Mann unter ihnen war der Dichter Dietrich Eckart, der schon ab Ende 1918 in seiner Zeitschrift *Auf gut deutsch* eine Art von mystischem Antijudaismus vertreten hatte, aber erst durch die Erfahrung der Räterepublik zu praktischer und parteimäßiger Tätigkeit getrieben wurde.[20] Im Ausgangspunkt war diese von ganz ähnlichen Empfindungen geleitet, wie sie in jenen Sätzen Thomas Manns zum Ausdruck kamen.[21] Der Kern der Erfahrung war bei beiden der gleiche: die Vernichtungsfurcht der bürgerlichen und gebildeten Minderheit angesichts der bedrohlichen proletarischen Massen, und in beiden Fällen war damit eine Interpretation verbunden, mit der man diese Drohung begreifbar und beherrschbar zu machen versuchte, nämlich die Herausforderung einer fremden Führungsschicht. Aber was bei Thomas Mann momentane Stimmung und temporäre Anwandlung war, das wurde bei Dietrich Eckart zum Zentrum einer Weltanschauung und einer daraus resultierenden politischen Aktivität.

Es ist indessen sehr zweifelhaft, ob die Drohung mit dem Revolutionstribunal und selbst der Geiselmord im Luitpoldgymnasium so gravierende Folgen hervorgerufen hätten, wenn nicht die konkrete Gegenwart russischer Erfahrungen dieser Vernichtungsfurcht einen monumentalen und überzeugenden Hintergrund gegeben hätte. Einer der Männer, die diese Erfahrung an Eckart weitergeben konnten, war Dr. Max Erwin von Scheubner-Richter, der während des Weltkrieges eine Zeitlang als deutscher Vizekonsul in Erzerum tätig

gewesen war und sich dort mit allen Kräften bemüht hatte, der Vertreibung und Ausrottung der armenischen Bevölkerung durch die Türken entgegenzutreten, welche er offenbar als *asiatisch* empfand.[22] Aber 1918 war er dann in seine Heimat nach Riga zurückgekommen, und hier hatte er erlebt, wie der baltische Adel und in der Praxis die Baltendeutschen insgesamt von den aus Rußland eindringenden und von den einheimischen Bolschewiki für *vogelfrei* erklärt und zum Objekt einer Ausrottungspolitik gemacht wurden, die sich nicht grundsätzlich von jenen Armeniermassakern zu unterscheiden schien, obwohl natürlich auch Scheubner-Richter wußte, daß diese Baltendeutschen eine zahlenmäßig kleine Oberschicht waren. Dann ging er nach München und gründete dort 1921 seine »Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland«, welche die Vorgänge in Rußland intensiv verfolgte und zahlreiche Übersetzungen aus der russischen Emigrantenpresse brachte. Hier organisierte er auch den Emigrantenkongreß von Bad Reichenhall, der im Juni 1921 zahlreiche Monarchisten zusammenführte, die sich in ihren Reden aufs schärfste gegen die Bolschewiki als eine »Bande volksfremder Verbrecher und Fanatiker«, aber auch gegen die Kadetten wandten, weil sie zusammen mit den Engländern und Franzosen Rußland verraten hätten. In der deutschen Presse begegnete dieser Kongreß überwiegend der besorgten Verachtung, welche häufig den Besiegten entgegengebracht wird, die ihre Niederlage nicht eingestehen wollen, und selbst die *Neue Zürcher Zeitung* sprach von den »Rechtsbolschewisten«, die sich unter Duldung der Regierung von Kahr in dem bayerischen Kurort versammelt hätten, während der *Vorwärts* ein »neues Koblenz« aus Reaktionären entstehen sah.[23] Aber es ist kein Zweifel, daß diesen Männern die Meldungen glaubwürdig waren, die von vielen Zeitgenossen als schlimme Übertreibungen angesehen wurden, etwa diejenigen, die Herrschaft des Bolschewismus habe einschließlich der Hungertoten nicht weniger als 35 Millionen Opfer gefordert. Und ebenso glaubwürdig war für sie die Nachricht, die wenige Monate zuvor die *Berlingske Tidende* gebracht hatte und die wenig später auch im *Völkischen Beobachter* auftauchte: Die *chinesische Tscheka* begehe nun die schlimmste aller vorstellbaren Greueltaten: sie setze eine Ratte in einem Rohr oder Käfig an den Körper eines Verurteilten und zwinge das Tier durch das Entzünden von Feuer, sich in den Körper hineinzufressen.[24]

Aber im Prinzip hätten auch Winston Churchill und Thomas Mann solchen Meldungen Glauben schenken können. Eine qualitativ neuartige Auslegung wird jedoch sichtbar, wenn man die Broschüre eines anderen Balten ins Auge faßt, der ebenfalls zum Umkreis Dietrich Eckarts gehörte: Alfred Rosenbergs »Pest in Rußland«. Ihr Kern ist die Verknüpfung zweier Tatbestände, die als solche nicht abzustreiten, sondern allenfalls im einzelnen zu korrigieren sind: des Untergangs der »nationalrussischen Intelligenz« sowie des Bürgertums ei-

nerseits und des hohen Anteils von »Juden«, d. h. Menschen jüdischer Herkunft, in den führenden Positionen der Partei und der Sowjetregierung andererseits. Daraus macht Rosenberg die planmäßige Ausrottung aller Kultur und aller Freiheit durch »fremdvölkische« Elemente und insbesondere das Judentum. Anders als Letten, Chinesen und Kaukasier übernehmen die Juden nämlich als »rote Internationale« nur das Prinzip ihrer eigenen »goldenen Internationale«, des Kapitalismus, mit dem Ziel, »einen zentralistischen und organisierten Sklavenstaat« zu schaffen. Man muß jedoch noch tiefer in die Geschichte zurücksteigen. Die Tscheka etwa knüpft gewiß in manchem an die zaristische Ochrana an, aber dieser lag es fern, ihre Grausamkeit »so kalt (zu) betreiben, so planmäßig (zu) organisieren und seelenlos-systematisch durch(zu)führen«, denn man durfte ihr immerhin noch einen »europäischen Charakter« zuschreiben. Die Juden der Tscheka aber nehmen den alten Kampf des Islams und der Mongolenheere wieder auf und sind nichts anderes als ein »neuer Aufmarsch des vorderasiatischen Geistes gegen Europa«. Dieser Angriff stellt nun Deutschland wieder in die Mitte des Weltgeschehens, denn die Pest, die Rußland zerstörte, wird jetzt auch Deutschland vernichten, wenn nicht noch rechtzeitig eine neue und doch wieder altgermanische Weltanschauung deutscher Männer dem »unvölkischen Internationalismus« entgegentritt und den »uns allen todfeindlichen asiatisch-syrischen Geist« bezwingt, indem sie Deutschland aus der verhängnisvollen Bahn der »Kerenschtschina« herausreißt und die »Sühne für die Schandtaten der jüdischen Terroristen« möglich macht.[25]

Nichts wäre unbegründeter, als die Behauptung aufzustellen, der Antibolschewismus der Eckart, Scheubner-Richter und Rosenberg sei in der zeitgenössischen Welt isoliert, kurios oder auch nur unverständlich gewesen. Aber er weist doch zugleich spezifische Merkmale auf, die es nicht gestatten, ähnlich klingende Äußerungen von Thomas Mann, Churchill oder Kautsky ohne Einschränkungen zum Vergleich heranzuziehen. Die Eigentümlichkeit liegt vor allem in dem geschichtstheoretischen Erklärungswert, der dem Antisemitismus zugeschrieben wird, so daß eine Geschichtsmythologie entstehen muß, die ein Gegenbild zur marxistischen Geschichtstheorie sein will und nur allzuleicht in einen Gegensatz zu all demjenigen treten kann, was Europa in der Geschichte wirklich gekennzeichnet hat: zu Christentum und Renaissance, zu Aufklärung und deutschem Idealismus, zu Kapitalismus *und* Sozialismus. Aber eine nochmals neue Qualität wurde erreicht, als diese von ihrer Erfahrungsgrundlage schon weit entfernte Theorie zur Quelle einer agitatorischen und massenwirksamen Weltanschauung gemacht wurde. Eben hier ist der typologische Ort Adolf Hitlers zu finden.

Niemanden hat Adolf Hitler so sehr verehrt wie Dietrich Eckart, nur Scheubner-Richter hat er nach dessen Tod an der Feldherrnhalle mit starker

Emphase als »unersetzbar« bezeichnet, nur mit Alfred Rosenberg stand er während seines ganzen Lebens als dem führenden Kopf des *Völkischen Beobachters* in dauerndem Kontakt, auch wenn er ihm eine staatliche Machtstellung lange verweigerte. Dennoch ist kein Zweifel, daß Hitlers Antisemitismus älter war als die Bekanntschaft mit diesen Männern. In manchen Darstellungen nimmt er sich wie ein Relikt des Luegerschen Antisemitismus und der antihabsburgischen Großdeutschlandsehnsucht von Schönerers aus; Walter Laqueur hat sogar behauptet, der Antibolschewismus sei während der Nachkriegsjahre bei Hitler noch gar nicht vorhanden gewesen und ebensowenig habe er Rußland nennenswerte Aufmerksamkeit geschenkt.[26]

Tatsächlich ist das erste beweiskräftige Dokument von Hitlers eigener Hand, der Brief an einen gewissen Gemlich, den er auf Wunsch seines Vorgesetzten noch als *Bildungsoffizier* der Reichswehr am 16. September 1919, also vor seiner *Parteizeit* schrieb, fast nur von konventionellem Antisemitismus erfüllt: Das Judentum sei vor allem durch den »Tanz um das goldene Kalb« charakterisiert, und als Hauptmacht des »Mammonismus« stelle es die »Rassentuberkulose der Völker« dar, welche nur von einer »Regierung nationaler Kraft« erfolgreich bekämpft werden könne, wenn deren letztes Ziel »unverrückbar« in der Entfernung der Juden überhaupt bestehe. Erst gegen Ende findet sich in einem Nebensatz die Bemerkung, daß die Juden »ja auch die treibenden Kräfte der Revolution waren«.[27]

Es ist ferner nicht zu bestreiten, daß in den Reden der Jahre 1919 bis 1921, die Hitler für die noch ganz unbedeutende »Deutsche Arbeiterpartei« bzw. die NSDAP hielt, quantitativ das Diktat von Versailles und Parolen wie »Deutschland allein« im Vordergrund stehen.

Aber die Frage ist, an welchen Stellen der bewegendste Impuls zum Vorschein kommt. Und da spricht viel dafür, daß die immer wieder auftauchende »Vernichtung der Intelligenz« bzw. der »Massenmord der Intelligenz« ein solcher Impuls war und daß keine Warnung eindringlicher gemeint war als die, in Deutschland dürften keine solchen Zustände eintreten, wie sie in Rußland mit den »300 000 Hinrichtungen« der letzten Jahre gegeben seien; das »Abschlachten der Geistigen« im »russischen Leichenhaus« werde in Deutschland seine Wiederholung finden, wenn nicht gegen die »unselige Zerreißung der Nation in zwei sich heute todfeindlich gegenüberstehende Klassen« durch eine nationale »Gegendiktatur« Abhilfe geschaffen werde. Fast immer folgt die Auslegung und Erklärung auf dem Fuße: daß es sich um eine »jüdische Blutdiktatur« handle, daß der Jude »der Blutegel« und der »Würger« sei.[28]

Aber hin und wieder wird doch ein anderer Ton hörbar. So heißt es in einem Bericht über eine im Mai 1921 gehaltene Rede: »Worte tiefsten Ernstes richtet Hitler an seine handarbeitenden Brüder: Laßt ab von eurem Vorurteil gegen die anderen Stände eures Volkes, es lebt nicht das Bürgertum, das man

euch auf der Kinoleinwand bei Sekt und Festen zeigt, es lebt nicht der Offizier, den man euch in euren Judenblättern zeichnet, es ist nicht der Student, der euch unter eine Knute zwingen möchte, seht die Wirklichkeit ... so sehen die gesunden Teile der ›Bourgeoisie‹ aus. Und ihr anderen, seht nicht im Arbeiter den vaterlandslosen Gesellen ... es ist nicht der deutsche Arbeiter, der raubt und plündert, macht ihn frei von seinen Verführern. In tiefster Not schlägt des neuen deutschen Volkes Geburtsstunde.«[29]

Hier ist fast kein Antisemitismus zu spüren. Hitler stellt sich hier und anderswo als Vorkämpfer der *Klassenversöhnung* im Interesse des nationalen Macht- oder auch Wohlfahrtsstaates dar, und zwar vom Standpunkt der *nationalen Intelligenz* aus, der er sich offenbar selbst zurechnet. Die Wendung gegen die marxistische Klassenkampflehre ist das Entscheidende und der Hinblick auf die *Vernichtung der Intelligenz* durch den Bolschewismus das am meisten Bewegende. Es ist durchaus möglich, daß ein solcher Antimarxismus in der Linie der Geschichte lag, jedenfalls ist die Entwicklung in allen westlichen Staaten so verlaufen. Gewiß ist dieser Kern auch in sich leidenschafterzeugend. Das wird etwa in der Ausgabe des *Völkischen Beobachters* vom 10. 4. 1920 klar erkennbar, wo es unter der Überschrift »Das vogelfreie Bürgertum« heißt: »Mögen die Bolschewisten mit den ›Burschoa‹ anfangen, was sie wollen, der Herr Reichskanzler (Müller) wird nicht den kleinsten Finger für sie rühren ... Es hat gar keinen Zweck, die harten Tatsachen irgendwie zu vertuschen oder auch zu beschönigen. Das Bürgertum ist nun einmal unter die Räder gekommen und wird von Tag zu Tag mehr zerquetscht werden, wenn es sich nicht aus seiner Tatlosigkeit mit Gewalt herausreißt.« Als noch eindeutigeres Beispiel aus etwas späterer Zeit kann ein Aufruf der Parteileitung der NSDAP kurz nach dem Rathenau-Mord gelten: »Wollt ihr erst in jeder Stadt Tausende von Deutschen an den Laternenpfählen sehen? Wollt ihr erst warten, bis, ähnlich wie in Rußland, eine bolschewistische Mordkommission in jeder Stadt in Tätigkeit tritt und jeden, der sich der Diktatur nicht fügen will, als ›Gegenrevolutionär‹ in die ewigen Gefilde befördert? Wollt ihr erst über die Leichen eurer Frauen und Kinder stolpern, die ebenso wie in Moskau und Petersburg, weil sie ›Vermehrer der Bourgeoisie‹ sind, unschädlich gemacht werden müssen? Nein, werdet ihr rufen. Und dennoch sagen wir euch: Das alles tritt ein mit derselben Planmäßigkeit wie in Rußland, wenn ihr euch nicht darauf besinnt, daß man jetzt kämpfen muß, wenn man leben will.«[30]

Ein Wort in diesem Aufruf ist fortgelassen worden. Ohne dieses Wort wären diese Sätze, wie die vorherigen, eine Aufforderung zu entschiedener Selbstverteidigung, wie er in einem Bürgerkrieg naheliegend und völlig berechtigt ist, sobald dieser Bürgerkrieg tatsächlich in Gang gekommen ist oder auch nur in Gang zu kommen droht. Dies ist der rationale Kern, freilich unter einer Voraussetzung, die sogar in Deutschland und erst recht in den anderen westlichen

Staaten nicht wirklich gegeben war und nur durch das russische Beispiel Glaubwürdigkeit gewann. Aber das Wort *jüdisch* vor *Diktatur* ist schon eine Interpretation, die sich sozusagen um den Kern herumschließt.

Anscheinend konnte die Partei der Gegendiktatur, des Gegen-Bürgerkriegs allein aus der deutschen Bedrohung und sogar aus der Gegenwart des russischen Beispiels keinen wirklichen Gegen-Glauben, keine überschießende Gegen-Leidenschaft gewinnen, die sich mit dem Glauben und der Leidenschaft der Feinde auf eine Ebene gestellt hätte. Ganz besonders gilt dies für Adolf Hitler. Ihn trieb in außerordentlichem Maße das Bedürfnis, eine grundlegende Ursache, einen Erreger, einen Schuldigen zu finden, und diesen Schuldigen entdeckte er in *dem Juden*. Damit vollzog er einen weiteren Schritt auf dem Wege jener Konkretisierung, auf welchem die Kommunisten vorangegangen waren, als sie an die Stelle des historisch überlebten Systems der voll souveränen Staaten die auch moralisch schuldigen *Bourgeois* setzten. Und dieser Schritt Hitlers war kein willkürlicher und bloß zufälliger. Auf ähnliche Weise, nur in umgekehrter Richtung, hatte Karl Marx den Übergang von *den Juden*, die vielen Frühsozialisten noch als Ursache des Mammonismus galten, zu *den Kapitalisten* und letzten Endes zu dem *kapitalistischen System* vollzogen, und in Verbindung damit hatte er ein altes Vernichtungskonzept[31] in die Vorstellung vom bloßen Wegschieben einer zum Hindernis gewordenen kleinen Gruppe von *Kapitalmagnaten* verwandelt. Hitler ging also in gewisser Weise zu den Frühsozialisten zurück und schuf sich dadurch die Möglichkeit, der universalen Lehre des Marxismus nicht nur die eben angeführten ernsten und möglicherweise richtigen Worte entgegenzusetzen, sondern eine leidenschaftliche und Leidenschaft erzeugende Lehre vom Unheil der gegenwärtigen Welt und von dessen aus einer fernen Geschichte herkommenden Ursachen. Dieser Antisemitismus aber führte notwendigerweise zur Gleichsetzung von Kapitalismus und Bolschewismus bzw. von Liberalismus und Sozialismus als gleichermaßen internationalen Erscheinungen und damit tendenziell zur Verwerfung des Bürgertums, von dem er doch ausgegangen war. Dadurch wurde indessen der einfache Nationalismus, der andere Ausgangspunkt, gegen so viele und starke Gegner gestellt, daß er eine stärkere Basis suchen mußte, etwa die *germanische Rasse*. So wandten sich in gewisser Weise Bürgertum und Nationalismus gegen sich selbst und wurden zu einer anti-bürgerlichen und antinationalen Doktrin, die damit auf die gleiche weite Ebene treten konnte wie der Marxismus.

Die eigentliche und am meisten bewegende Erfahrung Hitlers, durch die Umwelt der Eckart, Scheubner-Richter und Rosenberg verstärkt, aber nicht erzeugt, war also mit hoher Wahrscheinlichkeit die Erfahrung des Bolschewismus bzw. Kommunismus, der nach Hitlers Verständnis durch seine Agitation die deutsche Niederlage herbeigeführt hatte, der durch seine Lehre vom irre-

duziblen Gegensatz zwischen *Bourgeoisie* und *Proletariat* die Nation spaltete und der gemäß dem russischen Beispiel das Bürgertum oder die nationale Intelligenz mit Vernichtung bedrohte. Die Ausweitung zum Antimarxismus lag trotz der sozialdemokratischen Feindschaft gegen die Kommunisten nahe, und sie wurde auch von Mussolini und dem italienischen Faschismus vollzogen. Der Antisemitismus dagegen war eine Interpretation, ein Schlüssel, der zwar einerseits eine genuine Eigentümlichkeit des Gegners bloß übersteigerte und verbildlichte, nämlich die Differenz zwischen der zumeist intellektuellen Führung und den Massen, der aber vor allem die Ausbildung einer tendenziell universalen Gegenideologie erlaubte und die Entfaltung einer fanatischen Gegen-Leidenschaft möglich machte, die Mussolini immer fern blieb. Als Antibolschewismus und als Antimarxismus gehört der Nationalsozialismus zum Typus der faschistischen Bewegungen; als Lehre von den Juden als den universal Schuldigen stellt er die radikalste Erscheinungsform dieses Typus dar, d. h. er ist Radikalfaschismus. Alle seine Grundzüge sind in den frühen Reden Hitlers während der Jahre 1920 und 1921 bereits faßbar.

Ein möglicher Einwand besteht darin, daß Hitler ja schon während der Vorkriegszeit in Wien ein Antisemit gewesen sei, daß also sein Antisemitismus ursprünglicher war als dessen angeblicher Kern, der Antibolschewismus. Aber aus Hitlers späterer Darstellung in »Mein Kampf« geht mit großer Deutlichkeit hervor, daß der Grund der Erfahrung auch hier ein großes und anschauliches soziales Ereignis war, nämlich die gewaltigen Demonstrationen der sozialistischen Arbeiter.[32] Und auch der Blick auf den Antibolschewismus der Zeitgenossen stellt unter Beweis, daß sich mindestens eine logische Unterscheidung zwischen angsterzeugender Erfahrung und ideologiestiftendem Schlüssel treffen läßt.

Unzweifelhaft richtig wäre der Einwand, daß Hitler auch in seiner Frühzeit keineswegs *nur* ein antisemitischer Antibolschewist bzw. Antimarxist war, sondern daß seine Motive vielfältig waren und ihn in ganz unterschiedlichem Ausmaß mit seinen Zeitgenossen verbanden.

Das Motiv des Kampfes gegen Versailles teilte er mit so gut wie allen Deutschen und darüber hinaus mit allen *Revisionisten* Europas, nicht zuletzt mit Sowjetrußland, wo Lenin nicht minder nachdrücklich als Hitler hervorhob, daß Versailles weitaus schlimmer sei als Brest-Litowsk.[33]

Ebenso klar erkennbar, aber schon nicht mehr von allen Deutschen geteilt, war das großdeutsche Motiv, das auch bei Hitler oft die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht impliziert.

Erst andeutungsweise machte sich 1919 und 1920 das Motiv des *Lebensraumes* bemerkbar, verknüpft mit einer darwinistisch-radikalliberalen Naturrechtsvorstellung: Es sei ungerecht, daß auf einen Russen 18mal so viel Raum entfalle wie auf einen Deutschen.[34] Vermutlich nur sehr wenige seiner Lands-

leute würden der Gleichsetzung von Ackerland und Tundra zugestimmt haben, von der die Beweisführung abhing, aber trotzdem lag auch hier eine genuine Erfahrung zugrunde, die Erfahrung der englischen Blockade und der deutschen Herrschaft in Rußland zwischen Brest-Litowsk und dem Zusammenbruch.

Das antibolschewistische Motiv war das am meisten europäische unter Hitlers Motiven; er teilte es mit nahezu allen bürgerlichen Europäern und Amerikanern, und dabei muß der Begriff *bürgerlich* in dem weiten Sinne gefaßt werden, der die Sozialdemokraten oder Rechtssozialisten einschließt. Aber es war bei ihm mit besonderer Schärfe dem Philobolschewismus entgegengesetzt, der auch ein bürgerliches Phänomen war, wenngleich ein Randphänomen. Vor allem wurde es durch die Ausweitung zum Antimarxismus und sogar zum Antiliberalismus so sehr zugespitzt und verschärft, daß es von Allgemeinheit weit entfernt war.

Eine außerordentliche Konkretisierung erfolgte durch das antisemitische Motiv, das eine Synthese erlaubte: In den Juden war die Ursache für die Niederlage und vor allem für die innere Zerrissenheit Deutschlands zu sehen, die verhinderte, daß das naturgemäße Verhältnis einer deutschen Herrschaft über Europa realisiert und eine definitive Sicherung gegen die gleichermaßen von den Juden hervorgerufenen Vernichtungsdrohungen des Bolschewismus und des Amerikanismus erreicht würden. Auch mit diesem Motiv war Hitler weder in Deutschland noch in Europa isoliert, denn starke Traditionen sowohl der Linken wie der Rechten wiesen in diese Richtung. Aber in ihrer Gesamtheit, ihrer inneren Zuordnung und vor allem in der fessellosen Leidenschaft, die sie erzeugten und von der sie auch wiederum getragen wurden, waren sie dennoch etwas Individuelles. Wenn man sagen würde, daß Hitler noch mehr ein deutscher, ja ein europäischer Bürger war als ein bürgerlicher Deutscher, so wäre etwas Richtiges getroffen und doch wieder ein Irrweg eingeschlagen, weil eine Identifizierung mit zu vielen anderen Menschen vorgenommen werden würde. In der inneren Notwendigkeit, dem kommunistischen Hauptgegner einen angemessenen Gegenglauben entgegenzusetzen, war Hitler in Ansätzen zugleich anti-bürgerlich und anti-deutsch: Uneingestandenermaßen war das gehaßte Schreckbild für ihn in gewisser Weise zugleich das leitende Vorbild.

Aber schon für die ersten zwei Motive gilt, daß sie in der radikalen Form, die Hitlers Leidenschaftlichkeit ihnen gab, nur durch einen »revolutionären Totalismus«[35] in der Wirklichkeit durchzusetzen waren, und wenn alle zusammengenommen werden, dann läßt sich nicht bezweifeln, daß in ihnen eine Art der Kriegsbejahung enthalten ist, die dem deutschen Kaiser und dem russischen Zaren 1914 fremd, ja unbekannt war und zu der nur die Bejahung von Bürgerkrieg und Krieg durch die Bolschewiki analog war, welche indessen

nach Zwecksetzung und ideologischem Hintergrund auch wieder das genaueste Gegenteil darstellte.

So nahm Adolf Hitler schon in jenen frühen Jahren, als ihn in Deutschland noch kaum jemand kannte und als er sogar in München bloß als Trommler und Demagoge galt, einen unverwechselbaren typologischen Ort im Rahmen des Antibolschewismus ein, der keineswegs bloß eine deutsche, sondern eine gesamteuropäische, ja *gesamtwestliche* Erscheinung war. Aber bis zum Juli 1921 war er nur der *Werbeobmann* einer winzigen Partei, während die Kommunisten schon seit drei Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Dann verlangte und erhielt er jedoch *diktatorische Vollmachten.* Als stärkste Verkörperung eines Gegenglaubens und einer Gegenleidenschaft konnte er nun die Führerpartei schaffen, die sich jener anderen »Führerorganisation« (wie Lenin sich ausgedrückt hatte) als tendenziell gleichrangige entgegenstellen und deren Vernichtung erstreben konnte. Das Jahr 1923 war das Jahr der größten Krise des Deutschen Reiches und seines kapitalistischen oder bürgerlichen Systems, und es sollte die entgegengesetzten Vernichtungsmöglichkeiten ebenso deutlich an den Tag bringen, wie es letzten Endes dann doch das Überleben des Systems und das bloße und zeitlich eng begrenzte Verbot der beiden extremen Flügel seiner Parteienlandschaft in sich schloß.

5. *»Weltrevolution« oder »nationale Regierung« in Deutschland? Das Krisenjahr 1923*

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg war mit der Bitte um Waffenstillstand und mit der Annahme des Versailler Friedens nicht vollendet. Sie erneuerte sich durch Widerstandsversuche gegen weitere Forderungen oder Maßnahmen der Gegner noch zweimal: 1921, als die Regierung Fehrenbach nach der ersten Fixierung einer ungeheuerlich erscheinenden Reparationssumme die Verhandlungen abbrach und als die Alliierten dann die Annahme ihres Ultimatums durch die *Erfüllungsregierung* Wirth erzwangen, und 1923, als die Franzosen und Belgier mit einer Begründung, die kaum mehr als ein Vorwand war, das Ruhrgebiet besetzten und damit so etwas wie einen Krieg im Frieden begannen. In Berlin amtierte die ausgesprochen bürgerliche Regierung des Hamburger Industriellen Cuno, obwohl zweimal ein starker Ruck nach links durch das Land gegangen war: nach dem August 1921 wegen der Ermordung Erzbergers und seit dem 24. Juni 1922 infolge des tödlichen Attentats gegen Rathenau. Dennoch fühlte die Regierung Cuno sich stark genug, zum »passiven Widerstand« aufzurufen und an die »Volksgemeinschaft« zu appellieren. In der Sache bedeutete das einen vom Staat sanktio-

nierten und bezahlten Generalstreik, dem die Franzosen und Belgier, die jetzt kaum noch Kohlenlieferungen erhielten, mit einer Fülle von Zwangsmaßnahmen zu begegnen suchten. Die Kommunisten aber riefen dazu auf, Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree zu schlagen. Sie schlossen sich also, wie es der Spartakusbund während des Weltkrieges getan hatte, aus der Volksgemeinschaft aus und forderten abermals, an die Stelle des Burgfriedens den Burgkrieg zu setzen. Schon im April und Mai konnten sie sich an vielen Stellen, nicht bloß im Ruhrgebiet, an die Spitze von »Lohnbewegungen, Streiks, Hungerdemonstrationen, Ladenplünderungen, Requisitionen von Lebensmitteln durch städtische Arbeiter auf dem Lande« setzen, wie Clara Zetkin später den Teilnehmern des 5. Weltkongresses der Komintern im Juni/Juli 1924 darlegte.[1] Da die Inflation – in erster Linie durch die außerordentlichen Staatsausgaben hervorgerufen, aber durch Börsenmanöver deutscher Unternehmer und Spekulanten gefördert – immer weiter und schneller um sich griff und da überdies separatistische Tendenzen hervortraten, glaubten die Kommunisten, daß die Situation revolutionär sei, und sie begannen mit viel Energie, sich auf den Bürgerkrieg vorzubereiten. Auch darüber wurde auf dem 5. Kongreß mit großer Offenheit berichtet: »Wir organisierten Kampfkader, wir richteten Schulen ein zur Heranbildung unserer militärisch befähigten Genossen in Form von roten Offizieren, wir bildeten Partisanengruppen, Spezialkommissionen für Eisenbahner, wir gingen zum erstenmal an die Organisierung eines Nachrichtendienstes heran ..., der Gegenspionage, Spitzelentlarvung usw. zur Aufgabe hatte.«[2] Tatsächlich wurde im Auftrag der Komintern ein sogenannter M-(Militär-) und ein N-(Nachrichten-)Apparat aufgebaut sowie eine besondere Militär-Politische (MP) Organisation als Kaderorganisation für eine Rote Armee ins Leben gerufen. Ein Sowjetgeneral wurde MP-Reichsleiter, und Deutschland wurde in sechs MP-Oberbezirke eingeteilt, an deren Spitze neben den deutschen Verantwortlichen ebenfalls Sowjetgeneräle als Berater standen. Gleichzeitig wurde ein Terror-(T-)Apparat geschaffen, der Spitzel beseitigen und einzelne Anschläge zur Vorbereitung des Massenterrors organisieren sollte.[3]

Allerdings waren die Kommunisten nicht die einzigen, die auf gewalttätige Weise agierten oder sich auf militärische Auseinandersetzungen vorbereiteten. Sabotagetrupps ehemaliger Freikorpskämpfer gingen im Ruhrgebiet zum aktiven Widerstand über, und in Bayern stellten sich zahlreiche *nationale Verbände*, unter ihnen die SA der NSDAP, auf den Bürgerkrieg ein. Im Mai verurteilten die Franzosen einen der Männer, die Brückensprengungen vorgenommen hatten, den ehemaligen Baltikumkämpfer Albert Leo Schlageter, zum Tode und erschossen ihn trotz heftiger deutscher Proteste in der Nähe von Düsseldorf. Die unverkennbare Stärke der Rechten veranlaßte nun die Kommunisten, ihre Vorbereitungen durch eine neuartige politische Linie zu

ergänzen, den sogenannten Schlageter-Kurs. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in Moskau seine berühmte Rede »Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts«, mit der er die aktivistische Rechte davon zu überzeugen suchte, daß sie sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter stellen müsse, wenn sie wirklich nach dem Vorbild Gneisenaus und Scharnhorsts die nationale Befreiung in die Wege leiten wolle. Erst wenn die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht werde, könne die Sache der Nation zur Sache des Volkes werden, weil nur dann jene *eiserne Phalanx* aus Kopfarbeitern und Handarbeitern entstehen werde, welche ins Lager der Arbeit und nicht in das Lager des Kapitals gehöre.[4] Den ganzen Sommer über diskutierten dann Kommunisten und Vertreter der nationalen Rechten miteinander, und Radek legte dabei ungemein interessante Thesen wie etwa die folgende vor: »... Wird die deutsche Arbeiterklasse nicht imstande sein, den großen kleinbürgerlichen Massen diesen Glauben (an die gemeinsame Überwindung der Not als einzigen Ausweg) beizubringen, so wird sie geschlagen werden oder wenigstens für lange Zeit ihren Sieg hinausschieben müssen.«[5] Als die richtige Methode machte Radek die »Arbeiterregierung« namhaft, die außer Kommunisten auch Linkssozialisten umfassen und vor allem die Sympathie jener kleinbürgerlichen Massen gewinnen würde, da sie »mutig, wenn notwendig, auch den bewaffneten Kampf gegen die Versailler Vögte vorbereiten« werde.[6] Selbst gegenüber den eigentlichen Faschisten, den Anhängern Hitlers und Ludendorffs, ließ Radek einen gewissen Respekt erkennen: Während die Kommunisten sich der Eroberung der Mehrheit der aktivsten Arbeiter Deutschlands näherten, indem sie ständig zahllose Versammlungen veranstalteten, herrsche bei den Sozialdemokraten Todesstille, und die aktive Kraft der Gegenrevolution befinde sich nun bei den Faschisten.[7]

Hier und da kam es im Rahmen des Schlageterkurses sogar zu regelrechten Bündnisangeboten. So soll Ruth Fischer, eine Hauptvertreterin der *Linken* in der Partei, am 25. Juli 1923 in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums vor Studenten gesagt haben: »Wer gegen das Judenkapital aufruft, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß... Recht so! Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes und Klöckner?«[8] Es mag sein, daß der Berichterstatter Franz Pfemfert in der Wiedergabe der Ausdrücke dichterische Freiheit hat walten lassen, aber es finden sich sowohl 1923 wie später genug vergleichbare Aussagen, daß die Behauptung gerechtfertigt erscheint, in unbewachten Augenblicken hätten viele Kommunisten den nationalsozialistischen Antisemitismus, sofern er sich auf bürgerliche Juden bezog, für eine begrüßenswerte Früh- und Minderform der eigentlichen, der kommunistischen Vernichtungsabsicht gehalten.[9]

Aber im ganzen kann dennoch kein Zweifel bestehen, daß die KPD die ei-

gentlichen Faschisten, die Anhänger Hitlers und Ludendorffs, nicht etwa bloß neutralisieren, sondern ausrotten wollte, obwohl Radek, ganz wie Hitler und Ludendorff, Deutschland »in tiefster Ohnmacht und Erniedrigung« sah und »pazifistische Phrasen im Munde der Vertreter eines unterjochten und zerstückelten Volkes« für eine »Feigheit oder eine Lüge« erklärte, gegen die sich alle gesunden Instinkte des Volkes auflehnen müßten.[10] So verlangte die Parteileitung am 12. Juli, daß jeder fünfte Faschist an die Wand gestellt werden müsse, wenn die Faschisten jeden zehnten streikenden Arbeiter erschießen wollten[11], und bereits im April hatte die *Rote Fahne* den langen Bericht eines nach Rußland geflüchteten Kommunisten veröffentlicht, der sehr klar erkennen ließ, daß die bevorstehende Revolution nicht als ein bloß innerdeutsches Ereignis aufgefaßt wurde: Mit ganz denselben Mitteln, wie es die deutsche Bourgeoisie heute tue, nämlich mit einem nationalistischen Appell an das Proletariat, habe auch »die russische Bourgeoisie in ihrer Todesstunde« versucht, ihr Leben um eine Gnadenfrist zu verlängern. Im Gespräch mit dem Oberkommandierenden der Westfront, Genossen Tuchatschewski, habe der Berichterstatter als der Vertreter der Zentrale der KPD sich davon überzeugt, daß die Rote Armee voller Begeisterung bereit sei, dem deutschen Proletariat zu Hilfe zu kommen und daß es für sie dabei keinerlei Hindernisse geben werde: »Wie einen Halm niedertreten wird die russische Armee den polnischen Wall, der sie in der Schicksalsstunde des deutschen Proletariats von ihm trennen sollte.«[12]

Ihren größten Erfolg errang die Kommunistische Partei, als die von ihr geführten Massenstreiks und -demonstrationen am 12. August den Rücktritt der Regierung Cuno erzwangen. Allem Anschein nach betrachtete sich Gustav Stresemann, der mit Hilfe der Sozialdemokraten die Nachfolge antrat, als die *letzte Karte* in einer Situation, die in Kürze einen revolutionären Umsturz und damit den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen könne. Aber gerade, weil die Sozialdemokraten so stark an der Regierung beteiligt waren, erstrebte die entschiedene Rechte im Umkreis der Deutschnationalen eine tatkräftigere *Regierung der nationalen Diktatur.*

So liefen drei Vorbereitungsstränge nebeneinander her. Stresemann brach den passiven Widerstand, welcher die deutsche Währung inzwischen völlig zerrüttet hatte, am 26. September ab, und er schuf mit der Ankündigung eines neuen und wertbeständigen Geldes eine große und allgemeine Hoffnung. Die Deutschnationalen setzten ihr Vertrauen auf den General von Seeckt, rechneten mit dem Bayern des Generalstaatskommissars von Kahr oder entwarfen Pläne für ein *Nationales Direktorium.* Heinrich Brandler begab sich nach Moskau und führte lange Besprechungen mit den sowjetischen Führern, die gleichermaßen von Enthusiasmus für die bevorstehende deutsche Revolution erfüllt waren. So kam der *deutsche Oktober* heran.

In der *Roten Fahne* erschienen anfeuernde Briefe von Trotzki, Sinowjew, Bucharin und Stalin. Stalins Brief war an August Thalheimer gerichtet und lautete folgendermaßen: »Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage. Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und in Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen ...«[13] Sinowjew veröffentlichte in der *Inprekorr* eine lange Artikelserie über »Probleme der deutschen Revolution«, aus der in geradezu rührender Weise die Erleichterung des in »unterentwickelte Verhältnisse« verschlagenen Marxisten spricht, endlich eine »klassisch-proletarische Revolution« bevorstehen zu sehen, und so gelangt er dazu, einen Satz auszusprechen, der von der russischen Perspektive her generös aussehen mag und der doch die tiefe Unglaubwürdigkeit des Radekschen Werbens um die kleinbürgerlichen oder nationalen Massen in helles Licht stellt: Gerade weil Deutschland eine Mehrheit von Proletariern aufweise, werde sich das deutsche Proletariat, »wenigstens in der ersten Zeit«, nicht in brutaler Weise über die Lebensinteressen der städtischen Kleinbourgeoisie hinwegsetzen.[14]

Anfang Oktober traten die Kommunisten in die *Arbeiterregierungen* von Sachsen und Thüringen ein, wo sich schon seit längerem *proletarische Hundertschaften* gebildet hatten. Der Parteiführer Heinrich Brandler kümmerte sich danach in seiner neuen Eigenschaft als Ministerialdirektor der Staatskanzlei in Dresden nach seiner eigenen späteren Aussage fast ausschließlich um die Waffenbeschaffung.[15] Auf einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz sollte am 21. Oktober der Generalstreik ausgerufen und damit der Kampf um die Macht in Gang gesetzt werden. Aber obwohl die defensiven Parolen der Verteidigung gegen die »bayerischen Faschisten« sehr populär waren, weigerten sich die verbündeten Linkssozialisten und im Grunde auch *die Massen*, einen Bürgerkrieg mit der offensiven Intention zu beginnen, welche für die sowjetische wie für die deutsche Parteiführung leitend war. Nur in Hamburg brach infolge eines Fehlers in der Nachrichtenübermittlung der Aufstand los, der von der lokalen Polizei niedergeworfen werden konnte, wenn auch nicht ohne Mühe und beträchtliche Verluste. Stresemann handelte rasch und mit großer Entschiedenheit: Er ließ Reichswehrtruppen in Sachsen und Thüringen einrücken und setzte einen Reichskommissar an die Stelle der sächsischen Regierung des Linkssozialdemokraten Dr. Zeigner. In Freiberg starben 23 Menschen, als eine erregte Menge die Reichswehrtruppen beschimpfte und mit bloßen Händen oder primitiven Waffen anzugreifen versuchte. Nennenswerter aktiver Widerstand wurde indessen nicht geleistet. Eine wichtige Folge bestand allerdings darin, daß nun die Sozialdemokraten aus der Regierung Stresemann ausschieden, weil sie daran Anstoß nahmen, daß Stresemann

gegen die bayerischen Reaktionäre und Nationalsozialisten nicht ebenso tatkräftig vorging wie gegen die sächsischen Kommunisten und linken Sozialdemokraten. Aber die geplante *nationale Revolution* in Bayern scheiterte ebenso wie der *deutsche Oktober*. Das eine war jedoch auf das jeweils andere bezogen, und beide Revolutionsversuche waren sowohl offensiv wie defensiv. Wer nur den einen in den Blick faßt, bekommt bloß die Hälfte des krisenreichsten aller Jahre des deutschen Nationalstaats zu Gesicht.

Freilich ist die Versuchung in der Tat groß, den Hitlerputsch und seine Vorgeschichte als bayerisches Lokalereignis und in diesem Rahmen sogar als eine Art makaberer Gaudi zu betrachten: Die englische Bezeichnung »Beer hall putsch« führt unweigerlich in diese Richtung. Und die Ereignisse lassen sich nicht im Detail erzählen, wenn man sich nicht die Namen und die Lage bestimmter Bräukeller, d. h. Bierlokale merkt: den Löwenbräukeller nicht weit vom Hauptbahnhof, das Hofbräuhaus nahe am Rathaus, den Bürgerbräukeller jenseits der Isar zwischen dem Deutschen Museum und dem Maximilianeum. Hier wurde tatsächlich an Stammtischen und in großen Versammlungen ein gut Teil der bayerischen Politik gemacht, sozusagen ihre populäre Außenhaut voller Lokalkolorit. In Wahrheit war die bayerische Politik jedoch zugleich immer deutsche und europäische Politik, auch in ihren monarchistischen und separatistischen Tendenzen, die ja im allgemeinen auf so etwas wie einen Donaubund ausgerichtet waren. Zwischen dem Ende der Räteregierung und dem Hitlerputsch war eine Fülle von *vaterländischen Verbänden* sehr unterschiedlichen Charakters aktiv: der Germanenorden, die Thulegesellschaft, der Bayernbund, der Bund Bayern und Reich, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Bund Oberland, die Reichsflagge, die Organisation Escherich usw. In diesem Rahmen war die NSDAP bloß ein kleiner Bestandteil, der dann aber durch stärkere Militanz ab Mitte 1922 mehr und mehr zu einer gewissen, jedoch keineswegs eindeutigen Vorherrschaft gelangte. Dennoch sympathisierte schwerlich mehr als die Hälfte der Münchener Bevölkerung mit ihr, selbst wenn man die regierende Bayerische Volkspartei hinzuzählt, denn auch nach dem Mai 1919 blieb der Marxismus eine starke Kraft, und die Kommunisten waren keineswegs verschwunden. Noch am 1. Mai 1923 konnten sie es wagen, innerhalb der Züge demonstrierender Gewerkschaftsmitglieder Sowjetfahnen zu entfalten, deren Sterne nicht bloß von Adolf Hitler für *Judensterne* gehalten wurden. Die Massenversammlungen der NSDAP wurden von ihnen zu diesem Zeitpunkt zwar längst nicht mehr gestört, aber noch im Frühjahr 1922 kam es vor, daß heftig diskutiert wurde und daß Adolf Hitler sich an einen »Genossen der KPD« wandte, um ihn aufzuklären.[16]

Das *Gesamtministerium* des Freistaats Bayern war daher in einen Kampf auf drei Fronten verwickelt: gegen die Eingriffe der Reichsregierung in die bayerische Eigenstaatlichkeit, gegen *den Marxismus*, der ständig als eine große Ge-

fahr betrachtet wurde, und schließlich gegen die nationalistischen Kampfverbände, zu denen auch die NSDAP zählte. Mit dem Reich arrangierte man sich immer wieder: 1921 ersetzte die BVP den Ministerpräsidenten von Kahr durch den Grafen Lerchenfeld, weil jener eine zu schroffe Position eingenommen hatte, und Ende 1922 löste man Lerchenfeld durch von Knilling ab, weil der Umschwung zur Reichsfrömmigkeit zu weit gegangen war. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erkannte man keine sehr großen Unterschiede, und deshalb konnte der BVP-Politiker Fritz Schäffer sagen, man liebe die NSDAP nicht, sei aber in der Frontstellung gegen den Marxismus mit ihr ganz einig. Als die größere Gefahr galt der Regierung der Generalquartiermeister des Weltkriegs Ludendorff, weil alle Wehrverbände auf ihn zu hören schienen, und ein wirklich gutes Verhältnis gab es nur zu den betont föderalistischen Verbänden wie dem »Bund Bayern und Reich« des Sanitätsrates Pittinger.

Alle Ereignisse des Jahres 1923 vollzogen sich faktisch in engem Zusammenhang mit den Ereignissen im Reich.

Zur Ruhrbesetzung nahm Hitler eine extreme Position ein, die ein genaues Komplement zu der kommunistischen Forderung des Bürgerkrieges war: Erst sei eine Generalabrechnung mit den »Novemberverbrechern«, den »Lumpen im eigenen Land« erforderlich, und nur dann könne der Abwehrkampf gegen Frankreich mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Am 1. Mai 1923 wäre es um ein Haar zu schweren Zusammenstößen zwischen den nationalen Verbänden, der Reichswehr und den demonstrierenden Gewerkschaftlern gekommen, und Hitler erlitt eine erhebliche Einbuße an Prestige.

Am 1. und 2. September fand mit großem Gepränge ein »Deutscher Tag« in Nürnberg statt. Danach wurde ein »Kampfbund« mehrerer Wehrverbände geschaffen, darunter der SA der NSDAP, die sich seit ihren Anfängen als Saalschutz und »Turn- und Sportabteilung« mehr und mehr zu einem Wehrverband entwickelt hatte. Oberstleutnant Kriebel wurde militärischer Leiter, und Adolf Hitler übernahm die politische Leitung. In derselben Zeit wurden also von zwei *zivilen* Seiten *militärische* Einteilungen vorgenommen, von den Kommunisten und von den Nationalsozialisten.

Am 26. September wurde von Kahr zum »Generalstaatskommissar« ernannt, d.h. zum Diktator neben der fortexistierenden Regierung innerhalb des nicht-militärischen Ausnahmezustandes. Der entsprechende Ausnahmezustand im Reich folgte auf dem Fuße, und es entwickelten sich schwere Spannungen zwischen München und Berlin. Der Kern der Sache bestand darin, daß mehrere Konzepte einer *nationalen Regierung* nebeneinander existierten. Sollte sie in der extrem schwierigen Situation durch eine Umbildung der Regierung Stresemann zustande kommen, sollte Stresemann durch ein »nationa-

les Direktorium« ersetzt werden, oder sollte von Bayern aus ein »Marsch auf Berlin« unter dem Befehl von Kahrs und des Kommandeurs der bayerischen Reichswehrdivision von Lossow in Gang gesetzt werden? Was würde in dem dritten Falle die Position Hitlers und Ludendorffs sein, ohne deren Unterstützung das Unternehmen keinen Erfolg haben konnte?

Hitler war überzeugt, daß nur er der Situation gewachsen sei, denn er fühlte sich schon nicht mehr bloß als »Trommler«. Auch weiterhin lassen sich in seinen Reden die rational aufgefaßte Erfahrung und die darüber hinausgehende und als *Schlüssel* benutzte Interpretation unterscheiden. So sagte er Ende Oktober 1922, die marxistisch eingestellten Angehörigen des Volkes betrügen an Zahl nicht weniger als 40%, und sie seien die aktivsten und tatkräftigsten. Damit behauptete er im Grunde dasselbe wie Radek: die aktive Mehrheit der Arbeiterschaft sei bereits von den Kommunisten erobert. Den gleichen Sinn hatte eine Äußerung von Anfang September 1923: Der Wille der von Moskau dirigierten Kommunisten sei härter als derjenige so schwammiger Spießer wie Stresemann. Kommunistischen Aussagen entsprach auch die Feststellung, für Marxisten gebe es, wie Rußland zeige, nur Sieger und Vernichtete. Es ist anzunehmen, daß Hitler wirklich davon überzeugt war, in Berlin sei eine Kerenski-Regierung am Ruder und in Mitteldeutschland existiere bereits ein *Sowjetsachsen*. Trotzdem hielt er immer daran fest, daß diese wahrhaft verzweifelte Situation in den Juden ihre Urheber habe.

Aufschlußreich ist auch ein Artikel von Max von Scheubner-Richter, den der *Völkische Beobachter* am 21. September unter dem Titel »Deutschlands Bolschewisierung« vierspaltig auf der ersten Seite publizierte. Zu Beginn bringt Scheubner-Richter seine tiefe Bitterkeit über die Blindheit der führenden deutschen Männer zum Ausdruck, die nicht sehen wollen, »wie gefährlich und systematisch die Bolschewisierung Deutschlands von Moskau aus durch den Beauftragten Moskaus, Herrn Radek, betrieben wird«. Ihm sei diese Gefahr klar, seit er im letzten Kriegsjahr bemerkt habe, welch gefährliche Auswirkungen die deutsche Propaganda zur Zersetzung der russischen Armee auf die eigenen Soldaten haben mußte. Sein dringender Ratschlag sei nicht beachtet worden, eine befreundete russische nationale Regierung einzusetzen. Seitdem verbreite der innere Feind sein Gift so gut wie ungehindert, und schwere Schuld daran trügen die Geschäftskreise. So sei heute vermutlich der Tag nicht mehr fern, »wo auf dem Palais des Reichspräsidenten an Stelle der schwarzrotgelben Standarte des Herrn Ebert das blutrote Banner des Herrn Radek aufgehen wird«. Aber dem »völkischen Deutschland« sei in letzter Stunde ein neuer Prophet erstanden, nämlich Adolf Hitler, und so klingen die Schlußworte trotz allem zuversichtlich: »Und der Kampf wird ausgefochten werden unter der Parole ›Hie Sowjetstern – hie Hakenkreuz‹. Und das Hakenkreuz wird – siegen.«

Beinahe am gleichen Tag, am 26. September, war in der *Inprekorr* der Satz zu lesen: »Schon gewinnt der Sowjetstern immer entschiedener das Übergewicht über das Hakenkreuz.«

Die weitgehenden Maßnahmen Stresemanns hinsichtlich Sachsens und Thüringens nahm Hitler nicht zur Kenntnis: Er lebte in der Dichotomie, nicht anders als die Kommunisten.

Sein Putsch am Abend des 8. November muß als ein Versuch betrachtet werden, die Führung des Kampfes aus den unfähigen Händen der Kahr, Lossow und Seisser in diejenigen des *Propheten* zu legen, d. h. in seine eigenen. Die kuriosen Umstände und die mangelhafte Vorbereitung dieses Putsches sollten nicht zu dem Urteil führen, daß er von vornherein aussichtslos war und bloß ein Lokalereignis darstellte. Auch im übrigen Deutschland waren nicht wenige Männer und Verbände bereit, sich einem *Marsch auf Berlin* anzuschließen, und niemand weiß mit Bestimmtheit, ob diesmal »Reichswehr auf Reichswehr« geschossen haben würde, wenn sich die bayerische Division nach Norden in Bewegung gesetzt hätte. Zweifellos lassen sich bemerkenswerte Analogien zum Handstreich der Bolschewiki in Petrograd aufweisen, obwohl in München nicht Friedenssehnsucht, sondern nationale und soziale Selbstbehauptung in gefährlicher Situation das Hauptmotiv war. Sogar zu der mehrfach bezeugten Furcht Hitlers, seine Leute könnten sich »nach links radikalisieren« und zu den Kommunisten übergehen, gab es in Petrograd insofern eine Entsprechung, als Lenin anscheinend nicht zuletzt das Überhandnehmen einer nicht mehr zu bezwingenden Welle des Anarchismus und Separatismus fürchtete. Das Scheitern war keineswegs zwangsläufig, denn seine unmittelbare Ursache war das leichtfertige Vertrauen, das Ludendorff in das Offiziersehrenwort von Lossows setzte, nichts gegen die »neue Regierung« unternehmen zu wollen. Aber wenn Hitler als ein weitaus populärerer Kapp sich tatsächlich an der Seite des Oberbefehlshabers der Armee Ludendorff in Berlin hätte etablieren können, würden unzweifelhaft die westlichen Alliierten eingegriffen haben, und das Deutsche Reich hatte nicht die russischen Räume zur Verfügung, um sich erfolgreich gegen gut gerüstete Interventionstruppen verteidigen zu können. Die Alternative *Sowjetstern oder Hakenkreuz* erwies sich als falsch, aber das Resultat des nicht zur Austragung gekommenen Kampfes lag, bildlich gesprochen, weit näher bei München als bei Dresden oder bei Moskau: Am Abend des 8. November wurde in Berlin aufgrund der Nachrichten über den Hitlerputsch eine Version jener *nationalen* Pläne realisiert, nämlich die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Chef der Heeresleitung. In den vier Monaten, während derer von Seeckt die Diktatur ausübte, wurde die neue Währungseinheit der Rentenmark eingeführt, wurde der Separatismus niedergeworfen und wurde gegenüber Frankreich eine Art von befreiender Kapitulation vollzogen: Die Weimarer Republik betrat den Weg der Stabilisierung.

6. *Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins*

Die Stabilisierung der Weimarer Republik bedeutete die Erhaltung und Fortbildung eines gesellschaftlichen Systems, das dem Deutschen Reich, bei allen Unterschieden im einzelnen, mit den Staaten des Westens gemeinsam war und zu dessen Entstehung und Entwicklung die Deutschen einen wichtigen Beitrag geleistet hatten.[1] Die beliebte Vokabel *Kapitalismus* zielte allenfalls auf einen Teil oder Aspekt des Systems, nämlich den weltmarktwirtschaftlichen seiner Ökonomie. Rußland dagegen hatte seit dem November 1917 einen Weg eingeschlagen, der von Anfang an diesem System unähnlich war, und zwar so sehr, daß es keine überzeugende Analogie in der Geschichte Europas gab. Da die Entwicklung Rußlands insofern *das Neue* war, ist es angebracht, sie vor der weiteren Geschichte Deutschlands ins Auge zu fassen.

Daß das bolschewistische Rußland des Jahres 1923 ein bis dahin nicht dagewesenes Phänomen darstellte, ließ sich indessen aus der Doktrin der herrschenden Partei leicht erklären: Es zeigte Europa dessen eigene Zukunft in noch unausgeformter Gestalt; es bildete den paradigmatischen Anstoß, durch den Europa zu seiner eigensten Zukunft der klassenlosen Gesellschaft gelangen werde, indem es seine Vergangenheit endgültig hinter sich lassen und damit auch Rußland zur vollständigen Ausbildung einer kommunistischen Gesellschaft verhelfen würde. Lenin aber näherte sich in seinen letzten Lebensjahren immer mehr einer geradezu entgegengesetzten Auffassung, nach der ihm sein Werk als die Eröffnung eines Sonderwegs Rußlands zur Modernität erschien, der von dem in Europa eingeschlagenen Hauptweg wesentlich verschieden war, weil die Voraussetzungen andersartig waren, vor allem die Zurückgebliebenheit des Landes und die Unkultiviertheit seiner Bewohner. *Deshalb* waren das europäische Mehrparteiensystem, das allgemeine Wahlrecht und ein Nationalparlament nicht imstande, die anstehenden Aufgaben zu lösen, deshalb stellte Lenin sich und seine Partei ganz unbefangen in Parallele zum Zaren und zu dessen Adel[2], deshalb orientierte er sich an der deutschen Kriegswirtschaft und deshalb konnte er in Marx keinen Ratgeber und Helfer mehr sehen. Dennoch gelangte er nicht zu der naheliegenden Folgerung, Rußland sei durch ihn und die bolschewistische Partei zu einer Entwicklungsdiktatur geworden, die auf anderen Wegen Europa nachfolgen müsse und sich eines fernen Tages auf einer neuen Grundlage wieder mit Europa versöhnen und vereinigen werde. Den negativen Teil der Marxschen Lehre hielt er vielmehr fest, nämlich die Kritik am »alten Europa« und die Überzeugung vom bevorstehenden »Untergang der Weltbourgeoisie«, aber die russische Revolution war nun nicht mehr der paradigmatische Anstoß für die klassisch-marxistische Revolution in Europa, sondern für eine neuartige Um-

wälzung in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten der Welt, die sich gegen die »imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung der Mehrheit der Erdbevölkerung« erheben.[3] So gab Lenin den Begriff *Weltrevolution* nicht auf, obwohl ihm der russische Sonderweg klar vor Augen stand und obwohl die alte Feindschaft gegen die Bourgeoisie sich in einen neuen Gegensatz zu dem *alten* oder *bürgerlichen* Europa unter Einschluß von dessen *Arbeiteraristokratie* verwandelte.

Niemand weiß, welchen Rat Lenin seinen Schülern und Gefolgsleuten gegeben haben würde, wenn er im Herbst 1923 nicht bereits todkrank gewesen wäre. So viel ist sicher, daß die Hoffnung auf die Rückkehr zum ursprünglichen Konzept durch den Sieg der Revolution in Deutschland die letzte Emotion war, in der Trotzki und Stalin, Sinowjew und Bucharin übereinstimmten. Unmittelbar nach dem deutschen Oktober brach der Streit um die Nachfolge Lenins offen aus, und er vollzog sich zuerst als ein Streit um den russischen Oktober, der im Licht der *Lehren der deutschen Ereignisse* selbst wieder strittig wurde. Trotzki auf der einen Seite, Sinowjew und Stalin auf der anderen ergriffen für die eine oder andere Gruppierung der KPD Partei, Trotzki wie Radek zunächst für Brandler, Sinowjew für Ruth Fischer und die Linken, und dann eröffnete Trotzki im Herbst 1924 durch seine *Lehren des Oktober* den Angriff gegen die Troika Sinowjew, Stalin und Kamenjew, die eine Krankheit Trotzkis genutzt hatten, um die Zügel zu ergreifen. Trotzki stellte sich hier als den besten Schüler Lenins, in gewisser Hinsicht sogar als dessen Lehrer hin und riß alte Wunden auf, indem er Stalins nicht-leninistische Haltung in den Wochen nach der Februarrevolution sowie Sinowjews und Kamenjews Widerstand gegen Lenins Willen zum bewaffneten Aufstand im Oktober anprangerte. Die Troika, verbündet mit Männern wie Bucharin, Bela Kun und Otto Kuusinen führte ihrerseits einen heftigen Angriff nicht bloß gegen Trotzki, sondern gegen »den Trotzkismus«, der schon immer etwas anderes gewesen sei als der Leninismus und der heute sogar als ein »feindliches System« betrachtet werden müsse.[4]

Dieser Kampf der obersten Parteiführer gegeneinander wurde hauptsächlich als Auseinandersetzung um die Parteigeschichte und die Parteidoktrin mit oftmals befremdlichen Details geführt: Trotzki verneine die Rolle der Bauernschaft, seine Methode sei eklektisch und nicht dialektisch, sein wahrer Lehrer und Wegbereiter sei Parvus; sowohl gegenüber Brest-Litowsk wie gegenüber der NEP habe er eine falsche Stellung bezogen, die keine *Atempause* ermöglicht und die Niederlage herbeigeführt haben würde; er verneine die Rolle der Partei als der Trägerin des Bewußtseins des Proletariats, er unternehme den »ungeheuerlichen Versuch, die deutsche Oktoberniederlage zu benutzen, um den Vorsitzenden der Komintern an den Pranger zu stellen«.[5] Trotzki seinerseits kritisierte die Bürokratie, die Apparatherrschaft, den Mangel an inne-

rer Parteidemokratie, und es unterlag keinem Zweifel, daß er viele Anhänger unter den Offizieren der Roten Armee und innerhalb der studentischen Jugend hatte. Aber gerade er war derjenige gewesen, der während des Kriegskommunismus auch die Gewerkschaften hatte *militarisieren* wollen, und viele seiner Argumente konnten als bloße Mittel betrachtet werden, mit denen er seine eigenen und nur allzu diktatorischen Ansprüche fördern wollte. Das Mißtrauen, das ihm als einem potentiellen *Napoleon* begegnete, war genuin, und auf seiner Seite war ein Zögern erkennbar, Schritte zu unternehmen, die diesem Mißtrauen der alten Bolschewisten neue Nahrung geben mußten. Aber in ihrem Kern war die Auseinandersetzung in der Sache und nicht in persönlichen Rivalitäten begründet, denn sie drehte sich um Trotzkis Begriff der »permanenten Revolution« und um denjenigen des »Sozialismus in einem Lande«, den Stalin ihm entgegensetzte. Letzten Endes ging es dabei um die Frage, ob die Kommunistische Partei der Sowjetunion nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland guten Gewissens die Macht behalten und für ihr Ziel, den Sozialismus, kämpfen dürfe oder ob sie weiterhin ihr eigenes Schicksal vom Erfolg der westeuropäischen, der *marxistischen* Revolution abhängig machen müsse. Es darf als sicher gelten, daß es Stalin war, der hier in Lenins Spuren trat, und es war daher wiederum kein bloßes Manöver im Kampf um die Nachfolge, daß Sinowjew als der ausgeprägte Internationalist, der er war, sich Ende 1925 mit Trotzki und Kamenjew zu der *neuen Opposition* gegen Stalin zusammenschloß, die in besonderem Maße eine Opposition von Intellektuellen war und die von Stalin auch als eine Gruppierung bekämpft wurde, die sich als kleine Minderheit vom Strom des Parteiwillens losgelöst habe. Wieder standen große Sachfragen zur Entscheidung: die Frage eines feindlichen oder freundlichen Verhältnisses zur Bauernschaft, die Frage des Tempos der Industrialisierung, die Frage der Bürokratie usw. Diese Opposition war betontermaßen links und hatte Freunde unter vielen Linkskommunisten in Europa; Stalin dagegen erschien im Bündnis mit Bucharin als Vertreter der Rechten, die einen langsamen Ausbau des staatswirtschaftlichen und industriellen Sektors und ein freundliches Verhältnis zu den *Mittelbauern* als Verbündeten des Proletariats befürwortete. Damit setzte er sich durch und sicherlich nicht nur deshalb, weil er den Apparat und die Parteitage vorbereitete, sondern weil den *Intellektuellen* viel Abneigung aus dem Massenanhang der Partei entgegenkam, den die Oppositionellen in ihrem Programmentwurf zum 15. Parteitag selbst als »Antisemitismus« charakterisierten.[6] Die Forderung nach »freier Diskussion« im Rahmen der Partei fand im November 1927 ihren Höhe- und Schlußpunkt in Straßendemonstrationen, und unmittelbar darauf schloß der Parteitag die wichtigsten Mitglieder der trotzkistischen Opposition aus der Partei aus. Trotzki selbst wurde wenig später nach Mittelasien verbannt und Anfang 1929 aus der UdSSR ausgewiesen.

Diese Jahre des Kampfes zwischen Stalin und Trotzki, die in den Geschichten der Partei einen großen Raum einnehmen, waren, wie man nicht übersehen sollte, die *guten Jahre* der Sowjetunion. Die NEP und das Wirken der *neuen Bourgeoisie* hatten zu einem erstaunlichen Aufschwung geführt, und im Vergleich zu der entsetzlichen Hungersnot der Jahre 1920/21 ging es der Bevölkerung sehr gut, denn Lebensmittel wurden nun im Überfluß angeboten. Freilich war die Produktion der Industrie relativ gering, und es wurde wieder von der *Schere* zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Waren und für Industriegüter gesprochen. Die Arbeitslosenzahl war ziemlich hoch. Aber im ganzen durfte man gleichwohl auf eine Fortsetzung des Aufschwungs vertrauen. Es war jedoch ein Vorzeichen kommender Dinge, in welchem Tone bei den Parteidiskussionen dieser Jahre von *der Bauernschaft* gesprochen wurde. Nach einer statistischen Aufstellung aus einem sowjetischen Werk über die »Liquidierung der Ausbeuterklassen in der UdSSR« gab es 1913 in Rußland 17 Millionen Industrieproletarier, 90 Millionen einfache Bauern und 22 Millionen *Ausbeuter,* davon 17 Millionen *Kulaken.*[7] Davon waren die Bourgeois und die Gutsbesitzer nun vernichtet, aber trotz aller Verluste in Krieg und Bürgerkrieg (die sich nach manchen Schätzungen auf mehr als 20 Millionen Menschen beliefen) war die Zahl der Kulaken, d. h. der wohlhabenderen Bauern, immer noch etwa so groß wie diejenige der Industrieproletarier, und die einfachen Bauern stellten nach wie vor die gewaltige Überzahl. Aber selbst die *Rechten* bezeichneten die Kulaken durchweg als »Feinde«, und wenn sie die einfachen Bauern ihre »Verbündeten« nannten, so wurde doch nur allzu deutlich, daß die Bevölkerungsmehrheit praktisch ohne jede Vertretung war und von der herrschenden Partei als ein Objekt betrachtet wurde, das man aus Klugheit gut behandeln solle, das man aber im Falle der Not rücksichtslos bekämpfen dürfe. Und sogar in den *guten Jahren* zahlte ja ein Bauer für die gleiche Summe an Einkommen eine weit höhere Steuer als ein Arbeiter, und eine Arbeiterstimme galt bei den Wahlen zu den örtlichen Sowjets so viel wie fünf Bauernstimmen. Auf dem Weg der indirekten Wahlen zu höheren Gremien verminderte sich das Gewicht der Bauernstimmen bis hin zur völligen Bedeutungslosigkeit, und so war die große Mehrheit der Bewohner des Landes wie Wachs in den Händen jenes »Körnchens«, wie Lenin die alles umgestaltende und sogar die Proletarier »walkende und zausende« Partei, das heißt die allmächtige Parteispitze, bezeichnet hatte.[8] Unter sozialökonomischen Gesichtspunkten war also das Regime der Bolschewiki eine harte Diktatur des städtischen Proletariats über die Bauernschaft, ein Regime schlimmer Ausbeutung und weitgehender Entrechtung.

Und doch dachten Bauern und zahlreiche Arbeiter voller Sehnsucht an diese Zeit zurück, als Stalin den Startschuß zum Beginn des »Angriffs auf die Kulaken« gegeben hatte und als alle Kräfte angespannt wurden, um die »klein-

bürgerlichen Stimmungen, die sich in der Arbeiterklasse ausgebreitet haben« zu überwinden.[9] Stalin übernahm die linken Forderungen nach Beseitigung der Kulaken sowie der NEP-Bourgeoisie und nach rascher Industrialisierung des Landes, sobald Trotzki ausgeschaltet und die Lehre von der *permanenten Revolution* zurückgedrängt worden war; dadurch wurde der Kampf gegen den rechten Parteiflügel unausweichlich, mit dem er bis jetzt verbündet gewesen war. Auch diesmal erwies sich Stalin als der beste Schüler Lenins. Bucharin nämlich hatte bei aller Abgrenzung von den Kulaken so entschieden das Programm eines *Wohlfahrtskommunismus* vertreten, daß er sogar an den Fortfall aller militärischen Aufträge geglaubt und nur die wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Industrie im Auge gehabt hatte. Auf diese Weise sollte eine ständige Hebung des Lebensstandards erreicht werden und die Bauern sollten »langsam« in den Sozialismus »hineinwachsen«.[10] Das mußte aber bedeuten, daß die Partei, die vor allem eine kämpferische Partei war, im eigenen Lande keinen *Feind* mehr gehabt hätte und in ihrer Machtausübung eingeschränkt worden wäre, wenn Zusammenarbeit und nicht Klassenkampf die Losung gewesen wäre. Auch in der Auseinandersetzung mit den Rechten hatte Stalin also den leninistischen Hauptgesichtspunkt klar erfaßt, nämlich den der Erhaltung, Festigung und Bewährung der Macht der Partei, und sowohl seine Alleinherrschaft wie die Kollektivierung und Industrialisierung waren eher Folgeerscheinungen als direkte Hauptziele. So verlangte Stalin im November 1928, daß ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie überhaupt und insbesondere der Produktion von Produktionsmitteln zum Grundprinzip der Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft werden müsse und daß sogar die äußerste Anspannung nicht gescheut werden dürfe. Nur dann werde es gelingen, »die fortgeschrittene Technik der kapitalistischen Länder« einzuholen und zu überholen: Der Gesichtspunkt der militärischen Selbstbehauptung des Landes trat also gleich in den Vordergrund, und als Exempel eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes führte Stalin dreimal hintereinander Deutschland an. Wenn man sich vor Augen hält, daß der 6. Weltkongreß der Komintern gerade das Ende der kapitalistischen Stabilisierung verkündet hatte und ein neues Zeitalter von Kriegen und Revolutionen hatte heraufziehen sehen, dann könnte man zu der These gelangen, Stalin habe Ende 1928 die Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg gegen Deutschland in Gang setzen wollen, obwohl die Kriegsfurcht, die bewußt genährt wurde, sich ganz vorwiegend auf Japan und England als die feindseligsten Mächte der *kapitalistischen Einkreisung* bezog. Oder wollte er sich auf den Tag vorbereiten, wo er ein *Sowjetdeutschland* gegen die Westmächte würde verteidigen müssen? Aber jedenfalls konnte diese Industrialisierung nicht ohne die Bereitstellung gewaltiger Investitionsmittel durchgeführt werden. Woher sollten diese Mittel kommen? Wenn Rußland unter einem konsti-

tutionellen Zaren bis zum siegreichen Ende des Krieges an der Seite seiner Verbündeten geblieben wäre, würden ihm zweifellos riesige Kredite gewährt worden sein, mit deren Hilfe es die bereits stark in Gang gekommene Industrialisierung hätte fortführen können. Aber die Bolschewiki hatten Rußlands Staatsschulden annulliert, und sie mußten im Prinzip alles bar bezahlen, was sie an Industrieausrüstungen im Westen kauften. Wenn »schnell« und »mit äußerster Anspannung« industrialisiert werden sollte[11], dann gab es nur den Weg der »sozialistischen Akkumulation«, der von den Rechten um Bucharin und Rykow als »militärisch feudale Ausbeutung der Bauernschaft« bezeichnet wurde: Wie man die Auslandsschulden annulliert und die Bourgeoisie sowie die orthodoxe Kirche expropriiert hatte, so mußte man nun dem relativ wohlhabenden Teil der Bauernschaft seinen Besitz fortnehmen, man mußte Millionen Tonnen Getreide exportieren, auch wenn die ganze Bevölkerung des Landes deshalb hungerte, und man mußte die Wälder des Landes zu großen Teilen abholzen, um die erforderlichen Investitionsgüter in die Hand zu bekommen und ausländische *Spezialisten* bezahlen zu können. Und so erlebte die Welt das Beispiel einer industriellen Revolution, wie es sie in der Geschichte noch nicht gegeben hatte, einer industriellen Revolution auf Befehl der Staatsspitze, deren elementarste Grundlage der *Klassenkampf* gegen eine große und völlig wehrlose Minderheit der eigenen Bevölkerung war.

Die Politik der *Liquidierung der Kulaken als Klasse* und der Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutete, daß überall im Lande eine ungeheure Enteignungsaktion in Gang gesetzt wurde, daß die Kulaken aus ihren Anwesen vertrieben und mit Frauen und Kindern in entfernte Gegenden deportiert wurden, wo sie zu einem großen Teil Hungers starben oder sich in den Waldlagern des Ural und beim Bau des Weißmeerkanals zu Tode arbeiteten. Erfahrungsberichte solcher Bauern sind nur auf indirektem Wege bekanntgeworden[12], aber aus dem sogenannten Smolensker Archiv, das 1941 den deutschen Truppen in die Hände fiel und später nach Amerika gelangte, ist über die Vorgänge in dieser westlichen Region Rußlands das detaillierte Bild zu gewinnen, welches Merle Fainsod in seinem Buch »Smolensk under Soviet Rule« gezeichnet hat.[13] Da kommen zunächst die Abordnungen aus Parteimitgliedern und GPU-Männern in die Dörfer und requirieren rücksichtslos alles Getreide der Kulaken, die in der Regel keine klar abgegrenzte Schicht darstellen, sondern mit den *Mittelbauern* und auch der Dorfarmut durch viele Bande verbunden sind; da werden auch Dorfarme mit der Begründung verhaftet, sie seien *ideologische* Kulaken, da nimmt man den Kulaken und ihren Frauen sogar die warme Unterwäsche weg und treibt sie in Ödland und Sumpfgebiete; da sammelt man sie in den größeren Städten zu Hunderten und Tausenden, um sie in Viehwagen zu verladen und auf oftmals wochenlangen Fahrten nach Karelien oder in den Ural abzutransportieren. Da werden große

Teile sogar der städtischen Bevölkerung von Panik ergriffen, und nach GPU-Berichten sind Wendungen wie die folgenden aus dem Munde von armen Bauern und von Arbeitern zahlreich: »Auch wir werden bald an die Reihe kommen« und »Der Hunger wird uns alle umbringen«. Ganz ohne Widerstand lassen sich in der Tat Millionen von Menschen nicht ihr Eigentum und ihre Freiheit nehmen. Nicht wenige Parteimitglieder fielen *terroristischen Akten* zum Opfer, Millionen Stück Vieh wurden abgeschlachtet. Die Folge war die große Hungersnot von 1931/1933, bei der mehrere Millionen umkamen und zumal in der Ukraine ganze Dörfer ausstarben. Alle Leiden und Qualen, welche die industrielle Revolution in England oder in Deutschland für die Arbeiter mit sich gebracht hatte, nahmen sich vor diesem Hintergrund geringfügig aus. Und gerade in Deutschland war man relativ gut unterrichtet, weil nicht wenige Bauern deutscher Abstammung betroffen waren, deren erschütternde Hilferufe von dem »Hilfswerk Brüder in Not« verbreitet wurden.[14]

Aber anders als in England und in Deutschland zog keine abgrenzbare Klasse von Menschen sichtbare Vorteile aus der Not der anderen: Der sowieso schon erbärmlich niedrige Lebensstandard der Gesamtbevölkerung sank zwischen 1928 und 1932 um ein volles Drittel, und sogar die Frauen der stellvertretenden Volkskommissare mußten trotz gewisser Privilegierungen nach Lebensmitteln anstehen; anscheinend litt nur die alleroberste Parteispitze nicht unter dem Hunger, und deren volle Arbeitskraft war in der Tat am unentbehrlichsten, um den Prozeß in Gang zu halten. Die Frage ist naheliegend, ob bei Anwesenheit erkennbarer Nutznießer die Ausbeutung jemals einen so hohen Grad erreichen kann. Und dennoch waren die Jubelberichte der kommunistischen und philokommunistischen Presse des Auslands über die *Großtaten des Sozialismus* beim Bau von Dnjeprostroj und Magnitogorsk nicht völlig grundlos, denn noch niemals hatte sich ein Land so schnell industrialisiert, und noch niemals war diese Industrialisierung von dem genuinen Enthusiasmus einer *Massenminderheit* getragen, die längst kein bloßes *Körnchen* mehr war, sondern durch ihre Aufforderung zu Opferbereitschaft und *Sturmarbeit* große Teile der Jugend an sich herangezogen hatte. Das Schreckliche und das Außerordentliche entstanden aus der Wurzel des Willens und der Begeisterung; erst beide Hälften ergeben das Ganze des völlig neuartigen Bildes.

Daher konnte man die Zeit des ersten Fünfjahresplanes und der Kollektivierung in der Tat als das beschleunigte Nachholen eines universalen Prozesses und als die Begründung einer kollektivistischen Großlandwirtschaft betrachten, welche den russischen Traditionen und Verhältnissen angemessen war. Die Opfer erscheinen dann als beklagenswerte, aber unvermeidbare Unkosten, und der Totalitätsanspruch der Partei und ihres Führers gelten als gerechtfertigt, weil er das Erforderliche vollbrachte und insofern rational war.

Aber es ist mindestens ebenso wahrscheinlich, daß der Wille zur physischen

Ausrottung einer als *feindlich* betrachteten Klasse das eigentliche Motiv der Partei war und daß sie dadurch gerade die aktivsten und tüchtigsten Mitglieder des Bauerntums traf, so daß der Landwirtschaft ein Schaden zugefügt wurde, der in langen Jahrzehnten nicht beseitigt werden konnte und der mithin keineswegs *rational* war.

Wie sehr das Ziel in der Vernichtung von Klassen und Traditionen bestand, die als reaktionär galten, aber in Wahrheit gar nicht oder allenfalls zum Teil reaktionär waren, stellt schon der Titel eines Buches unter Beweis, das 1931 in Berlin erschien und den jüdischen Kommunisten Otto Heller zum Verfasser hatte. Es hieß »Der Untergang des Judentums«. Damit war nicht etwa eine physische Vernichtung gemeint, wohl aber das Ende des »jüdischen Städtchens mit seinem Schmutz, seiner Verlotterung, seiner Unkultur« durch den Aufbau des sowjetischen Sozialismus, welcher der jüdischen Nationalität neue und moderne, vom Druck einer erstorbenen Tradition befreite Lebens- und Siedlungsmöglichkeiten in Birobidjan eröffnet. Doch auch das westliche Judentum ist nach Heller im Untergang begriffen, wenngleich auf ganz andere Weise: durch Assimilation, durch Geburtenrückgang, durch die Mischehen. Damit wird das Judentum in der Sowjetunion zum Nutznießer und im Westen zum Opfer der Folgen jenes »Sündenfalls der Menschheit«, des Übergangs von der Gemeinschaftsproduktion der Urzeit zur warenproduzierenden Gesellschaft, an dem die Juden als die »ersten Städter« und als Handelsvolk so großen Anteil hatten und der heute im Sozialismus aufgehoben wird. Daher normalisiert sich in der Sowjetunion der zunächst weit überproportionale Anteil der Juden an der Parteimitgliedschaft mehr und mehr; im Westen aber verhaucht »der letzte, verzweifeltste und seltsamste Nationalismus seine dürftige Seele«, nämlich der Zionismus, jenes »Produkt des Kleinbürgertums«.[15]

So verurteilt der gleiche Begriff vom Fortschritt und vom »ehernen Gang der Geschichte« nach den Gutsbesitzern und den Bourgeois auch die selbständig wirtschaftenden Bauern und die handeltreibenden Juden zum Tode, zu einem Tode, der nicht physische Extermination bedeuten *mußte,* aber doch nur allzuleicht bedeuten *konnte,* und nicht zu Unrecht wies Heller darauf hin, daß die große Mehrheit der jüdischen Intellektuellen sich für den Menschewismus entschieden habe. Auch die Sozialdemokraten und Rechtssozialisten waren nach diesem Begriff des Fortschritts dem Untergang geweiht, und das gleiche galt für die westliche Gesellschaftsordnung insgesamt, für jene Gesellschaftsordnung der produktiven Differenzen, die den Begriff des Fortschritts überhaupt erst möglich gemacht hatte.

Und ließ sich eine ähnliche Konsequenz und Paradoxie nicht auch in der sowjetischen Industrialisierung erkennen? War nicht einerseits Stalins Bemerkung in seiner berühmten Rede über die Aufgaben der Wirtschaftler richtig, das alte Rußland sei wegen seiner Rückständigkeit fortwährend geschlagen

worden und das sei der Grund, »warum wir nicht länger zurückbleiben dürfen«[16], sofern man sie auf das erste Fünftel des zwanzigsten Jahrhunderts beschränkte? Aber mußte nicht der größte Staat der Welt, wenn er unter äußerster Anspannung seine Schwerindustrie und damit seine Rüstungsproduktion entwickelte, sehr bald wieder zu jener übermächtigen Drohung für die Gleichberechtigung, ja für die unabhängige Existenz seiner Nachbarn werden, wie sie Karl Marx in der Zarenmonarchie des 19. Jahrhunderts wahrgenommen hatte, zumal er nun in diesen Ländern über eigene Parteien verfügte, die in dem Sowjetlande ihr Vaterland sehen wollten?

Weder die eine noch die andere Frage wurde in dem Deutschland der Jahre von 1924 bis 1929 häufig gestellt. Und doch war der Hintergrund des neuen Phänomens im Osten schon gegenwärtig, als sich im Deutschen Reich die *alten Verhältnisse* wieder stabilisierten, die im Kern die Verhältnisse des ganzen Westens waren.

7. *Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924–1929*

Nicht schon die Stabilisierung der Währung führte in Deutschland wie mit einem Zauberschlag eine Festigung der Verhältnisse herbei: Die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 wurden noch von einer tief aufgewühlten Stimmung beherrscht, und die Völkischen errangen ebenso wie die KPD beachtliche Erfolge. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei, ein neues Gebilde aus Völkischen und Hitleranhängern, verfügte nun über 32 Mandate, aber die Kommunisten übertrafen sie mit 62 Sitzen erheblich. Die SPD hatte nur noch 100 Sitze, und die Deutschnationalen waren etwa ebenso stark. Dennoch vermochte der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, der Stresemann im Dezember 1923 abgelöst hatte, weiterzuregieren und mit Hilfe eines Teils der Deutschnationalen die Dawes-Gesetze durchzubringen, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen auf eine neue Basis stellten und den Zustrom ausländischer Kredite nach Deutschland in Gang setzten. Die Regierung wußte die Besserung der Situation zu nutzen, und bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 gingen die Kommunisten auf 45 und die Völkischen auf 14 Sitze zurück, während die SPD 30 Mandate zurückgewann und die DNVP ihre Stellung behauptete. Aber die Sozialdemokraten blieben auch weiterhin außerhalb der Regierung, und bis 1928 bildete ein *Bürgerblock* von wechselnder Zusammensetzung unter den Reichskanzlern Luther und Marx die Regierungen, denen die Deutschnationalen zunächst im Jahre 1925 bis zu ihrem Ausscheiden infolge der Locarno-Verträge und dann wieder 1927/28 angehörten. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 brachte sowohl den Sozialdemokraten wie den Kommunisten erhebliche Gewinne und führte zur Bildung

eines Kabinetts der Großen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller, das nach anderthalb Jahren, Ende 1929, bereits durch die Auswirkungen der anhebenden Weltwirtschaftskrise stark erschüttert war, bevor im März 1930 die Ära der genuin parlamentarischen Regierungen durch die Berufung des Präsidialkabinetts Brüning an ihr Ende kam.

Wenn der Blick nicht primär auf die Wahlergebnisse und auf die Vorgänge im Reichstag gerichtet wird, kann man das Ende der Krise von 1923 und den Anfang der Stabilisierung in zwei Gerichtsverfahren symbolisiert sehen, mit denen über das Verhalten der Nationalsozialisten und der Kommunisten das Urteil gesprochen wurde, dem Hitler-Prozeß in München und dem *Tscheka-Prozeß* in Leipzig. Beide Prozesse gingen für die Angeklagten sehr glimpflich aus, aber die Feststellung ist nur deshalb richtig, weil zu dem Leipziger Prozeß ein Prozeß in Moskau hinzugehört, der sogenannte Studentenprozeß.

Das Verfahren gegen Adolf Hitler, Erich Ludendorff und einige weitere Angeklagte fand von Ende Februar bis Ende März 1924 vor dem Volksgericht in München statt. Sehr rasch stellte sich heraus, daß Hitler die Hauptrolle spielte und sich selbst die Hauptverantwortung für die Ereignisse des 8. und 9. November zuschrieb. Seine Verteidigung bestand in der These, daß er das gleiche Ziel gehabt habe wie die bayerischen Machthaber Kahr, Lossow und Seisser und daß das Motiv aller Beteiligten in der Liebe zum Vaterland bestanden habe, das sich infolge der kommunistischen Revolutionsversuche und der Schwäche der bürgerlich-marxistischen Berliner Regierung in tödlicher Gefahr befunden habe. Verschieden seien die Partner nur im Ausmaß ihrer Energie und Entschlossenheit gewesen und die Chance dieses nationalen Rettungsversuchs habe darin gelegen, daß er und seine Partei den bayerischen Staat, die Reichswehr und die Polizei auf dem gemeinsamen Wege nach vorn gerissen hätten. Vorbilder für ihn seien Mussolini und Kemal Pascha gewesen, und ein Streben nach Ministerposten erachte er »eines großen Mannes« nicht für würdig. »Was ich werden wollte, das war der Zerbrecher des Marxismus«, denn der Marxismus habe durch seine Zersetzungstätigkeit die Niederlage im Weltkrieg verschuldet und er stehe jenem »letzten Gottesgericht« im Wege, zu dem unter den alten Fahnen anzutreten »wir bereit und willig sind«.[1]

Die Schlußrede Hitlers, die offenbar sowohl auf das Gericht wie auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck machte, war also vor allem eine Anklagerede, die sich über weite Strecken gegen dieselben Männer richtete, die auch von den Kommunisten angeklagt wurden, nämlich gegen »Ebert, Scheidemann und Genossen«, aber aus einem radikal entgegengesetzten Impuls heraus: nicht des angeblichen *Sozialverrats* wegen, sondern wegen Landesverrats und Hochverrats. Im ganzen war sie nichts anderes als eine potentielle Kriegserklärung an eine feindliche Welt und darüber hinaus eine Bejahung des Krieges überhaupt. Sie bildete also den schroffsten Gegensatz zu der internationa-

listischen Leidenschaft jenes Ersten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Aber unzweifelhaft war in ihr ebenfalls der Atem einer großen Leidenschaft zu spüren, die fähig ist, gewaltige Massen mitzureißen, einer nationalistischen und staatlichen Leidenschaft, in deren Untergrund indessen eine *soziale* Leidenschaft leicht erkennbar war. Angriff und Verteidigung waren eng miteinander verknüpft, und da das Gericht offensichtlich von ähnlichen Empfindungen durchdrungen war, wurde Hitler unter ausdrücklicher Anerkennung seiner »vaterländischen Verdienste« wegen Hochverrats nur zu der Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt, und es wurde ihm eine baldige Aussetzung der Strafe auf Bewährung in Aussicht gestellt.

Ein völlig anderes Ergebnis hatte der sogenannte *Tscheka-Prozeß*, der ein Jahr später, vom 10. Februar bis zum 22. April 1925, vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig stattfand. Sein eigentlicher Gegenstand war der kommunistische Versuch der Machtergreifung im Jahre 1923, und der Anlaß bestand darin, daß es den Behörden gelungen war, den Leiter der T-(Terror-)Gruppe, Felix Neumann, und sogar den sowjetischen obersten Militärleiter für den Aufstand, Alexander Skoblewsky (alias Rose, Gorew oder »Helmut«), zu verhaften. Neumann legte ein umfassendes Geständnis ab, das sich vor allem auf die Ermordung eines *Verräters* sowie auf ein geplantes Attentat gegen den General von Seeckt bezog. Auch dieser Prozeß war in hohem Maße politisch und propagandistisch, da die Rechtsanwälte entweder Kommunisten waren oder ihre Sympathie für den Kommunismus offen an den Tag legten. Der Vorsitzende wiederum zeigte keinerlei Nachsicht, sondern es kam häufig zu scharfen Zusammenstößen.

Als erwiesen sah das Gericht an, daß die *Tscheka-Gruppe* im Auftrag der maßgebenden Parteistellen gehandelt habe, und der Einwand der Verteidigung, daß die Kommunistische Partei den *Einzelterror* nicht befürworte, wurde mit guten Argumenten zurückgewiesen. Aber es wurde doch nur ein kleiner Ausschnitt aus der großen Umsturzbewegung des Jahres 1923 zum Gegenstand gemacht, obwohl der These des Staatsanwalts nicht widersprochen wurde, auch die verfassungsmäßigen Gewalten seien für die Kommunisten *faschistisch* und die Berufung auf den Willen zur Verteidigung der legalen Arbeiterregierungen sei eine bloße Verhüllung der offensiven Intentionen gewesen. Drei der Hauptangeklagten, unter ihnen Neumann und Skoblewsky, wurden zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten zum Teil hohe Zuchthausstrafen.

Sicherlich waren die beiden Prozesse auch in der Art, wie sie geführt wurden, bemerkenswerte Beispiele für jene Unterschiedlichkeit des Verhaltens gegenüber rechts und links, die damals besonders von Emil Julius Gumbel und heute fast allgemein angeprangert wird. Aber es müßte doch wohl zunächst gefragt werden, ob jemals in der Weltgeschichte ein angegriffenes System seine

Feinde und diejenigen, die ihm helfen wollten, nach den gleichen Maßstäben behandelt hat und ob man nicht den Kommunisten die Ehre raubt, die sie beanspruchen dürfen, wenn man leugnet, daß der gewaltsame Sturz des kapitalistischen, d. h. europäisch-industriellen Systems ein weitaus gravierenderes und revolutionäreres Ereignis sein mußte als die Errichtung einer antiparlamentarischen Diktatur zur Abwehr dieses Angriffs. Und das bemerkenswerteste ist, daß die Reichsregierung keinen weiteren Prozeß gegen die eigentlich Schuldiggesprochenen, nämlich die Führung der Kommunistischen Partei, einleitete und daß die Todesurteile nicht vollstreckt wurden. Für das eine dürften allgemeine politische und außenpolitische Rücksichten maßgebend gewesen sein, das zweite aber ist ohne einen dritten Prozeß nicht zu verstehen, den sogenannten Studentenprozeß in Moskau während des Juni und Juli 1925.

Angeklagt waren die deutschen Studenten Dr. Kindermann, Wolscht und von Ditmar. Sie hatten im September 1924 mit regulären Papieren und nach längeren Verhandlungen mit der sowjetischen Botschaft eine Forschungs- und Vortragsreise in die Sowjetunion angetreten, und nach 14tägigem Aufenthalt in Moskau waren sie von der GPU verhaftet und in die Lubjanka gebracht worden. Nachdem der Prozeß über längere Zeit hinweg vorbereitet worden war, wurde die Anklage erhoben, die drei Studenten seien von der »Organisation Consul« nach Rußland geschickt worden, um zu spionieren und »Stalin und Trotzki« zu erschießen. Während des Prozesses erschienen Karikaturen in der *Prawda* und der *Iswestija;* eine davon zeigte die massig-brutale Gestalt eines Waffenstudenten mit der Hakenkreuzbinde am Arm, der mit seiner Pistole auf Bilder von Stalin und Trotzki schießt. In den Prozeßberichten wurde behauptet, es handle sich um den »ersten Stoßtrupp des Faschismus«, der in die Sowjetunion eingedrungen sei und der unschädlich gemacht werden müsse. Als Hintermänner wurden der Botschaftsrat Hilger, der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts* Theodor Wolff und sogar der ehemalige Reichskanzler Michaelis genannt. Hauptsächlich aber waren der Kapitän Ehrhardt und die (längst aufgelöste) »Organisation Consul« im Visier. Der Botschafter von Brockdorff-Rantzau brachte den Untersuchungsbehörden zunächst so viel Vertrauen entgegen, daß er deren Behauptung glaubte, diese »Mordgesellen« hätten auch ihn umbringen sollen[2], aber dann ließ er es an Aktivität zu deren Verteidigung nicht fehlen. Auch die deutsche Presse wandte dem Prozeß große Aufmerksamkeit zu. Es stellte sich rasch heraus, wie dürftig oder trivial die Realitäten waren, die von der Anklage als Beweise einer weitgespannten antisowjetischen Verschwörung betrachtet wurden, etwa die Geldzahlungen Theodor Wolffs. Auch Gustav Hilger konnte die Verdächtigungen auf überzeugende Weise widerlegen. Trotzdem wurden die Angeklagten zum Tode verurteilt. Die Empörung über die »Moskauer Schandjustiz« war in Deutschland

gewaltig. Die *Vossische Zeitung* erinnerte an die Grundsätze revolutionärer Urteilsfindung, die der Franzose Sadoul während des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre 1922 entwickelt hatte und die allen rechtsstaatlichen Vorstellungen widersprachen, weil sie »allein das Wohl der Revolution« und nicht eine individuelle Schuld der Angeklagten zum Kriterium machten[3]; der *Vorwärts* wandte sich mit scharfen Worten gegen »die östliche Richtung im Auswärtigen Amt«, welche um jeden Preis eine deutsch-russische Verstimmung vermeiden wolle.[4] Bekannte von Kindermann bezeugten, daß er mit starken Illusions-Sympathien nach Rußland gefahren sei und schon deshalb keine Verbindung mit rechtsradikalen Organisationen gehabt haben könne, weil er Jude sei. Aber für Eingeweihte bestand schon sehr früh kein Zweifel, daß die Studenten als Austauschobjekte verhaftet worden waren; denn im Februar 1925 hatte der Präsident des Rates der Volkskommissare Rykow zu Brockdorff-Rantzau gesagt, die Anklage gegen die Studenten werde niedergeschlagen werden, wenn das Verfahren in Leipzig eingestellt werde.[5] Schließlich kamen die Dinge zu eben diesem Ergebnis: Im Oktober erfolgten gleichzeitig die Begnadigungsakte für Skoblewsky und Kindermann sowie deren Genossen.[6] So waren die Weimarer Justizbehörden am Ende doch nicht härter gegen den sowjetischen Kommunisten Alexander Skoblewsky als gegen den österreichischen Nationalsozialisten Adolf Hitler.

Die Fortentwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands während der Verbotszeit von November 1923 bis März 1924 und danach war vor allem durch die Auseinandersetzungen um die *Oktoberniederlage* bestimmt, die ihrerseits mit den ersten Auseinandersetzungen zwischen Stalin, Sinowjew und Trotzki in der russischen Parteiführung eng verzahnt waren. Es war ganz natürlich, daß nun die *Linken* in den Vordergrund traten, welche die Einheitsfrontpolitik Brandlers, d. h. sein Zusammengehen mit den linken Sozialdemokraten, scharf kritisiert hatten. Nach jedem Mißerfolg der *rechten* Ausdehnungsversuche hin zu den sozialdemokratischen Arbeitern und zu einigen von deren Führern schwingt ja das Pendel regelmäßig zur *linken* Abgrenzung von allen Schwankenden und Unentschiedenen zurück. So wurde auf dem IX. Parteitag im April 1924 in Frankfurt eine radikale Schwenkung vorgenommen: Die Linke übernahm die Parteiführung, d. h. Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Ernst Thälmann, Arthur Rosenberg, Iwan Katz u. a. Die Rechten oder Brandlerianer wurden vollständig ausgeschaltet. Der aufkommenden Rede von einer *Stabilisierung des Kapitalismus* schenkte man keinen Glauben, und das neue Aktionsprogramm proklamierte zwar die *Einheitsfront von unten*, welche auch proletarisierte Mittelständler einschließen sollte, aber es verlangte mit noch größerer Entschiedenheit die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung von legalen wie illegalen bürgerlichen Staatsorganen, also die Vorbereitung der Massen auf den bevorstehenden

Endkampf. Tatsächlich sprach der Wahlaufruf der Partei zur Reichstagswahl vom Mai 1924 offensichtlich viele Menschen an, weil er eine äußerst heftige Anklage gegen das System von Weimar und selbstverständlich gegen das kapitalistische System im ganzen richtete. Im Vordergrund der Anklage stehen neben den Kapitalisten, »christlichen wie jüdischen«, die Sozialdemokraten, die dem kämpfenden Proletariat von neuem in den Rücken gefallen seien. Hitler wird mit verächtlicher Miene nur am Rande als »größenwahnsinniger Spießer« und als Kreatur des Großkapitals erwähnt, während die Kommunistische Partei wieder als »Führerin in diesem Befreiungskampf aller Unterdrückten« apostrophiert wird.[7]

Aber nach den zweiten Reichstagswahlen des Jahres war nicht mehr zu verkennen, daß tatsächlich eine Stabilisierung eingetreten war, und während das Weimarer Deutschland unter der Leitung des Außenministers Stresemann auf den Ausgleich mit den Westmächten und auf den Eintritt in den Völkerbund hinarbeitete, schienen die Kommunisten sich gegenseitig zu zerfleischen. Die Parteiführung eröffnete nämlich einen heftigen Kampf gegen den *Trotzkismus* und den *Luxemburgismus* in der Partei, und im Gegenzug bildete sich eine ultralinke Opposition, die mehr und mehr zu *antibolschewistischen* oder auch *antistalinistischen* Positionen gelangte, weil sie die NEP und das Vorwalten der außenpolitischen Interessen des russischen *Bauernstaates* in der Politik der Komintern kritisierte.

Besonders kennzeichnend für dieses Stadium war die Schrift des jungen Heinz Neumann, des intellektuellen Sohnes eines wohlhabenden jüdischen Hauses, »Was ist Bolschewisierung?«, die Anfang 1925 erschien. In dem gegenwärtigen Zeitalter »der unaufhörlichen Völkerkämpfe und Bürgerkriege« wird nach Neumann der Kampf der KPD gegen die Sozialdemokratie zum Klassenkampf, der »gegen die opportunistische Partei der Arbeiteraristokratie bis aufs Messer durchgefochten« werden muß. Aber nur bei strengster Geschlossenheit und Zentralisierung kann die Partei wirklich die Sektion einer Weltpartei sein, nur dann kann sie sich in effizienter Weise auf den bewaffneten Aufstand vorbereiten und militärische Formationen sowie einen Nachrichtenapparat haben, der die Parteizentrale darüber unterrichtet, »wo sich die Polizeiwachen und Kasernen, die Positionen und Kräfte des Gegners befinden«, was die militärisch wichtigen Betriebe und der Gang ihres Fabrikationssystems sind. Nur dann kann sie wirksam auf die Desorganisation des kapitalistischen Staatsapparats hinarbeiten und den von den Kapitalisten erstrebten »Frieden des Produktionsprozesses« stören. Nur in absoluter bolschewistischer Geschlossenheit, gleichwohl mit langem Atem und im vollständigen Einklang mit der internationalen Zentrale wird die Kommunistische Partei zum Siege gelangen: »Gebt uns eine bolschewistische Partei in Deutschland, und wir werden Deutschland aus den Angeln heben.«[8]

Es war nicht erstaunlich, daß diese Auffassungen Widerspruch in der Partei hervorriefen und daß sie die Gegner, nicht zuletzt die zum Bürgertum gezählten und also mit Ausrottung bedrohten Sozialdemokraten, zu der These brachten, diese KPD sei weiter nichts als die Kampfmaschine und Spionageorganisation einer ausländischen Macht. Und als die Partei im Frühjahr 1925 nach dem Tode Friedrich Eberts, den sie noch im Grabe beschimpfte, auch beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen an ihrem Kandidaten Thälmann festhielt, da sicherte sie faktisch den Sieg Hindenburgs, obwohl sie nur knapp 2 Millionen Stimmen erhielt, weitaus weniger als bei den Reichstagswahlen. Es zeigte sich also, daß die Kommunisten in dem Augenblick, wo es um Vertrauen zu einem konkreten Menschen und nicht um Zustimmung zu einem radikalen Protestprogramm ging, nur eine kleine Minderheit von wenig mehr als 5 % der Wähler für sich zu gewinnen vermochten. Der Kandidat der Nationalsozialisten freilich, Ludendorff, hatte weniger als 300 000 Stimmen erhalten: Im Frühjahr 1925 waren Hitler und seine Partei sozusagen nicht mehr wahrnehmbar.

Es wäre freilich ein großer Irrtum zu meinen, mit Hitler und seiner Partei sei es gleich nach dem 9. November 1923 zu Ende gewesen. Die Münchener und bayerische Bevölkerung befand sich noch lange Wochen nach dem Putsch in starker und durchaus regierungsfeindlicher Erregung; Alfred Rosenberg gründete im Auftrag Hitlers eine Ersatzorganisation, die Großdeutsche Volksgemeinschaft; am Hitler-Prozeß nahm die Öffentlichkeit den lebhaftesten Anteil; eine Postkarte, die Hitler als einsamen Gefangenen in Landsberg abbildete, wurde in millionenfacher Auflage verbreitet; Hitler war erstmals, wenngleich nur für kurze Frist, eine nationale Figur geworden. Die Wahlerfolge des »Völkischen Blocks« in Bayern und der »Nationalsozialistischen Freiheitspartei« im Reich übertrafen die Erwartungen bei weitem. Aber Hitler merkte bald, daß er von Landsberg aus die verschiedenen Nachfolgeorganisationen nicht beherrschen konnte, und er zog sich deshalb ganz aus der Tagespolitik zurück, um sich ausschließlich der Arbeit an dem Buch zu widmen, das später den Namen »Mein Kampf« erhielt. Nach seiner Entlassung zu Weihnachten 1924 fand er die Situation sehr verändert, und er machte einen Besuch bei dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Held, um ihm zu versichern, daß er nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen den Marxismus kämpfen wolle. Am 27. Februar 1925 vollzog er dann durch eine Rede im Bürgerbräukeller die Neugründung seiner Partei. Es gelang ihm, die Anwesenden in einen Begeisterungstaumel zu versetzen und eine rührende Versöhnungsszene der zerstrittenen Gefolgsleute herbeizuführen. Diesmal war von vornherein völlig klar, daß er allein an der Spitze der Partei stehen und keinen Ludendorff neben sich haben würde. Allerdings verhängten die bayerischen Behörden ein Redeverbot über ihn, dem sich die meisten deutschen Länder anschlossen,

und damit war ihm seine beste und wichtigste Waffe genommen. Aber am 18. Juli 1925 erschien im Eher-Verlag der erste Band von »Mein Kampf«. Im vorliegenden Zusammenhang ist nicht eine Inhaltsangabe, eine Analyse oder eine Kritik angebracht, sondern es ist zu fragen, wie sich das Verhältnis der Grundmotive im Vergleich zu den frühen Reden darstellt und ob insbesondere noch der Antimarxismus bzw. der Antibolschewismus im Zentrum steht.

Ganz neu ist die *Lebensgeschichte*, die dann zum Ausgangspunkt einer Parteigeschichte wird, welche ihrerseits von vielfältigen Reflexionen über Fragen allgemeinpolitischer und anthropologischer Art immer wieder unterbrochen wird. Aus der Lebensgeschichte ergibt sich, daß schon auf den ersten Seiten das großdeutsche Motiv hervortritt und daß Hitler vor allem als ein *österreichischer Deutscher* erscheint. Aber der Bericht über seine Erfahrungen in Wien macht bei aller Selbststilisierung doch auf geradezu frappierende Weise deutlich, wie sehr er als *europäischer Bürger* empfand. Das beweist schon seine Erzählung vom ersten Zusammentreffen mit Sozialdemokraten auf der Baustelle, und noch beweiskräftiger ist der Bericht darüber, wie er eines Tages einer Massendemonstration sozialdemokratischer Arbeiter begegnet und »mit angehaltenem Atem den ungeheuren menschlichen Drachenwurm« beobachtet, der sich da langsam vorbeiwälzte. »In banger Gedrücktheit verließ ich endlich den Platz und wanderte heimwärts.«[9] Das war auf geradezu paradigmatische Weise eine »bürgerliche« Reaktion, aber keineswegs »die« bürgerliche Reaktion, denn Männer wie Max Weber oder Clement Attlee reagierten ganz anders. Daß bei Hitler die Empörung über einen frühen und gern übersehenen Totalitätsanspruch der Arbeiterbewegung mitschwang, nämlich über die »brutalen Forderungen«, nur rote Versammlungen zu besuchen und nur rote Bücher zu lesen, ist nicht zu verkennen, aber gerade an dieser Stelle bringt er das ebenfalls totalitäre Postulat vor, der Sozialdemokratie »eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung« entgegenzustellen.[10] Es ist trotzdem nicht ohne Konsequenz, wenn er im gleichen Zusammenhang scharfe Kritik an der Verständnislosigkeit des Bürgertums gegenüber sozialen Fragen übt, das eindeutig mit der Verantwortlichkeit für die verhängnisvolle Entwicklung belastet wird. Aber wenige Seiten später schreibt Hitler: »Indem ich den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte, begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen ... Die Namen der Austerlitz, David, Adler, Ellenbogen werden mir ewig in Erinnerung bleiben.«[11] Offensichtlich wird von Hitler hier ein Begleitphänomen zur Ursache gemacht, grundsätzlich nicht anders, als in den *Spartakusbriefen* die Kriegsgewinnler und Spekulanten als Urheber des Krieges angeklagt werden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß auch in den Lebensberichten von Marxisten das »wie Schuppen von den Augen fallen« so häufig vorkommt.[12] Aber bei Hitler ist die Anklage gegen »Erreger« und »Urheber«

des Unheils noch um vieles intensiver, vermutlich deshalb, weil sie weniger einleuchtend ist und gerade deshalb zu geradezu ungeheuerlichen Aussagen führen kann wie etwa derjenigen, der Planet werde wieder wie vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen, wenn es dem Juden gelinge, mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt zu siegen. Aber nur dadurch gewinnt Hitler für sich und sein vorgestelltes »germanisches Reich deutscher Nation« eine Mission, die auf ihre Weise ebenso universal sein soll wie diejenige, welche der Marxismus sich zuschrieb: »Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.«[13] Und so finden sich neben den langen Erzählungen und den Reflexionen über das »aristokratische Prinzip der Natur« oder das »freie Spiel der Kräfte« auch in »Mein Kampf«, ganz wie in den frühen Reden, auf der einen Seite das affirmative und nationale Pathos der positiven Weltkriegserfahrung[14] und auf der anderen Seite das negierende und soziale Pathos, das aus dem fortwirkenden Schreckbild des »russischen Beispiels« und der »Vernichtung der nationalen Intelligenz« hervorgeht: »Nun beginnt die große letzte Revolution. Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten ... Das furchtbarste Beispiel dieser Art bildet Rußland ...«[15]

Um die gleiche Zeit schrieb einer von Hitlers bekanntesten Kampfgenossen, der Oberst Max Bauer, einen Reisebericht aus dem »Land der Roten Zaren«, in dem er freimütig eingestand, seine Meinungen über die Sowjetunion und die führenden Männer ihrer Staatspartei geändert zu haben, nachdem er dort zu vieles gesehen hatte, was seinen konservativen und militärischen Prinzipien entgegenkam.[16] Auch Hitler war der Traditionalist eines alten Glaubens, wie es auf ihre ganz andere Weise Rosa Luxemburg gewesen war, und er schrieb aus dem Lebendigbleiben der Vergangenheit heraus seiner Bewegung eine *Bibel*, die sich auf charakteristische Weise von den Grundbüchern unterschied, die Karl Marx 1867 für die Arbeiterbewegung und Lenin 1902 für den jungen Bolschewismus geschrieben hatten. Zwar war keins der drei Bücher ein Abbild der Wirklichkeit oder ein zutreffender Entwurf der Zukunft, aber jedes stand positiv inmitten machtvoller historischer Entwicklungen. Doch die Situation, in der und für die »Mein Kampf« geschrieben war, war die partikularste und am wenigsten wiederholbare. So mußte auch für diejenigen, die nicht in den Spott über Hitlers *Geschwafel* eingestimmt, sondern sein Buch ernstgenommen hatten, die Wahrscheinlichkeit groß sein, daß dieser Mann und diese Partei ihren demokratischen und marxistischen Gegnern nicht gewachsen sein würden. Vielleicht war die Vermutung in keinem Augenblick besser begründet als im Jahre 1926, wo die Kommunisten die Frage der *Für-*

stenenteignung an die große Öffentlichkeit brachten und ein großer Teil der Demokraten und Republikaner in die gleiche Richtung ging.

An und für sich war die *Einheitsfrontpolitik*, welche die Voraussetzung dieses Erfolges war, von einer linken Parteiführung nicht zu erwarten. Aber der Fünfte Kongreß der Kommunistischen Internationale hatte im Sommer 1924 zwar die Rechten scharf verurteilt, doch er hatte zugleich die Linie des *Massenkampfes* vorgeschrieben, der sich gewiß in der Gestalt einer *Einheitsfront von unten* vollziehen sollte, der indessen trotzdem mancherlei Möglichkeiten zu versöhnlichen Gesten gegenüber den Sozialdemokraten bot. Außerdem wurde die Parteiführung mehr und mehr von den Ultralinken bedrängt, und sie machte sich wiederum einige von deren Thesen zu eigen, so daß in der Komintern die Befürchtung aufkam, im Zusammenhang der Stresemannschen Zuwendung Deutschlands zum Westen gewännen antibolschewistische oder westeuropäische Tendenzen innerhalb der KPD an Kraft. So erzwang Stalin von Sinowjew die Absendung eines »Offenen Briefes« an die Mitglieder und Organisationen der KPD, der vom 1. September 1925 datiert war und der auch von Ruth Fischer unterschrieben werden mußte, obwohl er das Ende ihrer Parteilaufbahn bedeutete. Das lange Schreiben wies bereits eine Anzahl von Merkmalen des künftigen *Parteichinesisch* auf, aber sein Sinn war klar. Es verlangte nachdrücklich die Durchführung einer praktischen Bolschewisierung der Partei im Sinne des Kampfes gegen Fraktionsbildung und antibolschewistische Tendenzen sowie die klare Unterordnung der Parteiarbeit unter den Hauptgesichtspunkt der Interessen der Sowjetunion, aber auch eine stärkere Hinwendung zum Massenkampf. Zwar wurde dieser Offene Brief zum Ausgangspunkt heftiger Auseinandersetzungen, und die Abfallbewegung von linken und ultralinken Kommunisten zeichnete sich bald ab, aber die Parteispitze reagierte so, wie von ihr erwartet wurde: Die Gruppe um Ernst Thälmann übernahm die Parteiführung. Wenig später bot sich ihr eine großartige Gelegenheit, einen Massenkampf in Gang zu setzen.

Der Sturz der Monarchien hatte 1918/19 in Deutschland nicht zu der radikalen Konsequenz geführt, die man in Österreich gewählt hatte, nämlich zur Konfiskation des gesamten Vermögens der Herrscherhäuser. Man hatte vielmehr, wie es der Tradition entsprach, eine Unterscheidung von Staats- und Privatvermögen getroffen und die Abgrenzung den Ländern bzw. den Gerichten überlassen. Nach dem Ende der Inflation erregten einige neue Gerichtsentscheidungen innerhalb der teilweise noch fortlaufenden Auseinandersetzungen erhebliches Aufsehen, und die Beunruhigung wurde verstärkt, weil einige Fürsten Aufwertungsansprüche für ihre durch die Inflation vernichteten Renten u. a. erhoben, die weit über dasjenige hinausgingen, was den kleinen Rentenbeziehern und den Sparern an Aufwertung zugestanden worden war. Die KPD brachte daher im Dezember 1925 einen Gesetzentwurf ein, der die

entschädigungslose Enteignung sämtlicher Vermögen der ehemaligen Fürstenhäuser vorsah.

Zweifellos war diese Forderung, die unter das Schlagwort »Keinen Pfennig den Fürsten!« gestellt wurde, bei den Aufwertungsgeschädigten höchst populär und nicht minder bei den Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, denen nach dem Gesetzentwurf die Erträge zugute kommen sollten. Auf der anderen Seite war aus der Verfassung ein Recht zu entschädigungslosen Enteignungen ganzer Gruppen aus politischen Gründen nicht herzuleiten, und die Kommunisten machten kein Geheimnis daraus, daß nur die erste Bresche in die Eigentumsordnung als solche geschlagen werden sollte. Sie gingen jedoch sehr geschickt vor und ließen einen überparteilichen Ausschuß unter der Leitung des linksliberalen Professors Robert René Kuczynski die Initiative für ein Volksbegehren ergreifen. Dadurch geriet die SPD-Führung in eine schwierige Situation, und sie mußte sich aus Furcht vor dem Verlust zahlreicher Anhänger bereit finden, mit der KPD gemeinsam vorzugehen. Das Volksbegehren erreichte die erstaunlich hohe Stimmenzahl von 12,5 Millionen Stimmen, weitaus mehr, als erforderlich waren, und damit war der Weg zum Volksentscheid frei, nachdem der Reichstag, wie zu erwarten war, den Gesetzentwurf abgelehnt hatte. Nun entwickelte sich in der Öffentlichkeit eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, in die auch der Reichspräsident von Hindenburg eingriff. Da der Gesetzentwurf verfassungsändernd war, waren zur Annahme 20 Millionen Stimmen erforderlich gewesen, und am 20. Juni 1926 wurden nur 14,5 Millionen Ja-Stimmen abgegeben. Trotzdem handelte es sich um einen großen Erfolg der KPD. Sie hatte die SPD-Führung in ihr Schlepptau gezwungen und überdies erreicht, daß auch sehr viele Zentrumswähler mit »Ja« stimmten. Erstmals schien die abschreckende Kraft des *russischen Beispiels* verlorengegangen zu sein, und die Wähler stimmten weitgehend gemäß den soziologischen Grenzlinien ab: kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter schienen unter kommunistischer Führung in der gleichen Front zu stehen.

Dennoch ist als Hauptergebnis folgendes anzusehen: Mit der populärsten und scheinbar maßvollsten aller vorstellbaren Parolen hatte die KPD zwar die SPD auf ihre Linie gebracht und neben den *Zentrumsproletariern* auch sehr viele Linksdemokraten (darunter wohl alle Linksintellektuellen) angesprochen, aber sie kam trotzdem nicht über 40 % der Stimmen hinaus. Es war so gut wie ausgeschlossen, daß sie sich mit ihren eigenen Parolen wie etwa derjenigen der Diktatur des Proletariats jemals auf legalem Wege durchsetzen würde. Sie hatte zweifellos recht, wenn sie meinte, daß sogar unter den Bedingungen einer schweren Krise nur der »bewaffnete Aufstand« zum Siege führen würde.

Die Gegenwirkung der Nationalsozialisten hatte im Rahmen dieser wichti-

gen und vor allem symptomatischen Ereignisse bloß episodischen Charakter und trug dazu bei, die Abgeordneten Frick und Genossen als ebenso komisch wie bedeutungslos erscheinen zu lassen. Sie brachten nämlich im Reichstag einen Antrag zwecks Enteignung des Vermögens »der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten« ein, der ein genaues Gegenbild des kommunistisch-sozialdemokratischen Gesetzentwurfes war und natürlich keinerlei Aussicht hatte, auch nur ernsthaft erörtert zu werden. Aber subversiv war er ohne Zweifel, und auf natürliche Sympathien der Kapitalisten durfte diese Partei in Zukunft schwerlich zählen. Wenn der Volksentscheid für die Kommunisten letzten Endes ein Mißerfolg war, so hatten sie doch über ihre radikalsten Feinde einen Triumph errungen, der nicht bloß quantitativ oder materiell war.[17]

Aber sie nahmen diese Feinde kaum noch ernst, und die innerkommunistischen Auseinandersetzungen, die sich während der nächsten Jahre abspielten, waren dafür ein unzweideutiger Beweis. Sie drehten sich nämlich überhaupt nicht um das Verhältnis zum *Faschismus* und um die besten Methoden, ihn zu bekämpfen. Es ging vielmehr weiterhin um die *Bolschewisierung* der Partei, die Thälmann und seine Anhänger nur unter schweren Kämpfen weitertreiben und durchsetzen konnten. Die schärfsten Gegner waren die Ultralinken, denen sich ein Teil der Linken um Ruth Fischer und Arkadij Maslow nach dem Verlust der Parteiführung anschloß. Am frühesten formierte sich bereits 1925 eine Gruppierung um Werner Scholem, Iwan Katz und Arthur Rosenberg. Sie erhob Vorwürfe gegen die kommunistischen Führer, die zu glauben schienen, »daß die preußische Armee vor dem Kriege ungefähr das verkörperte Ideal einer leninistischen Partei sei«.[18] Die Gegenvorwürfe besagten, die Ultralinken betrachteten den Bolschewismus als eine *bürgerliche Verirrung*, und damit war unzweifelhaft etwas Richtiges getroffen. Aber da Katz, Rosenberg und Scholem »jüdische Intellektuelle« waren, glaubten manche Beobachter, in der Kampagne gegen die Intellektuellen, die von der Thälmann-Gruppe nach dem Vorbild der Stalinschen Polemik gegen Trotzki, Sinowjew und Kamenjew in Gang gesetzt wurde, antisemitische Untertöne wahrzunehmen. Die Intellektuellen waren untereinander jedoch keineswegs einig, und es gab auch eine Anzahl von Arbeitern unter den Vorkämpfern der Opposition. Zeitweise existierten nicht weniger als zehn Oppositionsgruppen, und fast ein Dutzend Reichstagsabgeordnete zählte sich schließlich zu den *linken Kommunisten*. Die Parteiführung ging taktisch sehr geschickt vor und schloß eine der Oppositionsgruppen nach der anderen aus. Als erste traf dieses Schicksal die Gruppe um den ehemaligen Leiter der Kommunalabteilung in der Zentrale der KPD, Iwan Katz. Sie war in der Tat sehr radikal, denn sie wollte es als eine Ehre betrachtet wissen, antibolschewistisch genannt zu werden, solange es bolschewistisch sei, »die Interessen des internationalen Proletariats zugunsten des

russischen Staats, d.h. der russischen kapitalistischen Bauernmehrheit« zurückzustellen und innerhalb der KPD Parteidisziplin durch Kadavergehorsam zu ersetzen. Später schloß sich die Gruppe den *Rätekommunisten* um Franz Pfemfert an, die Stalin als einen »Bauernnapoleon« bezeichneten und in Rußland sogar das »letzte Bollwerk der Bourgeoisie«, nämlich eine nationalkapitalistische Großmacht und Feindin des Proletariats zu erkennen glaubten.[19]

Andere und doch ähnliche Wege gingen Linke und Ultralinke wie Karl Korsch, Hugo Urbahns, Arthur Rosenberg, Arkadij Maslow und Ruth Fischer: Teilweise entfernten sie sich vom Kommunismus und sogar vom Marxismus, teilweise kehrten sie später in die Partei zurück. Die Spaltungen und Auseinandersetzungen sind hier nicht im einzelnen zu verfolgen[20], denn im vorliegenden Zusammenhang kommt es in erster Linie auf eine Feststellung an: Keine dieser Gruppierungen schrieb es sich als Verdienst zu, dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus trotz schwerwiegender Gegensätze näherzustehen als die Parteiführung. Und ähnliches gilt für die Polemik. Auch wenn man Stalins »Sozialismus in einem Lande« auf das heftigste bekämpfte, nannte man ihn nicht *faschistisch*, und selbst als Trotzki 1930 den Terminus »Nationalsozialismus« auf Stalins Praxis anwandte[21], wollte er keine Verbindung mit der Hitlerpartei herstellen, die für ihn ein Resultat der Konterrevolution blieb, während Stalin immerhin ein *Thermidorianer* war. Das war bei den Auseinandersetzungen, die sich um etwa die gleiche Zeit innerhalb der NSDAP vollzogen, erheblich anders, und auch darin ist ein Beweis für die Priorität und für die bis 1930 weit größere Bedeutung des Kommunismus zu erblicken.

Es handelt sich um den Streit zwischen *rechten* und *linken* Nationalsozialisten, der bald nach der Neugründung der Partei seinen Anfang nahm und sich bis 1930 hinzog. Als links galt die norddeutsche Parteiorganisation, deren Aufbau von Hitler im März 1925 Gregor Straßer übertragen worden war, einem Apotheker und hochdekorierten Frontoffizier aus Landshut. Neben ihm war sein Bruder Otto tätig, der ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen war und eine Studentenkompanie gegen die Kapp-Truppen geführt hatte. Das Potential, aus dem dieser Flügel schöpfen mußte, war in starkem Maße *völkisch-protestantisch*. Andererseits ließen sich die *proletarischen Massen* im Ruhrgebiet und in Berlin nur dann für einen nationalistischen Sozialismus gewinnen, wenn *der Kapitalismus* und mindestens *die Spießbürger* bekämpft wurden. In beidem war potentiell ein Konflikt mit München enthalten, denn es wurde nicht ohne Grund behauptet, Hitler habe seinen *Frieden mit Rom* gemacht und er suche Kontakte zu führenden Wirtschaftskreisen. Jedenfalls wurde im September 1925 eine »Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue« gebildet, und als deren Organ erschienen vom 1. Oktober an die *Nationalsozialistischen Briefe*, herausgegeben von Gregor

Straßer und redigiert von Dr. Joseph Goebbels, dem Geschäftsführer des Gaues Rheinland in Elberfeld. Ein erster Programmentwurf sah die Überführung der Großindustrie in partielles Staats- und Gemeindeeigentum sowie die Umwandlung aller Bodeneigentümer in Erbpächter vor. Er fand in München ebensowenig Beifall wie eine erste und positive Entschließung zur Fürstenenteignung, und auf einer Führertagung in Bamberg am 14. Februar 1926 setzte sich Hitler mit einer vielstündigen Rede vollständig durch und gewann insbesondere Goebbels für sich, den er am Ende des Jahres zum Gauleiter von Berlin ernannte. Trotzdem behielt der norddeutsche Parteiflügel eigene und überwiegend linke Charakterzüge, und er schuf sich im *Kampf-Verlag* eine starke Machtbasis. In dessen Zeitungen und in den NS-Briefen konnte der Vernichtungskampf gegen den (internationalen) Kapitalismus proklamiert werden, und hier legte man viel Verständnis für die marxistische Klassenkampflehre an den Tag, die also durchaus nicht in Übereinstimmung mit Hitler als jüdische Erfindung galt. Vor allem aber kam hier eine ausgeprägte Ostorientierung zu Wort, weil das oberste Ziel, die Zerreißung der Diktate von Versailles und Saint-Germain, ohne die Hilfe der Sowjetunion und ohne ein Bündnis mit allen unterdrückten Völkern der Welt nicht erreichbar sei. Zwar wird der Bolschewismus als solcher mit Entschiedenheit abgelehnt, meist mit antisemitischer Begründung, aber in der Rede »Lenin oder Hitler?«, die Goebbels erstmals im Februar 1926 in Königsberg hielt, werden Bolschewismus und Nationalsozialismus als die beiden revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts so weitgehend parallelisiert, daß der Gegensatz schließlich bloß darin gesehen wird, Lenin habe durch die Welt auch Deutschland erlösen wollen, während es Adolf Hitlers Ziel sei, die Welt durch Deutschland zu erlösen.[22] Einige linke Nationalsozialisten gelangten bis zu regelrechten Bündnisangeboten an die KPD, weil sie meinten, die KPD und die SU seien »in der heutigen Situation, soweit das nur geht, unsere Bundesgenossen gegen Weimar, Versailles und Wallstreet«, obwohl sie letztlich andere Ziele verfolgten.[23] Die Sozialdemokraten wiederum stützten sich auf derartige Äußerungen, um die nahe Verwandtschaft von Kommunisten und Nationalsozialisten nachzuweisen.

Es ist anzunehmen, daß Adolf Hitler nicht zuletzt die linken Nationalsozialisten im Auge hatte, als er 1925 und 1926 den zweiten Band von »Mein Kampf« schrieb, der im Dezember 1926 erschien. Hier machte er erneut klar, daß bei ihm die antibürgerliche Polemik nicht im geringsten eine Abschwächung des radikalen Antibolschewismus bedeutete, und vor allem arbeitete er die bisher erst ansatzweise vorhandene Lebensraumlehre in einer Weise heraus, die jeden Kompromiß mit dem Konzept der Ostorientierung unmöglich machte. Aber auch die starke Hervorhebung der Rassenlehre dürfte in diesem Zusammenhang zu sehen sein. Ein Bündnis mit den unterdrückten

Nationen ist deshalb vollständig auszuschließen, weil deren Lage auf rassische Minderwertigkeit zurückzuführen ist. So ist der zweite Band viel stärker als der erste von jenem zugespitzten und verhärteten »Europäismus« erfüllt, der die Herrschaft des englischen Herrenvolkes und der mit ihm künftig verbündeten Deutschen als eine »rassische« Naturbestimmtheit ansieht[24] und daraus das Recht ableitet, im Osten zur »Bodenpolitik der Zukunft« überzugehen, welche das Ende des russischen Staates bedeuten wird, da nach dem Untergang der Bolschewisten, jener »blutbefleckten gemeinen Verbrecher«, dort keine Führungsschicht mehr vorhanden sein wird, die den Staat zusammenhalten könnte. Wie sehr aber Hitler immer noch an der Situation des russischen Bürgerkriegs orientiert ist, läßt das »Politische Testament« erkennen, mit dem er das Kapitel 14 über »Ostorientierung oder Ostpolitik« abschließt: »Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren ... einen Angriff gegen Deutschland ... Sorgt dafür, daß die Stärke unseres Volkes ihre Grundlagen nicht in Kolonien, sondern im Boden der Heimat in Europa erhält ...«[25] Ganz wie Hitler die englische Vorherrschaft in der Welt während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine Rassenlehre und damit die Einbeziehung Deutschlands fixieren will, so will er an dieser Stelle die Situation der Jahre 1917/18 festhalten, als es die zweite, die russische Militärmacht an den Grenzen Deutschlands nicht mehr gegeben hatte, welche doch im ganzen 18. und 19. Jahrhundert eine selbstverständliche Grundtatsache gewesen war. Die Angst vor der eigenen Vernichtung, welche die frühen Reden und noch den ersten Band von »Mein Kampf« so stark geprägt hatte, resultiert nun in einem außenpolitischen und staatlichen Vernichtungswillen, der den linken Nationalsozialisten hinsichtlich Rußlands ganz fern lag.

Es gab also genuine Differenzen zwischen München und Norddeutschland. 1928 war noch nicht entschieden, ob das Hitlersche Konzept der Identifizierung von Nationalismus und Sozialismus oder das Straßersche eines *nationalen Sozialismus* aussichtsreicher war. Es war ebenfalls ungewiß, ob schließlich eine Spaltung der Partei erfolgen würde oder nur das Abschwenken einer kleinen Gruppe. Eine wichtige Vorentscheidung waren die Reichstagswahlen von 1928, die für die Nationalsozialisten eine Niederlage und für die Kommunisten einen beträchtlichen Erfolg bedeuteten.

Die Hauptgewinnerin war allerdings die SPD. Sie errang 152 Mandate und war damit stärker als in jedem der vorhergehenden Parlamente mit Ausnahme der Nationalversammlung. Dagegen gingen die Deutschnationalen von über 100 auf 78 zurück, und auch die Mittelparteien verloren eine Anzahl von Sitzen. Die Kommunisten stiegen von 45 auf 54 Mandate, und die NSDAP hatte trotz größter propagandistischer Anstrengungen bloß 12 Sitze erobern kön-

nen, während sie bisher 14 gehabt hatte. Aber diese 12 waren nun alle Hitler-Anhänger, und unter den Kommunisten befand sich kein *Linkskommunist* mehr. Gleichwohl schien das Ergebnis vom Dezember 1924 insofern bestätigt zu sein, als die Nationalsozialisten sich im Vergleich zu den Kommunisten wie eine unbedeutende Splitterpartei ausnahmen. In der Tat wurde ihnen von seiten der neuen Regierung der *Großen Koalition* nur wenig Beachtung zuteil, und die preußische Regierung hob ein für Berlin ausgesprochenes Parteiverbot auf. Viel wichtiger schien zu sein, daß sich bei den Deutschnationalen nun rasch eine radikalere Tendenz durchsetzte, die im Oktober die Wahl des Pressemagnaten Alfred Hugenberg zum Parteivorsitzenden herbeiführte, während die gemäßigteren Kräfte auf den Weg der Abspaltung gedrängt wurden.

Im Rückblick erscheint die Zeit der Großen Koalition vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1930 häufig als die letzte gute Zeit der Weimarer Republik. Die Zeitgenossen empfanden das jedoch nicht durchweg so, und ein symptomatisches Schwächezeichen der Regierung war der Streit um den Panzerkreuzer A, der die sozialdemokratischen Minister und die Reichstagsfraktion in eine überaus eigentümliche Gegenstellung brachte. Geradezu ein Unheilszeichen war aber der sogenannte »Blutmai« von 1929, welcher der ultralinken Wendung Stalins und der Komintern von 1928 sozusagen die populäre Sanktion gab.

Der Streit um den Bau eines neuen Panzerkreuzers hatte bereits 1927 begonnen, und die wichtigsten Argumente waren schon damals ausgetauscht worden: Der Panzerkreuzer sei unnötig und bloß ein gefährliches Spielzeug, da Abrüstung und nicht Aufrüstung auf dem Programm stehen müsse, sagten die Vertreter der SPD und der Demokratischen Partei; es handle sich um einen im Versailler Vertrag vorgesehenen Ersatzbau, der für eine Verteidigung Ostpreußens unerläßlich sei, erwiderten Deutschnationale und Volksparteiler. Die Befürworter setzten sich durch, und so wurde das Kriegsschiff in den Wahlkampf hineingezogen. Die Sozialdemokraten führten ihn teilweise mit der Parole *Kinderspeisung statt Panzerkreuzer,* die vermutlich nicht unerheblich zum Wahlsieg beitrug. Aber die sozialdemokratischen Minister faßten im August 1928 zusammen mit den übrigen Kabinettsmitgliedern den Beschluß, mit dem Bau zu beginnen, um einen Bruch der sowieso noch sehr fragilen Koalition zu vermeiden. Bei den neuen parlamentarischen Auseinandersetzungen stimmten die sozialdemokratischen Minister indessen als Abgeordnete gegen die Entscheidung, die sie als Kabinettsmitglieder getroffen hatten. Die Kommunisten wiederum brachten im September ein Volksbegehren ein, das aus einem einzigen Satz bestand: »Der Bau von Panzerschiffen und -kreuzern jeder Art ist verboten.« Diesmal blieb ihre Stimmenzahl aber weit hinter derjenigen zurück, die sie bei den Reichstagswahlen erhalten hatten. Ihr Antrag war also nicht populär, vermutlich aus mehreren Gründen und nicht zuletzt

aus dem Verdacht heraus, die Sektion der Kommunistischen Internationale wolle ihrem Staat, der UdSSR, einen Rüstungsvorteil verschaffen. Charakteristisch war aber auch die Haltung der Sozialdemokraten, welche in der rechten Hälfte des deutschen Volkes den Verdacht nähren mußte, diese große Partei habe immer noch kein Verhältnis zu den elementaren Staatsnotwendigkeiten gefunden, denn ihre Argumente gegen den Panzerkreuzer konnten auch bis zu der These weitergeführt werden, daß die Reichswehr überflüssig sei und daß deren Etat der Arbeitslosenhilfe oder der Kinderspeisung zugewendet werden könne. Die alte Behauptung, daß es einen *Gesamtmarxismus* gebe, erhielt also neue Nahrung.

Etwa zur gleichen Zeit aber fand der alte Gegensatz innerhalb dieses Gesamtmarxismus in den Maiereignissen einen neuen und überaus blutigen Ausdruck.

Im Dezember 1928 hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, der ehemalige Böttcher Karl Friedrich Zörgiebel, alle Demonstrationen und Versammlungen im Freien verboten, weil sich in letzter Zeit schwere Zusammenstöße zwischen dem Rotfrontkämpferbund und der SA ereignet hatten. Der Preußische Innenminister Albert Grzesinski veröffentlichte am 29. März 1929 eine »letzte Warnung«, in der er fast unverhüllt ein Verbot der KPD androhte. Es war jedoch sehr begreiflich, daß die KPD aufs stärkste gegen den Beschluß agitierte, denn bei den Aufmärschen zum 1. Mai handelte es sich ja um ein besonders altes und ehrwürdiges Erbe der gesamten Arbeiterbewegung. Tatsächlich zogen die Behörden eine Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 1. Mai in Erwägung, aber die Ermordung von zwei Reichsbannerleuten verschärfte die Situation von neuem. Und die Agitation der KPD war vom Aufruf zum bewaffneten Aufstand nicht weit entfernt: »Der revolutionäre Elan und der Kampfeswille der deutschen Arbeiter wird dem sozialdemokratischen Polizeiminister der Trustbourgeoisie zeigen: Das Proletariat pfeift auf ihre Verbote.«[26] Die SPD dagegen brachte Wendungen wie »Die KPD braucht Leichen« oder »Auf Befehl Moskaus« in Umlauf und verschärfte dadurch ihrerseits die Lage. Die Kommunisten wiederum ließen am Abend des 30. April durch einige hundert RFB-Mitglieder und Jungspartakisten Überfälle auf Verkehrspolizisten an Kreuzungen verüben, und am Morgen des 1. Mai erschien die *Rote Fahne* mit der Überschrift »Kampf-Mai 1929«, während der Leitartikel von den »Signalen einer neu aufsteigenden Welle der proletarischen Revolution« sprach. Es versammelten sich jedoch bloß einige tausend Demonstranten auf den Straßen, und deshalb ist es zweifelhaft, ob die Partei auch nur alle RFB-Mitglieder mobilisiert und in Zivil zur Erzwingung der Demonstration bereitgestellt hatte. Eben das nahm die Polizei allem Anschein nach an, und sie bediente sich sehr scharfer Methoden, um die Züge aufzulösen. Gegen Mittag fielen die ersten Schüsse in den Hauptun-

ruhezentren an der Kösliner Straße im Wedding und am Hermannplatz in Neukölln, vermutlich von seiten der Polizei, die mit einem Stein- und Flaschenhagel sowie empörten Rufen wie »Bluthunde« empfangen worden war. Die Antwort bestand im Einsatz von Panzerwagen, der Erstürmung der Barrikaden und dem gefürchteten Ruf »Weg von den Fenstern«, da aus Furcht vor Heckenschützen auf geöffnete Fenster sofort geschossen wurde. Schon am Abend des ersten Tages waren 9 Tote und 63 Schwerverletzte zu verzeichnen. Bis zum 4. Mai kam es immer wieder zu schweren Zusammenstößen, die besonders durch Gruppen von Jugendlichen hervorgerufen wurden und Sympathiebezeigungen der Bevölkerung auslösten. Am 2. Mai hatte die *Rote Fahne* leidenschaftliche Anklagen gegen die »Mörderpartei« und die »blutbefleckte Koalitionsregierung« erhoben, und sie hatte einen Aufruf zum »Massenstreik« gebracht, der allerdings kaum befolgt wurde. Im Preußischen Landtag spielten sich erregte Szenen ab: Der Abgeordnete Jendretzky erschien in voller RFB-Uniform, Wilhelm Pieck schleuderte den Sozialdemokraten das Wort »Mörderbande!« ins Gesicht, die Fraktion sang stehend die Internationale und zog dann aus dem Parlament aus. Insgesamt waren über 30 Tote zu beklagen, zum großen Teil Unbeteiligte, auch Frauen; die Polizei dagegen hatte keine Todesopfer aufzuweisen, und nur einer ihrer Verletzten hatte eine Schußwunde erhalten. Gleichwohl wurden am 6. Mai der Rote Frontkämpferbund, die Rote Jungfront und die Rote Marine verboten.

Auch *von bürgerlicher Seite* wurde an dem harten Vorgehen der Polizei, die sich »wie in Feindesland« verhalten habe, viel Kritik geübt, nicht bloß von der *Frankfurter Zeitung* und vom *Berliner Tageblatt*. Der *Vorwärts* äußerte sich dagegen auf militante Weise: »Die Kommunisten brauchten Leichen und machten das Lumpenproletariat mobil … Nieder mit den kommunistischen Schädlingen der Arbeiterbewegung!«[27] Man konnte in der Tat ohne besondere Böswilligkeit vermuten, daß die Kommunisten den bewaffneten Aufstand, den sie immer wieder beschworen, bei dieser Gelegenheit zwar nicht durchführen, aber doch proben wollten und daß ihnen die tiefe Empörung, die nun beträchtliche Teile der Berliner Bevölkerung gegen die »Zörgiebel-Kosaken« und die »Polizeibestie« erfüllte[28], sehr willkommen war und gewiß auch von ihnen selbst geteilt wurde. Die Sprache der rechten Zeitungen war ihrerseits von äußerster Heftigkeit: Immer wieder war von der deutschen Kerenski-Epoche die Rede, in die man anscheinend von neuem eingetreten sei, die *Deutsche Zeitung* sprach von der »zusammengeballten Verkommenheit des Abschaums der Menschheit unseres Maschinenjahrhunderts«[29], und die *Deutsche Tageszeitung* forderte, »die Verbrechernester der Unruhestifter so gründlich auszuräuchern, daß sich niemand wieder darin festsetzen kann«.[30] Die alte Furcht vor dem Bürgerkrieg und die Erinnerung an die Jahre von 1918 bis 1923 wurden wieder lebendig, zumal sich die ersten Anzeichen der heraufzie-

henden Weltwirtschaftskrise bereits bemerkbar machten. Noch sahen die Kommunisten allerdings in den Sozialdemokraten und dem Weimarer *Staat der Trustbourgeoisie* entsprechend dem russischen Beispiel ihre künftigen Hauptgegner im Bürgerkrieg. Aber eine andere Partei, die genau wie die Kommunisten, doch aus entgegengesetzten Gründen, ihr »Fort mit Grzesinski, Severing, Zörgiebel!« rief, befand sich bereits im Aufstieg, und es sollte nicht mehr lange dauern, bis Deutschlands Straßen, aber auf andere Weise auch Deutschlands Zeitungen und Theater zu Schauplätzen eines Bürgerkrieges wurden, der freilich begrenzt blieb, weil Regierung, Polizei und Reichswehr im wesentlichen doch das Heft in der Hand behielten. Allerdings konnte ihnen die erforderliche *Äquidistanz* nicht leichtfallen, denn bis dahin waren sie vornehmlich von der einen und weitaus stärkeren der beiden Parteien angegriffen worden.

Aber es war auch noch ein zweiter Staat im Spiel, und gerade zum 1. Mai 1929 wirkte er durch eine Rede seines Kriegskommissars auf gravierende Weise in die Angelegenheiten Deutschlands hinein. Diese Einwirkungen waren jedoch nicht durchweg negativ und feindselig. Es ist an der Zeit, einen Blick auf die staatlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zu werfen, bevor jener innerdeutsche Bürgerkrieg zum Thema gemacht wird.

8. *Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion*

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben in der Literatur viel Beachtung gefunden, weitaus mehr, als das Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten auf sich gezogen hat. Wenn dieses Verhältnis im Vordergrund des Interesses steht, müssen jene Beziehungen zurücktreten, jedenfalls bis 1933, denn die Nationalsozialisten waren die Hauptvertreter der *sozialpolitischen Linie* in der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus, d. h. der Linie, die vor allem den weltrevolutionären Willen und die Vernichtungsabsicht gegenüber dem Bürgertum wahrnahm und insofern mit den Kommunisten bei entgegengesetzter Bewertung übereinstimmte. Aber die *staatspolitische Linie* war der sozialpolitischen nicht einfach entgegengesetzt, sondern es ergaben sich mannigfaltige Verschlingungen und Spannungen, kaum je aber ein ausschließender Gegensatz.

In gewisser Weise war die staatspolitische Linie sogar die ältere: Deutschland war durch die strategisch bedingte Förderung der revolutionären Propaganda im Kriege und vor allem durch die Zulassung der Durchreise Lenins in gewisser Weise der Begründer Sowjetrußlands und nach Brest-Litowsk für

entscheidende Monate sein Erhalter. Die Wahrnehmung des roten Terrors, die Hilferufe vieler Vertreter des Bürgertums, die revolutionäre Propaganda im deutschen Heer und hinter der Front blieben nicht ohne Einfluß auf die führenden Männer, und sowohl der Kaiser als auch der Reichskanzler Hertling sowie der Stabschef von Oberost, General Max Hoffmann, trugen sich ernsthaft mit dem Gedanken, die deutschen Truppen nach Petrograd und Moskau marschieren zu lassen, um eine deutschfreundliche *weiße* Regierung einzusetzen. Aber die *Weißen* waren nicht durchweg deutschfreundlich, und sie waren zu einem guten Teil *rot*: Keine Partei stand entschiedener auf der Seite der Entente als die Sozialrevolutionäre, und gerade die Ermordung des deutschen Gesandten, des Grafen Mirbach, durch linke Sozialrevolutionäre klärte die deutsche Regierung darüber auf, daß die Bolschewiki die einzige starke und organisierte Kraft in Rußland waren, die eine Wiederaufnahme des Krieges radikal ablehnte. So setzte sich der neue Staatssekretär des Auswärtigen, von Hintze, gegen alle anderen Bestrebungen durch[1] und schloß mit der Sowjetregierung Ende August 1918 die sogenannten »Zusatzverträge«, die für Lenin eine neue *Atempause* bedeuteten.

Kaum mehr als zwei Monate später konnten die führenden Männer in Moskau voller Erleichterung und Triumph ihren ersten Kontakt mit der revolutionären deutschen Regierung aufnehmen, und die Enttäuschung war groß, als der Volksbeauftragte Haase sich kühl und reserviert verhielt und als wenig später die Regierung Ebert scharf gegen die Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten protestierte, die durch die verschiedenen Aufrufe und Proklamationen der Sowjetregierung erfolgt sei. Daher wurden die diplomatischen Beziehungen, welche die kaiserliche Regierung in einer ihrer letzten Amtshandlungen abgebrochen hatte, nicht wiederaufgenommen, und nach dem Tode Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, in dem man bereits den künftigen Präsidenten der deutschen Sowjetrepublik hatte sehen wollen, verschlechterten sich die Beziehungen immer mehr, nicht zuletzt wegen des Widerstandes, den die deutschen Truppen im Baltikum weiterhin gegen das Vordringen russischer und einheimischer *Roter* leisteten. Aber um die gleiche Zeit sah doch ein Mann wie der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau ganz deutlich, ein wie großer Trumpf die Regierung der Bolschewiki auch in der Hand des besiegten Deutschlands sein könne: durch die Anknüpfung an die jetzt mehr und mehr hervortretenden *sozialpolitischen* Sorgen der Alliierten, die Deutschland zu einem geschätzten Verbündeten machen konnten, oder aber durch eine enge Verbündung mit Rußland gegen die Entente.[2]

Beide Möglichkeiten ergaben sich zwangsläufig aus der staatspolitischen Situation und der geographischen Lage Deutschlands: Westorientierung mit antibolschewistischem Akzent, also Anpassung der staatspolitischen an die sozialpolitische Linie, oder Ostorientierung als Einvernehmen mit dem bol-

schewistischen Rußland. Die tiefe Enttäuschung und Demütigung, die Brockdorff in Versailles hinnehmen mußte, machten ihn zu einem Vorkämpfer der zweiten Linie, auch wenn er in der Ostorientierung nie so weit ging wie der General von Seeckt, dem es vor allem auf die Vernichtung Polens ankam und der als Gegenleistung erhebliche innenpolitische Konzessionen machen wollte.[3] Ebert und fast alle Sozialdemokraten dagegen vertraten unverbrüchlich die Linie der Westorientierung, die für sie ja die einzige Möglichkeit der Selbstbehauptung gegenüber den Kommunisten bedeutete.

Aber es kam noch eine dritte Linie ins Spiel, die wirtschaftspolitische, die von vielen deutschen Unternehmern eingeschlagen wurde und die insofern nicht unter allen Umständen unpolitisch oder philobolschewistisch sein mußte, als sie mit der Überzeugung verbunden sein konnte, daß durch die Herstellung von Handelsbeziehungen der *barbarische* oder *asiatische* Charakter des Bolschewismus gemildert werden könne. Dieselbe Überzeugung vertrat ja in England Lloyd George, und schon im Jahre 1920 gerieten Engländer und Deutsche in einen Konkurrenzkampf um den russischen Markt. Von sowjetischer Seite machte als erster Karl Radek einen Vorstoß in die Richtung einer pragmatischen Verständigung mit der bürgerlichen deutschen Regierung, die freilich für ihn nur ein Vorspiel der ideologischen und materiellen Einheit des russischen und des deutschen Sowjetlandes sein sollte: »Ich bin zu wenig Diplomat, um zu heucheln, daß ich an die lange Lebensdauer des deutschen Zustandes von heute glaube. Das deutsche Bürgertum glaubt nicht an lange Dauer unseres Lebens. Wir sind also einer Meinung. Weshalb sollen wir aber nicht Leinen für Medikamente, Holz für elektrische Apparate tauschen? Sie fordern doch nicht von Leuten, denen Sie Unterhosen verkaufen, ein Attest der Unsterblichkeit!«[4]

Die ersten formellen Kontakte zwischen den beiden Regierungen dienten der Lösung des Problems der beiderseitigen Kriegsgefangenen. In Deutschland befanden sich über eine Million russischer Kriegsgefangener, und in Rußland gab es neben der beträchtlichen Zahl deutscher Kriegsgefangener zahlreiche Zivilinternierte. So wurde schon Anfang 1919 eine »Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene« geschaffen, zu deren Leiter ein ehemaliger Vizefeldwebel namens Moritz Schlesinger ernannt wurde. Mit der Rückendeckung durch Brockdorff-Rantzau hintertrieb er alliierte Pläne, aus den Kriegsgefangenen eine antibolschewistische Armee zu rekrutieren, und im November 1919 traf Viktor Kopp als Vertrauensmann der Sowjetregierung in Berlin ein, um sich der Kriegsgefangenenfrage anzunehmen und nach Möglichkeit weitere Kontakte herzustellen. Im April 1920 wurde ein Abkommen abgeschlossen, und die beiderseitigen Vertreter, in Berlin Viktor Kopp und in Moskau Gustav Hilger, erhielten nach einiger Zeit gewisse konsularische Befugnisse und persönliche Immunität.

In Deutschland liefen ständig Gerüchte über die Teilnahme von Russen an revolutionären Bewegungen um, besonders nach dem Kapp-Putsch, aber zwingende Beweise wurden nicht vorgelegt. Einen Höhepunkt der Beziehungen, die noch keine offiziellen Beziehungen waren, bildeten die Monate Juli und August 1920, als Lenin vor allem eine gemeinsame Grenze mit Deutschland herstellen wollte. Die deutsche Regierung erklärte sich für neutral, aber die anti-westliche, anti-polnische Linie nicht weniger rechtsgerichteter Politiker hatte auch im Reichswehrministerium und im Auswärtigen Amt erheblichen Einfluß: Nicht nur Seeckt, sondern auch der Diplomat Ago von Maltzan und der spätere Reichskanzler Josef Wirth machten sie sich zu eigen. Die Stärke der russophilen preußisch-deutschen Tradition und der Zuversicht, durch Ausnutzung des Ost-West-Gegensatzes wieder zu machtpolitischer Stärke zu gelangen, wurde dadurch eindrucksvoll unter Beweis gestellt, denn spätestens nach der Bildung der VKPD im Dezember 1920 konnte niemand mehr übersehen, daß die Situation völlig anders war als vor dem Kriege, weil nun Sowjetrußland mit viel besserem Grunde meinen konnte, eine eigene Partei in Deutschland zu haben, als Deutschland sie 1917/18 in Gestalt der Bolschewiki in Rußland zu besitzen glaubte. Aber die staatliche Annäherung wurde von Lenin gleichwohl hartnäckig angestrebt, weil auch er aus Spaltungen zu profitieren hoffte und weil er, wie viele Russen, der deutschen Organisation und Technik eine sehr hohe Schätzung entgegenbrachte. Auf der deutschen Seite wiederum waren nicht nur die strategischen Überlegungen Seeckts und Maltzans gegeben, sondern auch die Interessen vieler Unternehmer an der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs, also der Druck jener relativ selbständigen *wirtschaftspolitischen Linie.* So fand der Außenminister Simons im Frühjahr 1921 freundlich Worte über Sowjetrußland: Trotz des ideologischen Gegensatzes könnten beide Seiten realpolitisch miteinander umgehen. Auch die Märzaktion änderte an dieser Einstellung nichts Grundsätzliches, obwohl diesmal die Einwirkung der Komintern außer Zweifel stand. Ein wesentlicher Grund dafür war sicherlich die Sorge wegen des § 116 des Versailler Vertrages, der Rußland das Geltendmachen von Reparationsansprüchen vorbehielt. Überdies war der *Erfüllungskanzler* Wirth ein ausgesprochener Feind des *Raubstaats* Polen. Im September 1921 wurden gegenseitige Vertreter ernannt, freilich noch unterhalb des vollen diplomatischen Status: Professor Kurt Wiedenfeld in Moskau und Nikolaj Krestinski in Berlin. Nach der für Deutschland tief enttäuschenden Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien wurde Ago von Maltzan zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes berufen. Etwa zur gleichen Zeit wurden die ersten Kontakte zwischen der Reichswehr und der Roten Armee aufgenommen. Andererseits schmiedete man im Westen mancherlei Pläne über die Bildung eines internationalen Finanzkonsortiums zum Zweck von Rußlands ökonomischem Wiederaufbau, zu deren

Exponenten Lloyd George und auch der ganz westlich orientierte Reichsaußenminister Walther Rathenau gehörten. Darin erblickte Lenin einen Anschlag des Kapitalismus gegen die Unabhängigkeit seines Landes, und er gab seiner Delegation höchst aufschlußreiche Instruktionen mit, als Rußland ebenso wie Deutschland eingeladen wurde, an einer Weltwirtschaftskonferenz in Genua teilzunehmen.[5] Deren wichtigstes und sensationellstes Ergebnis war der Vertrag von Rapallo, der am 16. April 1922 unterzeichnet wurde. Die unmittelbare Entstehungsgeschichte war sonderbar und ist bis heute infolge der Unzugänglichkeit der sowjetischen Akten nicht völlig geklärt. Im Grunde kam der Vertrag gegen den Willen Rathenaus und auch Eberts zustande, aber es handelte sich gleichwohl um ein konsequentes Ereignis: Die beiden großen Besiegten des Weltkrieges fanden sich zusammen, verzichteten wechselseitig auf höchst unsichere, wenn auch prinzipiell wichtige Ansprüche – die Russen auf den § 116, die Deutschen auf Entschädigung für die Nationalisierungen deutschen Eigentums –, und sie nahmen volle diplomatische Beziehungen auf. Für die Westmächte bedeutete der Vertragsabschluß einen ausgesprochenen Schock, denn eine neue Möglichkeit der internationalen Politik trat nun ins Blickfeld: Deutschland und Rußland würden sich vielleicht eines Tages zu einer genuinen Allianz gegen den Westen verbinden. Die radikale Gegenmöglichkeit, die Churchill gegen Lloyd George verfochten hatte, schien damit unwiederbringlich dahingeschwunden zu sein: Deutschland zum Verbündeten eines antibolschewistischen Befreiungskrieges zu machen. Wie tief wäre der Schock erst gewesen, wenn tatsächlich ein Sowjetdeutschland einen viel weitergehenden Vertrag unterzeichnet hätte! Bei den deutschen Kommunisten mischten sich in der Tat Triumph und Enttäuschung, denn wenn der Vertrag die Isolierung Sowjetrußlands durchbrach, so stärkte er doch auch die deutsche bürgerliche Regierung und damit den Widerstand gegen die Revolution. War er wirklich eine *Etappe* auf dem richtigen Wege? Hatte man nicht auch die Ebert-Regierung von 1918/19 zu Unrecht für eine Etappe, d. h. für eine Kerenski-Regierung gehalten? Es klang weder überzeugend noch recht überzeugt, wenn die *Rote Fahne* unter der Überschrift »Deutsch-russischer Friedensvertrag« am 18. April die folgenden Ausführungen machte: »Für Deutschland *kann* die jetzige Wendung seiner Politik wichtige Folgen nach sich ziehen. Wird Rathenau den Augenblick nützen und die begonnene Politik fortsetzen, dann *können* alle Fragen zwischen Deutschland und den Ententestaaten *neu* gestellt werden. Wir wollen nicht verhehlen, daß wir Herrn Rathenau die konsequente Fortsetzung dieser Politik nicht zutrauen. Wir glauben auch nicht, daß eine bürgerliche Regierung es könnte.«

Der *Völkische Beobachter* dagegen sprach von einer »Verschacherung des deutschen Volkes« und vom »Verbrechen von Rapallo«[6], und nach der Ermordung Rathenaus schrieb er am 28. Juni 1922: »Rathenau trat in Cannes

für eine überstaatliche Bankierregierung ein. Der Name desselben Mannes steht aber auch auf dem Vertrag von Rapallo, der Deutschland an das bolschewistische, angeblich bis aufs Blut antikapitalistische Rußland bindet. Hier haben wir die Personalunion zwischen der internationalen jüdischen Hochfinanz und dem internationalen jüdischen Bolschewismus.«

Die staatspolitische Linie war also eine mittlere Linie, und sie diente der Erhaltung der Mittelposition Deutschlands. Brockdorff-Rantzau war zwar stolz auf das Vertrauensverhältnis, das ihn nach seiner Meinung mit Tschitscherin verband, aber er verlor doch nie die Überzeugung, daß er es in Moskau mit »skrupellosen Fanatikern« zu tun habe, deren Absicht darin bestehe, eines Tages die »Grenzen Asiens« bis zum Rhein vorzuschieben.[7] Stresemann wiederum deckte alle Bemühungen seiner Beamten, das russisch-deutsche Verhältnis auch dann vor Schaden zu bewahren, wenn es sich um Nachgiebigkeit gegen Erpressungen handelte, aber eine *Ehe* mit Sowjetrußland hätte in seinen Augen bedeutet, »sich mit dem Mörder des eigenen Volkes ins Bett zu legen«.[8] Nur weil die Großmachtposition Deutschlands daran gebunden schien, den Westalliierten gegenüber einen Manövrierraum zu erhalten, führten Brockdorff-Rantzau und Stresemann die Rapallo-Politik fort, und sie leisteten der Sowjetunion in der Tat einen großen Dienst, als sie der Politik des Ausgleichs mit dem Westen durch den »Berliner Vertrag« vom April 1926 ein Gegengewicht entgegensetzten, das die Möglichkeit ausschloß, Deutschland könne jemals von England oder Frankreich zum Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion gemacht werden. Auch die Politik der KPD-Führung diente in jenen Jahren nicht zuletzt dem Ziel, eine definitive Westorientierung Deutschlands zu verhindern und »westeuropäischen« Tendenzen innerhalb des Kommunismus selbst entgegenzutreten.[9] Ob die Sowjetregierung tatsächlich an die Kriegsgefahr glaubte, die sie mit grellen Farben an die Wand malte, ist zu bezweifeln, denn es gab gute Gründe für die Richtigkeit einer Annahme, die von Anhängern wie Gegnern gleichermaßen vertreten wurde, nämlich daß sich im Falle eines Angriffskrieges der Westmächte gegen die Sowjetunion ein unüberwindlicher Widerstand hinter der Front und im Gebiet der Heimat entwickeln werde.[10] Aber die Beziehungen waren aufs äußerste gespannt, seitdem die Regierung Baldwin nach der Gefährdung durch den großen Generalstreik vom Mai 1926 sehr energisch gegen das sowjetische Einfluß- und Spionagesystem im Lande vorging und schließlich im Frühjahr 1927 die diplomatischen Beziehungen abbrach. Titel wie »Soviet versus Civilization« waren nun in England nichts Ungewöhnliches mehr, und von neuem fanden Thesen Gehör, die nach 1920 fast nur noch von Winston Churchill vertreten worden waren: ein virtueller Kriegszustand herrsche zwischen Moskau und den kapitalistischen Staaten, in dem die Bolschewisten die ganze Zeit angriffen, während die bürgerliche Seite –

heute Großbritannien, morgen vielleicht die USA – bisher bloß *Opfer* sei und nicht einmal angefangen habe, sich ernsthaft zu verteidigen.[11] Wenig später sah sich auch der französische Botschafter in Moskau einer ähnlichen Situation gegenüber wie der General Hoffmann im Sommer 1918: In der Sowjetunion vollziehe sich gegenüber den Bauern und den letzten Resten des Bürgertums eine neue Revolution, »die kaltblütig im Zustand vollen äußeren Friedens und voller Ordnung im Inneren vollzogen wird, um alles auszurotten, was noch an persönlicher Freiheit und Privateigentum übrigbleibt«. Deshalb legte Jean Herbette seinem Außenminister Aristide Briand nahe, lieber einen Abbruch der Beziehungen ins Auge zu fassen, als »Nachgiebigkeit gegenüber dem Bösen« an den Tag zu legen.[12] Der Wunsch, einen *Kreuzzug* zu führen, war also in England und Frankreich durchaus vorhanden, aber er bildete sich nie zu einem Willen fort, da letzten Endes doch das Bewußtsein vorherrschte, daß die Struktur der Gesellschaft einen Krieg von so besonderer Art nicht zulassen würde.

Zu den Hindernissen gehörte nicht nur die Existenz einer starken sozialistischen Bewegung, die in bedeutenden Teilen sowjetfreundlich war, sondern auch die deutsche Politik der Mittellage. Innerhalb dieser Politik war es nun gerade die Reichswehr, die gleichsam den linken Flügel bildete und am engsten mit der Sowjetunion verbunden war. Als sie 1923 den drohenden Aufstand der Kommunisten in Mitteldeutschland niederwarf, gab es im Reichswehrministerium schon einen »Sonderstab R«, hatten deutsche und russische Offiziere hinter dem Rücken des Botschafters Verhandlungen miteinander geführt, war bereits eine deutsche Flugzeugfabrik in der Nähe Moskaus im Bau begriffen. Nach 1923 wurde die Zusammenarbeit fortgesetzt, und es entstand die Fliegerschule von Lipezk bei Woronesch, eine Gaskampfschule bei Saratow und ein Übungsgelände für Kampfwagen bei Kasan. Selbst als der *Manchester Guardian* und einige Tage später Philipp Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 16. Dezember 1926 die bis dahin strikt geheime Zusammenarbeit an die Öffentlichkeit brachten und sowohl die SPD wie die KAPD eine heftige Kampagne gegen die *Sowjetgranaten* begannen, änderte sich nichts Wesentliches. Gerade in Reichswehrkreisen verbreitete sich ein Bild von der Sowjetunion und ihrer Armee, das weitaus positiver war als dasjenige der Deutschnationalen und gar der Nationalsozialisten. Wenn kommunistische Publikationen die Geschlossenheit und innere Stärke der Roten Armee rühmten, »von denen eine bürgerliche Armee nicht einmal träumen kann«[13], so kam der Chef des Truppenamtes, General von Blomberg, 1928 nach einer ausgedehnten Inspektionsreise zu einem nicht gar so unähnlichen Ergebnis, und er wußte das warme Eintreten des Kriegskommissars Woroschilow »für die Aufrechterhaltung enger militärischer Beziehungen zur Reichswehr« nicht genug zu rühmen.[14]

Aber gerade Woroschilow war es, der im nächsten Jahr eine schwere Störung der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeiführte.

Am 1. Mai 1929 mußte Brockdorffs Nachfolger Herbert von Dirksen berichten, bei der Maiparade in Moskau sei eine Nachbildung des Panzerkreuzers mitgeführt worden, an der eine Aufschrift angebracht gewesen sei, Deutschland opfere 80 Millionen für den Panzerkreuzer, lasse aber Arbeitslose verhungern. Auf dem durch die deutschen Farben gekennzeichneten Schiff hätten sich als Karikaturen aufgemachte Gestalten bewegt, welche nach Aufschriften die sozialdemokratischen Reichsminister, den Reichswehrminister, den preußischen Innenminister und den Polizeipräsidenten von Berlin dargestellt hätten. Woroschilow habe in seiner Rede erklärt, im sogenannten demokratischen Deutschland habe der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel Demonstrationen zum 1. Mai verboten, aber trotz dieses Verbots würden die Werktätigen auf die Straße gehen, um für ihre Ziele zu demonstrieren. Diesmal nahm Stresemann kein Blatt vor den Mund und wies den Botschafter an, gegen die »unverschämte Verhöhnung der Reichsflagge« und gegen die unzulässige Einmischung Woroschilows in innerdeutsche Angelegenheiten scharf zu protestieren.[15] In einer Unterredung mit Stresemann erklärte der Botschafter Krestinski die Vorfälle so, daß die Umzüge zum 1. Mai in Arbeiterzirkeln monatelang vorbereitet würden, wobei nicht einmal die Parteiinstanzen und erst recht nicht die Regierung sich einmischen könnten. Woroschilow aber habe eigentlich doch nur gegen die sozialdemokratische Partei polemisiert und nicht gegen die deutsche Regierung.[16] Mit dieser nicht eben sehr glaubwürdigen Erklärung gab sich die deutsche Regierung zufrieden; aber sie kann schwerlich irgendeinen Zweifel darüber gehabt haben, daß die *freundschaftlichen* staatlichen Beziehungen auf überaus brüchigen Fundamenten ruhten. Der Staat Sowjetunion wollte sich ja gleichzeitig mit einer deutschen Partei identifizieren, und diese deutsche Partei hatte inzwischen ihrerseits einen umfassenden Nachrichtenapparat aufgebaut, dessen Leitung vollständig in den Händen sowjetischer Spezialisten lag[17] und der die deutsche Industrie tendenziell zu einem Glashaus werden ließ, dessen Inneres in Moskau genau bekannt war. Zwar arbeiteten auch deutsche Ingenieure, die in der Sowjetunion tätig waren, angeblich für den deutschen Nachrichtendienst, wie schon in dem sogenannten Schachty-Prozeß 1928 behauptet wurde, aber wer sich die Riesenapparate der KPD und des Nachrichtendienstes der Roten Armee sowie die fast völlige Abschließung der Sowjetunion einerseits und die entsprechenden Einrichtungen auf deutscher Seite vor Augen stellte, der konnte an der gewaltigen Disproportionalität nicht den geringsten Zweifel haben. Die besten nichtkommunistischen Freunde der Sowjetunion in Deutschland waren jedoch neben der Reichswehr und den in der »Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion« zusammengeschlossenen Intellektuellen wie

Thomas und Heinrich Mann auf scheinbar paradoxe Weise die Vertreter der *Monopolbourgeoisie.* Einige davon – unter ihnen so einflußreiche Männer wie Peter Klöckner, Ernst von Borsig und Ernst Poensgen – traten im Frühjahr 1931 eine Rußlandreise an, von der sie mit großen Hoffnungen und Erwartungen zurückkehrten, denn es war ihnen in Aussicht gestellt worden, daß die Sowjetunion einen noch größeren Teil der industriellen Ausrüstungen, die sie für die Erfüllung des Fünfjahresplans benötigte, als schon bisher in Deutschland kaufen werde. Freilich fand gerade diese Reise in der deutschen Presse scharfe Kritik, und die staatlichen Beziehungen wurden erneut auf eine harte Probe gestellt, als die Sowjetunion im Januar und November 1932 Nichtangriffsverträge mit Polen und mit Frankreich abschloß und damit das Versailler System zu stärken schien, zu dessen schärfsten Kritikern sie doch seit 1919 gehört hatte und nach den Aussagen Stalins auch weiterhin gehören wollte.[18] Ein eigenartigeres Verhältnis zwischen zwei Staaten hatte es in der Weltgeschichte bis dahin nicht gegeben: Wirtschaftspolitisch ruhten Deutschlands Hoffnungen, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden, zu einem nicht geringen Teil auf den *Russenaufträgen*; staatspolitisch war die Mittelposition des Landes *zwischen Ost und West* an die Existenz der Sowjetunion geknüpft; sozialpolitisch aber war die Sowjetunion eine Partei in dem Bürgerkrieg, der sich in Deutschland nach dem *Blutmai* zu entfalten begann, als der *schwarze Freitag* der New Yorker Börse im Oktober 1929 ein Analogon zu der Nachkriegskrise von 1919 bis 1923 herbeiführte.

9. *Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland*

Erst die Weltwirtschaftskrise schuf in Deutschland die Bedingungen, unter denen zwei Bürgerkriegsparteien große Anhängerzahlen gewinnen konnten, aber sie schuf nicht diese Parteien selbst. Beide hatten vielmehr ein besonderes Verhältnis zur Krise, und nichts war wahrscheinlicher, als daß sie jetzt viel Gehör finden würden.

Die Kommunistische Partei war die verkörperte Lehre von der allgemeinen Krise *des Kapitalismus.* Sie durfte behaupten, durch die Weltentwicklung bestätigt zu sein, als am *schwarzen Freitag* des 24. Oktober 1929 an der New Yorker Börse die Aktien und sonstigen Wertpapiere einen beispiellosen Sturz erlebten und in der Folge ein ebenso beispielloser Produktionsrückgang eintrat, der rasch auf die anderen Industrieländer übergriff und sich mit einer schweren Landwirtschaftskrise verzahnte, die sich seit längerem angebahnt hatte. Es hatte Befremden und sogar Spott hervorgerufen, als der Sechste Kongreß der Komintern im Sommer 1928 das Ende der Stabilisierungsphase des Kapitalismus verkündete, denn damals befand sich die Weltwirtschaft noch in einer

Periode der Hochkonjunktur; zu Anfang des Jahres 1930 aber stieg die Arbeitslosigkeit zumal in Deutschland unaufhörlich, und die Partner der Großen Koalition konnten sich nicht darüber einigen, ob die durch hohe Lohn- und Lohnnebenkosten bedrängten und in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt geschwächten Unternehmer die Hauptlast der Krise tragen sollten oder aber die Arbeitnehmer, deren Einkommen oft genug nicht weit vom Existenzminimum entfernt war. So kam es zum Sturz der Regierung Müller und zur Bildung einer Präsidialregierung der Krise unter Heinrich Brüning Ende März 1930. Ernst Thälmann behauptete, daß damit der Faschismus die Herrschaft in Deutschland angetreten habe, aber wenn der Reichspräsident nun durch den Reichskanzler aufgrund des Artikels 48 eine Art von Diktatur ausübte, so handelte es sich doch zweifellos um eine kommissarische Diktatur, die sich von der normalen Parteiendemokratie nicht stärker unterschied als der Krisenzustand der Wirtschaft vom Normalzustand einer mittleren Konjunktur. Und bei Licht besehen, gab es ja auch zwischen Konjunktur und Krise keinen grundlegenden Unterschied; im kapitalistischen System, d.h. in der Weltmarktwirtschaft, sind Produktion und Konsumtion nicht wie auf einem autarken Bauernhof oder in einer isolierten Landgemeinde unmittelbar aufeinander bezogen, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenstufen selbständig handelnder Akteure miteinander verknüpft. Das System ist also in sich eine permanente Krise, d.h. ein unaufhörlicher Anpassungs- und Entwicklungsvorgang, in dem immer wieder auch größere Krisen vorkommen wie Knoten in einem Netz. Aber da die Kommunisten sich gerade an jenem Bauernhof und jener Landgemeinde orientierten und sie *auf höherer Stufe* mittels einer Planwirtschaft von neuem zur Wirklichkeit machen wollten, waren sie die berufensten Sprecher und Vorkämpfer all derjenigen, die unter der Krise am meisten litten oder aber am stärksten an den Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten Anstoß nahmen, die aus dem *Individualismus* dieses Systems notwendig resultierten, d.h. aus der auf *Gewinn* abzielenden Bewegungsfreiheit einzelner Personen und Firmen. Die Frage, ob nicht das System in seinem nicht bloß ökonomischen und durch eine vielhundertjährige Geschichte bestimmten Gesamtcharakter dennoch zugleich allen Individuen ein höheres Maß an Sicherheit und Wohlstand zu gewähren vermochte als jedes andere, sofern es auf dem Wege vollständigerer Ausformung begriffen war, wurde von den Kommunisten nicht gestellt; für sie war es vielmehr selbstverständlich, daß die Ersetzung dieses ungerechten, chaotisch-undurchsichtigen und ineffizienten Systems durch *den Sozialismus* Elend und Ausbeutung, Völkerfeindschaft und Krieg für immer beseitigen werde. In der Weltwirtschaftskrise konnten sie also wieder zu der *großen Protest- und Hoffnungspartei* werden, die sie am Ende des Krieges mit ihrer Ablehnung des *Völkergemetzels* gewesen waren.

Aber es gab unzweifelhaft auch besondere Ursachen, welche vielleicht die ungewöhnliche Schärfe der Krise erklärten. Schon in den frühen zwanziger Jahren hatte kein Geringerer als John Maynard Keynes ein Büchlein über die ökonomischen Konsequenzen des Friedensvertrages geschrieben, in dem er warnend auf die unabsehbaren Folgen hingewiesen hatte, welche aus den deutschen Reparationszahlungen resultieren müßten, da es sich dabei um politisch begründete und insofern systemfremde Kapitalübertragungen handle. Würde die Krise nicht sehr gemildert werden, wenn die *Tributzahlungen* eingestellt würden? Wenn diese kleinere Lösung vermutlich die realistischere war, so bot doch auch sie außerordentliche Schwierigkeiten, da die Reparationsgläubiger England und Frankreich ihrerseits zu großen Rückzahlungen von Kriegskrediten an die USA verpflichtet waren. Wenn Amerika sich nicht zu einem Verzicht auf seine Ansprüche bereit fand, dann mußte die nationalsozialistische Agitation gegen die Tributzahlungen auf die Etablierung einer deutschen Autarkie hinauslaufen. Diese Konsequenz scheuten Deutschnationale und Nationalsozialisten in der Tat nicht, als sie schon vor jenem schwarzen Freitag eine großangelegte Agitation gegen den *Young-Plan* entfesselten, der nach dem Wunsch der Alliierten und der deutschen Regierung den Dawes-Plan ablösen sollte. Er bot Deutschland beträchtliche Vorteile, setzte aber auch ein Enddatum für die Reparationszahlungen fest, 1988, das eine *Versklavung* des deutschen Volkes für zwei Generationen zu bedeuten schien.

Opposition gegen diesen Plan war unvermeidlich und systemgerecht, aber die Art und Weise, wie der *Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren,* in dem Hugenberg und Hitler neben Vertretern des *Stahlhelm* und des *Alldeutschen Verbandes* gleichberechtigt zusammenarbeiteten, diese Opposition ausübten, trug mit ihrer demagogischen Intensität wesentlich dazu bei, daß die NSDAP zu nationaler Bedeutung gelangte und bei Landtags- und Kommunalwahlen ihre Stimmenzahlen bedeutend zu erhöhen vermochte. Zwar scheiterte der Volksentscheid im Dezember recht kläglich, aber es hatte sich trotzdem auf befremdliche Weise gezeigt, was demagogische Agitation trotz offenkundiger Torheit vermochte, denn eine Ablehnung des Young-Plans durch das deutsche Volk hätte ja nicht die Tributzahlungen beseitigt, sondern bloß den Dawes-Plan in Kraft gelassen. Aber als der Reichspräsident im Juli 1930 den Reichstag auflöste, der die Aufhebung einer wichtigen Notverordnung verlangt hatte, da veröffentlichte die KPD im August 1930 zu den Neuwahlen ihre »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«, welche die nationalsozialistischen Forderungen an Radikalität und verantwortungsloser Demagogie erheblich übertraf. Die Partei versicherte nämlich feierlich, sie werde im Falle ihrer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären und keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen,

Kredite und Kapitalanlagen leisten. Außerdem verlangte sie die Einführung des Siebenstundentages und der viertägigen Arbeitswoche und versprach, denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern würden (also auch Südtirol und den Sudetengebieten) die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland zu sichern, und zwar »im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw«.[1] Einen noch höheren Grad konnten Demagogie und Naivität nicht mehr erreichen, und Hitler, der immer für die Bezahlung der privaten Schulden eintrat, mußte im Vergleich als ein maßvoller und vernünftiger Mann erscheinen oder doch mindestens als ein westlich orientierter Politiker, der Deutschlands Zusammenhang mit der Weltwirtschaft nicht von vornherein zerreißen wollte, während die Kommunisten in der Sache eine deutsch-russische Weltherrschaft verlangten, sofern sie nicht lediglich nationalistische Phrasen instrumentalisierten. Trotzdem brachten ihnen die Wahlen vom 14. September einen großen Erfolg, und sie wurden nicht müde, ihren Wahlsieg zu feiern, der sie in Berlin zur stärksten Partei gemacht hatte und die Zahl ihrer Mandate auf 77 steigen ließ. Aber der Erfolg der Nationalsozialisten war noch erheblich größer; 6,5 Millionen Wähler brachten über 100 nationalsozialistische Abgeordnete in den Reichstag, und einen solchen Sprung – von 12 auf 107 Abgeordnete – hatte in der deutschen Parlamentsgeschichte noch nie eine Partei gemacht.

Die *Rote Fahne* konnte voller Stolz die Glückwünsche der *Prawda* und der Komintern abdrucken, und ihr Leitartikel vom 16. 9. sprach zuversichtlich von der Vorbereitung des Sturms für Sowjetdeutschland, »in dem es keinen Hitler und Goebbels, aber auch keine sozialfaschistischen Wegbereiter des Faschismus« mehr geben werde.

Die Nationalsozialisten wiederum erblickten in dem Wahlergebnis »ein Vernichtungsurteil über die gesamte Erfüllungspolitik«, und sie durften am 25. September einen Artikel von Lord Rothermere publizieren, den der Pressemagnat für seine *Daily Mail* verfaßt hatte und der den Nationalsozialisten die Aufgabe zuschrieb, ganz Europa definitiv vor dem Bolschewismus zu schützen, wofür sie erhebliche Zugeständnisse von Polen und auch von der Tschechoslowakei erwarten dürften.

Als am 13. Oktober 1930 der Reichstag eröffnet wurde, da zogen die 107 Nationalsozialisten in ihren braunen Uniformen ein und nahmen als ein auffallender Farbfleck den weitaus meisten Raum auf der Rechten des Hauses ein. Aber schon zweieinhalb Jahre zuvor, bei der Eröffnung des Reichstags von 1928, waren Beobachtern die RFB-Uniformen in den Reihen der Kommunisten und die schlagkräftigen Gestalten vieler ihrer Abgeordneten nicht weniger aufgefallen.[2] Tatsächlich kam es sofort zu heftigen Lärmszenen. Zwei Bürgerkriegsparteien, die sich gegenseitig vernichten wollten und die nach ihrer

Bedeutung und Zielsetzung keineswegs bloß *deutsche* waren, standen einander nun in beträchtlicher Stärke im Parlament gegenüber, und es ist an der Zeit, einen Blick auf den Bürgerkrieg zu werfen, der sich auf den Straßen Deutschlands, aber in anderer Weise auch an den Zeitungsständen und in den Buchläden sowie nicht zuletzt innerhalb der Parlamente abspielte.

Da ist allerdings zuerst hervorzuheben, daß es sich nur um einen *begrenzten* Bürgerkrieg handelte, denn die Regierung hielt trotz aller Straßenkämpfe und trotz aller verbalen Gewaltsamkeit in Broschüren und Zeitschriften das Heft letzten Endes fest in der Hand. In Rußland hatte nach der Machtergreifung der Bolschewiki ein echter Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Großformationen getobt, die keine höhere Instanz über sich hatten, hauptsächlich deshalb, weil das Land sich noch im Kriege befand und räumlich zu groß war, als daß sich die in den Hauptstädten siegreiche Partei gleich überall hätte durchsetzen können. Aber auch in Italien, wo erstmals in der Weltgeschichte eine parlamentarische Regierung während der Jahre 1920–1922 mit zwei starken Bürgerkriegsparteien konfrontiert gewesen war, hatten die Kämpfe zwischen Sozialisten und Faschisten manche Regionen zeitweise unter praktischer Ausschaltung des Staates vollständig beherrscht. In Deutschland dagegen behaupteten sich Brünings Präsidialregierung der Krise und die längst etablierte Regierung der Weimarer Koalition in Preußen mit Polizeieinsätzen, Zeitungsbeschlagnahmungen, Uniformverboten, Einschränkung des Demonstrationsrechts, ja sogar mit Zwangsauflagen für Zeitungen. So mußten z. B. in Preußen alle Zeitungen eine Stellungnahme der Regierung abdrucken, als im August 1931 ein Volksentscheid über die Auflösung des Preußischen Landtags durchgeführt wurde, der vom Stahlhelm und der NSDAP getragen wurde und dem die Kommunisten sich in letzter Stunde unter der rasch erfundenen Bezeichnung »Roter Volksentscheid« noch angeschlossen hatten. Der Höhepunkt dieser Selbstbehauptung war das Verbot der SA und der SS, das der Innenminister General Groener erließ, nachdem Hindenburg durch Brünings Anstrengungen und nach einem symptomatischen Sinneswandel der SPD im April 1932 zum zweitenmal zum Reichspräsidenten gewählt worden war und mit beträchtlichem Vorsprung gegenüber Hitler die Oberhand behalten hatte. Die Geschichte dieser Regierung ist oft erzählt worden, und es genügt daher, hier einige Stichworte anzuführen: die Stützung durch die SPD, welche es zu ihrem obersten Ziel machte, eine »faschistische Regierung gegen die Arbeiterklasse nach italienischem Muster« zu verhindern, die vermehrten Kreditabzüge nach den Septemberwahlen, die Politik der Sparsamkeit und der Deflation, welche die Krise verschärfte, aber das außenpolitische Ziel der Streichung der Reparationen nahebrachte, das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen bis auf 6 Millionen im Jahre 1932, das Scheitern der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion infolge französischer Gegenwirkungen, das »Hoover-

Moratorium« im Juli 1931, die Herausforderung durch die »Harzburger Front« des *nationalen Deutschland* im Oktober 1931, das Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen bis zum Höhepunkt der Wahl zum Preußischen Landtag am 24. April 1932, der zunehmende Vertrauensverlust bei Hindenburg und der Rücktritt des Kanzlers am 30. Mai 1932. Zu keinem dieser Zeitpunkte bestand die Gefahr, daß die Regierung die Kontrolle verlor, doch es gab auch noch keine Befürchtung, daß Kommunisten und Nationalsozialisten anders zusammenfinden könnten als zu negativen Abstimmungsgemeinschaften in den Parlamenten.

Aber wenn der Bürgerkrieg begrenzt war, so vollzog er sich doch keineswegs nur in Straßenkämpfen, sondern er spielte sich auch und sogar vornehmlich in theoretischen Abhandlungen, in polemischen Broschüren und in kämpferischen Zeitungsartikeln ab, und als geistiger Bürgerkrieg begann er erst recht nicht mit der Regierung Brüning, sondern er fand seit den ersten Anfängen der Republik abseits der normalen Auseinandersetzungen der *staatstragenden* Parteien als die wechselseitige Negierung des Rechts auf Existenz zwischen Kommunisten und militanten Antikommunisten statt.

Diese Anfänge sind bereits geschildert worden, aber auch während der Phase der Stabilisierung und dann während der Krise blieb der Ausgangspunkt und wichtigste Grundbestandteil völlig unverändert: die Reden der Kommunisten von Todesurteil, Henker und Grab, die mit ihrem Glauben an das bevorstehende Ende des kapitalistischen Systems identisch waren. Diesem Glauben dienten die Beschreibungen der sozialistischen Aufbauerfolge in Rußland, wo die Arbeiter sich endlich als die Herren des Staates fühlen könnten; jene Vorhersage sollte durch die Reisen von Delegationen bestätigt werden, die bei ihrer Rückkehr von ausgesuchten Routen bei besonderer Behandlung zu der Einsicht gelangen würden, daß die Villen der deutschen Kapitalisten bald ebenso in Kinderheime und Schulen verwandelt werden könnten wie die Paläste der russischen Adligen.[3] Wie hätte es nicht Empörung wecken sollen, wenn darauf hingewiesen wurde, daß Otto Wolffs Mansfelder Bergbau aus den Taschen der Steuerzahler 7 Millionen Mark erhalten habe, nur weil der Multimillionär drohte, Arbeiter zu entlassen, denn »Millionäre, die Arbeiter entlassen, gehören an die Wand gestellt, nicht noch belohnt«.[4] Zwischen christlichen und jüdischen Kapitalisten kann in dem Kampf um die Befreiung und Sicherstellung der Arbeiter kein Unterschied gemacht werden, wie es die Nationalsozialisten wollen, denn beide sind gleichermaßen Ausbeuter und gleichermaßen von der Geschichte zum Tode verurteilt, während deutsche und jüdische Proletarier (sofern vorhanden) zusammengehören.[5]

So erfolgte zwischen 1925 und 1933 trotz des starken Hervortretens der Nationalsozialisten im Grunde nur eine leichte Akzentverschiebung, da der eigentliche Feind das kapitalistische System blieb und innerhalb des Systems die

Sozialdemokratie lange Zeit am meisten den Blick auf sich zog. So machte sich Karl Radek 1925 die Affäre Barmat nicht minder zunutze, als es die Nationalsozialisten taten, und auch er sprach in seiner Broschüre »Die Barmat-Sozialdemokratie« von den »polnisch-jüdisch-holländisch-deutschen Spekulanten«, die besonders zuvorkommend gegenüber der Sozialdemokratie gewesen seien, während sich etwa Stresemann in starkem Maße auf den Konzern des »russischen Juden Litwin« stütze. Der tiefste Grund aller Korruption besteht nach Radek jedoch darin, daß die Sozialdemokratie den Kapitalismus unterstützt. Daher kann nur die Beseitigung der Führer dieser Partei unkorrumpierte, also gesunde Verhältnisse schaffen: »Wenn die deutsche Revolution die Scheidemänner und die ganze sozialdemokratische Barmatclique aufknüpfen wird, dann ... mag sie ihnen aus Marmor ein Denkmal aushauen: einen Hund, der uneigennützig die Peitsche seines Herrn leckt.«[6]

Walter Ulbricht wiederum übersah 1932 nicht (wie Radek an anderen Stellen ebensowenig), daß auch ein Teil der Arbeiter von der Bourgeoisie durch höhere Löhne bestochen ist und daß die Nazis aufgrund der Koalitionspolitik der SPD und des ADGB »in den kleinbürgerlichen und teilweise sogar Arbeiterschichten Einfluß gewinnen« konnten, und daher postulierte er »die Verjagung der kapitalistischen Schmarotzer, der Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, bürgerlichen Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber« nach dem »leuchtenden Vorbild« der Sowjetunion.[7]

Es ist nicht schwer zu sehen, weshalb sich die deutsche Öffentlichkeit über Hitlers »Köpfe werden rollen« und sogar über seinen Antisemitismus nicht besonders erregte: Selbst Radek suchte ja antisemitische Emotionen zu benutzen, und Ulbrichts monumentalem Vernichtungskonzept mußte auch die Mehrzahl der Juden zum Opfer fallen, wenngleich nur in der Weise der totalen Enteignung.

Bei all dem war die Anziehungskraft des Kommunismus gerade auf Intellektuelle und ethisch empfindende Menschen kaum gemindert. So begründete der Stadtpfarrer Eckert in Mannheim seinen Übertritt von der SPD zur KPD damit, daß er dorthin gegangen sei, wo wirklich versucht werde, den Mühseligen und Beladenen zu helfen: »Der Kapitalismus muß sterben, damit das Volk leben kann.« Nur durch den Bolschewismus könne der ungeheuren Massenverelendung ein Ende gemacht werden, denn der Bolschewismus sei heute nichts anderes als das werktätige, notleidende Volk selbst.[8]

Für die nationalsozialistische Propaganda war es nicht leicht, so einfachen und bewegenden Argumenten entgegenzutreten. Nicht einmal für alle Bauern war das russische Beispiel von vornherein abschreckend, zumal sich die KPD hütete, von *Kollektivierung* zu sprechen, aber Arbeitern gegenüber ließ sich überhaupt nicht verkennen, wie sehr ihnen *marxistische* Auffassungen sozusagen eingeboren waren; deshalb kritisierte die »Nationalsozialistische Betriebs-

zellenorganisation« Ausbeutung, Unternehmerwillkür und generell den Kapitalismus nicht weniger hart, als es die Marxisten taten, und sie suchte lediglich ein nationales Konzept an die Stelle des internationalen zu setzen.

Leichter war die Aufgabe, wo es um die Aufrechterhaltung der überlieferten Werte ging. So stellte Hans Schemm in seiner Broschüre »Der rote Krieg. Mutter oder Genossin?« den Lesern die Alternative vor Augen »Christliche Lebensbejahung oder barbarische Vernichtung! ... Hitler oder Stalin!«, und er forderte sie auf, beim Abendläuten das Notgebet zu sprechen: »Behüte uns, Gott, vor Pestilenz, vor der Vernichtung durch das bolschewistische Tier.«[9]

Ein gutes Stück grobschlächtiger drückte sich Joseph Goebbels in seiner Schrift »Der Nazi-Sozi« aus, wo die antibürgerliche Polemik ebenso stark hervortritt wie die antijüdische, ohne daß eine Identität einleuchtend gemacht werden könnte: »Es gibt doch nichts Verlogeneres als einen dicken, wohlgenährten Bürger, der gegen den proletarischen Klassenkampfgedanken protestiert ... Gewiß ist der Jude auch ein Mensch ... Aber der Floh ist auch ein Tier und kein angenehmes. Und da der Floh kein angenehmes Tier ist, haben wir ... nicht die Pflicht, ihn zu hüten und zu beschützen ..., sondern ihn unschädlich zu machen.«[10]

Wie stark die innere Abhängigkeit war, läßt schon ein Titel wie »Die kommunistischen Kapitalistenknechte« erkennen, der sein Beweismaterial aus den Anzeigen großer Warenhäuser in der *Roten Fahne,* aber auch aus den Anleihen der Wallstreet an die Sowjetunion nahm.

Was die Sowjetunion selbst anging, so war es natürlich leicht, gegenüber den kommunistischen Lobreden die *andere Seite* hervorzuheben, nicht zuletzt durch Zitate und Abdrucke aus Schriften enttäuschter Kommunisten wie etwa Panait Istratis »Rußland nackt«[11], wo aus eigenen Erfahrungen und aus der sowjetischen Zeitungsliteratur ein Bild entwickelt wird, das nicht mehr in erster Linie die Tscheka-Greuel im Auge hat, sondern die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse.

Keine Entsprechung auf nationalsozialistischer Seite hatten die Veranstaltungen der Agitpropgruppen, da man erste Versuche mit Thingstätten oder auch den *Kampf für die deutsche Kultur* schwerlich anführen kann. Kennzeichnend für die Rezitationsabende und Theateraufführungen dieser Gruppen war, daß sie sich keineswegs mit der Attacke gegen die Nationalsozialisten begnügten, sondern alles angriffen, was mit dem *Kapitalismus* in Verbindung stand. So heißt es in einem, »Suleika Destapar« überschriebenen, Spottlied auf die »Deutsche Staatspartei«, die Nachfolgeorganisation der Deutschen Demokratischen Partei:

»... Die Mischung, die ist sehr fatal
So völkisch-jüdisch-national!
Die Beene sind rachitisch,

Die Neese ist semitisch,
Die Oogen blau und rasserein
Und keener will's gewesen sein.«[12]

In dem gleichen Exemplar des *Roten Sprachrohrs* wird eine Bühnenszene wiedergegeben, in der Hitler, Goebbels und einige einfache Nazis den Ruf »Juda verrecke« ausstoßen. Auf der anderen Seite der Bühne stehen Kapitalisten, unter ihnen jüdische, und einer von diesen sagt: »Hat nebbich Geld gekost', aber's kommt schon wieder ein.« Am Ende reißen *die Nazidarsteller* ihre Armbinden ab, halten kommunistische Embleme in der Hand und singen: »... Und die Juden sind auch zu ertragen, wenn sie euch für euren Fonds was spenden; wollt ihr auch mal 'n paar Pogrome wagen, nur darf es nicht im Klassenhasse enden.«[13] Offensichtlich wird hier der Nationalsozialismus als ein defizienter Modus des Kommunismus aufgefaßt, und der Antisemitismus wird als ein erster Schritt auf dem richtigen Wege betrachtet, sofern er sich auf die jüdischen Kapitalisten bezieht.

Auffallend häufig wurden die *Pfaffen* und das Zentrum verspottet, offenbar im Zusammenhang des *Schutzes der Sowjetunion.* Der positive Entschluß war in einem »Truppenlied« so formuliert:

»Wir schützen die Sowjetunion, Dich unser rotes Vaterland
... Der ganzen Welt Faschismus droht ...
Prolet, es gibt nur einen Weg, die rote Rächerrepublik.«[14]

Mit ebenso großer Emphase wurde die innenpolitische Angriffsrichtung zu Wort gebracht: »Tod der Bourgeoisie! ... Bürgerkrieg! ... Unser Vaterland ist die Sowjetunion.«[15]

Nach Polizeiberichten wurden häufig gerade von Kindergruppen äußerst gewalttätige Songs vorgetragen: »Wir schüren, wir hetzen zum Klassenkampf, die Fäuste stoßbereit, einen Tritt in den Leib der Bourgeoisie ... Greift an die Gurgel des Bürgerstaats ... « Am Ende der Sprechchöre fielen die Roten Pioniere über die Ensemblemitglieder her, die als Schutzpolizisten kostümiert waren, und schlugen sie unter tosendem Beifall der Zuschauer zu Boden. Danach wurden einige Porträts an der Wand angebracht, und es wurde die Frage gestellt: »Auf wen wollen wir den ersten Schuß abgeben? Auf Hitler ... auf Goebbels ... auf Brüning ... auf Severing ... auf Grzesinski!«[16]

In nationalsozialistischen Veranstaltungen gab es so blutrünstige Reden und Szenen in aller Regel nicht, und es ist durchaus nicht unverständlich, daß auch die preußische Polizei während der Jahre 1930–1933 die Kommunisten als die Hauptfeinde und die Nationalsozialisten manchmal geradezu als Verbündete betrachtete, zumal eine ausgedehnte *Zersetzungsarbeit,* die nur bei einem kleinen Teil der Mannschaften Erfolg zu verzeichnen hatte, bloß von der kommunistischen Seite herkam. Es war ebensowenig erstaunlich, daß ein SPD-Funktionär die Meinung vertrat, der faschistische Spuk werde ver-

schwinden, die Entscheidungsfrage der Zukunft aber laute: »Für oder gegen den Bolschewismus«.[17]

Dennoch findet sich der bestürzendste Ausdruck dieses geistigen Bürgerkrieges nicht in der kommunistischen Literatur, sondern im Organ der Linksintellektuellen, der *Weltbühne*, und der Angriff war nicht gegen die Nationalsozialisten gerichtet, sondern gegen die deutschen Bildungsschichten überhaupt. Unter der Überschrift »Dänische Felder« schrieb Kurt Tucholsky im Sommer 1927: »Möge das Gas in die Spielstuben eurer Kinder schleichen! Mögen sie langsam umsinken, die Püppchen. Ich wünsche der Frau des Kirchenrats und des Chefredakteurs und der Mutter des Bildhauers und der Schwester des Bankiers, daß sie einen bitteren qualvollen Tod finden, alle zusammen. Weil sie es so wollen, ohne es zu wollen. Weil sie faul sind. Weil sie nicht hören und nicht sehen und nicht fühlen.«[18] Es ist kein Zweifel, daß sich Tucholsky auch hier von den edelsten pazifistischen Motiven leiten ließ. Aber das Schlimme ist nie eine Konsequenz durchschnittlicher und selten die Folge niederträchtiger Empfindungen. Tucholsky nahm eine kollektivistische Schuldzuschreibung vor, die es nur allzu wahrscheinlich werden ließ, daß die Vernichtungsmaßnahmen eines Bürgerkrieges bei den beliebten *Spekulanten* oder auch nur bei *der Bourgeoisie* nicht haltmachen würden, ja daß sie nicht einmal Frauen und Kinder verschonen würden.

Es muß Tucholsky jedoch zugute gehalten werden, daß er von Brutalitäten der *Landsknechte* wußte, die noch weitaus erbitternder wirken mußten als sogar die *Fememorde* an angeblichen oder wirklichen Verrätern. Jedenfalls hätte er schon 1928 die Schilderung einer wahrhaft abstoßenden Szene lesen können, die der ehemalige Freikorpsoffizier und jetzige hohe SA-Führer Manfred von Killinger in seinem Büchlein »Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben« gab. Hier erzählt Killinger nämlich, wie ihm während der Kämpfe in München 1919 ein *Malweibchen* vorgeführt worden sei, die sich renitent benommen habe. Da habe er einem Unteroffizier befohlen, ihr mit Hilfe zweier Soldaten die Röcke hochzuschieben und ihr heilsame Peitschenhiebe auf das nackte Gesäß zu versetzen.[19] Es ist tatsächlich schwer zu entscheiden, ob die fessellose Phantasie Tucholskys oder die nur allzu reale Brutalität Killingers innerhalb der angeprangerten und mit Vernichtung bedrohten Gruppen die tiefere Erbitterung und den unbändigeren Haß hervorrufen mußten.

Es war für diejenigen, welche inmitten dieser Orgien des Hasses auf Vernunft vertrauten und um Objektivität bemüht waren, außerordentlich schwierig, einen überlegenen und dennoch zugleich politisch wirksamen Standort zu beziehen, da sie doch selbst heftig angegriffen waren. Sozialdemokraten neigten dazu, ihre Polemik gegen die herrschenden Klassen der Zeit vor 1914 zu richten, die heute die eigentliche Kraft der braunen Reihen bilde-

ten, während die Mittelständler und Arbeiter eigentlich auf die Seite der SPD gehörten. Beim preußischen Junker und dem Hinterwäldler aus Pommern rieche es nach Asien, schrieb der Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz. Aber obwohl er die Kommunisten für Steigbügelhalter des Faschismus erklärt, will er den alten Schlachtruf »Krieg den Palästen« dem Blutbad des Völkerkrieges entgegensetzen, das die Braunen planen.[20]

Sehr selten sind Worte des Verständnisses und der Zustimmung zu den deutschen Verhältnissen im ganzen. Ein solches Wort fanden Herbert und Elisabeth Weichmann am Ende ihres Reiseberichtes über die Sowjetunion, in dem sie auf ebenso unpolemische wie glaubwürdige Weise den »Alltag im Sowjetstaat« schilderten: das einheitliche klassenlose Elend, die Abwesenheit jeglicher Beschaulichkeit und Muße nach der Vernichtung der alten Intelligenzschicht, den »hastenden rauchigen, vom Lärm der Maschinen und vom Kampfe der Menschen erfüllten Alltag«. So kehrten sie mit einer neuen Einsicht zurück: »... daß wir unseren eigenen Zuständen in Deutschland ruhig etwas mehr Geduld und etwas mehr Liebe entgegenbringen können in der Erkenntnis, um wieviel freier und menschenwürdiger unser Dasein ist, als es unsere Vorstellung zuweilen haben will.«[21]

Aber auch Herbert und Elisabeth Weichmann waren in den Augen der Kommunisten nichts anderes als *Sozialfaschisten*. Sogar im Bereich der Theorie und des scheinbar distanzierten Nachdenkens spielte sich der geistige Bürgerkrieg ab. Doch der Begriff des Sozialfaschismus ging nicht primär aus theoretischen Überlegungen hervor, sondern er war in frühen Erfahrungen und Wertungen tief und emotional verankert, nämlich im Haß der orthodoxen Marxisten gegen die *Reformisten* und dann, während des Krieges, gegen die *Verräter*, die Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten. Dennoch wurde eine neue Dimension der Polemik erreicht, als Sinowjew nach der deutschen Oktoberniederlage die linken Sozialdemokraten im Januar 1924 für einen »Flügel des Faschismus« erklärte, und Stalin folgte ihm im September 1924 mit der These, Faschismus und Sozialdemokratie seien Zwillinge. Es war ein konsequenter Schritt, wenn nach den Septemberwahlen von 1930 behauptet wurde, jetzt herrsche der »Brüning-Faschismus« und jeder, der gegen die proletarische Revolution sei, stehe auf der Seite des Faschismus. In der Tat lag die Frage nahe, was dem Faschismus denn überhaupt noch eigentümlich sein kann, wenn bereits die *bürgerliche Demokratie* nichts anderes als die *Diktatur der Bourgeoisie* ist und wenn nur eine der beiden *Hauptklassen* die Diktatur ausüben kann. Also mußte der gleichzeitige Kampf gegen beide Hilfstruppen der Bourgeoisie das Gebot der Stunde sein: gegen die NSDAP als *Nationalfaschismus* und gegen die SPD als *Sozialfaschismus*, und dabei war der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die hinterhältigere der beiden feindlichen Kräfte zu richten.

Es waren die oppositionellen Gruppen der KPD, die in dieser Auffassung ein Verhängnis sahen und der Parteiführung seit Anfang 1930 dem Sinne nach sagten: »Unter diesem Zeichen – dem Begriff des Sozialfaschismus – wirst du unterliegen.« Die wichtigste dieser Gruppierungen war die KPD-O, in der sich die aus der Partei ausgeschlossenen Rechten sammelten, an ihrer Spitze Heinrich Brandler und August Thalheimer. Aber auch die *Roten Kämpfer* legten wichtige Beiträge vor, die allesamt die Kommunisten in die Einheit der Arbeiterbewegung zurückzuführen bemüht waren, obwohl die scharfe Kritik am Bürokratismus und an der Abhängigkeit der Partei, aber auch das eigene Festhalten am Begriff der »Diktatur des Proletariats« den Versuch von Anfang an als hoffnungslos erscheinen ließen.

Einen mächtigen Mitkämpfer erhielten die Kritiker der Sozialfaschismustheorie in Leo Trotzki, der seit 1929 zu der russischen Emigration gezählt werden konnte. Viel schärfer als irgend jemand anders sah Trotzki die Gefahr, daß dem Nationalsozialismus durch den Kampf der Kommunisten gegen den Sozialfaschismus die Machtergreifung geradezu nahegelegt werde und daß Hitler dann nicht nach wenigen Wochen oder Monaten von den endlich unter der Führung der KPD geeinigten Proletariern gestürzt werden würde, wie man es in der Komintern erwartete. Vielmehr werde die nationalsozialistische Regierung als einzige aller bürgerlichen Regierungen imstande sein, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen, und in diesem Kriege werde Hitler das Vollstreckungsorgan des gesamten Weltkapitalismus sein, der »Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie«.[22]

Das war eine erstaunliche Prophezeiung, aber Trotzki brauchte in der Tat sein eigenes Verfahren gegen Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie seine Angriffskriege gegen Polen und Georgien nur auf das *bürgerliche Deutschland* zu projizieren, um zu dieser Vorhersage zu gelangen. Seine Hoffnungen leitete Trotzki abermals aus einer Analogie zur russischen Revolution her, nämlich aus seiner Geringschätzung eines quantitativen Stimmenübergewichts: »Auf der Waage der Wahlstatistik wiegen tausend faschistische Stimmen ebensoviel wie tausend kommunistische. Aber auf der Waage des revolutionären Kampfes stellen tausend Arbeiter eines Großunternehmens eine hundertmal größere Kraft dar als tausend Beamte und Büroangestellte samt ihren Frauen und Schwiegermüttern. Die Hauptmasse der Faschisten besteht aus menschlichem Staub.«[23]

Hier irrte Trotzki seinerseits, denn er vernachlässigte die Tatsache, daß zwar viele Millionen von *Kleinbürgern* und *unaufgeklärten Arbeitern* der NSDAP zugeströmt waren, daß aber der Kern der Partei aus einer großen Anzahl von Weltkriegsoffizieren bestand, deren russische Ebenbilder die bolschewistische Partei vernichtet oder zum Eintritt in die Rote Armee gezwungen hatte. Doch an Trotzkis Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus konnte nicht der ge-

ringste Zweifel bestehen, ebensowenig wie an der Gegnerschaft der KPD-O oder der Roten Kämpfer.

Anders stand es mit den Oppositionsgruppen innerhalb des Nationalsozialismus oder an seinem Rande. Auch sie nahmen an Bürokratismus und Bonzentum der Partei Anstoß und nicht zuletzt an der Legalitätstaktik Hitlers, aber sie zogen daraus nicht den Schluß, daß die Partei einen entschiedeneren und erfolgversprechenderen Kampf gegen den Kommunismus führen müsse. Vielmehr forderten sie ein entschlosseneres Vorgehen gegen Versailles, die Westmächte und den Kapitalismus, und dabei näherten sie sich der KPD an oder gingen sogar zu ihr über. Das berühmteste Beispiel war Ernst Niekisch, der in seiner Zeitschrift *Widerstand* die Nationalsozialisten als romanisierte Feindmacht auf deutschem Boden bekämpfte, die dem Kampf gegen Versailles, Großstadt, bürgerliche Dekadenz und kapitalistische Geldwirtschaft die Spitze abbreche, indem sie mit dem Bolschewismus jene russisch-asiatische Lebensweise verneine, in der allein die Hoffnung auf eine Befreiung Deutschlands aus dem »Pfuhl der englischen Prostitution« begründet sei.[24] Das größte Aufsehen aber rief der Übergang Richard Scheringers zum Kommunismus hervor, des einen der drei Leutnants aus dem in Ulm stationierten Regiment des Obersten Ludwig Beck, die 1930 wegen nationalsozialistischer Zersetzung der Reichswehr zu Festungshaft verurteilt worden waren. In diesem Verfahren hatte Hitler seinen Legalitätseid geleistet, und gerade die Legalitätstaktik lehnte Scheringer heftig ab, nachdem er auf der Festung Gollnow in eine Art kommunistischer Hochschule geraten war und dort begriffen hatte, daß eine wirkliche »Gewaltpolitik gegen die Westmächte« nur dann möglich sei, wenn zuvor mit dem Kapitalismus auch Liberalismus, Pazifismus und westliche Dekadenz ihr Ende gefunden hätten.[25] Eine Zeitlang verfolgte die KPD nach dem April 1931 die sogenannte *Scheringer-Linie*, die in etwa dem Schlageter-Kurs Radeks von 1923 entsprach, und sie zog nicht ganz wenige Nationalsozialisten und Nationalrevolutionäre an sich heran, unter ihnen Bodo Uhse, den ehemaligen Führer des Bundes Oberland Hauptmann Beppo Römer und den Grafen Stenbock-Fermor. Sie alle waren, wie Richard Scheringer selbst, von dem Gefühl erfüllt, von einer bloß scheinradikalen Partei zu einer wirklich radikalen Partei gelangt zu sein. Und es gab nicht einen einzigen prominenten Kommunisten, der mit der entsprechenden Begründung zu den Nationalsozialisten gegangen wäre. Es lag ja auf der Hand, daß der Kampf gegen die Juden bloß ein schwächliches Teil- und Ablenkungsmanöver war, wenn der Vernichtungskampf gegen den Kapitalismus oder *den Westen* die eigentliche Aufgabe darstellte.

Aber war der Antisemitismus nicht auch dann ein Zeichen von Selbsttäuschung und Bequemlichkeit, wenn der Kampf gegen den Kommunismus als die Hauptsache galt? Scheringer jedenfalls konnte es sich erlauben, darauf

hinzuweisen, daß im Zentralkomitee der KPD kein einziger Jude sitze, während in der Spitze des Hugenbergkonzerns deren mehrere zu finden seien.[26] Nahm man das Phänomen des Kommunismus vielleicht gar nicht wirklich zur Kenntnis, wenn man ihm die bequeme Deutung gab, eine bestimmte und leicht erkennbare Menschengruppe sei dessen Urheber? Aber es ließ sich auch wiederum fragen, ob diese vereinfachende Konkretisierung nicht jener anderen Konkretisierung auf *die Kapitalisten* oder gar *die Spekulanten* entsprach und lediglich einen geringeren Abstraktionsgrad aufwies.

Dort jedenfalls, wo der geistige Bürgerkrieg sich als Anweisung zum gewalttätigen Bürgerkrieg darstellte, war den Kommunisten ein großer Vorsprung zuzuerkennen. Sie hatten seit 1923 eine Zeitschrift verbreitet, die den Titel *Vom Bürgerkrieg* trug und die später *Oktober* hieß, sie brachten Bücher heraus, die konkrete Ratschläge für den bewaffneten Aufstand enthielten, wenn auch meist in Form von Darstellungen gelungener oder mißglückter Bürgerkriege der Vergangenheit, etwa des russischen Oktober, aber auch der Aufstände von Reval 1924 oder Kanton Ende 1927. In dem Buch von »A. Neuberg« von 1928 »Der Bewaffnete Aufstand«, an dem neben Erich Wollenberg und Hans Kippenberger auch Michail Tuchatschewski und Ho Chi Minh mitgearbeitet hatten[27], werden die verschiedenen Probleme einer gewalttätigen Machtergreifung aufs sorgfältigste erörtert. So wird etwa der Hamburger Aufstand von 1923 bis ins einzelne beschrieben, und er wird im ganzen als eine nicht ganz geglückte Nachbildung des Umsturzes in Petrograd betrachtet; der individuelle Terror wird für revolutionäre Zeiten voll bejaht, und die Forderung geht unter Berufung auf Lenin dahin, »die Führer der Konterrevolution zu liquidieren« oder »rechtzeitig die Spitzenleitung des Feindes zu erledigen«. Im ganzen sei entscheidend, daß »die lebendige Kraft des Feindes liquidiert wird«, und dazu gehört auch die Anwendung des »Klassenterrors« gegenüber der Bourgeoisie.[28] Alle diese Ratschläge konnten sich auf tatsächliche Ereignisse stützen; es gab nicht den geringsten Zweifel, daß die Verfasser erfahrene Kämpfer waren und dasjenige wirklich meinten, was sie mit Worten zum Ausdruck brachten.

Dagegen waren die sogenannten Boxheimer Dokumente, die Ende 1931 viel Aufsehen erregten und als Beweis für Bürgerkriegsvorbereitungen durch die Nationalsozialisten angesehen wurden, schwerlich mehr als ein Gedankenexperiment. Der Verfasser, Dr. Werner Best, entwarf keineswegs Pläne für eine gewaltsame Machtergreifung, sondern er ging von der hypothetischen und nicht von vornherein unmöglichen Situation aus, daß nach einem Aufstand der Kommunisten die seitherigen obersten Staatsbehörden *weggefallen* seien, so daß die Nation nur noch durch die andere militante Partei (SA, Landeswehren) repräsentiert und geschützt werde. Für diesen Fall wird ein Vorgehen ins Auge gefaßt, das sehr hart ist, das aber doch nur wenig über die Maßnah-

men hinausgeht, welche die Militärbehörden im Falle eines Aufstandes treffen würden. Der auffallendste Unterschied ist der, daß nur »jeder Deutsche (nicht Jude)« vom 16. Lebensjahr an zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet ist.[29] So gewiß in dem Dokument eine radikale Kampfentschlossenheit zum Vorschein gelangt, so wenig ist es dennoch angebracht, eine Gleichsetzung mit dem *Bewaffneten Aufstand* oder ähnlichen Publikationen der Kommunisten vorzunehmen.

In den konkreten Beschreibungen des begrenzten Bürgerkrieges auf den Straßen und in den Stellungnahmen, Erklärungen und Forderungen dazu läßt sich in den Hauptorganen der beiden Parteien allerdings eine weitgehende Ähnlichkeit konstatieren.

Eine Auswahl von Schlagworten, Überschriften und kurzen Aussagen aus der *Roten Fahne* könnte folgendermaßen aussehen: »Mörder vom Hakenkreuz... Mordbanditen... Zörgiebelsoldateska... Nazis und Polizeisoldaten schießen auf das Liebknechthaus... NS-Horden überfallen rote Studenten... Orgie der Mordhetze (durch die bürgerliche Presse nach der Ermordung der Polizeihauptleute Lenk und Anlauf)... Nazi-Mordhöhle... Hauptmörderhöhle... Marschiert ins Viertel der Kriegshetzer..., in den Westen, die Wohnbezirke der Kriegstreiber und Faschisten... Sie (die Angehörigen der Roten Armee Chinas) stellen die chinesischen Siemens und die chinesischen Schupooffiziere und Generäle an die Wand... Im Berliner Polizeipräsidium sieht man in den Kommunisten den Feind schlechthin (Zitat aus einem Artikel von Ossietzky)... Unser Führer: Stalin... (Bilder aus Siemensstadt) Werke aus der zukünftigen Leninstadt... Heute noch Siemens-Schaltwerk. In Zukunft Marx-Werk. Heute noch Wernerwerk. In Zukunft Stalinwerk... SA-Bürgerkrieg gegen Arbeiterviertel Berlins... Braune Mordkanaillen.«

Im *Völkischen Beobachter* lauten die entsprechenden Formulierungen folgendermaßen: »Wüste Mordüberfälle des bolschewistischen Gesindels... Rotmord wütet weiter... Die bolschewistische Unterwelt in Berlin... Kommunisten schießen auf Nationalsozialisten... Vertreter der sowjetrussischen Fremdenlegion... Die Roten wollen den Bürgerkrieg... Rotmordbanditen... Viehische Greueltaten roter Bestien... Hörsingbanditen... Die Blutbahn des Marxismus: 8359 tote und schwerverletzte Nationalsozialisten«.[30] »... Hitlerjunge Herbert Norkus von Kommunisten erstochen... Bluthetze der marxistischen ›Eisernen Front‹... Der Moskauer Reitergeneral Thälmann... Rotmord in Oberschlesien... rotes Untermenschentum... das Mordreichsbanner«.

Bei aller Ähnlichkeit sind die Unterschiede gleichwohl bemerkenswert: Keine der beiden Parteien kämpft ausschließlich gegen die andere, aber die Kommunisten zählen auch die Polizei zu ihren Gegnern (»Zörgiebel-Banditen«), während die Nationalsozialisten das Reichsbanner mit den Kommunisten in eine Linie stellen. Die Kommunisten nehmen den großen Vorteil wahr,

eine soziologische Charakterisierung vorzunehmen und jeden Polizisten als *Arbeitermörder* anzuklagen, der gegenüber einer drohenden Menge vom Notwehrrecht Gebrauch gemacht hat; die Nationalsozialisten dagegen können die Selbstidentifizierung der Kommunisten mit *Moskau* und die Tatsache ins Spiel bringen, daß das *Lumpenproletariat* sich vorwiegend auf die kommunistische Seite schlug. (Allerdings machten auch die Kommunisten von diesem gut marxistischen Begriff Gebrauch und wendeten ihn auf die arbeitslosen SA-Leute an.)

An drei Beispielen soll dieser Bürgerkrieg anschaulich gemacht werden.

Am 20. März 1927 feierte die Berliner SA (damals an Stärke kaum einem Zehntel des Rotfrontkämpferbundes entsprechend) ihren einjährigen Gründungstag durch eine nächtliche Veranstaltung in Trebbin (Mark) mit einer Feuerrede des Gauleiters Dr. Goebbels. Bei der Rückfahrt am nächsten Abend bemerken die SA-Leute, daß die vorderen Abteile des einfahrenden Zuges von RFB-Leuten besetzt sind. Diese grüßen mit geballter Faust, und die SA-Männer empfinden das als Provokation, so daß sie den Versuch machen, in das Abteil einzudringen. Die RFB-Leute ziehen Pistolen und halten so ihre Gegner zurück. Deren Erregung ist ungeheuer. Wo immer der Zug hält, eröffnen sie ein Steinbombardement auf den Wagen. Auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost verläßt die SA den Zug und versucht, das kommunistische Abteil zu stürmen. Dabei erhält der Standartenführer einen Bauchschuß. Ein weiterer SA-Mann fällt unter den Schüssen. Aber der Wagen der Kommunisten, die zahlenmäßig sehr unterlegen sind, ist jetzt durch Steinwürfe stark beschädigt, und als endlich ein Überfallkommando der Schupo eintrifft, stellt sich heraus, daß fast alle der 23 Kommunisten schwer verletzt sind. Vom Bahnhof aus ziehen die etwa 1000 SA-Leute durch Steglitz und Friedenau bis zum Wittenbergplatz. »Frechgewordene Juden wurden kurzerhand verprügelt.« Aber schon am folgenden Tage durfte sich kein uniformierter SA-Mann in den Straßen Berlins sehen lassen. Die preußische Regierung verbot die Ortsgruppe Berlin der NSDAP.[31]

Am 17. Juli 1932 führte die Hamburger SA unter dem Schutz der Polizei einen Demonstrationsmarsch durch, der sich vor allem durch die Arbeiterviertel von Altona bewegen sollte. Diese Absicht wurde von den Kommunisten und offenbar von großen Teilen der Bevölkerung als Provokation empfunden. Wer den ersten Schuß abgegeben hat, wurde nicht geklärt, aber jedenfalls sahen sich SA und Polizei wie in feindlichem Gebiet von allen Seiten heftigen Angriffen ausgesetzt, die sie auf ähnliche Weise erwiderten, wie es die Polizei beim *Blutmai* von 1929 getan hatte. 18 Tote und 16 Schwerverletzte waren die Opfer eines Vorgangs, der ein Überfall der Kommunisten war, wenn das *Demonstrationsrecht* unbestrittene Gültigkeit besaß, und für den die Nationalsozialisten verantwortlich waren, wenn ein Aufmarsch uniformierter

und vermutlich bewaffneter Männer in feindselig gesinnten Vierteln keine Demonstration, sondern eine untragbare Provokation darstellt.

Als der neugewählte preußische Landtag, dessen Mehrheit aus den Kommunisten und den dreimal stärkeren Nationalsozialisten bestand, am 25. Mai 1932 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, kam es rasch zu einer heftigen Debatte über die preußische Justiz, der von beiden Seiten mit großer Leidenschaft Parteilichkeit und Voreingenommenheit vorgeworfen wurde, und als Wilhelm Pieck das Wort ergriffen hatte, rief er den Nationalsozialisten zu: »Erst mit dem Auftreten Ihrer Partei im politischen Leben ist der Massenmord gegen revolutionäre Arbeiter eingeführt worden. In Ihren Reihen sitzen eine ungeheure Zahl von Mördern.«[32] Daraufhin stürmten nationalsozialistische Abgeordnete zum Rednerpult, um Pieck herunterzuzerren; Mitglieder der kommunistischen Fraktion kamen diesem zu Hilfe, und es entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, in der die zahlenmäßig unterlegenen Kommunisten bald aus dem Saal getrieben wurden und mehrere Schwerverletzte zu verzeichnen hatten. Die Sozialdemokraten hatten ebenso wie die Zentrumsfraktion den Sitzungsaal bei Beginn der Gewalttätigkeiten verlassen, und deshalb wurden ihnen von den Kommunisten heftige Vorwürfe gemacht, die indessen mit der Gegenfrage beantwortet wurden, ob man sich denn für diejenigen schlagen könne, von denen man so häufig als »Arbeitermörder« beschimpft und mit »kurzen Gerichtsverhandlungen« bedroht worden sei.[33]

Für den *Blutsonntag von Altona* allerdings konnte man mit guten Gründen der neuen Reichsregierung die eigentliche Schuld zuweisen, der Reichsregierung von Papen, die nach der Entlassung Brünings unter wesentlicher Einflußnahme des Chefs des Ministeramtes im Reichswehrministerium, des Generalleutnants von Schleicher, gebildet worden war. Sie war die erste Regierung des Reiches, für deren Bildung der begrenzte Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mitentscheidend war, und sie war die erste Regierung, die ernsthaft mit der Möglichkeit eines unbegrenzten Bürgerkrieges gegen beide extremistische Parteien rechnen mußte. Mit ihr begann der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme.

10. *Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme*

Daß der Reichspräsident am 30. Mai 1932 seinem Reichskanzler das Vertrauen entzog, hatte viele Gründe, nicht zuletzt auch den, daß Hindenburg gegenüber Brüning gerade *wegen* der Wahl Groll empfand, die ihn zum Kandidaten der *Roten* und der *Katholen* gemacht und dadurch der Rechten entfremdet hatte. Deshalb drängte er um so mehr auf eine Rechtsschwenkung, gegen die Brüning sich sträubte. Einer der anderen Hauptgründe war das SA-

Verbot, mit dem die Regierung doch gerade ihre Überparteilichkeit unter Beweis gestellt hatte, nachdem der Rotfrontkämpferbund schon seit dem Mai 1929 verboten war. Aber Hindenburg und auch Groener waren nicht davon überzeugt, daß man Kommunisten und Nationalsozialisten gleichsetzen dürfe, da sie doch ein ganz unterschiedliches Verhältnis zum Staat, zum nationalen Gedanken und zum Wehrwillen hätten. Daher wurde das Verbot nicht ohne eine Art von pädagogischer Absicht ausgesprochen, nämlich das »wunderbare Menschenmaterial«, das sich in der SA zusammengefunden habe, von denjenigen zu trennen, die im Grunde Bolschewisten seien, und es dadurch für die Mitarbeit im Staat zu gewinnen.[1] Das Verbot ging Hindenburg indessen immer noch zu weit, insbesondere deshalb, weil die Wehrverbände anderer Parteien nicht betroffen waren. Er hatte dabei in erster Linie das Reichsbanner im Auge, das doch nach seinem eigenen Selbstverständnis überparteilich und republikanisch war. So wurde zur allgemeinen Überraschung am 1. Juni der nur wenig bekannte Zentrumsabgeordnete Franz von Papen zum Reichskanzler ernannt. Er bildete eine Regierung, die weitgehend aus Adligen bestand und nicht bloß von Sozialdemokraten als *Kabinett der Barone* apostrophiert wurde. Sie faßte sofort zwei weittragende Entschlüsse: Aufhebung des SA- und auch des Uniformverbotes und Auflösung des Reichstags. Die Neuwahlen wurden auf den 31. Juli festgesetzt. An und für sich waren diese Beschlüsse demokratisch, und sie standen dadurch im Gegensatz zu Brünings Politik, der bei der Bildung seines zweiten Kabinetts im Oktober 1931 betont hatte, er werde jetzt noch unabhängiger von den Parteien sein. Nach den Wahlen der letzten Monate konnte kein Zweifel daran bestehen, daß der im September 1930 gewählte Reichstag der Volksstimmung nicht mehr entsprach. Mehr Demokratie bedeutete zu diesem Zeitpunkt jedoch notwendigerweise mehr Radikalisierung, und insofern war der Beschluß wiederum *nicht* demokratisch. Eine ähnliche Paradoxie läßt sich bei dem Staatsstreich vom 20. Juli erkennen, mit dem die Regierung Braun in Preußen abgesetzt wurde, so daß ein Reichskommissar an ihre Stelle trat, nämlich der Reichskanzler von Papen selbst. Die Regierung Braun war ja nach ihrer schweren Wahlniederlage am 24. April nur noch geschäftsführend, und auch das bloß deshalb, weil der alte Landtag in letzter Stunde eine sehr umstrittene Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen hatte. Insofern befand sie sich in einer undemokratischen Position, und Zeichen der Resignation waren unverkennbar. Aber die Absetzung wurde durch die Störungen der öffentlichen Ordnung begründet, deren die Regierung Braun angeblich nicht mehr Herr zu werden vermochte, und diese Störungen, wie vor allem den Blutsonntag von Altona, hatte in erster Linie die Reichsregierung zu verantworten, weil sie einen solchen Marsch der uniformierten SA durch feindselige Viertel überhaupt erst möglich gemacht hatte. Die wahren Gründe waren indessen von

anderer Art, nämlich die alte Abneigung der Rechtsparteien gegen den *roten Zaren* Otto Braun und gegen den *Kulturbolschewismus,* den die preußische Regierung angeblich förderte, vor allem aber die Besorgnis wegen gewisser Tendenzen zum *Antifaschismus,* wie sie in Besprechungen zum Vorschein gekommen waren, die der Staatssekretär Abegg mit Kommunisten geführt hatte. Aber es war wohl ebenfalls der Wille wirksam, den Nationalsozialisten die Verfügung über die preußische Polizei zu entziehen, wenn sie nach einer etwaigen Einigung mit dem Zentrum die Regierungsführung übernähmen. So waren auch in diesem autoritären Akt demokratische und antidemokratische Momente auf eigenartige Weise miteinander verbunden, und es war nicht verwunderlich, daß von seiten der Regierung Braun oder der sozialdemokratischen Partei kein Widerstand erfolgte. Die Situation war schon wegen der sechs Millionen Arbeitslosen ganz anders als bei der Ausrufung des Generalstreiks gegen Kapp im März 1920 und natürlich auch deshalb, weil man diesmal von vornherein erwarten mußte, daß die Kommunisten für ihre Zwecke daraus Vorteil ziehen würden. Aus diesem Grunde konnte die preußische Polizei keineswegs als unbedingt zuverlässig gelten. Noch Ende August 1931 hatte der preußische Innenminister Severing in einem Erlaß ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die zunehmenden Ruhestörungen und Überfälle vor allem auf kommunistische Trupps zurückzuführen seien, die sich vornehmlich aus Mitgliedern des aufgelösten RFB rekrutierten, aber vermutlich auch in den Reihen des »Kampfbundes gegen den Faschismus« gesucht werden müßten.[2] Mithin war die *Kapitulation* der preußischen Regierung am 20. Juli weder grundlos noch unverständlich, aber faktisch war sie ein bedeutender Schritt auf dem Wege, der mit der Wahl vom 31. Juli an sein vorläufiges Ende kam und nunmehr auch im Reich eine Situation hervorbrachte, zu der es in einem modernen Großstaat noch nie einen Präzedenzfall gegeben hatte. Die Nationalsozialisten errangen einen beispiellosen Triumph, der jedoch nach den Präsidentschaftswahlen und den Ergebnissen in Preußen keineswegs unerwartet war: Sie erhielten fast 14 Millionen Stimmen und 230 Mandate. Aber auch die Kommunisten durften nicht ohne Grund behaupten, einen großen Wahlsieg errungen zu haben: 5,3 Millionen Stimmen und 89 Reichstagssitze entfielen auf ihre Liste, und nicht mehr nur in Berlin, sondern in größeren Teilen des Ruhrgebiets und Mitteldeutschlands waren sie nun stärker als die Sozialdemokraten. Waren sie indessen wirklich auf dem Wege, die *Partei der deutschen Arbeiterklasse* zu werden, wie sie es seit dem Beginn der Republik erstrebten? Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, einer der ältesten Hochburgen der Arbeiterbewegung, erhielten die Nationalsozialisten ca. 550 000 Stimmen, die Sozialdemokraten 260 000, die Kommunisten 230 000, während alle übrigen Parteien zusammen kaum mehr als 80 000 gewinnen konnten. Jedenfalls konnte keine Regierung in diesem Reichstag über eine Mehrheit verfügen,

wenn die Nationalsozialisten in der Opposition waren, denn zusammen mit den Kommunisten besaßen sie die negative Mehrheit von 52% der Sitze. Einen Ausweg schien nur eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum zu bieten, und eine Kanzlerschaft Hitlers wurde auf vielen Seiten ernsthaft in Erwägung gezogen, anscheinend auch von dem Reichswehrminister v. Schleicher, der mehr und mehr in den Vordergrund trat. Aber die Parteiverhandlungen kamen nicht recht vorwärts, und die Entscheidung fällte Hindenburg, der keine Parteienregierung wollte und erst recht eine Parteidiktatur ablehnte. Papen seinerseits strebte zwar eine Einbeziehung der Nationalsozialisten an, wollte ihnen aber nicht die Führung zugestehen. Das Ergebnis war die berühmte Unterredung vom 13. August, in welcher der Reichspräsident dem Führer der weitaus stärksten Partei eine kurze und ungnädige Absage erteilte, und zwar mit der Begründung, er könne es vor seinem Gewissen nicht verantworten, einen Mann zum Reichskanzler zu ernennen, der für sich und seine Partei die *ganze Macht* verlange. Wahrscheinlich war diese Absage zugleich eine Interpretation, die zwar in der Sache, aber nicht dem Wortlaut der Forderung nach gerechtfertigt war und die in Hitler, wie es scheint, ein lange nachwirkendes Trauma hinterließ. Die autoritäre Regierung Papen mußte sich nun also vornehmen, dem in sich gespaltenen Volkswillen Widerstand zu leisten, welchem sie doch selbst erst zum Durchbruch verholfen hatte. So erließ sie die Verordnung gegen den politischen Terror vom 9. August, welche die Todesstrafe für politisch motivierte Tötungsdelikte vorsah. Sie kam damit gleich in eine schwierige Lage, als das Sondergericht in Beuthen fünf Todesurteile gegen Nationalsozialisten verhängte, die einen Kommunisten auf bestialische Weise getötet hatten, und als Hitler in einem Telegramm »seinen Kameraden« unbedingte Solidarität gegen das »ungeheuerliche Bluturteil« zusicherte. Daß die Täter begnadigt wurden, mußte wie ein Nachgeben wirken, obwohl es in der Sache begründet war, da die Verurteilten noch keine Kenntnis der Verordnung gehabt hatten. Ebenso symptomatisch wie kurios war die Geschichte des bis dahin kurzlebigsten Reichstags der Republik. Am 30. August wurde er von der Alterspräsidentin Clara Zetkin eröffnet, die eine kommunistisch-antifaschistische Kampfrede hielt und mit dem Ausdruck der Hoffnung schloß, in Bälde als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. Dann erfolgte die Auflösung auf sehr sonderbare Weise: Der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring brachte unter irregulären Umständen einen Mißtrauensantrag der Kommunisten zur Abstimmung, der mit 512 gegen 42 (deutschnationale) Stimmen angenommen wurde. Das war der größte Triumph des Zusammenspiels trotz wechselseitiger Todfeindschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, aber er war nicht von Dauer, da die Rechtmäßigkeit der Auflösungsorder des Reichspräsidenten anerkannt werden mußte. Papen betonte nun um so stärker das Prin-

zip der autoritären Regierung, aber er konnte nicht umhin, Neuwahlen auszuschreiben, und dafür wurde der Termin des 6. November angesetzt. Mit diesen Wahlen begann der unmittelbare Vorabend der Machtübernahme Hitlers.

Es ist angebracht, hier noch einmal innezuhalten, um die folgende Frage zu stellen: Welche Alternativen gab es in dieser außerordentlichen Situation, zu der es nur in Italien während des Jahres 1922 eine gewisse Entsprechung gegeben hatte, obwohl dort bloß eine relativ kleine Kommunistische Partei existierte und auch die Partei Mussolinis, obzwar auf den Straßen sehr stark, im Parlament nur über eine sehr begrenzte Zahl von Abgeordneten verfügte?

Die früheste und 1918/19 übermächtig scheinende der grundlegenden Alternativen war diejenige von *Kapitalismus oder Sozialismus,* von *bürgerlicher oder sozialistischer Demokratie.* Sie wurde aber schon bald durch die russischen Ereignisse und die positive Verwendung des Begriffs der Diktatur durch die Kommunisten sehr geschwächt. Karl Kautsky, Otto Bauer, Friedrich Stampfer und im Grunde alle Sozialdemokraten formulierten daher bereits 1918 und 1919 das Postulat »Demokratie, nicht Diktatur«. Sie wollten damit die erste Alternative nicht aufgeben, aber sie vertraten gegen die Bolschewiki mit Entschiedenheit die Meinung, daß nur auf dem Wege der formalen oder bürgerlichen Demokratie das Voranschreiten zum Sozialismus möglich sei. Schon während der ersten Nachkriegsjahre waren als Gegenbegriffe neben Diktatur auch Termini wie *Totalismus* oder *Ausschließlichkeitsanspruch* im Gebrauch, und damit befand man sich auf der Hauptlinie europäischen Staatsdenkens seit Montesquieu; lange Jahre hindurch waren sie vornehmlich gegen den Bolschewismus gewandt, der eben deshalb von vielen Seiten und sehr häufig *asiatisch* genannt wurde. Bereits um 1920 kam aber auch der Terminus »*Rechtsbolschewisten*« auf, und 1929 brachte der Reichstagspräsident Paul Löbe die entstehende »Totalitarismuskonzeption« anschaulich zum Ausdruck, indem er sich mit den folgenden Sätzen an die Kommunisten und an die Nationalsozialisten wandte: »Wäre der staatliche Wille der Herren von rechts durchgeführt worden, dann hätte man Ihnen (den Kommunisten) das An-die-Wand-gestellt-Werden in Aussicht gestellt. Wäre Ihr staatlicher Wille durchgeführt worden, dann hätten Sie die Herren von rechts an die Wand gestellt. Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren.«[3] Aber auch Alfred Hugenberg sprach sich Adolf Hitler gegenüber im März 1932 in der Sache nicht anders aus, als er eine Vereinigung aller Machtpositionen in Hitlers Hand nachdrücklich ablehnte, und zwar mit der Begründung, etwas Derartiges habe es »bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Landen gegeben«.[4] Auf andere und doch ähnliche Weise sprach sich die preußische Regierung in ihrem Aufruf vom August 1931 gegen den Volksentscheid

des Stahlhelm und der Nationalsozialisten aus, der zugleich ein Roter Volksentscheid sein sollte: »Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber an die Stelle des Gestürzten seine Herrschaft zu setzen und die anderen – eben noch willkommene Bundesgenossen beim Volksentscheid – unter seine Füße treten zu können.«[5] Das Ungewöhnliche dieser Auffassung, das ihren Vorrang begründet, ist darin zu sehen, daß hier ein positiver Hinblick auch auf die eigenen Gegner erfolgt, die vom gegenseitigen Vernichtungskampf abgehalten werden sollen, weil auch ihre Existenz als erhaltenswert und systemnotwendig gilt. Aber die Voraussetzung der Realisierung war doch wohl, daß man selbst eindeutig das Bestehende wollte, d. h. die nichtrevolutionäre Fortentwicklung der gegebenen Verhältnisse des *Liberalen Systems,* und gerade hier lag die Schwierigkeit für die Sozialdemokratie. Immer wieder erwies sich die ältere Alternative als mächtig, und führende Vertreter der Partei äußerten sich nicht selten mit einer solchen Heftigkeit gegen *das kapitalistische System,* daß sie von den Kommunisten kaum noch unterscheidbar zu sein schienen. So hieß es in einem Aufruf des Parteivorstandes der SPD zur Bankenkrise im Juli 1931, die Lüge von der »marxistischen Mißwirtschaft« sei nur erfunden worden, um »von den wahren Schuldigen abzulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern«.[6] Besonders deutlich wurde die Zwiespältigkeit in einer Rede des Abgeordneten Sollmann während einer Reichstagsdebatte im Februar 1931. Einerseits stellte er fest, die Lebenslage der Massen in den beiden diktatorisch regierten Ländern, in Rußland und Italien, stehe tief unter der Lebenslage in den Ländern aller Demokratien auf dem ganzen Erdball. Das hinderte ihn aber nicht, kurz danach die Behauptung aufzustellen: »Nicht der Marxismus, sondern der Kapitalismus hat versagt.«[7]

Wenn also die altüberlieferte Alternative *Sozialismus oder Kapitalismus* die erste der eigentlichen Nachweltkriegsalternativen schwächen konnte, nämlich *Demokratie gegen totalitäre Diktatur,* so ließ sich diese ihrerseits in die zweite Alternative einbeziehen, welche *Autorität oder Chaos* hieß. Sie war das Motto Papens und schon Brünings, und beide durften sich darauf berufen, daß die Demokratie keine brauchbare Gegenwirklichkeit zur Diktatur mehr sein kann, wenn die demokratische Methode zur Zerstörung der Demokratie führt, weil diese von einer starken Minderheit oder sogar von einer Mehrheit der Wähler verworfen wird. Dann kann offensichtlich nur noch eine unabhängige Kraft helfen, nämlich der volksgewählte Reichspräsident und die von dessen Vertrauen getragene Regierung, welche die besten Elemente der Demokratie bewahrt, z. B. den Rechtsstaat, aber deren schlechte und gefahrbringende Bestandteile wie z. B. die fessellose Parteienagitation und die Bürgerkriegslosungen mindestens für eine gewisse Zeit sistiert. Nur ein starker Staat vermag dann die entfesselte Gesellschaft zu bändigen und vor der Selbstzer-

störung zu bewahren. Auch diese Auffassung, die eine ganze Lehre vom *Neuen Staat* hervorrief, wies indessen gravierende Widersprüche auf. Wenn sie wirklich eine unbegrenzte Gleichsetzung der auf die Diktatur ausgerichteten Kräfte vornahm, waren ihre Durchsetzungsmöglichkeiten in einem Zeitalter der Pressefreiheit gering. Daher wandte sich Franz von Papen in seiner Rundfunkansprache vom 20. Juli mit großem Nachdruck gegen die Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten: »Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihte.«[8] Aber es dauerte nicht einmal drei Monate, bis der Reichskanzler in einer Rede sagte, Hitler habe am 13. August den Anspruch auf das Kanzleramt »aus dem Prinzip der ›Totalität‹, der ›Ausschließlichkeit‹ heraus« erhoben, dem seine Partei huldige. Dieser Anspruch auf Totalität werde indessen vom Reichspräsidenten und von ihm selbst aus prinzipiellen Beweggründen abgelehnt, denn es gebe einen unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik.[9] Aber konnte eine bloß konservative und christliche Staatsführung stark genug sein, um gegen *zwei* totalitäre Bewegungen mit ihren sich gegenseitig verneinenden Ausschließlichkeitsansprüchen die Oberhand zu behalten? Sie wäre dazu mit Sicherheit in der Lage gewesen, wenn es eine Verfassungsbestimmung gegeben hätte, die es allen verfassungstreuen Parteien zur Pflicht gemacht hätte, sich zusammenzuschließen, sobald der Stimmenanteil der totalitären Parteien eine bestimmte Grenze überschritten hätte. Eine solche Bestimmung gab es indessen nicht, und es mußte sehr zweifelhaft sein, ob eine betont christliche Regierung die Sozialdemokraten und die Demokraten würde hinter sich bringen können. Als letzte und äußerste Möglichkeit zur Vermeidung der dritten Alternative blieben dann nur noch großangelegte Verbotsmaßnahmen durch vollen Einsatz der Reichswehr und der Polizei und das heißt letzten Endes durch die Bereitschaft zum Bürgerkrieg.

Die dritte Alternative lautete: *Sowjetstern oder Hakenkreuz.* Sie war bereits 1923 formuliert worden[10], und sie war während der Regierungszeit Brünings weit verbreitet und populär. Allerdings wurde sie von den Kommunisten immer als eine bloße Formverwandlung der unverbrüchlich festgehaltenen Entgegensetzung von Sozialismus und Kapitalismus aufgefaßt. So sagte der Abgeordnete Koenen im Juli 1930 im Reichstag: »Unter dem Zeichen des politischen Massenstreiks wird sich vollziehen der Kampf zwischen Kommunismus und Faschismus, der Vereinigung aller reaktionären Kräfte von den SPD-Bureaukraten bis zu den Nazis unter Führung des Finanzkapitals. Dieser Weg

zur Finanzdiktatur wird scheitern an dem eisernen Willen der Kommunistischen Partei, die an der Spitze der Arbeiterschaft mit politischen Massenstreiks den Kampf für ein Sowjetdeutschland eröffnen wird.«[11] Ein Jahr später äußerte sich Hermann Remmele folgendermaßen: »Heute steht fest: die sterbende, untergehende kapitalistische Welt hat kein Mittel mehr, sich zu retten oder aufrechtzuerhalten. Kein Machtmittel mehr kann ihr dazu helfen. Wir sind die Sieger von morgen, und die Frage steht nicht mehr: Wer wen? Diese Frage ist bereits entschieden.«[12] Und gegen diese Wiederaufnahme von Lenins todverheißender Bürgerkriegsalternative »Kto kogo« stellten sich mit ähnlicher Gewißheit und Entschlossenheit die immer wieder gesungenen Zeilen des Horst-Wessel-Liedes: »Schon flattern Hitlerfahnen über allen Straßen, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit« und ebensosehr Hitlers immer wiederholte Versicherungen, daß er *den Marxismus* vernichten werde und daß der Sowjetstern vor dem Hakenkreuz in den Staub sinken müsse. Der Sieg des Hakenkreuzes aber wurde trotz widersprüchlicher Aussagen nicht als bloße Formverwandlung des Kapitalismus aufgefaßt, sondern er sollte offensichtlich gegen »Rotfront *und* Reaktion« auf einen nationalen Weg des Sozialismus führen. Auch im Ausland wurde die Situation oft ganz ähnlich gesehen, etwa von dem amerikanischen Journalisten H. R. Knickerbocker, der in seinem Buch »Deutschland so oder so?«[13] (d. h. unter Hakenkreuz oder Hammer und Sichel) neben anschaulichen Schilderungen der Not der Armen und der Üppigkeit großer Schichten des Wirtschaftsbürgertums Hitler als dem Repräsentanten des »deutschen Widerstands« weit größere Chancen gab als den Kommunisten, aber mit der düsteren Feststellung endete, Amerika könne dem Atlantischen Ozean dankbar sein, aber zwischen Westeuropa und der Sowjetunion liege kein Ozean.

Die einfachste Hoffnung auf eine Rückkehr Deutschlands zum *Normalzustand* wurde am 6. November zerstört. Auch 1924 hatten in einem Jahre zwei Reichstagswahlen stattgefunden, und sowohl die Stimmenzahl der Kommunisten wie diejenige der Völkischen bzw. Nationalsozialisten war bei der zweiten Wahl ganz erheblich zurückgegangen, wie es in den Erwartungen und Absichten der Regierung gelegen hatte. Diesmal aber hatten nur einige Optimisten eine spürbare konjunkturelle Besserung der Lage wahrzunehmen vermocht, und es handelte sich in Wahrheit ja nicht um die zweite, sondern um die fünfte große Wahl des Jahres. So war das Ergebnis ein ganz anderes als im Jahre 1924. Die Nationalsozialisten verloren zwei Millionen Stimmen und gingen von 230 auf 196 Mandate zurück. Einige ihrer Gegner glaubten bereits, zuversichtlich den Zeitpunkt erwarten zu dürfen, wo die Partei ebenso wieder im Nichts verschwinden werde, wie sie 1930 aus dem Nichts aufgestiegen zu sein schien. Aber die NSDAP hatte vergleichsweise viel weniger an Stimmen eingebüßt als im Jahre 1924, und sie hatte sich als

die weitaus größte Partei behauptet. Die meisten Stimmen, die sie verloren hatte, waren auf der Rechten geblieben und Hugenbergs Deutschnationalen zugute gekommen. Die Hoffnung, jemals aus eigener Kraft die absolute Mehrheit erringen zu können, mußte aber definitiv aufgegeben werden, und man konnte insofern das Ergebnis als eine Stärkung der nichtradikalen Kräfte innerhalb der kaum geschwächten Rechten bezeichnen, die allerdings auch als ganze nur zusammen mit dem Zentrum eine parlamentarische Mehrheit hätte bilden können. Weitaus neuartiger und beunruhigender mußte das Wahlergebnis wirken, das sich im Rahmen der Linken ergeben hatte. Die Kommunisten hatten ihren Aufstieg fortgesetzt und verfügten jetzt über 100 Mandate. Ihre Gewinne hatten sie auf Kosten der SPD errungen, die 12 Sitze verloren hatte. Innerhalb der Linken waren also die radikalen Kräfte gestärkt worden, und das Bemerkenswerteste an der ganzen Wahl war die Tatsache, daß die Kommunisten in Berlin nach einem Gewinn von etwa 140 000 Stimmen die SPD bei weitem übertroffen hatten und jetzt in der Reichshauptstadt beinahe ebenso stark waren wie Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zusammen. Überdies waren sie nun in einer ganzen Reihe weiterer Wahlkreise stärker als die SPD, besonders im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland. Sie waren also ihrem Ziel, die SPD zu einer kleinen Partei von *Arbeiteraristokraten* zu machen und sich selbst als die Partei des deutschen Proletariats zu konstituieren, einen großen Schritt nähergekommen. Wie das Beispiel Berlin erkennen ließ, durfte nun die ganze Sozialdemokratische Partei als ein potentielles Wählerreservoir der Kommunisten betrachtet werden.

Aber noch erregender als die Wahlergebnisse war für die Öffentlichkeit ein außerparlamentarisches Ereignis, das sich zwischen dem 3. und 7. November vollzog, nämlich der Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben. Es handelte sich um einen *wilden* Streik, der gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung ausgerufen wurde, und zwar gemeinsam von der kommunistischen Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). In dem leitenden Ausschuß befanden sich neben drei Freigewerkschaftlern acht Mitglieder der RGO und vier der NSBO. Der Streik war so populär, daß bei der Urabstimmung beinahe die erforderliche Dreiviertelmehrheit erreicht wurde. Er richtete sich gegen einen vorgesehenen Lohnabbau, der nach dem Willen der Kommunalbehörden durchgesetzt werden sollte, um die Löhne in den verschiedenen städtischen Betrieben einander anzugleichen; es handelte sich also um einen Streik zur Erhaltung einer Ungleichheit. Trotzdem oder auch deshalb war die Radikalisierung ganz beträchtlich, und nach den meisten Berichten waren die Nationalsozialisten noch gewalttätiger als die Kommunisten. In den von der Polizei angelegten Verzeichnissen über Urheber von Steinwürfen gegen Straßenbahnwa-

gen und über Mitbeteiligte an der Errichtung von Barrikaden u. ä. finden sich fast ebenso viele Mitglieder der NSDAP wie der KPD.[14] Nur unter größten Mühen konnte von der Berliner Verkehrsgesellschaft ein Teilbetrieb aufrechterhalten werden; am Wahltage selbst lag das Berliner Verkehrsnetz fast vollständig still. Die RGO rief zum politischen Massenstreik auf, um »das herrschende System reif (zu) machen zum Sturz«, und dabei wurde die Erinnerung an jene Streiks beschworen, »die Cuno und Kapp hinwegfegten«.[15] Es zeigte sich allerdings bald, daß die übrigen Beschäftigten der kommunalen Betriebe sich dem Streik, der ja in gewisser Weise gegen sie gerichtet war, nicht anschlossen und die Arbeiter der privaten Großbetriebe ebensowenig. Aber als am 8. November das Zurückströmen der Arbeitswilligen nicht mehr aufzuhalten war, stimmten in einer Versammlung in den Hohenzollernsälen die anwesenden 400 Nationalsozialisten für die Fortsetzung des Streiks, während die RGO für Abbruch plädierte. Nach Berichten von Vertrauensleuten der Polizei über spätere Funktionärssitzungen der RGO wurde dort viel Selbstkritik geübt, aber meist »von links«, und es wurde auch Beschwerde geführt, »daß die Leitung in letzter Zeit dauernd Instrukteure schickte ..., die nicht einmal richtig Deutsch sprechen könnten«. Darauf erklärte der Leiter der Versammlung, »daß auf die Mitarbeit der russischen Genossen nicht verzichtet werden könne, weil diese die geeignetsten Elemente seien, um den richtigen revolutionären Schwung in die Gesinnung der Arbeitermassen zu bringen«.[16]

Es diente jedenfalls keinem propagandistischen Zweck, daß der Berliner Polizeipräsident am 14. Januar 1933 dem Innenminister über eine Fragebogenaktion der KPD in den Betrieben Bericht erstattete und diese als eine der vielen Vorarbeiten der KPD zur erfolgreichen Durchführung der in absehbarer Zeit von ihr erwarteten Entscheidungskämpfe bezeichnete. Der Bericht fuhr dann fort: »Da jedoch nunmehr die Radikalisierung der Arbeiterklasse immer stärkeren Umfang annimmt, rechnet die KPD bestimmt mit der Möglichkeit, in Kürze die Macht in Deutschland übernehmen zu können. Sie trifft erneut Vorbereitungen, um einen Bürgerkrieg erfolgreich bestehen zu können.«[17]

Die zuversichtlichen, ja triumphierenden Worte, die das Zentralkomitee der KPD nach der Wahl gefunden hatte, waren also durchaus nicht unbegründet. Selbstbewußtsein und Hoffnung mußten aus der Tatsache resultieren, daß nicht nur der »Einbruch in die Arbeitermassen der Sozialdemokratie« mächtig weitergegangen war, sondern daß auch »bedeutende Massen von nationalsozialistischen Arbeitern und sonstigen werktätigen Anhängern der Hitlerbewegung« erobert worden seien.[18] Eine große Schwäche verbarg man sich freilich nicht, die in einer internen Sitzung von einem RGO-Funktionär unverblümter ausgesprochen wurde, als es in der Öffentlichkeit möglich war:

Er sei sich nicht im klaren, ob die Kollegen überhaupt kein revolutionäres Gefühl mehr hätten oder ob sie die Angst um ihren Arbeitsplatz derart beherrsche, daß sie von einem Generalstreik nichts wissen wollten.[19] Diesem Mangel an revolutionärem Enthusiasmus bei den deutschen Arbeitern sollten jene russischen Genossen entgegentreten, aber den eigentlichen Durchbruch erhoffte man sich doch offensichtlich nicht von einem Generalstreik zur Verhinderung einer Regierung Hugenberg oder Hitler, sondern von dem gewaltigen Potential nationalsozialistischer Arbeiterwähler, die schon nach wenigen Wochen oder allenfalls Monaten einer solchen Regierung sich zu Hunderttausenden enttäuscht und verbittert der KPD anschließen würden, ganz wie Tausende nationalsozialistischer BVG-Arbeiter zusammen mit der RGO in den Ausstand getreten waren. Erst dann würde der *bewaffnete Aufstand* auch in Deutschland Erfolg haben, wie er 1917 in Rußland Erfolg gehabt hatte.

Kommunisten, Nationalsozialisten, das Vorbild oder das Schreckbild der Sowjetunion, aber auch die unmittelbaren Instruktionen und Einwirkungen der Komintern: Dieses Kraft- und Spannungsfeld war nicht das einzige im Deutschland der letzten Monate des Jahres 1932, aber es war das wichtigste neben Polizei und Reichswehr und sicherlich bedeutender als die nur noch defensiv denkenden Mittelparteien von der SPD über das Zentrum zu den Deutschnationalen, von denen zwei sich nach rechts orientierten, während die dritte und größte besorgt nach links blicken mußte, um nicht noch weitere Anhänger an die Kommunisten zu verlieren.

Es ist gar kein Zweifel, daß diese Situation den Politikern klar bewußt war, die nach dieser wahren *Katastrophenwahl* die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands zu treffen hatten. Adolf Hitler mochte noch am ehesten von taktischen Zwecksetzungen geleitet sein, wenn er bei den Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten im November 1932 behauptete, die Bolschewisierung der breiten Massen schreite rapide vorwärts, und wenn seine Bewegung zugrunde gehe, dann werde es in Deutschland »18 Millionen Marxisten und darunter vielleicht 14 bis 15 Millionen Kommunisten geben«, aber ganz glaubwürdig war jedenfalls die Äußerung des Prälaten Kaas, des Führers des Zentrums, der am 18. November zu Hindenburg sagte: »Wir stehen vor einem schlimmen Winter; auf der einen Seite sind 12 Millionen Deutsche in der Rechtsopposition, auf der anderen Seite 13,5 Millionen in der Linksopposition. Deshalb ist das Ziel einer nationalen Konzentration einschließlich der Nationalsozialisten eine Notwendigkeit.«[20] Wieder war es Hindenburg, sicherlich bestärkt von seiner engsten Umgebung, der es ablehnte, den Führer der nach wie vor weitaus stärksten Partei mit der Bildung eines Präsidialkabinetts zu betrauen, und zwar diesmal mit der allgemeiner gehaltenen Begründung, daß die NSDAP als solche immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont habe,

so daß die Errichtung einer Parteidiktatur zu befürchten sei. Aber er brachte am Ende seiner Antwort auch die Hoffnung zum Ausdruck, daß es mit der Zeit doch noch gelingen werde, Hitler und seine Bewegung »zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen«, d. h. er verwies ihn auf den Weg der Koalitionsbildung und der Bereitschaft zum Kompromiß.[21] Doch Hindenburg entschied sich in der vielleicht schrecklichsten Aporie, in der jemals ein 85jähriger Staatsmann gestanden hat, auch gegen die erste Alternativlösung zur Vermeidung Hitlers, die ihm Papen vorschlug: den Kampf gegen »die militanten Kräfte der Kommunisten und der Nationalsozialisten« gleichzeitig aufzunehmen und die Gefahr nicht zu scheuen, daß daraus ein Bürgerkrieg entstehe. Nach dem Bericht Papens antwortete ihm der Reichspräsident mit Tränen in den Augen, er sei zu alt geworden, um am Ende seines Lebens noch die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu übernehmen, und daher müsse er in Gottes Namen Herrn von Schleicher sein Glück versuchen lassen.

Auch Kurt von Schleicher hatte eine Konzeption, die zweite von drei möglichen. Er wollte sich auf die Gewerkschaften stützen und zugleich den kooperationswilligen Teil der Nationalsozialisten mit ihnen zusammenführen. Das war die sogenannte »Querfrontkonzeption«[22], die aus der Unmöglichkeit resultierte, den scheinbar nächstliegenden Weg zu gehen und die demokratischen Parteien von der DNVP bis zur SPD in eine geschlossene Abwehrfront gegen den Totalitarismus von rechts und von links zusammenzubringen. Wenn die SPD unbeweglich war, dann sollte der ADGB tätig werden, und da Hitler von seiner Forderung des *Alles oder Nichts* anscheinend nicht abzubringen war, mußte die Hoffnung auf den zweiten Mann der Partei, den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser gesetzt werden. Zwar hatte Straßer bis dahin immer als einer der Radikalen in der Partei gegolten, und die Zahlungen einiger Industrieller an die NSDAP dienten überwiegend gerade dem Zweck, Hitler als den *Gemäßigten* gegen die sozialistischen Tendenzen Straßers zu stützen, aber Schleicher galt als *sozialer General,* und Straßer hielt es für angebracht, dessen Plänen entgegenzukommen. Auch bei den Gewerkschaften fand Schleicher Gehör, und für Augenblicke sah es so aus, als sei der Weg beschritten, auf dem Deutschland aus der politischen und dann auch aus der wirtschaftlichen Krise herauskommen könne. Straßer war jedoch zu sehr ein überzeugter Nationalsozialist, um gegen Hitler rebellieren und die Partei spalten zu wollen; die Vertreter des ADGB aber standen der Sozialdemokratie zu nahe, als daß sie nicht das Votum der Parteileitung eingeholt hätten. Es fiel negativ aus, und Schleicher hatte schon nach wenigen Wochen sein großes Spiel verloren. Er konnte nun allenfalls noch auf Papens Plan zurückgreifen, nämlich sich von Hindenburg zur Reichstagsauflösung ermächtigen zu lassen und einem etwaigen Bürgerkrieg ins Auge zu sehen.

Daß in dieser Situation vielerlei gedankliche Kombinationen vorgenommen wurden und daß alle möglichen Interessenvertreter sich bemerkbar machten, um ein Wort mitzureden, war ganz selbstverständlich, da eben dies vor jeder normalen Regierungsbildung die Regel ist. Aber alle Interessenten konnten sich nur noch für die Alternative Papens aussprechen, die Schleicher bzw. ein anderer Militär oder Politiker sich zu eigen machen würde, oder aber für jene tendenziell parlamentarische und kompromißhafte »Lösung Hitler«, wie Meißner sie im Namen Hindenburgs angedeutet hatte. Und alle, die das Wort nahmen oder Einfluß ausübten, standen unter dem Eindruck von Ereignissen und Möglichkeiten, die ihnen auch dann präsent waren, wenn sie nicht ausdrücklich davon sprachen oder wenn ihnen der eine oder andere Vorgang sogar unbekannt geblieben war. So publizierte die *Inprekorr* am 27. Januar eine Rede, die ein führendes Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau gehalten hatte und in der es hieß: »Der Nationalsozialistischen Partei und ihren Sturmabteilungen gehören mindestens 200 000 Arbeiter an. Man spricht davon, daß sich unter den Nazi-Wählern mehr als zwei Millionen Arbeiter, darunter ziemlich viele Arbeitslose befinden. Sie sind von der antikapitalistischen Demagogie der Nationalsozialisten betört worden.... Es ist undenkbar, daß sie den Nationalsozialisten dauernd nachlaufen werden. Überall sind bereits Merkmale der Zersetzung vorhanden.«[23] Tatsächlich brachte die *Rote Fahne* am folgenden Tage in großer Aufmachung die Meldung, nicht weniger als 1500 Berliner SA-Leute ständen vor dem Austritt. Dem entsprachen wiederholte Meldungen, Reichsbannerleute seien zur KPD übergetreten oder hätten sich immerhin bereit erklärt, im Rahmen der *Antifaschistischen Aktion* gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Noch weit eindrucksvoller waren aber die Nachrichten, welche die kommunistische Presse über die Vorgänge auf den Straßen publizieren konnte. Zwar hatte die SA am 22. Januar einen großen Aufmarsch auf dem Bülowplatz veranstaltet, *Front zum Karl-Liebknecht-Haus,* der Parteizentrale der KPD. Aber die 20 000 SA-Leute waren von einem außerordentlich großen Polizeiaufgebot begleitet und – geschützt worden; sie hatten sich streckenweise durch ein Spalier feindseliger Menschenmassen bewegen müssen, und anderswo waren Straßen und Plätze wie leergefegt. Nirgendwo begegneten ihnen auch nur geringe Zeichen von Sympathie, nicht einmal – wenn man dem Bericht der *Roten Fahne* Glauben schenken darf – im Westen der Stadt, wo »Kleinbürgergruppen« stumme Ablehnung zum Ausdruck brachten. So war die Stimmung der Marschierenden »eingefroren«, und am Bülowplatz mußten sie ohnmächtig davon Kenntnis nehmen, daß auf dem Dach der feindlichen Parteizentrale »trotzig die Sowjetfahne« wehte.[24] Ganz anders war die Lage drei Tage später bei der Gegenkundgebung der KPD, und die *Rote Fahne* gab ihrem Bericht stolz die Überschrift: »Das ist die Kommune«. Vier Stunden lang seien die Kämpfer des roten Berlin über den Bülowplatz geflutet, um an dem Zentral-

komitee und dem Führer der Partei, Ernst Thälmann, vorbeizumarschieren, weit mehr als Hunderttausend an der Zahl, umjubelt von der Bevölkerung, ohne Polizeischutz, unter ihnen »die Selbstschutzkolonnen der Massen, die schon die erste Terrorwelle der Nazis mit eiserner Hand erstickt und die auch die neue Terrorwelle mit der Wucht ihrer Masse erwürgen werden«.[25]

Wer die Kommunisten für den etwas radikaleren Teil *der Arbeiterbewegung* hält; wer glaubt, daß Hitler sich unzweideutig als der künftige Urheber der *Endlösung* zu erkennen gegeben habe; wer der Ansicht ist, die Sowjetunion habe im Interesse ihrer ungestörten Industrialisierung eine kommunistische Revolution in Deutschland verhindern wollen, der mag sich an dem Gedanken erfreuen, daß die NSDAP seit dem November im Rückgang begriffen war und daß sie bei der nächsten Wahl wieder einige Millionen von Stimmen verloren haben würde. Die Zeitgenossen haben die Dinge nicht so gesehen, und sie *konnten* sie in der Regel nicht so sehen. Sie nahmen zwei Parteien wahr, die radikale Forderungen erhoben und zweifellos verfassungsfeindlich waren. Aber die eine wollte *das kapitalistische System* beseitigen und die andere *das Versailler System*. Die eine war dem Weimarer Staat feindlich gesinnt und die andere der Staatlichkeit schlechthin. Die eine forderte die Einstellung aller *Tribute*, die andere wollte darüber hinaus alle äußeren und inneren Schulden beseitigen, d. h. Deutschland aus dem Zusammenhang der Weltwirtschaft herauslösen. Die eine verlangte, den Staatsbürgerstatus einer kleinen und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts voll eingebürgerten Minderheit wieder aufzuheben; die andere postulierte die soziale Vernichtung des ganzen Bürgertums einschließlich der Offiziere und der Großbauern, und sie identifizierte sich vorbehaltlos mit einem benachbarten Staat, der diese Klassen zum großen Teil auch physisch ausgerottet oder mindestens in einer Weise entrechtet und verfolgt hatte, wie es in Deutschland für jedermann unvorstellbar war. Die Zeitgenossen *mußten* in den Kommunisten die weitaus extremere der beiden radikalen Parteien sehen, und deshalb mußte es sie mit schwerster Sorge erfüllen, daß die größere und weniger extreme Partei vor einem Zerfall zu stehen schien, dessen Folgen unabsehbar waren, während die kleinere und extremere in der Lage zu sein schien, große Teile sowohl der SPD- wie der NSDAP-Wähler an sich zu ziehen. Wer freilich der Meinung war, daß die ehemaligen NSDAP-Wähler wieder zur DNVP und zu den liberalen Parteien zurückkehren würden, der mochte die Befürchtungen für weit übertrieben halten, und wer die Ziele der KPD für gerecht und zeitgemäß hielt, der mochte gerade die prospektiven Opfer voller moralischer Empörung anklagen. Aber die weitaus meisten Menschen, die etwas zu verlieren hatten oder die vor allem um das Funktionieren eines hochkomplexen und vielfältig in die Weltwirtschaft verflochtenen Industriestaates besorgt waren, sahen die Dinge notwendigerweise anders.

Allerdings war es auch ihnen nicht unmöglich, eine Gegenrechnung anzustellen. So war der Neujahrsaufruf Adolf Hitlers vom 1. Januar 1932 ganz auf die Abwehr des Kommunismus eingestellt und im übrigen recht optimistisch gewesen; ein Jahr später aber machten sich wieder Töne bemerkbar, die keineswegs bloß antijüdische in dem oben gekennzeichneten Sinne waren, sondern die von neuem eine geschichtstheoretische, ja anthropologische Radikalität zum Vorschein brachten, die derjenigen der Kommunisten an Intensität gleichkam und doch davon dem Inhalt nach ganz verschieden sein sollte: »Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische Menschheit steht am Ende ihres Zeitalters.... Der internationale Jude als intellektueller Inspirator führt in fast allen Staaten der Welt diesen Kampf wenig befähigter, primitiver Unterrassen gegen die ... kulturschaffende ... Fähigkeit eines höheren Menschentums, dessen Widerstandskraft im Liberalismus erschlaffte ... In einem Staat, der in seinem Inneren 6 Millionen Kommunisten, $7\,^1/_2$ Millionen Sozialdemokraten und 6 Millionen weitere mehr oder minder pazifistisch verseuchte Elemente besitzt, sollte man besser nicht mehr von Gleichberechtigung und auch nicht mehr von ›Aufrüstung‹ reden.... Dieser ungeheuren Not gegenüber kann nur eine ebenso gewaltige Abwehr nützen.«[26] Wenn Hitlers Rechnung richtig war, mußte er etwa vier Zehnteln des Volkes die innere Überzeugung rauben, auch wenn er alle in ihrem äußeren Besitzstand unangetastet ließ, und er mußte Deutschland nicht nur in einen abgründigen Gegensatz zur Sowjetunion bringen, sondern auch zu England und zur *westlichen Welt* überhaupt, mit der er sich doch verbünden wollte. Und würde sich ein ähnliches Resultat nicht schon dann ergeben, wenn er auch nur die 500 000 Juden wieder unter Fremdenrecht stellte, da diese doch von ihren Verwandten und Freunden so viel weniger weit entfernt waren als jene vielen Millionen russischer Bürger und Kulaken? Und was würde geschehen, wenn die antipazifistische Radikalität, die in dem Aufruf zu Wort kam, keine bloße Drohgebärde war, sondern den Willen zu einem großen Kriege zum Ausdruck brachte?

So muß im Rückblick doch die *Papen-Lösung* als die bessere erscheinen, die einen Bürgerkrieg gegen beide Extreme in Kauf nahm, aber nicht zwangsläufig herbeiführte. Es ist indessen auch wiederum zu bedenken, daß der Bürgerkrieg, *wenn* es dazu kam, sehr leicht die Teilung Deutschlands im Gefolge haben konnte. Frankreich wäre nicht an seinen Grenzen stehengeblieben, wenn in Berlin eine Machtergreifung der Kommunisten gedroht hätte, und die sowjetische Armee war nach dem Ende des ersten Fünfjahresplans in der Lage, Polen in der Tat »wie einen Halm niederzutreten«[27] und mindestens bis zur Elbe vorzurücken. Deutschland war nach wie vor die stärkste Industriemacht des Kontinents, und wenn die Selbstbehauptung Europas als gleichwertige Weltmacht gelingen sollte, dann mußte Deutschland der Kern der neuen

»Vereinigten Staaten« sein, aber sobald bei seiner momentanen militärischen Schwäche etwas Ungewöhnliches innerhalb seiner Grenzen geschah, wurde es zum Objekt gravierender Vorsichtsmaßnahmen seiner Nachbarn. Und seine Nachbarn waren so *bürgerlich* wie es selbst: Eine drohende Machtergreifung der Kommunisten würde sie weit eher zum Einschreiten veranlassen als eine Machtübernahme der NSDAP. Wenn aber die Gefahr der Teilung tatsächlich bestand, so hätten die weitaus meisten Deutschen mit Sicherheit einen Krieg dem Bürgerkrieg vorgezogen.

So ist auf die zu Beginn gestellte Frage[28] keine eindeutige Antwort zu geben. Die Erzählungen von der Schuld der Intriganten sind nicht völlig unbegründet: Schleicher machte seinen Freund »Fränzchen« zum Reichskanzler, obwohl er ihn für »einen Hut, nicht einen Kopf« hielt[29], und er selbst dachte viel zu optimistisch und militärisch, um ein Staatsmann von Rang zu sein. Die beste Figur unter allen Mithandelnden der letzten Weimarer Jahre machte neben Brüning der greise Hindenburg. Aber selbst wenn alle Mitwirkenden hervorragende Staatsmänner und beinahe so klug gewesen wären, wie ihre Nachfahren sein können, hätten sie ernsthaft die Lösung in Erwägung gezogen, zu der Hindenburg seine Zustimmung gab, als ihm Schleicher am 28. Januar dieselbe Verantwortung zumutete, wie Papen es am 2. Dezember getan hatte, die Verantwortung für einen möglichen Bürgerkrieg. Er stellte sich Hitler nicht länger in den Weg, als dieser das Postulat vom 24. November erfüllt zu haben schien und trotz weitreichender Kautelen zur Zusammenarbeit mit anderen *aufbauwilligen* Kräften bereit war. Eins freilich hatte Hindenburg nicht bedacht: Auch Mussolini hatte in den Anfängen seiner Regierungszeit mit ähnlichen Kräften zusammengearbeitet. Wenn Sinowjew mit einer Nebenbemerkung recht hatte, die er bereits 1922 gemacht hatte[30], d. h. wenn Europa wirklich in eine *Epoche des Faschismus* eingetreten war, dann mußte Hitler den Weg zur Alleinherrschaft noch rascher und radikaler zurücklegen, als Mussolini es getan hatte, und dann mußte er in besonderer Weise dem Staate konfrontiert sein, der die *Epoche der proletarischen Weltrevolution* hatte heraufführen wollen.

In Europa standen einander nun zwei große *Ideologiestaaten* gegenüber, deren Handeln letzten Endes von Konzeptionen bestimmt wurde, welche den vergangenen und den zukünftigen Verlauf der Weltgeschichte interpretierten und den Sinn des menschlichen Lebens deuteten. Die Vorwürfe, die sie einander machten, hatten fast durchweg eine zugespitzte und propagandistische Form, aber sie beruhten auf realen Gegebenheiten, die auf beiden Seiten die Leidenschaften zahlloser Menschen entzündeten. Beide hatten in dem ganzen Erdteil und darüber hinaus ideologische Verbündete: die Sowjetunion die kommunistischen Parteien, Deutschland in weit größerer Ambivalenz die meist noch kleinen faschistischen Bewegungen und potentiell das faschistische

Regime in Italien. Beide befanden sich freilich in einem ganzen Netz von Beziehungen und Gegebenheiten, und für lange Jahre konnte es noch so aussehen, als sei das Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion bzw. zwischen den faschistischen Bewegungen und den kommunistischen Regimen ein untergeordnetes Thema der Weltgeschichte. Schließlich aber erwies es sich als der entscheidende Gegensatz, der das Schicksal der Welt in weitaus stärkerem Maße bestimmte als etwa der Krieg zwischen Japan und China, die Eroberung Äthiopiens durch Italien oder die Bemühungen Roosevelts um die Rückkehr der USA in die Weltpolitik.

III

Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933–1941

1. *Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34*

Wie schnell Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers zu einem nationalsozialistischen Staat wurde, erlebten zahlreiche Zeitgenossen im In- und Ausland mit fassungslosem Erstaunen. Die Bolschewiki hatten die anderen sozialistischen Parteien zwar faktisch sehr rasch ausgeschaltet, aber formell doch erst 1921 verboten; Mussolini war bloß durch Ereignisse schwerwiegender Art, wie etwa die Matteotti-Krise, dahin gedrängt worden, im vierten Jahr nach dem *Marsch auf Rom* mit den übrigen Parteien ein Ende zu machen. In Deutschland aber kam der Prozeß der Machteroberung einer einzigen Partei schon am 14. Juli 1933 durch einen Akt der Gesetzgebung zum Abschluß, nämlich durch das »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien«. Und es handelte sich dabei nicht um eine bloß äußerliche Überwältigung. In jeder der Parteien, auch in der DNVP, gab es Widerstreben und sogar Widerstand; aber in jeder der Parteien, auch in der SPD, war nicht nur Resignation weit verbreitet, sondern sogar Bereitschaft zur Mitarbeit an der neuen *Volksgemeinschaft* sowie Einsicht in eigene Versäumnisse oder Fehlentwicklungen in der Weimarer Republik.[1] Das Verhalten der Führungen und der Mitglieder des Zentrums und der Überreste der liberalen Parteien, aber auch der katholischen und der protestantischen Kirche ließ die Vermutung berechtigt erscheinen, daß man sich nicht ungern zu einer Zustimmung zwingen ließ, zu der auch vorher nicht wenig Neigung bestanden hatte, obgleich das immer stärkere Hervortreten der *nationalsozialistischen Revolution* neue Widerstandsregungen aufkommen ließ. Sogar für die Kommunisten bedeuteten die Monate nach dem 30. Januar nicht bloß äußere Verfolgung, sondern auch innere Verwirrung und Ratlosigkeit, die nicht ausschließlich durch die unerwartete Heftigkeit der Schläge hervorgerufen wurden, welche die Partei trafen. Die Erinnerungen von Herbert Wehner geben ein anschauliches Bild von dieser Verwirrung und von einer verbreiteten Neigung unter Funktionären und Mitgliedern, die Flinte ins Korn zu werfen oder sogar zu kapitulieren. Massen von desillusionierten Mitgliedern seien in die NSDAP und in die SA geströmt, zwei ehemals besonders radikale Funktionäre hätten eine Broschüre mit dem Titel »Vom Sowjetstern durch das Konzentrationslager zum Hakenkreuz« publiziert, mehrere Spitzenfunktionäre hätten mit der Gestapo zusammengearbeitet.[2] Ernst Thälmann wurde verhaftet, und es kam sehr bald das Gerücht auf, daß er durch einen seiner engsten Mitarbeiter verraten worden sei. Der

Arbeiterdichter Max Barthel, der jahrelang ein enger Freund und Mitkämpfer von Willi Münzenberg gewesen war und allerdings seit 1923 der SPD angehörte, veröffentlichte in Goebbels' *Angriff* einen »Brief an die Freunde, die über die Grenze gingen«, in dem der Satz zu lesen war: »Gegen die alten Arbeiterparteien ist die NSDAP eine blühende Frühlingswiese.«[3] Im Sommer gestand die Zeitschrift der Komintern ein, daß im März/April ein »Hinüberströmen von Arbeitermassen zum Faschismus« stattgefunden habe und daß »Panikstimmungen« weit verbreitet gewesen seien, ja daß der erste Eindruck derjenige eines »kolossalen Triumphes des Faschismus« gewesen sei.[4] Jetzt aber habe die Partei sich wieder gesammelt, und es habe sich herausgestellt, daß die NSBO zwar einen großen Teil der Arbeiterschaft erfaßt habe, daß aber nur ein kleiner Bruchteil »wirklich nationalsozialistisch, fanatisch hitlerisch« sei. Schon fänden an vielen Stellen wieder Streiks und Demonstrationen statt, und in Chemnitz habe sogar ein Trupp bewaffneter Arbeiter die Spitze eines Demonstrationszuges eingenommen. Daher seien die Hoffnungen auf eine baldige Einigung der gesamten Arbeiterklasse unter den Fahnen der Kommunistischen Partei wieder stark geworden, und in zahllosen Arbeitern sei die Überzeugung lebendig: »Nach Hitler muß der Bolschewismus kommen, und der Sowjetstern wird siegreich strahlen über den verfaulenden Trümmern der Hakenkreuzdiktatur.«[5] Ganz ähnlich klangen die Äußerungen führender Kominternvertreter, die mit großem Nachdruck die bisherige Politik der Partei und insbesondere ihren Kampf gegen den *Sozialfaschismus* für richtig erklärten und ohne Schwanken die Maxime befürworteten, die Partei müsse erkennbare Aktivität an den Tag legen. Es zeigte sich allerdings bald, daß alle Versuche der Kommunisten, sich wieder zu sammeln und durch Flugblätter und Parolen ihre Fortexistenz unter Beweis zu stellen, von der Geheimen Staatspolizei rasch zerschlagen wurden und der Partei von neuem schwere Verluste einbrachten. Diejenigen Sozialdemokraten dagegen, welche sich nicht resignierend zurückgezogen hatten, versuchten im großen und ganzen lediglich, den Kontakt untereinander aufrechtzuerhalten und bessere Zeiten abzuwarten. Es sollte nicht lange dauern, bis vom Sitz des emigrierten Parteivorstandes in Prag aus jene »Deutschland-Berichte« verbreitet wurden, die bewiesen, wie sorgfältig die Verhältnisse in Deutschland von zahlreichen Mitgliedern der verbotenen Partei beobachtet wurden. Freilich registrierten sie nicht nur Stimmen der Unzufriedenheit in allen Schichten der Bevölkerung, weil die *Arbeitsschlacht* mehr scheinbare als wirkliche Erfolge errungen habe und weil die Lebenshaltung eher schlechter als besser geworden sei, denn sie mußten auch wieder und wieder feststellen, daß Hitler weit populärer sei als die NSDAP, und zwar gerade in weiten Kreisen der Arbeiterschaft.[6]

Hitler war also im Laufe weniger Monate etwas gelungen, was kein *bürgerlicher* Politiker vor ihm auch nur annähernd zu erreichen vermocht hatte: Er

hatte die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften beseitigt, und er fand dennoch auch bei Arbeitern so viel Zustimmung, daß sich das *Milieu* der Arbeiterviertel aufzulösen begann und sogar die *Kieze* nicht mehr sichere Zufluchtsorte für verfolgte Kommunisten waren.[7] Hier und auch in den *Kolonien* des Ruhrgebiets wohnte nun nahezu in jedem Haus mindestens ein überzeugter oder sogar fanatischer Nationalsozialist, der als »Hauswart« oder »Blockleiter« tätig sein und eine Überwachungsfunktion ausüben mochte, die auch die perfekteste Polizei in feindseliger Umgebung nicht hätte erfüllen können.

Deutschland war mithin zu einem Ideologiestaat geworden, wo ein Mann und eine Partei unter enthusiastischer Zustimmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung die politische Macht ungeteilt in Händen hielten. Dennoch konnten die »Deutschland-Berichte« mit guten Argumenten die Behauptung verfechten, im Grunde habe sich in Deutschland nur wenig geändert, denn die wahren Herren seien nach wie vor die großen Industriellen, die Gutsbesitzer des Ostens und die Generäle der Reichswehr, Hitler dagegen vollziehe lediglich deren Willen. Tatsächlich hatte Hitler schon im Juli 1933 die Revolution für abgeschlossen erklärt, und wenn eine große Anzahl von *Märzgefallenen* in die NSDAP hineingeströmt war, so war doch gerade deshalb die alte Beamtenschaft im wesentlichen die gleiche geblieben; in der Führung der Reichswehr hatte es keine nennenswerte Veränderung gegeben; die Spitzenorganisation der Industrie hatte lediglich ihren Namen geändert und einige Funktionäre ausgewechselt; die katholische Kirche hatte zwar mit dem Abschluß des Konkordats den politischen Katholizismus preisgegeben, aber ihre rechtliche Stellung gefestigt; in der protestantischen Kirche vollzogen sich größere Veränderungen, doch der Protest gegen die Einführung des Arierparagraphen und gegen die völkischen Tendenzen der »Deutschen Christen« kam fast ungehindert zu Wort. Zwar mochte man in der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März eine Entsprechung zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 sehen, zumal auch unmittelbare Gewaltdrohungen eine Rolle gespielt hatten, aber schon die Verfolgung der Kommunisten ließ sich mit dem Angriff gegen *die Bourgeoisie* nicht gleichsetzen. Zwar war neben den Mordtaten in den Konzentrationslagern vor allem die schreckliche *Köpenicker Blutwoche* zu verzeichnen, aber Massenerschießungen fanden nirgendwo statt, und erst recht gab es nur ganz entfernte und schwache Analogien zur Nationalisierung von Betrieben, zu Enteignungen von Landbesitz, zu Ausquartierungen aus Wohnungen, zu Sperrungen von Konten für ganze Bevölkerungsgruppen. Die am meisten ins Auge fallende Maßnahme war der Boykott von jüdischen Geschäften vom 1. April an, der aber in der Bevölkerung nur wenig Zustimmung fand und nach drei Tagen abgebrochen wurde. Daher ist häufig mit Recht gesagt worden, daß die nationalsozia-

listische Machtübernahme zwar in ihrem weiteren Verlauf eine politische Umwälzung gewesen sei, aber nicht eine soziale Revolution. Das heißt jedoch nichts anderes, als daß sie eine Revolution war, die nicht aus einem Krieg hervorging, die nicht zu einem Bürgerkrieg führte und die nicht den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang mit der übrigen Welt zerschnitt. Innerhalb dieses Rahmens und unter diesen Voraussetzungen aber handelte es sich um die umfassendste und tiefgreifendste politische Revolution, die in einem europäischen Staat während des 19. und des 20. Jahrhunderts jemals stattgefunden hatte.

Von der Außenpolitik ließ sich Ähnliches sagen. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde keine einzige der vielen diplomatischen Beziehungen abgebrochen, die Deutschland mit den Staaten der Welt verbanden; kein Gedanke lag dem Außenminister von Neurath ferner als der, »das Geschäft zu schließen« (wie Trotzki es als Außenkommissar 1917 hatte tun wollen); die Besorgnisse, die in Paris und London gewiß groß waren, wurden durch Hitlers »Friedensrede« vom 17. Mai, der auch die Sozialdemokraten zustimmten, zu einem guten Teil zerstreut, und der von Mussolini sehr geförderte Abschluß des »Viermächtepaktes« im Juli 1933 bedeutete, daß Deutschland sich gleichrangig den westeuropäischen Großmächten England, Frankreich und Italien an die Seite stellte. Aber andererseits trat Deutschland im November 1933 in einem spektakulären Akt aus dem Völkerbund aus, und auch das war in Europa ohne Vorgang, denn bis dahin hatte nur Japan (im März 1933) ein Beispiel gegeben, und Japan war faktisch bereits in einen Krieg mit China um die Mandschurei verwickelt. Sogar außenpolitisch war das nationalsozialistische Deutschland mithin weit weniger revolutionär als die Sowjetunion, die auch nachträglich den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hatte, die 1918 durch den Mund Lenins die Absicht kundgetan hatte, bei passender Gelegenheit »der ganzen Welt den Krieg zu erklären«[8] und die zwar die Selbständigkeit ihrer ehemaligen baltischen Provinzen anerkannt hatte, die aber nie aufhörte, gegen die Abtrennung Bessarabiens zu protestieren. Wenn Deutschland unter Hitler zum *Ideologiestaat* geworden war, dann hatte der Begriff nicht die gleiche umfassende Bedeutung wie im Falle der Sowjetunion.

Wie sehr Hitlers Ideologie in erster Linie negativ durch den Gegensatz zur Sowjetunion und zum Kommunismus bestimmt war, hatte er während des Jahres 1932 bei zwei Gelegenheiten noch unzweideutiger erkennen lassen als durch die Äußerungen, die er bald nach der Machtübernahme tat. In seiner Rede vor Industriellen in Düsseldorf am 27. Januar 1932 war er von der tatsächlichen Herrschaft der weißen Rasse über die Welt ausgegangen und hatte sie auf erbliche Überlegenheit zurückgeführt, die also ein Recht sei, aber ein gefährdetes Recht. Denn dagegen sei eine Weltanschauung aufgestanden, die sich bereits einen Staat erobert habe und die von da aus die ganze Welt

zum Einsturz bringen werde, wenn sie nicht rechtzeitig vernichtet werde: »In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha.«[9] Einer so »gigantischen Erscheinung« begegnet Hitler offensichtlich nicht mit Verachtung, und er polemisiert ausdrücklich gegen diejenigen Unternehmer, welche eine umfassende Industrialisierung Rußlands nicht für möglich halten. Vielmehr versteht er sich selbst hier ganz unverkennbar als Anti-Lenin, als den einzigen Mann, der diese Entwicklung aufzuhalten vermag, grundsätzlich ganz genau so, wie Trotzki es getan hatte, als er ihn den »Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie« genannt hatte.[10] Nur ist in seinen Augen alles dasjenige Menschheitsverfall und Dekadenz, was für Trotzki Fortschritt und Emanzipation ist, denn die Industrialisierung Rußlands und die präsumtive Ausbreitung des Bolschewismus auf Asien können sich nur auf die Ausnützung westlicher Leistungen und auf die rücksichtslose Niedrighaltung des Lebensstandards der russischen bzw. asiatischen Massen gründen. Allerdings schreibt Hitler auch der westlichen Welt nicht etwa das Verdienst zu, die Lebensumstände der Asiaten und anderer Völker verbessert zu haben, und er scheut nicht davor zurück, sich der Sache nach für den Vorkämpfer des westlichen oder abendländischen Egoismus zu erklären, welcher für ihn nichts anderes als die naturgewollte Herrschaft des höheren und kultivierteren Menschentums über das niedrige und barbarische ist. Aber ob das nun ein bis dahin unvorstellbares Bekenntnis zum *reaktionärsten Imperialismus* ist oder ob es sich um die Übersteigerung einer im Kern richtigen Einsicht handelt: Jedenfalls kann sich ein Mensch nichts Größeres vornehmen, als in dem übergreifenden weltgeschichtlichen Prozeß im Dienste einer Sache eine entscheidende Rolle zu spielen, und daher muß jede Auffassung als unzureichend gelten, die in Hitler bloß einen deutschen Nationalisten sehen will. Ein bloßer Nationalist hätte sich bestimmt nicht in dem Sinne geäußert, wie Hitler es im Dezember 1932 gegenüber dem Oberst von Reichenau tat: Er halte die Sowjet-Diplomatie für verhandlungs- und vertragsunfähig, denn Verträge könnten nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.[11]

Mithin mußten die mannigfaltigen Beziehungen, in die Hitler als Staatsmann zu Frankreich und England, zu Italien und den USA, zu Polen und zum Vatikan trat, bloß einen untergeordneten Rang haben, nur bestimmt, momentane Gefährdungen abzuwehren, und überragende Bedeutung mußte die Beziehung zu dem weltgeschichtlichen Gegenspieler gewinnen, wenngleich nicht die diplomatische Beziehung. Aber auch der Sowjetunion mußte klar sein, daß die weltpolitische Situation sich vollständig geändert hatte, seit es in Europa einen zweiten und feindlichen Ideologiestaat von vergleichbarer po-

tentieller Stärke gab. Zwar suchten die Diplomaten auf beiden Seiten beruhigend zu wirken, aber schon Hitlers Rede vom 2. März rief heftigen Protest hervor, und dann riß eine Kette von Zwischenfällen nicht ab, in denen sowjetische Handelsvertretungen und vor allem das weitgespannte Tankstellennetz der »Derop« zu Objekten von manchmal gewalttätigen Übergriffen von SA und SS wurden. Hitler hatte sich allerdings schwerlich schärfer ausgedrückt, als sowjetische Politiker sich über die Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern regelmäßig auszulassen pflegten[12], und auch die sowjetischen Diplomaten konnten nicht in Abrede stellen, daß die Angestellten der »Derop« häufig Kommunisten waren[13], doch die Beziehungen verschlechterten sich nun rapide, die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee ging zu Ende, Karl Radek äußerte sich in der *Prawda* auf einmal sehr entschieden gegen den Revisionismus als Friedensgefährdung, und die Franzosen nützten ihre Chancen mit viel Geschick.[14]

Es fehlte allerdings nicht ganz an Gegenwirkungen: Hitler vermied nach dem 2. März scharfe Äußerungen in der Öffentlichkeit, er empfing sogar den Botschafter Chintschuk zu einem Gespräch, und er erklärte sich vor allem bereit, das Verlängerungsprotokoll zum Berliner Vertrag zu ratifizieren, das seit 1931 paraphiert war, aber noch keine Rechtskraft erlangt hatte. Nach einem Bericht des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksens, vom 15. Mai gab es auch auf der Gegenseite unterschiedliche Tendenzen: die Rote Armee und die ihr nahestehenden Politiker ständen Deutschland nach wie vor positiv und freundlich gegenüber, während bei den intellektuellen Sowjetpolitikern weiterhin eine »verbissene und verbitterte Stimmung gegen Deutschland« zu verzeichnen sei.[15] Aber das eigentümliche Sonderverhältnis zwischen Deutschland und Rußland, das auf dem gemeinsamen *Revisionismus* beruhte, war doch unverkennbar an sein Ende gekommen, und am 14. August schrieb Dirksen sogar von der »immer stärker werdende(n) Besorgnis, fast Angst, vor den ideologischen Rückwirkungen des nationalsozialistischen Sieges in Deutschland auf Bolschewismus und Weltrevolution« und von dem »bis zur Hysterie gesteigerte(n) Mißtrauen, ob nicht doch das Deutschland der nationalen Revolution, allen amtlichen Versicherungen zum Trotz, feindliche Pläne gegen die Sowjetunion (Losreißung der Ukraine) verfolge oder demnächst verfolgen werde«.[16]

Wenn mithin die Motive der Sowjetunion ganz andere waren als diejenigen Frankreichs, so näherten sich die beiden Mächte doch nun immer unverkennbarer an, und Deutschland befand sich nach seinem Austritt aus dem Völkerbund in einer fast vollständigen Isolierung. Da schloß Hitler im Januar 1934 mit Polen, das doch im Frühjahr 1933 mit dem Gedanken an einen Präventivkrieg gespielt hatte, einen Nichtangriffspakt ab und bewies dadurch, daß er fest im Sattel saß und daß an der Spitze des deutschen Ideologiestaates Ent-

schlüsse möglich waren, die während der ganzen Weimarer Republik sofort zum Sturz der Regierung geführt hätten, weil sie eine Anerkennung der Ostgrenzen zu implizieren schienen. Hitler aber konnte sich zu einem wesentlichen Teil von seiner Sympathie für Marschall Pilsudski leiten lassen, die in dem gemeinsamen Antibolschewismus begründet war. Er war nicht ein Politiker mit ideologischen Überzeugungen, wie es Stresemann und Brüning gewesen waren, sondern er war ein Ideologe mit politischem Willen und taktischer Versatilität, dessen Entschlüsse bereits zu Anfang 1934 in allen Fragen der großen Politik alleinbestimmend waren.

Die Sowjetunion vollzog um die gleiche Zeit eine Änderung ihrer Außenpolitik von noch tiefgreifenderer Art. Fünfzehn Jahre lang war ihr Lebensgrund die Anklage gegen *die Imperialisten*, gegen Versailles und überhaupt gegen den Kapitalismus gewesen, als dessen Hauptvertreter Frankreich, England und die USA angesehen werden mußten. Die Nichtangriffspakte mit Polen und Frankreich sollten noch keine grundsätzliche Änderung bedeuten, aber nach der Machtergreifung Hitlers wurde der Ton der sowjetischen Presse sehr bald ein anderer, und der Außenminister Maxim Litwinow wurde zum Hauptwortführer – wenn auch gewiß nicht zum Urheber – jener neuen *westlichen* Linie, welche die Sowjetunion den antirevisionistischen Mächten zugesellte und bald ihren ersten Höhepunkt mit dem Eintritt in jenen Völkerbund finden sollte, der so lange als eine Vereinigung von antisowjetischen Kriegsbrandstiftern gegolten hatte. Irgendein Widerstand gegen die Schwenkung wurde nicht erkennbar, denn sie drängte sich geradezu auf, und es galt offenbar bereits als selbstverständlich, daß Stalin sagte, seine Politik orientiere sich »auf die UdSSR und nur auf die UdSSR«.[17] Wenn die Sowjetunion kein gewöhnlicher Staat war, wie Stalin allerdings unverbrüchlich glaubte, dann handelte es sich nicht um bloßen Nationalismus, und man konnte sich auf Lenin berufen, wenn man Spaltungen und Schwierigkeiten des *imperialistischen Feindes* ausnutzte. Überdies legte sich Stalin nicht bedingungslos fest, sondern er versuchte, die Verbindung mit Deutschland nicht ganz abreißen zu lassen[18], und andererseits blieb in Frankreich und besonders in England das Mißtrauen gegen die Sowjetunion lebendig.

Die bedeutendste Änderung der Situation lag daher in der erfolgreichen Durchführung von Lenins Plan, durch den Kommunismus das Land zu *elektrifizieren*, d. h. zu industrialisieren. Die triumphierenden Meldungen über die Vollendung gewaltiger Industriebauten und die Karten von den *Giganten des Fünfjahresplans* – etwa den Traktorenwerken in Stalingrad, dem Eisenhüttenkombinat von Magnitogorsk, dem Sägewerk »Molotow« bei Archangelsk, dem Chemiekombinat von Stalinsk, den Hochöfen bei Dnjepropetrowsk – stießen im Westen zunächst auf große Skepsis, und es fehlte durchaus nicht an Empfinden dafür, daß diese Wunderwerke der modernen Technik zu einem erheb-

lichen Teil aus der Zwangsarbeit von Hunderttausenden verschickter Kulaken, dem Hunger der ganzen Bevölkerung und dem qualvollen Sterben von mehreren Millionen Bauern errichtet waren und daß der Nutzen des Ostsee-Weißmeer-Kanals und selbst des Elektrizitätswerks von Dnjeprostroj keineswegs außer Frage stand. Insbesondere das Jahr 1932 war in der Sowjetunion überaus schwierig und düster. Vermutlich ist der Selbstmord von Stalins Frau Nadeschda Allilujewa in diesem Zusammenhang zu sehen, und in der Partei kamen Oppositionsbewegungen auf, die in Stalin den Urheber des Unheils erblickten. Konnte es eine extremere Maßnahme geben als das »Gesetz über den Schutz des Eigentums von Staatsbetrieben und Kolchosen«, das für geringfügige Diebstähle die Todesstrafe vorsah? Ähnliches gilt für die Einführung von Inlandspässen Ende 1932, die eine neue und in Westeuropa unvorstellbare Ungleichheit schuf, da die Kolchosbauern keine Pässe erhielten und damit wieder wie ihre Vorfahren an den Boden gebunden wurden. Als Ausgleich wurde der Bevölkerung das Wiederaufleben des Nationalgefühls und des Stolzes auf die russische Geschichte geboten, wie Stalin es schon 1930 mit einem Brief an Demjan Bedny freigegeben hatte, als er dem *proletarischen Dichter* tadelnd schrieb, in seinen Gedichten erscheine das vergangene Rußland als »ein Gefäß des Greuels und der Unsauberkeit«.[19] Wenig später wurde die marxistische Betrachtungsweise des führenden Historikers Pokrowskij durch eine sehr viel positivere Einschätzung der russischen Vergangenheit einschließlich einiger Zaren und Feldherren abgelöst, und verfemte Begriffe erlebten ihre Wiederkehr, als im Juni 1934 das Gesetz über den »Verrat an der Heimat« herauskam, welches Fluchtversuche aus der Sowjetunion mit dem Tode bedrohte und für alle Familienmitglieder des *Verräters* die Einweisung in ein Lager vorsah, sogar dann, wenn sie von den Plänen keine Kenntnis gehabt hatten.[20]

Was in der Sowjetunion vor sich ging, war also eine Industrialisierung unter Kriegsverhältnissen auf der Grundlage einer Lehre, die sich *marxistisch* nannte. Sowohl in ihrer Gewaltsamkeit wie in ihrer Schnelligkeit bildete sie einen schroffen Gegensatz zu der Industriellen Revolution, wie sie sich zunächst in England und dann im übrigen Westen während langer Jahrzehnte entfaltet hatte. Da sie mit ihrem Vorrang der Schwerindustrie notwendigerweise bedeutete, daß der räumlich größte Staat der Welt sich ein gewaltiges Rüstungspotential schuf, mußte sie im ganzen Westen Besorgnis und Angst hervorrufen, aber sie fand auch viel Sympathie unter den Intellektuellen, die manchmal die Dekadenz, manchmal die Entfremdung und manchmal die Kriegslüsternheit der westlichen Staaten kritisierten, manchmal aber auch alles auf einmal. Sidney und Beatrice Webb schrieben in einem Buch über die Sowjetunion als »eine neue Zivilisation«, und Bernard Shaw glaubte, aus einem »Land der Hoffnung« in eine Weltregion der Hoffnungslosigkeit zurückzukehren, als er von Moskau die Rückreise nach London antrat.[21]

So sprachen die einen von dem Lande der Staatssklaverei und des neualten Despotismus und die anderen von dem völlig neuen Ethos der russischen Arbeiter, die von ihrer Arbeit »etwas Besseres und Größeres erwarten, als man mit Geld erlangen kann«.[22] Beide Teile hatten auf ihre Weise recht: Eine Industrialisierung wie diese hatte es in der Welt noch nicht gegeben.

Als die Ernte von 1933 gut ausgefallen war und die Menschen zum erstenmal wieder etwas freier zu atmen vermochten, konnte Stalin auf dem XVII. Parteitag im Januar 1934, dem »Parteitag der Sieger«, eine Erfolgsbilanz vorlegen, die dasjenige definitiv bestätigte, was in der Welt noch nicht überall Glauben gefunden hatte, als er im Januar 1933 über die »Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans« gesprochen und gesagt hatte: »Wir hatten keine Eisenhüttenindustrie, die Grundlage der Industrialisierung des Landes. Jetzt haben wir sie. Wir hatten keine Traktorenindustrie. Jetzt haben wir sie ... Wir hatten keinen Werkzeugmaschinenbau. Jetzt haben wir ihn. ... Wir hatten keine Flugzeugindustrie. Jetzt haben wir sie. ... All das hat dazu geführt, daß unser Land aus einem Agrarland zu einem Industrieland geworden ist.«[23] Jetzt legte er Zahlen vor, die beweisen sollten, daß die Sowjetunion im Vergleich zu 1913 ihre Industrieproduktion vervierfacht hatte, während die USA und Frankreich etwa auf dem gleichen Niveau geblieben waren und England sowie Deutschland nicht einmal den Vorkriegszustand erreicht hätten.

So fragwürdig die Zahlen im einzelnen waren, so wenig war doch zu bezweifeln, daß eine neue industrielle Großmacht entstanden war, die in ihrer Entwicklung nicht von dem krisenerzeugenden und eben dadurch ausgleichenden Zusammenhang einer *Weltwirtschaft* abhing und gerade deshalb auf dem Wege war, eine politisch-militärische Weltmacht zu werden. Hitlers »politisches Testament« in »Mein Kampf« hatte also trotz aller Versicherungen in der damaligen Presse der Kommunisten, die Sowjetunion sei eine Weltmacht, in der Realität sogar noch 1926 eine solide Grundlage gehabt, aber es war nun obsolet geworden, und es gab sogar gute Gründe für die Befürchtung, daß Deutschland auf dem militärischen Gebiet nun in einen immer größeren Rückstand geraten werde. Und wenn Stalin die Rede Hitlers vom 27. Januar 1932 möglicherweise nicht vor Augen hatte, als er seinen großen Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag gab, so konfrontierte er sich ihr doch unmittelbar, als er sich mit der Theorie von den *höheren* und den *niederen* Rassen auseinandersetzte. Er sagte: »Bekanntlich blickte das alte Rom auf die Vorfahren der heutigen Deutschen und Franzosen genauso, wie jetzt die Vertreter der »höheren Rasse« auf die slawischen Stämme blicken ... Herausgekommen ist dabei, daß sich die Nichtrömer, das heißt alle »Barbaren«, gegen den gemeinsamen Feind zusammenschlossen und Rom über den Haufen rannten ... Wo ist die Garantie, daß die schriftstellernden faschistischen Politiker in Berlin

mehr Glück haben werden als die alten kampferprobten Eroberer in Rom? Wäre es nicht richtiger, das Gegenteil anzunehmen?«[24]

In einer Unterredung mit Raymond Robins, der seit der Revolution von 1917 einen nun endlich erfolgreichen Feldzug für die Anerkennung der Sowjetunion durch die USA geführt hatte, hatte Stalin im Mai 1933 denselben Gedanken in allgemeinerer Form mit der Wendung ausgesprochen: »Die Frage, wie die Arbeiter dieser oder jener Nation die Technik meistern, ist keine biologische Frage, keine Frage der Erbanlagen, sondern eine Frage der Zeit: Hat man sie heute nicht gemeistert, so wird man sie morgen erlernen und meistern. Die Technik kann jeder meistern, auch der Buschmann, wenn man ihm hilft.«[25] Hitler dagegen hatte davon gesprochen, die Industrie in Böhmen sei nur durch die Deutschen aufgerichtet worden, und er hatte übersehen, daß die Industrie in Deutschland zwischen 1800 und 1850 zu einem beträchtlichen Teil von Engländern aufgebaut worden war. Stalin vertrat also trotz aller Rückwendung zur russischen Geschichte immer noch die Position des auf die *Zeit* bezogenen Universalismus, während Hitler die Unveränderlichkeit unterschiedlicher Rassensubstanzen verfocht. Eine hohe Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Stalin recht hatte. Aber das Weltbild der Selbstbehauptung der slawischen *Barbaren* gegen den Angriff der *höheren Rassen* wies kaum noch Ähnlichkeiten mit den Vorstellungen von Marx und Engels auf, und es mochte eine düstere Vorbedeutung haben, daß Stalin unter den bürgerlichen Politikern, deren Kriegspläne zum Scheitern verurteilt seien, allein Churchill mit Namen nannte. Und möglicherweise war seine Zuversicht bereits obsolet, bei einem Krieg gegen die UdSSR, werde der Kampf sich auch »im feindlichen Hinterland« abspielen.[26] Daß sich in der Sowjetunion kein Kampf hinter den Linien abspielen werde, dafür sorgte die GPU. Aber war die GPU bzw. die Tscheka nicht das Vorbild für die Gestapo, jedenfalls objektiv und vermutlich auch im Bewußtsein der Handelnden?

Durfte Stalin indessen sicher sein, daß die GPU *ihm* bedingungslos gehorchte? Gab es nicht noch zahlreiche Trotzkisten und Bucharinisten in seinem Staat, die jetzt zu Frieden und Versöhnlichkeit rieten? Was hatte es zu bedeuten, daß Kirow, der Parteisekretär von Leningrad, bei den Wahlen, die der Parteitag vornahm, mehr Stimmen erhielt als er?[27] Kirows persönliche Loyalität stand freilich außer Frage, und er nannte Stalin ja gerade auf diesem Parteitag »den größten Menschen aller Zeiten und Völker«.[28] Aber die Feinde mochten sich hinter ihm verstecken, und Feinde sah Stalin noch in großer Zahl. Vermutlich nannte er nicht ohne einen beziehungsreichen Hintersinn in seinem Glückwunschtelegramm zum 15jährigen Bestehen der GPU im Dezember 1932 das »Werk der Ausrottung der Feinde des Proletariats« nicht etwa abgeschlossen, sondern »kompliziert«.[29]

Die Kulaken waren zwar vernichtet, aber er gab der Feindschaft der Partei

ein neues Ziel in den »Lagerverwaltern, Wirtschaftsleitern, Rechnungsführern, Sekretären usw.« der Kolchosen, die zu einem guten Teil aus Vertretern der »Ehemaligen«, der »sterbenden Klassen« beständen.[30] Er zürnte aller Vermutung nach denjenigen Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees, die ihn gehindert hatten, jene *Parteifeinde* erschießen zu lassen, die sich in der Partei selbst versteckt hatten. Seit beinahe einem Jahrzehnt standen überall im Lande Stalinstatuen, er wurde in einem unablässigen Strom schmeichlerischer Adressen der »große Führer der Völker« genannt, bedeutende Städte und zahllose Straßen trugen seinen Namen, aber er war nicht definitiv zum Alleinherrscher geworden, solange er in der Partei noch Feinde hatte.

Doch auch Hitler war während der ersten Hälfte des Jahres 1934 noch kein Alleinherrscher. Die Entschlossenheit, mit der er sich dann seiner Feinde entledigte, scheint auf Stalin einen starken Eindruck gemacht zu haben. Es war eine bloße Kopie des sowjetischen Vorbilds, wenn im nationalsozialistischen Deutschland überall Bilder zu sehen waren, die Hitler neben Friedrich dem Großen, Bismarck und Hindenburg als den Vollender der nationalen Einigung zeigten, ganz wie in der Sowjetunion Stalin neben Marx, Engels und Lenin als der Vorkämpfer der Arbeiterklasse abgebildet war. Aber mit der Röhm-Affäre wurde erstmals Hitler zum Vorbild, jedenfalls objektiv und vermutlich auch im Bewußtsein seines Gegenspielers.

2. Der *»Röhm-Putsch« und die Ermordung Kirows 1934*

Ernst Röhm, der Stabschef der SA, war kein bloßer Gefolgsmann Hitlers, sondern er hatte einst in München als einer der mächtigsten Reichswehroffiziere zu dessen Protektoren gehört, und die SA war nicht einfach eine »Gliederung« der NSDAP, sondern sie war bis zum 30. Januar 1933 in den Augen der Öffentlichkeit die sichtbare und aktivistische Partei selbst; ihre braunen Uniformen bildeten dann den dominierenden Farbton in der nationalen Erhebung und erst recht in der nationalsozialistischen Revolution. Aber dieses Kampfheer der regierenden Partei trat nicht an die Stelle der alten Armee, wie es die Rote Garde in Sowjetrußland getan hatte, und Hitler war weit davon entfernt, nach dem Vorbild Lenins einen Vernichtungsangriff gegen die bewaffnete Macht des Staates führen zu wollen. Die Situation war ja eine völlig andere, denn die Reichswehr hatte die Folgen des Krieges längst überwunden, und gegen ihren Willen konnte kein Politiker in Deutschland die Macht übernehmen. Die SA war ihrerseits der Reichswehr nicht von vornherein feindlich gesinnt, denn auch ihr Führerkorps bestand wie dasjenige der Reichswehr zu großen Teilen aus Weltkriegsoffizieren und Freikorpskämpfern, nur in anderer Proportion, und sie war daher ebensosehr ein Produkt der *positiven*

Kriegserfahrung, der Vertreter in Rußland dem Ansturm der Massen erlegen waren, welche den Krieg oder doch mindestens den Krieg *des Zaren und der Gutsherren* haßten. Aber trotzdem war die SA eine Kraft, welche die nationalsozialistische Revolution mit dem 14. Juli 1933 nicht für vollendet hielt. In ihren Reihen war daher die Rede von der zweiten Revolution, welche die immer noch zahlreichen Reaktionäre in Wehrmacht und Wirtschaft ausschalten und das nationalsozialistische Volksheer schaffen müsse, dessen Kriegsminister Ernst Röhm sein werde. Damit stellte sich die SA zugleich als eine neue Erscheinungsform der Linken bzw. des Sozialismus in der NSDAP dar, und nicht zufällig hatte Otto Straßer viele gute Verbindungen zu hohen SA-Führern. All das bedeutete freilich keine Feindschaft gegen Adolf Hitler; man meinte vielmehr, den Führer aus dem Bündnis mit *der Reaktion* befreien zu müssen, zu dem er sich im Interesse des Machtgewinns bereit gefunden hatte.

Nichts war selbstverständlicher, als daß sich die Bedrohten zu einer informellen Allianz zusammenfanden: die Reichswehr unter dem Minister Blomberg und dessen Stabschef Reichenau, die Deutschnationalen im Kabinett mit Papen an der Spitze und die Industriellen unter Führung von Krupp und Thyssen. Von den nationalsozialistischen Ministern stellten sich Göring und Frick wohl aus Überzeugung auf die Seite der Gegner der SA; Goebbels schien zu schwanken. Mit der Verkündung des »Endes der Revolution« im Juli 1933 traf Hitler zwar eine Vorentscheidung, aber er suchte weiterhin zwischen den beiden Gruppen zu vermitteln und behielt sich das Schiedsrichteramt vor. Doch während die Reichswehr zunächst noch auf der Stelle trat, expandierte die SA 1933 außerordentlich stark: Sie verleibte sich den ganzen »Stahlhelm« ein, unterwarf sich die Universitäten durch die Einrichtung von »SA-Hochschulämtern«, rief eine eigene »SA-Feldpolizei« ins Dasein und baute an vielen Stellen bewaffnete Stabswachen auf, nicht selten in Verbindung mit SA-Hilfswerklagern. Im Juli wurde eine vorläufige Regelung zwischen Reichswehr und SA getroffen: Der Obergruppenführer Friedrich Wilhelm Krüger wurde zum Chef des Ausbildungswesens ernannt, und damit war die SA zur Dachorganisation für die gesamte paramilitärische Ausbildung geworden. Für die SA-Einheiten im Osten realisierte sich ein seit langem erstrebtes Ziel: Sie erhielten Zugang zu den Grenzschutz-Waffenlagern. Die Gesamtstärke der SA betrug gegen Ende des Jahres 1933 an die vier Millionen Mann: Sie besaß also eine Ausgangsposition, von der die Kommunisten bei ihren Aufrufen zum Bürgerkrieg nicht einmal hatten träumen können. Dennoch wurde die Reichswehr allgemein noch für stärker gehalten.

Aber wie lange würde das so bleiben? Mußte nicht doch am Ende die schiere Zahl entscheidend ins Gewicht fallen? War Hitler vielleicht, wie man damals in nationalbolschewistischen Kreisen behauptete, der Kerenski der deutschen Revolution oder der wichtigste ihrer Girondistenführer? Man hätte

jedoch mit besserem Recht und unter Hinweis auf Mussolini behaupten können, daß alle aus der bisherigen Revolutionsgeschichte entnommenen Analogien falsch waren, weil es sich um einen neuartigen und mithin andersartigen Typus der Revolution handelte, nämlich den faschistischen Typus.

Die Situation war zu Anfang des Jahres 1934 für Hitler nicht einfach. Die chiliastischen Hoffnungen der nationalen Erhebung waren bei weitem nicht verwirklicht, denn die Arbeitslosigkeit war nur relativ langsam und weitgehend durch Streckungsmaßnahmen zurückgegangen, und die Anfänge des Kirchenkampfes sowie die Reisesperre gegen Österreich schufen viel Beunruhigung. Die Reallöhne sanken eher, als daß sie gestiegen wären. Goebbels mußte einen Propagandafeldzug gegen »Meckerer und Miesmacher« in Gang setzen, die sich offensichtlich recht frei zu regen vermochten. Wenn die SA unruhig war, so waren weite konservative Kreise unzufrieden. Daß Röhm zusammen mit Heß am 1. Dezember 1933 zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt wurde, war nur als Trostpreis anzusehen. Röhm entfaltete aber nun auch diplomatische Aktivität, traf u. a. mit dem französischen Botschafter François-Poncet zusammen und hielt am 18. April eine große Rede vor dem Diplomatischen Korps und der Auslandspresse in Berlin, in der er sagte: »... Als unerschütterliches Bollwerk gegen Reaktion, Spießer- und Muckertum steht die SA – denn in ihr verkörpert sich alles, was den Begriff der Revolution ausmacht! ... Die nationalsozialistische Revolution in Deutschland ist der Durchbruch einer neuen Weltanschauung. Die rassenmäßige Bedingtheit ihres Kernproblems, der Volksgemeinschaft, beweist, daß der neue deutsche idealistische Nationalismus keine Eroberungsgelüste hat, sondern seine Energien nach innen kehrt. ...«[1]

Hier lag der entscheidende Punkt. Röhm wurde von den ausländischen Diplomaten längst nicht so gefürchtet wie von den deutschen Konservativen, denn die Umwandlung der Reichswehr in ein Milizheer würde eine ernsthafte Aufrüstung verzögern, wenn nicht sogar verhindern. Die *Reaktion* wurde auch im Horst-Wessel-Lied angegriffen, das inzwischen ein Bestandteil der Nationalhymne war, und die friedliebend-innenpolitische Auslegung der Rassenlehre wurde von Hitler selbst nicht selten zu Wort gebracht, aber die rasche und effiziente Aufrüstung war im Augenblick Hitlers wichtigster Programmpunkt, und den ließ er von niemandem gefährden. Doch sogar wenn er sich nicht unter Zeitdruck gesehen hätte, würde er sich schwerlich auf die Seite Röhms gestellt haben, denn seine Partei war im ganzen keineswegs im Sinne von Röhm revolutionär, und ihm selbst war nicht unbekannt, daß zahlreiche Kommunisten in die SA geströmt waren und möglicherweise hofften, eine SA-Revolution zu einer noch vollständigeren Umwälzung weitertreiben zu können. Auf die Unterstützung durch Röhms Unterführer Himmler und Lutze konnte er zählen, Göring und die Gestapo standen sowieso auf seiner

Seite. Von der Reichswehr wurden beunruhigende Berichte über angebliche Aufstandsvorbereitungen der SA verbreitet, und im Zentrum des Netzes befand sich Hitlers verläßlichster Anhänger unter den hohen Offizieren, der General von Reichenau. Aber Hitler rang sich anscheinend nur langsam zu einem endgültigen Entschluß durch.

Anfang Juni hat er noch eine lange Unterredung mit Röhm, wobei er diesem offenbar nahelegt, in Urlaub zu gehen. Röhm tut das und ordnet sogar einen allgemeinen SA-Urlaub an, aber er erläßt am 8. Juni einen drohenden Tagesbefehl, in dem er – unbegreifliche Torheit – den Namen Hitlers nicht erwähnt. Wohl aber spricht er von den Feinden der SA und deren vergeblichen Hoffnungen, und er endet mit dem pathetischen Satz: »Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.«[2]

Am 17. Juni wird, unabhängig von Hitler, ein wichtiger Kontrapunkt gesetzt. Der Vizekanzler von Papen hält in Marburg auf Einladung des Universitätsbundes eine Rede, in der er von den »Schlacken« des revolutionären Zustandes spricht, sich erneut gegen einen widerchristlichen Totalitätsanspruch wendet und vor einer Einteilung des Volkes in Spartiaten und Heloten warnt. Die entscheidenden Sätze sind die folgenden: »Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken (von der zweiten Revolution) spielt, der soll sich nicht verhehlen, daß einer zweiten Welle leicht eine dritte folgen kann, daß, wer mit der Guillotine droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät … Es wird viel von der kommenden Sozialisierung gesprochen. Haben wir eine anti-marxistische Revolution erlebt, um das Programm des Marxismus durchzuführen? … Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten, wenn es vor der Geschichte bestehen will … Mit ewiger Dynamik kann nicht gestaltet werden. Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem niemand weiß, wann er zum Halten kommt …«[3]

Von Hitler wird diese Rede nicht als Unterstützung, sondern als Herausforderung aufgefaßt. Die Verbreitung wird verboten, der Verfasser Edgar Jung, einst ein prominenter Vorkämpfer der *konservativen Revolution,* wird verhaftet. Hitler entschließt sich, einen Zweifrontenkampf zu führen.

Am 28. Juni läßt er eine SA-Führertagung nach Bad Wiessee einberufen und kündigt sein Erscheinen an. Am 30. Juni fliegt er nach einem Besuch in Essen zusammen mit Goebbels und Lutze von Hangelar nach München. Unmittelbar vorher waren viele Sensationsnachrichten an ihn gelangt, u. a. über die Planung eines Attentates gegen ihn durch den Standartenführer Uhl und über Aufstandsvorbereitungen des Berliner SA-Führers Ernst (der sich in Wahrheit gerade auf seine Hochzeitsreise begab). Wie weit Hitler sie ernstgenommen hat und sein Handeln davon bestimmen ließ, ist bis heute unklar. Jedenfalls werden schon beim Eintreffen in München mehrere SA-Führer verhaftet, und in Wiessee wird der völlig überraschte Röhm mit seinen wichtig-

sten Gefolgsleuten in Haft genommen. Die Gefangenen werden im Autobus in das Gefängnis Stadelheim gebracht. Unterwegs werden noch weitere SA-Führer, die sich auf der Fahrt nach Wiessee befinden, festgenommen. Der bayerische Justizminister Frank beruhigt Röhm zunächst mit den Worten, er sei ja in einem Justizgebäude, aber auf einen von Hitler unterschriebenen Zettel hin gibt er 19 Männer an die SS heraus, die sofort erschossen werden. Röhm wird die Gelegenheit gegeben, Selbstmord zu begehen, und als er sie nicht wahrnimmt, wird er am 1. Juli von Theodor Eicke, dem zweiten Kommandanten von Dachau und späteren Inspekteur der Konzentrationslager, getötet. In Berlin erweitern inzwischen Göring und Himmler ihre Aufträge selbständig, auch Gregor Straßer und die Generäle von Schleicher und von Bredow werden erschossen. Zu den Opfern zählen ebenfalls Papens Mitarbeiter von Bose und Jung, der Vizekanzler selbst wird unter Hausarrest gestellt.

Hitler erhält Danktelegramme von Blomberg und von Hindenburg. Am 3. Juli wird ein »Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr« veröffentlicht, in dem es heißt, daß die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli vollzogenen Maßnahmen »als Staatsnotwehr rechtens« seien. Und in seiner Reichstagsrede vom 13. Juli gibt Hitler die folgende Erläuterung: »Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als ›dienstlich‹ bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, daß bei einer vor mir so verborgenen Beratung nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll.«[4]

Das war eine unglaubliche Begründung für ein unglaubliches Ereignis. In allen Staaten gibt es Gesetze gegen Landesverrat, und sie sehen häufig den Tod als Strafe vor, aber doch erst nach einem Gerichtsverfahren! Die SA hatte seit dem 30. Januar mehrere hundert ihrer Gegner umgebracht, aber man sprach von *Exzessen*, und meist trat die Justiz in Tätigkeit. In der Sowjetunion waren Millionen von *Feinden* vernichtet worden, aber man berief sich auf ein *revolutionäres Recht* und fand sogar in den alten Rechtsstaaten des Westens mancherlei Beifall. Ein derartiges Massaker innerhalb einer Staatsführung aber hatte es in der modernen Geschichte noch nie gegeben, auch nicht innerhalb der Sowjetunion. Der für die Empörung der breiten Öffentlichkeit zubereitete und überdies unaufrichtige Vorwurf der Schwelgerei und der Homosexualität konnte noch viel weniger ins Gewicht fallen als derjenige der Verschwörung, der hinsichtlich des Generals von Schleicher immerhin nicht ganz unglaubwürdig war. Und es kamen noch ungemein erschwerende Umstände hinzu. Eine Reihe von Männern waren aus Rachsucht oder zur Warnung erschossen worden, obwohl sie keinerlei Verbindung zur SA oder zu möglichen Planun-

gen konservativer Kreise hatten: Der 73jährige Gustav von Kahr und der Vorsitzende der Katholischen Aktion, Klausener, gehörten dazu, und an der Seite von Schleichers hatte dessen Frau den Tod gefunden. Ein grundsätzlicher Unterschied gegenüber den Massenerschießungen nach den Attentaten auf Lenin und Uritzki war nicht zu erkennen, und es ließ sich nicht einmal eine akute Bürgerkriegssituation als Entschuldigung anführen. In der Mitte Europas war also ein Regime entstanden, das nicht nur seine politischen Gegner ohne Schonung der Familienangehörigen und ohne Gerichtsverfahren erschoß, sondern das die Opposition innerhalb der eigenen Führung in einem massenhaften Blutbad vernichtete. Auch von dem nationalsozialistischen Regime konnte jetzt gesagt werden, das Erschießen sei das A und O seiner Regierungsweisheit.[5]

Wenn man sich nicht, wie es die russischen Emigranten in bezug auf die Bolschewiki jahrelang getan hatten, mit dem Terminus »Verbrecherbande« begnügen will, läßt sich nur eine einzige ernstzunehmende Begründung finden, und sie wurde in jener Reichstagsrede von Hitler selbst vorgebracht: »In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen. Nur ein Staat hat von seinen Kriegsartikeln keinen Gebrauch gemacht, und dieser Staat ist dafür auch zusammengebrochen: Deutschland. Ich wollte nicht das junge Reich dem Schicksal des alten ausliefern.«[6]

Aber selbst wenn man zu Unrecht als zutreffend unterstellt, daß die Führer der SA tatsächlich den Gehorsam verweigern wollten, so war die Voraussetzung des Arguments doch, daß Kriegszustand herrschte. Durch Hitlers eigene Worte enthüllte sich das Regime mithin als ein Regime des Kriegszustands im Frieden.

Und ausgerechnet in diesem Augenblick konnte Hitler infolge des Todes des Reichspräsidenten von Hindenburg eine Alleinherrschaft etablieren, die Mussolini nie zu erringen vermochte und die selbst Stalin zu diesem Zeitpunkt formal und faktisch noch nicht innehatte. Überdies beseitigte der Reichswehrminister von Blomberg durch eine staatsstreichartige Änderung des Fahneneides die innere Selbständigkeit der Wehrmacht.

Schon am 1. August 1934, dem Tag vor Hindenburgs Tode, beschloß die Reichsregierung, daß das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt werden solle, obwohl sogar das Ermächtigungsgesetz dafür keine Grundlage gab. Noch wichtiger war, daß Blomberg auf dem Verordnungswege die neue Eidesformel einführte, welche die Wehrmacht zu persönlicher Treue gegenüber dem »Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler« verpflichtete. Auch diese Änderung war rechtswidrig und insofern revolutionär. Aber die persönliche Eidesleistung bedeutete eine Anknüpfung an

die monarchische Tradition, und sie wurde deshalb von den Offizieren gern akzeptiert. Daß es sich um eine Art Tauschgeschäft handelte, wurde evident, als Hitler am 20. August ein Dankschreiben an Blomberg richtete, in dem er die feierliche Versicherung abgab, er werde es »in Erfüllung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls« jederzeit als seine höchste Pflicht ansehen, »die Armee als einzigen Waffenträger der Nation zu verankern«.[7]

Damit gab Hitler der Wehrmacht gewissermaßen eine Garantie gegen bestimmte Tendenzen seiner eigenen Partei, aber er selbst war zu einem Alleinherrscher geworden, wie ihn die Geschichte des Deutschen Reiches nie gekannt hatte: nicht zu einem *Ersatzmonarchen,* wie es Hindenburg während der Weimarer Zeit angeblich gewesen war, sondern zu einem Übermonarchen, eben zu »dem Führer des deutschen Reichs und Volkes« mit schrankenlosen Befugnissen.

Nicht einmal einen Vizekanzler hatte er hinfort noch zur Seite: von Papen übernahm trotz der tiefen Demütigung, die ihm zuteil geworden war, den Posten eines außerordentlichen Gesandten in Wien, um die Folgen des nationalsozialistischen Mordanschlags auf den Bundeskanzler Dollfuß vom 25. Juli 1934 zu mildern, die vor allem in einem schweren Konflikt mit Mussolini bestanden. Das Verhalten der Reichswehr ist nur so zu erklären, daß sie in Hitler »ihren Mann« sah, der ihr die Verwirklichung ihres höchsten Wunsches garantierte: die Erringung der »Wehrfreiheit«. In der Tat existierte nun keine Kraft mehr, die sich einer verstärkten und effizienten Aufrüstung hätte widersetzen können. Die Heeresvermehrung auf 300 000 Mann, die Schleicher erst 1938 zum Abschluß bringen wollte, wurde von Hitler auf den Herbst 1934 vorverlegt. Es dauerte indessen noch einige Zeit, bis die Wehrmachtführung begriff, daß die exorbitante Erfüllung von Wünschen für den Wünschenden gefährlich ist: Das Konzept des nationalsozialistischen Volksheeres war zwar aus der Welt geschafft, aber unter dem Zustrom der Massen änderte die Wehrmacht selbst ihr Gesicht und verlor die alte Solidität. Außerdem nahm, dem Versprechen zuwider, nun die Aufstellung bewaffneter SS-Verbände ihren Anfang, und es war wahrscheinlich, daß der Wehrmacht in absehbarer Zeit eine neue Konkurrenz erstehen würde.

Im deutschen Volk hatten Hitlers Maßnahmen gegen die SA überraschend viel Beifall gefunden, offenbar deshalb, weil man in der Parteiarmee eine bedrohliche und revolutionäre Kraft erblickte. Dennoch fehlte es nicht an Empfinden dafür, was es bedeutete, daß die nationalsozialistische Revolution sich nun nach anderthalb Jahren auch der obersten Spitze des Staates total bemächtigte und damit praktisch unkontrollierbar wurde: Als das Nachfolgegesetz am 19. August dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wurde, da stimmten trotz mannigfaltiger Tricks und Manipulationen 4,5 Millionen mit »Nein«, mehr als 10 % der Wähler. Das war ein Ergebnis, das bei der Abwe-

senheit jeder legalen Gegenpropaganda in einem totalitären Staat ohne Parallele ist.

Es war nicht verwunderlich, daß zahlreiche Beobachter in der ganzen Welt die Röhm-Affäre als eine schwere Erschütterung des nationalsozialistischen Regimes, ja wohl gar als Anfang von dessen Ende betrachteten. Zu ihnen gehörte Stalin jedoch nicht. Nach dem Bericht Walter Krivitskys, des nachmaligen Leiters des sowjetischen Militärnachrichtendienstes in Westeuropa, war Stalin »tief von der Art beeindruckt, wie Hitler seine Opposition auslöschte. Bis in die winzigsten Einzelheiten studierte er einen jeden Bericht unserer Agenten aus Deutschland, der sich auf die Ereignisse jener Nacht bezog«.[8] Aus der Sitzung des Politbüros, die sich mit den Vorgängen beschäftigte, sei sein Vorgesetzter, General Bersin, der oberste Chef des Nachrichtendienstes, mit dem Leitsatz Stalins herausgekommen, die Vorgänge in Deutschland zeigten keineswegs den Zusammenbruch des Nazi-Regimes an; sie müßten vielmehr ganz im Gegenteil zu einer Konsolidierung des Regimes und zu einer Stärkung Hitlers führen.[9] Spätestens seit den Enthüllungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag läßt sich kaum noch daran zweifeln, daß die Ermordung Kirows am 1. Dezember 1934 auf Stalin selbst zurückgeht[10] und daß dadurch die Voraussetzungen für eine Parteisäuberung geschaffen wurden, die das Hitlersche Vorbild zu geradezu mikroskopischer Kleinheit zusammenschrumpfen lassen sollte.

Dabei hatten die Dinge in der Sowjetunion ganz anders angefangen als in Deutschland. Wenn hier die triumphale Einheit der nationalen Erhebung in einer blutigen Explosion als Streit unvereinbarer Konzeptionen und Tendenzen enthüllt wurde, so schien 1934 in der Sowjetunion aus einem langen Streit endlich so etwas wie Versöhnung hervorwachsen zu wollen, die Versöhnung zwischen Parteimehrheit und Opposition, welche so lange miteinander um die richtige Einstellung zum Sozialismus in einem Lande, zur internationalen Revolution, zu den Bauern und vor allem zur Industrialisierung des Landes gerungen hatten. Ein Höhepunkt dieses Ringens war die sogenannte »Plattform Rjutins« im Jahre 1932 gewesen, die in Stalin den Alleinschuldigen an der katastrophalen Lage des Landes sah und auf die Stalin seinerseits gern mit Todesurteilen geantwortet hätte, wenn er sich hätte durchsetzen können. Aber noch hatte man Lenins Vermächtnis allzusehr im Ohr, daß die Bolschewiki auf keinen Fall den Fehler der Jakobiner wiederholen und zu einem Ausrottungskampf untereinander übergehen dürften; daher war in allen heftigen Auseinandersetzungen mit Trotzkisten und Sinowjewisten niemals ein Todesurteil ausgesprochen worden, und wenn ein Parteigenosse hingerichtet wurde wie etwa der Mörder des Grafen Mirbach, Blumkin, der schon seit längerer Zeit wieder eine bedeutende Rolle gespielt hatte, dann mußten Tatbestände vorliegen, die als »Landesverrat« oder ähnliches gedeutet werden

konnten. Sogar Trotzki war bloß ausgewiesen worden. Rjutin indessen schien nur die Spitze eines Eisbergs darzustellen. Die GPU hatte immer wieder berichtet, daß sich gerade unter der Jugend Tendenzen verbreiteten, die an die Tradition der Narodnaja Wolgja und anderer terroristischer Vereinigungen anknüpfen wollten. Iwan Solonewitsch traf 1934 in einem Straflager des hohen Nordens auf Studenten dieser Art, Söhne hoher Parteifunktionäre, die ihm ganz offenherzig von ihrem Versuch erzählten, Stalin bei einem Theaterbesuch zu ermorden.[11] Es scheint, daß Kirow zu denjenigen gehörte, die sich am entschiedensten gegen die Todesstrafe für die *intellektuellen Urheber* aussprach, die Stalin gefordert hatte, obwohl er unzweifelhaft ein treuer Anhänger Stalins war und als Nachfolger Sinowjews in Leningrad sich im Sinne des Generalsekretärs große Verdienste erworben hatte. Vom Sommer 1933 an entspannte sich die Situation aber erheblich, nicht zuletzt deshalb, weil eine gute Ernte zu erwarten war. Niemand konnte mehr daran zweifeln, daß der erste Fünfjahresplan tatsächlich in vier Jahren zum erfolgreichen Abschluß gebracht worden war, und die Zuversicht wuchs, daß in Zukunft nicht mehr Millionen von Menschen Hungers sterben müßten, um die großen Ziele der Partei und des Staates zu erreichen. Vielmehr schienen jetzt eine Verlangsamung des Tempos und fühlbare Erleichterungen für die Menschen möglich zu sein. Es sah so aus, daß Stalin selbst sich dieser Stimmung nicht entziehen wollte, und auf dem XVII. Parteitag durften einige ehemalige Oppositionelle das Wort ergreifen, unter ihnen Kamenjew. Zur gleichen Zeit machte Maxim Gorki, der damals bei Stalin viel Einfluß hatte, große Anstrengungen, eine Versöhnung mit der Parteiintelligenz herbeizuführen und Kirows »Liberalismus« zu unterstützen. Stalins unmittelbare Umgebung dagegen, an der Spitze Kaganowitsch und Jeschow, widersetzte sich dieser Tendenz und suchte das Mißtrauen zu bestärken, das Stalin überall das Wirken von *Feinden* sehen ließ. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Mißtrauen von neuem geweckt wurde, als das Plenum des Zentralkomitees im November 1934 beschloß, die schon vom Parteitag vorgesehene Versetzung Kirows von Leningrad nach Moskau zwecks Aufnahme der Tätigkeit als Parteisekretär neben Stalin zu beschleunigen.

Am 1. Dezember 1934 wurde Kirow in seinem Leningrader Amtssitz, dem Smolny, von einem jungen Kommunisten namens Nikolajew erschossen. Stalin reiste sofort nach Leningrad, um persönlich die Untersuchung zu leiten. Es stellte sich rasch heraus, daß die Männer des NKWD (wie die GPU seit kurzem hieß) ihre Pflichten, d. h. den Schutz Kirows, auf höchst auffällige Weise vernachlässigt hatten. Trotzdem wurden sie nur zu leichten Strafen verurteilt, oder sie fielen Verkehrsunfällen zum Opfer. Nikolajew selbst war ein verdienter Parteigenosse, der aber seit längerem zu den Unzufriedenen zählte, weil er an der fortschreitenden Bürokratisierung Anstoß nahm und den Verlust jener persönlichen und lebendigen Beziehungen innerhalb der Partei beklagte, die

ein Kennzeichen der Kampfjahre des Bürgerkriegs und der ersten Folgezeiten gewesen waren. Auch er hatte dann eine Rückwendung zur entfernteren Vergangenheit vorgenommen und sich in die Literatur der russischen Terroristen des 19. Jahrhunderts vertieft. Komplizen hatte er allem Anschein nach nicht gehabt, wohl aber hatte er sich, wie aus seinem Tagebuch hervorging, häufig mit ehemaligen Oppositionellen unterhalten, die aus ihrer kritischen Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Politik der Parteiführung kein Hehl machten. Es war indessen Kirow selbst gewesen, der die Reste der sinowjewistischen Opposition milde behandelt hatte, weil er sie wieder an das Regime heranziehen wollte; so hatte er zum Beispiel einem der ältesten und hartnäckigsten Oppositionellen, David Rjazanow, dem früheren Herausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe, erlaubt, wieder in Leningrad Aufenthalt zu nehmen. Sollte der Nachfolger Sinowjews für den enttäuschten Altkommunisten trotzdem zu den Verrätern der Revolution gehört haben? Wer konnte dann aber ein Interesse daran gehabt haben, den Vorkämpfer des stalinistischen Liberalismus (wie man formulieren könnte) ohne Schutz zu lassen und sozusagen dem Revolver seines Gegners darzubieten? Waren es wirklich die kritischen Oppositionellen, oder war es nicht vielmehr Stalin selbst, der einen Grund haben wollte, um mit seinen alten Gegnern gründlich aufzuräumen? Heute kann es kaum noch Zweifel geben, obwohl manches in der Angelegenheit rätselhaft bleibt, welche auch in dieser Hinsicht unverkennbare Ähnlichkeiten mit der Reichstagsbrandaffäre aufweist.

Freilich war noch eine dritte Erklärung möglich, nämlich daß eine auswärtige Macht Nikolajew die Hand geführt habe, und insbesondere Radek vertrat die These von der »Hand der Gestapo«, die den Vorteil bot, die früheren Oppositionellen aus der Schußlinie zu bringen und vor allem nicht in die Nähe allzu gefährlicher Fragen zu geraten. Tatsächlich fand das *Tauwetter* nicht sofort ein Ende, obwohl die innerparteiliche Polemik gegen die Opposition verstärkt und sogar ein erster Prozeß gegen Sinowjew und Kamenjew geführt wurde, der mit der Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnisstrafen endete. Die Parteidirektive, die schon am Tage des Attentats hinausging und sofortige Beschleunigung der Prozesse gegen alle diejenigen befahl, die der Vorbereitung oder Durchführung terroristischer Handlungen beschuldigt wurden, blieb geheim, und sie wurde als eine wahre »Charta der Gesetzlosigkeit« zunächst nur auf verhaftete »Weißgardisten« angewandt.[12]

Wichtiger war, daß Stalin Grund zu der Vermutung gewann, daß Kamenjew ihm in einer persönlichen Unterredung, die mit einer völligen Unterwerfung endete, mancherlei verschwiegen hatte, und allem Anschein nach sah Stalin in einem solchen Verschweigen ebenso ein todeswürdiges Verbrechen, wie Hitler es in bezug auf Röhm tat. Aber im unmittelbaren Anschluß an die Ermordung Kirows schuf Stalin sich nur die Voraussetzungen für die große Säuberung;

zunächst jedoch ging die Politik der Milderung und Versöhnung dem Anschein nach weiter. Die ersten Vorbereitungen für die Verabschiedung einer neuen Verfassung wurden getroffen, welche die »demokratischste der Welt« sein sollte, und zwar unter wesentlicher Mitarbeit Bucharins. Bucharin durfte sogar nach Paris reisen, und er führte dort die langen Gespräche mit Boris Nikolajewski, aus denen jener »Brief eines alten Bolschewisten« hervorging, dem die meisten Informationen über die sowjetische Szene im Umkreis des Kirow-Mordes zu verdanken sind.[13] Stalin hatte ja eben erst endgültig jene Umstellung der Außenpolitik vorgenommen, welche die Zusammenarbeit mit den Westmächten implizierte, und viel negative Publizität in der westlichen Presse wäre der Erreichung dieses Ziels höchst abträglich gewesen.

3. *Weltpolitik 1935/1936*

Als Trotzki im Jahre 1917 das Außenkommissariat übernahm, war er deshalb davon überzeugt, seine Aufgabe bestehe hauptsächlich darin, »das Geschäft zu schließen«, weil es Außenpolitik im überlieferten Sinne hinfort nicht mehr geben werde. Die Innenpolitik Sowjet-Rußlands, die Niederwerfung des Kapitalismus, werde vielmehr in aller Kürze zum eigentlichen Inhalt der Weltpolitik werden, indem das Proletariat in ganz Europa und dann in der Welt den Kapitalismus vernichten werde. Hitlers Auffassungen waren denjenigen Trotzkis entgegengesetzt, aber auch für ihn bestand keine scharfe Trennung zwischen Innenpolitik und Weltpolitik. Die meisten Europäer sahen in ihm und seinem Regime vor allem die Speerspitze des deutschen Revisionismus und damit eine Macht, die den Frieden gefährdete; je nachdrücklicher er seinen Friedenswillen betonte oder je überzeugter etwa Rudolf Heß die Schrecken des Krieges schilderte[1], um so größer wurden die Chancen, daß die »Befreiung von den Fesseln des Versailler Diktats«, die ohne Zweifel eins seiner weltpolitischen Hauptziele war, zu einem späteren Zeitpunkt durch bloßen Druck des wieder zu Kräften gekommenen Reiches auf friedlichem Wege erreicht werden könnte. Aber Friedensreden und diplomatische Bekundungen waren nicht die einzigen Tatbestände, die ins Gewicht fielen. Da Deutschland als der große Staat in der Mitte Europas aufs engste mit der übrigen Welt verbunden war und bei weitem keine nahezu vollständige Sperrung seiner Grenzen nach dem Muster der Sowjetunion durchführen konnte, mußte alles, was in seiner Innenpolitik geschah, direkte oder indirekte Rückwirkungen auf die Weltpolitik haben. So existierten die Parteien, die Hitler verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen hatte, in diesen oder jenen Erscheinungsformen im übrigen Europa fort, und es wäre sonderbar gewesen, wenn keine Empfindungen der Solidarität aufgekommen wären. Einige der deutschen Parteien lebten ja sogar

mit den historisch bedingten Modifikationen in Teilen des deutschen Sprachraums als solche weiter: das Zentrum in Österreich und im Saargebiet, die Sozialdemokratie auch in der Tschechoslowakei und trotz der Regierungsführung durch die Nationalsozialisten sogar in Danzig. Die russischen Menschewiki hatten wesentlich dazu beigetragen, daß die sozialdemokratischen Parteien Europas nach 1918 eine antibolschewistische Position einnahmen; wie hätte der emigrierte Parteivorstand der SPD in Prag nicht einen entsprechenden Einfluß auf die anderen Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausüben sollen? Aber noch stärker als bei den Parteien waren Empfindungen der Solidarität und damit die weltpolitischen Rückwirkungen bei den Kirchen und Konfessionen.

Hier war freilich eine Ambivalenz noch ausgeprägter, die sich sogar bei einigen der Parteien bemerkbar machte, denn die Christlichsoziale Partei Österreichs war ja wie die NSDAP eine Gegnerin der Sozialdemokratie und so mit Mussolini befreundet, wie Hitler es gern sein wollte. Sowohl für die katholische als auch für die evangelische Kirche war der Nationalsozialismus einerseits eine Bedrohung und andererseits ein Versprechen.

Die katholische Kirche hatte zunächst die Bedrohung stärker wahrgenommen, die im Artikel 24 des Parteiprogramms enthalten war, welcher das »positive Christentum« der Partei an das »Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse« band. Damit waren die Absolutheit und die Universalität der kirchlichen Lehre in Frage gestellt, und es war nur konsequent, daß die Kirche ihren Gläubigen bis 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP verbot. Andererseits gab es jedoch gute Gründe für eine Sympathie der Kirche mit der nationalen Erhebung, und die früheren Verbote wurden im März 1933 aufgehoben, wenn auch nicht ohne einen unverkennbaren Ton von Sorge. Das Konkordat vom 20. Juli 1933 erwuchs aus diesen gegensätzlichen Empfindungen: Die Kirche gab den politischen Katholizismus preis, um eine feste Rechtsposition für die Verteidigung des geistlichen Kernbereichs zu erhalten. Für Hitler wiederum war die Anerkennung durch die internationale Macht des Vatikans ein großer weltpolitischer Erfolg, der ihm mehr an Ansehen einbrachte als die Verlängerung des deutsch-sowjetischen Neutralitätsvertrages im Mai und die Paraphierung des Viermächtepaktes im Juni. Aber schon 1934 und 1935 entwickelten sich starke Spannungen, die zu einem guten Teil in dem Kampf der Kirche gegen Alfred Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« und gegen das »Neuheidentum« ihren Ausdruck fanden. Doch das Moment der vaterländischen und der antikommunistischen Affinität blieb trotzdem stets erhalten und erwies sich nicht nur bei der Saarabstimmung im Januar 1935 als wirksam, sondern auch in den zahllosen Predigten, welche die sowjetischen Konzentrationslager anprangerten, obwohl die deutschen immer mitgemeint waren.

Bei den Protestanten waren sowohl die Affinität wie der Gegensatz andersartig. Sie waren gegenüber modernen Denktendenzen und damit auch nationalistisch-völkischen Ideen viel offener als die Katholiken, aber sie hatten andererseits eine weitaus engere Beziehung zum Alten Testament. So wurden Erneuerungstendenzen, die in der katholischen Kirche marginal blieben, innerhalb der evangelischen Landeskirchen in Gestalt der »Deutschen Christen« zu einer sehr starken Kraft, und sie wollten den Nationalsozialismus als eine »zweite Reformation«, als eine Wiederholung der Tat des »deutschen Mannes Luther« verstehen. Der Widerstand, den sie fanden, war orthodox und in gewisser Weise reaktionär, nämlich gegen die Demokratisierung und Parlamentarisierung sowie die damit verbundene Zentralisierung gerichtet, welche die »Deutschen Christen« anstrebten. Aber der Kampf gegen den Arierparagraphen und gegen die Diskriminierung der Judenchristen trat dann auf seiten des »Pfarrernotbundes« und der »Bekennenden Kirche« immer stärker in den Vordergrund, und von den Deutschen Christen näherten sich nicht wenige der antichristlichen »Deutschen Glaubensbewegung«, wo Wendungen wie »die giftige Unkrautspflanze des asiatischen, jüdisch-marxistischen Christentums« geläufig waren.[2] Trotzdem konnte kaum jemand nationaler gesinnt sein als der ehemalige U-Boot-Kommandant und Freikorpskämpfer Martin Niemöller, der in der Welt bald zur bekanntesten Figur des kirchlichen Widerstandes wurde.

Aber nicht einmal bei den jüdischen Gegnern und Opfern des nationalsozialistischen Antisemitismus fehlte das Moment der Affinität vollständig, so gewiß keineswegs bloß Juden sich von dieser Judenfeindschaft bedroht fühlten. Auch sie war ein komplexes Phänomen, und es lassen sich vier Hauptmotive unterscheiden, die verschiedene historische Ursprünge besitzen:

Der nationalsozialistische Antisemitismus war eine Art Schmalspursozialismus, der alle Vorwürfe, die von den Sozialisten gegen den Kapitalismus gerichtet wurden, auf die Juden konzentrierte: die Vorwürfe der Ausbeutung, des Parasitismus, der Volksfremdheit. Aber viele der frühen Sozialisten hatten in erster Linie Rothschild und die Juden als »Könige der Epoche« bekämpft; erst Karl Marx hatte die Kritik auf den weit umfassenderen Gegenstand des *Kapitalismus* übertragen, obwohl auch er die moderne Welt für »bis in ihr innerstes Herz jüdisch« erklärt hatte.[3]

Im nationalsozialistischen Antisemitismus war indessen neben dem sozialen auch ein nationales Motiv enthalten, das eine unverkennbare Übereinstimmung mit dem Gegenpart auf der jüdischen Seite zeigte, nämlich dem Zionismus. Zwar war der Zionismus zu einem wesentlichen Teil seinerseits eine Reaktion auf den Antisemitismus, vor allem den russischen und den französischen, aber er hatte doch eine davon unabhängige Wurzel in dem Aufkommen des Nationalgefühls, wie es sich in der italienischen Freiheits- und

Einigungsbewegung dargestellt hatte, und der Zusammenhang ist in dem Grundbuch des Zionismus, Moses Hess' »Rom und Jerusalem« von 1862, augenfällig. Daher war es nicht *nur* eine Verteidigungsmaßnahme, wenn die deutschen Zionisten schon vor 1914 den Willen zur Auswanderung nach Palästina zur Vorbedingung der Mitgliedschaft machten.

Die historische Begründung der nationalsozialistischen Judenfeindschaft war eine Version der Dolchstoßlegende: Juden hätten sich während des Weltkriegs dem Dienst mit der Waffe entzogen und schon vor dem Zusammenbruch Verrat geübt; der bewegende Kern des Motivs waren jedoch offenbar nicht die fragwürdigen oder falschen Behauptungen über Prozentzahlen und Bürokratie der Kriegswirtschaft, sondern die Erinnerung an die Rolle von Juden wie Leviné, Levien, Eisner und Rosa Luxemburg in der deutschen Revolution; es handelte sich also bereits um das Motiv des *jüdischen Bolschewismus*, das den zwei ersten Motiven geradezu entgegengesetzt war.

Den Höhepunkt des nationalsozialistischen Antisemitismus stellte die ideologische und zugleich mythologisierende Ursachenlehre dar, die alles Unheil der Weltgeschichte von dem Wirken einer dämonischen Kraft herleitete, eben *des Juden*. So sah der Reichsführer SS Heinrich Himmler in einem öffentlichen Vortrag über »Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation« 1935 »im Ablauf der Zeiten das nimmermüde Henkerschwert von Cannstatt und von Verden blitzen«, die Scheiterhaufen der Hexenprozesse auflohen, die Inquisition Spanien entvölkern und die Schreckensherrschaft der Französischen Revolution die besten Söhne des französischen Volkes hinschlachten, und in all dem hatte nach seiner Meinung »unser aller ewiger Feind, der Jude, in irgendeinem Mantel oder durch irgendeine seiner Organisationen die Hand im Spiel«. Dabei leitete derselbe Mann in demselben Vortrag alle Schwierigkeiten und Katastrophen der deutschen Geschichte auf vergleichsweise rationale Art aus dem germanischen Freiheitsdrang und Individualismus her und machte dadurch klar, daß die zugrundeliegende Erfahrung ausschließlich diejenige des Bolschewismus war und daß er Lenins »kto kogo?« in die These verwandelte, in diesen Rassenkämpfen gebe es keine Friedensschlüsse, und Besiegtsein heiße hier für ein Volk Totsein.[4]

Das erste und *realste* Motiv zeigte die geringste Wirkung und Kraft. Der Boykott vom 1. April, der sich nicht zuletzt gegen die jüdischen Warenhäuser richtete, wurde rasch abgeblasen, und bis 1938 war die Betätigung von Juden in der Wirtschaft relativ unbehindert, nicht zuletzt infolge des Schutzes durch den Reichswirtschaftsminister Schacht.

Das zweite Motiv lag den »Nürnberger Gesetzen« vom 15. September 1935 zugrunde, welche die Juden zu bloßen »Staatsangehörigen« machten und allerdings über diesen staatsrechtlichen Aspekt insofern weit hinausgingen, als sie nach feudalistischem und freilich auch amerikanischem Vorbild den Be-

griff des »Blutes« in die Gesetzgebung einführten und Eheschließungen sowie außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Deutschen unter Strafe stellten. Ganz *zionistisch* war jedoch das Transfer-(Haavara-)Abkommen, das die Auswanderung von Juden nach Palästina erleichtern sollte.

Das dritte Motiv blieb ein dauernder, aber eher propagandistischer Topos.

Das vierte Motiv war in seinen Konsequenzen die Spitze des revolutionären Charakters des Nationalsozialismus, und die Frage drängt sich auf, ob es nicht eine wahre Kriegserklärung an »das Abendland« darstellte, dessen Schützer man doch im Gegensatz zu Ernst Niekisch und anderen Nationalrevolutionären betontermaßen sein wollte.

Daß Hitler sich durch den Kirchenkampf und durch die Diskriminierung der Juden in vielen Staaten und zumal in England Gegner schuf, die einem bloßen deutschen Nationalismus neutral gegenübergestanden hätten, kann stellvertretend für viele die Äußerung einer Engländerin deutlich machen, die sagte: »Ich dachte, daß rassische Verfolgung in ein anderes Zeitalter gehörte.«[5] Andererseits berichtet sogar Nahum Goldmann in seinen Erinnerungen, er habe zwar auf dem jüdischen Weltkongreß »den jüdischen Boykott gegen Nazi-Deutschland« proklamiert, aber er sei auch trotz heftiger Angriffe energisch für das Transfer-Abkommen eingetreten.[6]

So schien alles dafür zu sprechen, daß ein Regime, das sich schon durch seine Innenpolitik so mächtige Gegner geschaffen hatte, auf den geschlossenen Widerstand aller Staaten stoßen würde, sobald es seine Revisionsansprüche nicht mehr bloß auf propagandistischem und diplomatischem Wege verfocht, sondern sie durch eine starke Aufrüstung untermauerte. Noch war Europa der maßgebende Erdteil, wie sehr auch seine Weltherrschaft durch den Ersten Weltkrieg und durch den Aufstieg nichteuropäischer Mächte wie der USA und Japans geschwächt worden war, und Deutschland war potentiell die stärkste, aber auch die gefürchtetste Macht des Kontinents, und sogar die *deutsche Kultur* hatte kaum noch Freunde und Liebhaber, seitdem eine antisemitische Bewegung am Ruder war. Nichts lag daher näher, als daß die Kriegskoalition sich erneuerte und eine *Politik des großen Widerstandes* geführt wurde. Aber die Grundvoraussetzung dieser Politik war, daß die Sowjetunion sich ihr anschloß. Die Sowjetunion war in der Tat dazu bereit, denn sie fühlte sich in stärkerem Maße bedroht als jeder der anderen Staaten. Aber hatte sie nicht durch den Mund ihrer Anhänger einst feierlich verkündet, sie wolle »die Totengräberin der bürgerlichen Gesellschaft« sein?[7] Hatte sie nicht fünfzehn Jahre lang einen schroffen Revisionismus verfochten? Hatte sie nicht die christlichen Kirchen viel früher, härter und wirkungsvoller verfolgt, als es die Nationalsozialisten taten? Hatte sie nicht dem Zionismus alle Bewegungs- und Wirkungsmöglichkeiten fortgenommen, während in Deutschland die jüdischen Gemeinden ein kräftiges inneres Leben führten und der Zionismus

sogar gefördert wurde? Briand lebte zwar nicht mehr, aber die Warnungen Jean Herbettes vor »dem Bösen« waren im Pariser Außenministerium schwerlich ganz vergessen, und viele Engländer dachten nach wie vor wie »Augur«.[8] Als im September 1934 die Frage des Eintritts der Sowjetunion in den Gremien des Völkerbundes erörtert wurde, da verlieh der Schweizer Bundesrat Motta dem tiefsten Mißtrauen Ausdruck, in welchem einige der Erfahrungen der ersten Nachkriegszeit lebendig geblieben waren: »Unsere Gesandtschaft in Petersburg wurde 1918 geplündert, einer ihrer Beamten massakriert. Wir haben nie auch nur den Schein einer Entschuldigung vernommen. Als uns 1918 der Versuch eines Generalstreiks mit dem Schrecken des Bürgerkriegs bedrohte, mußten wir mit militärischer Gewalt eine Sowjetmission, die wir in Bern geduldet hatten, entfernen, denn sie war bei der Wühlerei beteiligt … Der Kommunismus bedeutet auf jedem Gebiet … die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht … Die Verbreitung über die politischen Grenzen hinaus ist sein (des Kommunismus) Lebensgeist. Wenn er darauf verzichtet, verleugnet er sich selbst. Wenn er ihm treu bleibt, so wird er der Feind aller, denn er bedroht uns alle.«[9]

Motta vermochte die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund zwar nicht zu verhindern, aber trotz aller Reden und Bemühungen Litwinows verschwand die radikale Gegenmöglichkeit nicht vollständig, die von den kommunistischen Theoretikern so lange Zeit für die wichtigste, ja unvermeidbare gehalten worden war: die *Politik des großen Einvernehmens* zwischen den kapitalistischen Mächten, d. h. die Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Vorherrschaft im europäischen Osten nach Vernichtung des kommunistischen Regimes. Sie entsprach offensichtlich den eigentlichen Intentionen Hitlers, und es schien, daß sie die Sicherung der Kolonialreiche Englands und Frankreichs implizieren würde. Daher stieß sie in einflußreichen Kreisen der Westmächte auf Sympathie. Sie vermochte sich in der Öffentlichkeit zwar nur wenig zu artikulieren, aber sie schwächte die Politik des großen Widerstands in erheblichem Maße, und Frankreichs Außenminister Pierre Laval schloß zwar im Mai 1935 ein Verteidigungsbündnis mit der Sowjetunion ab, doch er war in erster Linie von innenpolitischen Intentionen geleitet, als er Stalin veranlaßte, öffentlich die Rüstungsanstrengungen Frankreichs zu loben. Dadurch versetzte er der heftigen antimilitaristischen Agitation der französischen Kommunisten einen schweren Schlag und bereitete zugleich wider Willen jenes Volksfrontbündnis vor, das im Laufe der nächsten zwölf Monate die Kommunisten mit den Sozialisten und den linksbürgerlichen Radikalsozialisten unter dem Feldzeichen eines neuartigen Begriffs von »Antifaschismus« zusammenführte. Aber er tat nichts, um das Abkommen zur Ratifizierung vor Kammer und Senat zu bringen, denn in Wirklichkeit war er bereits zu einem Vorkämpfer der Politik des *kleinen Widerstandes* geworden.

Der Angelpunkt dieser Politik war das faschistische Italien Mussolinis. Wenn es gelang, Mussolini zum verläßlichen Partner der Westmächte zu machen, dann war Hitler in die Zange genommen, die ihn zum Stillhalten zwang, ohne daß die in ihren Konsequenzen unabsehbare und besonders von England gefürchtete Einbeziehung der Sowjetunion erforderlich gewesen wäre. Im April 1935 bezeichnete die Konferenz der drei Mächte in Stresa den Höhepunkt dieser Politik: Man sprach sich mit Entschiedenheit gegen die Verletzung des Versailler Vertrages aus, deren Hitler sich schuldig gemacht hatte, als er am 16. März 1935, angeblich als Antwort auf die Verlängerung der militärischen Dienstzeit in Frankreich auf zwei Jahre, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht proklamierte und damit die Tatsache einer umfangreichen deutschen Aufrüstung außer jeden Zweifel stellte. Aber Mussolini war der Meinung, er dürfe für seine Mitwirkung von den Westmächten einen hohen Preis fordern, nämlich die Tolerierung seiner Absicht, Italien nach dem Vorbild seiner Partner zu einer großen Kolonialmacht zu machen und Äthiopien zu erobern, das doch seit 1923 ein Mitglied des Völkerbundes war und daher den Schutz durch die *kollektive Sicherheit* genoß. Obwohl er keine Zusicherungen erhielt, wagte es der Duce, am 2. Oktober 1935 Millionenmassen von Menschen auf den Plätzen Italiens zusammenzurufen und einen Appell an das »proletarische und faschistische Italien« zu richten, sich durch einen Feldzug in Ostafrika nun endlich den »Platz an der Sonne« zu erwerben, der ihm von den bourgeoisen Nationen des Westens so lange verweigert worden sei. Damit ruinierte er innerhalb kurzer Frist die Politik des kleinen Widerstandes, doch ihre Restbestände waren, wie sich zeigen sollte, stark genug, um ihm den schließlichen Erfolg zu sichern.

Aber inzwischen hatte Großbritannien von sich aus gravierende Schritte in den Bereich der zweiten *kleinen* Möglichkeit der Weltpolitik getan, der *Politik des kleinen Einvernehmens.* Kurz nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland hatte das britische Kabinett bei Hitler anfragen lassen, ob der schon seit einiger Zeit vorgesehene Besuch des Außenministers Sir John Simon und des Lordsiegelbewahrers Anthony Eden weiterhin willkommen sei. Hitler sagte begreiflicherweise nicht nein, und bei den Gesprächen am 25. und 26. März machte er allem Anschein nach einen sehr guten Eindruck auf die englischen Gäste, die wohl einen Demagogen anzutreffen geglaubt hatten und die nun zu der Meinung gelangten, ein Staatsmann sitze ihnen gegenüber. Zwar reisten Simon und Eden ausgerechnet nach Moskau weiter, aber sie griffen nach ihrer Rückkehr eine Anregung Hitlers auf, und in zügigen Verhandlungen, die der Sonderbotschafter Joachim von Ribbentrop führte, wurde ein Flottenabkommen vorbereitet, das am 18. Juni der überraschten Weltöffentlichkeit vorgelegt wurde. Die Gesamtstärke der deutschen Kriegsflotte wurde auf 35 % der britischen festgelegt, und bei U-Booten wurde

sogar die Parität zugestanden. Damit erreichte Großbritannien zwar sein Ziel, Hitler nach dem Hinfälligwerden der Versailler Bestimmungen durch neue Verträge zu binden, aber es sanktionierte auch nachträglich die früheren Vertragsbrüche, und es vermittelte Hitler den Eindruck, daß er keinen entschiedenen Widerstand zu erwarten habe, wenn er auch die letzten und wichtigsten Fesseln abstreifen würde, die Deutschland nach der Niederlage angelegt worden waren.

Die Voraussetzungen dafür schuf Mussolini. Er stieß auf unerwartet heftigen Widerstand, als er seine Truppen gegen Äthiopien in Marsch gesetzt hatte, und schon nach wenigen Wochen wurden von 50 Ländern Sanktionen gegen Italien verhängt. Aber der Duce legte große Nervenstärke an den Tag, und die Völkerbundstaaten führten ihre Maßnahmen nicht bis zu dem Punkte fort, wo sie für das Regime gefährlich geworden wären. Noch am 2. März 1936 setzte der neue französische Außenminister Flandin durch einen »letzten Appell« einen abermaligen Aufschub der Entscheidung über ein Ölembargo durch.

Inzwischen hatte die französische Regierung, deren Aufmerksamkeit immer in erster Linie Deutschland zugewandt blieb, den Pakt mit der Sowjetunion den legislativen Körperschaften zugeleitet und war damit zur Politik des großen Widerstandes zurückgekehrt. Aber die innenpolitische Opposition von seiten der Rechten und Teilen der Mitte war äußerst schroff, und Hitler war mit sicherem psychologischen Gespür davon überzeugt, daß die Franzosen – zumal kurz vor entscheidenden Parlamentswahlen, welche die »Volksfront« zu gewinnen hoffte – keine Neigung zu gravierenden Entschlüssen haben würden. Außerdem hatte er vermutlich mit der Meinung recht, daß der französisch-russische Pakt trotz seiner Bezugnahme auf die Völkerbundssatzung einen neuartigen Tatbestand darstellte, der nicht vorhersehbar gewesen war, als Stresemann sich 1925 in Locarno bereit erklärt hatte, der »Entmilitarisierung« des Rheinlands zuzustimmen, d. h. zwecks Beruhigung Frankreichs eine außerordentliche Einbuße an Souveränität für eine unabsehbare Zukunft zu akzeptieren. So ließ Hitler denn kurz nach der Ratifizierung des Paktes durch die französische Kammer am 7. März 1936 deutsche Truppen in das Rheinland einrücken und beging damit die weitaus schwerwiegendste seiner bisherigen Vertragsverletzungen. Daß er während der ersten 48 Stunden außerordentlich nervös war, ist vielfach bezeugt, und die Truppen hatten Anweisung, sich gegebenenfalls zurückzuziehen. Es ist eine offene Frage, ob das nationalsozialistische Regime eine Besetzung von Mainz und Köln überlebt hätte.

Aber es zeigte sich nun, daß die französischen Militärs nicht weniger Angst hatten als die deutschen. Ohne Mobilisierungsmaßnahmen glaubten sie ein Vorgehen nicht verantworten zu können, und dazu wollten sich die Politiker nicht verstehen, so daß man sich mit einem Appell an den Völkerbund be-

gnügte. In England ging die Meinung des kleinen Mannes auf der Straße nach dem Bericht des deutschen Militärattachés dahin, man sei doch nicht verrückt und gehe nicht noch einmal nach der Somme und Paschendaele, weil die Deutschen ihr eigenes Land besetzten.[10] So behielt Hitler abermals die Oberhand und errang bei den rasch angekündigten Reichstagswahlen am 28. März einen wahren Triumph, denn bei einer Wahlbeteiligung von über 99% stimmten 98,8% der Stimmberechtigten für die nationalsozialistische Liste.

Inzwischen befand sich auch Mussolini auf dem Wege des Sieges. Am 5. Mai 1936 zogen die Italiener unter der Führung des Oberbefehlshabers Marschall Badoglio in Addis Abeba ein, und es nützte nichts mehr, daß der äthiopische Delegierte am 11. Mai vor dem Völkerbund in einer leidenschaftlichen Rede das »Verbrechen« anklagte, durch das die Italiener »mit den grausamsten Mitteln der modernen Zivilisation« die Äthiopier ihrer Freiheit beraubt und beträchtliche Teile der Bevölkerung »ausgerottet« hätten.[11] Es dauerte nicht lange, bis die Sanktionen aufgehoben wurden, und die Westmächte ließen erkennen, daß sie versuchen würden, trotz des französisch-sowjetischen Paktes die Politik des kleinen Widerstandes zu neuem Leben zu erwecken. Aber Hitler hatte den Triumph Mussolinis und Mussolini den Erfolg Hitlers möglich gemacht. Es war kein Wunder, daß sich die beiden jetzt mehr und mehr aufeinander zu bewegten, da doch die Bewunderung Hitlers für Mussolini und den Faschismus immer offenkundig gewesen war und da Mussolini seinerseits sogar in den Zeiten scharfer machtpolitischer Spannung zwischen den beiden Staaten die ideologische Affinität und strukturelle Ähnlichkeit der Regime nicht selten hervorgehoben hatte. Ein Hinweis Mussolinis verschaffte Hitler die Möglichkeit, am 11. Juli 1936 ein Abkommen mit Österreich zu schließen, das die staatliche Unabhängigkeit bestätigte und dennoch den Nachfolger von Dollfuß, Kurt von Schuschnigg, zu einer Art von Gleichschaltung zwang. Hitler war nicht mehr isoliert, denn die drei realistischen Hauptmöglichkeiten der ihm gegenüber einzuschlagenden Politik hatten so viele Interferenzen aufgewiesen, daß keine konsequent in die Tat umgesetzt werden konnte.

Wie aber stand es um die vierte und älteste Grundmöglichkeit, um diejenige des großen Einvernehmens? In offiziellen Äußerungen westlicher Staatsmänner lassen sich kaum positive Hinweise entsprechender Art finden, aber mindestens Laval scheint ernsthaft darüber nachgedacht zu haben, ob es nicht das beste sei, die deutsche Dynamik nach Osten zu lenken, und in führenden Kreisen der westlichen Staaten gab es mancherlei Andeutungen und Gespräche, die in diese Richtung gingen und die wiederum den amerikanischen Botschafter in Berlin, William Dodd, mit großer Empörung erfüllten. Die Gegentendenzen waren freilich erheblich stärker, obwohl sie in der Öffentlichkeit häufig von Schriftstellern repräsentiert wurden, die dem *großen sozialen Experiment* in der Sowjetunion mit viel Sympathie gegenüberstanden. In Frank-

reich siegte die Volksfront bei den Parlamentswahlen vom 3. Mai, und auch in England gewann der Antifaschismus an Boden, obwohl die Konservativen über eine sichere Parlamentsmehrheit verfügten. Die Diplomatie des Außenkommissars Litwinow stimmte mit diesen Tendenzen aufs beste zusammen. Sie war in Charakter und Tonfall so sehr von den Verlautbarungen der zwanziger Jahre verschieden, daß Außerordentliches geschehen sein mußte, um diese Wandlung hervorzubringen. Es ist indessen sehr die Frage, ob Stalin seine eigentlichen Befürchtungen ausgesprochen hatte, als er auf dem 17. Parteitag eine »alte« und eine »neue« Linie der deutschen Politik unterschied, die schon vor Hitlers Machtantritt im Kampf gelegen hätten, nämlich die Rapallopolitik einerseits und die Tendenz zur Wiederaufnahme der Politik des ehemaligen Deutschen Kaisers andererseits, »der eine Zeitlang die Ukraine besetzt hielt, einen Feldzug gegen Leningrad unternahm und die baltischen Länder in ein Aufmarschgebiet für einen solchen Feldzug verwandelte«.[12] Es war nur allzu begreiflich, daß er den Vertretern dieser neuen Politik mit einer drastischen Metapher ankündigte, die neue industrielle und militärische Stärke der Sowjetunion werde sie davon abhalten, »ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken«.[13] Aber mußte seine eigentliche Befürchtung nicht dahin gehen, daß die Westmächte *seine* neue Linie, die Litwinow-Politik, für ein bloßes Strategem halten und schließlich doch zur Politik des großen Einvernehmens übergehen würden? Dann aber würden in Zukunft jener Feldzug des deutschen Machthabers und die Intervention der Alliierten nicht mehr wie 1918 gegeneinander gerichtet, sondern koordiniert sein. Deutschland mußte also das Zentrum seiner Sorgen sein, und zwei Hoffnungen boten sich an: die Rückkehr Deutschlands zur Rapallopolitik einerseits und die paradoxe Trennung des in seinem Faschismus prononciert kapitalistischen Deutschland von den weniger aktiven kapitalistischen Staaten. Auf jeden Fall aber mußte er die Rüstung vorantreiben, und die Grundlage dafür hatte er bereits 1928 mit dem ersten Fünfjahresplan gelegt. Im Mai 1935 konnte er der Kollektivierung die auch für westliche Ohren überzeugendste Auslegung geben, als er in einer Rede vor Absolventen der Roten Armee sagte, die Aufgabe habe darin bestanden, ein technisch rückständiges und fast bettelarmes Land mit halbanalphabetischer Bevölkerung »von den Bahnen des Mittelalters und der Unwissenheit auf das Geleise der modernen Industrie und der mechanisierten Landwirtschaft hinüberzuleiten«. Das sei gelungen, und nunmehr verfüge die Sowjetunion über eine mächtige und erstklassige Industrie und über eine organisierte und technisch prächtig ausgerüstete Rote Armee.[14] Kurz vorher hatte der Stellvertretende Kriegskommissar Michail N. Tuchatschewski auf dem VII. Rätekongreß im Januar 1935 Genaueres bekanntgegeben: die Ausgaben des Volkskommissariats für Verteidigung hätten im Jahre 1934 ca. fünf Milliarden Rubel betragen und für 1935 seien 6,5 Milliarden

Rubel veranschlagt. Die Effektivstärke der Roten Armee betrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt 960 000 Mann, und das Ziel bestehe darin, »daß es in der Welt keine andere Armee mehr gibt, die ihr gleichkommt«.[15]

Wenn Deutschland für Stalin im Zentrum stand, so mußte die Sowjetunion wiederum für Hitler das Hauptobjekt der Aufmerksamkeit sein, auch wenn er in erster Linie mit Italien und Frankreich, mit England und Polen beschäftigt war. Zwar ging Stalins Behauptung dahin, die Aufrüstung der Sowjetunion sei eine Reaktion auf Hitlers Machtergreifung, aber ihre Ursprünge gingen doch erheblich weiter zurück, und jedenfalls lag sie in ihrer Dimension so weit vor der deutschen, daß jede Regierung in Berlin aufs äußerste beunruhigt gewesen wäre. 1934 gab Hitler keinesfalls mehr als 3 Milliarden Mark für die Rüstung aus, 5 Milliarden Rubel waren mindestens das vierfache, und die Statistik einer Planwirtschaft läßt die indirekten Rüstungsausgaben nicht erkennen.

Es kann keinen Zweifel geben, daß die Sowjetunion und der Bolschewismus auch 1935/36 die emotionale Mitte von Hitlers Denken einnahmen. Als er sich mit Sir John Simon und Anthony Eden unterhielt, zitterten nach dem Bericht des Dolmetschers Paul Schmidt »seine Nasenflügel leicht vor Erregung, wenn er die Gefahren des Bolschewismus für Europa schilderte«. Mit »leidenschaftlicher Erregung« betonte er, daß Hunderte seiner Parteigenossen von den Bolschewisten ermordet worden seien und daß viele deutsche Soldaten und Zivilisten im Kampf gegen bolschewistische Aufstände ihr Leben verloren hätten. Dieses sein »Lieblingsthema Sowjetunion« nahm nach Schmidt bei der Unterredung viel Zeit in Anspruch, und voller Zorn nannte Hitler die Tschechoslowakei, die eben mit Moskau über einen Beistandspakt verhandelte, den »vorgeschobenen Arm Rußlands«.[16]

All das war nicht *bloße Taktik*, sondern ein nur wenig verhülltes Plädoyer für Hitlers eigentliche außenpolitische Konzeption, die Konzeption einer Politik des großen Einvernehmens, die seinem innenpolitischen Vorgehen genau entsprach: dem Bündnis mit Papen und Hugenberg zwecks Niederwerfung des gemeinsamen Feindes. Auch dieses Bündnis war für Hitler mehr als bloße Taktik, es entsprach vielmehr einigen seiner eingewurzeltsten Überzeugungen.

Daher sollte auch die große Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und dem Bolschewismus, die Hitler in der Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 vornahm, nicht bloß im Zusammenhang kurzfristiger außenpolitischer Ziele gesehen werden. Kaum irgendwo hat er sich und seine Bewegung so unzweideutig als *Antwort* auf den Bolschewismus dargestellt.

Der Nationalsozialismus beziehe sich als Lehre ausschließlich auf das deutsche Volk, der Bolschewismus dagegen betone seine internationale Mission; es sei nationalsozialistische Überzeugung, daß Glück und Leistung Europas unzertrennlich verbunden seien mit dem Bestand eines Systems unabhängiger freier nationaler Staaten, der Bolschewismus aber predige die Aufrichtung

eines Weltreiches und kenne nur Sektionen einer zentralen Internationale; der Bolschewismus betreibe die internationale Weltrevolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt, der Nationalsozialismus kämpfe für die konsequente Ausgleichung der Lebensgegensätze und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen; der Bolschewismus opfere Millionen von Menschen sowie unermeßliche Werte traditioneller Kultur wegen einer Theorie und erreiche doch nur einen sehr niedrigen Standard der Lebenshaltung, das nationalsozialistische Deutschland dagegen sei glücklich, einer europäischen Kulturgemeinschaft anzugehören, die der heutigen Welt in so großem Ausmaße den Stempel ihres Geistes aufgeprägt habe; der Nationalsozialismus sehe im privaten Eigentum eine »höhere Entwicklung der menschlichen Wirtschaftsentwicklung«, der Bolschewismus aber vernichte nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungsfreudigkeit.[17]

Das waren gewiß zum großen Teil Gemeinplätze des zeitgenössischen Denkens in Europa und Amerika. Aber nichts spricht dagegen, daß sie zugleich aufrichtige Überzeugungen Hitlers darstellten. Ohne genuine Gemeinsamkeiten war eine Politik des großen Einvernehmens nicht zu führen. Die deutsche Antwort mußte zum großen Teil zugleich die Antwort Europas und der USA sein. Aber ihre Eigentümlichkeit war schon Anfang 1934 in einer anderen Reichstagsrede Hitlers für jedermann greifbar geworden, nämlich die Eigentümlichkeit, daß diese Antwort zugleich mindestens ansatzweise eine Kopie war: »Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß genau so wenig wie in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird.«[18] Bestand die *Freiheit* der europäischen Kulturgemeinschaft nicht gerade darin, daß sie feindliche Propaganda und sogar Tätigkeit duldete, weil sie eben allen Meinungen und Tätigkeiten Raum gab und bisher stark genug gewesen war, daraus für ihre Entwicklung Gewinn zu ziehen? Gab es nicht die Gefahr, daß *alle* freie Tätigkeit und *jede* private Meinungsäußerung unterbunden werden mußten, wenn diese Forderung der genauen Entsprechung zu weiteren Konsequenzen getrieben wurde? Mußte nicht das Schicksal Papens und Hugenbergs für Simon und Eden eine Lehre und eine Warnung sein? Stand nicht Hitler selbst der Politik, die er am stärksten erstrebte, auch wieder am meisten im Wege? Hatte nicht Bertrand Russell recht, als er mit freilich defätistischem Unterton sagte: »Bei dem Versuch, sie zu stoppen, werden wir werden wie sie.«?[19] Nicht nur die alten antideutschen Empfindungen kamen ins Spiel, sondern auch die tief in der westlichen Kultur verwurzelten antitotalitären Überzeugungen. Vor der Politik des großen Einvernehmens türm-

ten sich mithin mindestens ebenso große Hindernisse auf wie vor der Politik des großen Widerstandes.

Aber in der Mitte des Jahres 1936 war es jedenfalls zu einer unbestreitbaren Tatsache geworden, daß die beiden Besiegten des Weltkriegs wieder große Militärmächte waren und daß sie guten Grund hatten, sich wechselseitig bedroht zu fühlen. Noch war nicht definitiv entschieden, welche der vier Hauptmöglichkeiten der Weltpolitik verwirklicht werden würde, die sich nach Hitlers Machtübernahme abzeichneten. Die fünfte Hauptmöglichkeit schien nicht mehr zu bestehen, auf die Stalin doch in seiner Rede nicht ohne Nostalgie angespielt hatte: die Möglichkeit, daß Deutschland und die Sowjetunion nach dem Vorbild des Rapallovertrages zueinanderfanden. Beide Mächte ließen vielmehr die Waffen sprechen, wenngleich außerhalb ihrer Hoheitsgebiete, als sie nach dem Aufstand des Generals Franco auf den entgegengesetzten Fronten in den Spanischen Bürgerkrieg eingriffen.

4. *Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg*

Gerüchte über das Einlaufen sowjetischer Schiffe, die für die geplante Machtergreifung der bolschewistischen Kräfte Waffen brächten, waren nach Aussagen von Beteiligten ein wesentliches Motiv für die Auslösung des Aufstands der spanischen Armee gegen die Regierung der Volksfrontparteien am 17./18. Juli 1936; Behauptungen über eine Verwicklung Hitlers in die Vorbereitungen machen bis heute die Runde. Das eine ist unwahr, das andere im höchsten Grade unwahrscheinlich. Der Spanische Bürgerkrieg erwuchs aus spanischen Wurzeln. Aber schon früh und nicht ohne Grund wurden die Vorgänge in Spanien zwischen 1931 und 1936 mit denjenigen in Rußland zwischen Februar und Oktober 1917 verglichen, und im November 1936 maßen sich sowjetische und deutsche Flugzeuge und Panzer, von deutschen und sowjetischen Soldaten bemannt oder doch dirigiert, in erbittertem Kampf um Madrid. Die Entscheidung brachte der starke Einsatz regulärer Heeres- und Milizverbände durch das faschistische Italien, und die gemeinsame Intervention führte Deutschland und Italien zur »Achse« zusammen. Im geheimen und von der Weltöffentlichkeit zunächst kaum bemerkt, wurde auf der Seite der *Republikaner* oder der *Roten* ein Kampf von ganz anderer Art geführt, ein Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki mit verkehrter Front, den man als Auswirkung des Gegensatzes zwischen der frühen und der späten Phase der russischen Revolution betrachten mag.

Der spanische Staat war wie der russische im Kampf gegen eine nichtchristliche Macht entstanden, und wenn die Herrschaft der Mauren noch weiter zurücklag als diejenige der *Tataren*, so war die Erinnerung doch stark, und

eine der Nachwirkungen war wie in Rußland die große Bedeutung einer Staatsreligion. Auch in Spanien hatte sich bis zum Ersten Weltkrieg die Industrie nur sehr ungleichmäßig entwickelt, der größte Teil des Landes war noch ganz agrarisch, und landlose oder landarme Bauern bildeten in vielen Regionen die Mehrheit der Bevölkerung. Auch in Spanien standen unter den Intellektuellen *Europäisierer* schroff gegen *Traditionalisten*, und schon dadurch wird unter Beweis gestellt, daß Spanien wie Rußland ein schwieriges Verhältnis zu *Europa* hatte. Auch in Spanien verband sich soziale Unruhe auf vielfältige Weise mit regionalen Selbständigkeitsbestrebungen, die im Falle der Basken und Katalanen geradezu den Charakter nationaler Befreiungskämpfe gegen die kastilische Vorherrschaft annahmen.

Freilich waren die Unterschiede ebenfalls beträchtlich. Spanien war seit dem Ende des ersten Karlistenkrieges 1839 den liberalen Monarchien zugezählt worden; es hatte immer wieder revolutionäre Erschütterungen erlebt, die meist durch ein *pronunciamiento* der Armee ausgelöst oder beendigt worden waren; seit 1889 fanden die Parlamentswahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht statt; die Sozialistische Arbeiterpartei führte eine legale Existenz, und die Anarchisten verbreiteten ihre Lehre nicht nur unter den Bauern Andalusiens, sondern auch unter den Fabrikarbeitern Kataloniens. So wurde die Monarchie 1931 infolge von Wahlen durch die Zweite Republik ersetzt, und diese gab sich nicht nur eine Verfassung nach dem Muster der Weimarer Republik, sondern ihr Parteiensystem schien sich bis auf die ungewöhnliche Stärke der Anarchisten kaum von dem Parteiensystem der übrigen europäischen Staaten zu unterscheiden.

Daß der neue Staat sowohl auf der monarchistischen Rechten wie auf der anarchistischen Linken schroffe Gegner fand, war nicht verwunderlich, denn er wurde zunächst von linksbürgerlichen Kräften regiert, die das Werk der Zurückdrängung der Kirche fortsetzen, die Armee reduzieren und eine Verkleinerung des Großgrundbesitzes bewirken wollten. Noch gravierender war, daß die Sozialisten sich unter Führung Largo Caballeros, der bis 1930 mit dem Diktator Primo de Rivera eng zusammengearbeitet hatte, immer mehr zu einer revolutionären Partei entwickelten und daß die christlich-demokratische Partei des Gil Robles ihre grundsätzlichen Vorbehalte nicht aufgab. Für den einen wie für den anderen Vorgang waren aber schon die internationalen Verhältnisse mitentscheidend: für die Sozialisten die Machtergreifung Hitlers und die gewaltsame Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokraten im Februar 1934, für die christliche Partei, die *CEDA*, das Klima des Führerkultes und der uniformierten Verbände, das kaum irgendwo ohne Auswirkungen blieb. Der asturische Aufstand von 1934, der von den Fremdenlegionären unter General Franco in blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, trug zur Verschärfung der Gegensätze ungemein bei: Largo Caballero hörte es nun

nicht ungern, wenn er der »spanische Lenin« genannt wurde, und beträchtliche Teile der *CEDA* sympathisierten jetzt mit der neugegründeten »Falange« und ihrem Führer José Antonio Primo de Rivera.

Die Wahlen vom 16. Februar 1936 zeigten, daß zwei etwa gleich starke Wählerblöcke der Rechten und der Linken einander gegenüberstanden und daß die Mitte beinahe aufgerieben war, aber infolge des Wahlsystems sprang ein großer Sieg der Volksfront heraus, welche nun auch die Anarchisten einschloß. Die Folge waren starke soziale Unruhen in großen Teilen des Landes, da vor allem die Landarbeiter die sofortige Einlösung der Wahlversprechungen forderten und an vielen Stellen das Land der Großgrundbesitzer ohne Umstände okkupierten. In Stadt und Land wurden Dutzende von Kirchen in Brand gesteckt, und die Zahl der Todesopfer ging in die Hunderte. In der sozialistischen Presse wurde viel von der bevorstehenden proletarischen Revolution gesprochen, und mit einigem Recht nahmen Betrachter die Hand der Komintern hinter der Vereinigung des sozialistischen und des kommunistischen Jugendverbandes wahr. Auf der anderen Seite provozierte die Falange durch Attentate nach Kräften, und die Karlisten in Navarra bereiteten sich fast unverhüllt auf den Bürgerkrieg vor. Aber auch mehr und mehr Generäle der Armee, Republikaner sowohl wie Monarchisten, gewannen die Überzeugung, daß das Land durch die soziale und die separatistische Agitation von der Auflösung bedroht sei und daß der Staatspräsident Manuel Azaña, das Musterbild des linksgerichteten Bildungsbürgers, der Kerenski einer spanischen Revolution sei.

So wurde der Aufstand vorbereitet, der nach der Überzeugung der führenden Männer keine Revolte sein würde, sondern die Übernahme der Macht und die Wiederherstellung der Ordnung nach dem Muster der *pronunciamientos* des 19. Jahrhunderts oder des Staatsstreichs Primo de Riveras im Jahre 1923. Die Ermordung des monarchistischen Politikers Calvo Sotelo durch Mitglieder einer Art von Regimepolizei war wohl mehr Anlaß als Grund, und am Abend des 17. Juli 1936 brachten die kampfkräftigsten Einheiten des spanischen Heeres, die in Nordafrika stationiert waren und dort schwere Niederlagen und große Siege erlebt hatten, die Kolonie in ihre Gewalt, während am Tage darauf viele Heereseinheiten sich im Mutterland erhoben. Aber nur im Norden und im äußersten Süden des Landes setzten sich die Soldaten unter Zustimmung und Teilnahme der Bevölkerung oder im Handstreich durch; in den großen Städten dagegen sammelten sich rasch erregte Massen und forderten von der Regierung Waffen. Obwohl beträchtliche Teile der Armee und der Polizeikräfte sowie fast die ganze Luftwaffe und Flotte loyal blieben[1], gab die Regierung unter einem neuen Ministerpräsidenten nach, und innerhalb weniger Tage war der Aufstand der Armee in Madrid und in Barcelona, in Valencia und in Badajoz, in Katalonien und in Estremadura

zum Scheitern gebracht. Zugleich aber griff im *loyalistischen* Spanien die Revolution wie ein Waldbrand um sich und ließ die Macht der linksbürgerlichen Regierung zur bloßen Hülse werden. Bewaffnete Massen füllten die Straßen, brannten Kirchen nieder, verjagten oder töteten die Unternehmer und insbesondere Priester und Mönche, richteten Kooperativen ein und organisierten die Verteidigung. Die Stimmung war fast überall festtäglich: Auch hier hatten die *Sklaven* die Herren verjagt und richteten sich nun ein gleichheitliches Leben ein, oft mit rührenden Rückgriffen auf ältere Zeiten wie besonders in Katalonien, wo viele Dorfgemeinschaften sich wie unabhängige Staaten gerierten und alle Symptome von Luxus und Laster wie Kaffee und Alkohol abschafften, hin und wieder aber auch in Experimenten einer großangelegten Planwirtschaft. Die Linke überall in der Welt sah die Befreiung und die Heiterkeit, den Neuanfang und den Massenenthusiasmus; die Rechte blickte überall mit Entsetzen auf die Morde, die Unordnung und die Enteignung, und sie sprach sofort vom *Bolschewismus* in Spanien. Die Linke klagte die Massenerschießungen an, welche die *Weißen* an vielen Stellen vornahmen, und die Rechte verbreitete Berichte über Kreuzigungen von Priestern und grausame Ertränkungen unschuldiger Menschen durch die *Roten*. Die öffentliche Meinung polarisierte sich noch weit entschiedener als während des russischen Bürgerkrieges. Eindeutiger als damals sprachen sich liberale Stimmen für die Republikaner und Loyalisten aus, aber selbst die *New York Times* brachte Anfang August die Befürchtung zum Ausdruck, daß bei einem Sieg der Regierung sehr bald der Kommunismus zur Herrschaft gelangen werde[2], und in England entsetzten sich nicht bloß Konservative darüber, daß die Matrosen auf einigen Schiffen der spanischen Kriegsmarine ihre Offiziere über Bord geworfen hatten, nicht anders, als Sergej Eisenstein es in seinem »Panzerkreuzer Potemkin« dargestellt hatte.

Ereignisse wie diese konnten keinen Staat gleichgültig lassen. Schon am Abend des 23. Juli wurde durch Meldungen der französischen Rechtspresse bekannt, daß die französische Regierung eine Bitte des spanischen Ministerpräsidenten Giral um Waffenlieferungen erhalten habe und daß sie diese Bitte zu erfüllen gedenke. In Frankreich aber war nun Léon Blum als Chef des Kabinetts der Volksfront am Ruder. Daß hier eine ideologische Affinität vorliege, konnte man ahnen, auch wenn man nicht wußte, das Giral sein Telegramm »mit brüderlichen Grüßen« beendet hatte.[3] Daß diese Affinität in Frankreich bald ähnliche Folgen zeitigen werde wie in Spanien, war die These der französischen Rechten, die sich daher einer solchen Intervention mit äußerster Heftigkeit und düsteren Drohungen widersetzte. So hätte es vermutlich der Zeitungsmeldungen nicht bedurft, um Hitler der Bitte Francos um Lieferung von 20 Transportflugzeugen geneigt zu machen, die ihm am Abend des 25. Juli in Bayreuth durch zwei deutsche Geschäftsleute übermittelt wurde. Diese Bitte

trug alle Zeichen der Improvisation an sich, und sie wäre vom Auswärtigen Amt mit Sicherheit abgelehnt worden, weil man die Risiken für zu groß hielt und überdies das Leben der Deutschen im republikanischen Spanien nicht gefährden wollte. Hitler aber war sofort der Überzeugung, daß der Bolschewismus nach Spanien greife und daß ihm der Weg versperrt werden müsse. Keiner seiner Berater wagte zu widersprechen, und ab Anfang August hatten Junkersmaschinen einen wesentlichen Anteil am Transport der marokkanischen Truppen und der Fremdenlegionäre Francos über die Straße von Gibraltar nach Andalusien. Nur dadurch wurde eine Fortsetzung des Bürgerkrieges möglich, der sich nun als eine bewaffnete Auseinandersetzung von Regionen und bis zu einem gewissen Grade von Klassen darstellte. Das von der anarchistischen Gewerkschaft CNT beherrschte Katalonien stand mit dem überwiegend sozialistisch regierten Madrid und dem katholischen, nichtrevolutionären Baskenland in einer Front gegen Navarra mit seinen karlistischen Milizen und Altkastilien, wo die Falange stark war, sowie gegen diejenigen Teile Andalusiens, wo die städtischen und ländlichen Arbeiter durch einen Handstreich des Generals Queipo de Llano überrascht worden waren, der ein überzeugter und ausgewiesener Republikaner war.

Ebenso früh wie Hitler und Mussolini, der auch einige Flugzeuge schickte, aber mit größerer Entschiedenheit griff die Kommunistische Internationale in den Kampf ein, und sie wäre ohnmächtig gewesen ohne die Organisation und die Geldmittel, die ihr der Geheimdienst der Roten Armee und die GPU zur Verfügung stellten. In Wahrheit handelte es sich also um ein sowjetisches Eingreifen, aber diese Intervention wäre ihrerseits in solcher Form nicht möglich gewesen, wenn nicht eine große Anzahl von Männern und keineswegs bloß von Kommunisten bereit gewesen wäre, ihr Leben einzusetzen, um den »Angriff des Faschismus« abzuschlagen. So strömten in Frankreich und in England zahlreiche Freiwillige zu den Sammelplätzen, deutsche und italienische Emigranten fanden sich hinzu, aus Jugoslawien und Griechenland kamen Männer auf geheimen Wegen, und sogar aus Amerika stellten sich so viele ein, daß sie schließlich ein eigenes Bataillon bilden konnten. Auch die Gegenseite blieb nicht ohne Freiwillige fremder Nationen: Franzosen, Engländer, Iren; aber es war für das antifaschistische Klima der Zeit kennzeichnend, daß kein einziger Amerikaner sich darunter befand. Nach dem Abschluß der umfangreichen Vorarbeiten und Transporte wurden die »Internationalen Brigaden« im Oktober aufgestellt; alle Berichte stimmten darin überein, daß die nach Nationen und Überzeugungen so vielfältig gemischten Truppen von großem Enthusiasmus erfüllt waren und daß sie die »Internationale«, die sie in vielen Sprachen sangen, tatsächlich als die Hymne einer neuen und besseren Menschheit verstanden. Die oberen Offiziersränge freilich waren so gut wie ausschließlich von Kommunisten besetzt, und das »Fünfte Regiment« galt als

das brauchbarste Instrument der Partei, die sich mit ihrer Forderung nach »Disziplin, Hierarchie, Organisation«[4] von Anfang an aufs deutlichste von den Anarchisten und deren undisziplinierten Milizen unterschied.

Zwar unterstützte Frankreich die »Loyalisten« auf mannigfaltige Weise, aber offiziell hatte es seine Grenzen geschlossen, als England ihm mit großem Nachdruck den Vorschlag machte, auf eine allgemeine Politik der Nichtintervention hinzuarbeiten. Für England war dabei sicherlich nicht nur der Hinblick auf die Politik des kleinen Widerstandes maßgebend, die nun nach dem Ende von Mussolinis äthiopischem Feldzug vielleicht zu einem Neuanfang gebracht werden könnte, sondern unzweifelhaft spielte auch der Gedanke an die gewaltigen englischen Investitionen in Spanien eine Rolle, die bei einem Sieg der Madrider Regierung, d. h. der revolutionären Kräfte, vermutlich gefährdet sein würden. In der Tat schlossen sich fast alle Staaten Europas dieser Politik an, die man wohl eine Politik der Begrenzung der Intervention nennen sollte, denn niemand zweifelte daran, daß deutsche, sowjetische und italienische Waffen nach Spanien gelangten und auch weiterhin dorthin gelangen würden.

Inzwischen hatten die *nationalen* Truppen eine Verbindung zwischen ihren nördlichen und südlichen Gebieten bei Badajoz herstellen können, und Ende September entsetzten sie die Offiziere und Kadetten, die sich zwei Monate lang im Alcazar von Toledo gegen eine gewaltige Übermacht verteidigt hatten. Der Fall von Madrid schien bevorzustehen.

In der Sowjetunion waren sehr bald nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges große Solidaritäts- und Protestveranstaltungen sowie Geldsammlungen durchgeführt und viele scharfe Reden gegen die friedensgefährdenden Aktionen des Faschismus gehalten worden, aber zunächst scheint Stalin gemeint zu haben, daß die Organisierung der Internationalen Brigaden als unmittelbare Hilfe genügen würde. Nichts hätte ihm in der gegebenen weltpolitischen Lage unangenehmer sein müssen als der Nachweis, daß er dabei sei, in Spanien eine bolschewistische Revolution nach dem Muster der russischen in Gang zu setzen. Schon der begründete Verdacht hätte alle Chancen einer Politik des großen Widerstandes zerstört und die Gefahr eines Einvernehmens zwischen England und Deutschland heraufbeschworen, der er doch durch die Verkündung der Volksfrontpolitik auf dem 7. Kongreß der Komintern im Juli/August 1935 gerade hatte begegnen wollen. Aber er konnte nicht untätig bleiben, wenn Deutschland Waffen nach Spanien schickte.

So gingen denn schon im September Berichte auswärtiger Vertretungen in Berlin ein, daß russische Truppen mit Waffen an Bord aus Odessa ausgelaufen bzw. in spanischen Häfen angelangt seien[5] und daß viel Gold aus Spanien abtransportiert werde, das offenbar zur Bezahlung von Kriegsmateriallieferungen bestimmt sei. Fast gleichzeitig tauchten im Oktober deutsche bzw. italienische und sowjetische Tanks auf den beiden Seiten auf. Als Anfang Novem-

ber die Kämpfe um Madrid begannen, nahm eine ganze Anzahl von deutschen und sowjetischen Flugzeugen an den Kämpfen teil. Die russischen Berater beteiligten sich nicht direkt an den Kämpfen, aber die russischen Ratas erwiesen sich den deutschen He 51 wider Erwarten als überlegen, und das gleiche galt für die Panzer. Mit der Luftherrschaft der *Nationalen* war es bald zu Ende, und als die XI. und die XII. Internationale Brigade unter dem Jubel der Bevölkerung am 10. November durch die Stadt marschierten und in die Kämpfe eingriffen, da wurden die am Stadtrand vordringenden Marokkaner zum Stehen gebracht, und die Stadt blieb in den Händen der Regierung, an deren Spitze seit Anfang Dezember Largo Caballero stand.

Aber um die gleiche Zeit nahm die deutsche Hilfe erstmals einen großangelegten und systematischen Charakter an, sowohl als Folge der sowjetischen Unterstützung wie auch wiederum als Ursache für deren weitere Verstärkung. Ab Mitte November befand sich ein großer Luftwaffenverband in Spanien, »Legion Condor« genannt, aus ca. 5000 Männern bestehend, die nominell Freiwillige waren, verstärkt durch einige Panzerabteilungen und Erdtruppen, welche überwiegend damit beschäftigt waren, Spaniern eine Kampfausbildung zu geben. Lieferungen von einigen Messerschmitt-Jägern stellten die frühere Überlegenheit im großen und ganzen wieder her; aber daß militärische Erfolge nur noch Teilmomente in einem großen Ringen waren, mußten die Legion und die deutsche Führung erfahren, als Ende April 1937 im Zusammenhang von Francos Offensive an der Nordfront die Stadt Guernica von deutschen Flugzeugen zerstört wurde und eine Welle der Empörung die westlichen Länder überschwemmte. Die Italiener mußten eine noch härtere Erfahrung machen, nachdem sie seit Dezember ganze Divisionen in der Gesamtstärke von etwa 50 000 Mann nach Spanien gebracht hatten. Zwar eroberten die »Schwarzhemden« am 8. Februar Malaga, nicht zuletzt wegen des Versagens der dort stationierten Milizen, aber als sie Ende März bei Guadalajara auf die Internationalen Brigaden stießen, unter denen sich das italienische Bataillon »Garibaldi« befand, hatten sie einen fühlbaren Rückschlag hinzunehmen. Dabei fiel weniger ins Gewicht, daß sie erobertes Gelände zum großen Teil wieder aufgeben mußten, sondern daß sich die Kampfmoral ihrer Gegner als stärker erwies. Kein Geringerer als General Mario Roatta gab zu, daß die Internationalen Brigaden »geschickt und vor allem mit Fanatismus und Haß« fochten[6], während es den Schwarzhemden offensichtlich an Motivation mangelte. Das schlimmste war, daß die italienischen Antifaschisten mit ihrer Propaganda das Ohr der Milizsoldaten zu erreichen vermochten und daß ganze Truppenteile sich ohne Notwendigkeit ergaben oder sogar überliefen. Dagegen blieben der Appell an die *proletarische Solidarität* und die Propaganda gegen die Sinnlosigkeit und Ungerechtigkeit dieses Krieges bei den Offizieren und Soldaten der Legion Condor ohne jeden Eindruck – von den exzeptionel-

len Fällen einiger weniger Gefangener abgesehen. Soweit sie sich nicht als reine Kriegstechniker betrachteten, für die Spanien ein Manöverfeld war, teilten sie mehr oder weniger die Überzeugung, daß sie die Kultur gegen einen bösartigen Angriff verteidigten, und durchweg waren sie von dem sicheren Empfinden der Zugehörigkeit zu einer höherstehenden Ordnung erfüllt, so daß sie vielfach mit Geringschätzung auf die Spanier beider Seiten herabsahen. Wohl wurden gelegentlich Zweifel laut, und es ist keineswegs unglaubwürdig, wenn ein Nachkriegszeuge behauptet, gerade die Nationalsozialisten unter den Legionären hätten sich oft gefragt, ob man nicht auf der falschen Seite kämpfe.[7] Solche Fragen resultierten aber nicht aus genuiner Sympathie für den Gegner, sondern aus Abneigung gegen die *reaktionären* und übervorsichtigen Generäle und gegen die große Rolle der katholischen Kirche auf nationalspanischer Seite.

Wenn die Russen sich bei diesem ersten Kampfeinsatz gegen Deutsche seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ohne Vorurteile die Frage gestellt hätten, zu welchen Folgerungen man gelangen müsse, dann hätten sie wohl konstatiert, daß die Truppen des nationalsozialistischen Deutschland noch weniger durch einen Propagandasturm nach dem Muster des Sieges über Kornilow zu erschüttern waren als das deutsche Heer von 1918, ja daß vielleicht jener Sieg die von ganz bestimmten Umständen abhängige Ausnahme gewesen war, während seitdem alle »Kornilows« von Horthy bis Franco siegten oder doch gute Siegeschancen hatten, von so unerwarteten Gestalten wie Mussolini und Hitler zu schweigen. Den Deutschen wiederum hätte die einfache Tatsache viel Stoff zum Nachdenken liefern können, daß die spanischen Massen, die das *bolschewistische Chaos* erzeugten, keinesfalls, wie es möglicherweise in Rußland der Fall gewesen war, von jüdischen Agitatoren aufgehetzt sein konnten, denn eine jüdische Minderheit war in Spanien so gut wie nicht vorhanden. So war es zwar nicht verwunderlich, daß auf dem »Parteitag der Ehre« im September 1936 sehr viel von Spanien die Rede war und daß Rudolf Heß es als Ziel des Kongresses bezeichnete, »die große These und Antithese des Jahrhunderts, Bolschewismus und Nationalsozialismus, (zu) entwickeln«, aber es mußte für die Klügeren unter den Nationalsozialisten sehr beunruhigend sein, daß Alfred Rosenberg die alte Rede von »Sowjetjudäa« wieder aufgriff und daß Goebbels den Bolschewismus erneut als »Diktatur der Minderwertigen« bezeichnete.[8] Wenn die Eindrücke von 1917/18 so unverändert perpetuiert wurden, war die Gefahr sehr groß, daß man einen Gegner falsch einschätzte, dessen Industrie so hervorragende Waffen lieferte und dessen Anhänger in den Internationalen Brigaden, zu einem nicht geringen Teil Juden, Leistungen vollbrachten, von denen *Minderwertige* und *Untermenschen* nicht einmal hätten träumen können. Für die tradierten Auffassungen beider Seiten aber hätte es ein Schock sein müssen, daß Joseph Goebbels in Nürnberg einen Mann als

besonders schlimmen Vertreter des Bolschewismus namentlich hervorhob, der einige Monate später spurlos verschwand, nachdem er von der kommunistischen Presse auf das heftigste angegriffen worden war: Andrés Nin, den wichtigsten Führer der linkskommunistischen Partei *POUM*.

Was die Außenwelt, soweit sie nicht sympathisierte, im *roten* Spanien wahrnahm, war vor allem das *bolschewistische Chaos* und der *bolschewistische Terror:* die schlecht gekleideten und mit Gewehren bewaffneten Massen in den Straßen, die *Spaziergänge*, bei denen die Gegner erschossen wurden, die disziplinlosen Haufen der Anarchisten, die aus den Gräbern gerissenen und auf der Straße aufgestellten Mumien von Nonnen, die gewalttätigen Besitzergreifungen, die zwangsweisen Kollektivierungen. Aber inmitten dieses *Chaos* gab es eine Kraft, die von Anfang an für *Ordnung* eintrat, die sich gegen *Sozialisierungen* aussprach und die in ihren eigenen Gefängnissen keineswegs nur große Kapitalisten oder Offiziere, sondern gerade auch *Bolschewisten* gefangenhielt und tötete: die Kommunistische Partei Spaniens. Gewiß vertrat nicht sie allein die Auffassung, daß vor allem der Krieg gewonnen und daher effizient geführt werden müsse. Auch Largo Caballero wirkte als Ministerpräsident darauf hin, daß die anarchistischen Milizen einer einheitlichen Führung unterstellt würden, auch er trat für die Schaffung einer regulären Armee mit Diensträngen und strenger Disziplin ein, auch er sprach sich für die Abschaffung der Soldatenräte und überhaupt der »Herrschaft der Komitees« aus. Aber die Kommunisten gingen nicht nur mit ihrem eigenen hervorragenden Beispiel voran, sondern sie verfochten auch von Anfang an Thesen, die bei ihren sozialistischen Verbündeten und erst recht bei den Anarchisten großes Unbehagen weckten: das spanische Volk kämpfe nicht für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern für die Verteidigung der republikanischen Ordnung, die den Respekt für kleineres und mittleres Eigentum einschließe; die zwangsweise Kollektivierung nach Art der Anarchisten sei abzulehnen; die Kirchen sollten wiedereröffnet und die Kultfreiheit öffentlich garantiert werden; nicht nur der Faschismus müsse ausgerottet werden, sondern das gleiche gelte für die Trotzkisten und die »Unkontrollierbaren« (d.h. die radikalen Anarchisten). Ganz in diesem Sinne war ein von Stalin, Woroschilow und Molotow unterzeichneter Brief geschrieben, den der Botschafter Marcel Rosenberg im Dezember dem Ministerpräsidenten Caballero überreichte: Es komme darauf an, die kleinere und mittlere Bourgeoisie zu gewinnen, man müsse sie gegen Konfiskationen schützen und nach Möglichkeit die Handelsfreiheit sichern. Ein gutes Verhältnis zu den linksbürgerlichen Kräften um den Staatspräsidenten Azaña sei von entscheidender Bedeutung; denn die schlimmste Gefahr für den Sieg der gemeinsamen Sache sei ein Aufkommen des Eindrucks, daß Spanien als eine kommunistische Republik anzusehen sei.[9]

Der enge Zusammenhang zwischen der Innenpolitik der Kommunistischen

Partei Spaniens und der Außenpolitik Stalins springt ins Auge, und es läßt sich nicht leugnen, daß die Partei Lenins während des russischen Bürgerkrieges mit nicht geringerer Entschiedenheit gegen die Anarchisten und mangelnde Disziplin aufgetreten war. Trotzdem ist die Feststellung berechtigt, daß die KP in Spanien die Thesen vertrat, welche in Rußland die Menschewiki verfochten hatten: die Thesen, daß die Verhältnisse für den Sozialismus nicht reif seien, daß man mit dem Bürgertum zusammenarbeiten müsse, daß man lediglich eine *bürgerliche Revolution* durchführen könne. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Kommunistische Partei in Spanien geradezu zur Schutzmacht der selbständigen Bauern und der Gewerbetreibenden wurde und daß das ungeheure Anwachsen ihrer Mitgliederzahlen nicht zuletzt auf den Zustrom aus diesen Kreisen zurückzuführen war. Ebensowenig ist es aber erstaunlich, daß Camillo Berneri, Emigrant aus Italien und intellektueller Wortführer der katalanischen Anarchisten, die KP anklagend die »Fremdenlegion der spanischen Demokratie und des spanischen Liberalismus« nannte.[10] In diesem *Bolschewismus* gab es also mindestens zwei Parteien, die von tödlichem Haß gegeneinander erfüllt waren. Dabei waren die Kommunisten der angreifende Teil, und die Vorwürfe, die sie insbesondere gegen die *POUM*, die linkskommunistische oder rechtsanarchistische Partei von Andrés Nin richteten, waren schon in sich eine Todesdrohung: die Partei sei trotzkistisch und von Leuten der Falange durchsetzt, sie stelle sich negativ zu der russischen Hilfe ein und sie wirke durch ihre starke Stellung in Katalonien den Kriegsanstrengungen entgegen. Anfang Mai 1937 kam es dann tatsächlich in Barcelona zum Bürgerkrieg im Bürgerkrieg: Anhänger der *CNT* und der *POUM* widersetzten sich gewaltsam dem Befehl, die von ihnen kontrollierte Telefonzentrale zu räumen, und sie brachten die Stadt für einige Tage in ihre unbeschränkte Gewalt zurück, aber schließlich unterlagen sie den rasch herangeführten und meist kommunistischen Regierungstruppen. Mindestens 500 Tote wurden gezählt. Andrés Nin wurde verhaftet und nach schweren Folterungen wie Berneri ermordet.

Damit war die Kraft des katalanischen Anarchismus gebrochen, aber es war auch um die Macht des revolutionären Impetus und der Spontaneität geschehen. Hinfort kämpften in Spanien zwei reguläre Armeen gegeneinander, und an der Spitze der Regierung stand nach der Ablösung Caballeros mit Juan Negrín ein Mann, der als liberaler und kultivierter Intellektueller galt. Die Kommunisten und die sowjetischen Berater hatten auf ihn aber einen viel stärkeren Einfluß, als die deutschen und italienischen Offiziere auf General Franco zu gewinnen vermochten. Dieser entzog sich sogar einer angemessenen Bezahlung der gewaltigen Lieferungen, die er erhalten hatte, während die *roten* Spanier mit den Goldbeständen der Staatsbank die sowjetische Hilfe auf Heller und Pfennig beglichen. Deutsche und Italiener blieben fremde Hilfskorps,

und nur ganz wenige ihrer Offiziere hatten Erfahrungen aufzuweisen, die auf die Jahre 1918–1920 zurückgingen. Die russischen Berater dagegen und die Führer der Internationalen Brigaden waren zum großen Teil Veteranen der Revolution und des Bürgerkrieges, z. B. der sowjetische Generalkonsul in Barcelona Antonow-Owsejenko, die Generäle »Kleber« und »Lukacz«, die Kommandeure Ludwig Renn und Hans Kahle. Daß sie noch fest in ihrem alten Glauben verwurzelt waren, läßt sich nicht bezweifeln, und daran änderte der Kampf gegen die Anarchisten nichts und auch nicht das Eintreten der spanischen Genossen für die bürgerliche Republik. Schon gar nicht verloren sie die Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen, durch Tatbestände wie die, daß Franco und seine deutschen und italienischen Hilfstruppen die größeren militärischen Erfolge aufzuweisen hatten, daß Deutschland und Italien in der großen Politik als »Achsenmächte« immer näher aneinanderrückten und daß Mussolini bei seinem triumphalen Besuch in Deutschland gegen Ende September 1937 den Bolschewismus »die moderne Form finsterster byzantinischer Gewaltherrschaft« nannte und die Prophezeiung wagte, das Europa von morgen werde faschistisch sein.[11] Aber die Nachrichten aus der Sowjetunion mußten sie beunruhigen.

Ilja Ehrenburg besuchte im Juni 1937 die XII. Internationale Brigade an der aragonischen Front und sprach dabei auch mit einem »kleinen, untersetzten und überaus finster dreinblickenden Mann«, offenbar einem hohen Offizier aus den Reihen der sowjetischen Berater, der eine Ausgabe der *Prawda* vor sich liegen hatte. Der Mann trank kalten Tee, und plötzlich fragte er: »Wissen Sie das Neueste? Tuchatschewski, Jakir und Uborewitsch sind zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Sie sind Volksfeinde.«[12]

Während nicht wenige seiner besten Soldaten und die Blüte der Kommunistischen Internationale in Spanien kämpften, hatte Stalin in Moskau die große »Säuberung« in Gang gesetzt. Viele der Spanienkämpfer fielen ihr zum Opfer, unter ihnen Antonow-Owsejenko, der in der Sowjetunion als der Eroberer des Winterpalastes berühmt war. Hitler war dabei entweder ein Mitwirkender oder ein Betrogener. Dennoch erstarb in der Sowjetunion das große Aufbaupathos nicht, welches das Land seit den Anfängen und besonders seit 1928 beherrschte.

5. *Die »große Säuberung« und das Aufbaupathos in der Sowjetunion*

Die »große Säuberung« begann für die Augen der Weltöffentlichkeit am 19. August 1936, als im Oktobersaal des Moskauer Gewerkschaftshauses ein Prozeß gegen eine Anzahl von alten Bolschewiki eröffnet wurde, der durch eine große Pressekampagne vorbereitet war und zu dem ausländische Bericht-

erstatter sowie ausgesuchte sowjetische Zuhörer Zutritt erhalten hatten. Auf der Anklagebank saßen ehemalige Oppositionelle und unter ihnen Grigorij Sinowjew und Lew Kamenjew, die einst die engsten Mitarbeiter Lenins gewesen waren und die zwischen 1924 und 1926 in der Frontstellung gegen Trotzki zusammen mit Stalin die Führungstroika des Landes gebildet hatten. Jetzt aber legten sie das Geständnis ab, als Mitglieder des *trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrums* Mordanschläge gegen die führenden Männer der Sowjetunion und insbesondere gegen Stalin geplant zu haben. Bei Kirow waren sie nach ihrer Aussage tatsächlich zum Ziel gelangt. Fast alle Angeklagten waren geständig. Sinowjew räumte sogar ein, er sei über den Trotzkismus zum Faschismus gelangt, und Kamenjew rief das Volk dazu auf, Stalin zu folgen, denn das Urteil über ihn selbst und seine Genossen sei gerecht. Ein Altbolschewik namens Mratschkowski – zweifellos ein Mann von ähnlicher Entschlossenheit und Tapferkeit wie die Spanienkämpfer – verlangte sogar selbst die Erschießung, da sich an seinem Beispiel gezeigt habe, daß auch Arbeiter zu Konterrevolutionären werden könnten. Der Staatsanwalt Wyschinski forderte in der Tat, »daß diese tollgewordenen Hunde allesamt erschossen werden«, und das Gericht entsprach seinem Antrag.[1] Es dauerte kaum 24 Stunden, bis die Mitteilung erfolgte, die Angeklagten seien hingerichtet worden.

Die *öffentliche Meinung* in der Sowjetunion zeigte sich befriedigt. Die Zeitungen hatten einen wahren Haßfeldzug geführt, und überall im Lande hatten Massenversammlungen Resolutionen verabschiedet, die den Tod für diese Verräter forderten. Im Westen dagegen wurden mancherlei Zweifel laut. War es wirklich glaubwürdig, daß diese vielfach bewährten Altbolschewisten zu Terroristen und Mördern geworden waren, um der eigenen Partei und dem eigenen Regime zu schaden? Was oder wer hatte sie zu solchen Selbstbezichtigungen veranlaßt? War die Anklage nicht in einigen Punkten, etwa bei der Nennung von Namen ausländischer Hotels, wo konspirative Treffs mit Abgesandten Trotzkis stattgefunden haben sollten, offensichtlich auf unrichtige Angaben gebaut? Trotzdem ging die vorherrschende Meinung der westlichen Beobachter dahin, daß die Aussagen der Angeklagten glaubwürdig gewesen seien, und berühmte englische Juristen erklärten das Verfahren für völlig unanstößig. So ebbten die Wogen der ersten Erregung rasch wieder ab, zumal man sich auf dem Höhepunkt der Hoffnungen befand, die aus der neuen »Stalin-Verfassung« resultierten: Die Sowjetunion schien nun endgültig in den Kreis der demokratischen Mächte eingetreten zu sein, und alle westlichen Freunde der Politik des großen Widerstandes zeigten sich überzeugt, daß der Expansion des Faschismus nun durch ein antifaschistisches Bündnis aller friedliebenden Mächte ein Ende bereitet werden könne.

Sogar die entschiedensten *Weggenossen* wären aber vermutlich sehr betroffen gewesen, wenn sie gewußt hätten, wie viele Untersuchungen, Vorbereitun-

gen, Parteisäuberungen und Prozesse hinter verschlossenen Türen in den anderthalb Jahren seit der Ermordung Kirows bereits stattgefunden hatten und auf wie merkwürdige Weise die Verstärkung der patriotischen Propaganda, die Auflösung der »Gesellschaft der alten Bolschewisten« im Mai 1935 und die weitere Verschärfung der Strafgesetze (etwa die Ausdehnung der Todesstrafe auf Kinder von mehr als zwölf Jahren) ein einheitliches Ganzes darstellten. Und sie wären noch mehr beunruhigt gewesen, wenn sie das Telegramm gekannt hätten, das Stalin und Schdanow am 25. September 1936 von Sotschi aus an einige Mitglieder des Politbüros in Moskau gerichtet hatten. Es lautete: »Wir halten es für unbedingt notwendig und dringlich, daß Genosse Jeschow zum Volkskommissar für Innere Angelegenheiten ernannt wird. Jagoda hat sich endgültig als unfähig erwiesen, den Block der Trotzkisten und Sinowjewisten zu entlarven. Die GPU ist in dieser Angelegenheit um vier Jahre in Verzug. Das wird von allen Parteifunktionären und den meisten NKWD-Mitgliedern bemerkt.«[2] Das Telegramm spielte unübersehbar auf die Affäre Rjutin an. Was Stalin 1932 nicht hatte durchsetzen können, würde nun verwirklicht werden, aber statt des einen Rjutin würden viele Zehntausende, ja Hunderttausende von Parteimitgliedern die Opfer sein, und selbst Jagoda, der 1934 als GPU-Chef zum Leiter des Innenkommissariats geworden war, würde nicht verschont bleiben. Die »Jeschowschtschina« begann.

Zunächst war es fast unbemerkt geblieben, daß im Prozeß gegen Sinowjew und Kamenjew einer der geringeren Angeklagten zugegeben hatte, Beziehungen zur Gestapo aufgenommen zu haben, und daß in einigen Aussagen die Namen von bisher unbelasteten Parteiführern und hohen Militärs genannt worden waren. Aber am 23. Januar 1937 wurde ein neuer Prozeß eröffnet, der Prozeß gegen das *trotzkistische Parallelzentrum,* und nun standen einige dieser Männer vor den Schranken. Die Anklage lautete nicht mehr primär auf Terroranschläge, sondern auf Sabotage und auf Verbindung mit dem deutschen sowie mit dem japanischen Feind. Kein geringerer als Grigorij Pjatakow, den Lenin durch Erwähnung in seinem Testament ausgezeichnet hatte und der wie kein zweiter der Organisator der Industrialisierung gewesen war, sollte nun zusammen mit seinen Mitangeklagten gewillt gewesen sein, die Industrialisierung rückgängig zu machen, Deutschland territoriale Konzessionen einzuräumen und im Kriegsfalle Sabotage zu verüben. Bei einem Treffen mit Trotzki in Oslo habe Pjatakow von diesem gehört, daß eine Begegnung mit Rudolf Heß stattgefunden habe und daß eine Zusammenarbeit in Krieg und Frieden vereinbart worden sei. Die Einbeziehung des nationalsozialistischen Deutschland in den Prozeß wurde noch dadurch besonders unterstrichen, daß Karl Radek unter den Angeklagten saß, jener Mann, der 1919 Lenins Abgesandter in der deutschen Revolution gewesen war und der 1923 in seiner Schlageter-Rede ein Bündnis zwischen Kommunisten und deutschen Nationalrevolutionären ge-

fordert hatte. Radek bestätigte ausdrücklich, daß Trotzki für Rußland ein »bonapartistisches« Regime anstrebe und bereit sei, die Ukraine an Deutschland abzutreten. Wyschinski nannte die Angeklagten »Judasse«, die tiefer gesunken seien als die schlimmsten Anhänger Denikins oder Koltschaks, und alle wurden zum Tode verurteilt und erschossen mit Ausnahme von Radek und Sokolnikow, der einer jener zwölf Männer gewesen war, welche am 23. Oktober 1917 den Beschluß zum Aufstand gefaßt hatten. Beide erhielten zehn Jahre Gefängnis, kamen aber aller Vermutung nach schon bald in einem der Arbeitslager um.

Dieser Prozeß machte auf die westliche Öffentlichkeit und auch auf eine Anzahl von Kommunisten einen tieferen Eindruck als der erste, nicht zuletzt deshalb, weil Trotzki in New York eine Art Gegenprozeß organisierte, bei dem gravierende Unrichtigkeiten nachgewiesen wurden. Jetzt wurde nicht selten die Frage gestellt, ob Stalin etwa alle Altbolschewisten und Mitkämpfer Lenins physisch vernichten wolle, nachdem er sie politisch schon längst entmachtet hatte. Hier und da wurde die Vermutung geäußert, die GPU müsse durch Erpressungen oder Versprechungen oder durch Appelle an die tief eingewurzelte Parteiloyalität diese eigenartigen Geständnisse erzwungen haben. Es blieb ebenfalls nicht unbemerkt, daß seit Ende September Nikolaj Jeschow an die Stelle Jagodas getreten war. Aber viele westliche Beobachter hielten die Geständnisse auch jetzt noch für glaubwürdig und die Verhandlungsführung für korrekt, unter ihnen der neue amerikanische Botschafter Joseph Davies, der freilich als stalinfreundlicher Kapitalist die Hoffnung auf eine weitgehende Änderung des Regimes damit verband.

Daß in der Sowjetunion etwas Ungeheuerliches vor sich ging, wurde der Welt erst bewußt, als am 11. Juni 1937 bekanntgegeben wurde, daß eine Anzahl der höchsten Kommandeure der Roten Armee wegen des Verdachts des Hochverrats verhaftet worden seien, und schon am nächsten Tage folgte die Mitteilung, die Betreffenden seien vor Gericht gestellt und hingerichtet worden, unter ihnen der Marschall der Sowjetunion Michail Tuchatschewski und die Armeekommandanten Jakir und Uborewitsch. Zwar lag die Vermutung nahe, daß Stalin auf diese Weise die Auseinandersetzungen um die Wiedereinführung der Institution der Politischen Kommissare definitiv beenden wollte, die allem Anschein nach dem entsprechenden und im Mai gefaßten Beschluß vorhergegangen waren, aber für die Öffentlichkeit stand doch die Tatsache ganz im Mittelpunkt, daß die acht Kommandeure, unter denen mehrere Juden waren, als Verräter und deutsche Agenten bezeichnet wurden. Genaueres wurde nie bekanntgegeben, ein öffentlicher Prozeß fand nicht statt; die hohen Offiziere, die als Richter fungierten, wurden zu einem großen Teil wenig später ebenfalls erschossen; aber aus Aussagen von SS-Offizieren ist bekannt, daß unter der Leitung Reinhard Heydrichs und offensichtlich mit Zu-

stimmung Hitlers ein Dossier über Tuchatschewski gefälscht wurde, der während der Weimarer Zeit tatsächlich und ganz offiziell Beziehungen zur Reichswehr gehabt hatte, so daß Unterschriften von ihm in den Archiven vorhanden waren.[3] Dieses Dossier wurde Stalin über Benesch zugespielt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er ihm Glauben schenkte. Das Motiv Hitlers und Heydrichs war natürlich der Wunsch, die Kampfkraft der Roten Armee zu schwächen; aber es gibt auch Hinweise, daß gerade umgekehrt Stalin es war, der den Deutschen die Fälschung suggerieren ließ, so daß sie ein falsches Bild von ihren eigenen Möglichkeiten und deren Auswirkungen erhielten. Jedenfalls kann Stalin unmöglich die riesige Anzahl von Offizieren für deutsche und japanische Agenten gehalten haben, die nun in einem wahren Ansturm der Geheimpolizei auf die Armee bis Ende 1938 zu vielen Tausenden hingerichtet wurden. Von fünf Marschällen überlebten nur zwei, von vierzehn Armeebefehlshabern ebenfalls zwei, von acht Admiralen blieb keiner am Leben, von 67 Korpskommandanten wurden 60 erschossen und von 199 Divisionskommandanten 136.[4] Keine Armee der Welt erlitt jemals vor dem Feinde solche Verluste in den hohen Rängen des Offizierskorps wie die Rote Armee in den Friedensjahren 1937 und 1938. Aber Jakir starb mit dem Ruf: »Es lebe die Partei, es lebe Stalin«, und er war bei weitem nicht der einzige, der dem Manne und der Partei sogar im Tode die Treue hielt, welche ihn und seine Kameraden mit Schmutz bedeckten und vernichteten. Jedenfalls finden sich in den geheimen Berichten der deutschen Diplomaten keinerlei Hinweise, daß in jenen Selbstbezichtigungen Radeks und Pjatakows und in den Anklagen gegen die Offiziere auch nur ein kleiner Kern von Wahrheit enthalten gewesen wäre. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, nannte es im Gegenteil »völlig absurd«, daß Deutschland nach einem Kriege mit der Sowjetunion Trotzki-Bronstein und Radek-Sobelsohn in Moskau an die Macht bringen würde. Die eigentliche Absicht des zweiten Prozesses erblickte der Botschafter darin, daß alle diejenigen gewarnt werden sollten, »welche die auf die Steigerung der Wehrkraft Rußlands gerichtete Politik Stalins nicht begreifen wollen und mit den Lehrbüchern Lenins unterm Arm umherlaufen«. Gleichzeitig sollten auch Deutschland und Japan angeprangert werden, indem man ihnen Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion unterstelle und so den Gegnern andichte, »was Moskau selber tut«.[5] Was die Offiziere angeht, so schloß von der Schulenburg in einem späteren Bericht nicht aus, daß sie »deutschfreundlich« eingestellt waren, aber für wichtiger hielt er, »daß Stalin selbständige Führerpersönlichkeiten in der Armee als mögliche Kristallisationspunkte der Unzufriedenheit oder etwa vorhandenen Ehrgeizes« fürchte und daher rechtzeitig auszuschalten suche.[6]

Doch die Verfolger wurden kaum weniger hart getroffen als die Verfolgten, die ihrerseits die Sieger und Verfolger im Bürgerkrieg gewesen waren. Die Ab-

setzung von Jagoda zog eine Welle von Selbstanklagen und wechselseitigen Denunziationen in der GPU nach sich, über die Krivitsky sehr anschaulich berichtet hat.[7] Mit nur wenigen Ausnahmen wurden am Ende jene Untersuchungsrichter beseitigt, die durch das System der nächtelangen Verhöre oder durch Folterungen die Geständnisse Sinowjews und Kamenjews, Radeks und Pjatakows zustande gebracht hatten, und sie wurden durch die schlimmeren Jeschow-Leute ersetzt.

Diese bereiteten den dritten und größten der Schauprozesse vor, der vom 2. März 1938 an gegen den *Block der Rechten und Trotzkisten* geführt wurde. Diesmal befanden sich drei ehemalige Mitglieder des Leninschen Politbüros auf der Anklagebank, nämlich Bucharin, Rykow und Krestinski. Neben ihnen saßen mehrere frühere Volkskommissare, unter ihnen Jagoda, dem man nun die Ermordung Kirows und übrigens auch Gorkis zur Last legte. Wieder war die Rede von Trotzkis Bereitschaft, die Ukraine an die Deutschen abzutreten, und Bucharin bestätigte sie, ohne sich damit zu identifizieren. Doch der Hauptakzent lag nun auf kriminellen Verbrechen wie Giftmorden, und wenn das Bild, das sich ergab, richtig war, dann mußte man tatsächlich die alte These der *reaktionärsten* unter den Emigranten bestätigt sehen, daß die Sowjetführung (mit Ausnahme Stalins und seiner nächsten Gefolgsleute) sogar in ihrem Verhalten untereinander nichts weiter als eine Bande von Verbrechern gewesen war. Diesmal verglich Wyschinski die Angeklagten mit »räudigen Hunden«, bevor er die Todesstrafe beantragte, die denn auch über alle mit drei Ausnahmen verhängt wurde. Bucharin hatte indessen nur ein partielles Geständnis abgelegt und bis zuletzt die Behauptung zurückgewiesen, der Block sei im Auftrag des faschistischen Geheimdienstes organisiert worden. Stalin zog daraus und aus dem nun doch ganz überwiegend negativen Echo im Westen den Schluß, daß weitere Schauprozesse keinen Sinn mehr hätten.

Aber der Schrecken war damit längst nicht zu Ende, sondern die Jeschowschtschina gewann noch an Kraft. Längst ging es nicht mehr nur um die Vernichtung von *Führungskadern*. Auch in den unteren Gliederungen der Partei herrschte im ganzen Lande eine wahre Hysterie der Wechselanklagen und Selbstbezichtigungen, wobei insbesondere die *Herkunft* wie ein unzerstörbares Brandmal eine große Rolle spielte. Zahllose bewährte Parteimitglieder wurden als Söhne und Töchter von Kulaken oder Kaufleuten *entlarvt*, obwohl sie seit vielen Jahren keine Verbindung mehr mit ihren Eltern hatten, ja oftmals genügten Vorwürfe wie der, eine Nichte habe Verbindung mit einem »trotzkistischen Element« gehabt, um den Parteiausschluß mit allen seinen Folgen herbeizuführen. Ein Freund Krivitskys wurde verhaftet und verschwand spurlos, weil er einen Brief von dem Gatten seiner früheren Frau erhalten hatte und weil sein Bruder die Hälfte von Radeks Gesicht an der Wand eines Arbeiter-Klubhauses hatte sehen lassen.[8] Im Archiv von Smolensk fanden sich

Selbstbezichtigungen wie die folgenden: »Nachdem das Zentralkomitee der Partei die Bande von trotzkistisch-bucharinistischen Spionen im Westbezirk demaskiert hatte, die von Uborewitsch, Rumjanzew und Schilman geführt wurden, demaskierte das Plenum des Obkom einige Volksfeinde und entfernte sie von führenden Positionen, aber sie ließen ein aus alten Arbeitern zusammengesetztes Büro fortexistieren, das keine starke Unterstützung im Kampf gegen die Volksfeinde war. Ich bin selbst an dieser Art von Nachlässigkeit schuldig.«[9]

Es war in gewisser Weise konsequent, daß eine Partei, die schon immer vor allem *Feinde* bekämpft und vernichtet hatte, nun die Feinde in ihren eigenen Reihen suchte. Aber die einfache Bevölkerung, die schon so viel gelitten hatte, blieb bei weitem nicht unberührt. Die wohl etwa acht Millionen Menschen, die in »Arbeitsbesserungslager« deportiert wurden, konnten unmöglich allesamt aus Parteimitgliedern bestehen, und als Grund der Verschickung mochte eine so harmlose und richtige Behauptung genügen wie die, die sowjetischen Schuhe seien von minderwertiger Qualität. Längst hatten diese Lager, die der Hauptabteilung »GULag« des NKWD unterstanden, eine wirtschaftliche Bedeutung gewonnen, die sie geradezu unentbehrlich machte, vor allem in den riesigen und noch unerschlossenen Gebieten Nordsibiriens wie Kolyma, aber nicht wenige dieser Lager waren regelrechte Vernichtungslager, in denen die durchschnittliche Lebenserwartung zwei Jahre betrug, so daß also schon nach einem Jahr die Hälfte der Insassen umgekommen war. In den Umdrehungen dieser Todesmühle war es schon beinahe kein aus dem Rahmen fallender Vorgang mehr, wenn Jeschow dem Leiter des NKWD in einer größeren Stadt telegraphisch die folgende Anweisung zukommen ließ: »Sie werden mit der Aufgabe betraut, 10 000 Volksfeinde zu vernichten. Melden Sie Vollzug durch Funkspruch.«[10] In Winniza wurden während des Krieges Massengräber entdeckt, in denen sich über 9000 Leichen befanden. Alle Opfer waren durch Genickschüsse getötet worden, als Zeitpunkt wurde der Sommer 1938 festgestellt. Schätzungen der Gesamtzahlen kommen auf etwa eine Million Hingerichteter und mindestens zwei Millionen, die in den Lagern zugrunde gingen.[11] Betroffen war also die gesamte Bevölkerung, und es gab kaum eine größere Familie, von der nicht mindestens ein Mitglied deportiert oder erschossen worden wäre. Mit besonderer Härte wurden die Familienangehörigen der prominenten Parteiführer und Offiziere behandelt, obwohl das Versprechen, die Ehefrauen und Kinder zu schonen, eine wichtige Rolle bei der Erzwingung von Geständnissen spielte. So kamen fast alle Angehörigen Tuchatschewskis ums Leben. Zur Anklageerhebung genügte die Bezeichnung »Ehefrau eines Volksfeindes«.[12] Kinder wurden oft gezwungen, die Hinrichtung ihrer Eltern öffentlich zu billigen.

Besonders hart war auch das Schicksal ausländischer Kommunisten und

Flüchtlinge. Vom Politbüro der KPD verschwanden nicht weniger als vier Mitglieder, unter ihnen Heinz Neumann und Hermann Remmele, der 1932 in einem zweibändigen Werk der Sowjetunion eine wahre Ruhmeshymne gesungen hatte.[13] Auch Hans Kippenberger wurde in den Todesstrudel gezogen, nicht anders als Hugo Eberlein, der als einziger Deutscher ein Mitbegründer der Dritten Internationale gewesen war. Auffallend viele Opfer forderte die Säuberung unter Juden, Letten, Polen und überhaupt unter den Angehörigen nationaler Minderheiten. Sinowjew, Kamenjew, Gamarnik, Jakir und zahlreiche andere waren Juden; General J. K. Bersin, der viele Jahre lang den Geheimdienst der sowjetischen Armee geleitet hatte und dann an hervorragender Stelle im Spanischen Bürgerkrieg tätig gewesen war, war ein Lette; fast alle Polen, die in der Komintern arbeiteten, verloren ihr Leben, und die polnische Partei wurde als ganze aufgelöst, weil sie angeblich von faschistischen Agenten unterwandert war. Kaum weniger stark wurden die Führungen der Unionsrepubliken betroffen, die sich eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt oder auch nur Traditionen und Identität ihrer Völker zu bewahren versucht hatten. In der Ukraine wurde der bewährte Kommunist Skrypnik aus dem Wege geräumt, der sich im Kampfe gegen den »bürgerlichen Nationalismus« ausgezeichnet hatte, und Nikita Chruschtschow beseitigte auch in den unteren Rängen alles, was noch von ukrainischer Eigenständigkeit im Rahmen des »Rätebundes« träumte.

Im Sommer 1938 war Lenins Partei mit alleiniger Ausnahme der bewährtesten Stalinanhänger praktisch vernichtet. Um diese Zeit wurde Jeschows Macht beschränkt, und im Dezember wurde er als Chef des NKWD durch Stalins Landsmann Lawrentij Berija ersetzt, der nun seinerseits die Säuberer säuberte und fast alle Jeschow-Leute in den Tod schickte. Als im März 1939 der 18. Parteitag der KPdSU zusammentrat, da waren von den 1966 Delegierten des 17. Parteitags von 1934 nicht weniger als 1108 tot oder verschwunden. Aber sogar von dem Rest waren bloß 59 wieder im Saal. Keine kommunistische Partei der Welt war bis dahin einem derartigen Massaker unterzogen worden, auch nicht die KPD unter Hitler. Keinem Volk waren jemals in Friedenszeiten von der eigenen Führung derartige Verluste zugefügt worden. Das nationalsozialistische Deutschland mußte sich 1937 und 1938 mit seinen wenigen Konzentrationslagern und höchstens 30 000 politischen Häftlingen im Vergleich beinahe wie ein normaler westeuropäischer Staat ausnehmen.

Und dennoch blieb diese Sowjetunion inmitten all der Ereignisse, die jeden einzelnen mit alleiniger Ausnahme Stalins in ständige Furcht um seine Stellung und sein Leben versetzen mußten, ein Land des Aufbaus und des Aufbaupathos. Der zweite Fünfjahresplan, nicht mehr ganz so ehrgeizig wie der erste, wurde erfolgreich abgeschlossen, zahllose Komsomolzen meldeten sich auch weiterhin freiwillig zum Einsatz und zogen begeistert in wüste Gegen-

den, um dort unter schwierigsten Bedingungen neue und gewaltige Industriekombinate zu errichten; es war keine bloße Propaganda, wenn die Zeitungen in enthusiastischen Lobreden die großen Leistungen sowjetischer Flieger und Polarforscher feierten; es handelte sich schwerlich um bloße Manipulationen, wenn Massenversammlungen von mehreren Hunderttausend Menschen in leidenschaftlicher Erregung den »Tod der Verräter« forderten. Die relativ zahlreichen Touristen, die im Sommer 1937 nach Moskau strömten, hatten den Eindruck einer pulsierenden und lebendigen Stadt, und Sidney und Beatrice Webb rühmten, ohne viel Widerspruch zu finden, in den zahlreichen Neuauflagen ihres Buches weiterhin die Sowjetunion als den Anfang einer »neuen Zivilisation«, als ein Land ohne Krisen und ohne »unverdientes Einkommen« parasitärer Existenzen.

Es ist daher vermutlich unrichtig, bloß in Stalins ungehemmtem Machtstreben die Ursache der großen *Tschistka* zu sehen. Sie war ja in jedem Falle die dritte große Revolution mit Millionenopfern, die sich in Rußland bzw. der Sowjetunion vollzog, und schon insofern könnte man sie konsequent nennen. Im Bürgerkrieg, den sie selbst durch ihre Machtergreifung hervorrief, hatte die bolschewistische Partei diejenigen vernichtet, die sie als »Klassenfeinde« verstand und eben dadurch erst zu unversöhnbaren Feinden machte, und es hatte sich tatsächlich um ganze Klassen gehandelt: den Adel, die Intelligenz, das Bürgertum und überdies die Parteifeinde der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. In der Periode der Kollektivierung war die individuell wirtschaftende und relativ wohlhabende Bauernschaft das Ziel des Angriffs, und es war nicht abwegig zu vermuten, daß dadurch definitiv der keineswegs aussichts- oder wurzellose Versuch Stolypins aus der Welt geschafft werden sollte, im Gegenzug gegen die kollektivistische Tradition des »Mir« eine westlich-individualistische Linie der landwirtschaftlichen Entwicklung und damit zugleich der Industrialisierung zu inaugurieren. Aber auch in der Partei gab es diese westlich-individualistische Tendenz. Der Verfasser des »Briefs eines alten Bolschewisten« schätzte sich selbst und seinesgleichen wohl richtig ein, als er schrieb: »Ohne es zu wollen, denken wir in eine Richtung, die der existierenden Ordnung gegenüber kritisch ist; wir suchen überall nach den schwachen Seiten. Kurz gesagt, wir sind alle Kritiker, Zerstörer, nicht aufbauende Kräfte… Es ist unmöglich, irgend etwas aufzubauen mit solchen menschlichen Materialien, mit Kritikern und Skeptikern.«[14]

Zwar war der Marxismus in seinem Gehalt nicht individualistisch, aber er war dennoch vollständig aus der westlichen Tradition der *Kritik* hervorgegangen, und es hatte sich sehr rasch gezeigt, daß man marxistische Begriffe mit kritischer Intention auch und gerade auf die sowjetische Wirklichkeit anwenden konnte, etwa die Begriffe *Klasse, Ausbeutung* und *Verselbständigung der Staatsgewalt.* Stalin war seit der Mitte der zwanziger Jahre die Verkörperung

der Partei; wenn die Partei zur wirklichen Identität mit dieser ihrer Verkörperung gebracht werden sollte, dann mußte das kritische und konkurrierende Element, wie es sich in Trotzki und Sinowjew und zahlreichen kleineren Figuren darstellte, ausgeschaltet werden. Letzten Endes verwirklichte sich damit nur Trotzkis Vorhersage von 1904, die leninistische Parteiorganisation werde dazu führen, daß zuerst die Parteimitglieder zugunsten des Zentralkomitees entmündigt werden würden und daß dann der eine Diktator an die Stelle des Zentralkomitees treten werde.[15] Daß die Hauptvertreter der kritischen, westlichen oder intellektualistischen Tendenz zum überwiegenden Teil Juden waren, erleichterte die Ausschaltung, obwohl die Sowjetunion der einzige Staat der Welt war, in dem auf Antisemitismus die Todesstrafe stand[16]: Der fremdenfeindliche Charakter der großen Säuberung ist nicht zu übersehen. Der kritischen Tendenz in der Partei korrespondierten die anarchistischen oder doch autonomistischen Neigungen der Bevölkerung und der verschiedenen Nationalitäten: Der Schrecken, der zu Häupten jedes Individuums stand, ließ zugleich die Macht des geschlossenen Kollektivs und insofern die eigene Macht ahnen, so daß er nicht bloß furchterregend, sondern zugleich faszinierend war. Das Kommandeurkorps wiederum rekrutierte sich zu einem großen Teil aus Bürgerkriegsveteranen, und nicht wenige dieser Männer mochten sich mit ihren eigenständigen Verdiensten wirklich als »Genossen« Stalins sehen und nicht als die bedingungslos gehorsamen Kinder des »Vaters der Völker« und »größten Mannes aller Zeiten«. Schließlich schuf die weitgehende Vernichtung von Partei und Offizierkorps eine Unzahl freier Positionen, wie schon die erste und die zweite Revolution es getan hatten, und Stalin durfte auf die bedingungslose Loyalität dieser neuen Parteiführer und Offiziere zählen. Wenn das ungeheuerliche Ereignis der *Tschistka* überhaupt verstanden werden kann und nicht als Ausbruch eines kollektiven Wahnsinns gelten muß, dann läßt es sich am ehesten mit einer Hitlerschen Wendung als die Schaffung eines »eisenharten Volkskörpers« verstehen, der in absoluter Geschlossenheit dem Willen seiner eigenen Personifizierung, des *Woschdj*, zu Diensten steht, so daß er sogar das Äußerste zu ertragen vermag, ohne einer Spaltung oder gar Zersetzung anheimzufallen.

Aber welchen Zweck sollte diese Geschlossenheit erfüllen, mit der (wie man sagen könnte) der Volksgeist sich auf eine außerordentliche Probe vorbereitete?

Die Antwort scheint leicht zu sein. In allen Ereignissen der Jahre von 1936 bis 1938 ist die ständige Bezugnahme auf Deutschland und die Faschisten sowie auf die Japaner mit Händen zu greifen. Kein Eindruck mußte sich dem gewöhnlichen Bürger stärker aufzwingen als der, daß die deutschen Faschisten zum Angriff bereitstanden und daß sie über zahlreiche Helfer in der Partei und in der Armee verfügten. Die große Säuberung kann daher als eine unum-

gängliche Maßnahme der Vorbereitung auf den Verteidigungskrieg um Leben und Tod betrachtet werden. Zwanglos fügen sich in dieses Bild die Maßnahmen ein, die von ausländischen Beobachtern oft als restaurativ oder unmarxistisch eingeschätzt wurden: die Stärkung der Familie, die positive Hervorhebung der nationalen Traditionen, nicht zuletzt Alexander Newskis, des Siegers über die Deutschen, die Ausschaltung jener betont marxistischen Historiker, die immer nur Kritik an der russischen Geschichte geübt hatten.

Aber neben dieser herrschenden Meinung existiert seit langem eine zweite Interpretation, die anscheinend zuerst von Walter Krivitsky vorgebracht wurde und auch in der Gegenwart Vertreter hat. Danach steuerte Stalin von früh an auf eine Einigung mit Hitler hin, den er zugleich fürchtete und bewunderte. Es leuchtet ein, daß er die alte Partei zerschlagen und die Helden des Bürgerkrieges in den Tod schicken mußte, wenn er eine solche Schwenkung ernsthaft anstrebte. Eine dritte Auslegung sieht in Stalin den unerschütterlichen Weltrevolutionär, der die rhetorischen Weltrevolutionäre beseitigen mußte, wenn er die einzige Zitadelle des Kampfes gegen den Kapitalismus und den Faschismus festigen wollte. Ihr steht als vierte Möglichkeit schroff das ganz negative und oftmals marxistische Urteil gegenüber, daß Stalin in dieser Säuberung zum orientalischen Despoten oder aber zu einer Art von National-sozialisten geworden sei.

Alle diese Urteilstendenzen waren 1938 bereits vorhanden, und sei es nur in der Form von Implikationen und untheoretischen Aussagen. So schleuderte Antonow-Owsejenko dem Untersuchungsrichter des NKWD, der ihn einen Volksfeind genannt hatte, verachtungsvoll den Satz entgegen: »*Sie* sind ein Feind des Volkes. Sie sind ein regelrechter Faschist.«[17] Aber der Untersuchungsrichter war ein bloßes Werkzeug. Wenn der Vorwurf Sinn hatte, dann richtete er sich gegen Stalin.

Wenn er richtig war, dann handelte es sich um einen der größten Siege, die Hitler im triumphalen Jahr 1938 errang. Wenn er falsch war, dann begann für Stalin als die Personifizierung der bolschewistischen und weltrevolutionären Sowjetunion in diesem Jahr die gefährlichste aller Bewährungsproben.

6. *Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft*

Während Stalin nach der Überzeugung angesehener Beobachter seine Armee schwächte und seine Partei desorganisierte, errang Hitler im Jahre 1938 Erfolge, wie sie vor ihm noch kein Staatsmann in Friedenszeiten hatte erringen können: Er vereinigte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht 10 Millionen Menschen mit dem Deutschen Reich, indem er einen Staat Mitteleuropas zum Verschwinden brachte und einen anderen verkrüppelte. Dadurch

machte er Deutschland zum weitaus mächtigsten Staat in Europa, und er schaltete zugleich die Sowjetunion so weitgehend aus dem Konzert der Mächte aus, daß jenes große Einvernehmen hergestellt schien, das er immer erstrebt hatte. Aber die *friedlichen Mittel* hatten doch in Kriegsdrohungen und Methoden bestanden, die nach allem menschlichen Ermessen nur *einmal* angewandt werden konnten, und der bislang größte Triumph des Selbstbestimmungsrechts war in sich selbst widerspruchsvoll. So endete das große Jahr 1938 für Hitler bereits im Oktober/November, und aus dem Treiber wurde durch seine eigenen Handlungen rasch ein Getriebener, der Stalin zum Schiedsrichter der Geschicke Europas machte.

Am 5. November 1937 rief Hitler seine engsten Mitarbeiter zu einer Besprechung in der Reichskanzlei zusammen, nämlich den Außenminister von Neurath, den Kriegsminister von Blomberg, die Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe Fritsch, Raeder und Göring. Ferner war der Wehrmachtsadjutant Oberst Hoßbach anwesend, welcher bald nachher eine Niederschrift anfertigte, von der nach dem Kriege eine Abschrift in die Hände der Alliierten gelangte, das sogenannte Hoßbach-Protokoll.[1] Die Absicht Hitlers bestand offenbar darin, dieser kleinsten Führungsspitze den bevorstehenden Übergang zu einer aktiven Außenpolitik anzukündigen. Die objektive Situation war günstig: Die Aufrüstung war zwar noch längst nicht beendet, aber Deutschland hatte in den letzten zwei Jahren größere Mittel dafür aufgewendet als die Westmächte einschließlich der USA zusammen; die Achsenfreundschaft schien nach dem Besuch Mussolinis fest etabliert; der Sieg der Volksfront in Frankreich war allem Anschein nach zugleich ein Sieg der Faulheit gewesen, wie ein jeder bestätigen konnte, der die deutsche und die französische Baustelle auf der Weltausstellung von 1937 gesehen hatte; in England hatte Neville Chamberlain im Mai 1937 als Nachfolger Baldwins die Regierung übernommen, und das bedeutete ein beträchtliches Vordringen der »appeasement«-Stimmung; die Sowjetunion befand sich in den Qualen der großen Säuberung, und Göring konnte in einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, William C. Bullitt, die Meinung vertreten, die Rote Armee sei nicht mehr als ernsthafte Streitmacht anzusehen und von den 5000 Traktoren, die jährlich in der Sowjetunion hergestellt würden, sei zwei Jahre später kein einziger mehr gebrauchsfähig.[2] Aber Hitler sprach nicht mit einem einzigen Wort davon, daß diese glückliche Konstellation nun den Deutschen endlich die Gelegenheit biete, ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Ebensowenig erörterte er die Möglichkeit, nun mit dem Bolschewismus als dem allgemeinen Weltfeind abzurechnen. In seinen Ausführungen war vielmehr ausschließlich von einer »Lösung der deutschen Frage« die Rede, und darunter verstand er nichts anderes als die Beseitigung der »Raumnot«, d.h. die Gewinnung eines größeren Lebensraumes: Nach seinen Worten ein

Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Die Gegenwart sei ein Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere, wie das Beispiel Italiens und Japans zeige, während den »gesättigten Staaten« begreiflicherweise nur an der Behauptung ihres Besitzes gelegen sei. »Wirtschaftliche Motive« seien hier wie da das Entscheidende; Deutschland könne den zur Sicherung seiner Ernährungslage erforderlichen Raum nur in Europa suchen. Gewaltanwendung sei unumgänglich, Deutschland sei »zur Offensive gezwungen«, und es sei daher sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/1945 die deutsche Raumfrage zu lösen. Ein früheres Handeln hänge von den Umständen ab; gegebenenfalls müsse es das erste Ziel sein, »die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen«. Die Einverleibung dieser beiden Staaten könne den »Gewinn von Nahrungsmitteln für 5–6 Millionen Menschen bedeuten«, sofern »eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange«. Als Gedankenexperiment entwickelte Hitler dabei das Szenario eines Krieges zwischen Italien und Frankreich sowie England, der für die Realisierung dieser Pläne eine günstige Gelegenheit bieten würde.

Es war ganz und gar der Hitler des »Politischen Testaments« aus »Mein Kampf«, der hier sprach[3], und zu Beginn bezeichnete er seine Ausführungen tatsächlich als »testamentarische Hinterlassenschaft« für den Fall seines Ablebens. Hitler enthüllte sich abermals als derjenige, der er war: ein ganz und gar auf 1917/18 und hier auf die alliierte Blockade fixierter Mann, der aber zugleich, ihm selbst wohl unbewußt, auf paradigmatische Weise die Position verkörperte, welche sich ergibt, wenn man die marxistische Klassenkampfdoktrin von den Momenten des Internationalismus und des Humanismus löst, wie es übrigens Marx und Engels selbst hin und wieder ansatzweise getan hatten.[4] Aber der biologistische Marxist oder der Sozialdarwinist war nicht der ganze Hitler. Unterhalb der eroberungssüchtigen Zuversicht des Protagonisten der »besseren Rasse« wird doch sogar hier die Besorgnis, ja Angst spürbar, mit der er einen Vorgang verfolgt, der in das biologistische Weltbild nicht recht hineinpaßt, nämlich »die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftszerstörungen«, die er mit der »vom Christentum ausgehenden auflösenden Wirkung« in Parallele setzt, welche das Römische Weltreich dem Ansturm der Germanen habe erliegen lassen, jenes Weltreich, an dessen Größe und Dauerhaftigkeit sich Hitler unverkennbar orientierte. Offensichtlich hätte er nur einen kleinen Schritt tun müssen, um zu dem angeblichen Urheber dieser Auflösung zu gelangen, aber das Wort »Jude« kommt nicht vor. Ein mögliches »militärisches Eingreifen Rußlands« wird zwar erwähnt, aber unter Hinweis auf Japan rasch abgetan.

Die Frage ist, warum sich Hitler vor seinen nächsten Mitarbeitern in so

provozierender Einseitigkeit darstellte. Die wahrscheinlichste Antwort ist die, daß er diese Mitarbeiter einer Art Prüfung unterziehen wollte. In der Tat widersprachen Neurath und Fritsch unter Hinweis auf die französische Überlegenheit mit einigem Nachdruck, und Neurath wurde wenig später ein Opfer von Herzattacken. Hitler mußte also erkennen, daß er mit Neurath, Fritsch und sogar Blomberg keine *aktive Außenpolitik* treiben konnte. Er war zwar Alleinherrscher, aber innerhalb eines Systems, dessen Elemente beträchtliche Spuren der alten Selbständigkeit aufwiesen. Daher war er noch längst nicht mächtig genug, um diese drei Männer einfach ihrer Ämter zu entheben. Doch er wußte rasch und skrupellos eine Gelegenheit zu benutzen, die sich wenig später bot, und auch hier wurde deutlich, daß die alte Entschlossenheit zwar durch die jeweiligen Umstände in ihren Auswirkungen gehemmt oder modifiziert, aber durchaus nicht essentiell verändert wurde.

Die Wehrmacht war immer noch sehr weit davon entfernt, eine *braune Armee* zu sein. Sie verkörperte vielmehr in ihren Hauptbestandteilen drei verschiedene Perioden der deutschen Geschichte: Das Heer war christlich-preußisch-konservativ, die Marine war bürgerlich-deutschnational, und die Luftwaffe mochte man nationalsozialistisch nennen. Die Rivalitäten zwischen dem »Wehrmachtamt« im Kriegsministerium unter dem General Keitel und dem Generalstab des Heeres unter seinem Chef Ludwig Beck hatten einen ideologischen Unterton. Noch prononcierter galt das für die Spannungen zwischen Heer und SS, die allmählich bewaffnete Truppeneinheiten als »Staatsschutzpolizei« aufbaute. Von unten drang nationalsozialistischer Geist durch die jungen Offiziere und infolge der allgemeinen Wehrpflicht auch in das Heer. Die Generäle des Heeres als des immer noch weitaus wichtigsten Wehrmachtteils waren so gut wie durchweg keine Nationalsozialisten, doch selbst Ludwig Beck war vor 1938 schwerlich ein politischer Gegner Hitlers. Alle waren ganz und gar mit der Aufrüstung beschäftigt, die ja ihr alter Herzenswunsch war. Aber kein einziger neigte zu *Abenteuern*, alle ließen sich von einem objektivistischen Bild der *Vorbereitung* leiten und hatten wenig Verständnis für psychologische und politische Faktoren. Insofern war ihnen Hitler weit überlegen. Aber das richtige Empfinden, daß Hitlers Methoden für die Existenz des deutschen Volkes gefährlich werden könnten, bildete den Ansatzpunkt für einen scheinbar pragmatischen und doch wieder prinzipiellen Widerstand.

Die Alterstorheit Blombergs, eine Frau »mit Vorleben« zu heiraten, war für Hitler ein erwünschter Zwang, sich von dem Reichskriegsminister zu trennen, aber eine schändliche Intrige Görings und der Gestapo schuf die Gelegenheit, gleichzeitig auch den Oberbefehlshaber des Heeres zu entlassen und damit die Wehrmachtführung gewissermaßen zu enthaupten. Als sich die Grundlosigkeit der Vorwürfe gegen Fritsch herausstellt, ist es (außer zu einer formalen

Rehabilitierung) zu spät: Die große Organisations- und Personalveränderung vom 4. Februar 1938 hat bereits stattgefunden. Hitler hat persönlich den unmittelbaren Oberbefehl über die Wehrmacht übernommen, und das Wehrmachtamt des ehemaligen Kriegsministeriums ist ihm nun als »Oberkommando der Wehrmacht« direkt unterstellt, der Generaloberst von Brauchitsch ist Oberbefehlshaber des Heeres, der Nationalsozialist Joachim von Ribbentrop hat Neurath an der Spitze des Außenministeriums abgelöst. Göring hat sein Ziel, Kriegsminister zu werden, nicht erreicht, ist aber nun Generalfeldmarschall. Die Wehrmacht hat einen neuen schweren Schlag gegen ihre Selbständigkeit und ihr überliefertes Ehrgefühl hinnehmen müssen. Wenn es sich um eine Säuberung handelte, war sie nach Ausmaß und Charakter mit der Säuberung der Roten Armee nicht im entferntesten gleichzusetzen: Statt der Zehntausende von Erschießungen erfolgten bloß einige Pensionierungen, und auch darin kam der Unterschied der Gesellschaftssysteme zum Vorschein. Aber sieben Menschen konnten das eigentliche Resultat dieser Veränderungen wahrnehmen: Die drei Männer, die am 5. November 1937 Widerspruch eingelegt oder sich unsicher gezeigt hatten, waren ausgeschaltet, und damit war der Weg zu einer *aktiven Außenpolitik* frei, d. h. zu einer Politik der direkten Kriegführung bzw. konkreten Kriegsdrohung, einer Politik, die den Ursprüngen des Nationalsozialismus im *positiven Kriegserlebnis* entsprach und die zwar von Sowjetrußland aus anderen Motiven und zu anderen Zwecken in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenfalls betrieben wurde, aber inzwischen längst aufgegeben worden war.

Und zugleich setzte Hitler die Außenpolitik, die doch der Zweck war, auch wieder als Mittel ein. Dieser Zusammenhang wird aus einer Tagebuchnotiz des Obersten Jodl vom 31. Januar 1938 ersichtlich: »Führer will Scheinwerfer von der Wehrmacht ablenken, Europa in Atem halten und durch Neubesetzung verschiedener Stellen nicht den Eindruck eines Schwächemoments, sondern einer Kraftkonzentration erwecken. Schuschnigg soll nicht Mut fassen, sondern zittern …«[5]

Daß die Österreichfrage im Frühjahr 1938 zur Lösung reif sei, war von vielen Beobachtern vorhergesagt worden. In der Tat handelte es sich um eins der schwierigsten Probleme der deutschen Geschichte, und schon durch seine bloße Existenz war es ein Symptom für die singuläre Lage des deutschen Volkes in Europa, denn weder die Engländer noch die Franzosen noch die Italiener lebten in zwei Staaten. Aber keine ausländische Macht hatte diese Situation erzwungen, sondern das Preußen des Reichsgründers Bismarck schloß als der »erfolgreiche Separatstaat«, der es war, Österreich aus dem Deutschen Bund (bzw. dem Reich) aus, dessen Bestandteil es viele Jahrhunderte lang gewesen war, und vollzog damit die »Teilung Deutschlands«. 1918/19 schien der Zeitpunkt gekommen, wo sich Deutsch-Österreich als Überrest der zerstörten

Habsburgermonarchie aufgrund des Willens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mit dem von seinen Minderheiten befreiten und in seiner Existenz bestätigten Bismarckreich zu dem genuinen Nationalstaat aller Deutschen zusammenschließen würde, aber diese Vereinigung hätte bedeutet, daß Deutschland trotz der Niederlage als der weitaus größte Staat des außerrussischen Europa aus dem Weltkrieg hervorgegangen wäre, und die Alliierten, die nach ihren Proklamationen für Demokratie und Selbstbestimmung gekämpft hatten, stellten machtpolitische Überlegungen höher als Prinzipien und verwehrten durch ein »Anschlußverbot« den Deutschen die Selbstbestimmung, die sie den westslawischen Nationen der Polen und Tschechen sicherten. Zwar zeigte sich bald, daß die österreichische Selbständigkeit doch nicht bloß künstlich war, aber gleichwohl hatten die Alliierten im deutschsprachigen Raum eine Irredenta hervorgerufen und damit eine Situation geschaffen, die derjenigen auffallend ähnlich war, welche die Sowjetunion gegenüber der Arbeiterbewegung der ganzen Welt einzunehmen behauptete. Das nationalsozialistische Deutschland konnte eine Volksbewegung in dem benachbarten Staat unterstützen, die offensichtlich revolutionär war, weil sie die Existenz dieses Staates verneinte; es konnte aber auch der Vorwurf erhoben werden, daß der große Staat die Volksbewegung, die nicht zur Mehrheit zu werden vermochte, bloß als das Instrument übergreifender Zielsetzungen benutzte. Und was der Klassenbewegung in ihrem Zusammenwirken mit dem Sowjetstaat bis 1938 nicht oder doch nur in marginalen Gebieten gelungen war, das setzte die Nationalbewegung auf spektakuläre Weise unter großer Aufmerksamkeit der ganzen Welt ins Werk, und von einer bloßen »Niederwerfung« Österreichs konnte nicht die Rede sein. Auch nach dem Abkommen vom Juli 1936 blieben die radikalen Nationalsozialisten eine äußerst aktive Opposition, die faschistischen und italienfreundlichen Heimwehren verloren in dem Schuschniggschen Staate eines militanten, aber auch betont *deutschen* Katholizismus mehr und mehr an Kraft, und der außenpolitische Rückhalt in Italien wurde immer schwächer. So war die Lage nahezu hoffnungslos, als Hitler am 12. Februar 1938 Schuschnigg zu einer Unterredung in Berchtesgaden empfing, die mit einem Gespräch zwischen Staatsmännern wenig Ähnlichkeit hatte. Hitler behandelte den österreichischen Bundeskanzler, wie der Führer einer fest etablierten Regierungspartei einen widerborstigen Oppositionellen behandeln mag; er rühmte sich, in Deutschland ein Volk geschaffen zu haben, in dem es »keine Parteien, Klassen, Zersplitterungen« mehr gebe und in dem alle dasselbe wollten. Schuschnigg sei dagegen in seinem kleinen Staat ein Verfolger und Unterdrücker, der sich keinen Augenblick werde halten können, wenn er, Hitler, vielleicht »der größte Deutsche der Geschichte«, über Nacht möglicherweise »wie der Frühlingssturm« in Wien sein werde.[6] Nach großen Konzessionen Schuschniggs und einem letzten Widerstandsversuch mittels einer

geplanten Volksabstimmung brach dieser Frühlingssturm dann am 12. März tatsächlich los, doch er hatte zunächst den Charakter der Drohung und Manipulation von der Seite Görings, selbst den gemäßigten Nationalsozialisten wie dem späteren Reichsstatthalter Seyß-Inquart gegenüber. Aber unterhalb der Vorgänge auf der oberen Ebene gingen die radikalen Nationalsozialisten, wie im Februar und März 1933 in Deutschland, zu Massendemonstrationen und gewalttätigen Aktionen über, die auf keinen entschlossenen Widerstand mehr trafen. Die Drohung von oben und die Gewalttätigkeit von unten wurden indessen rasch wesenlos, als in einem unerwarteten Ausbruch von beinahe allgemeinem Enthusiasmus die einrückenden deutschen Truppen mit Blumen überschüttet wurden und als Hitler selbst von jubelnden Massen wie ein Erlöser gefeiert wurde. Die Geschichte schien alle ihre Paradoxien zu konzentrieren, als der biologistische Materialist der Hoßbach-Besprechung das demokratische Selbstbestimmungsrecht zum unblutigsten seiner Erfolge führte und zugleich nun auch in Österreich die Reste des Marxismus vernichtete. Mussolini stimmte zu, die Westmächte regten sich kaum, und die Sowjetunion beklagte die Handlungen der »aggressiven Staaten«, nachdem sie sich so viele Jahre für den größten Feind des Status quo erklärt hatte.

Wenn an vielen Stellen die Vermutung geäußert wurde, nun sei die Tschechoslowakei »an der Reihe«, so gab es dafür nur allzu gute Gründe. Bereits im Juni 1937 hatte Blomberg die »Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht« unterzeichnet, in der ein Fall »Rot« (Westen) und ein Fall »Grün« (Südosten) unterschieden wurden; der letztere war primär auf die ČSR bezogen und ausdrücklich als »Überfall« deklariert.[7] Zwar war die Gesamtplanung defensiv, aber dieser Charakter wurde bereits durch den einleitenden Satz entwertet, Deutschland habe vermutlich keinen Angriff zu erwarten. Am 21. Dezember 1937 wurde eine Ergänzung vorgenommen, in der von einem »Angriffskrieg« gegen die Tschechoslowakei die Rede war, der zwecks Lösung des deutschen Raumproblems auch dann geführt werden müsse, wenn die eine oder andere Großmacht gegen Deutschland in den Kampf eingreife.[8] Als Kriegsziel galt »die rasche Besitznahme von Böhmen und Mähren unter gleichzeitiger Lösung der österreichischen Frage im Sinne der Einbeziehung Österreichs in das Deutsche Reich«. Diese Planung wurde trotz der März-Ereignisse im Kern nicht verändert, obwohl Hitler sich dahingehend äußerte, erst müsse Österreich verdaut werden, und es liege nicht in seiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Die Ausnützung einer besonders günstigen Gelegenheit blieb nämlich stets vorbehalten, und ein »Zwischenfall« wie »die Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Aktion« wurde auf merkwürdige Weise ins Auge gefaßt.[9]

Aber Hitler hätte mit der simplen Verwirklichung solcher militärischer

Pläne sofort den Weltkrieg auf der Basis des *großen Widerstandes* ausgelöst. Seine Chance lag darin, daß er auch hier nicht bloß ein militärischer Angreifer war.

Die Frage der Sudetendeutschen war von ähnlicher Art wie diejenige der Deutschösterreicher, aber alle Tatbestände waren verschärft und zugespitzt. Die 3,5 Millionen Deutschen, die in den gebirgigen Randbezirken Böhmens lebten, waren während der Zeit der Habsburger Monarchie die führende Gruppe gewesen, die auch in Prag selbst sehr stark war; nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 hatten sie sich für einen Anschluß an Deutsch-Österreich ausgesprochen, obwohl sie zum Teil keine geographische Verbindung damit besaßen. Wäre es nach dem Willen der Bevölkerung gegangen, so wären Österreicher und Sudetendeutsche damals zu Bürgern des Deutschen Reiches geworden. Aber im Falle der Sudetendeutschen stand dieser Lösung nicht bloß der Wille der Alliierten, sondern auch die lange Vergangenheit und kräftige Realität des Landes Böhmen entgegen, das jahrhundertelang von seinen Einwohnern als gemeinsame Heimat betrachtet worden war. Andererseits hatten »Volkstumskämpfe« gerade hier eine alte Tradition, und früher als anderswo waren sowohl auf der Seite der Tschechen wie auf derjenigen der Deutschen neuartige Parteien entstanden, die sich »nationalsozialistisch« nannten.

Mindestens potentiell wurden die Auseinandersetzungen außerordentlich verschärft, als es den Tschechen gleich nach dem Ende des Weltkriegs unter Führung von Masaryk und Benesch durch geschickte Manipulationen gelang, die stammverwandten, aber unter sozialen und kulturellen Gesichtspunkten ganz verschiedenen Slowaken aus der Erbmasse Ungarns in ihren Staat hineinzuziehen und diesen zu einem Stützpfeiler des gegen Deutschland gerichteten »Versailler Systems« zu machen. Gleichwohl fanden die Nöte und Schwierigkeiten der Deutschen in der ČSR im Weimarer Deutschland und noch während der Anfänge des Dritten Reiches bei weitem nicht so viel Aufmerksamkeit wie die Nöte und Schwierigkeiten der Deutschen in Polen, zumal man sie mit beachtlichen Gründen auf die ökonomisch ungünstige Situation dieser am meisten industrialisierten Gebiete des Landes zurückführen mochte. Aber wie stets und überall verschlangen sich auch hier Wirtschaft und Politik, und es war ebenfalls nicht unberechtigt, auf die systematischen Benachteiligungen hinzuweisen, die den Einwohnern der Sudetenbezirke von seiten der Prager Regierung widerfuhren, obwohl seit 1926 die *aktivistischen* deutschen Parteien im Parlament mitwirkten.

Das Verlangen nach voller Selbstbestimmung war also weder unverständlich noch von vornherein illegitim, doch es stieß auf weitaus größere Schwierigkeiten als im Falle Österreichs: Die Deutschen waren nur eine Minderheit, ein Anschluß an Deutschland mußte das »Böhmische Staatsrecht« und damit

ein jahrhundertealtes Gemeinwesen zerstören, und er würde das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen im Sinne des Anspruchs auf einen unabhängigen Staat ganz erheblich beeinträchtigen, denn wie sollten die 7 Millionen Tschechen im *deutschen Meer* von 75 Millionen, das sie auf drei Seiten umgab, eine genuine Selbständigkeit bewahren? Alle Probleme des so einleuchtend erscheinenden Selbstbestimmungsrechts waren hier wie in einem Brennspiegel vereinigt, und als die wesentlichste Frage durfte die folgende gelten: Ließ sich die Selbstbestimmung der westslawischen Völker, die durch den Versailler Vertrag gesichert wurde, mit der Selbstbestimmung der Deutschen in Einklang bringen, oder mußte die eine die andere aufheben und im Falle des Vorrangs der Deutschen den alten Zustand der Abhängigkeit und Unmündigkeit der Polen und Tschechen erneut herbeiführen, nachdem diese sich von der Herrschaft der Deutschen (und der Russen) erst gerade befreit hatten?

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten machten sich die Antwort auf die Frage vermutlich zu leicht, wenn sie ein gutes Verhältnis zu der »aufstrebenden slawischen Welt«[10] für ein zentrales Gebot erklärten, denn sie übersahen dabei, auf wie inkonsequente und geradezu hybrishafte Art und Weise die Selbstbestimmung der Polen und Tschechen auf die Basis eines temporären Schwächezustands der Deutschen und der Russen gestellt worden war, aber die entgegengesetzte Auffassung konnte zu der weit schlimmeren Konsequenz führen, daß das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker grundsätzlich geleugnet wurde. Ein höherer Begriff jedoch, in dem sich die Widersprüche des Selbstbestimmungsrechts hätten aufheben lassen, wie Lenin ihn im Begriff des Sozialismus besaß oder zu besitzen glaubte, existierte in Mitteleuropa nur als machtloses Postulat, und spätestens während der großen Säuberung mußten ernste Zweifel auftauchen, ob der *höhere Begriff* in der Sowjetunion nicht die alte Realität der russischen Vorherrschaft bloß verhüllte. Hitler besaß nur einen *Gegen*begriff, nämlich denjenigen der Herrschaft der größeren und stärkeren Nation bzw. Rasse; deshalb war der Begriff der Selbstbestimmung für ihn ebensowenig eine oberste Maxime wie für Lenin, und er wußte ihn ebenso erfolgreich zu benutzen.

Daß Hitler jedoch überhaupt daran denken konnte, das Selbstbestimmungsrecht seinen eigentlichen Zielen dienstbar zu machen, beruhte neben der inneren Kraft des Begriffs gerade darauf, daß jener *höhere* Begriff des Sozialismus den Zerfall des russischen Reiches verhindert und einen weltweiten Anspruch hervorgebracht hatte, der in vielen Ländern Europas als die schlimmste aller Drohungen empfunden wurde, und zwar keineswegs nur von den engen Kreisen der *Bourgeoisie*. Zwar gab es mannigfaltige Motive für die »Appeasementpolitik« der Regierung Chamberlain, welche die Politik des Hauptteils der Konservativen war und von der *Times* sowie nicht zuletzt von dem sogenannten »Cliveden set« der Familie Astor unterstützt wurde: Bemü-

hen um Zeitgewinn, Streben nach Unversehrtheit des Britischen Empire, Friedensliebe und ein Empfinden für die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages. Aber als Lord Edward Halifax, damals noch Lordsiegelbewahrer und schon wenig später Außenminister, Hitler am 19. November 1937 auf dem Obersalzberg einen Besuch machte, da dürfte er Hitlers Aussage innerlich zugestimmt haben: Die einzige Katastrophe sei der Bolschewismus, alles andere lasse sich regeln. Schon am Beginn des Gesprächs hatte er nämlich Deutschland als ein »Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus« bezeichnet.[11] So war der Antibolschewismus zweifellos der Zentralpunkt der Übereinstimmung der beiden Politiker, aber die gravierende Differenz sprang doch sogar dort ins Auge, wo anscheinend die praktische Frage der nächstliegenden Schritte besprochen wurde. Halifax schien seinem Gesprächspartner zwar »Änderungen der europäischen Ordnung« zuzugestehen, und er zählte zu den betreffenden Fragen ausdrücklich »Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei«, aber er band die Lösung nicht nur an den »Weg friedlicher Evolution«, sondern er regte gleichzeitig eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund sowie zum Abrüstungsgedanken an.[12]

Halifax war also in diesem Gespräch weit von den Plänen entfernt, die der Chamberlain-Regierung von der Sowjetunion in vielen Äußerungen unterstellt wurden und auch unterstellt werden mußten, wenn die Annahme der essentiellen Gleichartigkeit Deutschlands und Englands im *Kapitalismus* und daher in der Feindschaft gegen den *Sozialismus* richtig war: daß die englische Regierung den *deutschen Faschismus* zur Aggression gegen die Sowjetunion ermutigen wolle. So sagte Stalin zu dem amerikanischen Botschafter Davies, hinter der Politik der reaktionären Elemente in England, die durch die Chamberlain-Regierung vertreten würden, stecke letzten Endes die Absicht, Deutschland gegen Rußland stark zu machen. Diese Politik werde indessen wahrscheinlich scheitern, fügte er hinzu, da »die faschistischen Diktatoren den Handel zu weit treiben würden«.[13] Beinahe am gleichen Tage berichtete der französische Botschafter in Washington, Präsident Roosevelt habe in einer Unterredung mit ihm »seiner Abneigung gegen die totalitären Staaten und ihre Politik brutaler Raubgier« freien Lauf gelassen, und er habe schließlich »im Brustton tiefster Überzeugung« hinzugefügt: »Sollte Frankreich untergehen, so würden wir ganz offenbar mit ihm untergehen.« Der Botschafter leitete daraus die Zuversicht ab, daß Amerika fest an der Seite Frankreichs und Englands stehen werde, wenn diese »mit den faschistischen Mächten« für die Verteidigung der Demokratie und der Freiheit in einen Konflikt geraten würden.[14] Hitlers Politik führte also unzweifelhaft die Möglichkeit herbei, daß sich unter dem neuen Feldzeichen eines übergreifenden *Antifaschismus* sämtliche Weltkriegsgegner einschließlich Amerikas gegen Deutschland zusammenfinden würden. Andererseits verstand Roosevelt zwar den Begriff *totalitär*

offensichtlich im Sinne von *faschistisch*, aber seine Anteilnahme galt ebenso offensichtlich ganz primär England und Frankreich, und es besteht wenig Anlaß zu der Vermutung, daß er Stalins Sowjetunion für eine *freiheitliche Demokratie* hielt. Der antifaschistischen stand also die antikommunistische und potentiell die antitotalitäre Konzeption der Weltpolitik gegenüber, und wenn die kommunistische Ideologie recht hatte, mußte sich die antikommunistische Konzeption als die stärkere erweisen, da die Einheit des Kapitalismus mächtiger war als die inneren Differenzen. Wenn die Sowjetunion, England und die USA aber primär *antifaschistisch* waren, dann war Lenins These falsch, und die Welt befand sich in einer anderen Epoche als in derjenigen der proletarischen Weltrevolution.

Stalin mußte indessen in jedem Falle das Rezept anwenden, das Lenin im Jahre 1922 seiner Delegation für die Konferenz in Genua mit auf den Weg gegeben hatte: Man müsse versuchen, den pazifistischen Teil der Bourgeoisie von ihrem aktivistischen Bestandteil zu trennen. Litwinow tat sein Bestes, um die Sowjetunion im Spiel zu halten und den Gedanken des kollektiven Widerstandes *gegen die aggressiven Mächte* zu verstärken, aber wie verbreitet die antikommunistische Konzeption auch unter führenden Franzosen war, geht aus einer Äußerung des französischen Botschafters in Moskau Robert Coulondre hervor, der nach einem Bericht des Grafen von der Schulenburg im August 1938 sagte: »Ich hoffe von Herzen, daß es zu keinem deutsch-französischen Konflikt kommt. Sie wissen ebensogut wie ich, für wen wir arbeiten, wenn wir uns in die Haare geraten.«[15]

Aber die Sowjetunion hatte eine Schlüsselposition inne. Sie war durch Beistandspakte sowohl mit Frankreich wie mit der ČSR verbunden, und die Politik des großen Widerstandes, die nach allen Prämissen geboten schien, hing vollständig von ihr ab. Andererseits war das Mißtrauen, das ihr sogar von seiten der ČSR begegnete, in der von den Tschechen gewünschten Klausel zum Vorschein gekommen, die Hilfsverpflichtung der UdSSR trete erst dann ein, wenn Frankreich zuvor die seine erfüllt habe. Überdies hatten die ČSR und die UdSSR keine gemeinsame Grenze. Russische Truppen mußten durch Polen oder Rumänien marschieren, wenn sie eingreifen wollten, und es war gewiß, daß beide Länder den Durchmarsch nicht gestatten würden. Zwar schreckten einige französische Offiziere nicht vor dem Gedanken zurück, man müsse Polen und Rumänien dann eben zu einem Entgegenkommen *zwingen*, aber Stalin durfte davon überzeugt sein, daß er trotz aller Versicherungen der Vertragstreue seine Handlungsfreiheit behalten werde, sobald die Westmächte und Deutschland erst einmal in den Krieg verwickelt waren. Eben das war nach Schulenburgs Bericht die Auffassung des ganzen diplomatischen Korps in Moskau, und diese Auffassung stimmte genau mit der Meinung Stalins überein, die damals noch unbekannt war, weil er sie 1925 in einer Geheimrede

geäußert hatte: Die Sowjetunion werde sich einem Kriege nicht entziehen können, aber sie werde als letzte auftreten.[16]

Mit dieser weitverbreiteten Vermutung oder Ahnung geriet aber die nächstliegende Reaktion jeder politischen Macht, nämlich dem unproportionalen Machtgewinn einer rivalisierenden Macht Widerstand zu leisten, in ein gravierendes Spannungsverhältnis zu dem übergreifenden Antibolschewismus, in dem alle außerrussischen Staaten Europas in freilich sehr unterschiedlichem Maße übereinstimmten. Auf der anderen Seite waren die Selbstbestimmungsforderungen der Sudetendeutschen, die immer radikaler wurden, nur vorläufig und scheinbar mit Hitlers Vorstellung von der Lösung der *Raumfrage* identisch. Insgesamt verschlangen sich die Motive und Taktiken vom Frühjahr bis zum Herbst 1938 zu einem schwer durchschaubaren Ganzen. Vereinfachend und mit einem Körnchen Salz könnte man sagen: Das objektive Zusammenspiel der sudetendeutschen Selbstbestimmungsforderung mit dem Willen Chamberlains zur *Befriedung* oder *Beschwichtigung* vor dem Hintergrund der Furcht vor den letzten Intentionen Stalins ermöglichten Hitlers größten Triumph, der die Vollendung des großdeutschen Selbstbestimmungsrechts zu sein schien und doch nur die Basis für eine *letzte Intention* war, die derjenigen Stalins entgegengesetzt und dennoch wieder verwandt war. Der eigentliche Bestimmungsgrund war also die Existenz der zwei neuen und feindlichen Ideologiestaaten, durch die alle fortbestehenden Probleme und Spannungen des europäischen Mächtesystems einen Charakter erhielten, der vor 1914 unvorstellbar gewesen wäre, weil damals nicht zwei übernationale Parteien, die *Philofaschisten* und die *Antifaschisten*, Europa teilten und in einen potentiellen Bürgerkrieg verwickelten.

Die wichtigsten Ereignisse sind nun rasch wiederzugeben: Am 20. Februar 1938 eröffnete Hitlers Rede über die »zehn Millionen unterdrückter Deutscher«, die auch äußerst heftige Angriffe gegen den Kommunismus und die Sowjetunion enthielt[17], die Sudetenfrage bereits offiziell, bevor die Österreichfrage gelöst war. Dem Führer der Sudetendeutschen Heimatfront Konrad Henlein gab er im März die Anweisung, immer so viel zu fordern, daß keine Erfüllung möglich sei. Die tschechische Teilmobilisierung vom 20. Mai, die auf irreführende Meldungen englischer Zeitungen zurückging, versetzte Hitler in genuinen Zorn, da sie für ihn einen Prestigeverlust zu bedeuten schien. Sie hinderte jedoch Henleins Partei nicht, in den etwa gleichzeitigen Kommunalwahlen ca. 90 % der deutschen Stimmen zu erringen. Die deutschen Pressemeldungen über die »bolschewistische Tschechoslowakei« als Flugzeugmutterschiff der Sowjetunion in Mitteleuropa nahmen seitdem den Charakter einer fessellosen Kampagne an, die aber in der Presse der französischen Rechten und in den britischen Rothermere-Zeitungen mancherlei Unterstützung fand; sogar die Proteste der Sudetendeutschen Partei gegen die »bolsche-

wistisch-hussitischen Elemente«, welche die Prager Regierung nicht mehr unter Kontrolle habe[18], verloren mehr und mehr den Charakter der Erfahrung und wurden zum propagandistischen Trommelfeuer. Die Entsendung Lord Runcimans als Vermittler und verschiedene Artikel der *Times* machten den Präsidenten Benesch und die tschechoslowakische Regierung im September zu einem sehr weitgehenden Nachgeben bereit, das praktisch die Autonomieforderungen des sogenannten »Karlsbader Programms« erfüllte. Auf der anderen Seite rief der Kriegswille Hitlers unter den deutschen Generälen und Diplomaten zum ersten Male genuine Widerstandsregungen hervor, die durchweg von patriotischen Motiven, d. h. von der Furcht vor einem »finis Germaniae« bestimmt waren und die einen militärischen Staatsstreich gegen Hitler in greifbare Nähe rückten.[19] Hitlers und Görings Reden auf dem Nürnberger Parteitag konnten ihre zügellose und zugleich hochmütige Emotionalität nur auf die Sensationsnachrichten deutscher Zeitungen über *Verfolgungen* gründen, die von einem Beamten des Propagandaministeriums erfunden oder zurechtgestutzt wurden. In Wahrheit war bereits das »Sudetendeutsche Freikorps« der Angreifer, und was sich 1921 in Georgien abgespielt hatte, die Unterstützung einheimischer Aufstandsbewegungen durch eine ausländische Macht, war nun unter ganz veränderten Vorzeichen mitten in Europa eine handgreifliche Wirklichkeit. Aber Chamberlains Flug nach Berchtesgaden am 15. September läßt die Pläne der deutschen Opposition irreal werden, und am 21. September muß die Prager Regierung unter schwerstem Druck den Vorschlag der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete annehmen. Doch als der englische Premierminister am 23. September Hitler zum zweitenmal in Godesberg trifft, fordert dieser unter abermaliger Berufung auf angebliche Greueltaten der Tschechen die sofortige Besetzung der Gebiete durch deutsche Truppen und weiterhin die Lösung der Frage der übrigen Minderheiten in der Tschechoslowakei. So drohen die Verhandlungen zu scheitern, und Hitler hält am 26. September im Berliner Sportpalast eine Rede, die mit ihren Angriffen gegen Benesch und die Tschechen ein unvergleichliches Stück enthemmter Demagogie war. Aber wenn ihn dort frenetischer Jubel der Massen umbrandete, so mußte er am nächsten Tag die Feststellung machen, daß die demonstrative Durchfahrt einer Panzerdivision durch die Straßen Berlins in der Bevölkerung keinerlei Kriegsbegeisterung, sondern nur Schrecken und Furcht hervorrief. Ein Appell Roosevelts blieb gleichwohl ungehört, aber einen Vermittlungsvorschlag Mussolinis nahm Hitler an, und am 29. September traf er sich mit Chamberlain, Daladier und Mussolini zur Münchener Konferenz, auf der mit geringen Modifikationen alle seine Forderungen erfüllt wurden. Ein Vertreter der Sowjetunion war nicht eingeladen. Hitler und Chamberlain unterzeichneten noch am 30. September eine Erklärung, in der sie mit optimistischem Ton den Wunsch beider Völker zum Ausdruck brachten, »niemals

wieder gegeneinander Krieg zu führen«, und nach seiner Ankunft in London sprach Chamberlain von dem »ehrenvollen Frieden«, den er aus Deutschland mitgebracht habe und der ihn hoffen lasse, daß »zeit unseres Lebens« Friede herrschen werde. Benesch verließ wenige Tage später Prag und ging ins Exil. Die einrückenden deutschen Truppen wurden von der Bevölkerung mit noch einhelligerem Jubel begrüßt, als es in Österreich der Fall gewesen war. Selbst die schärfsten Gegner Hitlers konnten nun kaum noch daran zweifeln, daß trotz der überstandenen Kriegsfurcht die überwältigende Mehrheit der deutschen Nation als »Volksgemeinschaft« hinter dem Manne stand, der in diesem Augenblick als die Personifizierung des Volksgeistes gelten durfte, jenes Volksgeistes, dessen Willen zur Wiedergutmachung des »Unrechts von Versailles« Lenin und Lansing, Rosa Luxemburg und die *Humanité* zwanzig Jahre zuvor auf diese oder jene Weise vorhergesagt hatten.[20]

Unter weltpolitischen Gesichtspunkten stellt sich die Münchener Konferenz im Rückblick als die letzte Gelegenheit dar, bei der die europäischen Mächte ein europäisches Problem in eigener Regie und unter Ausschluß sowohl der Sowjetunion wie der USA lösten. In diesem Konzert der vier Mächte führte unzweifelhaft Hitler die Stimme. England und Frankreich hatten nachgeben müssen, aber man kann nicht sagen, daß sie vergewaltigt worden wären, da sie letzten Endes nur zu der Konsequenz eines eigenen Prinzips ja gesagt hatten. Zwar waren weder Chamberlain noch Daladier *deutschfreundlich*, aber Regierungen, die für ihn besser gewesen wären, konnte Hitler in England und Frankreich nicht erwarten, denn Männer wie Oswald Mosley und Marcel Déat waren von der Macht durch unübersteigbare Schranken getrennt. Sein eigenstes Interesse, so sollte man meinen, hätte Hitler dazu führen müssen, seine Politik auf die Bahnen der deutsch-englischen und der etwas späteren deutsch-französischen Erklärung zu stellen und sich darum zu bemühen, daß die Ingredienzien von brutaler Drohung, Lüge, Hybris und Leichtfertigkeit, wie sie in Ausführungen einiger Gefolgsleute auf noch erschreckendere Weise zum Vorschein gekommen waren als in seinen eigenen Reden, möglichst rasch und gründlich der Vergessenheit überantwortet würden.[21] Zwar gibt es nicht den leisesten Hinweis darauf, daß ihn einer der verantwortlichen Staatsmänner Englands und Frankreichs 1938 oder 1939 jemals auch nur durch eine Andeutung ermutigt hätte, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Aber er mochte auf eine starke Grundströmung in England vertrauen, die im Dezember 1938 von dem polnischen Botschafter in London Edward Raczynski mit den Worten beschrieben wurde, alle Vorgänge und Probleme in Osteuropa würden unterhalb der »öffentlichen Meinung« von der Bevölkerung als »kleineres Übel« gewertet, das die Gefahr vom eigenen Imperium abzuwenden geeignet sei.[22] Andererseits stand jedoch gerade derjenige Politiker, von dem man nach seinen Präzedenzien am ehesten hätte annehmen dürfen, daß er

sich die Konzeption eines *Kreuzzugs gegen den Bolschewismus* zu eigen gemacht hätte, in den vordersten Reihen der Opposition, nämlich Winston Churchill. Und Hitlers Diplomaten in England sowie in den USA hatten ihn immer wieder mit viel Nachdruck darauf hingewiesen, daß es keineswegs bloß »die jüdische Pressehetze« war, die den einfachen Engländer und Amerikaner mit Mißtrauen gegen das nationalsozialistische Deutschland erfüllte, sondern daß eine jahrhundertealte Tradition an der Unterdrückung der Pressefreiheit und an den antijüdischen und antikirchlichen Maßnahmen Anstoß nahm. Kein Ideologe hat jemals Mäßigung im Sieg gezeigt, aber Hitler legte nicht einmal taktische Klugheit an den Tag. Schon im Oktober entschloß er sich, eine Rede zu halten, die gerade in die Gegenrichtung einer *vernünftigen* Politik wies, und im November ließ er sogar antijüdische Ereignisse zu, die erstmals den Charakter eines umfassenden Pogroms hatten. Dadurch ging sein großes Jahr 1938 für ihn schon mehrere Wochen vor dem 31. Dezember zu Ende, und die Zerstörung der *Rest-Tschechei* im März 1939 bewirkte eine Änderung der Situation, in der Stalin, welcher eben noch so etwas wie der »kranke Mann Europas«[23] und beinahe schon eine Randfigur gewesen war, mehr und mehr zum Ziel des Liebeswerbens zweier feindlicher Mächtegruppen wurde.

7. *Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts in der großen europäischen Politik*

Es scheint, daß Hitler seiner Rede in Saarbrücken vom 8. Oktober 1938 deshalb einen scharfen Akzent gegen die westlichen Demokratien gegeben hat, weil er über das negative Echo enttäuscht war, das die Abmachungen von München in großen Teilen der englischen, französischen und amerikanischen Presse hervorgerufen hatten. Zwar konnte kein vernünftiger Mensch nach einer solchen Machtverschiebung einhellige Begeisterung in den zum Nachgeben gezwungenen Staaten erwarten, aber Hitler begnügte sich nicht mit kritischen Ausführungen, sondern er ließ sich dazu hinreißen, die älteste seiner Kausalerklärungen nun in ihrer allgemeinsten Form zu artikulieren, nämlich den Antisemitismus nicht mehr bloß als Spitze des Antibolschewismus, sondern als Anklage gegen fundamentale Tendenzen in der westlichen Welt, d.h. gegen den Liberalismus. So sprach er zwar mit Respekt von Chamberlain und Daladier, aber er wandte sich scharf gegen die »innere Konstruktion« ihrer Länder, die es möglich mache, daß solche Männer jederzeit durch Figuren wie Duff Cooper und Winston Churchill ersetzt werden könnten, welche offen von ihrer Absicht redeten, einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Auf das selbstverständliche *sofern* Churchills und Coopers – *sofern* Deutschland weiterhin

seine Politik mit Erpressungen und Aggressionen betreibe – ging Hitler nicht ein, sondern er fuhr mit einer nicht ganz eindeutigen Wendung fort: »Wir wissen weiter, daß nach wie vor drohend im Hintergrund jener jüdisch-internationale Feind lauert, der im Bolschewismus seine staatliche Fundierung und Ausprägung erfahren hat. Und wir kennen ferner die Macht einer gewissen internationalen Presse, die nur von Lügen und Verleumdungen lebt.«[1] Das *ferner* sollte schwerlich eine bloße Addition zum Ausdruck bringen, sondern vermutlich wollte Hitler die These von der Wesensverwandtschaft des Bolschewismus und dieser internationalen Presse noch nicht ganz unverblümt ans Licht treten lassen. Statt dessen stieß er aber Chamberlain und Halifax auch unmittelbar vor den Kopf, wenn er sich »gouvernantenhafte Bevormundung« verbat und den Engländern empfahl, sich lieber um die Vorgänge in Palästina zu kümmern.

Es war also nicht nur das zufällige Ereignis der Ermordung des Legationssekretärs Ernst vom Rath durch den 17jährigen Herschel Grynszpan am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft des Reiches, die das auffallende Wiederhervortreten des Antisemitismus gerade in dem Augenblick erklärt, wo alle Zeichen einer erfolgversprechenden Politik auf die alleinige Hervorhebung des Antikommunismus zu weisen schienen. Nach den Nürnberger Gesetzen hatten die deutschen Juden ja einige relativ ruhige Jahre gehabt, in denen ihre Auswanderung gefördert wurde und in denen die große Anzahl der Zurückbleibenden ein Gemeindeleben von erstaunlicher Mannigfaltigkeit und Vitalität zu entfalten vermochten. In der Wirtschaft schienen die jüdischen Positionen kaum angetastet zu sein, und wer darauf achtete, daß unter wirtschaftspolitischen Gesetzen nicht selten neben der Unterschrift Adolf Hitlers mehrere Unterschriften jüdischer Bankiers standen, der brauchte nicht einmal ein Ökonomist zu sein, um zu glauben, daß die *realen* Wirtschaftsmächte sich gegen die *bloße Ideologie* der Partei leicht behaupten würden. Diese Parteiideologie schien sich sogar in ihren verächtlichsten Schlupfwinkel zurückgezogen zu haben, in Julius Streichers pornographisches Hetzblatt *Der Stürmer,* das allerdings noch im letzten Dorf aushing und in dem immer wieder die Forderung zu lesen war, »der Schlange Alljuda den Kopf zu zertreten«. Aber die dritte Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik begann doch schon im April 1938 mit der »Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe« und mit der Anordnung, die jüdischen Betriebe zu registrieren und die jüdischen Vermögen anzumelden. Eine exakte Planung freilich lag aller Vermutung nach nicht vor, und niemand vermag zu sagen, wie der weitere Verlauf ausgesehen hätte, wenn es nicht zu der Mordtat Grynszpans gekommen wäre.

Aber ebensowenig ist es gewiß, daß die »Reichskristallnacht«, wie die Ereignisse später verharmlosend genannt wurden, folgen *mußte.* Gewiß gab es

spontane Empörung, und nicht bloß unter radikalen SA-Leuten. Aber als im Jahre 1936 der Landesleiter der NS-Auslandsorganisation in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, von dem jungen David Frankfurter mit offenbar demonstrativer Intention ermordet worden war, da hatte die Staatsführung aus Rücksicht auf die bevorstehende Olympiade keine Ausschreitungen aufkommen lassen, und diesmal stand mehr auf dem Spiel als der ungestörte Verlauf Olympischer Spiele. Diesmal legte die Führung jedoch das Gegenteil von Zurückhaltung an den Tag, und die scheinbar spontanen Ereignisse hatten ihren Ursprung eindeutig in der Versammlung der »Alten Garde« in München zum Jahrestag des Marsches zur Feldherrnhalle und insbesondere in einem flüsternd geführten Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Fast überall in Deutschland fanden nun antijüdische Aktionen statt, die von Partei- und SA-Führern geleitet wurden, und nicht immer so geschickt und unauffällig, wie Goebbels gewünscht hatte. Für eine Nacht ist Deutschland gleichsam zaristisches Rußland: Synagogen werden in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte erstürmt und geplündert, Praxisräume werden gewaltsam geöffnet und ärztliche Instrumente auf die Straße geworfen, viele Juden werden geschlagen und gequält, Tausende in die Konzentrationslager transportiert, Dutzende von Menschen ermordet, Schäden für mehrere hundert Millionen Mark angerichtet. Unübersehbar ist ein Moment des Klassenkampfes, wenn etwa vornehmlich wohlhabende Juden verhaftet werden oder wenn beim Abtransport Drohungen wie diese ausgestoßen werden: »Wir werden dafür sorgen, daß eure dicken Bäuche verschwinden.«[2] Aber viel bezeichnender als die Vorgänge selbst, die nach der Zahl der Todesopfer natürlich nicht entfernt mit den großen Pogromen im zaristischen Rußland und noch weniger mit den umfassenden *Klassenkämpfen* der russischen Revolution verglichen werden können, war das Nachspiel. Der Reichsminister Dr. Joseph Goebbels veröffentlichte im *Völkischen Beobachter* vom 12. November einen Artikel, in dem er schrieb, der Hintergrund der Mordtat sei in der Hetze der großen jüdischen Weltblätter zu suchen, und er kam zu dem Schluß: »Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen.«[3] Der Generalfeldmarschall Hermann Göring ließ am gleichen Tage dem deutschen Judentum als ganzem eine »Buße« von einer Milliarde Mark auferlegen, und er beschlagnahmte sogar die von den Versicherungen ausgezahlten Summen zu Gunsten des Reichs, so daß die Juden die ihnen zugefügten Schäden selbst begleichen mußten. Wenn also die Ereignisse als solche hinter den entsprechenden Vorgängen in Rußland weit zurückblieben, so trugen sie doch einen viel abstoßenderen Charakter, weil sie von den Überstarken gegen die Schwachen ins Werk gesetzt und von der Staatsführung ausdrücklich gebilligt wurden. Zwar lag die kollektivistische Schuldzuschreibung, welche die Taten von einzelnen als bloße Ausflüsse einer

kollektiven Mentalität oder Interessenlage betrachtet, im Grundansatz der nationalsozialistischen Rassenlehre ebenso beschlossen wie in der marxistischen Klassentheorie und der Klassenkampfpraxis der Bolschewiki, aber er trat jetzt zum erstenmal in weit sichtbaren, der Weltöffentlichkeit voll zugänglichen Taten ans Licht, und der Eindruck im Ausland war außerordentlich stark. Deutschland wurde nun häufig nicht mehr zu den zivilisierten Staaten gezählt, und wer sich daran erinnerte, daß die gleiche Negation 1918 und 1919 das bolschewistische Rußland betroffen hatte und wegen der Moskauer Prozesse auch 1937 und 1938 nicht selten wieder vorgebracht wurde, der konnte leicht zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Abweichung von den einfachen Normen der rechtsstaatlichen Zivilisation auf der Basis noch relativ offener Verhältnisse auch dann etwas Schlimmeres war als die entsprechende Abweichung inmitten von Zusammenbruch, Bürgerkrieg und voll ausgebildeter totaler Herrschaft, wenn die Menschenopfer weitaus geringer waren.

Hitler aber faßte eine so naheliegende Meinung als das Symptom einer bösartigen Verschwörung auf, und das antisemitische Motiv, das immer zu seinen genuinsten Beweggründen zählte, auch wenn es manchmal von anderen überdeckt wurde, kam wenig später in einer Weise zum Vorschein, wie es bis dahin noch in keiner öffentlichen Äußerung des »Führers und Reichskanzlers« der Fall gewesen war. In der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 war nicht so sehr die berühmte und später immer wieder zitierte Voraussage der »Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa« (falls das internationale Finanzjudentum die Völker noch einmal in einen Weltkrieg stürze) das Symptomatische und Hervorstechende, denn gleichzeitige Äußerungen lassen es wahrscheinlich sein, daß hier nicht von physischer Vernichtung die Rede war. Weit aufschlußreicher war ein anderer Satz, nämlich: »Über die jüdische Parole ›Proletarier aller Länder, vereinigt euch‹ wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: ›Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind‹.«[4] So klar hatte Hitler noch nie der Welt zu erkennen gegeben, daß Antibolschewismus, Antimarxismus und Antisemitismus für ihn eine Einheit bildeten und daß er keineswegs bloß die Revision von Versailles, die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk oder den osteuropäischen Lebensraum eines »Germanischen Reiches« als Ziele hatte, sondern daß er zugleich eine Lehre von der Erlösung der Welt verkündete, die sich grundsätzlich an alle Menschen richtete und die der marxistischen Doktrin genau entsprach, obwohl sie ihr dem Sinne nach entgegengesetzt war.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Hitler seinen Antisemitismus auch aus taktischem Kalkül ins Spiel brachte, weil er sich mit den antijüdischen Strömungen in England und Amerika verbünden wollte. Er übersah jedoch, daß in England und Amerika zwar gerade innerhalb der Oberschichten eine gewissermaßen selbstverständliche Abneigung gegen die Juden weit verbreitet war,

daß aber Chamberlain und Halifax nicht im ideologischen Sinne Antisemiten waren oder sein konnten. Wenn er nun auf internationaler Ebene ein Bündnis im Zeichen des Antikommunismus erstrebte, dann mußte der Antisemitismus kontraproduktiv wirken, anders als gegenüber Hugenberg und Papen in Deutschland.

Aber die nicht ganz wenigen Zuhörer zweier Geheimreden, die Hitler in diesen Monaten zwischen München und Prag hielt, hätten sich sogar die Frage vorlegen können, ob Hitlers Antisemitismus sich wirklich ganz oder auch nur primär gegen die Juden als eine klar umschreibbare Gruppe richtete und ob sein Antimarxismus tatsächlich so weit vom Marxismus entfernt war, wie seine Verbündeten im nationalen Lager meinten.

Am 10. November 1938 sprach Hitler auf einem Abendempfang im Führerbau zu München vor etwa 400 Vertretern der deutschen Presse. Er rühmte sich der Erfolge des letzten Jahres und würdigte die Rolle, welche die Propaganda und mithin die Presse dabei gespielt habe. Aber die Erziehung zum Selbstbewußtsein sei noch längst nicht beendet, zumal nun die pazifistische Platte, die er bisher habe spielen müssen, nichts mehr einbringe. Was schon im Weltkrieg dieses Selbstbewußtsein erschüttert habe, sei »die Hysterie unserer intellektuellen Schichten«. Dieses »Hühnervolk« werde bei Mißerfolgen mit Sicherheit abermals versagen und der Geschlossenheit der Nation Abbruch tun: »Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe, leider, man braucht sie ja; sonst könne man sie eines Tages ja, ich weiß nicht, ausrotten oder so was.«[5] Waren die Juden am Ende für Hitler bloß ein besonders ausgeprägter Teil der Intellektuellen, und lag nicht die Frage nahe, ob die deutsche Intelligenz unter Hitler am Ende ein ähnliches Schicksal erleiden würde wie die russische *Intelligencija* unter Lenin, obwohl doch der Schrecken angesichts der »Ausrottung der nationalen Intelligenz« in Rußland eine der ursprünglichsten Emotionen Hitlers gewesen war? War in der Angst die Faszination verborgen und im Schreckbild das Vorbild?

Und ließ sich eine ähnliche Frage nicht auch hinsichtlich des deutschen Bürgertums stellen, das sich doch in maßgebenden Teilen gerade deshalb mit Hitler verbündet hatte, um der Drohungen des Kommunismus endgültig ledig zu sein? Jedenfalls hätte mancher Bürger die Schlußfolgerung *marxistisch* genannt, die Hitler aus dem Erlebnis zog, von dem er jungen Offizieren am 25. Januar 1939 in der Reichskanzlei erzählte: »Wie oft bin ich so, besonders in den schlimmen Zeiten, an Straßenbaukolonnen vorbeigefahren, da standen Teerarbeiter, verrußt und schmutzig, und dann mußten da die Wagen halten, 10, 12 Automobile. In den Wagen saßen nun wohlhabende Bürger, Kaufleute, Bankiers oder so Leute, und auf der Straße standen nun diese Proleten, und wenn ich mir nun die Köpfe verglich, da leuchtete unter diesem Ruß und unter diesem Schmutz bei so manchem dieser Straßenarbeiter ein Auge her-

vor, daß ich mir sagen mußte: Eigentlich müßte man den in den Wagen hineinsetzen und den anderen hier zur Straßenarbeit bestellen.«[6] Hatte der Marxismus am Ende mit seiner Hauptthese vom unaufhebbaren Gegensatz zwischen absterbendem Bürgertum und aufsteigendem Proletariat recht, und war Hitler dabei, diese Hauptthese in die Wirklichkeit umzusetzen? Vermutlich würde Hitler auf eine solche Frage geantwortet haben, er habe einzelne Proletarier im Auge und nicht *das Proletariat*, und er erstrebe nicht eine herrschaftslose Gesellschaft allgemeiner Gleichheit, sondern im Gegenteil die Bildung einer »neuen gesellschaftlichen Elite«, die imstande sei, die Herrschaft über Europa auszuüben. Aber war Lenin mit seinen Reden vom »Körnchen« der alles umgestaltenden Partei und von Rußland als dem »stärksten Staat der Welt« davon so weit entfernt? Jedenfalls mußte allen Zuhörern und im Grunde allen Lesern seiner Bücher und Reden klar sein, daß Hitlers Antisemitismus keine bloße *Judenfeindschaft* war und daß sein Antimarxismus dem realen Marxismus der Sowjetunion näherstand, als die doktrinären Marxisten und er selbst zugegeben hätten.

Nun zählten die Journalisten und Schriftsteller Englands und der Vereinigten Staaten gewiß nicht zu den Zuhörern dieser Reden, und die wenigsten von ihnen hatten »Mein Kampf« gelesen. Gleichwohl dürfte die Behauptung nicht in Zweifel zu ziehen sein, daß sich in England und Amerika und erst recht in Frankreich schon aufgrund der öffentlichen Reden und Taten der Zeit zwischen Oktober 1938 und März 1939 auch dann große Beunruhigung ausgebreitet haben würde, wenn es dort keinen einzigen jüdischen Journalisten und keinen einzigen jüdischen Finanzmann gegeben hätte. Selbst die entschiedensten Antikommunisten hätten sich dieser Beunruhigung nicht entziehen können.

Aber erst Hitlers Zerstörung der *Rest-Tschechei* schuf eine neue Qualität der Kritik und des Widerstandes und bedeutete für das antikommunistische Konzept des großen Einvernehmens den Todesstoß, obwohl es in schwachen Resten fortexistierte. Was Hitler veranlaßt hat, vom Motiv der »Selbstbestimmung« zum Motiv des »Lebensraums« überzugehen, bevor er das älteste Desiderat deutscher Selbstbestimmung, dasjenige Danzigs und der Deutschen in Polen, auch nur ernstlich zum Thema gemacht hatte, ist bis heute nicht auf überzeugende Weise geklärt. Gewiß lag die Anknüpfung an die Mitteleuropa-Vorstellung Friedrich Naumanns und anderer sowie an die ehemalige österreichische Wirklichkeit nahe, aber die neue Regierung in Prag war sich völlig darüber im klaren, daß sie bedingungslos mit dem Großdeutschen Reich zusammenarbeiten mußte, und das slowakische Problem schien zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst zu sein, als ein slowakischer Landtag den Priester Josef Tiso zum Ministerpräsidenten eines autonomen Bundesstaates gewählt hatte. Aber es gab slowakische Radikale, denen diese Lösung nicht genügte, und

Göring gab ihnen schon Mitte Oktober 1938 als seine Meinung zu erkennen, daß eine »Flughafenbasis in der Slowakei für die Luftwaffe im Einsatz gegen Osten sehr wichtig« sei.[7] Entscheidend dürfte aber ein im engsten Sinne persönliches Moment gewesen sein, zu dem es auf der Seite Stalins keine Entsprechung gab: Hitlers Empfinden, er habe nicht mehr lange zu leben, und er müsse daher schon bald die »großen Entscheidungen« treffen. Vermutlich spielte allerdings der sehr viel banalere Geschmack an eindrucksvollen Erfolgen und triumphalen Einzügen ebenfalls eine Rolle. Jedenfalls drängte er die slowakischen Radikalen durch kaum verhüllte Drohungen auf den Weg des Separatismus, dem die Zentralregierung in Prag sich nur deshalb entgegenstellte, weil sie keine Auskunft über die Wünsche der Reichsregierung erhielt. Die Absetzung Tisos durch den neuen Staatspräsidenten Hacha am 10. März 1939 ist die von Hitler gewünschte und herbeigeführte Gelegenheit. Am 12. März läßt er von der Wehrmacht die »Forderungen für ein Ultimatum« ausarbeiten. Die deutsche Minderheit geht in Brünn, Iglau und Preßburg auf die Straße und sucht die Tschechen zu provozieren, überall mit verhältnismäßig geringem Erfolg. Den Ungarn verspricht Hitler die Karpatho-Ukraine, die er ihnen im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 verweigert hatte, und in Preßburg übernehmen die Radikalen der *Rodobrana* die Führung der unabhängigen Slowakei. In der Nacht zum 15. März werden Hacha und der Außenminister Chvalkovsky von Hitler in der Reichskanzlei empfangen. Hacha tritt sehr schwächlich und demütig auf, dennoch sind schwerste Drohungen erforderlich, um ihn zur Unterschrift unter den »Vertrag« zu veranlassen, der die Tschechei als »Protektorat« dem Deutschen Reich eingliedert. Dadurch wurde nicht etwa bloß die staatliche Emanzipation von 1918 rückgängig gemacht, sondern ein neuartiger Status minderen Rechts eingeführt, der in Europa bis dahin unbekannt war und der sich infolge der antikolonialen Bewegungen sogar in der übrigen Welt im Rückgang befand. Und die Besetzung der Tschechei wurde von der deutschen Presse ausgesprochenermaßen als Eroberungszug aufgemacht: »Hakenkreuzbanner wehen über Prag« lautete eine der Schlagzeilen, und Hitler nahm vom Hradschin Besitz, als wäre er nach einem siegreichen Krieg in die Hauptstadt des Feindes eingezogen. Aber diesmal wurden die einrückenden Truppen nicht mit Jubel und Blumen und Küssen begrüßt: Fäuste ballten sich, Tränen flossen, und Frauen spuckten deutschen Soldaten ins Gesicht.

Die antikommunistische Konzeption des großen Einvernehmens war damit gescheitert, bevor sie vollständig hatte in Erscheinung treten können, denn auch diejenigen, die im Westen am ehesten in diese Richtung gedacht hatten, waren von der stillschweigenden Voraussetzung ausgegangen, daß Hitler keine Gewalt anwenden und eine weitere Expansion nicht anstreben werde, d. h. die nachträgliche Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts war der

weiteste Schritt, den man zu tun gedachte. Wenn die Regierungen Englands und Frankreichs eine rein antikommunistische, d. h. antibolschewistische Einstellung gehabt hätten, würden sie freilich die Einbeziehung der Tschechei in das Deutsche Reich als einen weiteren Ausbau der Positionen betrachtet haben, die für den bevorstehenden Entscheidungskampf erforderlich waren, und so hätten sie in der Tat handeln müssen, wenn sie sich als Vertreter *des Kapitalismus* empfunden hätten. Aber durften sie sicher sein, daß Hitler ein *reiner Antikommunist* war? War der Antikommunismus nicht für ihn am Ende ebenso bloß ein Instrument im Dienst anderer Zwecke, wie es offensichtlich das Selbstbestimmungsrecht war? Doch selbst wenn Chamberlain und Halifax Hitler vertraut hätten, so würde ihnen die öffentliche Meinung ihrer Länder keine freie Hand gelassen haben, denn diese öffentliche Meinung war inzwischen überwiegend *antifaschistisch*, so unverkennbar es noch Gegenströmungen gab. Sehr kennzeichnend war ein Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Jerzy Potocki, der seinem Außenminister mit einem deutlichen Unterton von Abneigung und Kritik bereits am 7. März mitteilte, Präsident Roosevelt und die Presse bearbeiteten die amerikanische Öffentlichkeit mit der Absicht, »Haß gegen alles zu erzeugen, was nach Faschismus riecht«.[8] Dabei werde die UdSSR zum Lager der demokratischen Staaten gerechnet, ganz wie man ja im Spanischen Bürgerkrieg die *Loyalisten* als Verteidiger der demokratischen Ideen angesehen habe. Ähnliche Auffassungen vertrat in England die Labour Party im paradoxen Einklang mit den konservativen Oppositionellen um Churchill, und in Frankreich waren die Parteien der »Volksfront« noch mächtig genug, ebenfalls in die Richtung des erneuten Übergangs zur Politik des großen Widerstandes unter dem Feldzeichen des Antifaschismus zu wirken. Mit der Besetzung Prags mußte diese Tendenz überall im Westen gewaltigen Auftrieb bekommen.

Chamberlain hatte sich zunächst auffallend vorsichtig geäußert, aber dann sah er sich gezwungen, am 17. März in Birmingham nachdrücklich seine Befürchtung zum Ausdruck zu bringen, man sehe sich dem Versuch gegenüber, »die Welt mit Gewalt zu beherrschen«, und er schloß seine Rede mit dem Satz: »... kein größerer Fehler (könnte) begangen werden als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, ... so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen«.[9] Mit noch kürzeren und eindrucksvolleren Worten sagte Halifax wenig später zu dem deutschen Botschafter von Dirksen, er könne Hitlers Geschmack an unblutigen Siegen begreifen, aber das nächste Mal werde dieser gezwungen sein, Blut zu vergießen.[10] Was dieses *nächste Mal* sein würde, war im Prinzip gleichgültig; wenn man den Willen zu diesem Widerstand *Kriegswillen* nennen will, dann war England von der Besetzung Prags an zweifellos zum Krieg ent-

schlossen: *Sofern* Hitler noch weitere territoriale Forderungen stellen und mit Gewalt durchzusetzen suchen würde. Aber das war zugleich eine Rückkehr zur einfachen Staatenpolitik; die tiefe Veränderung, welche diese Staatenpolitik durch die Existenz der Ideologiestaaten erfahren hatte, blieb ausgespart, ohne völlig zu verschwinden. Jedenfalls wurden Chamberlain und Halifax durch die Ereignisse ebensowenig zu *Antifaschisten* wie Daladier und Bonnet, und wäre es bloß deshalb, weil sie Italien nicht vor den Kopf stoßen wollten.

Das Sonderbare war, daß Hitler zwar in der Tat bereits neue Forderungen erhoben hatte, aber daß sie zunächst in einem durchaus freundschaftlichen, betont antikommunistischen Geiste erfolgten und strenggenommen keine *territorialen Forderungen* waren, sondern im Gegenteil Verzichte implizierten, die Stresemann unter keinen Umständen geleistet haben würde. Nichts war für die Deutschen der Weimarer Republik ja schmerzlicher und unerträglicher gewesen als die Existenz des polnischen »Korridors«, der Ostpreußen vom Reichsgebiet trennte, und damit auch die selbständige Existenz der »Freien Stadt Danzig«. Nirgendwo durften sich die Deutschen mit größerem Recht über Benachteiligungen, ja Entrechtungen und Verfolgungen ihrer Landsleute beklagen. Hitler hatte im Januar 1934 die Richtung der Weimarer Republik radikal umgekehrt, und niemand außer ihm wäre dazu in der Lage gewesen. Sein Motiv war offensichtlich die antikommunistische Sympathie mit dem Regime von Marschall Pilsudski, der ja im Jahre 1920 die Bolschewiki vielleicht niedergeworfen hätte, wenn er sich zur Unterstützung der letzten weißrussischen Armee bereit gefunden hätte. Als Hitler Ende Oktober 1938 dem polnischen Botschafter Lipski durch Ribbentrop den Vorschlag machen ließ, einer Rückkehr Danzigs zum Reich zuzustimmen und eine exterritoriale Autobahn sowie eine entsprechende Eisenbahnlinie durch den Korridor zu akzeptieren, da hatte er eine »Generalbereinigung« aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten im Auge, welche »die Krönung des vom Marschall Pilsudski und vom Führer eingeleiteten Werkes« sein würde.[11] Der Hintergrund war ganz unverkennbar die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion, und in den weiteren Gesprächen, die Hitler und Ribbentrop in den folgenden Monaten mit Lipski und dem Außenminister Beck führten, war nicht selten beziehungsreich von der Ukraine die Rede, und eine Ablehnung seitens der Polen war nicht erkennbar. Aber andererseits wies Lipski schon zu Anfang darauf hin, daß Danzig für Polen eine besondere und symbolische Bedeutung habe und daß eine exterritoriale Autobahn eine schwere Einbuße an Souveränität darstelle. Tatsächlich hatte Hitler ja um seiner höheren Ziele willen eine Generalbereinigung mit Italien dadurch zustande gebracht, daß er auf Südtirol feierlich verzichtete. Hier aber verlangte er etwas, wenngleich in der Hauptsache bloß die Aufgabe eines Rechtsverhältnisses, nämlich der Einbezogenheit der Freien Stadt Danzig in das polnische Zollge-

biet. Hitler bedachte nicht, daß ein radikalfaschistischer Staat vor der Folie seiner viel weiter gespannten Endziele Verzichtpolitik treiben kann, daß aber ein faschistoider Nationalismus dazu am wenigsten in der Lage ist. So ging die freundschaftliche Atmosphäre der Besprechungen mehr und mehr verloren, die Stimmung der polnischen Öffentlichkeit verschlechterte sich sichtlich; man empörte sich darüber, daß Deutschland im Wiener Schiedsspruch eine gemeinsame Grenze zwischen Polen und Ungarn verhindert hatte, und man ging ziemlich scharf gegen die deutsche Minderheit vor.

Doch erst der 15. März verhärtete die Situation endgültig. Jetzt war die polnische Öffentlichkeit überzeugt, daß Polen als nächster Staat »an die Reihe kommen« werde; und der deutsche *Schutz* für die Slowakei bedeutete ja unzweifelhaft eine außerordentliche Verschlechterung der strategischen Lage Polens, wenn es sich als Gegner und nicht als Bündnispartner des Deutschen Reiches betrachtete. Trotzdem stimmte Beck dem nächstliegenden aller Vorschläge nicht zu, den nun die britische Regierung machte: daß Polen zusammen mit England, Frankreich und der Sowjetunion eine Erklärung abgeben solle, die den Willen zum gemeinsamen Widerstand gegen jede Bedrohung der politischen Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates zum Ausdruck bringen würde. Sogar eine Politik des großen Widerstandes mußte für das Polen des siegreichen Krieges gegen Sowjetrußland von 1920 gefahrvoll sein, und das polnische Obristenregime konnte die unverkennbare Tendenz zum ideologischen Antifaschismus noch viel weniger akzeptieren als die Regierung der Konservativen Partei in England. So plädierte Beck für ein zweiseitiges Abkommen, und am 31. März gab Chamberlain im Unterhaus eine Erklärung ab, die britische Regierung werde der polnischen Regierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung gewähren, wenn eine Aktion eintrete, »welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerläßlich ansehen würde«.[12] Die Formulierung war nicht ganz klar, und Hitlers Vorschläge bedrohten die Unabhängigkeit Polens nicht notwendigerweise. Aber man konnte diese Erklärung als eine einseitige – und in der englischen Geschichte völlig präzedenzlose – Garantie ansehen, welche die britische Regierung zur bewaffneten Intervention verpflichtete, selbst wenn bloß die Danziger Regierung den Anschluß an das Reich erklären und wenn Polen mit Waffengewalt dagegen vorgehen würde. Die Entscheidung über Krieg und Frieden wurde also in die Hände der Polen gelegt, obwohl Beck in London wesentliche Tatbestände verschwiegen hatte und obwohl Henderson die deutsche Sache »keineswegs ungerechtfertigt oder unmoralisch«, die Polen jedoch »heroisch, aber auch Narren« nannte.[13] Sogar unter führenden Polen gab es große Bedenken, und der polnische Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, sprach sich sehr negativ über die innenpolitischen

Motive Chamberlains aus, die nach seiner Meinung auf einen »ideologischen Kampf gegen den Hitlerismus« und auf die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland abzielten.[14]

Beck wiederum leitete aus Hitlers Antikommunismus gerade die Überzeugung ab, daß er schlechterdings außerstande sei, eine antipolnische Abmachung mit der Sowjetunion auch nur ins Auge zu fassen.[15]

So wären die Verhandlungen um einen wechselseitigen Beistandspakt, die während der Sommermonate zwischen den Westmächten und der Sowjetunion geführt wurden, auch dann nicht sehr aussichtsreich gewesen, wenn man sich tatsächlich auf eine gemeinsame Linie des Kampfes gegen den *Hitlerfaschismus* hätte einigen können. Es ging ja zunächst um Polen, und Polen konnte nur dann Hilfe gegen Deutschland erwarten, wenn es den sowjetischen Truppen den Einmarsch gestattete. Das aber würde nach der Überzeugung Becks und des Marschalls Rydz-Smigly den Verlust jener Ostgebiete nach sich ziehen, die man im Frieden von Riga den Russen abgenommen hatte, und so gut wie niemand war in Polen bereit, dem sowjetischen Beelzebub Brest-Litowsk und Lemberg auszuliefern, um Danzig gegen den deutschen Teufel verteidigen zu können. Da die Sowjetunion überdies die Frage der *Sicherheit* der baltischen Randstaaten zum Thema machte, waren die Verhandlungen noch über das Maß des Wahrscheinlichen hinaus von tiefstem gegenseitigen Mißtrauen erfüllt, denn die Russen fürchteten, die Westmächte wollten die Sowjetunion und Deutschland sich auf den polnischen Schlachtfeldern wechselseitig erschöpfen lassen, und im britischen Auswärtigen Amt war die umgekehrte und ältere Vermutung noch ganz lebendig, es komme der Sowjetunion darauf an, die Westmächte in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, um später ganz Europa beherrschen und dem Sowjetsystem unterwerfen zu können. So machten die Verhandlungen, die im Juli und August von einer englisch-französischen Militärmission in Moskau mit Marschall Woroschilow geführt wurden, nur langsame Fortschritte. Da schlug wie ein Blitz aus mäßig bedecktem Himmel die Nachricht ein, am 23. August werde der Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau eintreffen, um einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion abzuschließen. Auch die antifaschistische Konzeption, die nie mehr als eine Tendenz innerhalb der Politik des großen Widerstandes gewesen war, war nun gescheitert. Die anscheinend aus ideologischen Gründen unmögliche und lange Zeit kaum beachtete fünfte Hauptmöglichkeit der Weltpolitik hatte sich durchgesetzt: die Verständigung zwischen den Feinden, welche eine Wiederaufnahme der Rapallo-Politik zu sein schien. Dadurch wurde der drohende Weltkrieg abgewendet, aber auch die wahrscheinlichere Fesselung Hitlers gesprengt: Das Startzeichen zum europäischen Teilkrieg war gegeben, falls die Westmächte daran festhielten, ihre Verpflichtungen Polen gegenüber zu erfüllen.

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg

Ganz überraschend kam die Nachricht freilich nicht. In der französischen und englischen Presse waren 1938 und zu Anfang 1939 immer wieder Nachrichten und Kommentare erschienen, die eine Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion ankündigten oder als möglich hinstellten. Aber dabei mochte es sich um Zweckmeldungen handeln, und Hitlers feindselige Äußerungen, wie etwa diejenigen in der Rede vom 30. Januar 1939, hatten solche Erwartungen oder Befürchtungen, wie es schien, rasch gegenstandslos gemacht. Frankreichs Außenminister indessen wußte seit Anfang Oktober 1938, daß ein hoher sowjetischer Diplomat auf das Abkommen von München mit dem Ausruf reagiert hatte: »Für uns sehe ich keine andere Möglichkeit mehr als eine vierte Teilung Polens!«[1] Und jedermann konnte sich seine eigenen Gedanken machen, als Stalin am 10. März 1939 auf dem XVIII. Parteitag seine sogenannte »Kastanienrede« hielt, die den Tadel gleichmäßig auf beide Seiten verteilte, aber den Westmächten unterstellte, sie wollten Deutschland gegen die Sowjetunion hetzen, um dann mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und den geschwächten Kriegsteilnehmern ihre Bedingungen zu diktieren. Jedenfalls sprach er die Weigerung der Sowjetunion aus, für die Kriegsprovokateure »die Kastanien aus dem Feuer zu holen«. Drei Wochen später verwendete auch Hitler die Metapher von den Kastanien, und zwar in einer Rede in Wilhelmshaven. Am 3. Mai aber wurde die Welt von der Nachricht überrascht, daß der sowjetische Außenminister Litwinow abgelöst und durch den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Wjatscheslaw I. Molotow, ersetzt worden sei. Weshalb wurde der wichtigste Vorkämpfer der sowjetischen Westorientierung gerade in dem Augenblick abgesetzt, als die Einigung mit den Westmächten unumgänglich schien? Wollte Stalin damit nicht offensichtlich zu erkennen geben, daß *er* jedenfalls nicht gezwungen war, mit einem bestimmten Partner abzuschließen, und daß er, der wenige Monate zuvor noch völlig isoliert war, nun zur Schlüsselfigur für das Schicksal Europas und der Welt geworden war?

Aber auch in Deutschland war die »Rapallo-Linie« in keinem Augenblick völlig tot gewesen, und Hermann Göring hatte viel dafür getan, daß die dünnen Fäden zwischen den beiden Mächten nicht zerrissen, die der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, David Kandelaki, zu erhalten und zu festigen suchte. Unterhalb des propagandistischen Trommelfeuers existierten in Deutschland seit einiger Zeit Überlegungen, die eine Abschwächung des ideologischen Gegensatzes zu erkennen meinten und ganz im Sinne der Ideen, welche in der russischen Emigration schon 15 Jahre früher vertreten worden waren[2], eine »Nationalisierung des Bolschewismus« konstatierten. So hatte

Hitler selbst schon Anfang 1937 einen Fühler Kandelakis zwar zurückgewiesen, aber gegenüber Neurath immerhin geäußert: »Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Rußland in der Richtung einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Rußland wieder einzuschalten.«[3] Und im Grundansatz des Nationalsozialismus war die Möglichkeit beschlossen, den Gegensatz zu den Juden im Westen hervorzuheben. Wenn man das polnische und rumänische Nein zum sowjetischen Durchmarsch als feststehende Tatsache in die Rechnung einsetzen durfte, dann hatten im Frühjahr und Sommer 1939 die deutsch-sowjetischen Kontakte von Anfang an das stärkere Gewicht.

Die Initiative ging mehr von der Sowjetunion als von Deutschland aus, und das Risiko war ja auf deutscher Seite in der Tat weitaus größer. Daß Stalin seine Verhandlungsposition gegenüber den Westmächten durch eine Kontaktaufnahme mit Deutschland zu verbessern suchte, hätten ihm die Westmächte im Falle einer Indiskretion wohl nur als übliche und verzeihliche List angerechnet; für Hitlers Prestige und für sein Verhältnis zu Japan und Italien hätte es dagegen verhängnisvoll werden können, wenn Stalin die Fühler bekanntgegeben und mit den Westmächten abgeschlossen hätte. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß das welthistorische Ereignis zunächst überwiegend auf der Ebene drittrangiger Beamter vorbereitet wurde.[4]

Gleich nach der Absetzung Litwinows wandte sich der sowjetische Geschäftsträger Astachow an den Legationsrat der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Schnurre, und versuchte zu erfahren, ob das Ereignis Deutschland zu einer veränderten Einstellung der Sowjetunion gegenüber bringen werde. Vierzehn Tage später sprach zwar Molotow persönlich zu dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, über die Notwendigkeit, eine »politische Grundlage« für die geplanten Wirtschaftsverhandlungen zu schaffen, aber zu einer Präzisierung seiner Wünsche ließ er sich nicht herbei. Am 3. Juni bedienten sich die Russen des estnischen Gesandten, der in einem Gespräch mit dem Staatssekretär von Weizsäcker sagte, in Moskau sei das Mißtrauen gegenüber den demokratischen Staaten größer als gegenüber den totalitären, und man scheine dort nur auf eine öffentliche Geste des Entgegenkommens zu warten, um der erwähnten Stimmung Ausdruck zu geben. Noch deutlicher wurde Astachow in einem Gespräch mit dem bulgarischen Gesandten am 15. Juni, das natürlich unverzüglich dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht wurde: Die Sowjetunion sehe drei Möglichkeiten des Verhaltens vor sich, unter denen sie »gefühlsmäßig« einer Annäherung an Deutschland den Vorzug geben würde. Wenn Deutschland die russische Furcht vor einem Angriff über die baltischen Staaten oder über Rumänien durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes beseitige, werde die So-

wjetunion wohl von einem Vertragsabschluß mit England absehen.[5] Da zur gleichen Zeit die deutschen Verhandlungen mit Japan über einen Militärpakt ins Stocken gerieten, scheinen Ribbentrop und Hitler daraufhin den Gedanken des Nichtangriffspaktes erstmals ernsthaft in ihre Überlegungen einbezogen zu haben. Der nächste wichtige Schritt wurde jedoch abermals auf der unteren Ebene getan, und zwar bei einem Abendessen, zu dem Schnurre am 27. Juli den Geschäftsträger Astachow und den Leiter der Handelsvertretung Barbarin in das Lokal Ewest eingeladen hatte. Hier trug Schnurre höchst eigenartige Auffassungen über das Verhältnis von Bolschewismus und Nationalsozialismus vor, die zu früheren Zeiten sowjetische Beamte sicherlich zu scharfem Protest oder zu entsetzter Flucht veranlaßt hätten: Bei allen Differenzen gebe es doch ein Gemeinsames in der Ideologie Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion, nämlich die Gegnerstellung gegen die kapitalistischen Demokratien. Von einem schroffen Gegensatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion könne ja nicht länger die Rede sein, denn die Komintern sei nicht mehr vorherrschend, der Bolschewismus verschmelze immer mehr mit der nationalen Geschichte Rußlands, und die Weltrevolution sei von Stalin ad calendas graecas vertagt worden. Daher könne er sich vorstellen, daß die beiden Staaten in drei Etappen zueinanderfinden würden. In seiner Antwort betonte Astachow, wie wertvoll ihm diese Unterhaltung gewesen sei, und zweifellos erstellte er umgehend einen Bericht für Molotow.[6]

Von Anfang an geht dann die Initiative auf die deutsche Seite über und nimmt mehr und mehr einen drängenden Charakter an, während in Moskau mit der auf dem Seeweg eingetroffenen englisch-französischen Militärmission verhandelt wird. Ribbentrop läßt am 3. August Molotow den deutschen Wunsch übermitteln, die deutsch-russischen Beziehungen auf eine »neue und definitive Basis« zu stellen, und am 14. gibt er seine Bereitschaft zu erkennen, zwecks Abschlusses des Nichtangriffspakts nach Moskau zu kommen, denn es sei unbestreitbar, daß »die kapitalistischen westlichen Demokratien unversöhnliche Feinde« sowohl Deutschlands wie der Sowjetunion seien.[7] Molotow nimmt die Mitteilung »mit dem größten Interesse« entgegen, aber er unterstreicht doch die Notwendigkeit, die Reise des Reichsaußenministers sorgfältig vorzubereiten, und er spricht erstmals von einem »speziellen Protokoll«, das einen integrierenden Teil des vorgesehenen Paktes bilden müsse. Noch am gleichen Tag erklärt sich Ribbentrop zu Verhandlungen über ein solches Protokoll bereit und drängt auf ein schnelles Vorgehen. Ein derartiges Drängen gibt dem Verhandlungspartner natürlich eine außerordentlich starke Position, und Molotow weist den Botschafter am 20. August von neuem auf die Notwendigkeit von »Vorbereitung« hin. Aber schon eine halbe Stunde nach dem Ende des Gesprächs wird der Botschafter wieder in den Kreml gerufen: Der Entwurf eines Nichtangriffspaktes wird ihm überreicht, und die Sowjetregie-

rung erklärt ihr Einverständnis, daß Ribbentrop am 26. oder 27. August in Moskau eintrifft. Offensichtlich hat Stalin persönlich die Anweisung gegeben. Und am gleichen Tage greift nun auch Hitler persönlich ein. In einem Telegramm an »Herrn Stalin, Moskau« bittet Adolf Hitler dringend, daß sein Außenminister bereits am 22. August, spätestens aber am 23. August, in Moskau empfangen wird. Am Abend des 21. August telegraphiert seinerseits Stalin »an den Reichskanzler Deutschlands, Herrn A. Hitler«, daß »die Sowjetregierung« mit dem Eintreffen Ribbentrops am 23. August einverstanden sei.[8]

So ist in Tagen, ja in Stunden die Entscheidung getroffen worden, welche die Weltsituation grundlegend änderte und die französisch-englische Militärmission zu ruhmloser Abreise zwang. Die Politik des großen Widerstandes war zusammengebrochen, nachdem alle Versuche, die Politik des kleinen Widerstandes immerhin virtuell lebendig zu erhalten, spätestens mit der Unterzeichnung des deutsch-italienischen »Stahlpakts« am 22. Mai obsolet geworden waren. Aber es war auch weder ein kleines noch ein großes Einvernehmen zwischen den Westmächten und Deutschland zustande gekommen, obwohl der Ministerialdirektor Wohlthat noch im Juli aussichtsreich erscheinende Verhandlungen mit Sir Horace Wilson geführt hatte, mittels deren Chamberlain nach Dirksens Eindruck »das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland« im verborgenen weiterverfolgen wollte.[9] Doch England konnte Hitler nicht anbieten, was er nun mit aller Kraft anstrebte, die Niederwerfung Polens, und es war ebensowenig in der Lage, der Sowjetunion dasjenige einzuräumen, was Hitler ihr jetzt zu bieten vermochte. Zwar mußte Ribbentrop trotz der »Generalvollmacht«, mit der er ausgestattet war, am 23. August aus Moskau an Hitler die Frage richten, ob er der überraschenden Forderung Stalins und Molotows nachgeben dürfe, die lettischen Häfen Libau und Windau als ihre »Interessensphären« anerkannt zu sehen, aber Hitlers umgehende Antwort lautete: »Ja, einverstanden«. Damit war der Weg zur Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes und des Geheimen Zusatzprotokolls endgültig frei.

Der Nichtangriffspakt beruhte zwar auf dem sowjetischen Entwurf, aber dieser wurde, offenbar auf Wunsch Ribbentrops, auf symptomatische Weise abgeändert. Im Entwurf waren die Sowjetunion und Deutschland »von dem Wunsch nach Festigung der Sache des Friedens zwischen den Völkern« geleitet, im endgültigen Text war nur noch von der Festigung des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR die Rede. Im Entwurf lautete der entscheidende Artikel II: »Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand eines Gewaltakts oder Angriffs seitens einer dritten Macht werden sollte, so wird der andere vertragschließende Teil in keiner wie immer gearteten Form solche Handlungen dieser Macht unterstützen.« Die endgültige Fassung sprach dagegen nur noch von »kriegerischen Handlungen seitens einer dritten Macht«,

deren Gegenstand einer der vertragschließenden Teile werden würde, und sie sanktionierte damit ausdrücklich den Angriffskrieg, ganz wie es der »Stahlpakt« getan hatte.[10]

Der radikale Unterschied gegenüber der Völkerbundideologie und sogar dem Stahlpakt wurde jedoch erst durch das »Geheime Zusatzprotokoll« ganz deutlich, das ausschließlich auf sowjetische Initiative zurückging, obwohl ähnliches der Sache nach sicherlich auch schon von Ribbentrop mehrere Wochen vorher mit der Zusicherung des Schutzes russischer Interessen ins Auge gefaßt worden war. Ausgangspunkt, innere Voraussetzung und unverhülltes Ziel der Abmachung war der »Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung« in den Gebieten der baltischen Staaten und Polens. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die Interessensphären beider Staaten durch die Nordgrenze Litauens und durch die Linie Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Jede etwaige Ungewißheit darüber, was gemeint war, wurde durch den Satz ausgeräumt: »Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Lauf der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.«[11]

So kann es nicht den geringsten Zweifel geben, was dieser Paktabschluß bedeutete: Die Sowjetunion gab Deutschland den Weg zum Krieg gegen Polen frei: Es handelte sich um einen Kriegspakt. Dieser Krieg sollte gleichzeitig zur Teilung Osteuropas in Interessensphären führen: Der Pakt stellte einen Teilungspakt dar. Die Teilung beschränkte sich mindestens hinsichtlich Polens nicht auf die Festlegung von Einflußzonen, sondern er suggerierte das Verschwinden der Staatlichkeit des Landes: Der Pakt war ein Vernichtungspakt. Als Kriegs-, Teilungs- und Vernichtungspakt hat er in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts keine Parallele. Die beiden Staaten, die ihn schlossen, mußten Staaten von ganz besonderer Art sein.

Von ganz besonderer Art war auch die Unterhaltung, die in der Nacht vom 23. zum 24. August im Kreml zwischen Ribbentrop und Stalin sowie Molotow geführt wurde. Stalin machte die »Dummheit der anderen Länder« dafür verantwortlich, daß England die Welt beherrsche, und Ribbentrop behauptete, der Antikominternpakt sei im Grunde nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die westlichen Demokratien gerichtet gewesen. Molotow erhob sein Glas auf Stalin und wies darauf hin, daß es Stalin gewesen sei, der durch seine Rede vom 10. März den Umschwung der politischen Beziehungen eingeleitet habe, und Stalin selbst brachte »spontan« (wie der deutsche Protokollführer meinte) einen Trinkspruch auf Adolf Hitler aus: »Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.« Ribbentrop hatte seinerseits darauf hingewiesen, daß in Deutschland »gerade die einfachen Leute« die Verständigung mit der Sowjetunion begrüß-

ten. Bei der Verabschiedung versicherte Stalin dem Reichsaußenminister, die Sowjetregierung nehme den neuen Pakt sehr ernst; er könne auf sein Ehrenwort versichern, daß die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen werde.[12]

Was war die unmittelbar erkennbare Bedeutung dieses Ereignisses, das in der ganzen Welt die größte Überraschung und an vielen Stellen Sprachlosigkeit oder blankes Entsetzen hervorrief? Ein Resultat stand vom ersten Augenblick an fest: Es handelte sich nicht um einen gewöhnlichen Nichtangriffspakt. Schon die Formulierung des Artikels II gab das zu erkennen, und die Abreise der alliierten Militärmission aus Moskau unterstrich diesen Tatbestand. Jedenfalls hatte eine gravierende Verschiebung der weltpolitischen Gewichte stattgefunden, und die ersten deutschen Kommentare wiesen mit viel Genugtuung darauf hin, daß die beiden Völker sich wiedergefunden hätten, die schon in den Befreiungskriegen gegen Napoleon zusammengestanden hätten und die bloß 15 Jahre zuvor den Rapallo-Vertrag geschlossen hätten. Hier und da konnte man den Eindruck haben, daß man den Pakt als eine Rückkehr zu Bismarck und zur Vernunft nach Hitlers bisheriger und unnatürlicher Polenfreundschaft empfand. In der Tat war ein russisch-deutscher Block unangreifbar und unbesiegbar, und manche Äußerungen Stalins gingen später mit bedauerndem Unterton in diese Richtung. Was aber zerstört zu sein schien, war die Glaubwürdigkeit beider Staaten als ideologischer Vormächte. Gewiß hatte Lenin den Vertrag von Brest-Litowsk geschlossen, und gewiß hatte Radek 1923 das Zusammengehen mit den deutschen Nationalisten propagiert. Aber im ersten Falle hatte es sich um das nackte Überleben gehandelt, und im zweiten war klar gewesen, wer am stärkeren Hebelarm gesessen hätte. Selbst wenn man es für richtig hielt, daß *die Revolution* so schwach war, daß sie nur durch die Existenz der Sowjetunion im Dasein erhalten werden konnte – durfte dieser Staat der Revolution deshalb schlechthin alles tun und dem schlimmsten seiner Feinde die Hand reichen? Um das Überleben handelte es sich ja offensichtlich nicht: daß Hitler Polen angreifen würde, wenn an dessen Ostgrenze eine feindselige Großmacht gestanden hätte, ist ausgeschlossen. Tatsächlich war denn dieser Pakt auch für viele Kommunisten im Westen nach den Moskauer Prozessen die zweite tiefe Erschütterung ihrer bis dahin so festen Loyalität, und nicht wenige wandten sich jetzt endgültig von dem Manne und der Großmacht ab, welche die antifaschistische Front um bloßer Machtvorteile willen verraten hätten. Entweder mußte die Komintern nun zu der wahrhaft verwirrenden Deutung greifen, die Schnurre und Ribbentrop mit dem Hinweis auf die innere Verwandtschaft der beiden Regime angeboten hatten, oder sie mußte mindestens in Andeutungen die nächstliegende und einleuchtendste Erklärung wählen: Stalin habe seinen Todfeind in einen kräfteverzehrenden Krieg mit denjenigen hineingelockt, die *objektiv* dessen Freunde waren, und er würde ihm den Todesstoß versetzen, sobald er als letzter mit unge-

schwächten Kräften auf das Schlachtfeld treten könne. Das war jedoch das Konzept eines *Weltrevolutionskrieges*, wie es allerdings schon Marx selbst gelegentlich und am Rande umrissen hatte, das indessen nun auch die letzten der *bürgerlichen Pazifisten* zu Feinden eines so kriegerischen Staates machen mußte.

Hitler aber hatte definitiv seine Glaubwürdigkeit als Vorkämpfer der antikommunistischen Sache verloren. Nie wieder würde eine Aussage wie diejenige möglich sein, die Lord Halifax erst ein Jahr vorher gegenüber einem Abgesandten Hitlers getan hatte: Das Ziel seiner Arbeit sei, den Führer zusammen mit dem englischen König unter den Beifallsrufen der Menge in den Buckingham-Palast einziehen zu sehen.[13] Selbst die besten Freunde Deutschlands unter den englischen und französischen Staatsmännern mußten Hitler nun so wahrnehmen, wie er sich in seinen beiden Ansprachen vor den Generälen am 22. August zeigte: als den rücksichtslosen Machtpolitiker, der Polen in eine Lage »hineinmanövriert« hatte, in welcher er zur »Vernichtung des Feindes« übergehen konnte, und der Stalin in der Hand zu haben glaubte, weil dieser angeblich einen Sieg seiner Soldaten ebensosehr fürchten müsse wie eine Niederlage.[14] Aber auch bei alten und überzeugten Nationalsozialisten rief der Pakt eine schwer zu verwindende Erschütterung hervor. »Ich habe das Gefühl, als ob sich dieser Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird«, schrieb Alfred Rosenberg am 25. August in sein Tagebuch. Das sei ein Bittgesuch seitens einer Revolution gegenüber dem Haupt einer anderen gewesen, die niederzukämpfen das vorgehaltene Ideal eines zwanzigjährigen Kampfes gewesen sei. »Wie können wir noch von der Rettung und Gestaltung Europas sprechen, wenn wir den Zerstörer Europas um Hilfe bitten müssen?« Immerhin wollte Rosenberg in Ribbentrop den Hauptverantwortlichen sehen, den er sogar für einen »Verbrecher« erklärte, da er außer Haß auf England keine politische Gesinnung besitze.[15] Und mußte nicht Hitler tatsächlich, wenn er vor sich selbst bestehen wollte, seinerseits den Entschluß zu einer anderen Art von *Weltrevolutionskrieg* gefaßt haben, als er Stalin Finnland und die Baltenstaaten, die Osthälfte Polens und Bessarabien überließ?

Darauf deutet jedenfalls jener »allermerkwürdigste Ausspruch« hin, den er nach dem Bericht Carl J. Burckhardts, des Völkerbundkommissars für Danzig, am 11. August während einer Unterredung auf dem Obersalzberg tat: »Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.«[16] Aber selbst dieser Ausspruch wies mehr

auf den Lebensraumpolitiker hin als auf den revolutionären Antikommunisten, der an den Freiheitswillen unterdrückter Völker appelliert und die Welt vom Alptraum einer präzedenzlosen Terrorherrschaft befreien will. Wie sehr jedoch unterhalb aller Machtpolitik und alles zuversichtlichen Siegeswillens alte Sorgen und Ängste in Hitler lebendig blieben, bewies ein anderer und noch merkwürdigerer Ausspruch, den er bereits am 19. April 1939 gegenüber dem rumänischen Außenminister getan hatte: »Und wozu dieses unvorstellbare Morden? Am Ende werden wir alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen, und nur einem wird es nützen, dem da von Moskau.«[17]

Für entscheidende 10 Tage bot er indessen der Welt noch einmal das Gesicht des bloßen Revisionisten, des Kämpfers gegen das Unrecht von Versailles. Und jetzt lief Stalin ein ungeheures Risiko. Der unmittelbare Zweck des Paktes bestand für Hitler darin, die Westmächte von einem Eingreifen zugunsten Polens abzuhalten. Wenn ihm das gelang, hatte Stalin den Pakt umsonst geschlossen, dann stand er der gewaltigen Macht Hitlers allein gegenüber. Die Lage Polens war hoffnungslos. Sehr viel sprach für die Richtigkeit von Hitlers Prophezeiung, das britische Empire werde einen Krieg in keinem Falle überleben. So forderte er weiterhin nur Danzig und den Korridor, ja er bot in seinen letzten und öffentlich bekanntgemachten Vorschlägen sogar eine Volksabstimmung im Korridor an, die für Deutschland wohl kaum günstig ausgegangen sein würde. Er versicherte Henderson in aller subjektiven Aufrichtigkeit, daß er die britische Freundschaft mehr als alles andere in der Welt wünsche und daß er bereit sei, eine Garantie für das englische Weltreich auszusprechen. Er nahm am 26. August den schon erteilten Angriffsbefehl zurück, obwohl er dadurch bei den Militärs erheblich an Prestige einbüßte, so daß sein entschiedenster Gegner unter den hohen Offizieren, der Oberst Hans Oster von der Abwehr, Hitlers baldiges Ende vorhersagte. Alles, was er nach außen in diesen Tagen tat, nahm sich vernünftig und maßvoll aus. Auf der Seite seiner Gegner lagen offenkundige Fehleinschätzungen vor: Josef Lipski erwartete Aufstände in Deutschland und den Marsch polnischer Truppen gegen Berlin; Chamberlain nahm die Vorstellung vom Untergang des Empire offenkundig nicht ernst. Aber alle Äußerungen und Handlungen Hitlers waren durch die Präzedenzien »München« und »Prag« entwertet, und Beck sowie Chamberlain folgten der öffentlichen Meinung ihrer Länder, die ein Nachgeben in letzter Stunde nicht geduldet haben würden. Der Begriff der *Ehre* war in seine Rechte getreten, und er wurde zu dem Felsbrocken, der die Lawine auslöste. Molotow wiederum verlegte die Ratifizierung des Paktes um einen Tag auf den 31. August vor.

Am Morgen des 1. September überschritten deutsche Truppen vom Westen, vom Norden und vom Süden die polnischen Grenzen, und Hitler hielt vor

dem Reichstag eine Rede, die eher dem Ausbruch eines Gehetzten als der ruhigen Zuversicht eines von seinem Recht Überzeugten ähnlich war: »Seit 5.45 wird jetzt zurückgeschossen. Und von jetzt an wird Bombe mit Bombe vergolten ... Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation ... Der Umwelt aber möchte ich versichern: Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!«[18] Hitler fand kein anrührendes und einprägsames Wort, wie es 1914 Wilhelm II. gefunden hatte: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.« Keine freudig erregten Mengen wogten wie 1914 in den Straßen; eine niederdrückende und dumpfe Atmosphäre hing über Deutschland. Zwei lange Tage schien sich die Waagschale noch nicht endgültig zugunsten des großen Krieges gesenkt zu haben, und Mussolini machte einen letzten Vermittlungsversuch. Aber da Hitler die alliierte Forderung, seine bereits überall siegreichen Truppen bis zu den Reichsgrenzen zurückzuziehen, nicht annehmen wollte und auch wohl nicht annehmen konnte, überreichten der englische und der französische Botschafter am 3. September die Kriegserklärungen. Hitler war einer Fehleinschätzung erlegen, und Stalin hatte richtig vorhergesehen, daß die Westmächte nicht noch einmal nachgeben würden und daß Hitler der Verlockung der Linie Narew-Weichsel-San nicht würde widerstehen können. Stalin hatte damit Größeres vollbracht als Lenin: Er hatte die *kapitalistischen Mächte* nicht nur gegeneinander ausgespielt, sondern er hatte sie in einen Krieg untereinander verwickelt, der ihn nach der zu erwartenden wechselseitigen Erschöpfung zum Sieger über beide Teile machen würde.

Hitler hatte weit mehr verloren als nur ein klug ausgedachtes Strategem. Sein innenpolitisches Siegesrezept hatte, wie dasjenige Mussolinis, darin bestanden, den revolutionären Feind mit Hilfe von konservativen Verbündeten zu vernichten und dann diese Verbündeten weitgehend zu entmachten. In der Außenpolitik mußte er nach der gleichen Regel verfahren, wenn er sich durchsetzen wollte. Aber der revolutionäre Feind schien den potentiellen Verbündeten nach der großen Säuberung längst nicht mehr ebenso bedrohlich, wie er 1933 Papen und Hugenberg angesichts der 100 kommunistischen Reichstagsmandate erschienen war, und die innere Übereinstimmung war geringer, weil für Chamberlain und Halifax der Antikommunismus nicht mit dem Antisemitismus eng verknüpft war. So schloß Hitler um eines relativ geringfügigen Vorteils willen ein Bündnis mit seinem Feind und griff seine Freunde an. Wenn sich nicht ein unvorhergesehener Ausweg bot, dann hatte er den Krieg bereits verloren, als er den ersten Schuß abfeuern ließ.

Am 3. September richtete Adolf Hitler einen Aufruf an die NSDAP, in dem er »unseren jüdisch-demokratischen Weltfeind« für den Krieg verantwortlich machte und diesen Feind auch als »die kapitalistischen Kriegshetzer Englands und seiner Trabanten« kennzeichnete.[19] Er hatte sich nicht nur mit seinem

Feind verbündet, sondern er hatte auch die Sprache dieses Feindes übernommen. Wie sollte er jemals wieder auf glaubwürdige Weise vom »bolschewistischen Weltfeind« oder gar vom »jüdischen Bolschewismus« reden können?

Einen Weltkrieg freilich führte Hitler noch nicht. Mit dem Angriff auf Polen begann ein europäischer Krieg, und er sollte sich sogar zunächst als eine Art Halbkrieg erweisen. Zum Vorspiel eines Weltkriegs würde er erst dann werden, wenn Hitler sich entweder auf Gedeih und Verderb mit Stalin verband oder wenn er diesen niederzuwerfen versuchte, obwohl die elementare Voraussetzung der Verständigung mit den konservativen oder etablierten Mächten nicht mehr gegeben war. Daß die Vereinigten Staaten, die im Augenblick noch durch ihre Neutralitätsgesetzgebung gefesselt waren, sich in dem einen oder anderen Falle abseits halten würden, war in hohem Grade unwahrscheinlich.

Zwei Vorgänge von ganz besonderer Art wiesen freilich darauf hin, daß dieser Krieg schon jetzt weit mehr war als ein *Normalkrieg*, der wie 1870/71 zwischen einem Teil der europäischen Großmächte geführt wurde.

Auf den 1. September ließ Hitler einen Erlaß datieren, der die Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt beauftragte: »... die Befugnisse namentlich zu beauftragender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann«[20]. Es konnte so aussehen, als wolle Hitler absichtlich und ausdrücklich dartun, daß mit dem Ausbruch des Krieges eine neue Epoche angebrochen sei, in welcher der Nationalsozialismus aller Fesseln ledig sein werde, die der Friedenszustand ihm auferlegt habe, um jene *Gesundung* des Volkes voranzutreiben, die von seiner Ideologie gefordert wurde. Erst mit dem Kriegsausbruch gelangte der Nationalsozialismus also in sein spezifisches und jedenfalls *biologisches* Vernichtungswesen, während der Bolschewismus seinen Willen zur sozialen Vernichtung von den ersten Anfängen seiner Herrschaft an und gerade als *Kampf für den Frieden* an den Tag gelegt hatte.

Am 5. September veröffentlichte die *Times* den Text eines Offenen Briefes, den Dr. Chaim Weizmann, der Vorsitzende der »Jewish Agency for Palestine«, an den britischen Premierminister gerichtet hatte. Darin bekräftigte Weizmann die schon vor dem 1. September abgegebene Erklärung, daß die Juden auf der Seite Großbritanniens stehen und zusammen mit den Demokratien kämpfen würden. Gewiß war die »Jewish Agency for Palestine« nicht die Regierung eines Staates, aber sie war auch keineswegs eine bloße private Organisation. Und wenn irgend jemand in der Welt für alle Juden und nicht bloß für die Juden Palästinas sprechen durfte, dann war es Chaim Weizmann, der 1917 der Verhandlungspartner von Lord Balfour gewesen war und der viele Jahre lang an der Spitze der zionistischen Weltorganisation stand. Es ist daher kei-

neswegs von vornherein abwegig, von einer »jüdischen Kriegserklärung an Hitler« zu sprechen. Und Weizmann brachte bloß zu Wort, was so gut wie jeder Jude in der ganzen Welt empfinden *mußte*. Hitler hatte ja dem Judentum viel früher den Krieg erklärt, und nicht nur als Parteipolitiker, sondern auch als Staatsmann, spätestens am 30. Januar 1939. Diese *Kriegserklärung* war also eine Antwort, und eine völlig berechtigte Antwort. Aber sie war keine *quantité négligeable*, und es ist nicht angebracht, sie zu verschweigen, wie es in fast allen Darstellungen geschieht. Hitler hatte sich eine Menschengruppe zum Todfeind gemacht, die zwar längst nicht so mächtig war, wie er wieder und wieder behauptete, die aber in England und Amerika unzweifelhaft über großen Einfluß verfügte. Ob Weizmanns Äußerung nicht gleichwohl unklug oder ob sie nicht im Gegenteil allzu klug war, weil sie möglicherweise die Internierung der deutschen Juden und damit deren Schutz nach Analogie des schweren, aber gesicherten Schicksals der deutschen Staatsbürger in Frankreich und England hervorrufen wollte, muß eine offene Frage bleiben. Völlig auszuschließen ist aber die Möglichkeit, daß Weizmann eine Verknüpfung mit jenem biologischen Erlaß vom 1. September, der ihm ja unbekannt war, auch nur im entferntesten ahnte. *Daß* der Krieg von 1939 sich nicht nur durch den Hitler-Stalin-Pakt, sondern auch durch seine, Weizmanns, Erklärung fundamental von dem Ersten Weltkrieg unterschied, konnte Weizmann wissen; *wie* sehr er sich aber schließlich unterscheiden würde, war für ihn im September 1939 noch unvorstellbar, nicht anders, als aller Vermutung nach für Himmler und Heydrich, die sich doch bereits anschickten, in Polen einen »Volkstumskampf« von äußerster Härte zu führen.

9. *Das fragile Bündnis: Triumphe, Gewinne, Spannungen*

Unerwartetes trat gleich ein, doch es bot als solches keinen Ausweg. Innerhalb weniger Tage fügte der konzentrierte Angriff des nationalsozialistischen Industriestaats den Armeen des nationalistischen Agrarstaats entscheidende Niederlagen zu, nicht zuletzt infolge der rasch errungenen Luftherrschaft, und bereits am 8. September erreichte das Panzerkorps des Generals Hoepner die Vorstädte von Warschau. So kamen die »Glückwünsche und Grüße«, die Molotow an diesem Tage der Reichsregierung übermitteln ließ[1], schwerlich aus fröhlichem Herzen, und die Sowjetregierung befand sich anscheinend in Verlegenheit, als sie von Berlin aus ersucht wurde, nun ihrerseits zur Besetzung der vorgesehenen Einflußzone zu schreiten. Erst am 17. September, als die Hauptmasse des polnischen Heeres in der großen Schlacht im Weichselbogen vernichtet war, rückte die Rote Armee in die Gebiete Ostpolens ein, um den »blutsmäßig verwandten Ukrainern und Weißrussen«[2] zu Hilfe zu kommen,

aber die Welt konnte sich nun nicht mehr darüber täuschen, daß der »Nichtangriffspakt« tatsächlich ein Teilungspakt gewesen war, und der Geist der Verträge mit Polen (freilich nicht deren Wortlaut) hätte die Westmächte veranlassen müssen, der Sowjetunion ebenso wie Deutschland den Krieg zu erklären. Wenn angesichts der ersten Mitteilungen noch Zweifel bestanden hätten, so würden sie durch die Rede Molotows vom 31. Oktober beseitigt worden sein, in denen der Volkskommissar die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sehr hervorhob und voller Stolz betonte, daß »zwei, erst von der Deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee rasch geführte Schläge« nichts mehr von »diesem unschönen Produkt des Versailler Vertrages« übriggelassen hätten.[3]

Aber die Westmächte regten sich nicht einmal an ihren Fronten gegen Deutschland, und es begann jener seltsame Krieg oder »Sitzkrieg« oder »phony war«, der bis zum Mai des folgenden Jahres anhalten sollte. Deutschland und die Sowjetunion aber waren seit dem 28. September, dem Zeitpunkt des zweiten Besuchs von Ribbentrop in Moskau, durch einen »Grenz- und Freundschaftsvertrag« verbunden, zu dem mehrere geheime bzw. vertrauliche Zusatzprotokolle gehörten. Dadurch wurde entschieden, einer Anregung Stalins entsprechend, daß kein polnischer Reststaat bestehen bleiben würde und daß ausschließlich Deutschland und die Sowjetunion die Aufgabe hätten, den im ehemaligen Polen lebenden Völkerschichten »ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein« zu sichern.[4] Auch die Sowjetunion paßte sich also der Sprache ihres verbündeten Feindes an. Eine wesentliche Änderung des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August wurde durch die Bestimmung vorgenommen, daß Litauen bis auf den Zipfel von Mariampol in die Interessensphäre der Sowjetunion falle, während Deutschland die Masse des ethnographischen Polen in Besitz nahm, so daß mit einigen Abweichungen die »Curzon-Linie« des Jahres 1920 die Westgrenze der Sowjetunion bildete. Es handelte sich um eine Änderung von außerordentlichem Gewicht, da sie den Deutschen sogar den Blick in die baltischen Staaten versperrte und ihnen andererseits die ganze Last der Herrschaft über die Polen auflud, aber Ribbentrop stimmte in einer »Blitzverhandlung« zu, die zu dem »Blitzkrieg« zwar unter dem Aspekt der Zeit Analogien aufwies, nicht aber hinsichtlich des überwältigenden Erfolges. So war es denn auch eine *ungleiche* Bestimmung, wenn beide Teile sich verpflichteten, »auf ihren Gebieten keine polnische Agitation zu dulden, die auf die Gebiete des anderen Teils hinüberwirkt«.[5] Dagegen mochte man einen außerordentlichen Gewinn für Deutschland in der gemeinsamen Erklärung beider Regierungen sehen, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sein würden, wenn sie sich den gemeinsamen Bemühungen der beiden Mächte entzögen, den Friedenszustand wiederherzustellen. Offensichtlich hatte die Sowjetregierung gute

Gründe für die Überzeugung, daß die Westmächte *nicht* einlenken würden, und ihr eigenes Tun trug wesentlich dazu bei, denn die Handlungsweise der Sowjetunion hatte in England und Frankreich einen Sturm der Empörung ausgelöst, und es war unvorstellbar, daß die Westmächte als Preis für den Frieden weniger verlangen könnten als die Wiederherstellung des polnischen Staates einschließlich seiner Ostgebiete.

Im Bereich der unmittelbaren Realitäten bewegte sich dagegen die Abmachung, daß die Sowjetunion allen Reichs- und Volksdeutschen innerhalb ihrer Interessengebiete die Auswanderung nach Deutschland ermöglichen werde. Das bedeutete praktisch das Ende des Deutschtums im Baltenlande und war zugleich ein unheilverkündendes Vorzeichen für das Schicksal der Randstaaten, mit denen die Sowjetunion zunächst nur »Beistandspakte« abschloß, welche die Stationierung sowjetischer Truppen an festgelegten Punkten bedeuteten. Ebenso realistisch waren die Wirtschaftsabmachungen, die für beide Seiten große Vorteile mit sich brachten: Aus der Sowjetunion würde sich ein Strom von Rohstoffen nach Deutschland ergießen, und Deutschland würde zahlreiche hochwertige Maschinen liefern, darunter eine Menge Kriegsmaterial. Wie die Sowjetunion den Beginn des Krieges möglich gemacht hatte, so schuf sie nun die Basis für die Fortsetzung.

Aber weit charakteristischer als die öffentlichen oder geheimen Abmachungen war dasjenige, was im Dunkel der beiden polnischen Besatzungszonen vor sich ging und zu einem erheblichen Teil nicht einmal der polnischen Exilregierung in London bekannt war. Auf den beiden Seiten des Bug wirkten sich nun in unmittelbarer Nachbarschaft die beiden Revolutionen aus, welche die Vernichtung eines Feindes auf ihre Banner geschrieben hatten, die ursprüngliche von 1917 und die reagierende von 1933.

Östlich der Grenze geschah das, was 1917/18 geschehen war und was Ribbentrop erwarten mußte, als er das Geheime Zusatzprotokoll unterschrieb. Die Rote Armee proklamierte die »Befreiung« der bisher unterdrückten Ukrainer und Weißrussen, die großen Güter wurden beschlagnahmt und, wie es hieß, den Bauern übergeben; rasch entwickelte sich eine Treibjagd auf die Gutsbesitzer, die Offiziere und die Intelligenz, die so gut wie ausnahmslos Polen waren und insgesamt einen zahlenmäßig beträchtlichen und kulturell führenden Teil der Bevölkerung bildeten. Grundbesitzer und Offiziere wurden häufig auf der Stelle niedergemacht, nicht selten mit Hilfe der einheimischen Bevölkerung, und das polnische sowie jüdische Bürgertum der Städte, das zunächst unangetastet geblieben war, sah sich nach der Eingliederung in die Ukrainische und Weißrussische Sowjetrepublik denselben Maßnahmen ausgesetzt wie das russische Bürgertum nach 1917: Enteignungen und Deportationen. Insgesamt sollen anderthalb Millionen Menschen ins Innere der Sowjetunion abtransportiert worden sein; wie viele von ihnen dabei umkamen,

ist nie geklärt worden. Alle Offiziere, deren man habhaft werden konnte, wurden in Internierungslager gebracht, und von den vielen Tausenden, von denen im Frühjahr 1940 die letzten Lebenszeichen in die Außenwelt gelangten, kamen nur knapp 5000 wieder ans Licht, aber als Leichen, vom NKWD durch Genickschuß umgebracht, als deutsche Truppen im Jahre 1943 die Massengräber bei Katyn entdeckten. So wurde der kleine Ort bei Smolensk zum Symbol jener Vernichtungshandlungen, die sich konsequent aus dem Begriff des »Klassenfeindes« ergaben und leicht auf fremdnationale »Volksfeinde« ausgedehnt werden konnten.

Aber diesen Vernichtungsaktionen lag eine soziale Realität zugrunde. Im deutschen Bereich und in deutschen Darstellungen tauchten Hinweise darauf nur ganz am Rande auf. So veröffentlichte die Berliner *Illustrirte Zeitung* nach dem Polenfeldzug eine Zeichnung, die das prachtvolle Innere eines polnischen Magnatenschlosses darstellt, in das plündernde Bauern eingedrungen sind.[6] Ganz im Vordergrund stand indessen der *unerbittliche Volkstumskampf* gegen *das Polentum* als solches. In den riesigen Gebieten des »Warthegaus«, die dem Reich angegliedert wurden, wurden unzählige Kleinbauernhöfe beschlagnahmt, und die ehemaligen Besitzer wurden als Landarbeiter großen Gütern zugewiesen oder als »führerloses Arbeitervolk« nach Deutschland verbracht.[7] Im »Generalgouvernement« erhob der Generalgouverneur Frank, der auf dem Wawel in Krakau residierte, die Ausrottung der polnischen Intelligenz ausdrücklich zum Programmpunkt, und »Einsatzgruppen« der SS führten »volkspolitische Aufgaben« durch, die vielfach in wahllosen Erschießungen und abscheulichen Quälereien von Polen und Juden bestanden. Zwar erhob kein Geringerer als der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz, wiederholt scharfen Protest gegen die »maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit«, die der Abschlachtung »einiger 10 000 Juden und Polen« zugrunde liege[8], aber er holte sich bei Hitler nur schwere Vorwürfe wegen seiner »kindlichen Einstellung« zu den Fragen des Volkstumskampfes im Osten.[9] Offenbar fiel für Hitler die Beobachtung des Generals nicht ins Gewicht, daß auch die zahlreiche kleinbäuerliche Bevölkerung, die man durchaus für die deutsche Sache gewinnen oder doch neutral halten könne, in das Lager des Gegners getrieben werde. Für ihn waren ganz unverkennbar die alten Gegensätze des Volkstumskampfs aus der Zeit des *Ostmarkenvereins,* nämlich »Deutsche« und »Polen«, die eigentliche Realität, obwohl er doch bald von »Ariern« sprechen würde und bis vor kurzem von »Bolschewisten« gesprochen hatte.

Eine neue Qualität bedeuteten freilich Himmlers Ideen, den »gutrassigen« polnischen Familien die Kinder zu rauben und zur »Eindeutschung« ins Reichsgebiet zu schicken.[10] Das war die einzige Art von »Befreiung«, die er kannte, und so hatten die Deutschen in Polen keine *Parole,* wie die Rote Armee sie hatte, und die Maßnahmen der SS waren als Erschießungen und

Enteignungen in der Sache Kopien sowjetischer Methoden, aber Kopien, denen jede Art von Appell und Überzeugungskraft fehlten, weil sie nur Nation gegen Nation zu setzen verstanden und sogar unter den eigenen Landsleuten Erbitterung erweckten, die bis zu einem Ausruf wie demjenigen des damaligen Oberstleutnants Helmut Stieff gingen: »Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.«[11] Was einst Betroffenheit gewesen war und nach einer Antwort verlangte, war nun im Begriff, in einer verzerrten Kopie den Ausweg zu suchen. Doch die ursprüngliche Bezogenheit blieb immer deutlich, und wenn Himmler sich im Sommer 1940 Gedanken über die »Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« machte, in denen er die Polen auf den Status von Analphabeten reduzieren wollte und die Ukrainer wie die Goralen als »Splittervolk« bezeichnete, so glaubte er doch immer noch berechtigt zu sein, »die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich« abzulehnen.[12] Aber war von den zwei Schrecknissen, die über das unglückliche Land gekommen waren, nicht doch das ältere in sich konsequenter und in einer Welt zukunftsvoller, in der zwar Propaganda und Desinformation, nicht aber die Ausdehnung des Analphabetismus *an der Zeit* waren?

Eins ließ sich angesichts der Vorgänge in Ostpolen jedenfalls nicht leugnen: daß der Bolschewismus in seinem Vorgehen derselbe geblieben war und daß es nach wie vor sinnvoll blieb, von »Bolschewisierung« zu reden. Adolf Hitler aber wandte in seinem Aufruf an die NSDAP zum 1. Januar 1940 seinen Zorn ausschließlich gegen die »plutokratischen Mächte« und den »jüdisch-kapitalistischen Weltfeind«, der im Untergang begriffen sei, während den »jungen Nationen und Systemen« die Zukunft gehöre.[13] Das konnte wohl nicht anders verstanden werden, als daß er auch die Sowjetunion zu den »jungen Systemen« zählte. Und tatsächlich fallen in die nächsten Monate die positivsten Aussagen, die er über die Sowjetunion machte, und erstmals auch in seiner intimen Korrespondenz. So schrieb er am 8. März 1940 an Mussolini, Rußland erlebe seit dem endgültigen Sieg Stalins ohne Zweifel eine Wandlung des bolschewistischen Prinzips in Richtung auf eine nationale russische Lebensform, und angesichts dieser epochalen Wendung, von welcher der Reichsaußenminister aus eigener Anschauung erzählen könne, bestehe weder Interesse noch Anlaß zu einem Kampf, zumal sich die beiden Wirtschaftsräume in einer außerordentlichen Weise ergänzten.[14] Es war Mussolini, der nun die Rolle eines *Radikalfaschisten* spielte und Hitler beschwor, nicht »das antisemitische und antibolschewistische Banner« aufzugeben und weiterhin die Vernichtung des Bolschewismus zu erstreben, die ihm zugleich die Lösung seines Lebensraumproblems bringen werde.[15] Aber welche Chancen durfte er sich von seiner Intervention versprechen, wenn ihm der Reichsaußenminister versicherte, bei seinem zweiten Besuch in Moskau habe er, ganz wie der Gauleiter Forster,

einen ähnlichen Eindruck gehabt, als ob er »mit alten Parteigenossen« gesprochen hätte.[16]

Inzwischen hatte eine der unvorhersehbaren Kontingenzen des Krieges die erste der großen Alternativen auftauchen lassen, nämlich die Alternative einer genuinen Allianz, ja einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Ursache war die erste der Imitationen, mit denen Stalin im Verlauf von wenig mehr als einem halben Jahr Hitlers Methoden und Erfolge auf seine Weise wiederholte und durch Berufung auf Verteidigungsnotwendigkeiten, auf geschichtliche oder geographische Gegebenheiten oder auf das Selbstbestimmungsrecht mehr Länder und Völker ohne großen Krieg seinem Reich einverleibte, als Hitler es bis zum August 1939 vermocht hatte. Die Forderungen, die im Oktober an Finnland gerichtet wurden, unterschieden sich nicht sehr wesentlich von denjenigen, denen die drei baltischen Staaten hatten zustimmen müssen, aber sie schlossen die Abtretung finnischen Gebietes auf der Karelischen Landenge in sich, für die indessen eine territoriale Entschädigung angeboten wurde. Mit der angeblichen »Bedrohung Leningrads« verglichen, waren die deutschen Behauptungen über die Tschechoslowakei als sowjetisches Flugzeugmutterschiff verständlich und rational gewesen, und die Finnen hatten kein schwächeres Gefühl für *Ehre* als die Polen. So benutzte die Sowjetunion den selbstgeschaffenen Mainila-Zwischenfall – eine Art von größerem und aufrichtigerem »Gleiwitz« –, um Ende November ohne Kriegserklärung den Angriff auf Finnland zu eröffnen. Stalin konnte indessen eins tun, was Hitler nicht hatte tun können oder wollen: Er ließ unter Führung eines prominenten Mitglieds der Komintern, des Finnen Otto Kuusinen, dicht an der Grenze in dem Örtchen Terijoki eine »Volksregierung« bilden, so daß die Kämpfe sich angeblich nicht gegen das »finnische Volk« richteten. Allerdings stellten sich die Männer und Frauen Finnlands so gut wie ohne Ausnahme auf die Seite ihrer *bürgerlichen* und *reaktionären* Regierung, und die Rote Armee erlitt zunächst schwere Niederlagen. Gleichwohl wird die Vermutung zulässig sein, daß man in Moskau aufrichtige Hoffnungen auf die Linkssozialisten gesetzt hatte und daß Kuusinen und seine Leute nicht bloß Propagandaformeln benutzten, als sie das »bürgerliche« Finnland eine »weißgardistische Hölle für die Arbeiterklasse« nannten[17]: 1917/18 waren die Bolschewiki ja in Finnland tatsächlich sehr stark gewesen, und nur mit Hilfe der Deutschen war es den Weißen unter dem General Mannerheim gelungen, die roten Truppen niederzuwerfen und mit zuerst sehr brutalen Methoden die Herrschaft zu behaupten – und 1939 stand an der Spitze der finnischen Armee als Marschall derselbe Mannerheim, ein »baltischer Gutsbesitzer«, der 1917/18 die »Weißen Garden« befehligt hatte. Auch in Moskau waren unterhalb der Ebene der Diplomatensprache und der jeweils aktuellen Probleme die Grundemotionen von 1917/18 offenbar nicht weniger lebendig als in Ber-

lin. Aber die Situation war eine ganz andere geworden. Deutschland hielt sich an das Geheime Zusatzprotokoll und ließ der Sowjetunion in deren Einflußsphäre freie Hand, doch in Schweden und Norwegen, in England und Frankreich und nicht zuletzt in Amerika war die Empörung über diesen »Überfall« einer Großmacht auf eine »kleine, tapfere Nation« gewaltig. Hier wurden nun zum ersten Male das nationalsozialistische Deutschland und das bolschewistische Rußland nicht mehr nur in einzelnen gelehrten Untersuchungen, sondern in einer Welle von Emotionen als »totalitäre« und raubgierige Staaten den friedliebenden Demokratien gegenübergestellt, und an vielen Stellen wurde die Forderung nach bewaffneter Intervention zugunsten Finnlands erhoben. Freilich ergab sich rasch die gleiche Schwierigkeit wie wenige Monate vorher gegenüber Polen: Schweden und Norwegen wollten bei aller Sympathie für Finnland den alliierten Truppen kein Durchmarschrecht zugestehen. Aber die alliierten Generalstäbe faßten eine Neutralitätsverletzung ohne viel Skrupel ins Auge, zumal sie mit einem viel weiterreichenden Plan harmonierte: dem Plan, die sowjetischen Erdölfelder bei Baku durch Luftangriffe zu zerstören und dadurch Deutschland jenes faktisch verbündete Liefergebiet zu entziehen, ohne das es den Krieg nicht hätte fortsetzen können.[18] Wenn diese Pläne realisiert worden wären, würden Deutschland und die Sowjetunion auf Gedeih und Verderb aneinandergeschmiedet worden sein, und der Krieg hätte einen völlig anderen Verlauf genommen. Nichts ist unwahrscheinlicher, als daß er mit einem raschen Zusammenbruch der beiden totalitären Staaten zu Ende gegangen wäre, wie man es sich in London und Paris vorstellte. Aber nachdem die Sowjetunion gewaltige Truppenmassen in den Kampf geworfen hatte, fand der Krieg für sie im März einen glücklicheren Abschluß. Der Friedensvertrag vom 12. März rückte die neue Grenze in eine erheblich größere Entfernung von Leningrad, aber Kuusinen mußte fallengelassen werden, und der wenig ruhmreiche Kriegsverlauf befestigte jene Unterschätzung der Roten Armee sowohl auf alliierter wie auf deutscher Seite, welche die weitere Geschichte des Zweiten Weltkrieges in starkem Maße bestimmen sollte.

Zugleich mit der Alternative im Norden war aber auch eine Alternative im Westen aufgetaucht. Hitler drängte zum raschen Angriff gegen Frankreich unter Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands noch im Herbst, und dagegen entwickelte sich unter der Generalität eine starke Opposition, die in der Hauptsache von der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und von der Hochschätzung der französischen Armee getragen war. Ein klares Bewußtsein der Mängel, welche die überstürzte Aufrüstung mit sich gebracht hatte, und vor allem des Fehlens einer »Tiefenrüstung« verschafften den Argumenten von hohen Kommandeuren wie den Generalobersten von Leeb und von Rundstedt zusätzliches Gewicht.

Aber für einen Teil der Opposition war gerade die neue Freundschaft mit

der Sowjetunion das stärkste aller Argumente. Noch nie sei Deutschland seinen besten Traditionen so fern und dem Bolschewismus so nahe gewesen wie nach sechs Jahren des Hitler-Regimes, hieß es in einer Denkschrift, die den Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Oberkommando des Heeres, Hasso von Etzdorf, zum Verfasser hatte. Dieses Regime habe es fertig gebracht, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten, und es habe die aussichtsreichen Möglichkeiten einer deutschen Revisionspolitik durch den unsinnigen und überflüssigen »Zug auf den Hradschin« aufs schwerste gefährdet. Nur nach einem Sturz des Hitler-Regimes werde diejenige »Mäßigung im Erfolge« nach dem Vorbild Bismarcks möglich, die allein Deutschland in seinen ethnographischen Grenzen sowie seinen legitimen Einfluß in Mitteleuropa sichern und zugleich dem elementarsten Interesse der Westmächte entsprechen könne, nämlich dem Interesse, eine weitere Ausdehnung des Bolschewismus in Europa zu verhindern.[19] In der Tat wurden Kontakte zur englischen Regierung geknüpft, die sich vielversprechend ausnahmen, und eine Zeitlang sah es so aus, als werde sich Generaloberst von Brauchitsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, an die Spitze einer Verschwörung stellen. Neben die Alternative des Kriegsbündnisses der »jungen Systeme« gegen die abgelebten Völker des Westens trat die andere Alternative des großen Einvernehmens zwischen den Kulturstaaten Europas nach dem erfolgreichen Abschluß der Revision von Versailles im Sinne des Selbstbestimmungsrechts, eine Alternative, innerhalb deren Hitler und seine Partei ein temporär nützliches Instrument gewesen wären. Und selbst die Sowjetunion hätte ein solches Einvernehmen nicht ebensosehr zu fürchten brauchen wie einen etwaigen Friedensschluß Hitlers mit den Westmächten, den sie durch ihre eigenen Stellungnahmen zu fördern schien.

Aber hatte nicht auch Bismarck den Kampf gegen Österreich erst ausfechten müssen, bevor er in Nikolsburg Mäßigung an den Tag legen konnte? War Hitler nur ein Politiker unter anderen Politikern, den man stürzen konnte, ohne daß seine Partei sich aufgelehnt hätte? Kämpften England und Frankreich wirklich nur gegen eine Hybris, welche »die Welt mit Gewalt erobern« wollte, oder kämpften sie nicht gerade gegen Deutschland als die Hegemonialmacht Mitteleuropas, wie von Etzdorf es zeichnete? Es waren schwerlich bloße Zufälle, welche das Zustandekommen der zweiten und friedlichen Alternative verhinderten.

Hitler hatte vermutlich recht, als er in seiner Rede vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939 sagte, die Chancen für einen Sieg über Frankreich seien heute viel besser als zu Beginn der Ludendorff-Offensive von 1918, und das Ganze bedeute nicht eine Einzelaktion, sondern den Abschluß des Weltkrieges. Wenn man sich an die zahllosen Vorhersagen von verschiedenster Seite in den Jahren 1918 und 1919, darunter von Rosa Luxemburg, erinnert,

ein Gewaltfriede – sei er gegen Rußland, sei er gegen Deutschland gerichtet – werde nur ein Waffenstillstand sein und einen neuen Krieg so sicher in sich schließen wie der Keim die Pflanze, dann mußten die Zuhörer sich tatsächlich fragen, ob nicht Hitler in seinem unbändigen Siegeswillen wirklich die Verkörperung des Willens der Geschichte und des deutschen Volksgeistes sei, wie groß die Sehnsucht nach Frieden unter den Deutschen und erst recht unter den Franzosen auch immer war. Zugleich aber mußte die Generale das blanke Entsetzen vor dieser Verkörperung des *Volksgeistes* und diesem *Willen der Geschichte* ergreifen, wenn sie Hitler sagen hörten: »Man wird mir vorwerfen: Kampf und wieder Kampf. Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen ... Es ist ein ewiges Problem, die Zahl der Deutschen in Verhältnis zu bringen zum Boden ... Keine geklügelte Gescheitheit hilft hier, Lösung nur mit dem Schwert ... Heute können wir von einem Rassenkampf sprechen. Heute kämpfen wir für Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw. ... Ich will den Feind vernichten ... Ich werde in diesem Kampf stehen oder fallen. Ich werde die Niederlage meines Volkes nicht überleben. Nach außen keine Kapitulation, nach innen keine Revolution.«[20] Hier war ein Mann, der alles auf eine Karte zu setzen bereit war und der nichts zu kennen schien als totalen Sieg oder totale Vernichtung. Wie hätte man von ihm Mäßigung im Siege erwarten dürfen?

Und bedeutete der Wille zu einem solchen Sieg nicht in sich schon eine Niederlage gegen den Marxismus? Hitler redete nämlich aufs genaueste so, wie die kapitalistischen Staaten nach marxistischer These in ihren Kämpfen um die Schätze der Welt handelten. Und gab er sich nicht gleichwohl als ein Halbmarxist zu erkennen, wenn er in diesen Monaten besonders häufig die »jüdisch-kapitalistische Welt«, die Geldmagnaten, die »jüdischen und nichtjüdischen internationalen Bankbarone« angriff? War sein besserer Sozialismus, die »soziale Volksgemeinschaft Deutschlands« mit ihrer sozialen Fürsorge und ihrer Beseitigung der Klassenunterschiede[21], nicht nach seinen eigenen Worten bloß auf jene Eroberung von Lebensraum zu gründen, da jede Zusammendrängung von Massen in engen und exportorientierten Industriegebieten den Kommunismus erzeugen müsse? War nicht seine »Lösung der Vernunft«, die er den Engländern empfahl, weil sonst früher oder später die »Lösung des Wahnsinns« eintreten würde[22], nämlich der Bolschewismus (wie man ihn zweifellos verstehen mußte), sogar in besonders hohem Maße unvernünftig?

Und so zeigte sich Hitler denn auch nur scheinbar vernünftig und maßvoll, als er das geplante Norwegen-Unternehmen der Engländer, das ihn von unentbehrlichen Rohstoffen abschneiden sollte, durch ein eigenes Unternehmen von fast unglaublicher Kühnheit zum Scheitern gebracht hatte und dann in einem beispiellosen Siegeslauf zwischen dem 10. Mai und dem 23. Juni Frankreich zur Kapitulation zwang. Das »Friedensangebot«, das er den Engländern

in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli machte, war so unbestimmt gehalten und so sehr von Triumphalismus einerseits und heftigster Polemik andererseits eingerahmt, daß wohl nur Oswald Mosley es angenommen haben würde, den zwar viele vor seiner faschistischen Zeit für den künftigen Premierminister Englands gehalten hatten, der aber jetzt im Gefängnis saß. An der Spitze Englands stand jedoch nicht einmal Lord Lothian, der vielleicht Verhandlungen eingeleitet haben würde, sondern Winston Churchill, und darin lag eine der merkwürdigsten Paradoxien dieses Krieges. Churchill war ja nicht nur der entschiedenste aller Antibolschewisten in England gewesen, sondern in seiner eigenartigen Beziehung zum Kriege ließ er sich auch von allen Engländern am ehesten mit Hitler vergleichen. Aber jetzt wollte er mit gleicher Überzeugungskraft die Welt vom dunklen »Fluch Hitlers« erlösen[23], wie er sie einst vom Bolschewismus hatte befreien wollen, und er sprach nun von der Gestapo in ähnlichen Wendungen, wie er früher von der Tscheka gesprochen hatte. Er war indessen nicht etwa nur vom Antibolschewismus zum Antitotalitarismus übergegangen, sondern er machte sich zugleich die alte englische Gleichgewichtskonzeption zu eigen und kämpfte gegen *die Deutschen* ebenso hart wie gegen *die Nazis*. Wie hart er kämpfen konnte, wurde gleich nach dem Waffenstillstand deutlich, als er nicht zögerte, den Hauptteil der eben noch verbündeten französischen Flotte in Mersel-Kebir vernichten zu lassen, weil ihr etwaiger Übergang zu den Deutschen eine »tödliche Gefahr« gewesen wäre[24] und damit, wie man ergänzen darf, eine weitere Alternative in den Wechselfällen dieses Krieges dargestellt hätte. Doch wenn er am 13. Mai, seit 3 Tagen Premierminister, gemeint hatte, ohne den Sieg gebe es kein Weiterleben für das Britische Weltreich, dann war er, wie sich zeigen sollte, gegenüber Hitler im Unrecht, der ihm am 19. Juli vorhersagte, bei Ablehnung seines Friedensangebots werde ein großes Weltreich zerstört werden. Und die eigenartigste Paradoxie dieses Krieges bestand darin, daß vermutlich Hitler aus Liebe zum Englischen Weltreich Churchill die Chance einer erfolgreichen Verteidigung der Insel gegeben hatte, als er Ende Mai das Anhalten der Panzertruppen vor Dünkirchen befahl und damit das englische Expeditionskorps vor der Vernichtung bewahrte. Es ist daher die Frage, ob die Kampfflieger der Royal Air Force oder das Wetter oder nicht vielmehr Hitlers Anglophilie England retteten. Aber als das »Unternehmen Seelöwe« im September für unbestimmte Zeit verschoben werden mußte, da sah sich Hitler trotz seines großen Sieges in einer ungemein schwierigen Situation, und dafür war in erster Linie die Sowjetunion verantwortlich.

Sie hatte Hitler nämlich weiterhin nachgeahmt, und dafür begegnete ihr nun von seiten Englands kein ernster Tadel mehr, sondern vielmehr das verzweifelte Bemühen, die Beziehungen zu verbessern und einen Kriegseintritt gegen Deutschland zuwege zu bringen. Nach ultimativen Drohungen hatte die

Sowjetunion im Juni die baltischen Staaten militärisch besetzt und sich nach der üblichen *Sowjetisierung* einverleibt; im Juli zwang sie Rumänien durch eine Angriffsdrohung, Bessarabien und – über den Wortlaut des Geheimen Zusatzprotokolls hinaus – die Nordbukowina abzutreten. Damit war sie ganz dicht an das Erdölgebiet von Ploesti herangerückt, das für die deutsche Kriegswirtschaft schlechterdings unentbehrlich war. Mancherlei Zeichen wiesen darauf hin, daß weitere Forderungen an Finnland gerichtet werden würden, die ebenfalls eine Einverleibung nach sich ziehen würden. Vor allem aber hatte die Erfahrung gezeigt, daß die Sowjetunion ihre Rohstofflieferungen je nach Umständen verringerte, unterbrach oder erhöhte. Der Verdacht mußte sich aufdrängen, daß sie Hitler zwar im Kriege halten wollte, aber seinen definitiven Sieg mit allen Kräften zu verhindern suchte.

Wenn man von den besonderen Voraussetzungen, Bedingungen und Umständen absieht und wenn man sich moralischer Urteile enthält, dann war die Situation des Herbstes 1940 weder zufällig noch unnatürlich zu nennen. Sie bedeutete, daß das Versailler System definitiv an sein Ende gekommen war und daß die beiden größten Völker des Kontinents, Deutsche und Russen, nun zusammen mit ihren Klientelstaaten bzw. abhängigen Gebieten die überragende Rolle spielten, die ihnen *von Natur* jedenfalls weit mehr zukam als Frankreich nach 1919. Schon jetzt hätte der Satz gesagt werden können, den Stalin 1949 formulierte, nämlich daß diese beiden Völker »in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung« besaßen.[25] Eine vergleichbare Situation hatte es aber noch nie gegeben, nicht einmal im napoleonischen Zeitalter, denn stets hatten auf dem Kontinent noch weitere Großmächte existiert, und nur dadurch war die »Gleichgewichtspolitik« Englands möglich geworden, die den schwächeren Mächten zur Selbstbehauptung gegenüber der jeweils stärkeren verholfen hatte.

Im Prinzip hätte das deutsch-russische System ebenso stabil sein können, wie es die Pentarchie des 19. Jahrhunderts gewesen war, sofern die Vertragsbestimmungen eingehalten wurden und keine der beiden Mächte, sei es auch nur durch Propaganda, in die Sphäre der anderen hineingriff. Doch eine der beiden Mächte befand sich im Krieg, im Krieg gegen eine Insel am Rande Europas, die noch im Besitz eines Weltreichs war und die eine scheinbar neutrale, in Wirklichkeit aber bereits partiell kriegführende Großmacht im Rücken hatte. Zahlreiche Engländer mochten glauben, sie kämpften für das alte Gleichgewicht; in Wirklichkeit kämpften sie jedoch, gestützt auf die USA, für das Überleben eines politisch-ideologischen Systems, das gemeineuropäisch gewesen war und nun in ganz Europa beseitigt zu sein schien.

Aber auch wenn dieses in Deutschland nicht untergegangen wäre und sich in Rußland durchgesetzt hätte, so daß die Vorherrschaft der beiden 1918 besiegten Mächte bloß durch eine *normale,* wenngleich kriegerische, Entwick-

lung zustande gekommen wäre, würde die verantwortliche Spitze des Deutschen Reiches nicht anders haben handeln können, als Hitler es nun tat: Sie hätte von ihrem Oberkommando Eventualpläne für einen Krieg gegen Rußland ausarbeiten lassen, und sie würde gleichzeitig auf ein verläßliches Arrangement hingearbeitet haben. Die Situation, in welcher der neutrale Staat jederzeit elementare Lebensquellen des kriegführenden Staates abschneiden konnte, war untragbar. Solche Lebensquellen waren vor allem das rumänische Erdöl, aber auch das finnische Nickel und überhaupt die »Ruhe in der Ostsee«. Dabei war die Sowjetunion ihrerseits zweifellos berechtigt, über Eingriffe in ihre Interessensphäre Klage zu führen. Nach der Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina an die Sowjetunion und großer Teile Siebenbürgens an Ungarn war Rumänien, einer der Hauptgewinner innerhalb des Versailler Systems, auf seine engsten ethnographischen Grenzen reduziert, und die Achsenmächte gaben ihm ohne Konsultation mit der Sowjetunion eine Garantie, die in Moskau offenbar als Vertragsverletzung und Affront empfunden wurde. Überdies wurden deutsche »Lehrtruppen« in das Land geschickt. Ebenso gravierend war, daß sich deutsche Truppen auch in Finnland befanden, wenngleich angeblich nur temporär und im Transit nach Nordnorwegen. Weitere Probleme waren die Meerengenfrage und Bulgarien, alte Zielpunkte der russischen Politik.

Mit der Ausarbeitung der militärischen Eventualpläne zur »Ausschaltung« Rußlands beauftragte Hitler seinen Generalstab bereits Ende Juli 1940, als anscheinend das Unternehmen »Seelöwe« mit allen Kräften vorbereitet wurde; das immerhin nicht auszuschließende Generalarrangement stand auf dem Programm des Besuchs, den Molotow vom 12. bis 14. November in Berlin abstattete. Es sah den Beitritt der Sowjetunion zu dem am 27. September unterzeichneten Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Japan und Italien vor, der ein gegen die USA gerichtetes Defensivbündnis war und keine territorialen Bestimmungen enthielt, der aber in der Weise neu gefaßt werden sollte, daß jeder der vier Mächte ein gewaltiger Raum als Einflußgebiet zugesprochen und ein Anteil an der »Konkursmasse« des Britischen Empire gesichert wurde. Es war also ein Plan zur »Neuaufteilung der Welt« unter neue und aufstrebende Großmächte, von der in der marxistischen Theorie so viel die Rede war, und der Sowjetunion war der wertvollste und allerdings auch entlegenste Teil der Beute zugedacht, nämlich Indien. Molotow verhielt sich keineswegs ablehnend, aber er brachte das Gespräch mit großem Nachdruck auf die näherliegenden Probleme, und er war aufrichtig genug, auf eine Frage Hitlers zu antworten, er stelle sich die »Bereinigung« gegenüber Finnland »in demselben Ausmaß wie in Bessarabien und in den Randstaaten« vor.[26] 14 Tage später erklärte sich die Sowjetunion auch schriftlich und offiziell bereit, dem Viermächtepakt beizutreten, aber sie wiederholte ihre Forderungen hinsichtlich

Finnlands, Bulgariens sowie einer militärischen Basis an den Meerengen, und sie verlangte zusätzlich die Abänderung, daß als Schwerpunkt ihrer Aspirationen der Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf anerkannt würde, d. h. sie forderte die Herrschaft über die Erdölgebiete Vorderasiens. Hitler würdigte diesen Brief keiner Antwort, und er ließ nun endgültig den Operationsplan »Barbarossa« ausarbeiten, der vorsah, die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Es ist schwer zu sehen, weshalb Stalin und Molotow das Ausbleiben der Antwort nicht als dasjenige betrachteten, was es war, nämlich die Ankündigung der kriegerischen Alternative, aber sie waren ja sowieso in einer gewaltigen Anstrengung der Vorbereitung auf den Krieg begriffen, und sie erwarteten allem Anschein nach, daß Hitler ihnen am Ende ein ultimatives Verhandlungsangebot machen würde.

Wäre Hitlers Entschluß bloß von machtpolitischer Art gewesen, so hätte man einen letzten Versuch dieser Art gewiß erwarten dürfen. Aber Hitler war einer Pflanze zu vergleichen, die über Wurzeln von unterschiedlicher Länge verfügt. Der bloße machtpolitische Kalkül, worin jeder andere Staatsmann an seine Stelle hätte treten können, reichte ebensowenig tief in das Erdreich hinab wie das Motiv der Revisionspolitik. Tiefere Schichten erreichte jene Wurzel, die ihn zu Mussolini sagen ließ, er wolle die Südtiroler in einem schönen Gebiet ansiedeln, das er noch nicht habe, aber sicher bekommen werde, während er gleichzeitig Stalin als »absoluten Autokraten« (und damit als verläßlichen Partner) hinstellte.[27]

Am kennzeichnendsten für ihn war aber, daß er gegen Ende des Jahres 1940 den Bolschewismus und sogar den »jüdischen Bolschewismus« gewissermaßen wiederentdeckte, d. h. aus der Tiefe, in die er ihn verdrängt hatte, wieder in das klare Bewußtsein hob. So sagte er am 20. November 1940 zu dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki, Rußland gebe sich je nach der Lage entweder bolschewistisch oder nationalrussisch.[28] Und am 3. Dezember war in einer Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Draganoff der Verfasser von »Mein Kampf« wieder deutlich zu erkennen. Er wolle Rumänien und Bulgarien nicht zu einer »bolschewisierten Wüste« werden lassen, wie sie heute die Baltenstaaten darstellten, wo man die Intelligenz und den Mittelstand ausgerottet und an deren Stelle unfähige Kommissare gesetzt habe. »Er schilderte in starker Form die terroristischen Zustände, die Erschießungen und Abtransporte von Intelligenz in Zügen, die niemals angekommen sind. Der Zustand dort sei für europäische Begriffe einfach grauenhaft. In Galizien sei es ebenso gewesen ... Auch in Bessarabien hätte man, noch während unsere Leute dort waren, Gutsbesitzer und andere Mitglieder der führenden Schichten durch aufgehetzte eigene Leute unter Führung von Juden hinmetzeln lassen, und dasselbe blühe dem Balkan.« Selbst in der Meerengenfrage

gehe es den Russen nicht allein um die Stützpunkte, sondern sie wollten »von den Stützpunkten aus ihre Bolschewisierung betreiben«.[29]

So stand Ende des Jahres 1940 fest, daß angesichts des fortdauernden Krieges mit England das neue europäische System nicht ein deutsch-russisches System sein würde, sondern daß nach einem Entscheidungskampf entweder nur die Deutschen oder nur die Russen die Vormacht sein würden, es sei denn, sie gelangten doch irgendwann zu einem Kompromißfrieden oder die Angelsachsen verhülfen der Demokratie und einem Analogon des Versailler Systems in einem Teil Europas zu neuem Leben. Aber angesichts der verschiedenartigen Motive Hitlers und der starken Traditionen, auf die sie sich jeweils stützten, war damit über die Art der Kriegführung noch nichts ausgesagt. Ein machtpolitischer Entscheidungskampf würde anders aussehen als ein antibolschewistischer *Kreuzzug*, und ein Krieg unter dem Vorzeichen der *Befreiung* müßte sich essentiell von einem Feldzug zur Gewinnung von *Lebensraum* unterscheiden. Die Planungen der letzten Monate gaben schon bedeutenden Aufschluß, aber erst die Ereignisse im zweiten Halbjahr von 1941 machten ein endgültiges Urteil möglich.

Zunächst aber veränderten einige der sonderbarsten Zufälle dieses Krieges die Ausgangssituation. Ende Oktober 1940 griff Mussolini bloß aus gekränktem Ehrgeiz Griechenland an, ohne Hitler zu konsultieren, und er erlitt im Grenzgebiet von Albanien eine unerwartete Niederlage. Da die italienischen Truppen zur gleichen Zeit in Nordafrika sich nicht zu behaupten vermochten, stieg die Zuversicht der Engländer erheblich, und so wurde das deutsche Eingreifen unvermeidlich. Es war nun unübersehbar geworden, daß Italien nicht mehr der kleinere *Achsenpartner* war, sondern einer der Hilfs- und Satellitenstaaten Deutschlands. Anfang April putschte eine kleine Anzahl von Offizieren in Jugoslawien gegen die Regierung Cvetković, die sich – wie vorher Bulgarien – dem Dreimächtepakt angeschlossen hatte, und die Sowjetunion stützte die neue Regierung Simović sofort durch die Unterzeichnung eines Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes. Wieder brach die deutsche Wehrmacht zu einem ihrer triumphalen Blitzfeldzüge auf, und nach wenigen Wochen waren der ganze Balkan und sogar Kreta in Hitlers Hand. Aber er hatte einen Teil der Kräfte einsetzen müssen, die für »Barbarossa« bestimmt waren, und der vorgesehene Termin konnte nicht eingehalten werden.

Das europäische Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg ging nun zu Ende, obwohl auch auf deutscher Seite nicht wenige bis zum letzten Augenblick den Beginn entscheidender Gespräche erwarteten, die nach allem menschlichen Ermessen zu großen Konzessionen und Versprechungen der Sowjetunion geführt haben würden. Wenn man von den Umständen abstrahierte, mochte man sagen, daß nicht nur der Charakter dieses Krieges nicht festgelegt war, sondern ebensowenig das Verhalten der Engländer sowie insbesondere der Amerikaner. Es

war nicht von vornherein auszuschließen, daß Deutschland sich mit den antibolschewistischen oder antirussischen Kräften verbünden würde, die in der Sowjetunion voraussichtlich fortexistierten, und es war noch weniger unwahrscheinlich, daß in Amerika die Leninsche These von den »Räubern«, die einander in die Haare geraten, in paradoxer Umkehrung der Bedeutung zur Vorherrschaft gelangt wäre.

Aber nicht *Deutschland* und *Rußland* traten am 22. Juni in den Krieg, sondern das bolschewistische Rußland und das nationalsozialistische Deutschland, die – auf sehr unterschiedliche Weise – füreinander sowohl Schreckbild wie Vorbild waren. Es ist daher an der Zeit, vor der Schilderung der Grundzüge des Krieges und nach der Darstellung der Vorgeschichte seit 1918 und der Wechselwirkungen seit 1933 einige der Strukturen der Systeme vergleichend zum Thema zu machen. Dabei wird die Sowjetunion als das ältere der beiden Systeme jeweils an die erste Stelle treten müssen, und der übernationale Appell, der jeder Ideologie innewohnt und zum Bürgerkrieg aufruft, wird ebenso hervorzuheben sein wie die nationalen Eigentümlichkeiten, welche keine Ideologie völlig zu beseitigen vermag.

IV

Strukturen zweier Einparteistaaten

1. *Die Staatsparteien und ihre Führer*

Kein Gedanke lag den Vorkämpfern der frühen *Arbeiterbewegung* ferner als der, daß eines Tages sozialistische Staatsparteien mit einem Führer oder einem kleinen Führungsgremium an der Spitze einen Staat vollständig beherrschen würden. Mindestens die Vertreter des *Kommunalsozialismus*[1] wie Fourier und Owen hatten aus dem erst ansatzweise ausgebildeten Gegensatz von Staat und Gesellschaft die gerade entgegengesetzte Folgerung gezogen, indem sie den Staat ganz durch die Gesellschaft verdrängt wissen wollten, aber durch eine Gesellschaft, die aus zahllosen Kommunen bestehen würde, den Phalansteren oder »Dörfern der Einheit und Kooperation«, wo die Menschen ein von allen Schranken der Nationalität, der Arbeitsteilung und des religiösen Aberglaubens befreites Leben führen würden, weil jede der kleinen Gemeinschaften ein selbstgenügsamer und überschaubarer Kosmos sein würde. Es springt ins Auge, daß diese Vorstellung nichts anderes als ein Gegenzug zu jenem *Neuen* war, das schon bald nach 1800 häufig als »Industrielle Revolution« bezeichnet wurde: der Entstehung eines außerordentlich beweglichen und bewegten Systems der wirtschaftlichen Beziehungen, das für jeden Beteiligten ein hohes Maß an Risiko und Unsicherheit in sich schloß, das aber auch unerhörte Erfolgschancen eröffnete, welche ihrerseits weit mehr an Organisation geknüpft waren als an dasjenige, was man traditionell *Arbeit* nannte – des Systems der anhebenden Weltmarktwirtschaft, das häufig als Konkurrenzsystem und später als kapitalistische Produktionsweise bezeichnet wurde. Dieses Neue und die damit verbundenen Realitäten wie Gewinn und Zins sowie die Unterschiedenheit von Unternehmern und Arbeitern zu verneinen, war das Hauptkennzeichen der aufkommenden Arbeiterbewegung und nicht bloß des Kommunalsozialismus. Andererseits jedoch war diese Arbeiterbewegung, die sich allmählich aus Handwerksgesellen und der in die Industriestädte verschlagenen Bauernbevölkerung bildete, selbst ein neuartiges Element, und so offenkundig sich Fourier und Owen an einem gärtnerischen Idyll orientierten, so modern war zur gleichen Zeit ihr Anspruch, Vertreter einer »sozialen Wissenschaft« zu sein und die Technik rückhaltlos zu bejahen, soweit sie für die Arbeitserleichterung in den Phalansteren nutzbar gemacht werden konnte. Von anderen Denkern wurde aber der rückwärtsgewandte, vergangenheitsorientierte Aspekt des Kommunalsozialismus klar erkannt, und sie ersetzten ihn durch die Idee eines Staatssozialismus, der andere Kennzeichen der Industriellen Revolution extrapolierte und eine logische Vollendung zum Postulat

erhob: An die Stelle der »Anarchie der Produktion« sollte eine Planwirtschaft treten, in welcher der Staat als der einzige Unternehmer für das Wohl aller einzelnen Sorge tragen würde. Aber auch hier waren mit der Konkurrenz individuelle Gewinne und jede Art von Renteneinkommen beseitigt, so daß *die Gesellschaft* die Arbeit einteilen und regulieren mußte. Mithin kam man ohne Begriffe wie *Arbeitsteilung* und *Behörde* nicht aus, und die Existenz einer regierenden Staatspartei war nicht mehr unvorstellbar. Doch auch der Staatssozialismus knüpfte an Gedanken an, die das genaue Gegenteil intendierten, nämlich die Beseitigung der Quellen des Streites zwischen Staaten ebensogut wie zwischen Individuen, und als diese Quellen galten Sondereigentum der Individuen oder der Gruppen, Dasein bewaffneter und strafender Formationen innerhalb der antagonistischen Staaten, Gier nach Geld, Unterordnung der Individuen unter sachliche Notwendigkeiten, die deren *Glück* beschränkten. So stellte der Staatssozialismus ebenso wie der Kommunalsozialismus eine Verbindung mit dem uralten Begriff des *Naturzustandes* her, in dem nach der Lehre antiker Philosophen und auch christlicher Kirchenväter alle diese Merkmale bereits vorhanden waren, ehe sie durch einen Sündenfall oder den Einbruch der Habsucht zerstört wurden. Aber keiner der Staatssozialisten, weder Louis Blanc noch Constantin Pecqueur, vermochte auf überzeugende Weise darzutun, daß die Staaten als einzige Unternehmer *nicht* über Sondereigentum verfügen würden, und unter den Gegnern der Sozialisten, ja unter diesen selbst, tauchte früh der Verdacht auf, daß die erstrebte Abschaffung aller Macht gerade zu einer bis dahin unbekannten Konzentration der Macht führen könne. So war die Entstehung einer *Arbeiterbewegung* von höchster geschichtlicher Notwendigkeit, da sie mit dem umwälzendsten Vorgang der neueren europäischen Geschichte, der Industriellen Revolution, unmittelbar zusammenhing; aber ihre Fortentwicklung wies nicht den gleichen Grad von Notwendigkeit auf: Die Arbeiterbewegung konnte im Rahmen des Systems, dem sie ihre Entstehung verdankte, die bestmöglichen Bedingungen für ihre Anhänger zu erkämpfen suchen, wie es die englischen »Trade Unions« von ihrer Entstehung an taten; sie konnte sich zur Vorkämpferin eines völlig andersartigen Systems machen, dessen Grundzüge sich gerade an archaischen Vorstellungen orientierten und doch zu einem Teil in eine wahrscheinliche Zukunft vorauswiesen; sie konnte sich schließlich des Menschheitsgedankens, dem sie in ihren Anfängen so eng verbunden war, in der Praxis oder sogar in der Theorie entledigen und damit zu einem Staatssozialismus besonderer Art werden. Es war anzunehmen, daß diese Tendenzen nebeneinander auftreten und miteinander ringen würden, ohne daß die Grenzlinien eindeutig fixiert bleiben müßten. Jedenfalls mußte die Arbeiterbewegung als solche und in ihren verschiedenen Richtungen eine bedeutende Rolle in der weiteren Entwicklung spielen, wenn sie die Forderung nach der Einführung des allgemei-

nen Wahlrechts auf ihre Fahnen schrieb, welche die Siegesparole des Jahrhunderts zu sein schien. Aber mußten nicht neue Differenzen innerhalb *der* Arbeiterbewegung entstehen, wenn die verschiedenen Staaten ein ganz verschiedenartiges Verhältnis zum allgemeinen Wahlrecht hatten, wenn absolutistische, halbabsolutistische und demokratisch-liberale Länder zu unterscheiden waren?

Es ist an dieser Stelle nicht zu zeigen, inwiefern der Marxismus eine Synthese der reformistischen, auf Geduld abzielenden und den Kapitalismus jedenfalls für die unmittelbare Gegenwart bejahenden, der kosmopolitisch-naturrechtlichen und der staatssozialistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung sein wollte und dennoch die Widersprüche in sich weitertrug. Aber es wies weit in die Zukunft voraus, daß die entschiedensten Feinde des Staates und der Autorität unter den Sozialisten, die Anarchisten Bakunins, den Marxismus von Anfang an als eine Gestalt des autoritären und tendenziell diktatorischen Staatssozialismus verstanden. Doch kaum ein Marxist nahm Bakunins Kritik noch ernst oder ließ sich durch Ambivalenzen beunruhigen, als die Zweite Internationale – eine Vereinigung marxistischer Parteien – im Jahre 1890 den 1. Mai als den universalen Tag der Arbeit proklamierte und damit den Anspruch erhob, die arbeitende Menschheit in naher Zukunft aus den Fesseln der Kapitalsherrschaft und des Imperialismus zu erlösen.

Und doch wurde es auch für die überzeugtesten Marxisten rasch unübersehbar, daß gravierende Unterscheidungen in der »Armee des Weltproletariats« vorgenommen werden mußten, als sozialdemokratische Parteien aus dem Bereich des russischen Reiches an die Pforten der Internationale klopften. Die 1894 gegründete »Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauens« lehnte unter der Führung von Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Felix Dserschinsky die Forderung der nationalen Selbstbestimmung entschieden ab, weil sie den russischen Großwirtschaftsraum für fortschrittlich hielt und daher ihren Kampf nur in dessen Rahmen führen wollte; die »Polnische Sozialistische Partei« unter Josef Pilsudski dagegen sah in der Erringung der Unabhängigkeit Polens die unabdingbare erste Phase, da die nationale Freiheit die Voraussetzung der sozialen Befreiung sei. Vertreter der beiden konkurrierenden *Arbeiterparteien,* die das Verhältnis zwischen dem nationalen und dem sozialen Element sowie zwischen dem ökonomischen und dem politischen Faktor so unterschiedlich auffaßten und die von Abkömmlingen des Kleinadels oder des Bürgertums geführt wurden, stießen daher auf Kongressen der Internationale höchst feindselig aufeinander. Nicht einmal die Arbeiterpartei im eigentlichen Rußland war von vergleichbaren Differenzen frei, denn 1897 wurde zunächst einmal der *Bund* gegründet, der Zusammenschluß der jüdischen Arbeiter Rutheniens und der Ukraine, die zwar über ein stark entwickeltes »Klassenbewußtsein« verfügten, aber so gut wie durchweg in

handwerklichen oder kleinindustriellen Betrieben tätig waren und sich von den russischen Arbeitern schon dadurch unterschieden, daß ihre Arbeitsruhe auf den Sabbat fiel. Erst ein Jahr später folgten die Russen mit einem Gründungskongreß in Minsk, der indessen nur von einigen wenigen Delegierten besucht und durchaus nicht repräsentativ war. Die auffallendere Entwicklung vollzog sich in der Emigration, wo seit den achtziger Jahren die von Georgij Plechanow gegründete Gruppe *Befreiung der Arbeit* existierte, die in marxistischem Geiste Rußland unter scharfer Ablehnung der Auffassung der *Volkstümler (narodniki)* auf den normalen Weg der kapitalistischen Entwicklung verwies. Als Lenin zu diesem Kreise hinzukam, entstand die Zeitschrift *Iskra*, die zum Sammelpunkt der marxistischen Tendenzen wurde und deren sechs Redakteure den zweiten Kongreß der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands« von 1903 vorbereiteten, welcher der eigentliche Gründungsparteitag war und sofort zum faktischen Zerfall der Partei in die zwei Fraktionen der »Bolschewiki« und »Menschewiki« sowie zur Abspaltung des »Bundes« führte. Die Bolschewiki wichen durch Lenins Konzept der führenden Rolle der Berufsrevolutionäre ganz erheblich von den west- und mitteleuropäischen Parteien der Internationale ab, denen die Menschewiki viel näher blieben, aber andererseits übertrafen sie sogar die deutschen Sozialdemokraten an marxistischer Rechtgläubigkeit, weil Lenin vor der These nicht zurückschreckte, der Marxismus sei allmächtig, weil er richtig sei. So waren sie von Anfang an eine Partei oder Parteifraktion von ganz eigentümlicher Art. Die Geschichte der Wiedervereinigungsversuche und die Rolle der beiden Fraktionen in der russischen Revolution von 1905 sowie in den darauf folgenden Parlamenten sind hier nicht zu verfolgen; es genügt die allgemeine Kennzeichnung, daß die Bolschewiki vor allem eine disziplinierte Partei waren, für die Lenin zwar keineswegs schon der *Führer*, aber doch der *Alte* war, der sich im Zentralkomitee fast immer durchsetzte. So war es nicht allzu verwunderlich, daß ein Mann wie Trotzki in ihm schon früh den künftigen »Diktator« sah.[2] Dazu steht in merkwürdigem Kontrast, daß der Partei in den Kreisen des Bürgertums und der Intelligenz viel Sympathie begegnete, weil sie sich als die entschlossenste Gegnerin der zaristischen Selbstherrschaft darstellte – immer wieder werden in der Literatur die Namen reicher Wohltäter und Wohltäterinnen genannt, die durch ihre Spenden der Partei das Überleben und Wirken erleichterten.[3] Soziologisch freilich unterschieden sich Bolschewiki und Menschewiki kaum, und beide Fraktionen bzw. (seit 1912) Parteien teilten auch die fundamentale Schwierigkeit, daß sie marxistische Parteien sein wollten, obwohl sie sich in einer vormarxistischen Umgebung befanden. Beide glaubten daher zunächst, daß die Arbeiterparteien in Rußland eine besonders wichtige und aktive Rolle in der noch ausstehenden *bürgerlichen Revolution* spielen würden. So war es denn trotz aller Kritik der Menschewiki nicht in-

konsequent, daß Lenin nach dem Oktober-Umsturz aus der paradoxen »bürgerlichen Revolution unter Führung des Proletariats« eine genuine »sozialistische Revolution« machte, die allerdings sozusagen Stunde um Stunde auf die Weltrevolution warten mußte, um in der Authentizität ihres Marxismus bestätigt zu werden.

An dieser Stelle sind weder die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach der Machtergreifung noch die organisatorischen Entwicklungen im Detail zu verfolgen.[4] Vielmehr sind einige allgemeine Kennzeichen der Partei hervorzuheben, die sich in diesen Prozessen immer wieder bestätigten oder doch entfalteten.

Die »Kommunistische Partei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Bolschewiki)«, wie sie sich seit dem Sommer 1918 nannte, war vom November 1917 an die erste alleinregierende sozialistische Partei der Welt. Die Macht allein zu übernehmen, war seit dem Frühjahr die eigentliche Intention Lenins, und nur deshalb ließ er den bewaffneten Aufstand am Vorabend des zweiten Sowjetkongresses stattfinden, welcher zweifellos eine sozialistische Allparteienregierung eingesetzt haben würde. Das temporäre Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären war bloß von taktischer Art, und am Ende des Bürgerkrieges fand Lenins Auffassung in der Partei kaum noch Widerspruch, daß der richtige Platz für Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Gefängnis sei.

Diese regierende Partei war und blieb indessen eine Minderheitspartei. Im günstigsten aller Zeitpunkte errang sie bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung kaum ein Viertel der Stimmen, und als sich im Kriegskommunismus die Kehrseite der bolschewistischen Herrschaft für fast alle Bauern und für sehr viele Arbeiter nur allzu deutlich erkennen ließ, da gewannen sogar die Menschewiki die meisten der Anhänger zurück, die sie im Herbst 1917 verloren hatten. Aber die regierende Partei hatte längst ein ungleiches und offenes Wahlrecht eingeführt, und sie konnte nun ihre Gegner nach Belieben einsperren oder erschießen. Im Bezirk Smolensk gab es 1921 nur 10000 Parteimitglieder unter einer Bevölkerung von zwei Millionen, und nicht erst während der Kollektivierung haben Beobachter auf glaubwürdige Weise davon berichtet, daß die Partei einer Armee in einem besetzten Lande glich.[5]

Es ging dieser Partei jedoch keineswegs um die bloße Machterhaltung. Als das »Körnchen« oder »Häuflein«, das sie war, blieb sie vom unbedingten Willen zur totalen Umgestaltung beherrscht, der freilich vermutlich die Voraussetzung der Machterhaltung war. So war sie die Partei der sozialen Vernichtung und des langdauernden Bürgerkriegs. Trotzki kennzeichnete Lenins Ideen als »schreckliche, erstaunlich einfältige, tödliche Gedanken«[6], und die Minderheit sprach Grundemotionen der gewaltigen Mehrheit an, wenn sie alle Erbitterung und allen Haß, die sich während des Krieges in den Massen

der Soldaten und der Arbeiter angesammelt hatten, gegen die »Burschui« und die Offiziere lenkte. Aber bei der Vernichtung der nach Lenins Worten »schlappen« Bourgeoisie und der redseligen Intelligenz konnte die Partei nicht stehenbleiben, denn es gab noch andere *vormarxistische* Realitäten im Lande, und es war keineswegs bloß *stalinistisch*, wenn sie ab 1928 den großen Bürgerkrieg gegen die Bauern in Gang setzte, indem sie von Kulaken redete und individuelles Wirtschaften jeder Art meinte. Nicht einmal die große Säuberung ist allein auf das Konto Stalins zu schreiben, denn seit 1921 hatte sich die Partei periodischen Säuberungen unterzogen, und immer hatte es sich darum gehandelt, »sozial feindliche Elemente« zu demaskieren, die sich in die Partei eingeschlichen hätten und den Direktiven der Führung durch Sabotage oder Kritik zuwiderhandelten.

Doch die Partei der sozialen Vernichtung begriff sich als die Partei des Fortschritts, und in gewissen Bereichen konnten ihr nicht einmal die entschiedensten Feinde diesen Anspruch bestreiten. Sie lehrte ein Volk von Analphabeten lesen und schreiben, sie zog gegen Schmutz, »Kulturlosigkeit« und Alkoholismus[7] zu Felde; sie scheute sich nicht, nach einem Worte Lenins auch die Proletarier und die einfachen Parteimitglieder »zu waschen, zu säubern, zu zausen und zu walken«[8], sie propagierte den »wissenschaftlichen Geist« gegen den Aberglauben, und sie vermerkte mit tiefer Befriedigung, daß sogar in Lubawitschi, einem Zentrum des »finstersten« chassidischen Geistes, einige Handwerker den Sabbat nicht mehr einhielten.[9] So war es nicht verwunderlich, daß Bucharin und Pjatakow sich auch noch weigerten, ihren Glauben an die Partei aufzugeben, als sie zu Opfern der schlimmsten Verleumdungen geworden waren und den Tod vor Augen sahen: Wer sich von der Partei trenne, schließe sich von dem besten Teil seines eigenen Lebens ab und gerate aus dem Strom der Geschichte in das Brackwasser eines gleichgültigen Privatdaseins.[10]

Aber keine Entschlossenheit, kein Enthusiasmus und keine Fortschrittlichkeit hätten der Partei die Macht und damit die Wirkungsmöglichkeit erhalten, wenn sie nicht die Partei der Organisation geblieben wäre, zu der Lenin sie gemacht hatte. Vom Politbüro sowie dem Zentralkomitee und dessen Sekretariat reichte der Befehlsstrang über die Parteikomitees der Gebiete *(oblasty)* und Kreise *(rayony)* bis in die Komitees der Städte und Dörfer, wo überall ein »Erster Sekretär« schon deshalb die wichtigste Rolle spielte, weil er die *Nomenklatura* verwaltete, welche die Positionen und Namen enthielt, die den untergeordneten Gremien zur *Wahl* standen. Wie immer sich die Zusammensetzung des Politbüros änderte, so gingen von ihm doch die entscheidenden Direktiven aus, und wie viele Mitglieder der Partei auch in Säuberungen ausgestoßen wurden, so fanden sich doch in jeder größeren Schule, in allen Betrieben, in allen Universitäten, in allen Regimentern der Roten Armee und in

sämtlichen Unterabteilungen der GPU »Parteizellen« zusammen, die den jeweils höheren Führungen Bericht erstatteten und von ihnen Anweisungen erhielten. In der Armee waren den Offizieren Kommissare beigegeben, die politisch einer Hauptabteilung in der Armeeführung unterstanden; in jeder Maschinen-Traktoren-Station existierte eine »Politische Abteilung«, zu der auch ein Sonderbeauftragter der GPU gehörte. So hatte die Partei überall ihre Augen und ihre Ohren, und alle diese Augen und Ohren kontrollierten und überprüften einander und wurden auch wieder von anderen und relativ unabhängigen Organen überprüft wie etwa der GPU. Im Gegensatz zu allen übrigen Parteien der Welt übte diese Partei ja nicht etwa nur politische Macht aus, sondern sie dirigierte – und besaß in gewisser Weise – das ganze Wirtschaftsleben des Landes. Sie mußte daher allmächtig sein, und diese Allmacht nannte sie den Sozialismus, der freilich seine letzte Aufgabe noch nicht erfüllt habe, nämlich alle Macht von Menschen über Menschen und alle Hindernisse für die Entfaltung eines jeden abzuschaffen. Vorläufig blieb der stärkste aller Staaten, der Parteiwirtschaftsstaat, die Voraussetzung der künftigen Staatslosigkeit, doch nicht bloß Gegner mochten sich die Frage stellen, ob nicht diese von Anfang an rechteste aller linken Parteien zwar in ihren Träumen und Mythologemen links geblieben war, aber in der Realität die effizienteste aller staatlichen Machtstrukturen geschaffen hatte, welche je auf der Erde zu finden war. So blickte diese Partei janusköpfig mit scharfen Augen in die Richtung gegenwärtiger Wirklichkeiten und nahm in einer staatssozialistischen Entwicklungsdiktatur den Platz ein, den innerhalb einer weit entspannteren Struktur das Wirtschaftsbürgertum des Liberalen Systems ausfüllte; aber sie schaute auch mit träumendem Blick in eine ferne Zukunft und war weiterhin die Partei des militanten Universalismus, die schon durch den Sturm ihrer Argumente alle Schranken und Borniertheiten glaubte hinwegfegen zu können.

Doch ob sie nun die Extreme tatsächlich vereinigte oder das eine bloß zum Vorwand des anderen machte, so mußte sie nicht notwendigerweise einen *Führer* haben, sondern sie konnte von einem zentralen Gremium geleitet werden, dessen Mitglieder anonym blieben. Aber als Stalin 1937 die Partei mit einer Armee verglich und die ca. 3000 höheren Parteiführer mit dem Generalstab gleichsetzte, die 40 000 mittleren Ränge mit dem Offizierskorps und die 150 000 einfachen Parteiangestellten mit den Unteroffizieren[11], da war es für ihn offenbar selbstverständlich, daß er der Generalissimus dieser Armee war. Gewiß hatte Lenin unter »Führerorganisation« ein Kollektiv verstanden, aber von Anfang an war er in diesem Kollektiv der Erste, und man mochte schon in der frühesten Zeit wie Trotzki fragen, ob er wirklich unter Gleichen der Erste war. Bereits 1918 wurde er in Zeitungsartikeln und Versammlungsreden mit großer Selbstverständlichkeit »der Führer« (»Woschdj«) des russischen Proletariats und des Weltproletariats genannt, und wie im System des Feuda-

lismus wurde auch seinen nächsten Gefolgsleuten die Bezeichnung »Führer« mit einer regionalen Begrenzung zuerkannt; so hieß Sinowjew der »Führer der Nördlichen Kommune«.[12] Die Parteitage brachten »dem Führer Iljitsch« Ovationen dar, die freilich immer zugleich den »Genossen Lenin« meinten. Tatsächlich konnte Lenin während seines ganzen Lebens keine wesentliche Entscheidung allein treffen, sondern er mußte sich immer Mehrheiten im Politbüro und auf den Parteitagen verschaffen, oftmals unter harten Kämpfen und Auseinandersetzungen. Aber schon sehr bald nach seinem Tode nannte ihn Trotzki unter Beifallsrufen »den größten Menschen unserer revolutionären Epoche«[13], und derselbe Mann rührte an eines der eigentümlichsten Probleme des Marxismus, als er behauptete, Lenin sei neben Marx das einzige Genie gewesen, das sich unter den Führern der Arbeiterklasse finde; zwar würde die Klasse auch ohne diese Genies ihren welthistorischen Aufgaben gerecht werden, »aber langsamer«.[14] Wenn man eine andere Äußerung Trotzkis daneben hält, nämlich daß die Bolschewiki die Macht ohne Lenins Drängen nie erobert haben würden, da die Bourgeoisie dann bald Frieden geschlossen und die Situation wesentlich verändert haben würde[15], könnte man zu dem Ergebnis gelangen, daß sowohl der neue Staat als auch die russische Arbeiterklasse von diesem einen Genie geschaffen worden seien. Die Behauptung ist also zulässig, daß die Kommunistische Partei Sowjetrußlands von ihrer Frühzeit an auch in einem engeren Sinne eine »Führerpartei« war, ja daß sie einen wahren Führerkult ausbildete, der sogar von sympathisierenden Beobachtern angesichts des Lenin-Mausoleums häufig »Reliquienkult« genannt und mit religiösen Phänomenen verglichen wurde. Aber konnte die Partei nach dem Tod des »genialen Führers« nun von Durchschnittsmenschen kollektiv geleitet werden? Lew Kamenjew fand sehr wenig Beifall, als er sich auf dem 14. Parteitag gegen den Begriff der »Einmannleitung« und gegen die »Erschaffung eines Führers« aussprach.[16] Stalin hatte in seiner Position als Generalsekretär der Partei, der als einziger zur gleichen Zeit Mitglied der vier wichtigsten oberen Gremien war – des Politbüros, des Zentralkomitees, des Sekretariats und des Org(anisations)büros –, die Nachfolge Lenins faktisch schon angetreten, und bereits 1926 fanden sich seine Standbilder an vielen Plätzen der Sowjetunion. So wurde es bald üblich, von »der Partei und ihrem Führer Stalin« zu sprechen, und vielbeklatschte Hinweise auf die Größe von Stalins Führerschaft fehlten dann in keiner öffentlichen Rede mehr. Trotzki drehte den Vorwurf, der sich einst gegen ihn selbst gerichtet hatte, auf ingeniöse Weise um und klagte den *Stalinismus* als ein bonapartistisches Regime an, aber er bedachte dabei nicht, daß Martow denselben Vorwurf bereits vor dem Kriege gegen Lenin erhoben hatte.[17] So gehörte es zum Wesen der Partei, daß ein einzelner Mann an ihrer Spitze stand und über ein ungewöhnliches Maß an Macht verfügte. Trotzdem wurden sowohl Lenin wie Stalin immer nur als Per-

sonifizierungen der Partei betrachtet, ja formell sogar der Klasse, so kurios sich die zweite Bestimmung angesichts der Herkunft und der Präzedenzien von beiden ausnahm. Daß die Partei ihre elementare Vernichtungsintention schließlich auch auf sich selbst erstreckte, d. h. auf jene Mitglieder, die sich gegen den Führer auflehnten, war wohl im Begriff dieser Partei beschlossen, so gewiß das Ausmaß der großen Säuberung zufällig sein mochte. Anders steht es jedoch mit der Tatsache, daß Stalin schließlich – wohl ab 1937 – für seine Entschlüsse die Zustimmung keines Gremiums anders als formal benötigte und gegen Ende seines Lebens sogar die bloße Einberufung des Politbüros häufig nicht mehr für erforderlich hielt. Das verstieß gegen den Geist der Partei, der immer kollektivistisch blieb, auch wenn sie sich dem Willen eines Führers unterwarf. Aber kollektivistisch war ebenfalls das Denken der nationalsozialistischen Partei, obwohl sie auf dem Boden einer ganz anderen Tradition stand und zweifellos in einem anderen Sinne eine *Führerpartei* war.

Die Arbeiterbewegung hatte sich in ihrem größten und einflußreichsten Teil in diejenige Tradition hineingestellt, welche die Französische Revolution und insbesondere deren jakobinische Phase zu ihren Ursprüngen zählte. Die entgegengesetzte Tradition war diejenige der Rechten, welche in der Französischen Revolution vor allem Auflösung, Zersetzung und Chaos erblickte. Es ist zwar naheliegend, in der Verschwörungstheorie des Abbé Barruel, in der Verteidigung der organischen Entwicklung durch Edmund Burke, in der Kennzeichnung der Revolution als »satanisch« durch Joseph de Maistre und in Adam Müllers Angriffen gegen den römisch-rechtlichen Begriff von Privateigentum und Privatreligion weiter nichts als eine Verteidigung des *Feudalismus* und damit der Interessen des Adels gegen *die Moderne* zu sehen. Aber wenn die Industrielle Revolution, obgleich nicht wurzellos, vor allem das Neue gewesen war, so war die Französische Revolution eher etwas *Altneues*, und schon seit 1793 wandten ehemalige Liberale bei deren Kennzeichnung Begriffe an, die vorher ganz anderen Gegnern gegolten hatten, etwa »despotische Synode«, »Missionare« und »Inquisitionsgerichte«. In ihren Augen war also dasjenige rückschrittlich, was sich selbst als fortschrittlich ausgab, und umgekehrt lernten die konservativen Schriftsteller bald, sich der Mittel der Flugschriften und der demagogischen Angriffe zu bedienen. Die geschichtliche Wirklichkeit Europas kannte nicht den *reinen Fortschritt*, der durch konkrete Personen verkörpert gewesen wäre, und die *reine Reaktion*, welche durch bestimmte Namen bezeichnet werden konnte, sondern sie war durch Überschießen, Polyvalenzen, Mischformen, Aneignungen und Umdenken bestimmt, und sie wies daher unter Einschluß der Französischen Revolution nur unvollendete Revolutionen und unvollständige Reaktionszeiten auf. Wer hätte im 19. Jahrhundert *objektiv fortschrittlichere* Taten vollbracht als die *subjektiven Reaktionäre* Robert Peel, Louis Bonaparte, Otto von Bismarck und Benja-

min Disraeli? So war der Antisemitismus der Wilhelminischen Zeit eine Modernisierung der überlieferten Verschwörungstheorie, und die sozialdarwinistischen Vorstellungen der Jahrhundertwende waren nicht ausschließlich ein Verteidigungsinstrument des nationalliberalen Bürgertums, sondern sie fanden in neuartigen Ergebnissen der Wissenschaft eine Stütze wie etwa in Francis Galtons Lehre von der Erblichkeit der Eigenschaften. Aber ebenso wie die Linke in allen ihren Wandlungen und Gestalten durch eine Affinität zu der Doktrin von der Befreiung der Individuen zur unstrukturierten *reinen* Menschheit erkennbar blieb, so war die Rechte stets von der Furcht vor dem möglichen gesellschaftlichen *Chaos* sowie dem daraus schließlich resultierenden Despotismus geprägt. Diese Furcht war das Komplement der Überzeugung, daß traditionsgebundene Ordnung und mithin institutionalisierte Rangverhältnisse die elementarste Grundlage menschlichen Zusammenlebens seien. Daher besaß auch die Rechte von früh an tendenziell ein Vernichtungskonzept, das Konzept der Beseitigung der »Verschwörer« oder der Urheber der Zersetzung, und bei einem Manne wie Eugen Dühring trat es um 1900 in der Wendung gegen die Juden als Schädlingsrasse unverhüllt in Erscheinung. Aber gerade Dühring kam von links, und je älter die Rechte wurde, um so mehr ursprünglich linke Züge nahm sie in sich auf. Sie blieb jedoch in allen Wandlungen mit sich identisch, solange ihr *Ordnung* vor *Befreiung* ging. Freilich konnte Ordnung nie im gleichen Sinne ein Menschheitsgedanke sein wie Befreiung zu Frieden und Zwanglosigkeit, weil der Begriff längst nicht so überzeitlich war und sich immer an einer existierenden Ordnung orientieren mußte, aber er wurde gleichwohl in allen Perioden der Geschichte dann virulent, wenn die Erschütterung des Bestehenden einer großen Anzahl von Menschen unerträglich vorkam und die Furcht vor einer Auflösung der Gesellschaft um sich griff. Es war zu vermuten, daß dieses Konzept im 20. Jahrhundert nur dann massenwirksam werden konnte, wenn es gleichwohl mit dem Begriff der Befreiung zusammengebracht wurde.

Mithin mußten sich nach dem großen Katalysator des Ersten Weltkrieges unerwartete Möglichkeiten für eine *linke Rechtspartei* in denjenigen Ländern eröffnen, wo die bestehende Ordnung nicht so weitgehend diskreditiert war wie die Selbstherrschaft in Rußland und wo sie nicht ebenso fest und unangetastet war wie bei den westlichen Siegermächten. Zuerst setzte sich ein neuartiger Typus von Partei in Italien durch, das einen »verstümmelten Sieg« beklagte: eine von weiten Kreisen der Mittelschichten getragene, vom Großbürgertum unterstützte und von ehemaligen Marxisten bzw. Linken gegründete Partei, der Faschismus. Der deutsche Nationalsozialismus gab die linke Tendenz schon im Namen zu erkennen, und er verlangte in seinem Programm die »Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens«, er machte sich die ehemals linksradikale Forderung der Homogenität des Volkes zu eigen und

vertrat gleichwohl mit der Vorstellung vom freien Spiel der Kräfte die Position des extremen Liberalismus. Aber stärker und glaubwürdiger war das rechte Grundmuster: der Glaube an den Dolchstoß der Feinde und Verschwörer, der Haß gegen die Hetzapostel der marxistischen Linken, die Ausrichtung an vergangener Größe, die Kennzeichnung der Französischen Revolution als »furchtbaren Vulkanausbruch«, das entschlossene Festhalten am *Eigenen*. So war die nationalsozialistische Partei vom Typus her eine faschistische und genauer eine radikalfaschistische Partei. Aber sie wäre vermutlich eine durch Fraktionskämpfe zerrissene Gruppe unter anderen Gruppen geblieben, wenn nicht an ihre Spitze ein Mann getreten wäre, der in Gesprächen mit seinem nächsten Vertrauten den Bolschewismus sich »von Moses bis Lenin« erstrecken ließ[18] und der alle Kompromisse, auch diejenigen mit den »völkischen Wanderscholaren«, nicht weniger entschieden ablehnte, als Lenin es gegenüber den Menschewiki und den Sozialrevolutionären getan hatte. Er schuf die Ideologie seiner Partei so wenig, wie Lenin diejenige der seinen geschaffen hatte, aber auch er setzte die entscheidenden Akzente und formulierte die autoritativsten Sätze. Vor allem aber gewann er in dieser Partei ehemaliger Kriegsteilnehmer, die sich mit ihrer Vergangenheit identifizierten und Deutschland durch die Vernichtung der *Volksfeinde* befreien wollten, von vornherein eine andere Stellung, als Lenin sie in seiner Partei aus Emigranten und kriegsmüden Soldaten einnehmen konnte und einnehmen wollte.

Adolf Hitler war in der gesellschaftlichen Hierarchie zwei Stufen niedriger als Lenin geboren, und er besuchte nie eine Universität oder Hochschule; nach Herkunft und Bildungsstand wies er eher Ähnlichkeiten mit Stalin auf, sofern man von seinen künstlerischen Neigungen und Fähigkeiten absieht. Aber die *Deutsche Arbeiterpartei*, der er 1919 beitrat, war von dem Konspiratorischen der bolschewistischen Partei weit entfernt und bot einem Volksredner von vornherein größere Chancen, da sie in einer vergleichsweise freien und liberalen Gesellschaft entstand. Andererseits aber war sie durch die Nähe zu den Freikorps gekennzeichnet, und deren Prinzip war nicht etwa bloß militärisch, sondern als die persönliche und unmittelbare Bindung relativ weniger Männer an ihren jeweiligen Führer weit altertümlicher. So existierten das demokratische Prinzip der Entscheidung durch Mitgliederversammlungen und das Befehlsprinzip zunächst nebeneinander, und die Geschichte Hitlers, der im Anfang bloß als »Propagandaleiter« das siebente Mitglied des Führungsgremiums war, ist eine Geschichte der Erweiterung der Führermacht, ähnlich derjenigen Mussolinis.

Aber schon seit der Übertragung »diktatorischer Vollmachten« war Hitler von 1921 an im schroffen Gegensatz zu Lenin in keine Art von Zentralkomitee eingebunden, sondern das Befehlsprinzip triumphierte sehr früh über das demokratische Prinzip der Wahl und der Diskussion. Zunächst hatte er aller-

dings noch Mentoren und gleichrangige Mitkämpfer, doch schon der Putsch vom November 1923 war ausschließlich sein eigenes Werk, das von keinem Parteigremium beschlossen oder auch nur bestätigt war. Nach der Neugründung der Partei hatte Hitler zahlreiche Schwierigkeiten gegenüber dem norddeutschen Flügel zu überwinden, aber er gewann aus den Reihen dieser *Linken* auch den Protagonisten des Führerkults, Joseph Goebbels. Bis 1930 besaß der »Oberste SA-Führer« Franz Pfeffer von Salomon noch eine relativ selbständige Stellung, aber dann übernahm Hitler persönlich die Führung der weitaus wichtigsten Gliederung der Partei. Mehr als irgendeine andere deutsche Partei, weit mehr auch als die Bolschewiki vor ihrer Machtergreifung, wies die NSDAP um 1930 bereits den Charakter eines Staates im Staate auf, und der Führerkult war der wichtigste integrierende Faktor der Partei, in welcher sich sehr unterschiedliche Tendenzen zusammengefunden hatten. Immer wieder trat aber auch die objektive Überlegenheit Hitlers hervor, dem Männer wie Heß, Himmler und Goebbels ausgesprochen hörig waren, während er in der Öffentlichkeit noch vielfach als »blasse Nachbildung« Mussolinis galt.[19]

So wurde Hitler, der kein Mitglied des Reichstages war, am 30. Januar 1933 als Führer der nationalsozialistischen Bewegung in das staatliche Amt des Reichskanzlers berufen. Daher war er von Anfang an trotz seines auf die Verfassung abgelegten Eides nicht lediglich ein Faktor unter mehreren Faktoren, sondern er hatte ein entscheidendes Übergewicht dadurch, daß er unbestritten an der Spitze der nationalsozialistischen Volksbewegung stand und damit deren staatlich abgeschirmte Revolution führte, die sich vor allem als Gegenrevolution begriff. Spätestens seit dem August 1934 war der Führerwille das oberste Gesetz, und damit fiel auch die Entscheidung über Krieg und Frieden, für die nach der Weimarer Verfassung ein Reichsgesetz erforderlich war, allein in die Kompetenz Adolf Hitlers. Eine solche Machtvollkommenheit besaß Lenin bei weitem nicht und Stalin seit 1937 allenfalls faktisch. Daher konnte es 1939 nicht den leisesten Zweifel geben, daß Hitler allein für den Krieg gegen Polen verantwortlich war, und bloß um seine Stirn wurde der Lorbeer des Sieges geflochten.

Die Kennzeichnung der Führergewalt durch die nationalsozialistischen Juristen war zu einem guten Teil quasi-theologisch und mystisch. Der Führer, so hieß es, ist eine Verkörperung des eigentlichen Volkswillens und damit der Verfechter der »objektiven Idee der Nation gegen die subjektive Willkür einer irregeleiteten Volksstimmung«. Sein Amt ist unteilbar, seine Gewalt ist »nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlerworbene Einzelrechte gehemmt, sondern sie ist frei und unabhängig, ausschließlich und unbeschränkt«. Dabei ist sie nicht etwa willkürlich, sondern an Schicksal und Aufgabe des Volkes gebunden. *Was* aber Schicksal und Aufgabe des Volkes sind, bestimmt der Führer allein, er lenkt den »Einsatz der

gesammelten politischen Kraft des Volkes für die gemeinsamen großen Ziele«. Die Volksbefragungen bestimmen seine Entschlüsse nicht, sondern sie haben die Funktion der Bestätigung, des vertrauenden Sich-Bekennens zu den Entscheidungen des Führers.[20]

Schon vor Kriegsbeginn war das Prinzip des Führerstaats so vollkommen realisiert, daß Göring sagen konnte, er selbst und alle anderen Staats- und Parteiführer hätten neben Hitler in den großen Fragen nicht mehr Entscheidungsbefugnis als die Steine, auf denen sie gerade ständen.[21] Daß unterhalb dieser Ebene zahlreiche Kompetenzkonflikte der Unterführer zu verzeichnen waren, ist seit der frühesten Nachkriegszeit aus den Memoiren von Mithandelnden bekannt, aber dieser Tatbestand war gerade eine Voraussetzung für die Ungebundenheit von Hitlers Entscheidungen im Raum der Weltpolitik. Die nationalsozialistischen Juristen hatten daher recht, wenn sie die Gleichsetzung des Führerstaates mit einer Diktatur oder auch einer absoluten Monarchie zurückwiesen. In der Tat hatte niemals ein Diktator oder ein absoluter Monarch so viel Macht gehabt wie Hitler. Selbst der Wille des Militärkaisers Napoleon I. war nicht unmittelbar mit dem Staatswillen identisch. Es ist eine völlig unbegründete Annahme, etwas Derartiges sei notwendig gewesen, wenn das Ziel bloß in der Wiedererlangung der Großmachtstellung oder auch in der Gründung Großdeutschlands bestanden hätte. Es war vermutlich die einzige »Verfassung«, unter welcher der Griff eines besiegten Staates nach »Weltherrschaft« wider alle Wahrscheinlichkeit und wider die Bedenken aller Fachleute möglich war: Die archaische Einfachheit der Willensbildung in kriegerischen Stämmen war mit der modernen Effizienz eines arbeitsteiligen Staatswesens vereinigt. Aber es war auch die einzige Staatsform, in der ein einzelner Mensch eine ganze Nation in die totale Niederlage und sogar in den physischen Untergang ziehen kann. In philosophischer Perspektive handelte es sich um die extremste Form pervertierter Theologie: Der Führer galt als Gott oder mindestens als halbgöttlicher Heilsbringer, und darin lag, historisch gesehen, das schroffste Gegenteil der deutschen und europäischen Tradition.

Aber den juristischen Ausführungen über die staatsrechtliche Stellung des unbeschränkten Volksführers war nicht zu entnehmen, daß dieser Gott oder Halbgott zugleich der Vorkämpfer einer »Weltanschauung« war, die weitaus mehr Menschen ansprechen wollte als bloß die Deutschen: mindestens *die Germanen* und vielleicht sogar *alle Arier*. Und die Realität deckte sich bei weitem nicht mit den Begriffen und Postulaten. Das deutsche Volk war nicht eine überschaubare Sippe, die vertrauensvoll zu ihrem Patriarchen aufblickte, sondern eine moderne, sehr komplexe und historisch vielfältig differenzierte Gesellschaft. Der Führer brauchte mithin ein Organ, das eben nicht mit dem Volk identisch war, und seine Weltanschauung mußte ebensosehr in diesem Organ verwurzelt sein, wie sie es wiederum durchdrang. Wenn die NSDAP

Hitlers erstes und vornehmstes Geschöpf war, so war er doch in gewisser Weise wiederum ihr Sprößling. Das Dritte Reich war daher ebensosehr ein Parteistaat wie ein Führerstaat, und schon das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 fixierte diesen Tatbestand auch formalrechtlich, indem es die Partei als »die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates« definierte. Wenn der Führercharakter als Entschränkung der überlieferten monarchischen Gewalt gedeutet werden darf, so war der Parteicharakter des Staates etwas historisch ganz Neues, das aus den Traditionen der Rechten noch weniger abgeleitet werden konnte als aus den Überlieferungen des Sozialismus. Aber Sowjetrußland war Deutschland um 15 Jahre voraus.

Die NSDAP war von vornherein keine Honoratiorenpartei, sondern eine gut organisierte Massenpartei, wie es in Deutschland bis dahin nur die SPD und ab 1920 auch die KPD gewesen waren. Aber nicht nur war die Führergewalt viel ausgeprägter, sondern die Mitgliederbewegung war gewaltiger, als sie es in der SPD und der KPdSU gewesen war. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme hatte die NSDAP über 700 000 Mitglieder, während die Partei der Bolschewiki im Herbst 1917 kaum mehr als 200 000 gezählt hatte; 1935 war die Mitgliederzahl mit 2,5 Millionen etwa ebenso groß wie die der KPdSU einschließlich der Kandidaten. Die NSDAP war also weit weniger eine Elitepartei als die KPdSU, und umfangreiche Parteisäuberungen wurden zu keinem Zeitpunkt vorgenommen. Hitler verglich seine Partei nie mit dem Stand der Samurai oder mit einem »Schwertträgerorden«, wie es Trotzki bzw. Stalin im Hinblick auf die KPdSU taten.[22] Aber anders als die KPdSU war die NSDAP schon vor der Machtergreifung staatsähnlich organisiert, und die Münchener Reichsleitung ähnelte seit 1930 einer Regierung. Die Parteiarmee der SA mit ihren Stäben und ihrer heeresmäßigen Hierarchie war an Zahl weitaus größer, als es die »Rote Garde« in Petrograd 1917 gewesen war. Diese Partei und ihre Armee brauchten sich indessen nicht in einem genuinen Bürgerkrieg zu behaupten, und sie vernichteten zwar die anderen Parteien, aber keineswegs ganze soziale Klassen, und hinsichtlich des »Hauptfeindes«, des Judentums, realisierte sich die Intention der Vertreibung erst ganz allmählich. So wurde die SA nicht, wie in gewisser Weise die Rote Garde, zur Armee des Staates, und die Partei übte zwar großen Einfluß aus, blieb aber immer ein Staat im Staate und konnte für lange Jahre nicht entfernt daran denken, sich etwa die Wirtschaft so zu unterwerfen und geradezu anzueignen, wie es die KP in Sowjetrußland getan hatte. Deutschland besaß ja, anders als Rußland 1917 und erst recht 1920, eine zwar darniederliegende, aber dennoch sehr leistungsfähige und gut funktionierende Wirtschaft, die auf vielfältige Weise in den Weltmarkt einbezogen und zu einem guten Teil davon abhängig war. Ein Versuch, sie ohne ausdrückliche und überwältigende Zustimmung der Wähler zu

enteignen und umzuorganisieren, hätte das Chaos und den Niedergang hervorgerufen, die in Rußland auf Krieg und Bürgerkrieg gefolgt waren. Eben dadurch war die Macht der Partei viel begrenzter und blieb der soziale Pluralismus im Gegensatz zum politischen weitgehend bewahrt. Immerhin glückte einigen Führern von Parteiorganisationen wie etwa Joseph Goebbels der Sprung in die entsprechenden staatlichen Ämter, aber Alfred Rosenberg gelang die Übernahme des Auswärtigen Amts so wenig wie Ernst Röhm diejenige des Reichswehrministeriums. Zwar kam es später immer häufiger zu Personalunionen zwischen Partei- und Staatsämtern, aber im Prinzip blieben Staat und Partei getrennt. Die faktische Situation bestand in einem erbitterten Wettbewerb der verschiedenen Partei- und Gliederungsführer um Anteile an der staatlichen Macht, und auch daraus resultierte ein verwirrendes Nebeneinander von Ansprüchen und Kompetenzen, das man *Neofeudalismus* nennen mag, das aber keinesfalls eine *Polykratie* war, da es nie den geringsten Zweifel gab, wer die *großen* Entscheidungen zu treffen hatte. Ein gewisses Durcheinander wurde von Hitler sogar ausdrücklich gefördert, wie ja auch Stalin und schon Lenin das konkurrierende Nebeneinander von Organen gefördert hatten. Freilich blieben in Deutschland weitaus stärkere Reste des überlieferten Individualismus und größere Möglichkeiten eigener Initiativen bestehen, während in der Sowjetunion die Kompetenzvielfalt weit ausgeprägter der Wechselkontrolle und damit der bis ins Kleinste sich erstreckenden Herrschaft der Spitze diente. Der Grundunterschied zwischen der NSDAP und der KPdSU lag darin, daß diese eine industrielle und kriegsfähige Gesellschaft durch äußerste Aktivität nach den Verheerungen von Krieg und Bürgerkrieg erst hervorbringen mußte, während jene nur die leichtere Aufgabe zu erfüllen hatte, eine schon hoch industrialisierte Gesellschaft aus einer Friedenskrise heraus auf einen Krieg oder doch auf die Möglichkeit glaubwürdiger Kriegsdrohungen vorzubereiten. So teilte die NSDAP die meisten der formalen Merkmale der KPdSU, z. B. den Aktivismus und den Vernichtungswillen, aber bis zum Kriegsausbruch doch nur in sehr viel weniger prononcierter Gestalt.

Es war ja schon charakteristisch, daß die Partei neben ihren Gliederungen – der SA, der SS, dem NSKK, der Hitlerjugend, dem NSDStB und der NS-Frauenschaft – auch *angeschlossene Verbände* wie den Ärztebund, den Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, den Lehrerbund und den Reichsbund deutscher Beamten aufwies, welche die Fortexistenz des sozialen Pluralismus anschaulich erkennen ließen.

Die Spitzengliederung der Partei erfolgte durch Funktionsverteilung in der Reichsleitung, die ihren Sitz in München als der »Hauptstadt der Bewegung« behielt. Aber Rudolf Heß, den man dem Generalsekretär der KPdSU vergleichen könnte, hatte faktisch viel weniger Eingriffsmöglichkeiten in den staatli-

chen Bereich, obwohl er bei der Gesetzgebung und bei der Ernennung aller Beamten beträchtliche Mitwirkungsrechte hatte. Bei seinem Aufenthalt in Berlin am 13. und 14. November 1940 machte Molotow auch Heß einen Besuch, und es soll dabei über Fragen der Organisation beider Parteien gesprochen worden sein.[23] Wenn die Nachricht richtig ist, würde es sich um das einzige »Spitzengespräch« handeln, das zwischen der KPdSU und der NSDAP je stattgefunden hätte. Ob unter Martin Bormann, der nach Heß' mysteriösem Englandflug als »Leiter der Parteikanzlei« einer der mächtigsten Männer des Dritten Reiches wurde, »Spitzengespräche« von völlig anderer Art stattgefunden haben, ist eine offene Frage.[24]

Eine Art Minister waren unter Heß bzw. Bormann die »Reichsleiter«, zu denen etwa Robert Ley als Chef der »Deutschen Arbeitsfront«, aber auch die Führer der großen Gliederungen wie Heinrich Himmler und Baldur von Schirach gehörten. Eine »Instruktion« ganzer staatlicher Bereiche durch Parteidienststellen – wie durch die Abteilungen des Zentralkomitees in der Sowjetunion – gab es nicht, wohl aber waren die angeschlossenen Verbände jeweils einem bestimmten Amt in der Reichsleitung zugeordnet. Nach unten erstreckte sich die Organisation der Partei über die Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Zellenleitungen bis hin zur untersten Einheit, dem *Block*, der 40–60 Haushalte umfaßte. Alle Parteifunktionäre trugen Uniformen mit Rangabzeichen, die jedoch im Gegensatz zu den Uniformen und Rangabzeichen der SA und SS nie sehr bekannt und schon gar nicht populär wurden.

Die Blockleiter hatten *an den Graswurzeln* die Aufgabe der Beitragskassierung, aber auch der Beratung, der Überwachung und der Propaganda von Mund zu Mund, und zwar ebenfalls den bloßen »Volksgenossen« gegenüber. In jedem Mietshaus befand sich eine »Haustafel der NSDAP«: »Hier spricht die NSDAP. Volksgenossen: Braucht ihr Rat und Hilfe, so wendet euch an die NSDAP.« Dann folgten der Name des Blockleiters und die Adresse der Geschäftsstelle. In der unteren Hälfte wurden die Mitteilungen der Partei angeheftet.

Eine Gegenwart der regierenden Partei inmitten der gesellschaftlichen Basis war freilich auch schon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1918 in Petrograd, Moskau und anderen großen Städten Rußlands gegeben gewesen. Dort hatten sich »Hauskomitees« gebildet, die in der Regel aus dem Hauspersonal oder den ärmsten Bewohnern bestanden und die es sich sehr rasch zur Aufgabe machten, feindlich gesinnte Familien auszuquartieren, den Wohnraum umzuverteilen und zum mindesten eine äußerst strenge Überwachung aller »Burschui« auszuüben. Dazu gab es im nationalsozialistischen Deutschland lange Jahre hindurch keine Analogie, auch nicht jüdischen Hausbewohnern gegenüber, so unangenehm die Kontrollen und oft genug die Schikanen seitens der untersten Funktionäre der Partei sein mochten. Das deutsche System

war weit mehr ein System der Kontrolle als der Veränderung, ein Kapillarsystem, das jede spontane Regung zu unterdrücken imstande war, das aber auch eine aktivierende und *demokratisierende* Einrichtung darstellte. Viele Blockleiter, eine Anzahl von Kreisleitern und einige Gauleiter waren Arbeiter bzw. ehemalige Arbeiter oder stammten doch aus sehr einfachen Verhältnissen, und dem Drang nach Titeln und Unterscheidungen war ein weites Feld geöffnet. Aber so sehr der Großhändler und der Regierungsrat unter den mißtrauischen Augen des Blockleiters sich unbehaglich fühlen mochten, welcher weiterhin vielleicht ein schlichter Büroangestellter war, so blieben sie doch, was sie waren, Großhändler und Regierungsrat, und gegen etwaige Übergriffe konnten sie die Gerichte anrufen, sofern sie nicht als aktive Mitglieder aufgelöster Parteien eine Denunziation bei der Gestapo fürchten mußten. In Moskau und Petrograd dagegen regierten und änderten die Hauskomitees in ihren kleinen Bereichen nahezu souverän, und ernstere Widersetzlichkeiten wurden nicht selten auf der Stelle geahndet.

Hier scheint, weit unterhalb der Ebene der Parteispitzen und gar der Führer, der innerste Kern des Unterschieds der beiden Parteien faßbar zu werden: Die KPdSU war eine Partei der Proletarier, welche die Vernichtung aller Klassendifferenzen zum Ziel hatte, und die NSDAP war eine Partei der Kleinbürger, der es bei allem politischen Aktivismus gerade auf die Erhaltung der sozialen Verhältnisse ankam.

Diese einfache These ist jedoch schon deshalb fragwürdig, weil die NSDAP zum Zeitpunkt der Machtergreifung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr als fünfmal so stark war wie die Partei der Bolschewiki. Genaue und zuverlässige Angaben fehlen zwar für die Frühzeit der späteren KPdSU, aber man hat errechnet, daß im August 1917 allenfalls 5 % der Industriearbeiter Mitglieder der Partei waren. Von den 171 Delegierten des 6. Parteitages, welche die vorgelegten Fragebögen ausfüllten, waren 92 Russen und 29 Juden. 94 hatten Hochschulbildung, 72 waren Arbeiter und Soldaten. Das Durchschnittsalter lag bei 29 Jahren.[25] Es handelte sich also um eine Partei von Intellektuellen und Arbeitern sowie Bauern im Rock von Soldaten. Wie viele der *Arbeiter* in Handwerksbetrieben oder in der Kleinindustrie tätig waren und mithin *kleinbürgerliche* Züge aufwiesen, läßt sich nicht feststellen; in Petrograd war zweifellos der Anteil der Arbeiter aus den großindustriellen Putilow-Werken erheblich. Aber besonders bemerkenswert war natürlich der hohe Anteil der »Fremdvölkischen«, nicht nur der Juden, sondern auch der Letten, und generell das geringe Durchschnittsalter in der Partei. Auf dem zweiten Parteitag in London war ja die Hälfte der Delegierten jüdisch und waren weit mehr als 50 % Intellektuelle gewesen. Hier ist die Herkunft der Rede vom »jüdischen Bolschewismus« klar zu erkennen. Ein Grundzug der russischen Revolution bestand eben darin, daß sie nicht zuletzt ein Aufstand der unter-

drückten »Fremdvölkischen« oder ihm doch gleichzeitig war: der Juden, Letten, Litauer, Finnen, Georgier und vieler anderer. Überdies gehörte von jener Hälfte der Delegierten ein guter Teil dem »Bund« und den Menschewiki an, und auf eine entsprechende Frage würde wohl jeder der jüdischen Bolschewiki die gleiche Antwort gegeben haben, die später der Volkskommissar Mechlis auf eine antisemitische Bemerkung Stalins hin gab, er sei kein Jude, er sei ein Kommunist.[26] Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit ist der These zuzuschreiben, daß das Judentum in den russischen Westprovinzen – noch klar erkennbares »Volk« und doch schon in der Ablösung von dem Glauben begriffen, der dieses Volk zu konstituieren schien – das stärkste Reservoir von Energie und Begabung darstellte, das jemals auf so engem Raum konzentriert war und plötzlich fast unbegrenzte Wirkungsmöglichkeiten erhielt. So erklärt es sich, daß der jüdische Anteil an den obersten Führungspositionen zunächst außerordentlich hoch war, aber dadurch wird keineswegs bewiesen, daß der Bolschewismus als solcher *jüdisch* war, sondern es wird lediglich besonders deutlich sichtbar, wie wenig die bolschewistische Partei am Vorabend ihrer Machtergreifung dem Marxschen Schema von der ungeheuren Mehrheit der Proletarier und der winzigen Minderheit von Kapitalmagnaten entsprach. Keine soziologische Prozentrechnung vermag das Ergebnis zu ändern, zu dem die historische Anschauung führt: Die bolschewistische Partei war 1917 eine noch ganz unentwickelte und relativ kleine Partei aus Intellektuellen, Arbeitern und »Fremdvölkischen«, die sich in der Situation der noch unvollzogenen militärischen Niederlage an die Spitze des Massenwunsches fast aller Soldaten nach Frieden und fast aller Bauern nach Land setzte. Da sie sich aber von Anfang an für marxistisch erklärt hatte, konnte sie nach der Übernahme der alleinigen Macht nicht beim bloßen Friedensschluß und bei der von den Sozialrevolutionären geforderten Aufteilung des Landes der Gutsbesitzer stehenbleiben, sondern sie mußte auch die Industrie enteignen und das Bürgertum der Privatbesitzer wie die alte Intelligenz sozial vernichten. Sie war also die Partei einer umfassenden sozialen Umwälzung, und wenn jede Art wesentlicher Veränderung Revolution genannt werden darf und zugleich fortschrittlich und historisch gerechtfertigt ist, dann war sie in der Tat eine revolutionäre und fortschrittliche Partei im Einklang mit der geschichtlichen Entwicklung. Aber sie war *nicht* die Partei, die dem Marxschen Grundkonzept entsprach.

Erst recht erbringen soziologische Angaben für die Jahre nach der Machtergreifung und dem Bürgerkrieg wenig, da die Partei nun die soziale Wirklichkeit formte und ihre eigene Zusammensetzung zu manipulieren vermochte, indem sie etwa temporär nur Arbeitern und armen Bauern den Eintritt gestattete, während viele Angestellte und Angehörige der alten Intelligenz hinausgesäubert wurden. Da aber sämtliche bedeutende Führungspositionen des

riesigen Staates bis auf wenige Ausnahmen von Parteimitgliedern besetzt werden mußten, wurde die Partei, obwohl sie noch 1919 zu fast 90% aus Mitgliedern mit Volksschulbildung bzw. aus Analphabeten bestand, nahezu mit der Führungselite identisch, und die Zahl der Arbeiter bzw. Bauern, die tatsächlich Handarbeit leisteten, betrug kaum mehr als ein Zehntel. Die Frage, ob sich unter der Decke des vagen Begriffes der Angestellten oder der neuen Intelligenz tiefgreifende Differenzierungen und die Bildung einer neuen Klasse oder gar Kaste vollzogen, ließ sich angesichts des Fehlens einer Wissenschaft der Soziologie nicht verläßlich entscheiden.

Eine Fülle von Material liegt dagegen in bezug auf die NSDAP vor, die sich ja vor ihrer Machtergreifung 14 Jahre lang im Schoße einer Gesellschaft entwickelte, die sich durch kein grundlegendes soziales Merkmal von anderen europäischen Gesellschaften unterschied. Alle diese Gesellschaften sind als kleinbürgerliche Gesellschaften zu charakterisieren, d.h. sie bestehen nicht in der großen Mehrheit aus Bauern und Arbeitern, sondern sie verfügen über eine vergleichsweise sehr breite Mittelschicht, die sich einer vermittelnden und organisierenden Tätigkeit widmet. Zusammen mit den alten Klassen des Bildungsbürgertums und des Kleinadels macht sie unterhalb der Oberschicht aus Großbürgertum und Aristokratie nicht viel weniger als die Hälfte der Bevölkerung aus und bildet nicht so sehr eine Klasse wie eine alldurchdringende Atmosphäre, gleichsam das Filtrierbecken der Nation und der Gesellschaft, das niemals eine einheitliche politische Position einnimmt und mit der Oberschicht der Arbeiterklasse ebenso eng verbunden ist wie mit dem »werktätigen« Teil des Großbürgertums. Wegen dieser Vielfalt hat die Mittelschicht nie ein Heldenbild ihrer selbst entwickelt, sondern sich vielmehr unablässig kritisiert und eben dadurch eine Bewegtheit in die Gesellschaft gebracht, die einer kriegerischen Adelsgesellschaft so fremd ist wie einem Staat aus Kleinbauern. 1870 und noch 1920 war es eine Frage, ob dieses Grundelement aller westlichen Gesellschaften im Rückgang begriffen war oder im Vordringen, und Karl Marx hat keineswegs nur die eine These aufgestellt, sondern auch die andere. Man konnte sogar mit einem Körnchen Salz behaupten, der Begriff des revolutionären Proletariats sei wie überhaupt der Sozialismus eine Erfindung des Kleinbürgertums, weil er der Abneigung von Menschen kleinbürgerlicher Herkunft gegen bestimmte und in der Tat oft obsolete Züge ihrer Jugendwelt entsprungen sei. Jedenfalls sagt man nichts Gehaltvolles, wenn man die NSDAP als kleinbürgerliche Bewegung bezeichnet und immer wieder Feststellungen bestätigt oder geringfügig modifiziert, die bereits in der offiziellen »Partei-Statistik« von 1935 zu finden sind und die zeigen, daß die Arbeiter in der Partei mit 32% gegenüber dem Anteil von 47% in der Bevölkerung unterrepräsentiert sind und daß dieser Anteil bei den Kreisleitern bis auf 8% gesunken ist.[27] Vergleichbare Tatbestände, nämlich Abweichungen von einer

vorgestellten oder postulierten Gleichheit der Repräsentation, finden sich in allen Staaten und Parteien, wo der Begriff der *Repräsentation* etwas zu besagen hat, und das kennzeichnende am Nationalsozialismus ist ausschließlich der vergleichsweise sehr hohe Arbeiteranteil innerhalb einer *Mittelstandsbewegung*.[28] Ebensowenig gehaltvoll ist die These von den »Deklassierten«, die bis zu einem gewissen Grade für jede radikale Partei zutrifft. Im übrigen ist »Deklassierung« in solchen Fällen häufiger die Folge als die Ursache der Tätigkeit für eine Partei, und so war es auch bei der NSDAP. Die relative Zahl der Parteigenossen in einzelnen Regionen hing viel weniger von der sozialen Zusammensetzung ab als von außersoziologischen Faktoren wie Grenznähe, Konfession und freiwilliger Teilnehmerschaft am Kriege. Nicht zuletzt war die NSDAP wie die KPdSU eine Partei der Jugend. Weitaus erhellender als statistische Aufstellungen über Anteile an jeweils erst zu definierenden Klassen oder Schichten ist eine frühe Aussage Clara Zetkins aus dem Jahre 1923, faschistische Parteien bestünden tendenziell aus den stärksten und entschlossensten (und, wie man wohl ergänzen muß, erregbarsten) »Elementen aller Klassen«.[29] Mit ebensogroßem Recht könnte man sagen, die bolschewistische Partei habe 1917 aus den energischsten und aktivsten Elementen der russischen und nicht-russischen Intelligenz sowie der Arbeiter bestanden. Die entscheidende Frage aber, aus welchen Gründen sich in Rußland bzw. in Deutschland diese Elemente zu einer Partei zusammengeschlossen haben, ist nicht durch die Soziologie, sondern nur durch die Geschichte zu erklären. Zwar läßt sich die Unterschiedlichkeit der beiden Parteien aus soziologischen und historischen Gegebenheiten einigermaßen verständlich machen, doch ihre Entwicklung und zumal die Machtergreifung resultieren aus ganz spezifischen Situationen und Ereignissen.

Aber wenn diese Machtergreifungen auch keineswegs bloße Coups waren oder auf Intrigen bzw. banale Zufälle zurückgeführt werden können, so fanden die neuen Staatsparteien doch in allen Schichten der Gesellschaft immerhin so viel Widerstand, daß sie ohne machtvolle Organe der Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft nicht auskommen konnten. Diese Organe waren nächst den Parteien das wichtigste Strukturelement derjenigen Staatsform, für die schon vor 1933 der Terminus *totalitär* in Gebrauch kam.

2. *Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors*

Die ersten bewaffneten Verbände, welche die Sicherheit der »Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung« in Petrograd und dann in Moskau zu gewährleisten hatten, waren dieselben, die für sie die Macht erkämpft hatten: die aufständischen Einheiten der alten Armee, insbesondere Gruppen von Matro-

sen der Baltischen Flotte und Abteilungen der Roten Garde. Sie hielten Wache vor dem Smolny-Institut, zunächst jederzeit eines Angriffs *konterrevolutionärer* Truppenteile gewärtig, und sie schirmten später den Moskauer Kreml ab. Die Auflösung der alten Armee und die Bildung einer neuen gingen ab Ende Dezember 1917 Hand in Hand; der grundlegende Unterschied war zunächst die Abschaffung aller Ränge und Dienstgrade sowie sämtlicher Orden und Auszeichnungen; in der revolutionären Armee der russischen Republik sollten sich freie und gleiche Staatsbürger – Proletarier ihrer sozialen Herkunft nach – in freiwilligem Gehorsam zusammenfinden und sich selbst durch Soldatenkomitees kommandieren. Es wurde sehr rasch klar, daß diese Armee ihren Namen nicht verdiente und keine Chance hatte, sich gegen den Widerstand von Resten der alten Armee oder gar gegen die deutschen Truppen durchzusetzen. So wurde die Rote Armee unter dem Kriegskommissar Leo Trotzki seit März eher nach dem Muster der zaristischen Armee als nach demjenigen der Roten Garden aufgebaut, und bald bestand die Mehrzahl ihrer Kommandeure aus ehemaligen Offizieren. Aber es waren ein paar lettische Regimenter aus überzeugten Bolschewiki, die im Juli 1918 die Regierung Lenin gegen den Aufstand der linken Sozialrevolutionäre retteten, und die Armee im ganzen behielt den ursprünglichen Parteicharakter. Für geraume Zeit war in den Wechselfällen des Bürgerkriegs eine klare Trennung von *innen* und *außen*, von bewaffneter Macht und speziellen Sicherungskräften sowieso kaum herzustellen. Nahezu alle hohen Kommandeure waren Parteimitglieder, und nicht wenige von ihnen – wie etwa der litauische Bauernsohn Jeronim Uborewitsch – hatten wesentlichen Anteil an der Organisierung der Roten Garden gehabt; neben die ehemaligen Offiziere waren Kriegskommissare als die Beauftragten der Partei gestellt worden, und Parteiführer, die wie Trotzki und Stalin nie eine militärische Ausbildung gehabt hatten, nahmen die obersten Stellungen ein. Es war Trotzki, der im August 1918 die Errichtung der ersten Konzentrationslager befahl und der die ehemaligen zaristischen Offiziere dadurch von dem Überlaufen zu den Weißen abzuschrecken suchte, daß er ihre Frauen und Kinder als Geiseln behandeln und gegebenenfalls erschießen ließ. Immerhin war auch während der ersten Monate nach der Machtergreifung insofern eine Unterscheidung von äußerer und innerer Sicherheit zu treffen, als während des November und Dezember 1917 die Regierung der Volkskommissare durch den Streik der Ministerialbeamten und Bankangestellten weit mehr bedroht war als durch militärische Aktionen. Niemand trug so viel zur Beendigung dieses Streiks bei wie Felix Edmundowitsch Dserschinsky, der Mitgründer der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. Als junger Mann ein ergebener Anhänger der katholischen Kirche, hatte der Sohn polnischer Edelleute die ganze Inbrunst seines Glaubens auf die revolutionäre Bewegung übertragen, und er hatte wie Rosa Luxemburg sehr schöne und gefühlvolle

Briefe aus dem Gefängnis bzw. der Verbannung geschrieben; aber da er neben Kindern nur die Menschheit liebte, wurde er an Entschlossenheit, die proletarische Revolution gegen alle ihre Feinde zu verteidigen, nicht einmal von Lenin übertroffen. Der Rat der Volkskommissare war daher gut beraten, als er am 7. Dezember 1917 die »Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage« ins Leben rief und Dserschinsky an deren Spitze stellte. Nach ihren Anfangsbuchstaben »Tscheka« oder »Wetscheka« genannt[1], machte sich die neue Behörde zuerst dadurch einen Namen, daß sie eine größere Anzahl von rechten Sozialrevolutionären verhaftete und gewaltsam anarchistische Zentren in Moskau beseitigte. Dafür benötigte sie eigene Truppen und eigene Exekutivgewalt. Sie erhielt beides und gab weder das eine noch das andere wieder ab. Aber bis in den Juli 1918 hinein begnügte sie sich mit der administrativen Erschießung von Kriminellen, da mehrere der Mitglieder des obersten Gremiums linke Sozialrevolutionäre waren, die gegen die Verhängung politischer Todesurteile Einspruch einlegten. Tatsächlich ist in Maxim Gorkis Zeitung *Nowaja Schisnj*, die so viele Anklagen und Klagen enthält, bis zu ihrem Verbot im Juni 1918 von der Tscheka kaum je die Rede. Aber gerade von den linken Sozialrevolutionären in der Tscheka ging die Ermordung des deutschen Botschafters Mirbach aus, und an dem Aufstand vom 6./7.Juli waren auch Tscheka-Truppen beteiligt, die für kurze Zeit sogar Dserschinsky verhafteten, denen aber der Wille zur Machtergreifung ihrer Partei fehlte. Insofern mag man die eigentliche Geschichte der Tscheka erst mit der Alleinherrschaft Dserschinskys und seines internationalen Mitarbeiterkreises – der Letten Latsis und Peters, der Juden Unschlicht und Jagoda, des Russen Kedrow und des Deutschen Roller – beginnen lassen, aber es war doch wohl symptomatisch gewesen, daß zusammen mit dem ersten Verbrecher auch dessen Mätresse ohne weitere Umstände hingerichtet wurde.[2] So war es nur konsequent, daß die Tscheka nach den Attentaten auf Uritzki und Lenin am 30. August nicht etwa als Untersuchungsbehörde die Mittäter Leonid Kanegissers und Fannija Kaplans unter den Sozialrevolutionären zu ermitteln suchte, sondern mit ihren Geiselerschießungen nur die Spitze jener elementaren Wildheit darstellte, die etwa in dem folgenden, u. a. von Smilga unterzeichneten, Aufruf eines Armeekomitees zum Vorschein kam: »Wir appellieren an die Arbeiter Petrograds: Genossen, schlagt die rechten Sozialrevolutionäre ohne Gnade, ohne Mitleid, Gerichtshöfe und Tribunale sind nicht nötig. Der Zorn der Arbeiter soll toben, das Blut der rechten Sozialrevolutionäre und Weißgardisten soll fließen, rottet die Feinde physisch aus!«[3] Wenn die Tscheka »administrativ« erschoß, setzte sie also nur die Linie dieses Aufrufs fort, der ahnen läßt, was sich in den Weiten Rußlands an gesetzlosen, aber von oben sanktionierten und ermutigten Gewalttaten abspielte. Und die Tscheka fixierte nur das spezifische, kollektivistische Denken

der Partei, wenn sie ihre Schläge keineswegs bloß gegen die möglicherweise schuldige Partei der Sozialrevolutionäre, sondern gegen die angeblich dahinterstehende »Hauptfeindin« richtete, nämlich »die Bourgeoisie«. M. Latsis formulierte mithin die Grundkonzeption der Partei nur auf besonders schroffe Weise, als er schrieb: »Wir sind dabei, die Bourgeoisie als Klasse auszurotten. Sie brauchen nicht nachzuweisen, daß dieser oder jener durch Wort oder Tat gegen die Interessen der Sowjetmacht gehandelt hat. Das erste, was Sie einen Verhafteten zu fragen haben, ist: Zu welcher Klasse gehört er, wo stammt er her, was für eine Erziehung hat er gehabt, und was ist sein Beruf? Diese Fragen sollten das Schicksal des Angeklagten entscheiden. Das ist die Quintessenz des Roten Terrors.«[4] Die Verfolgung des sozialen Seins statt der individuellen Handlung war daher nur im technischen Sinne ein besonderes Kennzeichen der Tscheka, und Stalin hatte 1927 guten Grund, sie als das »blanke Schwert des Proletariats« zu rühmen.[5] Wenn die Forderung »Tausend (von ihnen) für einen (von uns)« wohl nur verbal blieb, so waren Proportionen von 150:1 doch eine Realität[6], und es bedeutete beinahe schon eine versöhnende Rückkehr zum Schuldprinzip, wenn ein Priester erschossen wurde, weil er einen Gedenkgottesdienst für »Nikolaj Romanow« gehalten hatte.[7] Bei all dem handelten Dserschinsky und seine nächsten Mitarbeiter nicht aus persönlicher Grausamkeit, sondern sie glaubten im Sinne des früher angeführten Zitats[8] dem praktischen Humanismus und den höchsten Zielen der Menschheit zu dienen. Nach allen überlieferten Begriffen waren sie Verbrecher und Massenmörder, aber für sie waren diese Verbrechen und Massenmorde gerade die Postulate einer höheren, der »revolutionären« Moral, die definitiv das Reich der Gerechtigkeit und Sittlichkeit heraufführen würden. Sie ließen sich auch dadurch nicht von ihrem Wege abbringen, daß nach ihrem eigenen Eingeständnis Sadisten und Kriminelle sich in ihre Dienste drängten und im Vollgefühl jener völlig unbeschränkten Macht, die Lenin für das Wesen der proletarischen Diktatur erklärte, Taten von unbeschreiblicher Grauenhaftigkeit begingen, neben denen die schlimmsten Exzesse des Weißen Terrors verblaßten. Wer nach 1924 im Westen das Buch des angesehenen Historikers und Volkssozialisten S. P. Melgunow über den »Roten Terror in Rußland 1918–1923« las, dem mußte in der Tat vor Entsetzen das Blut in den Adern erstarren.[9] Aber nicht nur abgelegene Folter- und Tötungsstätten in der Provinz, sondern auch die Gebäude der Tscheka-Zentrale an der Lubjanka in der Mitte Moskaus wurden bald zu einem Schreckensort, über den schon in den frühen zwanziger Jahren Berichte im Umlauf waren, die den viel späteren Darstellungen Solschenizyns weitgehend entsprachen. Auch nach den Jahren des Bürgerkrieges war die Tscheka ja nicht etwa verschwunden, sondern sie hatte sich fest institutionalisiert und an Umfang noch zugenommen. Gewiß war das Regime der bolschewistischen Partei auch nach 1920 noch vielen und aktiven Feinden

konfrontiert, und die Tscheka deckte eine ganze Anzahl von gegnerischen Organisationen auf; sie beendete jedoch auch zahlreiche Streiks auf gewaltsame Weise, weil angeblich »Feinde« als Urheber dahinterstanden. Aber was in den Jahren des Bürgerkriegs entstanden war, der Nachrichtendienst mit seinen den jeweiligen Gegnern zugeordneten Abteilungen, die Grenztruppen, die »inneren Truppen« als eine Armee neben der Roten Armee und schließlich die Sonderabteilungen, aus denen wohl jene »fahrende Tscheka-Strafexpedition« gebildet war, welche in der Stadt Nikolajewsk am Amur innerhalb von drei Monaten 6000 »Feinde« erschossen haben soll[10], das wurde mehr und mehr zum Selbstzweck, der nichts *Außerordentliches* mehr an sich hatte, sondern ein gewohnter und alldurchdringender Bestandteil des alltäglichen Lebens war. Nun provozierte man Verschwörungen, statt sie bloß aufzudecken; man schickte in enger, wenn auch eifersüchtiger Zusammenarbeit mit der Komintern, dem Geheimdienst der Armee und den Industriekommissariaten Agenten und Spione in alle Welt; man schloß die Grenzen der Sowjetunion hermetisch ab und verhaftete Ausländer, um sie der Sabotage zu bezichtigen oder um sie gegen festgenommene Revolutionäre in Deutschland und anderswo auszutauschen; man betrachtete es als Verbrechen, wenn ein Inländer irgendwelche Beziehungen zu unabhängigen Ausländern hatte; man überzog das ganze Land mit einem so dichten Netz von Vertrauensleuten und Informanten, daß selbst Parteimitglieder kein unbedachtes Wort mehr zu sagen wagten. Schon 1921 unterstanden der Tscheka über 100 Konzentrationslager mit etwa 60000 Häftlingen. Mit dem Beginn der Kollektivierung wurden *Arbeitsbesserungslager* mehr und mehr zu Faktoren von erheblicher ökonomischer Bedeutung, und die große Industrialisierung wurde nicht nur von begeisterten Komsomolzen, sondern auch von Millionen von Zwangsarbeitern vorangetrieben. Der Name der letztlich dirigierenden Behörde hatte sich allerdings geändert. Nicht wenige Parteimitglieder hatten ihre Besorgnis zu erkennen gegeben, als dasjenige, was eine Bürgerkriegseinrichtung zu sein schien, nach der Erringung des Sieges nicht verschwinden wollte, und wenn der Volkskommissar für Kultur, Anatolij Lunatscharski, darüber klagte, die Kommunistische Partei scheine aus einer Arbeiterpartei zu einer kriegerischen Partei von Soldaten geworden zu sein[11], dann mochte mancher noch einen Schritt weitergehen und befürchten, daß die Partei zum Instrument der Geheimpolizei werden könnte. So wurde denn 1922 die Tscheka in »GPU«[12] und nach Gründung der Sowjetunion in »OGPU« umbenannt, und die Befugnis zu administrativen Erschießungen wurde ihr entzogen. Fast alle Berichte stimmen jedoch darin überein, daß sich in der Sache so gut wie nichts änderte, weil sich die GPU den Einschränkungen zu entziehen verstand. Vielmehr wuchsen ihr infolge der temporären Fraktionskämpfe neue Aufgaben zu, denn es wurde nun den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, der GPU ebenso wie dem Zentral-

komitee über alle fraktionellen Tätigkeiten Bericht zu erstatten, die ihnen zur Kenntnis kamen. Aber auch hier wußte die GPU hervorzubringen, was sie zu entdecken wünschte, und Trotzki beklagte sich 1928 bitter, daß ein GPU-Agent Kontakt mit der Opposition aufgenommen habe und dann »als Wrangel-Offizier entlarvt« worden sei.[13]

1934 wurde die OGPU schließlich mit dem Innenkommissariat (»NKWD«) vereinigt, aber diese Zusammenführung mit der gewöhnlichen Polizei und der inneren Verwaltung ging zum Vorteil der Politischen Geheimpolizei aus, da deren Chef Genrich Jagoda die Leitung der neuen Behörde übernahm. Die große Säuberung vernichtete die alte Garde der Tschekisten so gut wie vollständig, ebenso wie den im Ausland rivalisierenden Geheimdienst der Armee, die GRU. Doch obwohl auch die Säuberer, die Leute Jeschows, fast vollzählig hingerichtet wurden, war der NKWD unter seinem neuen Chef Lawrentij Berija, Stalins georgischem Landsmann, so mächtig wie zuvor. Die »Erkundungsabteilung« baute ihre legalen und illegalen Residenturen im Ausland von neuem auf, die »Geheimpolitische Verwaltung« überwachte das gesamte innere Leben der Sowjetunion und organisierte wohl auch die umfangreichen Deportationen aus den neuerworbenen Gebieten Polens und der Randstaaten. Die GULag-Abteilung verwaltete das Millionenheer der Zwangsarbeiter und sonstigen Häftlinge, die in etwa 80 Konzentrationslagersystemen von je 20–100 Einzellagern über die ganze Sowjetunion verstreut waren, und am Vorabend des Krieges unterstanden Berija nicht nur die Grenz- und Transporttruppen und zahlreiche NKWD-Schulen, sondern auch jene Sperrformationen, die dazu bestimmt waren, hinter der Front zu operieren und jeden Soldaten niederzuschießen, der vom Schlachtfeld fliehen würde. Aber von der asketischen Gläubigkeit Dserschinskys war in den höheren Rängen anscheinend nicht viel übriggeblieben: Berichte über die luxuriöse Einrichtung der Amtszimmer hoher GPU-Funktionäre waren auch zu Beginn der dreißiger Jahre schon zahlreich, und wenn Berija nach seiner Hinrichtung im Jahre 1953 in sowjetischen Publikationen ein »Ungeheuer« genannt wurde, so bezog sich diese Aussage anscheinend auch auf seine private Lebensführung. Jedenfalls war die einstige »Außerordentliche Kommission« im Jahre 1934 zu einem gigantischen Apparat aus professionellen Polizisten und Spezialsoldaten geworden, und das mußte jeden Leser von Lenins »Staat und Revolution« befremden, wo der Sozialismus noch ganz traditionell mit der Abschaffung von (Berufs-)Armee und Beamtentum gleichgesetzt worden war.

Auch die Polizei des nationalsozialistischen Deutschland stand in einem besonders nahen Verhältnis zur Partei, genauer gesagt, zu einer von deren Gliederungen, der SS, und sie war 1939 ebenfalls ein gewaltiger Apparat, aber dieser Tatbestand war nicht mit dem ideologischen Grundansatz des Nationalsozialismus unvereinbar. Das im September 1939 eingerichtete »Reichssicher-

heitshauptamt«, in dem unter der Leitung von Reinhard Heydrich vor allem die »Sicherheitspolizei« (d.h. die Geheime Staatspolizei und die Kriminalpolizei) und der »Sicherheitsdienst« (d.h. die Nachrichtenorganisation) vereinigt waren, war aber nicht etwa wie die frühere GPU der wichtigste Teil des Innenministeriums, sondern dieses behielt seine Selbständigkeit und hatte formell sogar Weisungsbefugnis gegenüber Heinrich Himmler als dem »Chef der deutschen Polizei«. Anders als in der Sowjetunion war die Wehrmacht keine Parteiarmee, und zu keinem Zeitpunkt gab es Aufrufe »von der Front« nach dem Muster der eben angeführten Aufforderung Smilgas und anderer an die Arbeiter Petrograds. Die Wehrmacht diente vielmehr von Anfang an ausschließlich der äußeren Sicherheit des Staates, und noch 1937 mochte mancher General der Meinung sein, die nationalsozialistische Bewegung habe den Sinn, die Sicherheit der Wehrmacht zu garantieren, d.h. sie ermögliche die Wiederherstellung der Wehrfreiheit, die durch Versailles der ehemals besten Armee der Welt entzogen worden sei. Sogar der Sieg über Frankreich, der weitgehend ein Triumph Hitlers war, änderte nichts daran, daß die Wehrmacht von direkten Einflüssen der Partei und erst recht der SS in erstaunlichem Maße frei war, obwohl zahlreiche junge Offiziere sich der Partei eng verbunden fühlten.

Die Existenz der SS war dagegen auf ihr Verhältnis zu dem Parteiführer und Protagonisten der Ideologie gegründet, und dazu gab es in Rußland bzw. der Sowjetunion weder vor 1917 noch nach 1917 eine Parallele. 1923 war der »Stoßtrupp Hitler« als Leibgarde und Schocktruppe aufgestellt worden, und nach Hitlers Entlassung aus der Gefangenschaft wurde 1925 eine »Stabswache« aus einigen völlig zuverlässigen Leuten unter der Führung von Julius Schreck gebildet. Wenig später existierten vergleichbare Trupps auch an anderen Orten, und die Bezeichnung »Schutzstaffeln« kam in Gebrauch. Die primäre Aufgabe blieb die Sicherung der Führerschaft der Partei, und nach der Urteilsverkündung im Leipziger »Tscheka-Prozeß« und mancherlei weiteren Enthüllungen über den Terror- und Militärapparat der KPD erschienen Schutzmaßnahmen dieser Art nur allzu angebracht. Der Bereich pragmatischer Zweckmäßigkeit wurde jedoch bald überschritten. Ab Januar 1929 übernahm Heinrich Himmler als »Reichsführer SS« die Führung, und er gab seiner Organisation durch die Betonung des Elite-, Rassen- und Siedlungsgedankens rasch ein eigenes Gesicht. Ziel war der Aufbau einer Gemeinschaft »gesunder germanischer Sippen«, für den der sogenannte »Heiratsbefehl« die Grundlage geben sollte: Nicht primär die Wirtschaft wie bei den marxistischen Sozialisten, sondern die Fortpflanzung sollte der subjektiven Willkür entrissen und zum Gegenstand überlegter Planung gemacht werden, da auf andere Weise die Schäden und Verderbtheiten der Zivilisation nicht zu beseitigen seien, deren bisheriger Höhepunkt für Himmler, wie zahlreiche Äuße-

rungen erkennen lassen, unverkennbar die Revolution von 1918 mit ihren »schlechtrassigen« Soldatenratstypen war. Vom Herbst 1931 an wurde aus bescheidensten Anfängen heraus von Reinhard Heydrich, einem dienstentlassenen Marineoffizier, ein »Abwehrdienst« aufgebaut, der nach der Machtergreifung den Namen »Sicherheitsdienst Reichsführer SS« (»SD«) erhielt. Hitler stellte als Reichskanzler abermals eine ganz persönliche Schutztruppe auf, die sich zur »Leibstandarte Adolf Hitler« entwickelte. Wichtiger für die spätere Machtstellung der SS war indessen der Umstand, daß ihr, anders als der SA, schon früh das Eindringen in den staatlichen Bereich gelang, und zwar konsequenterweise in die Polizei. Die SA hätte, weil sie viel größer und bedeutender war, die Reichswehr übernehmen müssen, und das würde auch nach überlieferten Begriffen eine genuine Revolution bedeutet haben; der weit unauffälligere Weg der SS entsprach also viel besser dem neuartigen Typus der faschistischen Revolution. Die einzelnen Etappen dieser Machtergreifung innerhalb der größeren Machtergreifung sind hier nicht zu verfolgen;[14] jedenfalls war Himmler seit Juni 1936 als »Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren« faktisch der Polizeiminister des Dritten Reiches, und unter ihm hatte Heydrich als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Nachrichtendienstes die wichtigsten Machtbefugnisse inne. Damit war einerseits die schon während der Weimarer Zeit bemerkbare Zentralisierungstendenz zu einem logischen, wenngleich in Weimar noch unvorstellbaren Höhepunkt gelangt, und andererseits war schon der Dienstbezeichnung nach eine Verschmelzung von Partei- und Staatsamt geschaffen worden, zu der nur der »Führer und Reichskanzler« selbst eine Entsprechung darstellte. Die Frage war: Würde die SS staatlich oder würde die Polizei parteilich werden? Daß die zweite Möglichkeit die wahrscheinlichere war, bewies schon die Entwicklung der Konzentrationslager seit 1933. Theodor Eicke fühlte sich als Kommandant des nominell staatlichen Lagers Dachau offensichtlich vor allem als SS-Führer, und wenn er seine Männer mit einem unauslöschlichen Haß gegen die Häftlinge als »Staatsfeinde« zu erfüllen suchte, so waren diese Staatsfeinde für ihn in erster Linie Parteifeinde. Als er am 1. Juli 1934 auf unmittelbaren Befehl Hitlers den Stabschef der SA erschoß, da war er gleichsam zu einem »Staatsmörder« als Vollstrecker eines außerstaatlichen Führerbefehls geworden, und man darf von einer charakteristischen Parallele zu jenem Postulat »keine Gerichtshöfe und keine Tribunale«[15] sprechen, die dennoch von dem sowjetischen »Massenterror« toto coelo verschieden war. Als nunmehr selbständige Gliederung der NSDAP erhielt die SS nach dem 30. Juni 1934 die Genehmigung zur Aufstellung bewaffneter Einheiten, die als »Verfügungstruppen« eine Staatsschutzpolizei sein sollten und damit den *inneren Truppen* der GPU bzw. des NKWD weitgehend entsprachen, obwohl sie aus Rücksicht auf die Wehrmacht keine schweren Waffen erhielten. Ein Teil dieser Staats-

schutzpolizei waren die Formationen, welche im April 1936 Theodor Eicke als dem »Führer der SS-Totenkopfverbände und der KL« unterstellt wurden und zunächst fünf Sturmbanne (Bataillone) umfaßten. Sogar 1939 war allerdings das gesamte deutsche Konzentrationslagersystem weder nach der Zahl der Bewachungsmannschaften noch nach derjenigen der Häftlinge noch gar nach ökonomischer Bedeutung dem System des NKWD auch nur entfernt gleichzusetzen; erst der Kriegsausbruch zog eine wesentliche Änderung nach sich. Bis zum Beginn des Krieges gegen Polen war auch die künftige Waffen-SS noch verhältnismäßig schwach: Sie umfaßte die Leibstandarte Adolf Hitler, die Standarte »Germania« in Hamburg, die Standarte »Der Führer« in Wien, Graz und Klagenfurt sowie verschiedene Spezialsturmbanne und die »Junkerschulen« in Tölz, Braunschweig und Klagenfurt. Insgesamt handelte es sich mithin allenfalls um zwei Divisionen, und bei Beginn des Krieges wurden alle Verbände mit alleiniger Ausnahme der Wachmannschaften zwecks Übernahme von Kampfaufgaben in die Wehrmacht eingegliedert.

Die allgemeine SS, die eigentliche Parteigliederung, konnte sich an Bedeutung mit der Polizei und der Waffen-SS nicht messen, und im ganzen bot die SS bereits 1939 ein sehr vielfältiges Bild. Aber die Einheit wurde doch durch die ideologischen Grundvorstellungen gesichert: der Führer als absoluter Souverän, »das Reich« als Ziel, die Vernichtung der Gegner als Aufgabe, die Pflege des »guten Blutes« als Lebensinhalt. Heydrich verstand diese Vorstellung ebenso wie Himmler vor allem als Gegenideologie zum Bolschewismus. In seiner Schrift »Wandlungen unseres Kampfes« von 1935 wählte er die folgenden Formulierungen: »Wie überall im Leben der Natur, so besteht auch das Leben der Völker aus ewigem Kampf zwischen dem Stärkeren, Edlen, rassisch Hochwertigen und dem Niederen, dem Untermenschentum ... Der Kampf unseres Führers und der Bewegung begann in einem Zeitpunkt der getarnten Herrschaft des Untermenschentums, welches auf dem Wege war, durch den Bolschewismus zur offenen, brutal alles zerstörenden Herrschaft zu gelangen ... Die treibenden Kräfte des Gegners bleiben ewig gleich: Weltjudentum, Weltfreimaurertum und ein zum großen Teil politisches Priesterbeamtentum ... In ihren vielseitigen Verästelungen und Gestalten beharren sie in ihrer Zielsetzung der Vernichtung unseres Volkes ... Wie in jedem wahren Kampfe gibt es ganz klar nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir überwinden den Gegner endgültig, oder wir gehen zugrunde.«[16] Hier wird trotz allen ungeheuchelten Kraftgefühls und aller Überlegenheitsansprüche der defensive Untergrund der nationalsozialistischen Expansion und ihr inhaltlicher Gegensatz zur bolschewistischen, ja zur marxistischen Doktrin bei starker formaler Ähnlichkeit deutlich: Sicherung, Schutz, Bewahrung, Ordnung, aber mit dem Impetus des »Alles oder Nichts«, das in konservativen Auffassungen bis dahin höchstens auf verbale Weise zum Vorschein gelangt war und weit eher an Lenins »Wer –

wen« erinnert. Aber so offensichtlich diese Auffassung die Industrielle Revolution ihrer Tendenz nach vorwiegend negativ sieht und »gesundes Leben« mit »bäuerlichem Leben« gleichsetzt, so wenig darf es trotzdem als ausgemacht gelten, daß sie mit dem Terminus *reaktionär* genügend gekennzeichnet ist. Adolf Hitler brachte in einer Äußerung über die Waffen-SS vom September 1940 seine ganz einfache Grundemotion abermals zu Wort, als er sagte: »Ein solcher Verband wird (als Staatstruppenpolizei) im Stolz auf seine Sauberkeit niemals mit dem Proletariat und der die tragende Idee unterhöhlenden Unterwelt fraternisieren«, und darin kam jener Bedeutungsverlust des Wortes »Proletariat« zum Vorschein, der sich inzwischen in der westlichen Welt überall durchgesetzt hat, sogar dort, wo er in sentimentaler Rückwendung wiederaufgegriffen worden ist. Hitler setzt nämlich »Proletariat« offensichtlich nicht mit »Arbeiterschaft« gleich, und seine Staatstruppenpolizei hätte sich ohne eine vorhergehende und tiefgreifende »Demokratisierung« gar nicht bilden können. Daher ist es eher wahrscheinlich, daß zwei Phänomene einander mit ähnlicher Entschlossenheit feindlich entgegentraten, die von der marxistischen Grundvorstellung der zum Sozialismus getriebenen »überwältigenden Mehrzahl« gleichweit entfernt waren. Jedenfalls war es eine ebenso exakte wie feindselige Entsprechung zu der zitierten Aussage Stalins, wenn Himmler in seiner Rede von 1935 die SS ein »gnadenloses Richtschwert« nannte, das die »jüdisch-bolschewistische Revolution des Untermenschen« vernichten werde, falls sie jemals wieder in Deutschland von außen oder von innen entfesselt werden sollte.[17]

So standen sich vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges gleichsam die beiden Grundemotionen des Ersten Weltkrieges, die negative und die positive Kriegserfahrung, in der Gestalt von riesenhaften Sicherheits- und Terrorapparaten gegenüber, und die Frage war, ob sie sich gleichermaßen konsequent zu diesen Einrichtungen fortgebildet hatten. Aber als Apparat war die sowjetische älter und nach aller Vermutung ursprünglicher, denn dieser stand seinen deutschen Feinden als Realität und in gewisser Weise als Vorbild vor Augen. In einer Rede vom Januar 1937 berief sich Himmler auf seine »genaueste Kenntnis des Bolschewismus«[18], als Walter Schellenberg im April 1938 die Sicherung von Hitlers Besuch in Italien organisieren mußte, wählte er für seine Geheimdienstmänner »das russische System der Zusammenarbeit von jeweils drei Personen«, und im Juli 1941 ließ ihm Hitler den Befehl übermitteln, in Rußland ein starkes Nachrichtensystem aufzubauen, »das in keiner Weise dem NKWD nachsteht«.[19]

Die Berichte über den Bolschewismus bzw. die Sowjetunion, die bis 1933 in der rechtsgerichteten Presse zu lesen waren, und die Bücher, welche nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von dem Verlag der »Antikomintern« in großen Auflagen vertrieben wurden, waren propagandistisch und

einseitig, aber sie wichen von den Realitäten weniger ab als die meisten Darstellungen der *fellow-travellers* und stimmten mit einem beträchtlichen Teil der nicht prononciert antikommunistischen Literatur in den Grundzügen überein.[20] Zwischen 1939 und 1941 kam es auch zu direkter Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganisationen der Sowjetunion und Deutschlands, und es gibt keinerlei Hinweis, daß sich die Gestapo dabei als die ältere und erfahrenere Organisation gefühlt hätte.[21]

Tatsächlich wäre die Behauptung unberechtigt, die SS und das Reichssicherheitshauptamt hätten Deutschland 1939 oder selbst zu Anfang 1941 so vollständig beherrscht, wie der NKWD als Instrument Stalins die Sowjetunion beherrschte. Nicht nur war der durchschnittliche Lebensstandard der Bevölkerung um ein beträchtliches höher, sondern in Deutschland hatten sich wichtige Bestandteile des Liberalen Systems in beachtlichen Resten erhalten: eine zwar reglementierte, aber immer noch relativ freie Wirtschaft, die zahlreichen Regimegegnern Unterschlupf bot; eine Wehrmacht, in der es keine Parteizellen und schon gar keine »Besonderen Abteilungen« der Politischen Polizei gab; eine Justiz, die nicht selten noch ein erhebliches Maß an Selbständigkeit an den Tag legte; Kirchen, die oft genug das Regime des eigenen Landes meinten, wenn sie gegen die Konzentrationslager der Sowjetunion predigten. So *totalitär* Deutschland 1939 neben England und Frankreich erschien, so *liberal* mußte es sich für jeden ausnehmen, der einen genuinen Vergleich mit der Sowjetunion anstellen konnte. Das gilt auch für die Konzentrationslager und nicht nur unter quantitativen Gesichtspunkten. Als der ehemalige Kommunist und Stellvertretende Volkskommissar Karl Albrecht 1934 von der GPU nach Deutschland entlassen und gleich wieder von der Gestapo in Gewahrsam genommen wurde, da nahm er vor allem »die musterhafte Hygiene und Sauberkeit« wahr, und ein Alptraum fiel von ihm ab, da er »keine nächtlichen Todesschreie« mehr zu hören brauchte.[22] Und Margarete Buber-Neumann, die Frau Heinz Neumanns, welche 1939 vom NKWD zusammen mit vielen anderen ehemaligen Kommunisten der Gestapo ausgeliefert wurde, stellte sich ungläubig die Frage: »Und das soll ein Konzentrationslager sein?«, als sie in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht wurde und die Blumenrabatten erblickte, die gleich hinter dem Eingang angelegt worden waren.[23] Sie merkte zwar sehr bald, daß sie in kein Erholungsheim und nicht einmal in ein Analogon zum Moskauer Mustergefängnis Sokolniki des NKWD gekommen war; die »sibirischen Zustände«, unter denen sie in der Sowjetunion gelebt hatte, waren nach ihrer Auffassung weitaus schlimmer.

Aber sie hätte hinzufügen können, daß sie nirgendwo ein Plakat sah, welches eine Gegenparole zu jener Inschrift enthalten hätte, die der deutsche Student Kindermann fünfzehn Jahre vorher in der Lubjanka gesehen hatte: »Es lebe die GPU, die Avantgarde der Weltrevolution!«[24] Das kennzeichnende war,

daß Hitler und Himmler in der fortwirkenden *Liberalität* des deutschen Daseins keinen Vorzug, sondern bloß Schwäche und Unvollkommenheit erblickten. Tatsächlich resultierte sie ja zu einem guten Teil aus dem Frieden, der in Deutschland auch nach 1933 herrschte. Aber die Friedenszeit war nur die erste Hälfte des nationalsozialistischen Regimes und vermutlich die weniger charakteristische. Das nationalsozialistische Regime hatte sich in keinem mit den Waffen ausgetragenen Bürgerkrieg behaupten müssen, aber Adolf Hitler sagte den Generälen 1939 mit klaren Worten, er habe die Wehrmacht nicht aufgestellt, um *nicht* zu schlagen, und der Vorblick auf den Krieg war diesseits aller Friedensbeteuerungen eine Grundtatsache schon der Jahre von 1933 bis 1937. Allerdings glaubten auch die Bolschewiki nicht, daß ihre letzten Ziele ohne Krieg verwirklicht werden könnten, und ihren »Sozialismus« konnte man aus guten Gründen eine Fortsetzung der Kriegswirtschaft mit anderen Mitteln nennen. Erst im Kriege würden beide Regime voll vergleichbar werden und sich vielleicht auf andere Weise als ungleich erweisen. Daher ist ein Vergleich der Strukturen und Zustände, wie sie im Jahre 1939 gegeben waren, zwar zulässig, aber er kann nicht erschöpfend sein. Die angestrengte Künstlichkeit eines Gegenglaubens, der alle Kriege und Kämpfe auf die Machenschaften des »internationalen Judentums« zurückzuführen suchte, obwohl er doch in diesen Kriegen und Kämpfen auch wieder das Wesen des Lebens sah, war indessen schon 1939 nur allzu evident. Aber Hitler und Himmler schrieben die Schwierigkeiten, denen sie in der Realität begegneten, der Fortexistenz der *Reaktion* zu und setzten ihre Hoffnungen auf die Jugend. Es war deshalb kein Zufall, daß zwischen der SS und der Hitlerjugend besonders enge Beziehungen bestanden. Doch auch Lenin hatte in seinen letzten Lebensjahren die Hoffnung so gut wie aufgegeben, daß seine Generation den »Sieg des Weltproletariats« noch erleben werde, und in der Sowjetunion übernahm die Jugendorganisation der Partei »Patenschaften« über bestimmte Teile der Roten Armee. Neben den Sicherheitsorganen waren die Jugendorganisationen die wichtigsten Untergliederungen sowohl der KPdSU wie der NSDAP.

3. *Die Jugendverbände*

Als illegale Gruppierung besaß die Sozialdemokratische Partei Rußlands bis zur Februarrevolution 1917 begreiflicherweise keinen eigenen Jugendverband. Gleich zu Anfang der wenigen Monate aber, die man mit der vierzehnjährigen »Kampfzeit« der NSDAP während der Weimarer Republik vergleichen kann, bildete sich in den Putilow-Werken zu Petrograd unter dem Jung-Kommunisten W. Alexejew die erste bolschewistische Jugendgruppe, die sich »Sozialistischer Bund der Arbeiterjugend« nannte. Ein Jahr nach der Machtergreifung

fand dann der Gründungskongreß des »Komsomol« statt.[1] Nach seinem Statut war er eine »unabhängige, unter Parteileitung stehende Organisation«, die sich über ganz Rußland bzw. später über die ganze Sowjetunion erstreckte und zugleich eine Sektion der »Jugendinternationale« war. Der Begriff »Jugend« wurde großzügig ausgelegt und reichte bald schon bis zum 28. Lebensjahr, so daß der Verband tendenziell neben der Eliteorganisation der Partei eine Massenorganisation war, welche möglichst viele Angehörige der jüngeren Generation zu erfassen und unter die Leitung der Partei zu stellen suchte. Die Parteimitglieder im Komsomol waren deshalb in der Minderheit, aber da die Altersgrenze für Führungspositionen keine Geltung hatte, war die Führungsrolle der Partei bald unbestritten.

Der organisatorische Aufbau war demjenigen der Partei parallel: In den Provinzen, Bezirken, Kreisen und Städten bildeten Komitees zwischen den Kongressen jeweils das maßgebende Gremium, und ihnen entsprach auf der gesamtstaatlichen Ebene das »Zentralkomitee des Komsomol«. Alle Komitees wählten für ihren Bereich ein Büro sowie ein Sekretariat mit einem Ersten Sekretär an der Spitze. Auf diese demokratische Struktur berief sich der Komsomol in seinen Anfängen bei der heftigen Polemik gegen die *bürgerlichen* Jugendverbände, insbesondere die Pfadfinder, deren Disziplin militaristisch sei, weil den Mitgliedern kein Wahlrecht zustehe. Da man den Pfadfindern überdies Hinneigung zu den Weißen vorwarf, ließ das Verbot der konkurrierenden Jugendverbände nicht auf sich warten, aber das »Wahlrecht der Mitglieder« wurde sehr bald auch im Komsomol nach dem Vorbild der Partei erheblich eingeschränkt, weil alle Wahlen durch die höheren Instanzen bestätigt werden mußten und schon die Nominierung der Kandidaten vollständig in die Hände der jeweiligen *kommunistischen Fraktionen* geriet, die das Knochengerüst des formell immer selbständigen Verbandes bildeten.

Während der ersten Jahre waren jedoch Tendenzen bemerkbar, der Jugend und damit dem Komsomol sowohl die Rolle einer Avantgarde als auch eigene Klasseninteressen zuzuschreiben. So wurden auf den ersten Kongressen die Ziele und Hoffnungen der Kommunisten mit besonderer Eindringlichkeit zu Wort gebracht: die künftige Gesellschaft der in Freundschaft zusammenlebenden Menschheit ohne Chefs und Herrscher, ohne Grundbesitzer und Kapitalisten, ohne Faulenzer und Parasiten, aber auch Moskau als Zentrum der kommunistischen Weltrepublik, und es rief große Begeisterung hervor, als Preobraschenski die Komsomolzen als die Mitglieder einer »großen Klasse« apostrophierte, die als ganze siegen müsse und siegen werde, auch wenn sie von zahllosen einzelnen das Opfer des Lebens fordern müsse.[2]

Zwar wurde der Avantgardismus von der Partei rasch gedämpft, und der Hauptton der Forderungen lag bald nicht mehr auf dem Jugendschutz, sondern auf der Steigerung der Produktion, aber auch nach dem Bürgerkrieg

zeichneten sich Komsomolzen nicht nur durch ein besonders starkes Engagement, sondern ebenfalls durch eine Neigung zur Kritik aus, die so weit gehen konnte, daß die Aufwendungen der Sowjetregierung für die Erziehung negativ mit den entsprechenden Ausgaben der Zarenregierung verglichen wurden.[3] Es ist nicht erstaunlich, daß die fraktionellen Auseinandersetzungen der Partei im Komsomol ein starkes Echo fanden und daß Trotzki viele Anhänger hatte. Aber die Grundlagen blieben doch unumstritten: daß der Komsomol besonders auf dem Dorfe ein Werk der *Aufklärung* zu unternehmen und die schwerfällige Elterngeneration ebenso wie die Einflüsse der Popen zu bekämpfen habe, etwa durch »Rote Weihnachten« und »Rote Ostern«, daß er den Prozeß der Alphabetisierung vorantreiben und gegen das Vorurteil kämpfen müsse, Mädchen brauchten nicht zu lernen. In den ersten Jahren hatte der Komsomol zwar in vorderster Reihe für eine neue Sexualmoral gefochten, und von der »Glas Wasser«-Theorie aus war man nicht selten bis zu sogenannten »Afrikanischen Nächten« vorangeschritten, aber schon Lenin hatte gegen diese Tendenzen Front gemacht, und in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde neben dem Alkoholmißbrauch auch die »sexuelle Zügellosigkeit« bekämpft.

Die »körperliche Abhärtung« als Ziel war bei aller sonstigen Feindschaft von den Pfadfinderorganisationen übernommen worden, und die vormilitärische Erziehung wurde dann rasch zu einer zentralen Aufgabe. Im Dezember 1929 faßte das ZK des Komsomol folgenden Entschluß: »Der Komsomol nimmt an der Ausbildung der vor der Einberufung stehenden Jugend teil. Seine Aufgabe ist es, die künftigen Kader der Roten Armee durch physische Erziehung und vormilitärischen Unterricht noch vor dem Dienst auszubilden, unter der Jugend die vormilitärische Ausbildung zu propagieren und zu organisieren, unter den künftigen Rekruten eine politisch-aufklärerische Arbeit zu leisten und ihnen ein Beispiel für Disziplinertheit und Erfüllung der Verpflichtungen zu sein.«[4]

Ein besonders enges Verhältnis zu bestimmten Teilen der Roten Armee hatte der Komsomol schon seit der Zeit des Bürgerkriegs durch die Übernahme von »Patronagen« gehabt, und im Jahre 1930 konnte er sich rühmen, daß Mitglieder von Partei und Komsomol nicht weniger als 70% des Personals der Luftwaffe ausmachten.[5] Aber noch größeren Enthusiasmus als die vormilitärische Ausbildung und der Dienst in der Armee erweckten die gewaltigen Projekte des ersten Fünfjahresplans, die mehr als alles andere dazu beitrugen, ehemalige Trotzkisten in das Lager Stalins zu führen. Die Komsomolzen wurden zu vielen Tausenden aufgeboten, um beim Bau der Traktorenfabrik in Stalingrad oder der gigantischen »Elektrostation« von Dnjepropetrowsk mitzuwirken. Sie arbeiteten als »Stoßarbeiter« (»udarniki«) und Führer des »sozialistischen Wettbewerbs«; ein neuerbautes industrielles Zen-

trum am Amur wurde zu ihren Ehren »Komsomolsk« genannt.[6] Der 29jährige Bauingenieur Awraanij Sawenjagin zog 1930 in den Ural und erbaute zusammen mit Tausenden von begeisterten Komsomolzen, von denen viele bei 60 Grad Kälte und unzureichender Bekleidung erfroren, auf der Grundlage der gewaltigen Magnitvorkommen das Eisenkombinat von Magnitogorsk.[7]

Aber auch an der Kollektivierungskampagne nahm der Komsomol großen Anteil, und wenn Bucharin auf einem der Kongresse erklärt hatte, leidenschaftlicher Haß gegen den Klassenfeind sei die Hauptmaxime der neuen Moralität, so wurde er jetzt gerade im Komsomol heftig angegriffen, weil er diesen Haß abschwächen und »mit jedermann in Frieden« leben wolle.[8] Begeisterung und Haß strahlten auch auf die Jugend in der Jugend, den Verband der »Jungen Pioniere« sowie die noch jüngeren »Oktjabristen« aus, und der 14jährige Pawel Morozow wurde zu einem Nationalhelden, weil er gegenrevolutionäre Handlungen seines Vaters den Behörden zur Kenntnis gebracht hatte und dann zum Opfer einer Familienrache geworden war. So triumphierte die *große Klasse* über alle nicht-klassenmäßigen Loyalitäten, und das alte Ideal kommunistischer Erzieher, die ganze Jugend zu »nationalisieren« und »zu schmieden und zu härten«[9] schien sich zu verwirklichen.

Die »Klasse« war indessen vom »sozialistischen Vaterland« schon zu Anfang der dreißiger Jahre kaum noch zu unterscheiden, und so wurde bereits im Kindergarten den Kindern die Liebe zum sowjetischen Vaterland und zu dessen Führer, dem großen Stalin, eingeflößt; eine eindrucksvolle Aufnahmezeremonie prägte sich tief ein, in der die Jungen Pioniere ihre Uniformen – das weiße Hemd und die rote Krawatte – erhielten. In den »Pionier-Lagern« wurde ihnen dann von den Komsomolzen, die als Brigadeführer wirkten, weiterhin Patriotismus und kommunistisches Bewußtsein vermittelt, und schließlich traten die Besten unter ihnen als Kandidaten der Partei bei. So schloß sich der Kreis, und der *neue Mensch* perpetuierte sich durch die Generationen, indem er das immer homogenere Sowjetvolk zu immer größeren Siegen führte. Freilich wurde es zugleich immer schwerer vorstellbar, daß er sich selbst, seine russische Sprache und seinen Staat in der künftigen Weltgesellschaft überflüssig machen würde. War nicht eher ein traditioneller Weltherrschaftsanspruch herauszuhören, wenn Lasar Kaganowitsch einem Komsomol-Kongreß zurief: »Ihr werdet die Herren der ganzen Welt sein.«?[10]

Die Hitlerjugend freilich sang die Liedzeilen »Und heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt« laut und zuversichtlich auf allen Straßen Deutschlands, und 1937 umfaßte sie als »Staatsjugend« nicht nur, wie der Komsomol (der 1940 ca. 10 Millionen Mitglieder zählte), einen erheblichen Prozentsatz der Jugend, sondern so gut wie alle Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren mit alleiniger Ausnahme der Juden. Wenn der Komsomol für seine Führerschaft eine »völlig saubere soziale Zusammensetzung« ver-

langte[11], so war die saubere rassische Zusammensetzung der Hitlerjugend viel weniger exklusiv und eben damit wohl symptomatisch für eine Gesellschaft, in welcher ein Ausschluß von *Kleinbürgern* und *Großbauern* einfach nicht vorstellbar gewesen wäre. Eine ähnliche Paradoxie zeigte sich im Gesamtcharakter. Weitaus stärker als der Komsomol stützte sich die HJ auf die Tradition der »Jugendbewegung«, und so gewiß es »Pfadfinder« auch in Rußland gegeben hatte, so gewiß war die Jugendbewegung als solche etwas spezifisch Deutsches gewesen.

Einerseits war sie, von Schülern eines Berliner Gymnasiums gegründet, eine typische Emanzipationsbewegung: der Aufstand der Jugend gegen wilhelminische Heuchelei, gegen überlebte Konventionen, gegen die Starrheit der deutschen Klassengesellschaft, und insofern war sie ohne jeden Zweifel eine sehr moderne Erscheinung. Andererseits aber suchte sie ihr Lebensideal im mittelalterlichen Rittertum und in einem gesunden Landleben, und insofern könnte man sie reaktionär nennen.[12] Aber vermutlich ist eine Gesellschaft um so entwickelter, d.h. komplexer, je mehr Synthesen zwischen einem vorstellbaren reinen Fortschritt und einer vorstellbaren reinen Reaktion vollzogen werden, denn eine Kultur ohne Widersprüchlichkeit ist arm, so sympathisch und tugendhaft sie sein mag.

Das unterscheidende Kennzeichen der HJ war indessen gerade nicht dasjenige, was ihr mit der Jugendbewegung gemeinsam war, sondern die entschlossene Einordnung in den politischen Massenkampf: Nicht die Fahrt des Wandervogels war ihre Parole, sondern der Aufmarsch vor dem Führer; nicht die Freundschaft der Auserlesenen im Umkreis bündischer Lagerfeuer, sondern die »Kameradschaft« einer Großorganisation. Doch gerade vor dem Hintergrund des Komsomol fallen die Ähnlichkeiten mit der Jugendbewegung wieder stärker ins Auge: Etwa ihr Prinzip »Jugend muß durch Jugend geführt werden«, ihre Lieder, der oftmals noch recht spielerische Charakter ihrer Übungen im Gelände, die in den Friedensjahren kaum ernsthaft als »vormilitärische Ausbildung« angesehen werden konnten. Bei aller Geringschätzung der *sozialen Unterschiede* stellte sie deren Existenz doch keinen Augenblick in Frage, und im ganzen war sie schon in ihrem Erscheinungsbild von der deutschen »Arbeiterjugendbewegung« nicht viel weniger weit entfernt als vom Komsomol.

Erste Jugendgruppen der NSDAP existierten bereits vor 1923, und 1926 entstand in Plauen/Vogtland die »Großdeutsche Jugendbewegung«.[13] Auf dem Weimarer Parteitag wurde sie offiziell als die Jugendorganisation der NSDAP anerkannt und auf Vorschlag Julius Streichers in »Hitlerjugend. Bund deutscher Arbeiterjugend« umbenannt. Zunächst wurde sie offenbar hauptsächlich als Nachwuchsorganisation der SA betrachtet und deshalb der Obersten SA-Führung unterstellt. 1929 bildete sich der »Nationalsozialistische Schüler-

bund« unter der Leitung Adrian Rentelns, 1930 der »Bund deutscher Mädel«. Weit größere politische Bedeutung gewann aber der »Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund«, der durch Aktionen und Demonstrationen seine Gegenwart in vielen Universitäten sehr spürbar machte und der bereits 1931 aufgrund freier Wahlen im Gesamtverband deutscher Studenten eine Art Machtergreifung vollzog. Sein Führer Baldur von Schirach, Sohn eines Theaterintendanten, wurde im Oktober 1931 zum »Reichsjugendführer der NSDAP« ernannt und im März 1932 im Zusammenhang mit dem Brüning-Grönerschen SA-Verbot aus dem Unterstellungsverhältnis zur SA herausgenommen. Auf dem »Reichsjugendtag der Hitlerjugend« in Potsdam am 1. und 2. Oktober 1932 nahm Hitler über sieben Stunden lang mit erhobenem Arm den Vorbeimarsch von ca. 100 000 Jungen ab.

Durch ihre Agitations- und Massenarbeit stellte sich die HJ in auffallenden Gegensatz zu den *bürgerlichen* Jugendbünden, und der hohe Anteil von Jungarbeitern und Lehrlingen an der Mitgliedschaft war in der Tat bemerkenswert: Er betrug etwa 70 %. Dennoch war die HJ im ganzen nur eine kleine Minderheit innerhalb der deutschen Jugendorganisationen, denn der »Reichsausschuß deutscher Jugendverbände« hatte 5–6 Millionen Mitglieder. Nach dem 30. Januar 1933 erfolgte jedoch eine ähnliche Überrumpelung wie im Fall der Gewerkschaften: Am 5. April wurde die Geschäftsstelle besetzt und die Leitung usurpiert, ohne daß ernsthafter Widerstand gebrochen werden mußte. Die politischen Jugendorganisationen wurden zusammen mit den entsprechenden Parteien aufgelöst und verboten, die rechtsstehenden Gruppen wurden, wie die Bismarck- und die Hindenburgjugend, teilweise in die HJ überführt. Größere Schwierigkeiten machte die »bündische Jugend«. Sie schloß sich zunächst zum »Großdeutschen Jugendbund« unter Admiral von Trotha zusammen. Von einem grundsätzlichen Streit konnte indessen nicht die Rede sein, denn der rechte Flügel der Jugendbewegung war bereits seit 1919 *völkisch* gesinnt. Den Unterschied kennzeichnete Schirach später folgendermaßen: »Mich stieß vor allem die Ideologie ihres Bundes ab. Sie bezeichneten sich als Elite und uns als Masse. Wir waren die »Volksjugend«, sie die »Auslesejugend«. Der nationalsozialistische Staat durfte eine solche Auffassung nicht dulden.«[14]

Diesmal erfolgte der Einsatz staatlicher Macht. Schirach wurde am 17. Juni 1933 von Hitler zum »Jugendführer des Deutschen Reiches« berufen, und seine erste Amtshandlung war die Auflösung des »Großdeutschen Bundes«. Von allen übrigen Bünden wurde nur der »Bund der Artamanen« korporativ in die HJ übernommen und zum »Landdienst der HJ« umgebildet. Die Evangelische Jugend wurde Ende 1933 durch ein Abkommen mit dem Reichsbischof Müller in die HJ überführt, ohne daß sie ihre Identität völlig verloren hätte, doch wurde sie als solche auf den rein seelsorgerischen Bereich be-

schränkt. Sehr viel zäher waren die katholischen Jugendorganisationen wie z. B. der Schülerbund »Neudeutschland«, die ja durch das Konkordat bis zu einem gewissen Grade geschützt waren, aber sie wurden durch vielfältige Druck- und Zensurmaßnahmen im Laufe einiger Jahre lahmgelegt.

Eine Zeitlang war der Sonnabend als »Staatsjugendtag« für die HJ reserviert. Am 1. Dezember 1936 wurde das »Gesetz über die Hitlerjugend« erlassen, welches die HJ für die gesamte körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Jugend außerhalb von Schule und Elternhaus zuständig machte. Von nun an diente die HJ vorwiegend als straff organisiertes Erfassungssystem zum Zweck der vormilitärischen Ausbildung in einem nicht bloß technischen Sinne. Charakteristisch waren die »Marine-HJ«, die »Motor-HJ« und die Fliegereinheiten. 1938 erhielt die HJ sogar einen eigenen »Streifendienst«, eine Art Sicherheitspolizei; sie umfaßte in jedem Bann eine Gefolgschaft (150 Mann). Ein besonderes Verhältnis zur SS wurde durch ein Abkommen zwischen Schirach und Himmler hergestellt: Der Nachwuchs der SS-Verbände sollte in erster Linie dem HJ-Streifendienst entnommen werden, der HJ-Landdienst sollte das wichtigste Reservoir für Wehrbauern darstellen.

Der organisatorische Aufbau entsprach demjenigen der übrigen NS-Organisationen und beruhte unter Ablehnung beschlußfassender und diskutierender Gremien ganz auf den Prinzipien von Hierarchie und Befehl: Vom Obergebietsführer reichte die Befehlskette über die Führer der Gebiete, Banne, Stämme, Gefolgschaften und Scharen bis zu den »Kameradschaftsführern«, die eine Art Unteroffiziere waren. Hauptamtlich waren die Positionen bis zum Bannführer (= Regimentskommandeur) besetzt; die Gefahr der Bürokratie wurde aber weitgehend vermieden. Zu der »Leichten Kavallerie« des Komsomol, welche die Bürokratisierung im Staat bekämpfen sollte, existierte allerdings kein Analogon und erst recht nicht zu den Komitees, Büros und Sekretariaten. Ebensowenig wurde die HJ zu »Produktionsschlachten« oder zur Erbauung neuer Industriebetriebe aufgerufen. Wohl aber wurde sie im Kriege zum Ernte- und Luftschutzeinsatz herangezogen, und sie leistete Hilfsdienste bei Post, Polizei und Bahn sowie vor allem bei der »Kinderlandverschickung«. Als »Flakhelfer« wurden Hitlerjungen erst ab 1941 tätig; in demselben Jahre trat Artur Axmann als Reichsjugendführer an die Stelle Schirachs, der zum Gauleiter von Wien ernannt wurde.

Die Arbeit der HJ wies im ganzen je nach den Untergliederungen recht unterschiedlichen Charakter auf.

Im »Deutschen Jungvolk« (»DJ«) fanden sich noch die meisten Erinnerungen an die »Jugendbewegung«: Fahrten, Zelte, Geländespiele. Aber auch hier wanderten nicht mehr »Horden«, die durch individuelle Spontaneität gekennzeichnet waren, sondern es marschierten Kolonnen, die zum »Antreten« befohlen und »Appellen« unterworfen wurden. Auf den Fahrtenmessern, die

jeder der »Pimpfe« trug, war das Motto »Blut und Ehre« eingraviert. Für einen Amerikaner wären eine Gruppe des Jungvolks und eine Gruppe von »Jungen Pionieren« gleichwohl auf den ersten Blick kaum zu unterscheiden gewesen, wenn er sie nebeneinander hätte sehen können. Aber völlig unvollziehbar wäre innerhalb des Jungvolks jene Einbeziehung von Kindern in den Klassenkampf gewesen, wie sie die »revolutionäre Kinderbewegung« Deutschlands während der Weimarer Zeit vorgenommen hatte.[15]

Die eigentliche HJ bestand aus den 14- bis 18jährigen und war also weit mehr eine Gruppierung von Heranwachsenden als der Komsomol. Hier standen »Wehrertüchtigungslager« und »Reichsschießwettkämpfe« im Mittelpunkt, aber in der Wehrmacht selbst konnte es natürlich so wenig HJ-Abteilungen geben wie Parteizellen in der HJ; sehr viele Hitlerjungen wurden gleichzeitig zu Parteigenossen und zu Soldaten, während ein Mitglied des Komsomol möglicherweise ein bewährtes Parteimitglied und ein altgedienter Soldat war. Die weltanschauliche Schulung nahm weniger Raum ein als im Komsomol; wichtige Themen waren die nordischen Heldensagen, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs, die Maßnahmen zur Reinerhaltung des deutschen Blutes, Adolf Hitler und seine Mitkämpfer, das Volk und sein Lebensraum. Aber auch sozialistische Züge waren unübersehbar, etwa die Verbrennung von Schülermützen, die Propaganda für den Urlaub der Jungarbeiter, die »Reichsberufswettkämpfe«. Die Fortsetzung der Tradition der Jugendbewegung wurde in den Musikzügen und Spielscharen sichtbar, aber auch in den Ansätzen zu anspruchsvollerer Kulturarbeit wie etwa den »Reichstheatertagen der HJ«.

Die Entsprechungen auf der Seite der weiblichen Jugend waren die »Jungmädel« und der »Bund deutscher Mädel« (»BDM«, bis zum Alter von 21 Jahren). Angeschlossen war das »BDM-Werk Glaube und Schönheit«. In mancher Hinsicht war in diesen Verbänden eine Fortsetzung des »Mädchenwanderns« der Jugendbewegung erkennbar, andererseits standen sie jedoch in extremem Maße unter dem Leitbild der »deutschen Mutter«.

Handelte es sich auch in der HJ um eine *totalitäre Erziehung*? Dagegen scheint zu sprechen, daß die HJ ihren quantitativ umfassenden Anspruch qualitativ zu beschränken schien: Schule und Elternhaus wurden als gleichwertige *Erziehungsmächte* ausdrücklich anerkannt. Zwar wurde vorausgesetzt, daß Schule und Elternhaus nicht antinationalsozialistisch waren, aber eine positive Übereinstimmung wurde nicht verlangt: Zahllose Elternhäuser in Deutschland hatten dem Regime gegenüber erhebliche Vorbehalte, und in vielen deutschen Schulen waren allenfalls die Turn- und Biologielehrer Nationalsozialisten, während die große Mehrzahl der Lehrer am ehesten noch den Geist der *nationalen Erhebung* zu bewahren suchte. Insofern blieb auch hier der soziale Pluralismus erhalten, und bis zum Ende des Dritten Reiches war es

in Deutschland unvorstellbar, daß ein Zwölfjähriger, wie in der Sowjetunion, für den eigenen Vater im Rahmen einer Säuberung die Todesstrafe fordern könnte.[16] Aber wenn auch kein Pawlik Morozow zum Nationalhelden erhoben wurde, so fürchteten sich doch zahlreiche Eltern, in Gegenwart ihrer fanatischen Kinder ein regimefeindliches Wort zu sagen, und es existierten auch einige Einbruchstellen organisatorischer Art. So wurden die »Adolf-Hitler-Schulen« von der HJ getragen, und sie unterstanden nicht dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, sondern der Reichsjugendführung. Die Kinderlandverschickung war nicht nur eine Notmaßnahme, sondern sie war auch gegen den Einfluß des Elternhauses gerichtet. Außerdem wurde sogar der Begriff der Erziehung durch das Prinzip der Führung der Jugend durch die Jugend selbst anscheinend aufgehoben. Aber das Ziel war nicht etwa eine *Jugendwelt*, sondern die Vorbereitung zum Militärdienst, und zwar mehr in einem inneren als in einem äußerlich-technischen Sinne.

Adolf Hitler hatte sein Erziehungsideal in »Mein Kampf« mit klaren Worten beschrieben: »Die gesamte Erziehungsarbeit des völkischen Staates muß ihre Krönung darin finden, daß sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbaut... Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten ...«[17] In Wahrheit erfolgte sie nicht »erst in zweiter Linie«, sondern eigentlich überhaupt nicht, da sie einerseits einer im Kern unveränderten Schule überlassen blieb und andererseits im Bereich der HJ allenfalls im Sinne der Vorbereitung auf die Reichsberufswettkämpfe verstanden wurde.

In der Tendenz handelte es sich also um einen radikalen Gegenschlag gegen den »Intellektualismus« der Erziehung, den Hitler offenbar als ein Produkt »jüdischer Zersetzung« betrachtete und der doch in Wahrheit zugleich Folge und Voraussetzung der modernen Entwicklung ist. Insofern war Lenin unvergleichlich moderner, der dem Komsomol den Satz »Lernen, lernen, lernen« einzuhämmern versuchte. Aber gerade dadurch bewies er auch wiederum, daß er in weit weniger modernen Verhältnissen agierte, wo Fortschritt und Modernität sich noch längst nicht so sehr entfaltet hatten, daß sie in ihrer potentiellen Gefährlichkeit erkennbar wurden. Und die subtilste Konsequenz totalitärer Erziehung hatte sich ja in Lenins Verachtung der »alten Intelligenz« schon deutlich genug abgezeichnet: Nicht nur im nationalsozialistischen Deutschland, sondern mehr noch im bolschewistischen Rußland wurde die Möglichkeit kritischen Vergleichs und autonomer Besinnung an der Wurzel abgeschnitten und durch die vorbehaltlose Preisung der Partei und ihres Führers ersetzt. Aber wie hätte es andererseits einen größeren Gegensatz geben

können als denjenigen zwischen der Forderung des Komsomol, die materialistische Auffassung von den Naturerscheinungen zu verbreiten und Dorflesestuben einzurichten auf der einen und Hitlers Äußerung auf der anderen Seite, er wolle seine Jugend »flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl«?[18]

So waren Komsomol und Hitlerjugend, nicht anders als GPU und Gestapo, einander ebenso unähnlich wie ähnlich. Man mochte sagen, die Unähnlichkeit sei eine Folge der Verschiedenheit zwischen einer jüngeren und weniger entwickelten Gesellschaft und einer älteren und komplexeren. Die Übereinstimmung in der Ausrichtung auf den Dienst in der Armee war aber gar nicht zu übersehen. Und wenn es in GPU und Gestapo unzweifelhaft viel Zynismus und stumpfe Härte gab, so läßt sich doch durchaus nicht bezweifeln, daß die Jugend in Deutschland wie in der Sowjetunion – anders als die Hauptmasse der Jugend in den liberaldemokratischen Staaten – in großen Teilen eine *gläubige* und opferwillige Jugend war. Weder in dem einen noch in dem anderen Falle läßt sich das durch die öde Indoktrination während der Schulungsstunden und Heimabende zur Genüge erklären. Es mußte etwas Stärkeres und Geistigeres im Spiele sein, das den jungen Menschen nicht eigentümlich war, aber von ihnen mit besonderer Kraft erfaßt wurde, weil es unmittelbar aus den Grunderfahrungen und Grundemotionen erwuchs, von denen die *Weltanschauungen* ihrer Parteien geprägt waren.

4. *Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda*

Grunderfahrungen und Grundemotionen sind die Basis, aus der Ideologien hervorgehen. Ideologien werden nie von einzelnen Denkern ersonnen, sondern in ihnen klären und artikulieren sich diejenigen Erfahrungen und Emotionen, die für viele Menschen bestimmend sind und die in sich auf ideelle Ausformungen hin angelegt sind. Deren Wurzelgrund sind fundamentale Situationen, in denen sich möglicherweise Menschen vieler Länder, mehrerer Klassen und einiger Generationen befinden, die aber auch nach Zeit und Raum enger begrenzt sein können. Wenn das Syndrom von Situation, Erfahrung, Emotion und Ideologie nicht zustande kommt, handeln die Menschen bloß nach Interessen. Wo es gegeben ist, formieren sich Gruppen und Parteien, die sich gegen »die anderen« absetzen und sowohl sich selbst wie jene anderen in bestimmter Weise verstehen, sich selbst tendenziell als »die Guten« und die anderen als »die Bösen« oder »die Feinde«.

In seiner subtilsten Gestalt stellt sich das Selbstverständnis der Gruppe oder Partei, dem immer ein Fremdverständnis entspricht, als Literatur dar und in

ihrer grobschlächtigsten Form als Propaganda. Als Literatur soll dabei im folgenden nicht die *große Literatur* der Shakespeare, Goethe und Dostojewski gelten, die immer wesentlich mehr als ideologische Parteiliteratur ist, selbst wenn sie in deren Begriffen interpretiert werden kann, sondern zunächst die Lieder und die Feiern, in denen Tausende und Hunderttausende von Menschen sich ihrer Gemeinsamkeit versichern, und schließlich solche Romane, in denen die aufrührenden Vorgänge und Kämpfe der Zeit auf engagierte oder auch relativ distanzierte Weise zu Wort gebracht werden. Beide Arten der Literatur sind, anders als Philosophie und große Literatur, durch keinen Graben von Propaganda und Agitation getrennt, aber eine Partei, die *nur* Propaganda zu treiben vermag und kein Lied sowie keine romanhafte Darstellung von Rang hervorzubringen vermag, ist eine bloße Interessenvertretung oder Machterwerbsgesellschaft. Ein Staat, in dem bloß derartige Parteien existieren, wäre weder totalitär noch würde er dem Liberalen System zuzuzählen sein, sondern er wäre lediglich eine kommerzielle Gesellschaft.

Die beste Veranschaulichung dieser Überlegungen bieten die Literatur und die Propaganda der Arbeiterbewegung, die es zugleich evident machen, daß die großen politischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit nicht etwa vollständig durch die Erfahrung des Ersten Weltkriegs bestimmt wurden, sondern in einem älteren Boden verwurzelt waren. So stammten die Grunderfahrungen der Arbeiterbewegung aus dem Wirtschaftsleben und aus einer in ihren Augen bloß ökonomischen Gesellschaft. An die »Verdammten dieser Erde« appellierte das Lied, das von Eugène Pottier 1871 geschrieben wurde[1], und es lenkt die Blicke all derer, »die stets man noch zum Hungern zwingt«, auf die »Raben« und die »Geier«, die vertrieben werden müssen, bevor für die Armen, für das »Heer der Sklaven« die Sonne »ohn' Unterlaß« scheinen wird. Wie sollten sich die »Bedränger« und die »Müßiggänger« lange halten können, da die Armen »die stärkste der Partei'n« sind und sich selbst »aus dem Elend erlösen« können, ohne der Hilfe eines »höheren Wesens« bedürftig zu sein, möge es sich nun Gott, Kaiser oder Tribun nennen? Und so wiederholt der Refrain immer wieder die Sätze, die den universalen Anspruch dieser Bewegung ebenso klar zum Ausdruck bringen wie ihre Militanz und ihre Bezogenheit auf die Zukunft:

> Völker, hört die Signale!
> Auf zum letzten Gefecht!
> Die Internationale
> Erkämpft das Menschenrecht.

Jahrzehnte hindurch erklang »die Internationale« überall in Europa und Amerika, wo immer sich große Massen von Arbeitern aus festlichem Anlaß versammelten. Sie verbreitete Schrecken unter den Feinden und Zuversicht unter

den Freunden. Wer historische Kenntnisse besaß, mochte noch zusätzliches Vertrauen aus der Wendung gewinnen, daß diejenigen, die jetzt noch »Nichts« seien, in Bälde »Alles« werden würden, denn dadurch knüpfte die Arbeiterbewegung an die berühmteste Streitschrift der Französischen Revolution an.

Geschichtsvertrauen und Zukunftsgewißheit waren in der Tat die Grundzüge der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, und nirgendwo haben diese Emotionen einen schöneren Ausdruck gefunden als in einem Liede, das 1897 in einer Moskauer Gefängniszelle entstand und das in Deutschland allerdings erst nach 1918 in der Nachdichtung von Hermann Scherchen bekannt wurde:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
Brüder zum Lichte empor.
Hell aus dem dunklen Vergangnen
leuchtet die Zukunft hervor.[2]

Noch eindrucksvoller kam das Bewußtsein, Urheber allen Reichtums zu sein und dennoch bittere Not zu leiden, in einem von Johann Most gedichteten und erstmals 1871 publizierten Lied »Die Arbeitsmänner« zum Vorschein:

Wer schafft das Gold zutage?
Wer hämmert Erz und Stein?
...
Wer gibt den Reichen all ihr Brot
und lebt dabei in bittrer Not?
Das sind die Arbeitsmänner,
das Proletariat.

Rafft eure Kraft zusammen
und schwört zur Fahne rot
...
Beschleunigt der Despoten Fall!
Schafft Frieden dann dem Weltenall!
Zum Kampf, Ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat![3]

Es springt ins Auge, daß der Erste Weltkrieg für diese Zuversicht und dieses Kraftbewußtsein die bedrückendste und doch stimulierendste aller Erfahrungen werden mußte. Hatten sich »die Arbeitsmänner« Europas nicht gegenseitig umgebracht, statt einander die Hände zu reichen? Schien die leuchtende Zukunft nicht viel weiter entfernt als zuvor? Wie konnten die »Geier« und die »Raben« das einige und internationale Proletariat in ein solches Unglück stürzen? Wenn man nicht das niederschmetternde Eingeständnis machen wollte, das Proletariat sei weder einig noch international gesinnt noch umfasse es die

große Mehrheit der Bevölkerung, dann mußte der Ton um vieles schärfer werden, dann mußte man viel härtere Vorwürfe machen, dann hatte man nicht bloß einige »Raben« und »Geier« gegen sich, sondern einen machtvollen und bösartigen Feind, den man vor allem hassen mußte.

So tritt in den »Roten Gedichten und Liedern«, die 1924 in Berlin erschienen, die Erfahrung des Krieges und der Kriegsauswirkungen stärker hervor als selbst die Klage über die Monotonie der Arbeit in der Fabrik, als die Entgegensetzung von »Pelz, Schmuck, Seidenkleid« der Bürger auf der einen Seite und »Hunger, Arbeitslosigkeit« der Proletarier auf der anderen. In einem Gedicht »An die Soldaten« heißt es:

> Du Mann im bunten Rock, du mußt dich nun entscheiden,
> zählst du dich zu den Räubern oder zu uns, die Hunger leiden.
> Unser bitterer Kampf gilt den Räubern dieser Welt
> und jedem, der sich uns entgegenstellt.
> Doch zählst du dich zu uns, den hungernden Proleten,
> dann mußt du mit uns kämpfen, wir wollen die Räuber töten.[4]

»Orgesch«, d. h. die Freikorps, und auch »Hitler« spielen in diesen Liedern schon eine beträchtliche Rolle, und wenn Hitler und Dietrich Eckart sowie ihre »Nazis« noch als lächerliche Figuren gelten, so richtet sich an die Orgesch das todernste Wort:

> Millionen erschießen,
> Orgesch, das könnt ihr nicht,
> aus unserem Blute wird sprießen
> das Proletariergericht.[5]

Am entschlossensten aber klingt das Lied der »Jungen Garde«:

> Wir sind die erste Reihe,
> Wir gehen drauf und dran,
> Wir sind die Junge Garde,
> Wir greifen, greifen an.
>
> In Arbeitsschweiß die Stirne,
> Der Magen hungerleer, ja leer,
> Die Hand voll Ruß und Schwielen,
> Umspannet das Gewehr.
>
> So steht die Junge Garde
> Zum Klassenkampf bereit,
> Erst wenn die Bürger bluten
> Dann sind wir erst befreit.
>
> ...

Es lebe Sowjetrußland,
Hört! Wir marschieren schon,
Wir stürmen in dem Zeichen
Der Völker-Revolution!

Sprung auf die Barrikaden,
Heraus zum Bürgerkrieg, ja Krieg,
Pflanzt auf die Sowjetfahnen
Zum blutigroten Sieg.[6]

Aber alle diese Aufrufe zu Krieg und Bürgerkrieg bleiben doch letzten Endes an die Vorstellung eines friedlichen, harmonischen, naturgemäßen, unkomplizierten Lebens gebunden, das so nahe schien und von einer rätselhaften Macht, die man »die Räuber« oder »die Reaktion« nennt, so weit in die Ferne gerückt wurde:

Die Börsen reißt ein!
Und auch die Banken
Und alles andre noch, woran wir kranken.

Sprengt all das Grauen auf.
Fragt nicht, was werde;
Es bleibet uns gewiß
Die reiche Erde.

Sie bringt genug hervor
Zu Lust und Leben,
Für jedes Menschenkind!
So Brot wie Reben.

...

Wir wissen, was wir tun,
Wenn wir vernichten.
Es ist ein glühend Werk,
Ein heilig Richten.

Es ist der klarste Krieg
Um reinstes Recht.
Heil jauchzt die Losung auf:
Nicht Herr, nicht Knecht.[7]

Für diese frühe Zeit kann man bedenkenlos deutsche Lieder zitieren, wenn man den Geist der russischen Revolution erfassen will, der eben oberhalb des elementarischen Verlangens nach Land und Frieden ganz internationalistisch war und dessen Vorkämpfer am Abend des 8. November inmitten der noch

anwesenden Delegierten des Zweiten Sowjetkongresses in tiefer Ergriffenheit die »Internationale« angestimmt hatten. Im Bewußtsein, einen weltgeschichtlichen Schritt getan zu haben, konnte sich die Revolution danach immer wieder in ihren großen Feiern selbst in Szene setzen.[8] Inmitten von Hunger und Elend waren Petrograd und Moskau in den frühen zwanziger Jahren noch sehr lebendige Städte, in denen eine Menge von Spontaneität zum Vorschein kam, so gewiß die Lenkung und Kontrolle der Partei schon allgegenwärtig war. Beobachter glaubten, einen Grundzug des russischen Menschen zu erkennen, wenn improvisierte Szenen auf den Straßen zu einem natürlichen Zusammenspiel der Darsteller mit dem Publikum führten. Da setzten die Arbeiter einer Pelzfabrik Puppen in der Maske von Mussolini, Lloyd George und anderen Politikern der kapitalistischen Welt in einen großen Käfig und führten sie unter großer Anteilnahme der Umstehenden durch die Stadt, und zwar mit der Aufschrift: »Felle der Weltraubtiere, gegerbt und verarbeitet von der Pelzfabrik Sorokumoff.« In einem anderen Käfig erblickte man eine riesige Spinne mit der Aufschrift »Das Kapital«. Die Menge jubelte, als die Spinne hervorgezogen und verbrannt wurde. Große Massen fanden sich aber auch zusammen, wenn Schauprozesse gegen abwesende Verbrecher veranstaltet wurden, etwa der Prozeß gegen die Mörder von Rosa Luxemburg oder der Prozeß gegen Wrangel.

All das war weit mehr Feier als bloße Propaganda, weil die Grenzen zwischen den Handelnden und den Zuschauenden aufgehoben wurden, aber ihren Gipfelpunkt erreichten die Feiern in den großen Massenfesten, wo die Revolution und deren Akteure sich selbst wiederholten und zelebrierten. Da ist vor dem Winterpalast in Petrograd eine riesige Bühne aufgebaut, und oben speisen in hellem Licht fette Bürger mit ihren Mätressen, während auf dem Platz vor und unter ihnen eine dunkle Menge, ununterscheidbar vom Publikum, sich zu regen beginnt. Schüsse knallen, Abteilungen der Roten Garde bilden sich, Panzerautos fahren auf. Vor Schrecken verschlägt es den schmausenden »Burschui« die Sprache, sie erheben sich und flüchten, während nun revolutionäre Formationen mit Schreien und Schießen herandrängen. Die hohe Wand im Hintergrund sinkt nieder, hinter ihr wird der Baum der Freiheit sichtbar, mit roten Bändern umwunden, und die vielen uniformierten Menschen strömen auf ihn zu und vertauschen ihre Waffen gegen Sensen, Heugabeln und Hämmer: Die große Verbrüderung der ganzen Menschheit zu friedlicher Arbeit tritt an die Stelle der kriegerischen Auseinandersetzung, die Internationale ertönt, und ein Feuerwerk überstrahlt die ganze Szene, in der Schauspieler und Zuschauer zu einer ununterscheidbaren Einheit werden. Die Individuen sind damit über ihre Einzelheit und Enge hinausgelangt, und sie finden sich zur unbegrenzten Kraft der Masse erhoben. Alltag und Arbeitsteilung sind versunken; die *neue Welt* und der *neue*

Mensch sind im Spiel vorweggenommen, das zugleich ein Nach-Spiel und ein Vor-Spiel ist.

Zum Kult wurde die Feier, als nach dem Tode Lenins der einbalsamierte Leichnam des Staatsgründers im Mausoleum auf dem Roten Platz seine Ruhestätte fand und Tag für Tag viele Tausende in langen Reihen geduldig darauf warteten, einen Blick auf die einzige und höchste Reliquie in der Sowjetunion werfen zu dürfen.

In dieser Umwelt *klangen* die Lieder und Gedichte von Demjan Bedny, der sich rühmte, ein Niemand und ein Ungebildeter zu sein und eben deshalb die Wirklichkeit der Masse wiederzugeben:

> Millionenfüßig: ein Leib. Das Pflaster kracht. ...
> Millionenmassen: ein Herz, ein Wille, ein Tritt!
> Gleichschritt! Gleichschritt!
> Sie marschieren an. Sie marschieren an.
> Marschmarsch ...[9]

So gingen Feier und Propaganda ineinander über, und die Propaganda trat um so reiner hervor, je deutlicher das Bemühen von einzelnen oder Gruppen war, über eine Distanz hinweg auf andere zu wirken und ihnen die richtigen Meinungen zu vermitteln. Für viele Jahre schien die Sowjetunion eine einzige Wandtafel zu sein, die von oben bis unten mit Parolen, Bildern, Ermahnungen und Anklagen beschrieben war, welche alle in die gleiche Richtung wiesen, ob sie nun tatsächlich auf Wänden und Bildsäulen oder in Broschüren und Büchern zu finden waren. Da sitzt der »Feind Kapital« als dicker Mann mit unsympathischen Zügen inmitten von zahllosen Goldstücken; da thront der Völkerbund, verkörpert durch drei Männer mit Zylindern und Geldbäuchen, die durch die Nationalfarben als Frankreich, England und die USA gekennzeichnet sind, unter der Aufschrift »Kapitalisten aller Länder, vereinigt euch« auf hoher Bühne vor einer armseligen und niedergedrückten Masse; da streut aber auch ein schwebender Engel Blumen über eine große Menge von Menschen, die zum »Feiertag der Arbeiter aller Länder« versammelt sind.

Die Plakate aus der Zeit des Bürgerkrieges zeigen Wrangel als halbmenschliche Figur mit Tiergebiß und Dolch; sie lassen Arbeiter eine riesige Granate als »Geschenk für den weißen Pan« (die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten) schleppen, sie geben eine Weltkarte wieder, auf der die rote Fahne bereits über ganz Europa weht.[10] Die Darstellungen und Schilderungen gleichen denjenigen der Weißen bis zur Ununterscheidbarkeit: Leichenkeller, abgeschnittene Köpfe, Massenerschießungen, und sie lassen ebenfalls jeden Hinweis auf den eigenen Terror vermissen. Ein eigenartiges und nicht recht glaubwürdiges Analogon zu dem eigenen Vorgehen steckt aber in der Behauptung, daß die Weißen von denjenigen Gefangenen, welche sie unter verdächtigen

Umständen verhaftet hätten, alle diejenigen ohne weitere Untersuchung erschössen, die schwielige Arbeitsfäuste aufwiesen. Ein genuiner Unterschied wird in den Bildern von Auspeitschungen deutlich, die tatsächlich allein bei den Weißen vorgekommen zu sein scheinen.[11] Andererseits wurde die sowjetische Propaganda für den Ausländer unglaubwürdig, wenn sie von Massenerschießungen deutscher Proletarierfrauen und von schrecklichen Folterungen gefangener Kommunisten in Deutschland berichtete.[12]

Mit dem Ende der zwanziger Jahre änderte sich das Bild der Propaganda: Nun zeigten große Bildtafeln nur mehr die Sowjetunion und an vielen Stellen eingezeichnet die großen Projekte des Fünfjahresplans, und überall wurde den Menschen der Beschluß der XV. Parteikonferenz eingeprägt, daß in kurzer Frist das Niveau der industriellen Entwicklung der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder »einzuholen und zu überholen« sei. Propaganda waren aber auch die sorgfältig vorbereiteten Reisen ausländischer Delegationen, die mit dem *Volk* zusammenzutreffen wünschten und doch nur Agenten der Tscheka oder der GPU begegneten[13]; Propaganda waren die Sprechstunden des machtlosen »Staatspräsidenten« Michail Kalinin, und »Agitation und Propaganda« war die ausschließliche Aufgabe einer der größten Abteilungen des Zentralkomitees der KPdSU. Auch noch 1941 war die Sowjetunion das Land der Propaganda, aber selbst in deren routiniertesten und grobschlächtigsten Formen blieb etwas vom Geist jener frühen Lieder und Feiern gegenwärtig, in denen die Grundemotionen und Grundanschauungen einer großen internationalen Bewegung ihren Ausdruck gefunden hatten.

Völlig anders war die Tradition, in der die Lieder der nationalsozialistischen Bewegung wurzelten. Auch sie ging in die Vorkriegszeit zurück. Zwar war in den Liedern der Arbeiterbewegung nirgendwo ernsthaft von »Wissenschaft« die Rede, aber sie waren doch bis 1914 ganz überwiegend von dem optimistischen Geist des Fortschrittszeitalters durchdrungen. Indessen war von bedeutenden Philosophen längst schroffe Kritik an einem allzu banalen und oberflächlichen Fortschrittsbegriff geübt worden, war in Literatur und Wissenschaft die Bedeutung von Mythos und Kult in der Antike entdeckt worden, hatte der »Wandervogel« die Heimat und deren Überlieferungen wiedergefunden und an sein Herz gezogen:

> Kein schöner Land in dieser Zeit
> als wie das unsre weit und breit,
> wo wir uns finden wohl unter Linden
> zur Abendzeit.[14]

Hier konnte der Krieg nicht in erster Linie als Einsturz von Hoffnungen und Werk einer bösen Minderheit, der herrschenden Klasse, empfunden werden. Millionen von Deutschen hatten ihn vielmehr als Befreiung von

routiniertem Alltag, als Aufruf zum heroischen Opfer, als Bestätigung alter Überzeugungen erlebt, und sogar für die große Masse der Sozialdemokraten war es im August 1914 eine handgreifliche Wahrheit, daß sich das kulturell viel höherstehende Deutschland gegen die seit langem existierende und nun akut gewordene Bedrohung durch das zaristische Rußland verteidigen müsse. Und nach der Niederlage zeigte sich, daß gerade in dieser Bedrängnis die Gefühlsgehalte, die einst in der Religion ihren Ort gehabt hatten, sich dem Patriotismus zu verbinden und beinahe so etwas wie jene antike Einheit von Vaterlands- und Gottesdienst hervorzubringen vermochten, der sich schon vor dem Kriege sehnsüchtige Augen zugewandt hatten. Als Beispiel kann Rudolf Alexander Schröders »Deutscher Schwur« angeführt werden:

Heilig Vaterland, in Gefahren
Deine Söhne stehn, Dich zu wahren,
Von Gefahr umringt, Heilig Vaterland,
Schau, von Waffen blinkt jede Hand

...

Bei den Sternen steht, was wir schwören,
Der die Sterne lenkt, wird uns hören
Eh der Fremde Dir Deine Kronen raubt
Deutschland fallen wir Haupt bei Haupt.

Heilig Vaterland, heb zur Stunde
Kühn Dein Angesicht in die Runde
Sieh uns all entbrannt Sohn bei Söhnen stehen
Du sollst bleiben, Land, wir vergehn.

Man mochte angesichts der Schrecknisse moderner Materialschlachten über den hymnischen Ton spotten; man mochte bestreiten, daß dieses Land der Fabriken, der Banken und der langdauernden Arbeit einen solchen Preisgesang verdiene. Aber wenn Deutschland wirklich nichts anderes gewesen wäre als ein Exemplar der globalen Gesellschaft aus wenigen Ausbeutern und zahllosen Ausgebeuteten, dann hätte das Gedicht kein Echo finden können. Man mochte seine Wirkung auf *bürgerliche Kreise* beschränkt sehen, aber dann erhob sich die Frage, wie groß oder wie klein diese Kreise waren, deren Empfinden und Denken nicht ausschließlich um den universalen »Widerspruch von Kapital und Arbeit« kreiste. Jedenfalls sagte der Sozialdemokrat Karl Bröger während des Ruhrkampfes essentiell dasselbe wie Rudolf Alexander Schröder, wenn er auch die Aufgabe des »Gestaltens« stärker hervorhob:

Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben
zu unserm Land; Es zu erhalten und zu gestalten
Sind wir gesandt.
Mögen wir sterben, unseren Erben
Gilt dann die Pflicht: Es zu erhalten und zu gestalten,
Deutschland stirbt nicht.

Diese Lieder wurden nicht von Nationalsozialisten geschaffen. Die Emotionen, auf denen sie beruhten, waren weder künstlich, noch waren sie auf kleine Zirkel beschränkt. Sie waren vielmehr das mächtigste Reservoir, aus dem die neue Bewegung ihre Kraft zog, und wenn dieser Quellgrund nicht vorhanden gewesen wäre, würde aus allen »sozialen Ressentiments deklassierter Kleinbürger« nichts weiter als eine neue Mittelstandspartei zur Verteidigung der ökonomischen Interessen von Handwerk und Kleinindustrie entstanden sein. Ungemein kennzeichnend für den Nationalsozialismus ist jedoch, daß er Lieder der Arbeiterbewegung zu übernehmen und ihnen einen nationalistischen sowie antisemitischen Ton zu geben vermochte. (Allerdings wurden von der Gegenseite ebenfalls Volks- und Soldatenlieder umgeändert und den eigenen Gesängen dienstbar gemacht.) So sang die Hitlerjugend »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« und fügte eine neue Strophe hinzu:

Hitler ist unser Führer, ihn lohnt nicht goldner Sold,
der von den jüdischen Thronen vor seine Füße rollt.

Und die schlesische SA veränderte das Lied der »Jungen Garde« folgendermaßen:

Wir sind die Sturmkolonnen, Wir gehen drauf und dran
Wir sind die ersten Reihen, Wir greifen mutig an!
In Arbeitsschweiß die Stirne, den Magen hungerleer
Die Hand voll Ruß und Schwielen umspannet das Gewehr
...
Die Handgranat am Koppel, geschultert das Gewehr
So ziehn die Sturmkolonnen im Siegesrausch daher!
Der Jude kriegt das Zittern, schließt schnell den Geldschrank auf,
Zahlt bis zum letzten Pfennig des Volkes Rechnung aus.

Nichts wäre lächerlicher gewesen, als wenn diese Lieder nur von »Bourgeoissöhnchen« oder »Stutzern« gesungen worden wären, wie die versimpelnde Gegenpropaganda es hinzustellen versuchte. Die Hitlerjugend war in ihrer Zusammensetzung zum großen Teil proletarisch, und dasselbe galt für die SA. Wenn schon eine Gruppe *bluten* mußte, dann lag es sehr nahe, die leicht erkennbaren und nicht allzu zahlreichen Juden an die Stelle der *Bürger* zu set-

zen, bei denen niemand genau wußte, ob nur die Finanzleute oder die Unternehmer oder alle »Mehrwertverzehrer« und am Ende sogar die Facharbeiter dazuzurechnen waren. Und war nicht »Rothschild« der Name gewesen, in dem sich für die frühe Arbeiterbewegung alles Hassenswerte des Systems verkörpert hatte?

Aber nach dem Siege trat die getragene und gemütvolle Feierlichkeit wieder in den Vordergrund, die sich in dieser Form wohl in den Gesängen keines anderen Volkes finden läßt, versetzt freilich mit dem härteren und nervöseren Ton der Freude am Kampf um des Kampfes willen und der Vernichtungsdrohung gegenüber dem »Weltfeind«:

> Siehst Du im Osten das Morgenrot, ein Zeichen zur
> Freiheit, zur Sonne?
> Wir halten zusammen, ob Leben ob Tod, mag kommen,
> was immer da wolle,
> warum jetzt noch zweifeln, hört auf mit dem Hadern,
> noch fließt uns deutsches Blut in den Adern,
> Volk ans Gewehr, Volk ans Gewehr! – …
> Jugend und Alter und Mann für Mann umklammern das
> Hakenkreuzbanner
> Ob Bürger, ob Bauer, ob Arbeitsmann, sie schwingen
> das Schwert und den Hammer.
> Für Hitler, für Freiheit, für Arbeit und Brot.
> Deutschland erwache, Juda den Tod!
> Volk ans Gewehr, Volk ans Gewehr!

Aus der Gegenwart wurde jedoch nicht selten auf eine weit entfernte Vergangenheit zurückgegriffen:

> Lang war die Nacht und lang war die Not, wir lagen müde und
> verlassen.
> Schlich nicht die Pest und schlich nicht der Tod mit grauem Gesicht
> durch die Gassen?
> Tambour, schlag an, jubelnder Laut, wie knattern schon die Fahnen!
> Tambour, Gott will uns mahnen, Volk brich auf!
> Rafft euch empor und zusammengeschart laßt durch die Trommel
> euch werben,
> frei und froh, nach Normänner Art, zu siegen oder zu sterben…
> Sieg in der Not, da zeigt euern Mut, wer zaudert, der ist schon
> verloren.
> Gott ist der Kampf, und der Kampf unser Blut, und darum sind wir
> geboren…

Hier wurde also mitten im industriellen Zeitalter die mythische Ureinheit von Gott, Kampf und Blut beschworen. Wenn das *reaktionär* war, dann mußte der Begriff neu bestimmt und von den harmlosen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gereinigt werden. Aber orientierten sich nicht auch die *Revolutionäre* an einer noch ferneren, noch weniger greifbaren Vergangenheit?

Am kennzeichnendsten für den Nationalsozialismus waren aber die Lieder, deren Gegenstand der Führer war. Bei Will Vesper heißt es:

> So gelte denn wieder Urväter Sitte: Es steigt der Führer aus Volkes Mitte.
> Führer des Reiches, wie wir es meinen, bist Du schon lange im Herzen der Deinen.
> Sie kannten vor Zeiten nicht Krone noch Thron. Es führte die Männer ihr tüchtigster Sohn ...
> Wer vor dem Heer herzog, ward Herzog genannt.
> Herzog des Reiches ...

Wenn man Begriffe will, so sind Gedichte wie dieses Zeugnisse eines cäsaristischen und populistischen Kollektivismus. Die »christlich-germanischen« Konservativen des 19. Jahrhunderts hätten sich nichts vorstellen können, was revolutionärer und verwerflicher gewesen wäre. Und in der Sowjetunion war seit 1936 nicht mehr von der Klasse, sondern nur vom Volk die Rede, das freilich als Sowjetunion seine weltrevolutionäre Aufgabe noch vor sich hatte. In den nationalsozialistischen Liedern steht immer nur die Befreiung des eigenen Volkes im Mittelpunkt. Insofern sind sie vom Partikularismus geprägt.

So führen diese Lieder zu einer bestimmten Art der Feier hin, die rasch den Charakter des Kultes annahm: zur Feier des Vaterlandes und zum Kult seiner personalen Verkörperung, des Führers als des Gesandten Gottes oder gar des Gottes selbst. Die Grundlage dieser Feiern war meist der Vorbeimarsch; den Unterton bildete der Gleichklang der Stiefel; die Umwelt waren Fahnen, Standarten und Pylonen; Kulisse war das vieltausendstimmige »Heil«. Offenkundig waren kirchliche Feiern ein Vorbild, aber auch der »Glanz des Kaiserreichs«. Das Dritte Reich war ein Reich der Feiern als Selbstzweck und Selbstdarstellung – daran entzündete sich die scharfe Kritik Oswald Spenglers. Aber in diesen Feiern stellte es einen schroffen Gegensatz zur Weimarer Republik dar, die grau und nüchtern ausgesehen hatte, und es war nicht auszuschließen, daß die Feiern die Kraft und die Erfolge schaffen sollten, die nach Spenglers Meinung ihre Vorbedingung sein mußten. Die Termine des nationalsozialistischen Feierjahres lesen sich wie der Festkalender der katholischen Kirche:

Der 30. Januar jedes Jahres war der »Tag der Machtergreifung« mit dem Traditionsmarsch der Fackelträger durch das Brandenburger Tor; im März

stand der »Heldengedenktag« im Mittelpunkt, wie der »Volkstrauertag« der Weimarer Republik jetzt hieß; der 20. April, der »Geburtstag des Führers«, wurde meist mit einer gewaltigen Parade gefeiert; am 1. Mai, dem »Tag der nationalen Arbeit«, prangte ganz Deutschland in Grün und Fahnen, und in Berlin allein marschierten anderthalb Millionen Arbeiter und Angestellte zum Tempelhofer Feld; am 21. Juni sprachen viele Parteiführer in allen Teilen des Reiches zur »Sommersonnenwende« vor leuchtenden Feuern; der September war der Monat der alljährlichen Reichsparteitage, die auch für Ausländer sehr eindrucksvolle Schauspiele waren, weil sie für alle Sinne bewegende Eindrücke und für uralte Schauer Befriedigung boten; Anfang Oktober fand das »Erntedankfest« auf dem Bückeberg bei Hameln statt; der 9. November war der Gedenktag der Gefallenen der Bewegung, an dem in München die 16 Särge der am 9. November Gestorbenen unter Trommelwirbel von der Feldherrnhalle zum Königlichen Platz gefahren wurden, wo nach dem Vorbild des italienischen Faschismus die Toten mit Namen aufgerufen wurden und Stimmen von Hitlerjungen mit einem lauten »Hier« antworteten; der Dezember blieb vom Weihnachtsfest beherrscht, aber dessen Umgestaltung zur »Wintersonnenwende« wurde für die Zeit nach dem Kriege vorgesehen.

All das war kein bloßer *Rummel*, und auch mit dem Terminus *panem et circenses* ist es schwerlich angemessen beschrieben. Aber da die Feier so sehr Selbstzweck war und so ausschließlich die irrationalen Kräfte im Menschen ansprechen wollte, fiel weit stärker als in der Sowjetunion und bei den deutschen Kommunisten die Distanz zwischen dem emotionalen Inhalt und der rationalen Inszenierung bzw. Organisation ins Auge.[15] Daher war die Propaganda keine bloße Fortsetzung von Lied und Feier. Solange sie noch vor allem Polemik gegen »Versailles« war und immer wieder »Deutschlands blutende Grenzen« zeigte, konnte sie in Schule und Öffentlichkeit an manche Aktivitäten der Weimarer Republik anknüpfen. Aber kein Leiter der »Reichszentrale für Heimatdienst« hätte sich jemals so kühl und zynisch über die Notwendigkeit der Lüge, der Primitivität und der Wiederholung als unentbehrlicher Propagandamittel geäußert, wie Hitler es in »Mein Kampf« getan hatte. Joseph Goebbels wäre als Generaldirektor einer großen Werbefirma durchaus vorstellbar und vermutlich sehr erfolgreich gewesen. Die außerordentlichen Möglichkeiten des Rundfunks erkannte er sogleich und nutzte sie klug: 1938 wurden sogar »Reichslautsprechersäulen« aufgestellt. Die Führerreden wurden regelmäßig über alle deutschen Sender übertragen, und sie wirkten auch in diesem Medium, obwohl ihre Schwächen bei der Isolierung der Stimme leichter erkennbar waren als im mannigfaltigen Kontext der Massenversammlungen. Die Presselenkung war ein Werk gekonnter Regie durch Goebbels, aber selbst er konnte die deutsche Presse nur auf einen Hauptton

stimmen, und beträchtliche Reste der alten Mannigfaltigkeit blieben erhalten, anders als in der Sowjetunion, wo die Propaganda der Partei das Leben bis in die hintersten Winkel durchdrang. In den Filmen wurden große Ereignisse der deutschen Geschichte stark herausgestellt, nicht dagegen der Antisemitismus, und es war eher eine Ausnahme, als Goebbels während des Krieges von Veit Harlan den »Jud Süß« produzieren ließ. Julius Streichers »Stürmer« war zwar in zahllosen Schaukästen zu finden, aber er galt auch bei vielen Parteigenossen als eine Kulturschande. Auffallend groß blieb noch im Kriege der Anteil unpolitischer Unterhaltung, nicht nur in Filmen, sondern auch in Illustrierten Zeitungen.

An dieser Stelle sollen nun die Grunderfahrungen und Grundemotionen, die zwar keineswegs die einzigen, aber doch die wichtigsten waren, in der distanzierten Spiegelung durch zeitgenössische Romane anschaulich gemacht werden, nämlich diejenigen, die mit der russischen Revolution verknüpft sind. Zugrunde gelegt werden drei Romane und ein Tagebuch, die alle vor 1933 geschrieben sind und deshalb noch keiner Einflußnahme durch das Dritte Reich unterliegen: ein Werk, das auf der bolschewistischen Seite steht und trotzdem keine bloße Parteiliteratur ist, und drei Werke, die von Autoren der anderen Seite stammen, der antibolschewistischen, nicht der nationalsozialistischen Seite – nur eins in dem einen Falle, weil die Auffassungen einfach und eindeutig sind; drei in dem anderen, weil die Komplexheit und Ambivalenz dieser Seite wenigstens ansatzweise sichtbar gemacht werden soll.

Michail Scholochow hat die ersten Teile seiner Romanfolge »Der stille Don« um das Jahr 1930 herum geschrieben, und im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem das zweite Buch »Krieg und Revolution« von Interesse. Die Erzählung beginnt im Oktober 1916 bei einer Kosakeneinheit des russischen Heeres, auf das schon die Schatten der Niederlage fallen. Kriegsmüdigkeit hat überall um sich gegriffen, tödliche Erschöpfung bestimmt das Bild, aber in den Augen der Offiziere sind alle Maschinengewehrschützen »verseucht«, weil unter ihnen Flugblätter der Bolschewiki im Umlauf sind, welche dazu aufrufen, dem Krieg ein Ende zu machen und die Verantwortlichen des großen Mordens mit Feuer und Schwert zu vertilgen: den Zaren, die Adligen, die internationalen Industriemagnaten, die russischen »Burschui«, ja die Offiziere, die »Hunde«, welche die rücksichtslosen Angriffsbefehle ausgaben oder durchführten, die so unendlich viel Blut kosteten. Einer der Kosakenoffiziere indessen, der Fähnrich Buntschuk, empfindet ähnlich wie die Soldaten, so daß er desertiert und sich einer bolschewistischen Untergrundorganisation anschließt. Ohnmächtiger Zorn erfüllt die anderen gegen die »Cholerabazillen«, die Bolschewiki, welche Rußland dem deutschen Feind ausliefern wollen. Aber in der Heimat greifen Niedergeschlagenheit und Defätismus um sich, und der reiche Kaufmann in dem Kosakendorf spürt den Boden unter

sich wanken, nachdem er ein schlechtes Gewissen ob seiner Ausbeutertätigkeit nie hatte unterdrücken können. Auf ganz ähnliche Weise spüren die Offiziere, als die Einheit zum Schutz der Regierung nach Petrograd verlegt wird, daß die Kosakensoldaten ihnen entgleiten, denn sie sind nun zwar bereit, sich in Diskussionen einzulassen, aber auf die »tödlich einfachen Ansichten« der Soldaten von der Notwendigkeit des Friedens und der Bestrafung der Verantwortlichen wissen sie keine Antworten zu geben. Und so gewinnt nicht der Oberbefehlshaber Kornilow die Oberhand, der die rücksichtslose Vertilgung aller Bolschewiki als todbringender Bazillenträger fordert, sondern der ehemalige Fähnrich Buntschuk, der als Agitator in der Einheit wiederauftaucht und seinerseits die erbarmungslose Forderung erhebt: »Sie uns oder wir sie ... Gefangene werden nicht gemacht ... Solche (wie den Hauptmann Kalmykow) muß man vertilgen wie Ungeziefer.« Und dann, nach der Machtergreifung der Bolschewiki, löst die Front sich auf, und die Soldaten »raubten unterwegs und rollten wie eine stürmische, unaufhaltsame Lawine durch ihr Vaterland«, wobei sie ihre Offiziere niederschossen. Auch die Kosakeneinheit kehrt in ihr Dorf zurück, und die Männer ahnen nicht, »daß noch schrecklicheres Grauen und fürchterlichere Ereignisse, als sie im Kriege erlebt hatten, an den Schwellen ihrer Hütten auf sie lauerten«. Sehr bald appellieren jene wohlhabenden, aber angesehenen Kosaken an sie, welche die Unabhängigkeit des Dongebietes von Großrußland durchsetzen wollen, aber auch die bolschewistischen Agitatoren werben um ihre Seelen. Buntschuk kämpft bei Rostow: Keine der beiden Seiten macht Gefangene. Schließlich erschießt sich der Ataman Kaledin in Verzweiflung, und ein Zug von 5000 Weißen, unter ihnen der ehemalige Parlamentspräsident Rodsjanko, sucht in Fußmärschen das Kubangebiet zu erreichen. »Rußland geht nach Golgatha ... die Blüte Rußlands, dachte Listnizki ... Denselben Haß und dieselbe grenzenlose Wut, die in mir toben, trägt jeder dieser 5000 dem Tod Geweihten in sich.« Aber die andere Seite verspürt keinen geringeren Haß und keine weniger erbitterte Wut. Buntschuk wird ins Revolutionstribunal kommandiert: »Fast jeden Tag führte man zum Tode Verurteilte auf Lastautos vor die Stadt, die Verurteilten und die Rotgardisten gruben in aller Eile Gräber ...« Buntschuk ist oft niedergeschlagen, doch er tröstet sich mit dem Gedanken: »Bevor man Blumen und Bäume pflanzt, muß man den Dreck wegputzen.« Aber unter diesem »Dreck« sind auch viele Werktätige und einfache Kosaken, und diese Bedrückung wird er nicht los. Am Ende erleidet seine Rotgardistenabteilung eine schwere Niederlage im Kosakengebiet, und sie werden alle erschossen, auch Buntschuk und auch der glühendste Bolschewik unter seinen Genossen, der Sohn eines Popen.[16]

Von viel größeren Kämpfen und von einem viel gewaltigeren Zug todgeweihter Menschen berichtet Edwin Erich Dwinger in seinem Roman »Zwi-

schen Weiß und Rot« – von den Kämpfen der Truppen des Admirals Koltschak, denen sich deutsche kriegsgefangene Offiziere angeschlossen haben, und vom siegreichen Vordringen bis beinahe zur Wolga, aber auch, nach dem angeblichen Verrat der Tschechen und der Alliierten, von dem entsetzlichen Rückmarsch durch das winterliche Sibirien, dem eine Million Menschen zum Opfer fallen, Offiziere, Soldaten, Frauen, Kinder – die Blüte des russischen Bürgertums, wie der Verfasser sagt. Es fehlt nicht an breiten Schilderungen der Greueltaten beider Seiten: der wahllosen Erschießungen bloß Verdächtiger durch die Weißen, des Totprügelns der Kommissare, der Selektionen der Gefangenen, aber auch der Kastrationen und der »Rattenproben« der anderen Seite. Auch hier wird eine einfache Weltanschauung formuliert, mit der die Weißen sich aufrechterhalten: der Kampf gegen das »asiatische Chaos«, die Selbstbehauptung gegen den »Moloch«, der »Kreuzritterzug für die abendländische Kultur«. Aber stärker fällt ins Auge, daß die Bolschewiki als Gläubige geschildert werden, welche die »Erde zum Gebären einer neuen Zeit« bringen wollen und mit inbrünstiger Überzeugung singen: »Die Welt hat sich von Grund gewandelt. Die Sklaven ergriffen die Macht.« Vor diesem Hintergrund werden viele der weißen Offiziere von tiefen Selbstzweifeln ergriffen: »Damit sollen wir siegen? Und gegen Leute siegen, die Ideale proklamieren?« – »Und haben sie ganz unrecht, die Roten?« – »Wir sind unnatürlich und dekadent, verfault an Leib und Seele … Also, weg mit uns!« Und so scheint die Suche nach einer eigenen Idee zu einem bloßen Postulat zu werden, zu einem Ruf der Verzweiflung. Was sich am ehesten behauptet, ist der Drang auch der einfachen deutschen Soldaten zurück ins Vaterland, in die Heimat, in die Ordnung, wo der russische Fanatismus und das russische Grauen weit entfernt sind und weit entfernt bleiben sollen.[17]

Als ein Deutschland im kleinen beschreibt Siegfried von Vegesack die Welt des baltischen und insbesondere des livländischen Deutschtums, besser: als ein Altdeutschland im kleinen. Auch für ihn sind die Türme von Riga »Mahnzeichen und Wächter deutscher Kultur im äußersten Osten«. Diese Welt schildert er mit Zuneigung und Liebe: das ebenso naturnahe wie kultivierte Dasein des deutschen Adels auf seinen großen Gütern, den geselligen und meist verwandtschaftlichen Verkehr, die Vasallentreue gegenüber dem Zaren trotz aller Russifizierungsversuche der Behörden, das innere Einverständnis der lettischen Diener und Pächter mit den deutschen »Großherren« und »Großfrauen«, denn, so sagt eine der Mägde, »die Erde gehört nur den Herren, wie der Himmel nur Gott gehört. Das ist nun einmal so eingerichtet.« Aber der Verfasser beschreibt auch und vor allem die Erschütterung alles dessen, was bis dahin selbstverständlich war: das Murren und Aufbegehren der städtischen Arbeiter in der Revolution von 1905, nachdem doch noch zu Beginn des Krieges mit Japan die Mutter Gottes von Kasan als die Patronin

des Reiches im Sonderzug durch ganz Rußland gefahren wurde und überall von der Bevölkerung auf den Knien begrüßt worden war, das »Unverschämtwerden« der Leute, schließlich die Niederbrennung zahlreicher Gutshöfe und die Ermordungen gerade der Beliebtesten unter der kleinen lettischen Intelligenzschicht, die sich der deutschen Kultur zugehörig fühlten.

Und in der Reaktion darauf entwickelt sich unter den jüngeren Deutschen eine neue Moral, die einen entschlossenen Gegenterror gegen den Terror üben und die lettischen Landarbeiter durch Deutsche aus Wolhynien ersetzen will, während die »Großfrau« der älteren Generation nur um so entschiedener an ihren alten christlichen Maximen festhält: »Sollte eure neue Moral wirklich bei uns einziehen, daß es für Letten und Deutsche zweierlei Recht gibt, dann haben wir selbst hier ausgespielt. Denn Recht bleibt Recht, und Unrecht bleibt Unrecht.« Aber in anderen jüngeren Deutschen wächst der Zweifel an der eigenen Lebensform, am Sinn eines Lebens, von dem es heißt »man jagte, man ritt, man krebste, und jeden Abend wurde tüchtig getrunken«, so daß der Ausruf eines jungen Grafen »Wie ich diese Vergangenheit hasse« nichts Vereinzeltes mehr ist.

Und dann kommt der Krieg und bricht die Revolution herein, und endlich besetzen die deutschen Truppen Riga, bis sie selbst sich auf die Nachrichten von der Revolution in Deutschland hin in bloße Haufen verwandeln und die Rote Armee in Riga einzieht und der Rote Terror beginnt: Auf dem Eise eines Flusses müssen sich Dutzende dorthin geschleppter Deutscher entkleiden, und sie werden dann in ein rasch gehacktes Loch und in einen grausigen Tod gestoßen, in Dorpat werden die toten Herzöge von Kurland aus der Gruft gerissen und mit Bajonetten noch einmal getötet, 300 Männer und Frauen müssen für sich selbst Massengräber ausschaufeln und sich an den Rand stellen, wo sie erschossen werden. Aber als die baltische Landeswehr und weißrussische Truppen Riga befreien, ohne die Ermordung zahlreicher Männern und Frauen im Zentralgefänguis verhindern zu können, da ist der Gegenterror kaum weniger schlimm: Ganze Trauben von hingerichteten Bolschewiki hängen an den Bäumen, Gefangene werden nicht gemacht, Wehrlose werden niedergeknallt. Und als sich mit Hilfe der Engländer eine lettische Regierung durchgesetzt hat, da werden die großen Güter aufgeteilt, und die Gerechtigkeit erweist sich als Nivellierung und Verhäßlichung. Der Held jedoch, ein Anti-Held voller Selbstzweifel und Skrupel, geht dorthin, wo er nun allein noch zu Hause sein kann, nach Deutschland.[18]

Nach Deutschland, oder genauer nach Österreich, geht schließlich auch die russische Bürgerstochter Alexandra Rachmanowa, deren Tagebücher unter dem Titel »Studenten, Liebe, Tscheka und Tod« in der Weimarer Republik ein großes Leserpublikum fanden. Auch sie setzt mit der Schilderung eines noch im Kriege unbeschwerten und kultivierten Lebens ein, des Lebens einer Arzt-

familie irgendwo in einer Stadt der Provinz. Hier beginnt die Revolution als Versprechen, und der spätere Verlobte berichtet stolz und glücklich von den Demonstrationen, an denen er als Fahnenjunker teilgenommen hat. Sehr rasch ändert sich jedoch die Atmosphäre durch die Scharen betrunkener Soldaten, die großenteils desertiert sind und die die Offiziere auf jede denkbare Art zu beleidigen suchen. Aber auch die Studenten sind im Aufruhr und fordern die Befreiung vom Joch der Professoren. Die Dienstboten laufen fortwährend in Versammlungen, und überall wird auf die »Burschuischweine« und die Reichen geschimpft, deren Hab und Gut man unter die Armen verteilen solle.

Nach der Machtergreifung der Bolschewiki wird ein Hausknecht zum Kommissar des Krankenhauses gemacht, dessen ärztlicher Leiter der Vater Alexandras ist, und dann zieht der Wirbel des Umsturzes nicht nur das Bürgertum und die Kirche, sondern auch jene Intelligenz in den Abgrund, die ihn mit so viel Enthusiasmus vorbereitet hatte. Das Erschießen und das Erschossenwerden werden zur Realität des Alltags. Ein Kommissar macht der Frau eines Geheimrates einen Heiratsantrag und sagt auf deren erschrockene Antwort, sie sei doch schon verheiratet, leichthin: »Nu, das ist sehr einfach, dann erschießen wir ihn eben.« Um dem Volk seinen *Aberglauben* auszutreiben, holt man einen weitberühmten *Staretz* von der Insel, auf der er lebt, und spießt ihn auf einem Pfahl auf, so daß er ein qualvolles Ende findet. Ein Pope wird herangeführt, damit er für den Staretz bete und dadurch die Ohnmacht seiner Kunst beweise, und dann nebst Frau und Kindern mit Kolbenhieben getötet. Nach dem Attentat auf Lenin wird auch offiziell in den Zeitungen gefordert, daß für den Tod eines Bolschewiken tausend Burschuis ihr Leben hingeben müssen.

Schließlich wird die Stadt von den weißen Truppen erobert. Vom weißen Terror ist nicht viel die Rede. Und doch gibt es auch im Tagebuch der Alexandra Rachmanowa ein Analogon zu jenen Selbstzweifeln und jenem Pessimismus, die bei Dwinger und Vegesack zu konstatieren waren. Nach der Befreiung tauchen sofort alle diejenigen Waren in Hülle und Fülle auf, die man unter der Herrschaft der Bolschewiki so schmerzlich vermißte, und sogleich stellt sich wieder ein übersprudelndes gesellschaftliches Leben her. »Die meisten leben so wie früher, bevor die Roten herrschten, und an die Front denkt niemand, alle haben sich beruhigt.« War es da nicht folgerichtig, daß die reichen Verwandten in Irkutsk ihr und ihrer Familie keine nennenswerte Hilfe zukommen ließen und sogar ein Ende des Weißen Regimes herbeiwünschten, als sie am Ziel des schrecklichen Rückzugs der Weißen Armee angekommen ist? Sogar aus Alexandra Rachmanowas Buch resultiert die Frage: Hatte das russische Bürgertum, hatte die russische Intelligenz ihr furchtbares Schicksal am Ende verdient, hatte sie es nicht mindestens zu einem großen Teile mitverschuldet?[19]

Kein einziges der vier Bücher ist eine bloße Parteischrift. Im Grunde zeichnen alle vier, einschließlich Scholochows, ein übereinstimmendes Bild von den Schrecken dieser großen Umwälzung, aber auch von ihren tiefen Ursachen. Auffallend ist, daß fast nirgendwo Juden vorkommen, mit Ausnahme einiger Szenen bei Scholochow; offensichtlich ist keiner der Autoren der Meinung, derartige Ereignisse seien durch die Aktionen einer einzelnen ethnischen Gruppe zu erklären.[20]

Wenn man das Ganze dieser Grunderfahrungen und Grundemotionen zu überblicken sucht, dann drängt sich die Feststellung auf, daß die Erfahrungen, die der Arbeiterbewegung zugrunde lagen und die von der Sowjetunion in ihren kriegsbedingten Abwandlungen als Basis ihres Selbst- und Fremdverständnisses übernommen oder angeeignet wurden, eine große Anzahl von Menschen stärker und nachhaltiger bestimmten, als es irgendeine andere Grunderfahrung der Zeit tat. Die *Klassenlage* der einfachen Arbeiter war eine überwältigende Realität, und die Konsequenz des »Anfrufs zum Klassenkampfs« konnte zwingend erscheinen, obwohl sie nicht ohne Alternative war. Wenn *Bürgertum* darin besteht, diese Klassenlage der physisch erschöpfenden Handarbeit, der unzureichenden Bezahlung, des Ausgeschlossenseins von Bildung und Kultur nicht oder nur ansatzweise zu teilen, dann konnten sich im Bürgertum nicht ebenso starke und verbreitete Grundemotionen entwickeln wie unter den Arbeitern, und die Politik der Wilhelminischen Zeit ist ein anschaulicher Beweis dafür.

Aber die machtvolle Realität dieser Klassenlage war gerade in der *bürgerlichen Gesellschaft* nichts Unwandelbares und Überhistorisches, so langsam die Veränderungen sich vollziehen mochten, und es konnte für jene Emotionen nicht ohne Folgen bleiben, wenn *Hunger* für sehr viele Arbeiter allenfalls noch eine Metapher war, wenn die Arbeitszeit gesetzlich begrenzt wurde und wenn zahlreiche Möglichkeiten des Erwerbs von Wissen und Bildung sich eröffneten. Dann mußten die Revolutionäre, die an den alten Konzepten festhielten, in ihrer Polemik gegen die Reformisten viel schriller werden, und die Bürger mußten weit tiefer erschrocken sein, zumal wenn ein Weltkrieg und die Revolution in einem benachbarten, bis dahin sowohl gefürchteten wie geringgeschätzten Lande völlig neue Tatbestände schufen.

Selbst wenn man annahm, daß das russische Bürgertum und die russische Intelligenz ihr Schicksal selbst herbeigeführt und also verdient hätten: Ließ sich wirklich erwarten, daß sich nirgendwo innerhalb des so ausgedehnten und vielgestaltigen deutschen Bürgertums ein entschiedener Wille zur präventiven Gegenwehr entwickeln und verbreitete Sympathien finden würde? Was ganz unähnlich schien, mochte sich nun viel ähnlicher werden; starke und einheitliche Emotionen mochten der Zerspaltung unterliegen, schwache und zerstreute Gegenemotionen mochten sich konzentrieren. Dem Glauben

der Arbeiterbewegung, der durch Entwicklungen und Ereignisse so sehr tangiert worden war, daß er nun für viele zum Eigentum einer *russischen* Partei geworden zu sein schien, mochte ein Gegenglaube gegenübertreten, der Feier eine Gegenfeier, dem Selbst- und Fremdverständnis ein entgegengesetztes Selbst- und Fremdverständnis. Die Herrschaft des Glaubens in Rußland konnte dann gerade auf die Zurückgebliebenheit der Verhältnisse zurückgeführt werden und die Macht des Gegenglaubens in Deutschland auf deren Fortschrittlichkeit. Eine Verwischung der klaren Linien und eine Verkehrung der Verhältnisse mußte die Folge sein.

Ein Unterschied aber blieb immer deutlich sichtbar, und er war wesentlich. In der nationalsozialistischen Literatur wurde der kommunistische und sowjetische Gegner angeklagt und bekämpft, aber er wurde nicht verspottet, weil er zu viel beängstigten Respekt genoß, auch dann, wenn es ratlosen Zorn hervorrief, daß eine beträchtliche Anzahl von Deutschen die Sowjetunion für ihr Vaterland erklärten. Anders erging es dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich von seiten der kommunistischen und selbst der linksliberalen Schriftsteller bzw. Propagandisten, ob sie nun in Deutschland oder in der Emigration oder in der Sowjetunion sich befanden: Hitler und das Dritte Reich waren lange Zeit mehr Spottbild als Schreckbild. Folgendermaßen parodierte Bertolt Brecht das Horst-Wessel-Lied:

> Hinter der Trommel her trotten die Kälber
> Das Fell für die Trommel liefern sie selber.
> Der Metzger ruft. Die Augen fest geschlossen.
> Das Kalb marschiert mit ruhig festem Tritt.
> Die Kälber, deren Blut im Schlachthof schon geflossen
> Sie ziehn im Geist in seinen Reihen mit.[21]

Ob dieser rationalistische Spott sich gegenüber der Entfesselung irrationaler Kräfte als stärker erweisen würde, stand dahin; ob er nicht selbst auf einem irrationalen Grunde von Annahmen und Hoffnungen ruhte, war eine noch unentschiedene Frage, aber alles sprach dafür, daß in der Kultur die Unterschiede der beiden Bewegungen und Regimes noch stärker hervortreten würden.

5. *Die politisierte Kultur*

Auf dem Höhepunkt der europäischen Weltvorherrschaft, zwischen 1875 und 1900, erfreute sich kaum ein Begriff höherer Schätzung als derjenige der Kultur: Die Gemeinschaft der Kulturstaaten war dabei, die zurückgebliebenen Gebiete der Erde auf eine höhere Kulturstufe zu heben, und Nietzsche zählte

sich und seinesgleichen zu den »eximierten Kulturmenschen«. Kultur bedeutete die Gesamtheit der *höheren* Lebensäußerungen, die freilich längst nicht mehr, wie in der mesopotamischen oder griechischen oder mittelalterlichen Hochkultur von einer religiösen Grundeinstellung getragen war und ein gemeinschaftliches Wissen oder Glauben über das Weltall und den Weltgrund sowie das richtige Leben der Menschen in sich schloß. Seit dem Beginn der Neuzeit war sie vielmehr in eine Anzahl relativ autonomer Teilbereiche wie Religion, Philosophie, Wissenschaft und Kunst auseinandergetreten, die sich in sich selbst weiter differenzierten. Was den einen als Kulturfortschritt galt, mochte den anderen freilich als beklagenswerte Auflösung jenes gemeinsamen Lebensverständnisses erscheinen, in dem alle Glieder eines Volkes oder einer Nation ihre Einheit haben. Aber weder die Lobredner noch die Kritiker der »zeitgenössischen Kultur« würden um 1900 eingeräumt haben, daß auch nur eine einzige Erscheinungsform der Kultur vollständig der Politik untergeordnet sei, und gerade die Marxisten hatten die Absicht, die Kultur aus den politischen Zwängen zu befreien, denen sie in der kapitalistischen Gesellschaft *noch* unterliege.

Rußland freilich befand sich unter den europäischen Kulturstaaten in der eigenartigsten Lage. Die großen Leistungen seiner Kultur wie etwa die Werke Puschkins, Dostojewskis und Tolstojs standen in keiner Weise hinter den größten Werken der westlichen Kultur zurück und fanden in Berlin und Paris, in Wien und London hohe Anerkennung. Es handelte sich in großen Teilen um eine selbstbewußte Kultur, um die Kultur der führenden Schicht einer der Weltmächte, welche sogar einen missionarischen Anspruch erhob und als das »Dritte Rom« gelten wollte. Aber die Träger dieser Kultur waren so gut wie ausnahmslos von dem Bewußtsein geprägt, daß sie an Zahl nur gering waren und daß die endlosen Landgebiete des Reiches in den Augen ihrer westlichen Partner von Kulturlosigkeit erfüllt, d. h. von vielen Millionen analphabetischer Bauern bewohnt waren. Andererseits waren diese Bauern in ihrer orthodoxen Gläubigkeit und in ihrer Zarentreue eine Realität, die man der *westlichen* Glaubenslosigkeit und Zerspaltenheit auch mit positivem Akzent gegenüberstellen konnte. So war das russische Geistesleben weitaus mehr als das deutsche oder gar das französische vom Kampf um den eigenen Weg bestimmt, von Verzweiflung ob der eigenen Kulturlosigkeit und Zurückgebliebenheit auf der einen Seite und von dem stolzen Selbstbewußtsein eines einheitlichen und in der Religion verwurzelten Daseins auf der anderen. Aber nicht wenige der *Westler* machten sich das missionarische Bewußtsein und das Überlegenheitsgefühl ihrer Gegner zu eigen, und viele der Slawophilen entwickelten sich zu *Volkstümlern*, welche sich auf schroffe Weise gegen die Selbstherrschaft und die orthodoxe Religion wandten.

Aber auch der europäische Sozialismus war durch die Kritik an Liberalis-

mus, Individualismus, Vereinzelung und Entfremdung geprägt, und eigenartige Synthesen oder Synkretismen wurden vorstellbar. Ein Westler wie der Literaturkritiker Belinski schrak nicht vor der Forderung zurück, Hunderttausende von Parasiten und Reaktionären aus dem Wege zu räumen, um den Millionen der einfachen Menschen ein glückliches Leben zu verschaffen;[1] die Mitglieder der Hocharistokratie Bakunin und Kropotkin wurden zu Gründervätern des Anarchismus in Europa und faßten zugleich für Rußland eine hervorstechende, dem Westen entgegengesetzte Rolle ins Auge. Die Sehnsucht nach Ganzheit des Lebens sowie gegen die Atomisierung und die individualistische Habgier im Westen bildete mithin einen gemeinsamen Grundzug fast der gesamten russischen Intelligenz. Die einzigen, die jede Art von Sonderweg für Rußland entschieden ablehnten, schienen die Marxisten um Plechanow zu sein, aber unter scharfblickenden Beobachtern kamen schon früh Zweifel auf, ob Lenins intoleranter Dogmatismus und sein Haß gegen alles *Kleinbürgerliche* ihn und seine Gruppe nicht doch in die Nähe Bakunins und sogar der Slawophilen rückten.

So war die russische Kultur vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in höherem Maße *politisch* als etwa die deutsche oder die englische; die Bezirke der *reinen Kunst* und der *objektiven Wissenschaft* waren kleiner; aber es handelte sich gleichwohl nicht um eine Kultur, die ausschließlich an der Forderung des Nachholens und der Vernichtung unmoderner Verhältnisse orientiert gewesen wäre. Alle Tendenzen der europäischen Kunst und der europäischen Wissenschaft fanden in Rußland ein starkes und produktives Echo: Symbolismus und Futurismus, Kubismus und Konstruktivismus, Empiriokritizismus und Pragmatismus, Positivismus und Lebensphilosophie besaßen in den Ateliers, Akademien und Universitäten Petersburgs und Moskaus nicht weniger eine Stätte als in den Metropolen der westlichen Welt.

Die Revolution der Bolschewiki stellte alle Künstler und alle Wissenschaftler vor eine grundlegende Entscheidung: die Entscheidung der Zustimmung oder Ablehnung, der Mitwirkung oder der Emigration. Alle *reine* Kunst und alle *reine* Wissenschaft wurden wie von einem Sturm hinweggefegt, und sei es nur deshalb, weil ihre Vertreter nicht mehr wußten, wo sie ihr tägliches Stückchen Brot hernehmen sollten. Schriftsteller und Dichter kämpften in den roten Armeen, und andere Dichter und Schriftsteller folgten auf der Seite der Weißen; Gelehrte und Professoren erklärten sich für die eine oder die andere Seite, und wenn sie zu den Verlierern gehörten, suchten sie meist im Ausland Zuflucht. Dennoch waren die ersten Jahre nach dem Bürgerkrieg für die russische Kultur eine bewegte und lebendige Zeit. Der berühmteste der Symbolisten, Alexander Blok, rühmte die Revolution, und der bekannteste der Futuristen, Wladimir Majakowski, machte sich sogar zu ihrem Vorkämpfer. (Sein Vorbild und Lehrer, Filippo Tommaso Marinetti, wandte sich um

die gleiche Zeit dem Faschismus zu.) Konstruktivisten und Kubisten gaben ihre Richtung für die eigentliche revolutionäre Kunst aus und führten mit gleicher Entschiedenheit ihre Angriffe gegen alles *Alte, Überlebte* und *Bürgerliche*. Majakowski brachte in seiner Dichtung »150 Millionen« den Mythos des neuen Kollektivismus am wirkungsvollsten zu Wort:

Nieder mit der Welt der Romantik!
Nieder mit den defätistischen Klagepsaltern!
Dem pessimistischen Väterglauben!
Nieder mit dem Besitzwahn, in welcher Gestalt auch! ...
Den Almosenspendern, Nabelbeschauern,
Die Axt ihnen über die Glatze tanzen lassen!
Erschlagen! Erschlagen!!
Bravo: und Schädelschalen sind gut zu Aschenbechern.
Neue Mythen hinschleudern wir,
Aufzünden wir eine neue Ewigkeit ...
Sammelt euch!
Tretet heraus aus der Jahrtausende Dunkel!
Gleichschritt! Marsch! ...
Rache ist der Zeremonienmeister.
Hunger der Ordner.
Bajonett, Browning, Bombe ...
Vorwärts! Tempo![2]

Von diesem Feueratem der Abstreifung des Alten, der Eroberung des Neuen, des Eintauchens in das befreiende Kollektiv, der Auflösung aller künstlichen Trennungen, des Aufbaus einer neuen Lebenseinheit waren damals inmitten der größten materiellen Not zahlreiche Dichtungen erfüllt, viele Gemälde inspiriert, nicht wenige Entwürfe für monumentale Bauwerke durchdrungen. Jetzt wurde möglich, was es in Europa nie gegeben hatte, daß einer der führenden Staatsmänner, nämlich Leo Trotzki, auf ebenso geistvolle wie kenntnisreiche Weise zu den Gedichten und Romanen der neuen *proletarischen Dichter*, aber auch der *Weggenossen* aus der alten Intelligenz, der *Poputschiki*, Stellung nahm: zu den Insulanern und zu den Serapionsbrüdern, zu den »Schmieden« und zu den Futuristen, zu Andrej Belyi und zu Alexander Blok, zu Wladimir Majakowski und zu Boris Pilnjak. Und in eben diesen Aufsätzen über »Literatur und Revolution« von 1924 formulierte der Kriegskommissar ein Glaubensbekenntnis, das in seinem grenzenlosen Vertrauen auf die Wissenschaft und in seinem unbändigen Aktivismus das wohl extremste und doch symptomatische Zeugnis jenes Idealismus war, der dem »Historischen Materialismus« zugrunde liegt: »Der sozialistische Mensch will und wird die Natur in ihrem ganzen Umfang einschließlich der Auer-

hähne und der Störe mit Hilfe von Maschinen beherrschen ... Der Mensch wird, wenn er seine Wirtschaftsordnung rationalisiert, d. h. mit Bewußtsein erfüllt und seinem Vorhaben unterworfen hat, in seinem gegenwärtigen trägen und durch und durch verfaulten häuslichen Alltag keinen Stein auf dem anderen lassen ... Das Menschengeschlecht wird doch nicht darum aufhören, vor Gott, den Kaisern und dem Kapital auf allen vieren zu kriechen, um vor den finsteren Vererbungsgesetzen und dem Gesetz der blinden Geschlechtsauslese demütig zu kapitulieren ... Der Mensch wird sich zum Ziel setzen, seiner eigenen Gefühle Herr zu werden, seine Instinkte auf die Höhe des Bewußtseins zu erheben, sie durchsichtig klar zu machen, mit seinem Willen bis in die letzten Tiefen seines Unbewußten vorzudringen und sich so auf eine Stufe zu erheben – einen höheren gesellschaftlich-biologischen Typus, und wenn man will – den Übermensch zu schaffen ... Der durchschnittliche Menschentyp wird sich bis zum Niveau des Aristoteles, Goethe und Marx erheben. Und über dieser Gebirgskette werden neue Gipfel aufragen.«[3]

Ganz gingen diese enthusiastischen Hoffnungen, diese Aufschwünge, diese mitreißenden Zielsetzungen in der sowjetischen Kultur nie verloren. Aber schon ihre überzeugendsten Anfänge waren doch von der ungeheuren Kluft zu der armseligen und grauen Realität gekennzeichnet, die in den unendlichen Weiten Rußlands vorherrschte und die gegenüber der Vorkriegszeit so unverkennbar eher Absturz und bestenfalls Stagnation darstellte. Und weder das eine noch das andere ließ sich mit Subtilität, gesellschaftlicher Kultur und akademischer Alltagsarbeit verbinden. Die feineren Geister wie Anna Achmatowa oder Boris Pasternak zogen sich in die Verborgenheit zurück, soweit sie nicht in die Emigration gingen, die *alten Professoren* wurden mehr und mehr verdrängt und durch den schlecht ausgebildeten Nachwuchs aus dem »Institut der Roten Professur« ersetzt. Im Zuge der Säuberung der Universitäten von fremden und feindlichen Elementen wurde es möglich, daß die GPU einen Professor beschuldigte, er habe klare Sabotage betrieben, da er 500 Rubel staatlicher Gelder verbraucht habe, um ein Exemplar des Igorliedes zu erwerben, jenes »Denkmals des fürstlichen Chauvinismus des 12. Jahrhunderts«. Ein Mediziner wurde angegriffen und aus seiner Position entfernt, weil er die »inkorrekte Meinung« vertreten hatte, die Kindersterblichkeit sei in der Sowjetunion nur leicht zurückgegangen, und man dürfe den Faktor der Erblichkeit nicht völlig außer acht lassen.[4]

Eine staatliche Zensurbehörde, »Glavlit«, war schon zu Beginn der zwanziger Jahre eingerichtet worden und wachte mit Argusaugen darüber, daß keine *Staatsgeheimnisse* oder *feindliche Ansichten* in die Presse gelangten; der Staat war von Anfang an der einzige Verleger. Daß alle Erziehungs- und Kunsttätigkeit vom Geist des Klassenkampfes durchdrungen sein müsse und daß es

reine Wissenschaft nicht geben könne, galt als selbstverständlich. Immerhin war es noch jahrelang möglich, daß die »Assoziation proletarischer Schriftsteller« eine direkte Parteieinwirkung auf die Literatur ablehnte und daß hochstehende Literaturzeitschriften wie Woronskijs *Rotes Neuland* oder das Magazin *Lef* der »Linken Front« sich der schlichten Identifizierung von Kunst und Politik widersetzten.[5]

Aber nach dem Beginn des Fünfjahresplans verloren nicht nur die Wissenschaftler die letzten Möglichkeiten individueller und abweichender Fragestellungen, sondern es wurden auch die bis dahin noch recht vielfältigen Schulen von Künstlern und Schriftstellern ihrer Autonomie beraubt und strikt auf den Dienst an dem Aufbau des Sozialismus beschränkt. Die »Assoziation der Proletarischen Schriftsteller« wurde aufgelöst und ein einheitlicher Schriftstellerverband geschaffen; unter Berufung auf einen Artikel Lenins aus dem Jahre 1905, in dem es geheißen hatte, alle sozialdemokratische Literatur müsse Parteiliteratur werden[6], wurde nun durch Dekret des Zentralkomitees festgelegt, daß der verschärfte Klassenkampf keinerlei Neutralität zulasse; »Kulturarmeen« zogen in »Kulturfeldzügen« durch das Land, um die immer noch sehr hohe Rate von Analphabeten herabzudrücken. Unter Mitwirkung Gorkis wurde mit dem sozialistischen Realismus eine neue Norm geschaffen, die sich durch Parteilichkeit und Volkstümlichkeit auszeichne und das Typische in dem Sinne zum Gegenstand mache, daß sie nicht das zufällig Wirkliche schildere, sondern das in der Gegenwart bereits Zukünftige und insofern Normale darzustellen habe.[7]

Jetzt entstanden Romane wie Scholochows »Neuland unter dem Pflug«, wo ganz im Gegensatz zum »Stillen Don« die positiven und die negativen Helden auf das genaueste unterschieden waren, Nikolaj Ostrowskijs »Wie der Stahl gehärtet ward«, dessen Kompositionstypus man mit dem Aufbau byzantinischer Heiligenviten verglichen hat[8], oder Gladkows »Energie«, wo die Wiedergabe von Produktionsprozessen wichtiger zu sein scheint als die Schilderung lebendiger Menschen. Majakowski beging im April 1930 Selbstmord. Aus den Gemälden verschwand alles Gewagte, Gegenstandslose oder Konstruktivistische: Fröhliche Stoßarbeiter schmieden das Eisen, Kolchosbäuerinnen fahren hinter einem Raupenschlepper singend zur Feldarbeit, kräftige Mädchen helfen beim U-Bahn-Bau, und kampfbereite Matrosen stehen vor den Kanonentürmen ihrer Schlachtschiffe. So war die Kultur mit allen ihren Bereichen in der Stalinschen Sowjetunion der dreißiger Jahre tatsächlich wieder zum distanzlosen Teil des gesellschaftlichen Ganzen geworden, zur Dienerin innerhalb der einen großen Aufgabe der Produktion, die sicherlich ein Nachholen war und doch zugleich ein Überholen sein wollte, die ein altertümliches Agrarland zu einem modernen Industriestaat machte und die doch im Exklusivismus ihrer Selbstpreisung von allen anderen Industriestaaten

grundverschieden war und eben deshalb als Militärmacht um so bedrohlicher erscheinen mußte.

Die nationalsozialistische Kulturpolitik begann gegen Ende der zwanziger Jahre mit dem Angriff gegen diejenigen, die in der Sowjetunion um die gleiche Zeit unter Beschuß gerieten, nämlich die sogenannten »Kulturbolschewisten«, und sie postulierte die Pflege dessen, was wenig später auch in der Sowjetunion gepflegt wurde: der volkstümlichen Kunst mit ihren Wurzeln in der nationalen Geschichte. Das Aufbaupathos konnte es natürlich noch nicht geben, und für »Kulturfeldzüge« zwecks Bekämpfung des Analphabetismus gab es in Deutschland keine Veranlassung. Die nationalsozialistische Kulturpolitik war daher bis zum Ende der Weimarer Republik von derjenigen der Deutschnationalen kaum zu unterscheiden.

1929 gründete Alfred Rosenberg den »Kampfbund für deutsche Kultur«, der gegen »Kulturverfall« und für eine »seelische Wiedergeburt« der Deutschen zu Felde zog. Die künstlerische Avantgarde wurde dabei durchweg mit »bolschewistischem Chaos« gleichgesetzt: Le Corbusier nannte man den »Lenin der Architektur«, und das Bauhaus wurde als »Bastille des Feindes mitten im deutschen Vaterland« bezeichnet.[9] Der Architekt und Kunsthistoriker Schultze-Naumburg äußerte sich in zahlreichen Vorträgen über den Kampf der Weltanschauungen in der Kunst und verglich dabei Werke von Nolde, Barlach, Heckel und Hofer mit Fotos von körperlichen Mißbildungen und von »rassischen Entartungen«. Wilhelm Frick brachte als Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen Erlasse wie »Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum« heraus, und er berief den Rasseforscher Hans F. K. Günther gegen den Willen der Fakultät auf einen Lehrstuhl in Jena.

Es war daher konsequent, daß er die Moderne aus dem Weimarer Schloßmuseum aussondern ließ: Feininger, Kandinsky, Klee, Barlach, Kokoschka, Marc und andere durften nicht mehr gezeigt werden. Im gesamten Reichsgebiet übte der Literaturhistoriker Adolf Bartels beträchtlichen Einfluß aus, dessen weitverbreitete »Geschichte der deutschen Literatur« so etwas wie eine Jagd auf Juden und »Geistesjuden« war. Nicht eben selten ertönte der Ruf nach einer »nationalen Diktatur in Kunstsachen«.

1933 wurde auch diese Forderung rasch verwirklicht. An vielen Stellen wurden »Kunstkommissare« eingesetzt, unter ihnen Hans Hinkel, der spätere »Reichskulturwalter« im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Schon Anfang April wurde in Karlsruhe eine große Ausstellung eröffnet, die den Titel »Regierungskunst von 1918 bis 1933« trug und u. a. Maler der »Brücke«, des »Blauen Reiters« und jüngere Expressionisten durch das bloße Zeigen anzuprangern versuchte. Die Sektion Dichtung der Preußischen Akademie der Künste wurde einer Art *großer Säuberung* unterzogen: Heinrich und Thomas Mann, Käthe Kollwitz, Alfred Döblin, Rudolf Pannwitz, Franz

Werfel u.a. schieden aus und gingen großenteils in die Emigration.[10] Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« gab die Handhabe zur Entlassung des gesamten Bauhausstabes; von den großen Musikern verließen Arnold Schönberg, Bruno Walter, Otto Klemperer, Fritz Busch u.a. Deutschland. Wilhelm Furtwängler versuchte, sich vor die jüdischen Musiker zu stellen und schrieb im April 1933 an Goebbels, er erkenne nur einen Trennungsstrich letzten Endes an, nämlich denjenigen zwischen guter und schlechter Kunst, aber der Minister antwortete ganz so, wie auch Lenin sich hätte ausdrücken können: »Kunst im absoluten Sinne, so wie der liberale Demokratismus sie kennt, darf es nicht geben.«[11] Am 10. Mai zogen lange Kolonnen deutscher Studenten auf den Plätzen vieler deutscher Städte auf, um eine große Bücherverbrennung vorzunehmen, und in Berlin hielten Joseph Goebbels sowie der neue Ordinarius für politische Pädagogik Alfred Baeumler leidenschaftliche Reden gegen die intellektuelle Zersetzung, die 14 Jahre lang Deutschland beherrscht habe. Verbrannt wurden u.a. Bücher von Sigmund Freud, Friedrich Wilhelm Foerster, Karl Marx, Erich Maria Remarque; einige der »Feuersprüche« lauteten folgendermaßen: »Gegen Dekadenz und moralischen Verfall. Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.« – »Gegen seelenzerfressende Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele. Ich übergebe der Flamme die Schriften von Sigmund Freud.« – »Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geiste der Wahrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Erich Maria Remarque.«[12] Der Germanist Hans Naumann interpretierte das Ereignis in Bonn mit den Worten: »Wir schütteln eine Fremdherrschaft ab, wir heben eine Besetzung auf«, und Alfred Baeumler sagte in Berlin, der Nationalsozialismus bedeute geistig »die Ersetzung des Gebildeten durch den Soldaten«.[13]

Nun hatten Verbrennungen von Schriftstücken und Büchern, aber auch von Puppen politischer Figuren nicht etwa nur in Deutschland, sondern ebenfalls in England eine lange und überwiegend *fortschrittliche* Tradition, von Martin Luther bis zum Wartburgfest und bis zur Verbrennung von symbolischen Strohpuppen in der Zeit des Chartismus. Einige der gebrandmarkten Autoren waren auch in der Sowjetunion für den gewöhnlichen Leser unzugänglich, wo das »Komitee für Volksbildung« in den frühen zwanziger Jahren sogar Platon und Schopenhauer indiziert hatte und wo in den öffentlichen Bibliotheken große Sonderabteilungen eingerichtet worden waren, die unerwünschte Literatur verwahrten. Aber in Berlin war die gesamte Weltpresse versammelt, und deren Korrespondenten unterlagen nicht der Vorzensur, die es den westlichen Berichterstattern in Moskau schon 1925 von vornherein nicht geraten erscheinen ließ, über die mutigen und scharfen Worte zu

berichten, mit denen der deutsche Student Kindermann im sog. »Studentenprozeß« den Richtern entgegengetreten war. So wurde dasjenige in der ganzen Welt als »mittelalterlich« angeprangert, was im Kern eine Konsequenz des antiliberalen Totalitarismus war, und das nationalsozialistische Deutschland zog eine schwere geistige Niederlage auf sich, weil es noch weitaus zugänglicher und offener war als die Sowjetunion. Der unverkennbare Konservativismus, der sich mit seinem Respekt vor der Wehrmacht im Hinblick auf Aufrüstung und Kriegsbereitschaft als vorteilhaft erwies, trug in dieser spektakulären und radikalisierten Gestalt dem Nationalsozialismus sogar unter den konservativsten Engländern nur Befremden ein, gerade weil Deutschland noch fraglos als Teil der europäischen Kulturgemeinschaft galt.

Die Zeit bis Anfang 1934 war allerdings ein Übergangsstadium, und es wurde wesentlich durch die Rivalität zwischen Goebbels und Rosenberg möglich gemacht, von denen der erste liberaler oder weniger dogmatisch war. Von seiten einiger Exponenten des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes wurde versucht, den Expressionismus als deutsche Bewegung zu retten, und man konnte ja in der Tat auf Hanns Johst verweisen, der einst als Künstler neben Johannes R. Becher gestanden hatte, aber inzwischen – wie Becher auf der Gegenseite – vorwiegend ein Vorkämpfer der Partei sein wollte und den berüchtigten Satz aussprach, wenn er das Wort »Kultur« höre, ziehe er seinen Revolver.[14] Die Reste der nationalsozialistischen Linken polemisierten ihrerseits heftig gegen die Kunstreaktion und verlangten eine vollständige, auch die Kunst verwandelnde Revolution. Hitler selbst sprach sich sowohl gegen den völkischen Dogmatismus wie gegen die avantgardistische Moderne aus. Die wichtigste organisatorische Basis für die nationalsozialistische Kultur wurde schon am 22. September 1933 geschaffen: Das Reichskulturkammergesetz machte die Ausübung von Kunst mindestens tendenziell zu einem Amt des völkischen Staates. Die einzelnen Kammern wie etwa die »Reichsschrifttumskammer« und die »Reichskammer der bildenden Künste« legten als Zwangszusammenschlüsse ihren Mitgliedern eine rigorose Disziplin auf; der Verlust der Mitgliedschaft war mit Berufs-, ja Arbeitsverboten identisch; das bekannteste Opfer war Ernst Barlach. Die wichtigsten parteiamtlichen Instanzen, die sich mit der Kultur befaßten, waren die Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP unter Alfred Rosenberg und die »Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums« unter dem Reichsleiter Philipp Bouhler. Sie können mit »Glavlit« und teilweise auch mit der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation verglichen werden, während die Reichsschrifttumskammer dem Schriftstellerverband entsprach.

Ab Anfang 1934 existierte dann offiziell nur noch die »NS-Kunst« neben dem großen Bereich unpolitischer Unterhaltung. Aber da immer noch zahl-

reiche private Verlage tätig waren, konnten auch viele nichtkonforme Autoren ihre Werke weiterhin veröffentlichen, sofern sie nicht auf unübersehbare Weise gegen das Regime Stellung bezogen. Die unbestrittene Vorherrschaft hatte aber die »volkhafte Dichtung«, in der Bauernromane einen hervorstechenden Platz einnahmen. Neben der »Blut- und Boden«-Dichtung standen die Darstellung des positiven Kriegserlebnisses bei Werner Beumelburg, P. C. Ettighofer und Hans Zöberlein, die Mythisierung der deutschen Geschichte bei Hans Friedrich Blunck und Wilhelm Schäfer, der Volkstumskampf bei Hans Grimm und Wilhelm Pleyer, die Deutschtumsmetaphysik bei Erwin Guido Kolbenheyer.[15] Als »Sieg des allerplattesten Landes« ist diese Literatur dennoch nur unzureichend charakterisiert: Die Anknüpfung an bedeutenden Figuren wie Stefan George, Ernst Jünger und Gerhart Hauptmann war an vielen Stellen offensichtlich. Man sollte besser sagen, daß *eine* Hauptendenz der deutschen Literatur herauspräpariert wurde, die sich eben dadurch zu Unfruchtbarkeit oder Isolierung verdammte, wie sich besonders anschaulich am Beispiel Gottfried Benns zeigte, der das Dritte Reich erst begrüßt hatte und dann die innere Emigration in der Wehrmacht wählen mußte. 1938 zählte die innerdeutsche Literatur im Weltrahmen ebensowenig mit wie die Literatur des »sozialistischen Realismus«: Sie wollte *nur* noch deutsch sein, und es erwies sich auch an ihr, daß Literatur als solche aus *einer* Wurzel nicht zu leben vermag.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in der bildenden Kunst. Hier war Hitlers Interesse wesentlich stärker. Mit negativer Zwecksetzung ließ er die Ausstellung »Entartete Kunst« aufbauen, die eine »Ausstellung von ›Kulturdokumenten‹ des Bolschewismus« sein sollte und auch tatsächlich unter den zahlreichen Besuchern viel aufrichtige Empörung weckte. Eine positive Wirkung sollten die »Großen deutschen Kunstausstellungen« ausüben, die Hitler im Münchener »Haus der deutschen Kunst« meist selbst eröffnete: Da waren neben vielen Stilleben die Bauernromantik von Sepp Hilz, der Aktnaturalismus Adolf Zieglers sowie die Monumentalplastik Josef Thoraks und Arno Brekers versammelt, und ein kurioses Beispiel des Führerkultes war der »Bannerträger Hitler« von Hubert Lanzinger, wo Hitler in Ritterrüstung dargestellt war. Alles Schwierige, Komplizierte und Überraschende war verschwunden, überall herrschten simple Linien für ein Reich von tausend zeitlosen Jahren.[16]

Im Gebiet des Theaters waren die »Thing-Stätten« als ein eigenständiger nationalsozialistischer Versuch anzusehen. Auch hier lag wie in den Moskauer Experimenten Meyerholds die Absicht vor, die Trennung von Künstlern und Publikum aufzuheben. 1933 wurde auf diese Weise erstmals die »Deutsche Passion« von Richard Euringer aufgeführt. Aber der Übergang zur heidnischen Symbolwelt gelang nicht, und 1937 kam das Experiment an sein

Ende. Das Theater der nationalsozialistischen Zeit blieb im wesentlichen *bürgerliches Bildungstheater*, das in Hermann Göring seinen wichtigsten Protektor und in Gustaf Gründgens seinen berühmtesten Schauspieler hatte.

Ganz anders lagen die Dinge in der Baukunst. Sie wurde von Hitler als sein eigenstes Gebiet betrachtet. Ungeheure Pläne für die Umgestaltung Berlins wurden im Auftrag Hitlers von Albert Speer entworfen, die an Monumentalität entsprechenden Plänen der sowjetischen Frühzeit nicht nachstanden; das Nürnberger Parteitagsgelände wurde immerhin teilweise vollendet. Die Neue Reichskanzlei und das Haus der deutschen Kunst waren klassizistisch, die Ordensburgen düster-drohend, während das Modell der »Hohen Schule« allenfalls das Prädikat »geistlos-monumental« verdient. Die späteren Entwürfe für Totendenkmäler in der russischen Steppe waren Albträume quasiorientalischer Maßlosigkeit. Das »nationalsozialistische Bauwollen« ist ohne den Hintergrund der Kulturkritik und ohne den Willen zur Aufhebung der modernen Entfremdung nicht zu verstehen, aber es realisierte gerade das Gesetz aller großen Despotien.[17]

Diese Atmosphäre war für Philosophie und Wissenschaft besonders lähmend. Aber auch hier erfolgte nicht etwa ein bloß äußerer Einbruch. Die alte Entgegensetzung von Philosophie und Wissenschaft war seit dem Beginn des Jahrhunderts bis zum Antiszientismus fortgebildet worden. Der bedeutendste Philosoph Deutschlands schlug sich ebenso auf die nationalsozialistische Seite wie der bekannteste Jurist. Allerdings dachte Heidegger schon 1934 um, und auch Carl Schmitt wurde der Partei am Ende verdächtig. In den Fachwissenschaften fand sich eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten für den Nationalsozialismus, obwohl die Professoren nur zu einem sehr geringen Teil Nationalsozialisten waren. Aber selbst ein Mann wie Eduard Spranger begrüßte die Befreiung von Marxismus und Psychoanalyse, und Karl Jaspers' »Geistige Situation der Zeit« von 1930 war schwerlich geeignet, junge Leser vom Nationalsozialismus wegzuführen, da die Schrift dem Geist der konservativen Revolution nahestand. Die Germanisten und die Historiker befanden sich seit den frühesten Weimarer Zeiten ganz überwiegend auf der *nationalen* Seite, und wenn sie bis 1933 eher ein Gegengewicht zu den vordringenden Sozialwissenschaften gebildet hatten, so schienen sie jetzt völlig unangefochten das Feld zu beherrschen. Der größte Anteil von jüdischen Professoren war in den unpolitischen Fächern wie der Medizin und den Naturwissenschaften zu finden, aber auch in den noch nicht voll anerkannten Fächern wie der Soziologie und der Politikwissenschaft. Von den deutschen Gelehrten wurde sehr wenig Widerstand gegen die Entlassung oder Vertreibung ihrer jüdischen und linksorientierten Kollegen geleistet, aber ein Bruch der Solidarität war vielfach schon früher und nicht immer bloß von der einen Seite erfolgt. Von einer *braunen Universität* konnte man indessen keinesfalls spre-

chen. Zwar fand eine Art von Hochschulrevolution in der Tat statt, aber sie wurde von den Studenten initiiert, und auch hier spielten alte Motive eine Rolle, wie etwa der Kampf gegen die »Ordinarienherrschaft« und für studentische Mitbestimmung. Die Spontaneität von unten wurde jedoch bald durch straffe Autorität von oben abgelöst, denn der Rektor und die Dekane wurden jetzt zu Vorgesetzten und »Führern«. Allerdings herrschte weiterhin viel Unzufriedenheit unter den *Jungen*, die nicht durchweg jung an Jahren waren, aber eine *nationalsozialistische Wissenschaft* wollten. Dazu gehörten etwa Ernst Krieck, Alfred Baeumler und Walter Frank. Franks Angriff gegen einen der angesehensten Männer der Zunft, Hermann Oncken, den er unter der Überschrift »L'Incorruptible« im *Völkischen Beobachter* veröffentlichte, erregte wohl schon mehr Furcht als Empörung. Aber Franks »Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands« wurde gleichwohl nie zu einem Analogon des »Instituts der Roten Professur« und beschränkte sich im wesentlichen auf »Forschungen zur Judenfrage«. In der maßgebenden *Historischen Zeitschrift* wurde Friedrich Meinecke zwar als Herausgeber durch Karl Alexander von Müller abgelöst, aber auch von Müller zählte zu den etablierten Gelehrten, und Frank vermochte nicht in den Kernbereich der Zeitschrift vorzudringen, wo nach wie vor die alte fachwissenschaftliche Linie verfolgt wurde.

Der Nationalsozialismus war in der Tat dem Prinzip der Wissenschaft schroff entgegengesetzt, und wenn der Nobelpreisträger Philipp Lenard diesen Tatbestand durch den Titel seines Buches »Deutsche Physik« besonders anschaulich herausstellte, dann war der Abstand zum Begriff der »Objektivität der Wissenschaft« noch größer als bei der »Wissenschaft des Proletariats« in der Sowjetunion, denn das Proletariat erhob einen Anspruch auf Allgemeinheit und das Deutschtum nicht. Und so war es zwar objektiv ungerecht, daß viele Intellektuelle in den Ländern der westlichen Demokratien die Millionen von Opfern der Kollektivierung und der daraus resultierenden Hungersnot kaum zur Kenntnis nahmen und ihre ganze Empörung gegen das nationalsozialistische Deutschland richteten, aber unter dem Gesichtspunkt der Kultur war ihr Verhalten gerechtfertigt oder mindestens nicht unverständlich.

Ein agrarischer Staat, der unter Aufbietung aller Kräfte und mit rücksichtsloser Gewaltanwendung seine Industrialisierung durchführt, wobei er die Kultur jeder Autonomie beraubt und sie vollständig in den Dienst des obersten Zieles zwingt, mag ein schreckenerregender und für seine Nachbarn gefährlicher Staat sein. Aber eine moderne Industrienation, die an Thingstätten die Kriegstaten und Götter der Vorväter feiert – sei es auch bloß der Intention nach –, ist auch dann ein in sich unwahres, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen temporär mögliches Gebilde, wenn sie nicht zu gewalttätigen

Verfolgungsmaßnahmen greift und wenn man einräumt, daß die industrielle Gesellschaft gerade nicht-industrielle Lebensformen möglich macht.

Wenn mithin trotz der gleichartigen *Politisierung* die Unterschiedlichkeit der Regime im Bereich der Kultur besonders deutlich sichtbar ist, mag die Ähnlichkeit wieder stärker hervortreten, sobald es sich um die Grundlagen des alltäglichen Daseins handelt, um Recht und Rechtlosigkeit.

6. *Recht und Rechtlosigkeit*

Die sowjetische Auffassung vom Recht und von der Rechtlosigkeit ergibt sich aus den Grundvorstellungen, die für Lenin und seine Mitkämpfer selbstverständlich waren und aus denen sich leicht praktische Konsequenzen ableiten ließen.

Im Oktober 1920 sagte Lenin auf einem Kongreß des Komsomol: »Moralität ist das, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und der Einigung aller Werktätigen dient.«[1] Diese Definition resultiert ihrerseits aus der Zielsetzung des Sozialismus, die als »die allgemeine Entwaffnung, ewiger Friede und brüderliches Zusammenwirken aller Völker auf Erden« bestimmt wird, wie es in dem »Dekret über die Pflichtausbildung im Kriegshandwerk« vom April 1918 heißt.[2] Im Inneren des Landes mußte daher, wie der Tschekist Peters formulierte, ein systematischer Krieg gegen die Bourgeoisie geführt werden, um sie aus einer Parasitenklasse in eine Gemeinschaft von Arbeitern zu verwandeln und damit als Klasse zum Verschwinden zu bringen[3]; in der Außenpolitik mußte auf jede erdenkliche Weise der Übergang der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse gefördert und somit die internationale kommunistische Bewegung zum »Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft« gemacht werden.[4] Daher durfte die proletarische Diktatur nicht an Gesetze gebunden sein, nicht einmal an ihre eigenen, da immer wieder direkte Gewaltanwendung erforderlich werden konnte, um dem »revolutionären Rechtsempfinden« zum Siege zu verhelfen. So konnte Trotzki die »Hinrichtung« des Zaren und seiner Familie als »Schnelljustiz« bezeichnen, die Anhängern und Gegnern zeigen sollte, daß die Führer des Proletariats entschlossen waren, den Kampf unbarmherzig zu führen und nur die Alternative »Sieg oder völliger Untergang« zu akzeptieren.[5] In dieses Pathos der Säuberung der Erde von aller Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit paßten Gedichte wie das folgende von Demjan Bedny nahtlos hinein:

> Auf! Auf! Du Volk, des Erdleids Rächer
> Wacht auf, steht auf! Schlagt tot, schlagt tot!
> Schlagt all die tot, die Volksverbrecher,
> Sie all die Räuber unsres Brots.[6]

Diese Forderung mochte eine dichterische Übertreibung sein, aber das Recht der Revolution verlangte gebieterisch die Rechtlosigkeit ihrer Feinde, und Lenin verwies in einer Rede vor dem Zentralrat der Gewerkschaften nachdrücklich auf den Artikel 23 der Verfassung der RSFSR, wo es heißt, daß die Sowjetrepublik einzelnen Personen und einzelnen Gruppen die Rechte entziehe, die zum Nachteil der Interessen der sozialistischen Revolution genutzt würden, und er fuhr fort: »Wir haben offen erklärt, daß wir in der Übergangszeit, in einer Zeit erbitterten Ringens, nicht nur keine Freiheit nach rechts und links versprechen, sondern von vornherein sagen, daß wir den Bürgern, die der sozialistischen Revolution im Wege stehen, ihre Rechte entziehen werden. Und wer wird darüber richten? Richten wird das Proletariat.«[7] Aber in anderen Äußerungen machte Lenin früh mit großem Nachdruck deutlich, daß sich die revolutionäre Gewalt auch gegen schwankende und zögernde Elemente der Arbeiterklasse selbst richten müsse. Recht konnte also nichts anderes sein als der unbeschränkte Wille der Partei und mithin der Parteiführung, und Rechtlosigkeit war der Zustand, in den alle Feinde dieses Willens von Rechts wegen versetzt werden mußten. Daher gehörte auch die Tscheka in den Bereich der Rechtspflege; die »Volksrichter« waren Organe der Partei, denen keinerlei Unabhängigkeit zukam; und die Rechtlosigkeit der Feinde sparte nicht einmal die Frau des längst verstorbenen Popen aus, die aller Bürgerrechte beraubt war und keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten besaß. 1922 wurde der erste der großen Schauprozesse veranstaltet, derjenige gegen 22 Sozialrevolutionäre, und große Massen von Kindern wurden aufgeboten, die vor dem Gerichtsgebäude ihr »Tod den Sozialrevolutionären, Tod den Volksfeinden« riefen.[8] Niemals zuvor in der europäischen Geschichte hatte eine Gruppe von Menschen ihren Willen so vollständig mit dem Willen der Geschichte und mit dem Heil der Menschheit in eins gesetzt; niemals zuvor hatte eine *herrschende Klasse* ihre Interessen so unverhüllt zum obersten Kriterium des Handelns erklärt, denn sie wollte ja die letzte der herrschenden Klassen und das Vorzeichen des Endes aller Herrschaft sein. So waren denn bei dem Moskauer »Studentenprozeß« die Wände des Gerichtssaals mit Parolen wie den folgenden geschmückt: »Die Arbeiter und Bauern richten nach den Prinzipien des Klassenkampfes.« – »Das proletarische Gericht schützt die Interessen der Arbeiterschaft.« – »Das proletarische Gericht ist das Organ der revolutionären Diktatur.«[9]

Mithin konnte es kein Unrecht sein, wenn die Tscheka im schroffsten Widerspruch zu allen Prinzipien, die sich als die *rechtsstaatlichen* in langen Jahrhunderten europäischer Geschichte herausgebildet hatten, Polizei und Staatsgewalt, Richter und Henker in einem war. In einem engeren Sinne bildete sich jedoch ein Rechtswesen heraus, in welchem Gerichte und Staatsanwaltschaften besondere Behörden waren und Gesetze die Grundlage des Verfah-

rens bildeten. Aber wie wenig damit eine grundsätzliche Trennung eingeführt wurde, bewiesen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches der RSFSR von 1926.[10]

Die humanitären Zielsetzungen waren in den Versicherungen impliziert, das Gesetz fasse Maßnahmen »sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder, medizinischer oder medizinisch-bessernder Art« ins Auge und mache sich Vergeltung und Strafe nicht zur Aufgabe; daher sehe es von der Zufügung physischer Leiden oder von Verletzungen der Menschenwürde ab. Aber die »schwerste Maßnahme des sozialen Schutzes« war die Erschießung oder die »Erklärung zum Feind der Werktätigen«, die durchweg mit Vermögenskonfiskation verbunden waren. Die Vergehen, die in den 14 Absätzen des Artikels 58 beschrieben wurden, waren so gut wie ausschließlich »konterrevolutionäre« Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, und sie waren mit solcher Unbestimmtheit definiert, daß sogar der Versuch einer Schwächung der »grundlegenden Errungenschaften« der Revolution mit der Todesstrafe bedroht wurde. Aber die gleiche Strafe war laut Absatz 1 auch für Handlungen gleicher Art vorgesehen, »wenn sie gegen einen anderen – der Union der SSR nicht angehörenden – Staat der Werktätigen gerichtet sind«, und zwar »kraft der internationalen Solidarität der Interessen aller Werktätigen«. Als »Vaterlandsverrat«, der ebenfalls mit dem Tode bestraft wurde, war in Absatz 1a auch das »Überlaufen zum Feind« und die »Flucht ins Ausland« bezeichnet; ebenso wurden nach Abschnitt 3 die »Unterhaltung von Beziehungen zu einem ausländischen Staat oder zu einzelnen Vertretern desselben in gegenrevolutionärer Absicht« sowie nach Absatz 8 die »Begehung terroristischer Handlungen gegen Vertreter der Sowjetmacht oder Funktionäre revolutionärer Organisationen der Arbeiter und Bauern« geahndet. In Absatz 14 wurde sogar die »vorsätzlich unzulängliche Erfüllung bestimmter Verpflichtungen« mit Erschießung bedroht, sofern erschwerende Umstände und die Absicht gegeben waren, die Macht der Regierung und das Funktionieren des Staatsapparates zu beeinträchtigen. Aber nicht nur Handlungen wurden als Verbrechen betrachtet, sondern auch Unterlassungen, und der Absatz 1c führte die Sippenhaft bei Flucht einer Militärperson ins Ausland ein und bestrafte sogar diejenigen volljährigen Mitglieder der Familie des Verräters, die unwissend gewesen waren, mit fünfjähriger Deportation in entlegene Bezirke Sibiriens und dem Verlust der Wahlrechte. Bis 1929 war der Artikel 12 so gefaßt, daß er auch für Kinder ab 12 Jahren die Todesstrafe möglich machte, und zwar schon wegen Diebstahls. Der Absatz bezog sich offenkundig auf die »Besprisornyjs«, die verwahrlosten Kinder, die sich teilweise zu Diebesbanden zusammengeschlossen hatten, und dieser Artikel des Gesetzes läßt Behauptungen nicht unglaubwürdig erscheinen, daß die GPU solche Kinder zu vielen Tausenden administrativ beseitigt habe.

Ein so antihumanes Gesetz mit so humanitärer Begründung stand 1926 in der Welt einzig da. Und ihm folgte wenig später das Gesetz zum Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, aufgrund dessen nach dem Bericht Solschenizyns sechs Kolchosbauern erschossen wurden, weil sie eine bereits gemähte Kolchoswiese für ihre eigenen Kühe abgeheut hatten.[11] Wie hätte es in einem solchen Staate ein Streikrecht geben können, obwohl doch Lenin in seinen letzten Lebensjahren die Möglichkeit eines Interessengegensatzes zwischen den Arbeitern und den Leitern der verstaatlichten Industrie ausdrücklich anerkannt hatte? Wie hätten Unabhängigkeit der Richter oder auch nur ein Vertrauensverhältnis zwischen Angeklagten und deren Verteidigern bestehen können? Wie hätte irgendwo von *Objektivität* des Rechts und der Rechtsprechung die Rede sein können, wenn der Generalstaatsanwalt Krylenko im Jahre 1932 sogar forderte, der Neutralität des Schachspiels ein Ende zu setzen?[12]

Wer nicht nach seiner Abkunft einer »feindlichen Klasse« angehörte und sich aller »konterrevolutionären« Handlungen enthielt, dem wurden in der Stalinschen Verfassung von 1936 aber auch Rechte zugebilligt, die in den Verfassungen Europas fehlten: das Recht auf Arbeit in Artikel 118, das Recht auf Erholung in Artikel 119, das Recht auf unentgeltliche Bildung in Artikel 121. Man konnte freilich fragen, ob eine so einschneidende Veränderung der Begriffe von Recht und Unrecht sich wirklich gelohnt hatte, wenn am Ende nur einige Rechte der Staatsbürger geschaffen wurden, die sich in den westlichen Ländern auf dem Wege zur Wohlfahrtsstaatlichkeit mehr und mehr als Realität durchsetzten, abgesehen vom Recht auf Arbeit, das in der Praxis eine Pflicht zur Arbeit ist? Und noch weitaus gravierender wurden die Einwände, wenn Trotzki recht hatte, der im Oktober 1936 im *Bulletin der Opposition* – vom Ausland aus, wie sich versteht – die sozialen Verhältnisse in der Sowjetunion folgendermaßen beschrieb: »Die einen leben in Baracken und gehen in zerrissenen Schuhen, die anderen fahren in Luxusautos und leben in prachtvollen Wohnungen. Die einen kämpfen darum, ihre Familie ernähren zu können, die anderen haben Dienstpersonal, eine Datscha bei Moskau, eine Villa im Kaukasus usw.«[13] Dann hätte allerdings eine herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Identifizierung mit dem Recht auf präzedenzlose Weise gesichert, und die Rechtlosigkeit wäre gerade das Schicksal aller Werktätigen gewesen, die seit 1932 durch »Inlandspässe« kontrolliert wurden und seit 1940 für eine Verspätung von 20 Minuten mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden konnten. Oder war die Zielvorschrift des Strafgesetzbuches von 1926 ernstzunehmen, und waren alle Differenzen der Lebenslage nur temporärer Art, weil die Sowjetunion bald die kommunistische Gesellschaftsordnung errichten und die erschöpfte Weltbourgeoisie endgültig niederwerfen würde? Oder machte Stalin nur deshalb seine Macht

mit dem Recht identisch, weil sein Staat in Kürze um das nackte Überleben würde kämpfen müssen?

In Deutschland hatte der »Rechtsstaat« eine viel ältere und gefestigtere Tradition als in Rußland: Der Begriff der Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetz war seit langem mit dem Konzept der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt, der Öffentlichkeit der Rechtspflege, der richterlichen Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen sowie dem Grundsatz »nulla poena sine lege« verknüpft und dadurch zu einer Realität geworden. Nur auf diese Weise konnten die sozialen und politischen Auseinandersetzungen zugleich »veröffentlicht« und »gezähmt«, d. h. sowohl erleichtert wie zur Gewaltlosigkeit gebracht werden. Seiner Intention nach war der liberale Rechtsbegriff indessen nicht auf innerstaatliche Verhältnisse beschränkt: Er implizierte, wie es schien, die Gleichheit aller Menschen ohne Ansehen der Rasse, der Abstammung und der Konfession. Aber in dieser Gestalt erwies er sich erst recht als Grenzbegriff, der sich mit der Realität nicht in Übereinstimmung befand: Nirgendwo in der Welt haben Ausländer dieselben Rechte wie die Staatsbürger, sogar innerhalb eines Staates ist vollständige Gleichbehandlung nicht immer möglich, denn in unruhigen und erst recht in revolutionären Zeiten behandelt jeder Staat den gleichen Tatbestand anders, je nachdem, ob er von der Intention der Untergrabung oder der Stützung der Staatsgewalt getragen wird, und die Tatsache der Kriegsgerichtsbarkeit impliziert einen essentiellen Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß der liberale Rechtsstaatbegriff zu einem Rechtsmonopol des Staates führt und als »Rechtspositivismus« das Band mit der anthropologischen Grundlage zerschneidet, die allein so etwas wie »unveräußerliche Menschenrechte« legitimieren und einer etwaigen Willkür von Mehrheitsentscheidungen Grenzen setzen kann.

Jedenfalls war die liberale Rechtsordnung von allen Rechtssystemen, die es nach dem Ersten Weltkrieg gab, zweifellos diejenige, die ihren eigenen Feinden den weitesten Freiheitsraum und die größten Wirkungsmöglichkeiten gewährte. Im zaristischen Rußland hatte es derartiges so wenig gegeben wie in den islamischen Ländern der Herrschaft der »Scharia«, und die Revolution des Bolschewismus hielt gerade dieses Prinzip der Ungleichbehandlung von *Gläubigen* und *Ungläubigen* fest, ja sie verschärfte es in einer bis dahin unbekannten Weise.

Dieser Tatbestand, der sich in ganz Europa und insbesondere in Deutschland auswirkte, stellte das liberale Rechtssystem vor eine elementare Entscheidung: Sollte das Prinzip festgehalten werden, obwohl die Andersartigkeit der Realität nicht zu übersehen war, oder sollte eine neuartige Identität von Recht und Realität angestrebt werden, indem Grundsätze entwickelt wurden, die der gesellschaftlichen und staatlichen Kampfsituation besser entsprachen?

Die zweite Alternative war die Konzeption des Nationalsozialismus (und vorher bereits des italienischen Faschismus): Recht galt hier nicht als die freilich nur unvollkommene Überwindung der gesellschaftlichen und staatlichen Auseinandersetzungen durch die friedliche Regelung der unvermeidbaren Konflikte, so daß eine Koexistenz des Verschiedenen ermöglicht wurde, sondern gerade als Ausdruck und Instrument dieser Auseinandersetzungen. Genau dies war von jeher der Kern des sowjetischen und des marxistischen Rechtsbegriffs, und Carl Schmitts Lehre vom Ausnahmezustand, vom Ungenügen der Norm und vom Wesen des Politischen als eines Freund-Feind-Verhältnisses war eine Antwort und Entsprechung. Das Schicksal der Weimarer Justiz entschied sich dadurch, daß sie den kommunistischen Frontalangriff auf das *bürgerliche Recht* weit stärker wahrnahm als den nationalsozialistischen Angriff vom Rücken her, der zunächst eine Hilfsaktion zu sein schien und dennoch aus feindlicherem Geist hervorging als jener Frontalangriff, weil er die Rechtlosigkeit bestimmter Gruppen nicht als temporäre Notmaßnahme zur Erreichung einer späteren und vollkommeneren Rechts- und Lebensgleichheit ansah, sondern als den Ausdruck des ewigen Rechtes selbst. Diese Auffassung wurde jedoch erst allmählich herausgearbeitet und institutionell fixiert; während des ganzen Dritten Reiches blieben die überlieferte Rechtsauffassung und das vorhandene Rechtssystem existent, und Adolf Hitler konnte in keinem Augenblick sagen, er habe den Kampf gegen die »reaktionären Juristen« definitiv gewonnen.

Allerdings wurden schon während der ersten Monate des Dritten Reiches große Schritte auf dem Wege zu einem Rechtssystem getan, in welchem Recht und Politik miteinander identisch sein würden. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 schuf zwar ein politisches Sonderrecht, das sich zugunsten der regierenden Partei auswirken mußte, sie unterschied sich aber noch nicht prinzipiell von vergleichbaren Maßnahmen der Weimarer Republik wie etwa dem Republikschutzgesetz. Dagegen bedeutete die sogenannte Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar – die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat – die Abschaffung der Grundrechtsbestimmungen der Weimarer Verfassung, und sie enthielt keine Sicherungen für den Ausnahmecharakter der Maßnahmen »zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte«. Insofern war dadurch der Rechtsstaat bereits beseitigt und permanentes Standrecht an seine Stelle gesetzt, das nur als »gesunde Volksordnung« zu legitimieren war. Ebenso wichtig war die Abschaffung des Grundsatzes »nulla poena sine lege«, welche schon in der Kabinettssitzung vom 7. März unter Hinweis auf den Brandstifter Van der Lubbe vom Reichsinnenminister Frick gefordert wurde, während der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Schlegelberger vergeblich mit dem Hinweis widersprach, nur in

Rußland und China sowie in einigen kleineren Kantonen der Schweiz gelte dieses Prinzip nicht.[14] Die Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April und zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Juli schlossen ebensosehr eine bewußte Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien in sich. Die Einführung von Sondergerichten am 21. März 1933 war also nur einer der Schritte, mit denen eine politische Kampfjustiz geschaffen werden sollte; die Bildung des Volksgerichtshofes am 24. April 1934, der in Hoch- und Landesverratssachen an die Stelle des Reichsgerichts trat, war ein vorläufiger Höhepunkt. Die Aktionen des 30. Juni 1934 ließen sich schlechterdings nur noch als *Staatsmorde* bezeichnen, aber selbst sie wurden von dem hervorragendsten Rechtslehrer des Reiches, von Carl Schmitt, mit den Sätzen gerechtfertigt, die Rechtsblindheit des liberalen Gesetzesdenkens habe aus dem Strafrecht die Magna Charta des Verbrechers gemacht und aus dem Verfassungsrecht in gleicher Weise die Magna Charta der Hoch- und Landesverräter; die Tat des Führers unterstehe nicht der Justiz, sondern sei selbst höchste Justiz gewesen.[15] Damit wies Carl Schmitt in die Richtung einer Über-Entsprechung, die das sowjetische Beispiel auch in Gedanken ebenso übertraf, wie Hitlers Handlungsweise es im Falle Röhm bereits faktisch übertroffen hatte.

Die Bemühungen um eine Strafrechtsreform, die vor allem von dem Reichsrechtsführer Hans Frank vorangetrieben wurden, hatten aber eher das Ziel, der sowjetischen »Klassenjustiz« eine »völkische Justiz« entgegenzustellen, deren Ziel darin bestehen sollte, »die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter den Gemeinschaftsgliedern zu schlichten«.[16] Eine demokratische Tendenz war in der Polemik gegen »volksfremde Juristen« und in der Forderung zu erkennen, juristisches Wirken müsse »volksnah und nicht standesnah« sein. Die »Nürnberger Gesetze« ließen sich mit dieser Denkweise leicht vereinbaren, denn die Ausrichtung am *Blut* als dem Grundtatbestand hatte ja auch schon dem Beamtengesetz oder dem »Reichsgesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft« vom 7. April 1933 zugrunde gelegen, das die Zahl der preußischen Notare um ein volles Drittel reduzierte. Die Strafrechtsreform kam jedoch als kodifizierter Vorgang nicht recht weiter, und sie vollzog sich in der Praxis eher unter der Hand durch die Zurückdrängung der Justiz von seiten der Gestapo und durch die Schaffung einer justizfreien Bestrafung durch administrative Einweisungen in Konzentrationslager.

Aber beim Ausbruch des Krieges war die »alte Justiz« noch keineswegs beseitigt, die Zahl der Häftlinge in Konzentrationslagern kam den sowjetischen Zahlen bei weitem nicht gleich; und auch die Juden waren nicht etwa völlig rechtlos, so gewiß sie unter Sonderrecht standen und so gewiß die *Arisierun-*

gen in der Wirtschaft von simplen Konfiskationen nicht mehr sehr weit entfernt waren.

Vielmehr waren in Deutschland bis zum Kriegsausbruch und darüber hinaus erstaunliche Gerichtsurteile möglich. So wurde noch im Mai 1935 die Anfechtbarkeit von Verfügungen der Gestapo bejaht. Um die gleiche Zeit wurde der sog. Hohnsteiner Prozeß gegen den SA-Obersturmbannführer Jähnichen und 22 Mitangeklagte durchgeführt, die im Frühjahr 1933 Häftlinge im Konzentrationslager Hohnstein mißhandelt hatten. Trotz massiven Drucks der Partei wurden schwere Gefängnisstrafen ausgesprochen. In der Folge wurden die beiden Schöffen aus der NSDAP ausgeschlossen, und Hitler erließ die Reststrafe schon im November 1935.

Im Niemöller-Prozeß wurde Anfang 1938 die milde Strafe von 7 Monaten Festung verhängt, die überdies durch die Untersuchungshaft als verbüßt galt. Allerdings gelangte der Gründer des »Pfarrernotbundes« nicht auf freien Fuß, sondern er wurde als persönlicher »Gefangener des Führers« in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht.

Gegen einen Pfarrer im Rheinland erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, weil er am Schluß einer Predigt »Wehe über Deutschland« ausgerufen hatte. Da er sich aber auf Rosenbergs »Mythus« bezogen hatte, eröffnete das Gericht keine Hauptverhandlung mit der Begründung, bei dem Buch des Reichsleiters handle es sich um eine private Arbeit.

Noch im Kriege wurde die Bestrafung von Berliner Juden abgelehnt, die nach Meinung der Partei ein provozierendes Verhalten an den Tag gelegt hatten, weil sie sich zur Entgegennahme einer Kaffee-Sonderzuteilung gemeldet hatten.[17]

Der 1. September 1939 bedeutete indessen nicht in erster Linie deshalb eine qualitative Änderung, weil ungemein harte Gesetze eingeführt wurden, die sogar das Abhören ausländischer Sender mit dem Tode bedrohten, sondern weil Hitler mit seinem Erlaß vom 1. September die Vernichtung »lebensunwerten Lebens« ermöglichte und damit zu erkennen gab, daß der kriegerische Existenzkampf nun seine Auffassung vom Recht als einer Weise des Kampfes gegen alles »Kranke, Dekadente, Schädliche und Gefährliche« in den Bereich angemessener Verwirklichung bringen werde. Das Recht im Sinne der Rechtlosigkeit sämtlicher Feinde und Schädlinge wurde also erst während des Krieges und im vollen Ausmaß nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zum Strukturmerkmal des nationalsozialistischen Staates. Im Grunde gab es bis dahin nur Ansätze und Präfigurationen. Aber noch im April 1942 konnte Hitler eine von schäumender Wut gegen Juristen und Beamte erfüllte Reichstagsrede halten, mit der er die Ermächtigung forderte, über »wohlerworbene Rechte« hinwegzugehen und auch Richter ohne weiteres abzusetzen, wenn sie in seinen Augen ihre Pflichten nicht erfüllten.

Man braucht sich bloß für einen Augenblick vorzustellen, Stalin habe im Sommer 1942 oder auch 1932 eine solche Rede gehalten, um zu erkennen, wie stark in Deutschland rechtsstaatliche Grundauffassungen bis tief in den Krieg hinein erhalten blieben.

So fiel eine aufschlußreiche Stellungnahme des Leiters des Amtes III im Reichssicherheitshauptamt, des SS-Brigadeführers Ohlendorf, vom 11. Oktober 1942 zwar insofern nicht zufällig in die Kriegszeit, als sie gegen den Generalgouverneur und Reichsrechtsführer Hans Frank polemisierte, der sich in mehreren Vorträgen als Vorkämpfer von Rechtssicherheit und richterlicher Unabhängigkeit hingestellt hatte, aber im Prinzip hätten die Ausführungen auch schon während der Friedenszeit gemacht werden können.[18]

Der einzelne finde sein Recht nach nationalsozialistischer Auffassung nicht mehr in einer isolierten Stellung gegen den Staat, gegen die Gemeinschaft, sondern nur mit der Gemeinschaft und als Glied der Gemeinschaft seines Volkes. Daher sehe nur derjenige die Rechtssicherheit als bedroht an, der sich den Bindungen an die Volksgemeinschaft nicht aus innerer Verpflichtung unterordne, sondern sie als äußeren Zwang empfinde. Eine Einflußnahme der politischen Führung auf die Tätigkeit des Richters könne weitgehend unterbleiben, »wenn der Justiz ein politisch und weltanschaulich einheitlich ausgerichtetes Richterkorps« zur Verfügung stehe. Solche Männer würden nicht mehr durch Entfremdung vom Volk gekennzeichnet sein, sondern sie würden imstande sein, aus dem lebendigen Rechtsempfinden des Volkes heraus das Recht zu schöpfen, ohne vor dem Buchstaben des Gesetzes zu kapitulieren oder über politische Forderungen hinwegzusehen. Das Recht werde dann nicht mehr einer Kaste von Juristen als eine Art Privateigentum gehören, sondern es werde durch die Einbeziehung der weltanschaulichen und politischen Forderungen des Nationalsozialismus wieder Sache des ganzen Volkes geworden sein.

Aber hinsichtlich der Gegenwart stellte Ohlendorf noch im Oktober 1942 fest, daß es ein solches von der Weltanschauung geprägtes Richterkorps nicht gebe, und 1939 hätte er diese Aussagen mit noch größerem Recht machen können. Auch im Hinblick auf das Recht waren bei aller Ähnlichkeit des kollektivistischen Grundansatzes die beiden Regime während der Friedenszeiten in stärkerem Maße verschieden als gleichartig, hier aber – im Unterschied zur Kultur – gerade deshalb, weil in Deutschland jene Merkmale besser bewahrt waren, die noch in nahezu der ganzen Welt als Kennzeichen der Modernität galten. Das war aber nicht auf den Nationalsozialismus zurückzuführen, sondern auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der in seinem Charakter dem Widerstand gegen den Bolschewismus bzw. den Stalinismus in der Sowjetunion nicht ohne weiteres zu vergleichen war.

7. Emigration und Widerstand

In einem weiteren Sinne hat es Emigration und Widerstand bereits in der klassischen Antike und in der frühen Neuzeit gegeben, während die Begriffe auf das Mittelalter wohl keine Anwendung finden können; in engerer Bedeutung sollte von Emigration und Widerstand jedoch erst dann die Rede sein, wenn der Staat des Liberalen Systems in den wichtigsten Teilen der Welt ausgebildet und fast überall zum Paradigma geworden ist. In ihm sind Widerspruch und abweichendes Handeln institutionell geschützt, ja sie werden gefördert, und Kritik an der Regierung ist daher nicht Widerstand, sondern Opposition. Da es keinen Widerstand gibt, existiert auch keine politisch begründete Emigration: Zwischen 1870 und 1914 lebten nirgendwo im Ausland Gruppen von Engländern, Franzosen oder Deutschen, welche aus Protest das jeweilige Land verlassen hätten und dessen Regierung bekämpften. Eine derartige Emigration und ein entsprechender, also verbotener Widerstand existierte lediglich unter Russen bzw. in Rußland. Aber von diesen Realitäten und Begriffen konnte bloß deshalb die Rede sein, weil der Maßstab des *fortschrittlichen Westens* auch an Rußland angelegt wurde. Im engsten und eigentlichen Sinne sollte von Emigration und Widerstand nur dann gesprochen werden, wenn ein Zustand, in dem Opposition möglich war, auf diese oder jene Weise wieder zu einem Zustand zurückgebracht wird, in dem eine freie und für die Beteiligten gefahrlose Willensbildung im Staate nicht mehr zulässig ist, weil eine Partei die Macht ergriffen hat, die alle anderen Parteien als »Feinde« betrachtet und zu vernichten sucht.

Das russische Zarenreich war seiner Idee nach ein patriarchalischer Staat, in dem der Wille des »Selbstherrschers« mit dem Gesamtwillen identisch war, und die fraglose Anhänglichkeit der Masse der Bauern war ein Beweis dafür, daß die Idee in der Wirklichkeit fest verwurzelt war. Aber von den beiden Hauptstädten aus war – unter dem Einfluß westeuropäischer Begriffe – die Einheit des patriarchalischen Staates mehr und mehr in Frage gestellt worden, zunächst von Teilen des Adels und dann von vielen Protagonisten des Bürgertums und der Intelligenz. Die Anfänge einer industriellen Revolution und das Fortschreiten der gesellschaftlichen Differenzierung machten Rußland unter der Decke der zaristischen Zensur dem übrigen Europa immer ähnlicher, und mit der Februarrevolution schien es zum freiesten Lande der Welt geworden zu sein, das der Selbstherrschaft und der Staatskirche endgültig entwachsen war. Das Murren und das Widerstreben der Vertreter des Ancien régime sollte nicht als *Widerstand* bezeichnet werden; alle Kräfte, die politisch zählten, waren sich – von den »Oktobristen« und den »Kadetten« bis hin zu den Sozialdemokraten – in der Bejahung *der Revolution* einig. Vermutlich wären sie im Grundsätzlichen auch weiterhin einig geblieben, wenn

nicht die Situation des schon beinahe verlorenen Krieges einen so großen Anteil an der Umwälzung gehabt hätte und wenn eben diese Situation nicht so tiefgreifende und überaus strittige Entschlüsse hätte erforderlich werden lassen.

Als die Bolschewiki unter dem Banner der Forderung nach sofortigem Frieden und nach Enteignung des Landes der Gutsbesitzer die Macht ergriffen hatten, da bildete sich bereits am Abend des 8. November das »Komitee zur Verteidigung der Heimat und der Revolution« in Petrograd, das als die erste Organisation des Widerstandes gegen die bolschewistische »Konterrevolution« anzusehen ist. Zu einem wesentlichen Teil waren daran Mitglieder der anderen sozialistischen Parteien beteiligt, gegen die sich der Putsch ja in der Hauptsache gerichtet hatte. Die Regierung der Volkskommissare setzte sich indessen gegen dieses Komitee mit bewaffneter Hand ebenso rasch durch wie gegen den Versuch Kerenskis, die Hauptstadt mit Hilfe loyaler Truppen zurückzuerobern. Die Kritik führender Bolschewiki an der Bildung einer Einparteienregierung ist eher dem Begriff der Opposition als demjenigen des Widerstandes zu subsumieren. Ein Regierungsakt aber, der als ausgesprochene Verfolgungsmaßnahme eine Situation des Widerstandes für eine große Partei schaffen *mußte*, war der Erlaß, der die Konstitutionellen Demokraten 1917 für »vogelfrei« erklärte. Die erste Widerstandshandlung, welche Todesopfer forderte, war die Protestdemonstration nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung, und damit hatte das Regime nicht nur die Grenze der Legalität definitiv überschritten, sondern auch erstmals das Blut von Arbeitern vergossen, die es freilich in einem frühen Akt des semantischen Krieges »Kleinbürger« nannte. Wie hätten sich nicht Zentren militärischen Widerstandes bilden sollen, nachdem das Regime im Mai 1918 durch den Versuch, die Tschechoslowaken zu entwaffnen, selbst den Bürgerkrieg initiiert hatte? Die Regierung in Samara bzw. Ufa, hinter der das »Komuch« aus Mitgliedern der Verfassunggebenden Versammlung stand, durfte sich mit einigem Recht als die legale Regierung des Landes betrachten, und als Fannija Kaplan nach dem Attentat auf Lenin verhaftet worden war, da sagte sie, Lenin sei ein Verräter am Sozialismus, weil er die Verfassunggebende Versammlung auseinandergetrieben habe, und ganz Rußland müsse sich um die Regierung in Samara zusammenfinden.[1] Aber nachdem eben diese Regierung durch einen Staatsstreich ihres Kriegsministers, des Admirals Koltschak, gestürzt worden war, konnte von Legalität auf keiner Seite mehr die Rede sein, und es sprachen anscheinend nur noch die Waffen des Bürgerkrieges.

Dennoch gab es auf beiden Seiten noch Ansätze zur Opposition und mancherlei Widerstand. Die entmachteten Sozialrevolutionäre hatten einen erheblichen Anteil an der Niederlage Koltschaks, und im Hinterlande Denikins schien sich ein Parteiensystem zu entwickeln, von dem nur die Bolschewiki

ausgeschlossen sein würden. Auf der Seite der Bolschewiki waren die Menschewiki für geraume Zeit noch nicht verboten, und sie arbeiteten in den Sowjets mit. Sie standen jedoch unter so starkem Druck und hatten bei den offenen Wahlen zu den Sowjets so wenig Chancen, daß es doch eher Akte des Widerstandes als der Opposition waren, wenn führende Menschewiki in Zeitschriften oder Broschüren eine äußerst scharfe Kritik an der bolschewistischen Diktatur übten, und in einen Privatbrief sprach Martow sogar von dem »monströsen und kriegslustigen System asiatischer Regierung«[2], das Rußland noch hinter die zaristische Autokratie in eine barbarische Vergangenheit zurückführe. Dennoch schraken Martow und Dan, Liber und Nikolajewski vor dem entscheidenden Schritt zurück, nämlich dem Übergang auf die weiße Seite, und dafür war nicht zuletzt die Tatsache entscheidend, daß die weißen Armeen nicht ganz selten Judenpogrome auslösten. So blieben die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre trotz aller Opposition und trotz manchen Widerstandes eher ein Gewicht auf der Waagschale der Bolschewiki, und erst nach dem Ende des Bürgerkrieges wurden sie endgültig in die Gefängnisse geworfen oder ins Exil getrieben.

Sie waren die letzte Gruppe, die sich im Ausland der Emigration als jener Gestalt des Widerstandes anschloß, die sich im eigenen Lande nicht mehr artikulieren konnte, die aber mit den Widerstandsregungen im Vaterland auf mannigfaltige Weise in Verbindung blieb, etwa durch die von Martow und dann von Boris Nikolajewski in Berlin herausgegebene Zeitschrift »Socialističeskij Vestnik«, die noch für lange Jahre in zahlreichen Exemplaren nach Rußland gelangte und dort eifrige Leser fand.[3]

Als Gesamtphänomen war die russische Emigration die größte, welche die Welt bis dahin gesehen hatte. Sie umfaßte in den frühen zwanziger Jahren ca. anderthalb Millionen Menschen, und alle hatten aus politischen Ursachen unter unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben das Land verlassen, in dem Hunderttausende ihrer jeweiligen Parteifreunde oder Klassenmitglieder getötet worden waren oder durch Hunger und Kälte den Tod gefunden hatten.

Zu dieser Emigration gehörten vor allem die Führer und große Teile der Anhänger aller nichtbolschewistischen Parteien.

Die Monarchisten hatten in Rußland das Rückgrat der weißen Armeen gebildet; sie gingen so gut wie ausnahmslos in die Emigration, zuletzt die Offiziere und Mannschaften der Armee des Generals Wrangel, die im November 1920 die Krim räumte und zunächst mit der zögernden Hilfe der Franzosen in Gallipoli und anderswo als bewaffnete Macht erhalten wurde. Das weitere Schicksal dieser Männer war schlimm: Sie wurden in freie Flüchtlinge verwandelt und auf verschiedene Länder verteilt. Aber auch die Lebensumstände der übrigen Emigranten waren in der Regel erbärmlich schlecht: Allein in Berlin waren im Jahre 1923 etwa 300 000 Russen auf die Ausübung einfach-

ster Tätigkeiten oder auf Unterstützung angewiesen; nicht wenige gingen durch Hunger zugrunde.

Die Liberalen zerfielen in der Emigration rasch in eine rechte und in eine linke Fraktion, von denen die zweite sich unter Führung von Paul Miljukow mehr und mehr den rechten Sozialrevolutionären näherte.

Von den Sozialrevolutionären rühmten sich nicht wenige ganz offen, sie hätten durch ihre Tätigkeit hinter den Fronten der monarchistischen Armeen Rußland vor dem reaktionären »General auf dem weißen Roß« bewahrt, und die meisten Monarchisten haßten daher die »verräterischen S-Rs« kaum weniger als die Bolschewiki.

Sehr viele Menschewiki waren im Laufe der Jahre 1917 und 1918 zu den Bolschewiki übergegangen, doch Julius Martow und die engere Führerschaft hatten sich der herrschenden Partei stets widersetzt. Aber in gewisser Weise hatten sie das bolschewistische Regime durch ihre Kritik auch wieder legitimiert, und als sie definitiv in die Emigration gingen, blieb eine charakteristische Ambivalenz bestehen: Schon 1926 verlangte die Partei die de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands, und sie wurde daher von den Monarchisten meist für »halb-bolschewistisch« gehalten.[4]

Die Monarchisten bildeten aber ebenfalls keine geschlossene Einheit, sondern sie teilten sich in den ententefreundlichen Hauptteil unter dem Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch in Paris und eine eher deutschfreundliche Minderheit unter dem Großfürsten Kyrill Wladimirowitsch. Zu dieser Minderheit zählten die russischen Emigranten in Bayern, die mit Max von Scheubner-Richter enge Verbindung hatten und sich später unter Führung des Generals Biskupski auf die Seite des Dritten Reiches stellten.

Aber die russische Emigration war zu einem beträchtlichen Teil nicht primär politisch motiviert, sondern literarisch und wissenschaftlich. Ganze Fächer verschwanden sehr rasch von den Universitäten, wie etwa die »bürgerliche Nationalökonomie« und die »idealistische Philosophie«, und in der Geschichtswissenschaft hielten sich einige besonders angesehene *Ehemalige* nur recht mühsam bis zum Anfang der dreißiger Jahre. Zahlreiche Gelehrte wurden, wie 1922 die Philosophen Nikolaj Berdjajew und Semjon Frank, schlicht wegen ihrer Weltanschauung ausgewiesen. Auch von den bedeutenden Dichtern und Schriftstellern wanderten viele aus, unter ihnen Dmitrij Mereschkowski und der spätere Nobelpreisträger Iwan Bunin. Zur inneren Emigration zählten Anna Achmatowa und Ossip Mandelstam, in etwa auch Boris Pasternak; der große Lyriker Gumiljow wurde 1921 aufgrund einer unglaubwürdigen Anklage von der Tscheka auf administrativem Wege erschossen. Aber die exilierten Schriftsteller konnten trotz der Gründung zahlreicher Verlage und wichtiger Zeitschriften ihren Anspruch nicht durchsetzen, *die* russische Literatur darzustellen.[5] Einmal nahm die westliche Öffentlichkeit

wegen der Sprachbarriere an ihnen keinen sehr engagierten Anteil, und zum anderen blieben einige der bedeutendsten Dichter in Rußland zurück und stellten sich teilweise sogar auf die Seite der Revolution. Überdies tauchten in Rußland neue Dichter auf, die im Ausland rasch bekannt wurden wie Isaak Babel und Boris Pilnjak, und nicht ganz wenige der Emigranten kehrten schließlich in die Heimat zurück, unter ihnen Alexej Tolstoi, der ein hochgeschätzter »sowjetischer Dichter« wurde.

Das eigenartigste Phänomen in der russischen Emigration war der sogenannte »Wechsel der Wegzeichen« (»smena wech«). 1921 veröffentlichten sechs Autoren unter diesem Titel einen Sammelband, in dem sie scharfe Selbstkritik übten. Die Emigranten hätten sich bisher von der falschen Auffassung leiten lassen, die Bolschewiki seien eine internationale, dem russischen Volk fremde Räuberbande. Inzwischen habe sich aber gezeigt, daß diese Partei Rußland vor dem Untergang gerettet habe und daß sie tiefe Wurzeln in der russischen Vergangenheit besitze. Es sei nicht zufällig, daß der berühmteste General der zaristischen Armee, Brussilow, sich zum Dienst in der Roten Armee bereit gefunden habe. Aus einer internationalen Lehre sei eine nationale Wirklichkeit geworden, und daraus müsse man nun die Folgerung ziehen, nämlich die Wegzeichen umzustellen und nach Rußland zurückzukehren.[6]

Zwar nahm diese Rückwanderung keinen großen Umfang an, da sich die regierende Partei zu den weißen Offizieren sehr viel weniger entgegenkommend verhielt als zu den Schriftstellern. Aber gleichwohl fand eine mächtige Tendenz darin einen ersten Ausdruck, und sie bildete ein unheilverkündendes Vorzeichen für den Widerstand, der im Inneren des Landes zwar potentiell sehr stark war, der aber nach der Auflösung der alten Armee, der Nationalisierung der Industrie sowie der Enteignung und Entrechtung der orthodoxen Kirche keinen Kristallisationskern besaß und von der GPU sehr wirksam bekämpft wurde.

So wurde der hartnäckigste Gegner des Bolschewismus, Boris Sawinkow – ehemals als Sozialrevolutionär ein berühmter Terrorist und dann stellvertretender Kriegsminister unter Kerenski –, 1924 in die Sowjetunion gelockt, wo er Widerstandsorganisationen vorzufinden hoffte. Nach seiner Verhaftung legte er in einem spektakulären Prozeß hinsichtlich seiner vielfältigen Aktivitäten ein Geständnis ab, zu denen während des sowjetisch-polnischen Krieges sogar der Plan gehört hatte, eine Befreiungsarmee aus russischen Kriegsgefangenen aufzustellen. Wenig später beging er unter ungeklärten Umständen im Gefängnis Selbstmord.

Wahrscheinlich hing sein Ende mit der Existenz einer der eigenartigsten Widerstandsorganisationen in der Sowjetunion zusammen, dem sogenannten TRUST[7], der aus Kontakten zwischen einem emigrierten Offizier und

einem sowjetischen Funktionär namens Jakuschew hervorgegangen war. Die Organisation bestand aus zahlreichen Zarenoffizieren und Vertretern der ehemaligen Parteien, die sich großenteils in einflußreichen Positionen befanden und auf einen Sturz des Regimes hinwirkten. Rasch wurden Verbindungen zu führenden Emigranten hergestellt, und die Organisation lieferte nicht wenige Beweise ihres Wissens und ihres Einflusses, suchte aber die Emigranten immer von voreiligen Aktionen zurückzuhalten, da eine Machtergreifung in sicherer Aussicht stehe. Erst 1927 stellte sich heraus, daß Jakuschew nach jener ersten Kontaktaufnahme verhaftet und von Dserschinsky persönlich »umgedreht« worden war. So war es der GPU gelungen, zahlreiche innere Feinde zu demaskieren und zugleich die Emigranten von Aktionen abzuhalten. Es dauerte nicht lange, bis sie sich in der Lage sah, den aktivsten der Emigrantenoffiziere, den General Kutiepow, verschleppen und beseitigen zu lassen.

Eine gegenläufige Tendenz ergab sich aber dadurch, daß die kommunistische Parteiopposition seit ihrer offiziellen Ausschaltung im Jahre 1927/28 den Charakter des Widerstandes annahm, indem etwa Leo Trotzki, der vorher in seinen Versammlungen kaum gegen »faschistische Störerbanden« – wie er sie nannte –[8] hatte ankommen können, oder Christian Rakowsky in ihren Verbannungsorten noch eine rege Korrespondenztätigkeit ausübten und ein illegales Netz von Anhängern zu bilden suchten. Aber sie wurden bald mundtot gemacht, und Tausende ihrer Anhänger wanderten in die Lager, wo sie Kerne eines recht aktiven und auch lautstarken Widerstandes bildeten, solange noch Überreste der Privilegierung der politischen Gefangenen fortexistierten. Sehr viele gingen aber nach kürzerer oder längerer Zeit zu den siegreichen Stalinisten ebenso über, wie sich zahlreiche Menschewisten und vor allem der ganze »Bund« einige Jahre vorher den Bolschewiki angeschlossen hatten.

Einen anderen Charakter hatte der Widerstand einiger nationaler Minderheiten gegen die Moskauer Zentralisierungstendenzen, der unter der harten Hand Stalins bald keine Lebenszeichen mehr von sich gab, und vor allem der Widerstand der Bauern gegen Enteignung und Kollektivierung, der zeitweise fast einem Bürgerkrieg glich, wenn auch einem höchst einseitigen Bürgerkrieg, bis er in den Deportationen und dem Hungertod von vielen Millionen erstarb.

Stalin selbst erweckte danach in der ganzen Welt den Eindruck, daß in der Sowjetunion ein starker und entschlossener Widerstand gegen das Regime vorhanden sei, indem er Partei und Armee durch die große Säuberung dezimierte. Aber das Verhalten der hohen Offiziere und auch der Parteiführer läßt nicht den Schluß zu, daß sie Verschwörungen angezettelt und Vorbereitungen für einen Umsturz getroffen hatten. Für sie gilt vielmehr in ausgeprägtem Maße, daß sie sich »wie Schafe zur Schlachtbank« führen ließen. Es

war Stalin in fünfzehn Jahren gelungen, jede Art von institutioneller Unabhängigkeit zu beseitigen und jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft so vollständig unter Erwartungsdruck im Rahmen der großen Aufgaben zu stellen bzw. unter Bewachung zu halten, daß organisatorische oder gar publizistische Ausgangspunkte für einen effizienten Widerstand schlechterdings nicht vorhanden waren. Wohl aber mochten die Emigranten recht haben, wenn sie behaupteten, daß trotz aller konzentrierten Aufbau- und Einheitspropaganda nach den furchtbaren Erfahrungen der Kollektivierung und der Großen Säuberung eine tiefe Unzufriedenheit und mindestens ein diffuses Unbehagen die ganze Gesellschaft durchdringe, aus denen eine gewaltige Menge von Erbitterung und Haß entstehen werde, falls sich jemals die eiserne Klammer des Regimes lockere. Im finnischen Krieg erbrachten Befragungen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen aufschlußreiche Ergebnisse.[9] Der Schluß lag nahe, daß es in Stalins Sowjetunion zwar weder Opposition noch Widerstand gab, wohl aber alle Voraussetzungen für einen Wiederbeginn des Bürgerkrieges mit ganz veränderter Frontstellung.

In Deutschland hatte kein Bürgerkrieg im engeren Sinne stattgefunden, und im Jahre 1940 glaubte niemand ernstlich daran, daß es zu einem Bürgerkrieg kommen könne, wenn das Reich in eine schwierige militärische Situation geriete. 1933 wäre aus dem Aufruf der Kommunisten zum Generalstreik möglicherweise ein Bürgerkrieg entstanden, wenn die Sozialdemokraten sich angeschlossen hätten, aber die Macht der nationalsozialistischen Bewegung erschien der SPD offenbar bereits überwältigend; und die Kommunisten waren zu sehr auf das baldige »Abwirtschaften« der Regierung Hitler eingestellt, als daß sie an einen Erfolg ihres Aufrufs geglaubt hätten. Die letzten Oppositionsregungen der übrigen Parteien sollte man erst recht nicht als Widerstand bezeichnen, und daher ist festzustellen, daß in Deutschland, anders als in Rußland, die Emigration früher war als der Widerstand. Diese Emigration schien sich von der russischen von vornherein dadurch zu unterscheiden, daß sie nicht nur aus politischen, sondern auch aus rassischen Gründen erfolgte. Aber in der Frühemigration spielte der rassische Faktor doch erst eine geringe Rolle, denn bei dem Feindbild des »jüdischen Marxismus« lag der Ton in weit stärkerem Maße auf dem »Marxismus«, und die Verfolgung brach unterschiedslos über jüdische und nichtjüdische Marxisten herein. Die spezifisch jüdische Emigration war mindestens zu einem Teil eher eine Auswanderung, die dem alten Postulat des Zionismus entsprach. Mithin war die Frühemigration aus Deutschland nicht anders als die Emigration aus Rußland in erster Linie politisch und literarisch-wissenschaftlich.

Die Tiefe des Gegensatzes der einzelnen Parteien zum Nationalsozialismus läßt sich beinahe quantitativ an den Prozentsätzen ablesen, zu denen die führenden Gruppen emigrierten bzw. der Verfolgung zum Opfer fielen.

Die Führung der Kommunisten emigrierte fast vollständig, soweit sie nicht verhaftet wurde wie Ernst Thälmann oder beim Versuch illegaler Arbeit den Tod fand wie John Schehr. Die Ereignisse zogen zunächst keinerlei geistige Krise oder Umstellung nach sich; man sprach weiterhin von der »revolutionären Situation« und von der Schuld der Sozialfaschisten; nicht selten vermittelten kommunistische Publikationen den Eindruck, in Deutschland habe sich gegenüber dem Brüning-Faschismus und dem Papen-Faschismus nichts geändert.

Die Sozialdemokraten schienen im späten Frühling des Jahres 1933 vor einer Parteispaltung zwischen dem emigrierten Parteivorstand und den daheimgebliebenen Abgeordneten zu stehen, bis das Parteiverbot die Entwicklung unterbrach und sehr viele der deutschen Parteimitglieder den Weg der Resignation bzw. des Bemühens um »Überleben« wählten. Der nach Prag emigrierte Parteivorstand glaubte die geistige Krise, die nicht zu übersehen oder zu überspielen war, durch einen Rückgriff auf den revolutionären Marxismus lösen zu können, aber die grundlegende Schwierigkeit trat dadurch in ein grelles Licht, daß in dem zuversichtlichen Manifest vom 18. Juni 1933 gleichzeitig gesagt wurde, der Kommunismus sei ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse gewesen. Erneuerungstendenzen unkonventioneller Art waren am ehesten bei einer *jungen Linken* zu erkennen, die eine Brücke zwischen KPD und SPD zu schlagen versuchte und beide Parteien gleichermaßen verändern wollte. Am stärksten trat die »Gruppe Neubeginnen« hervor, welche von den früheren Kommunisten Walter Löwenheim und Richard Löwenthal geführt wurde. Beide veröffentlichten unter den Pseudonymen »Miles« bzw. »Paul Sering« bemerkenswerte Schriften, die der Neuorientierung dienen sollten, indem sie die Frage nach der Natur des Faschismus auf veränderte Weise aufwarfen.[10] Aber auch die ehemaligen Reformisten meldeten sich in dem wichtigsten Organ der Selbstprüfung, der »Zeitschrift für Sozialismus«, zu Wort, und der frühere außenpolitische Redakteur des *Vorwärts*, Viktor Schiff, erklärte gerade nicht den reformistischen, sondern vielmehr den revolutionären Geist für die Ursache des Faschismus.[11]

Von den führenden Männern der Zentrumspartei ging kaum einer in die Emigration. Der Prälat Kaas begab sich nach Rom, war aber schwerlich als Emigrant zu betrachten; Heinrich Brüning floh im Juni 1934 vor einer unmittelbaren Todesdrohung und hielt sich auch danach sehr zurück.

Von den liberalen Parteien und den Deutschnationalen emigrierte nur eine Anzahl von Künstlern und Wissenschaftlern, die diesen Parteien nahestanden.

Wohl aber gab es eine nationalsozialistische Emigration, wie es ja auch später einen Widerstand von Dissidenten oder ehemaligen Nationalsozialisten gab. Die zentrale Gestalt war Otto Straßer, der zunächst in die Tsche-

choslowakei ging, wo sein naher Mitarbeiter, der Rundfunkspezialist Rolf Formis, der im Februar 1933 eine Wahlrede Hitlers in Stuttgart als technischer Leiter des Senders in SA-Uniform sabotiert hatte, Anfang 1935 von Gestapo-Agenten umgebracht wurde.[12] Im Jahre 1936 ging der ehemalige nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, Hermann Rauschning, ins westliche Ausland, wo er durch sein Buch »Gespräche mit Hitler« weltbekannt wurde. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges begab sich dann auch Fritz Thyssen ins Exil, der lange Zeit der einzige wichtige Anhänger und Geldgeber Hitlers unter den aktiven Großindustriellen gewesen war.

Im Vergleich zu der russischen politischen Emigration war die quantitative Proportion unter den Parteien zwar eine andere, aber im ganzen wurden hier wie dort tendenziell alle wichtigen Repräsentanten der *politischen Klasse* ausgetrieben, und zwar unter Einschluß führender Vertreter der herrschenden Partei selbst.

Es war mithin nicht nur die Linke in der Emigration vertreten, so wenig im Exil der Russen lediglich die Rechte zu finden war. Ebenso bestand die literarische und wissenschaftliche Emigration keineswegs ausschließlich aus Juden, so gewiß die jüdischen Linksintellektuellen ein besonders starkes Kontingent stellten.

Es ist überflüssig, die großen Namen dieser Emigration aufzuzählen. Das bemerkenswerteste ist, daß es ihr in weit höherem Maße als dem entsprechenden und quantitativ größeren Teil der russischen Emigration gelang, ihren Anspruch durchzusetzen, als *die* deutsche Literatur zu gelten. Mit einem Körnchen Salz könnte man sagen, daß das linke und das bürgerlich-pazifistische sowie das ausgesprochen avantgardistische Deutschland emigrierten – von Arnold Zweig und Willi Münzenberg bis zu Thomas Mann und Walter Gropius. Zurück blieben das *nationale*, das *provinzielle* und das *metaphysische* Deutschland von Ernst Jünger über Hans Zöberlein hin zu Erwin Guido Kolbenheyer. Nicht wenige davon zogen sich schon bald in die innere Emigration zurück. Daß die Dinge gleichwohl auch hier nicht ganz einfach lagen, zeigen die Namen von ehemaligen Sozialisten und Arbeiterdichtern wie Paul Ernst, Heinrich Lersch und Karl Bröger. Von ganz besonderer Art war der Fall Stefan Georges, der als einer der Künder des neuen Reiches galt und der sich doch in der Schweiz allen Ehrungen entzog, bevor er im Dezember 1933 starb.

Eine fast ebenso schroffe und doch ebenfalls unscharfe Scheidung ging durch die Wissenschaft. Besonders bewegend war das Schicksal der zahlreichen »nationalen Juden« unter den Gelehrten, welche sich wohl in ihrer Mehrzahl gern und aufrichtig der »nationalen Erhebung« angeschlossen haben würden, wie ihre Verlautbarungen erkennen ließen. Symptomatisch war ein Schreiben des Mediävisten Ernst Kantorowicz an den Preußischen

Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 20. April 1933: Als Kriegsfreiwilliger, Frontsoldat und Nachkriegskämpfer gegen Polen und Spartakus sei er von den neuen Bestimmungen nicht betroffen, aber er werde dennoch seine Lehrtätigkeit einstellen, da es neuerdings einen Gesinnungsdefekt involviere, jüdisches Blut in den Adern zu haben.[13] Von den ersten Beurlaubungen im April 1933 waren u. a. Moritz Julius Bonn, Karl Mannheim und Max Horkheimer betroffen, aber auch Nichtjuden wie Paul Tillich, Günther Dehn und Wilhelm Röpke. Bis 1939 emigrierten nicht weniger als 800 Ordinarien und 1300 außerplanmäßige Professoren, nahezu ein Drittel des Bestandes, unter ihnen 24 Naturwissenschaftler, die den Nobelpreis entweder schon erhalten hatten oder noch erhalten würden.

Auch hier blieben gewiß sehr bedeutende Gelehrte und mehrere Nobelpreisträger zurück: Martin Heidegger und Karl Jaspers von den Philosophen, Friedrich Meinecke und Otto Hintze unter vielen anderen Historikern; Max Planck, Werner Heisenberg, Philipp Lenard und Johannes Stark unter den Naturwissenschaftlern. Aber einige davon wurden zu ausgesprochenen Gegnern des Regimes, und jedenfalls handelte es sich um einen ungeheuren Aderlaß für die deutsche Kultur und für die deutsche Wissenschaft, der Deutschlands Ansehen in der Welt tief herabsetzte und sehr wesentlich zu dem naturwissenschaftlichen Vorsprung und damit zum späteren Sieg der Angloamerikaner beitrug. Ein Analogon zur Bewegung des »Wechsels der Wegzeichen« gab es in der deutschen Emigration kaum, obwohl die Deutschen ihr Schicksal weit mehr als *Vertreibung* ansahen, während für die Russen die Emigration sehr häufig die ersehnte Rettung vor unmittelbarer Todesgefahr oder vor unerträglichen Lebensbedingungen war.[14]

Es ist nicht leicht zu sagen, was die Geburtsstunde des innerdeutschen Widerstandes war. Jedenfalls sollte man die Versuche der deutschen Kommunisten, ihre Organisation im Rahmen der Illegalität aufrechtzuerhalten und sich auf die Stunde der eigenen Machtergreifung vorzubereiten, nicht zum Widerstand zählen. Man würde ja schwerlich von einem Widerstand der Bolschewiki sprechen, wenn sie auch in Rußland, wie in Ungarn, den Bürgerkrieg verloren hätten. Sie waren die Initiatoren und Angreifer und unterschieden sich dadurch von allen, die bereit waren, zusammen mit anderen Richtungen in einem System zu koexistieren. Eine Spur anfänglicher Zustimmung und damit ein späterer Wandel der Einstellung sollte als Begriffsmerkmal von Widerstand gelten, und man braucht nur die zeitgenössischen Aufzeichnungen von Julius Leber zu lesen, um zu erkennen, daß es in der Kritik an dem dogmatischen Marxismus durchaus gewisse Affinitäten zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gab.[15] Die Polemik gegen die *formale Demokratie* ist schwerlich ein vergleichbarer Punkt der Übereinstimmung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, und man muß vielmehr

eine schroffe und unabänderliche Feindschaft als Grundtatbestand ansetzen, innerhalb deren der Nationalsozialismus auch als militanter Widerstand gegen den Kommunismus bezeichnet werden könnte. Die Möglichkeit, die Kommunisten dem deutschen Widerstand zuzurechnen, ergibt sich überhaupt erst aus dem Übergang zur Volksfrontpolitik, und sie unterliegt der Frage, ob dieser Übergang aus einem Wandel der Auffassung hervorging oder ein bloß taktisches Mittel zwecks Erringung des vollständigen Sieges war. Leichter zu beantworten ist die andere Frage, ob die Brutalität der Niederwerfung von Kommunisten und Sozialdemokraten auf der *bürgerlichen Seite* so viel Empörung hervorrief, daß eine Reihe von Personen oder ganze Einrichtungen sich zum Widerstand entschlossen. Im ganzen muß die Antwort *nein* lauten, und sie muß sogar auf die ersten Maßnahmen gegen die Juden ausgedehnt werden, denn offensichtlich war die Erinnerung an die Vorgänge von 1917–1920 in Rußland und Deutschland noch so stark, daß das Sprichwort von den Spänen, die beim Hobeln anfallen, als zufriedenstellende Erklärung erschien, zumal ja zunächst eine klare Unterscheidung zwischen *nationalen* und antinationalen Juden getroffen wurde. Zwar hatte die nationalsozialistische Bewegung auch auf der Rechten von Anfang an scharfe und erbitterte Gegner wie etwa Erich Ludendorff und Ewald von Kleist-Schmenzin, aber diese Gegnerschaft konnte man sektiererisch oder reaktionär nennen, und jedenfalls standen einige der bekanntesten Männer des späteren Widerstandes wie Claus von Stauffenberg und Henning von Tresckow mit ihren Sympathien auf der Seite der *nationalen Bewegung*, während Fritz-Dietlof von der Schulenburg oder Arthur Nebe der Partei sogar in hohen Funktionen dienten. Die erste moralische Empörung, die derjenigen Martows glich, welcher 1918 gesagt hatte, er empfinde angesichts der Bluttaten der Bolschewiki Scham gegenüber seinen früheren Gegnern, den kultivierten Bourgeois[16], resultierte aus den Morden des 30. Juni, und Hans Oster sprach später von den »Methoden einer Räuberbande«, denen man zur rechten Zeit hätte Einhalt gebieten sollen.[17] Ebenso charakteristisch war der Wandel, mit dem Martin Niemöller zum Gegner des Nationalsozialismus wurde – ein Mann und Freikorpskämpfer, wie er *nationaler* kaum hätte sein können, der nun gezwungen war, sich über den abgründigen Gegensatz zwischen seinem christlichen Glauben und der nationalsozialistischen Rassenlehre Rechenschaft zu geben. Das dritte große Motiv, das unter den Freunden des Nationalsozialismus oder doch der nationalen Erhebung einen Sinneswandel bewirkte, war die Einsicht, daß Hitler dabei war, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln und damit gegen den elementarsten aller Imperative der nationalen Restitution zu verstoßen: daß sich die Weltkriegssituation des Mehrfrontenkampfes niemals wiederholen dürfe. Jetzt formierte sich um den Generalstabschef Ludwig Beck ein Widerstand, der zum Handeln entschlossen war, und auch

Claus von Stauffenberg sagte nun: »Der Narr macht Krieg.«[18] Ewald von Kleist-Schmenzin und Carl Friedrich Goerdeler schraken nicht mehr vor Kontakten mit der englischen Regierung zurück, die man »landesverräterisch« nennen konnte. Der ehemalige Freikorpskämpfer Friedrich Wilhelm Heinz stellte einen Stoßtrupp zusammen, der Hitler festnehmen sollte. Die kommunistischen Gruppen waren zwar so gut wie zerschlagen, doch die vorsichtigeren Sozialdemokraten, die vom exilierten Parteivorstand auf geheimen Wegen die Deutschlandberichte der SOPADE erhielten, konnten als ein Netz potentieller Helfer innerhalb der Massen betrachtet werden. Aber Chamberlains Flug nach Berchtesgaden und dann die Konferenz von München bedeuteten das Ende der aussichtsreichsten Aktion der deutschen Gegner Hitlers.

Der tatsächliche Kriegsausbruch im folgenden Jahr stieß nicht auf nennenswerten Widerstand, vielleicht auch deshalb, weil selbst Göring sich geradezu hektisch um die Erhaltung des Friedens bemühte, und sicherlich nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Auffassung weit verbreitet war, der Führer bluffe auch diesmal und werde wieder einmal das Spiel gewinnen. Nicht unwichtig war ebenfalls die Tatsache, daß es sich bei dem polnischen »Korridor« um die älteste und nächstliegende Forderung des deutschen Nationalismus handelte, die allerdings durch den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts weitaus weniger zu rechtfertigen war als der Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete. Die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes kam zu überraschend, als daß sie sofort ernsthaften Widerstand hätte hervorrufen können.

Der Sieg in Polen schuf als solcher für die Männer des militärischen Widerstandes keine neue Situation, wohl aber veränderten dessen Folgen die Lage. Das moralische Motiv wurde durch das Vorgehen der SS und der Sicherheitspolizei außerordentlich verstärkt, und vom Oberbefehlshaber Ost bis zu den einfachen Soldaten wurde vielen Angehörigen der Wehrmacht nun erstmals klar, daß sie in einen Krieg verwickelt waren, der ganz anders war als der Erste Weltkrieg. Damals hatten die polnischen Juden die Deutschen als Befreier begrüßt; diesmal legten sie von vornherein oder doch schon nach kurzer Zeit große Feindschaft an den Tag, und niemand durfte sich darüber wundern. Wann hätte im Ersten Weltkrieg jemals ein hoher deutscher Offizier geschrieben, er schäme sich, ein Deutscher zu sein?[19]

Ebenso verstärkte sich das ideologische Motiv, d. h. die Einsicht, daß die Weltanschauung und die Handlungsweise Hitlers fremdartig waren und immer fremdartiger wurden. Die Kommunisten wurden durch den Abschluß des Vertrages zwischen Hitler und Stalin zwar großenteils in lähmende Verwirrung gestürzt, aber selbst die französischen Kommunisten wurden nicht zu Freunden *des Faschismus,* so sehr sie zur Lähmung des Widerstandswillens

beitrugen. Für die Antikommunisten in der hohen Bürokratie, in der Wehrmacht, im Volk und sogar in der Partei war der Pakt dagegen eine schlechthin unverständliche und unsittliche Handlung, die Stalin ganz Ostmitteleuropa ausgeliefert und die Ergebnisse der deutschen Ostkolonisation weithin rückgängig gemacht habe. Die Verhandlungen, die während des Winters durch Vermittlung des Vatikans mit England geführt wurden, waren hauptsächlich von dem Empfinden getragen, daß man Hitler daran hindern müsse, ganz auf die sowjetische Karte zu setzen und Deutschland endgültig aus dem Zusammenhang *Europas* oder *des Westens* herauszulösen.

Am meisten aber gewann das Motiv der Kriegsvermeidung, d. h. der Vermeidung des Weltkrieges, an Kraft. Nie zuvor und nie später stand die oberste Spitze der Wehrmacht so dicht vor einer Gehorsamsverweigerung wie in den letzten Monaten des Jahres 1939, als Hitler immer wieder Befehle für den Beginn des Angriffs im Westen herausgab und sie immer von neuem aus pragmatischen Gründen widerrief.[20] Es ist kein Zweifel, daß die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und die Überzeugung von der hervorragenden Qualität der französischen Armee für das Widerstreben der Generäle maßgebend waren, aber ebenso stark war doch der Gedanke, daß Deutschland einem Weltkrieg nicht gewachsen sein könne, in den über kurz oder lang auch die USA eingreifen würden. Daß Hitler die militärische und psychologische Lage richtiger eingeschätzt hatte als die Heeresleitung, war nach den sechs Wochen des Frankreichfeldzuges für jedermann evident, aber die Sorgen wegen der unabsehbaren Dauer des Gesamtkrieges waren nicht geringer geworden. Höchst symptomatisch war der Flug von Rudolf Heß nach England, bei dessen Vorbereitung die Ratschläge Albrecht Haushofers eine Rolle gespielt hatten, also eines Mannes, der zum Widerstand zu zählen war.

Es wäre indessen eine Blickverkürzung, wenn nur die Offiziere und die Diplomaten ins Auge gefaßt würden, die der Politik und der Weltanschauung Hitlers kritisch gegenüberstanden. Diese Kritik hatte ja zu einem erheblichen Teil von dem »Kirchenkampf« ihren Ausgang genommen, und in jedem totalitären Lande muß die bloße Selbsterhaltung einzelner Institutionen und abweichender Denkweisen als besondere Form von Widerstand gelten. So war die Selbstbehauptung der Kirchen ein Akt des Widerstandes, und sie war unvergleichlich erfolgreicher, als sie es in der Sowjetunion gewesen war, nicht zuletzt deshalb, weil Hitler am Anfang mancherlei Sympathie entgegengebracht worden war. Was daraus entstehen konnte, zeigten in den Jahren 1940 und 1941 am deutlichsten die Reaktionen von Geistlichen und Laien auf die Tötungen von Geisteskranken. Die Partei sah sich gezwungen, die Aktionen einzustellen, und im Kirchenvolk griff die Überzeugung um sich, daß *dieses* Deutschland den Krieg nicht gewinnen dürfe. Daher konnten Parteistellen ihrerseits behaupten, der politische Katholizismus erstrebe anscheinend die

deutsche Niederlage.[21] Hitlers tiefe Unzufriedenheit mit *der Justiz* war eine bekannte Tatsache. Aber es waren sogar Zweifel erlaubt, ob die Gestapo mit ihrem beträchtlichen Anteil von Kriminalbeamten der Weimarer Zeit im Sinne Hitlers effizient genug wirkte und wirken konnte. So arbeitete im Reichsluftfahrtministerium der Oberleutnant Harro Schulze-Boysen, ein Enkel des Großadmirals Tirpitz, bei dessen Hochzeit Göring in eigener Person Trauzeuge gewesen war. Schulze-Boysen war bis 1933 ein Nationalrevolutionär gewesen und hatte die Zeitschrift *Gegner* herausgegeben, in der er und seine Freunde auf ähnliche Weise gegen den »erstarrten Westen« und die »amerikanische Überfremdung« polemisierten, wie es der junge Georg Lukács vor seinem Übergang zum Marxismus getan hatte. Nach der Machtergreifung war er von SA-Männern furchtbar verprügelt worden, und wenig später hatte er Kontakt mit der Sowjetischen Handelsvertretung aufgenommen. Die Gestapo wußte von all dem nichts oder brachte es nicht richtig zusammen. Ebensowenig wußte sie über Dr. Richard Sorge, der doch schon während des Ersten Weltkrieges zum überzeugten Kommunisten geworden war und dann in kommunistischen Zeitschriften Artikel veröffentlicht hatte. So konnte er in die NSDAP eintreten und zum Vertrauensmann des deutschen Botschafters in Tokio werden. Nicht zu vergessen ist die Privatwirtschaft, in der zahlreiche Hitlergegner einen relativ sicheren Unterschlupf fanden.

Hitler war in einem Lande des europäischen Gesellschaftstypus zur Macht gekommen, indem er sich in öffentlichen Auftritten die Zustimmung großer Teile des Volkes und die zögernde Unterstützung durch die führende Schicht erwarb. So war er in der Lage, eine politische Revolution durchzuführen, zu der es bis dahin nur in Italien ein Analogon gegeben hatte. Danach konnte er die Führungsgruppen seiner Feinde verhaften und seine Freunde seinem Willen unterwerfen, er konnte einen kleinen und angeblich fremden Teil des Volkes diskriminieren und die Kultur gleichschalten. Aber in ihrer sozialen Struktur blieb die deutsche Gesellschaft trotzdem im wesentlichen unverändert. Hitler war zwar ein Alleinherrscher, aber er war gleichwohl außerstande, im Frieden großangelegte Maßnahmen physischer Extermination auszuführen, die sich gegen starke und wichtige Schichten oder Klassen des Volkes gerichtet hätten, und zwar schon deshalb, weil das Deutsche Reich bis 1939 trotz allen Veränderungswillens und trotz des Anschlusses von 10 Millionen Menschen unzweifelhaft als ein Teil Europas angesehen wurde, dem von seiten der anderen Regierungen keine ausgeprägte Feindschaft begegnete. Daher gab es an zahllosen Stellen und gerade in einigen der wichtigsten Institutionen der deutschen Gesellschaft potentielle Punkte des Widerstandes, und wenn gegen Ende des Jahres 1940 die Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß dahingeschwunden waren und tiefe Resignation im Hinblick auf

einen langen Krieg um sich gegriffen hatte, so war dieses Deutschland doch bei weitem nicht wie Wachs in den Händen Hitlers.

Die Bolschewiki hatten dagegen die Macht im Augenblick der Niederlage und des Zusammenbruchs ergriffen, und ihre Ideologie hatte sie überzeugt sein lassen, daß sie bestimmt seien, die Erde von allem Schmutz und allem Unrat zu säubern, welche für sie unvermeidbare Begleiterscheinungen des *kapitalistischen Systems* waren. Sie hatten einen Bürgerkrieg geführt und führen wollen, obwohl sie andere und weit zahlreichere Feinde hatten, als es sie nach der Doktrin hätte geben dürfen, und sie vernichteten während des Bürgerkrieges und nachher große Klassen, Schichten und Gruppen ihres Vielvölkerstaates, ja schließlich sogar Hunderttausende der eigenen Parteimitglieder. Sie trafen um 1930 auf einen Widerstand, der weitaus umfassender, aber auch bereits weitaus hilfloser und unorganisierter war als die vielfältigen Widerstandsregungen im Deutschland des Jahres 1935. 1940 existierten nach allem menschlichen Ermessen nicht einmal mehr die bescheidensten organisatorischen Ansatzpunkte für einen Widerstand gegen Stalin. Viel verbreiteter war aber auch eine dumpfe Resignation nahezu des ganzen Volkes, mit der die Zuversicht einiger Partei- und Armeekreise sonderbar kontrastierte, die Rote Armee sei allen Heeren der Welt überlegen und werde bald den endgültigen Sieg über die sich gegenseitig schwächenden Feinde erringen.

Solange nur Innenpolitik getrieben werden konnte, hatte das bolschewistische System unvergleichlich mehr Opfer gefordert, und offensichtlich hatten die Protagonisten keinerlei Gewissensbisse gekannt und tatsächlich ein System der Planwirtschaft aufgebaut, das eine genuine Alternative zu dem bis dahin allein als modern geltenden System der Marktwirtschaft darstellte, während der Nationalsozialismus einen »Dritten Weg« einschlug, der einigen seiner Gegner zu kapitalistisch oder planlos und anderen gerade zu sozialistisch oder zwangswirtschaftlich erschien. Proteste wegen allzu großer Härte beim Kampf gegen die Feinde sind aus den Reihen der Kommunistischen Partei oder der Geheimpolizei nicht bekanntgeworden (von Einsprüchen wegen offenkundiger Willkürmaßnahmen abgesehen), und ein ungesicherter Bericht fällt ganz aus dem Rahmen, nach dem Dserschinsky bei einem Bankett im Kreml trunkenen Sinnes die Anwesenden angefleht habe, ihn zu erschießen, da er solche Ströme von Blut vergossen habe.[22] Dagegen ist ein Ton von Unsicherheit, angestrengter Brutalität und Apologie in nahezu allen Äußerungen Himmlers bis in das erste Kriegsjahr hinein nicht zu überhören. Die Bolschewiki führten den Kampf gegen ihre innenpolitischen Feinde im Frieden mit weitaus größerer Schärfe und aufgrund eines älteren und genuineren Glaubens als die Nationalsozialisten. Beide aber konnten vermutlich nur deshalb so handeln, wie sie handelten, weil die hi-

storische und die gesellschaftliche Situation jeweils eine ganz andere war. Der Widerstand, auf den sie stießen und der zu den Strukturmerkmalen des Regimes gerechnet werden muß, hing selbst aufs engste mit der Struktur der jeweiligen Gesellschaften zusammen. Aber wenn die beiden Regime ein unterschiedliches Verhältnis zum Kriege und zu den Konflikten der Staaten hatten, dann mochten sich die Vernichtungsrealitäten grundlegend ändern, sobald sie in einen Krieg und zumal in einen großen Krieg eingetreten waren. Bevor dieser Krieg zum Thema gemacht wird, muß jedoch ein Blick auf ein weiteres Strukturmerkmal geworfen werden, auf die *Mobilisierung*, welche beide Regime vor allem und in allem realisieren wollten und welche doch von ganz unterschiedlichen Voraussetzungen ausging und einen unterschiedlichen Charakter aufwies.

8. *Die totale Mobilisierung*

Umfassende Mobilisierung wird mit guten Gründen als das allgemeinste Strukturmerkmal angesehen, in dem alle totalitär verfaßten Staaten übereinstimmen. Aber man sollte nicht übersehen, daß eine bestimmte Art von Mobilisierung schon ein Grundkennzeichen des liberalen Gesellschaftstyps war, den man bis zum Ausbruch des Weltkriegs generell als den modernen betrachtete. Er stand im Gegensatz zu der traditionellen oder statischen Gesellschaft, in der die Landwirtschaft den bei weitem wichtigsten Produktionszweig darstellt, das Geldwesen erst untergeordnete Bedeutung besitzt, der Verkehr wenig entwickelt ist und die einzelnen Stände in weitgehender Abgeschlossenheit nebeneinander stehen. Es war die Industrielle Revolution, welche diese traditionelle Struktur allmählich auflöste, und obwohl die Französische Revolution keineswegs in allen ihren Faktoren und Erscheinungsformen eine geradlinige Fortsetzung oder Konsequenz dieser ursprünglicheren und tiefergreifenden Revolution war, so trug sie doch dadurch wesentlich zum Fortgang der Mobilisierung bei, daß sie die Standesgrenzen niederriß, das Bankwesen förderte, die Adels- und Kirchengüter in den freien Handel brachte und vor allem eine neue Heeresorganisation schuf, welche die allgemeine Wehrpflicht an die Stelle der Anwerbung von Söldnern setzte. Die Bauernbefreiung in Preußen gehörte ebenso in diesen Zusammenhang wie die beginnende Ausbildung des Pressewesens und der Parteien. Aber nur die Staatssozialisten faßten eine Mobilisierung ins Auge, die eine vollständige Indienststellung aller Individuen durch den Staat bedeutete, welcher als einziger Unternehmer gewaltige Arbeitsarmeen zum Wohle des ganzen Volkes organisieren werde. Der Zweck sollte freilich letzten Endes immer die wahre Freiheit des Individuums sein, die der Liberalismus versprochen, aber nicht

verwirklicht habe, weil er über einen bloß negativen und daher egoistischen Begriff der Freiheit nicht hinausgelangt sei.

Wenn von den Endzielen und globalen Hoffnungen abgesehen wird, dann war die russische Revolution gerade nach einigen unzweideutigen Äußerungen Lenins nichts anderes als eine aus der Not geborene umfassende Mobilisierung, welche die geringen Kräfte des Landes durch Konzentration und »Zwangssyndizierung« zusammenfaßte und jeden einzelnen in den Dienst des Staates, seiner Selbstbehauptung und seiner Fortentwicklung stellte.[1] In den ersten Anfängen lag der Akzent allerdings noch ganz auf dem Militärischen. Alle Ressourcen zu mobilisieren und notfalls die Taktik der verbrannten Erde anzuwenden, forderte Lenins Aufruf »Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr« vom 21. Februar 1918, der die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Krieges durch die Deutschen im Auge hatte. Diese Gefahr ging rasch vorüber, weil der Friede von Brest-Litowsk geschlossen wurde, aber der bald ausbrechende Bürgerkrieg ließ eine Entspannung nicht zu, und mit Mitteln, die bis dahin unbekannt gewesen waren, wurde aus den Trümmern der alten Armee eine neue geschaffen, die schließlich mehrere Millionen von Soldaten umfaßte. Der Oberkommandierende der Roten Armee S. S. Kamenjew erklärte später, absolut neu im Kriegswesen sei während dieser Jahre die Forderung gewesen, »das ganze innere Leben des Landes dem Krieg unterzuordnen«.[2]

Im Wortsinn war das nicht ganz richtig, wie ein Blick auf das deutsche »Hindenburg-Programm« von 1916 und auf die entsprechenden Forderungen Ludendorffs zeigt. Es ist ja im übrigen bekannt, wie sehr Lenin vom Beispiel der deutschen *Kriegswirtschaft* fasziniert war.[3] Das wirklich Kennzeichnende und Neuartige war vielmehr, daß die Rote Armee auch nach dem Ende des Bürgerkriegs zunächst nicht wirklich demobilisiert und daß die Kriegswirtschaft fortgesetzt wurde. Auf Befehl Trotzkis wurde zu Anfang 1920 eine Anzahl von Verbänden der Roten Armee zu *Arbeitsarmeen* umorganisiert und geschlossen in der Volkswirtschaft eingesetzt. Aber umgekehrt wurde die bäuerliche Arbeit gerade militarisiert, und 6 Millionen Bauern mit etwa der gleichen Zahl Pferde wurden für die verschiedensten Arbeiten aufgeboten. Auch die städtische Bevölkerung wurde herangezogen, und zwar mittels der »kommunistischen Samstage«, an denen die Parteimitglieder mit unbezahlter Arbeit vorangingen.

Daß die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik nur eine engbegrenzte Phase der Entspannung bedeuten würde, war bei dem Charakter der KPdSU als der Partei der Änderung, des Fortschritts und der Energie von vornherein nicht zu bezweifeln. Schon 1920 war innerhalb der Bürokratie des Zentralkomitees eine eigene Abteilung (»Uchraspred«) errichtet worden, die für »Mobilisierung, Versetzungen und Ernennungen von Parteimitgliedern«

verantwortlich war.[4] Solche Mobilisierungen erstreckten sich bald auch auf Komsomolmitglieder, und sie mochten die Verpflichtung zur Teilnahme an Bauarbeiten im Fernen Osten so gut zum Inhalt haben wie die Übernahme bestimmter Aufgaben in der Verwaltung der Partei oder des Jugendverbandes. Was überall im Westen das Resultat einer langsamen Entwicklung gewesen war, an der viele Faktoren mitgewirkt hatten, das wurde nun durch Befehle der Zentrale und durch Willensentschlüsse hervorgebracht. Eine Art der Mobilisierung war auch die neue Ehegesetzgebung, welche die Ehescheidung durch den einseitigen Entschluß eines der Partner möglich machte und eine Konsequenz der völligen Gleichstellung der Frau zu sein schien, einer Gleichstellung, die vor allem die Arbeitskraft aller Frauen in sämtliche Zweige der Volkswirtschaft hineinbrachte.

Wie in der Türkei Kemal Atatürks verschwanden in den mohammedanischen Teilen der Sowjetunion Schleier und Harem, und dann auch Koranschulen und Moscheen durch den Willen der obersten Behörde und ihrer Partei. Lastwagen traten an die Stelle der Kamele, und Textilmaschinen verdrängten die Handknüpferinnen. Die größte und erfolgreichste aller Mobilisierungen bedeuteten aber die Kollektivierung und der erste Fünfjahresplan. Das Leben aller Bauern wurde fundamental umgewandelt, Industriewerke und Siedlungen wuchsen in Steppen und Urwäldern auf, inmitten der Holzhäuser der alten Städte entstanden Bürogebäude und Asphaltstraßen. Aber es wurden auch viele fertige Industrieanlagen aus dem kapitalistischen Ausland importiert und unter der Leitung amerikanischer oder deutscher Ingenieure aufgebaut; daraus resultierten unerhörte Ansprüche an die Arbeiter, die sich oft in wenigen Monaten aneignen mußten, was in Amerika das Ergebnis der Arbeit vieler Jahre gewesen war.

Die Importe mußten indessen bezahlt werden, und der dunkle Grund dieser Industrialisierung war die bedenkenlose Abholzung riesiger Wälder, war die rücksichtslose Verwendung von Zwangsarbeit der aus ihrer Heimat vertriebenen Kulaken, waren dürftigste Wohnverhältnisse und war eine Rationierung, die den einzelnen kaum die elementarsten Lebensnotwendigkeiten zuteilte. Die umfassende Industriespionage in den westlichen Ländern muß wohl auch zu den *dunklen Seiten* gezählt werden. Unter diesen Gesichtspunkten konnte die Sowjetunion als eine Entwicklungsdiktatur betrachtet werden, die durch eine bewußte Anstrengung und durch ganz spezifische Opfer jene Industrialisierung und Modernisierung nachvollzieht, welche in Westeuropa und den USA gleichsam subkutan und jedenfalls in der Weise vonstatten gegangen war, daß durchaus nicht alle Kräfte dafür in Anspruch genommen und *mobilisiert* waren.

Aber die Sowjetunion unterschied sich von allen Entwicklungsdiktaturen dadurch, daß sie der räumlich größte Staat der Welt war und daß sie von

einer Partei regiert wurde, die sich eine Weltmission zuschrieb. So war der Aufbau einer Schwerindustrie zugleich der Aufbau einer Rüstungsindustrie, und es war nicht verwunderlich, daß in den Augen der Nachbarstaaten die Konzentration auf die Industrie und auf die Mechanisierung der Landwirtschaft mit einer Konzentration auf Aufrüstung und Kriegsdrohung identisch war. Bereits 1927 war ja die »Ossoawiachim« ins Leben gerufen worden, die »Organisation zur Förderung der Verteidigung, der Luftfahrt und der chemischen Waffen«, und jedes Mitglied des Komsomol kam mit ihr in Berührung.[5] Die allbeherrschende Atmosphäre des Landes war das unablässige Drängen und Befehlen von oben nach unten, das im Kreml seine oberste Spitze hatte, das sich aber über die verschiedenen Ebenen der Organisation bis zur hintersten Kolchose auswirkte, welcher ein fast unvorstellbar hohes Maß an Lieferpflichten auferlegt wurde, so daß den Bauern oft kaum das Notwendigste für den Lebensunterhalt verblieb. Alle Privilegien, die den Parteiführern, den Spezialisten oder den Stachanow-Arbeitern zugestanden wurden, waren daher von höchst prekärer Art, und sie konnten insgesamt als eine Art von Kriegsauszeichnungen betrachtet werden, die bei dem geringsten Versagen wieder entzogen wurden.

Wie viele Mittel der Rüstungsindustrie zugewiesen wurden, läßt sich nicht mit einiger Sicherheit feststellen, da der Rubel eine Binnenwährung war und da die im Staatsbudget für die Armee ausgewiesenen Summen nur einen Bruchteil der wirklichen Aufwendungen darstellten, die in den Budgets zahlreicher anderer Ministerien und mithin Wirtschaftszweige versteckt sein konnten. Jedenfalls war schon die für 1935 ausgegebene Summe von 5 Milliarden sehr beachtlich und bedeutend höher als die deutschen Rüstungsausgaben desselben Jahres, und 1938 war sie auf 23 Milliarden Rubel angestiegen. Aufschlußreicher sind aber wohl die Angaben in einem Rundschreiben Stalins von Ende Juni 1937, das nicht veröffentlicht worden war und im Archiv von Smolensk gefunden wurde: Es seien seit dem Beginn der Kollektivierung 5616 Maschinen-Traktoren-Stationen geschaffen worden, die über einen Bestand von 41 000 Raupenschleppern, 270 000 Traktoren und 86 000 Mähdreschern verfügten.[6] 1939 war die Sowjetunion der drittgrößte Stahlproduzent der Welt nach den USA und Deutschland, und bei der Industrieproduktion im ganzen nahm sie mit einem Anteil von beinahe 20% den zweiten Platz hinter den USA ein. Das war eine bemerkenswerte Erfolgsbilanz und Grund genug für legitimen Stolz, sofern man die Millionen Opfer nicht in Anschlag brachte; aber es war auch eine alarmierende Meldung für alle anderen Staaten, zumal wenn sie die Militärdoktrin dieses Landes zur Kenntnis nahmen, die zwar immer von *imperialistischen Aggressoren* sprach, aber sich schon 1939 zum Ziel setzte, die Armeen dieser Aggressoren an mehreren Fronten vernichtend zu schlagen.[7] Ein solches Ziel konnte sich nicht

einmal das nationalsozialistische Deutschland setzen, obwohl auch es alle seine Kräfte mobilisieren wollte und schon im Frieden ein Analogon zur Kriegswirtschaft des Hindenburg-Programms hervorbrachte.

Wenn man von dieser möglichen oder wahrscheinlichen Zielsetzung absieht, dann war die Mobilisierung der Sowjetunion teils Ersatz der *kapitalistischen* Mobilisierung, teils zugespitzte Fortsetzung: Eine gewaltige Anzahl von Bauern wurde freigesetzt, ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens floß in die zur Industrialisierung erforderlichen Investitionen, eine industriell gesinnte Führungsschicht trat an die Stelle einer traditionalistischen *herrschenden Klasse*. Doch was sich in Europa vergleichsweise langsam abgespielt hatte, vollzog sich hier sehr schnell in der Atemlosigkeit des großen Nachholens, und ganze Klassen, die in Europa bloß in den Hintergrund getreten waren, aber immer noch bedeutende Beiträge geleistet hatten, waren in der Sowjetunion vernichtet worden. Gewiß wurde dadurch zugleich die essentielle Differenz zwischen parteistaatskapitalistischer Diktatur und liberalkapitalistischem Pluralismus immer stärker akzentuiert, aber unter rein ökonomischen Gesichtspunkten ist es dennoch zulässig, die Mobilisierung der Sowjetunion als den Weg einer Entwicklungsdiktatur zu begreifen.

Diesen Weg konnte Deutschland nicht gehen. Das Deutsche Reich war um 1930 wie schon im Jahre 1910 ein im Rahmen der Weltverhältnisse voll entwickeltes Industrieland: die erste industrielle Macht des Kontinents und hinter den durch die Umstände ungemein bevorzugten Vereinigten Staaten an zweiter Stelle in der Welt. Sein Problem war um 1930 nicht ein Mangel an Entwicklung, sondern ein Mangel an Auslastung für seinen Produktionsapparat und damit an Beschäftigung für seine Arbeiter. Hier konnte es nicht darum gehen, eine Industrie aus dem Nichts oder aus vergleichsweise schwachen Ansätzen zu schaffen, sondern es kam darauf an, die bereits vorhandene Industrie wieder in vollen Gang zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, glaubte auch die NSDAP, Hindernisse vernichten zu müssen, z. B. die Vielfalt von politischen Parteien, da diese der erforderlichen Konzentration des Willens im Wege ständen, doch diese Vernichtung war keine übersteigerte Fortführung jener ursprünglichen Mobilisierung, sondern stellte sich ihr in wesentlichen Punkten gerade entgegen, wie schon die Begründung des Antisemitismus der Partei, aber auch die Begriffe der Rasse und des Blutes und das Beispiel des Erbhofgesetzes zeigen.

Aber wenn der Nationalsozialismus keine bloß reaktionäre und damit aussichtslose Mittelstands- und Bauernbewegung sein wollte, dann mußte er eine eigene Art von Mobilisierung in Gang setzen, die in ihrer Tendenz zwar jener früheren Mobilisierung gerade entgegengesetzt war, aber doch ein gutes Stück Weges mit ihr gemeinsam hatte. Deren Eigentümlichkeit ist durch eine isolierende Betrachtung der wirtschaftlichen Maßnahmen nicht zu erkennen.

Die Begründung der alleinigen Souveränität des Führers gehörte ebenso dazu wie die Kapillarfunktion der Partei, der Terror so gut wie die Erziehung der Jugend. Erst in diesem Zusammenhang erweisen sich auch die wirtschaftlichen Maßnahmen als dasjenige, was sie waren: als konsequente Kriegsvorbereitung, die hinter der sowjetischen an Energie nicht zurückblieb, aber nicht über die gleiche Alternative verfügte, nämlich eine Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft vorzunehmen, sobald naheliegende Ziele erreicht waren und bestimmte Befürchtungen sich nicht realisiert hatten.

Die Ausschaltung auch der gemäßigten Linken und die Terrorisierung ihrer Anhängerschaft bedeuteten die Beseitigung des festesten Kerns pazifistischen und internationalistischen Denkens, und die Bekämpfung des kirchlichen Einflusses öffnete die Bahn für die Alleinherrschaft des Geistes, der in der angeführten Liedzeile zum Ausdruck kommt: »Gott ist der Kampf und der Kampf unser Blut und darum sind wir geboren.«[8] Dagegen bewegten sich die wirtschaftlichen Maßnahmen zunächst durchaus im Rahmen des alten Systems und waren eine Fortsetzung von Maßnahmen der Regierungen Papen und Schleicher; nicht zufällig vollzogen sie sich unter der Leitung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten der Weimarer Republik und nunmehrigen Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht.

Der Produktionsrückgang infolge der Weltwirtschaftskrise hatte in Deutschland von 1929 bis 1932 nicht weniger als 47 % betragen, und der Verlust an Volkseinkommen war zwar infolge der Verringerung der Importpreise nicht ganz so groß, aber immer noch beträchtlich. Durch die Abrufung der Auslandskredite waren die Gold- und Devisenbestände stark zurückgegangen. Brüning suchte die Sanierung durch die Einführung der Devisenbewirtschaftung und eine restriktive Fiskalpolitik herbeizuführen, d. h. durch Deflation. Dadurch wurden jedoch der Schrumpfungsprozeß verstärkt und die politische Situation verschärft, da infolge der starken Position der Gewerkschaften eine Reduzierung des relativen Anteils der Löhne nicht möglich war. Papen nahm eine bedeutende Kursänderung vor. Unter ihm begann dasjenige, was John Maynard Keynes wenig später durch den Begriff des »Deficit spending« berühmt machen sollte: Arbeitsbeschaffung durch Staatsaufträge, Lohnprämien an die Unternehmer für jeden zusätzlich eingestellten Arbeiter, Steuergutscheine usw. Alle diese Maßnahmen wurden unter Hitler fortgesetzt und durch weitere Maßnahmen wie den Bau von Autobahnen und das sogenannte Reinhardt-Programm ergänzt, welches Ehestandsdarlehen und große Zuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden vorsah. Aber Brünings Steuererhöhungen wurden nicht rückgängig gemacht, und die Tendenz ging offensichtlich dahin, den Konsum zurückzudämmen und das Gewicht ganz auf die Förderung der Investitionsgüterindustrien zu legen. In diesem

Zusammenhang liefen 1934 die Rüstungsmaßnahmen an und erfolgte deren Finanzierung großenteils durch Schachts genialen Kunstgriff der »Mefo-Wechsel«. 1934 wurden bereits 4 Milliarden gegenüber 750 Millionen im Jahre 1933 ausgegeben, 1935 über 5, 1936 über 10 Milliarden. Natürlich erfolgte eine entsprechende Zunahme der schwebenden Reichsschuld, und zwar von 3 auf 12 Milliarden. Trotzdem waren die Rüstungsausgaben als Initialzündung wertvoll. Keynes erklärte ja um diese Zeit mit einleuchtenden Argumenten den volkswirtschaftlichen Nutzen unproduktiver Ausgaben wie etwa des Baus von Pyramiden oder der bloßen Bewegung von Erdmassen. Insofern beschritt Hitler als erster einen Weg, den nach ihm auch Roosevelt und Léon Blum betraten.

Im Jahr 1936 gelangte Deutschland an einen Kreuzweg. Schacht wollte jetzt offenbar umschalten und durch Bremsung der Rüstungsausgaben zu einer *selbsttragenden Konjunktur* gelangen. Aber gerade 1936 begann der *Zweite Vierjahresplan*, an dessen Spitze Hermann Göring als »Beauftragter« und damit als potentieller Wirtschaftsdiktator Deutschlands gestellt wurde. Im August 1936 forderte Hitler in seiner Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplanes unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den »Riesenplan« des Sowjetstaates, daß »ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes« auch eine wirtschaftliche zu erfolgen habe, und er schloß mit den Sätzen: »I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.«[9] Unverhüllt drohte er »einigen Wirtschaftlern« den Untergang an, und ein Jahr später sagte er mit noch deutlicheren Worten, wenn die Privatwirtschaft den Vierjahresplan nicht durchführe, werde der Staat die volle Kontrolle übernehmen. Göring unterstrich seinerseits den Willen zur Autarkie, der dem Plan zugrunde liege, und ließ keinen Zweifel daran, daß angesichts der Größe der Aufgabe sowohl der Hinblick auf Profite wie die Befolgung von Gesetzen gleichgültig geworden seien. Schacht wandte sich öffentlich mit Heftigkeit gegen solche Auffassungen, und im November 1937 trat er zurück. Die Rüstungsausgaben stiegen 1937 auf 11 und 1938 auf 23, nach anderen Berechnungen auf 17 Milliarden. Die gesamte Reichsschuld wuchs auf die für die damalige Zeit ungeheure Summe von 42 Milliarden. Zugleich entfalteten sich mit der Errichtung der »Reichswerke Hermann Göring« in Salzgitter die Anfänge einer Staats- oder Parteiwirtschaft. *Arbeitsaufgebote*, die mit denjenigen der Sowjetunion vergleichbar gewesen wären, erfolgten jedoch bis 1939 nicht, auch nicht beim Bau des »Westwalls«.[10]

Wie real die Chance einer Umstellung auf den Wohlfahrtsstaat im Jahre 1936 war, läßt sich mit Sicherheit nicht entscheiden. Aber die Verwirklichung hätte jedenfalls ein Sich-Begnügen mit der nationalen Restitution und der Herstellung der Verteidigungsfähigkeit bedeutet. Sie wäre daher mit dem Ziel

der Weimarer Republik identisch gewesen, und deshalb war sie für Hitler indiskutabel. Daß *seine* Methode Erfolge versprach, wurde allerdings durch die Ereignisse von März 1938 bis März 1939 bewiesen, die ja von der Überwältigung Schuschniggs über die Eingliederung der Sudetenländer bis zur Besetzung Prags und der »Rest-Tschechei« praktisch so etwas wie unblutige Kriegshandlungen waren. Aber seit 1936 hatten Hitler und mit ihm Deutschland infolge der gewaltig steigenden Schulden eine Einbahnstraße mit dem Telos des Krieges oder mindestens der unblutigen Erfolge durch Kriegsdrohungen eingeschlagen. Schon die Judenkontribution und die Besetzung der Tschechoslowakei waren ausgesprochenermaßen Akte einer *Beutewirtschaft.* Die Gesamtausgaben für die Rüstung betrugen bis zum September 1939 etwa 60 Milliarden Reichsmark. In den »Tischgesprächen« sagte Hitler später, er habe das ganze Vermögen des deutschen Volkes in Waffen angelegt[11]; nur durch einen lohnenden Krieg konnte also dieses Vermögen angemessen verwertet werden.

Sicherlich hätte eine erfolgreiche Kriegsdrohung denselben Zweck ebensogut und besser erfüllt. Aber war es wirklich vorstellbar, daß Polen und England im Sommer 1939 nachgegeben hätten, weil es ihnen angesichts der erstaunlichen Kraftentfaltung Deutschlands unvermeidlich erschienen wäre, sich damit abzufinden, daß der außersowjetische Kontinent nun von seinem unzweifelhaft stärksten und obendrein zentral gelegenen Staat geführt werden müsse? Deutschland war doch offenkundig nicht stark und vor allem bei den übrigen Europäern nicht beliebt genug, daß ein solcher Anspruch ohne entschiedenen Widerstand durchzusetzen gewesen wäre. Überdies gab es schwerwiegende Gründe für die Annahme, daß diese »Führung« Beherrschung und Ausbeutung durch ein System bedeuten würde, das die Hauptkennzeichen der Geschichte Europas verneinte und mit immer größerer Entschiedenheit zu beseitigen sich anschickte. Nichts war daher trotz der scheinbaren Geringfügigkeit des Anlasses konsequenter als der polnisch-englisch-französische Widerstand und damit der Krieg im September 1939. Aber Adolf Hitler hatte danach den Beweis geführt, daß Deutschland in noch weit höherem Maße, als irgend jemand außer ihm selbst im Sommer 1939 angenommen hatte, die stärkste Macht Europas war, und das konnte nicht ausschließlich darauf zurückzuführen sein, daß er bis 1939 ebensoviel für die Rüstung ausgegeben hatte wie Frankreich, Großbritannien und die USA zusammen. So hatten sich zwar die Vorhersagen seiner Gegner als richtig erwiesen, daß er Krieg führen mußte, aber sie waren nur deshalb richtig, weil er nicht, wie es die Sowjetunion tat, von der Bevölkerung beliebige Opfer fordern und den Lebensstandard der großen Masse bis auf das Existenzminimum herunterdrücken konnte. Die Sowjetunion hätte sich, wenn sie unbedroht gewesen wäre und von ideologisch begründeten Welteroberungsplänen

Abschied genommen hätte, 1941 angesichts ihres Reichtums an Raum und an Rohstoffen dazu entschließen können, die nun endlich durchgeführte Industrialisierung für eine allmähliche Hebung des Lebensstandards des Volkes nutzbar zu machen. 1939 konnte Hitler das nicht tun. Er mußte in der Tat Krieg führen, und zwar einen Eroberungskrieg zwecks Erkämpfung von Beute. Die Frage war, ob er sich im Mai/Juni 1941 noch in der gleichen Lage befand. Seine Truppen standen am Nordkap und in der Wüste Libyens, am Ufer des Bug und an der Pyrenäengrenze zum befreundeten Spanien. Die Ressourcen ganz Kontinentaleuropas standen zu seiner Verfügung. Deutschland war nun unzweifelhaft die Führungsmacht des Kontinents. Von ernsthaftem Widerstand war sogar in Frankreich kaum etwas zu spüren. Freilich hatte dieses Deutschland zwei der europäischen Nationen, die Tschechen und die Polen, zu einer Art von Kolonialvölkern gemacht, und die positive Unterstützung durch konservative Regime und faschistische Bewegungen, ja sogar durch das Italien Mussolinis, war nicht allzu verläßlich. Hitlers spezifische Art der Mobilisierung, die von der Methode der Entwicklungsdiktatur wie von derjenigen des Wohlfahrtsstaates gleich weit entfernt war, hatte ihn zu diesem Höhepunkt seiner Macht geführt, weil sie einen brachliegenden Produktionsapparat zu dem allein möglichen Zweck der Kriegführung wieder in Gang setzte. Aber als Herr Kontinentaleuropas befand er sich im Krieg mit der Seemacht England und praktisch mit Amerika, und die Sowjetunion, die mehr als er für Rüstung und Kriegsvorbereitung ausgegeben hatte, stand ihm auf dem Land in einer Neutralität gegenüber, die ihn daran hinderte, die Auseinandersetzung mit England durch die Invasion der Insel zu beenden. Er hätte ihr gegenüber zum Mittel des Krieges oder der Kriegsdrohung greifen müssen, auch wenn Rußland ein demokratischer Staat gewesen wäre oder unter der Herrschaft eines Zaren gestanden hätte, sofern sie nicht von sich aus unbedingt verläßliche Garantien angeboten hätte. Aber sie war doch sein ganzes politisches Leben hindurch sein Schreckbild und zugleich ansatzweise sein Vorbild gewesen, wie schon die Begründung zeigte, die er für den Vierjahresplan gab. Ihr und ihrer Ideologie gegenüber hatte sein Reich die allein angemessene Antwort darstellen sollen; gegen sie und ihre Ideologie hatte er an die Gemeinsamkeit der besten Kräfte aller *arischen* Völker appelliert, die im Judentum ihren gemeinsamen Feind erkennen sollten. Im Hinblick auf den Bolschewismus und die Sowjetunion hatten jedoch auch viele seiner Gefolgsleute und seiner Generäle sehr bestimmte Ansichten, und es war nicht von vornherein ausgemacht, daß er sich über alle diese Ansichten einfach hinwegsetzen konnte. Als Hitler nach dem Molotow-Besuch definitiv den Entschluß faßte, die Sowjetunion »in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen«, da muß ihm trotz der Leichtfertigkeit dieser Wendung und mancher ähnlicher Äußerungen im Innersten doch klar gewesen sein, daß diese Ent-

scheidung ein ganz anderes Gewicht hatte als die Entschlüsse zum Angriff gegen Polen, Frankreich oder Jugoslawien, und allein aus der Art und Weise, wie er das deutsche Volk mobilisiert hatte, ergab sich noch nicht zwingend die Antwort auf die wesentlichste aller Fragen: Würde dieser Krieg ein Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen Deutschland und Rußland sein oder ein antibolschewistischer Befreiungskrieg im Bündnis mit vielen Europäern und sehr vielen Russen und Ukrainern oder ein Vernichtungskrieg zum Zweck der Eroberung gigantischer »Lebensräume« und der Ausrottung des Judentums als des angeblichen Weltfeindes aller Völker?

V

Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945

1. *Der Angriff gegen die Sowjetunion: Entscheidungskampf? – Befreiungsfeldzug? – Vernichtungskrieg?*

Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 22. Juni 1941 die Grenzen der Sowjetunion auf einer Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereits seit anderthalb Stunden überschritten hatte, überreichte der deutsche Botschafter in Moskau dem Außenminister Molotow eine Erklärung, die in ihren Schlußfolgerungen besagte, die Außenpolitik der Sowjetunion sei immer stärker deutschfeindlich geworden und die Sowjetregierung habe die mit dem Reich geschlossenen Verträge dadurch gebrochen, daß sie ihre Streitkräfte an den Grenzen sprungbereit habe aufmarschieren lassen, um Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Daher habe der Führer der Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten.[1] Gemäß dieser Verlautbarung verstand Hitler den Feldzug gegen die Sowjetunion mithin als einen Präventivkrieg. Molotow bezeichnete dagegen in seiner Erwiderung diese Begründung als einen »leeren Vorwand«, denn es fänden in der Nähe der Westgrenze lediglich »Sondermanöver« statt, auf welche die Sowjetregierung verzichtet haben würde, wenn ihr ein entsprechender Wunsch der Reichsregierung übermittelt worden wäre. Daher habe Deutschland in historisch präzedenzloser Weise den Nichtangriffs- und Freundschaftspakt gebrochen, der es mit der Sowjetunion verbunden habe. Dieser Satz war offenkundig gleichbedeutend mit der These, Deutschland habe einen unprovozierten Angriffskrieg vom Zaune gebrochen. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt ein großer Teil der sowjetischen Luftwaffe bereits vernichtet. Es war deshalb nur konsequent, daß Molotow seine Ausführungen mit den Worten schloß: »Das haben wir nicht verdient.«[2]

So standen bereits in den ersten Stunden des Krieges die beiden entgegengesetzten Thesen in offizieller Formulierung schroff neben- und gegeneinander: Deutschland führe einen Präventivkrieg bzw. einen Angriffskrieg; die Sowjetunion sei eine untragbare Bedrohung gewesen bzw. das ahnungslose Opfer eines Überfalls. Bis heute ist die Frage nicht verläßlich entschieden[3], und schon unmittelbar vor Ausbruch des Konflikts sowie während der ersten Kriegswochen konnte jede der beiden Seiten beachtliche Argumente ins Feld führen. Aber Zweifel blieben in dem einen wie in dem anderen Falle.

Es ließ sich kaum bestreiten, daß die Sowjetunion gegen den Buchstaben und den Geist der Verträge verstoßen hatte, als sie von Rumänien die Buko-

wina forderte und in Litauen nicht bloß *Stützpunkte* errichtete, sondern eine beträchtliche Anzahl von Divisionen konzentrierte. Es ließ sich ferner mit einem Freundschaftspakt schwerlich vereinbaren, daß die Sowjetunion den Putsch in Belgrad unterstützt und mit der Regierung Simović sofort ein Abkommen geschlossen hatte. Überdies hatten die deutschen Truppen in der Belgrader Gesandtschaft der Sowjetunion Dokumente gefunden, welche nur allzu deutlich feindliche Absichten gegenüber Deutschland erkennen ließen. Als stärkster Beweis aber mußte schon bald ein Tatbestand gelten, der nach den ersten 14 Tagen des Krieges unübersehbar geworden war: Die drei Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd unter den Generalfeldmarschällen von Leeb, von Bock und von Rundstedt verfügten insgesamt über etwa 3500 Panzer, und schon in der Kesselschlacht von Bialystok und Minsk zerstörte oder erbeutete allein die Heeresgruppe Mitte an die 6000 feindliche Panzer. In dem vorspringenden Bogen von Bialystok waren also weit mehr Panzer massiert, als das gesamte deutsche Ostheer aufzuweisen hatte, und der sowjetische Generalmajor Pjotr Grigorenko, freilich ein *Dissident*, hat sicherlich recht, wenn er schreibt, eine solche Aufstellung sei nur begründet, wenn sie für eine Überraschungsoffensive bestimmt sei.[4] Allerdings sieht er darin gerade einen schweren Fehler Stalins, da dieser in Wahrheit eine solche Angriffsabsicht *nicht* gehabt habe. Es ist jedenfalls unwahrscheinlich, daß auf deutscher Seite das Empfinden einer unmittelbaren Bedrohung vorhanden war. So legte der Generalmajor Marcks, der am 5. August 1940 den ersten Operationsentwurf ausarbeitete, den Gedanken zugrunde, daß »die Russen uns nicht den Liebesdienst eines Angriffs erweisen werden«[5], und Hitler selbst behauptete noch im Januar 1941, Stalin sei ein kluger Kopf, und er werde nicht offen gegen Deutschland auftreten, sondern lediglich in wachsendem Maße Schwierigkeiten machen.[6] Im übrigen zeugen alle Planungen und Vorbesprechungen hinsichtlich »Barbarossa« bei nahezu sämtlichen Beteiligten von einem überaus zuversichtlichen Kraftbewußtsein, das sich zutraute, »Rußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen«[7], und wenn Hitler auch mehrfach vor einer Unterschätzung des Gegners warnte, so entfuhr ihm doch gelegentlich eine Äußerung wie die, die Rote Armee sei nicht mehr als ein Witz.[8] Ein Präventivkrieg kann nicht auf bloß objektiven Tatsachen beruhen; zu seinem Begriff gehört unabdingbar ein Gefühl unmittelbaren Bedrohtseins auf der Seite des Angreifers. Aber ein Angriffskrieg ist gleichwohl nicht notwendigerweise schon deshalb ein Überfall, weil er nicht ein Präventivkrieg ist. Er kann ein objektiv begründeter und unvermeidbarer Entscheidungskampf sein. Nur wenige Wochen später, am 11. September 1941, verglich Roosevelt in einer seiner »Kaminplaudereien« die »Unterseeboote und Piratenschiffe der Nazis« mit Klapperschlangen, die man zerschmettern müsse, bevor sie auf einen zuschnellten, und er rechtfertigte so den Schießbefehl, den er den amerikanischen Kriegsschiffen gegeben

hatte.[9] Aber die deutschen Unterseeboote führten die Blockade eines Landes durch, mit dem Deutschland sich im Kriegszustand befand, und die USA waren ein neutrales Land, das nirgendwo in einen Krieg verwickelt war. Deutschlands Lage war dagegen eine ganz andere. Es hatte überdies guten Grund, sich an Äußerungen wie diejenige zu erinnern, die der Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, L. S. Mechlis, im März 1939 auf dem 17. Parteitag getan hatte: die UdSSR werde in dem nun vorhersehbaren »zweiten imperialistischen Krieg« ihre Kriegsoperationen auf das Territorium des Gegners tragen und die Zahl der Sowjetrepubliken vervielfachen.[10] Verlautbarungen wie diese waren in der Literatur und im Leben nicht selten und wurden der deutschen Regierung in zahlreichen Berichten übermittelt. Sie mußten als mentale Kriegshandlungen betrachtet werden, und man durfte sogar die Frage stellen, ob nicht ein völlig abgeschlossenes und dabei hochgerüstetes Land schon durch diese Art der Existenz eine gefährliche Bedrohung seiner Nachbarn darstellte.

Es scheint, daß Stalin selbst von dem Gefühl durchdrungen gewesen ist, es müsse nunmehr eine Entscheidung fallen, und Deutschland könne sich nicht mehr lange damit abfinden, durch die Haltung der Sowjetunion in einem Zustand der Handlungsunfähigkeit gegenüber England verharren zu müssen. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß er nicht der Meinung war, diese Entscheidung müsse notwendigerweise durch einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion getroffen werden. Sein Verhalten während der letzten Monate vor dem 22. Juni hat immer wieder Rätsel aufgegeben und eine Anzahl von Erklärungsversuchen hervorgerufen. Anscheinend nahm er die Warnungen, die ihm von vielen Seiten zuflossen, nicht ernst, und er betrieb gegenüber Deutschland eine ausgesprochene Beschwichtigungspolitik. Dazu gehörte schon die vielbeschriebene Szene auf dem Moskauer Bahnhof bei der Abreise des japanischen Außenministers Matsuoka im April, als er den deutschen Militärattaché Oberst Krebs mit den Worten umarmte: »Wir werden mit Euch Freunde sein – was auch kommen mag«[11], aber auch die verstärkten Lieferungen von Rohstoffen sind nicht zu vergessen, und mindestens der deutsche Botschafter von der Schulenburg interpretierte die Übernahme der Regierungsführung durch Stalin am 6. Mai 1941 in dem Sinne, daß dieser entschlossen sei, mit ganzer Kraft auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland hinzuwirken.[12] Daß Stalin die Beziehungen mit den Exilregierungen Jugoslawiens, Belgiens und Hollands abbrechen ließ, paßte gut in dieses Bild. Zwar lag die Führung der Sowjetunion während der Nacht vom 21. zum 22. Juni keineswegs in tiefem Schlafe, wie die Memoiren von Georgij Schukow klar erkennen lassen, aber die Masse der Truppen wurde von dem deutschen Angriff zweifellos überrascht, und ein großer Teil der Luftwaffe befand sich ohne Tarnung auf den grenznahen Flugplätzen. Seit den Enthüllun-

gen, die Chruschtschow in seiner Geheimrede vornahm, ist Stalins Verhalten daher in der sowjetischen Literatur des öfteren scharf getadelt worden. Es bieten sich jedoch drei sinnvolle Erklärungen an.

In Teheran sagte Stalin zu Churchill: »Ich hätte mir noch ein halbes Jahr Zeit gewünscht.«[13] Daraus konnte eine gewisse Bestätigung der deutschen Präventivkriegsthese abgeleitet werden, aber die Tatsache der Überraschung bliebe unerklärt.

Es könnte sein, daß Stalin als der Überfallene und das ahnungslose Opfer einer ruchlosen Attacke dastehen wollte, weil er nur unter dieser Voraussetzung eine bedingungslose Hilfeleistung durch Großbritannien und die USA erwarten durfte. Er hätte dann den tatsächlichen Verlauf des Krieges sehr genau vorhergesehen und bewußt das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten angestrebt. Dagegen spricht indessen, daß er so in einen Krieg gegen Deutschland geriet, der mindestens für einige Monate ein Einfrontenkampf sein würde und der die angelsächsischen Mächte in die Situation versetzte, welche er selbst einzunehmen wünschte, nämlich in die Situation des ungeschwächten Dritten, der schließlich über die zwei erschöpften Antagonisten die Oberhand gewinnt. Und anscheinend hatte er – durch den Flug von Rudolf Heß nach England im Mai aufs äußerste beunruhigt – wenig Zweifel daran, daß die Hauptmacht des Kapitalismus am Ende ihr Gewicht doch zugunsten des kapitalistisch-faschistischen Militärstaates gegen das sozialistische Sechstel der Erde in die Waagschale werfen werde.

Die dritte und wahrscheinlichste Möglichkeit dürfte aus der auffallenden Häufigkeit des Wortes »Verhandlungen« abzuleiten sein, die in diesen Wochen zu konstatieren ist. In dem berühmten TASS-Dementi vom 14. Juni heißt es, Deutschland habe an die Sowjetunion keinerlei Forderungen gerichtet und ihr kein neues engeres Übereinkommen vorgeschlagen, und infolgedessen hätten Verhandlungen hierüber nicht stattfinden können.[14] Das klingt ganz wie eine dringende Aufforderung, in solche Verhandlungen einzutreten, und der Eindruck wird bestärkt, wenn man sich vor Augen hält, daß Molotow und Stalin auch später hervorhoben, Deutschland sei in die Sowjetunion eingefallen, ohne daß es zunächst Verhandlungen vorgeschlagen habe.[15] Es sieht ganz so aus, daß Stalin bis zum letzten Augenblick erwartete, von deutscher Seite ein ultimatives Verhandlungsangebot zu erhalten, und daß er geneigt war, darauf einzugehen. Vermutlich hatte er Molotow bei dessen Besuch in Berlin nach weitverbreiteter Methode Maximalforderungen vorbringen lassen und war jetzt bereit, davon abzugehen, d.h. dem geplanten Kontinentalblock unter Verzicht auf die europäischen Forderungen beizutreten, überdies die Lieferungen zu erhöhen und notfalls sogar die Rote Armee aus den Grenzgebieten zurückzuziehen. Für diese Version spricht, daß Stalin nach dem Bericht Chruschtschows beim Ausbruch des Krieges zunächst von Verzweiflung erfaßt

wurde und ausrief: »Alles, was Lenin geschaffen hat, haben wir verloren«[16], und daß er nach der Erzählung seiner Tochter noch mehrere Jahre später voll tiefen Bedauerns zu sagen pflegte: »Mit den Deutschen zusammen wären wir unbesiegbar gewesen«.[17] Tatsächlich *mußte* er diesen Weg wählen, wenn er seine außenpolitische Grundvorstellung realisiert sehen wollte: die Mächte des *Kapitalismus* untereinander im Kriege zu halten und schließlich der lachende Dritte zu sein. Dafür war kein Opfer zu schwer, und möglicherweise hätte er – wie die Zeitgenossen spekulierten – den Deutschen sogar die Ukraine zur direkten Ausbeutung verpachtet, denn es steht außer Zweifel, daß er die ungeheure Produktionskraft der USA viel richtiger einschätzte, als Hitler es tat, und daß er davon überzeugt war, Deutschland werde den Krieg gegen die angelsächsischen Seemächte letzten Endes verlieren, nachdem es ihnen zuvor ungeheure Verluste beigebracht hätte. Wenn er dagegen im Bündnis mit Amerika Deutschland niederschlug und dabei die Hauptlast auf sich nahm, dann konnte er besiegt werden, und die Wahrscheinlichkeit der Niederlage war nach seinen eigenen Voraussetzungen nur allzu groß.

Jedenfalls gibt es gute Gründe für die Annahme, Stalin sei ebenso überzeugt gewesen wie Hitler, daß eine Entscheidung getroffen werden mußte, er habe jedoch nicht geglaubt, daß sie sich jetzt schon in der Gestalt eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion vollziehen würde. Dann waren Hitler und Deutschland nicht dafür verantwortlich, daß die Situation bestand, innerhalb deren eine Entscheidung erforderlich wurde – dazu hatte Stalin ebensoviel beigetragen wie Hitler –, wohl aber waren sie die Ursache dafür, daß die Entscheidung durch einen deutsch-sowjetischen Krieg erfolgte.

Wenn aber dieser Weg eingeschlagen wurde, dann erforderte eine weitere Alternative eine klare Antwort. Der Krieg gegen Frankreich war durch einen militärischen Sieg beendet worden, und Frankreich hatte sich eine neue Regierung gegeben, die zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit war. Die neue Regierung hatte einen Systemwechsel in die Wege geleitet und ein autoritäres Regime unter dem angesehensten Manne des Landes installiert, dem Marschall Pétain. Daß Elsaß-Lothringen wieder verlorengehen würde, war für diese Regierung akzeptabel, aber eine weitergehende Schwächung war – mindestens zunächst – nicht zu befürchten. Ein militärischer Sieg über die Sowjetunion hätte jedenfalls auch eine neue Regierung sowie ein neues System zur Folge gehabt, und ein russischer Pétain hätte sich zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit erklärt und sicherlich auch das Zugeständnis gemacht, daß der sowjetische Schein-Föderalismus durch einen genuinen Föderalismus abgelöst worden wäre. Inmitten der Staatenkämpfe und durch sie hindurch hätte sich der europäische Bürgerkrieg als die letztlich bestimmende Realität erwiesen. Doch aus »nationaldeutscher« Sicht gab es einen ungeheuren Unterschied gegenüber Frankreich: Dieses neue Rußland wäre nur militärisch

schwächer gewesen als Deutschland, aber an Volkszahl und Rohstoffreichtum nach wie vor stärker. Wenn man sich nicht von Vertrauen zu dem Partner und von Zuversicht im Hinblick auf die eigenen Fähigkeiten leiten lassen wollte, mußte man eine gründlichere Schwächung Rußlands ins Auge fassen. Eben darin bestand die Intention Alfred Rosenbergs, der von Hitler im Juli zum »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete« ernannt wurde. Schon am 2. April entwickelte er in einer Denkschrift den Plan, das bestehende Groß-Rußland in seine ethnischen Teile aufzulösen und ein künftiges »Moskowien« durch einen Ring unabhängiger Staaten, nämlich der Ukraine, Weißrußlands, des Don-Gebiets und der kaukasischen Region »in Schach zu halten«.[18] Wie die Westmächte 1919 einen *cordon sanitaire* um Sowjetrußland aus Staaten gebildet hatten, die ganz oder mit Teilen ihres Gebiets zum Zarenreich gehört hatten, und wie die gleichen Siegermächte die Entstehung eines Großdeutschland nicht geduldet, sondern Preußen-Deutschland mit feindselig gesinnten Staaten umgeben hatten, so erstrebte Alfred Rosenberg nun eine *Versailler Lösung* für einen niederzuhaltenden Kernbereich des einzigen Rivalen Deutschlands in Europa. Abstrakt betrachtet, handelte es sich um eine politische Denkweise, wie sie für Entscheidungskämpfe charakteristisch ist, und sie verdient ebensowenig oder ebensoviel an moralischem Tadel wie die Handlungsweisen der alliierten Mächte im Jahre 1919. Aber sie setzte sich von Anfang an in ein diffiziles Verhältnis zu einem anderen Aspekt des komplexen Problemfeldes, und dieser Tatbestand kam aufs klarste zum Vorschein, als Rosenberg in einer Rede am 20. Juni 1941 sagte: »Wir führen nun aber heute nicht einen ›Kreuzzug‹ gegen den Bolschewismus, allein um die ›armen Russen‹ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern ... Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren.« Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Idee des einheitlichen Rußlands tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage.[19] Wenn der Krieg in diesem Sinne ein Entscheidungskampf war, dann konnte er nicht einmal die entrechteten *Ehemaligen* und die enteigneten *Kulaken* Rußlands oder deren Kinder dazu veranlassen, sich auf die deutsche Seite zu stellen.

Dennoch gab es keinen Zweifel, daß dieser Krieg von seinen Urhebern auch als eine Wiederaufnahme des Bürgerkrieges verstanden wurde und daß alle Emotionen von neuem lebendig wurden, die einst in Rußland und in Deutschland vorgeherrscht hatten. Sie mochten zu Routinewendungen abgeschwächt sein, wenn etwa das Auswärtige Amt in seiner Note vom 21. Juni es für die Aufgabe des deutschen Volkes erklärte, »die gesamte Kulturwelt von den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten«[20] oder wenn die »Deut-

sche diplomatisch-politische Information« am 27. Juni behauptete, der Kampf Deutschlands gegen Moskau werde zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus, und es gehe dabei um die Erhaltung und Wiederherstellung der großen Grundprinzipien alles menschlichen und völkischen Zusammenlebens, nämlich um die Wiederherstellung der Würde und Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, der Familie, des Privateigentums, der Freiheit der religiösen Überzeugung und der kulturellen Eigenständigkeit der Völker und Volksgruppen in ganz Europa.[21] In solchen Wendungen stand gleichsam der Geist der *nationalen Erhebung* von 1933 noch einmal auf, aber sehr viel unmittelbarer brachte Alfred Rosenberg die Erfahrungen, die Bitterkeit und den Haß der frühen Nachkriegszeit zum Ausdruck, als er in seine Allgemeine Instruktion für die Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten am 8. Mai den Satz hineinschrieb, den Deutschen Osteuropas, die in vielen Jahrhunderten ungeheure Leistungen vollbracht hätten, sei das gesamte Eigentum ohne Entschädigung fortgenommen worden und Hunderttausende seien verschleppt worden oder verhungert.[22] Am tiefsten war jedoch Adolf Hitler schon am 30. März 1941 in einer Rede vor den Generälen in die Emotionen der Zeit des Bürgerkriegs zurückgestiegen. Bolschewismus sei asoziales Verbrechertum, und der Kommunismus bilde eine ungeheure Gefahr für die Zukunft. »Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad... Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden.«[23] Im Bürgerkrieg hatte in der Tat niemand daran gedacht, in dem roten oder in dem weißen Feind einen Kameraden zu sehen, der ritterlich behandelt werden müsse. Auch auf der sowjetischen Seite war die Erinnerung an die Greueltaten der Weißen immer wach gehalten worden, und sogar im Finnischen Kriege war es schwerlich bloß Propaganda gewesen, wenn den Rotarmisten gesagt wurde, sie würden zu Tode gequält werden, falls sie in die Hände der »weißfinnischen Schlächter« gerieten. Für »asoziale Verbrecher« hatte auch der Ataman Kaledin die Bolschewisten gehalten, weil sie mit der Parole »Raubt das Geraubte« an die primitivsten Instinkte appellierten, und die »Zersetzung« hatte dem General Kornilow den Weg in die Hauptstadt verlegt. Zwar nahm Hitler nur selten direkt auf die Ereignisse des Bürgerkrieges Bezug, und er legte eine unverkennbare Abneigung gegen die russischen Emigranten an den Tag, die in seinen Augen versagt hatten. Aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß die wichtigsten Vorgänge für ihn ganz gegenwärtig waren, und das kam auch in zufälligen Nebenbemerkungen zum Ausdruck wie etwa (zu einem späteren Zeitpunkt) derjenigen, es seien Ukrainer gewesen, die den besten Freund des ukrainischen Volkes, den Feldmarschall Eichhorn, 1918 in Kiew ermordet hätten.[24] Wenn er also hier von einem *Vernichtungskampf*

sprach, dann handelte es sich um die Vernichtung einer Ideologie und ihrer Vorkämpfer, und eine solche Absicht war allen Teilnehmern des Bürgerkrieges selbstverständlich gewesen. In dem gleichen Zusammenhang muß auch der »Kommissarbefehl« gesehen werden, der gewiß ein »unmenschlicher« und »völkerrechtswidriger« Befehl war, der aber von der Voraussetzung ausging, die ebenfalls eine Voraussetzung beider Bürgerkriegsparteien gewesen war: daß der Gegner mit Sicherheit verbrecherische und völkerrechtswidrige Taten begehen würde. Daher heißt es in diesen »Richtlinien« vom 8. Juni: »Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Arten als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten«.[25] Daher könnten politische Kommissare nicht als Soldaten anerkannt werden, und sie seien »nach durchgeführter Absonderung zu erledigen«.

Soweit dieser Befehl im Rahmen des *Weltanschauungskrieges* zu sehen ist, war er daher nicht »verbrecherisch«, sondern konsequent. Das Verbrechen liegt viel tiefer, und zwar in der Entfesselung eines solchen Krieges ohne zwingenden Grund. Insofern muß die Frage des Präventivkrieges oder des unvermeidbaren Entscheidungskampfes wieder auftauchen. Aber der Befehl war auf jeden Fall ein törichter Befehl, denn die deutsche Führung hatte sich nicht klar gemacht, daß die Sowjetregierung inzwischen noch einen Schritt über die Realitäten und Emotionen des Bürgerkrieges hinausgegangen war. Sie betrachtete nämlich alle Angehörigen der Roten Armee, die lebend in Gefangenschaft gerieten, als Deserteure, deren Familienangehörige kollektiv für diesen Akt der Feigheit und des Verrats verantwortlich gemacht wurden.[26] Die gefangenen Kommissare waren daher in den Augen ihrer eigenen Regierung todeswürdige Verbrecher, und Hitler machte sich zum Handlanger Stalins, wenn er sie »erledigen« ließ. Tatsächlich wurde der Befehl weitgehend nicht befolgt und 1942 aufgehoben, und später zählten ehemalige Politische Kommissare zu den engsten Mitarbeitern Wlassows.

Aber wenn der Krieg gegen die Sowjetunion auf einem Grunde von Emotionen ruhte, die schon die Emotionen des russischen Bürgerkrieges und des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik gewesen waren, dann konnte er kein bloßer Rachefeldzug sein und auch nicht nur ein »Verteidigungskampf des Abendlandes«, obwohl der Kommissarbefehl einerseits und die Verlautbarungen des Auswärtigen Amtes andererseits solche Interpretationen nahelegen mochten. Unabhängig vom Willen seines Urhebers mußte der Krieg in eins damit ein Befreiungskrieg sein und von großen Teilen der Bevölkerung als solcher empfunden werden, es sei denn, die These der Parteiführung von der völligen moralischen und politi-

schen Einheit des Sowjetvolkes wäre gerade *wegen* der Kollektivierung, der Großen Säuberung und der Deportationen aus Ostpolen und den Baltenländern richtig gewesen. Zwar verteidigten sich eine ganze Reihe von Einheiten der Roten Armee mit größter Tapferkeit, ja mit einem für die Deutschen tief befremdenden Fanatismus, der nicht selten die letzten Verteidiger einer Stellung zu gemeinsamem Selbstmord bewegte, aber schon in den ersten Kriegswochen ließen sich Hunderttausende in die Gefangenschaft führen, in allen Städten und Dörfern Litauens und Lettlands wurden die einrückenden deutschen Truppen mit Jubel begrüßt, in der Ukraine wurden sie an zahllosen Stellen mit Salz und Brot empfangen, und schon bevor sie in Lemberg einrückten, hatte sich dort eine provisorische Staatsgewalt gebildet, die offensichtlich zur vollen Kooperation mit Deutschland bereit war. Auch hier waren freilich Befreiung und Rache eng miteinander verknüpft. So hatten NKWD-Truppen in Lemberg und anderen Orten so gut wie alle Insassen der Gefängnisse und auch einige deutsche Flieger, die ihnen in die Hände gefallen waren, auf schreckliche Weise ermordet, und die ukrainische Bevölkerung hatte an denjenigen eine ebenso schreckliche Rache genommen, die sie für die Urheber hielt, so daß ein neues Zeitalter von Judenpogromen sich anzukündigen schien. Aber man durfte erwarten, daß die deutsche Wehrmacht solchen spontanen Aktionen ein Ende setzen würde und daß die Befreiung eine umfassendere Wirklichkeit sein würde als die Rache. Auf diesen Ton war jedenfalls die Wehrmachtpropaganda gestimmt, die von der Abteilung »WPr« im Oberkommando der Wehrmacht geleitet wurde und die in Millionen von Flugblättern und Plakaten Adolf Hitler als den Befreier der bisher Unterdrückten hinstellte.

Wie fruchtbar der Boden war, auf den diese Propaganda fiel, stellte indessen niemand so anschaulich unter Beweis wie Stalin. Am 3. Juli hielt er zum zweitenmal in seinem Leben eine Rundfunkrede und zum erstenmal sprach er seine Hörer mit »Brüder und Schwestern« und »meine Freunde« an.[27] Natürlich prangerte er zuerst den »Wortbruch« und den »Überfall« der Deutschen an und versicherte, die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe seien schon zerschmettert. Deutschland war für ihn nun wieder »faschistisch«, und Hitler und Ribbentrop nannte er »Ungeheuer und Kannibalen«. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß eine »ernste Gefahr über die Heimat heraufgezogen« sei. Auch er knüpfte an die Emotionen und Begriffe des Bürgerkrieges an, wenn er behauptete, das Ziel des Feindes bestehe darin, die Macht der Gutsbesitzer wiederaufzurichten, den Zarismus wiederherzustellen, die freien Völker der Sowjetunion ihrer Eigenstaatlichkeit zu berauben und sie zu »Sklaven der deutschen Fürsten und Barone« zu machen. Auch der Terminus »Vaterländischer Volkskrieg« konnte auf eine Wendung Lenins zurückgeführt werden. Neu war, daß Stalin mit

einem »Gefühl der Dankbarkeit« der historischen Rede Churchills vom 22. Juni und der entsprechenden Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten gedachte, die dem sowjetischen Volk ihre Hilfe angekündigt hätten, nachdem sich Hitler »in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor« entlarvt habe. Das auffallendste aber war, daß er mit stärkstem Nachdruck von den »Miesmachern und Feiglingen, den Panikmachern und Deserteuren« und ein zweites Mal von den »Desorganisatoren des Hinterlands, den Deserteuren, Panikmachern, Verbreitern von Gerüchten, Spionen und Diversanten« sprach und zur Unterstützung der »Feldjägerbataillone« aufrief. Es konnte kaum einen Zweifel geben, daß er sein Vertrauen nicht auf eine fraglose Anhänglichkeit des ganzen Sowjetvolkes setzte, sondern auf die Methode, die er später Churchill gegenüber mit den Worten beschrieb, in der Sowjetunion sei jedermann ein Held, denn jedermann wisse, daß er überleben könne, wenn er gegen den Feind anstürme, daß er aber sterben müsse, wenn er zurückgehe.[28] Immerhin rechnete er mit so viel verläßlicher Unterstützung, daß er die Taktik der verbrannten Erde ankündigte und zur »Entfachung des Partisanenkriegs« aufrief.

Aber Adolf Hitler scheint gar nicht wahrgenommen zu haben, daß Stalin in dieser Rede erkennen ließ, wie brüchig der Grund war, auf dem er stand, und wie überaus zahlreich die Menschen waren, die seine Behauptung nicht glauben konnten, er habe sie zu »freier Arbeit und Wohlstand« geführt. In einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter Oshima am 15. Juli nahm Hitler vielmehr nur Bezug auf den Vernichtungsbefehl und zog daraus den Schluß, daß Millionen wegen der Vernichtungsbefehle Stalins würden sterben müssen, denn Deutschland könne der russischen Bevölkerung weder Kohle noch Nahrungsmittel zur Verfügung stellen.[29] Acht Tage später ließ er durch Keitel ausdrücklich bekanntmachen, daß die Truppe denjenigen Schrecken zu verbreiten habe, der allein geeignet sei, »der Bevölkerung« jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen.[30] Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Hitler am Tag vorher dem kroatischen Marschall Kwaternik gesagt hatte, das heutige russische Volk bestehe anscheinend zu 70–80 % aus Mongolen[31], dann wird ganz klar, daß er gewillt war, sich nicht mit der Vernichtung einer Weltanschauung zu begnügen, sondern daß er die Vernichtung der biologischen Substanz der »Ostvölker« anstrebte, weil er ihr Land als Lebensraum für deutsche Siedler und als Sicherheitszone für künftige Kriege in Besitz nehmen wollte – wie er es schon in seinen frühen Reden und in »Mein Kampf« postuliert hatte. Ganz in diesem Sinne hatte er in einer Unterredung mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann am 16. Juli von dem »riesenhaften Kuchen« gesprochen, den man handgerecht zerlegen müsse, um ihn »erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten« zu können.[32] Zwar schloß er »Propaganda« – »daß wir die Bringer der Freiheit wären« – nicht aus. Aber

wie sollten ein Mann und eine Führung gegenüber der sowjetischen Bevölkerung glaubwürdige Aussagen machen, die sich vornahmen, die Krim von allen Fremden zu räumen und deutsch zu besiedeln, Galizien, das gesamte Balten-Land und sogar die Wolga-Kolonie dem Reich einzugliedern, Leningrad und Moskau dem Erdboden gleichzumachen und das Gebiet um Baku in eine deutsche Militärkolonie zu verwandeln? Wie hätten sich auch nur die deutschfreundlichsten unter den Emigranten und die entschiedensten Stalin-Hasser in der Roten Armee guten Gewissens diesem Manne zur Verfügung stellen können, der »nie« erlauben wollte, »daß ein anderer Waffen trägt als der Deutsche«?[33]

Es konnte gar kein Zweifel sein: Der Mann, der Deutschland mächtig genug gemacht hatte, um einen Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Europa zu führen, und der sämtliche antikommunistischen Emotionen der Nachkriegszeit teilte, wollte doch vor allem einen Vernichtungs- und Versklavungskrieg gegen die slawischen Völker führen, und er hatte einen noch radikaleren Vernichtungskampf gegen die Juden als Juden im Sinn, wie er schon in seiner Rede vom 30. Januar 1939 angedeutet hatte.

Damit bahnte sich die erstaunlichste aller Verkehrungen an. Stalin hatte weitaus mehr Russen und Ukrainer und Juden töten lassen, als Hitler Deutschen oder nach dem September 1939 sogar Juden und Polen das Leben genommen hatte, und dennoch mußte er jetzt zur Personifizierung des Selbstbehauptungs- und Überlebenswillens fast aller Völker der Sowjetunion werden, wenn Hitler die Russen, Ukrainer und Juden in ihrer biologischen Substanz schwächen oder sogar vernichten wollte; Hitler hatte zwar das geistige und politische Leben der Deutschen verwüstet, aber er hatte sie doch zum Höchstmaß der Macht geführt, und nun würde er zum Urheber der Selbstvernichtung seiner Nation werden, wenn noch andere Mächte in die anstehende Entscheidung eingriffen und wenn Stalin sich von seinem Beispiel leiten ließ.

So sind die drei Aspekte des deutsch-sowjetischen Krieges nicht voneinander zu trennen, und in Hitler waren sie sogar in der Weise vereinigt, daß er aus antibolschewistischer Emotion nur die physische Vernichtung bzw. definitive Schwächung der in der Sowjetunion vereinigten *Asiaten* als genuine Entscheidung anerkennen wollte. Aber es handelt sich trotzdem nicht um bloße Abstraktionen, sondern um Tendenzen und Möglichkeiten, die in sich mehrfältig waren und die in eine Anzahl von Kombinationen treten konnten. Selbst Adolf Hitler war nicht so mächtig, daß seine Grundvorstellungen und Intentionen sich unter allen Umständen durchsetzen mußten. Es ist daher sinnvoll, den Verlauf des Krieges in seinen Hauptereignissen so zum Thema zu machen, daß jeweils einer der Aspekte herausgehoben wird. In einem letzten Schritt vor der Schlußbetrachtung ist dann zu fragen, auf welche Weise der

schließliche Sieg der bolschewistischen Sowjetunion und die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland am angemessensten zu charakterisieren sind.

2. *Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege*

Die Begriffe »Notwendigkeit« und »Zufall« sollen im folgenden nicht in einem philosophischen, sondern in historischem Sinn verstanden werden: als *zufällig* gilt, was von der Entscheidung eines Mannes oder einer kleinen Gruppe von Menschen abhängt und zwar derart, daß ein anderes Handeln desselben Mannes oder derselben Gruppe bzw. eines Mannes oder einer Gruppe, die an deren Stelle getreten wären, nicht auf unüberwindliche Widerstände gestoßen wären. Als zufällig soll ein Ereignis auch in dem Falle angesehen werden, daß ungefähr gleichstarke Tendenzen aufeinanderstoßen und die Entscheidung durch besondere Umstände oder durch die Aktivitäten relativ weniger Menschen herbeigeführt wird. Im historischen Sinne zufällig sind ferner Naturereignisse, die im menschlichen Bereich große Wirkungen nach sich ziehen, die aber nicht mit Sicherheit oder auch nur mit hoher Wahrscheinlichkeit vorherzusehen waren. Als *notwendig* wird dasjenige betrachtet, was diesen Charakter des Zufälligen nicht besitzt. Aus dem Ineinander von Notwendigkeiten und Zufälligkeiten lassen sich die Alternativen ableiten, die sich nach menschlichem Ermessen hätten verwirklichen können, wenn zufällige Umstände anders eingetreten wären. Die Krankheit, die Alexander den Großen den Tod finden ließ, war in diesem Sinne zufällig, und daher muß es als Alternative gelten, daß sein Heer unter seiner Führung bis zum Ganges vorgedrungen wäre, statt zurückzuströmen; die Niederlage Hannibals war notwendig, nachdem er Rom nicht im ersten Ansturm hatte nehmen können, obwohl sie auch nach kürzerer oder längerer Zeit und auf andere Art und Weise hätte zustande kommen können. Eine weitere Unterscheidung sollte zwischen dem »bloßen Zufall« und der »Zufallsnotwendigkeit« der Handlungen eines bestimmten Charakters getroffen werden.

Hitlers Angriff gegen die Sowjetunion war insofern zufällig, als die Alternative eines neuen Abkommens mit Stalin vermutlich gegeben war; er hatte aber insofern den Charakter der »Zufallsnotwendigkeit«, als Hitler immer wieder die »Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus« und die »Lösung des deutschen Raumproblems« als seine »eigentliche Aufgabe« bezeichnet hatte. Weit mehr vom bloßen Zufall geprägt war dagegen der Zeitpunkt des Kriegsbeginns. Der impulsive Entschluß Mussolinis, Griechenland anzugreifen, hatte den Balkanfeldzug erzwungen, und deshalb konnte der Angriff nicht, wie vor-

gesehen, am 15. Mai oder immerhin Anfang Juni beginnen, sondern erst zu einem Termin, der bis zum frühestmöglichen Zeitpunkt der Schlamm- und der Schneeperiode nicht einmal vier Monate übrigließ.

Notwendig waren dagegen nach allen Prämissen der Aufruf Stalins zum (völkerrechtswidrigen) Partisanenkampf und das Hilfsversprechen, das Churchill gleich am 22. Juni der Sowjetunion gab. Allerdings war dieses Versprechen nur deshalb *notwendig*, weil es zugleich den Beweis erbrachte, daß das Wasser Großbritannien nicht bloß bis zum Halse, sondern bis an den Rand der Lippen stand. Mit größter Entschiedenheit und unter Verwendung noch schärferer Invektiven hätte kein Mensch sprechen können, als Churchill es bei dieser Gelegenheit tat: Hitler sei ein »Ungeheuer an Verruchtheit«, ein »blutdürstiger Straßenjunge«, über dessen »Nazibande« das »teuflische Emblem des Hakenkreuzes« prange, während »säbelrasselnde preußische Offiziere« die »rohe Masse der Hunnensoldateska wie ein(en) Schwarm wimmelnder Heuschrecken« anführe. Als Englands »einziges, unverrückbares Ziel« bezeichnete er die Vernichtung Hitlers und jeder Spur des Naziregimes.[1] Es handelte sich also um ein bedingungsloses Hilfsversprechen, und wenn Churchill einerseits mit seiner Rede unter Beweis stellte, daß keineswegs bloß Lenin und Hitler dazu neigten, ihre Feinde durch Ausdrücke wie »Insekten« und »Bazillen« zu entmenschlichen, so konnte doch trotz all dieser Leidenschaft kaum ein Zuhörer daran zweifeln, daß Churchill einen Sieg Hitlers über die Sowjetunion für so gut wie sicher hielt und in diesem Kampf vor allem eine Atempause für das bedrängte England erblickte, nicht anders, als es viele englische und amerikanische Experten taten, die sich in den folgenden Wochen zu Wort meldeten. Wenn er einen militärischen Sieg der Sowjetunion für möglich gehalten hätte, dann hätte er in der Tat auf völlig unbegreifliche Weise gehandelt. Schließlich war die Sowjetunion dasjenige Land, das seinen einzigen Verbündeten, den vor Hitlers bescheidenen Forderungen zu schützen Großbritannien in den Krieg gezogen war, zusammen mit Hitler in seiner staatlichen Existenz vernichtet und aufgeteilt hatte, und die elementarste Loyalitätspflicht gegenüber Polen hätte darin bestehen müssen, die Hilfe an die Bedingung der Rückgabe der geraubten Gebiete zu knüpfen. Dazu sagte Churchill indessen kein Wort, wohl aber empfand er die eigene Glaubwürdigkeit offenbar als so gefährdet, daß er den Satz einfließen ließ, das Naziregime lasse sich »von den schlimmsten Erscheinungen des Kommunismus nicht unterscheiden«, und er nehme kein Wort von dem zurück, was er in fünfundzwanzig Jahren über den Kommunismus gesagt habe. Es war also nur allzu notwendig, daß dieses so rasch geschlossene Bündnis eine überaus schwierige und gefährdete Allianz sein mußte, wenn es für Großbritannien mehr als die Verlängerung einer Atempause bedeuten würde.

Aber zwei Tage später gab auch Roosevelt bekannt, die USA würden der So-

wjetunion alle erdenkliche Hilfe leisten. Diese Zusage wäre ebenfalls unbegreiflich gewesen, wenn der Präsident die Sowjetunion für einen auch nur einigermaßen gleichgewichtigen Gegner Deutschlands gehalten hätte. Wer sich als Amerikaner an Napoleon erinnerte und vom bloßen Interessenstandpunkt ausging, konnte in der Tat schwerlich zu einem anderen Urteil kommen als der Senator Harry S. Truman, der riet, die beiden Räuber, die in Streit geraten seien, ihren Kampf allein auskämpfen zu lassen und allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einzugreifen.[2] Hatte sich nicht die ganze amerikanische Presse erst anderthalb Jahre zuvor wegen Stalins Angriff auf Finnland bis zur Siedehitze erregt; war in eingeweihten Kreisen nicht bekannt, daß England Finnlands wegen zusammen mit Frankreich Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion hatte eröffnen wollen und daß englische Militärs auch weiterhin an Plänen gearbeitet hatten, Baku durch einen großen Luftangriff in ein Flammenmeer zu verwandeln?[3] Und die pazifistische Strömung im Lande war sehr stark. Sie hatte aus den Untersuchungen über die Rolle von Rüstungsinteressen beim Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg viel Kraft gezogen, und es war nicht auszuschließen, daß sie sich nun mit der antibolschewistischen Strömung vereinigen würde, die besonders unter den Amerikanern italienischer und polnischer Abstammung mächtig war. Am 18. Juli 1941 schrieb der ehemalige Botschafter in Moskau, Joseph Davies, in einem für Harry Hopkins bestimmten Memorandum, er sei sich der Tatsache bewußt, daß in den USA »breite Schichten der Bevölkerung die Sowjets bis zu einem Grade verabscheuen, daß sie auf einen Sieg Hitlers in Rußland ihre Hoffnungen setzen«.[4] Gerade deshalb müsse man Stalin mit allen Kräften unterstützen, da sonst die Gefahr bestehe, daß dieser als der »Orientale und kalte Realist«, der er sei, mit Hitler Frieden schließe. Vierzehn Tage später ließ dann Roosevelt Stalin durch Hopkins die Botschaft überbringen, er betrachte Hitler als den »Feind der Menschheit«, und er sei daher entschlossen, der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu helfen.[5] Darin war unzweifelhaft mehr als das opportunistische Bemühen um eine *Atempause* und Zeitgewinn zu erkennen, sondern ein genuiner Ton ideologischer Überzeugung. Auf dieser Grundlage tat Roosevelt alles, was er konnte, um die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Hitler und auch gegen Japan zu führen, und er schreckte dabei vor dem Mittel grobschlächtiger Lügen nicht zurück, etwa der Behauptung, ihm lägen Geheimkarten und Dokumente der deutschen Regierung vor, in denen Pläne zur Aufteilung Südamerikas und zur Vernichtung aller Religionen einschließlich der hinduistischen enthalten seien.[6] Es war nicht unverständlich, wenn Hitler hinter Roosevelt die »jüdische Pressemacht« am Werke sah, aber es gelang ihm auch hinsichtlich Amerikas nicht, dem unzweifelhaft vorhandenen und sogar starken Antibolschewismus die Ausweitung zum Antisemitismus zu suggerieren. Und wenn er bereit gewesen wäre, seine Lieblingsmeinungen zu revidie-

ren, hätte er sich vermutlich sagen müssen, daß ein *germanisches* Amerika es erst recht nicht hätte dulden können, daß in Europa durch kriegerische Handlungen ein Weltreich gebildet wurde, welches die Machtverhältnisse auf der Erde völlig veränderte. Wenn Roosevelt keinen geraden Weg gehen konnte, sondern zu Lügen, Verleumdungen und Neutralitätsverletzungen Zuflucht nehmen mußte, so lag der Grund in erster Linie darin, daß er nicht wie Hitler seine innenpolitischen Gegner hatte beseitigen wollen. So viele Zufälligkeiten in den Entscheidungen der angelsächsischen Mächte mitspielten, so viel Unaufrichtiges darin enthalten war und so viele Gegenkräfte existierten, so gewiß kam letzten Endes dennoch in all dem eine tiefere Notwendigkeit zum Vorschein. Daher mußte Hitler erwarten, daß er mit dem Überschreiten des Bug nicht nur England, sondern auch die USA an die Seite der Sowjetunion führen werde. Was England und Amerika anging, so gab *es* mithin keine genuine Alternative, weil so gut wie niemand in England und Amerika glaubte und glauben konnte, daß die Sowjetunion aus eigener Kraft Deutschland länger als einige Monate würde Widerstand leisten können.

Anders stand es mit der letzten der fünf Weltmächte, mit Japan. Seit 1937 war es mit Deutschland durch den Antikominternpakt, seit 1940 durch den Dreimächtepakt verbunden. Nichts hätte nähergelegen, als daß Deutschland die Erwartung ausgesprochen hätte, Japan werde die Sowjetunion im Osten angreifen und damit eine *zweite Front* bilden, die Deutschlands Siegeschancen um ein beträchtliches erhöht hätte. Aber man mußte dann die Voraussetzung machen, daß bloß eine *Chance* gegeben war. Hitler war jedoch siegessicher und wollte keiner gleichrangigen Macht an seinem größten und wichtigsten Erfolg Anteil geben. Er war es selbst, der den Außenminister Matsuoka im April 1941 ermutigte, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abzuschließen und den Blick nach Süden in die künftige »großostasiatische Wohlstandssphäre« zu richten. Ribbentrop war in diesem Punkt anderer Ansicht als Hitler, und er drängte die Bundesgenossen nach dem 22. Juni wiederholt zum Eingreifen. Es gab in Japan starke Kräfte, vor allem im Heer, die in die gleiche Richtung dachten, obwohl die Erinnerung an schwere Niederlagen bei den Kämpfen des Jahres 1939 an der Grenze zwischen der Äußeren Mongolei und Mandschukuo ein Warnungszeichen war. Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß die Sowjetunion vor dem Einbruch des Winters und vor der Ankunft nennenswerter Waffenlieferungen aus den USA und England zusammengebrochen wäre, wenn sie diesen Zweifrontenkampf hätte führen müssen. Aber Hitler äußerte sich nicht mit klaren Worten, und die japanische Marine setzte sich mit ihrem Plan durch, noch einen letzten Versuch der Verhandlungen mit den USA zu machen, um sich dann gegebenenfalls des Würgegriffs der amerikanischen Wirtschaftssanktionen durch das Ausgreifen nach Niederländisch-Indien und durch eine Attacke gegen die amerikanische Flotte zu entledigen.

So hatte Hitler nicht vollständig recht, als er am 3. Februar 1941 zu einigen seiner Generäle sagte: »Wenn Barbarossa steigt, hält die Welt den Atem an und verhält sich still.«[7] Zwar sah die Welt den Ereignissen tatsächlich atemlos zu, weil sie gleich das Empfinden hatte, daß hier um das Schicksal der Erde gewürfelt wurde, aber sie verhielt sich doch so wenig still, daß die drei großen Mächte, von deren Entschlüssen das Ergebnis mitabhängen mußte, sofort Entscheidungen gravierendster Art trafen oder vorbereiteten. Für ein halbes Jahr indessen waren nun Deutschland und die Sowjetunion scheinbar allein auf der Welt, und die Frage war, ob die Sowjetunion vor dem Anfang des Winters noch existieren würde.

Die Ereignisse auf den Schlachtfeldern hatten eine unverkennbare Ähnlichkeit mit denjenigen in Polen im September 1939, und doch kam in ihnen eine ganz andere Art von Notwendigkeit zum Vorschein. In Polen hatte die Armee des nationalsozialistischen Industriestaates über die Armee des nationalistischen Agrarstaates gesiegt, und offenbar mit einem hohen Grade von Notwendigkeit.[8] In den Ebenen Weißrußlands und der Ukraine kämpfte ein Heer, das in der Tradition der Weltkriegsarmeen stand, mit einem Heer, das gegen diese Tradition geschaffen worden war. Das Selbstbewußtsein der Roten Armee war darin begründet, daß sie einst als revolutionäre Macht ihre Gegner besiegt hatte und daß sie jetzt von einem Korps von *Kommandeuren* befehligt wurde, die zu einem beträchtlichen Teil schon im Bürgerkrieg gekämpft hatten wie die Marschälle Woroschilow und Budjonny. Das deutsche Heer war dagegen in seinem Kern trotz aller Umbrüche und Veränderungen immer noch das Heer des Kaiserreichs. Und nun zeigte sich, daß Hitler im Rahmen seiner Zwecke gut daran getan hatte, sich gegen den Stabschef der SA Röhm für den General Blomberg zu entscheiden. Das Überraschungsmoment erklärte einiges, und die verbreitete Sympathie der Bevölkerung gegenüber den einrückenden deutschen Truppen erklärte vieles, aber offensichtlich war die deutsche Wehrmacht besser ausgebildet und besser geführt.[9] Die Heeresgruppe Nord erreichte schon am 2. Juli Riga und setzte ihren Vormarsch auf Leningrad fort, worauf zugleich die Finnen von Norden her vordrangen, die Heeresgruppe Mitte schlug nach der Kesselschlacht von Bialystok und Minsk die Armeen des Marschalls Timoschenko bei Smolensk und eroberte die Stadt, den *Schlüssel Rußlands*, am 16. Juli; die Heeresgruppe Süd drang, hinter dem Pruth und dann in Richtung auf Odessa von rumänischen Truppen unterstützt, tief in die Ukraine ein und faßte Kiew als nächstes Ziel ins Auge. Der Generalstabschef Halder hielt den Krieg schon Anfang Juli für gewonnen, aber dann zeigte sich, daß der Widerstand an vielen Stellen doch härter war, als man erwartet hatte, und daß von sowjetischer Seite immer neue Truppen und Panzer in den Kampf geworfen wurden, obwohl Anfang August die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mehr weit von einer Million entfernt

war und mehr als 10000 Panzer zerstört worden waren. Vor allem aber hatte sich erwiesen, daß die modernsten und stärksten sowjetischen Panzertypen, vor allem der »T 34« und der »KW«, den deutschen Panzern qualitativ überlegen waren. Zwar gab es davon an der ganzen Front nur etwa 1000, aber von den 3500 deutschen Panzern waren nicht wenige verlorengegangen, und die deutsche Rüstungsproduktion vermochte nicht mehr als monatlich 200 an Ersatz zu liefern. Dennoch waren der Siegeswille und die Siegeszuversicht der deutschen Soldaten ungebrochen, und die Heeresgruppe Mitte erwartete trotz aller Schwierigkeiten und Verluste zuversichtlich, auf der Grundlage dieses Schwunges ihren Vormarsch wiederaufnehmen und innerhalb weniger Wochen durch die Eroberung Moskaus dem Feldzug die entscheidende Krönung geben zu können. Aber Hitler, der so oft ein Psychologe gewesen war, erwies sich jetzt als Ökonomist, der vor allem den Russen das Öl des Kaukasus abschneiden wollte. Überdies schätzte er die Gefahr, die von den noch in Kiew stehenden sowjetischen Truppen drohte, sehr hoch ein, und so ließ er die Heeresgruppe Mitte auf der Stelle verharren und zweigte von ihr noch Kräfte für die große Umfassungsschlacht im Dnjeprbogen ab, die höchst erfolgreich verlief und abermals mehrere hunderttausend Sowjetsoldaten in deutsche Gefangenschaft brachte. Erst Anfang Oktober erhielt die Heeresgruppe Mitte wieder den Angriffsbefehl, und nun benötigte sie schon ihre letzten Kräfte, um sich langsam auf Moskau vorzuschieben. In der Doppelschlacht von Wjasma und Brjansk setzte sie sich gegen starke feindliche Kräfte durch, und die Vorhuten näherten sich Moskau bis auf wenige Kilometer. Vom 16. bis zum 18. Oktober herrschte in der sowjetischen Hauptstadt Panik und beinahe schon Anarchie: Parteimitglieder zerrissen die Parteibücher, Soldaten warfen die Gewehre fort, Läden wurden geplündert, die Regierung verließ die Stadt, und wenn die entsprechenden Berichte richtig sind, ließ sich auch Stalin zu seinem Sonderzug hinausfahren, um dann im letzten Augenblick seinen Entschluß zu revidieren und in den Kreml zurückzukehren.[10] Der neue Oberbefehlshaber General Schukow verkündete am 19. das Standrecht, frische Truppen aus Sibirien waren unterwegs, denn aus Tokio waren von dem Vertrauten des deutschen Botschafters, dem altbewährten Parteimitglied und Agenten Richard Sorge, beruhigende Nachrichten über die Haltung Japans eingetroffen, und dann begannen die großen Herbstregenfälle, die Weg und Steg in undurchdringlichen Morast verwandelten. Für wenige Tage machte ein erträglicher Frost die deutschen Truppen wieder bewegungsfähig, aber dann brach ungewöhnlich früh der strengste Winter ein, und die Deutschen hatten nicht mehr nur Soldaten und schlechte Wege zu Feinden, sondern eine übermächtige und ungewohnte Naturgewalt, die das Öl in den Motoren der Panzer erstarren und manchmal die Gewehre an den Händen der Infanteristen festfrieren ließ. In London und Washington, in Tokio und Paris aber nahm man un-

gläubig zur Kenntnis, daß Moskau, der Zentralpunkt des sowjetischen Lebens und Verkehrs, entgegen allen Erwartungen nicht in die Hände des Feindes gefallen war und daß Hitler nun vielleicht in den Eiswüsten Rußlands das Schicksal Napoleons erleiden werde.

Damit taucht die erste große Alternative auf, die für Hitler ungünstig war. Wenn die deutschen Armeen zurückzufluten begannen, war möglicherweise kein Halten mehr, denn Auffangstellungen waren nicht vorbereitet, und sichere Winterquartiere existierten erst nahe der deutschen Grenze. Zwar war die sowjetische Armee auf den geringsten Mannschaftsbestand seit Beginn des Krieges abgesunken, 2,9 Millionen Mann, und ein Großteil ihrer Truppen bestand aus älteren oder ganz jungen, dazu schlecht ausgebildeten Soldaten. Aber die sibirischen Eliteformationen hätten sie vielleicht mitreißen können, und es ist nicht auszuschließen, daß ein winterlicher Bewegungskrieg in ostwestlicher Richtung mit einer deutschen Katastrophe geendet haben würde und daß russische Divisionen, wie 1814, bis Paris und zur Kanalküste gelangt wären. Es war Hitler und allem Anschein nach er allein, der nach der Übernahme des persönlichen Oberbefehls über das Heer am 19. Dezember durch außerordentliche Willenskraft und rücksichtslose Durchhaltebefehle die Front im wesentlichen an den Stellen festhielt, wo sie stand, obwohl besonders im Mittelabschnitt Gelände aufgegeben werden mußte und an der Südfront das eben erst eroberte Rostow wieder verloren wurde. Die Feldmarschälle von Bock und von Rundstedt wurden abgelöst, der Generaloberst Hoepner, der seinen Panzerverbänden vor Moskau den Rückzugsbefehl gegeben hatte, wurde aus der Wehrmacht entlassen, und der General von Sponeck, der auf der Krim versagt hatte, wurde zum Tode verurteilt, aber zu Festungshaft begnadigt. (Stalin hatte im Juli mehr als die Hälfte der Luftwaffengeneräle, zwei Generalobersten und einen ganzen Armeestab erschießen lassen.[11]) So gingen von Moskau jetzt zwar Siegesnachrichten heraus, aber eben keine Meldungen über eine deutsche Katastrophe. Allerdings bedeuteten die Ereignisse für Hitler gleichwohl die erste große Vertrauenseinbuße bei der deutschen Bevölkerung. Daß unter großem Aufwand eine Sammlung warmer Winterkleidung für die Front durchgeführt wurde, ließ auch den gläubigsten seiner Anhänger ahnen, daß Hitler zwar vielleicht der erfolgreichste aller Feldherren war, aber sicher nicht der größte, da er offensichtlich äußerst gravierenden Fehleinschätzungen unterlegen war. Beinahe von Monat zu Monat hatte das Volk auf das siegreiche Ende des Krieges und damit auf Frieden gehofft, und der Schwung, der die deutschen Armeen bis kurz vor Moskau geführt hatte, war zu einem guten Teil von der Erwartung genährt, man werde um Weihnachten wieder zu Hause sein. Jetzt aber konnte sich niemand mehr darüber täuschen, daß die Ära der Blitzfeldzüge und -siege an ihr Ende gelangt war und daß ein langer und harter Krieg bevorstand.

Dennoch war der Winter 1941/42 voll von sensationellen Siegesmeldungen, doch es handelte sich nicht mehr um deutsche, sondern um japanische Siege. Am 6. Dezember hatten die Japaner das Pazifikgeschwader der amerikanischen Flotte in Pearl Harbor angegriffen und zum großen Teil zerstört. Dadurch öffneten sie sich den Weg nach Südostasien, und wenige Wochen später waren Indonesien, die Philippinen und Singapur erobert. Aber sie hatten dadurch Roosevelt den seit langem gewünschten und vorbereiteten Eintritt in den Krieg ermöglicht, und sie stellten Hitler vor die letzte fundamentale Entscheidung seines Lebens. Wie zur Zeit von Mussolinis Angriff gegen Griechenland sah er sich einem selbständigen Entschluß eines Verbündeten konfrontiert, denn die Japaner hatten ihren Angriff nicht mit ihm abgesprochen. Allerdings hatte er sie mehrere Male dazu ermutigt, aber er hätte andererseits viel Grund zum Zorn darüber gehabt, daß die Japaner nicht nur nicht in den Krieg gegen die Sowjetunion eintraten, sondern nicht einmal die Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter nach Wladiwostok verhinderten. Der Wortlaut des Dreimächtepaktes verpflichtete ihn nicht dazu, sich einer Angriffshandlung anzuschließen. Wenn er sich zurückgehalten hätte, wäre Roosevelt in großer Verlegenheit gewesen. Diesem ging es in erster Linie um den Krieg gegen Deutschland, doch die öffentliche Meinung (diesmal mit der veröffentlichten Meinung der großen Presse nicht identisch) würde ihn gezwungen haben, alle Kriegsanstrengungen gegen die Urheber des »ruchlosen Überfalls« zu kehren. Aber Hitler konnte offenbar den Gedanken nicht ertragen, daß einen ganzen schweren Winter hindurch keine Siegesmeldungen in der Presse erscheinen würden, und vermutlich war in ihm auch der Wunsch lebendig, mit Roosevelt nach so langer Hinnahme höchst unneutraler Handlungen endlich einmal abzurechnen. So erklärte er am 11. Dezember den USA den Krieg und griff in einer leidenschaftlichen Reichstagsrede Roosevelt als den »Hauptschuldigen« an diesem Kriege an, der mit »teuflischer Gewissenlosigkeit« die mögliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen torpediert habe, der sich eine Reihe »schwerster völkerrechtswidriger Verbrechen« habe zuschulden kommen lassen und der – als Abkömmling von Plutokraten von vornherein ein Hasser seines in Armut geborenen Antagonisten – unter dem Einfluß seines »jüdischen Anhangs« die Probleme seines »sozial rückständigen Staates« nach außen und gegen das »sozialistische Deutschland« lenke.[12] Doch wenn es Hitler befriedigen mochte, »dem Juden« nun sowohl in der demokratischen wie in der bolschewistischen Gestalt entgegentreten zu können, so hätte er sich doch sagen müssen, daß er in vergrößertem Maßstab den gleichen schweren Fehler machte, den er 1939 begangen hatte, nämlich gegen eine Macht in den Krieg zu treten, deren Hilfe oder mindestens Neutralität er benötigte, wenn er *den Bolschewismus* besiegen wollte. Nun befand er sich im Krieg gegen ein Weltreich und die zwei großen Kontinentalmächte, die alle

Aussicht hatten, zu Weltmächten übergeordneter Art zu werden, zu Supermächten. Die Produktionszahlen, die Roosevelt Anfang 1942 als Ziele für 1942 und 1943 nannte, waren so außerordentlich, daß Deutschland von der materiellen Übermacht einfach hinweggefegt werden mußte. Mit 3500 Panzern und 2000 Flugzeugen hatte Hitler den Feldzug gegen die Sowjetunion begonnen, und schon 1942 wollten die Amerikaner 45000 Tanks und 60000 Flugzeuge bauen.[13] Wenn davon nur ein Zwanzigstel den Weg in die Sowjetunion fand, mußte Stalin das materielle Übergewicht erlangen, das er nach den schweren Verlusten des ersten Kriegsjahrs aus eigener Kraft nicht mehr gewinnen konnte, und vom Flugzeugträger England aus würde die deutsche Industrie durch die unablässigen Angriffe von vielen Tausenden schwerer Bomber zerschmettert werden.

Häufig ist daher der Dezember 1941 als der Monat der Wende des Krieges bezeichnet worden. Die materiellen Ressourcen, so sagt man, waren jetzt, da Deutschland sich im Kriege gegen die Sowjetunion, die USA und das Britische Empire befand, so ungleich verteilt, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, wann Deutschland zusammenbrechen mußte. Bei dieser Rechnung wird aber übersehen, daß die Sowjetunion einen beträchtlichen Teil ihrer Industrie sowie etwa 70 Millionen Einwohner verloren hatte und daß die Ressourcen erst einmal zu den Kampfplätzen gebracht werden mußten. Überdies war Deutschland die Vormacht Europas, und Hitler hatte in seiner Rede den Gedanken der europäischen Kultur- und Interessengemeinschaft sehr hervorgehoben. Japan war, wie sich freilich erst Jahrzehnte nach dem Kriege unwidersprechlich erweisen sollte, seinen Potenzen nach nicht nur eine militärische, sondern auch eine industrielle Weltmacht, und es hielt fast ganz Südostasien besetzt. Wenn es Deutschland und Japan gelang, alle diese Ressourcen voll nutzbar zu machen, waren sie den drei Gegnern materiell nicht nennenswert unterlegen. Aber ob sie damit Erfolg haben würden, war zweifelhaft. Hier kamen Faktoren ins Spiel, die aus der bloßen Berechnung von Rohstoffen und industriellen Potenzen zwecks Bilanzierung staatlicher Entscheidungskämpfe nicht herzuleiten sind und die vor allem aus dem Unterschied zwischen *eroberten* und *eigenen* oder doch von alters her besessenen Gebieten resultierten. Aber nachdem es Hitler gelungen war, die Front in Rußland zu halten, brauchte er für 1942 sogar das eigentlichste Ziel seines Kampfes nicht aufzugeben, soweit er ein politischer Macht- und Entscheidungskampf war: die Erringung der Position einer Supermacht für Deutschland anstelle der Sowjetunion.

Er durfte immer noch hoffen, die Sowjetunion vollständig niederzuwerfen. Als im Mai die Offensive wiederaufgenommen wurde und ein Gegenangriff der Heeresgruppe Timoschenko auf Charkow und die Ukraine abgeschlagen worden war, rückten die deutschen Truppen unaufhaltsam, wie es schien, auf

die Wolga und den Kaukasus vor. Der Ton der Befehle Stalins läßt klar erkennen, wie kritisch die Lage für ihn war: Sie glichen Hitlers Befehlen vom vorhergehenden Winter aufs Haar.[14] Stalingrad schien Anfang November so gut wie erobert zu sein, und die deutsche Flagge wehte auf dem höchsten Gipfel des Kaukasus, dem Elbrus. Das Ölgebiet von Maikop befand sich, wenngleich beschädigt, in deutscher Hand; wenn das nur noch 150 Kilometer entfernte Grosnyj erreicht wurde und die Wolga für Transporte gesperrt blieb, brauchte Baku nicht einmal erobert oder aus der Luft zerstört zu werden, und die Sowjetunion hatte den Krieg definitiv verloren.

Die Insel England war unangreifbar geworden, aber das galt nicht für das Britische Weltreich und dessen Verbindungslinien. Deutsche Panzertruppen unter dem General Rommel kamen den Italienern in Nordafrika zu Hilfe, und Ende Juni wurden die Grenzen Ägyptens überschritten. Dort erwarteten alle Schichten der Bevölkerung in freudiger Erregung das Vordringen bis Alexandria und Kairo, unter ihnen Gamal Abd el-Nasser, damals Mitglied einer Organisation, die als faschistisch bezeichnet wurde. Östlich von Ägypten sahen die Araber Palästinas der entscheidenden Stunde entgegen, und ihr Sprecher, der Großmufti von Jerusalem, hatte direkten Kontakt mit Hitler. Ein Aufruf Hitlers hätte möglicherweise die ganze arabische Welt zum Aufstand gegen die Engländer getrieben, aber Hitler war entweder zu vorsichtig, oder er liebte das englische Weltreich noch immer zu sehr. Auch dem Inder Subhas Chandra Bose, der anstelle von Nehru zum Führer des Emanzipationskampfes gegen die Engländer zu werden schien, gewährte er keine nachdrückliche Unterstützung.

England selbst war nach wie vor eine belagerte Insel im Ringen um die nackte Existenz. Im Mai 1942 versenkten die deutschen Unterseeboote und Flugzeuge 170 Schiffe mit nahezu einer Million Bruttoregistertonnen, im Juli vernichteten sie im Nördlichen Eismeer einen englisch-amerikanischen Großgeleitzug von 38 Handelsschiffen und zahlreichen Kriegsschiffen fast vollständig, im August wurden im Mittelmeer neben vielen Handelsschiffen drei Flugzeugträger zerstört oder schwer beschädigt.

Hitler durfte Ende September tatsächlich glauben, daß der Krieg gewonnen sein würde, wenn seine Panzer bis Grosnyj vorstießen, wenn Rommel in Kairo einzog und wenn noch drei Dutzend neue Unterseeboote in Dienst gestellt würden. Aber wie schon im Jahre vorher waren die großen Siege unter Einsatz auch der letzten Reserven erzielt worden. Im entscheidenden Augenblick senkte sich die Waage zugunsten der Alliierten, weil sie über die *Tiefenrüstung* verfügten, deren Fehlen die deutschen Fachleute wie der General Thomas schon 1939 beklagt hatten.

Ende Oktober traten die Engländer in Ägypten zum Gegenangriff an und brachen durch die El-Alamein-Stellung durch, die Erfolge der U-Boote gingen

etwa um die gleiche Zeit sichtlich zurück, weil die Engländer und Amerikaner bessere Abwehrmittel entwickelten, und in Rußland zerschlugen sowjetische Truppen die Front der rumänischen 3. Armee, die Stalingrad abschirmen sollte. Wieder hatte, wie im Jahr zuvor, unmittelbar vor dem Einbruch des Winters ein großes Ziel mit letzter Kraft erreicht werden sollen, und diesmal ging nicht nur etwas Gelände verloren, sondern eine ganze Armee unter der Führung eines Generalfeldmarschalls kapitulierte am 31. Januar 1943 in Stalingrad. Weit größere Massen an Soldaten waren im vorherigen Jahr in deutsche Gefangenschaft geraten, aber diese Kapitulation wurde in der ganzen Welt als symbolischer Akt empfunden, als Akt, der den Wendepunkt des Krieges markierte. Daß die Engländer und Amerikaner im November in Nordafrika gelandet waren, war eine willkommene Begleitmusik; daß Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca die »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands fordern konnte, stellte die Veränderung der Situation in helles Licht; und die Kapitulation der deutschen und italienischen Truppen im Brückenkopf von Tunis wurde im Mai 1943 von den Alliierten nur noch als ein Nachspiel betrachtet. Es stand nun außer Zweifel, daß Hitler den Krieg nicht mehr gewinnen konnte.

Und doch wäre die Behauptung unbegründet, daß er ihn schon vollständig verloren hatte. Stalin hatte ja seinerseits bereits Anfang 1942 verkündet, der Tag sei »nicht fern«, an dem die roten Fahnen wieder siegreich über dem befreiten Sowjetvaterlande wehen würden[15], und im Sommer 1943 konnte Hitler noch mitten in Rußland, bei Kursk, die größte Panzerschlacht des ganzen Krieges initiieren, bei der die neuesten deutschen Typen, die »Tiger« und vor allem die »Panther«, sich als technisch überlegen erwiesen. Zwar mußte das »Unternehmen Zitadelle« ohne Erfolg abgebrochen werden, aber die Westalliierten waren offenbar noch weit davon entfernt, die versprochene »Zweite Front« in Frankreich zu errichten, und es war mit Sicherheit vorherzusehen, daß auch im dritten Winter des Krieges große Teile der Sowjetunion unter deutscher Herrschaft stehen würden. So ereigneten sich im Herbst 1943 sonderbare Dinge. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft bildeten deutsche Soldaten und Offiziere zusammen mit deutschen Kommunisten das »Nationalkomitee Freies Deutschland« bzw. den »Bund deutscher Offiziere«, und die Publikationen, die jetzt von Flugzeugen über den deutschen Stellungen abgeworfen wurden, waren mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot umrandet. Sowjetische Generäle machten ihre deutschen Partner mit Gedanken der Staatsspitze vertraut, die auf das Nebeneinander eines in den Grenzen von 1939 erhaltenen Deutschland und der wiederhergestellten Sowjetunion hinausliefen. Zugleich wurden von Moskau diplomatische Fühler ausgestreckt, die den Abschluß eines Separatfriedens zum Ziel zu haben schienen. Es lassen sich gewiß gute Argumente dafür anführen, daß es sich bei dem einen Vorgang wie dem an-

deren um kluge Taktiken Stalins gehandelt habe, der seine Alliierten unter Druck setzen wollte. Hitler seinerseits wies die Kontaktversuche zurück.[16] Aber wenn man sich den Hitler-Stalin-Pakt und seine Vor- sowie Nachgeschichte vor Augen stellt, dann ist es keinesfalls unwahrscheinlich, daß Stalin im Herbst 1943 auch aus rein politischen Überlegungen einen Abschluß des Krieges vorzog, der auf dem Kontinent neben die Sowjetunion ein halbstarkes, von *nationalen* Kräften regiertes Deutschland stellte und nicht ein überstarkes Amerika. Erst als Roosevelt und Churchill ihm auf der Konferenz von Teheran im November/Dezember 1943 auf Kosten Polens und Deutschlands weitaus größere Zugeständnisse machten, als sie der Generalfeldmarschall Paulus oder der General von Seydlitz jemals hätten machen können, scheint Stalin von seinem Lieblingsgedanken der sowjetisch-deutschen Supermacht abgekommen zu sein, in der jetzt er, anders als es im Sommer 1941 nach seiner Vorstellung der Fall gewesen wäre, die Rolle des *senior partner* gespielt hätte. Insofern bedeutete erst Teheran die letzte und endgültige Wendung des Krieges.

Gleichwohl durfte Deutschland für 1944 noch gewisse Hoffnungen haben. Hitler freilich konnte sie für sich und sein Regime bloß an die Entwicklung von *Wunderwaffen* knüpfen. Tatsächlich wurde der Grund für die ganze spätere Entwicklung der Raketentechnik in Deutschland gelegt, und die ersten Strahlflugzeuge waren eine höchst zukunftsvolle Erfindung. Aber nicht zufällig hatten sich maßgebende deutsche Physiker darüber beklagt, daß die deutsche Physik gegenüber der amerikanischen in Rückstand geraten sei. Hitler hatte ja den Wissenschaftlern ebenso wie den Intellektuellen nicht gerade eine Vorzugsbehandlung angedeihen lassen, und die Wahrscheinlichkeit war von Anfang an groß, daß die bedeutenderen Wunderwaffen in den Vereinigten Staaten hergestellt werden würden. Aber in den Kreisen des deutschen Widerstandes wurden Pläne der *Westorientierung* oder der *Ostorientierung* eines als Großmacht konservierten Deutschland ohne Hitler erwogen, und auch in der SS und in der Parteiführung schien es Männer zu geben, die sich allmählich und vorsichtig an solche Gedanken herantasteten. Innerhalb der übergreifenden Notwendigkeit des Sieges der Alliierten mochte noch Raum für letzte Zufälligkeiten und Alternativen vorhanden sein. Die eigenartigste von allen aber bot sich an, wenn man sich bewußt machte, daß dieser Krieg keineswegs bloß ein Entscheidungskampf zwischen Weltmächten um das künftige Bild der politischen Erdkarte war, sondern auch ein ideologischer Krieg zwischen der bolschewistischen Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland war, mithin ein Bürgerkrieg, in dem sich Russen gegen »Rußland«, Deutsche gegen »Deutschland«, Italiener für Stalin, und Franzosen, ja tendenziell Araber und Inder für Hitler entscheiden würden. In diesem Krieg nahmen die angelsächsischen Mächte, in denen sich trotz eines verbreiteten und mindestens

latenten Antisemitismus fast niemand für Hitler und gegen die eigenen Staaten entschied, als die letzten Bastionen der liberalen Demokratie eine nicht von vornherein klar definierte Position ein.

3. *Weltkrieg der Ideologien?*

Im Jahre 1930 reiste eine Abordnung des deutschen Rotfrontkämpferbundes nach Sibirien, und ihr Sprecher versicherte dem (späteren) Marschall Blücher, das deutsche Proletariat werde der Bourgeoisie in den Rücken fallen, wenn die Sowjetunion angegriffen werden sollte.[1] Ein Jahr später zeigte sich der Gründer der paneuropäischen Bewegung, Richard von Coudenhove-Kalergi, von dieser Auffassung, die bereits seit 1919 von Kommunisten immer wieder vorgebracht worden war, so überzeugt, daß er in seinem Buch »Stalin & Co« schrieb: »Jede europäische Armee, die versuchen würde, gegen Moskau zu kämpfen,... hätte in ihrem Rücken ungezählte Feinde.«[2] Noch 1936 versicherte der Vorsitzende der »Profintern«, Losowski, mit großer Zuversicht, die Imperialisten, nämlich Deutschland, Polen und Japan, könnten davon überzeugt sein, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion auch einen Krieg im eigenen Lande bedeuten werde: »Wir wissen, gegen wen die Proletarier dieser Länder ihre Gewehre kehren werden. Ihr wollt Krieg haben, ihr Herren, probiert es. Und ihr werdet in euren eigenen Werken, Fabriken und Kolonien Krieg haben.«[3] Es bedarf keiner weiteren Beweise, um deutlich zu machen, daß Anhänger und Gegner des Bolschewismus mindestens bis 1939 gleichmäßig davon überzeugt waren, die Sowjetunion verfüge als Vorkämpferin einer Ideologie, d. h. einer universalen Lehre vom Wesen der geschichtlichen Bewegung und von den künftigen Geschicken der Menschheit, in allen Ländern der Welt über ungezählte Anhänger, die nicht davor zurückschrecken würden, zur Verteidigung der Sowjetunion und für deren Sieg zu den Waffen zu greifen. Bei diesen Anhängern würde es sich um eine klar bestimmbare Gruppe handeln, nämlich um das Proletariat, das als Urheber des Mehrwerts die Ausbeuterklasse der Bourgeoisie niederschlagen werde, um den klassenlosen, nicht-mehr-staatlichen und entfremdungsfreien Zustand des Sozialismus in der ganzen Welt herzustellen. Selbst Galeazzo Ciano, Außenminister des faschistischen Italien und Schwiegersohn Mussolinis, aber in seinem Herzen ein anglophiler Bürger, legte sich am Abend des 21. Juni 1941 in seinem Tagebuch bänglich die Frage vor: »Wenn das sowjetische Heer eine größere Widerstandskraft als die bürgerlichen Länder hätte, welche Reaktion würde das in den proletarischen Massen der Welt hervorrufen?«[4] Und tatsächlich mußte das Oberkommando der Wehrmacht schon am 16. September feststellen, seit dem 22. Juni seien in den von Deutschland besetzten Gebieten allenthalben

kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen, die von Moskau einheitlich gelenkt würden und schärfste Gegenmaßnahmen erforderlich machten.[5]

Auf der anderen Seite hatte jedoch Mussolini in seinem Antwortbrief auf Hitlers Mitteilung über den Angriffsbeginn die Zuversicht zum Ausdruck gebracht, daß nun »alle antibolschewistischen Strömungen in der ganzen Welt« sich der Achse zuwenden würden[6], und Adolf Hitler kennzeichnete in seiner Rede vom 3. Oktober 1941 Bolschewismus und Kapitalismus als »Extreme«, die gleichweit von dem »Prinzip der Gerechtigkeit« entfernt seien, für das die Mächte der Achse ihren Kampf um eine neue und bessere Gestalt Europas führten.[7] Auch der Nationalsozialismus erhob also mit Nachdruck einen übernationalen Anspruch, wie schon die Solidarisierung mit dem faschistischen Achsenpartner zeigte, und nicht selten proklamierte er einen »Weltkampf«, der ganz Europa in der Abwehr des »bolschewistischen Ungeheuers« und des amerikanischen »Geldmolochs« zusammenschließe. Der defensive Untergrund und die unterschiedliche Härte der Anklagen wurden freilich oft genug deutlich, denn dem Bolschewismus wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, in Rußland die »gesamte nationale Intelligenz abgeschlachtet« zu haben[8] und allen führenden Schichten der Welt das gleiche Schicksal bereiten zu wollen, während der Hauptvorwurf gegen die *Demokratie* dahin ging, daß sie dem Bolschewismus die Wege ebne. Zuweilen kam gerade in Äußerungen Hitlers ein tiefer Pessimismus zum Vorschein, indem er Churchill und Roosevelt prophezeite, der Bolschewismus werde auch ihre Völker dereinst zersetzen.[9] Aber man darf Hitlers *Weltanschauung* nicht vollständig auf die Emotionen der Abwehr und der Angst reduzieren: Nicht selten stand der Stolz im Vordergrund, eine andersartige und bessere Revolution durchgeführt zu haben als der Bolschewismus, eine Revolution, die auch dem Ärmsten alle Staatsstellungen geöffnet habe, ohne daß »die schöpferische Kraft der alten Stände« beschränkt oder nationales Eigentum zerstört worden wäre.[10] Hitler konnte also nicht nur übernationale Ängste, sondern auch übernationale Hoffnungen hinter sich bringen. Auch sein Kampf war ein ideologischer und tendenziell übernationaler, obwohl nicht zu übersehen war, daß dieser Ideologie ein schroffer Nationalismus zugrunde lag, der »das deutsche Volk« und allenfalls das »nordische Blut« so sehr in den Mittelpunkt stellte, daß sogar die Solidarität mit dem italienischen Faschismus auf brüchigem Grunde zu stehen schien.[11]

Aber was Coudenhove-Kalergi oder Losowski vorhergesehen hatten, verwirklichte sich jedenfalls nicht: die proletarische Revolution in Europa als Antwort auf den Krieg Deutschlands gegen den ersten *Arbeiterstaat*. Kaum ein deutscher Soldat lief zum Feinde über, der ein Freund zu sein behauptete; kein einziger Streik lähmte die Rüstungsproduktion, sogar im »Protektorat« arbei-

tete die Industrie ohne Störung, Frankreich blieb im wesentlichen ruhig. Hitler durfte vielmehr eines millionenfachen Echos sicher sein, wenn er im Ton tiefer Verachtung davon sprach, die deutschen Soldaten hätten das sogenannte »Paradies der Arbeiter und Bauern« nun gründlich kennengelernt.[12]

Andererseits konnte er nicht bestreiten, daß er selbst mit diesem Regime paktiert und daß gerade er ihm den Weg nach Lemberg und Riga geöffnet hatte, wo nun so viele Opfer des NKWD gefunden worden waren. Und so mußte er in seiner Rede vom 8. November 1941 das Eingeständnis machen, im vorigen Jahre habe ihn vor den Gefallenen der Bewegung »vielleicht etwas belasten« können, und erst jetzt blicke er »fast wie erlöst« zu deren Gräbern hin.[13] Nach dem »Freundschaftspakt« von 1939 konnte Hitlers Ideologie die Ungebrochenheit und Zuversicht nicht mehr haben, die sie etwa auf dem »Parteitag der Ehre« von 1936 noch besessen hatte.

Aber auch Stalin äußerte sich auf sonderbare Weise. Er rief keineswegs das europäische Proletariat zum Aufstand gegen seine Bedrücker und die eigentlichen Hintermänner Hitlers auf, nämlich die Kapitalisten; sondern er bemerkte in seiner Rede zum 24. Jahrestag der Revolution am 6. November 1941 mit Befriedigung, es sei den »deutschen Strategen« nicht gelungen, mittels einer Einschüchterung der herrschenden Kreise Großbritanniens und der USA durch das »Gespenst der Revolution« eine allgemeine Koalition gegen die UdSSR zustande zu bringen; vielmehr beschimpften die Hitlerleute jetzt das innere Regime Englands und Amerikas als ein »plutokratisches Regime«, und den Gegensatz sah er nun nicht mehr als eine Oberflächenerscheinung an, sondern er setzte die »demokratischen Freiheiten« und die Parlamente dieser Länder in einen schroffen Gegensatz zu der »Partei mittelalterlicher Reaktion und finsterster Pogrome«, welche die Hitlerpartei darstelle.[14] Offensichtlich verwarf er jetzt die Gleichsetzung von *Faschismus und Kapitalismus*, die so lange eine Hauptthese der kommunistischen Parteien gewesen war, noch entschiedener als schon seit 1935, und zwar deshalb, weil sie eine Koalition geradezu postulierte, die für die Sowjetunion hätte tödlich sein müssen.

Es wäre für Roosevelt in der Tat unmöglich gewesen, erneut die Ideen Wilsons aufzugreifen und als Ziel der USA zu verkünden, »die Welt von alten Übeln und alten Krankheiten zu reinigen«[15], wenn Stalin seinerseits Lenins Ideen von 1918 in den Vordergrund gestellt hätte. Dann hätte er sich nämlich sagen müssen, daß er und sein Amerika keineswegs bloß in den Augen Hitlers eine Weltkrankheit und ein »ekelhafter Sumpf« war, wie Molotow sich im Sommer 1940 in einem Gespräch mit dem litauischen Außenminister ausgedrückt haben soll.[16] Und jedenfalls entsprach es weitaus mehr dem inneren Gehalt der bolschewistischen Überzeugung, wenn Molotow in demselben Gespräch gesagt hatte, die deutsche Bourgeoisie werde eines Tages gegen den Aufruhr ihres hungernden Proletariats eine Vereinbarung mit der alliierten

Bourgeoisie treffen, und dann werde die Sowjetunion eingreifen und irgendwo in der Nähe des Rheins werde »die Endschlacht zwischen Proletariat und entarteter Bourgeoisie« stattfinden.[17] Nichts Derartiges durfte Stalin jetzt sagen, und nichts Derartiges durfte Roosevelt zur Kenntnis nehmen: Ganz wie die nationalsozialistische Ideologie waren auch die Ideologien der Bolschewiki und der liberalen Internationalisten in Amerika durch die Ereignisse der Zeit geschwächt, und die Staaten, die da einen Entscheidungskampf um das Schicksal der Welt führten, waren zwar auch Ideologiestaaten, aber doch Ideologiestaaten, welche die Ungebrochenheit von 1918 bzw. von 1933 eingebüßt hatten.

Jedenfalls stellten sich zahllose Menschen in Europa und außerhalb Europas gegen die Politik ihrer nationalen Regierungen oder Traditionen auf die Seite einer dieser Mächte, oder genauer gesagt, auf die Seite der Alliierten bzw. auf die Seite der *Achse* und seit dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 auf die Seite Deutschlands.

Unrichtig wäre die Behauptung, die europäischen Widerstandsbewegungen seien erst seit dem 22. Juni 1941 ernsthaft zur Existenz gekommen, d. h. durch die Reaktion der Kommunisten auf den Angriff gegen die Sowjetunion. Es wurde vielmehr für den Charakter der Widerstandsbewegungen in Ost und West entscheidend, daß die Kommunisten bis zum Juni 1941 praktisch die Partei Hitlers gegen *die westlichen Imperialisten* ergriffen hatten und an manchen Stellen noch mit den deutschen Besatzungsbehörden verhandelten, während in London schon der General de Gaulle zur Symbolfigur des französischen Widerstandes geworden war. Aber auch die polnische Widerstandsbewegung hatte sich längst vor dem Juni 1941 konstituiert, und es war England mit seiner Spezialorganisation »S.O.E.« (»Secret Operations Executive«), welches alle Widerstandsregungen im besetzten Europa förderte und nährte. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß zum einen die Komintern schon seit Anfang 1941 ein beträchtliches Maß an offener Feindschaft gegenüber Hitlers Deutschland zu erkennen gegeben hatte[18] und daß zum anderen der Widerstand sich fast überall seit dem 22. Juni schlagartig verstärkte. Weit mehr als zuvor trat jetzt die Absicht in den Vordergrund, durch Attentate gegen deutsche Soldaten möglichst scharfe Vergeltungsmaßnahmen hervorzurufen und in der Bevölkerung immer größeren Haß gegen die Besatzungsmacht zu erzeugen, eine Absicht, die ja auch bei dem Partisanenkampf in der Sowjetunion die Situation bestimmte. Zum bekanntesten Paradigma wurde gerade nicht ein kommunistischer Anschlag, sondern das Attentat gegen den amtierenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich in Prag, das von der tschechischen Exilregierung vorbereitet wurde und mit der Zerstörung des Dorfes Lidice die erwartete und mindestens einkalkulierte Folge hatte.[19] Am unverhülltesten kommunistisch war bekanntlich die Widerstandsbewegung Titos in Jugoslawien,

die von den Engländern gegen die *bürgerliche* Widerstandsbewegung des Draža Mihailowitsch unterstützt, dann aber von Stalin gerade wegen der Offenheit ihrer Zielsetzungen, dem Bericht Milovan Djilas' zufolge, intern zurechtgewiesen wurde.

Einen besonderen Fall bildete der deutsche Widerstand. Er richtete sich nicht gegen eine Besatzungsmacht, sondern gegen das Regime des eigenen Staates und zu einem Teil sogar eher gegen bestimmte Zielsetzungen des Regimes als gegen das Regime und dessen obersten Führer als solche. Gewiß teilten die Quäker die Überzeugungen der ausländischen Quäker und die in der Illegalität aktiven Sozialdemokraten die Ziele des emigrierten Parteivorstandes. Soweit von einem Widerstand der Arbeiter oder der Jugend oder der Studenten die Rede sein darf, hatte er überwiegend die scharfen Anforderungen zum Ausgangspunkt, die das Regime im Kriege nun noch nachdrücklicher stellte. Soweit es sich aber um einen Widerstand in der führenden und allein handlungsfähigen Schicht und d. h. vornehmlich in der Wehrmacht handelte, lag in der Hauptsache ein Widerstand von mehr oder weniger nationalistischen, d. h. primär dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verpflichteten Patrioten vor, die Hitlers Zielsetzungen vor allem deshalb bekämpften, weil sie Deutschland ins Unglück zu stürzen drohten. Fast alle, und am ausgeprägtesten Carl Goerdeler, glaubten noch bis zu einem relativ späten Zeitpunkt, die Erfolge von Hitlers Revisionismus, d. h. der Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete, könnten als legitime Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts in einem rechtzeitigen Kompromißfrieden nach dem Sturz des Diktators bewahrt werden. Gewiß hatte Tresckow so gut wie Stauffenberg in den Anfängen mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, aber wie sehr die Ereignisse sie und ihresgleichen trotzdem aus dem ererbten Nationalismus und sogar aus dem preußischen Staatsethos hinausführten, zeigten schon die Verhandlungen mit den Engländern im Winter 1939/40, zeigten die Mitteilungen Hans Osters über Hitlers Angriffsabsichten gegenüber dem holländischen Militärattaché, zeigte schließlich am stärksten Stauffenbergs Attentat gegen den Obersten Kriegsherrn, zu dem in der ganzen preußischen und deutschen Geschichte nicht die entfernteste Analogie aufzufinden ist. Nicht alle trafen ihre Entscheidung allerdings zugunsten einer der beiden nun schon tendenziell rivalisierenden Weltanschauungen: Ulrich von Hassell wollte je nach den Umständen die westliche oder die östliche Karte spielen, und nicht einmal die Männer und Frauen des Kreisauer Kreises um Helmuth James von Moltke hätten mit ihren innenpolitischen Reformplänen auf den Beifall der amerikanischen Demokraten zählen können.

Nationalbewußt und patriotisch waren in ihrer überwältigenden Mehrheit auch die kriegsgefangenen Soldaten und Offiziere, die im September 1943 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft das »Nationalkomitee Freies Deutschland«

und den »Bund Deutscher Offiziere« gründeten. Daß Hitler Deutschland in den Krieg gegen eine übermächtige Koalition geführt habe und daß er gestürzt werden müsse, wenn Deutschland noch gerettet werden solle, war der Grundtenor aller Manifeste und Aufrufe, welche die Generäle von Seydlitz, Korfes, Lattmann und viele andere unterzeichneten, darunter schließlich auch der Generalfeldmarschall Paulus. Aber es lag nicht durchweg ein enger und bloß politischer Vaterlandsbegriff zugrunde. Gegen das System der Lüge und der Rechtlosigkeit, aber auch der Zwangswirtschaft und der kulturellen Nivellierung hielt schon im Mai 1942 der Hauptmann und Studienrat Dr. Ernst Hadermann im Lager Jelabuga eine eindrucksvolle Rede[20], und indem er sich mit deutschen Kommunisten im *Antifaschismus* zusammenfand, akzeptierten beide Seiten mindestens tendenziell das wenige Jahre zuvor noch Undenkbare: daß nicht der Gegensatz von Proletariern und Bourgeois der tiefstgreifende der Epoche war. Und als unmittelbar vor dem 20. Juli auch in Deutschland selbst die rechten Sozialdemokraten Leber und Leuschner mit Kommunisten Kontakt aufnahmen, da waren sie sehr erstaunt, daß diese weniger radikale Auffassungen zu haben schienen als sie selbst und anscheinend sogar Großbürger als Mitkämpfer zu akzeptieren bereit waren.

Den Schritt zur vorbehaltlosen und aktiven Identifizierung mit dem Kriegsgegner tat in Deutschland nur die kleine Gruppe der »Roten Kapelle«, deren führende Köpfe der Enkel des Großadmirals Tirpitz, Harro Schulze-Boysen, und der Neffe des angesehensten Theologen der Wilhelminischen Zeit, Arvid Harnack, waren. Aber sogar für ihre Spionagetätigkeit war anscheinend nicht zuletzt der alte Gedanke der nationalrevolutionären Bewegung maßgebend, daß Deutschland nur in der Zusammenarbeit mit Sowjetrußland seine Integrität und Unabhängigkeit wahren könne.

Daß freilich bei den Kommunisten die alten Überzeugungen und Emotionen noch lebendig waren, bewiesen am klarsten diejenigen, die von den Instruktionen der Zentrale nicht oder nur am Rande erreicht wurden. »Ich sterbe, als was ich gelebt habe, als Klassenkämpfer«, schrieb ein Mitglied einer kommunistischen Widerstandsgruppe vor seiner Hinrichtung im Mai 1943 an seinen Vater, und er fügte in einer Nachschrift hinzu: »Besser für die Sowjetunion zu sterben, als für den Faschismus zu leben.«[21] Eine andere Gruppe versicherte in einem für Ostarbeiter und gefangene Rotarmisten bestimmten Flugblatt ein Jahr später: »Die furchtbaren Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten und ihre Kriege bringen die proletarischen Massen Europas und der UdSSR in Bewegung. Der Faschismus ist nur der Grabstein, der die untergehende Klasse bedeckt.«[22] Etwa dies muß Molotow gemeint haben, wenn der litauische Außenminister ihn richtig wiedergegeben hat, und eben dies durfte Roosevelt nicht wissen, wenn er Stalin weiterhin zur *Familie* rechnen wollte. Die neuartige Einheit unter den Alliierten und unter denjenigen,

die sich in ihren Nationen oder gegen ihre Nationen mit ihnen solidarisch fühlten, war vermutlich eine trügerische Einheit.

Aber wie immer es um die Festigkeit des so außerordentlich paradoxen Bündnisses zwischen dem *Staat des Sozialismus* und der *Hauptmacht des Kapitalismus* bestellt war, so konnte doch niemand daran zweifeln, daß der sowjetische Kommunismus eine genuine und übernationale Identifizierung hervorzurufen vermochte und daß Roosevelt eine Überzeugung von neuem artikulierte, die älter war als der Kapitalismus und die sich inmitten aller Veränderungen erhalten hatte. Viel weniger selbstverständlich war eine solche Identifizierung in dem Gegenlager. Zwar gab es in Europa eine beträchtliche Anzahl von faschistischen Bewegungen, und sie stellten sich spätestens seit dem 22. Juni 1941 durchweg auf die Seite Hitlers: neben dem italienischen Faschismus u.a. die Eiserne Garde in Rumänien, die Pfeilkreuzler in Ungarn, die Nasjonal Samling in Norwegen, der Parti Populaire Français in Frankreich, die Rodobrana in der Slowakei, die Ustascha in Kroatien. Aber sie alle waren in ihren Ursprüngen oder Traditionen zunächst einmal radikal-nationalistische Reaktionen auf die internationalistischen und meist sozialistischen Ideen und Realitäten der ersten Nachkriegszeit gewesen. In ihrem »Pro« konnten sie mithin nicht übereinstimmen, da die eine ein mächtiges Groß-Rumänien, die andere ein starkes Groß-Ungarn erstrebte, die dritte die Loslösung aus einem Staatsverband verlangte und die vierte und ursprüngliche das römische Imperium wiederherstellen wollte. Erst das »Anti« bildete die Gemeinsamkeit, nämlich das »Anti« eines entschiedenen Antikommunismus. Freilich entsprang der Kommunismus als Antikapitalismus seinerseits einem »Anti-«, und durch seine angebliche Realisierung in einem großen Staat war er in ein eigentümliches Verhältnis zu Tatbeständen wie Macht, Struktur und Berufsarmee getreten, die er doch beseitigen wollte. Je mehr der kommunistische Glaube durch seine Verbindung mit der sowjetischen Wirklichkeit an Bedrohlichkeit gewann und an Überzeugungskraft verlor, um so mehr konnte sich das bloße »Anti« der faschistischen Bewegungen mit sozialen Gedanken anreichern und schließlich beanspruchen, der zeitgerechte »Dritte Weg« zwischen den Extremen des sowjetischen Kommunismus und des amerikanischen Kapitalismus zu sein. Die Frage war, ob und wie die übernationale Solidarität einer Ideologie die Oberhand über den Ausgangspunkt der bloßen nationalen oder ethnischen Selbstbejahung gewinnen konnte.

Eine naheliegende Lösung bot sich an, als nach der *Öffnung* der Sowjetunion durch den deutschen Angriff die ganze Fremdartigkeit des Stalinschen Staates den deutschen, italienischen, rumänischen und spanischen Soldaten vor Augen trat. Der trivialste und fragwürdigste Versuch, aus der Erfahrung dieser Fremdartigkeit eine Ideologie zu machen, war die vom Hauptamt der SS 1942 herausgegebene Broschüre »Der Untermensch«. Neben dem ebenso

verächtlichen wie törichten Unterfangen, aus den ausgemergelten Gesichtern einiger Kriegsgefangener den Typus des *Untermenschen* oder gar des *Asiaten* herzuleiten, wird doch ein frühes und allgemeines Schreckbild beschworen, das Schreckbild des blutrünstigen Kommissars und des fanatischen Flintenweibes, und vor allem werden die kläglichen Holzhütten der russischen Bauern und die jammervollen Wohnungen der russischen Arbeiter den weit reicheren und kultivierteren Lebensverhältnissen Europas in einer Weise gegenübergestellt, die den unterrichteten Beobachter zwar an die fröhlichen Gestalten des *sozialistischen Realismus* erinnerte, die aber trotz ihrer offenkundigen Einseitigkeit für die einfachen Soldaten vieler europäischer Nationen nicht unglaubwürdig war. Jedenfalls sahen jene deutschen *Landser* die Verhältnisse auf diese Weise, deren »Feldpostbriefe aus dem Osten« ein Beamter des Propagandaministeriums 1941 publizierte und zweifellos nicht publiziert hätte, wenn er sie für bloße Propaganda hätte halten müssen, die von der Masse der deutschen Soldaten als verzerrt oder verlogen empfunden worden wäre. Da ist von dem »verfluchten« oder »elenden« Lande die Rede, in dem man »direkt nach dem Anblick eines sauberen Hauses oder einiger gepflegter Gärten« hungere, in dem die Bauern, ihres Landes beraubt, in »wirtschaftlicher Fron« lebten, wie sie schlimmer nicht im schwärzesten deutschen Mittelalter gewesen sei. Die Straßen seien nichts als Sandwege, und Dörfer und Städte bestünden aus kleinen Holzhütten, zwischen denen sich bloß einige Paläste der Partei oder der »Bonzen« erhöben; ein Erwerbsloser in Deutschland lebe »wie ein König gegen dieses Volk«. Freilich mußte sich die Frage aufdrängen, weshalb denn das reiche Deutschland ein so armes Land angegriffen habe, und sie wird durch den Hinweis auf die »guten und modernen Waffen« beantwortet, welche die Kommissare aus dieser Armut herausgepreßt hätten, und die Kommissare oder auch die Juden werden für die grauenvollen Bilder verantwortlich gemacht, die mehrere der Briefschreiber selbst gesehen zu haben behaupten: an die Wände genagelte Männer, Frauen und Kinder, in den Kellern der Gefängnisse eingemauerte und qualvoll erstickte Opfer, ja sogar Folterkammern, in denen innen Gasbrenner angebracht gewesen seien, mit denen man die Opfer zu Tode gequält habe.[23] Aus all dem ergab sich zwingend die Forderung nach europäischer Solidarität im Kampf gegen ein unmenschliches und anti-europäisches System. Wer wußte schon davon, daß eine Zeitschrift des italienischen Faschismus den Namen »Anti-Europa« getragen hatte, und wer wollte wahrhaben, daß es nicht bloß in der Sowjetunion Konzentrationslager und Folterkammern gab? Es waren nur sehr wenige, die wie der Oberstleutnant Helmuth Groscurth der Meinung waren, die Deutschen würden über die Sowjetunion ganz falsch unterrichtet und die russischen Offiziere, die er zu vernehmen hatte, seien zu einem großen Teil kluge und gebildete Menschen.[24]

Jedenfalls fanden sich aus nahezu allen europäischen Staaten Freiwillige

zum Kampf gegen den Kommunismus zusammen, und aus ihnen wurde eine größere Anzahl fremdnationaler SS-Formationen gebildet. Aus Dänen wurde das »Freikorps Danmark« zusammengestellt, wallonische Freiwillige der Degrelle-Bewegung bildeten die SS-Sturmbrigade Wallonien, aus Franzosen bestand gegen Ende des Krieges eine ganze SS-Division, die den Namen »Charlemagne« trug. Eine beträchtliche Anzahl von Esten und Letten schloß sich schon bald nach dem 22. Juni der Wehrmacht an, und später wurden sie ebenfalls zu SS-Divisionen. Wie der Spanische Bürgerkrieg auf beiden Seiten ein internationaler Konflikt war, so war auch der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion ein internationaler Krieg. Wenn die Sowjetunion die polnische Armee, die sie aus den Kameraden der Opfer von Katyn aufstellte, offensichtlich nicht ungern zu den Westalliierten abziehen ließ, bevor sie in einem späteren Stadium eigene Hilfstruppen aus Polen und Rumänen bildete, so kämpften die europäischen Freiwilligen bis zum Ende in der Wehrmacht und in der Waffen-SS, und es kann nicht bezweifelt werden, daß viele von ihnen sich aus Überzeugung und nicht aus bloßem Opportunismus unter die Fahnen des nationalsozialistischen Deutschland gestellt hatten. Allerdings war gerade bei den Überzeugtesten das Motiv spürbar, durch einen Beitrag an Blut das Recht auf Selbständigkeit ihrer Länder in dem künftigen Europa einer »Neuen Ordnung« zu erkämpfen, das Recht auf eine Selbständigkeit, das sie offenbar nicht mehr für selbstverständlich und unantastbar hielten.

Erst noch zu erringen war die künftige Selbständigkeit für die turkestanischen und tatarischen Verbände der Waffen-SS, durch die nun sogar der *arische* Rassenbegriff nach dem *germanischen* gesprengt wurde, so daß tendenziell von einer Weltbewegung gegen den Bolschewismus gesprochen werden konnte, von der außer den Juden niemand ausgeschlossen war. (Englische und amerikanische Verbände gab es freilich im deutschen bzw. deutsch-italienischen Lager nicht, wohl aber einige bedeutende oder doch interessante Intellektuelle wie Ezra Pound und den Sohn des ehemaligen Indienministers Amery.) Aber erst die Frage der russischen Freiwilligen war einem Lackmuspapier zu vergleichen, wodurch der übernationale Charakter eines ideologischen Anspruchs geprüft werden konnte.

Russische Freiwillige gab es in der deutschen Wehrmacht viele und zu einem frühen Zeitpunkt. Aber sie blieben lange ohne anerkannten Status, und ihre Einbeziehung erfolgte zunächst auf rein pragmatische Weise. In den Nöten und Schwierigkeiten des ersten Kriegswinters hatten zahlreiche Formationen russische Kriegsgefangene, die sich freiwillig meldeten, als Hilfskräfte eingestellt, und da die Erfahrungen im allgemeinen gut waren, wurden nicht wenige davon mit Waffen ausgestattet, etwa zur Bewachung von Depots oder auch zur Partisanenbekämpfung. 1942 wurden daraus die ersten genuinen Verbände wie etwa die »Brigade Kaminski«, und der Gruppenleiter in der Or-

ganisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, der Oberstleutnant Stauffenberg – damals schon als ein Mann von überragender Begabung und Entschlossenheit erkennbar –, wandte alle seine Talente auf, um die Aufstellung russischer Freiwilligenverbände möglich zu machen. Dabei stieß er auf den entschiedenen Widerstand des Oberkommandos der Wehrmacht und mittelbar Hitlers, der gegenüber Rußland völlig freie Hand behalten wollte, dem aber offenbar auch bestimmte Ereignisse aus dem Bürgerkrieg sehr präsent waren, nämlich der Übergang ganzer Regimenter zu den Bolschewiki. Wenn trotzdem im Herbst 1942 die russischen »Hilfswilligen« schon nach Hunderttausenden zählten, so war das darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Heeresgruppen und auch der Generalstab noch Handlungsmöglichkeiten besaßen, in die Hitler keinen Einblick hatte. Im übrigen erfolgte die Aufstellung von »Legionen« der übrigen Völker der Sowjetunion mit seinem vollen Einverständnis, und die Grenzen waren oft schwer zu ziehen. Weshalb sollte der »General der Osttruppen« nicht auch Russen unter seinem Kommando haben?[25]

Aber alle diejenigen Offiziere in den Stäben der Heeresgruppen – unter ihnen vornehmlich Oberst Tresckow von der Heeresgruppe Mitte –, im Generalstab und in der Abteilung Wehrmachtpropaganda, die ein klares Bewußtsein vom drohenden Verlust des Krieges hatten, gaben sich Rechenschaft darüber, daß nur die Bildung einer nationalrussischen Regierung unter der Führung eines der sowjetischen Bevölkerung bekannten Mannes das Geschick noch wenden und dem Krieg einen stimulierenden Sinn gehen konnte. Für sie stand es außer Frage, daß trotz der schrecklichen Erfahrungen des ersten Kriegswinters unter den russischen Kriegsgefangenen genug Bauern waren, die das Kolchossystem haßten, und genug Offiziere, deren Familienangehörige in Lagern des NKWD zugrunde gegangen waren. Sie wußten aber auch, daß die Erfolge sehr begrenzt bleiben würden und daß die Propaganda gegenüber den Soldaten der Roten Armee und der Bevölkerung des sowjetischen Hinterlandes keine Glaubwürdigkeit gewinnen würde, solange keine verläßlichen Zusicherungen über das künftige Schicksal Rußlands damit verbunden waren. Auch die Spitze des Ostministeriums sympathisierte mehr und mehr mit solchen Gedanken, obwohl sie weiterhin an der Zielsetzung einer selbständigen Ukraine festhielt.

Es war daher ein großes Ereignis, als im September 1942 einer der bekanntesten sowjetischen Heerführer gefangengenommen wurde und bald zu erkennen gab, daß er Stalin und den Bolschewismus ablehnte und unter bestimmten Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen bereit war. Generalleutnant Andrej Andrejewitsch Wlassow hatte nach verbreiteter Meinung die beste aller sowjetischen Divisionen befehligt, und im Oktober/November 1941 hatte er neben Schukow am meisten zur Verteidigung Moskaus beigetra-

gen. Dann hatte er als stellvertretender Befehlshaber einer Heeresgruppe und Kommandeur der zweiten Stoßarmee den unrealistischen Befehl Stalins zur Befreiung Leningrads zu verwirklichen versucht, aber nach schweren Kämpfen war seine Armee am Wolchow zugrunde gegangen, und er selbst wurde nach wochenlangem Umherirren im Zustand völliger Erschöpfung gefangengenommen. Seine glänzende Laufbahn verdankte er neben der eigenen Tüchtigkeit der Partei, in die er 1930 eingetreten war, aber er war der Sohn eines Bauern, der zum Eintritt in eine Kolchose gezwungen wurde, und er hatte in seiner Jugend ein geistliches Seminar besucht. So hatte er wohl immer gewisse Vorbehalte gegen den Bolschewismus und gegen Stalin gehabt, aber erst die Erfahrung des Krieges steigerte sie zum Haß. Die Geschichte seiner *Entdeckung* durch einige deutsche Offiziere wie den baltischen Hauptmann Strikfeldt und den Chef der Abteilung »Fremde Heere Ost«, den Generalmajor Gehlen, liest sich wie ein phantastischer Roman[26], und Wlassow brachte seinen deutschen Freunden gegenüber immer wieder ein fassungsloses Erstaunen darüber zum Ausdruck, welches Ausmaß an individuellen Initiativen und freier Rede unter Vertrauten in diesem Deutschland noch möglich sei. Im Frühjahr und Sommer 1943 schien er tatsächlich zum Führer einer russischen Gegenregierung aufzusteigen: Sein »Offener Brief« vom 3. März 1943 griff Stalin aufs heftigste als den Mörder von Millionen russischer Menschen an und rief das Volk »zu einem Kampf für die Vollendung der Revolution, zur Schaffung eines neuen Rußlands und zur brüderlichen Einigkeit mit den Völkern Europas und insbesondere mit dem großen deutschen Volk« auf.[27] Auch wenn die Angaben von Wlassows Freunden über das gewaltige und sprunghafte Anwachsen der Überläuferzahlen nach dieser Verlautbarung wohl übertrieben waren, läßt sich doch schwerlich bestreiten, daß das Auftreten Wlassows sowohl in den noch sowjetischen Gebieten wie in dem von Deutschland besetzten Teil Rußlands sehr tiefen Eindruck machte und in Moskau große Beunruhigung hervorrief. Auf einer Reise zu den Frontstäben der Heeresgruppen Mitte und Nord wurde Wlassow von den kommandierenden Feldmarschällen fast schon wie ein Gleichgestellter behandelt, und die Bevölkerung drängte sich an ihn heran, um ihm die Hände zu küssen. Aber eben dadurch erregte er die Aufmerksamkeit Hitlers und Himmlers, und es erging ein strenges Verbot, »diesen Russen« weiter zu fördern, es sei denn zu bloßen Propagandazwecken. Trotzdem wurden erstaunlicherweise die Vorbereitungen zur Aufstellung einer russischen Nationalarmee fortgesetzt, und in halber Illegalität fanden sich um Wlassows Residenz in Berlin-Dahlem und um das Lager Dabendorf bei Berlin alle diejenigen Kräfte in einigen Repräsentanten zusammen, die sich im Bürgerkrieg auf das heftigste bekämpft hatten: der Bauernsohn und General der Roten Armee Wlassow, der Korpskommissar Schilenkow, der jüdische Korpskommissar und ehemalige Mitarbeiter Bu-

charins Zykow, der Sohn eines in der Verbannung umgekommenen Geistlichen Oberst Meandrow, der vom NKWD grausam gefolterte Fliegeroberst Malzew, der Sohn des ehemaligen Adjutanten von Admiral Koltschak, Sacharow, die emigrierten Kosakengeneräle Krasnow und Schkuro.[28] Es fehlte zwar nicht an Spannungen, so wenig wie im deutschen Widerstand, welcher auch ein Bündnis verschiedenartiger Kräfte war, die sich einst gnadenlos bekämpft und eben dadurch den Triumph Hitlers ermöglicht hatten. Und wenn man nicht genau wußte, wie viele Menschen hinter den Männern des Attentats vom 20. Juli 1944 standen, so waren hinter den Anhängern und Verbündeten Wlassows doch um die gleiche Zeit nahezu eine Million Menschen versammelt. Es muß gewiß eine Spekulation bleiben, wie viele Millionen es gewesen wären, wenn Wlassow nicht erst im November 1944, sondern bereits im November 1942 oder auch nur zu Anfang 1944 die Zustimmung Hitlers und Himmlers erhalten hätte, unter dem Zeichen des weißblauen Andreaskreuzes die selbständige »Russische Befreiungsarmee« zu bilden und das »Nationalkomitee für die Befreiung der Völker Rußlands« ins Leben zu rufen. Aber es würde sich nicht um eine illegitime Spekulation handeln, wie schon das Schicksal beweist, von dem sogar viele der unbeteiligten unter den sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Krieges getroffen wurden. Aber das Scheitern und die Tragödie bewiesen immerhin, daß für viele Deutsche und zahllose Russen dieser Krieg doch ein Befreiungskampf gewesen war, der nur deshalb zum Mißerfolg verurteilt war, weil Hitler trotz aller Erfahrungen, die er machte, starr an dem Konzept festhielt, das Genozide und *Endlösungen* implizierte, weil es im totalen Egozentrismus der deutschen *Rasse* noch nicht ideologisch war und im Willen zur Vernichtung des *Judentums* nicht mehr dem gewöhnlichen Begriff von Ideologie subsumiert werden konnte.

4. *Genozide und »Endlösung der Judenfrage«*

Man begreift die Genozide und die »Endlösung der Judenfrage«, die das nationalsozialistische Deutschland zu verantworten hat, nicht schon dadurch in ihrer Eigenart, daß man sie für *singulär* erklärt und Unterscheidungen für überflüssig hält. Das Unvergleichbare setzt den Vergleich gerade voraus, und die Einheit der Bezeichnung verdeckt oft genug die Verschiedenheit der Sachen.

Genozid oder Völkermord hängt eng mit Krieg zusammen, aber die beiden Begriffe decken sich nicht. Noch in der klassischen Antike fanden zwar Kriege zwischen den Städten oder Stämmen häufig dadurch ein Ende, daß alle Männer der Besiegten getötet und die Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft oder verschleppt wurden: Die Epen Homers setzen diesen genozidalen Cha-

rakter des Krieges durchweg voraus. Aber die europäische Neuzeit und schon das Mittelalter waren dadurch ausgezeichnet, daß sie den Krieg zu zivilisieren suchten, d.h. eine Unterscheidung zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern trafen. Der Idee nach konnte also ein ganzes Volk nicht mehr vernichtet werden, und allmählich setzte sich sogar ein Recht der Kriegsgefangenen durch, das den besiegten und ausgeschalteten Kombattanten Schonung garantierte, wie es etwa durch die Haager Landkriegsordnung von 1907 geschah. Vor allem aber wurde festgelegt, daß durch den Willen zum Abschluß eines Waffenstillstandes bzw. zum Friedensschluß gewisse Rechte geschaffen wurden, die eine Ausnutzung der Situation zum Zweck des Völkermordes ausschlossen. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges betrachtete es die zivilisierte Welt als Normalfall, daß die bewaffneten Kräfte zweier oder mehrerer Staaten unter vollständiger Aussparung der Zivilbevölkerung miteinander kämpften, bis eine Entscheidung gefallen war und durch Verhandlungen Friede geschlossen wurde. Die Grundvoraussetzung war, daß Armeen und Zivilbevölkerung klar unterscheidbar waren. Schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde diese Voraussetzung dadurch gefährdet, daß ein Teil der belgischen Bevölkerung, die ihr Land mit Recht für überfallen hielt, zum *Franktireurkrieg* griff und damit Repressalien der Deutschen herausforderte, insbesondere Geiselerschießungen. Es wurde vorstellbar, daß solche Repressalien sich grundsätzlich und in großem Maßstab gegen die gesamte Zivilbevölkerung richteten, weil diese den Franktireuren Schutz und Hilfe bot. In einem konstruierbaren Extremfalle wäre also die ganze belgische Bevölkerung ausgerottet worden, um den Überfällen der Franktireure die Basis zu nehmen, d.h. um eine präventive Sicherung gegen völkerrechtswidrige Akte zu erzielen. Damit wäre im Wortsinne ein Genozid Wirklichkeit geworden, nämlich die Tötung sämtlicher Einwohner eines Landes. Davon blieb die deutsche Politik unendlich weit entfernt, aber wenn man die Linien verlängerte, gelangte man zu einem schrecklichen Idealtyp. Selbst der rücksichtsloseste Denker hätte es aber noch für selbstverständlich gehalten, daß durch Einstellung des Widerstandes das Überleben des Volkes gesichert worden wäre.

Auf andere Weise wurde die Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten im Ersten Weltkrieg dadurch gefährdet, daß sowohl England wie Deutschland zum Kriegsmittel der Blockade griffen. Anders als der Krieg gegen Franktireure oder Partisanen war die Blockade von vornherein auch gegen Frauen und Kinder gerichtet; als Extremfall tauchte die Möglichkeit auf, daß die ganze Bevölkerung Englands bzw. Deutschlands verhungert wäre und die Armeen auf den Leichen der Frauen und Kinder fortgekämpft hätten. Daran dachte indessen niemand; für jeden stand es außer Frage, daß der unterliegende Staat rechtzeitig Frieden schließen würde. Aber die Voraussetzungen für eine radikale *Entmenschlichung* der Kriegführung, d.h. für Genozide,

wurden gleichwohl im Ersten Weltkrieg geschaffen, und an seinem Rande bzw. in seinem Gefolge wurden auch die ersten genuinen oder doch potentiellen Genozide der neueren Geschichte zur Wirklichkeit: Die ethnischen Spannungen in einem Vielvölkerstaat führten in direktem Zusammenhang mit dem Krieg zum Völkermord an den Armeniern durch die Türken, und zwischen Türken und Griechen kam es wenig später zu einem *Bevölkerungstausch*, der nur deshalb nicht Massenvertreibungen mit Massenverlusten gleichkam, weil die großen Mächte ein wachsames Auge darauf warfen. Auf erste Anfänge beschränkte sich dagegen der Luftkrieg, der indessen offenkundig die Möglichkeit in sich barg, daß er unmittelbar gegen die Zivilbevölkerung als das empfindlichste und doch unentbehrliche Element der Kriegführung gerichtet werden konnte. Der *Fortschritt* zeigte also ein befremdendes Doppelgesicht: als Fortschritt des humanitären Empfindens suchte er den Krieg mehr und mehr einzuhegen und zu vermenschlichen, als Fortschritt der Waffentechnik dagegen riß er Grenzen nieder, die sogar in barbarischen Zeiten für die nichtkämpfende Bevölkerung oftmals Schutz bedeutet hatten.

Ein völlig neues Element wurde gegen Ende des Krieges aber dadurch in die Welt gebracht, daß das Postulat der Klassenvernichtung praktische Bedeutung gewann. Eine vergleichsweise harmlose Erscheinungsform war das Verlangen der Alliierten nach Auslieferung von 700 deutschen »Kriegsverbrechern«, das mit der Propaganda gegen die *preußischen Junker* eng verknüpft war. Gemeint war ja nicht die Bestrafung einzelner Vergehen – zur Untersuchung und eventuellen Ahndung erklärte sich die deutsche Regierung bereit –, sondern die Diskreditierung einer ganzen Führungsschicht, und es zeigte sich sehr rasch, daß diese Absicht in Deutschland gerade eine breite Solidarisierung erzeugte, die sogar zahlreiche Sozialdemokraten einschloß, obwohl die Brechung oder Einschränkung der Macht der Junker doch auch zu deren Zielen gehörte. Umfassende Realität gewann das Prinzip der Klassenvernichtung dagegen in Rußland. Zwar lag es nahe zu sagen, es sei keineswegs ein Genozid, wenn nach einem verlorenen Kriege die Bevölkerung eines Staates ihre herrschende Klasse zur Verantwortung ziehe und deren Widerstand mit Gewalt breche. Aber noch konnte sich niemand trotz der *Armeniermassaker* die vollständige Vernichtung eines Volkes auch nur vorstellen, und daher wurde der Angriff gegen ganze Schichten ohne die Prüfung individueller Schuld als entsetzlich, als genozidal empfunden. Überdies proklamierten die Bolschewiki ausdrücklich die Absicht, die Vernichtung der russischen Bourgeoisie bis zur Vernichtung der »Weltbourgeoisie« fortzutreiben. Wie hätte es ausbleiben können, daß ein Klima allgemeiner Besorgnis und Angst entstand, auch wenn die positive Solidarisierung des europäischen Bürgertums mit dem russischen Bürgertum gering blieb. Konnte man ein Volk nicht auch dadurch töten, daß man seine *herrschende Klasse* beseitigte, zu der im modernen Europa ja kei-

neswegs nur jene Feudalherren gehörten, die Saint-Simon in seiner berühmten »Parabel« als überflüssig bezeichnet hatte, sondern gerade jene Techniker und Kaufleute, Wissenschaftler und Finanzmänner, die nach Saint-Simon an deren Stelle treten sollten? Und sehr rasch kam in einigen Kreisen die Auffassung auf, die Vorgänge in Rußland seien sogar im Wortsinne ein Genozid gewesen, weil *die Juden* die führende Schicht aus Russen und Baltendeutschen hingemordet und sich an deren Stelle gesetzt hätten.

Die unmittelbare Konsequenz dieser Auffassung war offenbar das Postulat einer Vernichtung der Juden als Strafe und Präventivmaßnahme, und da die Juden sich von sich aus – und gerade in der Sowjetunion – mehr und mehr nicht länger oder noch nicht als Konfession, sondern als Volk oder Nationalität verstanden, wäre die sogenannte »Endlösung der Judenfrage« als der idealtypische Genozid zu bezeichnen, der in dem Kollektivismus der Schuldzuweisung an eine überindividuelle Entität begründet wäre. So sehr dieser Zusammenhang ins Auge springt, so wenig angemessen wäre es gleichwohl, ihn zum Ausgangspunkt der Kennzeichnung des Zweiten Weltkrieges als eines Vernichtungskrieges zu machen, denn die Anfänge des Genozids waren im Ersten Weltkrieg schon vor 1917 zu erkennen, und die deutschen Genozide waren weder die einzigen, noch beschränkten sie sich auf die Juden. Sie hatten gleichwohl spezifische Merkmale, die aber nur durch den Vergleich erkennbar werden.

Der Krieg gegen Polen begann mit einem tendenziellen Genozid auf polnischer Seite, nämlich dem sogenannten »Bromberger Blutsonntag«, der Niedermetzelung von einigen tausend Staatsbürgern deutscher Herkunft durch aufgebrachte Polen. Die Angriffe der Sturzkampfbomber auf Warschau und andere Städte und die daraus resultierenden Verluste der Zivilbevölkerung waren indessen keine *Antwort*, sondern von vornherein im Kriegsplan enthalten und nach Guernica und Barcelona die erste, freilich immer noch sehr unvollständige Realisierung der genozidalen Tendenzen in der modernen Kriegführung.

Eine bloße Wiederaufnahme des Weltkriegs bedeutete die Blockade, die England und Deutschland wechselseitig übereinander verhängten. Wie im Weltkrieg konnten die Leiden aber durch die gleichmäßige Rationierung der vorhandenen Lebensmittel erträglich gemacht und gegebenenfalls durch einen Friedensschluß rechtzeitig beendet werden. Offen und unverhüllt genozidal war dagegen die Absicht, die Churchill am 8. Juli 1940 in einem Schreiben an Lord Beaverbrook zum Ausdruck brachte: Es gebe nur eine einzige Möglichkeit, Hitler zu bezwingen, und die bestehe in einem »absolut zerstörenden Vernichtungsangriff sehr schwerer Bomber auf das Nazi-Hinterland«.[1] Daß der Premierminister Aussagen wie diese sehr ernst meinte, geht nur allzu klar aus einer Rede hervor, die er im April 1941 hielt, also vor dem

deutschen Angriff auf die Sowjetunion: »Es gibt weniger als 70 Millionen bösartiger Hunnen – einige davon sind zu heilen, die anderen umzubringen.«[2] Tatsächlich führten die Engländer und Amerikaner den Krieg bis zur Invasion im Juni 1944 fast vollständig – und danach immer noch zu einem guten Teil – als Vernichtungskrieg durch Luftangriffe gegen die deutsche Bevölkerung, dem an die 700 000 Menschen zum Opfer fielen, großenteils unter schrecklichen, in früheren Zeiten unvorstellbaren Todesängsten und Qualen. Freilich wollte auch Hitler »ihre Städte ausradieren«. Aber es würde heute mit Recht allgemein als töricht gelten, wenn man diese Aussagen von entsprechenden Aussagen Churchills trennen oder eine einseitige Folge von deutscher Ursache und englischer Wirkung postulieren wollte.

Wenige Wochen nach Kriegsbeginn ließ Stalin die Bevölkerung der Wolgadeutschen Republik nach Sibirien deportieren. Man darf annehmen, daß auf den wochenlangen Transporten in glühender Hitze nicht viel weniger als 20 % der Verschleppten umgekommen sind. Eine noch größere Prozentzahl ist hinsichtlich der Litauer, Letten und Esten anzunehmen, die in einer zweiten Deportationswelle unmittelbar vor Kriegsausbruch ins Innere der Sowjetunion transportiert wurden. Schon 1940 sollen vom sowjetischen Generalstab *besondere Maßnahmen* gegen die Völker des nördlichen Kaukasusgebietes, vor allem die Tschetschenen, Inguschen und Kalmücken, ins Auge gefaßt worden sein, da sie, die sich lange gegen die russische Expansion unter den Zaren zur Wehr gesetzt hatten, im Kriegsfalle als unzuverlässig betrachtet wurden. Tatsächlich schlossen sich diese Völker in großen Teilen den Deutschen an, die ihnen Freiheit und Unabhängigkeit versprachen, und sie wurden 1944 ausnahmslos *umgesiedelt*. Die Krimtataren traf das gleiche Schicksal, und die Todesraten der ersten 18 Monate betrugen nach den Schätzungen Robert Conquests nicht viel weniger als 50 %.[3] Nachdem schon die Kollektivierung unter den nomadischen Völkern der asiatischen Bezirke der Sowjetunion besonders viele Opfer gefordert hatte, vollführte Stalin nun ganz unverhüllt Völkermorde als Präventivmaßnahmen und als Strafaktionen. Es sieht so aus, daß auch die Kämpfe gegen die Partisanen der OUN[4], welche die Rote Armee nach der Wiederbesetzung der Ukraine zu führen hatte, tendenziell den Charakter des Völkermordes aufwiesen, und es ist überaus bezeichnend, daß Chruschtschow in seiner Geheimrede nicht bloß scherzte, als er behauptete, Stalin würde auch die Ukrainer deportiert haben, wenn ihrer nicht zu viele gewesen wären.[5] Und als Marschall Mannerheim seinen deutschen Bundesgenossen mitteilte, daß er einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion schließen würde, da führte er zur Begründung das Argument an, daß sein Volk »ohne Zweifel vertrieben oder ausgerottet« werden würde, wenn er den schmerzhaften Schritt nicht rechtzeitig vollziehe.[6] Die Kriegführung der Sowjetunion war also in noch höherem Maße durch Genozide gekennzeichnet als diejenige

Englands, und man wird sich fragen müssen, ob nicht selbst Benesch' Pläne hinsichtlich eines *Transfers* der Sudetendeutschen unter den Begriff des Völkermordes subsumiert werden können. Daß Churchills Plan der »Westverschiebung Polens« und damit der Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße hier einzuordnen ist, kann jedenfalls keinem Zweifel unterliegen.

Und dennoch gehören Hitlers Genozide in eine andere Kategorie. Der Unterschied liegt nicht darin, daß sie etwa durchweg quantitativ umfassender gewesen wären. Von den Zahlen her gesehen, scheinen im »Generalgouvernement« nicht wesentlich mehr ehemalige Offiziere erschossen worden zu sein als im sowjetisch besetzten Teil Polens. Aber Hitler machte einen Grundsatz aus der Ausrottung und verlangte schon früh, »alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen«.[7] Und vor allem war hier das Verhältnis von Zweck und Mittel umgekehrt. Nicht mehr der Sieg im Verteidigungskrieg war der Zweck, während die Luftangriffe und Umsiedlungen ein durch die Umstände erzwungenes Mittel zur siegreichen Beendigung des Krieges darstellten, sondern die Schaffung von freiem Raum war der Zweck und der Krieg ein bloßes Mittel. Der Völkermord hörte also mit dem Ende des Krieges nicht auf, sondern er sollte durch den Sieg gerade in größerem Umfang ermöglicht werden. Selbst eine Kapitulation half den betroffenen Völkern nicht, und ihre Bereitschaft, sich auf die deutsche Seite zu stellen, galt sogar als Gefahr. Schon im Januar 1941 hatte Himmler in einer Rede auf der Wewelsburg gesagt, im Osten hätten dreißig Millionen Menschen zu verschwinden[8], und noch im Jahre 1944 hielt er an der Forderung fest, die Volkstumsgrenze im Osten um 500 Kilometer hinauszuschieben.[9] Der »Generalplan Ost« sah die Aussiedlung von 31 Millionen Menschen nach Sibirien und die »Umvolkung« weiterer Millionen vor, und wenn das Massensterben der Kriegsgefangenen im Winter 1941/42 auch zu einem guten Teil auf die unbezwingbaren Umstände, nicht zuletzt auf Stalins Vernichtungsbefehle, zurückzuführen war, so kam doch als bedeutendes Moment Hitlers Wille zur biologischen Schwächung des russischen Volkes hinzu, ein Wille, zu dem es auf Stalins Seite keine rechte Analogie gab, obwohl Ilja Ehrenburgs Aufruf »Töte« schon im Jahre 1942 eine Entsprechung zur biologischen Vernichtungsintention Hitlers war.[10] Gewiß hatte die »Lebensraumpolitik« verschiedene Motive, und sie ging keineswegs allein aus dem Willen Hitlers hervor: Angst vor der demographischen Überlegenheit der »Ostvölker«; Träume vom gesunden bäuerlichen Leben, das allein den sozialen Konflikten die Spitze abbrechen und die Deutschen vor dem »Zivilisationstod« retten könne; Anglophilie in der Form des Dranges nach einem »deutschen Indien«; nicht zuletzt die Erinnerung an die englische Blockade im Ersten Weltkrieg und deren Folgen. Aber selbst wenn man Hitlers rationalsten Gedanken isoliert, den Gedanken des Erwerbs der Supermacht-Posi-

tion für Deutschland, ist leicht zu erkennen, daß Wlassow und seine Förderer keine Chance hatten, solange Hitler noch an *seinen* Sieg glauben konnte. Denn ebenso wie er die »bolschewistische Zersetzung« anscheinend für ein unentrinnbares Geschick hielt, wenn nicht ganz besondere Strukturen für die Ewigkeit gefestigt werden könnten, so war er auch davon überzeugt, daß Waffenbesitz zur Selbständigkeit führt und daß in absehbarer Zeit das *nationale Rußland* Wlassows stärker sein würde als das Großdeutsche Reich, das sich mit den Grenzen von 1939 begnügt hätte. Und darum führte Erich Koch in der Ukraine eben doch Hitlers Politik durch, wenn er eine Kolonialpolitik wie »unter Negern« betrieb, wenn er ukrainischen Abordnungen, die ihn begrüßen wollten, das dargereichte Brot und Salz aus den Händen schlug, wenn er immer wieder Auspeitschungen vornehmen ließ. Damit trieb er eine Politik des mentalen Völkermordes, des Genozids durch Verachtung und Herabsetzung, und er mußte die eigenartige Erfahrung machen, die ihn so gut wie Hitler widerlegte, daß die Bevölkerung heftiger und nachdrücklicher auf Herabsetzung und Mißachtung reagierte als auf Erschießungen. Die Bolschewisten nämlich hatten – so formulierte es ein Memorandum – zwar viele Menschen erschossen, aber nicht einen einzigen öffentlich prügeln lassen, und der klügste Kopf im Ostministerium, der Diplomat Dr. Bräutigam, zog daraus in einer bemerkenswerten Denkschrift den Schluß, daß Russen und Ukrainer nun um die Anerkennung ihrer Menschenwürde gegen die Deutschen kämpften.[11] Und so kam es, daß in der Sowjetunion kein antibolschewistischer Kampf für Freiheit und Menschenwürde der Individuen gegen das despotische System Stalins geführt werden konnte, obwohl zahllose Menschen – Russen, Ukrainer und auch Deutsche – dazu bereit waren, sondern daß letzten Endes nur ein Eroberungs- und Vernichtungskampf geführt wurde, der als solcher keine Ideologie hatte, weil er weiter nichts als lichtloser *Volkstumskampf* und unbegrenzter nationaler Egoismus war. Wenn eine Nation sich selbst für »höherwertig« erklärt und die Erde von allem »Minderwertigen« einschließlich der Geisteskranken hauptsächlich deshalb säubern will, um eine angeblich naturgewollte Herrschaft auszuüben und sich selbst zugleich in einem ganz materiellen Sinne »gesundzustoßen«, so ist das keine *Ideologie*, und diese Nation darf sich deshalb nicht wundern, wenn sie letzten Endes alle anderen Nationen gegen sich aufbringt und sogar die wenigen Freunde verliert, die sie aufgrund andersartiger Aussagen und Zielsetzungen noch hatte.

Dagegen scheint die sogenannte Endlösung der Judenfrage eine ganz und gar ideologisch bedingte Tat gewesen zu sein, denn Hitler und Goebbels haben es wiederholt und anscheinend in aller subjektiven Überzeugtheit für einen »Dienst an der Menschheit« erklärt, die »jüdische Gefahr« zu beseitigen oder das »jüdische Geschwür aufzustechen«. In der Tat ist der Zusammenhang mit dem Antibolschewismus viel leichter erkennbar als im Falle der Lebens-

raumpolitik, aber auf der anderen Seite ist es unbestreitbar, daß der nationalsozialistische Antisemitismus eine außerordentliche Verengung und Zuspitzung des Antibolschewismus und erst recht des Antimarxismus darstellte, weil er weit mehr den Charakter der Interpretation als denjenigen der Erfahrung besaß.[12] Er gehört daher nur als eine besondere Art zur Gattung des Antibolschewismus, und nicht einmal alle Nationalsozialisten machten ihn sich mit gleicher Entschiedenheit zu eigen. Trotzdem besaß er unzweifelhaft einen übernationalen Appell und ist insofern als Ideologie zu bezeichnen. Aber auch diese Subsumtion bedarf der Qualifizierung, wie noch zu zeigen sein wird.

Man kann die praktische Verwirklichung der *Endlösung* mit der Boykottaktion vom 1. April 1933 beginnen lassen, und es ist auch sicherlich der Erwägung wert, ob nicht die erste Vorwegnahme der Genozidpolitik in dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933 zu erblicken ist.

Aber obwohl sich nicht leugnen läßt, daß schon in ganz frühen Äußerungen Hitlers eine physische Vernichtung der Juden andeutungsweise ins Auge gefaßt wird[13], darf daraus nicht die Vorstellung abgeleitet werden, Hitler habe sich seit 1933 oder gar seit 1923 von einem festen Plan leiten lassen. Er machte auch die Judenpolitik nicht allein, so gewiß er der wichtigste aller einzelnen Faktoren war, und sie hing überdies, wie alle Politik, von vielen äußeren Umständen ab. Die Bemühungen einzelner Autoren, einen einheitlichen »Vernichtungsprozeß« zu konstruieren, an dem die gesamte deutsche Bürokratie beteiligt war, leiden unter einem Mangel an Differenzierung.[14] Es ist vielmehr angebracht, verschiedene Phasen und Momente zu unterscheiden, welche zunächst den Begriff des Genozids noch nicht erfüllen und schließlich durch die Methode, die Intention und die tendenzielle Vollständigkeit der Vernichtung darüber hinausgehen.

Die erste Phase reichte bis 1941 und kann die Phase der Diskriminierung genannt werden. Das Hauptziel bestand darin, die Charakterisierung der Juden als eines *Volkes* statt einer *Konfession* durchzusetzen. Diese Tendenz war nicht spezifisch nationalsozialistisch, sondern sie war auch unter den Juden selbst mächtig und resultierte letzten Endes aus dem jüdischen Selbstverständnis, das sich nicht ohne weiteres damit abfinden konnte, die jahrtausendealte Gemeinde auf den Status einer bloßen Konfession innerhalb eines religiös neutralen Staates reduziert zu sehen. Insofern waren die Zionisten die echtesten Juden, und ihr Verlangen nach einem jüdischen Staat resultierte keineswegs bloß aus dem Wunsch, antisemitischen Anfeindungen entzogen zu sein. Der Kampf der Zionisten gegen die »Assimilanten« war daher ein Kampf um die Behauptung der gefährdeten Eigenart, während das Bildungsbürgertum in der Regel den Untergang der überlieferten Ethnizität bejahte, sich aber der Hoffnung hingab, der modernen Welt einige Grundzüge des jüdischen

Ethos aufprägen zu können. So standen sich schon im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die zionistischen und die sozialistischen bzw. kommunistischen Söhne und Töchter des jüdischen Bildungsbürgertums als extreme Flügel in schroffer Feindschaft gegenüber, und Alfred Rosenberg brachte in seiner Schrift »Der staatsfeindliche Zionismus« 1921 die Vermutung zum Ausdruck, es handle sich um ein raffiniertes Zusammenspiel zum Zweck der Erringung der jüdischen Weltherrschaft. In der Praxis aber stellte sich der siegreiche Nationalsozialismus vollständig auf die Seite der Zionisten, und durch das Haavara-Abkommen von 1935 förderte er die jüdische *Kolonisation* Palästinas mehr als irgendein anderer Staat. Trotzdem war die spätere Behauptung Adolf Eichmanns, die SS und die Zionisten seien in ihrer Zielsetzung »Geschwister« gewesen[15], eine grobe Verzerrung der Tatsachen. Denn es handelte sich nie um eine *Diskriminierung* im neutralen Wortsinne, nämlich Trennung oder Scheidung, sondern um die negative Diskriminierung der Zurücksetzung und Aussonderung. Das wurde ja schon durch die Nürnberger Gesetze klar, die den sexuellen Kontakt zwischen Juden und Deutschen zu einem kriminellen Tatbestand machten, während alle anderen Nicht-Staatsbürger in ihren Beziehungen zu Deutschen keinen spezifischen Beschränkungen unterworfen waren. Schon 1933 und 1935 lag also ein mentaler Genozid vor, demjenigen Erich Kochs in der Ukraine ante festum vergleichbar, freilich mit dem schwerwiegenden Unterschied, daß nicht die Verachtung, sondern die Angst (vor *Ansteckung, Vergiftung* oder *Zersetzung*) die grundlegende Emotion war. Als drittes Moment kam dasjenige der Beraubung einer materiell bevorzugten Minderheit hinzu oder, in der nationalsozialistischen Sprache, das Motiv der Wiedergewinnung des von Parasiten angeeigneten deutschen Volksvermögens, und insofern war die Judendiskriminierung diejenige Form des Klassenkampfes und der Klassenenteignung, die sichtbar genug war, um alte Ressentiments zu befriedigen, und begrenzt genug, um nicht unüberwindbare Widerstände hervorzurufen – mithin der defiziente, aber in *europäischen* Verhältnissen allein mögliche Modus der *Expropriation der Bourgeoisie.* Nach Kriegsbeginn trat an die Stelle der Förderung der Auswanderung nach Palästina für kurze Zeit der Plan, die Juden in Madagaskar anzusiedeln, aber die Entwicklung der Verhältnisse ließ ihn bald unrealistisch werden.

Ab Ende 1941 folgte als zweite Phase die Deportation der deutschen Juden und dann auch der Juden aus vielen europäischen Ländern *nach Osten.* Die Frage ist, ob diese Deportationen als solche und von vornherein Teile eines Vernichtungsprozesses waren. Auch hier sind Distinktionen angebracht. Die entscheidende Vorfrage ist die, ob die Juden als eine *kriegführende,* d. h. unverrückbar feindselige Gruppe bezeichnet werden durften. Sie ist für einen beträchtlichen Teil der deutschen Juden jedenfalls bis zum Pogrom vom November 1938 mit Entschiedenheit zu verneinen. Keineswegs nur die Kriegsteilneh-

mer, aber sie in besonderem Maße, fühlten sich trotz der Nürnberger Gesetze als deutsche Staatsbürger, und so gewiß man von den deutschen Juden nicht erwarten konnte, daß sie Anhänger und Verehrer Adolf Hitlers waren, so gewiß wünschten sie Deutschland als ihrem Vaterland nichts Schlechtes, und es gibt keine Beweise, daß eine nennenswerte Anzahl von ihnen aktiv für die Sache der Alliierten eingetreten wäre. Diese Feststellung kann gleichwohl nicht das letzte oder alleinige Wort sein. Die Äußerung Chaim Weizmanns vom September 1939 über den Kampf *der Juden* an der Seite der Alliierten ist bereits angeführt worden. Im August 1941 richtete eine Versammlung prominenter sowjetischer Juden einen noch weit leidenschaftlicheren Appell an die Juden in aller Welt, den gerechten Kampf der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu unterstützen.[16] 1961 formulierte ein Autor wie Raul Hilberg, der in seinem Buch über die »Vernichtung der europäischen Juden« immer die Passivität und den Mangel an Widerstand auf seiten der Juden hervorhebt, den Satz: »Während des ganzen Zweiten Weltkriegs machten die Juden die Sache der Alliierten zu ihrer eigenen ... und trugen nach Kräften zur Erringung des Endsiegs bei«.[17] Wenn man sich daran erinnert, daß die Amerikaner nach dem 7. Dezember 1941 ihre eigenen Staatsbürger japanischer Herkunft einschließlich der Frauen und Kinder in Internierungslager brachten und daß die Engländer einen beträchtlichen Teil der antifaschistischen deutschen Emigranten als »feindliche Ausländer« nach Kanada transportieren ließen[18], wird man nicht von vornherein in Abrede stellen dürfen, daß die Deportationen als solche in den Augen der deutschen Bevölkerung als unvermeidbar gelten durften. Im Herbst 1941 lebte allein in Berlin noch die erstaunlich hohe Zahl von über 70 000 Juden, und wenn man sich vor Augen hält, daß Stalin in seiner Rede vom 3. Juli 1941 bei seiner Aufzählung der gefährlichen Elemente innerhalb der sowjetischen Bevölkerung auch die »Gerüchtemacher« nicht ausließ[19], dann wird man die Berechtigung von Vorsichtsmaßnahmen erst recht nicht bestreiten können. Aber ebenso wie die Phase der Förderung der Emigration infolge der Nürnberger Gesetze einen anderen als den *zionistischen* Charakter erhielt, so stand die nächste Phase, die der Deportation, dennoch sogar für den bloßen Zuschauer unter ganz anderen Vorzeichen als der amerikanisch-japanische oder der englische Fall. Die Juden wurden nämlich durch den »Judenstern« kenntlich gemacht, und damit griff man auf eine ausgesprochen *mittelalterliche* Methode zurück. Der Artikel des Reichspropagandaministers, der aus diesem Anlaß unter der Überschrift »Die Juden sind schuld« in der Wochenzeitung *Das Reich* erschien, nahm daher eine ominöse Ähnlichkeit mit dem »Hepp, hepp« der Judenpogrome an.

Und was »der Osten« bedeutete, konnte keinem deutschen Soldaten und keinem dort tätigen Zivilisten vollständig verborgen sein. Er bedeutete jedenfalls »Ghetto« und nicht etwa bloß nach Analogie von Theresienstadt in Böh-

men, wo eine Anzahl von alten und privilegierten Juden ein zwar abgesondertes, aber doch erträgliches Dasein führte, soweit das Lager nicht als Durchgangsstation für Transporte nach Auschwitz benutzt wurde. Zwar scheint es für kurze Zeit den Plan gegeben zu haben, in der Nähe des Bug ein größeres Gebiet für einen regelrechten »Judenstaat« zu reservieren, aber er wurde bald aufgegeben, und die deportierten Juden konnten nirgendwo Platz finden als in den furchtbar übervölkerten, hungernden, vom Fleckfieber heimgesuchten, durch Mauern abgeschlossenen Ghettos wie in Warschau oder in Lodz, das nun Litzmannstadt hieß, oder aber in eigens errichteten Konzentrationslagern. Dort wurde wieder zum Endpunkt, was der Ausgangspunkt des jüdischen Geschicks in der Neuzeit gewesen war: das »schtetl«, aus dessen noch mittelalterlicher Enge Hunderttausende von Juden ausgezogen waren, um im *kultivierten Westen* Deutsche, Franzosen und Amerikaner oder auch Zionisten zu werden, und das nun als ein nur allzu modernes Konzentrationslager wieder ihr Aufenthaltsort wurde.

Wo die deutsche Wehrmacht aber direkt auf das sowjetische Judentum mit seinen immer noch weithin geschlossenen Siedlungsgebieten traf, ist eine weitere Unterscheidung angebracht, die in der Regel durch den Terminus *Endlösung* verwischt wird. Es handelt sich um die Aktionen der »Einsatzgruppen« der SS, die bekanntlich den vordringenden Armeen in der Sowjetunion auf dem Fuße folgten und die viele Hunderttausende von Juden »erledigten«, wie ihre Führer sich in den *Ereignismeldungen UdSSR* auszudrücken pflegten, Meldungen im übrigen, die keineswegs ausschließlich oder auch nur vorwiegend die immer wieder zitierten und kaltherzig konstatierenden Sätze über Massentötungen enthalten, sondern auch Nachrichten über Erschießungsaktionen des abziehenden NKWD sowie informative, oftmals für eine bessere Behandlung der russischen und ukrainischen Bevölkerung plädierende Lageberichte. Auch hier ist eine Vorfrage zu stellen, die in der Literatur sehr häufig übergangen wird. Nicht nur die Einsatzgruppen selbst, sondern nicht wenige Angehörige der Wehrmacht bis zu den Generälen hinauf haben in Berichten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, die Juden für die Hauptträger des Partisanenkampfes erklärt, und daher wollten sie die *Judenaktionen* als Repressalie verstanden wissen. Die bekannten Erlasse der Feldmarschälle von Reichenau und von Manstein und ähnliche offizielle Verlautbarungen gehen von dieser Voraussetzung aus und lassen zum Teil überdies erkennen, wie lebendig die Erinnerung an die Zeit des deutschen Bürgerkrieges und des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten während der Weimarer Zeit noch war. Es wäre in der Tat sehr sonderbar gewesen, wenn nicht zahlreiche Juden Stalins Befehl zur Partisanentätigkeit befolgt hätten. Aber für die Aktionen der Einsatzgruppen war gerade kennzeichnend, daß nicht nur die Bürgerkriegsproportion des 1 : 100 nicht selten über-

schritten wurde, sondern daß man die Partisanen oder die Vernichtungsbataillone der Roten Armee ohne jede weitere Prüfung mit *den Juden* identifizierte. So waren die Prämissen des Blutbades in der Schlucht von Babij Jar bei Kiew, dem 33 000 Juden zum Opfer fielen, ein großer Brand sowie umfangreiche Sprengungen in der Stadt, bei denen mehrere hundert deutsche Soldaten den Tod gefunden hatten. Aber Urheber war ein Vernichtungsbataillon der Sowjetarmee gewesen, und es gab nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, daß es ausschließlich oder auch nur überwiegend aus Juden bestanden hätte. In der Literatur sind die Meinungen über die jüdische Beteiligung am Partisanenkampf geteilt: Die westlichen Werke heben die Passivität der Juden hervor, die sich meist widerstandslos zur Erschießung hätten führen lassen; die kommunistische Literatur dagegen ist voll von Berichten über heroische Aktivitäten – nicht zuletzt im Kampf gegen jüdische »Kollaborateure« und »Verräter« –, während deutsche Berichte bald das eine, bald das andere akzentuieren.[20] In zahlreichen Fällen konnte jedoch, wie gerade aus den *Ereignismeldungen* unwidersprechlich hervorgeht, von *Repressalien* überhaupt nicht die Rede sein, sondern Tausende und Zehntausende von Juden wurden zusammengetrieben und von SS-Männern und manchmal auch von einheimischen Hilfskräften erschossen. Die Gesamtzahl der Opfer der Einsatzgruppen in der UdSSR wird von Gerald Reitlinger auf über eine Million, von Raul Hilberg auf 1,3 und von Krausnick-Wilhelm auf 2,2 Millionen geschätzt.[21] Gerade wenn man sich die Taten des NKWD vor Augen hält und sich vergegenwärtigt, daß Katyn mit Sicherheit nur ein Fall unter anderen Fällen war, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen und dürfen, daß die Aktionen der Einsatzgruppen schlimmer waren als diejenigen des NKWD.[22] Der NKWD hatte *die führende Schicht* der Polen zu töten gesucht, die in seinen Augen *gegenrevolutionär* war; die Einsatzgruppen aber taten im fremden Lande nun dasjenige, was in Deutschland zu tun unmöglich war: sie rotteten tendenziell die Masse der als *revolutionär* betrachteten Bevölkerung aus. Wenn die Gegenrevolutionäre sich die Revolutionäre mit aller Konsequenz zum Vorbild nehmen, müssen sie weit schlimmere, weil quantitativ umfassendere Taten begehen. Aber daß Kommunisten und Nationalsozialisten auch hier nicht einfach die Idealtypen von Revolution und Gegenrevolution verkörperten, wurde durch die Tatsache klar, daß in Wahrheit nur ein Teil sogar der sowjetischen Juden der *revolutionären*, d. h. stalintreuen Bevölkerung zuzuzählen war, während umgekehrt auch zahlreiche Russen und Ukrainer sich mit dem Sowjetstaat identifizierten.[23] Auf der anderen Seite wandte sich Stalin ebenfalls gegen ganze *Bevölkerungen* wie die Wolgadeutschen, die er, nach Chruschtschows Worten[24], »mitsamt allen Kommunisten und Komsomolzen« deportieren ließ, weil er in ihnen potentielle Helfer des Feindes sah. Auch hier lag ein Überschießen, eine Verallgemeinerung, eine kollektivistische Schuldzuschreibung vor, aber die Zahl der

Wolgadeutschen war vergleichsweise gering, und es genügte, sie *lediglich* zu verschicken. Daher sind die Aktionen der Einsatzgruppen das radikalste und umfassendste Beispiel einer präventiven und über alle konkreten Erfordernisse der unmittelbaren Kriegführung weit hinausgehenden Bekämpfung von *Feinden*, und Nikolajewsk wie Katyn mußten als Aktionen von weit geringerer Schrecklichkeit erscheinen.[25] Vor allem aber standen diese Massentötungen nach der Intention des Urhebers und im Bewußtsein der wichtigsten Beteiligten innerlich mit dem letzten und abschließenden Stadium in enger Verbindung, der quasi-industriellen Massentötung in Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Belzec.

Nun ist freilich die Faktizität dieser letzten und äußersten Stufe, der Tötung von etwa drei Millionen Juden, welche durchweg nicht aus Partisanengebieten der Sowjetunion stammten, in den Gaskammern der Vernichtungslager von einigen Autoren bestritten worden, während die Aktionen der Einsatzgruppen noch von niemandem in Abrede gestellt worden sind. Diese Literatur stammt keineswegs ausschließlich von Deutschen oder von *Neofaschisten*.[26] Die Beweisführung besteht in der Regel darin, daß die Echtheit von zentralen Dokumenten wie etwa des Protokolls der *Wannseekonferenz* vom 20. Januar 1942 in Zweifel gezogen wird oder daß die Autoren auf die Widersprüchlichkeit von Zeugenaussagen und die großen Unterschiede zwischen den Zahlenangaben der Experten hinweisen. Nicht selten wird behauptet, Massenvergasungen[27] dieses Umfangs seien mit den vorhandenen Mitteln technisch nicht möglich gewesen. Aber selbst wenn man sich angesichts dieser Argumente des Urteils enthielte und die zahlreichen weiteren Zeugnisse – darunter diejenigen von Eichmann[28], von dem Auschwitz-Kommandanten Höss und von zahlreichen Insassen der Lager – unberücksichtigt ließe, bleibt das Faktum des Todes von vielen Hunderttausenden und das weitere Faktum, daß ein auffallend großer Teil dieser Toten Juden waren.[29] Es bleiben öffentliche Äußerungen wie die wiederholten Prophezeiungen oder Feststellungen Hitlers über eine »Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa« und die Feststellung Julius Streichers in einer Ausgabe des »Stürmer« von 1943, das Judentum gehe mit Riesenschritten seiner »Ausrottung« entgegen.[30] Und es bleiben auch zahlreiche Äußerungen, die Hitler im Gespräch mit ausländischen Diplomaten oder inmitten seiner Tafelrunde tat, Äußerungen, die zugleich den eigentlichen Hintergrund seiner *Judenfeindschaft* ans Licht stellen.

Am 17. Februar 1942 sagte Hitler im Führerhauptquartier zu seinen Tischgästen, unter denen sich auch Heinrich Himmler befand: »Das Phänomen der Antike – der Untergang der antiken Welt – war die Mobilisierung des Mobs unter dem Motto Christentum, wobei dieser Begriff mit Religion so wenig zu tun hatte, wie der marxistische Sozialismus mit der Lösung der sozialen Frage ... 1400 Jahre hat das Christentum gebraucht, um sich zur letzten Bestialität

zu entwickeln. Wir dürfen deshalb nicht sagen, daß der Bolschewismus schon überwunden ist. Je gründlicher aber die Juden herausgeworfen werden, desto rascher ist die Gefahr beseitigt. Der Jude ist der Katalysator, an dem sich die Brennstoffe entzünden. Ein Volk, das keine Juden hat, ist der natürlichen Ordnung zurückgegeben ... Würde die Welt auf einige Jahrhunderte dem deutschen Professor überantwortet, so würden nach einer Million Jahren lauter Kretins bei uns herumwandeln: Riesenköpfe auf einem Nichts von Körper.«[31]

Was Adolf Hitler also mit dem Wort »Jude« eigentlich meinte, ist nichts anderes, als was fast alle Denker des 19. Jahrhunderts mit positivem Akzent den *Fortschritt* genannt hatten, jenen Komplex von wachsender Naturbeherrschung und Naturentfremdung, von Industrialisierung und Handelsfreiheit, von Emanzipation und Individualismus, den erstmals Nietzsche und nach ihm einige Lebensphilosophen wie Ludwig Klages und Theodor Lessing für eine Gefährdung des *Lebens* erklärt hatten. Für Hitler ist dieses *Leben* identisch mit der *natürlichen Ordnung*, d. h. der zugleich bäuerlichen und kriegerischen Struktur der Gesellschaft, die nach seiner Meinung im gegenwärtigen Japan noch auf klassische Weise gegeben ist, während sie in Europa zuerst von der Friedensutopie des Christentums und dann durch eine maßlose Industrialisierung mit ihren Krisen- und Zersetzungserscheinungen gefährdet wurde. Hitler hat also den gleichen weltgeschichtlichen Prozeß im Auge, der für Marx zugleich Fortschritt und Niedergang gewesen war, jenen Prozeß, den man die Intellektualisierung der Welt nennen könnte. Aber trotz einiger Ansätze waren Marx und Nietzsche, Lessing und selbst Klages immer weit von der Behauptung entfernt geblieben, es lasse sich eine konkrete, menschliche Ursache dieses Prozesses aufweisen. Hitler jedoch tat diesen Schritt, der eine radikale Umkehrung aller bisherigen Ideologie war, aber selbst nicht mehr Ideologie in einem ursprünglichen Sinne genannt werden sollte, weil er einer Menschengruppe die Macht zuschreibt, einen transzendentalen Prozeß hervorzurufen. Dennoch war die These nicht etwa bloß unsinnig, denn die Juden hatten schon als »Volk der Schrift« und dann als eine durch die *Emanzipation* scheinbar besonders geförderte und in Wahrheit besonders tief getroffene Gruppe in der Tat eine hervorstechende Beziehung zu jener *Intellektualisierung*, aber sie waren nicht Ursache, sondern Erscheinungsform. Insofern war es nicht ohne Konsequenz, daß Hitler in seiner Verteidigung des Krieges als unverzichtbaren Teils der *natürlichen Ordnung* die genozidalen Tendenzen des modernen Krieges vor allem gegen die Juden richtete. Aber ein Genozid, der in dieser Absicht erfolgt, ist kein bloßer Genozid mehr. Wie sehr für Hitler die Umkehrung der Geschichtsphilosophie, die Verteidigung der *natürlichen Ordnung* und die Revolutionserfahrung von 1918 Hand in Hand gingen, wird unwidersprechlich klar, wenn noch ein Satz hinzugenommen wird, den er am 22. Juli 1941 zu dem kroatischen Marschall Kwaternik sagte: »Wenn auch nur

ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillusherd für eine neue Zersetzung werden.«[32] Zwar erwähnte er im folgenden Madagaskar und Sibirien als mögliche Aufenthaltsräume für die europäischen Juden. Aber Madagaskar war ihm schon verschlossen, und Sibirien sollte ihm bald ebenso verschlossen sein. Wenn er die Juden aus Deutschland und dem übrigen Europa nach Polen hätte bringen lassen, damit sie dort in Ghettos lebten, so wäre er weiter nichts als ein Schwätzer gewesen. Deutsche Geisteskranke hatte er zum Zeitpunkt des Gesprächs mit Kwaternik bereits durch Gas töten lassen, und es ist durchaus möglich, daß diese Methode ihm besonders »human« erschien. Wer Hitler ernst nimmt, kann die Vernichtungsaktionen von Auschwitz und Treblinka und auch die Gaskammern nicht leugnen.[33] Er darf Auschwitz und Treblinka, Belzec und Sobibor ebensowenig den Ausrottungsmaßnahmen gleichsetzen, welche die kroatischen Ustaschas gegen die prawoslawische Bevölkerung ihres Staates ins Werk setzten. *Auschwitz* war in noch tieferer Bedeutung ein *Überschießen* als die auf totale Sicherheit gerichtete und daher präventive Partisanenbekämpfung und als jener biologistische Planungssozialismus der »Ausmerzung alles Schädlichen und Ungesunden«, dem so viele Zigeuner zum Opfer fielen und der sich auch gegen *die Slawen* richtete. Die *Endlösung* ist in einem nicht bloß trivialen Sinne einzigartig. Aber sie ist deshalb nicht unvergleichbar, denn das Recht, sie einzigartig zu nennen, entsteht erst aus dem möglichst umfassenden Vergleich, und der große Hiatus der Unverstehbarkeit darf erst an einem Punkte angesetzt werden, der nach einem langen Weg des Ringens um Verstehen in den Blick kommt.

Aber es ist nicht zu bestreiten, daß diese *transzendentale* Vernichtung in der größten Verborgenheit vor sich ging. Wer, wie Hilberg, die Meinung vertritt oder zu suggerieren sucht, alle Mitglieder des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS oder sogar alle Eisenbahner, die Züge nach Auschwitz abfertigten, müßten von den Gaskammern gewußt haben, der sollte konsequenterweise leugnen, daß der »Befehl Nr. 1«, niemand dürfe mehr wissen, als für die Ausführung seiner unmittelbaren Aufgaben unbedingt erforderlich sei, die Menschen noch mehr voneinander trennte, als es die Arbeitsteiligkeit der modernen Gesellschaft sowieso tut, und daß hundert Spezialisten Panzerwagen bauen können, während Tausende von anderen Spezialisten des Glaubens sind, sie hätten Einzelteile für Raupenschlepper produziert. Hilberg selbst berichtet davon, daß Frau Schirach in Amsterdam zur Zeugin einer nächtlichen Zusammentreibung von Juden geworden sei und sich deshalb so sehr erregt habe, daß sie ihrem Mann davon berichtete. Dieser habe ihr geraten, bei ihrem nächsten Besuch im Hauptquartier den Führer selbst auf solche »Mißstände« aufmerksam zu machen. Hitler habe ihr aber nur »ungnädig« zugehört und nach einem »Wortwechsel« habe das Ehepaar Schirach den Raum

verlassen.[34] Und der neben Rommel berühmteste der deutschen Panzergenerale, Guderian, sagte noch im März 1945 in offenkundiger Aufrichtigkeit vor Vertretern der Presse, er habe lange im Osten gekämpft, aber er habe nie etwas von den »Teufelsöfen, Gaskammern und ähnlichen Erzeugnissen einer krankhaften Phantasie« bemerkt, mit denen ein Befehl des Marschalls Schukow die »Haßgefühle der primitiven Sowjetsoldaten« aufzustacheln versuche.[35]

Die *Endlösung* ist ohne Zweifel die extremste und kennzeichnendste unter allen Taten des Nationalsozialismus, aber ihre Verborgenheit gehört ebenso wesentlich dazu wie jene Umkehrung der überlieferten Geschichtsphilosophie, die öffentlich vorzutragen auch Hitler niemals wagen durfte. Als tendenziell vollständige Vernichtung eines *Welt-Volkes* unterscheidet sie sich wesentlich von allen Genoziden und ist das genaue Gegenbild zur tendenziell vollständigen Vernichtung einer *Welt-Klasse* durch den Bolschewismus, und insofern ist sie die biologistisch umgeprägte Kopie des sozialen Originals. Aber eben deshalb ist sie keine bloß *biologische* Vernichtung, sondern sie bedeutet eine Entscheidung im Hinblick auf den Geschichtsprozeß im ganzen, eine Entscheidung *gegen* den *Fortschritt*, aber auf der Basis fortschrittlicher Wirklichkeiten, während der Bolschewismus eine Entscheidung *für* den *Fortschritt* war, aber in enger Verknüpfung mit zurückgebliebenen Realitäten. Trotzdem ist die *Endlösung* nicht die einzige Perspektive, in der das Verhältnis von Nationalsozialismus und Bolschewismus gesehen werden darf. Bolschewismus und Nationalsozialismus waren immer Gegensätze, und sie blieben es bis zum Ende, aber sie waren doch zu keinem Zeitpunkt einander auf kontradiktorische Weise entgegengesetzt, und je mehr sich der Krieg seinem Ende näherte, um so stärker wurde ein »Wechsel der Merkmale« erkennbar.

5. *Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion*

Der Begriff »Wechsel der Merkmale« darf nicht so verstanden werden, daß der Bolschewismus im Verlauf des Krieges die Gestalt seines Gegners angenommen habe und der Nationalsozialismus umgekehrt diejenige des Bolschewismus. Wohl aber ließen sich in beiden Regimen Entwicklungen und Tendenzen beobachten, die auf eine innere Annäherung an den Feind zielten. Die Feindschaft wurde dadurch jedoch nicht abgeschwächt, sondern eher verstärkt, und selbst wenn man die Linien zu einem Idealtyp auszieht, kommt keine Identität zustande.

Daß der Bolschewismus dabei sei, sich zu »nationalisieren« oder zu »verstaatlichen«, war ja von Feinden und Freunden bald behauptet oder befürchtet worden: Emigranten und unorthodoxe Kommunisten stimmten bereits

während der frühen zwanziger Jahre in der Meinung überein, daß der Bolschewismus zum Vorkämpfer der traditionellen Interessen des russischen Staates geworden sei. Als Beweis konnte schon die fortdauernde Existenz einer Kaderarmee mit professionellem Kommandeurkorps angeführt werden, und selbst die Bezeichnung *Volkskommissare* verlor rasch den ursprünglichen Sinn, daß es sich dabei um Positionen einer kurzen Übergangszeit handeln würde, die bloß dazu dienen sollten, »das Geschäft zu schließen«, wie Trotzki sich hinsichtlich des ganzen bürokratischen Apparats hätte ausdrücken können.[1] Stalins Konzept des *Sozialismus in einem Lande* bedeutete den nächsten großen Schritt, und es rief den heftigen Widerstand eines beträchtlichen Teils der alten Parteigarde hervor. Freilich erfüllte es die Hoffnungen der Emigranten durchaus nicht; eine Versöhnung des neuen mit dem alten Rußland kam nicht zustande und wurde von der herrschenden Partei auch nicht erstrebt: Heimkehrende Offiziere wurden vom NKWD verhaftet oder gleich erschossen, und die stärkste gesellschaftliche Kraft, welche die Basis einer Versöhnung hätte bilden können, wurde als Klasse vernichtet, nämlich die Bauern, indem sie ihrer Selbständigkeit beraubt wurden. Nicht einmal die ausländischen Techniker, die doch bei der anhebenden Industrialisierung des Landes eine so große Rolle spielten, waren vor Verfolgungen sicher. Die Partei und deren marxistische Begrifflichkeit herrschten nach wie vor unbeschränkt, und daran änderte auch die eigenartige Wandlungsfähigkeit der ideologischen Sprache nichts, mit der nun das überlieferte Postulat möglichst vollständiger Gleichheit als »kleinbürgerliche Gleichmacherei« bekämpft wurde, weil die Differenzierung der Löhne und der Tätigkeiten als eine unerläßliche Vorbedingung der weiteren Industrialisierung erkannt wurde. Aber handelte es sich noch um eine pragmatische Anpassung an veränderte Umstände, als Stalin durch zwei Aufsätze im Jahre 1934 das Signal zur Verfolgung und Auslöschung der historischen Schule Pokrowskis gab?[2] Pokrowski war ja doch der wichtigste Repräsentant jener genuin marxistischen Denkweise in der Geschichtsschreibung gewesen, welche alle *herrschenden Klassen* und insbesondere die herrschende Klasse des alten Rußland mit ebensoviel Erbitterung wie Verachtung angriff und nicht genug von despotischen Zaren, ausbeuterischen Gutsbesitzern, grausamen Feldherren auf der einen Seite und den ausgebeuteten und geschundenen Volksmassen auf der anderen Seite zu berichten wußte. Jetzt aber wiesen Stalin und in seinem Gefolge bald zahlreiche Historiker darauf hin, daß die Geschichte des russischen Reiches keineswegs bloß eine Folge von Greuelszenen gewesen sei, daß sich darin vielmehr ein gewaltiger historischer Fortschritt Bahn gebrochen habe, dessen Helfer, ja Vorkämpfer oft genug die Zaren und deren Mitarbeiter gewesen seien. Von Iwan dem Schrecklichen wurde nun ein neues und viel helleres Bild gezeichnet, und sogar das Regime Nikolaus' I. durfte nicht mehr ausschließlich als »blutiger Polizeiterror« cha-

rakterisiert werden.[3] Insbesondere wurden die Eroberungszüge der Zaren jetzt viel positiver gefaßt, und es fehlte nicht viel, daß jenes Ausgreifen des Moskauer Kernlandes in alle Himmelsrichtungen, worin Karl Marx die gefährlichste Bedrohung Europas gesehen hatte, als Paradigma des Fortschritts in der Geschichte betrachtet wurde. Im neuen Fahneneid der Rotarmisten von 1936 war von einer Verpflichtung gegenüber *dem Weltproletariat* nicht mehr die Rede. Schon seit 1935 standen *Marschälle der Sowjetunion* an der Spitze der Roten Armee. Die Große Säuberung schwächte den internationalen Charakter des Kommandeurkorps ganz erheblich, und in die freigewordenen Spitzenstellungen stiegen hauptsächlich junge Russen und Ukrainer auf. Im Juni 1940 wurden die Ränge des Generals und des Admirals wieder eingeführt, die bis dahin als *bürgerlich* oder *zaristisch* gegolten hatten, und vom gleichen Jahr datiert der Erlaß, der Soldaten und Kommandeure in zwei getrennte Verpflegungsklassen einreihte.[4]

Dennoch führte der Ausbruch des Krieges zu einer qualitativen Veränderung. In seiner Rede vom 6. November 1941 klagte Stalin die deutschen Faschisten, »die des Gewissens und der Ehre bar« seien, vor allem deshalb an, weil sie »zur Vernichtung der großen russischen (!) Nation« aufriefen, »der Nation Plechanows und Lenins, Belinskis und Tschernyschewskis, Puschkins und Tolstois, Glinkas und Tschaikowskis ... Suworows und Kutusows«.[5] Das bedeutete dem Sinne nach mindestens die spirituelle Versöhnung und Zusammenführung des alten und des neuen Rußland: der feudalen Feldherren, der bürgerlichen Künstler und der progressiven sowie marxistischen Intelligenz. In der Tat ließen sich in der Emigration, von Kerenski bis zu Miljukow, eine ganze Anzahl von Stimmen vernehmen, die für eine Verteidigung Rußlands gegen den deutschen Angriff eintraten. So war es mehr als eine Änderung der Bezeichnung, als im September 1941 einige Schützendivisionen in Gardeschützendivisionen umbenannt wurden und als in den nächsten Jahren ganze Gardearmeen entstanden. Im Mai 1942 wurde der Orden des Vaterländischen Krieges in zwei Stufen gestiftet, und der Suworow-Orden wurde wiederum in drei Klassen verliehen, von denen die oberste »für Feldherren und Kommandeure« bestimmt war, »denen es gelingt, im Angriff die überlegenen Kräfte des Gegners zu vernichten«.[6] Während in Deutschland das Ritterkreuz sogar in seinen höchsten Stufen an einfache Offiziere verliehen wurde, blieben die höchsten Orden der Sowjetunion für die Feldherren reserviert, und Wlassow beschwerte sich in deutscher Gefangenschaft über die *Gleichmacherei* der Deutschen[7], während ein sowjetischer General, der 1944 in Großbritannien reiste, seine Verwunderung darüber aussprach, daß einfache Soldaten hier im gleichen Eisenbahnabteil sitzen durften wie Offiziere.[8] Es war daher abermals keine bloß äußerliche Änderung der Terminologie, als im Januar 1943 das Kommandeurkorps erstmals als *Offizierskorps* bezeichnet wurde.[9] Mit den nun

wieder eingeführten breiten Schulterstücken der Zarenarmee wurde die Entwicklung bestätigt und gefördert, die eine ausgeprägte Klassentrennung zwischen Offizieren und Mannschaften implizierte, obwohl der einfachste Soldat nach wie vor den höchsten Offizier mit »Genosse General« anredete. In Stalins Arbeitszimmer hingen jetzt die Porträts von Suworow und Kutusow, der zaristischen Generäle, die gegen Napoleon gekämpft und gesiegt hatten. Er selbst nahm den obersten militärischen Rang an, und wurde von den westlichen Alliierten bald nur noch als »Marschall Stalin« bezeichnet.

Die außerordentliche Hochschätzung, die Stalin *den Kadern* zuteil werden ließ, kam vermutlich auch in der Äußerung zum Vorschein, mit der er in Teheran Churchill zum Widerspruch provozierte: Die ganze Kraft der gewaltigen Heere Hitlers bestehe in etwa 50 000 Offizieren, Technikern und Spezialisten; wenn man sie erschieße, habe man die deutsche Gefahr für unabsehbare Zeit aus der Welt geschafft.[10] Daraus ließ sich sehr leicht die Meinung erschließen, die Kraft der Sowjetunion beruhe nicht primär auf den Millionenmassen der *Werktätigen* und der einfachen Soldaten, sondern auf der führenden Schicht des hohen Offizierskorps und der Rüstungsspezialisten.

Aber die nationalen Traditionen kamen nicht bloß in der Armee wieder zu vollen Ehren. 1943 wurde auch die orthodoxe Kirche als Verbündete akzeptiert: Schon seit den Anfängen des Krieges hatten die Spitzen der Kirche für den Sieg des sozialistischen Vaterlandes gebetet, und nun wurden zahlreiche Kirchen dem Gottesdienst zurückgegeben, Seminare für die theologische Ausbildung wurden neu eröffnet, die Zeitungen und Zeitschriften der *Gottlosen* wurden wegen »Papiermangels« reduziert oder eingestellt. Im September 1943 empfing Stalin das Oberhaupt der Kirche, den Metropoliten Sergej, offiziell im Kreml, und wenig später wurde dieser in der Moskauer Kathedrale feierlich zum Patriarchen der russischen Kirche gekrönt, nachdem das Amt fast 20 Jahre verwaist gewesen war.

Im gleichen Jahr tat Stalin den erstaunlichen Schritt, daß er die *Komintern* auflöste. Zwei Jahrzehnte zuvor war in der Sowjetunion wie in Europa die Meinung weit verbreitet gewesen, die Komintern sei die Zentrale der Weltrevolution, und die Regierung in Moskau sei lediglich diejenige ihrer Filialen, die am frühesten die politische Macht erkämpft hatte. Jetzt fand sie ein ruhmloses Ende, nachdem schon längst kein Mensch mehr daran gezweifelt hatte, daß sie zu einer bloßen Agentur der Sowjetregierung geworden war. Nun paßte sie nicht mehr in die Linie der Politik hinein, und Stalin begründete die Auflösung gegenüber der Presseagentur Reuter mit dem Argument, dadurch werde die Lüge der Hitlerleute entlarvt, daß »Moskau« beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu »bolschewisieren«; eben dadurch werde die Arbeit der »Patrioten aller Länder« gefördert, sich jeweils zu einem »einheitlichen nationalen Freiheitslager« unabhängig von Parteizu-

gehörigkeit und religiöser Überzeugung zusammenzuschließen.[11] Die *Komintern* wurde also zum Opfer der *Volksfrontpolitik*, die sie zu ihrem Teil 1935 selbst inauguriert hatte und die nun nach Stalins Meinung fundamentale Wichtigkeit für den »Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus« erhalten hatte.

Allerdings verzichtete Stalin auch jetzt nicht auf einen übernationalen Appell. Aber dieser richtete sich nicht mehr an das Proletariat der Welt, sondern an die slawischen Völker. Schon die Verlautbarung zur Besetzung Ostpolens hatte ja von *Blutsverwandtschaft* gesprochen[12], und nun wurde in Moskau ein »Panslawistisches Komitee« gegründet, bei den gewohnten Umzügen wurden große Plakate mit der Aufforderung zur Einheit der slawischen Völker mitgeführt, und Stalin sagte im Gespräch mit Milovan Djilas: »Wenn die Slawen zusammenbleiben und Solidarität wahren, wird in Zukunft niemand mehr einen Finger rühren können. Nicht einen Finger.«[13] Auf ähnliche Weise äußerte er sich im Dezember 1944 gegenüber de Gaulle: »Die Zaren betrieben eine schlechte Politik. Sie wollten die anderen slawischen Völker beherrschen. Wir haben eine neue Politik. Die Slawen sollen überall unabhängig und frei sein.«[14]

Von de Gaulle stammt auch eine sehr anschauliche Beschreibung des Festmahles, das ihm zu Ehren im Kreml gegeben wurde. Über eine monumentale Treppe, deren Wände noch mit den gleichen Bildern geschmückt waren wie zur Zarenzeit, schritten er und seine Begleiter zum Festsaal, in dem sich sowjetische Minister, Diplomaten und Generäle, »alle in schimmernden Uniformen«, versammelt hatten, um ein »unglaublich üppiges Essen« einzunehmen, bei dem die Tische »in unvorstellbarer Pracht« funkelten.[15] Nach dem Diner und den internationalen Toasts erhob sich Stalin dreißigmal, um auf seine engsten Mitarbeiter und höchsten Offiziere zu trinken. Dabei vermischte er Lob und Drohung, und für de Gaulle war es ausgemacht, daß der Aufgerufene in Furcht erstarrte, wenn er etwa folgendermaßen angeredet wurde: »Du hast unsere Flugzeuge einzusetzen. Wenn Du es schlecht tust, weißt Du, was Dir blüht.«[16] In keinem Augenblick seines Lebens hätte Hitler mit seinen Feldmarschällen so nach der Art eines orientalischen Despoten umgehen können. Zahlreiche andere Berichte – etwa diejenigen von Djilas, von Svetlana Aililujewa und von Chruschtschow – lassen nicht den geringsten Zweifel daran, daß der »erste Arbeiterstaat der Welt« jedenfalls während der letzten Kriegsjahre in seiner Spitze zu einer glanzvollen und siegestrunkenen Gruppe hochdekorierter Würdenträger geworden war, die einem unumschränkten Herrscher aufs Wort gehorchten.

Der Einwand liegt nahe, daß es sich bei all dem um Äußerlichkeiten und taktische Mittel gehandelt habe, die von der regierenden Partei jederzeit beseitigt werden konnten, wenn sie die unveränderten Ziele und die feststehenden

Begriffe ernstlich gefährdeten. Im Hinblick auf das »Panslawistische Komitee« springt die Richtigkeit des Arguments ins Auge, und der Alleinherrschaft Stalins mußte der Tod in absehbarer Zeit ein Ende setzen. Die orthodoxe Kirche war ein gelehriges Instrument geworden, die Loyalität der kommunistischen Parteien in aller Welt stand außer Frage, und es mußte daher so aussehen, daß die Komintern jederzeit wieder ins Leben gerufen werden könnte. Aber selbst wenn man annahm, daß Stalin nach wie vor nur drei kleine Zimmer bewohnte, daß die Generäle bloß darauf warteten, Achselstücke und Orden ablegen zu können, um in der klassenlosen Weltgesellschaft unerkennbar zu werden, und daß Schdanow schon den Aufruf verfaßt hatte, mit dem er das Proletariat der Welt zum Aufstand gegen die Kapitalisten rufen wollte, so konnte man doch um die Tatsache nicht herumkommen, daß die Sowjetunion in den Jahren von 1941 bis 1945 und in starken Ansätzen vorher an die Hilfe all derjenigen Traditionen, Kräfte und Tendenzen hatte appellieren müssen, auf die der Gegner von Anfang an gebaut hatte. Sie hatte sich als staatssozialistisches oder national-sozialistisches Land darstellen müssen, da sie überleben wollte, und es bestand Grund genug zu der Vermutung, daß sie ein solches Land auch tatsächlich war und zu ihren Anfängen nicht einfach zurückkehren konnte, selbst wenn sie es gewollt hätte. Die Vermutung wurde für denjenigen zur Gewißheit, der Bilder von den Knaben des Pagenkorps erblickte, die in Uniformen, welche nichts von jugendlichem Zuschnitt erkennen ließen, in Reih und Glied unter den Bildern von Generälen und Marschällen aufmerksam den Belehrungen eines massigen Offiziers folgten.[17] Und nichts klang weniger nach Heuchelei oder taktischer Instrumentalität als die Worte, die Stalin während des Krieges zu Djilas sagte: »Vor allem aber war etwas Anormales, Unnatürliches an der bloßen Existenz eines allgemeinen kommunistischen Traums zu einer Zeit, als die kommunistischen Parteien nach einer nationalen Sprache hätten suchen und unter den in ihren Ländern herrschenden Bedingungen hätten kämpfen sollen.«[18] Lenin hatte sich nach Stalins Auffassung offenbar getäuscht, als er 1917 geglaubt hatte, die *Epoche der proletarischen Weltrevolution* stehe unmittelbar bevor.

Ist aus dieser Einsicht die Folgerung abzuleiten, daß der Nationalsozialismus innerlich den Sieg errang, als er auf den Schlachtfeldern eine Niederlage nach der anderen erlitt? Diese Folgerung wäre nur dann zwingend, wenn der Nationalsozialismus tatsächlich ein National- oder Staats-Sozialismus gewesen wäre. Wortzusammensetzungen geben nur dann einen klaren Sinn, wenn der Akzent wirklich auf dem Substantiv liegt und wenn das hinzugefügte Adjektiv bloß eine zusätzliche, wenngleich wesentliche Bestimmung zum Ausdruck bringt. Der Nationalsozialismus war indessen nie primär ein Sozialismus, d. h. eine hauptsächlich von den Motiven einer inneren Klassenauseinandersetzung bestimmte Bewegung, sondern er war ein Sozialnationalismus des faschisti-

schen Typs, und zwar in dessen radikalster Erscheinungsform. Auch in seiner Endgestalt blieb er in den Spuren seiner Anfänge, welche eine politisch-revolutionäre Volksbewegung in eine prekäre Symbiose mit etablierten Führungsschichten gebracht hatten. Aber eben dadurch hatte er Tendenzen in sich, die auf einen neuartigen Typus hinwiesen. Sie wären dann vollendet gewesen, wenn er im Bolschewismus kaum noch das Schreckbild, sondern primär das Vorbild gesehen hätte. In den letzten Kriegsjahren tat der Nationalsozialismus entscheidende Schritte auf diesem Wege, ohne ihn jedoch anders als in hypothetischen Erwägungen zu Ende zu bringen.

Gewiß waren der Bolschewismus und der Kommunismus für die Nationalsozialisten von Anfang an ein Vorbild gewesen, aber doch ganz vorwiegend bloß hinsichtlich der Methoden der Kampfführung, d. h. vor allem der Propaganda. Methoden und Inhalte ließen sich indessen kaum noch säuberlich trennen, wenn Goebbels im März 1942 in seinem Tagebuch vermerkte, der Führer habe für die russische Kriegführung eine ziemliche Hochachtung: »Das brutale Durchgreifen Stalins hat die russische Front gerettet. Wir müssen ähnliche Methoden in unserer Kriegführung anwenden, um uns demgegenüber behaupten zu können. Diese Härte hat uns manchmal gefehlt, und sie müssen wir zu ersetzen versuchen.«[19] Ein knappes Jahr später war jedenfalls ein Verhalten zum Vorbild geworden, das am Anfang des Krieges noch als ein Beweis blinden Fanatismus und kulturloser Bestialität gegolten hatte, nämlich der kollektive Selbstmord von Soldaten, die sich in aussichtsloser Lage sehen. Hitlers Urteil war unmißverständlich, als ihn am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation des Feldmarschalls Paulus erreichte. »Die haben sich da absolut formgerecht übergeben«, sagte er. »Denn im anderen Falle stellt man sich zusammen, bildet einen Igel und schießt mit der letzten Patrone sich selbst tot. Wenn man sich vorstellt, daß eine Frau den Stolz hat, daß sie, weil sie nur ein paar beleidigende Worte hört, hinausgeht, sich einsperrt und sich sofort totschießt, dann habe ich vor einem Soldaten keine Achtung, der davor zurückschreckt, sondern lieber in Gefangenschaft geht.«[20] Hitler setzte mit diesen Worten höchst unterschiedliche Tatbestände gleich und brachte den Krieg damit auf Urzustände zurück, welche die »europäische Zivilisation«, auf die er sich so manches Mal berief, gerade überwinden wollte. Wenig später stellte er Stalin und den Bolschewismus auch als Vorbild für die innere Struktur des Regimes hin. In einer Reichs- und Gauleiterbesprechung zu Anfang Mai 1943 rühmte er zunächst Stalins Säuberung der Roten Armee, die alle defätistischen Strömungen beseitigt und die Kampfkraft erheblich gestärkt habe, im Gegensatz zu den Erwartungen, die auch ihm selbst anfänglich nicht fremd gewesen seien. Dann fuhr er fort: »Stalin hat uns gegenüber darüber hinaus auch noch den Vorteil, keine Gesellschaftsopposition zu besitzen. Auch die hat der Bolschewismus durch Liquidation in den vergangenen

25 Jahren beseitigt ... Der Bolschewismus hat sich diese Gefahr rechtzeitig vom Halse geschafft und kann deshalb seine ganze Kraft gegen den Feind richten. Im Inneren gibt es praktisch keine Opposition mehr.«[21] Eben damit strich Hitler gleichsam die Grundlage seines Systems durch. Hatten nicht er und seine Anhänger ihre stärksten und dauerhaftesten Emotionen aus der »Vernichtung der nationalen Intelligenz« hergeleitet, wie sie sich in Rußland vollzogen hatte und für Deutschland angedroht zu sein schien? Was anderes war die Basis seiner Erfolge bis 1941 gewesen als das intakte Heer und die funktionierende Verwaltung, die aus der Weimarer Republik und letztlich aus dem Kaiserreich auf ihn gekommen waren? Wenn die »Gesellschaftsopposition« das Grundübel war, d.h. die Gesamtheit der Kreise, um deren Sympathie und Zustimmung er sich sein Leben lang bemüht hatte, was wurde dann aus seinen Anklagen gegen »Juden und Bolschewisten«? War dann der Unterschied zwischen seinem Regime und demjenigen der Bolschewiki nur der, daß die eine der Bürgerkriegsparteien, nämlich die Freikorps, sich in Deutschland unter »Liquidierung« aller Gegner und aller Lauen ebenso vollständig durchgesetzt hätte wie die feindliche Partei in Rußland? Tatsächlich tendierten Hitler und seine nächsten Gefolgsleute mehr und mehr über den Radikalfaschismus hinaus zu einem Regime, das im Inneren gegenüber dem immer noch weitgehend bewahrten sozialen Gefüge ebenso radikal wäre wie der Bolschewismus und das sich eben dadurch die Möglichkeit schüfe, auch seine außenpolitischen Ziele mit revolutionärer Rücksichtslosigkeit zu verfolgen.[22] Es gibt keinen Namen für ein solches Regime, denn Hitler konnte es nur noch in Ansätzen verwirklichen. Der Begriff »Nationalbolschewismus« ist zur Kennzeichnung ungeeignet, denn dieser hatte stets ein Bündnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion als oberstes Ziel gehabt. Überdies muß »Nationalismus« das Substantiv bleiben, denn Hitler weitete den Begriff zwar bis zu demjenigen der *arischen Rasse* aus, aber er wurde zu keinem Zeitpunkt daran irre. Aus Mangel an einer besseren Bezeichnung könnte man von Bolscho-Nationalismus sprechen, d.h. von einem nationalistischen bzw. rassenbiologistischen System, das gegenüber den vorhandenen sozialen Differenzierungen ebenso radikal zur *Liquidierung* schreitet und ebenso entschieden die weltanschauliche und soziale Homogenität erstrebt, wie es der Bolschewismus getan hatte, wenn auch gewiß eine Homogenität, die von vornherein strikte Hierarchie und bedingungslose Disziplin in sich schließt. Unzweifelhaft wurden in Deutschland bemerkenswerte Schritte in Richtung auf diese Art von Egalität getan. Das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren in der Waffen-SS war um vieles kameradschaftlicher und ungezwungener als das entsprechende Verhältnis in der Wehrmacht. Aber auch die Soldaten der Wehrmacht erhielten vom einfachen Landser bis zum Feldmarschall die gleiche Verpflegung, und damit war dasjenige Postulat erfüllt, welches zu den wichtigsten

Voraussetzungen der Revolution von 1918 gehört hatte. Es war nicht unglaubwürdig, wenn im Hinblick auf die Arbeit der Kriegsgefangenen gesagt wurde, die Unternehmer seien heute Beauftragte des deutschen Volkes – ein Satz, der einer Forderung von Karl Marx entsprach, welcher allerdings nicht vom »Volk«, sondern von den »Arbeitern« gesprochen hatte.[23] Die Rede von Goebbels am 18. 2. 1943 mit ihrem Aufruf zum totalen Krieg hatte hauptsächlich deshalb einen so großen Widerhall hervorgerufen, weil sie die Abschaffung aller »Privilegien« anzukündigen schien, und ähnliches galt bereits für die Rede Hitlers vom 26. 4. 1942, welche nach einem Lagebericht des SD wegen ihrer heftigen Ausfälle gegen die Justiz und die Beamten insbesondere in »einfacheren Kreisen« und in »Arbeiterkreisen« enthusiastischen Beifall gefunden hatte.[24] Hitlers und Himmlers Hauptforderung aber war der »Fanatismus«, und zu dessen Musterbild wurde allmählich der Politische Kommissar der Roten Armee. Öffentlich und privat griff Hitler nun die »faulen, dekadenten oberen Stände« oder dieses »Geschmeiß von Bürgertum« an, und Himmler erklärte es ausdrücklich für einen Vorteil »des Russen«, daß er »eine bis zum letzten Kuli politisierte Armee, also eine weltanschaulich durchtränkte und geführte Armee« besitze.[25] So wurde der *Nationalsozialistische Führungsoffizier* geschaffen, und wenn er auch gewiß nicht die Position erhielt, die die Politischen Kommissare in der Roten Armee bis zur endgültigen Abschaffung des Amtes im Oktober 1942 gehabt hatten, so sah Hitler in ihm doch offenbar den wichtigsten Faktor des »ganz geschlossenen Weltanschauungskörpers«, zu dem Volk und Wehrmacht verschmelzen müßten. Deshalb betrachtete er »Intellektuelle, Wissenschaftler« für diese Position als unbrauchbar, ja als »völlig wertlos und schädlich«.[26] Persönliche Hochschätzung Stalins (der auf Stalins Seite eine ähnliche, aber anders begründete Hochschätzung Hitlers entsprach) verband sich bei Hitler mit Bewunderung für die Kraft der Weltanschauung: Nur so sei es zu erklären, daß die Russen die »einzig wirklich großen Gegner Deutschlands« seien, denn Rußland habe eine Weltanschauung und an seiner Spitze stehe ein zweifellos bedeutender Mann, sagte er im Januar 1943 zu Antonescu.[27]

Das Attentat Stauffenbergs vom 20. Juli 1944 und die Aufdeckung der weitverzweigten Verschwörung, welche dessen Prämisse gewesen war und trotz des zufälligen Mißlingens in der Wolfsschanze dennoch an einzelnen Punkten (wie etwa in Paris) zu gravierenden Konsequenzen geführt hatte, entfesselte nun eine Flut von Maßnahmen und Invektiven, welche nicht zuletzt die Träger der berühmtesten Namen der deutschen und preußischen Geschichte betrafen: Moltke und Kleist, Yorck von Wartenburg und Tresckow, von der Schulenburg und Schwerin, und darüber hinaus diejenigen sozialen Kräfte, die als solche oder in führenden Repräsentanten unter der Decke des politisch-totalitären Regimes überlebt hatten: die hohe Bürokratie und die Kir-

chen, die Gewerkschaften und die Parteien. Stalin hatte die Marschälle, Kommandeure und Generäle, die sich in seinen Augen verdächtig gemacht hatten, immerhin erschießen lassen; Adolf Hitler ließ den Generalfeldmarschall von Witzleben und die Generäle von Hase, Stieff und Hoepner erhängen. Und er begnügte sich nicht mit der Bestrafung der Schuldigen. Er ließ vielmehr die Sippenhaft einführen und damit die Vernichtung einer ganzen Schicht in die Wege leiten. So konnte Himmler in seiner Rede auf der Gauleitertagung in Posen am 3. August 1944 sagen: »Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied.«[28] Stalin hatte zwar mehrere Familienmitglieder von Tuchatschewski in Lagern umkommen lassen, aber eine derartige *Auslöschung* hatte er doch nie bewerkstelligt und jedenfalls nicht in einer Rede gefordert. So sah sich denn Himmler vor den Gauleitern zur Verteidigung gegen den Vorwurf veranlaßt, ein solches Verfahren sei bolschewistisch: »Nein, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist gar nicht bolschewistisch, sondern sehr alt und bei unseren Vorfahren gebräuchlich gewesen.«[29] Aber er zog nicht den naheliegenden Schluß, daß der Bolschewismus als erster auf archaische Verhaltensweisen zurückgegriffen habe und daß der Nationalsozialismus nun dabei sei, den Bolschewismus zu kopieren. Und er wagte es nicht, die sich aufdrängende Konsequenz zu ziehen, als er behauptete, Deutschland hätte im Westen gesiegt, weil es diesen bürgerlichen Staaten gegenüber »revolutionär« gewesen sei.[30] War etwa der Bolschewismus deshalb dabei, den Sieg über Deutschland zu erringen, weil er gegenüber dem Nationalsozialismus die revolutionärere Bewegung war? Dahin konnte man jedenfalls Robert Leys Auffassung erweitern, der in einer Rede am 22. Juli gegen die »blaublütigen Schweine« wütete und unter großem Beifall verlangte, »daß die Revolution alles nachholt, was sie versäumt hat«.[31] Man hatte die These Wlassows und seiner deutschen Freunde mißachtet, daß Rußland nur durch Rußland besiegt werden konnte; mußte man nun zu der Folgerung gelangen, daß der Bolschewismus nur durch Bolschewismus zu bezwingen war?

Als Hitler im Februar und März 1945 mit Bormann und Goebbels die letzten Gespräche führte, die später unter dem Titel »Hitlers Politisches Testament« veröffentlicht wurden, da übte er zum ersten Mal in seinem Leben eine ernsthafte Selbstkritik, und sie lief tatsächlich auf die Bildung eines Begriffs wie »Bolscho-Nationalismus« hinaus. Die deutsche Politik sei weitgehend von Generälen und Diplomaten gemacht worden, welche »Männer von gestern« und »reaktionäre Spießbürger« gewesen seien. Die Aufgabe hätte darin bestanden, die französischen Arbeiter zu befreien und ein »verkalktes Bürgertum, diese herzlosen und vaterlandslosen Gesellen«, erbarmungslos wegzufegen. Deutschland hätte ferner gewillt sein sollen, die islamischen Völker zum Aufstand aufzurufen und sie zu befreien.[32] Hitler vergaß allerdings, daß Vorschläge dieser Art gemacht worden waren und daß er selbst sie immer abge-

lehnt hatte, weil er auf Mussolini und Petain Rücksicht nehmen wollte. Und hatte er nicht auch gegen die »Eiserne Garde« die Partei von Marschall Antonescu ergriffen?

So sehr Hitler bestrebt war, die Umrisse eines radikaleren und revolutionäreren Weges wenigstens im Rückblick zu entwerfen, so wenig konnte er doch in seinen letzten intimen Äußerungen und öffentlichen Verlautbarungen verbergen, daß seine stärksten Emotionen demnach unverändert geblieben waren und sich weiterhin gegen das Judentum als die große Macht der Auflösung der »natürlichen Ordnung« und gegen den Bolschewismus als eine Seuche und als eine Ungeheuerlichkeit richteten.

Daher rechnete er es sich nach wie vor als Verdienst um die Menschheit an, »die jüdische Eiterbeule aufgestochen« zu haben, denn dieser Krieg sei mehr als jeder vorhergehende ein »ausschließlich jüdischer Krieg« gewesen.[33] Als nach der Invasion der Angloamerikaner 1944 Nachrichten an ihn gelangten, in Südfrankreich seien »Sowjets« ausgerufen worden, da sagte er, diese kommunistische Welle werde sich über das ganze französische Gebiet verbreiten, und die englischen und amerikanischen Truppen würden schließlich davon infiziert werden; ähnliches habe sich am Ende des letztes Krieges in Archangelsk abgespielt, und heute sei ganz Frankreich von einer völlig undisziplinierten und bolschewistischen Bevölkerung bewohnt.[34] Aber wie lebendig und maßgebend die Erinnerung an das Kriegsende von 1918 und an den russischen Bürgerkrieg geblieben war, hatte er auf die erstaunlichste Weise bereits in jener Lagebesprechung vom 1. Februar 1943 zu erkennen gegeben. Damals hatte er vorhergesagt, daß die in Stalingrad gefangenen Offiziere bald als Propagandisten im russischen Rundfunk auftreten würden, und er hatte dafür die folgende Begründung gegeben: »Sie müssen sich vorstellen: Er kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den ›Rattenkäfig‹ vor! Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen.«[35] Die Vergangenheit des russischen Bürgerkrieges, die für fast alle anderen Menschen inzwischen eine bloße Erinnerung geworden war, war für Hitler nicht vergangen, und er empfand den Bolschewismus, der ihm doch in der Gestalt von Stalins national-sozialistischem Staat als bewundertes Vorbild vor Augen stand, immer noch als das Schreckbild des Zerfalls und der unfaßbaren Greueltaten, wie ihn 1920 so viele Menschen in Deutschland gesehen hatten.[36]

Kein Gedanke lag näher als der, daß nur wenige seiner Gefolgsleute bereit waren, den Bolschewismus ernsthaft als Vorbild zu betrachten, daß jedoch niemand die entgegengesetzten Empfindungen so sehr vereinigte wie er selbst und daß er insofern ganz allein stand. Aber Hitler gab sich deshalb nicht unrecht, und Ende Februar 1945 führte er eine Ursache für sein Scheitern an, die er bis dahin noch nie genannt hatte: nicht mehr den »Verrat« der alten Offiziere und den Widerstand der »Reaktion« und auch nicht das gesellschaftliche

System, das einen wirklich *totalen* Krieg bis zuletzt verhindert hatte[37], sondern das deutsche Volk als solches, das unbeständig und beeinflußbar sei wie kein zweites und das in seiner Vergangenheit jeweils von einem Extrem in das andere verfallen sei.[38]

Darin bestand die erste Paradoxie des Sieges, den die Sowjetunion über Deutschland erfocht: 1917 hatte Maxim Gorki gegen Lenin und Trotzki den Vorwurf gerichtet, sie betrachteten das russische Volk nur als Material für ihre Weltbefreiungspläne; Adolf Hitler dagegen hatte wenig später feierlich versprochen, dem deutschen Vaterland und nur diesem zu dienen. Jetzt verwarf Hitler das deutsche Volk als schlechtes Material, und Stalin rühmte das russische, dessen Selbstbehauptungswillen er gegen Hitlers und auch Rosenbergs Pläne schließlich verkörpert hatte.

Die zweite Paradoxie ist darin zu sehen, daß der Sieg nur mit Hilfe des ältesten Feindes möglich wurde, der angelsächsischen Hauptmächte des Kapitalismus, welche zwar erst in der Endphase einen direkten militärischen Beitrag von Gewicht geleistet, aber durch ihre Luftangriffe und durch die gewaltigen Lieferungen von Kriegsmaterial doch das Zünglein an der Waage gebildet hatten.

Die dritte Paradoxie lag darin, daß Stalin alle diejenigen Kräfte und Sympathien im eigenen Lande und in den Ländern der Alliierten in seine Dienste zu stellen vermochte, die Lenin vollständig zu vernichten gesucht hatte und die von Wlassow weit genuiner repräsentiert worden wären, daß er, mit anderen Worten, sein Regime in der Zeit höchster Not auf den Weg des Staats- oder National-Sozialismus brachte, während Hitler auf dem entgegengesetzten Weg zu größerer sozialer Radikalität nur einige wenige Schritte zu tun vermochte, weil es die postulierte Masse von *bolscho-nationalistischen* Fanatikern in Deutschland nicht gab und nach fünf Jahren Krieg nicht geben konnte.

So war der deutsch-sowjetische Krieg der wichtigste und entscheidende Teil des Zweiten Weltkrieges, aber als Krieg von Bolschewismus und Nationalsozialismus wird er unzureichend und falsch verstanden, sofern man jene Wandlungen unberücksichtigt läßt, denen beide Parteien und beide Regime unterlagen. Eine letzte Feststellung muß aber in Frageform gekleidet werden, weil sie mit dem rätselhaftesten aller Entschlüsse Hitlers zusammenhängt.

Gewiß hatte die Sowjetarmee seit dem Sommer 1943 immer neue Siege erfochten, den größten durch die Zertrümmerung der Heeresgruppe Mitte im Juni/Juli 1944. Aber noch im Dezember 1944 standen die deutschen Armeen an der Weichsel, und in Ostpreußen war den sowjetischen Divisionen nur ein temporärer Einbruch gelungen, der aber fassungsloses Entsetzen unter der ostdeutschen Bevölkerung hervorgerufen hatte, weil er zu beweisen schien, daß die Russen tatsächlich einen Vernichtungs- und Rachefeldzug gegen alle Deutschen als solche führten.[39] Der Ausgangspunkt eines neuen Angriffs

würde zweifellos der Brückenkopf von Baranow südlich von Warschau sein. Zur gleichen Zeit waren die Amerikaner und Engländer bis zur westlichen Reichsgrenze vorgedrungen. Da faßte Hitler seine letzten Reserven zusammen und entfesselte seine letzte Offensive, aber nicht gegen den sowjetischen Brückenkopf, sondern gegen die alliierten Stellungen in Belgien. Die Ardennen-Offensive, die letztlich auf Antwerpen als den großen Nachschubhafen abzielte, war zunächst ein solcher Erfolg, daß Hitler zu seinen Generälen sagen konnte, Deutschland würde ohne Zweifel mit jedem einzelnen der drei Kriegsgegner im Handumdrehen fertig werden.[40] Aber Eisenhower vermochte die Rückschläge rasch zu überwinden, und als auf Bitten von Churchill und Roosevelt die sowjetische Offensive schon am 12. Januar losbrach, da hatte Hitler keinerlei Reserven mehr, die er ihr entgegenwerfen konnte, und die sowjetischen Truppen legten den Weg bis Berlin in etwa ebenso kurzer Zeit zurück, wie 1941 die deutschen Armeen für den Weg von der Grenze bis unmittelbar vor Moskau benötigt hatten. Und was die Japaner 1941 nicht getan hatten, das taten nun die Amerikaner und Engländer: Sie rückten von der anderen Seite auf die feindliche Hauptstadt vor. Einiges spricht dafür, daß Hitler die Ardennen-Offensive deshalb begonnen hatte, weil er hoffte, die Westalliierten friedenswillig zu machen. Tatsächlich hat Stalin fast bis zum Tage des Selbstmords Hitlers und der Eroberung von Berlin ein gegen ihn selbst gerichtetes Abkommen zwischen Deutschland und den USA bzw. England für möglich gehalten. Himmler erwies sich in diesen letzten Kriegswochen ganz eindeutig als der *Westler*, der er im Grunde seines Herzens immer gewesen war. Goebbels dagegen schien ein Abkommen mit der Sowjetunion anzustreben. Es ist daher nicht klar, was Hitler mit seinen letzten Entschlüssen und Gedanken bewirken wollte. Zweifellos wäre Deutschland auch dann in Besatzungszonen geteilt worden, wenn sich Hitler zu einer Baranow-Offensive statt zu der Ardennen-Offensive entschlossen hätte. Es gibt keine Wahrscheinlichkeit, daß die Amerikaner, welche der sowjetischen Hilfe gegen Japan zu bedürfen glaubten, nach der Besetzung ganz Deutschlands etwaigen Wünschen Churchills nachgegeben und das Abkommen über die Aufteilung der Besatzungszonen von 1944 gebrochen hätten. Aber der ostdeutschen Bevölkerung wäre das schreckliche Schicksal erspart geblieben, das nicht nur durch die Taten der Rotarmisten und durch die alliierten Vernichtungsangriffe auf Dresden, sondern auch infolge der Fehler und Versäumnisse der deutschen Parteidienststellen über sie kam. Hitler jedoch sagte zu seinem Rüstungsminister Albert Speer, als dieser ihn zur Zurücknahme des Zerstörungsbefehls veranlassen wollte, der jenem Befehl Stalins von 1941 genau entsprach, nur daß keine Räume vorhanden waren, wohin irgend etwas abtransportiert werden konnte: »Wenn der Krieg verlorengeht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primi-

tivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen ... Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft.«[41] Diese Äußerung stimmt mit ähnlichen Aussagen, darunter der eben angeführten, gut zusammen, und sie deutet zum mindesten darauf hin, daß für Adolf Hitler am Ende seines Lebens das einstige Schreckbild vollständig zum – nunmehr unerreichbaren – Vorbild geworden war, wenn auch im Rahmen einer *völkischen* Weltanschauung, die eigentlich keine Ideologie genannt werden darf. Trotzdem hatte er zweifellos nicht aufgehört, den Bolschewismus zu hassen. Aber das war nur eine Paradoxie unter mehreren Paradoxien, und ein Widerspruch unter vielen Widersprüchen. Paradoxien und Widersprüche erfüllten die Epoche, aber in Hitler und seinem Nationalsozialismus waren sie stärker konzentriert als in jeder anderen Gestalt und jedem anderen Phänomen des 20. Jahrhunderts.

Schlußbetrachtung

Vom europäischen Bürgerkrieg 1917–1945 zum Weltbürgerkrieg 1947–1990

Die Epochen des 20. Jahrhunderts

Im April und Mai 1945 wurden die letzten Kämpfe des europäischen Bürgerkriegs ausgetragen, aber niemand sah darin etwas anderes als den verzweifelten Widerstand der besiegten Wehrmacht, der nur noch das Ziel hatte, möglichst große Teile der Bevölkerung Ostdeutschlands vor den eindringenden Armeen der Sowjetunion in die relative Sicherheit des »Westens« zu bringen. Die »demokratische Weltkoalition« feierte ihren Sieg, als am 8. Mai der Generalfeldmarschall Keitel und der Generaladmiral von Friedeburg die Kapitulationsurkunde unterschrieben hatten und ganz Deutschland von den Truppen der Siegermächte besetzt war. Als die besiegte Macht wurde zwar häufig »der Faschismus« genannt, aber Parteizugehörigkeiten spielten kaum noch eine Rolle: Die Bevölkerung der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße wurde als solche und im ganzen vertrieben, und eine Unterscheidung zwischen »Nazis« und »Nichtnazis« wurde nicht vorgenommen; das gleiche galt mit leichter Abwandlung für die Sudetengebiete. Die Führer des Dritten Reiches – soweit man ihrer habhaft wurde – wurden in Nürnberg als Kriegsverbrecher und wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« größtenteils zum Tode verurteilt und hingerichtet, die SS wurde zur »verbrecherischen Organisation« erklärt und die NSDAP war bereits aufgelöst; es galt als selbstverständlich, daß der Nationalsozialismus mit dem völligen Zusammenbruch Deutschlands seine Kraft verloren habe und daß nur noch seine »Überreste« zu beseitigen seien.

Aber schon im Herbst 1945 sprach Wjatscheslaw Molotow von der Notwendigkeit, die »Wurzeln des Faschismus« auszurotten, und in dieser Wendung kam für die Kenner der sowjetmarxistischen Ideologie unübersehbar zum Vorschein, daß keineswegs bloß – wie Franklin D. Roosevelt es sich vor seinem Tode anscheinend vorgestellt hatte – in der »Familie« der Sieger eine demokratische Macht des Ostens und die beiden demokratischen Mächte des Westens zu unterscheiden waren, sondern daß erst jetzt, nach dem Zwischenspiel des unerwarteten Phänomens des Faschismus, die zwei welthistorischen Kräfte sich unmittelbar gegenüberstanden, deren Endkampf am Rhein Lenin und Radek 1919 als nächste Zukunft vorhergesagt hatten, nämlich »der Sozialismus« auf der einen und »der Kapitalismus« auf der anderen Seite. Wie hatte sich das Sowjetsystem jemals anders verstanden denn als antikapitalistisch, und was war den Amerikanern so verhaßt wie die staatliche Planwirtschaft, welche den Unternehmer zum Funktionär machte und das freie Spiel der Marktkräfte unterband?

Aber das Erbe aus der Epoche des Faschismus verhinderte das sofortige

Wiederaufleben des überlieferten Gegensatzes, denn die Sowjetunion bezeichnete sich seit 1935 in ihren wichtigsten Verlautbarungen als »antifaschistisch«, und antifaschistisch waren auch die im Sommer 1945 zur Regierung gelangte Arbeiterpartei in England und die Parteienkoalition, die unter der Führung des Generals de Gaulle Frankreich regierte. Stalin wiederum mußte ein großes Interesse daran haben, aus den USA weiterhin materielle Hilfe für die so schwer getroffene Sowjetunion zu erhalten, die an konventionellen Streitkräften allerdings überwältigend stark war. Gewiß hätte auch eine antifaschistische Weltordnung der östlichen und der westlichen Demokratien beträchtliche Machtdifferenzen in sich enthalten, und einen guten Teil der Reibungen der Nachkriegszeit kann man aus den Machtgegensätzen im Ringen um relative Machtvakuen verstehen: um die innere Struktur und außenpolitische Orientierung Polens, um den Friedensschluß mit Italien und den anderen Verbündeten Deutschlands, um den Status West-Berlins – sogar die Berliner Blockade läßt sich daraus noch zum Teil begreiflich machen, denn selbst wenn der Patriarch der orthodoxen Kirche im Kreml regiert hätte und wenn ein Quäker in Washington Präsident gewesen wäre, würde es um die amerikanische Enklave mitten im russischen Besatzungsgebiet mancherlei Streit gegeben haben.

Aber schon sehr bald nach dem Mai 1945 hatten sich auch auf westlicher Seite – zunächst ansatzweise und halb versteckt – Dissonanzen in der antifaschistischen Harmonie gezeigt, die aus einem tieferen Grunde als aus der bloßen Differenz von Machtinteressen resultierten. Bereits im Sommer 1945 gab es Äußerungen und Reaktionen von angelsächsischen Generälen und Diplomaten, die eine tiefe Fremdheit, ja Feindschaft gegenüber dem sowjetischen Kriegsverbündeten erkennen ließen und die sogar eine Zusammenfassung aller Kräfte einschließlich der Deutschen in den Westzonen zwecks Selbstbehauptung gegen die »barbarische« und ideologisch feindselige Sowjetunion postulierten. Auf der Gegenseite folgte die kommunistische Bewegung außerhalb der Sowjetunion trotz Stalins ungeheurem Prestige durchaus nicht immer dessen Ratschlägen: Titos Partisanen verhielten sich viel radikaler, als Stalin es für wünschenswert hielt, und die griechischen Kommunisten initiierten einen Bürgerkrieg. Aber auch wo Stalins Wille uneingeschränkt herrschte, vollzogen sich Entwicklungen, die im Westen viel negative Aufmerksamkeit fanden, so nicht zuletzt die »Zwangsvereinigung« der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die ein kennzeichnendes Beispiel kommunistischer Machtergreifungen darstellte und wenig später in der Tschechoslowakei sowie in den übrigen Ländern Ostmitteleuropas Nachahmung fand. Auf sie nahm Churchill ausdrücklich in seiner Fulton-Rede vom 5. März 1946 Bezug, jener Churchill, der 1919 als englischer Kriegsminister einer der entschiedensten

aller Antikommunisten gewesen war und der zwar nun nicht mehr Premierminister Großbritanniens, aber immer noch ein sehr einflußreicher Mann war. Und unter den Zuhörern befand sich Harry S. Truman, der Nachfolger Roosevelts als Präsident der USA. Stalin reagierte scharf, doch schon in einer Rede vom 18. Februar hatte er Ankündigungen gemacht, die so verstanden werden konnten, daß die Sowjetunion nun in die zweite Phase der Auseinandersetzung mit dem säkularen Feind eintrete.

Die Verkündung der »Truman-Doktrin« durch den amerikanischen Präsidenten im März 1947 bedeutete den Übergang in eine ideologische Weltauseinandersetzung, obwohl der unmittelbare Anlaß nur die materielle Unterstützung der antikommunistischen Regierung in Griechenland war: Zwei Lebensformen befänden sich in der ganzen Welt in einer umfassenden Auseinandersetzung – die eine sei auf den Willen der Mehrheit gegründet und zeichne sich durch ein Repräsentativsystem, durch freie Wahlen, Garantien für die Freiheit der einzelnen und die Abwesenheit von politischer Unterdrückung aus; die andere Lebensform beruhe auf dem Terror einer Minderheit, unfreien Wahlen und der Unterdrückung der persönlichen Freiheiten. Damit stützte sich der Präsident weniger auf die noch gar nicht recht ausgebaute Totalitarismustheorie, sondern auf die Totalitarismuserfahrung, von der bereits zahlreiche Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich zu berichten wußten. Wenn Lenin die Weltsysteme des Kapitalismus und des Sozialismus einander konfrontiert hatte und wenn Hitler seinen Nationalsozialismus als ein von Deutschland verkörpertes Prinzip der rassischen Gesundheit zu den zerstörerischen Grundsätzen des bolschewistischen und des kapitalistischen Universalismus in Gegensatz gestellt hatte, so spielte sich nun für Truman der weltumfassende Konflikt zwischen der Freiheit des westlichen Verfassungsstaates und der terroristischen Unterdrückung durch den kommunistischen Totalitarismus ab.

Damit hatte die neue Auseinandersetzung auch von amerikanischer Seite die ideologische Artikulation gefunden, ohne die sie ein bloßer Machtkampf zwischen großen Staaten geblieben wäre. Die lange Geschichte dieses »Kalten Krieges«, der oft verharmlosend »Ost-West-Konflikt« genannt wurde, ist hier nicht einmal im knappsten Umriß zu skizzieren[1]; es sollen lediglich einige Beobachtungen angestellt werden, welche diesen Kalten Krieg, der in Wahrheit ein Weltbürgerkrieg mit vielen Wandlungen, Verkehrungen, Zuspitzungen und Entspannungen war, mit dem europäischen Bürgerkrieg von 1917–1945 vergleichen.

Die Herausforderung, die Proklamation eines Neuen, ging ab 1947, ja in gewisser Weise schon ab 1945, wie ab 1917 von der Idee des Sozialismus und von der revolutionären Realisierung dieser Idee aus. Aber die Idee war erheblich geschwächt, nicht zuletzt durch die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt,

und frühere Anhänger waren in nicht geringer Zahl zu Gegnern geworden. Andererseits war die Machtbasis nicht mehr nur Sowjetrußland und außerhalb seiner eine bloß in Deutschland starke kommunistische Bewegung, sondern zusätzlich das ganze von Sowjettruppen besetzte Osteuropa einschließlich des östlichen Teils Deutschlands und ferner die mächtigen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens; 1948/49 zeigte sich auch in China, daß der Kommunismus eine autonome Kraft war, und durch Mao Tse-tungs Sieg im Bürgerkrieg über Tschiang Kai-schek wurde ein Machtgebilde von überwältigender Größe geschaffen, das man im Westen bald den »sowjetisch-chinesischen Block« nannte. Zwar zeigten sich schon früh Risse, so durch den »Abfall« Titos im Jahre 1948, aber andererseits gewannen kommunistische oder sozialistische Parteien, die mit diesem Block sympathisierten, an vielen Stellen der Erde an Kraft. Das Gefühl des Bedrohtseins war auf seiten des »Westens« und aller Anhänger der wirtschaftlichen und geistigen Freiheit genuin.

Sowjetrußland hatte in den Jahren 1919 und 1920 durch einheimische Kommunisten und dann auch zum Teil durch Soldaten nach Ungarn, Bayern und Polen ausgegriffen. Überall waren diese Vorstöße rasch unterdrückt oder zurückgeschlagen worden, und die Sowjetunion hatte sich dem »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« gewidmet, obwohl Stalin weiterhin als »Führer des Weltproletariats« bezeichnet wurde. Im Sommer 1950 aber eroberten Truppen des kommunistischen Nordkorea fast den ganzen Süden der Halbinsel, und als der Gegenangriff der Amerikaner Erfolg zu haben schien, griffen chinesische »Freiwillige« ein. Am Ende wurde der Status quo ante restituiert, aber kommunistische Kräfte setzten sich in Vietnam gegen die Franzosen durch, und auch dort kam nur unter großen Mühen und Schwierigkeiten eine – temporäre – Stabilisierung zustande. Die angreifende Kraft zog sich also viel weniger auf sich selbst zurück, als es nach 1918 der Fall gewesen war, und der Schauplatz ihrer Aktivitäten war nun weltweit. Objektiv war der Westen in der Defensive, obwohl der größere Teil Deutschlands und ganz Japan zu seinem Machtbereich gehörten.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hatten das Gefühl der Bedrohung und auch die Nachrichten über den »Roten Terror« in Rußland wesentlich dazu beigetragen, daß in Italien und dann in Deutschland Parteien eines neuartigen Typus zur Macht kamen, die dem Kommunismus auf intensivere Weise feindlich waren als die bisher existierenden Parteien und die dennoch sowohl als Bewegungen wie als Regime auffallende Ähnlichkeiten mit dem Feind aufwiesen. Nichts Derartiges vollzog sich nach 1945 in den Ländern des Westens: Der amerikanische McCarthyismus blieb von der Ausbildung zur Partei und gar von einer Machtergreifung weit entfernt – sicherlich auch deshalb, weil die etablierten Parteien einen entschiedenen Willen zur Selbstbe-

hauptung und zur Abwehr entwickelten, nicht zuletzt die Berliner Sozialdemokratie unter der Führung Ernst Reuters, der 1921 der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen war. Das wichtigste Mittel des Kampfes und der Selbstbehauptung war aber nicht ein politischer Wille, sondern eine ungemein effiziente Ökonomie, die in den USA alle bisherigen Produktionsrekorde brach und in Deutschland die »soziale Marktwirtschaft« hervorbrachte. So mischte sich in das sehr konkret erfahrene Empfinden der Bedrängnis, auch bei den zunächst ungemein vorsichtigen Alliierten der Amerikaner in Berlin, bald ein Gefühl der Überlegenheit, das auf die Dürftigkeit der Lebensverhältnisse »im Osten« herabsah und von jener »Weltwirtschaftskrise« nichts mehr wußte, welche 1932 die auch damals schon vorhandene Differenz fast unsichtbar gemacht hatte.

Die frühe Sowjetunion war von Erschütterungen ihres zuversichtlichen Selbstgefühls nicht ganz frei gewesen, denn der Kampf gegen Trotzki und den Trotzkismus mußte sogar unter den Anhängern kritische Fragen zu der Oktoberrevolution hervorrufen; aber es gelang Stalin, die Krise zu überwinden. Weitaus erschütternder war nach 1945 der Sturz des gottgleichen »Führers aller Werktätigen«, Stalins, der bald nach dessen Tode, 1953, zaghaft begann und in Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag von 1956 einen stupenden Höhepunkt erreichte, so daß nahezu alle Kritik ihre Bestätigung fand, die jemals im Westen an dem sowjetischen System geübt worden war. Es gelang Chruschtschow und der KPdSU jedoch, die innersowjetische Kritik vom System weg auf den »Personenkult« zu lenken, und es besteht kein Zweifel, daß Chruschtschow ein ebenso enthusiastischer und vom weltweiten Endsieg des Kommunismus überzeugter Marxist blieb wie nur irgendeiner seiner Vorgänger.

1940 war fast ganz Europa in einen sowjetkommunistischen und einen deutsch-nationalsozialistischen Machtbereich geteilt gewesen; 1960 war ein Drittel der Erde kommunistisch und etwa ein Drittel »kapitalistisch«, während der Rest aus jenen »unterentwickelten« Gebieten bestand, die den Prozeß der »Entkolonialisierung« wie Indien schon hinter sich oder wie Algerien und der Kongo noch vor sich hatten. 1940 hatten Stalin und Hitler eine Art von Befriedungspolitik betrieben, die unter den Bedingungen des unentschiedenen Krieges zwischen Deutschland und England mit hoher Wahrscheinlichkeit auch dann zum Kriege geführt haben würde, wenn Hitler kein militanter Antikommunist und radikaler Raumpolitiker gewesen wäre; 1959–1962 schien während der Berlin- und Kubakrise der atomare Krieg zwischen den »Supermächten« unmittelbar vor dem Ausbruch zu stehen, aber da dieser Krieg – anders als derjenige von 1941 – objektiv nach weitverbreiteter Meinung eine Gefahr für die physische Existenz der Menschheit bildete, schraken Chruschtschow und Kennedy vor einem so gefährlichen und folgen-

reichen Entschluß zurück. Für nahezu 30 Jahre stabilisierte sich das Nebeneinander der feindlichen Systeme, und was zwischen 1939 und 1941 eine flüchtige Impression gewesen war, wurde nun zum Postulat und zur Überzeugung mächtiger Strömungen der öffentlichen Meinung im Westen und der offiziellen Verlautbarungen im Osten: die »friedliche Koexistenz«, ja (nach der liberalen Meinung im Westen) die »Konvergenz« der bisher feindlichen Welthälften.

1941 stand die Sowjetunion unter einem einzigen Willen, demjenigen Stalins, nicht anders als Deutschland unter dem Willen Hitlers. 1963 war der sowjetisch-chinesische Konflikt offenbar geworden, während im Westen der französische Präsident de Gaulle sich weit entschiedener von der Führungsmacht USA absetzen konnte, als es 1940 Mussolini gegenüber Hitler möglich war. Zwar errang die Sowjetunion unter Breschnew große Erfolge: Sie erreichte die Anerkennung als gleichwertige Atommacht durch die Amerikaner, die in Vietnam einer schweren Niederlage entgegengingen, ihre außerordentlich vergrößerte Flotte machte sich auf allen Meeren bemerkbar, und im Abkommen von Helsinki schien sie 1975 die definitive Fixierung der Grenzen ihres Machtbereichs gewonnen zu haben. Aber sie hatte als Gegenleistung gewichtige Konzessionen im Hinblick auf den westlichen Begriff der »Menschenrechte« machen müssen; in ihrem Inneren wurden nun ebenfalls jene »Dissidenten« bemerkbar, welche die sowjetische Herrschaft 1956 in Polen und Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei in Gefahr gebracht hatten, und vor allem waren auch im eigenen Lande jene Überzeugungen unglaubwürdig geworden, die noch 1941 für Stalin und zahllose andere Kommunisten leitend gewesen waren: daß »die Bourgeoisie« eine sterbende Klasse sei, daß »der Kapitalismus« ein stagnierendes und verfaulendes System darstelle, daß ein bewaffneter Aufstand der verelendeten Arbeiter zu erwarten sei und daß hinsichtlich der »Sieger der Geschichte« kein Zweifel bestehen könne. Zwar gab es im Westen noch zu Beginn der achtziger Jahre nicht wenige Stimmen, die sich sehr pessimistisch zu der Zukunft der westlichen Mächte äußerten und eine definitive Niederlage für wahrscheinlich hielten, aber sie fürchteten nicht den Impetus und den Enthusiasmus einer feindlichen Ideologie, sondern die Konzentration des Willens auf seiten der anderen Weltmächte, und sie blickten nicht wie Hitler voller Erbitterung und Haß auf die kampfentschlossenen Anhänger des Feindes im eigenen Lande, sondern nur mit Beunruhigung auf die vielen wohlmeinenden und besorgten Menschen, die sich in der »Friedensbewegung« sammelten und zur Kapitulation vor der östlichen Macht und deren Mittelstreckenraketen bereit zu sein schienen.

So suchte am Ende der achtziger Jahre nicht wie 1941 ein militanter Antikommunismus die kriegerische Auseinandersetzung, sondern ein ungemein

vielfältiges, vor allem auf das ökonomische Wohlergehen der einzelnen ausgerichtetes, die »Entspannung« zum obersten Ziel machendes Gebilde, »der Westen«. Dieser erstrebte die Annäherung an ein immer noch sehr andersartiges, militärisch immer noch sehr mächtiges, wenngleich durch das Engagement in Afghanistan geschwächtes, in seiner Ideologie formell immer noch unnachgiebiges System. Wenn dieser Westen oder dieses »kapitalistische System« überhaupt noch antikommunistisch genannt werden konnte, dann handelte es sich um einen »weichen« Antikommunismus, der sich von dem »harten« Antikommunismus, der den europäischen Bürgerkrieg geprägt hatte, auf das deutlichste unterschied. Dieser weiche Antikommunismus errang, wie es schien, den großen Sieg von 1989/90, der die Wiedervereinigung Deutschlands und den Sturz der kommunistischen Regime in den Staaten des außerrussischen Osteuropa in sich schloß. Aber der Sieg wäre schwerlich zustande gekommen, wenn nicht ein Rest von Härte vorhanden gewesen wäre – vornehmlich der Entschluß Ronald Reagans, die »Strategische Verteidigungsinitiative« trotz ihrer exorbitanten Kosten in Gang zu setzen, und auch das grundsätzliche Festhalten der deutschen Bundesregierung an der von vielen Intellektuellen so sehr in Frage gestellten Konzeption einer »Obhutspflicht für alle Deutschen« und der Wiedervereinigung des Landes.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser Rest von Härte und Prinzipienfestigkeit innerhalb eines der Tendenz nach schon nicht mehr »liberalen«, sondern »liberistischen« Systems einen kausalen, wenngleich durchaus nicht alleinbestimmenden Nexus mit jenen Entwicklungen auf der Gegenseite aufwies, die seit der Übernahme der sowjetischen Führung durch Michail Gorbatschow im Jahre 1985 unter den Namen »Glasnost« und »Perestroika« allgemein bekannt wurden. Diesmal bestand ja die unabweisbare Aufgabe darin, dasjenige neu aufzugreifen und zu vertiefen, was Chruschtschow initiiert hatte und was seine Nachfolger dann wieder unterdrückt hatten, nämlich die Kritik an einem »Personenkult«, die nicht auf die Dauer von der Frage nach dem »System« getrennt gehalten werden konnte, welches ihn möglich gemacht hatte. Es war eine Aufgabe, für die es in der Weltgeschichte kein Präzedens gab, denn es handelte sich ja nicht um einen vollständig besiegten Staat wie nach 1945 in Deutschland, sondern um eine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die sich in dem darauf folgenden »Kalten Krieg«, dem Weltbürgerkrieg, immerhin jahrzehntelang – und nicht etwa immer nur defensiv – gegen die USA behauptet hatte. Allerdings hatte ihr sozialistisches System die großen Versprechungen nicht erfüllt, etwa die Versprechung Chruschtschows, die USA innerhalb von zehn Jahren in der Pro-Kopf-Produktion zu überholen, und seit einiger Zeit war der »goldene Westen«, der in Gestalt von Valuta-Läden im eigenen Lande unübersehbar präsent war, Idealvorstellung und Sehnsuchtsziel

für zahllose Einwohner des Landes. Für die westlichen Deutschen hatte nach 1945 dagegen eine nahezu absolute Notwendigkeit bestanden, der deutschen Vergangenheit und namentlich dem Nationalsozialismus höchst kritisch gegenüberzutreten; die Einfügung in den Westen war nicht, wie Jürgen Habermas meinte, eine »große intellektuelle Leistung« seiner Generation[2], sondern sie war ein Vorgang, der sich politisch und intellektuell schlechterdings aufdrängte, zumal er sich auch an deutsche Traditionen anknüpfen ließ, ein Vorgang überdies, der um so größere Vorteile mit sich brachte, je eindeutiger und entschiedener er ohne viel »Anstrengung des Begriffs« vollzogen wurde. In der Sowjetunion war aber gerade der Triumphalismus natürlich, ja zwanghaft gewesen, und die Selbstkritik mußte, wenn sie erfolgte, eine viel größere Leistung darstellen als in Deutschland. Daher ist ein Blick auf einige der Bücher angezeigt, in denen diese Selbstkritik vor 1990 zum Vorschein kam. Ich wähle einen Roman, der zur Zeit seines Erscheinens, 1988, als repräsentativ für Glasnost und Perestroika galt, eine historische Darstellung, die 1980 nur im Ausland publiziert werden konnte, und einen Roman, dessen Autor schon 1964 starb und der erst 1990 in einem Vorabdruck dem sowjetischen Publikum bekanntgemacht wurde.

Anatolij Rybakows Roman »Die Kinder vom Arbat« würde über weite Strecken in jene Literatur der Anfeuerung und Verherrlichung hineinpassen, die in den fünfziger und sechziger Jahren allein das Feld beherrschte. So gut wie alle Studenten aus dem Moskauer Arbatviertel, das einst ein bürgerlich-vornehmes Wohngebiet gewesen war, sind im Sommer des Jahres 1934 ja davon überzeugt, daß das mitreißende Aufbaupathos, welches das ganze Leben durchdringt, den Weg in eine große Zukunft eröffnet und daß ihr Land als »Stoßbrigade des Weltproletariats« und »Bollwerk der künftigen Weltrevolution« damit seine welterlösende Aufgabe richtig vorbereitet. Dennoch wird die herrschende Atmosphäre auch wieder als Druck empfunden, die Atmosphäre unablässiger Anstrengung, unaufhörlichen Kampfes um die vorgegebenen Ziele und gegen die vielen Schädlinge und Saboteure, denen Drohungen wie »Entlarven! Erbarmungslos bestrafen! Vernichten! Mit der Wurzel ausrotten! Vom Erdboden wegfegen! gelten!«[3] Ein junger, ganz linientreuer Student wird von der Universität relegiert und dann verhaftet, weil seine harmlose Wandzeitung bei der Parteileitung Anstoß erregt hatte. Aber dieser Vorgang ist Teil eines größeren Spiels, durch das der Onkel des Studenten, der Leiter eines gigantischen und eben erst erbauten Industriewerks jenseits des Urals, noch enger an den Mann gefesselt wird, der im Zentrum all dieser Vorgänge steht – an Stalin. Von ihm nun entwirft Rybakow ein sehr ungünstiges Bild: argwöhnisch, machtgierig, eitel, nachtragend, brutal, seine Untergebenen geschickt gegeneinander ausspielend ist er zum Alleinherrscher des riesigen Landes aufgestiegen, und er richtet nun seine ganze Eifersucht gegen Ser-

gej M. Kirow, den Parteisekretär von Leningrad, der so viel offener und populärer ist als er. Gegen ihn setzt er seine Tschekisten in Bewegung, die unter Jagoda und Jeschow ein umfassendes Kontrollnetz über die ganze Bevölkerung gezogen haben, in dem jeder ein potentieller Angeklagten wird, denn die Fragebögen, die bei allen Bewerbungen und Anträgen ausgefüllt werden müssen, beziehen einen so großen Umkreis von vergangenen Tätigkeiten, aber auch von Verwandten und Freunden ein, daß jedermann sich in Widersprüche verwickeln oder unzureichende Angaben machen muß und dadurch hilflos dem Untersuchungsrichter ausgeliefert ist, wenn auch nur der kleinste Verdacht auf ihn fällt. Dieser Macht, die in der Lubjanka ihr Hauptquartier hat und die ausschließlich vom Willen Stalins gelenkt wird, vermag sich niemand zu entziehen. Ihr fällt auch Kirow zum Opfer, indem man dem Revolver eines Enttäuschten freie Bahn schafft. Von Hitler ist in dem Buch nur einmal die Rede, nämlich im Zusammenhang mit den Meldungen von der Ermordung Röhms und hoher SA-Führer. Die ehemaligen Oppositionellen Sinowjew und Radek, die sich längst gebeugt haben und doch noch zu Opfern Stalins werden sollten, wollen darin den Anfang vom »Todeskampf des Naziregimes« sehen, aber Stalin erklärt sie für Dummköpfe, weil der 30. Juni 1934 eine Stärkung Hitlers bedeute[4], und eine entsprechende Stärkung seiner eigenen Position erwartet er, als er ein halbes Jahr später Kirow aus dem Wege räumen läßt und die Bahn zur blutigen »Großen Säuberung« der Jahre 1936–1938 einschlägt. Trotzdem setzt sich der Autor Rybakow nicht auf einen moralischen Richterstuhl, sondern er läßt die Möglichkeit offen, daß Stalin gegenüber seinen Rivalen recht hat, weil er durch die Kollektivierung der Landwirtschaft – wenngleich mit ungeheuren Opfern – den individualistischen Besitzinstinkt der Bauern gebrochen und vor allem die Überzeugung des Volkes erfüllt hat, daß nur die Furcht vor einem übermächtigen Herrscher die notwendige Ordnung sichert, während die Freiheit zu einem allgemeinen Gemetzel führen würde.[5]

Anton Antonow-Owssejenkos »Stalin. Porträt einer Tyrannei« ist keine historische Untersuchung, sondern eine Kampfschrift gegen Stalin, aber sie stammt von einem Autor, der durch seine Familienverbindungen viele interne Kenntnisse über die bolschewistische Führungsschicht besaß. Sein Vater Wladimir Antonow-Owssejenko war als »Erstürmer des Winterpalasts« und als Mitglied des von Trotzki geleiteten »Revolutionären Kriegskomitees« einer der wichtigsten Teilnehmer der Revolution gewesen, und er hatte dem Sowjetstaat bis zur Großen Säuberung, der er zum Opfer fiel, in hohen Positionen gedient, zuletzt in Spanien. Sein Sohn mußte viele Jahre in Gefängnissen und Lagern verbringen; auch deshalb, weil er sich weigerte, seinen Vater als »Volksfeind« zu bezeichnen. Für ihn ist Stalin weiter nichts als ein gewöhnlicher Krimineller, der seine frühen Banküberfälle als Dienst an der Partei aus-

gab und der sich lediglich durch ein besonders hohes Maß an Durchtriebenheit, Rücksichtslosigkeit und Machthunger von seinesgleichen unterschied. »Unter die Berufsrevolutionäre mischte sich ein Berufsverbrecher«, schreibt Antonow-Owssejenko[6]. Auch er erzählt viel über den Mord an Kirow, und die Einzelheiten könnten kaum abstoßender sein, denn nach der Tat wurden nicht nur alle, die etwas wußten oder ahnten, ermordet, sondern auch deren Frauen und Verwandten. So ist es nicht verwunderlich, daß Stalin zu Anfang der dreißiger Jahre Millionen von Kulaken und darüber hinaus auch zahlreiche »Unterkulaken« oder »Kulakenfreunde« umbringen ließ und daß er sich dann an die Ausrottung der leninschen Garde machte, der gegenüber er Minderwertigkeitsgefühle hatte. Aber Antonow-Owssejenko ist nicht etwa ein Anhänger Trotzkis, denn in seinen Augen konnte sich dieser mit Stalin »in Sachen Diktatur, Selbstliebe und Glaube an die eigene Unfehlbarkeit« messen[7]. Sogar über Lenin ist sein Urteil nicht uneingeschränkt positiv, denn Lenin legte gegenüber Stalin ein unbegreifliches Maß an Schwäche und Blindheit an den Tag, wenn er auch in seinem »Testament« vor ihm warnte. Nicht einmal durch die Industrialisierung wird Stalin gerechtfertigt, da es sich zum guten Teil um einen »Schwindel« handelte, bei dem mit gefälschten Zahlen gearbeitet wurde. Die Grausamkeit im Zentrum strahlte bis tief in die Peripherie hinein aus: Als sich Tschetschenen während des Krieges der angeordneten Evakuierung widersetzten, wurden sie in Scheunen eingesperrt und bei lebendigem Leibe verbrannt; als die Deutschen sich der Stadt Orjol näherten, wurden die Häftlinge des NKWD-Gefängnisses in die Keller getrieben und die Räume unter Wasser gesetzt, so daß alle 5000 ums Leben kamen[8]. (Ähnliches wurde bekanntlich aus Lemberg berichtet.) Von Hitler heißt es, er sei nur durch Stalin und dessen Theorie vom Sozialfaschismus der Sozialdemokraten zur Macht gekommen und der einzige Orden, den der sowjetische Generalissimus wirklich verdient habe, sei ein deutsches Eisernes Kreuz gewesen, denn der Krieg sei unter ungeheuren, überwiegend von dem Obersten Befehlshaber zu verantwortenden Verlusten nicht durch Stalin, sondern trotz Stalin gewonnen worden. Aber jedem Leser des Buches muß sich die Frage aufdrängen: Was war denn das für eine Partei, die es zuließ, »daß sich im Kreml ein schmutziger Krimineller festsetzen konnte«[9]; was war das für ein Regime, in dem ein einzelner »Menschenfresser« viele Millionen von Menschen in ständiger Angst zu halten vermochte, ein Massenmörder, der zwar mit Hitler durch den kausalen Nexus seiner entscheidenden Unterstützung verbunden war, der aber im Vergleich mit dem deutschen Diktator als die »asiatische« und also schlimmere Erscheinungsform gelten muß?![10] Schwerlich der Absicht nach, wohl aber in der Konsequenz führt Antonow-Owssejenkos Interpretation zur Selbstverwerfung einer ganzen sowjetischen oder russischen Generation, nämlich zu der These, daß »alle« schuldig waren.[11]

Eine dritte idealtypische Möglichkeit der Auseinandersetzung mit der schrecklichen Vergangenheit verkörpert das Buch von Wassilij Grossman »Leben und Schicksal«, das 1960, vier Jahre vor dem Tod des Autors, fertiggestellt und erst zwanzig Jahre später im Westen veröffentlicht wurde: die Möglichkeit der radikalen, aber verstehenwollenden Selbstkritik. Im Zentrum des Buches steht der große Kampf um Stalingrad und der sowjetische Sieg, der die Wende des Krieges bedeutete. Grossman erzählt von der Tapferkeit der eingeschlossenen Sowjetsoldaten, deren Führer fast durchweg altbewährte und überzeugte Bolschewiki sind wie der Bataillonskommissar Krymow oder wie der Verteidiger des legendären Hauses »sechs Strich eins«, dessen Abwehrkampf die Bewunderung des ganzen Landes auf sich zieht. Er erzählt auch ohne Haß, wenngleich ohne Bewunderung, von den deutschen Angreifern und den Nöten, die sie zu ertragen haben. Vor allem erzählt er jedoch von dem gewaltigen, gut vorbereiteten Angriff der sowjetischen Truppen, der innerhalb von 100 Stunden zur Einkesselung der deutschen 6. Armee führt und der von Stalin aus dem fernen Moskau aufs genaueste beobachtet und geleitet wird. Zwar fällt ein besonders helles Licht auf den Panzerkommandeur Nowikow, der einen entscheidenden Angriff gegen den Willen seines Generals und auch Stalins um acht Minuten hinausschiebt, weil so die ungeheuren Verluste vermieden werden können, die zu dem früheren Zeitpunkt unweigerlich eingetreten wären, aber Grossman denkt offenbar nicht daran, den Heldentaten der Offiziere und der Soldaten oder dem Entschluß Stalins die Rühmung vorzuenthalten, die sie verdienen. Der Sieg von Stalingrad bleibt für ihn eine heroische und weltgeschichtliche Tat, obwohl er von einem Mann geplant war, der in Friedenszeiten Millionen von Mitmenschen hatte umbringen lassen, und von Männern ins Werk gesetzt wurde, die diesem Despoten bei der Unterdrückung eines ganzen Volkes geholfen hatten. Als Krymow vom Schlachtfeld weg wegen des unbegründeten Verdachts parteifeindlicher Tätigkeit verhaftet und in die Lubjanka gebracht wird, da tritt ihm in der Qual der nächtelangen Verhöre und Folterungen sein eigenes vergangenes Leben in einem ganz neuen Licht entgegen. War er nicht allzu gleichgültig gewesen, als Freunde und Bekannte ihm schreckliche Einzelheiten aus ihrer Haftzeit erzählten oder eine kritische Bemerkung über Stalin machten und ihn dann in tiefem Erschrecken anflehten: »Kein Wort zu jemand, nicht zur Frau, nicht zur Mutter; ein Wort, und ich bin verloren!«?[12] Hatte nicht auch er einst »mit Feinden nie lange gefackelt«[13]; hatte er vor vielen Jahren nur eine Minute darüber nachgedacht, was die Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Popen und Kulaken wohl empfanden, als er sie in den Kerker warf?[14] Und nun verhört ihn ein mitleidloser Mensch, der an der Revolution nicht teilgenommen hatte, weil er noch ein Kind war, und widerlegt kühl einige der Aussagen, von deren Richtigkeit er, Krymow, fest überzeugt ist, mit

Hilfe einer dicken Mappe, in der alle wichtigeren Vorgänge seines Lebens durch Aussagen von Denunzianten – seiner Freunde, seiner Verwandten, sogar seiner Ehefrau – gesammelt sind. Jetzt erkennt er in dem Mann, der ihn verhörte und der ihm die Nieren zerschlagen ließ, »sich selbst« – denjenigen, der zu den Aktivisten einer Revolution gehörte, von der er heute sagen muß: »Vielleicht war es gar keine Revolution, was, zum Teufel, ist denn das für eine Revolution – das ist die schwarze Hundertschaft, Pack.«[15] So verkehrt sich auch in den Reflexionen des Autors das Gute in das Böse, und der Unterschied zwischen der kommunistischen Revolution und der faschistischen Gegenrevolution schwindet dahin: Was Stalin in die Welt gebracht hat, ist nichts anderes, als was Hitler schuf, nämlich der »Staatsnationalsozialismus«[16], und dieser Staatsnationalsozialismus ist dasselbe Ungeheuer, ob nun die angeblich berechtigte sowjetische Frage nach der sozialen Herkunft oder die blutige deutsche Frage nach der Nationalität gestellt wird[17]; er hat als der »Totalitarismus«, der er ist, die gleiche furchtbare Auswirkung, ob er in einer Atmosphäre des Hasses und des Abscheus gegenwärtig die Vernichtung ukrainischer Juden unternimmt oder zehn Jahre vorher auf dem gleichen Boden den Vernichtungsfeldzug gegen das Kulakentum als Klasse führte.[18] Ja, Grossman nimmt nur eine leichte innere Distanzierung vor, wenn er einen SS-Offizier den gefangenen alten Bolschewiken als »Lehrmeister« anreden läßt.[19] Und trotzdem bedeutet die Härte dieser Aussagen nicht die Selbstverwerfung des russischen Volkes, denn Stalin erscheint – anders als bei Antonow-Owssejenko – nicht als »Krimineller«, sondern als historische Persönlichkeit hohen, wenn auch schrecklichen Ranges.

Man könnte nun allerdings fragen, ob wirklich eine russische Selbstprüfung und Selbstkritik vorliegt oder ob Grossman sich nicht eher als Jude versteht. In der Tat gehört seine Anteilnahme offensichtlich in hohem Maße dem Schicksal der Juden, und ein Herzstück des Romans ist die ergreifende Schilderung einer Vergasung in Auschwitz.[20] Aber unmittelbar darauf erzählt er von dem »Hungerlager«, in dem viele sowjetische Kriegsgefangene umkamen, und er macht auf anschauliche Weise deutlich, daß der langsame Hungertod ein viel qualvolleres Geschehen ist als der rasche Gastod. Und dieser Hungertod im deutschen Lager wird nicht isoliert, sondern der Blick geht gleich zurück in die Ukraine, wo Kommunisten das »Kulakengeschmeiß« zu Hunderttausenden dem Hungertod überlieferten.[21] Man könnte sogar behaupten, Grossman übt zugleich mit der russischen auch eine jüdische Selbstkritik, denn er leitet den Antisemitismus aus drei Kennzeichen der Juden ab, von denen jedes einzelne auch bei anderen Minderheiten zu finden sei, deren Kombination er aber für singulär erklärt. Eins dieser Kennzeichen sei die ausgedehnte und höchst produktive Tätigkeit auf weiten Gebieten des Lebens und nicht zuletzt in der Revolution, wo sich viele Juden »einen

Namen gemacht« haben.[22] An einer Stelle erzählt Grossman sogar, es gebe Überlegungen einiger intelligenter Juden, die in der Einsicht gipfelten, daß die Ermordung der Juden für das Glück der Menschheit notwendig sei und daß sie bewußt dieses Selbstopfer vollziehen sollten.[23] Das ist eine genaue und erstaunliche Entsprechung zu Auffassungen, die im russischen Bürgertum geläufig waren[24] und die bei Grossman sicher nicht aus »jüdischem Selbsthaß« abzuleiten sind. Sein Buch ist vielmehr ein großartiges Beispiel für eine russische und auch jüdische Selbstkritik, die keine Selbstverwerfung in sich schließt.

Die Grundmöglichkeiten, die der russischen »Vergangenheitsbewältigung« immanent sind, dieser unumgänglichen Aufgabe der Russen, die derjenigen der Deutschen so ähnlich und doch wieder so unähnlich ist, sollten durch die eigenen Worte von Protagonisten zum Vorschein gebracht werden, und man kann nicht sagen, daß sie zwingend auf die Ereignisse von 1991 vorauswiesen. Unter Gorbatschow zeichnete sich in den Jahren von 1987 bis 1990 eine historische Alternative ab, welche die Kritik an der Vergangenheit, aber auch das heftige Aufbegehren gegen die Entwicklung gemäßigt und der Sowjetunion eine neuartige Rolle zugewiesen haben könnte. Mit der Einführung und Übernahme des Präsidentenamtes setzte der Generalsekretär der KPdSU ein weithin sichtbares Zeichen, und der Kalte Krieg ging in jenen letzten Monaten des Jahres 1990 definitiv zu Ende, als die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen, die kommunistische Alleinherrschaft in den Staaten Ostmitteleuropas beendet und die Erklärung der Regierungschefs von 34 KSZE-Staaten über den gemeinsamen Bau eines demokratisch-pluralistisch-marktwirtschaftlichen Europa von Gorbatschow unterzeichnet worden war. Die KPdSU hätte der Zulassung anderer Parteien jetzt sich nicht mehr widersetzen können, nachdem sie schon zuvor den Anspruch auf den Alleinbesitz der geschichtlichen Wahrheit aufgegeben hatte, und sie hätte sich nach der Überwindung von allerdings beträchtlichen Schwierigkeiten vielleicht zu der führenden Partei des sowjetischen Fortschritts und der russischen Tradition umbilden können, so daß das Regime von der westlichen Form des Pluralismus deutlich verschieden gewesen wäre, ohne sich ihm mit universalen Ansprüchen entgegenzustellen und einen künftigen Sieg zu proklamieren. Für die Einstellung zur eigenen Vergangenheit hätte das vermutlich bedeutet, daß eine so abwägende Darstellung Stalins wie die des ehemaligen Polit-Generals Wolkogonow maßgebend geworden wäre, daß aber auch Solschenizyns »Archipel Gulag« den Weg zu dem russischen Publikum gefunden hätte.[25] Dann wäre die Sowjetunion – sofern sie nicht die alte Unterdrückungspolitik im Baltikum und anderswo fortgesetzt hätte – möglicherweise ein »freies Land« zu nennen gewesen und sie wäre von der Zügellosigkeit eines sich zum Hedonismus forttreibenden Liberismus und dem damit paradoxerweise verbunde-

nen Drang nach einem staatsanwaltschaftlichen Verfahren gegenüber der Geschichte entfernt geblieben, die sich in Deutschland und sogar in Frankreich unverkennbar abzeichneten.

Der ungeschickte Putsch von kommunistischen Traditionalisten in der Partei und der Armee vom August 1991 zerstörte mit seinem Scheitern diese Möglichkeit, und dadurch verfiel die Sowjetunion der Auflösung in ihre Bestandteile; Rußland wurde, wenngleich unter der Leitung oder hinter der Nebelwand einer starken Präsidentschaft, zu einem pluralistischen Staat, der nicht mehr oder noch nicht über die gesellschaftlichen Grundlagen eines solchen Pluralismus verfügte. So trat denn auch der Antisemitismus wieder in die Öffentlichkeit, der ja, ganz anders als im nationalsozialistischen Deutschland, von dem Regime unterdrückt und sogar mit der Todesstrafe bedroht worden war, während der Antizionismus gefördert wurde. Es bedeutete keinen bloßen Gegensatz dazu, wenn bei Demonstrationszügen Stalin-Bilder offen über die Straße getragen wurden oder wenn sich in Leserbriefen ehemalige Tschekisten unverhüllt ihrer Taten rühmten. Die mit sehr fragwürdigen Methoden »privatisierte« Wirtschaft trat ohne viel Widerstreben in den Prozeß der »kapitalistischen Globalisierung« ein, aber die »mafiosen« Strukturen, die sich schon unter dem Sowjetsystem bemerkbar gemacht hatten, schienen nun auf dem Wege zur Alleinherrschaft zu sein, allerdings zu einer nicht mehr totalitären, sondern quasi-pluralistischen Alleinherrschaft. Das Schicksal der »Russischen Föderation« und der selbständig gewordenen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion schwebt im Ungewissen und läßt begründeten Vorhersagen wenig Raum. Aber für den Streit um die Interpretation der Vergangenheit sind günstige Möglichkeiten gegeben, die ein weit breiteres Spektrum bilden als in Deutschland.

Über alle Differenzen hinweg sollte sich jedoch am chronologischen Ende des 20. Jahrhunderts über dieses Jahrhundert und seine Epochen folgendes sagen lassen:

Aus dem Ersten Weltkrieg geboren, war die russische Revolution der Bolschewiki das wichtigste und folgenreichste Ereignis des Jahrhunderts, denn sie machte auf gewalttätige Weise den Versuch, den Sozialismus zu realisieren, also einen uralten Menschheitsgedanken, der durch Marx und Engels in eine moderne Form gebracht worden war. Der Versuch scheiterte schon deshalb, weil Marx und Engels Unvereinbares zusammengedacht hatten, nämlich Welteinheit, Familienhaftigkeit und Aufhebung von Apparaten und Versachlichung. Aber er gab zahllosen Menschen eine große Hoffnung und erweckte in zahlreichen anderen einen bis dahin unbekannten Haß. So wurde der Weg für eine militante Gegenbewegung gebahnt, die sich auf die noch ungebrochene Kraft des Nationalismus stützen konnte und eine Ideologie hervorbrachte, welche mehr auf Vermutungen und Postulaten beruhte als

auf Hoffnungen und Einsichten, eine Ideologie, die sich in der Praxis ebensosehr, wenngleich auf andere Weise, als »Menschenvertilgungsmaschine«[26] erwies wie zuvor schon das bolschewistische System. So wurde der Zeitraum von 1917 bis 1945 nicht zur Epoche der proletarischen Weltrevolution, wie Lenin geglaubt hatte, sondern zur Epoche des Faschismus und des europäischen Bürgerkrieges zwischen dem radikalfaschistischen Nationalsozialismus Deutschlands und dem immer staatlicher werdenden Bolschewismus der Sowjetunion.

Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 1947, begann das Zeitalter des Kalten Krieges, in dem die Länder Europas neben den Hauptantagonisten, der planwirtschaftlichen Sowjetunion und den marktwirtschaftlichen Vereinigten Staaten, nur sekundäre Rollen spielten. Von einem »Weltbürgerkrieg« mit beiderseitiger »Konversionspotenz« darf die Rede sein, obwohl in den USA seit den sechziger Jahren ein nichtideologischer Pragmatismus vordrang und die marxistische Ideologie der Sowjetunion und ihrer Satelliten an Kraft und Glaubwürdigkeit verlor. Die wirtschaftliche und geistige Freiheit, mit wachsendem Wohlstand verbunden, erwies sich schließlich als stärker und attraktiver; die Strategie der Entspannung, ja der Umarmung, war weit erfolgreicher als die Strategie der militanten Konfrontation im europäischen Bürgerkrieg; die Sowjetunion löste sich 1991 auf, aber Rußland blieb als großer, wenn auch geschwächter Staat bestehen. Heute braucht man nicht mehr zu fordern, daß die Welt sich immer weiter von der Epoche des Faschismus und des europäischen Bürgerkriegs entfernen müsse[27], denn dieses Sich-Entfernen ist längst eine unübersehbare Realität. Aber dadurch ist es keineswegs sicher geworden, daß die Welt einer konfliktfreien oder auch nur konfliktarmen Zukunft entgegengeht; nur der mit allen technischen Mitteln geführte Krieg zwischen gleichrangigen Großmächten ist undenkbar und praktisch unmöglich geworden. Ein definitives historisches Urteil über den Gewaltsozialismus, der 1917 in Rußland die Macht eroberte, und auch über den Gewaltnationalismus, der sich unter dem Namen Nationalsozialismus in Deutschland durchsetzte, wird erst gefällt werden können, wenn deutlich geworden ist, welche Folgen die fessellose »kapitalistische Globalisierung« und der stetig voranschreitende Liberalismus nach sich gezogen haben. Die Frage dagegen, wie das Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zu verstehen ist – als ein Verhältnis des kontradiktorischen Gegensatzes, der Parallelität oder eines »kausalen Nexus« zwischen Original und verzerrter Kopie oder auch als ein Lehrer-Schüler-Verhältnis, wie es bei Solschenizyn und bei Grossman formuliert oder immerhin angedeutet ist –, kann auch heute schon der wissenschaftlichen Erörterung überlassen werden, sofern keine Verwürfelung von moralischen und historischen Urteilen vorgenommen wird.

Wer die neuartigen und großen Probleme des 21. Jahrhunderts in die Fragestellungen und Emotionen des 20. Jahrhunderts einzuzwängen sucht, wer also etwa die Termini »Kommunismus« und »Faschismus« benutzt, obwohl bei den politischen Gegnern die betreffende Selbstbezeichnung nicht gegeben ist und wesentliche Differenzen erkennbar sind, tut der Zukunft einen schlechten Dienst. Gewiß gibt es in der Geschichte Kontinuitäten und Renaissancen, aber der Bolschewismus Lenins und Stalins und erst recht der Faschismus Mussolinis und Hitlers sind seit 1991 so sehr vergangen, daß sie nun endgültig zu Gegenständen wissenschaftlichen Nachdenkens statt zu Objekten oder Vorwänden parteipolitischer Polemik werden sollten.

Abkürzungen

ADAP	Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Serie C und D, Baden-Baden. Göttingen 1950 ff.
BA	Bundesarchiv Koblenz
DBFP	Documents on British Foreign Policy, London 1947 ff.
GStA	Preußisches Geheimes Staatsarchiv, Berlin
IMG	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946. Nürnberg 1947–1949, 42 Bde.
Inst. f. Zg. Archiv	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutsche Arbeiterbewegung
Lenin AW	W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Berlin 1955
Lenin Werke	W. I. Lenin, Werke. Berlin 1966–1973, 40 Bde. und 2 Ergänzungsbände
MEW	Marx Engels Werke. Berlin 1956 ff. 41 Bde.
MK	Adolf Hitler: Mein Kampf. 73. Auflage. München 1933
Pol. Archiv AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
RF	Rote Fahne
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
Stalin Werke	J. W. Stalin, Werke, Berlin 1951–1955, 13 Bde.
UuF	Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler. Berlin 1958 ff., 23 Bde. (bis 1945)
VB	Völkischer Beobachter
Vjh. f. Ztg.	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anmerkungen

Statt eines Vorworts

1 Helmut Donat/Lothar Wieland (Hrsg.), »Auschwitz erst möglich gemacht?« Überlegungen zur jüngsten konservativen Geschichtsbewältigung. Bremen 1991, S. 152–214.
In diesem Sammelband finden sich zwei Beiträge, die primär das Buch und nicht den Artikel ins Auge fassen, die von gut ausgewiesenen Wissenschaftlern stammen und jedenfalls nicht mit dem »Schaum vor dem Mund« geschrieben sind, welcher an so vielen anderen Artikeln und Büchern zu erkennen ist. Es handelt sich um Dietrich Beyrau, Archipel Gulag und Auschwitz. Eine Auseinandersetzung mit Ernst Noltes Buch »Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945« (S. 104–118) und Hans-Walter Schmuhl, Der Holocaust – Ein transzendentaler Vernichtungsprozeß? Kritische Anmerkungen zu Ernst Noltes Interpretation des Mordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg (S. 119–133).
Die einzige Erörterung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, an der ich selbst beteiligt war, fand in Gestalt von drei Artikeln in »Geschichte und Gesellschaft« statt:
Hans Mommsen, Das Ressentiment als Wissenschaft. Anmerkungen zu Ernst Noltes »Europäischem Bürgerkrieg« (14. Jg. 1988, S. 495–512).
Wolfgang Schieder, Der Nationalsozialismus im Fehlurteil philosophischer Geschichtsschreibung. Zur Methode von Ernst Noltes »Europäischem Bürgerkrieg« (15. Jg. 1989, S. 89–114).
Ernst Nolte, Das Vor-Urteil als »strenge Wissenschaft«. Zu den Rezensionen von Hans Mommsen und Wolfgang Schieder. (15. Jg. 1989, S. 537–551).
Einem jahrzehntelang vernachlässigten, von mir nur in einem Ausschnitt und im Hinblick auf Hitler behandelten Thema, nämlich den deutschen Reaktionen auf die russische Revolution, wandte sich 1995 Gerd Koenen mit einer Abhandlung über den »Bolschewismus und die deutschen Intellektuellen nach Revolution und Weltkrieg 1917–1924« zu, welche »Überprüfungen an einem ›Nexus‹« vornehmen will und zu der These gelangt, die Wirkungen des Bolschewismus seien »viel weniger eindeutig, viel komplexerer Art gewesen, als es die Vorstellung eines ›Nexus‹ (und gar eines ›kausalen Nexus‹)« suggeriere (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Bd. XXIV, 1995, S. 359–391). Aber im Hinblick auf die russische Revolution und die Reaktion von deutschen Intellektuellen ist »Nexus« eine schlichte Tautologie, und ich habe nie behauptet, daß ich ihn für »eindeutig« halte oder daß ihm ein Mangel an Komplexität zuzuschreiben sei. Interessant und bestreitbar wird der »Nexus« erst in bezug auf Hitler und zumal im Hinblick auf »Gulag« und »Auschwitz«. Im übrigen hat mein letzter Schüler und Assistent Kai-Uwe Merz die Vielfalt und die Polyvalenz der Beziehungen bereits 1991 in seiner Dissertation herausgearbeitet, die 1995 unter dem Titel »Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921« im Propyläenverlag zu Berlin erschienen ist.
Ein umfangreicher Sammelband zu diesem Thema, der von Gerd Koenen und Lew Kopelew herausgegeben wird, ist unter dem Titel »Deutschland und die russische Revolution« 1997 in München publiziert worden. Zu dem ebenso bemerkenswerten wie symptomatischen Beitrag von Dan Diner »Zwischen Aporie und Apologie. Über die Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus« in dem von ihm herausgegebenen Sammelband »Ist der Nationalsozialismus Geschichte« (Frankfurt a. M. 1987) habe ich in einem Vortrag Stellung genommen, den ich im Rahmen einer Tagung über Diktaturvergleich in der Europäischen Akademie Otzenhausen gehalten habe und der demnächst zusammen mit den anderen Beiträgen im Verlag Duncker & Humblot herausgebracht werden soll: »Gulag« und »Auschwitz«: Unvergleichbarkeit – Parallelität – kausaler Nexus?

2 Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München/Zürich 1987, S. 62–76 (Zuerst in: »Die Zeit« v. 11. 7. 1986).
3 Ebenda, S. 156–195
4 Ebenda, S. 39–47
5 Eine ausführlichere Version erschien unter dem Titel »Postnationale Demokratie? Vom Selbstverständnis der Deutschen« im Februarheft des »Merkur« von 1997 (Jg. 51, 2, S. 171–176).
Ich habe meinerseits Selbstkritik zu üben. Im Rückblick bedauere ich es, daß ich eins der zentralen Ergebnisse des Buches bereits ante festum der Öffentlichkeit in der Form eines Zeitungsartikels zugänglich gemacht habe, der eine plakative Überschrift hatte und in dem Reizworte wie »Gulag« und »Auschwitz« allzusehr hervortraten. Aber ich hatte den Titel nicht selbst gewählt, und ohne das eigenartige Verhalten der Leitung der »Römerberggespräche« würde lediglich ein Vortrag in einem eng begrenzten Kreis von Intellektuellen stattgefunden haben. Ferner kann ich mir nicht verbergen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Wiedervereinigung Deutschlands auf viel stärkeren Widerstand anderer Staaten gestoßen wäre, wenn sich – per impossibile – eine Mehrzahl von deutschen Historikern und Publizisten meine Auffassungen zu eigen gemacht hätte – die vielen ausländischen Reaktionen, die nahezu ohne Ausnahme negativ waren, ließen wenig Raum für Zweifel. Insofern erkenne ich ohne Umschweife an, daß »die andere Seite« (die ja zahlenmäßig weitaus stärker war) sich – wenngleich gewiß unabsichtlich – große Verdienste um »Deutschland« erworben hat. Aber es ging mir weder im positiven noch im negativen Sinne um »Deutschland«, sondern schlicht um die Aufhellung eines aus nur allzu machtvollen und keineswegs unverständlichen Gründen ins Dunkel gedrängten Hauptzuges der Geschichte des 20. Jahrhunderts.
6 Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996
7 Ebenda, S. 23
8 Ebenda, S. 321
9 Ebenda, S. 28 f.
10 Ulrich Raulff, Der lange Schrecken. Goldhagen, Habermas, Reemtsma: Ein Preis, drei Reden. In: FAZ v. 12. 3. 97
11 Hans-Ulrich Wehler, Wie ein Stachel im Fleisch. In: Julius H. Schoeps (Hrsg.), Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg 1996, S. 193–209
12 Eberhard Jäckel, Einfach ein schlechtes Buch. Ebenda, S. 187–192, S. 187
13 Alan Bullock, Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1991, S. 7 f.
14 Ebenda, S. 252, 524
15 Ebenda, S. 947
16 Ebenda, S. 202
17 Ebenda, S. 1254. Man fragt sich allerdings, welche Kategorie adäquat ist, wenn Stalin von Jeschow vier Listen mit zahlreichen zur Hinrichtung vorgesehenen Personen vorgelegt erhält und billigt, von denen die vierte »Ehefrauen von Feinden des Volks« aufführt (ebenda, S. 680).
18 Ebenda, S. 1260
19 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995 (Orig. 1994)
20 Ebenda, S. 18
21 Ebenda, S. 53
22 Ebenda, S. 79
23 Ebenda, S. 88
24 Ebenda, S. 92
25 Ebenda, S. 113
26 Ebenda, S. 152

27 Ebenda, S. 98, 153
28 Ebenda, S. 129
29 Ebenda, S. 186
Hobsbawm stimmt ohne Einschränkung der These zu, daß der Aufstieg der radikalen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg »eine Antwort auf die Gefahr – und in der Tat auch auf die Realität – einer mächtigen sozialen Revolution ... und besonders auf die Oktoberrevolution und den Leninismus« war. »Ohne diese hätte es keinen Faschismus gegeben.« (S. 162) Gleich nach dieser Feststellung sieht er sich aber veranlaßt, gegen »einige deutsche Historiker« zu polemisieren, die behauptet hätten, daß die faschistische Barbarei nur ein Abbild der Barbarei gewesen sei, welche die russische Revolution zuvor verübt habe. In der Tat kann eine Aussage richtig sein, ohne ein vorhergehendes Gutes habe es das nachfolgende Böse nicht gegeben. Aber diese Auffassung kann nur ein orthodoxer Marxist-Leninist vertreten und nicht ein Historiker, der von den »zutiefst mörderischen Diktaturen Stalins, Maos und Kim Il Sungs« spricht (S. 523), es sei denn, er wolle einen radikalen Schnitt zwischen Lenin und Stalin vornehmen, aber dann wäre das Böse schon vor Hitler aus dem Guten entstanden. In einer Anmerkung zu dieser Stelle führt Hobsbawm zum ersten und einzigen Male (mit falscher Ortsangabe) den »Europäischen Bürgerkrieg 1917–1945« an. (S. 729)
30 Ebenda, S. 694
31 Ebenda, S. 623. Merkwürdigerweise wird Pol Pot hier nicht erwähnt, dessen »Rote Khmer« aber an anderer Stelle (S. 560) »eine ganz besonders mörderische Verbindung des Pariser Kaffeehaus-Maoismus mit dem bewaffneten Bauerntum aus dem Hinterland« genannt werden.
32 Namen wie Eichmann und Höss sind jedenfalls im Register nicht zu finden.
33 Ebenda, S. 124
34 Siehe z. B. S. 450
35 François Furet, Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XX^e siècle, Paris 1995. Im folgenden wird nach der französischen Ausgabe zitiert.
36 Ebenda, S. 79
37 Ebenda, S. 146
38 Ebenda, S. 150
39 Ebenda, S. 199
40 Ebenda, S. 37
41 Ebenda, S. 209 f.
42 Die wörtliche Übersetzung »Trauerarbeit« ist schwerlich adäquat, da der Terminus im Deutschen durch allzu häufigen Gebrauch ritualisiert und abgenutzt ist.
43 Ebenda, S. 411
44 Ebenda, S. 13
45 Wenn ich recht sehe, verwendet Furet diesen Begriff nicht, aber er widmet dem Buch eine auffallend lange Fußnote auf den Seiten 195 und 196, die auch auf den »Faschismus in seiner Epoche« Bezug nimmt und in den Satz ausläuft, das Gesamtwerk sei »une œuvre et une interprétation qui sont parmi les plus profondes qu'ait produites ce dernier demi-siècle«.
46 Ebenda, S. 179
47 Ebenda, S. 571
48 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941. Hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hedwig Klemperer. Berlin 1995
49 Ebenda, S. 405
50 Ebenda, S. 565, 111 f.
51 Ebenda, S. 223
52 Ebenda, S. 457
53 Ebenda, S. 663
54 Ebenda, S. 330. Gelegentlich findet sich sogar ein Satz, der noch weit stärker mit der (viel späteren) Hauptthese Goldhagens übereinzustimmen scheint, z. B. im Jahre 1935: »Auch im Dritten Reich wollen 90 % den Führer und die Knechtschaft und den Tod der Wissenschaft, des Denkens, des Geistes, der Juden.« (S. 178), aber die Parallelbegriffe geben unzweideutig zu erkennen, daß »Tod« hier nicht soviel wie physische Vernichtung bedeutet.

55 Ebenda, S. 69
56 Ebenda, S. 353
57 Ebenda, S. 430
58 Ebenda, S. 532
59 Ebenda, S. 672 ff.
60 Ebenda, S. 653
61 Ebenda, S. 535
62 Ebenda, S. 695
63 Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten. In: Vjh. f. Ztg. 5. Jg. 1957, S. 194–198, S. 197
Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942/43. Hrsg. v. Louis P. Lochner. Zürich 1948, S. 142 f. (Eintragung vom 27. März 1942)
64 Klemperer, a. a. O., S. 332
65 Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus. München 1963[1], S. 512
66 Diese Auffassung lag dem Todesurteil zugrunde, das im Jahre 1952 gegen 15 Mitglieder des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« verhängt wurde, die durchweg an den Vorarbeiten zu dem »Schwarzbuch« über den Genozid an den sowjetischen Juden beteiligt waren. (Arno Lustiger, Herausgeber der deutschen Ausgabe: Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Herausgeber Wassilij Grossman und Ilja Ehrenburg. Reinbek 1994, bes. S. 1084).
Daß die jüdische Interpretation von möglichen Verzeichnungen und Instrumentalisierungen ebensowenig frei ist wie andere Paradigmen, wird sich schwerlich bestreiten lassen.
67 Der Faschismus in seiner Epoche, a. a. O., S. 51
68 Robert Conquest zitiert in seinem »Harvest of Sorrow«, London 1986, eine höchst charakteristische Wendung aus einem sowjetischen Roman von 1934, welche sich auf die Kulaken bezieht: »Not one of them was guilty of anything, but they belonged to a class that was guilty of everything.« (S. 143) In schweren sozialen Krisensituationen drängt sich eine solche Auffassung den Benachteiligten gegenüber dem »Klassenfeind« geradezu auf, während der Ausweitung der »kollektivistischen Schuldzuschreibung« auf ein Volk oder eine Kultur in aller Regel ein erhebliches Maß an konstruierender Reflexion vorangehen wird. Die Kulaken freilich waren sicher nicht Opfer der »Dorfarmut«, sondern eines Entschlusses der Staatspartei.
69 Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945, S. 67, 558 f.
70 Der Faschismus in seiner Epoche, a. a. O., S. 436
71 Kommunistische Autoren setzen den Gehalt des Begriffs mit großer Selbstverständlichkeit voraus, sprechen jedoch gewöhnlich lieber von »Weltrevolution«, da für sie die Feinde im Grunde »Agenten des Kapitals« und allenfalls »Kleinbürger« sind; größeres Gewicht hat der Begriff bei Ernst Jünger und Carl Schmitt; in der wissenschaftlichen Literatur wurde er zuerst von Hanno Kesting und Roman Schnur verwendet (s. S. 509)
72 Vgl. Martin Broszat in: »Historikerstreit«, a. a. O., S. 189
73 Nicht ich habe (dem Sinne nach) als erster von dem »kausalen Nexus« zwischen Gulag und Auschwitz gesprochen. Im Jahre 1982 schrieb Andrzej Kaminski, selbst ehemaliger Häftling in deutschen Konzentrationslagern, in einem seiner Bücher folgendes: »Daß die deutsche Wissenschaft dieser Frage bisher aus dem Wege gegangen ist, dürfte vielleicht verständlich sein. Jeder Hinweis eines deutschen Forschers darauf, daß die NS-KZs den sowjetischen nachgebildet waren, hätte von sowjetischer und prosowjetischer Seite einen der bekannten Stürme der Entrüstung hervorrufen müssen, auch wenn der betreffende Forscher jeden Anschein vermieden hätte und sich dagegen verwahrt hätte, daß die sowjetischen Verbrechen als eine Entschuldigung für die nationalsozialistischen angesehen würden.« (Konzentrationslager von 1896 bis heute. Eine Analyse. Stuttgart 1982, S. 88 f.)
Noch viel früher berichtete ein besonders wichtiger »Augenzeuge« von diesem Nexus, nämlich Rudolf Höss, aber die betreffende Aussage wurde meines Wissens in der wissenschaftlichen Literatur nie erwähnt. Höss schreibt über die Situation zu Beginn des »Rußland-Feldzuges« folgendes: »Vom RSHA wurde dem Kommandanten (also ihm selbst) eine umfangreiche Berichtzusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht. Von

Entkommenen wurde darin über die Zustände und Einrichtungen bis ins einzelne berichtet. Besonders hervorgehoben wurde darin, daß die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten.« (Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss. Hrsg. von Martin Broszat. München (dtv) 1963, S. 139)

74 Nur die »Schlußbetrachtung« wurde neu geschrieben, denn 1987 ließ sich die »Wende« der Jahre 1989/1991 noch nicht in ihrem konkreten Verlauf vorhersehen. Im übrigen wurden bloß einige kleinere Veränderungen vorgenommen, überwiegend deshalb, um dem Leser eine Lektüre zu ermöglichen, die ihn nicht zu sehr an die Zeit der Abfassung des Buches in den Jahren 1985/1987 erinnert. Ferner wurde eine Anzahl von Versehen oder Fehlern beseitigt. Die eine oder andere Überschneidung wurde in Kauf genommen (vgl. oben S. 39 ff. und S. 23 ff.), zumal es sich eher um Ergänzungen handelt. Zusätzliche Titel von Detailuntersuchungen wurden nur ausnahmsweise in die Anmerkungen aufgenommen.

Einleitung

1 S. unten S. 101 f.

2 Stefan Possony, Jahrhundert des Aufruhrs, München 1965; Hanno Kesting, Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum Ost-West-Konflikt, Heidelberg 1959; Roman Schnur, Revolution und Weltbürgerkrieg. Studien zur Ouvertüre nach 1789, Berlin 1983

3 Karl Dietrich Bracher, Europa in der Krise. Frankfurt-Berlin-Wien 1979

4 RF vom 2. 11. 1920, vgl. auch unten S. 184, 386, 492

5 Vgl. Anm. 7 zur »Schlußbetrachtung«

6 Das gilt zunächst für meine Bücher »Der Faschismus in seiner Epoche« (1963[1]), »Theorien über den Faschismus« (1967), »Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen« (1968), zuletzt für Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945 (1986)

7 Im folgenden werden diese Auslegungen nur generell gekennzeichnet. Für die Zuordnung zu den Namen und Werken von Forschern und Publizisten vgl. Ernst Nolte, Theorien über den Faschismus, Köln-Berlin 1967; Pierre Ayçoberry, La question nazie. Les interprétations du national-socialisme 1922–1975, Paris 1979; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Darmstadt [4]1980

8 In doppeltem Sinne besonders aufschlußreich sind die Erinnerungen des Großadmirals von Tirpitz, der bereits im November 1914 in sein Tagebuch schrieb: »Nach dem Kriege gehe ich unter die Sozen und suche mir Laternenpfähle aus, aber einen ganzen Haufen.« Allerdings sah er das Versagen der Führungsschicht darin, daß sie Deutschland zum unbeliebtesten Staat der Erde und dennoch bloß zum »Schaf im Wolfskleid« gemacht habe. (Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 426, 408, 231).
Dennoch hatte das – auch von Tirpitz benutzte – Gegenargument großes Gewicht, daß Deutschland die günstigsten Zeitpunkte für die Entfesselung eines Krieges ausgelassen hatte und daß in seiner Führungsgruppe die in ganz Europa vorhandene *Verständigungspartei* gegenüber der *Siegfriedenspartei* eine größere Rolle spielte als in England und Frankreich, mindestens während des letzten Kriegsjahres. Tatsächlich mußte Hitler kommen, um die Welt darüber aufzuklären, wie ein deutscher Kriegswille 1914 hätte aussehen müssen.

9 Hitler persönlich und damit einen Hitlerismus als den entscheidenden Bezugspunkt anzusetzen, war nur dann möglich, wenn man entweder die populistische These von der Ursächlichkeit *der Deutschen* oder aber die soziologisch-marxistische von der Schuld der führenden Schichten zugrunde legte und kritisierte. Eine Version, die in sich eine gewisse Plausibilität genoß, war diejenige von der *Verbrecherbande.* Sie fand ihre stärkste Stütze in der Hypothese von der Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes durch Göring und die SA. Mit den gekennzeichneten Theorien kann sie aber nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden.

10 S. unten Anm. 13 zu II,4

11 Das bedeutete eine Anknüpfung an die Argumente der Verständigungspartei des Weltkriegs gegen diejenigen, »die auf der Anklagebank sitzen« (Theodor Wolff im *Berliner Tageblatt* Nr. 382 vom 29. 7. 1918), und in dieser Auseinandersetzung zwischen Linksliberalen und Alldeutschen darf wohl eine gewisse Vorwegnahme des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gesehen werden.

12 Vgl. dazu auch »Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden«, München 1964. Darin regt der Beitrag von Bruno Bettelheim (»Eichmann – das System – die Opfer«) mit seiner Abstandnahme vom konventionellen Moralismus am meisten zum Nachdenken an.

13 In diesen Zusammenhang gehört der *Historikerstreit*. Als erster Anfang davon ist mein 1980 in München gehaltener, im gleichen Jahr von der FAZ gekürzt publizierter und vollständig erst 1985 auf englisch erschienener Vortrag anzusehen. (»Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches« in FAZ vom 24. 7. 1980; »Between Myth und Revisionism? The Third Reich in the Perspective of the 1980s« In: »Aspects of the Third Reich«. Ed. by H. W. Koch. London 1985) Die deutsche Originalfassung in der Dokumentation *Historikerstreit*, München (Piper) 1987, S. 13–35

14 Vgl. u. a. Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: »Merkur« 39 (1985), S. 373–385; Horst Möller, Die nationalsozialistische Machtergreifung – Konterrevolution oder Revolution? In: Vjh. f. Ztg. 31 (1983), S. 25–51; Michael Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986

15 Lenin AW, Bd. II, S. 743

16 M. W. Frunse, Ausgewählte Schriften, Berlin 1956, S. 292

17 Etwa Eve Rosenhaft, Beating the Fascists. The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983; David Kramer, Fascism and Communism in Germany: Historical Anatomy of a Relationship, Ann Arbor 1973; Horst Wenkel, Zur Taktik der faschistischen Nazipartei und zu ihren Methoden im Kampf gegen die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte in Thüringen 1929–1932, Diss. Jena 1973; in einigen Kapiteln auch Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929–1935, London 1983; zuletzt von Christian Striefler: »Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik«, Frankfurt/M.-Berlin 1993 und Klaus-Rainer Röhl, »Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932«, Frankfurt/M.-New York 1994. Diese beiden Dissertationen sind ebenso wie diejenige von Kai-Uwe Merz (oben S. 505) aus Seminaren hervorgegangen, die ich während der Jahre 1985 und 1986 am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin zu der Thematik des vorliegenden Buches durchgeführt habe.

18 Von zahlreichen Titeln nenne ich nur drei, die aus verschiedenen Herkunftsländern stammen: Sven Allard, Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941, Bern und München 1974; Günther Rosenfeld, Sowjet-Rußland und Deutschland. 2 Bände (1917–1922; 1922–1933), Köln 1984; Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975. Die informativste Darstellung der nichtstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist Walter Laqueur zu verdanken (»Deutschland und Rußland«, Berlin 1965). Die KPdSU und die NSDAP sind der Gegenstand eines eindringlichen Vergleichs in dem Buch von Aryeh L. Unger, The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia, Cambridge 1974. Eine vergleichende Untersuchung der Terrorsysteme, ganz vornehmlich der Sowjetunion und des nationalsozialistischen Deutschland, wurde von Andrzej Kaminski vorgelegt (Konzentrationslager 1896 bis heute. Eine Analyse, Stuttgart 1982). Eine anregende essayistische Studie ist Gerd Koenen, Der unerklärte Frieden. Deutschland, Polen und Rußland. Eine Geschichte, Frankfurt 1985

19 Louis Fischer, Russia's Way from Peace to War, New York 1969, S. 286

20 Michail Heller – Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, 2 Bde., Königstein 1981, Bd. II, S. 218

21 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 241

22 Nikolay Tolstoy, Stalin's Secret War, New York 1981, S. 28

23 Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1961, S. 250
24 Adam B. Ulam, Rußlands gescheiterte Revolutionen, München-Zürich 1981, S. 499
25 Leo Trotzki, Literatur und Revolution, Berlin 1968, S. 161
26 Merle Fainsod, How Russia is Ruled, Cambridge 1963, S. 371. Bemerkenswert ist aber auch der kühle Ton, in dem vor 1933 deutsche Autoren wie Klaus Mehnert oder selbst Otto Hoetzsch über die Vernichtung der alten Intelligenz oder der Kulaken sprechen. Der Leser wird unwillkürlich zu der Frage gedrängt, ob nicht nach einem etwaigen Siege Hitlers auch jenseits der deutschen Grenzen ebenso kaltherzig über die Vernichtung der Juden gesprochen worden wäre.
27 Leopold Trepper, Die Wahrheit. Autobiographie, München 1975, S. 345
28 Archiv d. Inst. f. Zg. Nachlaß Hans Jaeger ED 210/31, S. 78
29 Walter Laqueur, Mythos der Revolution, Frankfurt 1967, S. 114
30 Ders., Deutschland und Rußland, Berlin 1965, S. 375
31 Adam B. Ulam, Stalin. The Man and His Era, New York 1973, S. 466
32 Walter G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S. 273; Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus, München 1952, S. 64
33 *Schreckbilder* und *Schreckgespenster* waren im übrigen während der Weimarer Zeit keineswegs auf die angeblich besonders ängstlichen *Kleinbürger* beschränkt. So sagte z. B. Anfang 1929, als noch kaum ein Mensch Hitler ernst nahm, der kommunistische Abgeordnete Stöcker im Reichstag: »Im Wehretat stecken Hunderte von Millionen für geheime Aufrüstungen. Wieviel Panzerzüge besitzt denn die Reichsbahn, und wie viele davon sind schon auf die russische Gleisbreite umgestellt?« Bei den nichtkommunistischen Abgeordneten rief diese Aussage »schallende Heiterkeit« hervor. (Schulthess 1929, S. 35 f.)
34 »In this way, the pattern of the events that led the Western world to new disaster in 1939 war laid down in its entirety by the Allied governments in 1918 and 1919. What we shall have to observe from here on in the relations between Russia, Germany, and the West follows a logic as inexorable as that of any Greek tragedy.« (George Kennan, Russia and the West unter Lenin and Stalin, Boston/Toronto 1960–61, S. 164)
35 Theodor Herzl, Briefe und Tagebücher. Zweiter Band: Zionistisches Tagebuch 1895–1899, Berlin-Frankfurt-Wien 1983
36 S. unten S. 188. Als »Antilenin« wird Hitler von Ernst Niekisch charakterisiert. (»Das Reich der niederen Dämonen«, Hamburg 1953, S. 263)
37 Daß auch schon die frühen Zeitgenossen zu sehr lebendigen Gemälden aus verschiedenartigen Grautönen gelangen konnten, beweist etwa das Buch von Hans Siemsen, Rußland Ja und Nein, Berlin 1931
38 S. unten Anm. 41 zu II,1
39 S. unten S. 438 f.

I *Schlußpunkt und Vorspiel 1933*

1 Erich Czech-Jochberg, Vom 30. Januar zum 21. März. Die Tage der nationalen Erhebung, Leipzig 1933, S. 49, 53, 56
2 Schulthess, 74. Bd. 1933, S. 42 ff.
3 VB vom 4. 3. 1933 (nicht in Domarus und Schulthess)
4 UuF, Bd. IX, S. 83
5 Ebenda
6 S. unten S. 200
7 UuF, Bd. IX, S. 303 f.
8 Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Berlin 1955, S. 243
9 Gerhart Seger, Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann, Karlsbad (Graphia) 1934, S. 61. Eine Gegenschrift wurde bereits Anfang 1934 von dem Kommandanten des Konzen-

trationslagers publiziert, die nicht in jeder Hinsicht unglaubwürdig ist und vor allem die Bürgerkriegssituation anschaulich macht: Konzentrationslager Oranienburg. Von SA-Sturmbannführer Schäfer, Standarte 208, Lagerkommandant. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager, Berlin o. J. (1934)

10 Hans-Günter Richardi, Schule der Gewalt. Die Anfänge des Konzentrationslagers Dachau 1933–1934. Ein dokumentarischer Bericht, München 1983, S. 58, 121, 113

11 IMG, Bd. XXXIII, S. 56 ff.

12 Institut für Zeitgeschichte, ZS 537, Bd. IV, fol. 00010

13 Seger, a. a. O., S. 31, vgl. auch Walter Hornung, Dachau. Eine Chronik, Zürich 1936, wo von *Judenbaracken* die Rede ist. (S. 131)

14 Karl Bömer, Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse, Leipzig 1934, S. 64

15 Zur Boykottbewegung vgl. die Berichte des Referats »Lügenpropaganda – Boykottbewegung« in Pol. Archiv des AA, PO5 NE

16 z. B. Jakow Trachtenberg, Tagebuch eines Sowjetbürgers, Berlin 1932

17 Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda sagen die deutschen Juden selbst, Berlin 1933 (deutsch, holländisch, schwedisch), S. 18, 31, 33
Worauf Hitler sich einließ, als er *den Juden* nun nicht mehr bloß als Parteiführer, sondern als Staatsmann den Krieg erklärte, und wie sehr dieser *Krieg* den Traditionen der Weimarer und sogar der Wilhelminischen Zeit widersprach, wurde schon sehr früh in einem Bericht deutlich, den der britische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, am 28. März 1933 an seinen Außenminister richtete: »Die junge Nazi-Generation weiß nichts von der Tätigkeit, die deutsche Juden und Juden im Ausland während des Kampfes gegen die drückenden Klauseln des Vertrags von Versailles entwickelten. Die gleiche geschickte und unaufhörliche Propaganda, die so viel dazu beitrug, Deutschlands internationale Lage während des letzten Jahrzehnts zu verbessern, wendet sich jetzt gegen die Nazi-Bewegung.« Aber der Botschafter, alles andere als ein Freund der nationalsozialistischen Bewegung, schreibt in demselben Bericht auch: »Die prahlende Art der Lebenshaltung jüdischer Bankiers und Geldleute ... erregte unweigerlich den Neid, als sich die Arbeitslosigkeit allgemein ausbreitete. Die besten Elemente in der jüdischen Gemeinschaft werden jetzt zu leiden haben und leiden noch wegen der Sünden der schlechtesten und noch besonders für die Sünden der russischen und galizischen Juden, die während der Revolution von 1918 in dieses Land kamen.« (DBFP, 2. Series, Bd. V [1933], London 1956, S. 6) Ein Kenner der Geschichte des Zionismus mochte sich an die Vorhersage Theodor Herzls erinnern: »Die soziale Schlacht müßte also jedenfalls auf unserem Rücken geschlagen werden, weil wir im kapitalistischen wie im sozialistischen Lager auf den exponiertesten Punkten stehen.« (Theodor Herzl, Der Judenstaat. In: Zionistische Schriften 1. Bd. Tel Aviv 1934, S. 37)

18 Brigitte Granzow, Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler, London 1964, S. 218, 220

19 Maurice Vaïsse, Frankreich und die Machtergreifung. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 261–273

20 13. Oktober 1933

21 Bömer, a. a. O., S. 45

II *Rückblick auf die Jahre 1917–1932*

1. *Rußlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution*

1 Der russische julianische Kalender blieb um 13 Tage hinter dem gregorianischen Kalender zurück; dem 7. November entsprach also der 25. Oktober. Anfang 1918 erfolgte die Angleichung an die im übrigen Europa übliche Zählung.

2 Die russische Revolution 1917. Der Aufstand der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Eine Dokumentation. Hrsg. von Richard Lorenz, München 1981, S. 252

3 Ebenda, S. 259

4 Ebenda, S. 264 f.

5 Schulthess 1917/II, S. 672
6 Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917, Berlin 1928, S. 143
7 Alexander Rabinowitch: The Bolsheviks Come to Power. London 1979, S. XXII
8 Louis de Robien, Russisches Tagebuch 1917–1918. Aufzeichnungen eines französischen Diplomaten in Petersburg, Stuttgart 1967, S. 18, 23
9 Lenin AW, Bd. 1, S. 876 ff.
10 Ebenda, Bd. II, S. 69 ff.
11 Richard Kohn, Die Russische Revolution in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1965, S. 241
12 G. V. Plechanov, God na rodine. Polnoe sobranie statej i rečij 1917–1918 v dvuch tomach, Paris 1921, Bd. 1, S. 30, 33
13 Lorenz, a. a. O., S. 275
14 Leo Trotzki, Über Lenin, Frankfurt 1964, S. 61
15 Ladislaus Singer, Raubt das Geraubte. Tagebuch der Weltrevolution 1917, Stuttgart 1967, S. 228
16 N. Ja. Ivanov, Kornilovčina i ee razgrom. Iz istorii borby c kontrrevoluciej v 1917 g., Leningrad 1965, S. 126
17 James Bunyan and H. H. Fischer, The Bolshevik Revolution 1917–1918. Documents and Materials, Stanford 1961, S. 25
18 Besonders stark unterstrichen von Trotzki in seiner Schrift »Oktober« von 1924
19 Peter Scheibert, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922, Weinheim 1984, S. 303
20 Einer der schärfsten Gegner schon der Februarrevolution, Vladimir M. Purischkewitsch, äußerte sich damals über die wünschenswerten Maßnahmen mit beinahe den gleichen Worten, wie Hitler sie einige Jahre später in »Mein Kampf« verwenden sollte: »Wenn 1000, 2000, vielleicht 5000 Lumpen an der Front vor die Gewehre gestellt worden wären und einige Dutzend im Hinterland, würden wir nicht eine so präzedenzlose Schmach erlitten haben.« (Rabinowitch, a. a. O., S. 45)
21 John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957, S. 188, 310
22 Bunyan-Fischer, a. a. O., S. 119, 147, 203
23 Ebenda, S. 202
24 N. K. Krupskaja, Oktjabrskie dni, Moskau 1967, S. 23 (zuerst 1934) Mit noch grausigerer Anschaulichkeit bei Robien, a. a. O., S. 156 f.
25 Bunyan-Fischer, a. a. O., S. 236
26 M. Bonch-Brujevich, From Tsarist General to Red Army Commander, Moscow 1966, S. 222
27 Scheibert, a. a. O., S. 297
28 Lenin Werke, Bd. 27, S. 107
29 Claude Anet, La révolution russe. La terreur maximaliste, Paris 1919, S. 150
30 Dekrety sovetskoj vlasti, Moskau 1957, Bd. 3, S. 291 f.
31 Bunyan-Fischer, a. a. O., S. 517
32 Nezavizimoe rabočie dviženie 1918 godu. Dokumenty i materialy, Paris 1981, S. 227
33 Ebenda, S. 295–305
34 Maxim Gorkij, Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution von 1917 bis 1918. Hrsg. v. Bernd Scholz, Frankfurt 1972, S. 88, 98, 106, 121, 142, 156 f., 159
35 Alfons Paquet, Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau, Jena 1919, S. 112 f.
36 Hans Vorst, Das bolschewistische Rußland, Leipzig 1919, S. 153
37 de Robien, a. a. O., S. 35
38 Scheibert, a. a. O., S. 82
39 Reed, a. a. O., S. 163
40 Scheibert, a. a. O., S. 85 (Krasnyj Meč v. 18. 8. 1919)
41 Die Äußerung wird von David Shub (Lenin, Wiesbaden 1957) folgendermaßen zitiert: »Um unsere Feinde erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir unseren eigenen sozialistischen Militarismus haben. Von den hundert Millionen Einwohnern Rußlands unter den Sowjets, müssen wir neunzig davon für uns gewinnen. Was den Rest anbetrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen; sie müssen ausgerottet werden.« Als Fundstelle wird angegeben »Severnaia Kommuna«, Abendausgabe vom 18. September 1918, S. 375

Weil diese Äußerung trotz der Quellenangabe auf den ersten Blick tatsächlich unglaubwürdig erscheint, habe ich mir große Mühe gegeben, sie nachzuprüfen. In Deutschland gibt es kein Exemplar der »Severnaia Kommuna. Izvestiia Petrogradskogo Soveta rabočich i krasnoarmeiskich deputatov«, und die Staatsbibliothek in Leningrad verfügt nicht über Mikrofilme. Schließlich erhielt ich einen Mikrofilm von der Hoover Institution on War, Revolution and Peace in Stanford. Das Zitat David Shubs erwies sich als essentiell korrekt. Es findet sich allerdings in der Nr. 109 vom 19. September 1918 auf S. 2, und die Resolution, von der Shub spricht, wurde nicht im Anschluß an die Rede Sinowjews gefaßt.

Der größere Zusammenhang ändert das Bild nur insofern, als nicht in erster Linie von Kriegsschuldigen die Rede ist, sondern von Kulaken, die auf die Einführung des freien Handels drängen und dabei sogar von Kommunisten wie Larin unterstützt werden. Sinowjew beschäftigte sich in seiner Rede auf der siebenten gesamtstädtischen Konferenz der Kommunisten im Smolnyj zunächst mit der außenpolitischen Situation und ging dann auf die innenpolitische Lage über, wo der Höhepunkt des Klassenkampfes dadurch erreicht sei, daß nicht nur die russischen Ausbeuter, sondern auch die gesamte Weltbourgeoisie einschließlich der Scheidemänner über den Mordanschlag auf Lenin gejubelt hätten. Besonders gefährlich seien die Kulaken, welche die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln nur zu ihren Bedingungen gewährleisten wollten. Daher sei die »Arbeit im Dorf« der Kernpunkt von allem. Dann fuhr er folgendermaßen fort: »Wir müssen uns wie ein Kriegslager verhalten, aus dem Truppen ins Dorf geschickt werden. Wenn wir unsere Armee nicht vergrößern, wird unsere Bourgeoisie uns niedermetzeln. Es gibt für uns keinen anderen Weg. Wir und sie können nicht auf einem Planeten leben. Wir brauchen einen eigenen sozialistischen Militarismus zur Überwindung unserer Feinde. Von den hundert Millionen der Bevölkerung in Sowjetrußland müssen wir neunzig für uns gewinnen (wörtlich: hinter uns herziehen). Mit den übrigen haben wir nicht zu reden, wir müssen sie ausrotten (uničtožat'). Eine große Verantwortung vor dem Weltproletariat liegt auf uns, welches sieht, daß nur in Rußland die Macht auf die Arbeiterklasse übergegangen ist.« Nach der abschließenden Aufforderung, mit allen Kräften für den Sieg zu kämpfen, wurde die Rede des »Führers der nördlichen Kommune« mit »stürmischen Beifallskundgebungen« bedacht.

Weil die Quelle so schwer zugänglich und zugleich als Organ Sinowjews so wichtig ist, paraphrasiere bzw. übersetze ich im folgenden noch einige aufschlußreiche Stellen.

Am 31. August 1918 ist die Ermordung Uritzkis die Hauptnachricht, das Attentat auf Lenin figuriert nur als eine Art von *letzter Meldung*. Über die Festnahme des Mörders Leonid Akimovič Kanegisser heißt es, er sei ein früherer Junker der Michailowschen Artillerieschule, ein Jude und zugleich ein Adliger. Er habe an der Revolution von 1905 teilgenommen und den Entschluß zur Ermordung Uritzkis erst gefaßt, als in der Presse Nachrichten über Massenerschießungen mit den Unterschriften von Uritzki und Joselewitsch, erschienen seien. Die Hauptaufgabe der Untersuchungskommission sei nun die Klärung der Frage, ob das Attentat ein Einzelverbrechen sei oder ob eine Organisation dahinterstehe. Weil festgestellt worden sei, daß Kanegisser sich im Hause der englischen Gesellschaft auf der Millionaia zu verstecken gesucht habe, wurde schon am folgenden Tage eine Haussuchung in der englischen Gesandtschaft vorgenommen, bei der es zu einem Schußwechsel kam und auf beiden Seiten Opfer zu beklagen waren. Ferner hieß es, alle Familienangehörigen Kanegissers seien verhaftet, um aufzuklären, ob sie mit seinen verbrecherischen Plänen in Verbindung ständen (1. September).

Obwohl also weder in Petrograd noch in Moskau verläßliche Untersuchungsergebnisse erzielt worden waren, wurde schon am 2. 9. eine Resolution abgedruckt, nach der das Proletariat auf die verräterischen Schüsse so zu antworten wissen werde, »daß die ganze Bourgeoisie und ihre Helfershelfer vor Entsetzen erzittern werden«. Am gleichen Tage wurde über eine Rede Sinowjews berichtet, in der er die Zuversicht zum Ausdruck brachte, daß in Bälde ein Weltsowjet der Volkskommissare amtieren werde, dessen Vorsitzender kein anderer als der Genosse Lenin sein werde. Zugleich rief Sinowjew seine Zuhörer auf, »Rache, erbarmungslose Rache« an allen zu üben, die gegen das arbeitende Volk seien: »Reißt alles

Mitleid aus euren Herzen!« Am gleichen Tage wird aus Moskau die Nachricht gebracht, die Attentäterin (Fannija Kaplan) sei eine Intellektuelle (»intelligentka«), welche die Bolschewiki als Volksfeinde und Lenin als einen Verräter am Sozialismus bezeichnet habe (s. unten S. 398). Am 4. 9. wird der unten S. 339 angeführte Aufruf von Smilga u. a. gedruckt, und am 5. 9. ein Befehl des Kommandanten Bersin der n-ten Armee, »die kleinste Meuterei, den kleinsten Versuch eines Aufstands gegen die Sowjetmacht, im Hinterland und an der Front, mit Feuer und Schwert zu ahnden«.

Von vergleichbaren Aufrufen und Aufforderungen ist die Zeitung während des ganzen Monats September voll. Die Bürgerkriegsatmosphäre ist nur allzu gut spürbar, aber auch jenes *Überschießen*, das am stärksten in der zu Anfang zitierten Äußerung Sinowjews vom 17. September zum Vorschein gelangt.

2. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution*

1 Zum Marxismus insgesamt vgl. Ernst Nolte, Marxismus und Industrielle Revolution, Stuttgart 1983

2 »Kurzum, es war unsere Zurückgebliebenheit auf wirtschaftlichem wie auf demokratischem Gebiete, die uns an die Spitze brachte …« – »Da überrascht zunächst die Tatsache, daß im *reaktionären* Deutschland die arbeitenden Klassen eine viel solidere Machtstellung im sozialen Leben sich haben erobern können als in England oder gar in Frankreich.« (Paul Lensch, Drei Jahre Weltrevolution, Berlin 1917, S. 26, 209)

3 Ebenda, S. 51: »So legten sich die in ihrer Ökonomie stagnierenden Länder, England als großbürgerlicher, Frankreich als kleinbürgerlicher Rentnerstaat und Rußland als halbbarbarische Eroberungsmacht wie fette Katzen auf ihr *Eigentum* und ließen das vorwärtstreibende deutsche Element nirgends ankommen … Das Ergebnis war die Revolution des Weltkrieges mit Deutschland als ihrem Bannerträger.«

4 Ebenda, S. 185

5 Ernst Meyer, Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, Berlin 1927, S. 21

6 Spartakusbriefe. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, S. 224 f.

7 Ebenda, S. 83

8 Vgl. Rosa Luxemburg über einen etwaigen »Gewaltfrieden« gegenüber Rußland: »Oder – Rußland wird gedemütigt, verliert zum Teil seine westlichen am weitesten entwickelten und revolutionierten Provinzen … (dann) hätten wir in zehn, spätestens zwanzig Jahren einen neuen deutsch-russischen Krieg …« (Spartakusbriefe, S. 70 f.)

9 Ebenda, S. 174

10 Schulthess, 1918/I, S. 591

11 Spartakusbriefe, a. a. O., S. 423 f.

12 Ebenda, S. 440

13 Ebenda, S. 322

14 Leo Stern (Hrsg.), Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin 1959, S. 820 f. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II)

15 Hermann Weber (Hrsg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt 1969, S. 84

16 Hermann Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin 1963, S. 38

17 Ebenda, S. 42

18 Ebenda, S. 35

19 Ebenda, S. 36

20 Lenin Werke, Bd. 27, S. 49

3. *Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919–1921*

1 Vorwärts vom 7. 11. 1918 (Schulthess 1918/I, S. 420)
2 Vorwärts v. 2. 12., 10. 11., 24. 12., 27. 12. 1918
3 RF v. 18. 11. 1918
4 UuF Bd. III, S. 67
5 RF v. 6. 1. und 7. 1. 1919
6 BAK, Nachlaß Rosa Meyer-Leviné, Bd. 32, fol. 32
7 RF v. 15. 4. 1921
8 RF v. 3. 3. 1919
9 Revolution und Räterepublik in München in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1969, S. 327
10 Lenin Werke, Bd. 29, S. 314 f.
11 Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967, S. 286
12 Thomas Mann, Tagebücher 1918–1921. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt 1981², S. 223
13 Lenin Werke, Bd. 28, S. 441 f. (»Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas«, die betr. Stelle geschrieben am 12. Januar 1919, Abschluß des Briefes am 19. 1.)
14 Manifeste, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Hamburg 1920, S. 21, 17
15 Ebenda, S. 78 ff.
16 Lenin, AW, Bd. II, S. 886, 408
17 Zum Thema »Emigration« s. unten Kap. IV, 7
18 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 469 (Faksimile)
19 Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, 3 Bde., Frankfurt 1970, 1973, 1978
20 UuF IV, S. 122
21 Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969, S. 315
22 UuF IV, 128
23 Ebenda, S. 145 f.
24 Nach »Protokolle der USPD-Parteitage«, Bd. 3, 1920, S. 215 (Martow)
25 Ebenda. Die Grund- und Hauptschwierigkeit für alle *Weißen* bestand darin, daß sie auch dann, wenn sie die Übergabe des Landes der Gutsbesitzer an die Bauern nicht als Unrecht oder Betrug empfanden, den faktischen Zustand nicht einfach sanktionieren konnten, sondern die Entscheidung einem künftigen freigewählten Parlament bzw. einer Nationalversammlung vorbehalten mußten, so daß es den Aussagen an Konkretheit fehlte, etwa »Wir streben danach, ein Minimum an Ordnung aufzurichten, bei dem das Volk imstande ist, sich frei zu versammeln und seinen Willen frei zum Ausdruck zu bringen.« (Vospominanija generala Barona P. N. Wrangela, Neudruck Frankfurt, 1969, S. 123).
Mit sehr viel mehr Emotion war die Prophezeiung verbunden, daß die europäische demokratische Gesellschaft selbst zur bewaffneten Verteidigung ihrer kulturellen und politischen Errungenschaften gegen den Feind der Zivilisation werde antreten müssen, wenn das Opfer der Freiwilligenarmee sich als vergeblich erweisen sollte.
26 Hermann Weber (Anm. 16, Kap. II,2), S. 206
27 Die Kommunistische Internationale, Nr. 13, S. 31
28 G. Sinowjew, Die Weltrevolution und die III. Kommunistische Internationale. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, Hamburg 1920, S. 29 f., 59
29 Protokolle der USPD-Parteitage, Bd. 3, 1920, S. 217
30 Sinowjew, a. a. O., S. 68
31 G. Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, Hamburg 1921, S. 77 f., 74
32 Frits Kool und Erwin Oberländer (Hrsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, 2 Bde., München, 1972 (Orig. Olten 1967), Bd. 1, S. 184
33 Lenin AW, Bd. II, S. 830
34 Kool und Oberländer, a. a. O., Bd. 2, S. 343
35 Ebenda, S. 385 ff.

36 RF v. 18. 3. 1921
37 Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen. Enthülltes und Verschwiegenes, Hrsg. von der Zentrale der KPD, Halle 1922, S. 20
38 Hierzu vergleiche: »Marxismus und Industrielle Revolution« (Anm. 1, Kap. II,2), S. 520–534 und »Deutschland und der Kalte Krieg«, Stuttgart 1985², Kap. I,3; S. 61–74
39 Noe Jordania, Imperialismus unter revolutionärer Maske. Eine Antwort an Trotzki, Berlin o. J. (»Ein Häuflein Bolschewisten wird sich in jedem beliebigen Lande finden, und wenn die Moskauer Regierung das Recht für sich in Anspruch nimmt, jedem Häuflein Bolschewisten in einem anderen Lande ihre Armeen zu Hilfe zu schicken, so eröffnet sich für sie die Perspektive von Kriegen in allen Teilen der Welt ... Den wirklichen Grund dieser Eroberung... hat Radek öffentlich ausgeplaudert, indem er in der Berliner Konferenz der drei Internationalen erklärte, die Moskauer Regierung habe Georgien erobert, weil sie die Ausgangswege des Bakuer Naphthas zum Schwarzen Meer in ihrer Hand halten müsse.« (S. 15 f.)

4. *Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers*

1 L'opinion publique européenne devant la Revolution russe de 1917, avec une introduction de Fernand l'Huillier, Paris 1968, S. 67 (*Berliner Tageblatt* zwei Tage nach dem Sieg der Bolschewiki)
2 E. Malcolm Carroll, Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921, Chapel Hill 1965, S. 15
3 Paul Elzbacher, Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft, Jena 1919, S. 40, 21, 33 f.
4 S. oben S. 77
5 Seeds of Conflict, Series 4 »The Opposition at Home and Abroad«, Bd. 1, S. 8 (Nachdruck Nendeln 1975). Einen bemerkenswerten Beitrag zur Bestimmung des qualitativ Neuartigen im bolschewistischen Terror gab einige Jahre später J. Steinberg, der im Winter 1917/18 als linker Sozialrevolutionär der Justizkommissar im Rat der Volkskommissare gewesen war. In seinem Buch »Gewalt und Terror in der Revolution (Oktoberrevolution oder Bolschewismus)«, Berlin 1931, schreibt er: »... Ich will nur einen Akt der sozialistischen Staatsgewalt erwähnen, der der künftigen Selbstjustiz von oben (also nicht von unten) den Weg bahnte. Es war die Erklärung vom Dezember 1917 gegen die bürgerlich-liberale Kadettenpartei. Die letztere wurde ›außerhalb des Gesetzes gestellt‹. ... Das Dekret bedeutete, daß von nun an keine reale Person wegen eines realen Verbrechens angeklagt wurde und daß eine politische und soziale Abstraktion *(die Kadettenpartei)* dem allgemeinen Verdacht, der allgemeinen Wut ausgeliefert wurde, daß ferner die zu dieser Abstraktion gehörenden Menschen als lebende, leidende Wesen zu existieren aufhörten ... Mit diesem mit dem Geist des Sozialismus in schreiendem Widerspruch stehenden Akt sagte man den Massen zum ersten Male: Bei euren gegenwärtigen oder künftigen Leiden seid ihr nicht mehr verpflichtet, nach der Schuld der Schuldigen zu forschen ... ihr könnt einfach an einem gegebenen Sündenbock Vergeltung üben, euch direkt rächen und eure Feinde wie Kriminalverbrecher strafen und vernichten. Erst durch dieses Dekret der Räteregierung wurde die gegenseitige Haftpflicht und die Institution der Festnahme von Geiseln, die jetzt, wie ein eiserner Reifen, die ganze Revolution umklammern, geschaffen.« (S. 35).
Zur Frage der Vergleichbarkeit von Massenverbrechen ist die folgende Äußerung von Wichtigkeit, die dem Bulletin des Zentralkomitees der Partei der linken Sozialrevolutionäre Nr. 1 vom Januar 1919 entnommen ist: »Im Gouvernement Tambow fand eine absolut spontane Erhebung in 40 Gemeinden statt. Man unterdrückte sie in der unmenschlichsten Weise. Panzerautos und giftige Gase wurden in Anwendung gebracht ...« (S. 71)
Auf S. 329 bezeichnet der ehemalige Volkskommissar Lenin mit Nachdruck als »den Urheber des Terrors«.
6 Die russische Revolution und die sozialistische Internationale. Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod, Jena 1932, S. 180–205, bes. S. 180, 183, 186 f.
7 Alexander Berkman, Die Kronstadt Rebellion, Berlin 1923, S. 29

8 Ein früher Versuch, Rosa Luxemburg zu verteidigen, war Clara Zetkins Schrift von 1922 »Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution«. Aber das Resultat war mehr eine Verteidigung des roten Terrors als eine Begründung des Konzepts der Sowjetdemokratie. Charakteristisch war wieder der Vorwurf, daß »die Reventlow, Friedberg, Erzberger ... ohne mit der Wimper zu zucken anderthalb Millionen deutscher Männer und Jünglinge zur Schlachtbank getrieben« hätten und daher kein Recht besäßen, »im heiseren Chor über den Terror der Diktatur des Proletariats zu schreien«. (S. 97).

9 Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Wien 1920, S. 119

10 Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919, S. 140, 152

11 Paul Olberg, Briefe aus Sowjet-Rußland, Stuttgart 1919, S. 146, 113

12 Carroll, a. a. O., S. 34

13 Vom »revolutionären Totalismus Lenins« sprach Alfons Paquet in seinen Briefen aus Moskau auf S. 111 (vgl. Anm. 35, Kap. II,1)

14 Alex P. Schmid, Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg, November 1918–März 1920, Zürich 1974, S. 312

15 Ebenda

16 Carroll, a. a. O., S. 153

17 Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf o. J. (wohl 1935), S. 46 ff.

18 Berlin 1918

19 Günther Axhausen, Organisation Escherich. Die Bewegung zur nationalen Einheitsfront, Leipzig-Berlin 1921, S. 21

20 Zu Dietrich Eckart und zur Frühzeit der NSDAP vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 385–409, bes. 403 ff.
Was das »Parteiprogramm« der 25 Punkte vom 24. Februar 1920 angeht, so ist es zwar erheblich härter formuliert als die ersten Verlautbarungen von Drexlers DAP, aber die Entstehung in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, also zwischen der Annahme des Friedensvertrages und dem Kapp-Putsch, ist ihm doch deutlich anzumerken. Da der Begriff *Kommunismus* bzw. *Bolschewismus* nicht vorkommt und also auch nicht zu *Judentum* in Beziehung gesetzt wird, ist dieses Programm für das frühe Denken Hitlers und seiner Partei nur partiell repräsentativ. Hier dürfte auch der Grund für die Geringschätzung zu suchen sein, die Hitler dem Programm gegenüber später an den Tag legte.

21 S. oben S. 108 f.

22 Paul Leverkuehn, Posten auf ewiger Wache. Aus dem abenteuerreichen Leben des Max von Scheubner-Richter, Essen 1938, S. 46 (Der eigentliche Verfasser des Buches war Erik Reger, und diese Tatsache wurde von nationalsozialistischer Seite scharf kritisiert. Vgl. Adolf Kriener, Eine Ehrung für von Scheubner-Richter? Eine notwendige Betrachtung: In: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 571 vom 7. 12. 1938)

23 Vgl. die Sammlung von Presseberichten in BA, NS 26/vorl. 1197. Die *Rote Fahne* sprach, wie nicht anders zu erwarten war, vom »russischen Kongreß der Schwarzen Hundert« (9. 7. 1921)

24 Ute Döser, Das bolschewistische Rußland in der deutschen Rechtspresse 1918–1925. Eine Studie zum publizistischen Kampf in der Weimarer Republik, Berlin 1961, S. 169. Im VB erschien die Nachricht am 26. 4. 1920 in einem Aufsatz von Arnold Rechberg »Der Bolschewismus in Rußland«, und 1924 auch in dem Buch des als verläßlich geltenden Historikers und Volkssozialisten S. P. Melgunow, Der rote Terror in Rußland, Berlin 1924, S. 247. Von Melgunow stammt ebenfalls die sehr eindringliche und die Schwächen der *revolutionären Demokratie* sehr hervorhebende Untersuchung »Kak Bolševiki zachvatili vlast'«, Paris 1953. Als Beweis seiner Zuverlässigkeit darf gelten, daß er die detaillierten Zahlenangaben über die Opfer des roten Terrors mit einem Fragezeichen versieht, die von einem Autor namens Sarolea stammen und auch von Churchill und im Schulthess angeführt werden (Der rote Terror, S. 168). Um so eindrucksvoller ist, was er über die Todesschlucht in Saratow (203) oder die Tötung von Offizieren in Kesselfeuerungen und die *Pfählungen* von Geistlichen berichtet. (248) Einer der harmlosesten Berichte ist der, daß die Reinigung der Aborte mit bloßen Händen an vielen Orten verlangt wurde und daß auch dem ehemaligen

Oberbefehlshaber General Rußki dieses Schicksal nicht erspart geblieben sei (297). Melgunow verschweigt aber auch nicht die Grausamkeiten, die von den aufständischen Bauern an gefangenen Kommunisten begangen wurden (S. 192). Den essentiellen Unterschied sieht er mit Recht darin, daß es auf weißer Seite keine Entsprechung zu den öffentlichen Aufforderungen zum *Massenterror*, d. h. zur Ausrottung nach soziologischen Kriterien geben konnte. Daß der Begriff *chinesische Tschekisten* auch bei den Bolschewiki selbst gebräuchlich war, geht aus dem Buch von F. Fomin »Zapiski starogo Čekista«, Moskau 1964, hervor, in dem ein Kapitel über »chinesische Tscheka-Kämpfer« enthalten ist (S. 54–60). Hier ist von bestimmten Foltermethoden natürlich nicht die Rede. Das Verfahren wurde jedoch weltbekannt, als George Orwell es in seinem Buch »1984« als eine Methode der Geheimpolizei des »Großen Bruders« beschrieb. Die Herkunft aus der antibolschewistischen Literatur erwähnte er nicht.

25 Alfred Rosenberg, Pest in Rußland. Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer. Gekürzt herausgegeben von Dr. Georg Leibbrandt, München o. J., S. 13, 36, 30

26 Walter Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin 1965, S. 67

27 Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Herausgegeben von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 88–90

28 Ebenda, S. 202, 275, 279 ff. und passim. Im Text heißt es »Blutengel« bzw. »Bürger«, aber es handelt sich offensichtlich um Schreib- bzw. Druckfehler

29 Ebenda, S. 379

30 VB v. 19. 7. 1922

31 Vgl. Ernst Nolte, a. a. O. (Anm. 1, Kap. II,2), S. 180 (zu Piercy Ravenstone), 280–285

32 S. unten S. 160

33 Jane Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 1, London 1952, S. 217 f.

34 Jäckel-Kuhn, a. a. O., S. 96

35 S. oben Anm. 13

5. *»Weltrevolution« oder »nationale Regierung« in Deutschland? Das Krisenjahr 1923*

1 Protokoll. Fünfter Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Hamburg o. J. (1924), Bd. 1, S. 323

2 Heinrich Brandler, ebda., S. 221

3 Erich Wollenberg, Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne, Bonn 1952, S. 10 f. Wollenberg war selbst einer dieser Oberleiter.

4 RF v. 26. Juni 1923

5 Schlageter. Eine Auseinandersetzung. Karl Radek/P. Frölich/Graf Ernst Reventlow/Moeller van den Bruck, Berlin 1923, S. 7

6 Ebenda

7 RF v. 2. 8. 1923

8 »Die Aktion«, Jg. 1923, S. 374

9 etwa RF v. 25. 7.: es sei gewiß nötig, daß die Entente und die jüdischen Kapitalisten bekämpft würden, aber in erster Linie handle es sich um Haniel, Thyssen, Klöckner, Krupp und Stinnes.

10 RF v. 18. 9. 1923: »Schlageter ...«, a. a. O., S. 7 f.

11 RF v. 12. 7. 1923

12 RF v. 22. 4. 1923: »Bereitschaft im Osten« von J. Eisenberger

13 RF v. 10. 10. 1923

14 »Inprekorr« Nr. 163 v. 19. 10. 1923, S. 1387 ff.

15 Protokoll ..., a. a. O., S. 231

16 Jäckel-Kuhn, a. a. O. (Anm. 27, Kap. II,4), S. 630

6. *Die Sowjetunion vom Tode Lenin bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins*

1 Vgl. den kurzen, aber bedeutenden Beitrag von Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien. In: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 32–47
2 Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, S. 351
3 Lenin Werke, Bd. 33, S. 335 ff.
4 »Um den Oktober.« Trotzki/Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen, Hamburg 1925, S. 141 (Kun)
5 Das Vorhergehende ist überwiegend dem Beitrag von Kun entnommen; das wörtliche Zitat stammt aus demjenigen von Kuusinen S. 226
6 Der Sowjetkommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hans-Joachim Lieber und Karl Heinz Ruffmann, Köln-Berlin 1963, Bd. 1, S. 242
7 G. Glezerman, Likwidacija eksploatorskich klassov i preodolenie klassovych razlitsij v SSSR, Moskau 1949, S. 70
8 Lenin Werke, a. a. O., Bd. 33, S. 428 und 209
9 F. M. Vaganov, Pravyj uklon v. BKP (B) i ee razgrom (1928–1930 gg.), S. 216, 218. Es ist vermutlich bezeichnend, daß für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Abweichung derselbe Terminus benutzt wird wie für den Sieg über Kornilow, nämlich Vernichtung (razgrom)
10 Der Sowjetkommunismus, a. a. O., S. 255 ff.
11 Ebenda, S. 259 f.
12 Ergreifende Schilderungen z. B. bei Iwan L. Solonewitsch, Die Verlorenen, 2 Bde., 1934 und 1937. Vgl. aber auch J. Steinberg, a. a. O. (Anm. 5, Kap. II,4), also 1931, S. 332 mit Verwendung des Begriffs *Entkulakisierung*.
13 London 1958, bes. Kap. 12 »The Story of Collectivization«, S. 238–264
14 »Brüder in Not. Dokumente des Massentodes und der Verfolgung deutscher Glaubens- und Volksgenossen im Reich des Bolschewismus.« Hrsg. von der Informationsabteilung des Evangelischen Presseverbandes in Deutschland, Berlin 1933. Ein Brief aus dem Wolgagebiet von März 1933: »Das große Dorf (von etwa 8000 Einwohnern) ist halb leer. ... Und da gehen die Eltern in Sowjet und fragen, ob sie ihre verhungerten Kinder essen dürfen.« Aus dem Kubangebiet: »Es wird alle Tage schwerer für uns. Es sind schon viele Dörfer, wo schon der dritte Teil verhungert ist, und es fallen noch viele.« (S. 6 f.). Die Meinung des besten Kenners geht dahin, daß Stalin die Vernichtung eines großen Teils der ukrainischen Bevölkerung und insbesondere der ukrainischen Intelligenz ausdrücklich intendierte. (Robert Conquest, The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror Famine, New York 1986)
15 Otto Heller, Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Wien/Berlin 1931, S. 123 f., 77, 21 f., 154
16 Stalin Werke, Bd. 13, S. 36

7. *Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924–1929*

1 Jäckel-Kuhn, a. a. O. (Anm. 27, Kap. II,4), S. 1210, 1215 f.
2 Pol. Archiv des AA, IV Ru 366/2, Bd. 1, fol. 091, Bericht vom 28. 1. 1925
3 Ausgabe vom 3. 7. 1925
4 Ausgabe vom 29. 6. 1925
5 Pol. Archiv des AA, IV Ru 366/3, fol. 167, Bericht v. 24. 2. 25
6 Die 7 Bände von Geheimakten über den Studentenprozeß im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (unter IV Ru 366) bieten eine Fülle von Informationen. Karl Kindermann schrieb später ein Buch über seine Erfahrungen in der Lubjanka mit dem Titel »Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU« (Berlin/Leipzig 1931)
7 Hermann Weber, a. a. O. (Anm. 16, Kap. II,2), S. 88–93

8 Hamburg 1925, S. 12, 14, 133, 101, 47
9 MK, S. 43
10 Ebenda, S. 44 f.
11 Ebenda, S. 64, 66
12 Vgl. etwa Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1968, S. 61: »Die Wochen in der KiHi wurden für mich zu einer intensiven kommunistischen Schulung... Alles schien mir plötzlich wunderbar leicht begreiflich zu sein.«
13 MK. S. 69 f.
14 Ebenda, S. 182: »Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkriegs zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren.«
15 Wie sehr Hitler auch nach dem Tode Dietrich Eckarts und Scheubner-Richters mit russischen Erfahrungen (oder, wenn man will, mit den Greuelerzählungen der Emigranten) in nahem Kontakt blieb, macht z. B. ein Bericht des VB vom 2./3. April 1926 deutlich. Hier wird auf der ersten Seite in sechs Spalten über eine Versammlung der NSDAP in München berichtet, in welcher der russische Emigrant Professor Gregor eine erschütternde Rede über die Untaten der Tscheka gehalten habe, die von Kommunisten in »beispielloser Herzensroheit« durch Lärm und Gelächter schwer gestört worden sei. Die Anwesenheit Adolf Hitlers wird ausdrücklich vermerkt. Daß eine unmittelbare und für Hitler manchmal nicht ungefährliche Konfrontation bis 1933 nicht aufhörte, geht auch aus den Lebenserinnerungen des ehemaligen Gauleiters von Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, hervor, der selbst aus antikommunistischen Emotionen heraus als katholischer Junglehrer zur NSDAP gekommen war. Er berichtet von einer Hitler-Veranstaltung in Halle, bei der Hitler auf der Rückfahrt vom Versammlungsort in ernste Gefahr geraten sei, als die Polizei für einen Augenblick von Leuten der »Antifa« von seinem Auto weggedrängt worden sei: »Immer noch stumm verbissen stiegen wir aus dem Wagen. Auch in Hitler pochte noch die Erregung. Er sagte mir mit drohendem Blick: ›Zwischen diesem Mordgesindel und uns gibt es keine Verständigung – und keinen Pardon. Zwischen ihnen und uns fällt die letzte Entscheidung‹.« (Rudolf Jordan, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni 1971, S. 49)
16 Hamburg 1925
17 Die detaillierte Geschichte dieses Volksentscheids findet sich bei Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung..., Düsseldorf 1978
18 Siegfried Bahne, Zwischen »Luxemburgismus« und »Stalinismus«. Die »ultralinke« Opposition in der KPD. In: Vjh. f. Ztg. 9 (1961), S. 362
19 Ebenda, S. 366, 369
20 Mit aller wünschenswerten Ausführlichkeit geschieht das bei Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969
21 Leo Trotzki, Wer leitet heute die Kommunistische Internationale?, Berlin 1930, S. 42. Ders., Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin 1930, S. 14
22 Zwickau o. J., S. 26
23 Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966, S. 196
24 Auch hier tut man indessen gut daran, sich den entgegengesetzten Extremismus vor Augen zu halten, etwa die These von Theodor Lessing, die einzige Gefahr, die die Welt bedrohe, sei die weiße Rasse, eine Äußerung, die Alfred Rosenberg auf dem Nürnberger Reichsparteitag von 1927 scharf attackierte. (Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Nürnberg 19./21. August 1927. Der Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 37)
25 MK, a. a. O., S. 754
26 Thomas Kunz, Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner »Blutmai« von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe. In: IWK, 22. Jg., Heft 3 (Sept. 1986), S. 297–317, S. 299

27 Ausgabe vom 3. 5. 1929
28 Die Rote Sturmfahne vom 4. 5. 1929
29 Abendausgabe vom 2. 5. 1929
30 3. 5. 1929. Diese und zahlreiche weitere Pressestimmen in GStA, Rep. 219, Nr. 47

8. *Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion*

1 Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien und München 1966, S. 317
2 Vgl. seine Denkschrift vom April 1919 in: Herbert Helbig, Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau. (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 2, Berlin 1955) S. 286–344, S. 291 f.
3 Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 185–188
4 Karl Radek, Deutschland und Rußland. Ein in der Moabiter Schutzhaft geschriebener Artikel für »richtiggehende« Bourgeois, Berlin 1920, S. 12. Die Schrift stammte also aus dem Frühjahr 1919, wo Radek in seiner Zelle in Moabit nicht nur Kommunisten, sondern auch bürgerliche Politiker, Wirtschaftsführer usw. (darunter Rathenau) als eine Art inoffizieller Botschafter der Sowjetrepublik empfangen hatte. Sie wurde zuerst publiziert in »Die Zukunft«, Nr. 19 vom 7. Februar 1920
5 Lenin Werke, Ergänzungsband Oktober 1917–März 1923, S. 421–423
6 Ausgaben vom 22. 4 und 29. 4. 1922
7 Helbig, a. a. O., S. 329, 334. Höchst aufschlußreich sind die im Pol. Archiv des AA unter dem Titel »Kupferberg gold« gesammelten Geheimgespräche Brockdorff-Rantzaus aus der Zeit von 1923 bis 1928. Hier nennt er in einem seiner letzten Gespräche (Berlin, 1. 8. 28) die »Intimität« des deutsch-russischen Verhältnisses »bis zu einem weitgehenden Grade einen Bluff«, er spricht von der »Schweineentente« (Gespräch mit General Hasse am 21. 2. 1923), und er äußert sich über die »Hetze Herrn Sinowjews oder Apfelbaums« (Gespräch mit Tschitscherin v. 25. 2. 25). Trotzdem brachte die »Prawda« am 11. 9. 28 einen rühmenden Nekrolog des »allerloyalsten, allerwohlwollendsten, allerzugänglichsten und daher allerangenehmsten bürgerlichen Botschafters im Roten Moskau«, welcher »der ehrgeizige, aristokratisch hochfahrende Graf« gewesen sei. (Gustav Hilger, a. a. O. (Anm. 8 zu Kap. I), S. 99
8 Günter Rosenfeld, Sowjet-Rußland und Deutschland, 2 Bde., 1917–1922 und 1922–1923, Köln 1984, Bd. II, S. 121
9 S. oben, S. 162
10 Vgl. G. Hilger, a. a. O., S. 218
11 Augur, Soviet versus Civilization, London o. J. (1926) S. 74 f.
12 Jean Herbette, Ein französischer Diplomat über bolschewistische Gefahr, Berlin 1943, S. 147 f.
13 Die Rote Armee und die Rote Flotte, Hamburg-Berlin 1932, S. 23
14 F. A. Krummacher/Helmut Lange, Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk bis zum Unternehmen Barbarossa, München und Esslingen 1970, S. 502 f.
15 ADAP, Serie B, 1925–1933, Bd. 11, S. 481
16 Ebenda, S. 502 f.
17 Vgl. hierzu Heinz Höhne, Krieg im Dunklen. Macht und Einfluß des deutschen und russischen Geheimdienstes, Gütersloh 1985, S. 270 ff.; Walter Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S. 64; Franz Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen. In: IWK, 17, 1981, S. 485–533, S. 492
18 Stalin zu Emil Ludwig am 13. Dezember 1931: »Ist das eine Anerkennung des Versailler Systems? Nein. Oder ist das vielleicht eine Garantie für die Grenzen? Nein. Wir waren nie die Garanten Polens und werden es nie werden.« J. W. Stalin, Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S. 103 ff. Eine frühere und noch schroffere Festlegung des revisionistischen Standpunkts der Sowjetunion in: ebda, Bd. 7, S. 235 ff.

9. *Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland*

1 Text in Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, a. a. O. (Anm. 16, Kap. II,2), S. 58–65
2 Heinrich Fraenkel – Roger Manvell, Hermann Göring, Hannover 1964, S. 57
3 Im Lande der Roten Fahne. Bericht der zweiten Arbeiterdelegation über Sowjetrußland, Berlin o. J. (wohl 1927), S. 152. Es kam jedoch nicht ganz selten vor, daß Teilnehmer sich nach der Rückkehr von den kollektiven Erklärungen distanzierten, die sie in der Sowjetunion unterschrieben hatten, so z. B. ein *proletarischer Freidenker*, der bereits 1926 die Leninverehrung und den Stalinkult scharf kritisierte. (Erich Mäder, Zwischen Leningrad und Baku. Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjetrußland?, Windischleuba 1926)
4 »Kampf um die Scholle.« Das Bauernhilfsprogramm der KPD, Berlin 1931, S. 19
5 »Marxismus für Antimarxisten. Ein Wegweiser für Gegner, die ihn kennenlernen wollen«, Berlin 1931, S. 7
6 Hamburg 1925, S. 11, 9, 17
7 »Volksrevolution gegen Faschismus.« Rede des Genossen Walter Ulbricht vor den Funktionären der KPD, Berlin o. J., S. 25, 32
8 »Stadtpfarrer Eckert, Mannheim, kommt zur KPD. Kirche und Kommunismus.« Mannheim o. J., S. 21, 24
9 Bayreuth 1931, S. 29, 3
10 Dr. J. Goebbels: Der Nazi-Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten, München 1929, S. 4, 7
11 München 1930
12 Geh. StA, Rep. 219, Nr. 68, fol. 264
13 Ebenda, fol. 191 f.
14 Ebenda, fol. 147
15 Ebenda, fol. 174
16 Ebenda, fol. 69
17 Ebenda, Nr. 34, fol. 67
18 Die Weltbühne 23. Jg. (1927), Nr. 30. S. 152 f. (»Dänische Felder« von Ignaz Wrobel.) In Tucholskys »Gesammelten Werken« (Bd. 5. S. 266) ist die Stelle durch die Hinzufügung des Satzes »Leider trifft es immer die Falschen« verändert. Die Grundvorstellung ist der Gegensatz zwischen den schon 1917 friedlichen Feldern in Dänemark und dem Deutschland des Jahres 1927, in dem angeblich wieder ein Krieg vorbereitet wird. Die Stelle ist nicht etwa erst von *neonazistischen Autoren* wie Emil Aretz *entdeckt* worden (»Hexeneinmaleins einer Lüge«, Pähl/Obb. 1973, S. 106), sondern sie wurde bereits in der nationalsozialistischen Literatur angeführt, so von Hermann Esser, Die jüdische Weltpest. Judendämmerung auf dem Erdball, München ^{2}1939, S. 218. Es ist also durchaus möglich, daß sie auch Hitler bekannt war.
19 Berlin 1928, S. 14 f.
20 »Der Rattenfänger von Braunau. Die Tragödie Deutschlands« Meißen 1932, S. 3, 7
21 Herbert und Elisabeth Weichmann, Alltag im Sowjetstaat. Wie heute der Arbeiter in Sowjetrußland lebt, Berlin 1932, S. 18, 79, 94
22 Leo Trotzki, Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage, in: »Schriften über Deutschland«, Bd. 1, Frankfurt 1971, S. 157 f.
23 Ebenda, S. 159
24 Das wörtliche Zitat stammt aus einer Schrift von E. Mahlmeister, Rußland und der Bolschewismus. Rußland und wir, Freiberg i. S. 1926, zitiert nach Louis Dupeux, »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919–1933, München 1985, S. 288. Die Schrift ist als spirituelle Vorwegnahme der Teilung Deutschlands in einen Ost- und einen Westteil interessant, aber Niekisch vertritt mit seiner Polemik gegen den südwestlichen, *romanisierten* Teil Deutschlands im Grunde eine ganz ähnliche Auffassung.
25 »Erwachendes Volk. Briefe an Leutnant a. D. Richard Scheringer«, Berlin 1931, S. 6
26 Ebenda, S. 13
27 Neudruck Frankfurt a. M. 1971

28 Ebenda, S. 217, 219
29 UuF, Bd. VII, S. 377 ff.
30 In der bald darauf erfolgenden Gegenrechnung kamen die Kommunisten auf 15 000 tote oder verletzte Anhänger.
31 Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: Vjh. f. Ztg. 8, 1960, S. 85–118. Die abgedruckten Dokumente stammen von dem Begründer der NSBO, Reinhold Muchow, die angeführte Schilderung findet sich auf S. 115–118. In seiner Einleitung schreibt Martin Broszat, der fixierte Gegner sei vor allem die KPD gewesen. »Auf sie wird beinahe alles bezogen, sie ist Rechtfertigung der eigenen Existenz, Vorbild und fanatisch bekämpfter Feind zugleich.« (S. 91) Leider arbeitet Broszat trotzdem mit Begriffen wie »Entwurzelung aus der bürgerlichen Gesellschaft« und »Mob«. Die Lektüre der Erinnerungen von SA-Leuten, die im Bundesarchiv gesammelt sind (NS 26/528), läßt indessen kaum einen Zweifel daran, daß auf beiden Seiten *einfaches Volk* die Masse der Anhänger bildete und daß oft genug der Riß mitten durch Familien ging. Eine gute Beschreibung der Kämpfe um Lokale und um ganze Kieze bei Eve Rosenhaft, Beating the Fascists. The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983
32 UuF, Bd. VIII, S. 444. Beschreibungen finden sich, wie hinsichtlich des Altonaer Blutsonntags, sowohl im VB als auch in der RF und weiterhin in zahlreichen anderen Zeitungen. Die Abweichungen liegen hauptsächlich in der Bewertung.
33 So RF v. 9. 6. 1931: »Und unsere Gerichtsverhandlungen werden kurz sein.«

10. *Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme*

1 Siehe den Briefwechsel zwischen dem ehemaligen deutschen Kronprinzen und General Groener in: Dorothea Groener-Geyer, General Groener – Soldat und Staatsmann, Frankfurt 1955, S. 311 ff.
2 UuF, Bd. VIII, S. 339
3 Schulthess 1929, S. 25
4 Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 629
5 RF v. 7. 8. 1931 (und in allen anderen Zeitungen Preußens)
6 UuF, Bd. VIII, S. 193
7 Ebenda, S. 143
8 Ebenda, S. 575
9 Ebenda, S. 658
10 S. oben, S. 143 f.
11 UuF, Bd. VIII, S. 48
12 Ebenda, S. 315
13 Berlin 1932 (Original »German Crises«)
14 Geh. St.A. Rep. 219, Nr. 80, fol. 120 ff.
15 Ebenda, fol. 95, 259
16 Ebenda, fol. 187 ff.
17 Ebenda, fol. 259
18 Matthias und Morsey, a. a. O., S. 723 ff.
19 Rep. 219, Nr. 80 fol. 220
20 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft VI (1958), S. 547 ff.
21 UuF, Bd. VIII, S. 694 (Formell stammte der Brief vom Staatssekretär Meißner)
22 S. Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1981
23 13. Jg. 1933, Nr. 13 vom 27. Januar (Rede Knorin)
24 RF v. 24. 1. 1933
25 Ebenda, 26. 1. 1933
26 VB v. 1./2. 1. 1933

27 S. oben, S. 139
28 S. oben, S. 56
29 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945 ..., Göttingen 1974, S. 106
30 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 44 f.

III *Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933–1941*

1. *Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34*

1 Äußerung von Max Westphal in der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD am 10. Juni 1933: »Auf jeden Fall aber steht fest: diese ungeheure Bewegung wird nie von kleinen Gruppen unserer Partei vom Ausland her erschüttert werden können (Lebhafte Zustimmung).« (»Das Ende der Parteien« [Anm. 4 zu II,10], S. 258
Julius Leber am 9. Juli 1933 aus dem Untersuchungsgefängnis an seine Frau: »Der marxistische Sozialismus war zu doktrinär und deshalb zu unfruchtbar und tatenlos, der Kommunismus zu russisch. Aber ein Neues kommt, wenn nicht durch Hitler, so aber doch ein Neues.« (Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1933, S. 249)
2 Herbert Wehners »Notizen« in »Zeugnis« hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 34, 63 ff. Von hohem Interesse sind die Biographien von 504 Personen des Führungskorps der KPD im 2. Band von H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Nur ein einziger (Bertold Karwahne) wurde – bereits 1927 – ein prominenter Nationalsozialist. Eine nicht ganz geringe Anzahl arrangierte sich aber mit dem Dritten Reich. Von diesen fehlt bei Weber die Reichstagsabgeordnete Maria Reese.
3 Martin Rector, Über die allmähliche Verflüchtigung einer Identität beim Schreiben. Überlegungen zum Problem des »Renegatentums« bei Max Barthel, in: »Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften 10. Kunst und Kultur im deutschen Faschismus«, Stuttgart 1978, S. 261–284, S. 262
4 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegungen 1933, S. 827
5 Ebenda, S. 884
6 Deutschland-Berichte der Sopade. Erster Jahrgang 1934, Neudruck Frankfurt 1980, S. 10, 29 ff. und passim
7 Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980, S. 121 f.
8 S. oben, Anm. 28 zu Kap. II,1
9 Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Würzburg 1962 Bd. 1, S. 68–90, S. 77 (Der Text wurde nicht etwa geheimgehalten, sondern gleich zweimal publiziert, einmal (gekürzt) im VB v. 19. 4. 1932 und dann in der Broschüre: Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf, München 1932
10 S. oben, S. 190
11 Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: Vjh. f. Ztg. Bd. 7 (1959), S. 429–437, S. 434
12 Vgl. etwa Stalin in seiner Rede über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans am 7. Januar 1933: »Man verweigert den Arbeitslosen die Nahrung, weil sie sie nicht bezahlen können, man verweigert ihnen ein Obdach, weil sie die Miete nicht bezahlen können. Wovon und wo leben sie? Sie leben von dürftigen Brosamen, die von der Herren Tische fallen, sie wühlen in den Müllkästen, wo sie verfaulte Nahrungsmittel finden, sie leben in den Elendsquartieren der Großstädte, zumeist aber in elenden Hütten außerhalb der Stadt, die von den Arbeitslosen aus Kistenbrettern und Baumrinde notdürftig zusammengezimmert werden.« Stalin Werke, Bd. 13, S. 177. Vgl. oben Kap. I, S. 35. Gegen Stalins Rede konnte kein Diplomat protestieren, da sie sich auf keinen einzelnen und bestimmten Staat bezog.

13 ADAP, Serie C, Bd. I,1, S. 252
14 S. ebenda, S. 143. Eine besonders wichtige Rolle spielte auf französischer Seite Edouard Herriot, der nach den Kammerwahlen vom Mai 1932 als Chef der Radikalsozialisten bis zum Dezember 1932 Ministerpräsident gewesen war und der wenig später eine vielpublizierte Reise durch die Sowjetunion machte, die nicht nur in den Kreisen der russischen Emigranten erbitterte Kritik auslöste.
15 ADAP, a. a. O., S. 418
16 Ebenda, Bd. I,2, S. 737
17 Stalin, a. a. O., S. 270
18 »Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.« (Ebenda, S. 269) Stalin sieht das Problem vielmehr in einer Änderung der deutschen Politik, die schon vor dem Januar 1933 die alte (Rapallo-)Linie verlassen habe. In diesem Zusammenhang erwähnt er (Januar 1934!) Hugenberg und Rosenberg als besonders prominente Verfechter der neuen Linie.
19 Ebenda, S. 13, 23
20 Michail Heller-Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, 2 Bde., Königstein 1981, Bd. I, S. 247 f.
21 Ebenda, S. 244
22 Stalin, a. a. O., S. 238. Aussage von R. Robins in einer Unterredung mit Stalin
23 Ebenda, S. 160 f.
24 Stalin, a. a. O., S. 264
25 Ebenda, S. 265
26 Ebenda
27 Jean Elleinstein, Histoire de l'U.R.S.S., Tome II, Paris 1973, S. 197. Auch Stalin wurde neben Kirow, Kaganowitsch und Schdanow bloß als *Sekretär* bezeichnet, wohl kaum durch ein Versehen (Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1961, S. 422)
28 Heller-Nekrich, a. a. O., Bd. I, S. 238
29 Stalin, a. a. O., S. 141
30 Ebenda, S. 205, 185

2. *Der »Röhm-Putsch« und die Ermordung Kirows 1934*

1 UuF, Bd. X, S. 152
2 Ebenda, S. 157
3 Ebenda, S. 157 ff.
4 Ebenda, S. 219
5 S. oben, S. 125
6 UuF, Bd. X, S. 218
7 Ebenda, S. 282
8 Walter G. Krivitsky, a. a. O. (Anm. 17 zu II/8). Krivitsky ist auch deshalb als Zeuge glaubwürdig, weil er bereits bald nach seinem Übergang auf die westliche bzw. amerikanische Seite von Agenten des NKWD in New York ermordet wurde.
9 Ebenda, S. 18
10 Chruschtschow nennt Stalins Namen nicht ausdrücklich, sondern er spricht nur davon, »man« habe mit der späteren Erschießung der verantwortlichen NKWD-Männer die Spuren der Organisatoren des Mordes an Kirow auslöschen wollen. Wie die Zuhörer ihn verstanden, zeigt allerdings die in der Niederschrift verzeichnete »Erregung« deutlich genug. (»Chruschtschows historische Rede«. In: Ost-Probleme 8. Jahr 1956, S. 867–897, S. 875)
11 Iwan Solonewitsch, Die Verlorenen. Eine Chronik namenlosen Leidens. Zweiter Teil: Flucht aus dem Sowjetparadies, Berlin-Essen-Leipzig 1937, S. 150 ff.
12 Schapiro, a. a. O. (III,1, Anm. 27), S. 425

13 Janet D. Zagoria (Ed.), Power and the Soviet Elite. »The Letter of an Old Bolshevik« and other Essays by Boris I. Nicolaevsky, London 1966, S. 26–65. Im vorhergehenden stütze ich mich überwiegend auf diesen Text.

3. *Weltpolitik 1935–1936*

1 Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/35, Teil 1, bearbeitet von Michael Freund, S. 65 ff. (Rede auf dem ostpreußischen Gautag in Königsberg v. 8. 7. 1934)
2 Hans Buchheim, Glaubenskampf im Dritten Reich, Stuttgart 1953, S. 170
3 MEW, Bd. 2, S. 116
4 München o. J., S. 5, 8
5 Martin Gilbert, Britain and Germany between the Wars, London 1964, S. 73
6 Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, München 1980, S. 311
7 Jane Degras, The Communist International 1919–1943, Bd. I, London 1956, S. 348
8 Vgl. oben (S. 177)
9 Weltgeschichte der Gegenwart, a. a. O., S. 209 ff.
10 Freiherr Geyr von Schweppenburg, Erinnerungen eines Militärattachés, London 1933–1937. Stuttgart 1949, S. 88
11 Weltgeschichte der Gegenwart, a. a. O., Bd. 3, S. 248 f.
12 Stalin Werke, Bd. 13, S. 270
13 Ebenda, S. 272
14 Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1955, S. 665–668
15 Weltgeschichte der Gegenwart, a. a. O., 1934/35, Teil 1, S. 408–413
16 Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1950, S. 294 ff.
17 UuF, Bd. X, S. 342 f.
18 Weltgeschichte der Gegenwart, a. a. O., 1934/35, Teil 1, S. 162
19 Gilbert, a. a. O., S. 82

4. *Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg*

1 Genaue Zahlen bei Raymond Carr (Ed.), The Republic and the Civil War in Spain, London 1971, S. 161
2 John F. Coverdale, Italian Intervention in the Spanish Civil War, Princeton 1975, S. 81
3 David W. Pike, Les Français et la guerre d'Espagne, Paris 1975, S. 65
4 Burnett Bolloten, The Grand Camouflage. The Communist Conspiracy and the Spanish Civil War, London 1961, S. 221
5 ADAP, Serie D, Bd. III, Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg, S. 95, 102, 104 f. usw.
6 Coverdale, a. a. O., S. 258
7 Wilfred von Oven, Hitler und der Spanische Bürgerkrieg. Mission und Schicksal der Legion Condor, Tübingen 1978, S. 61
8 Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1936, S. 27, 82, 98. Eine erhebliche Veränderung des Bildes hätte sich allerdings aus einer Wendung in Hitlers Schlußrede ableiten lassen: »Wir haben den Bolschewismus von Deutschland einst nicht abgewehrt, weil wir eine bürgerliche Welt etwa zu konservieren oder gar wieder aufzufrischen gedachten. Hätte der Kommunismus wirklich nur an eine gewisse Reinigung durch die Beseitigung einzelner fauler Elemente aus dem Lager unserer sogenannten oberen Zehntausend oder aus dem unserer nicht minder wertloser Spießer gedacht, dann hätte man ihm ja ganz ruhig eine Zeitlang zusehen können. Es ist aber nicht das Ziel des Bolschewismus, die Völker von dem Krankhaften zu befreien, sondern im Gegenteil das Gesunde, ja das Gesündeste auszurotten und das Verkommenste an seine Stelle zu setzen.« (Ebenda, S. 294 f.) In den »Tischgesprächen« bezieht sich Hitler später nicht selten recht positiv auf die »Rotspanier« und negativ auf die reaktionären Kräfte um Franco.

9 Pierre Broué – Emile Témime, La révolution et la guerre d'Espagne, Paris 1961, S. 242 f.
10 Ebenda, S. 254
11 Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 5, S. 340 f.
12 Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben. Autobiographie, Bd. 2, München 1965, S. 184

5. *Die »große Säuberung« und das Aufbaupathos in der Sowjetunion*

1 Robert Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970, S. 145. (Originaltitel »The Great Terror«). Stenographische Berichte über die drei Schauprozesse erschienen in Moskau 1936, 1937 und 1938 in französischer und in englischer Sprache. Sie haben heute nur noch ein sozial- oder besser parteipsychologisches Interesse.
2 Chruschtschow, a. a. O. (Anm. 10 zu III,2), S. 875
3 Walter Schellenberg, Aufzeichnungen. Wiesbaden und München 1979, S. 44–50 (zuerst London 1956 unter dem Titel »The Schellenberg Memoirs«)
4 Conquest, a. a. O., S. 577
5 ADAP, C, Bd. VI,1, S. 381 f.
6 Ebenda, Bd. VI,2, S. 913 ff.
7 Krivitsky, a. a. O. (Anm. 17 zu II,8), S. 167 ff.
8 Ebenda, S. 175
9 Merle Fainsod, Smolensk under Soviet Rule, London 1958, S. 424
10 Conquest, a. a. O., S. 629
11 Ebenda, S. 634
12 Ebenda, S. 365
13 Hermann Remmele, Die Sowjetunion, 2 Bde., Hamburg-Berlin 1932
14 Zagoria, a. a. O. (Anm. 13 zu III,2), S. 61
15 Merle Fainsod, How Russia is Ruled, Cambridge 1963, S. 42
16 Stalin Werke, Bd. 13, S. 26
17 Conquest, a. a. O., S. 547

6. *Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft*

1 ADAP, Serie D, Bd. I, S. 25 ff.
2 IMG, Bd. XXXVII, S. 594 ff.
3 Vgl. oben, S. 166 f.
4 Vgl. Ernst Nolte, a. a. O. (Anm. 1 zu II,2), S. 466 ff.
5 IMG, Bd. XXVIII, S. 356 f.
6 Kurt von Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1946, S. 38–44
7 IMG, Bd. XXXIV, S. 734 ff.
8 ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 547 ff.
9 IMG, Bd. XXV, S. 415
10 Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum, Stuttgart 1958, S. 509
11 ADAP, Serie D, Bd. I, S. 55, 47
12 Ebenda, S. 52
13 Joseph E. Davies, Als USA-Botschafter in Moskau ..., Zürich 1943, S. 266
14 Roosevelts Weg in den Krieg ..., Berlin 1943, S. 47 f.
15 ADAP, Serie D, Bd. II, S. 501 ff.
16 Jane Degras, a. a. O. (Anm. 33 zu II,4), Bd. II, S. 2
17 »Zu einem einzigen Staat haben wir kein Verhältnis gesucht und wünschen auch, zu ihm in kein engeres Verhältnis zu treten: Sowjetrußland. Wir sehen im Bolschewismus mehr noch als früher die Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebes. Wir machen für diese grauenhafte Ideologie der Vernichtung auch nicht das russische Volk als solches verant-

wortlich. Wir wissen: Es ist eine kleine jüdisch-intellektuelle Oberschicht, die ein großes Volk in den Zustand dieses Wahnwitzes gebracht hat. Wir stehen daher jedem Versuch einer Ausbreitung des Bolschewismus, ganz gleich, wo er auch stattfindet, mit Abscheu und dort, wo er uns selbst bedroht, in Feindschaft gegenüber ...« (UuF, Bd. XI, S. 377)

18 Ebenda, Bd. XII, S. 341

19 Der Terminus »finis Germaniae« ist in den Vortragsnotizen Becks für den Oberbefehlshaber des Heeres enthalten. (Wolfgang Foerster, Ein General kämpft gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949, S. 102) Zum Widerstand insges. vgl. Kap. IV,7

20 Die Vorhersagen, daß aus dem Versailler Frieden bzw. aus einem *Gewaltfrieden* ein neuer Krieg oder zum mindesten eine heftige nationalistische Reaktion hervorgehen werde, waren 1919 und in den frühen zwanziger Jahren zu zahlreich, als daß sie im einzelnen belegt zu werden brauchten.

21 Ribbentrop nach ADAP, D, II, S. 473; Gauleiter Forster nach Ebenda, S. 529 ff.

22 Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Bd. I, Moskau 1948, S. 323

23 So William Bullitt in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, am 19. November 1938 (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge, Berlin 1940, S. 8 f.)

7. *Das Scheitern des antifaschistischen und des antikommunistischen Konzepts in der großen europäischen Politik*

1 Domarus, a. a. O. (Anm. 9 zu III,1), Bd. 1, S. 954 ff.

2 UuF, Bd. XII, S. 585

3 Ebenda, S. 581

4 Domarus, II,1, S. 1058

5 Wilhelm Treue, Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938). In: Vjh. f. Ztg. 6. Jg. 1958, S. 175–191, S. 188

6 Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann, Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. Lieferung II 1933–1945. Rede vom 25. 1. 1939, S. 7

7 ADAP, D, Bd. IV, S. 76

8 Roosevelts Weg in den Krieg, a. a. O. (Anm. 14, Kap. III,6) S. 73

9 Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939, Basel 1939, S. 5–12

10 The Earl of Birkenhead, Halifax. The Life of Lord Halifax, London 1965, S. 434

11 ADAP, D, Bd. V, S. 87 ff.

12 Blaubuch, a. a. O., S. 44 f.

13 DBFP, Series III, Bd. V, S. 422 f.

14 Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge, Berlin 1940, S. 28 ff.

15 Grigore Gafencu, Europas letzte Tage. Eine politische Reise im Jahre 1939, Zürich 1946, S. 55 ff.

8. *Der Hitler-Stalin-Pakt als der Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg*

1 Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin, 1936–1939. Bonn 1950, S. 240

2 Vgl. unten Kap. IV, 7

3 ADAP, Serie D, Bd. VI, 1, S. 426 f.

4 S. ADAP, D, VI, 2 passim

5 Ebenda, S. 529

6 Ebenda, S. 847 f.

7 Ebenda, Bd. VII, S. 52
8 Ebenda, S. 140 f.
9 Dokumente und Materialien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Moskau 1948, Bd. II, S. 127
10 ADAP, a. a. O., Bd. VII, S. 12 f., 205 f.
11 Ebenda, S. 206 f.
12 Ebenda, S. 191 ff.
13 Ebenda, S. 541
14 Ebenda, S. 170
15 Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/55 und 1939/40, Göttingen 1956, S. 75, 72
16 Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960, S. 339 ff.
17 Gafencu, a. a. O. (Anm. 15, Kap. III,7), S. 88
18 Domarus, Bd. II,1, S. 1315
19 UuF, Bd. XIII, S. 637
20 IMG, Bd. XXVI, S. 169

9. *Das fragile Bündnis: Triumphe – Gewinne – Spannungen*

1 ADAP, D, Bd. VIII, S. 27
2 Degras, a. a. O. (Anm. 33 zu II,4) Bd. III, S. 374
3 Ebenda, S. 190 ff.
4 Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. V, Berlin o. J., S. 131
5 ADAP, D, Bd. VIII, S. 129
6 Ausgabe vom 28. Dezember 1939, S. 1959
7 Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: Vjh. f. Ztg., 5. Jg., 1957, S. 194–198, S. 198
8 UuF, Bd. XIV, S. 171
9 Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, S. 41
10 In: »Denkschrift«, a. a. O., S. 197
11 Hans Rothfels, Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmut Stieff, in: Vjh. f. Ztg., 2. Jg., 1954, S. 291–305, S. 300
12 »Denkschrift«, a. a. O., S. 197
13 Jahrbuch für auswärtige Politik, 7. Jg., 1941, S. 183 ff.
14 ADAP, D, Bd. VIII, S. 685 ff.
15 Ebenda, S. 474 ff.
16 Ebenda, S. 695 ff.
17 Der völkerrechtliche Hintergrund des russisch-finnischen Konfliktes, Stockholm 1940, S. 37 f.
18 Vgl. »Die Geheimakten des französischen Generalstabes«, Berlin 1941
19 Erich Kordt, Nicht aus den Akten ..., Stuttgart 1950, S. 359 ff.
20 IMG, Bd. XXVI, S. 327 ff.
21 Deutschland im Kampf, hrsg. von A. I. Berndt und Obstlt. von Wedel, Berlin 1939, Lieferung 5, S. 28 ff.
22 Hillgruber, a. a. O. (Anm. 28 zu III,9), Bd. II, S. 522 ff.
»Der Großdeutsche Freiheitskampf«. Reden Adolf Hitlers, Bd. I/II, München 1943[3], S. 276
23 Winston Churchill, His Complete Speeches, Vol. VI, London 1974, S. 6250
24 Ebenda, S. 6242
25 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin 1957, S. 238 ff.
26 ADAP, D, Bd. XI/1, S. 462 ff.
27 ADAP, D, Bd. IX, S. 1 ff.
28 Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Frankfurt 1967, S. 345
29 Ebenda, S. 384 f.

IV Strukturen zweier Einparteistaaten

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

1 Zu den begrifflichen Unterscheidungen und zur Frage des Verhältnisses von Frühsozialismus und Marxismus vgl. Ernst Nolte, Marxismus und Industrielle Revolution, a. a. O. (Anm. 1 zu II,2), bes. S. 272–280, 457–460, sowie ders.: »Vormarxistischer Sozialismus« – »utopischer Sozialismus«. »Frühsozialismus« – Probleme der Begriffsbildung. In: Sozialismus vor Marx, Hrsg. von Manfred Hahn und Hans-Jörg Sandkühler, Köln 1984, S. 19–24 (»Studien zur Dialektik«)

2 S. oben, S. 264 f.

3 Adam B. Ulam, The Bolsheviks, London 1965, S. 128 f.
Eine der Wohltäterinnen, Frau Popova, verhungerte 1921 als »Klassenfeindin«. (S. 129)

4 Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen vgl. oben, S. 146 ff.

5 Fainsod, a. a. O. (Anm. 13 zu II,6), S. 35, 123

6 Trotzki, a. a. O. (Anm. 14 an II,1), S. 58

7 Schon gegen Ende der zwanziger Jahre war die Sowjetunion allerdings wieder zu einem Lande des Alkohols geworden, wo Wodka häufig leichter zu haben war als Brot.

8 W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 209

9 Fainsod, a. a. O., S. 442

10 Conquest, a. a. O. (Anm. 1 zu III,5), S. 157 ff.

11 Fainsod, a. a. O. (Anm. 15 zu III,5), S. 178

12 Severnaia Kommuna vom 19. September 1918

13 Trotzki, a. a. O., S. 142

14 Ebenda, S. 146

15 Ebenda, S. 67 f.

16 Schapiro, a. a. O. (Anm. 27 zu III,1), S. 315

17 Ulam, a. a. O., S. 199

18 Nolte, a. a. O. (Anm. 20 zu II,4), S. 404–408

19 So noch 1934 Arthur Rosenberg (Historicus, Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zerstörung, Karlsbad 1934, S. 5)

20 Ernst Rudolf Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, Hamburg 1939, S. 196, 230, 223, 202

21 Sir Nevile Henderson, Failure of a Mission, New York 1940, S. 297

22 Heller-Nekrich, a. a. O. (Anm. 20 zu III,1), S. 75, 123

23 Hilger, a. a. O. (Anm. 8 zu I), S. 301

24 Anscheinend hat bereits Reinhard Heydrich den Verdacht gefaßt, daß Bormann wegen eines Ereignisses während seiner Freikorpszeit durch die Sowjets erpreßbar sei und als Agent Stalins handle (Schellenberg, a. a. O. [Anm. 3 zu III,5], S. 256 f.), später wurde die entsprechende Behauptung von General Gehlen aufgestellt (»Der Dienst«, Mainz-Wiesbaden 1971, S. 48 f.) Ein zwingender Beweis wurde jedoch nicht beigebracht.

25 Zu statistischen Angaben über die Partei vgl. die entsprechenden Kapitel bei Schapiro, a. a. O.

26 Ein ebenso bewegender wie erhellender Beitrag zum Thema des Verhältnisses von Judentum und Bolschewismus findet sich gleich zu Anfang der Memoiren von Walter Krivitsky, der eigentlich Ginsburg hieß: »Im Alter von dreizehn Jahren war ich der Arbeiterbewegung beigetreten. Es war eine halb reife, halb kindische Tat. Ich hörte, wie sich die Klagegesänge meines leidenden Stammes mit den neuen Freiheitsliedern mischten. Im Jahre 1917 aber war ich ein Jüngling, und ich empfand die bolschewistische Revolution als die absolute Lösung aller Fragen: Armut, Ungleichheit, Unrecht. Ich trat der Bolschewistischen Partei mit meinem ganzen Herzen bei. Das Credo des Marx und des Lenin wurde mir zu einer Waffe, um dem Unrecht auf den Leib zu rücken, gegen das ich instinktiv rebelliert hatte.« (Krivitsky, a. a. O. (Anm. 8 zu III,2), S. 8

27 Vgl. Michael Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945, Oxford 1983

28 Zu dieser Frage sind insbesondere die Arbeiten von Jürgen W. Falter zu vergleichen.
29 Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Königstein/Ts. 1979[5], S. 92

2. *Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors*

1 Črezvyčainaja Kommissija, bzw. Vsesojuznaja Č. K. An »Außerordentlichen Kommissionen« und insofern »Tschekas« gab es eine ganze Anzahl, aber diejenige Dserschinskys übertraf alle anderen so sehr an Bedeutung, daß jedermann wußte, welche Kommission mit der Abkürzung gemeint war.
2 George Leggett, The Cheka: Lenin's Political Police, Oxford 1981, S. 58
3 Severnaia Kommuna vom 4. 9. 1918
4 David Shub, Lenin, Wiesbaden 1957, S. 377. Bei Scheibert, a. a. O. (Anm. 19 zu II,1), etwas anders übersetzt und mit leicht differierender Datumsangabe. Die Fundstelle ist offenbar die erste Nummer der in Moskau am 1. Oktober bzw. 1. November erschienenen (mir unzugänglichen) Zeitschrift »Krasnyj Terror«.
5 Stalin Werke, Bd. 10, S. 204
6 Leggett, a. a. O., S. 113
7 Ebenda, S. 112
8 S. oben, S. 89 f.
9 Vgl. oben, S. 129 f.
10 Georg Popoff, Tscheka der Staat im Staate, Frankfurt 1925, S. 277. Aus dem Originalwerk, auf das Popoff sich beruft, ergibt sich insofern ein etwas anderes Bild, als an den Tötungsaktionen in der bloß drei Monate lang von Sowjettruppen besetzten Kleinstadt im Fernen Osten verschiedene Kräfte beteiligt waren, z. B. Partisanen (A. Ja. Gutmann, Anatoly Gan, Gibel' Nikolajevska na Amure, Stranicy iz istorii graždanskoj vojny na dal'nem vostoke, Berlin 1924)
11 Fainsod, a. a. O. (Anm. 15 zu III,5), S. 124
12 Glavnoe političeskoe upravlenie = Politische Hauptverwaltung
13 Leo Trotzki, Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau o. J., S. 8
14 Vgl. »Der Faschismus in seiner Epoche«, S. 472–482.
Der Wunsch nach mehr Details läßt sich durch eine ganze Literatur befriedigen, darunter die Bücher von Gerald Reitlinger und Heinz Höhne
15 S. oben, S. 339
16 Reinhard Heydrich, Wandlungen unseres Kampfes. In: Das Schwarze Korps v. 1. Mai 1935, S. 9
17 Heinrich Himmler, Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation, München 1939[5], S. 29
18 Rede über Wesen und Aufgabe der SS und Polizei. IMG, Bd. XXIX, S. 217
19 Schellenberg, a. a. O. (Anm. 3 zu III,5), S. 55, 199
20 Als Beispiel: Und Du Siehst die Sowjets Richtig. Berichte von deutschen und ausländischen »Spezialisten« aus der Sowjetunion, hrsg. von Dr.-Ing. A. Laubenheimer, Berlin-Leipzig 1935 (Nibelungen-Verlag)
21 Eine Frage, die der Untersuchung bedürfte, wäre die folgende: Nach dem 22. Juni 1941 hatten französische und deutsche Polizeibeamte in der sowjetischen Botschaft zu Paris einen geheimen Keller entdeckt, welcher der Tötung unliebsamer Personen (darunter vermutlich des weißen Generals Miller) und deren spurloser Beseitigung mittels Verbrennung und chemischer Zersetzung diente. Fotografien dieser »Krematorien« wurden in der deutschen Presse publiziert. Erregte dieser Fund bei der deutschen Sicherheitspolizei Entsetzen, wie Schellenberg suggeriert (S. 298 f.), oder bestätigte er bloß eine vorgefaßte Meinung, oder handelte es sich um eine Manipulation, um die deutsche Öffentlichkeit auf die Deportation der Juden und die »Endlösung« einzustimmen?
22 Karl I. Albrecht, Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin-Leipzig 1939, S. 625. Auch dieses Buch wurde vom Nibelungen-Verlag herausgebracht, und gerade es stellt unter Beweis, daß die Antikomintern ebensowenig

»bloß Propaganda« trieb wie die Komintern selbst. Allerdings sagte Karl Albrecht nach dem Kriege aus, der Verlag habe von sich aus Kürzungen vorgenommen und unautorisierte Zusätze hinzugefügt – vermutlich, wie wohl auch in anderen Büchern, von antisemitischer Art. (Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum, ZS 804.) Interessant ist auch die weitere Aussage, daß er seit dem Mai 1941 für einige Zeit in der Ostabteilung des Propagandaministeriums zusammen mit den ehemaligen Vorsitzenden der Reichstags- bzw. preußischen Landtagsfraktion der KPD Torgler und Kasper tätig gewesen sei.

23 Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München 1949, S. 180
24 Kindermann, a. a. O. (Anm. 6 zu II,7), S. 50

3. *Die Jugendverbände*

1 = Kommunističeskij Soiuz Molodeži. Zum folgenden Laszlo Révész, Organisierte Jugend. Die Jugendbewegung in der Sowjetunion, Bern 1972
2 Ralph Talcott Fisher, jr., Pattern for Soviet Youth. A Study of the Congresses of the Komsomol, 1918–1954. New York 1959, S. 41
3 Ebenda, S. 94
4 Révész, a. a. O., S. 74 f.
5 Fisher, a. a. O., S. 175
6 Fainsod, a. a. O. (Anm. 11 zu IV,1), S. 283–306
7 Michael Morozow, Die Falken des Kreml, München 1982, S. 93
8 Fisher, a. a. O., S. 82, 147
9 Heller-Nekrich, a. a. O. (Anm. 20 zu III,1), Bd. I, S. 171
10 Fisher, a. a. O., S. 178
11 KPdSU über den Komsomol und über die Jugend, Berlin 1958, S. 56 f.
12 Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962
13 Zum folgenden Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ, Köln 1968
14 Baldur von Schirach, Die Hitlerjugend. Idee und Gestalt, Berlin 1934, S. 34
15 Vgl. etwa die Gedichtstrophe in einem »Bilderbuch für Arbeiterkinder«: »Früh schon springt das Kind der Armen, Mit den Semmeln, mit den warmen. Bürgerkind liegt noch im Bett, Schläft sich rund und dick und fett.« (Seid bereit für die Sache Ernst Thälmanns. Eine Auswahl von Dokumenten zur Geschichte der revolutionären Kinderbewegung in Deutschland, Berlin 1958, S. 149)
16 Heller-Nekrich, a. a. O., Bd. I, S. 198
17 MK, S. 452
18 Ebenda, S. 393

4. *Selbstverständnis und Fremdverständnis in Propaganda und Literatur*

1 Lieder der Partei, zusammengestellt von Inge Lammel und Günter Hofmeyer, Leipzig 1961, S. 7 f.
2 Ebenda, S. 9 f.
3 Ebenda, S. 26 f.
4 Rote Gedichte und Lieder, Berlin 1924, S. 31
5 Ebenda, S. 77
6 Ebenda, S. 76
7 Ebenda, S. 67
8 Das folgende nach René Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus, Zürich-Leipzig-Wien 1926, S. 182–196
9 Demjan Bedny, Die Hauptstraße. Wien 1924, S. 11 f.
10 Harrison E. Salisbury, Bilder der russischen Revolution 1900–1930, Berlin 1979, S. 69, 133, 233, 265, 261
11 Annelie und Andrew Thorndike, Das russische Wunder, Berlin 1962, S. 108, 122 f., 109

12 Vgl. Kindermann, a. a. O. (Anm. 6 zu II,7), S. 32
13 Vgl. die Schilderungen von Tamara Solonewitsch, Hinter den Kulissen der Sowjetpropaganda. Erlebnisse einer Sowjetdolmetscherin, Berlin 1937
14 Die angeführten deutschen Lieder und Gedichte sind in vielen Sammlungen zu finden; das von der SA veränderte »Lied der jungen Garde« steht in dem »Liederbuch der schlesischen SA«.
15 Eine aufschlußreiche Auseinandersetzung des Hauptpropagandisten der KPD mit der nationalsozialistischen Propaganda ist Willi Münzenberg, Propaganda als Waffe, Paris 1937
16 Michail Scholochow, Der stille Don. Übers. von Olga Halpern, Gütersloh o. J., S. 493, 509, 516, 611, 621, 623
17 Edwin Erich Dwinger, Zwischen Weiß und Rot. Die russische Tragödie 1919–1920, Jena 1930, S. 474, 96, 126, 440
18 Siegfried von Vegesack, Baltische Tragödie. Eine Roman-Trilogie, Berlin 1935, S. 216, 32 f., 390, 256 f.
19 Alja Rachmanowa, Studenten. Liebe, Tscheka und Tod. Tagebuch einer russischen Studentin, Neuausgabe München 1978 (zuerst 1931), S. 199, 260 f.
20 Diese Aussage trifft indessen nicht auf die ganze ernstzunehmende Literatur zu; so findet sich z. B. in Isaak Babels zuerst 1926 auf deutsch erschienenen »Budjonnys Reiterarmee« gegen Schluß eine Prophezeiung, die zugleich erkennen läßt, wie wenig *national* bestimmte Grundempfindungen waren: »Der Bauer zwang mich, an seiner Zigarette zu rauchen. ›Den Juden wird an allem die Schuld gegeben‹, sagte er, ›an unserm und an euerm Unglück. Nach dem Kriege wird es ihrer nur noch ganz wenig geben. Wie viele Juden gibt's in der ganzen Welt?‹ – ›Zehn Millionen‹, antwortete ich und begann das Zaumzeug des Pferdes zu richten. ›Es werden nur zweihunderttausend übrigbleiben‹, rief der Bauer und berührte meine Hand, als hätte er Angst, daß ich fortginge. Aber ich sprang in den Sattel und ritt dorthin, wo sich der Stab befand.« (Neuausgabe Olten 1960, S. 146)
21 Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt 1981, S. 1219

5. *Die politisierte Kultur*

1 Nicolas Berdyaev, The Origins of Russian Communism, Ann Arbor 1960, S. 41
2 Fülöp-Miller, a. a. O. (Anm. 8, Kap. IV,4), S. 215 f.
3 Leo Trotzki, Literatur und Revolution, Berlin 1968, S. 212 ff. (zuerst Moskau 1924)
4 Fainsod, Smolensk, a. a. O. (Anm. 13 zu II,6), S. 349, 351
5 Näheres bei Robert A. Maguire, Red Virgin Soil. Soviet Literature in the 1920's. Princeton 1968 und Edward James Brown, Russian Literature since the Revolution, Cambridge, Mass., und London 1982
6 C. Vaughan James, Soviet Socialist Realism. Origins and Theory, London-Basingstoke 1973, S. 104
7 Hans Günther, Die Verstaatlichung der Literatur, Stuttgart 1984, S. 33 ff.
8 Ebenda, S. 96 ff.
9 Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Hamburg 1963, S. 12
10 Näheres bei Hildegard Brenner, Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution, Stuttgart 1972
11 UuF, Bd. IX, S. 485
12 Ebenda, S. 490
13 Brenner, Kunstpolitik, a. a. O., S. 188 f.
14 Näheres ebenda, S. 63–86
15 Sehr ausführliche Darstellung bei Hellmut Langenbucher, Volkhafte Dichtung der Zeit, Berlin 1941[6] (1933[1])
16 Eine Nebeneinanderstellung mit dem sozialistischen Realismus und eine Anzahl symptomatischer Abbildungen bei Martin Damus, Sozialistischer Realismus und Kunst im Nationalsozialismus, Frankfurt 1981
17 Näheres bei Jost Dülffer, Jochen Thies, Josef Henke, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Köln-Wien 1978, sowie Joachim Petsch, Baukunst und Stadt-

planung im Dritten Reich, München-Wien 1976. Vgl. ferner den Bildband »Albert Speer: Architecture 1932–1942«, Bruxelles 1985. Wichtigste Primärquelle, wie sich versteht, sind die Bücher von Albert Speer. Einer der merkwürdigsten Berichte Speers ist der, daß Hitler 1939 sehr verärgert reagiert habe, als er hörte, daß die Sowjetunion zu Ehren Lenins ebenfalls einen Kongreßbau plane, der die Höhe von 300 Metern überschreiten solle. (Erinnerungen, Berlin 1969, S. 170)

6. *Recht und Rechtlosigkeit*

1 Louis Fisher, Russia's Way from Peace to War 1917–1941, New York 1969, S. 78
2 Leo Trotzki, Die Geburt der Roten Armee, Wien 1924, S. 50–52
3 Leggett, a. a. O. (Anm. 2 zu IV,2), S. 118 f.
4 S. oben, S. 238 f.
5 Kohn, a. a. O. (Anm. 11 zu II,1), S. 498
6 Fülöp-Miller, a. a. O. (Anm. 8 zu IV,4), S. 212
7 Lenin, Werke, Bd. 29, S. 287
8 P. E. Melgunova-Stepanova, Gde ne slyšno smecha. Tipy, nravy i bytj Č-K, Paris o. J., S. 189 ff.
9 Kindermann, a. a. O. (Anm. 6 zu II,7), S. 224
10 Strafgesetzbuch (Ugolownyj Kodeks) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (R.S.F.S.R.) vom 22. November 1926 mit den Änderungen bis zum 1. August 1930, übersetzt von Dr. Wilhelm Gallas, Berlin und Leipzig 1931. Originaltext Ugolovnyj Kodeks RSFSR Redakcii 1926 goda s postatejno – sistematizirovannymi materialami na 1 marta 1932 g. Sostavili S. S. Askarchanov i. A. N. Jodkovskij, Moskva 1932
Auszugsweise in: Der Sowjetkommunismus (Anm. 6 zu II,6), Bd. II, S. 204 ff.
11 Alexander Solchenizyn, Der Archipel Gulag, Bern 1974, S. 414
12 Heller-Nekrich, a. a. O. (Anm. 20 zu III,1), Bd. I, S. 251 f.
13 Ebenda, S. 271
14 Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Boppard 1983, Teil I 1933/34, S. 163–165
15 Carl Schmitt, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles, Hamburg 1940, S. 200. Es sollte aber nicht völlig übersehen werden, daß der Artikel von Schmitt noch eine andere Zielrichtung hatte: gegen alle Gewaltakte, die außerhalb der Tage vom 30. 6.–1. 7. und ohne ausdrückliche Ermächtigung durch Hitler stattgefunden hatten.
16 Deutsche Rechtswissenschaft, hrsg. von Karl August Eckhardt, 1. Band, Hamburg 1936, S. 123
17 Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, Frankfurt 1959, S. 641 ff., 584, 649 ff.
18 Peter Schneider, Rechtssicherheit und richterliche Unabhängigkeit aus der Sicht des SD, in: Vjh. f. Ztg. Bd. 4 (1956), S. 399–422, S. 419

7. *Emigration und Widerstand*

1 Severnaia Kommuna vom 2. 9. 1918
2 Israel Getzler, Martow. A Political Biography of a Russian Social Democrat, Cambridge 1967, S. 195
3 Leonard Schapiro, The Origin of the Communist Autocracy. Political Opposition in the Soviet State. First Phase 1917–1922, London 1956, S. 201
4 Hans von Rimscha, Der russische Bürgerkrieg und die russische Emigration 1917–1921, Jena 1924, S. 114
5 Hans-Erich Volkmann, Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929, Würzburg 1966, S. 125
6 v. Rimscha, a. a. O., S. 127 f.
7 Roland Gaucher, Opposition in the USSR 1917–1967, New York 1967, S. 123–154
8 Fainsod, a. a. O. (Anm. 11 zu IV,1), S. 153

9 Nikolaj Tolstoy, Stalin's Secret War, New York 1981, S. 150 ff.
10 Miles, Neubeginnen! Faschismus oder Sozialismus. Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen des Sozialismus in unserer Epoche, Karlsbad 1933
Paul Sering, Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus, Jg. 2, Nr. 24–27
11 Ebenda, Jg. 1 (1933–1934) Nr. 9, S. 295, 298
12 Schon vorher war der Philosoph Theodor Lessing in der Tschechoslowakei ein Opfer von Gestapo-Agenten geworden, ein Mann, der auf seine Weise eine ebenso paradoxe Erscheinung war wie der Hitler-Saboteur in SA-Uniform: ein schroffer Gegner der *jüdisch-christlichen Kultur* von jüdischer Abkunft. Vgl. oben, Anm. 24 zu II,7
13 UuF, Bd. IX, S. 454 f.
14 Freiwillig kehrte aus der Emigration die ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maria Reese zurück. 1938 publizierte sie im Verlag der Antikomintern eine »Abrechnung mit Moskau«, in die anscheinend antisemitische Wendungen nachträglich hineinredigiert sind. Aufschlußreich sind aber die Berichte über das Leben Clara Zetkins, ihrer persönlichen Freundin, im »goldenen Käfig« und deren Aussage, daß »die Ulbricht, Florin, Heckert und Co« zu Beginn des Jahres 1933 bereits eine Ministerliste aufgestellt hatten. (S. 64 ff.)
Curt Geyer, führendes Mitglied der linken USPD, berichtet in seinen Lebenserinnerungen, daß er bei einem seiner Aufenthalte in Moskau von einer in Lumpen gekleideten Dame des ehemaligen Bürgertums angesprochen worden sei, die ihn angefleht habe, sie zu heiraten, damit sie diesem Elend entkomme. Nichts Vergleichbares ist bis zum Kriegsausbruch aus Deutschland berichtet worden. (Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Stuttgart 1976, S. 266 ff.)
15 Vgl. oben, Anm. 1 zu III,1
16 S. oben, S. 116 f.
17 Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961, S. 451
18 Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli, München 1957, S. 160
19 S. oben, S. 304 f. Im November 1914 hatte ein bekannter deutscher Zionistenführer von dem Kriege Deutschlands gegen Rußland gesagt, man könne ihn fast auch den »jüdischen Krieg« nennen. (»Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933, hrsg. von Jehuda Reinharz«, Tübingen 1981), denn nicht nur die große Masse der russischen, sondern auch die der amerikanischen Juden war »pro-deutsch gestimmt«. (Richard Lichtheim, Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954, S. 212)
20 S. oben, S. 307
21 Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied-Berlin 1965 passim
22 Leggett, a. a. O. (Anm. 2 zu IV,2), S. 252

8. *Die totale Mobilisierung*

1 »Je ärmer an technisch geschulten und überhaupt an intellektuellen Kräften ein Land ist, desto dringender ist die Notwendigkeit, möglichst rasch und entschlossen die Zwangsvereinigung zu dekretieren und ihre Durchführung bei den Groß- und Riesenbetrieben anzufangen, denn gerade die Vereinigung wird intellektuelle Kräfte ersparen und es ermöglichen, diese Kräfte voll und ganz auszunutzen und richtiger zu verteilen.« (Lenin AW, Bd. II, S. 111, Ende Oktober 1917)
»Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats-›Syndikats‹ ... Die gesamte Gesellschaft wird EIN Büro und EINE Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.« (ebda., S. 236)
»... unsere unbeugsame Entschlossenheit, um jeden Preis durchzusetzen, daß Rußland aufhört, armselig und ohnmächtig zu sein, daß es im vollen Sinne des Wortes mächtig und reich werde.« (ebda., S. 353)
2 Peter Gosztony, Die Rote Armee, Wien-München-Zürich 1980, S. 97

3 Vgl. oben S. 116 f.
»Lernt bei den Deutschen Disziplin, sonst sind wir ein verlorenes Volk und werden uns ewig in der Sklaverei befinden.« (AW II, S. 348)
4 Fainsod, a. a. O. (Anm. 11 zu IV,2), S. 211 f.
5 Morozow, a. a. O. (Anm. 7 zu IV,3), S. 98
6 Fainsod, a. a. O. (Anm. 9 zu III,5), S. 293
7 Gosztony, a. a. O., S. 123
8 S. oben, S. 368
9 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vjh. f. Ztg. 3. Jg. 1955, S. 204–210, S. 210. S. 209; »Die deutsche Wirtschaft aber wird die neuen Wirtschaftsaufgaben begreifen oder sie wird sich eben unfähig erweisen in dieser modernen Zeit, in der ein Sowjet-Staat einen Riesenplan aufrichtet, noch weiter zu bestehen. Aber dann wird nicht Deutschland zugrunde gehen, sondern es werden dies höchstens einige Wirtschaftler.«
10 Einzelheiten zur Wirtschaftsentwicklung u. a. bei René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966
11 Felix Kersten, Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform, Hamburg 1952, S. 326. Allerdings fuhr Hitler in diesem Gespräch vom 18. Dezember 1942 in einer Weise fort, die weniger einen Beutefeldzug als einen ideologischen Verteidigungskrieg im Auge zu haben und den Kalten Krieg vorwegzunehmen scheint: Wenn die deutsche Rüstung verbraucht sei, müßten Amerika und England »an unsere Stelle« treten, denn eine zweite Rüstung könne das deutsche Volk nicht mehr aufbringen. Amerika und England begriffen das jetzt noch nicht, aber die Zeit werde kommen. Vgl. aber andererseits Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Bonn 1951, S. 136, 141 f., 237

V *Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945*

1. *Der Angriff gegen die Sowjetunion*

1 Monatshefte für Auswärtige Politik, 8. Jg. 1941, S. 551–563
2 Hilger, a. a. O. (Anm. 8 zu I), S. 312 f.
3 Vgl. dazu den ersten Beitrag von Joachim Hoffmann in: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 38–97 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4) sowie Ernst Topitsch, Stalins Krieg. München 1986²
4 Pjotr Grigorenko, Der sowjetische Zusammenbruch 1941, Frankfurt 1969, S. 94
5 Hans-Adolf Jacobsen, 1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1961⁵, S. 164
6 Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. I, Frankfurt 1965, S. 255 ff.
7 Hitlers Weisungen für die Kriegführung, Frankfurt 1962, S. 84
8 Hillgruber, a. a. O. (Anm. 28 zu III,9), S. 385
9 The Public Papers and Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1941, S. 390
10 Gosztony, a. a. O. (Anm. 2 zu IV,8), S. 185
11 Hermann Teske (Hrsg.), General Ernst Köstring, Frankfurt o. J., S. 301
12 ADAP, D, Bd. XII/2, S. 608
13 Winston S. Churchill, The Second World War, Vol. IV, London 1951, S. 443
14 ADAP, D, Bd. XII/2, S. 855 f.
15 So Stalin zu Harry Hopkins am 31. Juli 1941 (Robert E. Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 263)
16 Chruschtschow, a. a. O. (Anm. 10 zu III,2), S. 883
17 Svetlana Allilujewa, Only One Year, London 1969, S. 392
18 IMG, Bd. XXVI, S. 547 ff.
19 Ebenda, S. 610 ff.
20 Monatshefte, a. a. O., S. 563

21 UuF, Bd. XVII, S. 253 ff.
22 IMG, Bd. XXIV, S. 191 ff.
23 Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 335 ff.
24 Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Düsseldorf 1958, S. 171
25 Heinrich Uhlig, Der verbrecherische Befehl, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt-Berlin 1965, S. 287–410, S. 360 (Dokumentation)
26 Hoffmann, a. a. O., in seinem Beitrag »Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion«, S. 720. Zur Veranschaulichung und Bekräftigung können zahlreiche Aussagen kriegsgefangener sowjetischer Offiziere herangezogen werden, über die der Graf Bossi-Fedrigotti, der Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes zum AOK 2, berichtet (Pol. Archiv AA, Abtlg. Kult. Pol. Geheim, Bd. 108)
27 J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1945, S. 5–11
28 Foreign Relations of the United States, 1943. The Conferences at Kairo and Tehran 1943, S. 583
29 ADAP, D, Bd. XIII, 2, S. 829 ff.
30 Hitlers Weisungen ..., a. a. O., S. 142 ff.
31 Hillgruber, a. a. O., S. 613
32 IMG, Bd. XXXVIII, S. 86 ff.
33 Ebenda, S. 88

2. *Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege*

1 W. S. Churchill, His Complete Speeches, Vol. VI, London 1974, S. 6428 f.
2 Denna F. Fleming, The Cold War and its Origins 1917–1960, Norwich 1961, Bd. II, S. 135. Zu den verschiedenen »Linien« in den USA vgl. Nolte, a. a. O. (Anm. 98 zu II,3), S. 97–108
3 Vgl. oben, S. 307
4 Sherwood, a. a. O. (Anm. 15 zu V,1), S. 238 ff.
5 Ebenda, S. 255
6 The Public Papers ..., a. a. O. (Anm. 9 zu V,1), S. 439
7 LMG, Bd. XXVI, S. 396
8 Vgl. oben, S. 301
9 Zum Kriegsverlauf vgl. den Überblick nebst Dokumentation bei Jacobsen, a. a. O. (Anm. 5 zu V,1), und die ausführliche Darstellung in »Der Angriff auf die Sowjetunion«, a. a. O. (Anm. 3 zu V,1)
10 Morozow, a. a. O. (Anm. 7 zu IV,5), S. 270
11 Ebenda, S. 261
12 Der großdeutsche Freiheitskampf, Bd. III, München 1943, S. 113–148, bes. 130, 133, 142 ff.
13 The Public Papers, a. a. O., 1942, S. 37
Wie sehr Hitler die amerikanische Industriekapazität unterschätzte, wurde besonders deutlich, als er am 15. Juli 1941 zu Oshima sagte, die USA würden mindestens vier Jahre brauchen, bis sie die 8000 Tanks gebaut hätten, welche die deutsche Armee jetzt im Osten zerstört habe. (ADAP, D, Bd. XIII, 2), S. 829 ff.
14 Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 30-0-302
15 J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg, a. a. O. (Anm. 27 zu V,1), S. 34
16 Die Frage der Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Separatfriedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist in der Erörterung, seit Peter Kleist, einer der Beteiligten, 1950 sein Buch »Zwischen Hitler und Stalin« veröffentlichte. Ein wichtiger Beitrag dazu ist Ingeborg Fleischhauer, Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1986

3. *Weltkrieg der Ideologien?*

1 Hilger, a. a. O. (Anm. 8 zu 1), S. 218
2 Richard Coudenhove-Kalergi, Stalin und Co., Leipzig-Wien 1931, S. 23
3 Schulthess 1936, S. 438
4 Galeazzo Ciano, Tagebücher 1939–1943, Bern 1947², S. 337
5 ADAP, D, Bd. XIII/2, S. 443 f.
6 Ebenda, Bd. XIII/1, S. 7
7 UuF, Bd. XVII, S. 388
8 Ebenda, S. 407
9 Ebenda, S. 463
10 Ebenda, Bd. XVIII, S. 54; Bd. XIX, S. 276
11 Wenn Himmler in einer Rede vor dem Offizierskorps der Leibstandarte Adolf Hitler am 7. September 1940 erklärte, der Orden der SS müsse »alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen«, damit die Gegner keines hätten, so handelte es sich offenbar um eine ins Biologische übersetzte Kopie der kommunistischen Idee vom Eintreten des Weltproletariats für die Sowjetunion, aber da die fremdnationalen Anhänger nicht, wie die Anhänger der Sowjetunion, universalistisch dachten, waren Widerstände in den eigenen Reihen mit noch größerer Sicherheit vorauszusehen als innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. (IMG, Bd. XXIX, S. 109)
12 UuF, Bd. XVII, S. 382
13 Ebenda, S. 411
14 J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg, a. a. O. (Anm. 27 zu V,1), S. 14 f., 20 f.
15 The Public Papers, a. a. O. (Anm. 9 zu V,1), Jg. 1942, S. 41
16 UuF, Bd. XVII, S. 14–24, S. 22
17 Ebenda
18 Vgl. den Bericht Heydrichs an Himmler vom 10. Juni 1941 im Anhang von Schellenbergs »Aufzeichnungen« (Anm. 3 zu III,5), S. 377–385
19 Der vollständige Hintergrund des Anschlages ist bis heute nicht aufgehellt, und es ist sogar die kühne Hypothese vorgebracht worden, Bormann habe den Mann töten lassen, der allein die Fähigkeit besessen habe, den Sowjetagenten in der Spitzenführung Deutschlands zu entlarven und unter Umständen sogar Hitler zu stürzen, wenn er die Existenz des Reiches gefährde. (So in etwa Schellenberg, S. 257). Weitaus wahrscheinlicher ist aber nach wie vor, daß Benesch nicht so sehr über die harten Maßnahmen Heydrichs empört als vielmehr über dessen bemerkenswerte Erfolge bei der tschechischen Arbeiterschaft beunruhigt war. Rätselhaft oder aber symptomatisch ist die Tatsache, daß Heydrich sich täglich ohne Begleitschutz im offenen Wagen auf derselben Route 20 Kilometer von seiner Residenz auf Schloß Jungfern-Breschan nach Prag fahren ließ, so daß er für erfahrene Attentäter ein leichtes Ziel war.
20 Bodo Scheurig (Hrsg.), Verrat hinter Stacheldraht?, München 1965, S. 53–73
21 Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, Bd. I, Berlin 1970, S. 440–443
22 Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957, S. 121
23 Wolfgang Diewerge, Feldpostbriefe aus dem Osten. Deutsche Soldaten sehen die Sowjetunion, Berlin 1941, S. 16 ff., 24, 37, 42 f., 46. Künftiges wird in dem Satz eines der Briefschreiber vorweggenommen: »Für die ist der grausigste Tod noch zu schön.« (S. 49)
24 Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, Stuttgart 1970, S. 547 ff. Die Wendung findet sich in einem Brief, den Groscurth am 19. August 1942 an den Generalobersten Ludwig Beck schrieb.
Eindrücke, welche die vorgefaßten Meinungen über das sowjetische System zu einem guten Teil nicht bestätigen, erhielt auch Graf Bossi-Fedrigotti bei den von ihm durchgeführten Vernehmungen. Ein Oberst und ehemaliger zaristischer Offizier versicherte ihm anscheinend mit voller Überzeugung, das Offizierskorps und die Beamtenschaft seien bedingungslos systemtreu, denn das System habe seine innere Berechtigung erwiesen; einige Generäle bezeichneten das Verhältnis zwischen Offizieren und Kommissaren als gut und kameradschaftlich; der Prozentsatz der jüdischen Kommissare betrage nicht mehr als 1 %; Stalin er-

freue sich großer Verehrung und Liebe. Andererseits berichtete Bossi aber auch über die Auffindung von 12 mit Genickschüssen umgebrachten Rotarmisten, die von ihren Kommissaren wegen des Besitzes deutscher Flugblätter erschossen worden seien, und bei toten sowjetischen Offizieren seien Aufrufe gefunden worden, welche schroffste Gegnerschaft nicht nur gegen Stalin, sondern auch gegen die sowjetische Form eines Sozialismus an den Tag legten, der gleichbedeutend sei mit Barfußgehen und dem Anstehen um ein Stück Brot. (Polit. Archiv des AA, Kult Pol. Geheim, Bd. 108 ff.)

25 Ein eigenes Kapitel bildeten die russischen Emigranten, von denen sehr viele bereit waren, sich einem *Kreuzzug gegen den Bolschewismus* anzuschließen. Aber so gut wie alle Stellungnahmen von deutscher Seite, nicht zuletzt auch von Hitler selbst, legten Mißtrauen und Abneigung an den Tag, die sich teilweise gegen die *großrussischen Tendenzen*, teilweise aber auch schlicht gegen die *monarchistisch-reaktionäre* Einstellung richteten (vgl. den Mikrofilm MA 246 im Institut für Zeitgeschichte). Selbst der Kongreß von Reichenhall und damit implizit Max von Scheubner-Richter wurden negativ beurteilt. Trotzdem gelang es einer ganzen Reihe ehemaliger weißer Offiziere, an der Seite der Wehrmacht mit der Waffe in der Hand den Bürgerkrieg wiederaufzunehmen und mindestens, wie der weitbekannte General P. N. Krasnow, für ein *freies Kosakenland* zu kämpfen. Die meisten dieser Offiziere wurden 1945 von ihren ehemaligen Alliierten im Bürgerkrieg, den Engländern, an die Sowjetunion ausgeliefert. Dazu bzw. zur Wlassow-Bewegung vgl. Nikolaj Tolstoy, Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte, München 1977, und Joachim Hoffmann, Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg 1984

26 Wilfried Strik-Strikfeldt, Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung, Mainz 1970

27 Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, Bonn 1950, S. 318, 323

28 Hoffmann, a. a. O., S. 36 ff.

4. *Genozide und »Endlösung der Judenfrage«*

1 Churchill, a. a. O. (Anm. 13 zu V,1), Bd. II, S. 567

2 Churchill, a. a. O. (Anm. 1 zu V,2), S. 6384

3 Robert Conquest, The Nation Killers. The Soviet Deportation of Nationalities, London 1970, S. 103, 162

4 »Organisation Ukrainischer Nationalisten«, die 1941 von Stepan Bandera geführt wurde. Vgl. »Russischer Kolonialismus in der Ukraine«. Berichte und Dokumente, München 1962

5 Chruschtschow, a. a. O. (Anm. 10 zu III,2), S. 886

6 Gustav Mannerheim, Erinnerungen, Zürich-Freiburg 1952, S. 526 f.

7 IMG, Bd. XXXIX, S. 428

8 IMG, Bd. IV, S. 535 f. (Aussage v. d. Bach-Zelewski)

9 Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, Frankfurt 1974, S. 183

10 Buchbender, a. a. O. (Anm. 14 zu V,2), S. 305

11 IMG, Bd. XXV, S. 331 ff.

12 S. oben, S. 134

13 Nolte, a. a. O. (Anm. 20 zu II,4), S. 407 f.

14 Die These einer umfassenden Beteiligung der deutschen Bürokratie vertritt u. a. Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982[2]; die Abwesenheit eines vorgefaßten Plans hat vor allem Uwe Dietrich Adam zu zeigen gesucht (Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972)

15 Rudolf Aschenauer, Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, Leoni 1980, S. 505

16 Ebenda, S. 217 (vielfältig auch durch andere Quellen belegt)

17 Hilberg, a. a. O., S. 710

18 S. oben, S. 300 f.

19 S. oben, S. 432 f.

20 Als Beispiel kommunistischer Literatur: Faschismus – Ghetto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Frankfurt 1962.
Zu den inner-jüdischen Auseinandersetzungen vgl. Hilberg, a. a. O., S. 552 (Im Warschauer Ghetto wurden die zionistischen Revisionisten von den Kommunisten als »bürgerlich-nationalistische jüdische Faschisten« apostrophiert.) Die SS selbst führte die Widerstandslosigkeit auf den zwanzigjährigen Terror des NKWD zurück (ebenda S. 229). Zu den Autoren, welche die Passivität unterstreichen, so daß die gesamte Endlösung einschließlich der Aktionen der Einsatzgruppen als eine bloße Folge von *Mordtaten* erscheint, zählt auch Martin Gilbert: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek 1982

21 Gerald Reitlinger, Die Endlösung, Berlin 1961[4]; Raul Hilberg (s. Anm. 14)
Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981

22 Es ist nicht ganz richtig, daß »kein einziger« aus der obersten nationalsozialistischen Führungsschicht die Vernichtungsmaßnahmen Hitlers auch nur im Ansatz zu rechtfertigen versucht hätte (so »Der Faschismus in seiner Epoche«, S. 484). Otto Ohlendorf hat vielmehr die Tätigkeit der Einsatzgruppen, von denen er die vierte (»D«) ab Juni 1941 für fast ein Jahr kommandierte, als zwingende Kriegsnotwendigkeit hingestellt, aber er machte doch zugleich deutlich, wie sehr vorgreifende ideologische Überzeugungen seinen Blick bestimmten. (»Thus our experiences in Russia were a definite confirmation of the Bolshevist theory and of the practice as we had learned about it before«, S. 248). Und er identifizierte sich auch mit jener Intention des Führerbefehls, die er, der Intellektuelle, als unmöglich erkennen mußte: nämlich »auch eine Gefahr zu bekämpfen, die in der Zukunft entstehen könnte« (284). Aus diesem Verlangen nach »dauernder Sicherheit« resultierte notwendigerweise die Erschießung auch von Kindern, von der Ohlendorf sich nicht distanzierte (356) (»Trials of War Criminals Before the Nürnberg Military Tribunal«, Vol. IV, »The Einsatzgruppen Case«). Der »Hiatus« wird nicht dann evident, wenn man sich nur über den »intellektuellen Henker« empört (Michel Mazon, Otto Ohlendorf, bourreau intellectuel, in: »Le monde juif, No 63–64 (1971), sondern wenn man sich nicht weigert, die Motive auch dieses Angeklagten wahrzunehmen: »Der Grund war, das dürfen Sie nicht vergessen, welches Entsetzen wir hatten über die Zustände der Volksgruppen. Z. B. das volksdeutsche Dorf Friedenstal, dort gab es zwischen (dem Alter von) 10 und 65/70 keine Männer, die waren von den Bolschewisten durch drei Aktionen und zwar in den Jahren 1921/22, 1933 und 1936/37 herausgenommen worden« (Interrogation Otto Ohlendorf v. 16. 10. 47 im Archiv des IfZg München.) So schrecklich die Ausrottung von Männern ist: Diejenige von Kindern bedeutet eine andere Dimension.

23 Den Einsatzgruppenführern fehlte nicht durchweg ein Bewußtsein dieses Tatbestandes. So heißt es in einem Bericht der Einsatzgruppe C vom 17. September 1941: »Selbst dann, wenn eine sofortige hundertprozentige Ausschaltung des Judentums möglich wäre, würde dadurch noch nicht der politische Gefahrenherd beseitigt. Die bolschewistische Arbeit stützt sich auf Juden, Russen, Georgier, Armenier, Letten, Ukrainer; der bolschewistische Apparat ist in keiner Weise mit der jüdischen Bevölkerung identisch ... Bei dieser Sachlage würde das Ziel einer politisch-polizeilichen Sicherung verfehlt, würde man die Hauptaufgabe der Vernichtung des kommunistischen Apparats zugunsten der arbeitsmäßig leichteren Aufgabe, die Juden auszuschalten, in die zweite oder dritte Reihe stellen.« Nach dieser eigenen Einschätzung taten die Einsatzgruppen also zugleich zu wenig und zu viel. (Nicht ganz vollständig auch zitiert von Hilberg, S. 244)

24 Chruschtschow, a. a. O., S. 886

25 Vgl. oben, S. 378, 427 f.

26 Es ist in der Tat auffällig, daß sich nicht wenige Ausländer unter diesen *Revisionisten* befinden, darunter ehemalige Insassen von deutschen Konzentrationslagern wie Paul Rassinier. Die Motive sind unterschiedlich, aber häufig ehrenwert: Abneigung gegen eine angebliche Fortsetzung bloßer Kriegspropaganda, Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, Weigerung, dem toten Gegner Fußtritte zu geben. (»Mon ennemi est vaincu. Ne comptez pas sur moi pour cracher sur son cadavre«, Robert Faurisson in Serge Thion: Vérité

historique ou vérité politique. Le dossier de l'affaire Faurisson, Paris 1971, S. 196.) Meist widerlegen sich diese Autoren aber durch unsinnig übersteigerte Thesen selbst, so Faurisson, wenn er behauptet, niemals habe Hitler befohlen oder zugelassen, daß irgend jemand wegen seiner Rasse oder seiner Religion getötet wurde (ebda., S. 187).

Gleichwohl stände es um die *etablierte Literatur* besser, wenn sie sich mit den Auffassungen dieser Autoren, soweit sie nicht offensichtlich unbegründet sind, sachlich auseinandersetzte, statt immer bloß von »Rechtsradikalen« zu sprechen. So sind nicht nur gegen das Protokoll, sondern sogar gegen die Tatsache der »Wannsee-Konferenz« ernste Zweifel vorgebracht worden, die meines Wissens nirgendwo in der Literatur gründlich erörtert werden. Nicht nur fehlt in der Anwesenheitsliste die wichtigste Person, nämlich Reinhard Heydrich, sondern es ist auch weder die Zeit des Beginns noch diejenige des Endes vermerkt. Vor allem aber waren der 19. und 20. Januar sehr wichtige Tage in Prag, nämlich Tage einer Regierungsumbildung, bei welcher der amtierende Reichsprotektor schwerlich hätte abwesend sein können. Der *Angriff* meldete am 21. 1. 1942 unter »Prag 20. Januar«, der stellvertretende Reichsprotektor habe um 19.00 die Mitglieder der neuen Regierung empfangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Heydrich auf dem Luftwege am 20. bis 19.00 wieder in Prag sein konnte, und es ist sogar wahrscheinlich, da auch Eichmann mit großer Selbstverständlichkeit von dieser Konferenz spricht (Aschenauer, a. a. O., S. 50 ff. S. auch Günther Deschner, Reinhard Heydrich, Esslingen 1977, S. 25 f.). Aber es bleibt beklagenswert, daß die elementarste Regel der Wissenschaft »audiatur et altera pars« in der *etablierten Literatur* so weitgehend außer Kraft gesetzt zu sein scheint.

Rundum erfreuliche Zeugnisse eines Willens zur Objektivität von ausländischer Seite sind – außerhalb des Rahmens einer Erörterung der *Endlösung* – die Bücher des amerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas. (Für die Zeit vor 1945: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1984[4].) Aber gerade sie machen auch wiederum die qualitative Differenz anschaulich.

27 Unbestreitbar ist, daß der Terminus »Vergasung« bereits in der frühen KZ-Literatur vorkommt und Ungezieferbeseitigung meint, so bei Walter Hornung, a. a. O. (Anm. 13 zu I), S. 199. Der Frage der technischen Ausführbarkeit ist seit einiger Zeit viel Aufmerksamkeit zugewendet worden: affirmativ von Werner Wegner (»Keine Massenvergasungen in Auschwitz? Zur Kritik des ›Leuchter-Gutachtens‹« in »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus«, Hrsg. von Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann. Frankfurt/M.–Berlin 1990, S. 450–476; negativ bezüglich der von Augenzeugen genannten Zahlen in verschiedenen Arbeiten von Carlo Mattogno. (Vgl. »Grundlagen zur Zeitgeschichte«, hrsg. von Ernst Gauss [= Germar Rudolf], Tübingen 1995). Auch die weitaus detaillierteste, aber dem Titel nur partiell entsprechende Untersuchung verhält sich gegenüber den Zahlenangaben von Angehörigen der Sonderkommandos sehr kritisch, nämlich das monumentale Buch von Jean-Claude Pressac, »Technique and Operation of the Gas Chambers«, New York 1989

28 Aschenauer, a. a. O., S. 52

29 Die Literatur über die »Endlösung« stammt zum weit überwiegenden Teil von jüdischen Autoren. Sie ist daher begreiflicherweise ganz auf ein einfaches »Täter-Opfer-Schema« fixiert; insofern zweifellos mit Recht, als die Initiative Hitlers bzw. des Nationalsozialismus hinsichtlich der Juden außer Zweifel steht, nicht erst seit 1939, und weil die »Judenräte« tatsächlich ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft an den Tag legten. Aber andere Aspekte geraten dadurch leicht aus dem Blick und werden oftmals nur in Nebenbemerkungen oder manchmal in aktuell-politischen Auseinandersetzungen zwischen den Autoren greifbar.

So bemerkt Gilbert, a. a. O., die Mordkommandos hätten in Rußland wirksame Unterstützung gefunden, denn die Juden seien »von einer extrem feindlichen Landbevölkerung« umgeben gewesen, so daß sie bisweilen schon getötet worden seien, ehe die Einsatzgruppen eintrafen; außerdem hätten viele Pogrome durch »einheimische Antisemiten«, rumänische Truppen usw. stattgefunden. (S. 76) Der internationale Charakter des Antisemitismus und eines Teils der »Endlösung« wird so immerhin nicht vollständig übergangen. Reuben Ainsztein wiederum arbeitet die Aktivität der jüdischen Widerstandskämpfer in der Polemik

gegen das Konzept »wie Schafe zur Schlachtbank« so stark heraus, daß er sich gegen diejenigen jüdischen Autoren wenden muß, die seine Auffassung für eine Unterstützung nationalsozialistischer Behauptungen erklären. Es sollte also, weil der Begriff des »jüdischen Bolschewismus« unrichtig ist, das starke Engagement vieler Juden für die Sache des Kommunismus während des Krieges nicht in Abrede gestellt werden. (»Jewish Resistance in Nazi-Occupied Europa with a historical survey of the Jew as fighter and soldier in the Diaspora«, London 1974, S. XVII f., 913.) Ainsztein scheut sich auch nicht, einen Satz Chamberlains zu zitieren, der im allgemeinen als eine Art Eigentum der *rechtsradikalen* Literatur angesehen und tabuisiert wird: die Amerikaner und die Weltjuden hätten ihn in den Krieg gezwungen. (S. 873, nach den Forrestal Diaries vom 27. Dezember 1945.) Ein von den in Deutschland vorherrschenden Darstellungen abweichendes Bild zeichnet auch – in erster Linie hinsichtlich Frankreichs – Arno Lustiger in seinem Buch »Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933–1945«, Köln 1994. So sollte zwar die »jüdische« Literatur grundsätzlich auch gegen die angeblich »rechtsradikale« Literatur abgewogen werden, sofern diese nicht bloß propagandistisch ist, aber wesentliche Gewinne an Einsicht wären schon dann zu erwarten, wenn die »jüdische« Literatur unbefangen zur Kenntnis genommen würde. So wurde in den »Heften von Auschwitz« Nr. 8/1964 berichtet, im Juli 1944 seien 400 Männer aus einem Transport griechischer Juden dazu bestimmt worden, die Leichen aus den Gaskammern zu ziehen und zu verbrennen; da sie sich geweigert hätten, seien sie allesamt vergast und verbrannt worden. In der »Voice of Auschwitz Survivors in Israel« (Nr. 36, Oktober 1986, S. 27 ff.) wird jedoch nachgewiesen, daß es sich um ein bloßes Gerücht handelt. Aber sogar an weit weniger versteckter Stelle, wie in der New York Review of Books, findet sich gelegentlich eine Darstellung, in der sehr kritisch über die »conventional ethnic stereotypes – of German murderers, Jewish victims and Polish bystanders and collaborators« sowie über den »exclusive, martyrological approach« geurteilt wird, welcher der »immensely complex world of Eastern Europe« nicht gerecht werde. (Norman Davies: The Survivor's Voice, in »The New York Review of Books«, Vol. XXIII, Nr. 18 vom 20. 11. 1986, S. 21–23.) Erst wenn die Regeln der Zeugenvernehmung allgemeine Anwendung gefunden haben und Sachaussagen nicht mehr nach politischen Kriterien bewertet werden, wird für das Bemühen um wissenschaftliche Objektivität in bezug auf die »Endlösung« sicherer Grund gewonnen sein.

30 UuF, Bd. XIX, S. 490 f.
31 Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944, Hamburg 1980, S. 280
32 Hillgruber, Staatsmänner, a. a. O. (Anm. 28 zu III,9), S. 614 in ADAP, D, Bd. XIII,2, S. 838)
33 Das bedeutet nicht, daß er alle Zahlenangaben akzeptieren muß, was sowieso eine Unmöglichkeit wäre. Hinsichtlich Auschwitz bewegten sich die meisten Schätzungen zwischen vier Millionen und einer Million, bis die offizielle Festlegung auf 1 bis 1,5 Millionen erfolgte.
34 Hilberg, a. a. O., S. 688
35 UuF, Bd. XXII, S. 392

5. *Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion*

1 Vgl. oben, S. 234 (Louis Fisher, a. a. O. [Anm. 1 zu IV,6], S. 8)
2 Vgl. oben, S. 220
3 Morozow, a. a. O. (Anm. 7 zu IV, 3), S. 121
4 Ebenda, S. 238
5 J. Stalin, a. a. O. (Anm. 27 zu V, 1), S. 22
6 Morozow, a. a. O., S. 278
7 Strik-Strikfeldt, a. a. O. (Anm. 26 zu V, 3), S. 73
8 Tolstoy, a. a. O. (Anm. 9 zu IV, 7), S. 47
9 Gosztony, a. a. O. (Anm. 2 zu IV, 8), S. 238
10 Winston S. Churchill, a. a. O. (Anm. 13 zu V, 1), Bd. V, S. 330. Churchill wahrte, anders als Roosevelt, in seiner Antwort die Ehre der westlichen Tradition, indem er den Gedanken an *Massenexekutionen* mit Nachdruck zurückwies.

11 J. Stalin, a. a. O., S. 85 f.
12 Vgl. oben, S. 301
13 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 146
14 Charles de Gaulle, Memoiren 1942–1946, Düsseldorf 1961, S. 372
15 Ebenda, S. 367
16 Ebenda, S. 368
17 Gosztony, a. a. O., S. 287
18 Djilas, a. a. O., S. 106
19 Goebbels Tagebücher 1942/43, hrsg. von L. Lochner, Zürich 1948, S. 133
20 Hitlers Lagebesprechungen, hrsg. v. H. Heiber, Stuttgart 1962, S. 124
21 Goebbels, a. a. O., S. 323
22 Nicht nur Bormann, sondern auch der Gestapochef Müller betrachteten gegen Ende des Krieges anscheinend aus voller Überzeugung das bolschewistische System als das bessere und erfolgreichere totalitäre System (vgl. Schellenberg, a. a. O. (Anm. 3 zu III, 5), S. 288
23 IMG, Bd. XXV, S. 307 ff.
24 Boberach, a. a. O., (Anm. 21 zu IV, 7), S. 259 f.
25 Deutschland im Kampf, a. a. O. (Anm. 21, zu III, 9), Nr. 105/108, S. 111
Hitler, Monologe ..., a. a. O. (Anm. 31 zu V, 4), S. 51
Himmler, Geheimreden, a. a. O. (Anm. 9 zu V, 4), S. 231
26 Gerald L. Weinberg: Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in: Vjh. f. Ztg., 12. Jg. 1964, S. 455–456, S. 455, 446
Daß Hitler gerade bei jüngeren Offizieren mit seinen radikalen Forderungen Beifall fand, machte ein Luftwaffenoberleutnant in einem Gespräch mit Alfred Rosenberg deutlich, als er sagte, es müsse unbedingt der Typus eines Revolutionsoffiziers geschaffen werden; zahlreiche NS-Führungsoffiziere seien weiter nichts als Elemente bürgerlicher Ehrsamkeit ohne revolutionären Schwung. (Gespräch vom 23. 10. 1944; BA NS 8/269).
27 Hillgruber, a. a. O. (Anm. 28 zu III, 9), Bd. II, Frankfurt 1970, S. 208
28 Theodor Eschenburg, Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vjh. f. Ztg. 1 (1953), S. 363–394 (S. 385)
29 Ebenda
30 Ebenda, S. 367. Ganz ähnlich hatte sich Hitler bereits am 8. Mai 1943 ausgedrückt. S. oben, Anm. 21, (Goebbels), S. 322
31 UuF, Bd. XXI, S. 453
32 Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers Politisches Testament, München 1981, S. 73 f.
33 Ebenda, S. 70, 65. So radikal in dieser Äußerung der Einfluß der *jüdischen Presse* und der jüdischen Einflußgruppen um den Schatzsekretär Morgenthau, den Richter am Obersten Gericht, Felix Frankfurter, und den Rabbi Wise überschätzt wird, so gewiß war dennoch die Furcht auf seiten der amerikanischen und der englischen Regierung vor einem möglichen Übergreifen dieser Charakterisierung auf die Bevölkerung ihrer eigenen Länder die wichtigste Ursache für die offizielle Abneigung, den (spärlichen) Meldungen über die Ausrottung der Juden große Publizität zu geben. Vgl. Walter Z. Laqueur, Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers *Endlösung*, Frankfurt 1981, und David S. Wyman, The Abandonment of the Jews. America and die Holocaust 1941–1945, New York 1984.
34 Hillgruber, a. a. O., Bd. II, S. 514 f.
35 Hitlers Lagebesprechungen, a. a. O., S. 128
Vgl. hierzu oben S. 115.
Daß mit dem »Rattenkäfig« nicht etwa, wie der Herausgeber Helmut Heiber schreibt, die Lubjanka gemeint ist, geht aus dem Kontext unzweideutig hervor. Hitler bezieht sich offensichtlich auf das angebliche Verfahren der chinesischen Tscheka. Wie stark es ihm in dieser von jeder propagandistischen Intention freien Äußerung vor seinen engsten Mitarbeitern gegenwärtig war, zeigt die Tatsache, daß er noch zweimal in unmißverstehbaren Wendungen darauf zurückkommt. (S. 130 »sie sperren ihn in den Rattenkeller ein ...«, S. 134 »Sie kommen jetzt in die Lubjanka hinein, und dort werden sie von Ratten gefressen.«)

In Wahrheit wurde keiner der Offiziere oder Parteiführer, die während des Krieges oder nachher in die Lubjanka gebracht wurden, einer solchen oder auch nur entfernt ähnlichen Folter unterworfen. Vgl. z. B. den Bericht des Gauleiters Jordan, a. a. O. (Anm. 15 zu II, 7) S. 339 ff.

36 Vgl. oben, S. 107 f.
Daß Hitler aber trotz der unzutreffenden und vielleicht sogar 1920 irrealen Vorstellung vom *Rattenkäfig* mit seiner Furcht vor den inneren Verhältnissen der Sowjetunion nicht etwa einer bloßen *Greuelpropaganda* zum Opfer fiel, bedarf keines anderen Nachweises als der Erzählung von der Kollektivierung und der großen Säuberung. Ein erhellendes Dokument ist das Schreiben, das ein der Mittäterschaft an der Ermordung des Hitlerjungen Herbert Norkus angeklagter und zum Tode verurteilter ehemaliger Kommunist, Harry Tack, während des Krieges an Adolf Hitler mit der Bitte um Begnadigung und um die Erlaubnis zum Eintritt in die Wehrmacht richtete. Es ist wie eine Abbreviatur des Schicksals vieler Deutscher in den dreißiger und vierziger Jahren auf der untersten und einfachsten Ebene:
»... Ich möchte Ihnen, mein Führer, mein gewesenes Leben schildern ... Mein Vater ist im Weltkrieg gefallen ... Meine Umgebung, in welcher ich mich befand, waren Arbeitslose und Kommunisten, zu denen auch ich mir gesellte; in der Hoffnung, daß Deutschland unter kommunistischer Führung die Arbeitslosigkeit und den Wohlstand der Arbeiter emporhebt ... So fuhr ich 1932 nach Rußland. Mußte aber bei meinem 8monatigen Aufenthalt feststellen, daß alles, was dem deutschen Arbeiter als Paradies hingestellt wurde, eine Hölle war ... Am 4. 8. 1933 kam ich vor das Kriegsgericht in Moskau. Bekam am 4. 12. 1933 5 Jahre Konzentrationslager und wurde dann nach Sibirien zur Zwangsarbeit geschickt. Viele Deutsche sind dort erschossen, teilweise auch verhungert ...
... Von dort aus wieder nach B Workutta in Kohlenschacht, westlich vom Ural. 1938, am 28. März wurden 1800 Menschen erschossen, darunter befanden sich viele Deutsche, auch ich war in der Todesetappe ... Und so habe ich deutschen Boden erreicht. Und ich bin durch meine Erfahrung, welche ich im jungen Leben gesammelt habe, ein Deutscher, der seine Heimat schätzen gelernt hat, geworden. Habe mich der Geheimpolizei in Deutschland gestellt und sitze jetzt im Gefängnis ... Schenken Sie bitte meinem Gesuch Gehör. Auch bin ich verheiratet. Meine Frau ist eine Wolgadeutsche, ihr Vater ist im Lager in Rußland verhungert, Mutter vor Gram gestorben, auch ihre zwei Brüder waren im Lager ...«
Hitler las dieses Schreiben und ließ den Justizminister Thierack anweisen, von der Vollstreckung der Todesstrafe abzusehen und Tack nach einiger Zeit in die Freiheit zu entlassen, sofern sich bestätige, daß er durch seinen Aufenthalt in Rußland vom Kommunismus geheilt sei. (BA, NS 26/vorl. 809, fol. 368 ff.)

37 S. dazu Hitlers Rede vom 26. April 1942
Vgl. auch die Bemerkungen von Joachim Hoffmann über die unterschiedliche Totalität des *totalen Krieges* in der Sowjetunion und in Deutschland in: Der Angriff auf die Sowjetunion, a. a. O. (Anm. 3 zu V, 1), S. 731

38 Hitlers Politisches Testament, a. a. O., S. 110

39 Dieses Entsetzen knüpfte sich vor allem an das Wort Nemmersdorf, den Namen eines ostpreußischen Dorfes, das im Herbst 1944 für einige Tage in der Hand der Roten Armee gewesen war.

40 Hitlers Lagebesprechungen, a. a. O., S. 741

41 Albert Speer, a. a. O. (Anm. 18 zu IV, 5), S. 446

Schlußbetrachtung

1 Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985² (zuerst München/Zürich 1974)

2 in »Historikerstreit«, a. a. O. (s. S. 506), S. 75

3 Anatolij Rybakow, Die Kinder vom Arbat, Köln 1988 (Orig. Moskau 1987), S. 45, 39

4 Ebenda, S. 352 f.

5 Ebenda, S. 569

6 Anton Antonow-Owssejenko, Stalin. Porträt einer Tyrannei, München/Zürich 1983 (Orig. New York 1980), S. 67
7 Ebenda, S. 51
8 Ebenda, S. 335 f.
9 Ebenda, S. XVIII
10 Ebenda, S. 312, 314
11 Ebenda, S. XVII. Der Autor selbst schreibt dieser These »nur ein Körnchen Wahrheit« zu.
12 Wassilij Grossman, Leben und Schicksal, München und Hamburg 1984 (Original Lausanne 1980), S. 655
13 Ebenda, S. 553
14 Ebenda, S. 656
15 Ebenda, S. 813
16 Ebenda, S. 423
17 Ebenda, S. 220
18 Ebenda, S. 217
19 Ebenda, S. 424
20 Ebenda, S. 571 ff.
21 Ebenda, S. 588
22 Ebenda, S. 508
23 Ebenda, S. 219
24 Man denke an die Figur des »bereuenden Kaufmanns« in der russischen Literatur, aber auch an die zahlreichen Kommunisten unter den Söhnen und Töchtern des west- und mitteleuropäischen Großbürgertums. Von »Tötung« war allerdings kaum je ausdrücklich die Rede, doch der Terminus »Liquidierung« bzw. »liquidieren« ging leicht über die Lippen. Vgl. auch oben S. 372
25 Vgl. R. W. Davies, Soviet History in the Gorbachev Revolution, Houndsmills & London 1989; zu Wolkogonow S. 41 ff.
26 Lew Kopelew, Aufbewahren für alle Zeit, S. 176
27 Die Wendung findet sich in der »Schlußbetrachtung« der Ausgabe von 1987 des vorliegenden Buches auf S. 549. Einige andere Sätze dieses Textes, der vor der »Wende« geschrieben war und vornehmlich der zusammenfassenden Verdeutlichung des vorhergehenden Gedankengangs diente, mögen auch heute noch nützlich und bedenkenswert sein: »Daher fand zu keiner Zeit der ›reine Bürgerkrieg‹ statt, der mit der ›Bürgerkriegserklärung‹ der Bolschewiki eingeleitet werden sollte und der mit der Entstehung der entgegengesetzten Bürgerkriegspartei hätte aktuell werden können, sondern er war stets mit Traditionen und staatlichen Realitäten verknüpft, wie es auf andere Weise auch in dem ersten europäischen Bürgerkrieg der modernen Zeit der Fall gewesen war, der Epoche der Französischen Revolution und Napoleons.« (S. 536)
»Die Jahre 1793 und 1794 bedeuteten die Herrschaft der säkularisierten Gottesstreiter, der Egalitätsideologen und Gerechtigkeitsfanatiker, und sie hinterließen in ganz Europa einen unverlöschlichen Eindruck, der kaum irgendwo zu der Einsicht führte, daß diese Ideologen je nach den Umständen das Salz der Erde oder der Fluch der Welt sind.« (S. 540)
»Indem Hitler und Himmler *die Juden* für einen Prozeß verantwortlich machten, der sie in Panik versetzt hatte, führten sie das ursprüngliche Vernichtungskonzept der Bolschewiki in eine neue Dimension und übertrafen durch die Schrecklichkeit ihrer Tat jene genuinen Ideologen, indem sie den sozialen Ausgangspunkt durch einen biologischen ersetzten.« (S. 545)
»Nichts weist darauf hin, daß nennenswerte Kräfte in der deutschen Gesellschaft, einschließlich großer Teile der NSDAP, vor 1933 und noch lange nachher etwas anderes im Auge gehabt hätten als die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und allenfalls eine Wiedervereinigung mit Österreich. Alle Weltrettungsleidenschaft, alle überschwenglichen Vorstellungen vom germanischen oder arischen und der Subversion für immer entzogenen Rassenstaat, alle Furcht vor einem Untergang der Zivilisation sind vor allem als Widerschein jener ursprünglicheren Welterlösungshoffnungen, jenes umfassenderen Strebens nach Entgrenzung, jenes radikaleren Veränderungswillens zu betrachten, die von

den siegreichen Egalitätsideologen in Petrograd und Moskau verkörpert wurden ...« (S. 546)

Das gleiche dürfte für einige Wendungen gelten, die in den Anmerkungen zu dem alten »Vorwort« zu finden sind:

»Der Haupttitel des Buches ist aus Gesprächen mit dem Verlag hervorgegangen. Er lautete bis dahin: ›Schreckbild und Vorbild. Der Nationalsozialismus und die Sowjetunion‹. Wenn als Untertitel jetzt ›Nationalsozialismus und Bolschewismus‹ gewählt wurde, so wurde damit nicht ein polemischer Begriff oder ein *Reizwort* an die Stelle des neutralen Terminus *Sowjetunion* gesetzt, denn *Bolschewismus* war so gut eine Selbstbezeichnung wie *Nationalsozialismus*. Ausgeprägt polemischen Charakter trugen Bezeichnungen wie *Bolschewiken* oder – im angelsächsischen Raum – *Bolshies*; sie werden im folgenden ebensowenig verwendet wie die entgegengesetzten *Nazis* und *Nazismus*.

Daß es *Nationalsozialismus und Bolschewismus* heißt und nicht, wie es der Chronologie besser entspräche, *Bolschewismus und Nationalsozialismus*, hat seinen Grund in der Überlegung, daß der Begriff des Bürgerkrieges *zwei* bürgerkriegsmäßig gesinnte Parteien impliziert. Eine bloße Insurrektionsdrohung, die eine Straffung der Regierungsmacht zur Folge hat und beim Versuch der Realisierung von der Polizei niedergeworfen wird, ist noch kein Bürgerkrieg. Im übrigen ist 1917 für beide Parteien ein wichtiges Datum, das einen ersten Wechselbezug konstituiert, denn kein Außenstehender wurde für den Sieg der Bolschewiki so entscheidend wichtig wie der General Ludendorff, und wenige Jahre später spielte in der nationalsozialistischen Bewegung außer Adolf Hitler kein Mann eine so große Rolle wie er.

Im ganzen läßt sich der neue Titel auf den Inhalt aller meiner Bücher beziehen, und der Untertitel bedeutet eine Einschränkung a fortiori. Sie alle haben den europäischen Bürgerkrieg bzw. dessen Hauptprämisse zum Thema, auch *Deutschland und der Kalte Krieg*, das von seiner Ausweitung zum *Weltbürgerkrieg* sowie von dessen Abschwächung handelt. Aber kein Gegensatz war so schroff und kein Prozeß der Annäherung so erstaunlich, wie sie in der Beziehung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bzw. zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion zu verzeichnen waren ...«

CENTRE DE RECHERCHES POLITIQUES
RAYMOND ARON

Paris, den 3. April 1996

Lieber Herr Kollege,

als ich Ihnen eine lange Anmerkung widmete, war ich mir durchaus bewußt, daß ich damit in Ihrem Lande, aber auch darüber hinaus, eine feindselige Stimmung meinem Buch gegenüber auslösen würde. Dies ist auch so eingetreten; allein die Tatsache, daß ich Sie zitiert habe, hat bei der Linken geradezu einen »pawlowschen« Reflex hervorgerufen. Selbst so unterschiedliche angelsächsische Historiker wie Eric Hobsbawn oder Tony Judt haben mir schon die Tatsache zum Vorwurf gemacht, daß ich nur Ihren Namen zitiert habe, ohne es für nötig zu halten, diese Exkommunikation zu rechtfertigen. Man muß den Bann dieses magischen Gedankengangs brechen; darum bereue ich mein Tun weniger denn je. Zunächst einfach aus professionellen Motiven, da ich gerade Fragen behandelte, über die Sie seit langem viel geschrieben haben. Ihr Buch »Der Faschismus in seiner Epoche« (1963) hatte mich schon vor dreißig Jahren, nachdem es auf französisch erschienen war, sehr interessiert. Abgesehen von diesem Respekt für die Regeln unseres Fachs werfen Ihre Bücher auch so viele Probleme auf, die für das Verständnis des 20. Jahrhunderts unabdingbar sind, daß es von großer Verblendung zeugt, sie pauschal zu verdammen.

In der Tat findet diese Verblendung ihren sichtbarsten Ursprung in der Zwangsvorstellung vom Nazismus, welche die demokratische Tradition seit einem halben Jahrhundert beherrscht, als ob der Zweite Weltkrieg dessen historische und moralische Bedeutung immer weiter deutlich machen würde. In der Tat ist diese Zwangsvorstellung, statt in dem Maße zurückzugehen, wie man sich von den Ereignissen entfernte, die ihnen zugrundelagen, vielmehr in den 50 Jahren, die uns davon trennen, noch gewachsen, und zwar als das wichtigste Kriterium, um die guten Bürger von den »bösen« zu unterscheiden (um für einen Moment auf das Vokabular der Französischen Revolution zurückzugreifen). Ja, sie hat sogar imaginäre Faschismen entstehen lassen, weil man auch

nach der Niederlage von Hitler und Mussolini noch spätere Verkörperungen des Faschismus finden wollte.

Die Verbrechen des Nazismus waren so gewaltig, und sie waren am Ende des Krieges so universell offenkundig, daß es zweifelsohne nützlich und sogar notwendig ist, die Erinnerung daran aus pädagogischen Gründen wachzuhalten, selbst noch lange nachdem die Generationen, die diese Verbrechen begangen haben, verschwunden sind. Die öffentliche Meinung ist sich nämlich mehr oder weniger deutlich bewußt, daß diesen Verbrechen etwas spezifisch Modernes anhaftet, daß sie Gemeinsamkeiten mit bestimmten Zügen unserer Gesellschaft aufweisen und daß man um so wachsamer eine mögliche Wiederholung verhindern muß. Dieses Entsetzen vor uns selbst bildete den Nährboden für die antifaschistische Obsession und war zugleich ihre beste Rechtfertigung.

Aber sie ist von Anfang an auch von der kommunistischen Bewegung instrumentalisiert worden. Am deutlichsten und nachhaltigsten war diese Instrumentalisierung kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Geschichte infolge der Niederlage Hitlers Stalin ein Demokratiezeugnis auszustellen schien, so als ob der Antifaschismus, eine rein negative Bestimmung, als Garant für die Freiheit genügen würde. Dadurch hat die antifaschistische Zwangsvorstellung ihrer notwendigen Rolle eine unselige Wirkung hinzugefügt. Sie hat eine Analyse der kommunistischen Regime wenn nicht unmöglich gemacht, so doch zumindest erschwert.

Ihrer Ansicht nach ist diese Verblendung in der deutschen Linken und sogar ganz allgemein in Deutschland besonders total, und zwar aus Gründen, die teilweise sehr offensichtlich sind. Der Nazismus war eine deutsche Apokalypse, die Ihr Land seiner Tradition beraubt und es in ein beispielloses Unglück gestürzt hat, welches durch die allgemeine Verdammung noch vergrößert wurde. Man kann leicht verstehen, warum die kollektiven politischen Gefühle fast ausschließlich von dieser nationalen Tragödie mobilisiert wurden. Ebensoleicht ist es einzusehen, warum die antikommunistische Argumentation einer Art Tabu unterworfen war, da sich bereits Hitler ihrer bedient hatte. Dasselbe Phänomen kann man, mutatis mutandis, auch in Italien beobachten, und zwar aus denselben Gründen.

Dennoch frage ich mich, ob Sie in Ihrem Brief nicht die Analyse des deutschen Ausnahmefalls in dieser Hinsicht etwas übertreiben. Schließlich war der Faschismus, in seiner nazistischen Form, auch in meinem Land und ganz allgemein im demokratischen Europa für jeden Historiker ein mehr oder weniger tabuisiertes Thema. Damit meine ich, daß die moralische Verurteilung, der die beiden Regime unterlagen, verhinderte, die Popularität, die sie in der Zeit zwischen den Weltkriegen genossen hatten, zu studieren oder auch nur wahrzunehmen. Ebensogroß war das Tabu, mit dem jede vergleichende Analyse oder auch nur jede Vorstellung von einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen

Kommunismus und Faschismus behaftet war, selbst wenn es nicht die gleichen Gründe hatte. Auch in Frankreich wurden solche Ansichten als reine Instrumente des Kalten Krieges abgetan, obwohl man ihnen gerade bei Autoren aus den dreißiger Jahren sehr häufig begegnet. Mir scheint, daß der Unterschied zwischen Ihrem und meinem Land in dieser Hinsicht eher graduell als prinzipiell ist. In Frankreich hat das Bestehen einer altehrwürdigen revolutionären und demokratischen Tradition eher die kommunistische Illusion gefördert und weniger die Aufdeckung ihrer dunklen Punkte erlaubt. Der Sieg der antifaschistischen Koalition, der »Volksfront«, im Jahre 1936 hat im gleichen Sinne gewirkt. Die Existenz einer »antifaschistischen« marxistischen Tradition ist der deutschen Kultur nicht fremd. Eben diese Tradition hat der ehemaligen DDR zur intellektuellen Legitimation gedient.

Was auch immer die jeweilige Situation der französischen und der deutschen Historiker hinsichtlich des Verständnisses vom 20. Jahrhundert war, ist es klar, daß die Obsession des Faschismus und damit des Antifaschismus von der kommunistischen Bewegung als Mittel instrumentalisiert worden ist, um die eigene Realität vor den Augen der öffentlichen Meinung zu verbergen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese Sichtweise, welche die Macht einer Theologie erlangt hat, in Frage zu stellen, um sich der realen Geschichte des Faschismus und des Kommunismus zu nähern. In dieser Hinsicht haben Sie den Weg gebahnt, und mit dem Verfließen der Zeit wird das in zehn oder fünfzig Jahren, wenn wir mehr Abstand gewonnen haben, für jedermann klar sein.

Obwohl ich aus einer anderen Richtung komme, versuche ich, ebenso wie Sie, die seltsame Faszination, welche die beiden großen ideologischen und politischen Bewegungen – nämlich der Faschismus und der Kommunismus – in unserem Jahrhundert ausgeübt haben, zu begreifen. Sie konzentrieren die Aufmerksamkeit auf den Faschismus, während ich versuche, die Verführungskraft, die die kommunistische Idee auf die Gemüter der Menschen ausgeübt hat, zu begreifen. Aber niemand kann eins der beiden Lager verstehen, wenn er nicht auch das andere berücksichtigt; so sehr hängen diese nämlich in ihren Vorstellungen, ihren Leidenschaften und der globalen historischen Realität voneinander ab.

Diese gegenseitige Abhängigkeit kann auf verschiedene Weise untersucht werden: unter dem Blickwinkel der Ideen, der Leidenschaften und der Regime zum Beispiel. Der erste Aspekt veranlaßt uns zu analysieren, inwiefern die demokratische Politik hin und her gerissen wurde zwischen dem Prinzip des Universellen einerseits und dem des Partikularen andererseits, oder, um mit ihren Worten zu sprechen, zwischen der Transzendenz und der Immanenz: ein philosophischer Antagonismus, der die Leidenschaften der wechselseitigen Feindschaft verstärkt hat. Die faschistische Bewegung hat sich vom Antikommunismus genährt und die kommunistische Bewegung vom Antifaschismus. Aber beide

teilten den Haß auf die bürgerliche Welt, der ihnen erlaubte, sich miteinander zu verbünden. Schließlich lieferte der Vergleich zwischen den beiden Regimen – dem bolschewistisch-stalinistischen Regime und dem Hitlerregime – schon seit den dreißiger Jahren Stoff für eine umfangreiche Literatur, der Hannah Arendt nach dem Kriege die bekanntesten (aber nicht die einzigen) Argumente gegeben hat.

In meinem Buch habe ich versucht, all diesen Aspekten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wie Sie sehr richtig gesehen haben, stehe ich in dieser Hinsicht Ihrer Interpretation näher als der von Arendt. Das Konzept des Totalitarismus erlaubt zwar, dasjenige an den Regimen Stalins und Hitlers zu vergleichen, was vergleichbar ist, aber es reicht nicht aus, ihre unterschiedlichen Ursprünge zu erklären. Jenes, das die »historisch-genetische« Entwicklung – um Ihren Ausdruck aufzunehmen – der faschistischen und kommunistischen Regime verfolgt, erscheint mir überzeugender und von einer stärkeren Kraft der Interpretation zu sein. Dennoch bin ich in einem wichtigen Punkt mit Ihnen uneins. Mir scheint, daß Sie den in bezug auf den Kommunismus reaktiven Charakter des Faschismus zu sehr betonen, das heißt die Tatsache, daß der Faschismus in der chronologischen Abfolge später aufgekommen ist und durch die Oktoberrevolution bestimmt wurde. Ich persönlich sehe in den beiden Bewegungen zwei potentielle Ausformungen der modernen Demokratie, die aus derselben Geschichte hervorgehen.

Lenin ergriff die Macht 1917, Mussolini 1922, und Hitler scheiterte 1923 und war zehn Jahre später erfolgreich. Demnach konnte Mussolinis Faschismus durchaus als »Reaktion« auf die Bedrohung durch einen italienischen Bolschewismus gesehen werden, der ebenfalls aus dem Krieg hervorgegangen war und mehr oder weniger in den Spuren seines russischen Vorbildes wandelte. Ebensogut kann man aus dem Nazismus eine Antwort auf die deutsche Zwangsvorstellung der »Komintern« machen, eine Antwort gemäß der revolutionären und diktatorischen Erscheinungsform des Kommunismus. Dieser Interpretationsansatz enthält einen Teil der Wahrheit, soweit die Angst vor dem Kommunismus tatsächlich einen Nährboden für die faschistischen Parteien gebildet hat, aber meiner Meinung nach eben nur einen Teil; denn sie hat den Nachteil, daß sie alles Endogene und Besondere an den einzelnen faschistischen Regimen verhüllt zugunsten all jener Dinge, die sie gemeinsam bekämpft. Die kulturellen Elemente, aus denen sie sich eine »Doktrin« zusammengestellt hatten, existierten schon vor dem Ersten Weltkrieg und damit vor der Oktoberrevolution. Mussolini hat nicht bis 1917 gewartet, um die Verknüpfung der revolutionären Idee mit der nationalen zu erfinden. Die deutsche extreme Rechte und sogar die Rechte insgesamt brauchten den Kommunismus nicht, um die Demokratie zu verabscheuen. Die Nationalbolschewiken haben Stalin bewundert. Ich will gern zugeben, daß für Hitler der Haß auf den Bolschewismus Vorrang hatte, aller-

dings lediglich in seiner Eigenschaft als Endprodukt der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Übrigens haben einige seiner engsten Getreuen, wie z. B. Goebbels, kein Geheimnis daraus gemacht, daß sie Paris und London mehr verabscheuten als Moskau.

Darum bin ich der Ansicht, daß die These vom Faschismus als eine auf den Kommunismus »reagierende« Bewegung nur einen Teil des Phänomens erklärt. Sie vermag es nicht, die italienische oder deutsche Spezialität zu erhellen. Vor allem erlaubt sie nicht zu begreifen, was die beiden faschistischen Bewegungen an Ursprüngen und Wesenszügen mit dem verhaßten Regime gemeinsam gehabt haben. Dies habe ich im 6. Kapitel meines Buches (insbesondere auf den Seiten 197–198) ziemlich ausführlich erklärt, und ich kann Ihnen hier eine Wiederholung ersparen. Allerdings füge ich noch hinzu, daß Sie sich, wenn Sie dem Bolschewismus gegenüber dem Faschismus nicht nur eine chronologische, sondern auch eine kausale Priorität zuschreiben, dem Vorwurf aussetzen, den Nazismus in gewisser Weise entschuldigen zu wollen. Die Behauptung, daß »der Gulag vor Auschwitz existiert hat«, ist nicht falsch, und sie ist auch nicht irrelevant, aber sie hat nicht die Bedeutung einer Beziehung von Ursache und Wirkung.

Ebensowenig kann ich Ihrer Analyse der »rationellen Beweggründe« für Hitlers Antisemitismus zustimmen. Es stimmt zwar, daß die Existenz zahlreicher Juden in den verschiedenen Führungsstäben des Kommunismus – an erster Stelle der russischen Partei – eine erwiesene Tatsache ist. Aber Hitler und die Nazis waren keineswegs auf dieses Argument angewiesen, um ihrem Haß auf die Juden, der älter war als die Oktoberrevolution, Substanz zu verleihen. Im übrigen hatte Mussolini, den sie so hoch schätzten, bereits vor ihnen einen antikommunistischen Faschismus zum Sieg geführt, der nicht antisemitisch war. Auch hier liegt eine Differenz vor, die mich von Ihnen trennt, nämlich hinsichtlich der Ursprünge des Nazismus, die älter und spezifischer deutsch waren als die Feindschaft gegenüber dem Bolschewismus. Bevor man die Juden zu Sündenböcken für den Bolschewismus gemacht hat, waren sie bereits diejenigen für die Demokratie gewesen. Wenn es wahr ist, daß sie durch ihre besondere Beziehung zum modernen Universalismus eine ideale Zielscheibe für eine solche Verdammung abgaben, so taten sie dies in beiden Rollen, sowohl als Bürger wie als Kommunisten, wobei die erste Vorstellung der zweiten vorherging. (Übrigens erwähnten Sie selbst ausdrücklich, daß die Juden in den Reihen der Kommunisten zwar zahlreich waren, daß man aber auch viele von ihnen unter den Vertretern des liberalen Antikommunismus in diesem Jahrhundert antrifft.)

Auch hier komme ich wieder auf die besondere Gewalttätigkeit der deutschen Kultur gegenüber der modernen Demokratie als erklärendes Element für den Nazismus zurück, das bereits vor dem Bolschewismus existiert hat. Was Sie den

»rationalen Kern« des nazistischen Antisemitismus nennen, bestand in meinen Augen vielmehr in der imaginären Überlagerung von zwei aufeinanderfolgenden, jedoch nicht miteinander unvereinbaren Verkörperungen der Modernität durch die Juden. Meiner Ansicht nach bestätigt die Lektüre von »Mein Kampf« diese Interpretation. Der Bolschewismus ist in diesem Buch nur das letzte Stadium beim Bestreben der Juden, die Weltherrschaft zu erlangen.

Doch diese Frage ist so umfassend und zentral, daß wir in unserem künftigen Briefwechsel noch öfter darauf zurückkommen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

François Furet

Aus dem Französischen von Klaus Jöken und Ernst Nolte

Sachregister

A

Alternativen
in Deutschland 1932 199 ff.
im Zweiten Weltkrieg 306 ff., 311, 313 ff., 441 ff.
Antibolschewismus, Antikommunismus
(s. auch ›Nationalsozialismus, Gegensatz zu und innere Bezogenheit auf Bolschewismus bzw. Kommunismus‹)
sozialistischer 123–125
liberaler 125 f.
organisierter 127 ff.
nationalsozialistischer 61 f., 129–132, 253 f.
– und Antisemitismus bei Hitler 130 ff.
internationaler 176 f., 238 f., 275 ff., 286 f., 288 f., 297 f., 437, 453–458, 540
Antifaschismus 244, 275, 287, 451 f.
Antikomintern 532 f.
Antikommunismus, weicher 494
Antimarxismus 62, 133 f., 284 f., 308 f.
Antisemitismus 13, 501
(s. auch ›Antibolschewismus‹, ›Nationalsozialismus …‹)
nationalsozialistischer 67 f., 129 ff., 236 ff., 283 f., 460 f., 464 ff., 512
tendenzieller – in KPdSU und KPD 138, 147, 152, 164, 186 f., 264 f.
übernationaler Charakter 534, 542 ff.
Arbeiterbewegung
(s. auch ›Sozialismus‹) 90 ff., 160 f., 318 ff., 358 ff.
›asiatisch‹, ›Asiaten‹, ›Asien‹ 87 f., 105, 128 f., 138, 173, 176, 189, 191, 199, 236, 272, 399, 434, 437, 453 f.

B

Bolschewismus, Kommunismus
(s. auch ›KPdSU‹, ›Sowjetrußland‹, ›KPD‹, ›Vernichtung‹) und Nationalsozialismus. Vergleiche in der Literatur 46 f.
Konzept des ›bewaffneten Aufstands‹ 43 f., 192
– und Bürgertum (›Burschui‹) 75, 85 f., 370–376
Interpretationen des – 79
Machtergreifung, Charakter der – 80 ff.
Bolscho-Nationalismus
Begriff 479 ff.
Bürgerkrieg
Begriff 33–37, 547
Bolschewiki bzw. Kommunisten als Partei des Bürgerkriegs 45, 82 f., 158
russischer – 110 f., 370–376
begrenzter – in Deutschland 183, 192 ff.
geistiger – 184 ff., 360 f.
Bereitschaft (Papens) zu – 201
Furcht (Hindenburgs) vor – 206 ff.
potentieller – 277
europäischer – im Zweiten Weltkrieg 428 ff., 447–451

Bürgertum, bürgerlich 97 f., 135, 160, 336 f., 375 f.
Hitler über – 284 f., 527

D

Deutsche Frage 267 f., 270 ff., 273

F

Faschismus, -theorie, faschistisch 40, 48, 134, 210, 257, 266, 402
Feiern
bolschewistische – 361 f.
nationalsozialistische – 368 f.
Fortschritt, Konzept vom – 379 f., 460, 473
›Fortschritt‹ und ›Reaktion‹ bzw. ›Rückschritt‹ 42 f., 152 f., 326 f., 352, 356 f., 368, 375 f.
Führer, Führerkult
KPdSU 324 ff., 363
NSDAP 328 ff.
Fürstenenteignung 162 f.

G

Grundemotionen
(s. auch ›Ideologie‹) 49, 306, 346, 357, 366 f., 369–376, 431 f.
»Gulag« und »Auschwitz« 13, 35

H

Hitler-Stalin-Pakt
Bedeutung 296 f.
Historikerstreit,
Auseinandersetzungen zwischen Historikern 9–12, 23

I

Ideologie(n)
(s. auch ›Sozialismus‹) 44 f., 50 f., 357
nationalsozialistische Geschichtskonzeption (Gegenideologie) 129 f., 133 f., 143, 209, 237, 345 f.
Ideologiegeschichte, historisches Denken 51 ff.
Ideologiestaat(en)
Begriff 210 f., 216 ff.
Industrielle Revolution (Weltmarktwirtschaft, kapitalistisches System) 318 f.
Intellektuelle
Stalin über – 147
Hitler über – 284 f., 471
Intellektualisierung 471

J

Juden, jüdische Selbstkritik 499 f.
Judenverfolgung in Deutschland (V. Klemperer) 22 f.
›Jüdischer Bolschewismus‹
Konzept und Terminus 126, 129 ff., 191 f., 280 f., 283 f., 313 f.
rationaler Kern 334 f., 531
nationalsozialistische Einsicht in Unrichtigkeit 541

K

Kirchenkampf (in Deutschland) 235 ff.
Koexistenz, friedliche, Entspannung 493
Kommerzielle Gesellschaft 358
Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus (Furet) 20 f.
Kommunistische Internationale (Komintern) 108 f., 115 f., 476 f.

KPD 58
Gründungskongreß 101 f.
Merkmale 102 f.
Januaraufstand 105 f.
Räterepublik in München 107 f.
im Kapp-Putsch 112 f.
VKPD 115 f.
März-Aktion 120 f.
Entwicklung nach 157 f.
Bolschewisierung der – 162
›Blutmai‹ 1929 169 f.
Einschätzung der Situation im Januar 1933 207 f.
KPdSU
Charakter 148
Trotzkismus und Stalinismus 146 f.
Kennzeichen 322 f.
Organisation 323 f.
soziale Zusammensetzung 334 ff.
Krieg
Der Spartakusbund und der – 94 ff.
Die Bolschewiki und der – 97 ff., 114 f., 121
Der Nationalsozialismus und der – 135 f., 154 f., 267 f., 348, 417 ff., 471
Kriegserfahrung
negative – 359 f.
positive – 364 f.
Kulaken 150 f.
Kulturkritik, Zivilisationskritik 117 f., 377, 382 f.

L

Lebensraum, -konzept, -politik 166 f., 268, 463 f., 517
Liberales System
(s. auch ›Sozialer Pluralismus‹) 45, 145, 200 f., 347, 392, 397, 412 f.
Liberalismus 500 f.

M

McCarthyismus 491 f.
Marxismus 25 f.
Marxismus, marxistisch 39 f., 90 ff.
Moskauer Prozesse 258–263
Motive
Hitlers 133 ff., 160 f., 283 f., 285
Stalins 264 f.

N

Nationalbolschewismus 122 f., 165 f.
Nationalsozialismus
(s. auch ›NSDAP‹, ›Vernichtung‹)
Interpretationen des – 37–41
Gegensatz zu und innere Bezogenheit auf Bolschewismus bzw. Kommunismus 43 f., 135 f., 143, 160 f., 163 f., 166 f., 186, 217 f., 237, 244 f., 345 f., 524, 534 f., 537
Machtübernahme, Momente der – 58 ff.
Stellungnahme des Auslands zur Machtübernahme des – 65 f.
nationale deutsche Juden zur Machtübernahme des – 68, 405 f.
Kennzeichnung 133 ff., 458 f.
NSDAP
Hitlerputsch 141–144
Hitlerprozeß 154 f.
linke und rechte Nationalsozialisten 165 ff.
Kennzeichen 327 f., 329 f.
Organisation 332 f.
soziale Zusammensetzung 336 f.

O

Ostorientierung
(s. auch ›Nationalbolschewismus‹) 172 f.

P

Paradigmen 23–30
Paradoxien 78 ff., 196 f., 272, 310, 326 f., 351 f., 371 f., 434, 453, 484 ff.
Philobolschewismus 122 f., 221, 263 f.
Pluralismus, sozialer (im nationalsozialistischen Deutschland) 369 f., 410 f., 481 f.

R

Rapallo, -politik, -linie 174 ff., 243, 292 f., 526
›Rattenkäfig‹, ›Rattenprobe‹ 129, 372, 483, 545
Revisionismus (marxistischer) 93 f.
Revolution
  Erfahrungen der Offiziere in der russischen Februar- und Oktoberrevolution 72 ff., 84 f., 373 f.
  dto. in der deutschen Revolution 63 f., 103 f.
  faschistischer Typus der – 225 f.
Russische Revolution
  Bedeutung (Hobsbawm) 17 f.
  Bedeutung (Furet) 19 f.

S

Schreckbild und Vorbild (Bolschewismus für Nationalsozialismus und umgekehrt) 64, 135, 284 f., 315, 486
Schuldzuschreibung, kollektivistische 97 f., 133 f., 160 f., 188, 282 f., 339 f., 460 f., 467 ff., 517, 534
Selbstbestimmung, Probleme der – 273 f.
Singularität, singulär (präzedenzlos, historisch neuartig) 33, 36 f., 86 f., 89 f., 101 f., 135 f., 145, 391, 458, 473, 517, 536
SS (Gestapo) 340–347
›Sowjetstern oder Hakenkreuz‹ 143 f., 201 f., 214
Sowjetrußland, Sowjetunion
  Tendenz zur Entwicklungsdiktatur 118 f., 415 f.
  Aufstand in Kronstadt 1921 119 f.
  Entwicklungstendenten 1921 121
  Entwicklung seit 1923 145 ff.
  Industrielle Revolution, Industrialisierung 148 ff., 221 ff., 414 ff.
  Kennzeichnung 381 f., 478 f.
Sozialfaschismus, Begriff des – 189 f.
Sozialismus
  (s. auch ›Arbeiterbewegung‹)
  russischer – 74 ff., 320 ff.
  ›revolutionärer Sozialismus‹ als Sozialreligion 98
  Richtungen im – 318 ff.
Stalin und Hitler (Bullock) 15 ff.
Studentenprozeß 156 f.

T

Terror
  (s. auch ›Vernichtung‹)
  bolschewistischer 82 ff., 337–342, 517 f.
  nationalsozialistischer – 64–67, 342–346
Totalitarismus (-konzeption), totalitär 40 f., 160, 199 ff., 307, 355 f., 544
Totalitarismustheorie 26 f.
Tscheka (GPU, NKWD) 339–342
Tscheka-Prozeß 155 f.

U

Über-Entsprechung
  Begriff der – 48, 393 f.

V

Vergangenheitsbewältigung
deutsche 14
sowjetische 495–500
Vergleichbarkeit des bolschewistischen und des nationalsozialistischen Systems 348
Verkehrsstreik, Berliner 203 f.
Vernichtung, -sintention, -smaßnahmen
(s. auch ›Terror‹)
bolschewistische 48 f., 85 ff., 117 f., 139, 152 f., 257–263, 305 f., 388 f., 513 ff.
nationalsozialistische 62 f., 167, 300 f., 305 f., 433 f., 463 ff., 471 f., 481 f.
-straditionen der Rechten 326 ff.
Vorbild und Abbild (Kopie) 48 f., 224, 231 f., 244 f., 539

W

Wandlungen 220 f., 412, 449 ff., 473–485
Weltbürgerkrieg 488–493
Westen
(s. auch ›Liberales System‹)
Selbstverständnis und Selbstkritik 41 f.
der – und der sowjetisch-polnische Krieg 114 f.
Widerstand
in der UdSSR 398 ff.
im nationalsozialistischen Deutschland 278, 307 f., 406–410

Z

Zionismus, zionistisch 236 f., 536, 541
Zwanzigstes Jahrhundert, Periodisierung 501 ff.

Personenregister

Vorbemerkung

Russische Namen sind in der Schreibweise wiedergegeben, die in den zwanziger und dreißiger Jahren und im allgemeinen noch heute in Deutschland üblich war oder ist. Die ›wissenschaftliche Umschrift‹ wird nur bei den Titeln russischer Bücher und bei deren Autoren verwendet. Seitenzahlen, wo sich bibliographische Angaben zu Büchern oder Studien der betreffenden Personen finden, sind kursiv gesetzt.

A

Abegg, Wilhelm 197
Achmatowa, Anna A. 380, 400
Adam, Uwe Dietrich *540*
Adler, Viktor 160
Ainsztain, Reuben *543*
Albrecht, Karl I. 347, 532, 532
Alexander der Große 435
Alexejew, Wassilij P. 348
Allard, Sven *510*
Allilujewa, Nadeshda 221
Allilujewa, Svetlana 477, *537*
Alvensleben, Werner von 56
Amery, Leopold C. M. S. 455
Anet, Claude 86, *513*
Anlauf, Hauptmann der Schutzpolizei 193
Antonescu, Ion 481, 483
Antonow-Owsejenko, Anton 496 ff., *546*
Antonow-Owsejenko, Wladimir A. 47, 256, 266, 499
Arendt, Hannah 16, 27, 46
Aretz, Emil 523
Aristoteles 380
Aschenauer, Rudolf *540*
Askarchanov, S. S. *535*
Astachow, Georgij 292 f.
Astor, Familie 274
Attlee, Clement R. 160
Augur (= Poljakow, Wladimir) 239, *522*
Aulard, Alphonse 20
Austerlitz, Friedrich 160
Axelrod, Pawel B. 123, *517*
Axelrod, Tobias 107
Axhausen, Günther *518*
Axmann, Artur 354
Ayçoberry, Pierre *509*
Azaña, Manuel 248, 254

B

Babel, Isaak E. 401, 534
Babeuf, François Noël 109
Bach-Zelewski, Erich von dem 540
Backes, Uwe *542*
Badoglio, Pietro 242
Baeck, Leo 68
Baeumler, Alfred 383, 387
Bahne, Siegfried *521*
Bakunin, Michail A. 91 f., 121, 320, 378
Balbo, Italo 24
Baldwin, Stanley 176, 267
Balfour, Arthur James 300
Bandera, Stepan 540
Barbarin, E. 293
Barlach, Ernst 382, 384

Barmat, Julius 185
Barnes, Harry E. 38
Barruel, Augustin 126, 326
Bartels, Adolf 382
Barthel, Max 215
Bauer, Max 161
Bauer, Otto 124, 199, *518*
Baumgart, Winfried *522*
Beaverbrook, William M. A. 461
Becher, Johannes R. 384
Beck, Dorothea *525*
Beck, Jozef 288 ff., 298
Beck, Ludwig 191, 269, 407, 529, *529*, 539
Bedny, Demjan 221, 363, 388, *533*
Belinski, Wissarion G. 378, 475
Belyi, Andrej 379
Benesch, Eduard 260, 273, 278 f., 463, 539
Benn, Gottfried 385
Berdjajew, Nikolaj 400, *534*
Berija, Lawrentij P. 263, 342
Berkman, Alexander 123, *517*
Berndt Alfred I. *530*
Berneri, Camillo 255
Bernstein, Eduard 93
Bersin, Jan K. 231, 263, 515
Best, Werner 192
Bettelheim, Bruno *510*
Beumelburg, Werner 384
Beyrau, Dietrich *505*
Birkenhead, Frederick W. F. *529*
Biskupski, Wassilij von 400
Bismarck, Otto von 24, 91, 224, 270, 296, 396
Blanc, Louis 319
Blanqui, Louis Auguste 91
Blaskowitz, Johannes A. 304
Blok, Alexander A. 378 f.
Blomberg, Werner von 177, 225, 228 ff., 267, 269, 272, 439
Blücher, Wassilij H. 447
Blum, Léon 249, 418
Blumkin, Jakob G. 231
Blunck, Hans Friedrich 385
Boberach, Heinz *536*
Bock, Fedor von 425, 441
Bolloten, Burnett *527*
Bömer, Karl *512*
Bonaparte, Louis 326
Bonn, Moritz Julius 406
Bonnet, Georges 288
Bontsch-Brujewitsch, Michail D. 85, *513*
Borkenau, Franz 47, *511*
Bormann, Martin 333, 433, 482, 531, 539, 544
Borsig, Ernst von 179
Bose, Herbert von 228
Bose, Netaji Subhas Chandra 444
Bossi-Fedrigotti, Anton von *538*, 539
Botta, Carlo 24
Bouhler, Philipp 300, 384
Boulanger, Georges 69
Bracher, Karl Dietrich *509*
Brandenburg, Hans-Christian *533*
Brandler, Heinrich 139 f., 146, 157, 190
Brandt, Karl 300
Brauchitsch, Walther von 270, 308
Bräutigam, Otto 464
Braun, Otto 196 f.
Brecht, Bertolt 376, *534*
Bredow, Hans Karl August von 228
Breker, Arno 385
Brenner, Hildegard *534*
Breschnew, Leonid 493
Briand, Aristide 177, 239
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 156 f., 172 f., 176, 178, 522
Bröger, Karl 365, 405
Broszat, Martin *508, 509, 510, 524, 530*
Broué, Pierre *528*
Brown, Edward J. *534*
Brüning, Heinrich 180, 183 f., 187, 189, 195 f., 200 f., 210, 220, 353, 404, 417
Brussilow, Alexej A. 77, 401

Brzezinski, Zbigniew K. 27, 46
Buber-Neumann, Margarete 347, *521*, *533*
Bucharin, Nikolaj I. 109, 140, 146 f., 149 f., 234, 261, 323, 351, 457, *520*
Buchbender, Ortwin *538*
Buchheim, Hans *527*
Buddha 218
Budjonny, Semjon M. 439
Bullitt, William C. 122, 267, 529
Bullock, Alan *13*, 15 ff., 21, 31
Bunin, Iwan A. 400
Bunyan, James *513*
Burckhardt, Carl J. 297, *530*
Burke, Edmund 326
Busch, Fritz 383

C

Caballero, Francesco Largo 247, 252, 254 f.
Calvo Sotelo, José 248
Carr, Raymond *527*
Carroll, E. Malcolm *517*
Ceauşescu, Nicolae 18
Chamberlain, Arthur Neville 267, 274 f., 277 ff., 280 f., 284, 287 ff., 294, 298 f., 408
Chintschuk, Leo M. 219
Chruschtschow, Nikita S. 231, 263, 427, 462, 469, 477, 492, 494, 526
Churchill, Winston S. 25, 99, 109, 111, 126, 129 f., 175 f., 223, 280, 287, 310, 427, 433, 436, 446, 461 ff., 476, 485, 489, 518, 537, 538, 543
Chvalkovsky, Frantisek 286
Ciano, Galeazzo 447, 539
Clarendon, Edward Earl of 24
Colby, Bainbridge 114
Conquest, Robert 462, *508*, *520*, *528*, *540*
Cooper, Alfred Duff 280
Coudenhove-Kalergi, Richard N. 447 f., *539*
Coulondre, Robert 276, *529*
Coverdale, John F. *527*
Crispien, Arthur 113, 116
Cromwell, Oliver 86
Cuno, Wilhelm 136 f., 139, 204
Curzon, George N. 114, 302
Cvetković, Dragiša 314
Czech-Jochberg, Erich *511*

D

Daladier, Edouard 278 ff., 288
Dallin, Alexander *538*
Damus, Martin *534*
Dan, Fedor I. 399
Däumig, Ernst 117
David, Eduard 160
Davies, Joseph E. 259, 275, 437, *528*
Davies, Norman *543*
Davies, R. W. *546*
Dawes, Charles G. 181, 275
Déat, Marcel 279
Degras, Jane *519*, *527*
Degrelle, Léon 455
Dehn, Günther Karl 406
Denikin, Anton I. 86, 109 ff., 125, 259, 398
Deschner, Günther *542*
Deutsch, Felix 127
Deutscher, Isaak 47
Diels, Rudolf 66
Diewerge, Wolfgang *539*
Diner, Dan *505*
Dirksen, Herbert von 178, 219, 287, 294
Disraeli, Benjamin 327
Ditmar, Max von 156
Djilas, Milovan 46, 451, 477 f., *510*
Döblin, Alfred 382
Dodd, William E. 242
Dollfuß, Engelbert 230, 242
Domarus, Max *525*
Donat, Helmut *505*
Döser, Ute *518*
Dostojewski, Fjodor M. 358, 377
Draganoff, Parvan 313

Drexler, Anton 518
Droysen, Johann Gustav 24
Dserschinsky, Felix E. 320, 338 f., 340, 342, 402, 411, 532
Duchonin, Nikolaj N. 84
Dühring, Eugen 327
Dülffer, Jost 534
Dupeux, Louis 523
Dwinger, Edwin Erich 371, 374, 534

E

Eberlein, Hugo 263
Ebert, Friedrich 65, 100, 102, 104 f., 106, 143, 154, 159, 172 f., 175
Eckart, Dietrich 128 ff., 133, 360, 521
Eckert, Erwin 185
Eckhardt, Karl August 535
Eden, Robert Anthony 240, 244 f.
Ehrenburg, Ilja 256, 463, *508*, *528*
Ehrhardt, Hermann 112, 156
Eichhorn, Emil 105
Eichorn, Hermann G. E. von 430
Eichmann, Adolf 466, 470, 507
Eicke, Theodor 228, 344 f.
Eisenhower, Dwight D. 485
Eisenstein, Serge M. 249
Eisenberger, Joseph *519*
Eisner, Kurt 102, 107, 237
Elleinstein, Jean *526*
Ellenbogen, Wilhelm 160
Elzbacher, Paul 123, *517*
Engels, Friedrich 92, 224, 268, 501
Erbe, René *537*
Erkelenz, Anton 189
Ernst, Karl 227
Ernst, Paul 405
Erzberger, Matthias 136, 518
Eschenburg, Theodor *544*
Escherich, Georg 120, 127 f., 141
Esser, Hermann *523*
Ettighofer, Paul C. 385
Etzdorf, Hasso von 308
Euringer, Richard 385

F

Fainsod, Merle 150, *150*, *511*, *528*
Falter, Jürgen W. 532
Faurisson, Robert 541 f.
Feder, Gottfried 128
Fehrenbach, Constantin 113, 120, 136
Feininger, Lyonel 382
Feuchtwanger, Franz *522*
Fischer, Alexander *510*
Fischer, Conan *510*
Fischer, Fritz 9
Fischer, Harold Henry *513*
Fischer, Louis 46, *510*
Fischer, Ruth 138, 146, 157, 162 f., 165
Fisher, Ralph Talcott *533*
Flandin, Pierre Etienne 241
Fleischhauer, Ingeborg *538*
Fleming, Denna F. *538*
Florin, Wilhelm 536
Foerster, Friedrich Wilhelm 383
Foerster, Wolfgang *529*
Fomin, Fedor T. *519*
Formis, Rolf 405
Forster, Albert 305, *529*
Fourier, Charles 318
Fraenkel, Ernst *520*
Fraenkel, Heinrich *523*
Franco, Francisco 246 f., 249 f., 253, 255 f., 527
François-Poncet, André 226
Frank, Hans 228, 304, 394, 396
Frank, Semjon 400
Frank, Walter 387
Frankfurter, David 282
Frankfurter, Felix 544
Freud, Sigmund 383
Freund, Michael *527*
Frick, Wilhelm 225, 382, 393
Friedberg, Robert 518
Friedeburg, Hans Georg von 488
Friedman, Milton 19
Friedrich II., König von Preußen 224
Friedrich, Carl J. 16, 27, 46

Fritsch, Werner von 267, 269
Frölich, Paul *519*
Frunse, Michail W. 44
Fülöp-Miller, René *533*
Furet, François 19 ff., 31, *507*
Furtwängler, Wilhelm 383

G

Gafencu, Grigore 298, *529*
Galton, Francis 327
Gamarnik, Jan B. 263
Gan, Anatolij (= Gutmann, Anatolij) *532*
Gaucher, Roland 535
Gaulle, Charles de 450, 477, 489, *544*
Gauss, Ernst (= Germar Rudolf) *542*
Gehlen, Reinhard 457, 531, *531*
Gemlich, Adolf 131
Georg V., König von England 297
George, Stefan 385, 405
Gessler, Otto *522*
Getzler, Israel 535
Geyer, Curt 536, *536*
Geyr von Schneppenburg, Leo *527*
Gilbert, Martin *527*, *541*
Giral, José 249
Gladkow, Fedor W. 381
Gladstone, William E. 24
Glaeser, Ernst 383
Glezermann, Grigorij J. *520*
Glinka, Michail I. 475
Glondajewski, Gertrud 539
Gneisenau, August Wilhelm von 138
Goebbels, Joseph 28, 166, 182, 186 f., 194, 215, 225 ff., 253, 282, 329, 332, 369 f., 383 f., 464, 479, 481 f., 485, *508*, *523*
Goerdeler, Carl Friedrich 408, 451
Goethe, Wolfgang von 358, 380
Goldhagen, Daniel Jonah 13 f., 22, *506*, 507
Goldman, Emma 123, 126
Goldmann, Nahum 238, *527*
Gorbatschow, Michail 494, 500
Göring, Hermann 61 f., 69, 198, 225 f., 228, 267, 269 f., 272, 278, 282, 286, 291, 330, 386, 408, 410, 418, 433, 509
Gorki, Maxim 88, 232, 261, 339, 381, 484, *513*
Gosztony, Peter *536*
Granzow, Brigitte *512*
Gregor, Professor 521
Grigorenko, Pjotr G. 425, *537*
Grimm, Hans 385
Groener, Wilhelm 104, 183, 196, 353, *524*
Groener-Geyer, Dorothea *524*
Gropius, Walter 405
Groscurth, Helmuth 454, *539*, 539
Grossman, Wassilij 498 ff., 502, *508*, 546
Gründgens, Gustav 386
Grynszpan, Herschel 281 f.
Grzesinski, Albert 169, 171, 187
Guderian, Heinz 473
Gumbel, Julius Emil 155
Gumiljow, Nikolaj S. 400
Günther, Hans *534*
Günther, Hans F. K. 382
Gürtner, Franz 66
Gustloff, Wilhelm 282
Gutmann, Anatolij J. *532*

H

Haase, Hugo 172
Habermas, Jürgen 10, 13 f., 495, *506*
Hacha, Emil 286
Hadermann, Ernst 452
Hahn, Manfred *531*
Halder, Franz 439, *538*
Halifax, Edward F. 274, 281, 284, 287 f., 297, 299
Hannibal 435
Harlan, Veit 370
Harnack, Arvid 452

Hase, Paul von 482
Hasse, Otto 522
Hassell, Ulrich von 451
Hauptmann, Gerhart 385
Haushofer, Albrecht 409
Hayek, Friedrich von 19
Heckel, Erich 382
Heckert, Fritz 536
Heiber, Helmut 544
Heidegger, Martin 386, 406
Heilmann, Ernst 65
Heinz, Friedrich Wilhelm 408
Heisenberg, Werner 406
Helbig, Herbert *521*
Held, Heinrich 159
Helfferich, Karl 127
Heller, Michail 46, *510*
Heller, Otto 152, *520*
Henderson, Nevile M. 289, 298, *531*
Henke, Josef *534*
Henlein, Konrad 277
Herbette, Jean 177, 239, *522*
Hermann, der Cherusker 39
Herriot, Edouard 526
Hertling, Georg von 172
Herzl, Theodor 50, *511*, *512*, 512
Hess, Moses 237
Heß, Rudolf 63, 226, 234, 253, 258, 329, 332 f., 409, 427
Heydrich, Reinhard 259 f., 301, 343 ff., 450, 531, *532*, 539, 542
Hilberg, Raul 467, 469, 472, *540*
Hilferding, Rudolf 116 f.
Hilger, Gustav 156, 179, *511*
Hillgruber, Andreas *530*
Hilz, Sepp 385
Himmler, Heinrich 23, 28, 226, 228, 237, 301, 304 f., 329, 333, 343, 345 f., 348, 354, 411, 457 f., 463, 470, 481 f., 485, *508*, *530*, *532*, 539, *540*, 546
Hindenburg, Oskar von 56
Hindenburg, Paul von 57, 104, 163, 181, 183 f., 195 f., 198, 205 ff., 210, 224, 228 ff.
Hinkel, Hans 382
Hintze, Otto 406
Hintze, Paul von 172
Hitler, Adolf 15 ff., 25, 28, 39, 41, 43 ff., 56 ff., 64, 69 f., 130, 132 ff., 136, 138 f., 141 ff., 154 f., 159 ff., 165 ff., 181 ff., 190 f., 198 f., 201 f., 205 ff., 215, 217 ff., 224 ff., 234 f., 239 ff., 244 f., 247, 249 f., 256, 260, 266 ff., 271 f., 274 ff., 281 ff., 286, 288, 291–301, 304 ff., 312 ff., 328 ff., 332, 343 f., 346, 348, 353, 356 f., 360, 369, 376, 384 ff., 393, 395, 403, 405, 408 ff., 417 ff., 424 f., 428 ff., 430 ff., 461 ff., 470, 476 f., 479 ff., 490, 492, 496 f., 499, 503, 509, 511 f., 518, *519*, 521, 527, 535, 537 ff., 540, *543*, 544 ff.
Hobsbawm, Eric 17 f., 19, 21, 31, *506*, 507
Ho Chi Minh 192
Hoepner, Erich 301, 441, 482
Hoetzsch, Otto 511
Hofer, Karl 382
Hoffmann, Joachim *537*, *540*, 545
Hoffmann, Johannes 108, 113
Hoffmann, Max 172, 177
Hofmeyer, Günter *533*
Höhne, Heinz *522*
Hölz, Max 113
Homer 458
Hoover, Herbert C. 183
Hopkins, Harry L. 437, 537
Horkheimer, Max 406
Hornung, Walter *512*
Hörsing, Otto 120
Horthy, Nikolaus von 253
Höss, Rudolf 470, 507 f.
Hoßbach, Friedrich 267, 272
Huber, Ernst Rudolf *531*
Hugenberg, Alfred 58, 181, 192, 199, 203, 205, 244 f., 284, 299, 526
Huillier, Fernand l' *517*
Husseini, Amin El 444

I

Irving, David 25
Istrati, Panait 186
Ivanov, Nikolaj J. *513*
Iwan der Schreckliche 474

J

Jäckel, Eberhard 14, *506, 519*
Jacobsen, Hans-Adolf *529, 537*
Jaeger, Hans 47, *511*
Jagoda, Genrich G. 258 f., 261, 339, 342
Jahn, Gerhard *525*
Jähnichen, Rudolf 395
Jakir, Jona E. 256, 259 f., 263
Jaksch, Wenzel *528*
Jakuschew, Alexander A. 402
James, Vaughan C. *534*
Jaspers, Karl 386, 406
Jendretzky, Hans 170
Jeschow, Nikolaj I. 232, 258 f., 262 f., 342
Jesse, Eckhard *542*
Jochmann, Werner *529*
Jodkovskij, A. N. *535*
Jodl, Alfred 270
Joffe, Abram 85
Jogiches, Leo 320
Johst, Hanns 384
Jordan, Rudolf 521, *521*
Jordania, Noe 121, *517*
Joselewitsch 514
Judenitsch, Nikolaj N. 110
Jung, Edgar 227 f.
Jünger, Ernst 385, 405, 508

K

Kaas, Ludwig 205, 404
Kaganowitsch, Lasar M. 232, 351, 526
Kahle, Hans 256
Kahr, Gustav von 113, 139, 142 f., 144, 154, 229
Kaledin, Alexei M. 84, 371, 430
Kalinin, Michail I. 364
Kamenjew, Leo B. 80, 83, 146 f., 164, 232 f., 257 ff., 261, 263, 325, *520*
Kamenjew, Sergej S. 413
Kaminski, Andrzej 455, *508*
Kandelaki, David 291 f.
Kandinsky, Wassily 382
Kanegisser, Leonid A. 86, 339, 514
Kantorowicz, Ernst 405
Kaplan, Fannija (Dora) 86, 339, 398, 515
Kapp, Wolfgang 112 f., 165, 174, 197, 204
Karl I., König von England 86
Karwahne, Bertold 525
Kasper, Wilhelm 533
Kästner, Erich 383
Kater, Michael *531*
Katz, Iwan 157, 164
Kautsky, Karl 76, 125, 130, 199, *518*
Kedrow, Michail S. 339
Keitel, Wilhelm 269, 433, 488
Kemal Pascha, Mustafa 154, 414
Kennan, George F. 49, *511*
Kennedy, John F. 492
Kerenski, Alexander F. 76 f., 79, 81 f., 99 f., 100, 106, 112, 175, 225, 248, 398, 475
Kersten, Felix *537*
Kesting, Hanno 33, 508, *509*
Keynes, John Maynard 181, 417 f.
Killinger, Manfred von 188
Kim Il Sung 18, 507
Kindermann, Karl 156 f., 347, 384, *520*
Kippenberger, Hans 192, 263
Kirow, Serge M. 223, 231 ff., 257–264, 496 f., 526
Klages, Ludwig 471
Klausener, Erich 229
Kleber, Emilio (= Lasar Stern) 256
Klee, Paul 382
Kleist, Peter 481, *538*

Kleist-Schmenzin, Ewald von 407 f., 481
Klemperer, Otto 383
Klemperer, Viktor 21 ff., 28, *507*
Klöckner, Peter 138, 179
Knickerbocker, Hubert R. 202
Knilling, Eugen von 142
Koch, Erich 464, 466
Koch, Hannsjoachim W. *510*
Koenen, Gerd *505, 510*
Koenen, Wilhelm 201
Kohn, Richard *513*
Kokoschka, Oskar 382
Kokoschkin, Fedor F. 83
Kolbenheyer, Erwin Guido 385, 405
Kollontai, Alexandra M. 118
Kollwitz, Käthe 382
Koltschak, Alexander W. 86, 110, 115, 125, 259, 372, 398, 458
Kool, Frits *516*
Kopelew, Lew *505, 546*
Kopp, Viktor 173
Kordt, Erich *530*
Korfes, Otto 452
Kornilow, Lawr G. 79, 82, 106, 253, 371, 430, 520
Korsch, Karl 165
Kramer, David *510*
Krasnow, Pjotr N. 458, 540
Krausnick, Helmut 469, *541*
Krebs, Hans 426
Krestinski, Nikolaj N. 174, 178, 261
Kriebel, Hermann 142
Krieck, Ernst 387
Krivitsky, Walter (= Ginsburg) 47, 231, 261, 266, *511, 522,* 526, 531
Kropotkin, Peter 378
Krüger, Friedrich Wilhelm 225
Krummacher, Friedrich Adolf *522*
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 225
Krupskaja, Nadeshda K. 83, *513*
Krylenko, Nikolaj W. 84, 391
Kschesinskaja, Mathilda M. 77
Kuczynski, Robert René 163
Kühlmann, Richard von 78
Kuhn, Axel *519*
Kühnl, Reinhard *521*
Kun, Bela 121, 126, 146, *520*
Kunz, Thomas *521*
Kutiepow, Alexander P. 402
Kutusow, Michail I. 475 f.
Kuusinen, Otto V. 146, 306 f., *520*
Kwaternik, Slavko 433, 471 f.
Kyrill Wladimirowitsch, Großfürst 400

L

Lammel, Inge *533*
Lammers, Hans Heinrich 433
Lamprecht, Karl 9, 25
Landauer, Gustav 107
Lange, Helmut *522*
Langenbucher, Hellmut *534*
Lansing, Robert 279
Lanzinger, Hubert 385
Laqueur, Walter 47, 131, *510, 511, 538, 544*
Larin, Ju. (= Lure, Michail Z.) 514
Lassalle, Ferdinand 91
Latsis, Martin I. 339 f.
Lattmann, Martin 452
Laubenheimer, Alfred *532*
Laufenberg, Heinrich 111
Laval, Pierre 239, 242
Leber, Julius 406, 452, 525
Le Corbusier, Charles-Edouard 382
Leeb, Wilhelm von 307, 425
Leggett, George *532*
Leibbrandt, Georg *519*
Lenard, Philipp 387, 406
Lenin, Wladimir Iljitsch 14, 16, 44, 46 f., 50, 75 f., 80 f., 83 f., 88 ff., 100 f., 108, 113 ff., 123 f., 134, 145 ff., 161, 166, 171, 174 f., 192, 202, 217 f., 220, 224, 229, 231, 237, 258 ff., 274, 276, 279, 284 f., 294, 299, 321 f., 325,

329, 332, 338 f., 340, 342, 345, 348, 350, 356, 363, 374, 378, 381, 383, 388 f., 391, 398, 428, 432, 436, 449, 475, 478, 484, 488, 490, 497, 502 f., 507, 514 f., 517 f., 535, *536*
Lenk, Hauptmann der Schutzpolizei 193
Lensch, Paul 94 f., 99, *515*
Lerchenfeld, Hugo von 142
Lersch, Heinrich 33, 405
Lessing, Theodor 471, 536
Leuschner, Wilhelm 452
Leverkuehn, Paul *518*
Levi, Paul 107, 117, 121, 124
Levien, Max 107, 237
Leviné, Eugen 106 f., 237
Ley, Robert 333, 482
Liber, Mark 399
Lichtheim, Richard *536*
Lieber, Hans-Joachim *520*
Liebknecht, Karl 94 ff., 100 f., 105 ff., 172
Lipski, Josef 288, 298
Litwin, Paul 185
Litwinow, Maxim M. 64, 220, 239, 243, 276, 291 f.
Lloyd George, David 69, 111, 126, 173, 175, 362
Löbe, Paul 62, 199
Lochner, Louis *544*
Lorenz, Richard *512*
Losowski, Salomon A. 447 f.
Lossow, Otto Hermann von 143 f., 154
Lothian, Philip 310
Löwenheim, Walter 404, *536*
Löwenthal, Richard 404, *536*
Lucas, Erhard *516*
Ludendorff, Erich 78, 90, 138 f., 143 f., 154, 159, 407, 413, 547
Ludwig XIV., König von Frankreich 24
Ludwig XVI., König von Frankreich 86
Ludwig, Emil 522
Lueger, Karl 131
Lukács, Georg 19, 410
Lukacz, General (= Mata Zalka) 256
Lukasiewicz, Juliusz 289
Lunatscharski, Anatolij W. 341
Lustiger, Arno *543*
Luther, Hans 153
Luther, Martin 39, 236, 383
Lüttwitz Walther von 106, 111 f.
Lutze, Viktor 226 f.
Luxemburg, Rosa 76, 94, 96, 99 f., 104 ff., 111, 117, 124, 126, 161, 172, 237, 279, 320, 338, 362, 515, 518
Lwow, Georgij E. 75

M

Machno, Nestor I. 110
Mäder, Erich *523*
Maguire, Robert A. *534*
Mahlmeister, Erich *523*
Maikowski, Eberhard 60
Maistre, Joseph Marie de 326
Majakowski, Wladimir W. 378 f., 381
Maltzan, Ago von 174
Malzew, W. I. 458
Mandelstam, Ossip E. 400
Mann, Heinrich 179, 382 f.
Mann, Thomas 108, 128 ff., 179, 382, 405, *516*
Mannerheim, Karl-Gustav von 306, 462, *540*
Mannheim, Karl 406
Manstein, Fritz Erich von 468
Manvell, Roger *523*
Mao Tse-tung 18, 491, 507
Marc, Franz 382
Marcks, Erich 425
Maria Feodorowna, Zarin 74
Marinetti, Filippo Tommaso 378
Marcuse, Herbert 41
Marloh, Oberleutnant 107
Martow, Julius 76, 81, 117, 123, 325, 399 f., 407, 516

Marx, Karl 18, 25, 92, 94, 97, 109, 126, 133, 161, 224, 236, 268, 297, 325, 336, 380, 383, 471, 475, 481, 501
Marx, Wilhelm 153
Masaryk, Thomas G. 273
Maslow, Arkadij 157, 164 f.
Mathiez, Albert 20
Matsuoka, Yosuke 426, 438
Matteotti, Giacomo 214
Matthias, Erich *524*
Mattogno, Carlo 542
Mazon, Michel *541*
Mazzini, Giuseppe 51
Meandrow, Michail A. 458
Mechlis, Lew S. 335, 426
Mehnert, Klaus 511
Mehring, Franz 95, 108
Meinecke, Friedrich 387, 406
Meißner, Otto 207
Melugunova-Stepanova, Praskovia E. *535*
Melgunow, Sergej P. 340, *518*, 519
Mendelssohn, Peter de *516*
Mereschkowski, Dimitrij S. 400
Merz, Kai-Uwe *505*
Metternich, Klemens von 126
Meyer, Ernst *515*
Meyerhold, Wsewolod 385
Michaelis, Georg 156
Michalka, Wolfgang *512*
Mihailowitsch, Dragojub 451
Miles (= Löwenheim, Walter) *536*
Miljukow, Paul N. 75, 400, 475
Miller, Ewgenij K. 532
Milward, Alan S. *537*
Mirbach, Wilhelm von 172, 231, 339
Mitchell, Allan *516*
Möller, Horst *510*
Moeller van den Bruck, Arthur *519*
Molotow, Wjatscheslaw I. 291 ff., 298, 301 f., 312 f., 424, 427, 449, 452, 488
Moltke, Helmut James von 451, 481
Mommsen, Hans 10, 14, *505*
Montesquieu, Charles de 199
Morgenthau, Henry 544
Morozow, Michael *533*
Morozow, Pawel T. 351, 356
Morsey, Rudolf *524*
Moses 328
Mosley, Oswald 279, 310
Most, Johann 359
Motta, Giuseppe 239
Mratschkowski, Sergej W. 257
Muchow, Reinhold 524
Mühsam, Erich 107
Müller, Adam 326
Müller, Heinrich 544
Müller, Hermann 113, 132, 154, 180
Müller, Karl Alexander von 387
Müller, Ludwig 353
Münzenberg, Willi 215, 405, *534*
Mussolini, Benito 36, 41, 48, 68, 154, 199, 210, 214, 217, 226, 229 f., 234, 240 ff., 256, 267, 272, 278, 299, 305, 313 f., 328, 362, 420, 435, 442, 447 f., 450, 483, 503

N

Napoleon I. Bonaparte 147, 296, 330, 437, 441, 476
Nasser, Gamal Abdel 444
Naumann, Friedrich 127, 285
Naumann, Hans 383
Naumann, Max 68
Nebe, Arthur 407
Negrin, Juan 255
Nehru, Jawaharlal Pandit 444
Nekrich, Alexander 46, *510*
Neumann, Felix 155
Neumann, Heinz 158, 263, 347
Neurath, Konstantin von 217, 267, 269 f., 291
Newski, Alexander 266
Niekisch, Ernst 191, 238, *511*
Niemöller, Martin 236, 395, 407
Nietzsche, Friedrich 376, 471
Nikolaj Nikolajewitsch, Großfürst 400

Nikolajew, Leonid W. 232 f.
Nikolajewski Boris I. 234, 399, *527*
Nikolaus I., Zar 474
Nikolaus II., Zar 72, 86, 91, 135, 340
Nin, Andrés 254 f.
Nogin, Viktor P. 83
Nolde, Emil 382
Nolte, Ernst *505, 508, 509, 515, 531*
Norkus, Herbert 193, 545
Noske, Gustav 106 f., 112

O

Oberländer, Erwin *516*
Ohlendorf, Otto 396, 541
Olberg, Paul *518*
Oncken, Hermann 387
Orwell, George 519
Oshima, Hiroshi 433, 538
Ossietzky, Carl von 193
Oster, Hans 298, 407, 451
Ostrowskij, Nikolaj A. 381
Oven, Wilfred von *527*
Owen, Robert 318

P

Pannwitz, Rudolf 382
Papen, Franz von 50, 56 f., 60, 195 f., 198, 200 f., 206 f., 209 ff., 227 ff., 244 f., 284, 299, 417
Paquet, Alfons 88, *513*, 518
Parvus-Helphand, Alexander 78, 146
Pascal, Pierre 19
Pasternak, Boris 380, 400
Paulus, Friedrich 446, 452, 479
Pecqueur, Constantin 319
Peel, Robert 326
Pétain, Henri Philippe 428, 483
Peter der Große 110
Peters, Jakov C. 339, 388
Petljura, Symon 110, 114 f.
Petsch, Joachim *534*
Peukert, Detlev *525*
Pfeffer von Salomon, Franz 329
Pfemfert, Franz 138, 165
Picker, Henry *537*
Pieck, Wilhelm 170, 195
Pike, David W. *527*
Pilnjak, Boris A. 379, 401
Pilsudski, Josef 114 f., 220, 288, 320
Pittinger, Otto 142
Pjatakow, Grigorij L. 258, 260 f., 323
Planck, Max 406
Platon 383
Plechanow, Georgij W. 77, 123, 321, 378, 475, *513*
Pleyer, Wilhelm 385
Poensgen, Ernst 179
Poincaré, Raymond 137
Pokrowski, Michail N. 26, 221, 474
Pol Pot 507
Popoff, Georg *532*
Possony, Stefan 33, *509*
Potocki, Jerzy von 287, 529
Pottier, Eugène 358
Pound, Ezra 455
Preobraschenski, Evgenij A. 349
Pressac, Jean-Claude *542*
Price, M. Phillips 122
Primo de Rivera, José Antonio 247 f.
Prinz, Michael *510*
Proudhon, Pierre-Joseph 91
Purischkewitsch, Wladimir M. 513
Puschkin, Alexander S. 377, 475

Q

Queipo de Llano, Gonzalo 250

R

Rabinowitch, Alexander *513*
Rachmanowa, Alexandra 373 f., *534*
Raczynski, Edward 279

Radek, Karl B. 101, 138 ff., 143, 173 f., 185, 191, 219, 233, 258 ff., 294, 488, 517, *519*, *522*
Raeder, Erich 267
Rákosi, Mátyás 121
Rakowsky, Christian 402
Ransome, Arthur 122
Rasputin, Grigorij J. 74
Rassinier, Paul 541
Rath, Ernst vom 281 f.
Rathenau, Walther 132, 136, 175, 522
Raulff, Ulrich *506*
Rauschning, Herman 405
Reagan, Ronald 42, 494
Rechberg, Arnold *518*
Rector, Martin *525*
Reed, John 85, *513*
Reese, Maria 525, 536, *536*
Reger, Erik *518*
Reich, Wilhelm 41
Reichenau, Walter von 218, 225, 227, 468
Reinhardt, Fritz 417
Reinharz, Jehuda *536*
Reitlinger, Gerald 469, *541*
Remarque, Erich Maria 383
Remmele, Hermann 202, 263, *528*
Renn, Ludwig 256
Renteln, Theodor Adrian von 353
Reuter, Ernst 492
Reventlow, Ernst zu 518, *519*
Révész, Laszlo *533*
Ribbentrop, Joachim von 56, 240, 270, 288, 290, 293 ff., 296 f., 302, 305, 432, 438
Richardi, Hans-Günter *512*
Rimscha, Hans von *535*
Rjazanow, David B. 83, 233
Rjutin, Michail N. 231 f., 258
Roatta, Mario 252
Robien, Louis de 75, 89, 99, *513*
Robins, Raymond 122, 223, 526
Robles, Gil 247
Rodsjanko, Michail W. 72, 371
Röhl, Klaus-Rainer *510*
Röhm, Ernst 48, 128, 224 ff., 332, 394, 439
Roller, Tschekist 339
Römer, Beppo 191
Rommel, Erwin 444, 473
Roosevelt, Franklin D. 211, 275, 278, 287, 418, 436 ff., 442 f., 445 f., 448 ff., 453 f., 488, 490, *537*, 543
Röpke, Wilhelm 406
Rosenberg, Alfred 57, 129 ff., 133, 159, 235, 253, 297, 332, 382, 384, 395, 429 f., 433, 466, 484, *519*, 521, *521*, 526, 544
Rosenberg, Arthur 157, 164 f., *531*
Rosenberg, Marcel 254
Rosenfeld, Günther *510*
Rosenhaft, Eve *510*
Rothermere, Harold S. 69, 182, *277*
Rothfels, Hans *530*
Rothschild, Familie 236, 367
Rousseau, Jean Jacques 92
Ruffmann, Karl-Heinz *520*
Rumbold, Sir Horace 512
Rumjanzew, Iwan P. 262
Runciman, Walter *278*
Rundstedt, Gerd von 307, 425, 441
Runge, Otto Emil 106
Russell, Bertrand 245
Rußki, Nikolaj W. 519
Rybakow, Anatolij 495 f., *545*
Rydz-Smiglym, Edward 290
Rykow, Alexej I. 83, 150, 157, 261

S

Sacharow, M. W. 458
Sadoul, Jacques 157
Saint-Simon, Claude Henri de 461
Salisbury, Harrison E. *533*
Salomonsohn, Arthur 127
Sandkühler, Hans-Jörg *531*
Sarolea, Professor 518
Sawenjagin, Awraanij 351
Sawinkow, Boris 401
Schacht, Hjalmar 237, 417 f.

Schäfer, Werner *512*
Schäfer, Wilhelm 385
Schäffer, Fritz 142
Schapiro, Leonard 45, *511*, *535*
Scharnhorst, Gerhard von 138
Schdanow, Andrej A. 258, 478, 526
Schehr, John 404
Scheibert, Peter *513*, 532
Scheidemann, Philipp 59, 102, 108, 154, 177, 185
Schellenberg, Walter 346, *528*, 532
Schemm, Hans 186
Scherchen, Hermann 359
Scheringer, Richard 191, 523
Scheubner-Richter, Max Erwin von 128 ff., 133, 143, 400, 521, 540
Scheurig, Bodo *539*
Schieder, Wolfgang *505*
Schiff, Viktor 404
Schildt, Axel *524*
Schilenkow, Georgij N. 457
Schilman, A. L. 262
Schingarew, Andrej I. 83
Schippel, Max 93
Schirach, Baldur von 333, 353 f., 472, *533*
Schirach, Henriette von 472
Schkuro, Andrej G. 458
Schlageter, Albert Leo 137 f., 191
Schlegelberger, Franz 393
Schleicher, Elisabeth von 229
Schleicher, Kurt von 57, 60, 195, 198, 206 f., 210, 228 ff., 417
Schlesinger, Moritz 173
Schmid, Alex *518*
Schmidt, Paul 244, *527*
Schmitt, Carl 386, 393 f., 508, 535
Schmuhl, Hans-Walter *505*
Schneider, Peter *535*
Schnur, Roman 33, 508, *509*
Schnurre, Karl Julius 292 f., 296
Schoeps, Julius H. *506*
Scholem, Werner 157, 164
Scholochow, Michail A. 370, 375, 381, *534*
Schönberg, Arnold 383
Schönerer, Georg von 131
Schopenhauer, Arthur 383
Schorn, Hubert *535*
Schreck, Julius 343
Schröder, Kurt von 56
Schröder, Rudolf Alexander 365
Schukow, Georgij K. 426, 440, 456, 473
Schulenburg, Friedrich Werner von der 260, 276, 292, 424, 426
Schulenhurg, Fritz-Dietlof von der 407, 481
Schulze, Hagen *516*
Schulze-Boysen, Harro 410, 452
Schultze-Naumburg, Paul 382
Schumann, Heinz *539*
Schüren, Ulrich *521*
Schuschnigg, Kurt von 242, 270 f., 419, *528*
Schwerin von Krosigk, Lutz *525*
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich-Wilhelm 481
Seeckt, Hans von 139, 144, 155, 173 ff.
Seger, Gerhart 65, *511*
Seisser, Hans von 144, 154
Sendtner, Kurt *522*
Seraphim, Hans-Günther *530*
Sergej, Metropolit 476
Sering, Paul (= Löwenthal, Richard) *536*
Severing, Carl 171, 187, 197
Seydlitz, Walter von 446, 452
Seyß-Inquart, Arthur 272
Shakespeare, William 358
Shaw, Bernard 122, 221
Sherwood, Robert E. *537*
Shub, David *513*, 514, *532*
Siemsen, Hans *511*
Simon, Sir John 240, 244 f.
Simons, Walter 174
Simović, Dušan 314, 425
Singer, Ladislaus *513*
Sinowjew, Grigorij J. 30, 80, 83, 89, 116 ff., 140, 146 f., 157, 162, 164, 189, 210, 232 f., 257 f., 261, 263, 265, 514, *516*, *520*, 522

Skoblewsky, Alexander 155, 157
Skrypnik, Nikolaj 263
Smilga, Iwan D. 339, 343, 515
Sokolnikow, Grigorij J. (= Brilliant) 259
Sollmann, Wilhelm 200
Solonewitsch, Iwan L. 232, *520*, *526*
Solonewitsch, Tamara *534*
Solschenizyn, Alexander 20, 340, 500, 502, 535
Sorge, Richard 410, 440
Souvarine, Boris 19
Speer, Albert 386, 485, 535
Spengler, Oswald 124, 368
Sponeck, Hans Emil Otto von 441
Spranger, Eduard 386
Stackelberg, General 75
Stadtler, Eduard 127, *518*
Stalin, Josef W. 14 f., 17 f., 19, 21, 26, 41, 43, 46 f., 69, 140, 146 f., 152, 157, 162, 164 f., 179, 193, 220 ff., 224, 229, 231 ff., 239, 243 ff., 254 ff., 259 ff., 266 f., 275 ff., 280, 286, 291–301, 302, 305 f., 313, 324 ff., 328 f., 331 f., 335, 338, 340, 342, 346 f., 350 f., 381, 391, 396, 402 f., 408 f., 411, 415, 425 ff., 443 ff., 462, 467 f., 474 f., 476 ff., 482, 485, 489 ff., 496, 498 f., 501, 503, 507, *520*, 522, 525 f., *527*, *538*, 539 f.
Stampfer, Friedrich 199
Stark, Johannes 406
Stauffenberg, Claus von 407 f., 451, 456, 481 f.
Steinherg, Jischak N. *517*, *520*
Stenbock-Fermor, Alexander 191
Stern, Leo *515*
Stieff, Helmuth 305, 482
Stinnes, Hugo 127, 138
Stöcker, Walter 511
Stolypin, Peter A. 264
Straßer, Gregor 57, 165, 167, 206, 228
Straßer, Otto 165, 225, 404
Streicher, Julius 281, 352, 370, 470
Stresemann, Gustav 50, 112, 139 f., 142 ff., 153, 158, 162, 176, 178, 185, 220, 241, 288
Striefler, Christian *510*
Strik-Strikfeldt, Wilfried 457, *540*
Suworow, Alexander W. 475 f.
Sybel, Heinrich von 24

T

Tack, Harry 544
Tannenberg, Otto Richard 44
Tansill, Charles C. 38
Teleki, Pal von 313
Témime, Emile *528*
Teske, Hermann *537*
Thalheimer, August 140, 190
Thälmann, Ernst 56, 60, 157, 159, 162 f., 164, 180, 193, 208, 214, 404
Thamer, Hans-Ulrich *509*
Thies, Jochen *534*
Thierack, Otto Georg 545
Thion, Serge *541*
Thomas, Georg 444
Thorak, Josef 385
Thorndike, Andrew *533*
Thorndike, Annelie *533*
Thorwaldsen, Bertel 99
Thyssen, Fritz 225, 405
Tillich, Paul 406
Timoschenko, Semjon K. 439, 443
Tirpitz, Alfred von 410, 452, *509*
Tiso, Jozef 285 f.
Tito, Josip Broz 450, 489
Toller, Ernst 108
Tolstoj, Alexej 401
Tolstoj, Leo N. 377, 475
Tolstoj, Nikolaj 46, *510*, *536*, *540*
Topitsch, Ernst *537*
Torgler, Ernst 533
Trachtenberg, Jakow 68, *512*
Treitschke, Heinrich von 24
Trepper, Leopold 47, *511*
Tresckow, Henning von 407, 451, 456, 481
Treue, Wilhelm *529*, *537*
Trevor-Roper, Hugh R. *544*
Trotha, Adolf von 353

Trotzki, Leo D. 16, 51, 76, 78 ff., 83, 85, 88 f., 99 f., 114, 119, 124, 126, 140, 146 f., 157, 164 f., 190, 199, 217 f., 232, 234, 257 ff., 265, 321 f., 325, 331, 338, 342, 350, 379, 388, 391, 402, 413, 474, 484, 492, 496, *511*, *513*, *520 f.*, *523*, *532*, *534 f.*, 535
Truman, Harry S. 437, 490
Tschaikowski, Peter I. 475
Tschernyschewski, Nikolaj G. 475
Tschernow, Viktor M. 81, 84
Tschiang Kai-schek 491
Tschitscherin, Georgij W. 176
Tuchatschewski, Michail N. 139, 192, 243, 256, 259, 262, 482
Tucholsky, Kurt 188, *523*
Turati, Filippo 115

U

Uborewitsch, Jeronim P. 256, 259, 262, 338
Uhl, Julius 227
Uhlig, Heinrich *538*
Uhse, Bodo 191
Ulam, Adam B. 47, *511*, *531*
Ulbricht, Walter 185, *523*, 536
Unger, Aryeh L. *510*
Unschlicht, Jossif F. 339
Urbahns, Hugo 165
Uritzki, Moisej S. 86, 229, 339, 514

V

Vaganov, F. M. *520*
Vaïsse, Maurice *512*
Van der Lubbe, Marinus 393
Vegesack, Siegfried von 372, 374, *534*
Vesper, Will 368
Vogelsang, Thilo *525*
Vögler Albert 127
Volkmann, Hans-Erich *535*
Vollmar, Georg Heinrich von 93
Vorst, Hans 88, *513*

W

Wäckerle, Hilmar 66
Walter, Bruno 383
Washington, George 75
Webb, Beatrice 221, 264
Webb, Sidney 221, 264
Weber, Hermann *515*, *521*
Weber, Max 93, 160
Wedel, Hasso von *530*
Wehler, Hans-Ulrich 14, *506*
Wehner, Herbert 214, 525
Weichmann, Elisabeth 189, *523*
Weichmann, Herbert 189, *523*
Weinberg, Gerald L. *544*
Weishaupt, Adam 126
Weiß, Wilhelm *521*
Weizmann, Chaim 126, 300 f., 467
Weizsäcker, Ernst von 292
Weizsäcker, Richard von 9
Wenkel, Horst *510*
Werfel, Franz 383
Wessel, Horst 376
Westphal, Max 525
Weygand, Maxime 114
Wiedenfeld, Kurt 174
Wieland, Lothar *505*
Wilhelm, Hans-Heinrich 469, *541*
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 90, 111, 135, 172, 243, 299
Wilhelm, Deutscher Kronprinz 69, 524
Wilson, Sir Horace 294
Wilson, Thomas Woodrow 18, 59, 109, 449
Winkler, Heinrich August *12*, 13
Wippermann Wolfgang *509*
Wirth, Joseph 136, 174
Wise, Stephen 544
Witzleben, Erwin von 482
Wlassow, Andrej A. 431, 456 ff., 464, 475, 482, 484
Wohlthat, Helmuth 294
Wolff, Otto 184
Wolff, Theodor 156, 510
Wolffheim, Fritz 111

Wollenberg, Erich 192, *519*
Wolscht, Student 156
Woronski, Alexander K. 381
Woroschilow, Kliment J. 177 f., 254, 290, 439
Wrangel, Peter N. 51, 111, 114 f., 190, 342, 362 f., 399, *516*
Wyman, David S. *544*
Wyschinski, Andrej 257, 259, 261

Y

York von Wartenburg, Peter 481
Young, Owen D. 181

Z

Zagoria, Janet D. *527*
Zayas, Alfred M. de *542*
Zeigner, Erich 140
Zeller, Eberhard *536*
Zetkin, Clara 108, 137, 198, 337, 518, 536
Ziegler, Adolf 385
Zitelmann, Rainer *542*
Zöberlein, Hans 385, 405
Zörgiebel, Karl Friedrich 169 ff., 178, 193 f.
Zweig, Arnold 405
Zykow, Miletij A. 458

François Furet – Ernst Nolte

— Briefwechsel —

Feindliche Nähe

Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert

Herbig